

DIE BEZIEHUNGEN BEIDER DEUTSCHER STAATEN ZU
ISRAEL, 1949-1963

Dissertation
Zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
an der
Philosophischen Fakultät
der
Technischen Universität Dresden

Vorgelegte in zwei Bänden von

CORNELIA LEIN

Geb. am 25.03.1977 in Dresden

BAND 1

Tag der Verteidigung: 17. Juli 2006

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Reiner Pommerin
Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte

Gutachter: 1. Univ.-Prof. Dr. Reiner Pommerin
TU Dresden
2. Prof.Dr. Karl-Heinz Schlarp
TU Dresden
3. Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll
TU Chemnitz

INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
Einleitung	7
1. Thema und Fragestellung	7
2. Untersuchungsmethode und Darstellung	10
3. Forschungsstand	13
4. Quellenlage	22
 Exkurs: Ende und Anfang zugleich – der schwierige Ausgangspunkt der deutsch-israelischen Beziehungen	26
 1. Die deutsch-israelischen Beziehungen von der Gründung beider deutscher Staaten 1949 bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens	39
1.1. Außenpolitische Ausgangslage und Zielsetzungen beider deutscher Staaten und Israels	39
1.1.1. Ausgangslage, Handlungsspielräume und Entscheidungsträger bundesdeutscher Außenpolitik	39
1.1.1.1. Bundesdeutsche Außenpolitik 1949-1952/53	39
1.1.1.2. Der Einfluss der drei Westmächte auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess der BRD	43
1.1.1.3. Außenpolitischer Entscheidungsprozess in der BRD	45
1.1.1.4. Abhängigkeit außenpolitischer Entscheidungen von und deren Wechselwirkung mit der Innenpolitik	53
1.1.2. Ausgangslage, Handlungsspielräume und Entscheidungsträger der DDR Außenpolitik	54
1.1.2.1. Ostdeutsche Außenpolitik und ihre Grundprobleme 1949-1952/53	55
1.1.2.2. Der Einfluss Moskaus auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess der DDR	60
1.1.2.3. Außenpolitischer Entscheidungsprozess in der DDR	62
1.1.2.4. Determinante Innenpolitik?	66
1.1.3. Anfangsjahre und Bestimmungsfaktoren israelischer Außenpolitik	67
1.1.3.1. Am Ziel und dennoch nicht in Sicherheit	67
1.1.3.2. Israel und sein Verhältnis zu den Großmächten USA und Sowjetunion	69
1.1.3.3. Israels Stellung in den internationalen Beziehungen	74
1.1.3.4. Außenpolitischer Entscheidungsprozess und Entscheidungsträger	76
1.2. Die Anfänge deutscher Israelpolitik bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens	81
1.2.1. Bundesrepublik und Israel: Der schwierige Weg von den ersten Kontakten bis zum Vorabend der Konferenz in Wassenaar	81
1.2.1.1. Historische Vorläufer der israelischen Wiedergutmachungsansprüche gegenüber beiden deutschen Staaten	81
1.2.1.2. Wiedergutmachung als Kernproblem der deutsch-israelischen Beziehungen der Nachkriegsära	86
1.2.1.3. Erste deutsch-israelische Kontakte bis zur Erklärung Adenauers am	

	27. September 1951 vor dem Deutschen Bundestag	92
1.2.1.4.	Die israelischen Noten an die Vier Mächte und deren Haltung gegenüber den israelischen Wiedergutmachungsansprüchen	99
1.2.1.5.	Der Durchbruch zu Verhandlungen	103
1.2.2.	Die DDR und die israelischen Wiedergutmachungsansprüche	107
1.2.2.1.	Der Gedanke deutscher Wiedergutmachung gegenüber Juden im Vorfeld der Gründung der DDR	107
1.2.2.2.	Israelische Wiedergutmachungsforderungen und der Einfluss der Sowjetunion	112
1.2.2.3.	Ostdeutsche Argumentation	119
1.3.	Das Luxemburger Abkommen	122
1.3.1.	Die Verhandlungen im Haag	122
1.3.1.1.	Kontroversen auf deutscher Seite	128
1.3.1.2.	Schatten der Vergangenheit und Durchsetzung israelischer und jüdischer Ansprüche	130
1.3.1.3.	Einflussnahme der Drei Mächte	132
1.3.2.	Das Abkommen	135
1.3.3.	Nicht unumstritten – die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens	138
1.3.3.1.	Ursprünge und Ziel arabischen Protests gegen die Ratifizierung des Abkommens	138
1.3.3.2.	Bemühungen um einen Kompromiss	141
1.3.3.2.1.	Die inoffizielle Böker-Mission nach Ägypten	141
1.3.3.2.2.	Die Gespräche der Delegation der Arabischen Liga bei Staatssekretär Hallstein	145
1.3.3.2.3.	Kompromisslösung durch Einschaltung der UNO oder eines Treuhänders?	149
1.3.3.3.	Die Westrick-Mission und die DDR	152
1.3.3.4.	Israelische Haltung anlässlich der arabischen Drohungen gegenüber der Bundesrepublik	154
1.3.3.5.	Haltung der Westmächte gegenüber den arabischen Protesten	155
1.3.3.6.	Ratifizierung	158

2. Die deutsch-israelischen Beziehungen nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens bis zur Suezkrise 1956 162

2.1.	Veränderte Rahmenbedingungen für die Israelpolitik beider deutscher Staaten	162
2.1.1.	Politische Veränderungen in der Region des Nahen Ostens und der Einfluss der Großmächte	162
2.1.1.1.	Rüstungskontrolle und regionales Verteidigungsbündnis?	162
2.1.1.2.	Israel und die Arabischen Staaten - Chancen auf Frieden?	164
2.1.1.3.	Einflussnahme der Sowjetunion auf die Region	166
2.1.2.	Veränderte Rahmenbedingungen für die Deutschlandpolitik	168
2.1.2.1.	Vertragliche Zementierung der deutschen Teilung	168
2.1.2.2.	Die Hallstein-Doktrin als Instrument des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs	170
2.2.	Die Durchführung des Abkommens - Teil I	173
2.2.1.	Die administrative Durchführung des Abkommens in der Bundesre-	

	publik und in Israel	174
2.2.2.	Warenlieferungen außerdeutschen Ursprungs und deutsche Vorauszahlung in Höhe von 100 Millionen Dollar?	179
2.2.3.	Deutscher Beitrag zum israelischen Investmentprogramm	183
2.2.4.	Arabische Boykottdrohungen und sonstige Proteste im Zusammenhang der Durchführung des Luxemburger Abkommens	188
2.3.	Erneute Versuche - Shilumim aus der DDR?	193
2.3.1.	Die Frage ostdeutscher Wiedergutmachungsleistungen im Kontext der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Berlin 1954	193
2.3.2.	Sicherung der deutschen Leistungen gemäß Luxemburger Abkommen im Falle einer Wiedervereinigung durch erneute Gespräche mit der UdSSR und der DDR?	197
2.3.3.	Vom anfänglichen Gespräch in der SBZ zur schroffen Ablehnung israelischer Wiedergutmachungsansprüche ab Mitte der fünfziger Jahre	203
2.4.	Bundesdeutsche Israelpolitik und die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten im Vorfeld der Suezkrise	206
2.4.1.	Diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nach Ratifizierung des Luxemburger Abkommens?	206
2.4.2.	Kontakte zwischen Diplomaten beider Länder in Drittstaaten	209
2.4.3.	Diplomatische Beziehungen zu Israel infolge der Ratifizierung der Pariser Verträge?	212
2.4.4.	Die Hallstein Doktrin und Israel	214
2.4.4.1.	Die Auswirkungen der Hallstein-Doktrin auf die bundesdeutsche Israelpolitik	214
2.4.4.2.	Israel – Opfer der Hallstein-Doktrin?	218
2.5.	Zum Verhältnis von Antisemitismus und Israelpolitik der DDR bis zum Vorabend der Suezkrise	220
2.5.1.	Israelpolitik der DDR bis zum Vorfeld der Suezkrise?	221
2.5.2.	Antisemitische Motivation ostdeutscher Israelpolitik?	227
2.6.	Die Suezkrise – „Turning Point“ der deutsch-israelischen Beziehungen?	233
2.6.1.	Partnerschaft trotz Krise – Bundesrepublik und Israel im Kontext der Suezkrise	236
2.6.2.	Ostdeutsche Propaganda gegen Israel - aussichtsreiches Instrument zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele? Das Beispiel der Suezkrise	246
3.	Die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel, 1957-1963	254
3.1.	Einleitende Bemerkungen zu Veränderungen im Staatensystem als Rahmenbedingungen deutscher Israelpolitik, 1957-1963	254
3.2.	Die Durchführung des Luxemburger Abkommens – Teil II	258
3.2.1.	Fortsetzung der deutschen Leistungen	258
3.2.2.	Zehnter Jahrestag des Luxemburger Abkommens	269
3.3.	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel?	272
3.3.1.	Diplomatische Beziehungen 1957 oder 1958?	274

3.3.2.	Die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Vorfeld des New Yorker Gipfels	285
3.3.3.	Der deutsch-israelische Gipfel im Hotel Waldorf Astoria	294
3.3.4.	Diplomatische Beziehungen nach dem deutsch-israelischen Gipfel und vor dem zeitlichen Hintergrund des Eichmann-Prozesses?	297
3.3.5.	Adenauers letzter Versuch zur Etablierung diplomatischer Beziehungen 1963	300
3.3.6.	Die USA - ein Hinderungsgrund für den deutsch-israelischen Botschafteraustausch?	316
3.3.7.	Fazit	319
3.4.	Die „Nichtbeziehungen“ der DDR zu Israel	323
3.4.1.	Kontakte ostdeutscher und israelischer Diplomaten in Drittstaaten	324
3.4.2.	Radikalisierung der DDR Israelpolitik nach der Suezkrise und deren deutschlandpolitische Funktionalisierung	328
3.4.3.	Ostdeutsche Reaktion auf den deutsch-israelischen Gipfel in New York	332
3.4.4.	Ostdeutsche Israelpolitik unter dem Staatsratsvorsitzenden Ulbricht zu Beginn der sechziger Jahre	333
3.4.5.	DDR Israelpolitik und ideologische „Grundsätze“ für den Bereich der Außenpolitik – ein Spannungsverhältnis	338
3.5.	Deutschland und der Eichmannprozess	342
3.5.1.	Die Bundesrepublik und der Eichmannprozess	345
3.5.1.1.	Präsenz der Bundesrepublik in Israel während des Prozesses	346
3.5.1.2.	Deutscher Auslieferungsantrag?	348
3.5.1.3.	Rechtshilfe und Zeugen	351
3.5.1.4.	Bundesdeutsche und arabische Reaktionen	353
3.5.2.	Die DDR und der Eichmannprozess	355
3.5.2.1.	Propaganda gegen Bonn	355
3.5.2.2.	Kaul als Nebenkläger in Israel?	360
3.6.	Die deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen	366
3.6.1.	Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bundesrepublik und Israel	368
3.6.1.1.	Wirtschaftliche Kontakte und Warenaustausch bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens	368
3.6.1.2.	Wirtschaftliche und gewerkschaftliche Kontakte außerhalb des Luxemburger Abkommens	373
3.6.1.3.	Israel, die Bundesrepublik und der Europäische Markt	378
3.6.2.	Wirtschaftliche Kontakte zwischen der DDR und Israel	389
3.6.2.1.	Anfänge wirtschaftlicher Kontakte zwischen beiden Staaten	389
3.6.2.2.	Wirtschaftliche Kontakte zwischen der DDR und Israel nach Ratifizierung des Luxemburger Abkommens zwischen der BRD und Israel	391
3.6.2.3.	Einleitung von Handelsbeziehungen über Drittstaaten unter Vermittlung der israelischen Kommunisten	395
3.6.2.4.	Begrenzte wirtschaftliche Kontakte zu Israel – Eigeninteresse oder sowjetische Vorgabe	399
3.7.	Militärische und sicherheitspolitische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel	405
3.7.1.	Ausgangslage	406
3.7.2.	Anfänge militärischer Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel	408
3.7.3.	Intensivierung der Kontakte	412

3.7.3.1.	Granatwerfermunition aus Israel	415
3.7.3.2.	Uzis für die Bundesrepublik	418
3.7.3.3.	Weitere Geschäfte	422
3.7.3.4.	Ausbildungshilfe	424
3.7.4.	Differenzen zwischen Auswärtigem Amt und Bundesverteidigungsministerium?	426
3.7.5.	„Aktion Frank/Kol“	428
3.7.5.1.	Abzweigung von Material ohne Wissen der USA?	432
3.7.5.2.	Lieferungen und Transport	434
3.7.5.3.	Deutsche Panzerlieferungen und ihr abruptes Ende	437
3.7.5.4.	Deutsche Waffenlieferungen an Israel - Stellvertreterrolle oder Eigeninteresse?	441
3.7.6.	Reaktionen der DDR	448
3.7.7.	Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel?	450
3.8.	„Aktion Geschäftsfreundschaft“	453
3.8.1.	Diskussion um Finanzierung und Zahlungsmodalitäten	454
3.8.2.	Verwendung der im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund“ bereitgestellten finanziellen Mittel	462
3.8.2.1.	Finanzielle Unterstützung des israelischen Nuklearprojekts mittels „Aktion Geschäftsfreund“? Das Projekt und die Rolle Frankreichs, der USA und der Bundesrepublik.	467
3.9.	Die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler und Techniker in Ägypten und die Auswirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen	472
3.9.1.	Ausgangslage	474
3.9.2.	Reaktionen und Krise in Israel	479
3.9.3.	Reaktionen in der Bundesrepublik	483
3.9.4.	Unterschiedliche Reaktionsmuster	490
3.10.	Kulturelle und wissenschaftliche Kontakte	493
3.10.1.	Wissenschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen Bundesrepublik und Israel	496
3.10.1.2.	Zusammenarbeit zwischen Weizmann-Institut und Max-Planck-Gesellschaft	501
3.10.2.	Wissenschaftliche und Kulturelle Kontakte zwischen der DDR und Israel	516
3.11.	Die Beziehungen zwischen SED und Israelischen Kommunisten	525
3.11.1.	Anfänge und Merkmale der Parteibeziehungen	525
3.11.2.	Die Teilnahme israelischer Kommunisten am VI. Parteitag der SED	528
3.11.3.	Israelische Studenten in der DDR?	530
3.11.4.	Die israelischen Kommunisten – Partner oder nur Instrument der SED?	534
4.	Die Israelpolitik beider deutscher Staaten im Vergleich	539
4.1.	Zielsetzungen der Israelpolitik beider deutscher Staaten	539
4.2.	Außenpolitische Souveränität? Handlungsspielräume in der Israelpolitik beider deutscher Staaten vor dem Hintergrund des Einflusses der Vier Mächte auf die Außenpolitik der BRD und DDR und der Bipolarität des Staatensystems	541

4.3.	Das außenpolitische Instrumentarium der Israelpolitik beider deutscher Staaten	546
4.3.1.	Diplomatie	546
4.3.2.	Wirtschaft	553
4.3.3.	Militärhilfe	558
4.3.4.	Ideologie und Propaganda	562
4.3.5.	Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen	568
4.4.	Deutsche Spezifität und Gemeinsamkeiten in der Israelpolitik beider deutscher Staaten?	570
 Zusammenfassung		 573
Abkürzungsverzeichnis		578
Quellen- und Literaturverzeichnis		582

Einleitung

1. Thema und Fragestellung

Außenpolitik war und ist sowohl in Deutschland als auch in Israel in erster Linie immer Interessenpolitik. Gleichsam gilt es die Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen vor dem Hintergrund des Holocausts, dessen psychologischer Folgen und deren indirekte Rückwirkungen auf politische Entscheidungsprozesse zu berücksichtigen.

Ziel der vorliegenden Dissertation soll es sein, die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel während der Jahre 1949 bis 1963 unterhalb der Ebene förmlich etablierter diplomatischer Beziehungen quellengestützt zu analysieren und zu vergleichen. Dies kann nur unter Berücksichtigung und vor dem Hintergrund der Bipolarität des internationalen Staatensystems¹ während des Kalten Krieges und dessen Determinanten, mit Blick auf den „Antagonismus konkurrierender Systeme“² sowie unter Bezugnahme auf das regionale Staatensystem des Nahen Ostens erfolgen.

Um einen Vergleich deutsch-deutscher Israelpolitik überhaupt zu ermöglichen, wird zunächst die Israelpolitik beider deutscher Staaten während des Untersuchungszeitraumes analysiert, wobei der Israelpolitik der Bundesrepublik infolge intensiverer Beziehungen zu Israel eine umfangreichere Darstellung eingeräumt werden muss, als derjenigen der DDR. Der analytische Teil und damit Hauptteil der Studie untersucht die deutsch-israelischen Beziehungen hinsichtlich ihrer politischen, wirtschaftlichen, militärischen bzw. sicherheitspolitischen, wissenschaftlichen und kulturellen Verflechtungen in Abhängigkeit von gewissen zeitlichen Zäsuren (Ratifizierung des Luxemburger Abkommens, Suezkrise und Ende der Ära Adenauer und Ben Gurion 1963)³ sowie in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen des internationalen Staatensystems. Im Rahmen von Analyse und darauf basierendem Vergleich der Israelpolitik gilt es konkret:

1. den mit Blick auf Israel relevanten außenpolitischen Entscheidungsprozess sowie die verantwortlichen Entscheidungsträger und Institutionen in beiden deutschen Staaten herauszuarbeiten;

¹ Vgl.: Hockerts, H.G.: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: APuZG, B 29-30 (1993), S.18; Rothfels, H.: Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S.7.

² Doering-Manteuffel, A.: Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklungen und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: VfZ 41 (1993), S.1.

³ Die Periodisierung der Nahostpolitik der DDR nach Hafez, wonach 1961 infolge des Mauerbaus eine erste Zäsur ostdeutscher Nahostpolitik erkennbar sei, ist nicht überzeugend. Vgl.: Hafez, K.: Von der nationalen Frage zur Systempolitik: Perioden der DDR-Nahostpolitik, 1949-1989, in: Orient 36 (1995), S.78.

2. das durch beide deutsche Staaten gegenüber Israel angewandte außenpolitische Instrumentarium (Diplomatie, Wirtschaft, Militär, Ideologie bzw. Propaganda) zu vergleichen;
 3. den Handlungsspielraum und den Grad der Souveränität beider deutscher Staaten in ihrer Israelpolitik vor dem Hintergrund des Einflusses der Vier Mächte, insbesondere der USA und der Sowjetunion, auf die Außenpolitik beider deutscher Staaten aufzuzeigen;
 4. mögliche Grenzen deutscher Israelpolitik vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Integrierung beider deutscher Staaten in zwei antagonistische Blöcke zu erhellen und
 5. eine deutsche Spezifität der Israelpolitik der Bundesrepublik als auch der DDR nachzuweisen, die trotz, manchmal gerade wegen getrennter Entwicklung während des gesamten Untersuchungszeitraumes existierte,
- zu untersuchen.

Um das beschriebene Forschungsinteresse der vorliegenden Dissertation gegenüber bisherigen Darstellungen zusätzlich abzugrenzen erscheint es notwendig, zu erörtern, welche Einzelfragen im weiten Feld der im weitesten Sinne deutsch-israelischen Beziehungen, hier, auch wenn sie sicherlich angesprochen werden, keine detailliert zu untersuchende Schwerpunktsetzung bilden. Die Dissertation wird somit keine Arbeit explizit zu

- christlich-jüdischen Beziehungen oder jüdischen Gemeinden in beiden deutschen Staaten,
- Antisemitismus⁴ und Vergangenheitsbewältigung in Deutschland⁵
- Individualentschädigung sowie

⁴ Zum Antisemitismus in der DDR z.B. Haury, T.: Antisemitismus von links: Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002. Haury widmet sich in seiner Untersuchung der Frage eines linken Antisemitismus, weiterhin, allerdings nicht schwerpunktmäßig, dem Antizionismus der frühen DDR.

⁵ Zur Auswahl: Frei, N.: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Frei, N. (Hg.): Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, 2. durchg. Aufl. Frankfurt u.a. 2002; Herf, J.: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998; Kittel, M.: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin u.a. 1993; Zuckermann, M.: Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998. Jeffrey Herf hat – wobei Adenauers Einsatz für die Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik und die Beziehungen zu Israel dabei völlig unstrittig eine Würdigung verdient – auf die Zurückhaltung Adenauers in der Frage der Vergangenheitsbewältigung hingewiesen. Diese schreibt Herf wohl berechtigterweise einerseits einem amoralischen politischen Opportunismus und andererseits Adenauers „fully realistic and pessimistic view of the depth of support for Nazism in Germany before 1945, and the opposition to publicly discussing its crimes afterward“ zu. Herf, J.: The Holocaust and the Competition of Memories in Germany, 1945-1999, in: Michman, D.: Remembering the Holocaust in Germany, 1945-2000. German Strategies and Jewish Responses, New York u.a. 2002, S.14.

- zur Frage des deutschen Vermögens in Israel, über welches infolge des Luxemburger Abkommens viele Jahre hindurch verhandelt und schließlich am 1.6.1962⁶ ein entsprechendes Abkommen erzielt wurde, darstellen.

Den zeitlichen Rahmen der Darstellung bilden einmal das Jahr 1949 mit der Gründung beider deutscher Staaten sowie andererseits das Jahr 1963 als dem Ende der Ära Adenauer in der Bundesrepublik Deutschland⁷ sowie dem Ende der Ära David Ben Gurion⁸ in Israel. Prinzipiell kann man aufgrund eines weitgehenden Mangels an über nationale Grenzen reichender Zeitgeschichtsschreibung⁹ noch nicht von der Existenz einer verbindlichen Periodisierung sprechen. Obgleich 1965 infolge der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel der sichtbarste Einschnitt deutscher Nahostpolitik vor allem mit Blick auf die Hallstein-Doktrin erfolgte, wurde die Bedeutung des Jahres 1965 als Wendepunkt deutscher Nahostpolitik viele Jahre überbewertet. Zum einen wurde die grundsätzliche Entscheidung zur Neuordnung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zum Zeitpunkt des Auslaufens des Luxemburger Abkommens nicht erst 1965 gefällt. Zum anderen erfolgte 1965 nicht die befürchtete Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch die arabischen Staaten. Obgleich einige arabische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesregierung abbrachen, hatte dies de facto, zum Verdruss des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, nur geringe Auswirkungen auf die praktische Arbeit der Bundesrepublik in diesen Ländern. Aus außenwirtschaftlicher Perspektive bildete das Jahr 1965 keine Zäsur.¹⁰ Der eigentlichen Untersuchung wird ein Exkurs vorangestellt, der den Weg der Entrechtung und schließlich Ermordung der europäischen Juden während des Nationalsozialismus skizziert. Ohne das Andenken an die Würde dieser Menschen und deren Leben ist die qualitative Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen nicht zu verstehen.

⁶ Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel über deutsches weltliches Vermögen in Israel wurde am 1.6. 1962 in Genf durch Bernhard Wolff und Zev Argaman unterzeichnet. Vgl.: Bundesanzeiger Nr.195 vom 12.10.1962.

⁷ Zu Adenauer siehe: Schwarz, H.-P.: Adenauer: Der Aufstieg 1916-1952, Stuttgart 1986. Schwarz, Hans-Peter: Adenauer: Der Staatsmann 1952-1967, Stuttgart 1991. Köhler, H.: Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt a.M. u.a. 1994.

⁸ David Ben Gurion bekleidete die Ämter als Premierminister und Verteidigungsminister Israels in den Jahren 1949-1963 mit Ausnahme der Periode zwischen Dezember 1953 und Februar 1955. Nachdem Ben Gurion 1953 beide Ämter niedergelegt hatte, kehrte er im Februar 1955 als Verteidigungsminister, infolge der Wahlen zur Dritten Knesset als Premierminister 1955 ins Kabinett zurück. Grundlegend: Bar-Zohar, M.: David Ben Gurion. Der Gründer des Staates Israel, Bergisch Gladbach 1992.

⁹ Vgl.: Gehler, M.: Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung, in: APuZG B51-52 (2002), S.24.

¹⁰ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949-1963, Düsseldorf 1998 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.33), S.457.

Wenn in der Dissertation von den Ländern oder der Region des Nahen Ostens gesprochen wird, so umschließt dieser Terminus die arabischen Staaten Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien sowie außerdem Iran, Israel und die Türkei.¹¹ Die Bezeichnung Deutschland bzw. deutsch wird ambivalent benutzt. Die allgemeinere Verwendung dieser Bezeichnungen sowie der Bezug auf einen der beiden Staaten DDR oder BRD ist dem jeweiligen Kontext zu entnehmen.

Die Wahl des Länderbeispiels hat Ursachen. Gerade am Beispiel Israels manifestiert sich eine im Falle anderer Staaten keineswegs so deutlich, so klar nachzuweisende Spezifik auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehungen sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR während des Untersuchungszeitraumes. Diese rekrutiert sich zum einen aus der historischen deutschen Verantwortung für die Ermordung von Millionen jüdischer Menschen und deren Entwürdigung bis in den Tod hinein, teilweise auch darüber hinaus. Diese Tatsache führt zu der in der wissenschaftlichen Literatur bereits mehrfach gestellten Frage nach dem Verhältnis von außenpolitischem Interesse und Moral. Zum anderen gehörten beide deutsche Staaten antagonistischen Blöcken an, womit deutsch-deutsche Politik eine Verlängerung bis hinein in den Bereich der Außenpolitik erfuhr, die am Länderbeispiel Israel besonders deutlich wurde. Drittens war Israel während des Untersuchungszeitraumes keinem der antagonistischen Blöcke bündnispolitisch in irgendeiner Weise verbunden, ja war noch nicht einmal Mitglied der Bewegung der sogenannten blockfreien Staaten. Dennoch sah sich auch Israel unverschuldet einer deutschen Spezifik gegenüber, welche es bei der Gestaltung seiner Außenbeziehungen ebenso zu berücksichtigen hatte. Die vorgenannten Gründe sind somit ursächlich für eine äußerst interessante Konstellation im internationalen Staatensystem, die bei wissenschaftlicher Untersuchung entsprechend wertvollen Erkenntnisgewinn für den Bereich der internationalen Beziehungen verspricht.

2. Untersuchungsmethode und Darstellung

Die vorliegende Studie beabsichtigt eine quellengestützte Analyse der Israelpolitik beider deutscher Staaten während der Jahre 1949 bis 1963 mit dem Ziel, auf dieser Basis einen analytischen Vergleich¹² der Außenpolitik beider deutscher Staaten gegenüber Israel zu leisten. Ausgehend von einem grundsätzlichen und einleitenden Überblick über Ausgangslage, Hand-

¹¹ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.18. Somit findet der Terminus keine Anwendung auf die Scheichtümer am Persischen Golf, die nordafrikanischen Maghreb-Staaten sowie den Sudan. Die englischsprachigen Bezeichnungen Near East und Middle East sind mit dem in der deutschsprachigen Literatur verwendeten Begriff Naher Osten nicht immer identisch.

¹² Zur Definition des Vergleichs siehe: Kaelble, H.: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. u.a. 1999, S.12f. Grundlegend zum analytischen Vergleich siehe: Ebd., S.49-55.

lungsspielräume und Entscheidungsträger der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und Israels sollen die Außenpolitik beider deutscher Staaten gegenüber Israel unter Berücksichtigung der Entwicklungen des internationalen Staatensystems auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem sowie kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet untersucht werden, womit die angestrebte Analyse über einen klassischen diplomatiegeschichtlichen Ansatz hinausgeht. Spezifische Themen ost- oder bundesdeutscher Israelpolitik, wie z.B. das Luxemburger Abkommen oder die Parteibeziehungen zwischen SED und MAKI, aber auch Auswirkungen der Suezkrise oder des Eichmann Prozesses auf die Israelpolitik beider deutscher Staaten sollen dabei dargestellt werden. Diese dem Vergleich vorausgehende Analyse erfolgt in drei Teilen der Arbeit, die in gewisser Abhängigkeit zu zeitlichen Zäsuren einer im wesentlichen strukturellen Gliederung folgt. Der eigentliche Vergleich soll im vierten Teil der Arbeit die Frage nach dem Einfluss der Vier Mächte, insbesondere der USA und der Sowjetunion auf die Israelpolitik beider deutscher Staaten ebenso beinhalten, wie einen Vergleich des durch beide deutsche Staaten angewandten außenpolitischen Instrumentariums, die Frage nach einer deutsch-deutschen Spezifität und möglichen Ähnlichkeiten, aber auch Unterschieden ost- und bundesdeutscher Israelpolitik, die sich aus eigenständigen Entwicklungen in der Bundesrepublik bzw. DDR ergaben.

Mit dem methodischen Ansatz eines auf einer vorangegangenen Analyse basierenden deutsch-deutschen Vergleichs auf dem Gebiet der Außenpolitik widmet sich die Studie einer Fragestellung, die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Desiderat historischer Forschung darstellt.¹³ Ein Vergleich zielt dabei nicht auf Nivellierung unterschiedlicher Entwicklungen oder der Leugnung von Individualität¹⁴, sondern auf das „Herausarbeiten von Unterschieden und Gemeinsamkeiten“¹⁵, „um die Geschichte in der Komplexität, ihre dialektischen Prozesse und

¹³ Ends politikwissenschaftliche Studie bildet hier eine Ausnahme, analysiert und vergleicht allerdings nicht die Außenpolitik beider deutscher Staaten anhand eines konkreten Länderbeispiels. Zudem beruht Ends Arbeit nicht auf einer ausführlichen Auswertung einschlägiger Aktenmaterialien, was letztlich dem Entstehungszeitraum geschuldet ist. Insofern bedürfen gewisse Feststellungen Ends im Nachhinein einer gewissen Korrektur. End, H.: Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts, 1949-1972, Köln 1973. In dem 1998 publizierten Sammelband Bauerkämpfers u.a. zur doppelten Zeitgeschichte wäre eine stärkere Berücksichtigung des außenpolitischen Bereichs sehr wünschenswert gewesen. Vgl.: Bauerkämpfer, A./ Sabrow, M./ Stöver, B. (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998. Weber beklagte 1997 die Vernachlässigung der DDR-Außenpolitik einzelner Phasen in Forschungsprogrammen der Bundesrepublik, in: Weber, H.: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, in: APuZG B 26/27 (1997), S.14.

¹⁴ So erklärte Schieder z.B. 1965 die weitläufige Ablehnung gegenüber der Methode des Vergleichs mit einer angeblichen Verneinung einer einzigartigen Individualität durch diesen. Vgl.: Schieder, T.: Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Methoden in der Geschichtswissenschaft, in: Schieder, T.: Geschichte als Wissenschaft, München u.a. 1965, S.196.

¹⁵ Hockerts, H.G.: Zeitgeschichte, S.18.

wechselseitigen Abhängigkeiten zu erfassen.“¹⁶ Die Erkenntnismöglichkeiten eines auf quellengestützter Analyse basierenden komparativen Forschungsansatzes sind nicht zu unterschätzen. Er eröffnet nicht nur die Möglichkeit Individualität oder systemische Einflüsse deutlicher nachzuzeichnen, sondern, wie am Untersuchungsgegenstand sichtbar, auch das spezifisch Deutsche, die ähnlichen Probleme in den Außenpolitiken einer geteilten Nation während des Kalten Krieges zu verdeutlichen. Für eine Typologisierung des Phänomens der geteilten Nationen während des Kalten Krieges wären weitere Studien in dieser Richtung wünschenswert. Die methodische Funktion des Vergleichs dient in heuristischer Hinsicht der Identifikation von Problemen, die ohne Vergleich nicht sichtbar gemacht werden können, in deskriptiver Hinsicht einer deutlicheren Profilierung der untersuchten Beispiele, er dient in analytischer Hinsicht der Erklärung von Ursachen für Ähnlichkeiten oder Unterschiede und offeriert in paradigmatischer Sicht ein größeres Bewusstsein für alternative Möglichkeiten historischer Entwicklung.¹⁷

In forschungstechnischer Hinsicht geht mit der Methode eines auf einer ausführlichen Analyse aufbauenden Vergleichs ein signifikanter Mehraufwand an Kosten und Arbeit einher. Um die berechtigte Forderung nach Quellennähe¹⁸ zu realisieren, erscheint die Begrenzung des Themas auf drei Staaten sinnvoll. So stützt sich die vorliegende Studie im wesentlichen auf die Überlieferung von Quellen der drei Staaten. Im Zentrum steht also nicht primär die Wahrnehmung der deutsch-israelischen Beziehungen durch Dritte, sondern die beider deutscher Staaten und Israels sowie der daraus abgeleiteten Entscheidungen. Gerade dieser Ansatz bietet die Möglichkeit, eventuelle Überlieferungslücken der einen oder anderen Seite besser schließen zu können. Zudem lässt sich der Einfluss der Vier Mächte, soweit vorhanden und relevant, mittlerweile aus den Akten beider deutscher Staaten und Israels herausarbeiten. Zudem wird die Forschungsarbeit mit dieser Strategie auch weniger anfällig für die Gefahr politischer Manipulation, die sich bei Berufung auf Aussagen Dritter zwangsläufig eher einstellt.

Die Studie versteht sich als Beitrag zur internationalen Geschichte¹⁹ und ist von dem Forschungsansatz (nicht Methode) der transnationalen Geschichte²⁰ zu unterscheiden. Dass pri-

¹⁶ Gehler, M.: Zeitgeschichte, S.24.

¹⁷ Vgl.: Haupt, H.-G./ Kocka, J.: Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: Dies. (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M. u.a. 1996, S.12-15.

¹⁸ Vgl.: Paulmann, J.: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: HZ 267 (1998), S.653.

¹⁹ Vgl.: Loth, W./ Osterhammel, J. (Hg.): Internationale Geschichte. Themen - Ergebnisse - Aussichten, München 2000 (= Studien zur Internationalen Geschichte, Bd.10), S.VII-XIV.

²⁰ Hierzu grundlegend: Patel, K.K.: Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, in: ZfG 52 (2004), S.626-645. Ob der durch Lindenberger und Sabrow prognostizierte Paradigmenwechsel hin zu transnationalen Betrachtungsweisen bei jeder Fragestellung der Zeitgeschichte anwendbar und sinnvoll ist, erscheint zweifelhaft. Lin-

märe Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie liegt so nicht in dem Ziel, die Wirkungsweise und Einflussnahme international agierender Organisationen, wie z.B. EWG, NATO, Internationaler Gewerkschaftsbund, Sozialistische Internationale u.a. mehr auf die deutsch-israelischen Beziehungen zu untersuchen. Gleichwohl existierte eine wechselseitige Beeinflussung zwischen Nationalstaat und internationalen Organisationen auch im Kontext der deutsch-israelischen Beziehungen, auf die an gegebener Stelle der Studie verwiesen wird. Auch im Zeitalter des Kalten Krieges und im Zeitalter zunehmender transnationaler Beziehungen blieb der Staat im Sinne von Raymond Aron u.a.²¹ Hauptakteur des Handelns in den internationalen Beziehungen und verantwortlich für die Wahrnehmung seiner außenpolitischen Interessen, auch im Falle der Israelpolitik beider deutscher Staaten. Die Autorin schließt sich damit der Auffassung Links an, wonach eine zunehmend institutionalisierte Staatengemeinschaft und Elemente transnationaler Beziehungen „die staatenmäßige Grundstruktur der internationalen Beziehungen nicht beseitigt“²² haben.

Die methodische Konzeption der Studie folgt einer eher sachlichen Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand. Jedes System und jegliche Politik stellt letztlich immer eine Summe individueller menschlicher Handlungen bzw. Verhaltensweisen dar, welche nicht immer umfassend und ausreichend mit ausschließlich geschichtswissenschaftlicher Methode beschrieben und erklärt werden können. In diesem Bewusstsein kann die beste quellengestützte Studie niemals den Anspruch erheben, die Originalität und Komplexität des Lebens durch eine wissenschaftliche Darstellung vollständig wiederzugeben.

3. Forschungsstand

Im folgenden soll die Relevanz der vorliegenden Studie vor dem Hintergrund des bisherigen Forschungsstandes und in Abgrenzung zu diesem verdeutlicht werden.

Auf den ersten Blick existiert eine unglaubliche Fülle qualitativ sehr unterschiedlicher Literatur wissenschaftlicher oder journalistischer Provenienz, ein weiterer Teil aus der Feder von

denberger, T./ Sabrow, M.: Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: DA 37 (2004), S.126.

²¹ Vgl.: Soutou, G.-H.: Die französische Schule der Geschichte der internationalen Beziehungen, in: Loth, W./ Osterhammel, J. (Hg.): Internationale Geschichte. Themen - Ergebnisse - Aussichten, München 2000 (= Studien zur Internationalen Geschichte, Bd.10), S.40. Soutou bezeichnet die herausragende Rolle der Staatenbeziehungen und des nationalen Interesses als Hauptcharakteristikum der französischen Schule der internationalen Beziehungen „von Sorel über Renouvin bis Duroselle“ (Ebd., S.42). Hillgruber verwies ebenso zurecht auf die „relative Autonomie“ der Außenpolitik der „historisch geprägten Staaten“ auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Vgl.: Hillgruber, A.: Politische Geschichte in moderner Sicht, in: HZ 216 (1973), S.537f.

²² Vgl.: Link, W.: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert. 2. überarb. u. erw. Aufl. Stuttgart u.a. 1988, S.34. Grundlegend zur politischen Organisation der internationalen Beziehungen ebd. S.9-34.

Zeitzeugen²³ zum Themenkomplex der deutsch-israelischen Beziehungen. Während die Außenpolitik der Ära Adenauer seit längerem einen Schwerpunkt zeithistorischer Forschung darstellt, zuletzt auch im Falle bundesdeutscher Nahostpolitik am Beispiel der verdienstvollen Studie von Sven O. Berggötz, erwachte die Forschung hinsichtlich des Themas der deutschen Israelpolitik während dieses Zeitraumes erst in den letzten Jahren, abgesehen von Darstellungen zum Luxemburger Abkommen²⁴ und dem Eichmannprozess, aus einer gewissen Statik. In diesem Zusammenhang sind v.a. die Studien von Jelinek, Hansen, Meining, Trimbur, Timm oder Weingardt zu nennen.

Anhand von ausgiebigen Archivstudien in Deutschland, den USA und Großbritannien, untersuchte Berggötz²⁵ die „Möglichkeiten und Grenzen“ westdeutscher Nahostpolitik mittels strukturanalytischer Fragestellung während der Ära Adenauer. Im Zentrum des Interesses stand dabei die bundesdeutsche Politik gegenüber den arabischen Staaten und Iran, sicherlich mit Querverweisen zur Israel- und Türkei politik, deren ausführliche Analyse aber nicht das Erkenntnisinteresse der Studie darstellte.

Rechtzeitig zum fünfzigjährigen Jahrestag der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens erschien die Studie mit dem Titel „Aus dem Schatten der Katastrophe“. Verfasst wurde das in seinem Umfang monumentale und die deutsch-israelischen Beziehungen (nicht nur) der Ära Adenauer sehr minutiös – manchmal zu detailliert – schildernde, mit einem Vorwort von Shimon Peres versehene Buch, durch den Juristen, ehemaligen Botschafter der BRD in Israel (1981-1985) und während der Jahre 1955-1958 Mitarbeiter des damaligen Außenministers von Brentano, Niels Hansen.²⁶ Zweifelsohne besteht der Verdienst der Studie von Hansen darin, dass dessen Erfahrungen sowie Kontakte als Zeitzeuge der Forschung zugänglich gemacht wurden. Dass sich Hansen auch nach wie vor der deutschen Außenpolitik und insbe-

²³ Als einflussreich auf die Geschichtsschreibung und die öffentliche Wahrnehmung erwies sich viele Jahre lang Nahum Goldmann mit seinen Schilderungen der deutsch-israelischen Beziehungen. Goldmann, N.: Staatsmann ohne Staat. Autobiographie, Köln u.a. 1970. Ders.: Mein Leben als deutscher Jude, Frankfurt u.a. 1983. Ders.: Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler, Köln u.a. 1983. Shinnar, F.E.: Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951- 1966, Tübingen 1967. Zu den Darstellungen Adenauers, Ben Gurions, Strauß', Carstens, Shinnars, Peres', Ben-Natans u.a. siehe die Angaben in den einzelnen Kapiteln.

²⁴ Hier z.B. : Balabkins, N.: West German Reparations to Israel, New Brunswick u.a. 1971; Goshler, C./ Herbst, L. (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte: Sondernummer); Jena, K. v.: Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: VfZ 34 (1986), S.457-480; Sagi, N.: Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen, Stuttgart 1981; Wolffsohn, M.: Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang, in: VfZ 36 (1988), S.691-731; Zweig, R. W.: German Reparations and the Jewish World. A History of the Claims Conference, London u.a. 1987.

²⁵ Berggötz, S.O.: Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949-1963, Düsseldorf 1998 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.33).

²⁶ Hansen, N.: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht, Düsseldorf 2002 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.38).

sondere den Beziehungen zu Israel verpflichtet fühlt, unterstrich er aus Anlass des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel auf eindrucksvolle Art und Weise.²⁷ Dennoch kann seine Studie nicht über gewisse Defizite hinwegtäuschen. Zum einen vermisst der Leser eine das Werk umfassende, leitende historisch kritische Fragestellung, die ggf. für einen betroffenen Zeitzeugen auch nur begrenzt zu realisieren ist. Die Studie befindet sich hinsichtlich der verfügbaren Literatur nicht immer auf dem neuesten Stand. Der minutiös deskriptive Stil Hansens, der nicht selten ganze Abschnitte einzelner, in der 1997 publizierten Dokumentation Jelineks abgedruckter Dokumente wiedergibt,²⁸ lässt häufig eine wünschenswerte Distanz zu den Quellen vermissen. Zudem hat Hansen keineswegs die allein in Israel und Deutschland zur Verfügung stehenden Quellen systematisch ausgewertet. Das betrifft auffällig auch und gerade das Material, welches sich im Besitz einiger im Anhang seiner Studie aufgeführten Archive befindet. Andererseits ist Hansen völlig zuzustimmen, dass Geheimniskrämerei, die im Falle der deutsch-israelischen Beziehungen bis heute gerade in Deutschland auffällig betrieben wird, dem demokratischen Selbstverständnis grundlegend widerspricht.²⁹ Störend, stillos und vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte nicht tolerabel sind hingegen völlig unkommentierte Zitate in Hansens Buch, wonach „die Juden“ z.B. „von Jerusalem über London bis New York alle Hunde von der Kette lassen“³⁰ würden oder Zusammenhänge zwischen defizitärer israelischer Zahlungsbilanz und „politisch einflussreichen amerikanischen Juden“³¹ konstruiert werden.

Erst zwei Jahre später, 2004, erschien die Studie des israelischen Wissenschaftlers Yeshayahu A. Jelinek³² mit dem Titel „Deutschland und Israel 1945-1965. Ein neurotisches Verhältnis“. Die Urfassung des Manuskripts, welches lediglich den Zeitraum der Jahre 1945 bis 1953 umfasste, ging auf das Jahr 1992, die Fassung eines den Untersuchungszeitraum bis 1965 erweiterten Manuskripts auf das Jahr 1997 zurück, ehe es überarbeitet und übersetzt erst 2004 erschien. Kritik im Detail, so z.B. hinsichtlich der eher schmalen Literaturbasis seiner Studie, können nicht über das herausragende Verdienst Jelineks hinwegtäuschen, eine Fülle international verfügbarer Quellen zur Thematik gesichtet, aufbereitet und der Forschung zur Verfügung gestellt zu haben. Den Schwerpunkt seiner Studie bildet die Auseinandersetzung

²⁷ Ben Natan, A./ Hansen, N. (Hg.): Israel und Deutschland. Dorniger Weg zur Partnerschaft. Die Botschafter berichten über vier Jahrzehnte diplomatischer Beziehungen (1965-2005), Köln u.a. 2005.

²⁸ Jelinek, Y.A. (Hg.): Zwischen Moral und Realpolitik: deutsch-israelische Beziehungen 1945-1965. Eine Dokumentensammlung, Gerlingen 1997 (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv; Bd.16).

²⁹ Hansen, N.: Schatten, S.818.

³⁰ Ebd., S.810.

³¹ Ebd., S.807.

³² Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel 1945-1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004 (= Studien zur Zeitgeschichte; Bd.66).

mit den Anfängen der deutsch-israelischen Beziehungen bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens. Die Studie leistet v.a. durch die Darstellung einer israelischen Perspektive einen verdienstvollen Beitrag zur zeitgeschichtlichen Forschung. Überzeugend wirkt Jelinek hingegen nicht immer in seiner Beurteilung der deutschen Israelpolitik und den daraus abgeleiteten Wertungen. Die ostdeutsche Israelpolitik ist in Jelineks Studie deutlich stärker als in Hansens Buch gewichtet, bleibt letztlich aber nur Randthema.

In seinem im Jahr 2000 erschienenen und auf seiner Dissertation basierenden Buch untersucht Dominique Trimbur³³ die Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel während der Jahre 1949 bis 1956. Auf der Basis von Studien in Frankreich, Deutschland, Israel und Großbritannien zeichnet er minutiös die Entwicklung des Verhältnisses dieser Jahre nach. Seine Analyse gewichtet den Beginn der Beziehungen bis zum Abschluss des Luxemburger Abkommens, einschließlich der Schilderung von Goldmann, Grossmann, Karl Marx und des Zentralrats der Juden relativ stark. Seine Studie folgt methodisch im wesentlichen dem traditionellen diplomatiegeschichtlichen Ansatz.

Im Anschluss an seine bereits 1997³⁴ erschienene Studie veröffentlichte Markus A. Weingardt³⁵ 2002 eine Gesamtdarstellung zu bundesdeutscher Israel- und Nahostpolitik, welche gleichzeitig seine Dissertation darstellt. Betreffend des hier relevanten Untersuchungszeitraumes der Jahre 1949-1963 offeriert diese Studie allerdings keinen wissenschaftlichen Zugewinn, da sie in vielen Punkten hinter den aktuellen Forschungsstand zurückfällt, zudem auf keinerlei Archivstudien beruht.

Stefan Meining³⁶ publizierte 2002 eine Studie zur Politik der DDR gegenüber Judentum und Israel bis 1989. Die Israelpolitik der DDR während des Untersuchungszeitraumes der vorliegenden Studie stellt bei Meining eher ein Randthema dar. Verdienstvoll ist die durch Meining vorgenommene Auswertung zahlreicher Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), dank derer er z.B. nachweisen konnte, dass auch der Dresdner Historiker Helmut Eschwege eine Vergangenheit als Informant des MfS³⁷ besaß und Berichte über die politische Situation in Israel hinterließ, über welche sich die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) entsprechend erfreut zeigte.³⁸ Weswegen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt

³³ Trimbur, D.: *De la shoah à la réconciliation ? La question des relations RFA- Israël (1949-1956)*, Paris 2000.

³⁴ Weingardt, M.: *Deutsch-israelische Beziehungen. Zur Genese bilateraler Verträge 1949-1996*, Konstanz 1997 (= *Konstanzer Schriften zu Schoah und Judaica*; Bd.2).

³⁵ Weingardt, M. A.: *Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949*, Frankfurt a.M. u.a. 2002.

³⁶ Meining, S.: *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel*, Hamburg 2002 (= *Diktatur und Widerstand*; Bd.2).

³⁷ Kontakte zum MfS werden durch Eschwege selbst mehrfach bestätigt. Vgl.: Eschwege, H.: *Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden*, Berlin 1991.

³⁸ Meining, S.: *Kommunistische Judenpolitik*, S.210.

dennoch keine Unterlagen dieser Abteilung des MfS zum Thema Israel vorliegen sollen, erscheint äußerst merkwürdig. Damit stellt sich die Frage, ob dieser Umstand einer noch nicht abgeschlossenen Erschließung von MfS-Akten oder ggf. deren prophylaktischer Entsorgung anzulasten ist.³⁹

Eine erste mit einem Dokumentenanhang versehene Gesamtdarstellung der DDR Israelpolitik wurde von Angelika Timm⁴⁰ 1997 veröffentlicht. Das Buch Timms stellt partiell ein Ergebnis eines durch die DFG geförderten Projekts dar. Für die vorliegende Studie ist nur ein Teil ihres Buches, ebenso wie der Dokumentenanhang, bei dem allerdings gelegentlich kritische Lektüre empfehlenswert erscheint, relevant. Timms Studie ist mit Blick auf die Methode relativ konservativ angelegt und verharret in weiten Teilen im deskriptivem Stil. Ausgeblendet werden durch Timm mit Blick auf die DDR Israelpolitik interessante Fragestellungen, welche die Tätigkeit z.B. des Ministeriums für Staatssicherheit oder der Parteihochschule der SED betreffen. Eine etwas oberflächliche Betrachtung tritt prinzipiell dort zutage, wo unschöne Entwicklungen der DDR Israelpolitik offensichtlich werden. Unklar bleibt auch, weswegen Timm trotz ihrer sehr umfangreichen Archivbesuche keinerlei sowjetisches und höchst aufschlussreiches Aktenmaterial, welches mittlerweile sogar publiziert ist, in ihre Studie integriert. Dies erscheint mit Blick auf die DDR Israelpolitik relevanter als ausgiebige Forschungsreisen in die USA. Eine Erörterung der Fragestellung des Verhältnisses von ostdeutschem Eigenanteil und sowjetischem Einfluss auf die Israelpolitik der DDR wäre wünschenswert gewesen. Unübersehbar unterliegt Timm im Vorwort ihres Buches einem gewissen Rechtfertigungszwang, der sich gegen personale Schuldzuweisungen, gegen „Personen- und Politiker’mobbing“⁴¹ und die Subjektivität von Personalakten richtet. Interessant erscheint dabei, dass Timm Personalakten überhaupt erwähnt. Wo genau hat Timm solche studiert? Darüber hinaus kann Timm, ebenso wie etwa Mario Keßler⁴² oder Wolfgang Kießling⁴³ ihre vormalige Nähe zum System der SED nicht verleugnen. Timm fungierte vormals u.a. nicht nur als Dolmetscherin der DDR-Regierung unter Modrow. Der Gutachter ihrer Disserta-

³⁹ Siehe unten. Brief der BStU an die Autorin.

⁴⁰ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

⁴¹ Ebd., S.14.

⁴² Mario Keßler promovierte in Leipzig und habilitierte sich an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Insbesondere am sprachlichen Stil und entsprechenden Wertungen in Keßlers Arbeiten wird seine vormalige Nähe zum SED-System deutlich. Keßler, M.: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995; Keßler, M.: Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949 bis 1967), in: Keßler, M.: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1995 (= hefte zur ddr-geschichte; 26), S.32-54.

⁴³ Wolfgang Kießling arbeitete ab 1960 am Institut für Marxismus Leninismus beim ZK der SED und promovierte 1968 zur kommunistischen Emigration in Lateinamerika. Vgl.: Kießling, W.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, Berlin 1995 (= hefte zur ddr-geschichte; 25).

tion B und spätere Koautor⁴⁴, Johannes Glasneck, diffamierte einst das Luxemburger Abkommen als „Instrument des Bonner Neokolonialismus“.⁴⁵ Dass Geschichtsschreibung der DDR nach deren Zerfall nicht dem Zufall überlassen bleiben sollte, sondern auch weiterhin als Monopol einer bestimmten Partei verstanden wurde, bewies die PDS eindrücklich durch die Gründung einer Historischen Kommission, die dem Parteivorstand angegliedert wurde. Ebenso eindrücklich erscheint, dass der Mitarbeiter Timms im Rahmen des DFG Projekts zum Thema „Die Haltung der DDR zu Schoah, Zionismus und Staat Israel“ und Bearbeiter des Dokumentenanhangs in ihrer 1997 erschienenen Studie, Detlef Nakath, zudem Mit Herausgeber der „hefte zur ddr-Geschichte“⁴⁶, auch heute noch einer bestimmten Stiftung die Treue erweist.

Mit Blick auf den Entstehungszeitraum sowie den biographischen Hintergrund der Autoren ist eine kritische Lektüre auch bei den Studien von Schwanitz⁴⁷, Coburger⁴⁸ und Walichnowski empfehlenswert. Coburgs Arbeit wurde als Dissertation an der Karl Marx Universität 1964 in Leipzig angenommen. Die Arbeit weist stellenweise auf einen doch sehr ansehnlichen, allerdings nicht immer zutreffenden Informationsstand des Autors hin, was allerdings bei genauerer Lektüre nicht verwundert. In Coburgs Studie wurde z.B. der 1964 bereits wegen Spionage für die Sowjetunion verurteilte Oberst Yisrael Beer, der vor seiner Verhaftung auch einige Male die Bundesrepublik besucht hatte, durch den Autor als „namhafter israelischer Militärexperte und frühere Generalstabschef“⁴⁹ bezeichnet. Seine wirkliche Tätigkeit fand allerdings keine Erwähnung. Entsprechend des Vorbildes von Glasneck, auf den die Studie Bezug nimmt, wurde die bundesdeutsche Israelpolitik auch hier als „neokolonialistisch“ im Sinne des sogenannten „westdeutschen Imperialismus“ diffamiert.

Walichnowski publizierte 1968 ein dünnes Buch über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel während der Jahre 1949 bis 1967, wobei hier die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Zentrum der Betrachtung standen. Die Studie weist mittlerweile

⁴⁴ Timm, A./ Glasneck, J.: Israel. Geschichte des Staates seit seiner Gründung, 3. durchg. u. erw. Aufl. Bonn 1998.

⁴⁵ Glasneck, J.: Das sogenannte Wiedergutmachungsabkommen mit Israel – ein Instrument des Bonner Neokolonialismus, in: Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus. Referate und ausgewählte Beiträge, Berlin (Ost) 1962 (= Konferenzbericht über eine Veranstaltung, welche vom 5.-8. April 1961 in Leipzig stattfand unter in deren Rahmen Lothar Bolz die Begrüßungsansprache hielt), S.343-348.

⁴⁶ Diese werden durch das „Gesellschaftswissenschaftliche Forum“ e.V. und „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. herausgegeben.

⁴⁷ Schwanitz, W.G.: Deutsche in Nahost. Band 1 und 2, Humboldt Universität Berlin, Habilitationsschrift 1992. (Berlin 1998 als Mikrofichesausgabe). Eine detailliertere Auseinandersetzung mit einigen seiner zahlreichen Aufsätze erfolgt im weiteren Verlauf der Studie.

⁴⁸ Coburger, D.: Die Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Israel von 1949 bis 1961 unter besonderer Berücksichtigung des sogenannten Wiedergutmachungsabkommens, Inauguraldissertation, Karl Marx Universität Leipzig 1964.

⁴⁹ Ebd., S.41.

einen überholten Forschungsstand auf. Den Autor kennzeichnet eine gewisse Voreingenommenheit, die u.a. in Redewendungen gegen die Kräfte „der Revanche und des westdeutschen Militarismus“⁵⁰ deutlich zum Ausdruck kommt.

Zur mittlerweile älteren und nicht mehr in jedem Punkt aktuellen wissenschaftlichen Literatur zählen die Werke von Wolffsohn, Lavy, Gerlach, Seelbach, Münch, Gardner Feldmann, Thompson und Deligdisch.

Eher nicht für einen schmalen Kreis wissenschaftlichen Publikums schrieb Michael Wolffsohn seine Bücher „Ewige Schuld?“⁵¹ oder „Die Deutschland-Akte“,⁵² die dennoch auch für diese Leser lesenswert sind. Für den vorliegenden Untersuchungszeitraum und die hier untersuchte Fragestellung sind nur ein Teil dieser Werke bedeutsam. Wolffsohn, unstrittig ein Kenner der deutsch-israelischen Beziehungen und israelischer Geschichte,⁵³ überzeugte nicht immer hinsichtlich seines Stils und seiner teilweise schroffen Bewertungen, selbst wenn sie einen wahren Kern besitzen. Dennoch ist es sein Verdienst, dass er den Mut besessen hat, wiederholt sein Wort gegen Stereotype, Vorurteile und Legendenbildung oder zuletzt im Falle Timms,⁵⁴ den Versuch einer bedenklichen Monopolisierung der DDR Geschichte (hier insbesondere der Beziehungen zwischen DDR und Israel), gerade durch Personen mit - infolge ihrer vormaligen Affinität zum Herrschaftssystem der SED - zweifelhafter Motivation zu erheben.

George Lavy publizierte 1996 eine die deutsch-israelischen Beziehungen, die er zwischen moralischer Schuld und nationalem Interesse verortet, bis in die achtziger Jahre beschreibende Darstellung. Für den Untersuchungszeitraum ist nur ein Teil des Buches relevant, die DDR wird bei Lavy weitestgehend ausgeblendet. Obwohl Lavy die zeitgenössische Presse akribisch ausgewertet hat, beruht seine Studie leider nur auf einer sehr schmalen Literaturbasis. Die der Forschung zur Verfügung stehenden Archivmaterialien wurden von Lavy nicht berücksichtigt.

Gerlachs Studie⁵⁵ stützt sich neben zahlreicher Literatur in seiner Darstellung auf ein ausgiebige zeitgenössische Presseauswertung. Er analysiert die „Dreierbeziehung“ zwischen geteiltem Deutschland, Israel sowie den arabischen Staaten (v.a. Ägypten) während der Jahre 1956-1965 u.a. anhand der Suezkrise, der Nahostkrise 1958, von denen Deutschland lediglich

⁵⁰ Walichnowski, T.: Israel und die Bundesrepublik, Warszawa 1968.

⁵¹ Wolffsohn, M.: Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen, 3. Aufl. München u.a. 1989.

⁵² Wolffsohn, M.: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, 2. Aufl. München 1996.

⁵³ So z.B. Wolffsohn, M./Bokovoy, D.: Israel. Grundwissen – Länderkunde. Geschichte – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft (1882-1996), 5. erw. und überarb. Auflage Opladen 1996.

⁵⁴ Wolffsohn, M.: Die Deutschland-Akte, S.80-85.

⁵⁵ Gerlach, F. H.: The Tragic Triangle. Israel, Divided Germany, and the Arabs, 1956-1965, London u.a. 1971.

indirekt betroffen gewesen ist, der Grotewohlreise 1959 sowie der Nahostkrise 1965. Obgleich die Studie aufgrund des heutigen Forschungsstandes sowie infolge neu zugänglichen Archivmaterials inhaltlich manchmal überholt erscheint, verdient doch die ausgiebige Auswertung zeitnah publizierter Quellen eine Würdigung.

In seiner Dissertation untersucht Münch⁵⁶ Israel als einen angeblichen Störfaktor der westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen der Jahre 1956 bis 1982. Abgesehen davon, dass nur ein Teil des durch ihn untersuchten Zeitraumes für die vorliegende Studien relevant ist, besitzt diese gemessen am aktuellen Forschungsstand aber kaum Erkenntniswert. Zudem vermag allein die formale Arbeit Münchs nicht zu überzeugen. Im Unterschied hierzu ist die politikwissenschaftliche Studie Seelbachs⁵⁷ in formaler Hinsicht sorgfältig gearbeitet. Seelbach setzt sich mit der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel als ein Problem bundesdeutscher Politik seit 1955 auseinander. Einige, teilweise überzogene Wertungen Seelbachs vermögen nicht zu überzeugen und halten einer quellengestützten Analyse bundesdeutscher Israelpolitik zudem nicht stand, womit die Studie Seelbachs in vielen Punkten als vom Forschungsstand überholt angesehen werden muss. Thompson⁵⁸ untersuchte in seiner 1978 erschienenen Dissertation die Frage des Judentums in der SBZ und der frühen DDR, schwerpunktmäßig v.a. bis 1953.

Lily Gardner Feldman⁵⁹ widmete sich unter beachtlicher Auswertung der zeitgenössischen Presseberichte der speziellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel während der Ära Adenauer. Dabei wird eine über den klassischen diplomatiegeschichtlichen Ansatz hinausreichende Analyse angestrebt, die allerdings wegen der Sperrfristen für Archivmaterialien letztlich nicht ausreichend quellengestützt erfolgen konnte. Damit stellt die Studie zwar immer noch ein lesenswertes, inhaltlich, infolge des aktuellen Forschungsstandes, aber teilweise überholtes Buch dar.

Auf nur sehr geringer Literatur- und Quellenbasis beruht die Studie von Deligdisch⁶⁰ aus dem Jahre 1974, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel bis 1970 untersucht. Behauptungen, wonach die bundesdeutschen Waffenlieferungen an Israel ein Gegengewicht zur sowjetischen Militärhilfe an Ägypten darstellen sollten⁶¹ oder das deutsch-

⁵⁶ Münch, P.L.: Israel als Störfaktor der westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen 1956-1982, München 1993.

⁵⁷ Seelbach, J.: Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955, Meisenheim am Glan 1970 (=Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft; Bd.19).

⁵⁸ Thompson, J.E.: Jews, Zionism and Israel. The Story of the Jews in the GDR since 1945, Washington State University, Ph.D. 1978, Ann Arbor 1978.

⁵⁹ Gardner Feldman, L.: The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston u.a. 1984.

⁶⁰ Deligdisch, J.: Die Einstellung der Bundesrepublik Deutschland zum Staate Israel. Eine Zusammenfassung der Entwicklungen seit 1949, Bonn 1974.

⁶¹ Ebd., S.10.

israelische Verhältnis „weitgehend von Emotionen“⁶² abhängig gewesen sei, können nicht bestätigt werden. Emotionen sind wichtiger Seismograph, aber nicht gleichbedeutend mit den Ursachen eines ggf. angezeigten Erdbebens.

Zur älteren Standardliteratur journalistischer Herkunft zählen die Werke von Inge Deutschkron und Rolf Vogel.⁶³ Beide Werke zeichnen sich durch einen für ihre Zeit eindrucksvollen Informationsgehalt aus. Gerade bei Vogels achtbändiger Dokumentation der deutsch-israelischen Beziehungen scheint bei der Benutzung aus zweierlei Grund aber eine gewisse Zurückhaltung geboten. Einmal verzichtet Vogel bei durchaus interessant erscheinenden Zitaten auf die Angabe der Quellen. Zum anderen wird im Nachhinein deutlich, dass er Kenntnis von Akten besaß, diese teilweise wort-wörtlich zitierte, die der Forschung zum Zeitpunkt des Erscheinens des Werkes von Vogel nicht zur Verfügung standen. Darüber hinaus bleibt die durch ihn mehrfach postulierte eigene Involvierung in den Bereich der deutsch-israelischen Beziehungen und vor allem die Ursache hierfür nicht klar nachvollziehbar, worauf im weiteren Verlauf der Studie noch konkret eingegangen wird.

Natürlich sind für eine aktuelle Forschungsdiskussion im Rahmen der Studie zahlreiche interessante Aufsätze insbesondere von Yeshayahu A. Jelinek, Rainer A. Blasius und Yechiam Weitz bedeutsam, ebenso wie zahlreiche Studien, welche die Beziehungen Israels insbesondere zur USA oder der Sowjetunion, aber auch Teilaspekte deutscher oder israelischer Außen- und Sicherheitspolitik untersuchen, unverzichtbar. Auf diese wird, um unnötige Dopplungen zu vermeiden, an gegebener Stelle im weiteren Verlaufe der vorliegenden Dissertation gesondert eingegangen.

Die Relevanz der vorliegenden Dissertation lässt sich an drei Kriterien messen: Erstens integriert sie neue wissenschaftliche Literatur, die in den jüngsten Studien nicht berücksichtigt wurde, aber unabdingbar für das Verständnis der internationalen Rahmenbedingungen der deutsch-israelischen Beziehungen während des Untersuchungszeitraumes sind. Zweitens integriert die vorliegende Studie neues und wichtiges Quellenmaterial, welches in keiner der vorangegangenen Studien berücksichtigt wurde, entweder, weil es erst seit kurzem einsehbar ist, oder, weil es schlichtweg übersehen wurde. Drittens unterscheidet sich die Studie von allen vorangegangenen Arbeiten durch ihre Fragestellung und Untersuchungsmethode, indem mit einer quellengestützten Analyse und darauf basierendem Vergleich der Israelpolitik beider

⁶² Ebd., S.4.

⁶³ Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen. Das schwierige Verhältnis, Köln 1991 sowie Vogel, R. (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, 8 Bände, München u.a. 1987-1990.

deutscher Staaten während der Jahre 1949 bis 1963 ein neuartiger und den bisherigen Forschungsstand erweiternder Beitrag zur internationalen Geschichte erbracht wird.

4. Quellenlage

Zentral, ja grundlegend für eine Analyse der Israelpolitik beider Studien erscheint ein gründliches Aktenstudium, welches weder durch Hypothesenbildung noch die sogenannte Oral History, ohne deren Wert schmälern zu wollen, ersetzt werden kann. Zudem erschien es weiterhin äußerst bedeutsam, sich auf die Überlieferung der drei untersuchten Staaten und nicht die Schilderungen der deutsch-israelischen Beziehungen durch Dritte zu stützen, womit die Analyse auch weit weniger manipulierbar wurde und sich des realen historischen Geschehens so eher annähert. Obgleich nicht alle Akten zum Untersuchungsgegenstand bisher vollständig einzusehen sind, konnte durch die breit angelegte Sichtung von auch bisher nicht hinzugezogenen Archivalien zusammen mit den bereits publizierten Quellen im wesentlichen ein Grad der Verdichtung von Informationen erreicht werden, der ein doch erstaunlich gut rekonstruierbares Bild der deutsch-israelischen Beziehungen während des Untersuchungszeitraumes hinterlässt. Ausnahme stellen hier lediglich zwei Bereiche dar: erstens nachrichtendienstliches Material, wobei dieses wegen seiner immanenten Problematik ohnehin nur vorsichtig benutzt werden sollte und zum anderen mit vorgenannten nicht identisches Material, das Informationen enthält, die auch heute noch eine gewisse Relevanz für die Sicherheit eines Staates aufweisen. Die Analyse der außenwirtschaftlichen Beziehungen basiert im wesentlichen auf der staatlichen Überlieferung, wobei sich Material einzelner Unternehmensarchive als sehr hilfreich erwies. Dennoch erscheint der Zugang zu Überlieferungen einzelner Firmen während des Untersuchungszeitraumes doch eingeschränkt. Eine von Weber 1997 grundsätzlich befürchtete Asymmetrie⁶⁴ hinsichtlich des Zuganges ost- bzw. bundesdeutscher Quellen kann für die dieser Studie zugrunde liegende Fragestellung sowie den untersuchten Zeitraum qualitativ nicht beklagt werden. Eine solche Asymmetrie tritt eher hinsichtlich der Quantität des Materials zutage, die allerdings den jeweils unterschiedlichen politischen Systemen und Verwaltungsapparaten, aber nicht der Forschung angelastet werden kann. Grundlegendes Problem zeitgeschichtlicher Forschung bleiben Überlieferungslücken, welche, sofern nicht anderweitig festgehalten, dem Einsatz moderner Technik (insb. Telefon) zur Last gelegt werden müssen oder aber darauf zurückzuführen sind, dass gewisse Fragen lediglich mündlich erörtert wurden. In Bezug auf eine ausführliche Auswertung der zeitgenössischen Presse konnte auf einschlägige Studien zurückgegriffen werden.

⁶⁴ Vgl.: Weber, H.: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte, S.4.

Neben den zahlreichen Memoiren und persönlichen Berichten zahlreicher Zeitzeugen gehören zu den deutschen für das Thema relevanten Editionen und Dokumentationen v.a. die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), die Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (DAPDDR), die Sitzungsprotokolle des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, die Sitzungsprotokolle einzelner Parteien des Deutschen Bundestages und die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Darüber hinaus erwies sich die durch Yeshayahu A. Jelinek herausgegebene Dokumentation,⁶⁵ die neben deutschen auch zahlreiche israelische, amerikanische und britische Dokumente enthält, als äußerst nützlich.

Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes⁶⁶ wurden die Bestände⁶⁷ Ministerbüro, Staatssekretär, der Politischen Abteilung, der Länderabteilung, der Handelspolitischen Abteilung, der Ostabteilung, der Kulturabteilung sowie der Rechtsabteilung, einschließlich aller der für Israel relevanten Referate gesichtet. Als besonders lohnenswert erschien die Sichtung des Bestandes B 150, in dem neben den in AAPD⁶⁸ publizierten Dokumenten auch solche enthalten sind, die bisher für die Forschung nicht zugänglich waren und im Zuge der Arbeit an der Edition herabgestuft wurden. Zudem wurde der sich ebenfalls im Politischen Archiv befindliche Bestand des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten⁶⁹ gesichtet.

Im Falle der DDR und der zentralen Rolle der SED für den Bereich der auswärtigen Beziehungen der DDR wurden zahlreiche Bestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv⁷⁰ eingesehen. Zusätzlich zu den gesichteten Beständen einzelner Abteilungen des Zentralkomitees (ZK) der SED, Sitzungen des Sekretariats sowie des Politbüros, wurden auch die Nachlässe von Walter Ulbricht, Albert Norden, Otto Grotewohl, die Bestände Büro Walter Ulbricht und Büro Albert Norden sowie der Bestand des Ministeriums für Außen- und Innerdeutschen Handel eingesehen. Leider stehen der Forschung bisher auch die Akten der Parteihochschule der SED nicht zur Verfügung, so dass hier stets auf die Parallelüberlieferung zurückgegriffen werden muss. Israel betreffende Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), konkret der Hauptverwaltung Aufklärung, konn-

⁶⁵ Jelinek, Y. A. (Hg.): Zwischen Moral und Realpolitik. Deutsch-israelische Beziehungen 1945-1965. Eine Dokumentensammlung, Gerlingen 1997 (=Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel-Aviv; Bd.16).

⁶⁶ Zukünftig: PA/AA.

⁶⁷ Die Bestände werden entsprechend der ihnen zugeordneten Bestandsnummern zitiert, so z.B. B 1 = Ministerbüro. Eine Aufschlüsselung befindet sich im Quellenverzeichnis im Anhang der Studie. Zu Archiv und Bestand werden grundlegend immer der jeweilige Band und im Falle einer Paginierung auch die entsprechende Seite(n) des Aktenstücks zitiert.

⁶⁸ Hier sind die entsprechenden Bände für die Jahre bis 1953 bzw. ab 1963 für den Untersuchungszeitraum relevant.

⁶⁹ Zukünftig: MfAA.

⁷⁰ Zukünftig: SAPMO.

ten im bisher erschlossenen Archivbestand für den Untersuchungszeitraum nicht nachgewiesen und der Autorin zur Verfügung gestellt werden.⁷¹

Im Falle der Bundesrepublik erwies sich die Durchsicht des sehr umfangreichen Bestandes des Bundeswirtschaftsministeriums (B 102) im Bundesarchiv als wichtig, konnten hier doch interessante Informationen zur Durchführung des Luxemburger Abkommens, der darüber hinausreichenden wirtschaftlichen Kontakte der Bundesrepublik zu Israel bis hin zu Auskünften zur Israelpolitik der Bundesrepublik, so z.B. im Zusammenhang der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler in Ägypten erhalten werden. Weiterhin wurden die Bestände des Bundespräsidialamts (B 122), des Bundeskanzleramts (B 136), des Bundesfinanzministeriums (B 126), des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (B 138) sowie des Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (B 257) eingesehen, die aus unterschiedlicher Perspektive das Bild der Israelpolitik der Bundesrepublik ergänzten. Ein plastischeres Bild bundesdeutscher Israelpolitik konnte erst infolge der Durchsicht einzelner Nachlässe einzelner Entscheidungsträger erlangt werden. Gesichtet wurden die Nachlässe von Theodor Heuss⁷², Heinrich von Brentano⁷³, Erik Blumenfeld⁷⁴, Herbert Blankenhorn⁷⁵ und der äußerst aufschlussreiche Nachlass von Karl Carstens.⁷⁶ Der Nachlass von Walter Hallstein⁷⁷ offerierte für das Thema keine grundlegend neuen Informationen. Der Nachlass Konrad Adenauers ist mit Blick auf Israel betreffende Fragen weitgehend gesperrt.

Für den Bereich der militärischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel konnten die hierfür nur in geringem Umfang einsehbaren, dafür aber neu zugänglichen und äußerst informativen Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv⁷⁸ in Freiburg i.B. zu Rate gezogen werden. Zusätzliche Aktenstudien erfolgten in Deutschland im Archiv der Carl Zeiss Jena GmbH, im Archiv der sozialen Demokratie⁷⁹ (Nachlässe Ollenhauers, Altmaiers und Ritzels), einschließlich des DBG- Archivs, im Archiv für Christlich-Demokratische Politik⁸⁰ (Nachlässe von Böhm, Küster, Krone, Vialon, Birrenbach), im Archiv für Christlich-Soziale Politik⁸¹ (Nachlässe von Strauß, Richard Jaeger, Josef Müller und Franz Elsen sowie die Akten der 1. bis 4.

⁷¹ Brief der BStU vom 20.8.2003 an die Autorin. Die durch Meinung ausgewerteten Akten, welche eher im Zusammenhang mit der Politik gegenüber Juden in der DDR und der durch das MfS geschürten antisemitischen Propaganda in der Bundesrepublik stehen, sind von der Aussage nicht betroffen.

⁷² BA, NL 221.

⁷³ BA, NL 239.

⁷⁴ BA, NL 388.

⁷⁵ BA, NL 351.

⁷⁶ BA, NL 337.

⁷⁷ BA, NL 266.

⁷⁸ BA-MArch.

⁷⁹ AdsD.

⁸⁰ ACDP.

⁸¹ ACSP.

Wahlperiode der CSU Landesgruppe), im Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, im Historisches Archiv der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) und im Staatsarchiv Bremen. Die in diesen Archiven eingesehenen Akten offerierten teilweise einen sehr informativen Einblick in die einzelnen Facetten deutscher Israelpolitik.

Die israelische Aktenedition mit dem Titel Documents on the Foreign Policy of Israel (FPI) liegt für die Jahre bis 1953, sowie ab 1958 bis 1960 vor. Im wesentlichen enthält die Edition Dokumente in hebräischer Sprache. Zu jedem Band existiert zudem ein englischsprachiger Begleitband, in dem der Inhalt der einzelnen Dokumente zusammengefasst wird.⁸² Von zentraler Bedeutung für die Untersuchung erwiesen sich weiterhin v.a. die Durchsicht der im israelischen Staatsarchiv in Jerusalem lagernden Bestände des Büros des Premierministers und des israelischen Außenministeriums sowie andererseits der in Kiriat Sdeh Boker lagernde Nachlass, insbesondere das Tagebuch von David Ben Gurion. Im Rahmen des sehr umfangreichen und informativen Bestands des israelischen Außenministeriums waren neben der Ost- und Westeuropaabteilung, die Akten der israelischen Vertretungen in Deutschland einerseits, sowie in Washington, London, Paris und an anderen Orten wichtig, um an dieser Stelle nur einige zu nennen. Als besonders wertvoll erschien auch die Durchsicht des Ben Gurion Nachlasses, der neben dem persönlichen Tagebuch auch den Schriftverkehr des Premier – und Verteidigungsministers und weitere wichtige Briefwechsel enthält. Im BGA sind dank der Zusammenarbeit mit der Truman Library und Eisenhower Library auch mit Blick auf Ben Gurion relevante Dokumente dieser Archive einsehbar. Das Tagebuch Ben Gurion ist für bestimmte Bereiche, welche zentrale Fragen der israelischen Sicherheit tangieren, nach wie vor gesperrt. Wertvolle zusätzliche Informationen konnten auch im Central Zionist Archives, Jerusalem, z.B. in den Nahum Goldmann Papers oder den Akten einzelner Büros des Jüdischen Weltkongresses gewonnen werden.

Weiterhin erwiesen sich für das Thema einschlägige Bände der amerikanischen Aktenedition Foreign Relations of the United States (FRUS) ebenso nützlich wie die Durchsicht des Declassified Documents Reference System (DDRS), welches herabgestufte Akten beinhaltet, die zum Zeitpunkt des Erscheinens zahlreicher Bände der FRUS noch nicht verfügbar gewesen sind. Für die Frühphase der Beziehungen der DDR zu Israel erscheint ein gemeinsam

⁸² Im Verlauf der Studie werden, sofern das Originaldokument nicht ohnehin bereits in einer europäischen Sprache abgefasst ist, immer beide Versionen angegeben. Letztlich sind die im hebräischsprachigen Band der Edition abgedruckten Dokumente infolge ihrer ausführlichen Form, die auch Einblicke in die Feinheiten von Entscheidungsprozessen offerieren, prinzipiell zu bevorzugen.

durch Russland und Israel herausgegebener Dokumentenband hilfreich, die Rolle der Sowjetunion und den Handlungsspielraum der DDR mit Blick auf Israel näher zu bestimmen.⁸³

Die Durchsicht der für den Zeitraum ab 1954 vorliegenden französischen Aktenedition Documents Diplomatiques Français⁸⁴ (DDF) erwies sich für den Untersuchungsgegenstand im wesentlichen als wenig ergiebig. Erklärt kann dies nicht zuletzt mit dem eher geringen Einfluss des Quai d'Orsay auf die v.a. im sicherheitspolitischen Bereich zeitweise enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Israel. Als für den Bereich der deutsch-israelischen Beziehungen wenig nützlich erwies sich die britische Aktenedition Documents on British Policy Overseas, welche bisher erst für die Jahre bis 1952 vorliegt.⁸⁵

Dank Integration der publizierten Quellen und Sichtung zahlreicher, so auch bisher im Kontext anderer Arbeiten zu den deutsch-israelischen Beziehungen nicht gesichteter Bestände in Israel und Deutschland kann davon ausgegangen werden, dass die der Studie zugrunde liegende Quellenbasis dazu beiträgt, den Forschungsstand zu erweitern.

Exkurs: Ende und Anfang zugleich – der schwierige Ausgangspunkt der deutsch-israelischen Beziehungen

„Seit Auschwitz – welch traurige List – kann tatsächlich von einer „deutsch-jüdischen Symbiose“ gesprochen werden – freilich einer negativen: für beide, für Deutsche wie für Juden, ist das Ergebnis der Massenvernichtung zum Ausgangspunkt ihres Selbstverständnisses geworden; eine Art gegensätzliche Gemeinsamkeit – ob sie es wollen oder nicht.“⁸⁶

Gerade diese „gegensätzliche Gemeinsamkeit“ charakterisiert die Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen. Diese waren, sind und werden angesichts der nationalsozialistischen Judenverfolgung und -vernichtung von besonderem Charakter im Vergleich zu den Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten bleiben.⁸⁷ Dennoch: Außenpolitik war und

⁸³ Documents on Israeli-Soviet Relations 1941-1953 (DISR), Part II: May 1949-1953. Hg. für Israel State Archives/ Russian Federal Archives unter der Leitung von Eytan Bentsur und Boris L. Kolokolov, London 2000.

⁸⁴ Documents Diplomatiques Français. Hg.: Ministère des Affaires Étrangères. Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, 1954 (Bd.2) ff., Paris 1987 ff.

⁸⁵ Documents on British Policy Overseas. Series II. Bd.: I: The Schuman Plan, The Council of Europe and Western European Integration May 1950-December 1952, hg. v. Roger Bullen u. M.E. Pelly, London 1986; Bd.: II: The London Conferences, Anglo-American Relations and Cold War Strategy, January-June 1950, hg. v. Roger Bullen u. M.E. Pelly, London 1987; Bd.: III: German Rearmament, hg. v. Roger Bullen u. M.E. Pelly, London 1989; Bd.: IV: Korea June 1950-April 1951, hg. v. H.J. Yasamee u. K.A. Hamilton, London 1991.

⁸⁶ Diner, D.: Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: Ders. (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zur Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M. 1993, S.185. Weiterhin: Diner, D.: Gedächtnis und Methode. Über den Holocaust in der Geschichtsschreibung, in: Fritz-Bauer-Institut (Hg.): Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung, 2. Aufl. Frankfurt u.a. 1997, S.11-22; In Auseinandersetzung mit Aly und Heim: Diner, D.: Rationalisierung und Methode. Zu einem neuen Erklärungsversuch der „Endlösung“, in: VfZ 40 (1992), S.359-382.

⁸⁷ Vgl.: Aufzeichnung Mattern vom 1.12.1964, in: BA, B 136, Bd.3635; Deutsche Botschaft Tel Aviv, Pauls, (I B 4-92.19; Tgb.Nr.7/65) am 15.9.1965 an das Auswärtige Amt, in: BA, B 122, Bd.5476.

ist sowohl in Deutschland als auch in Israel in erster Linie immer Interessenpolitik. Diese Ambivalenz der deutsch-israelischen Beziehungen bedeutet für die politische Praxis neben wohlverstandener Interessendurchsetzung und verantwortungsvollem Handeln immer auch Erinnerung und Verständnis.

Im Falle der Bundesrepublik intensivierten sich ihre Beziehungen zu Israel erst infolge der übernommenen Verantwortung für die während des Nationalsozialismus in deutschem Namen an Juden verübten Verbrechen. Die DDR verleugnete fast während ihrer gesamten Existenz die entsprechende Verantwortung auch dieses deutschen Teilstaates. Die Bilder, die im Rahmen des Holocaust⁸⁸ bzw. der Shoah⁸⁹ verübten Verbrechen, blieben und bleiben in die Erinnerung der Menschheit eingebrannt. Indem man dem Nächsten, insbesondere dem Juden das Lebensrecht aberkannte, indem man glaubte, sich über die Schöpfung stellen zu dürfen, entehrte sich Deutschland, verspielte wertvolles Vertrauen und grub sein eigenes Grab.

Um zu verdeutlichen, welchen komplizierten psychischen Barrieren sich die Vertreter der deutschen wie israelischen Regierungen, aber auch der jüdischen Organisationen, so. z.B. im Zusammenhang der Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen, des Eichmannprozesses oder aber der Tätigkeit deutscher Wissenschaftler für die ägyptische Raketenindustrie ausgesetzt sahen, soll folgender Rückblick die Ursachen der Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen und deren historische Vorbelastung skizzieren.⁹⁰

Wenn das Parteiprogramm der NSDAP vom Februar 1920 in Punkt vier verkündete - „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“⁹¹ - so nahmen dies zum damaligen Zeitpunkt die wenigsten Deutschen zum Anlass, Hitler⁹² zu ihrem „Führer“ zu wählen. Gleichsam zeigte sich aber bereits hier eine jüdenfeindliche Motivation Hitlers und Mitgliedern der NSDAP.⁹³ Bereits am 1. April 1933, nur wenige Monate nach der Machtergreifung, wurden der jüdische Einzelhandel, selbständige jüdische Ärzte und Rechtsanwälte boykottiert. Auch wenn dieser bereits im Februar durch die NSDAP

⁸⁸ Holocaust von holócaustos (grch.: gänzlich verbrannt).

⁸⁹ Shoah, hebr.: Katastrophe.

⁹⁰ Zu einem einführenden Überblick über Judentum während des Nationalsozialismus siehe Zimmermann, M.: Die deutschen Juden 1914-1945, München 1997, S.46-77.

⁹¹ Zitiert nach Treue, W. (Hg.): Deutsche Parteiprogramme seit 1961, 3. Aufl. Göttingen 1961, S.146.

⁹² Grundlegend zu Hitler und dem Holocaust siehe: Kershaw, I.: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, vollständig überarb. und erw. Neuauflage Reinbek bei Hamburg 1995, S.149-194.

⁹³ Grundlegend: Hillgruber, A.: Die ideologisch-dogmatische Grundlage der nationalsozialistischen Politik der Ausrottung der Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und ihre Durchführung 1941-1944, in: German Studies Review 2 (1979), S.263-296; Hillgruber, A.: Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung. Eine Zusammenfassung, in: Jäckel, E./ Rohwer, J. (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg: Entschlussbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985, S.213-224.

beschlossene Boykott auf ausländischen Druck hin nur für einen Tag aufrechtzuerhalten war, legitimierte die Staats- und Parteiführung mit diesem offiziell antijüdische Maßnahmen. Noch im selben Monat folgten das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, nach dessen erster Durchführungsverordnung Beamte nicht arischer Abstammung (mindestens ein jüdischer Großelternteil) in den Ruhestand versetzt wurden,⁹⁴ das Verbot des rituellen Schächtens sowie ein Reichsgesetz, welches die proportionale Beschränkung der Zahl jüdischer Schüler und Studenten einführte. In der einen Monat später in Kraft getretenen zweiten Durchführungsverordnung zum „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurde die Kündigung von Arbeitsverträgen nicht arischer Arbeiter und Angestellter von Behörden legalisiert, nach der dritten Durchführungsverordnung ebenso die von Honorarprofessoren, Privatdozenten sowie Notaren.⁹⁵

Das im selben Jahr zwischen zionistischen Kreisen und dem Reichswirtschaftsministerium abgeschlossene Ha'avara-Abkommen,⁹⁶ auf dessen Basis zwischen 1933 und 1939 ca. 60.000 Juden⁹⁷ nach Palästina ausreisten, erfolgte aus zweierlei Motivation. Einerseits machte sich die Reichsregierung den zunehmenden Willen einzelner Juden, die in Deutschland aufgrund der diskriminierenden Politik nicht mehr leben wollten und die noch vermögend genug waren, eine neue Existenz an anderem Ort aufzubauen, zu Nutze, um die beabsichtigte „Lösung der Judenfrage“ kostengünstig durch Auswanderung zu beschleunigen. Andererseits entsprach dieses Abkommen dem Willen zionistischer Kreise, Palästina verstärkt zu besiedeln, um dort einen jüdischen Staat zu gründen.⁹⁸ Nicosia schildert völlig zutreffend die bewusste Instrumentalisierung der Zionisten durch die Nationalsozialisten, wenn er ausführt, dass „die Nützlichkeit des Zionismus zur Beschleunigung der Auswanderung der deutschen Juden“ erkannt

⁹⁴ Auf Intervention von Reichspräsident Hindenburg wurden nicht arische Beamte von der Bestimmung ausgenommen, wenn diese bereits seit 1.8.1914 als solche tätig waren, während des 1. Weltkrieges an der deutschen Front oder für Verbündete Deutschlands gekämpft hatten oder deren Vater oder eventuelle Söhne im Krieg gefallen waren. Diese Regelung blieb allerdings nur bis zum Tode Hindenburgs in Kraft.

⁹⁵ In einem Rundschreiben des Auswärtigen Amtes an alle diplomatischen und konsularischen Auslandsvertretungen vom 30. April 1933 hieß es entsprechend der antijüdischen Gesetze denn auch: „Gegen diese Einflüsse der jüdischen Bevormundung des deutschen Geisteslebens, der Gestaltung der deutschen Politik und des Überhandnehmens der Korruption wendet sich das neue Deutschland. Es wird in Zukunft nicht mehr geduldet werden, dass die Juden in verhältnismäßig hohem Maße Beamten-, Richter-, Lehrer- usw. – stellen einnehmen und dadurch einen ihrem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nicht entsprechenden Einfluß in Deutschland gewinnen.“ AdR, Regierung Hitler, Bd.1, Dok.117, S.421.

⁹⁶ Zum Ha'avara-Abkommen siehe: Feilchenfeld, W./ Michaelis, D./ Pinner, L.: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972 (Schriftenreihe wissenschaftliche Abhandlungen des LBI; Bd.26); Nicosia, F.R.: Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1939, in: VfZ 37 (1989), S.381-384.

⁹⁷ Vgl.: Memorandum des Trust and Transfer Office Ha'avara Limited, 1953, in: BA, B102, Bd.6506, Heft 2.

⁹⁸ Siehe so z.B. ADAP, Serie D, Bd.V, Dok.562, S.630f.

wurde, indem man ihnen „solange sie in Deutschland blieben, die Staatsbürgerrechte verweigerte.“⁹⁹

Trotz der Boykottklärung der Weltjudenheit hinsichtlich deutscher Waren legalisierte der Luzerner Zionistenkongress das Ha'avara-Abkommen. Der Gedanke des Vermögenstransfers nach Palästina durch den Verkauf deutscher Waren ging zurück auf eine entsprechende Übereinkunft vom Mai 1933 zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Zitrus-Pflanzungsgesellschaft Hanotea Ltd.¹⁰⁰ Im Zusammenhang mit der Durchführung des Ha'avara-Abkommens ist die personelle Kontinuität mit Blick auf die späteren jüdischen bzw. israelischen Wiedergutmachungsansprüche erwähnenswert. Als die bekanntesten Beispiele gelten hier Siegfried Moses¹⁰¹ und Dr. Georg Landauer¹⁰².

Ende des Jahres 1933 beschloss der Völkerbund einen „Hohen Kommissar für Flüchtlinge aus Deutschland“ einzusetzen. Zu diesem ernannte man den amerikanischen Kandidaten James McDonald,¹⁰³ Professor und Präsident der Amerikanischen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Dieser legte das Amt allerdings bereits zwei Jahre später aus Protest gegen die Untätigkeit des Völkerbundes nieder, nachdem er sich dank seines nicht hoch genug zu würdigenden Engagements für die jüdischen Flüchtlinge bei so mancher Regierung unbeliebt gemacht hatte. McDonald wurde nach dem Krieg erster amerikanischer Botschafter in Israel.

Im selben Jahr, indem McDonald sein Amt im Völkerbund aus o.g. Gründe niederlegte, verschärfte sich die Situation der Juden im Reich durch neue diskriminierende Gesetze. Die 1933 gegründete „Reichsvertretung der deutschen Juden“¹⁰⁴ musste 1935 zwangsweise in die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ umbenannt werden. Im Mai des Jahres wurde durch das Wehrgesetz die arische Abstammung grundsätzlich als Voraussetzung zur Einberufung in den Heeresdienst festgelegt. Den Höhepunkt der bisherigen antijüdischen Gesetzge-

⁹⁹ Nicosia, F.R.: Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich: Folgen für die Zeit nach dem Holocaust, in: Steininger, R. (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa - USA - Israel, Wien u.a. 1994, S.62 (= Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems; Bd.1).

¹⁰⁰ Vgl. Michaelis, D.: Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Auswanderungs- und Transferfrage im nationalsozialistischen Deutschland, in: Feilchenfeld, W./ Michaelis, D./ Pinner, L.: Haavara-Transfer, S.24.

¹⁰¹ Siegfried Moses (1887-1974), 1933-1937 Präsident der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und stellvertretender Vorsitzender der Reichsvertretung der Juden in Deutschland; 1937 Übersiedlung nach Palästina; Geschäftsführer der Ha'avara; Mitglied der J.A.; Israels erster State Comptroller (1949-1961); zeitweilig Präsident von IOME und LBI. Angaben nach Encyclopaedia Judaica – CD Rom Edition.

¹⁰² Georg Landauer (1895-1954), geb. in Köln; 1934 Übersiedlung nach Palästina; 1934-1954 Direktor des J.A. Central Bureau for the Settlement of German Jews; 1948-1954 Vorsitzender von IOME. Angaben nach Encyclopaedia Judaica – CD Rom Edition.

¹⁰³ Zum Amt des Hohen Kommissars für Flüchtlinge aus Deutschland und der Tätigkeit McDonalds siehe Kieffer, F.: Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939, Stuttgart 2002, S.40-65 (= HMRG Beiheft 44).

¹⁰⁴ Zur Geschichte der Reichsvertretung siehe: Kulka, O.D. (Hg.): Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus. Bd.1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997 (Schriftenreihe wissenschaftliche Abhandlungen des LBI; Bd.54), insb. S.1-31.

bungen und Verordnungen bildeten das im Zuge des Nürnberger Parteitages¹⁰⁵ erlassene „Reichsbürgergesetz“, das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ sowie das „Reichsflaggengesetz“, welches Juden das Hissen der Reichsfarben untersagte. Juden wurde gemäß § 4 der ersten Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“ die Reichsbürgerschaft abgesprochen, ebenso wie ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten oder die Bekleidung öffentlicher Ämter. In der ersten Verordnung zu den „Nürnberger Gesetzen“ wurde gleichsam der Begriff des „Nichtariers“ mittels der Kategorien „Volljude“, Halbjude“ sowie „Vierteljude“ näher konkretisiert. Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ untersagte Eheschließungen und jeden geschlechtlichen Verkehr zwischen Juden und Ariern sowie die Tätigkeit arischer Frauen unter 45 Jahren in jüdischen Haushalten. Der Denunziation von Juden zunächst in der Öffentlichkeit, in ihrem beruflichen Umfeld, folgte die ihres Privatlebens auf eine pathologische und für die Opfer grausame Art und Weise. Bemerkenswert ist dabei, dass sich keine größeren Proteste der deutschen Bevölkerung regten, es vielmehr genügend „ehrenhafte Reichsbürger“ gab, die derartige Gesetzgebungen für ihre Exzesse gegenüber Juden im Kleinen nutzten. Aufgrund der zweiten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom Dezember 1935 mussten leitende jüdische Ärzte an öffentlichen und freien gemeinnützigen „Krankenanstalten“ ihren Dienst zum 31. März 1936 quittieren.¹⁰⁶

Dieser ersten Phase antijüdischen Maßnahmen folgte 1936 trotz aggressiver Außenpolitik Deutschlands ein Jahr der verhältnismäßigen Ruhe, die dem Bestreben der Reichsregierung geschuldet war, die Austragung der Olympischen Spiele im Reich, die infolge entsprechender Propaganda ersehntes Prestige verschaffen konnten, keineswegs durch neue drastische antijüdische Gesetze und Ausschreitungen, die im Ausland, insbesondere durch die USA sowie das Olympische Komitee argwöhnisch beobachtet wurden und auch gelegentlich Protest hervorriefen, zu gefährden.¹⁰⁷ Auch mit Blick auf die Rheinlandbesetzung im März 1936 musste der Regierung daran gelegen sein, die Schaffung neuer außenpolitischer Angriffsflächen zu vermeiden.

¹⁰⁵ Zu den „Nürnberger Gesetzen“ siehe: Essner, C.: Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Wien 2002; Barkai, A./ Mendes-Flohr, P./ Lowenstein, S.M.: Aufbruch und Zerstörung: 1918-1945, München 1997 (Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd.4), S.205-210.; Broszat, M./ Jacobsen, H.-A./ Krausnick, H.: Anatomie des SS-Staates, Bd.2, Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung 2. Aufl. München 1979, S.267-273.; Steiner, J.M./ Cornberg, J. Frhr. v.: Willkür in der Willkür. Hitler und die Befreiungen von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen, in: VfZ 46 (1998), S.143-187.

¹⁰⁶ Vgl.: Essner, C.: „Nürnberger Gesetze“, S.243-246.

¹⁰⁷ Vgl.: AdR, Regierung Hitler, Bd.2, Dok.213, S.747-750. Weiterhin Kieffer, F.: Judenverfolgung, S.132f.

Doch die vorübergehende Ruhe ähnelte der vor dem Sturm.¹⁰⁸ 1938, im Folge des Einmarsches in Österreichs, sah sich das Reich hinsichtlich der „Judenfrage“ einer neuen Problematik gegenüber, als mit dem Anschluss der Gebiete auch ca. 190.000 Juden ins Reich eingegliedert werden mussten. Aber mit dem Anschluss Österreichs stieg keineswegs nur die Anzahl der Juden im Reich, sondern verschärften sich auch die antijüdischen gesetzlichen Maßnahmen, brutalisierte sich das Verhalten gegenüber dieser Minderheit, was wiederum zu zunehmendem Migrationsdruck führte. Infolge des Flüchtlingsdruckes aus Österreich schlossen bereits im März und April 1938 die Tschechoslowakei, Jugoslawien sowie Italien ihre Grenzen. Polen bereitete Ende März ein Gesetz (Gesetz über den Entzug der polnischen Staatsbürgerschaft vom 31.3.1938) vor, welches die Rückkehr von ca. 20.000 Juden polnischer Herkunft aus Österreich nach Polen verhindern sollte.

Die in der Folge des Anschlusses Österreichs durch das Dritte Reich hemmungslos auf gesetzlicher Basis betriebene Diskriminierung und Diffamierung von Juden und die damit provozierte Flucht, riefen insbesondere in den Vereinigten Staaten Proteste hervor. Die USA luden im März 1938 zur internationalen Konferenz für Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich ein, die schließlich vom 6. bis 15. Juli in Evian-les-Bains am Genfer See unter Teilnahme von 32 Delegationen tagte.¹⁰⁹ Die Tätigkeit des in Evian eingesetzten „Intergovernmental Committee on Refugees“ schlug aus mehreren Ursachen fehl.

Während Präsident Roosevelt sich durchaus bewusst darüber war, dass der Angriff auf Minderheiten in Europa das Vorspiel eines Angriffes bildete, der die Grundlagen der westlichen Zivilisation in seiner Gesamtheit in Frage stellte und es diese Prinzipien zu verteidigen galt, tendierte das State Department eher zu einer ernüchternden Analyse. Innenpolitische Kritik liberaler und jüdischer Kreise richtete sich vor allem gegen die restriktive Einwanderungspolitik auf der Basis der Immigration Act von 1924, infolge dieser lediglich 25.957 Deutsche¹¹⁰ jährlich in die USA einwandern konnten. Unter anderem Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Depression und Antisemitismus stellten Motive dar, die Einwanderung in die USA niedrig zu halten. Undersecretary of State, Messersmith, gab sich hinsichtlich möglicher Er-

¹⁰⁸ Ab 1937 fanden die bis zu diesem Zeitpunkt erlassenen antijüdischen Gesetze und Verordnungen auch Anwendung auf die jüdische Bevölkerung Schlesiens, die bis dahin unter dem Minderheitenschutz des Völkerbundes gestanden hatte.

¹⁰⁹ Ausführlich zur Konferenz von Evian siehe z.B.: Diner, D.: Die Katastrophe vor der Katastrophe: Auswanderung ohne Einwanderung, in: Blasius, D./ Diner, D. (Hg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt a.M. 1991, insb. S.150-159; Mashberg, M.: American Diplomacy and the Jewish Refugee, 1938-1939, in: Yivo Annual of Jewish Social Science 15 (1974), S.339-365. Siehe auch die deutsche Position zusammenfassend: Brechtken, M.: „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945, München 1997 (=Studien zur Zeitgeschichte; Bd.53), S.193-196. Das Memorandum der Reichsvertretung an Präsident Roosevelt ist auszugsweise abgedruckt in Kulka, O.D. (Hg.): Dokumente, Dok.115, S.402-406.

¹¹⁰ Vgl.: Kieffer, F.: Judenverfolgung, S.163.

folge der Konferenz keinerlei Illusionen hin. Er erkannte frühzeitig, dass trotz emotionaler Betroffenheit, nur sehr wenige der in Evian vertretenen Staaten wirklich zu Opfern bereit sein würden, um den Flüchtlingen zu helfen.¹¹¹

Andererseits fand sich z.B. die britische Regierung nur zur Teilnahme an der Konferenz bereit, wenn die Frage Palästinas als mögliches Auswanderungsland von vornherein aus der Diskussion ausgeklammert würde. Deutschland selbst nahm an der Konferenz nicht teil, da es deren Thematik als Einmischung in innere Angelegenheiten wertete.¹¹²

Noch im März 1938 wurde den jüdischen Gemeinden und ihren Landesverbänden der Rechtsstatus als Körperschaften öffentlichen Rechts entzogen. Während der „Juni-Aktion“ gegen sogenannte asoziale¹¹³ Juden im Altreich verhaftete die Gestapo infolge von Razzien ca. 1500 Personen und verschleppte diese in Konzentrationslager. Infolge der dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 wurde der Begriff der „jüdischen Gewerbebetriebe“ geschaffen und deren Registrierung und Kennzeichnung erforderlich. Darüber hinaus wurden Juden im „Altreich“ Tätigkeiten wie Grundstückshandel, Vermittlung von Immobilienverträgen und Darlehen sowie Hausverwaltung untersagt und somit die längst vielerorts durch Denunziation und Motive der persönlichen Bereicherung praktizierte Ausschaltung von Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben forciert.¹¹⁴ Die Verschärfung der Judenpolitik während der dreißiger Jahre ging zeitlich mit der Ablösung etablierter Eliten einher.¹¹⁵

Gemäß der Verordnung vom 17. August 1938, kurz bevor Adolf Eichmann in Wien die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ eröffnete, wurden männliche Juden gezwungen, ab 1. Januar 1939 zusätzlich zu ihrem eigentlichen Namen den Vornamen Israel, Frauen den Vornamen Sara, zu führen und diesen im Geschäfts- und Rechtsverkehr auch immer anzugeben. Dieser Vorschrift folgte am 5. Oktober eine Verordnung, wonach Juden in Deutschland binnen 14 Tage ihre Pässe abzugeben hatten, deren Gültigkeit erst dann wieder rechtlich garantiert wurde, wenn sich in diesen ein rotes „J“ für Jude befand.¹¹⁶

¹¹¹ Vgl.: Diner, D.: Katastrophe, S.155 f.; Kieffer, F.: Judenverfolgung, S.187f.

¹¹² Vgl.: ADAP, Serie D, Bd.V, Dok.640, S.753.

¹¹³ Bemerkenswerter Weise wurden in der späteren DDR politische Häftlinge u.a. wegen des Vorwurfs der Asozialität verurteilt.

¹¹⁴ Siehe hierzu Herbert, U.: Weltanschauung, Kalkül und „Sachzwang“: Ökonomische Aspekte der „Endlösung der Judenfrage“, in: Steininger, R. (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien u.a. 1994, S.45-59 (=Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems; Bd.1).

¹¹⁵ Siehe: Longerich, P./ Pohl, D. (Hg.): Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945, 2. Aufl. München/Zürich 1990, S.33.

¹¹⁶ Vgl.: ADAP, Serie D, Bd.V, Dok.644, S.756ff.

Den traurigen „Höhepunkt“ der Maßnahmen zur „Lösung der Judenfrage“ bildete vor Kriegsbeginn die „Reichskristallnacht“.¹¹⁷ Nachdem bereits im Juni und August die Synagogen in München und Nürnberg gesprengt und abgebrochen worden waren, loderten in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 reichsweit zahlreiche jüdische Gotteshäuser. Die Pogrome forderten nach offiziellen Angaben 91 Todesopfer. Zwischen 25.000 und 30.000 jüdische Männer wurden verhaftet und in Konzentrationslager deportiert, die meisten der 400 Synagogen wurden schwer beschädigt oder gingen in Flammen auf. Weiterhin fielen ca. 7500 jüdische Geschäfte der Zerstörung anheim. Der jüdischen Gemeinschaft, die ohnehin bereits schweren Schaden genommen hatte, oktroyierte man als „Sühneleistung“ eine Summe in Höhe von einer Milliarde Reichsmark¹¹⁸ auf.

Als Vorwand zu diesen Pogromen diente den Nationalsozialisten das Attentat des jungen Juden polnischer Herkunft, Herschel Grynszpan, auf den deutschen Botschaftssekretär Ernst vom Rath am 7. November 1938 in Paris. Die genauen Motive dieses Attentats sind bis heute nicht vollständig geklärt, doch dürfte die Betroffenheit dessen Familie von der sogenannten Zbaszyn-Affäre¹¹⁹ sicherlich einen Beweggrund dargestellt haben. Allein die Anzahl der verhafteten Juden – aber auch die Wahl des Datums – führt deutlichst vor Augen, wie geplant die Novemberpogrome gewesen sind.

Die nationalsozialistische Führung musste infolge dieser Pogrome, auf welche die Masse der deutschen Bevölkerung weitestgehend passiv reagierte, innenpolitisch keine größeren Proteste befürchten. Bereits nach dem Anschluss Österreichs und dem Münchner Abkommen legitimierte das Staatensystem durch seine zurückhaltende Politik, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen, die aggressive Politik der nationalsozialistischen Regierung. Hingegen sahen sich v.a. die USA infolge der „Reichskristallnacht“ zu deutlichem Einspruch veranlasst.

¹¹⁷ Ausführlich zur „Reichskristallnacht“ siehe: Döcher, H.J.: „Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938, 3. Aufl. München 2000. Graml, H.: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S.9-37.; Longerich, P.: Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“, München 2001, S.57-69.; Mommsen, H.: Auschwitz, 17.Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“, München 2002, S.73-89.; Pehle, W.H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt a.M. 1992.

¹¹⁸ Deswegen wurden Juden zu einer Vermögensabgabe zwischen 20% und 25% ihres angemeldeten Vermögens (Anordnung vom April 1938) verpflichtet. Insgesamt kamen der Staatskasse durch die persönliche Vermögensabgabe sowie durch die beschlagnahmte Versicherungssumme und der seit November 1938 erhobenen „Reichsfluchtsteuer“ ca. 2 Milliarden Reichsmark zugute. Siehe: Barkai, A. u.a.: Aufbruch und Zerstörung, S.217.

¹¹⁹ Im Rahmen dieser Aktion wurden in der Nacht vom 28. Oktober etwa 18.000 Juden, die seit Jahren in Deutschland lebten, formal jedoch polnische Staatsbürger waren, zusammengetrieben und an die polnische Grenze verbracht. Nachdem einige dieser Juden erfolgreich über die Grenze abgeschoben worden waren, weigerten sich die polnischen Behörden weitere Juden ins Land zu lassen. Darauf trieb die deutsche Polizei ca. 8.000 Juden in das im Niemandsland gelegene Städtchen Zbaszyn, wo sie so lange ausharren mussten, bis jüdisch-polnische Hilfsorganisationen sich der Flüchtlinge annahmen. Siehe hierzu Barkai, A. u.a.: Aufbruch und Zerstörung, S. 214-215 sowie Maurer, T.: Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Pehle, W.H. (Hg.): Judenpogrom, S. 52-73.

Die Administration Roosevelt reagierte mit der Abberufung des amerikanischen Botschafters, Wilson, aus Berlin.

Bemerkenswerter Weise, charakterisierte das Auswärtige Amt¹²⁰ das Jahr 1938 als „Schicksalsjahr“, welches „zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat.“¹²¹ „Die Erkenntnis, dass das Judentum in der Welt stets der unversöhnliche Gegner des dritten Reiches sein wird, zwingt zu dem Entschluß, jede Stärkung der jüdischen Position zu verhindern.“¹²²

In der Folge der „Reichskristallnacht“ wurde die Auswanderung von Juden forciert.¹²³ Die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ wurde errichtet. In einer Zeit, in der die Juden im Reich öffentlich stigmatisiert, gesetzlich diskriminiert und – vielerorts dementsprechend behandelt wurden, in einer Zeit, in der die nationalsozialistische Führung die Auswanderung mit allen erdenklichen Mitteln vorantrieb, verringerten sich für die meisten Juden die realen Möglichkeiten der Flucht, da viele europäische Staaten mit verschärfter Einreisepolitik auf die Novemberpogrome reagiert hatten. Während der Yishuv in Palästina unmittelbar nach der „Reichskristallnacht“ die Aufnahme von 10.000 Kindern sowie 100.000 Erwachsenen im „produktiven Alter“ angeboten hatte, beschränkte die britische Regierung als Mandatsmacht in Palästina mittels des Weißbuches von 1939 drastisch die Einreise.

Das Endziel der Judenpolitik, nämlich deren Vernichtung, verkündete Hitler selbst am 21. Januar gegenüber dem tschechoslowakischen Außenminister Chvalkovsky.¹²⁴ Auch wenn die sofortige Umsetzung dieses Ziels im Reich aus taktischen Erwägungen¹²⁵ noch zurückgestellt wurde, offenbarten die späteren Ereignisse, aber auch wiederholte Äußerungen in diesem Sinne, den Ernst und die hinter dieser Aussage stehende Überzeugung Hitlers. Dieser erklärte selbst öffentlich in einer bis dahin unvergleichbaren Deutlichkeit aus Anlass des Jahrestages der Machtergreifung am 30. Januar 1939 in seiner Reichstagsrede: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“¹²⁶

¹²⁰ Speziell zur Judenpolitik des AA: Browning, C.R.: Referat Deutschland. Jewish Policy and the German Foreign Office (1933-1940), in: Yad Vashem Studies 12 (1978), S.37-77.

¹²¹ ADAP, Serie D, Bd.V, Dok.664, S.780ff.

¹²² Ebd., S.784.

¹²³ Vgl.: Brechtken, M.: Madagaskar, S.196ff.

¹²⁴ Vgl.: Krausnick, H.: Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, S.281.

¹²⁵ Krausnick verweist hier zurecht darauf, dass in dem Maße seiner politischen Ausweitung der Krieg die Machthaber der Notwendigkeit taktischer Rücksichten auf die Umwelt enthob. Siehe Krausnick, H.: Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd.2, S. 287.

¹²⁶ Domarus, M.: Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. II, Würzburg 1963, S.1058.

Durch die zehnte Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“, wurde der Zusammenschluss aller staatsangehörigen und staatenlosen Juden (gemäß der Definition des Nationalsozialismus), die ihren „gewöhnlichen“ Aufenthalt im Reich hatten, in der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“¹²⁷ befohlen.

Mit Beginn des Krieges¹²⁸ fanden die antijüdischen Gesetze auch auf den neuen deutschen Machtbereich Anwendung, wobei sich schnell zeigen sollte, dass das Vorgehen gegen die Juden in Osteuropa im Vergleich zum „Altreich“ sehr viel früher eine Radikalisierung, die im industriellen Massenmord endete, erfuhr. Öffentliche Demütigungen, willkürliche Festnahmen sowie Tötungen von Juden gehörten zunehmend zur Tagesordnung. In der Folge der auftretenden Schwierigkeiten im Rahmen größerer Deportationsmaßnahmen gingen einige Besatzungsverwaltungen dazu über, die Juden fest zu ghettoisieren, so z.B. in Warschau.

Im Sommer 1940 legten Rademacher¹²⁹ sowie das Reichssicherheitshauptamt ihre jeweiligen Ausarbeitungen zum „Madagaskar-Plan“ vor, wobei beabsichtigt wurde, dass Frankreich diese Insel im Friedensvertrag als Siedlungsraum für die europäischen Juden zur Verfügung stellte.¹³⁰ Im Frühjahr 1941 wurden die Ghettos in Krakau, Lublin und Radom errichtet. Zur Vision der indirekten Vernichtung der Juden leistete die Kanzlei des Führers ihren pathologischen Beitrag, indem sie im März 1941 vorschlug, Millionen Juden zwangsweise zu sterilisieren, so zwar die Arbeitskraft der lebenden Generation zu erhalten, jedoch ihre Fortpflanzung und damit den längerfristigen Fortbestand jüdischen Lebens zu verhindern.¹³¹

Infolge des Krieges mit der Sowjetunion, den anfänglichen ansehnlichen Erfolgen der deutschen Wehrmacht, gab Hitler, so Browning, „in Siegerlaune das Signal zur beschleunigten „Befriedung“ und rassischen „Säuberung“ von Deutschlands neuem „Garten Eden“. ¹³² Als zunächst Heydrich im August und dann Goebbels den Vorschlag machten, erstmals Juden aus dem Reich zu deportieren, versagte Hitler nicht etwa aus humanitären Erwägungen die Zu-

¹²⁷ Zur Organisation aller jüdischen Gemeinden, Vereine, und Institutionen zur Reichsvereinigung kam es nicht erst mit der Verordnung vom 4. Juli 1939, sondern bereits einige Monate zuvor. Der zentrale Unterschied besteht allerdings darin, dass die selbst von der Reichsvertretung gegründete Reichsvereinigung Mitglieder aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit zum Judentum aufnahm und die Verordnung vom 4. Juli 1939 die rassische Zugehörigkeit entsprechend der Nürnberger Gesetze der Mitgliedschaft zu Grunde legte. Siehe Kulka, O.D. (Hg.): Dokumente, S.29f.

¹²⁸ Auf dessen Zäsurcharakter hinsichtlich der Judenverfolgung verweist Pohl zurecht. Siehe Pohl, D.: Holocaust. Die Ursachen – das Geschehen – die Folgen, Freiburg u.a. 2000, S.35f.

¹²⁹ 1939-1943 war Rademacher Judenreferent im Auswärtigen Amt.

¹³⁰ Vgl.: Brechtken, M.: Madagaskar, insb. S.231-283; ADAP, Serie D, Bd.X, Dok.101, S.92ff.

¹³¹ Vgl.: Pohl, D.: Holocaust, S.58f.; Pätzold, K./ Schwarz, E. (Hg.): Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“, 3.Aufl. Berlin 1992, S.109. Weiterhin zur Sterilisation, die keineswegs nur gegenüber der jüdischen Minderheit angedacht war, siehe die Studie von Pommerin, R.: Die Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit, Düsseldorf 1979.

¹³² Vgl.: Browning, C.R.: Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S.92.

stimmung.¹³³ Etwa zeitgleich betrieben SS- und Polizeieinheiten bereits in den neu besetzten Gebieten ihre Art der Lösung der Judenfrage, indem ganze jüdische Gemeinden ausgerottet wurden. Einen Monat später, mit Wirkung zum 19. September 1941 mussten auch die Juden des Reiches mit Vollendung des sechsten Lebensjahres den Judenstern gemäß Polizeiverordnung „über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit“¹³⁴ tragen. Bereits wenige Tage später wurde in der Nähe Kiews ein Exempel an Grauen statuiert. Beim Massaker von Babi Jar erschossen zwei Polizeibataillone sowie das Sonderkommando 4a binnen zwei Tagen 33.771 Juden – die Mehrzahl Frauen und Kinder.¹³⁵

Unterdessen schritten die in Gang gesetzten Deportationsmaßnahmen offensichtlich schneller voran, als die Suche nach alternativen Tötungsmethoden. Herbert stellt die überzeugende These auf, „daß sich im Verlaufe des Oktobers 1941 zwischen Hitler, Himmler und Heydrich Einverständnis darüber herstellte, die Judenfrage zumindest in Osteuropa nun statt durch Deportation durch Massenmord zu „lösen“ – ohne daß sicher zu bestimmen wäre, in welchen Größenordnungen und Zeiträumen hierbei gedacht wurde. Hätte es jedoch zu dieser Zeit bereits einen allgemeinen „Endlösungs“-Befehl gegeben, wäre die Prozedur der Ghetto-bildung und der Ermordung derjenigen Juden, für die kein Platz mehr war, die sich bis in die späten Dezembertage 1941 erstreckten, nicht verständlich.“¹³⁶

Die wohl entscheidendste Zäsur auf dem Weg zur „Endlösung“, wenn dabei vorausgesetzt wird, dass diese der Vernichtung, d.h. physischen Liquidierung, der europäischen Juden entspricht, dürfte wohl für Hitler selbst der 11. Dezember 1941 – die deutsche Kriegserklärung an die USA – und somit die Ausweitung des europäischen zum Weltkrieg gewesen sein.¹³⁷ Im Sinne seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 bestätigte Hitler bereits einen Tag nach der Kriegserklärung vor ca. 50 hohen Reichs- und Gauleitern seine damals aufgestellte Forderung – die Vernichtung der „jüdischen Rasse“ in Europa. So heißt es auch in einem Tagebucheintrag Goebbels vom 13.12.1941: „Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, dass, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muß die notwendige Folge sein.

¹³³ Ebenda, S.97.

¹³⁴ Vgl. Essner, C.: Nürnberger Gesetze, S.270-274.

¹³⁵ Vgl. Pohl, D.: Holocaust, S.51f.

¹³⁶ Herbert, U.: Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des Holocaust, in: Ders. (Hg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a.M. 1998, S.58.

¹³⁷ Sehr stichhaltig belegt Gerlach diese These. Gerlach, C.: The Wannsee Conference, the Fate of German Jews, and Hitler's Decision in Principle to Exterminate All European Jews, in: The Journal of Modern History 70 (1998), S.784-793.

Diese Frage ist ohne jede Sentimentalität zu betrachten. Wir sind nicht dazu da, Mitleid mit den Juden, sondern nur Mitleid mit unserem deutschen Volk zu haben.“¹³⁸

Bei der am 20. Januar 1942 am Wannsee stattfindenden Konferenz,¹³⁹ die ursprünglich für den 9. Dezember 1941 anberaumt war, verfolgte Heydrich denn auch eher die Absicht gegenüber den anwesenden Ministerialbeamten sowie Funktionären der Partei, die Massenmorde als Teil des von Hitler verfolgten Ziels der Vernichtung des europäischen Judentums darzustellen und den Kontext des Verbrechens, die Organisation des Massenmordes vorzubereiten. Auf diesem Wege wurden diese Personen spätestens hier in den Kreis der Mitwisser und damit Verantwortlichen einbezogen.

1943 wurden zahlreiche Ghettos wie z.B. in Krakau, Bialystok, Riga, Wilna und Minsk aufgelöst. Die Juden Warschaus rafften sich zu einer letzten großen bewaffneten Aktion des Widerstandes auf. Was für die einen die „Lösung der Judenfrage“ bedeutete, spielte sich für die Betroffenen in Auschwitz, Belzec, Chelmo, Majdanek, Sobibor und Treblinka – aber auch, wenn nicht in dieser industriellen Form der Vernichtung, in den zahlreichen Konzentrationslagern, in Eisenbahnwaggons oder anderswo auf andere, aber nicht unbedingt weniger brutale Weise ab.

In einer Phase, in der es für die meisten Juden bereits zu spät war, kündigte Präsident Roosevelt Ende Januar 1944 die Einsetzung eines War Refugee Board (WRB)¹⁴⁰ infolge der Intervention des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau Jr. an. Gleichzeitig distanzierte sich Roosevelt – wenn auch sehr spät – vom britischen Weißbuch des Jahres 1939. Diese Bemühungen hatten den bitteren Beigeschmack, dass auch diese z.B. die Deportation der ungarischen Juden, ebenso wie die späteren Todesmärsche nicht mehr verhinderten.

Was den Einen einige Jahre der Macht der „arischen Rasse“ in Europa bedeutete, kostete anderen auf grausame Weise ihr einziges Leben. Unwiederbringlich wie diese Leben, gingen deren Sprache, Träume, Werte, deren Geschichten und Kultur verloren. Die „destruktive Kraft dieses best verwalteten antisemitischen Rassenwahns, ..., lag weniger in der „Zerstörung der Vernunft“ (Lukács) als in der Zerstörung von Gefühlen“,¹⁴¹ sie lag im Verlust des grundlegenden Respekts vor dem Leben.

¹³⁸ Goebbels, J.: Die Tagebücher, hg. von E. Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit der Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands, Teil 2, Diktate 1941-1945, Bd. 2: Oktober-Dezember 1941, München u.a. 1996, S.498.

¹³⁹ Ausführlich zur Wannseekonferenz siehe Gerlach, C.: The Wannsee Conference, S.759-812; Zusammenfassend: Longerich, P.: Der ungeschriebene Befehl, S.143-148.

¹⁴⁰ Diesem wurde je ein Vertreter des Finanz-, Außen- sowie Justizministeriums zugeordnet. Der Einsetzung des WRB ging ein durch den Stab Morgenthau angefertigter Bericht voran, der schwere Vorwürfe gegenüber dem State Department enthielt. Dieser Bericht wurde Roosevelt vorgelegt. Vgl.: Bird, K.: The Chairman. John J. McCloy. The Making of the American Establishment, New York u.a. 1992, S.203.

¹⁴¹ Essner, C.: „Nürnberger Gesetze“, S.452.

Einige Juden kamen mit ihrem bloßen physischen Sein davon. Für die, die übrig geblieben waren, war es nicht viel, was blieb, doch zugleich nicht selbstverständlich – man lebte. Zu Kriegsende sah sich die jüdische Gemeinschaft einem kollektiven Aderlass gegenüber, der keinen anderen „Sinn“ besessen hatte, als den kranken Ambitionen Hitler-Deutschlands zum Opfer zu fallen. Viele der Überlebenden überlebten physisch – die seelischen Verletzungen hinterließen grausamere Spuren.

Auch Deutschland hatte zumindest psychologisch seinen Preis zu zahlen. Indem man „dem Juden“ das Lebensrecht verweigerte, zerstörte man die eigene Seele. Die Eroberung der Welt durch die selbsternannten „*Herrenmenschen*“ endete im Sieg „at the hands of *Untermenschen*“.¹⁴² In dem Moment, wo der Ernüchterungsprozess in Deutschland den Weg für eine realistische Bestandaufnahme vormals deutschen Größenwahns nicht mehr vernebelte, sondern frei machte, wurde der Schaden sichtbar: die Leichen, die Zerstörung, das Leid, die Sprachlosigkeit – ein durch deutsche Verbrechen entehrtes Deutschland.

1948 dachten die wenigsten Israelis über Kontakte zum Deutschland der Besatzungszonen und nur die wenigsten Deutschen über Kontakte zu Israel nach. Doch wurden diese angesichts der akuten Probleme des jungen Staates, aber auch der Entwicklung Deutschlands in den folgenden Jahren unausweichlich. Es galt, sehr hohe Hürden zu nehmen, um sich einer gemeinsamen Zukunft zu stellen – einer Zukunft, die es um des Lebens willen wert war.

¹⁴² Herf, J.: The Holocaust and the Competition of Memories in Germany, 1945-1999, in: Michman, D.: Remembering the Holocaust in Germany, 1945-2000. German Strategies and Jewish Responses, New York u.a. 2002 (=Studies in Modern European History; Bd.48), S.11.

1. Die deutsch-israelischen Beziehungen von der Gründung beider deutscher Staaten 1949 bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens

1.1. Außenpolitische Ausgangslage und Zielsetzungen beider deutscher Staaten und Israels

1.1.1. Ausgangslage, Handlungsspielräume und Entscheidungsträger bundesdeutscher Außenpolitik

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der Ära Adenauer erfreute sich im Rahmen unzähliger historischer und politikwissenschaftlicher Studien großen Interesses,¹⁴³ wobei spezielle Länderstudien, welche die bundesdeutsche Außenpolitik dieser Phase im außereuropäischen Bereich quellengestützt untersuchen, erst seit den neunziger Jahren allmählich die Geschichtswissenschaft bereichern. Da die Strukturen des nahostpolitischen Entscheidungsprozesses der Bundesrepublik zuletzt bei Berggötz¹⁴⁴ sehr ausführlich geschildert wurden, soll hier nur zusammenfassend ein entsprechender Überblick über außenpolitische Grundprobleme der Frühphase der Ära Adenauer und über den Israel betreffenden Handlungsspielraum und Entscheidungsprozess in der Bundesrepublik gegeben werden.

1.1.1.1. Bundesdeutsche Außenpolitik 1949-1952/53

Eine Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik hat zum einen der Existenz des Kalten Krieges, der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, weiterhin dem Einfluss der drei Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich sowie der deutschen Teilung¹⁴⁵ auf die Außenpolitik der frühen Bundesrepublik vor allem bis 1955 Rechnung zu tragen. Dieser Rahmen bot der Bundesrepublik somit keinen völlig souveränen Handlungsspielraum. Ande-

¹⁴³ Vgl.: Baring, A.: Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, ungekürzte, vom Autor durchges. 3. Aufl. München 1984; Besson, W.: Zum Verhältnis von Zielen und Mitteln in Adenauers Außenpolitik, in: HZ 214 (1972), S.363-377; Doering-Manteuffel, A.: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963, 2. Aufl. Darmstadt 1988, S.36-123; Hanrieder, W.F.: Deutschland, Amerika, Europa. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, 2. überarb. u. erw. Aufl. Paderborn u.a. 1995, insb. S.393-400; Hildebrand, K.: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982, Bonn 1991; Pfetsch, F.R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992. Von der Spaltung zur Vereinigung, 2.erw. u. verbesserte Auflage München 1993; Schwarz, H.-P.: Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, in: Adenauer Studien I, hg. v. R. Morsey und K. Repgen, Mainz 1971 (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 10), S.71-108; Schwarz, H.-P.: Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Löwenthal, R./ Schwarz, H.-P. (Hg.): Die Zweite Republik: 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, eine Bilanz, Stuttgart 1974, S.27-63; Schwarz, H.-P.: Die Bundesrepublik und die Auswärtigen Beziehungen, in: Ders.: Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S.43-112.

¹⁴⁴ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik., S.35-228.

¹⁴⁵ Vgl.: Hillgruber, A.: Deutsche Geschichte 1945-1986. Die »deutsche Frage« in der Weltpolitik, 7. Aufl. Stuttgart u.a. 1989, S.47-86; Hanrieder, W.F.: Deutschland, Amerika, Europa, S.139-190.

rerseits konnte sie diesen unter Wahrung und Durchsetzung eigener Interessen systematisch erweitern. Der Einfluss der drei Westmächte auf die Außenpolitik der Bundesrepublik erstreckte sich ab Mitte der fünfziger Jahre im wesentlichen auf Deutschland als Ganzes und Berlin betreffende Fragen. Insofern besaß die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich Israel prinzipiell mehr Handlungs- und Gestaltungsspielraum, als dies gelegentlich zugegeben wird. Dennoch wurde die Außenpolitik der Bundesrepublik (auch die der DDR) gegenüber Israel durch zweierlei qualitativ sehr unterschiedliche Einflüsse der Vergangenheit gekennzeichnet – zum einen durch die deutsche Verantwortung für den Holocaust, den Tod und das Leid mehrerer Millionen Juden; zum anderen war die deutsche Nation in der Folge des Zweiten Weltkrieges nur noch eine in zwei Staaten gespaltene. Über die Beziehungen zu Israel hinaus mussten beide deutsche Staaten grundsätzlich nach dem durch Deutschland in die Welt getragenen Krieg, der unzählige Menschen auf Schlachtfeldern oder in Gaskammern als Leichen zurückgelassen sowie Elend und Not an vielen anderen Orten des Grauens zur Folge hatte, Vertrauen erwerben und sich dieses Vertrauens würdig erweisen.

Grundlegende Ziele Adenauerscher Außenpolitik waren Freiheit, Frieden und Einheit.¹⁴⁶ Gerade ersteres Ziel war zunächst nur mittels Westintegration zu erreichen, der Preis hierfür, die faktische Teilung Deutschlands. Der Bundesrepublik Weg hin zur Erlangung gleichberechtigter Rechte¹⁴⁷ – vom Besatzungsstatut, über das Petersberger Abkommen, der Revision des Besatzungsstatuts im März 1951, dem General- bzw. Deutschlandvertrag – war kein leichter, die völlige Souveränität ein Wunschtraum. Sowjetische Versuche, die Westintegration der Bundesrepublik zu vereiteln, so z.B. im Rahmen der Stalinnoten, scheiterten zum einen am Widerstand der Westmächte, zum anderen aber auch an der Absage durch Adenauer und dessen deutschlandpolitische Konzeption.

Eine freiheitliche demokratische Zukunft Deutschlands ließ sich in Adenauers Augen nicht unter kommunistischer Zwangsherrschaft, sondern nur in Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien erreichen. Dabei leisteten gerade die USA der jungen Bundesrepublik anfänglich nicht zu unterschätzende Aufbauhilfe nicht nur in Form des Marshallplanes, um eine freiheitliche demokratische Grundordnung lebendig werden zu lassen. So halfen selbst der als Vorbild wirkende Eindruck, den viele deutsche Kriegsgefangene in den Vereinigten Staaten gewinnen konnten, und keineswegs ausschließlich nur Prozesse gegen deutsche Ver-

¹⁴⁶ Vgl.: Schwarz, H.-P.: Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, S.85. Bei Schöllgen wurde hieraus: „Wiedervereinigung, Sicherheit, Gleichberechtigung“. Schöllgen, G.: Außenpolitik als Ziel und Methode, S.91.

¹⁴⁷ Vgl.: Haftendorn, H./ Riecke, H. (Hg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates ...“. Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingungen westdeutscher Außenpolitik 1949-1990, 2. Aufl., Baden-Baden 1999; Haftendorn, H.: Die Alliierten Vorbehaltsrechte und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, in: ebd., S.9-26; Riecke, H.: Rechtliche und politische Rahmenbedingungen für den Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu den drei Mächten, in: ebd., S.243-258.

brecher, die Verfehlungen Deutschlands während des Nationalsozialismus zu verdeutlichen, Deutschland aber zeitgleich neue Optionen und Visionen vor Augen zu führen, die dessen Bürgern Leben eine neue Chance offerierten.

Im Vergleich hierzu war das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland¹⁴⁸ infolge dreier Waffengänge seit 1870 natürlich ein anderes und zunächst besser mit dem Wort der „Erbfeindschaft“ charakterisiert. Eine freiheitliche Entwicklung der Bundesrepublik war andererseits nur unter Berücksichtigung französischer Ängste und des daraus erwachsenen Sicherheitsbedürfnisses im Rahmen eines – verschieden definierten - Europas erreichbar. Obgleich die deutsch-französischen Beziehungen sicherlich eine ungeahnt positive Entwicklung nahmen, so doch manchmal unter Vernachlässigung Großbritanniens im Rahmen der Europapolitik und gleichzeitiger Unterschätzung französische Interessen, die man wohl zu oft nur auf das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs reduzierte.

Dennoch gelang in Westeuropa zeitlich noch relativ frühzeitig nach Ende des Zweiten Weltkrieges, zerrütteten Menschenleben und Hoffnungen, vielleicht aber auch gerade wegen der aus dieser Not geborenen Visionen, Erstaunliches. An diesem Aufbauwerk konnte die Bundesrepublik relativ frühzeitig, so z.B. zunächst als assoziiertes Mitglied des Europarats, an der EZU, an der OEEC (Organization for European Economic Cooperation), wenig später an der auf dem Schuman-Plan basierenden Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), welche das Ruhrstatut ablöste, partizipieren.¹⁴⁹

Auch wenn Adenauers Deutschlandpolitik durch den Alleinvertretungsanspruch¹⁵⁰ der Bundesrepublik gekennzeichnet war, so doch nie im Sinne eines grundsätzlichen Gegensatzes zum Fernziel einer deutschen Wiedervereinigung zu den Bedingungen freier Wahlen und außenpolitischer Souveränität, aber eben nicht als Satellitenstaat der Sowjetunion. Wie anfänglich auch Adenauer und die CDU betrachteten fast alle Parteien der Bundesrepublik, zumindest öffentlich und mit Blick auf die zu dieser Zeit noch sehr einflussreichen Vertriebenenverbände, nicht nur die Bundesrepublik, die DDR, das Saarland, sondern auch die ehemaligen deutschen Ostgebiete,¹⁵¹ nunmehr polnisches Staatsterritorium, einem zukünftig wiedervereinigten deutschen Staatsgebiet zugehörig. Vor diesem Hintergrund erklärte die Bundesregie-

¹⁴⁸ Zu den deutsch-französischen Beziehungen während der Ära Adenauer siehe: Lappenküper, U.: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, München 2001 (=Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd.49); Marcowitz, R.: Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958-1969, München 1996 (=Studien zur Zeitgeschichte; Bd.49).

¹⁴⁹ Vgl.: Noh, M.-H.: Westintegration versus Osthandel. Politik und Wirtschaft in den Ost-West-Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland 1949-1958, Frankfurt a.M. u.a. 1995.

¹⁵⁰ Dieser wurde im Zuge der New Yorker Außenministerkonferenz im September 1950 durch die drei Westmächte unterstützt.

¹⁵¹ Vgl.: Frohn, A.: Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: VfZ 44 (1996), S.485-525.

rung im Juni 1950, dass die DDR zu Erklärungen, wonach die Oder-Neiße-Grenze die deutsche Ostgrenze darstelle, nicht legitimiert sei.

Infolge des Ausbruchs des Kalten Krieges, des Koreakrieges und der faktischen Notwendigkeit eines deutschen Beitrages zur Verteidigung Westeuropas, fokussierten die Westmächte, die USA und Großbritannien zunächst mehr denn Frankreich, auch die militärische Integration der Bundesrepublik in den Westen. Innenpolitisch verursachte die beabsichtigte Bewaffnung¹⁵² der Bundesrepublik im Rahmen des westlichen Bündnisses entsprechenden Protest, am deutlichsten am Beispiel des Rücktritts von Bundesinnenminister Gustav Heinemann sichtbar. Unter dem Eindruck des Koreakrieges hatte der damalige britische Oppositionsführer Winston Churchill vor dem Europarat bereits im August 1950 die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer europäischen Armee gefordert, ein Vorschlag der durch Adenauer unter Verweis auf die Kasernierte Volkspolizei in der DDR aufgegriffen wurde. Insofern stellte der erst im Oktober 1950 vom französischen Ministerpräsidenten René Pleven vorgelegte Plan einer europäischen Armee als Vorbedingung für einen deutschen Verteidigungsbeitrag, keine neuartige Idee dar. Er bildete das aus französischem Interesse gespeiste Gegenstück zu britischen Vorstellungen und dem amerikanischen Spofford-Plan, der durch den NATO-Rat im Dezember 1950 angenommen worden war. Bis 1952 war für die Bundesrepublik eine Wiederbewaffnung nur gemäß französischer Vorstellungen im Rahmen des am 27. Mai 1952 unterzeichneten EVG-Vertrages, bei gleichzeitigem Ausschluss Großbritanniens und nicht im Rahmen der NATO denkbar. Das französische Interesse entsprang also keineswegs ausschließlich dem sicherlich dominanten Sicherheitsbedürfnis gegenüber Deutschland, sondern auch den französischen Machtansprüchen auf dem europäischen Kontinent. Allerdings scheiterte die EVG 1954 beim Ratifizierungsverfahren in der französischen Nationalversammlung und wurde damit hinfällig, der Bundesrepublik nunmehr auch das transatlantische Bündnis im militärischen Bereich ermöglicht.¹⁵³

Während der DDR der Beitritt zu Sonderorganisationen der UNO zunächst versagt blieb, wurde die Bundesrepublik schon im Juni 1951 in die UNESCO aufgenommen. Im gleichen Jahr trat sie dem GATT bei, bereits ein Jahr später gelang ihr der Beitritt zu IWF und Weltbank.

¹⁵² Vgl.: Shafir, S.: *Ambiguous Relations. The American Jewish Community and Germany since 1945*, Detroit 1999, S.159; Dabei ging es niemals um eine etwaige „Militarisierung“ der Bundesrepublik – so etwa Schöllgen. Vgl.: Schöllgen, G.: *Geschichte der Weltpolitik*, S.74.

¹⁵³ Vgl.: Jansen, H.-H.: *Großbritannien, das Scheitern der EVG und der NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland*, Bochum 1992; Maier, K.A./ Wiggershaus, H. (Hg.): *Das Nordatlantische Bündnis 1949-1956*, München 1993 (=Beiträge zur Militärgeschichte; Bd.37).

1.1.1.2. Der Einfluss der drei Westmächte auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess

Auch die drei Westmächte sicherten sich auf die Außenpolitik der Bundesrepublik, obgleich qualitativ grundlegend anders als im Falle des Verhältnisses zwischen Sowjetunion und der DDR, ihren Einfluss. So behielten sich die drei Westmächte mit dem Besatzungsstatut und der Alliierten Hohen Kommission zunächst ihre politische Macht bei der Ausgestaltung der Politik der jungen Bundesrepublik über die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen hinaus vor, was partiell auch personalpolitische Fragen einschloss. Kontakte der Bundesrepublik zur AHK wurden auf Arbeitsebene über das Generalsekretariat der AHK hergestellt. So konnte die junge Bundesrepublik ihre wirtschaftliche und politische Rückkehr und Entwicklung sowie den wenig später diskutierten und schließlich realisierten Aufbau deutscher Streitkräfte nur gemeinsam und in Kooperation mit den Westmächten im Rahmen entsprechender Gremien (z.B. WEU, NATO, EWG) - in Europa insbesondere unter Berücksichtigung französischer Vorstellungen - realisieren. Stabilisierend für die Wirtschaft und die junge Demokratie wirkten amerikanische Wirtschaftshilfe im Rahmen des European Recovery Program (ERP), aber auch die Einbindung der jungen Bundesrepublik in das westeuropäischen Bündnissystem. Obgleich militärisch zunächst völlig unmündig, bis 1951 noch nicht einmal ein eigenes Auswärtiges Amt besitzend, konnte auch die Bundesrepublik auf eigene Handlungsspielräume zurückgreifen und diese systematisch erweitern. Es darf als einer der bedeutenden Verdienste Adenauers (und seiner Mitarbeiter) angesehen werden, dass er es verstand, diesen begrenzten deutschen Handlungsspielraum im Rahmen der Möglichkeiten allmählich nach dem Prinzip *do ut des* systematisch zu erweitern. Diese Politik, die eine konsequente Westbindung beinhaltete, schon allein um etwaigen „Rapalloängsten“¹⁵⁴ der Westmächte vorzubeugen, mündete, abgesehen von einigen weiterhin existenten alliierten Vorbehaltsrechten, 1955 in einen im Vergleich zu 1949 erheblich erweiterten außenpolitischen Handlungsspielraum mit entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Bundesrepublik hatte sich ihren internationalen Status nach dem Zweiten Weltkrieg erst systematisch zu erarbeiten. Dafür spricht nicht nur die v.a. bis Frühjahr 1951 stark von den drei Westmächten abhängige Außenpolitik, sondern auch die Tatsache, dass alle drei Staaten den bestehenden Kriegszustand mit der Bundesrepublik erst im Laufe des Jahres 1951 für beendet erklärten.¹⁵⁵ Seitens der USA folgte diese Erklärung zuletzt. Gemäß des am 21. September 1949 in Kraft getreten Besatzungsstatuts behielt sich die Alliierte Hohe Kommission

¹⁵⁴ Ausführlich zu Rapallo siehe: Linke, H.G.: Der Weg nach Rapallo. Strategie und Taktik der deutschen und sowjetischen Außenpolitik, in: HZ 264 (1997), S.55-109.

¹⁵⁵ Die Erklärungen über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland gaben Großbritannien am 9.7.1951, Frankreich am 13.7.1951 und die USA am 24.10.1951 ab.

die Wahrnehmung der die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland betreffenden Fragen vor, was laut Art.8 ihrer Satzung vom Juni 1949 zunächst auch die Akkreditierung ausländischer Missionen in der Bundesrepublik, so auch am Beispiel des israelischen Konsulats in München, und deren Geschäftsverkehr mit bundesdeutschen Institutionen, einschloss.¹⁵⁶

In Bezug auf Israel betreffende Fragen ist vor allem die Einflussnahme der Alliierten Höhen Kommission (AHK), insbesondere des amerikanischen Hochkommissars John J. McCloy¹⁵⁷ in mehrerer Hinsicht bedeutsam. Zum einen ist der v.a. politische und beratende Einfluss McCloy in der Frage der Wiedergutmachung gegenüber Israel auf Adenauer ein Tatsachenbestand, der bis zur Vorlage von Adenauers Rede vom September 1951 vor dem Deutschen Bundestag bei dem amerikanischen Hochkommissar reichte. Dass insbesondere die nationalsozialistischen Verbrechen gegenüber dem Judentum und das Verhalten der jungen Bundesrepublik zu dieser Personengruppe bzw. zu Israel überdurchschnittliches Interesse bei der amerikanischen Regierung hervorrief, beweist die Existenz eines Beraters für jüdische Fragen beim amerikanischen Hochkommissar, dessen Position allerdings in der Frage der Wiedergutmachung gegenüber Israel nicht überbewertet werden sollte und wesentlicher im Zusammenhang der Frage der Individualentschädigung ist. Gerade im Vorfeld des Luxemburger Abkommens lässt sich auch ein forcierendes Verhalten Großbritanniens und des britischen Hochkommissars Kirkpatrick herauskristallisieren.

Zudem lässt sich ein anfänglicher Einfluss der AHK bei devisenrelevanten Wirtschafts- und Handelsfragen verzeichnen, der sich allerdings nirgends hinderlich auswirkte, sondern eher eventuellem Missbrauch vorbeugen sollte. Die Tendenz und Bereitschaft der drei Westmächte, die Bundesrepublik allmählich als politisch selbständig agierenden Staat in das Staatensystem zu integrieren, wurde prinzipiell auch anhand der Bereitschaft der AHK im November 1949 sichtbar, den Abschluss von Handels- und Zahlungsabkommen sowie die Errichtung konsularischer und wirtschaftlicher Vertretungen im Ausland der Bundesregierung zu überantworten.

Ab 1955 gestaltete sich der Einfluss der drei Westmächte auf die Außenpolitik der Bundesrepublik insbesondere gegenüber Israel (also abgesehen von Berlin und Deutschland als

¹⁵⁶ Vgl.: Kroll, F.L.: Deutschlands Weg nach Europa. Der Wiederaufbau des Auswärtigen Dienstes und die Errichtung deutscher Generalkonsulate in Paris und London 1950, in: Historische Mitteilungen 3 (1990), S.162. Zum israelischen Konsulat in München siehe: Jelinek, Y.A. (Hg.): Like an Oasis in the Desert: the Israel Consulate in Munich, 1948-1953, in: Studies in Zionism 9 (1988), S.81-98.

¹⁵⁷ Hierzu siehe Schwartz, T.A.: Die Atlantik Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a.M. 1992, S.253-266. Adenauers Frau Auguste, geb. Zinsser (†1947), war die Cousine der Gattin McCloy (Ellen McCloy). Vgl.: Wiskirchen, F.J.: Bundeskanzler Adenauer und die Alliierte Hohe Kommission, Köln 1988, S.38.

Ganzes betreffenden Fragen) eher indirekt. Die Bundesrepublik war spätestens ab Mitte der fünfziger Jahre mündige Gestalterin ihrer Außenpolitik gegenüber Israel und hierfür verantwortlich. Bemerkenswert ist hier partiell sogar der Versuch der Bundesrepublik, ihrerseits insbesondere die USA zur Rechtfertigung bestimmter Verhaltensweisen (konkret im Zusammenhang der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel) zu instrumentalisieren. Weiterhin wirkten die USA nicht nur über Verbindungspersonen wie z.B. General a.D. Julius Klein auf die Bundesrepublik, sondern diese ebenfalls mittels Klein auch nachweislich auf bestimmte Kreise von Politik, Wirtschaft und Medien in den USA ein.¹⁵⁸ Im Unterschied zur Sowjetunion waren die USA, Großbritannien und Frankreich über eine gezielte Beeinflussung insbesondere der Presse, aber auch der Parlamente in ihrer Außenpolitik zu einem gewissen Grad beeinflussbar, ein Umstand, der durch die Bundesrepublik durchaus erkannt und teilweise genutzt wurde.

Die Beeinflussung der Bundesrepublik in ihren militärischen und sicherheitsrelevanten Beziehungen zu Israel durch die drei Mächte insbesondere jedoch durch die USA und Frankreich, ist wegen der bisher unvollständig zugänglichen Aktenlage noch nicht abschließend zu beurteilen. Deutlich wird anhand des bisher vorliegenden und neu zugänglichen Materials allerdings, dass die Bundesrepublik bestimmte „Stellvertreterfunktionen“ im militärischen Bereich wegen bestehender Eigeninteressen freiwilliger eingenommen hat, als bisher vermutet.

1.1.1.3. Außenpolitischer Entscheidungsprozess in der BRD

Obleich das Amt des Bundespräsidenten das ranghöchste Amt im bundesdeutschen Staatsaufbau darstellte, überwogen und überwiegen bei diesem die repräsentativen, den politisch exekutiven Vollmachten. Von Amts wegen trat der Bundespräsident hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes eigentlich nur einmal, nämlich anlässlich der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens, in Erscheinung. Dennoch machte sich gerade der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, um die Beziehungen zwischen beiden Staaten in besonderer Art und Weise dank seines persönlichen Engagements verdient. In zahlreichen Gesprächen mit Bundeskanzler Adenauer, Goldmann und anderen, in öffentlichen Reden, in denen er den Begriff der Kollektivschuld durch den der Kollektivscham ersetzte, nahm sich Heuss des schwierigen deutsch-jüdischen Verhältnisses an. Gerade am Länderbeispiel Israel sollte dieser durch Heuss gelebte Verständigungsgedanke keinesfalls zu gering veranschlagt werden, eine Hal-

¹⁵⁸ Ausführlich zur Tätigkeit Kleins und der Unterstützung der Bundesrepublik in den USA durch Personen wie Fritz Oppenheimer oder Eric Warburg und deren Kontakten zu deutschen Diplomaten vor Ort siehe: Shafir, S.: *Ambiguous Relations*, S.179-197.

tung, die Israel der späteren Privatperson gegenüber aus Anlass des Israelbesuches von Heuss entsprechend honorierte.¹⁵⁹

Für den außenpolitischen Entscheidungsprozess mit Blick auf Israel nimmt das Bundeskanzleramt,¹⁶⁰ welches Baring einmal zurecht als „einen politischen Generalstab des Bundeskanzlers“¹⁶¹ bezeichnet hat, während des gesamten Untersuchungszeitraumes eine übergeordnete Stellung ein. Diese resultierte zum einen sowohl aus der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers als auch an dem besonderen Interesse Adenauers an Israel betreffenden Fragen. Aus dem Blickwinkel eines mit auswärtiger Politik befassten Sachverständigen konnte und kann Adenauer sicherlich nicht als ein mit außenpolitischer Expertise ausgestatteter Politiker betrachtet werden, erst recht nicht mit Blick auf den Nahen Osten.¹⁶² Doch der „Alte“ war lernfähig. Zudem vereinigte seine Persönlichkeit die Gabe, einerseits mit fachlich qualifizierten Personen das Gespräch zu suchen, obgleich nicht immer deren Rat zu befolgen und andererseits ein sicheres Gespür und Können auf dem Gebiet politischen Taktierens zu besitzen, welches allerdings im Laufe seiner langen Amtszeit gegen Ende signifikant nachließ. Zudem erklärte Adenauer Israel betreffende Fragen über das gewohnte Maß hinaus zur „Chefsache“ und strapazierte seine Richtlinienkompetenz in einigen Fällen zugunsten einer Weiterentwicklung der Beziehungen zu Israel in fast autokratischer Weise. Allerdings sollte dieser Punkt gerade während der Amtszeit von Außenminister Schröder sowie dessen dominierendem Staatssekretär Carstens und der während dieser Jahre Israel gegenüber keineswegs freundlich gesinnten, sondern proarabischen Politik des Auswärtigen Amts nicht überbewertet, sondern im Kontext gesehen, relativiert werden. Mit Blick auf Israel sind in der Frühphase des Bundeskanzleramts der Leiter der Verbindungsstelle zur AHK bzw. ab Juni 1950 Leiter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, Herbert Blankenhorn, und dessen Referent Alexander Böker¹⁶³ von Interesse. Beide waren während der Phase der Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen und der Phase bis zur Ratifizierung desselben von herausragender Bedeutung. Dieser Einfluss Blankenhorns lässt sich partiell auf dessen für dieses Gebiet relevante persönliche Kontakte zurückführen. Sein in Bezug auf Israel bestehender Einfluss auf die Zentrale des Auswärtigen Amts blieb während seiner Dienstzeit

¹⁵⁹ Zu Heuss siehe: Baring, A.: Im Anfang war Adenauer, S.284-289; Möller, H.: Theodor Heuss. Staatsmann und Schriftsteller, Bonn 1990; Heuss, T.: Staat und Volk im Werden. Reden in und über Israel, München 1960.

¹⁶⁰ Grundlegend zum Bundeskanzleramt siehe: Müller-Rommel, F./ Pieper, G.: Das Bundeskanzleramt als Regierungszentrale, in: APuZG B21-22/1991, S.3-13; Pfetsch, F.R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992, S.28f.; Bracher, K.-D.: Die Kanzlerdemokratie, in: Löwenthal, R./ Schwarz, H.-P. (Hg.): Die Zweite Republik, S.179-194.

¹⁶¹ Baring, A.: Im Anfang war Adenauer, S.19.

¹⁶² So z.B. Craig unter Verweis auf Karl Georg Pfeleiderer vgl.: Craig, G.A.: Konrad Adenauer and his Diplomats, in: Craig, G.A./ Loewenheim, F.L. (Hg.): The Diplomats, 1939-1979, Princeton 1994, S.201.

¹⁶³ Zu Böker siehe Shafir, S.: The American Jewish Community's Attitude to Germany: The Impact of Israel, in: The Journal of Israeli History, 18 (1997), S.241.

als Leiter der Politischen Abteilung erhalten, bevor er 1955 zur NATO und 1958 nach Paris entsandt wurde.¹⁶⁴ Im Vergleich zu dem nur mit einer kurzen Amtsphase gesegneten Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Lenz, kommt dessen Nachfolger Hans Globke hinsichtlich der Durchsetzung der durch Adenauer vorgegebenen, Israel betreffenden Richtlinien und einer entsprechenden Koordinierung mit den Ministerien eine entscheidende Rolle zu. Gerade mit Blick auf Israel mochte der Mitverfasser des Kommentars zu den sogenannten Nürnberger Gesetzen als problematische Personalwahl erscheinen. Dies machte diesen, am deutlichsten während des Eichmann-Prozesses sichtbar, entsprechend angreifbar. Doch Adenauer hielt an seiner „grauen Eminenz“ fest. In Israel selbst gab man sich hinsichtlich der Person Globkes keinerlei Illusionen hin. Ben Gurion beurteilte ihn pragmatisch nach seinem aktuellen Verhalten gegenüber dem israelischen Staat, ohne seine Vergangenheit aus dem Blickfeld zu verlieren. Ludger Westrick folgte Globke im Amt. Im Unterschied zu anderen Feldern deutscher Außenpolitik blieb der Einfluss des späteren Leiters des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, auf Israel betreffende Fragen im wesentlichen marginal.¹⁶⁵ Hingegen kommt dem 1958 bis 1962 im Bundeskanzleramt wirkenden Ministerialdirektor Karl Friedrich Vialon,¹⁶⁶ der bis 1957 im Bundesfinanzministerium und ab 1962 als Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit tätig war, im Zusammenhang mit der sogenannten „Aktion Geschäftsfreundschaft“ eine gewisse Bedeutung zu. Weiterhin darf der Einfluss des dem Bundeskanzler direkt unterstellten Leiters des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, hier Felix v. Eckhardt, auf die Israel betreffende und keineswegs unwichtige Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung nicht unterschätzt werden.

Der Bundeskanzler selbst griff hinsichtlich Israel gelegentlich, insbesondere hinsichtlich finanztechnischer oder wirtschaftlicher Fragen, auf den Rat ihm nahe stehender, aber nicht im Verwaltungsapparat des Bundeskanzleramts beschäftigter Experten, hier v.a. Abs oder – zu einem sehr viel geringeren Maße auf Robert Pferdmenges, Dannie N. Heineman oder Friedrich Spennrath¹⁶⁷ zurück.

¹⁶⁴ Zu Blankenhorn siehe ausführlich: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.67-70.

¹⁶⁵ Vgl.: Osterheld, H.: „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“: Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986; Osterheld, H.: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992 (=Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.23).

¹⁶⁶ Karl Friedrich Vialon (1905-1990): seit 21.3.1950 als Beamter für einzelne Bundesministerien tätig, ab 1951 Ministerialrat, ab 1954 Ministerialdirigent, 1956 Ministerialdirektor, bis 1957 im BFM unter Schäffer tätig, seit September 1958 im BKA, ab 1960 Leiter der Abteilung Wirtschaft, Finanzen und Soziales im BKA, ab 28.2.1962 Staatssekretär im Bundesministerium für Entwicklungshilfe unter Scheel. Angaben nach Munzinger 2002.

¹⁶⁷ Friedrich Spennrath (1888-1959): 1949-1955 Vorsitzender des Vorstandes der AEG Berlin, 1956 in den Vorstand der AEG gewählt. Angaben nach Munzinger 2002.

Zudem existierten während des Untersuchungszeitraumes und anhand von Akten nachzuweisende, aber nicht umfassend zu erörternde Kontakte zwischen dem aus der Organisation Gehlen hervorgegangenen und dem Bundeskanzleramt unterstellten Bundesnachrichtendienst und der israelischen Regierung. In diesem Zusammenhang kann über die Tätigkeit Rolf Vogels, der für einen Journalisten über sehr bemerkenswerte Kontakte, aber auch Aktenkenntnis in Deutschland und Israel, verfügte, aufgrund des für den Wissenschaftler leider nur begrenzten Aktenzuganges keine abschließende Aussage getroffen werden.

Im Unterschied zur DDR verfügte die Bundesrepublik zunächst über kein eigenes Außenministerium. Auswärtige Belange der Bundesrepublik wurden zunächst durch die bereits oben erwähnte „Verbindungsstelle des Bundeskanzleramts zur Alliierten Hohen Kommission“ unter Blankenhorn mit den drei Westmächten koordiniert. Infolge des Petersberger Abkommens wurde der Bundesrepublik im November 1949 die Errichtung konsularischer und wirtschaftlicher Vertretungen im Ausland erlaubt. Für diese Fragen war das von dem Chef der Präsidialkanzlei des Bremer Senats und späteren deutschen Botschafters in Ankara, Wilhelm Haas, geleitete „Organisationsbüro für konsularische und wirtschaftliche Vertretungen im Ausland“, im Bundeskanzleramt, das auf Vorarbeiten des ehemaligen bayrischen Staatsministers Anton Pfeiffer¹⁶⁸ basierte, verantwortlich. Ebenfalls im November 1949 wurde das 1947 errichtete „Deutsche Büro für Friedensfragen“ unter der Leitung des Diplomaten Peter Pfeiffers¹⁶⁹ in das Bundeskanzleramt integriert, was insbesondere in personalpolitischer Hinsicht bedeutsam ist. Das Organisationsbüro, die Verbindungsstelle zur AHK sowie der „Arbeitsstab Protokoll“ gingen im Juni 1950 in der „Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten“ des Bundeskanzleramts auf.¹⁷⁰

Mit der Revision des Besatzungsstatus am 6. März 1951 infolge der Anerkennung der deutschen Auslandsschulden¹⁷¹ durch die Bundesrepublik, stimmte die AHK der Errichtung eines eigenen Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland zu. Am 15. März 1951 übernahm Konrad Adenauer als Bundeskanzler bis 1955 in Personalunion auch das Amt des Außenministers. Die „Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten“ ging in dem neugegründeten Amt auf. Im Amt des Außenministers folgten Adenauer der als Person eher blasse Hein-

¹⁶⁸ Anton Pfeiffer (1888-1957): Pfeiffer wurde im Oktober 1950 zum deutschen Generalkonsul in Brüssel ernannt und fungierte ab August 1951 als deutscher Botschafter in Belgien. Angaben nach Munzinger 2002.

¹⁶⁹ Peter Pfeiffer (1895-1978): Pfeiffer oblag nach Gründung des AA die Auswahl und Ausbildung des Nachwuchses für den höheren Dienst im AA bevor er ab August 1952 die Personalbehörde des Auswärtigen Amtes leitete. Angaben nach Munzinger 2002.

¹⁷⁰ Vgl.: Baring, A.: Im Anfang, S.36-39; Pfetsch, F.R. Außenpolitik der Bundesrepublik, S.29f.; Kroll, F.L.: Deutschlands Weg nach Europa, S.163-180.

¹⁷¹ Zur späteren Londoner Schuldenkonferenz siehe: Abs, H. J.: Außenpolitik und Auslandsschulden – Erinnerungen an das Jahr 1952. Konstanzer Universitätsreden Nr. 179, Konstanz 1990; Schwarz, H.-P. (Hg.): Die Wiederherstellung des Deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen, Stuttgart u.a. 1982 (=Rhöndorfer Gespräche; Bd.4).

rich von Brentano bis 1961 sowie danach der dominantere aber keinesfalls fähigere Gerhard Schröder.¹⁷²

Von den während des Untersuchungszeitraumes im Auswärtigen Amt vier wirkenden Staatssekretären,¹⁷³ traten mit Blick auf Israel insbesondere Walter Hallstein und Karl Carstens deutlicher in Erscheinung. Innerhalb des Auswärtigen Amts waren außer dem Büro des Ministers, des Staatssekretärs bzw. dem Minister und dem Staatssekretär jede der Hauptabteilungen des Auswärtigen Amts je nach Zuständigkeitsbereich in Israel betreffende Fragen involviert. Während v.a. in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre Israel betreffende Fragen durch Staatssekretär Hallstein, den Leiter der Politischen Abteilung Blankenhorn und dessen Nachfolger Wilhelm Grewe sowie weiterhin bis 1952 durch den Leiter des Referats „Finanzfragen, insbesondere Besatzungskosten, Wiedergutmachungsfragen“, im Anschluss bis 1954 „Politische Fragen des Israelvertrages“, Abraham Frowein und Heinz Trützschler von Falkenstein¹⁷⁴ wahrgenommen wurden, gelangten ab Ende der fünfziger Jahre insbesondere die Fürsprecher der arabischen Staaten zur Geltung und bestimmten in einer teilweise durch die arabische Propaganda getrübbten Sichtweise Israels die Politik der Amtsleitung des Auswärtigen Amts überdimensioniert mit. Sicherlich existierten die für Israel zuständigen Arbeitseinheiten, insbesondere das Länderreferat Naher Osten (Ref. 308/ 316/ 708/ IB4) sowie das Wirtschaftsreferat Israel (Ref.412). Allerdings verfügte das Auswärtige Amt in seiner Bonner Zentrale über keinen ausgewiesenen und kompetenten Israelspezialisten. Auf konkrete Entwicklungen wird im Laufe der Arbeit noch näher eingegangen. Allerdings erscheint die Personalwahl des ersten deutschen Botschafters in Israel, Rolf F. Pauls,¹⁷⁵ als keineswegs zufällig.

Insbesondere unter Schröder löste sich das Auswärtige Amt von dem bis dahin relativ starken, ab Ende der fünfziger Jahre aber allmählich rückläufigen Einfluss des Bundeskanzleramts auf die Israelpolitik des Hauses. Schröder zeigte sich bisweilen fast trotzig gegenüber

¹⁷² Zu diesen zusammenfassend: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.83-89. Kroll, F.-L.: Heinrich von Brentano. Ein biographisches Portrait, in: Koch, R. (Hg.): Heinrich von Brentano, Redaktion F.-L. Kroll, München 2004, S.25-65; Baring, A.: Heinrich von Brentano und Konrad Adenauer, in: ebd., S.109-124 ; Oppelland, T.: Gerhard Schröder (1910-1989), Politiker zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002 (=Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.39); Eibl, F.: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966, München 2001.

¹⁷³ Walter Hallstein (2.4.1951-7.1.1958); Hilger van Scherpenberg (30.1.1958-1.5.1961), Karl Carstens (2.5.1961-15.12.1966; 28.7.1960-1.5.1961 als Staatssekretär II); Rolf Lahr als zweiter Staatssekretär (25.8.1961-28.2.1969) Das Amt des zweiten Staatssekretärs wurde im Sommer 1960 geschaffen. Zusammenfassend: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.89-95.

¹⁷⁴ Heinz Trützschler von Falkenstein (1902-1971): im neugegründeten AA Leiter der Unterabteilung „Allgemeine Außenpolitik“; 1952 Verhandlungsteilnehmer in Wassenaar, ab 1955 Leiter der Kulturabteilung des AA. Angaben nach Munzinger 2002.

¹⁷⁵ Rolf F. Pauls: 1951 Vizekonsul in Luxemburg, ab 1952 persönlicher Referent von Staatssekretär Hallstein, ab 1956 Botschaftsrat in Washington, ab 1960 Vertreter des Botschafters in Athen, 1963-1965 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung Handels- und Entwicklungspolitik im Auswärtigen Amt, 1965 erster deutscher Botschafter in Israel. Angaben nach Munzinger 2002.

Adenauers Israelpolitik, ohne allerdings mittels einer grundlegend neuen Konzeption bis Ende 1964 gestalterisch neue Akzente zu setzen. Die Israelpolitik Schröders (und dessen Staatssekretärs Carstens) lässt sich gerade hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Hallstein-Doktrin bzw. Deutschlandpolitik des Auswärtigen Amts eher als an Besitzstandswahrung ausgerichtete Politik, die sich nahtlos an die Grundprinzipien der Israelpolitik des Amtes unter von Brentano anschloss, nur bedeutend freundlicher gegenüber den arabischen Staaten agierte, beschreiben. Auf bemerkenswerte, aber gegenüber Israel keineswegs immer faire Art und Weise vollzog das Duo Schröder/Carstens die wegen des Auslaufens des Luxemburger Abkommens im Frühjahr 1965 ohnehin fällige Umstrukturierung des bestehenden deutsch-israelischen Verhältnisses ab Ende 1964 bis letztlich in das Jahr 1966 hinein. Beide hatten in der Tradition ihres Vorgängers zunächst die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel wegen eventueller Rückwirkungen in den arabischen Staaten, die mit der diplomatischen Anerkennung der DDR drohten, nicht beabsichtigt, konnten sich gegen den Einfluss des „Duos“ Barzel/Klein¹⁷⁶ und deren Einfluss auf Bundeskanzler Erhard in diesem Punkt aber letztlich nicht durchsetzen.

Im Rahmen der Israelpolitik der Bundesrepublik fiel dem Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard eine wichtige Rolle zu. Erhard setzte sich nicht erst als Bundeskanzler mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel 1965 für die bilateralen Beziehungen ein. Bereits in seiner Zeit als Bundeswirtschaftsminister förderte er gemeinsam mit Staatssekretär Ludger Westrick und ab 1958 mittels des zweiten Staatssekretärs, Alfred Müller-Armack, nicht nur den Ausbau der Außenwirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit den arabischen Staaten, sondern auch mit Israel.¹⁷⁷ Als Anhänger des Freihandels und der zunehmenden Liberalisierung der Weltwirtschaft zeigte sich Erhard von Boykottdrohungen der arabischen Staaten nicht beeindruckt. Stattdessen bekundete er stets Interesse an der Entwicklung von Handelsbeziehungen mit Israel über das Luxemburger Abkommen hinaus und unterstützte im Rahmen der Möglichkeiten auch die israelischen Interessen im Rahmen der EWG. In die Umsetzung des Luxemburger Abkommens war die dem Bundeswirtschaftsministerium nachgeordnete Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft (bzw. das spätere Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft) in Frankfurt am Main unter Leitung von Jochen Ebeling federführend involviert. An der Bearbeitung konkreter, Israel betreffender Einzelfragen waren auf der Arbeitsebene insbesondere das dem Bundeswirtschaftsministerium angehörende Mitglied der deutschen Delegation bei den Verhand-

¹⁷⁶ Vgl.: Shafir, S.: *Ambiguous Relations*, S.188.

¹⁷⁷ Ausführlich zu Erhard, Westrick und der Außenwirtschaftsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums vgl.: Berggötz, S.O.: *Nahepolitik*, S.71-83.

lungen in Luxemburg, Aschener, sowie die Leiter der Gemischten Kommission, insbesondere Carl-Hermann Mueller-Graaf,¹⁷⁸ dessen Nachfolger von der Mahs und Görs beteiligt gewesen. Für das Verhalten des Bundeswirtschaftsministeriums und v.a. Erhards gegenüber Israel waren während des gesamten Untersuchungszeitraumes Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit und Fairness, allerdings nicht moralphilosophisch begründete Bevorzugung charakteristisch. Der Wertung von Berggötz, wonach Erhard nur „wenig Anteil“ an der „operativen Gestaltung“ der westdeutschen Nahostpolitik genommen habe,¹⁷⁹ ist bezogen auf Israel insofern richtig, als dass sich Adenauer hinsichtlich dieses Land betreffender Fragen das Zepter des Handelns nicht aus der Hand nehmen und Erhard bisweilen absichtlich über bestimmte Entwicklungen im Unklaren lies. Dennoch ist am Länderbeispiel Israels sichtbar, dass Erhard durchaus persönlich an der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen interessiert war, sich entsprechend engagierte und sich als zuverlässiger und berechenbarer Politiker und Förderer der deutsch-israelischen Beziehungen, soweit diese seinen Einflussbereich tangierten, zeigte.

Weiterhin fiel dem 1956 aus der Dienststelle Blank hervorgegangenen Bundesverteidigungsministerium insbesondere unter Franz-Josef Strauß eine herausragende Stellung bei der Durchführung der praktischen Israelpolitik der Bundesrepublik zu. Auch der in der bisherigen Geschichtsschreibung eher als eigenwillig agierender Minister beschriebene Strauß, koordinierte diesen Teil bundesdeutscher Israelpolitik insbesondere mit Bundeskanzler Adenauer, aber teilweise auch mit dem Auswärtigen Amt. Die bis in die Gegenwart gelegentlich anzutreffende Behauptung, das Auswärtige Amt habe von den Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland nach Israel keine Kenntnis besessen, ist anhand der mittlerweile einsehbaren Akten zumindest bezogen auf die Leitungsebene des Amtes nicht länger haltbar, wie im Laufe der Arbeit noch gezeigt werden wird. Zwar existierten schon vor 1957 erste die Rüstungswirtschaft betreffende Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel, der Beginn der Kontakte und Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien beider Staaten datiert in das Jahr 1957. Zudem basierten insbesondere die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Israel keineswegs auf moralischen Überlegungen, sondern trugen der Interessenslage beider Staaten Rechnung. So lieferte die Bundesrepublik an Israel im Rahmen der sogenannten „Aktion Frank/Kol“ nicht nur Waffen im Wert von ca. einer Viertel Milliarde DM, sondern bezog auch ihrerseits von Israel Waffen und Ausrüstung annähernd desselben Wertes. In die praktische Durchführung der Lieferungen waren innerhalb des Verteidigungsministeriums neben Minister Strauß v.a. der Leiter der Abteilung Rüstungswirt-

¹⁷⁸ Zu Mueller Graaf (1903-1963) siehe Hansen, N.: Carl-Hermann Mueller-Graaf – ein Brückenbauer der ersten Stunde, in: Historische Mitteilungen 10 (1997), S.257-267.

¹⁷⁹ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.75.

schaft, zunächst Oberst, später Brigadegeneral Herbert Becker involviert. Staatssekretär Hopf war für den Bereich der Beziehungen des Ministeriums zu Israel nur begrenzt bedeutsam. Während der Amtszeit von Strauß wurden Interessen der einzelnen Teilstreitkräfte glänzend gegeneinander ausgespielt, um Abzweigungen von Materiallieferungen und deren Bestimmungsort entsprechend zu verschleiern.

Als einer der wohl in der Sache härtesten Rivalen Adenauerscher Israelpolitik, insbesondere während der Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen, verhielt sich das Bundesfinanzministerium unter Leitung von Fritz Schäffer.¹⁸⁰ Diesem oblag die undankbare, andererseits aber auch wichtige Obhut über den deutschen Staatshaushalt. Insofern beruht ein großer Teil seiner Einwände gegen das Luxemburger Abkommen auf Überlegungen hinsichtlich der deutschen Leistungsfähigkeit und Einwänden, die wohl jeder Finanzminister eines Staates angeführt hätte. Angesichts des besonderen Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel ging Schäffer in seiner Argumentation, wenn aus Sicht des Finanzministers in der Sache zwar richtig, hinsichtlich der Art und Weise seines Protestes manchmal zu weit. Darüber hinaus blieb das Bundesfinanzministerium in alle finanziellen Fragen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel, so z.B. im Zusammenhang der sogenannten „Aktion Geschäftsfreund“, involviert.

Darüber hinaus waren, wie dies in demokratisch verfassten Staaten mit klar abgegrenzten und definierten ministeriellen Zuständigkeitsbereichen der Fall ist, auch die Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1961 gegründet),¹⁸¹ des Innern, für das Post- und Fernmeldewesen, Atomenergie und Wasserwirtschaft sowie für Bildung und Wissenschaft in die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel involviert. Da ihr Anteil an diesen allerdings keineswegs mit dem Einfluss der vorgenannten und ausführlicher beschriebenen Ministerien vergleichbar ist, wird auf diese im weiteren Verlauf der Studie an gegebenem Ort näher einzugehen sein.

Der Deutsche Bundestag und dessen Ausschüsse war für die Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel hinsichtlich des außenpolitischen Entscheidungsprozesses während des Untersuchungszeitraumes nur im Zusammenhang der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens wirklich bedeutsam. Der Abschluss bilateraler Verwaltungsabkommen bedurfte nicht der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag. So besaßen während des gesamten Untersuchungszeitraumes nur sehr wenige Bundestagsabgeordnete einen wirklichen Überblick über

¹⁸⁰ Fritz Schäffer (CSU), Bundesfinanzminister von 1949-1957, gefolgt von: Franz Etzel (CDU) 1957-1961; Dr. Heinz Starke (FDP) 1961-1962; Dr. Rolf Dahlgrün (FDP) 1962-1966.

¹⁸¹ Zu diesem Ministerium unter dessen ersten Minister Walter Scheel siehe: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.113-116.

das Ausmaß der deutsch-israelischen Beziehungen oder Teilaspekte derselben. Sowohl die „Aktion Frank/Kol“, als auch die sogenannte „Aktion Geschäftsfreund“ wurden ohne ausdrückliche Legitimierung des Bundestages durchgeführt. Dennoch waren die Beziehungen zu Israel während des Untersuchungsraumes mehrfach Gegenstand von Bundestagsdebatten, die ihrerseits die öffentliche Meinung und damit indirekt auch außenpolitische Überlegungen beeinflussten.

Der Bundesrat war für den Untersuchungsgegenstand nur im Zusammenhang der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens bedeutsam.

1.1.1.4. Abhängigkeit außenpolitischer Entscheidungen von und deren Wechselwirkung mit der Innenpolitik

Im Unterschied zur DDR wurde die Außenpolitik der Bundesrepublik, so auch ihre Israelpolitik, viel stärker durch innenpolitische Entwicklungen beeinflusst, allerdings nicht vorgegeben. Zum einen bedeutete das Mehrparteiensystem der Bundesrepublik, dass außenpolitische Entscheidungen durch den vorgegebenen Zeitrahmen von Bundestagswahlen ebenso bestimmt wurde, wie von den Mehrheitsverhältnissen der im höchsten parlamentarischen Gremium vertretenen Parteien. So stellten außenpolitische Entscheidungen, welche Auswirkungen auf die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik zeitigten, insbesondere unmittelbar vor Bundestagswahlen ein mit Blick auf die Wählerstimmen sensibles Thema dar.

Zudem bedurften Verträge mit anderen Staaten laut Art.59 GG, welche die politischen Beziehungen der Bundesrepublik regelten oder aber sich auf die Bundesgesetzgebung bezogen, der Ratifizierung durch Bundestag bzw. Bundesrat sowie der Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten. Diesem Grundsatz wurde einerseits mit der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens durch die entsprechenden Körperschaften Rechnung getragen. Andererseits fand dieser Grundsatz keine Anwendung auf die Kredithilfe der Bundesrepublik Deutschland für Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund“ sowie die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Israel im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“, obgleich im Zusammenhang letzterer einige Vertrauenspersonen der einzelnen Parteien über diese in Kenntnis gesetzt wurden. Gerade die Uninformiertheit des gesamten Bundestages, aber auch des Bundespräsidenten hinsichtlich der deutschen Waffenlieferungen führte zu nachträglicher Diskussion, so z.B. zwischen Bundespräsident Lübke und – mittlerweile Bundeskanzler - Erhard im März 1965.¹⁸²

¹⁸² Lübke monierte in seinem Brief an Erhard, dass bezogen auf die deutschen Waffenlieferungen, „der deutsch-israelische Vertrag als Verwaltungsabkommen nicht rechtswirksam abgeschlossen werden konnte.“ Lübke vertrat die Ansicht, dass Waffenlieferungen in sogenannte Spannungsgebiete eine „rechtserhebliche Berührung der

Ebenfalls im Unterschied zur DDR sah sich die bundesdeutsche Außenpolitik dem Einfluss nichtstaatlicher Akteure gegenüber. Am Länderbeispiel Israel sei hier exemplarisch auf Kirchen, den Deutschen Gewerkschaftsbund, Hochschulgruppen oder den BDI¹⁸³ verwiesen. In der Bundesrepublik wurde außenpolitischen Entwicklungen im Rahmen der Presse eine Aufmerksamkeit zuteil, wie das angesichts der Herrschaftsverhältnisse in der DDR nicht der Fall sein konnte. Ob von der Masse der zugänglichen Informationen aber automatisch auf ein generell höheres Interesse an außenpolitischen Entscheidungen in der wahlberechtigten Bevölkerung zu schließen ist, bleibt allerdings fraglich.

Weiterhin eröffnete die durch den langjährigen Bundeswirtschaftsminister Erhard verfolgte Wirtschaftspolitik, dessen Bekenntnis zu den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter Gewährleistung des freien Wettbewerbs und einer zunehmenden Liberalisierung des internationalen Handels, der Bundesrepublik eine Entwicklung hin zu wirtschaftlicher Stärke und Prosperität. Die ungleich höheren wirtschaftlichen Ressourcen, die größere wirtschaftliche Potenz der Bundesrepublik im Vergleich zur DDR, die Motivation zur Innovation im Innern, schufen die Möglichkeit, mittels Außenwirtschaftspolitik außenpolitische Interessen der Bundesrepublik wirkungsvoll in vielen Teilen der Welt, so auch im Nahen Osten, durchsetzen zu können und im internationalen Konkurrenzkampf mit der DDR Überlegenheit zu demonstrieren. Bedeutsam auf diesem Weg war hier auch die Förderung der bundesdeutschen Wirtschaft durch die Westmächte (abgesehen von ERP und der wirtschaftlichen Integration auf europäischer Ebene), wodurch der Bundesrepublik auch auf internationaler Ebene der Beitritt zu GATT, IWF und Weltbank ermöglicht wurde. Gemessen an der Bedeutung der Exporttätigkeit für die deutsche Volkswirtschaft war diese Entwicklung entscheidend.

1.1.2. Ausgangslage, Handlungsspielräume und Entscheidungsträger der DDR-

Außenpolitik

Obleich zur DDR-Außenpolitik¹⁸⁴ eine Reihe älterer wissenschaftlicher Aufsätze und Studien¹⁸⁵ vorliegen, stellen quellengestützte Arbeiten zu speziellen Themen der frühen DDR-

politischen Beziehungen des Bundes“ darstellen würden und deswegen in der Form eines „Staatsvertrages“ hätten abgeschlossen werden müssen.“ Lübke an Erhard am 29.3.1965, in: PA/AA, B 36, Bd.196.

¹⁸³ Bührer, W.: Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren, in: VfZ 40 (1992), S.241-261.

¹⁸⁴ Als Einstieg hier: Scholtyseck, J.: Die Außenpolitik der DDR, München 2003 (=Enzyklopädie deutscher Geschichte; Bd.69).

¹⁸⁵ Siehe z.B. Bruns, W.: Die Außenpolitik der DDR, Berlin (West) 1985 (=Beiträge zur Zeitgeschichte; Bd.16); Bruns, W.: Sozialistische Außenpolitik oder Außenpolitik der DDR? Zu einigen Grundfragen der DDR-Außenpolitik, in: APuZG B19/77, S.3-32; Dasbach-Mallinckrodt, A.: Wer macht die Außenpolitik der DDR? Apparat, Methoden, Ziele, Düsseldorf 1972; End, H.: Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949-1972, Köln 1973; Jacobsen, H.A./ Leptin, G. u.a. (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, 2. Aufl. München u.a. 1980 (Schrif-

Außenpolitik nach wie vor ein Desiderat zeitgeschichtlicher Forschung dar. Zwar ist einerseits ein zunehmendes Interesse auch an diesem Forschungsfeld erkennbar, wie beispielsweise die Arbeiten von Amos,¹⁸⁶ Lemke¹⁸⁷ oder Muth,¹⁸⁸ als ehemaliger Mitarbeiterin des ostdeutschen Außenministeriums, belegen. Doch sind Untersuchungen zur Frühphase der DDR-Außenpolitik anhand einiger Länderbeispiele nach wie vor eher selten – dies trotz keineswegs hoffnungsloser Quellenlage.

1.1.2.1. Ostdeutsche Außenpolitik und ihre Grundprobleme 1949-1952/53

Bei einer Analyse der Außenpolitik der DDR ist generell von drei grundsätzlichen Prämissen auszugehen. Erstens kann die Außenpolitik der DDR nur vor dem Hintergrund der Bipolarität des internationalen Staatensystems und der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus bzw. den Führungsmächten der zwei Blöcke USA und Sowjetunion begriffen werden. Zweitens machte die Sowjetunion als Führungsmacht des Ostblocks ihren Anspruch auf Einflussnahme auf die ostdeutsche Außenpolitik geltend. Und drittens wurde die Außenpolitik der DDR wesentlich durch die Teilung der deutschen Nation und das Konkurrenzverhältnis zur Bundesrepublik bestimmt. Die ostdeutsche Außenpolitik hatte so immer auch eine deutschlandpolitische Funktion.

Der Aussage Lemkes, wonach die DDR „infolge fehlender Handlungsspielräume keine eigene Außenpolitik im Sinne aktiver Interessenwahrung und Verfolgung spezifischer Ziele“¹⁸⁹ betreiben konnte, ist nur bedingt zuzustimmen. So beeinflusste keineswegs nur die Sowjetunion die Außenpolitik der DDR. Die SED artikulierte bereits auf ihrem II. Parteitag im September 1947 ihren Anspruch auf eine eigene außenpolitische Orientierung.¹⁹⁰ Auch die DDR beeinflusste ihrerseits das System in Moskau in seiner Politik, wenngleich der Grad der

tenreihe des Forschungsinstituts der DGAP e.V., Bonn; Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft; Bd.44); Kregel, B.: Außenpolitik und Systemstabilisierung in der DDR, Opladen 1979. Mahnke, H.H.: Die auswärtige Gewalt der DDR, in: DA 2 (1969), S.1129-1151 (vorwiegend für den Zeitraum ab 1960 relevant). Mit gewisser Vorsicht nur bedingt zu empfehlen das durch das Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg herausgegebene Buch unter Leitung von Hänisch, W. u.a.: Geschichte der Außenpolitik der DDR, Berlin (Ost) 1984.

¹⁸⁶ Vgl.: Amos, H.: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.

¹⁸⁷ Vgl.: Lemke, M.: Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966). Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume, in: Pfeil, U. (Hg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S.63-80; Lemke, M.: Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949-1951, in: Ders.: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1949-1953), Köln 1999 (=Zeithistorische Studien, Bd.13), S.233-274; Lemke, M.: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln u.a. 2001 (=Zeithistorische Studien; Bd.17).

¹⁸⁸ Vgl.: Muth, I.: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972: Inhalte, Strukturen, Mechanismen, Berlin 2001. Hierzu Wentker, H.: Die Außenpolitik der DDR, in: NPL 46 (2001), S.389ff.

¹⁸⁹ Lemke, M.: Die Außenbeziehungen der DDR, S.64. Lemke relativiert diese Aussage einige Zeilen später auch insofern, als dass er der DDR konzedierte, eigene Interessen zu besitzen und zu einem gewissen Grad auch zur Gestaltung ihrer Außenbeziehungen in der Lage gewesen zu sein.

¹⁹⁰ Vgl.: Scholtyssek, J.: Außenpolitik, S.4.

Beeinflussung und der Interessendurchsetzung selbstverständlich nicht als annähernd gleichwertig betrachtet werden kann. Andererseits sollte nicht übersehen werden, dass die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion und der SED-Führung teilweise kongruent waren und nicht immer divergierten.

Einer weiteren These Lemkes, wonach sich die DDR nicht nur als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches, ja als mit diesem identisch definiert habe und sich als Folge dieser Grundhaltung zur Wiedergutmachung, insbesondere in Form von Reparationen an die Sowjetunion verpflichtet habe, somit implizit die Schuld Deutschlands an der Entfesselung und Führung des 2. Weltkrieges übernommen habe, besitzt gerade am Länderbeispiel Israel einen negativen Beigeschmack.¹⁹¹ Erstens erscheint der Begriff Wiedergutmachung für Reparationslieferungen an die UdSSR und Polen sprachlich und inhaltlich verfehlt. Zweitens lehnte die DDR gegenüber Judentum und Israel jegliche offizielle Form der Wiedergutmachung und Übernahme von Verantwortung für nationalsozialistische Verbrechen ab und zwar nicht nur aus ökonomischen Gründen.

Im Rahmen der Regierungserklärung von Ministerpräsident Grotewohl vom 12. Oktober 1949 signalisierte dieser das Interesse der DDR, mit allen Staaten, so auch den kapitalistischen, normale Beziehungen zu führen – ein Wunsch, dessen Äußerung im Westen zunächst wirkungslos verhallte. Immerhin etablierte sich die DDR dafür im Ostblock diplomatisch relativ schnell. Bereits am 15. Oktober 1949 wurden zwischen der DDR und der Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufgenommen, die jeweiligen Missionen aber erst 1953 in den Rang von Botschaften erhoben. Ebenfalls noch im Oktober erkannten zahlreiche Ostblockstaaten die DDR diplomatisch an. Im gleichen Monat wurde ein Handelsabkommen zwischen der DDR und Finnland abgeschlossen, welches allerdings keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR implizierte. Anerkannt wurde die DDR weiterhin noch 1949 von China und Nordkorea sowie im folgenden Jahr durch die Mongolei und Nordvietnam. Trotz etablierter diplomatischer Beziehungen blieb allerdings das Verhältnis gerade zu Polen und der Tschechoslowakei zunächst bestenfalls kühl. Der durch Deutschland in die Welt getragene Krieg hinterließ auch im Ostblock seine Spuren, hinterließ Misstrauen und im Falle der genannten beiden Staaten handfeste Probleme, die mit der Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze, einer Anerkennung der territorialen Integrität der Tschechoslowakei und mit der Frage der vertriebenen Sudetendeutschen kurz umrissen sind.¹⁹² Gerade den polnischen Bedenken wurden mit der Regierungserklärung der DDR im Februar 1950, in der die Oder-Neiße-

¹⁹¹ Lemke, M.: Die Außenbeziehungen der DDR, S.67; Lemke, M.: Prinzipien und Grundlagen, S.242f.

¹⁹² Vgl.: Haftendorn, H.: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart u.a. 2001, S.139ff.

Grenze als deutsche Ostgrenze und polnische Westgrenze anerkannt wurde sowie im Juli durch die Unterzeichnung des Vertrages von Zgorzelec (dem polnischen Teil von Görlitz) Rechnung getragen.¹⁹³ Entschärft wurden sie allerdings nicht. Dazu bedurfte es erst des Abschlusses des Warschauer Vertrages zwischen Polen und der Bundesrepublik 1970 sowie einer eindeutigen Erklärung im Zusammenhang der deutschen Einheit 1990. Im Falle der Tschechoslowakei erklärten beide Staaten in der am 23. Juni 1950 durch Ulbricht und den Ministerpräsidenten der ČSR, Zápotočský, in Prag unterzeichneten Deklaration, dass keine offenen und strittigen Fragen zwischen der ČSR und DDR bestünden. Die Vertreibung der Sudetendeutschen wurde somit als endgültig und unabänderlich zur Kenntnis genommen. Zudem erklärte die DDR, gegenüber ihrem südlichen Nachbarstaat keinerlei Gebiets- und Grenzanprüche zu verfolgen. Sie distanzierte sich somit von einer Politik im Sinne des Münchner Abkommens von 1938. Die Übereinkommen mit Polen und der Tschechoslowakei wirkten innerhalb des Ostblocks systemstabilisierend und stärkten die Führungsposition der Sowjetunion im Ostblock in ihrer Rolle als Garantiemacht.

Klänglich waren hingegen die Erfolgsaussichten der DDR, als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden. Während die Aufnahme in die Organisation als solche bereits am Veto der drei Westmächte scheiterte, gelang ihr auch die angestrebte Mitgliedschaft in Sonderorganisationen der VN zunächst nicht. Die DDR hatte vergeblich versucht fachspezifischen Organisationen wie z.B. dem internationalen Fernmeldeverein (ITU) oder der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) beizutreten.¹⁹⁴

Nach Beginn des Koreakrieges fand der III. Parteitag der SED in der Zeit vom 20.-24. Juli 1950, der erste nach Gründung der DDR, statt. An diesem beteiligten sich 25 kommunistische Parteien.¹⁹⁵ Während des Parteitages wurde unmittelbar nach Beginn des Koreakrieges insbesondere die „imperialistische Aggression“ der USA verbal attackiert und mit Nordkorea „sozialistische Solidarität“ geübt. Weiterhin wurde im Verlaufe des Parteitages beschlossen, die Aufnahme der DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zu beantragen, die im September des Jahres erfolgte. Damit wurde die DDR auch ökonomisch in den Ostblock integriert. 1954 wickelte die DDR ca. 75 % ihres Außenhandels mit sogenannten Volksdemokratien bzw. Volksrepubliken ab.¹⁹⁶

¹⁹³ Der Vertrag wurde im Oktober 1950 durch die Volkskammer bestätigt und trat einen Monat später in Kraft.

¹⁹⁴ Diese Misserfolge wurden auch im Nachhinein noch durch Hänisch auf eine internationale Diskriminierung der DDR und auf die Instrumentalisierung der Spezialorganisationen der VN durch die BRD in ihrem „Kampf gegen die DDR“ zurückgeführt. Vgl.: Hänisch, W. u.a.: Außenpolitik, S.82ff.

¹⁹⁵ Vgl.: Hänisch, W. u.a.: Außenpolitik, S.55ff.

¹⁹⁶ Vgl.: Scholtyssek, J.: Außenpolitik, S.7.

Nach Ausbruch des Koreakrieges gerieten Deutschland betreffende Fragen wieder mehr in den Mittelpunkt der internationalen Diskussion. Die Außenministerkonferenz der UdSSR und der Ostblockstaaten in Prag am 20./21. Oktober 1950 reagierte ihrerseits auf die Außenministerkonferenz der drei Westmächte und der Tagung des NATO-Rats in New York Mitte September 1950. Im Rahmen dieser Tagungen war ein Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik ernsthaft erörtert worden. Zudem erregte die Erklärung der drei Westmächte, jeden Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin als einen Angriff gegen sie selbst zu behandeln – gerade vor dem Hintergrund des Koreakrieges – in der Sowjetunion einige Aufmerksamkeit.¹⁹⁷ Unter dem offensichtlichen Einfluss der Sowjetunion wurde eine vorübergehende Modifizierung der bisherigen SED Politik gegenüber der Bundesrepublik von aggressiver Propaganda hin zu friedlicheren Tönen und Offerten sichtbar. Der Grotewohl-Brief an Adenauer vom 30. November 1950, welcher den Vorschlag beinhaltete, Verhandlungen über die Bildung eines „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ herbeizuführen, oder die ostdeutsche Initiative „Deutsche an einen Tisch“ 1951 sind im Rahmen dieser übergeordneten Entwicklung zu sehen, zumal sie den Wiedervereinigungswünschen in Deutschland – obgleich zu unterschiedlichen Modalitäten – Rechnung trug.¹⁹⁸ Insbesondere im Kontext der Stalin-Noten¹⁹⁹ und dem sowjetischen Angebot einer deutschen Wiedervereinigung, zu Konditionen einer bündnispolitischen Neutralität bei gleichzeitiger Möglichkeit eines Aufbaus deutscher Streitkräfte zum Zwecke der Selbstverteidigung, wurden allerdings grundsätzliche deutschland- und außenpolitische Differenzen in der Führung der DDR-Partei- und Staatsspitze sichtbar. Hier lassen

¹⁹⁷ Im Unterschied zur Schilderung Schöllgens, wonach der Koreakrieg „auf nordkoreanische Initiative mit sowjetischer Billigung zurückging“ (Schöllgen, G.: Weltpolitik, S.71) siehe Kennedy-Pipe unter Verweis auf Volkogonov. Demnach war Stalin zwar von den nordkoreanischen Plänen informiert, distanzierte sich aber von diesen und trachtete einer direkten Auseinandersetzung mit den USA aus dem Weg zu gehen – angesichts der verheerenden Schäden auf Seiten der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges eine durchaus plausible Haltung. Die UdSSR hatte zudem kurz vor der Invasion seine Militärberater aus Nordkorea abgezogen. Vgl.: Kennedy-Pipe, C.: Stalin's Cold War. Soviet Strategies in Europe, 1943 to 1956, Manchester/ New York 1995, S.156f.

¹⁹⁸ Ausführlich hierzu: Lemke, M.: Einheit oder Sozialismus, S.128-148; Amos, H.: Westpolitik der SED, S.67-76.

¹⁹⁹ Ausführlich zu den Stalinnoten siehe u.a.: Adomeit, H.: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews, Baden-Baden 1998 (=Internationale Politik und Sicherheit; Bd.48), S.87-92 (in Auseinandersetzung mit v.a. Rolf Steininger („vertane Chance“)); Lemke, M.: Einheit oder Sozialismus, S. 206-240; Loth, W.: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, insb. S.175-184; Graml, H.: Eine wichtige Quelle – aber missverstanden. Anmerkungen zu Wilfried Loth: „Die Entstehung der ‚Stalin-Note‘. Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Zarusky, J. (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952: neue Quellen und Analysen, München 2002 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd.84), S.117-137; Laufer, J.: Die Stalin-Note vom 10. März 1952 im Lichte neuer Quellen, in: VfZ 52 (2004), S.99-118; Loth, W.: Das Ende der Legende. Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung, in: VfZ 50 (2002), S.653-664; Ripper, T.: Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Die Entwicklung der wissenschaftlichen Debatte, in: Zeitgeschichte 26 (1999), S.372-396; Wettig, G.: Die Stalin-Note vom 10. März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem. Ein gewandeltes Problemverständnis, in: DA 25 (1992), S.157-167; Wettig, G.: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums. Die Hypothese des Wiedervereinigungsangebots, in: DA 26 (1993), S.786-805; Wettig, G.: Stalin und die deutsche Frage, in: Osteuropa 47 (1997), S.1259-1273.

sich zum einen die Gruppe um Ulbricht, der Pieck, Matern, Norden sowie Honecker zuzuordnen sind und eher eine Zweistaatenlösung präferierten und zum anderen die partiell in der sozialdemokratischen Tradition stehende Gruppe um Grotewohl, der Zaisser, Herrstadt und Ebert angehörten und die das Ziel eines vereinigten Deutschlands, obgleich „antifaschistisch-demokratischen“ Charakters verfolgte, unterscheiden. Diese grundsätzlichen Differenzen fanden erst während des Jahres 1953 mit einschneidenden personalpolitischen Maßnahmen, so auch an der Spitze des Auswärtigen Dienstes der DDR oder des Ministeriums für Staatssicherheit, zugunsten einer zunehmenden Einflussnahme der SED auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess der DDR ihren Abschluss. Dabei profitierte die während des Krieges in Moskau ausgebildete Gruppe um Ulbricht, dessen Stern in der Sowjetunion keineswegs immer zu glänzen versprach, von dem Tod Stalins im März 1953 und der vorübergehenden Rivalität von Stalins „Diadochen“ um den Führungsanspruch auf die sowjetische Partei- und Staatsspitze. Das diktatorische Regime Ulbricht wandte zur Verfolgung seiner Ziele Mittel der Denunziation politisch Andersdenkender, auch in den Reihen der SED, partiell unter Anwendung staatlicher und parteiinterner Willkür an. Nach der hinsichtlich der außenpolitisch relevanten personellen und institutionellen Umstrukturierung innerhalb der SED sowie im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bis 1953, der völkerrechtlichen Anerkennung der meisten Ostblockstaaten²⁰⁰ und einer versöhnlichen Außenpolitik gegenüber Polen und der ČSR, musste die internationale völkerrechtliche Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat über die Grenzen des Ostblocks hinweg primäres Ziel ostdeutscher Außenpolitik sein.

Insofern ist gerade die Frühphase der DDR-Außenpolitik v.a. mit Blick auf Israel zunächst stärker vom reinen realpolitischen Interesse der Etablierung als gleichberechtigter und völkerrechtlich anerkannter Staat im internationalen Staatensystem, denn von eher generelleren Dogmen ostdeutscher Außenpolitik wie das des „sozialistischen Internationalismus“ oder der „friedlichen Koexistenz“ bestimmt.²⁰¹ Gerade am Beispiel Israel lässt sich stellenweise die Inkonsequenz bei der Anwendung solcher Dogmen nachweisen, auf die im Verlauf der weiteren Arbeit noch eingegangen wird. Meistens dienten diese zur rhetorischen Rechtfertigung des diktatorischen Systems der DDR und der Verschleierung seiner außenpolitischen Misserfolge infolge mangelhafter Potenz.

²⁰⁰ Zu diesem Zeitpunkt hatte Jugoslawien die DDR noch nicht anerkannt.

²⁰¹ Vgl.: Bruns, W.: Sozialistische Außenpolitik oder Außenpolitik der DDR, S.21; Muth, I.: Außenpolitik, S.36ff. u. 44-47.

1.1.2.2. Der Einfluss Moskaus auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess der DDR

Die Zugehörigkeit der DDR zum Ostblock sowjetischer Prägung und des auf vielen Gebieten, so auch der Außenpolitik, nachweisbaren Einflusses der sowjetischen Regierung und KPdSU darf nicht dazu verleiten, die Außenpolitik der DDR als ausschließlich durch die UdSSR fremdbestimmte Politik zu verstehen. Zweifelsohne ist der machtpolitische Führungsanspruch der Sowjetunion im Ostblock, ebenso wie der Einfluss der UdSSR auf die Außenpolitik der DDR im Sinne rahmengebender Bedingungen unbestreitbar. Eine Argumentation, die von dieser Grundprämisse ausgehend quasi automatisch die dennoch vorhandene Eigenverantwortung und eigenen Gestaltungsmöglichkeiten der DDR Partei- und Regierungsspitze, aber auch Zielvorstellungen im außenpolitischen Bereich negieren würde, liefe Gefahr, DDR-Geschichte nach wie vor nur durch die Brille des Kalten Krieges zu betrachten und die Verantwortung auch deutscher politischer Entscheidungsträger und deren Eigeninteressen zu verleugnen. Insofern ist der Begriff der „Sowjetisierung“²⁰² nur partiell anzuwenden und nicht absolut zu verstehen. Sowjetisierung absolut verstanden als durch die Sowjetunion oktroyierte Übernahme sowjetischer Herrschaftsstrukturen und Ideologie auf die DDR würde zudem den nicht zu gering zu veranschlagenden vorauseilenden Gehorsam auch ostdeutscher Kommunisten vernachlässigen oder sogar verneinen. Zudem behandelte die Sowjetunion die DDR zumindest formal als eigenständigen Staat im Sinne des Völkerrechts, indem sie mit der DDR bereits 1949 diplomatische Beziehungen aufnahm. Auch die Freundschaft zwischen den kommunistischen „Bruderparteien“ kannte ihre Grenzen, wurde die SED doch nur als assoziiertes Mitglied in das Kominform aufgenommen.²⁰³

Insbesondere für die Phase bis 1953 lassen sich abgesehen von der Übernahme der Ideologie oder der unstrittigen militärischen Dominanz der Sowjetunion im Ostblock seitens dieser v.a. folgende direkte oder indirekte Einflussmöglichkeiten auf die DDR–Außenpolitik herauskristallisieren:

- auf der Ebene der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK)²⁰⁴ und deren Kontakten zur Regierung der DDR und zur SED,

²⁰² Lemke definiert den Begriff der Sowjetisierung „als die Übertragung bzw. Übernahme des sowjetischen Modells auf die Verhältnisse von staatlich organisierten nationalen Gesellschaften anderer Länder“, welche die Angleichung an das sowjetische System beabsichtigte. Lemke, M.: Einheit oder Sozialismus, S.39f. Weiterhin: Kaiser, M.: Wechsel von sowjetischer Besatzungspolitik zu sowjetischer Kontrolle? Sowjetische Einflussnahme und ostdeutsche Handlungsspielräume im Übergangsjahr von der SBZ zur DDR, in: Lemke, M.: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1949-1953), Köln 1999 (=Zeithistorische Studien, Bd.13), S.189. Kaiser definiert Sowjetisierung als „Übertragung oder Übernahme von Strukturen, Funktionsmechanismen sowie ideologischen Grundlagen des sowjetischen Modells“.

²⁰³ Vgl.: End, H.: Zweimal deutsche Außenpolitik, S.33.

²⁰⁴ Zur SKK siehe: Lemke, M.: Einheit oder Sozialismus, S.41f.; Scherstjanoi, E. (Hg.): Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation, München 1998 (=Texte und Materialien zur Zeitgeschichte; Bd.11).

- der parteipolitischen Ebene hinsichtlich der Übernahme sowjetischer und der für außenpolitische Fragen relevanten institutionellen Gliederungsstrukturen innerhalb der SED nach dem Vorbild der KPdSU²⁰⁵ (hier kann von Sowjetisierung gesprochen werden)
- der Umstrukturierung des Auswärtigen Dienstes der DDR in der nachstalinistischen Ära nach dem Vorbild des Auswärtigen Dienstes der Sowjetunion
- der Integration der DDR in den Ostblock so zunächst wirtschaftspolitisch v.a. im Rahmen des RGW und später militärisch im Rahmen des Warschauer Paktes
- indirekt auf der Ebene der Personalpolitik und später durch Übernahme des Ausbildungssystems²⁰⁶ für potentielle außenpolitische Nachwuchskräfte.

In Bezug auf die frühen Beziehungen der DDR zu Israel ist v.a. der Einfluss der SKK von Bedeutung. Diese löste die Sowjetische Militäradministration (SMAD) ab und war formell dem sowjetischen Ministerrat verantwortlich. Die SKK stand in sachlicher und personeller Kontinuität der SMAD und beschäftigte ca. 4.000 Mitarbeiter. Bedeutsam für den hier vorliegenden Untersuchungsgegenstand ist, dass sich die SKK die Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs der DDR vorbehielt, so auch am Beispiel Israel. Das bedeutete allerdings nicht, dass sich diese Kontrolle automatisch negativ auswirkte, hatte doch gerade die Sowjetunion selbst Interesse an Deviseneinnahmen der DDR und sei es nur zur Weiterleitung dieser Einnahmen per ostdeutscher Reparationen in Richtung Moskau. Eine über das übliche Maß hinausgehende Einflussnahme der Sowjetunion nach 1953 auf die DDR Israelpolitik im Sinne eines stets vorhandenen Gedanken- und Informationsaustausches, so auch durch den im Anschluss an die SKK in der DDR für kurze Zeit wirkenden Hochkommissars ist für die Beziehungen zu Israel nicht nachweisbar.

1.1.2.3. Außenpolitischer Entscheidungsprozess in der DDR

In die auswärtigen Beziehungen der DDR zu Israel waren einzelne Gremien innerhalb der SED, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, das Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, möglicherweise auch die zuständige Abteilung der Auslandsspi-

²⁰⁵ Vgl.: Beyme, K. v.: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München 1983, S.23-45.

²⁰⁶ Hier sind v.a. die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ in Potsdam-Babelsberg sowie hinsichtlich des internationalen Austausches von Parteikadern auch die Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED zu nennen. Für die Ausbildung von Sachverständigen für einzelne Regionen, wie Asien, Afrika, Lateinamerika erfolgte auch eine Kooperation mit verschiedenen Universitäten, die sich allerdings hinsichtlich der Anforderungen für den Auswärtigen Dienst oftmals eher problematisch gestaltete. Vgl.: Schröder, K.: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S.403 und Muth, I.: DDR-Außenpolitik, S.186-190. In der Sowjetunion erfolgte die Diplomatenausbildung v.a. am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO), des Instituts für Fremdsprachen und des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) Vgl.: Beyme, K. v.: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, S.34f.

onage der DDR involviert. Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer ist für das Thema während des Untersuchungszeitraumes nicht von Bedeutung.²⁰⁷ Federführend waren während des gesamten Untersuchungszeitraumes einzelne Parteigremien, welche den grundlegenden und konkreten Handlungsspielraum der Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten sowie für Außen- und Innerdeutschen Handel vorgaben (siehe Tabelle).

Tabelle 1: Für die Beziehungen der DDR zu Israel relevanten Gremien und Ministerien.

Einschlägige Abteilungen innerhalb der SED (s.u.)
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) Minister: Georg Dertinger (1949-1953); Staatssekretär Anton Ackermann (1949-1953); Lothar Bolz (1953-1965); Staatssekretär Georg Handke, ab 1959 Otto Winzer
Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel Minister: Heinrich Rau Julius Balkow
ggf. „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (=Außenpolitischer Nachrichtendienst – APN, gegründet am 16.8.1951); später das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), ab 1953 Hauptabteilung XV, ab 1955 Hauptverwaltung Aufklärung = HVA unter Leitung von Markus Wolf

Während der Jahre 1949 bis 1953 erfolgte der auch bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes im wesentlichen gültige Aufbau der mit auswärtigen Fragen beschäftigten Abteilungen innerhalb der SED. Höchster Repräsentant der SED war ihr Generalsekretär bzw. bis 1976 erster Sekretär des Zentralkomitees der SED und bis 1953 Verbindungsperson zur SKK. Dieses Amt wurde seit dem III. Parteitag der SED durch den seit 1938 bis zum Ende des Krieges im Moskauer Exil lebenden Walter Ulbricht²⁰⁸ wahrgenommen. Für das Amt des ersten Sekretärs existierte keine klar definierte Zuschreibung von Kompetenzen und damit eine nur mehr als dürftige Machtkontrolle.

Dem ersten Sekretär oblagen die Leitung der Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees (ZK) der SED, welches formal zwischen den Parteitagen das höchste Führungsgremium der SED darstellte. Ab 1960 und der Abschaffung des Amtes des Staatspräsidenten infolge des Todes von Wilhelm Pieck fungierte der erste Sekretär der SED in Personalunion zugleich als Vorsitzender des Staatsrates, damit oberster außenpolitischer Repräsentant der DDR, sowie Vorsitzender des Verteidigungsrates.

Teilbereiche der auswärtigen Politik, wie z.B. internationale politische Fragen oder Handelsfragen waren innerhalb der SED einzelnen Fachabteilungen und Sekretären zugeordnet. Für die Beziehungen zu Israel, insbesondere zu den israelischen Kommunisten waren wäh-

²⁰⁷ Dessen Befugnisse waren durch Art.60 der Verfassung der DDR vom 7.10.1949 allerdings prinzipiell auch nur begrenzter Natur.

²⁰⁸ Zu Ulbricht siehe Frank, M.: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, Berlin 2003.

rend des Untersuchungszeitraumes innerhalb der SED u.a. die Abteilungen Außenpolitik und Internationale Verbindungen,²⁰⁹ Handel, Versorgung und Außenhandel oder die Abteilung für Westdeutschland zuständig. Die Zuständigkeiten innerhalb des Parteiapparates sollen in Tabelle 2 schematisch verdeutlicht werden.

Tabelle 2: Für die Außenpolitik der DDR gegenüber Israel relevante Organisationsstruktur innerhalb der SED

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	
Parteitag	
Zentralkomitee der SED (ZK, bis 1950 als Parteivorstand) unter der Leitung des ersten Sekretärs (Walter Ulbricht) erster Sekretär ab 1960 in Personalunion: Vorsitzender des „Nationalen Verteidigungsrates“ und Vorsitzender des Staatsrates, damit Staatsoberhaupt und höchster außenpolitischer Repräsentant	
Politbüro <ul style="list-style-type: none"> - ab 1952 <i>Außenpolitische Kommission</i> beim Politbüro bis 1955 unter Leitung von Walter Ulbricht bis 1961 unter Leitung von Heinrich Rau; Nachfolger Werner Lamberz; Beratungsorgan ohne Entscheidungsbefugnis - <i>Kommission für die Arbeit nach Westdeutschland</i> (Paul Verner) - <i>Ausschuss für Deutsche Einheit</i> (Albert Norden, Paul Verner) 	Sekretariat <ul style="list-style-type: none"> - zuständig für Anleitung und Kontrolle des Partei- und Staatsapparates
ZK-Abteilungen	
<ul style="list-style-type: none"> - 1949 <i>Kommission für außenpolitische Fragen beim Parteivorstand</i>, vom kleinen Sekretariat des Parteivorstandes gegründet; Mitglieder u.a. Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Zuckermann, Dahlem, Florin, Honecker; wurde de facto nicht wirksam - seit 1948 Abteilung „Internationale Zusammenarbeit“, 1949 umbenannt in Abteilung Internationale Verbindungen, ab Juni 1950 Abteilung des ZK; während des Jahres 1953 Umstrukturierung zur Fachabteilung des ZK als <i>Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen</i> (betr. Israel hier insb. Edmund Röhrer und Günter Kohrt); Arbeitsschwerpunkt: internationale Parteibeziehungen, insbesondere zu kommunistischen Parteien - <i>Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel</i> - <i>Abteilung Agitation und Propaganda</i> (Albert Norden) - <i>Abteilung Kaderfragen</i> - <i>Abteilung für Westdeutschland</i> (Albert Norden, Paul Verner) 	
- Parteihochschule „Karl Marx“ (PHS) der SED als dem ZK angeschlossenes Parteiinstitut	

²⁰⁹ Grundlegend hierzu Amos, H.: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Hamburg u.a. 2003 (= Diktatur und Widerstand; Bd.4), S.398ff.

Prinzipiell blieb die Führungsspitze der SED, hier konkret Ulbricht,²¹⁰ in Israel betreffende Fragen immer involviert und sicherte sich diesen Einfluss kontinuierlich, auch unter Zuhilfenahme informeller Arbeitsweise.

Dem 1949 gegründeten Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR oblag die Umsetzung der auswärtigen Politik im Rahmen der und im Einvernehmen mit den durch die SED vorgegebenen Richtlinien. Typisch für den interministeriellen Konkurrenzkampf in der DDR war die Rivalität zwischen dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel. Die Tätigkeit des letzteren Ministeriums über die jeweiligen Handelsvertretungen der DDR wurde gerade in der arabischen Welt vor der Errichtung von ostdeutschen Konsulaten oder gar Botschaften vor Ort zu außenpolitischen Zwecken genutzt und sollte der DDR zu ihrer internationalen Anerkennung verhelfen. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten stand von 1949 bis 1953 unter der Leitung von Außenminister Georg Dertinger.²¹¹ Dieser wurde von Lothar Bolz²¹² abgelöst, der das Amt bis 1965 bekleidete. Die Parteizugehörigkeit Dertingers zur CDU und die von Bolz zur NDPD darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass beide das Herrschaftssystem der SED unterstützen. Dertinger profitierte, bis er 1953 in Ungnade fiel und diese mit mehreren Jahren Zuchthaus bezahlte, von der Ausschaltung von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer.²¹³ Bolz war ehemaliges Mitglied der KPD. Zudem war keiner der beiden Außenminister im Unterschied zu den Ministern für Außenhandel und Innerdeutschen Handel oder für Staatssicherheit Mitglied des Politbüros, was die Wertigkeit des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im außenpolitischen Entscheidungsprozess der DDR schlaglichtartig verdeutlicht. Als Staatssekretär des MfAA fungierte bis 1953 der ebenfalls aus dem Moskauer Exil stam-

²¹⁰ Hierzu der letztlich als Einleitung in die Archivarbeit betr. der Nahostpolitik der DDR zu verstehende Aufsatz mit entsprechenden Auszügen aus den Findbüchern der Nachlässe Ulbricht und Grotewohl von: Schwanitz, W.G.: SED-Nahostpolitik als Chefsache. Die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen 1946-1970 sowie die Nachlässe von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, in: *asien, afrika, lateinamerika* 21 (1993), S.63-90. Mit ähnlicher Absicht auch: Ders.: „Salami Tactics“: Akten über doppelte deutsche Nahost-Gesandte 1950-1966. Das Nationalarchiv II im College Park und die Quellenkritik, in: *Orient* 40 (1999), S.597-630. Hinsichtlich der historischen Bewertung und v.a. mit Blick auf die Richtigkeit postulierter Faktizität weiterhin nur bedingt zu empfehlen: Ders.: „Doppelte Deutsche“ in Nahost und das neue US-Nationalarchiv, in: *Orient* 40 (1999), S.267-299; Ders.: „Cairo formula“: Akten über „doppelte“ deutsche Nahostgesandte 1950-1966 aus dem US-Nationalarchiv II, in: *ZfG* 45 (1997), S.413-441.

²¹¹ Ausführlich zu Dertinger (CDU) siehe Amos, H.: Die Westpolitik der SED, S.159-173. Dertinger wurde Anfang 1953 durch das MfS samt seiner Familie festgenommen und wegen des Vorwurfs der Spionage für „imperialistische Geheimdienste“ festgenommen. Er verbrachte 11 Jahre und 5 Monate im Zuchthaus (Bautzen). Dertinger war nicht der Wunschkandidat der SED im Amt des Außenministers gewesen und hatte seine Ernennung eher sowjetischer Fürsprache zu verdanken. Dertinger verfügte über Zugang zu Lenz (1951-1953 Adenauers Staatssekretär im BKA).

²¹² Lothar Bolz war Vorsitzender der NDPD. Als dessen Stellvertreter fungierte der ehemalige Wehrmachtsgeneral Vincent Müller. Bolz selbst war ursprünglich 1928 der KPD beigetreten und wirkte später als „Mitarbeiter des Nationalkomitees Freies Deutschland“. Ziel der NDPD sollte es sein, ehemalige Nationalsozialisten in der DDR in den politischen Prozess einzubinden.

²¹³ Vgl.: Schröder, K.: Der SED-Staat, S.31f.

mende Anton Ackermann, in Personalunion Leiter des 1951 gegründeten „Außenpolitischen Nachrichtendienstes“ (APN)²¹⁴ der DDR. Ihm folgten Georg Handke und ab 1959 der spätere ostdeutsche Außenminister Otto Winzer als ehemaliges Mitglied der Gruppe Ulbricht. In Israel betreffende Fragen waren im Rahmen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten das Büro des Ministers, des Staatssekretärs, vorübergehend der Generaldirektor,²¹⁵ das sogenannte Kollegium, die Hauptabteilung II und hier das für Israel zuständige Referat bzw. später die 3. Außereuropäische Abteilung, konkret die sogenannte „Sektion“ Mittlerer Osten sowie die DDR-Missionen in Moskau und Prag involviert. Das Kollegium gewann erst ab Mitte der fünfziger Jahre zunehmend an Bedeutung und stellte nach sowjetischem Vorbild ein Beratungsgremium dar, welchem außer dem Minister und dem Staatssekretär die Leiter der Hauptabteilungen bzw. der größeren wichtigen Abteilungen angehörten.²¹⁶ Die Umstrukturierung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ausgehend von der Gliederung des Amts in Hauptabteilungen, die ursprünglich im wesentlichen dem Territorialprinzip folgten, hin zur Gliederung in sogenannte Europäische und Außereuropäische Abteilungen erfolgte entsprechend des sowjetischen Vorbildes erst 1959.²¹⁷ Diese Tatsache ist insofern erstaunlich, als dass die Sowjetisierung, d.h. hier konkret die Übernahme sowjetischer Strukturen im Bereich des Auswärtigen Dienstes erst in der nachstalinistischen Ära erfolgte. Von daher erscheint die Frage durchaus angemessen, zu welchem Grad die Sowjetisierung in der DDR, da diese an diesem konkreten Beispiel zu einem früheren Zeitpunkt durchaus denkbar gewesen wäre, durch die ostdeutschen Kommunisten um Ulbricht möglicherweise freiwilliger angestrebt wurde, als bisher angenommen. Gerade Ulbricht profitierte nicht unwesentlich von der Übernahme des sowjetischen Systems mittels dessen Hilfe er seine Machtbefugnisse im gesamten Partei- und Staatsapparat der DDR etablierte und systematisch ausweitete.

Hinsichtlich konkreter handelspolitischer Fragen zwischen der DDR und Israel wurde auch das Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel involviert. Innerhalb dieses Hauses wurden Israel betreffende Fragen bisher nachweisbar in der Hauptabteilung Handelspolitik, der Hauptabteilung Außenhandel (hier der Bereich kapitalistisches Ausland) sowie im Direktionsbereich Übersee I bearbeitet. Darüber hinaus war die Tätigkeit des Ministeriums insbesondere unter Minister Heinrich Rau in den arabischen Staaten Funktion des primären

²¹⁴ Vgl.: Amos, H.: Die Westpolitik der SED, S.38. Markus Wolf war bereits seit 1951 Mitarbeiter des APN, bevor er 1953 die Leitung der HA XV (später HV A) des Ministeriums für Staatssicherheit übernahm.

²¹⁵ Dieses Amt bestand nur während der Jahre 1959-1961 und wurde im Rahmen einer grundsätzlichen Umstrukturierung des Amtes nach sowjetischem Vorbild geschaffen. In der Position des Generaldirektors fungierte Wolfgang Kiesewetter bevor dieser als Bevollmächtigter der DDR für die Arabischen Staaten in Kairo tätig wurde. Kiesewetter hatte zuvor 1958-1959 die Hauptabteilung II des MfAA (Asien, Afrika, Amerika) geleitet. Vgl.: Muth, I.: Außenpolitik, S.118.

²¹⁶ Vgl.: Muth, I.: Außenpolitik, S.106.

²¹⁷ Ebd., S.118.

außenpolitischen Ziels der DDR, nämlich der internationalen Anerkennung. Trotz reger Tätigkeit dieses Ministeriums in den arabischen Staaten, waren einzelne Abteilungen des Hauses mit Israel betreffenden Fragen zwar nicht umfangreich, erstaunlicher Weise aber tatsächlich befasst.

Eine Involvierung des APN bzw. des MfS in die Beziehungen zwischen DDR und Israel können gerade am Beispiel der handelspolitischen Kontakte zwischen beiden Staaten über dritte Staaten (insbesondere Liechtenstein und Österreich) vermutet werden. Allerdings fehlt für eine wissenschaftlichen Erörterung dieser Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine ausreichende Quellenbasis.

1.1.2.4. Determinante Innenpolitik?

Im Unterschied zur Bundesrepublik konnte sich die Außenpolitik der DDR weitgehend unabhängig von innenpolitischen Entwicklungen entfalten und musste auf mögliche oppositionelle Reaktionen dank de facto Einparteiensystem keine Rücksicht nehmen. Die außenpolitisch relevanten Entscheidungen und deren Umsetzung seitens der Führung der SED bzw. der Regierung der DDR basierten nicht auf der Herrschaftslegitimation des Volkes der DDR infolge freier Wahlen repräsentiert in der Volkskammer. Diese kann für den außenpolitischen Entscheidungsprozess der DDR bezogen auf Israel im Untersuchungszeitraum als nebensächliches Gremium betrachtet werden. Die außenpolitische Legitimation der Herrschaft der ostdeutschen Kommunisten erfolgte zunächst durch die Sowjetunion, wobei im Laufe der Jahre und Jahrzehnte der Existenz der DDR und dem zunehmenden Ausbau des diktatorischen Systems der Eigenanteil ostdeutscher Kommunisten und Staatsbürger an repressiven Maßnahmen gegenüber Oppositionellen nicht zu gering veranschlagt werden sollte und keineswegs ausschließlich nur auf Moskauer Befehl erfolgte.

Die Außenpolitik der DDR blieb so insgesamt gesehen nur indirekt von den innenpolitischen Entwicklungen, Rahmenbedingungen kommunistischer Herrschaft und Ressourcen des Staates abhängig. Zum einen schränkte das System der Zentralverwaltungswirtschaft und die Absage an den wirtschaftlichen Wettbewerb und Eigeninitiative die ohnehin begrenzte wirtschaftliche Potenz der DDR zusätzlich ein. Dieser Nachteil wirkte sich bei dem in der arabischen Welt gegenüber der Bundesrepublik im außenwirtschaftlichen Bereich ausgetragenen Konkurrenzkampf um die internationale Anerkennung der DDR nachteilig für diese aus. Zum anderen konnte der auswärtige Dienst der DDR zunächst nur auf einen sehr kleinen Stab von Personen mit ausreichenden Qualifikationen für dieses Aufgabenfeld zurückgreifen, was für die Effizienz eines auswärtigen Dienstes sicherlich immer nachteilig ist.

Prinzipiell wirkte die Innenpolitik der DDR auf deren Außenpolitik weniger ein, als die Außenpolitik der DDR auf die Innenpolitik in ihrer gerade auf die Deutschlandpolitik bezogenen Funktion als herrschaftsstabilisierendes Element.

1.1.3. Anfangsjahre und Bestimmungsfaktoren israelischer Außenpolitik

Im vorliegenden Kapitel sollen die Grundvoraussetzungen israelischer Außenpolitik, das Verhältnis Israels zu den Großmächten USA und Sowjetunion, die Stellung Israels in den internationalen Beziehungen sowie der außenpolitische Entscheidungsprozess im politischen System Israels, so auch mit Blick auf dessen Beziehungen zu beiden deutschen Staaten erörtert werden.

1.1.3.1. Am Ziel und dennoch nicht in Sicherheit

War es einerseits ein langer und beschwerlicher Weg von der ersten Alija infolge der Pogrome in Russland nach der Ermordung Zar Alexander II., zionistischer Ideen,²¹⁸ bis hin zur israelischen Staatsgründung, so war er am Ende doch erfolgreich. Zunächst unter osmanischer Herrschaft, später unter britischem Palästinamandat legten Juden in Palästina Sümpfe trocken, bauten ein politisches Gemeinwesen,²¹⁹ ein soziales Netz auf, errichteten später Grundlagen für eine ausbaufähige Wirtschaft, investierten mittels Erziehungs- und Bildungswesen in ihre Zukunft, verteidigten ihre Errungenschaften.

Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf der Basis der vorangegangenen Arbeit von UNSCOP²²⁰ die Resolution Nr.181 (II), die eine Beendigung des britischen Mandats für Palästina, die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates sowie die Internationalisierung Jerusalems festlegte. Damit wurde der Notwendigkeit einer „Heimstätte“ für das jüdische Volk ebenso Rechnung getragen, wie den Nöten des mit den Problemen vor Ort überforderten Großbritanniens. Dort wurde am 29. April 1948 die „Palestine Act“ verabschiedet, welche das Ende des britischen Mandats in Palästina auf den 15. Mai 1948 datierte. Der jüdische Volksrat verkündete am 14. Mai 1948 in Tel Aviv die Unabhängigkeit des Staates Israel, welche die arabische Welt mit Krieg beantwortete.

²¹⁸ Vgl.: Brenner, M.: Geschichte des Zionismus, München 2002; Krupp, M.: Zionismus und Staat Israel. Ein geschichtlicher Abriss, 3. durchges. u. erw. Aufl. Gütersloh 1992; Haumann, H.: Zionismus und die Krise jüdischen Selbstverständnisses. Tradition und Veränderung im Judentum, in: Haumann, H. (Hg.): Der Traum von Israel. Die Ursprünge des modernen Zionismus, Weinheim 1998, S.9-64.

²¹⁹ Zusammenfassend siehe: Wolffsohn, M./Bokovoy, D.: Israel. Grundwissen – Länderkunde. Geschichte – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft (1882-1996), 5. erw. und überarb. Auflage Opladen 1996, S.55-58.

²²⁰ In einer Sondersitzung der Generalversammlung (28.4.-15.5.1947) wurde die Einsetzung des United Nations Special Committee on Palestine (UNSCOP) beschlossen. Zur Darlegung der ökonomischen Entwicklung Palästinas unter jüdischem Einfluss gegenüber UNSCOP siehe: Horowitz, D.: Statement of Mr. D. Horowitz before the United Special Committee on Palestine, Jerusalem 1947.

te. Aus dem Volksrat ging der provisorische Staatsrat hervor und aus dem Volksdirektorium wurde die provisorische Regierung des Staates Israel.

Im Unterschied zur Gründung beider deutscher Staaten musste Israel nach der Staatsgründung nicht nur aufbauen, sondern seine staatliche Integrität militärisch zunächst gegenüber den Angriffen der arabischen Staaten verteidigen, dies zukünftig auch und trotz der Tatsache, dass Israel erfolgreich aus diesem Krieg hervorgegangen war. Obgleich es den Krieg gegen die – in der Überzahl befindlichen und zumindest in der Anzahl überlegenen - arabischen Staaten gewonnen hatte, wurde ihm in der Folge die Anerkennung durch diese verweigert und der Krieg teilweise mit anderen Mitteln, so z.B. durch wirtschaftlichen Boykott oder aber mittels aggressiver Propaganda de facto fortgesetzt. Die staatliche Integrität und Souveränität Israels wurde während des Untersuchungszeitraumes durch keinen arabischen Nachbarstaat anerkannt. Israel blieb außenpolitisch im Nahen und Mittleren Osten weitestgehend isoliert. In ihrer gegen Israel gerichteten Propaganda verwiesen die arabischen Staaten wiederholt auf die im Kontext der israelischen Staatsgründung bzw. des ersten arabisch-israelischen Krieges vertriebenen palästinensischen Araber, wobei während des Untersuchungszeitraumes ein nicht unwesentlicher Teil dieser Flüchtlinge in dem unter ägyptischer bzw. jordanischer Hoheit stehenden Gazastreifen bzw. Westjordanland siedelten. Bis heute, nicht zuletzt aus politischen Gründen, aus dem historischen Gedächtnis der Weltgemeinschaft verdrängt ist die Tatsache, dass das Flüchtlingsproblem zu keiner Zeit ein einseitiges gewesen ist und genau genommen von einem Bevölkerungsaustausch im Nahen Osten gesprochen werden muss. So sah sich auch Israel, abgesehen von den aus Europa einströmenden Flüchtlingen, dem Problem gegenüber, zahlreiche aus der arabischen Welt vertriebene Juden in den neu gegründeten Staat zu integrieren, ihre Versorgung, Wohnung und Arbeitsmöglichkeiten sicherzustellen – allein aus dem Jemen z.B. 1950 etwa 45.000 Juden oder aus dem Irak 1951 z.B. 110.000 Juden²²¹ - für ein kleines Land wie Israel und den hier nur begrenzten natürlichen Ressourcen eine immense Kraftanstrengung, eine Frage, die in Israel im Sinne der Menschlichkeit gelöst und nicht zu Lasten der Flüchtlinge politisch missbraucht wurde.

Die ersten Jahre Israels blieben gekennzeichnet von dringendsten Herausforderungen: der Gewährleistung der Sicherheit Israels vor arabischen Übergriffen, dementsprechender hoher Ausgaben für Verteidigung, dem Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft, der Gewährleistung der Wasserversorgung und medizinischen Betreuung der Bevölkerung sowie der Eingliederung zehntausender Flüchtlinge. Vor dem Hintergrund der nahezu vollständigen außen-

²²¹ Vgl.: Dippmann, K.J.: Die Außenpolitik des Staates Israel 1948-1970. Eine politologisch-kritische Analyse, Braunschweig 1971, S.90. Zum palästinensischen Flüchtlingsproblem zusammenfassend siehe Blum, Y.Z.: Grundzüge des arabisch-israelischen Konfliktes, in: APuZG B 17/77, S.22-26.

politischen Isolation im Nahen und Mittleren Osten musste Israel um so mehr an einer internationalen Anerkennung gelegen sein, um die erst gewonnene Staatlichkeit im Rahmen der Weltgemeinschaft zu erhalten, zu sichern und zu festigen.

1.1.3.2. Israel und sein Verhältnis zu den Großmächten USA und Sowjetunion

Der Anfang konnte als vielversprechend gelten, erhielt Israel im Zuge der Staatsgründung die Unterstützung beider Großmächte. Dass diese Unterstützung eher temporären politischen Interessensidentitäten der Großmächte mit israelischen Zielen geschuldet war, denn einem ausschließlichen Einfluss des Holocausts auf politische Entscheidungen oder einer eventuellen Abneigung gegenüber der arabischen Haltung, ist in der modernen Forschung mehrfach belegt worden. In der Folge sollen die Beziehungen der Sowjetunion und der USA zu Israel im Zusammenhang der Staatsgründung und der Anfangsjahre Israels kurz skizziert werden, um den Rahmen der außenpolitischen Optionen des jungen Staates zu verdeutlichen.

Im Falle der Sowjetunion sind analytisch prinzipiell zwischen der Politik gegenüber Juden innerhalb der Sowjetunion und andererseits gegenüber dem *Yishuv* in Palästina bzw. dem späteren Staat Israel zu unterscheiden, obgleich die Grenzen in der Praxis oftmals fließender verliefen. Nicht erst mit der späteren Ärzteverschwörung, sondern bereits mit dem ab 1928 vorübergehend für Juden vorgesehenen autonomen Gebiet Birobidjan war sichtbar, dass das stalinistische System gegenüber Judentum und dem diesem unterstellten „Kosmopolitismus“ keine Sympathie hegte, erst recht, wenn dieses innerhalb der Sowjetunion politisch relevant zu werden drohte.²²² Von dieser Prämisse weitestgehend unberührt blieb aber die sowjetische Politik gegenüber dem *Yishuv* in Palästina²²³ und gegenüber dem Staat Israel, wenn außenpolitische Interessen der Sowjetunion tangiert waren. Die sowjetisch-israelischen Beziehungen durchliefen von 1947/48 bis etwa 1950/51 einen Werdegang von klarer Unterstützung der Staatsgründung und des jungen Staates bis hin zu einer deutlichen, qualitativ spürbaren Abkühlung, die aber noch nicht als einseitige Parteinahme zugunsten der arabischen Staaten im Zusammenhang des Nahostkonflikts charakterisiert werden kann. In seiner Aufsehen erregenden Rede hatte sich der stellvertretende sowjetische Außenminister Gromyko 1947 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Gründung eines binationalen und im Problemfall für die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates in Palästina ausgesprochen, erkannte somit die Forderung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina auf Grün-

²²² Zur Geschichte der Judenverfolgung in der Sowjetunion unter Stalin siehe: Rapoport, L.: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgungen in der Sowjetunion, Berlin 1992.

²²³ Hierzu zusammenfassend vgl.: Ro'i, Y.: Soviet-Israeli Relations, 1947-1954, in: Confino, M./ Shamir, S.: The U.S.S.R. in the Middle East, Jerusalem 1973, S.123f.; Klinghoffer, A.J./Apter, J.: Israel and the Soviet Union. Alienation or Reconciliation? Boulder 1985, S. 11f.

derung eines eigenen Staates ausdrücklich an.²²⁴ Diese Politik entsprang zum einen dem sowjetischen Ziel, die eigene Präsenz, den eigenen Einfluss in der Region zu sichern und andererseits den westlichen, insbesondere britischen Einfluss zu eliminieren. Trotz der sowjetischen Misserfolge im Iran und der Türkei²²⁵ bei dem Versuch, den sowjetischen Einfluss entlang der eigenen Südgrenze auszuweiten, konnte die sowjetische Außenpolitik angesichts der kommunistischen Erfolge in Frankreich und Italien, des Bürgerkrieges in Griechenland oder des zu dieser Zeit noch im Einflussbereichs Stalins befindlichen Jugoslawiens dafür in Europa noch auf für sie günstige Entwicklungen verweisen. Nicht so in der traditionell russischen Einflussphäre des Nahen und Mittleren Ostens, die man zwar auch im Molotov-Ribbentrop Pakt beansprucht, aber weder während des Krieges noch danach ausreichend und erfolgreich behauptet hatte. In Palästina bot sich nunmehr die Gelegenheit, den britischen Einfluss zu beseitigen. Über den jüdischen Sozialismus in Palästina und dessen qualitativer Unterschiede zum kommunistischen System sowjetischer Couleur sowie der nach Staatsgründung v.a. wirtschaftlichen Abhängigkeit Israels von u.a. amerikanischer Hilfe, machte sich die Sowjetunion hingegen von vornherein keine Illusionen.

Die Sowjetunion erkannte Israel nach der Staatsgründung noch im Mai 1948 *de jure* an. Im August d.J. wurde die sowjetische Gesandtschaft in Tel Aviv eröffnet. Nur wenig später erschien Golda Meyerson (Meir) als erste israelische Gesandte in Moskau und wurde dort wenig später von Außenminister Molotov sowie dem stellvertretenden Außenminister Zorin empfangen.²²⁶ Im folgenden Jahr sprach sich die Sowjetunion auch für die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen aus. Zudem unterstützte sie via Tschechoslowakei Israel auch während des ersten israelisch-arabischen Krieges militärisch. Diese tschechoslowakisch-israelische Zusammenarbeit, die z.B. die Lieferung von Flugzeugen des Typs Messerschmitt, Maschinenpistolen, Munition sowie partiell Ausbildungshilfe umfasste, dauerte über das Jahr 1948 an und wurde erst Ende 1950²²⁷/ Anfang 1951 mit dem klaren Bekenntnis Israels zum Westen im Zuge des Koreakrieges beendet. Bereits 1946 hatte Ben Gurion die Verteidigung gegenüber möglichen Angriffen unabhängiger arabischer Staaten auf den Yishuv als akutes Problem charakterisiert. Ein Jahr später verhängten die VN ein Waffenembargo über Palästina. Das Gros der Verhandlungen über tschechoslowakische Waffenlieferungen an Israel war

²²⁴ Vgl.: Ro'i, Y.: Soviet-Israeli Relations, 1947-1954, S.126.

²²⁵ Vgl.: Golan, G.: Soviet Policies in the Middle East from World War Two to Gorbachev, Cambridge u.a. 1990, S.29-33; Geyer, D.: Die Sowjetunion und Iran. Eine Untersuchung zur Außenpolitik der UdSSR im Nahen Osten, Tübingen 1955; Kuniholm, B.R.: The Origins of the Cold War in the Near East: Great Power Conflict and Diplomacy in Iran, Turkey and Greece, Princeton 1980, insb. S.359-431.

²²⁶ Vgl.: Dagan, A.: Moscow and Jerusalem. Twenty Years of Relations between Israel and the Soviet Union, London u.a. 1970, S.35ff.

²²⁷ Noch im Herbst 1950 hatte Israel gemeinsam mit der UdSSR und gegen amerikanischen Protest für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen gestimmt.

vor der dortigen kommunistischen Machtübernahme geführt worden. Dennoch wurden die Lieferungen auch nach diesem Ereignis fortgesetzt, für die Israel in ausländischer Währung zu bezahlen hatte. Praktisch waren in die Durchführung der Geschäfte einerseits v.a. die tschechoslowakischen Unternehmen Skoda und Zbrojovka und andererseits die Einkaufsabteilung der israelischen Mission in der ČSR involviert. Angesichts der Tatsache, dass die Lieferungen zunächst über Jugoslawien und später Polen erfolgten, ist die Kenntnis der Sowjetunion offensichtlich, nicht allerdings, zu welchem Grad diese Kontakte auf sowjetische, tschechoslowakische bzw. israelische Initiative zurückgingen.²²⁸

Dennoch war das Wesen der israelisch-sowjetischen Beziehungen eher ambivalenter Natur. So verhinderte die Sowjetunion fast nahezu komplett die Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel. Im Vielvölkerstaat Stalins kam Nationalbewusstsein einer Kriegserklärung gegenüber dem etablierten Machtapparat gleich. Die UdSSR duldete Zionismus in Israel, nicht aber innerhalb der eigenen Grenzen. Vor diesem Hintergrund erregte der spontane Empfang der israelischen Gesandten Meyerson durch tausende sowjetische Juden an *Rosh Ha'shanah* 1948 in Moskau nicht nur ungeheures Aufsehen, sondern auch eindeutiges Missfallen auf Seiten der sowjetischen Regierung. Gerade die zunehmende Verfolgung von Juden in der UdSSR, deren Ausschaltung aus öffentlich relevanten Beschäftigungsverhältnissen bis hin zur physischen Liquidierung und schließlich der Ärzteverschwörung belasteten die Beziehungen der UdSSR zu Israel. Gerade vor diesem Hintergrund wirkte die Teilnahme einer israelischen Volleyballmannschaft an den Weltmeisterschaften 1952 in Moskau, in deren Rahmen die israelische Flagge gehisst wurde und die *Ha'tikva* in der sowjetischen Metropole ertönte, wie ein nationales Großereignis für die sowjetischen und mit Israel verbundenen Juden.²²⁹ Von wenigen israelischen Besuchen von Mitgliedern prosowjetischer Parteien Israels wie MAPAM oder den israelischen Kommunisten abgesehen, blieben die bilateralen Kontakte bescheiden.

In ihre ernsthafteste Krise gerieten die bilateralen Beziehungen Anfang 1953, als im Hof der sowjetischen Mission in Israel eine Bombe explodierte. Dieses Ereignis wurde durch die Sowjetunion mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet, die allerdings – möglicherweise durch Stalins Tod beschleunigt – noch während desselben Jahres wieder aufgenommen wurden.

²²⁸ Ausführlich hierzu siehe: Bialer, U.: *Between East and West: Israel's Foreign Policy Orientation 1948-1956*, Cambridge u.a. 1990, S. 173-181.

²²⁹ Vgl.: Ro'i, Y.: *Soviet Decision Making in Practice. The USSR and Israel, 1947-1954*, New Brunswick u.a. 1980, S.347.

Der amerikanische Präsident Harry S. Truman erkannte den neu gegründeten israelischen Staat unmittelbar nach der entsprechenden Proklamation Ben Gurions de facto an.²³⁰ Der amerikanischen Anerkennung Israels waren im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahlen nicht nur Diskussionen mit dem republikanischen Herausforderer Trumans und Gouverneur New Yorks, Thomas Dewey, vorausgegangen, sondern auch Debatten innerhalb der Administration Truman selbst. Gerade die jüdische Wählerschaft, z.B. in New York, war für einen Wahlsieg der Demokraten notwendig. Zudem war es kein Geringerer als der damalige außenpolitische Sprecher und Berater von Dewey, John F. Dulles, der sich von der Israel gegenüber kritischen Haltung des Secretary of State, George C. Marshall, distanzierte.²³¹ Während sich das Weiße Haus, hier insbesondere Berater bzw. Referenten wie David Niles oder Clark M. Clifford für eine schnelle Anerkennung des neuen Staates ausgesprochen hatten, war diese Auffassung mit Blick auf die arabischen Staaten und die amerikanischen Interessen in der Region im State Department, hier z.B. beim Leiter der Abteilung „Near East and African Affairs“ (NEA), Loy Henderson, auf entsprechenden Widerstand gestoßen.²³² Gerade Snetsinger betonte,²³³ dass Trumans Israelpolitik eher kurzfristiger Zweckdienlichkeit, denn längerfristigen nationalen Zielen entsprungen sei. Im Unterschied zum State Department ließ der damalige Generalstabschef und spätere amerikanische Präsident Eisenhower eine differenziertere Sichtweise erkennen, welche die menschliche und moralische Komponente der israelischen Staatsgründung wie auch die geostrategische Lage Israels berücksichtigte, auch wenn er als späterer Präsident davon keinerlei Sonderrechte für Israel ableitete.²³⁴ Nach der Anerkennung Israels wurde der ehemalige Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland im Rahmen des Völkerbundes, James McDonald, nach Israel entsandt. Gerade diese Personalwahl beinhaltete ein hohes Maß an Symbolik, knüpfte sie einerseits an die Politik F.D. Roosevelts an und verdeutlichte andererseits, dass sich auch Truman eines aus dem Holocaust erwachsenen historischen und menschlichen Aspekts der israelischen Staatsgründung bewusst war. Dennoch unterstützten die USA Israel während des ersten israelisch-arabischen Krieges nicht mit Waffen. Weiterhin erklärten die USA gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich im

²³⁰ Vgl.: Ben Gurion an Truman am 7.5.1964, in: BGA, Correspondence Files (Org.= Archiv Zahal).

²³¹ Vgl.: Alteras, I.: Eisenhower and Israel. U.S.-Israeli relations, 1953-1960, Gainesville 1993, S.6f.

²³² Ebd., S.3 sowie Grobe, S.: Amerikas Weg nach Israel. Die Eisenhower-Administration und die amerikanisch-jüdische Lobby 1953-1961, Münster 1995 (=Nordamerikastudien; Bd.5), S.44f.

²³³ Snetsinger, J.: Truman, the Jewish Vote, and the Creation of Israel, Stanford 1974, S.140. Weiterhin: Cohen, M.J.: Truman and Israel, Oxford u.a. 1990, S.199-222.

²³⁴ Die Behauptung Borowys, wonach die USA seit der Geburtsstunde des Staates Israel dessen engster Verbündeter gewesen sei, erscheint gemessen an den historischen Fakten, übertrieben und so absolut keineswegs haltbar. Vgl.: Borowy, I.: Deutsche Israelpolitik: Zwischen Transatlantischer Bindung und EPZ, in: König, M./Schulz, M. (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag, Wiesbaden 2004, S.440.

Mai 1950, im Falle einer Verletzung des bestehenden Waffenstillstands gegen derartige Verhaltensweisen vorzugehen. Gleichzeitig gestanden sie Israel wie den arabischen Staaten eigene Streitkräfte zum Zwecke der Selbstverteidigung zu. Letztlich blieb die Dreimächteerklärung eine vage politische Absichtserklärung, die nicht mit Leben erfüllt wurde. Die amerikanische Unterstützung des jungen Staates bestand v.a. aus finanzieller Hilfe, wobei nicht übersehen werden sollte, dass ein großer Teil dieser Unterstützung aus privaten jüdischen Vermögen stammte, wobei die Juden der USA mit dieser Unterstützung Sympathie und Beistand mit dem jungen Staat Israel und dessen anfänglich nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich schwieriger Probleme signalisierten. Als israelischer Botschafter in den USA fungierte ab Juni 1950 Abba Eban, zuvor Eliahu Elath (Epstein).

Am Ende der Truman-Ära schätzte der Nationale Sicherheitsrat Israel zwar als einen politisch gefestigten und stabilen Staat ein, der im Ernstfall auch über die Möglichkeit verfügte, sich im Falle eines Angriffs durch einen oder mehrere arabische Staaten zu verteidigen, analysierte aber andererseits auch einige ungelöste und keineswegs einfache, sondern ernst zunehmende Probleme. Diese sah der Nationale Sicherheitsrat in den anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Israels, welches von ausländischer Hilfe abhängig sei, den gerade in arabischen Augen strittigen Grenzziehungen, dem Status von Jerusalem oder der Flüchtlingsfrage.²³⁵

Das noch unter Truman 1951 gegründete Psychological Planning Board (PSB) (später Operations Coordinating Board (OCB)), legte dem Nationalen Sicherheitsrat im Februar 1953 eine Studie vor, die als Vorläufer der späteren NSC-Resolution 155 gelten kann und bereits wesentliche Elemente der US-Nahostpolitik der folgenden Jahre enthielt. Darin wurde vorgeschlagen, dass die USA jegliche Expansionsbestrebungen auf israelischer oder arabischer Seite ablehnen sollten, eine Form internationaler Garantie für die bestehenden Waffenstillstandslinien oder faktischen Grenzen gefunden und, v.a. mit Blick auf Wirtschaftshilfe und amtliche öffentliche Erklärungen seitens der USA, der Grundsatz der Unparteilichkeit gewahrt werden sollte.²³⁶

Die Israelpolitik der Administration Eisenhower blieb im wesentlichen von dem Grundsatz der „freundlichen Unparteilichkeit“ bestimmt. Gelegentliche Vorstöße einzelner amerikanischer Politiker, hier z.B. des Republikaners Jacob Javits 1953, der Dulles gegenüber sogar die Errichtung amerikanischer Militärbasen in Israel vorschlug,²³⁷ wurden relativ zügig

²³⁵ Vgl.: Grobe, S.: Amerikas Weg nach Israel, S.41f.

²³⁶ Ebd., S.48ff.

²³⁷ Ebd., S.47.

negativ beschieden und nicht in den Rang ernsthaft erörterter Alternativen amerikanischer Nahostpolitik während dieser Ära erhoben.

1.1.3.3. Israels Stellung in den internationalen Beziehungen

Israel war infolge der Staatsgründung und dem ersten israelisch-arabischen Krieg in der arabischen Welt isoliert. Zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten existierten keine Friedensverträge, sondern lediglich Waffenstillstandsverträge.²³⁸ Dennoch existierten – in Europa kaum wahrgenommen - gerade bis 1956 eine Reihe israelischer Anstrengungen zur Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes und dessen inhärenter Probleme.²³⁹ Im Vergleich hierzu konnte Israel lediglich zu den nicht arabischen Staaten der Region des Nahen und Mittleren Ostens – Türkei und nach anfänglichen Schwierigkeiten Iran – während des Untersuchungszeitraumes gute Beziehungen unterhalten. Der Iran hatte Israel bereits 1949 de facto, 1960 de jure anerkannt. Israel eröffnete in der Folge in Teheran eine eigene Mission, worauf Ägypten seine diplomatischen Beziehungen zum Iran abbrach. Die Türkei hatte Israel, welches dort eine Gesandtschaft unterhielt, bereits 1949 anerkannt.

Israel erkannte China 1950 zwar an, nahm aber keine diplomatischen Beziehungen mit Peking auf, wobei dies vor dem Hintergrund des Koreakrieges und der seit dieser Zeit durch Israel vollzogenen außenpolitisch Hinwendung zum Westen einerseits, wie der Unterstützung Nordkoreas durch China andererseits zu erklären ist. Ein chinesisches Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen Anfang 1955 wurde durch Israel abgelehnt.²⁴⁰ Stattdessen konnte Israel relativ frühzeitig eigene Missionen z.B. in Tokio oder Rangoon errichten.

Indien unterhielt während des Untersuchungszeitraumes keine diplomatischen Beziehungen zu Israel, obgleich es dieses anerkannt hatte. Israel unterhielt ein eigenes Konsulat in Indien. Gerade die negativen Beziehungen zwischen Israel und Ägypten und die nicht vorhandenen diplomatischen Beziehungen zu Indien wirkten sich für Israel im Rahmen der Bewegung sogenannter blockfreier Staaten ab Mitte der fünfziger Jahre, in dessen Rahmen Nasser und Nehru überdurchschnittlichen Einfluss besaßen, nachteilig aus.

Nach der ab Mitte 1950 vor dem Hintergrund des Koreakrieges allmählich vollzogenen Westorientierung Israels, geriet auch West- und Mitteleuropa, insbesondere Frankreich und die Bundesrepublik allmählich in israelisches Visier. Andererseits verweigerten z.B. Spani-

²³⁸ Heute existieren nur zwischen Israel und Ägypten bzw. Jordanien Friedensverträge.

²³⁹ Zu den verschiedenen Ansichten Ben Gurions und Sharets im Zusammenhang des Problems der palästinensischen Flüchtlinge und strittiger bzw. mittlerweile durch Ägypten und Jordanien annektierter Gebiete (Gaza, Westjordanland) siehe den lesenswerten Aufsatz von Pappé, I.: Moshe Sharett, David Ben-Gurion and the „Palestinian Option“, 1948-1956, in: *Studies in Zionism* 7 (1986), S.77-96.

²⁴⁰ Zu den chinesisch-israelischen Beziehungen siehe: Linde, G.: Sowjetische und chinesische Kontakte zu Israel, Köln 1988 (= Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien; 24, 1988).

en,²⁴¹ aber auch der Vatikan²⁴² Israel während des Untersuchungszeitraumes die diplomatische Anerkennung. Im Unterschied auch zur Bundesrepublik setzte sich z.B. Zypern über arabische Erpressungsversuche hinweg und vollzog 1963 mit Israel den Botschafteraustausch.²⁴³

In Afrika südlich der Sahara konnte Israel während des Untersuchungszeitraumes erstaunliche außenpolitische Erfolge, insbesondere infolge israelischer Entwicklungshilfe in der Region, erzielen und damit die drohende außenpolitische Isolation durchbrechen. Israel unterstützte die jungen afrikanischen Staaten nicht mit direkter Finanzhilfe, sondern nach dem entwicklungspolitisch wertvollen Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ mittels Wissens- und Erfahrungsexport auf unterschiedlichsten Gebieten, wie z.B. Landwirtschaft, Medizin, Erziehung, Handel und Finanzen, Haus- und Straßenbau etc.²⁴⁴

Zu den Staaten Lateinamerikas unterhielt Israel während des Untersuchungszeitraumes volle diplomatische Beziehungen. Abgesehen von kurzzeitigen Verstimmungen zwischen Argentinien und Israel im Zusammenhang mit der Entführung Eichmanns, entwickelten sich die Beziehungen mit den dortigen Staaten – mit Ausnahme Kubas – im wesentlichen relativ störungsfrei.²⁴⁵

Im Unterschied zu beiden deutschen Staaten wurde Israel schon relativ frühzeitig nach der Staatsgründung, obgleich nicht im ersten Anlauf, als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen. Ein entsprechendes erstes israelisches Aufnahmeersuchen vom 16. Mai 1948 wurde wegen der Kampfhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten nicht behandelt. Über einen zweiten Beitrittsantrag vom 29. November 1948 wurde am 17. Dezember im Sicherheitsrat abgestimmt. Die Aufnahme Israels wurde hier bei fünf Ja-Stimmen (die USA, die USSR, die Ukrainische SSR, Argentinien und Kolumbien), einer Nein-Stimme (Syrien) und fünf Enthaltungen (Frankreich, Großbritannien, Kanada, Belgien und China) abgelehnt. Großbritannien lehnte eine Aufnahme Israels in die UNO mit Blick auf die eigenen Interessen in den arabischen Staaten, die eher von vergangenen Zeiten kolonialer Herrschaft und entsprechenden Zukunftsvisionen, denn nüchternem Realitätssinn geprägt waren, ab, enthielt

²⁴¹ Zu Spanien siehe Dippmann, K.J.: Die Außenpolitik des Staates Israel, S.551f.; Wolffsohn, M.: Die Spanienpolitik Israels: 1948-1963, in: Orient 31 (1990), S.415-429; Dankwardt, H.-L.: Israel als Störfaktor oder Instrument der spanisch-arabischen Beziehungen 1948 bis 1967, München 2001 (=Diss. Univ. d. Bundeswehr, München 1993), S.182-222.

²⁴² Der Vatikan nahm erst 1993 als letzter europäischer Staat diplomatische Beziehungen zu Israel auf. Zur Politik des Vatikans unter den Päpsten Pius XII. und Johannes XXIII. siehe: Koltermann, U.: Päpste und Palästina: die Nahostpolitik des Vatikans von 1947 bis 1997, Münster 2001 (=Jerusalem Theologisches Forum; Bd.2), insb. S.67-105.

²⁴³ Vgl.: Dippmann, K.J.: Die Außenpolitik des Staates Israel, S.551.

²⁴⁴ Israel gab für diese Art der Entwicklungshilfe 1961 3,12 Millionen Dollar und 1963 bereits 5,62 Millionen Dollar aus. Vgl.: Dippmann, K.J.: Die Außenpolitik des Staates Israel, S.536-540 sowie S.543-550.

²⁴⁵ Ebd., S.540ff.

sich im Rahmen der Abstimmung aber immerhin der Stimme. Erst dem dritten Aufnahmeantrag Israels vom 24. Februar 1949 sollte infolge der Abstimmung in der Generalversammlung am 11. Mai 1949 der erhoffte Erfolg beschieden sein. Mittlerweile hatte sich die erste Knesset konstituiert, waren ein Teil der Waffenstillstandverträge bereits in Kraft oder in Aussicht. Von den 58 vertretenen Nationen stimmten 37²⁴⁶ bei 12 Gegenstimmen²⁴⁷ und 9 Enthaltungen (darunter erneut Großbritannien als ehemalige Mandatsmacht, Türkei und Griechenland) für die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen.²⁴⁸

1.1.3.4. Außenpolitischer Entscheidungsprozess und Entscheidungsträger

Israel ist eine parlamentarische Demokratie,²⁴⁹ das Amt des Staatspräsidenten²⁵⁰ das höchste politische Amt, die Knesset das israelische Parlament, in der jede Partei, die während des Untersuchungszeitraumes mindestens 1% der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, vertreten war.²⁵¹ Debatten in der Knesset und die öffentliche Diskussion als solche sind in Israel durch eine beträchtliche Vitalität und teilweise auch sehr kontroverse Meinungsvielfalt gekennzeichnet. Im Unterschied zu manch europäischem Parlament lässt sich die Parteienpluralität in der Knesset kaum in das Schema rechts-links pressen. Stattdessen erscheint eine programmatische Unterscheidung nach den Kriterien von Nationalität, dem Grad der Religiosität, dem sozioökonomischen Programm und einer entsprechenden Weltanschauung (Sozialismus vs. Kapitalismus) sowie hinsichtlich der außen- und sicherheitspolitischen Orientierung eher den Verhältnissen in Israel angemessen.²⁵² Regierungskoalitionen von im Schnitt drei Parteien sind keine Seltenheit, sondern eher das Selbstverständnis. Für den Untersuchungszeitraum und das Thema waren im wesentlichen folgende Parteien bedeutsam: *MAPAI* (Mifleget Poale Eretz Israel), *Allgemeine Zionisten* (später Liberale Partei), *MAPAM* (Mifleget Ha'poalim Ha'meuchedet), *Cherut*, *Achdut Ha'avoda*, *MAKI* (Miflaga Komunistit Yisraelit), *Nationalreligiöse*.

Mit Blick auf die Beziehungen zu Deutschland wurde die Frage der Wiedergutmachung bzw. Shilumim (1952/53) oder die Frage der israelischen Waffenlieferungen an die Bundes-

²⁴⁶ U.a. USA, USSR, China, Ukraine, Frankreich, ČSR, Jugoslawien, Kanada.

²⁴⁷ U.a. Ägypten, Indien, Iran, Irak, Jemen, Libanon und Pakistan.

²⁴⁸ Hierzu vgl.: Dippmann, K.J.: Die Außenpolitik des Staates Israel, S.69-72.

²⁴⁹ Israel besitzt keine eigentliche Verfassung, sondern sogenannte Basic Laws – für den Untersuchungszeitraum hier z.B. das Gesetz über die Knesset (1958). Die Regelung von Personenstandsfragen obliegt den jeweiligen in Israel vertretenen Religionsgemeinschaften.

²⁵⁰ Das Amt des Staatspräsidenten in Israel ist hinsichtlich seiner Kompetenzen dem Amtes des Bundespräsidenten vergleichbar. Während des Untersuchungszeitraumes fungierten von 1949-1952 Chaim Weizmann und nach dessen Tod Yitzhak Ben Zvi (1952-1963) als israelischer Staatspräsident.

²⁵¹ Grundlegend zum politischen System Israels siehe: Diskin, A.: Das politische System Israels: eine räumlich-zeitliche Untersuchung, 1949-1973, Köln 1980; Wolffsohn, M./ Bokovoy, D.: Israel, S.53-194.

²⁵² Vgl.: Diskin, A.: Das politische System Israels, S.8f. und 63f.

republik Deutschland in der Knesset, in deren Komitee für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitsfragen²⁵³ oder im Kabinett teilweise sehr stürmisch und kontrovers debattiert. Im Komitee für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitsfragen²⁵⁴ waren herausragende Sachverständige aus Regierungs- und Oppositionsparteien vertreten, die nicht zeitgleich ein Ministeramt begleiten durften. Die Mitglieder dieses Komitees waren und sind der Geheimhaltung verpflichtet, die im Unterschied etwa zum Kabinett oder anderen Ausschüssen der Knesset auch als gesichert erscheint. Dennoch sollte man, wie auch in anderen Demokratien hinsichtlich außen- und sicherheitspolitischer Fragen, den Einfluss der Knesset bzw. des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitsfragen,²⁵⁵ aber eben auch des Kabinetts selber, auf den eigentlichen Entscheidungsprozess, nicht überbewerten.²⁵⁶ Dennoch wurden in diesen Gremien die Deutschlandpolitik Israels betreffende Fragen mehrfach ausführlich und durchaus kontrovers diskutiert und führten z.B. wegen der Waffengeschäfte mit Deutschland zum Rücktritt der 7. (31.12.1957) und 8. (5.7.1959) israelischen Regierung.²⁵⁷

Der Einfluss von David Ben Gurion²⁵⁸ auf außen- und sicherheitspolitische Fragen blieb während des gesamten Untersuchungszeitraumes überragend. Dieser fungierte bis Ende 1953 und ab November 1955 bis 1963 als israelischer Premierminister sowie bis Ende 1953 und ab Februar 1955 in Personalunion auch als Verteidigungsminister Israels. Der nur kurze Zeit als Verteidigungsminister wirkende Pinhas Lavon besaß in dieser Funktion keinen nennenswerten Einfluss auf die deutsch-israelischen Beziehungen. Ben Gurions persönlicher Einfluss auf und Interesse an den Beziehungen zur Bundesrepublik stieg ab Mitte der fünfziger Jahre, insbesondere nach der Suezkrise, signifikant und hielt bis zum Ende seiner Amtszeit 1963 an.²⁵⁹ Vom 7. Dezember 1953 bis 21. November 1955 wurde das Amt des Premierministers durch Moshe Sharett²⁶⁰ (*Shertok*) begleitet.

Der Einfluss des Premierministers bzw. Verteidigungsministers Ben Gurion spiegelte sich auch institutionell wieder. Das Büro des Premierministers und enge Mitarbeiter Ben Gurions

²⁵³ Hierzu vgl.: Brecher, M.: *The Foreign Policy System of Israel. Setting, Images, Process*, London u.a. 1972, S.128-133.

²⁵⁴ Diesem saßen bis 1965 in chronologischer Reihenfolge folgende Personen vor: Zalman Aranne; Meir Argov, Herzl Berger.

²⁵⁵ Zur unterschiedlichen Bewertung des Einflusses dieses Komitees durch z.B. Navon und Peres siehe Brecher, M.: *The Foreign Policy System of Israel*, S.132.

²⁵⁶ So charakterisiert z.B. Ben Meir den Entscheidungsfindungsprozess in Israel während der Ära Ben Gurion als hochgradig informell. Vgl.: Ben Meir, Y.: *National Security Decisionmaking: The Israeli Case*, Boulder 1986 (=JCSS Study Nr.8), S.102. Grundlegend zu grundlegenden Annahmen in der israelischen Außen- und Sicherheitspolitik während der Ära Ben Gurion siehe: Heller, M.A.: *Continuity and Change in Israeli Security Policy*, Oxford 2000 (=IISS, Adelphi Paper 335), S.9-15.

²⁵⁷ Hierzu Brecher, M.: *The Foreign Policy System of Israel*, S.415-426.

²⁵⁸ Vgl.: Bar-Zohar, M.: *David Ben Gurion. Der Gründer des Staates Israel*, Bergisch Gladbach 1992.

²⁵⁹ Dieser Eindruck wird auch bei der Durchsicht seines Tagebuches bestätigt.

²⁶⁰ Vgl.: Sheffer, G.: *Moshe Sharett. Biography of a Political Moderate*, Oxford 1996.

waren selbstverständlich in die Beziehungen zu Deutschland involviert, so z.B. neben Teddy Kollek²⁶¹ auch, v.a. im Zusammenhang des Treffens zwischen Adenauer und Ben Gurion 1960 dessen politischer Sekretär und spätere israelische Staatspräsident Yitzhak Navon.

Im Zusammenhang der militärischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik sind der ab 1952 als stellvertretender und ab 1953 bis 1959 als Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministerium wirkende, sowie von 1959-1965 stellvertretende Verteidigungsminister, Shimon Peres, weiterhin der spätere erste Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Asher Ben Natan²⁶² von entscheidendem Einfluss. Die militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel im Rahmen der sogenannten Aktion „Frank/Kol“ wurde durch den der Israel-Mission in Köln zugehörigen Oberst Asher Arbel von Deutschland aus unterstützt.

Sharett fungierte als erster israelischer Außenminister und bedeutendste politische Persönlichkeit der Regierung neben Ben Gurion bis Juni 1956. Während Sharetts Stärke in einem schlichtenden, integrierenden Politikstil, immer mit sicherlich wichtigem Blick auf internationale Reaktion innenpolitischer Entwicklungen und des Nahostkonfliktes lag, besaß er andererseits aber sicherlich nicht die persönliche Führungsstärke und Entscheidungsfreudigkeit eines David Ben Gurion. Im Amt des Außenministers folgte Sharett die Deutschland gegenüber eher kritische Golda Meir (*Meyerson*). Gerade die Frühphase der bilateralen Beziehungen zwischen Israel und beiden deutschen Staaten wurde wie auch spätere Entwicklungen durch das israelische Außenministerium mitbestimmt. Der Einfluss Sharetts in der Frühphase, insbesondere hinsichtlich deutscher Wiedergutmachungsleistungen²⁶³ (wie in späteren Jahren auch der qualitativ andere Einfluss von Peres) auf die Deutschlandpolitik Ben Gurions war wesentlich gewichtiger gewesen, als der Golda Meirs. Golda Meir, einst die politische Weggefährtin Ben Gurions und mehr als loyale Unterstützerin seiner Politik, geriet ab Mitte der fünfziger Jahre (ähnlich wie Moshe Sharett, Pinhas Lavon oder Pinhas Sapir) in immer stärkere Gegnerschaft zum „Alten“, die keinesfalls nur ihre Ursache in einem Generationenkonflikt innerhalb der MAPAI hatte. 1959 übernahm Meir nur zögerlich erneut das Ressort der Außenministerin. Hintergrund war nicht zuletzt ihre Rivalität zu Shimon Peres. Die Frankreichpolitik – zu einer Zeit als Frankreich das israelische Nuklearprojekt unterstützte - wurde de facto ihrer Zuständigkeit entzogen, zu den Verhandlungen mit der Bundesrepublik wurde die

²⁶¹ Der spätere Bürgermeister von Jerusalem war zunächst bis Mai 1952 als Gesandter an der israelischen Botschaft in Washington tätig gewesen.

²⁶² Asher Ben Natan fungierte u.a. als Leiter der Einkaufsdelegation des israelischen Verteidigungsministeriums in Frankreich und wirkte ab 1959 als amtierender bzw. ab 1960 bis 1965 als Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums und wurde im Anschluss zum ersten israelischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland berufen.

²⁶³ Vgl.: Sheffer, G.: Moshe Sharett, insb. S.615-619, S.624ff., S.629, S.637ff.

Außenministerin nicht hinzugezogen. Hinsichtlich Großbritannien und Italien betreffender Belange geriet sie des öfteren mit Sonderbevollmächtigten des Verteidigungsministeriums in Konflikt und die Richtlinien der USA-Politik behielt sich Ben Gurion persönlich vor.²⁶⁴

In einer erstaunlichen Schnelligkeit gelang es Israel nach der Staatsgründung einen funktionstüchtigen auswärtigen Dienst zu errichten, welcher relativ früh auf teilweise sehr gut ausgebildetes Personal zurückgreifen konnte.²⁶⁵ Dieser Umstand ist letzten Endes auch der Tatsache zu verdanken, dass Begabung und Leistung höherwertige Kriterien darstellten, als Zugehörigkeit zu traditionellen diplomatischen Kreisen. Im Unterschied zu deutschen Ministerien obliegt die eigentliche, dem Minister nachgeordnete technische Führung der Amtsgeschäfte nicht einem Staatssekretär, sondern dem Generaldirektor eines Ministeriums. Die Gliederung des israelischen Außenministeriums folgte sowohl dem Territorialprinzip (sieben Abteilungen²⁶⁶) als auch funktionalen Kriterien (weitere sechs Abteilungen²⁶⁷). In Anbetracht des sehr begrenzten Budgets des jungen Israels, waren zunächst keine Auslandsvertretungen im Range einer Botschaft und die Entsendung israelischer Diplomaten im Rang eines Botschafters vorgesehen – ein Vorhaben, welches aber relativ bald an den Realitäten scheiterte.²⁶⁸

Innerhalb des israelischen Außenministeriums waren für beide deutsche Staaten betreffende Fragen v.a. der Generaldirektor (Walter Eytan bzw. später Chaim Yachil,²⁶⁹ ehem. *Hoffman*), der Leiter der Westeuropaabteilung (z.B. Gershon Avner) bzw. dessen Stellvertreter (hier v.a. Yechiel Ilsar), der Leiter der Osteuropaabteilung, (z.B. Eljashiv, Levavi oder Benzur), der Rechtsberater des Ministeriums, Shabtai Rosenne, sowie die israelischen Gesandten und Botschafter in Washington (im Zusammenhang der Frage der diplomatischen Beziehungen 1965, Harman), London, Paris (Maurice Fischer, später als Gesandter in Ankara), Moskau, Prag und selbstverständlich am israelischen Konsulat in München (zunächst Chaim Yachil alias Hoffman und ab März 1949 Eliahu K. Livneh, ehem. *Liebstein*) mit Außenstelle in Berlin und ab 1953 insbesondere an der Israel-Mission in Köln (Felix E. Shinnar) von Bedeutung.

Im Zusammenhang der jüdische Displaced Persons (DP's) betreffenden Fragen unterhielt die Jewish Agency of Palestine nach dem Krieg einige Büros in Deutschland mit Hauptsitz in

²⁶⁴ Vgl.: Bar-Zohar, M.: David Ben Gurion, S.525f.; Brecher, M.: Israels außenpolitisches System. Die ersten zwanzig Jahre, in: APuZG B 32/71, S.10f.

²⁶⁵ Vgl.: Dippmann, K.J.: Die Außenpolitik des Staates Israel, S.576ff.

²⁶⁶ Diese Abteilungen waren: Mittlerer Osten, Westeuropa, Osteuropa, Nordamerika (bzw. USA), Lateinamerika, Commonwealth sowie Asien und Afrika. Vgl.: Eytan, W.: The First Ten Years, London 1958, S.192.

²⁶⁷ Vereinte Nationen, Konsular-, Wirtschafts-, Rechts- und Informationsabteilung sowie Ausbildung und Forschung. Ebd., S.192f.

²⁶⁸ Ebd., S.193f.

²⁶⁹ Chaim Yachil war der erste Leiter des israelischen Konsulats in München und im Anschluss stellvertretender Leiter der Israel-Mission in Köln.

München. Dieses Büro wurde ab Ende 1945 durch Hoffman (Yachil), den späteren Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, geleitet. Nach der israelischen Staatsgründung stellte sich die Frage nach der weiteren Tätigkeit und dem Aufgabenbereich der Jewish Agency bzw. offizieller israelischer Repräsentanten in Deutschland. Deswegen schlug Hoffman dem damaligen israelischen Außenminister Shertok (Sharett) vor, ein israelisches Konsulat zu errichten. Dieser Vorschlag wurde durch das israelische Außenministerium befürwortet und dem israelischen Konsulat ein Aufgabenbereich zugewiesen, in dessen Rahmen u.a. die Belange israelischer Staatsbürger, Visumsangelegenheiten oder die Frage jüdischer Rückerstattung behandelt werden sollten. Ursprünglich hatte man die Eröffnung zweier sogenannter „passport control offices“ in Deutschland mit Sitz in Frankfurt und Hamburg vorgesehen, die letztlich als Konsulat in München bzw. Berlin eröffnet wurden.²⁷⁰ Das israelische Konsulat in München wurde 1948 beim Office of Military Government, US Army (OMGUS) akkreditiert und in der Folge auch in der britischen und französischen Besatzungszone sowie in Westberlin anerkannt.²⁷¹ Prinzipiell wurden den Mitarbeitern des Konsulats jegliche Kontakte zu deutschen Behörden oder deren Repräsentanten untersagt – ein Grundsatz der in den folgenden Jahren²⁷² zunächst inoffiziell allein wegen der Realitäten und Herausforderungen der aktuellen politischen Entwicklungen aufgeweicht werden musste. Infolge der Gründung der Bundesrepublik wurde das Konsulat bei der Alliierten Hohen Kommission akkreditiert. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, das Petersberger Abkommen und die Revision des Besatzungsstatuts warfen die Frage nach dem Fortbestehen des Konsulats auf, denn das israelische Außenministerium hatte einerseits bereits 1949 eine Akkreditierung bei deutschen Behörden, die eine faktische Anerkennung des deutschen Staates impliziert hätte, zu diesem Zeitpunkt noch für ausgeschlossen gehalten.²⁷³ Andererseits trat die AHK wiederholt an ausländische Staaten, so auch an Israel, mit dem Vorschlag heran, ihre konsularischen Beziehungen zu normalisieren bzw. wenig später diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik zu etablieren. Obgleich letzterer Punkt im Falle Israels in Anbetracht der deutsch-jüdischen Vergangenheit unrealistisch war, stellte sich auch aus Sicht der AHK nicht nur nach dem Petersberger Abkommen, erst recht nach der Revision des Besatzungsstatuts und dringender, im Kontext der Unterzeichnung des Generalvertrages im Frühjahr 1952, die Frage nach dem Sta-

²⁷⁰ Vgl.: Eytan, W.: *The First Ten Years*, S.195.

²⁷¹ Vgl.: Jelinek, Y.A.: *Like an Oasis in the Desert: the Israel Consulate in Munich, 1948-1953*, in: *Studies in Zionism* 9 (1988), S.81ff.

²⁷² Hierzu: Jelinek, Y.A./ Wolffsohn, M.: *Berührungängste und Rollenwechsel. Eine Miscelle zu den ersten deutsch-israelischen Diplomatenkontakten, 1952-1955*, in: *Orient* 29, S.282-293.

²⁷³ In einem Briefentwurf von Livneh an den Chef des Protokolls der AHK, Schott, hieß es im November 1950 (ISA/2519/4-37) z.B. „As I have stated in my letter dated 20th July, 1949, my Government, according to its accepted policy, has no intention to establish relations with the Federal Republic of Germany because of its well-known historic events of the near past.“

tus des israelischen Konsulats. Doch dank der nunmehr grundlegend veränderten Rahmenbedingungen der Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik, die mittlerweile immerhin gemeinsame offizielle Gespräche führten, wurde die Frage nach dem Status des israelischen Konsulats grundlegend verändert, nach Abschluss des Luxemburger Abkommens und der Eröffnung der Israel-Mission in Köln obsolet, da das Münchner Konsulat 1953 geschlossen wurde.²⁷⁴

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Luxemburger Abkommens und der sich aus diesem entwickelnden und über dieses hinausgehende Handels- bzw. Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten fiel dem israelischen Finanzministeriums eine wichtige Rolle zu. Dabei spielten diesbezüglich Finanzminister Eliezer Kaplan (bis Juni 1952), im Kontext des Luxemburger Abkommens, der Generaldirektor David Horowitz sowie später Finanzminister Levi Eshkol, der Ben Gurion 1963 im Amt des Premierministers folgte, eine wichtige Rolle.

1.2. Die Anfänge deutscher Israelpolitik bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens

1.2.1. Bundesrepublik und Israel: Der schwierige Weg von den ersten Kontakten bis zum Vorabend der Konferenz in Wassenaar

1.2.1.1. Historische Vorläufer der israelischen Wiedergutmachungsansprüche gegenüber beiden deutschen Staaten

In Erwartung eines schnellen Endes des 1939 begonnenen Krieges lassen sich Memoranden, die jüdische Entschädigungsforderungen zum Gegenstand hatten, bereits ab 1939 nachweisen.²⁷⁵ Dabei variierten die für die Entschädigung verwendeten Begriffe - Reparationen und Wiedergutmachung eingeschlossen - bis Anfang der fünfziger Jahre. Insofern bildet der insbesondere durch die Bundesrepublik später verwendete Begriff der Wiedergutmachung keine bundesdeutsche Eigenerfindung, sondern basierte auf entsprechenden Vorbildern, obgleich niemand 1939 das noch bevorstehende Ausmaß jüdischen Leidens vorwegnehmen konnte. Israel verwendete später die hebräischen Ausdrücke „*shilumim*“ (*shilum*, hebr.: Ent-

²⁷⁴ Ausführlich zur Geschichte des Konsulats siehe: Jelinek, Y.A.: Like an Oasis in the Desert, S.81-98; Trimbur, D.: De la Shoah à la réconciliation? La question des relations RFA- Israël (1949-1956), Paris 2000, insb. S.21-30 und 48-84.

²⁷⁵ Hier sei z.B. auf das Memorandum von Adler-Rudel vom Oktober 1939 verwiesen. Vgl.: Sagi, N.: Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen, Stuttgart 1981, S.21. Weiterhin z.B. die Aufzeichnung von Max Münz über Jüdische Reparationsforderungen vom November 1939, in: CZA/S35/16.

gelt, Bezahlung)²⁷⁶ für kollektive Zahlungen und „*pitzujim*“ (*pitzuj*, hebr. Entschädigung) im Zusammenhang mit Fragen der Individualentschädigung. Spätestens ab Anfang der fünfziger Jahre wurde deutlich, dass die englische Übersetzung des Wortes *shilumim* mit Reparationen nicht befriedigen konnte, waren beide Wörter inhaltlich nicht deckungsgleich. Gleiches gilt für die Begriffspaare *shilumim* im hebräischen und Wiedergutmachung im deutschen Sprachgebrauch. Ging es bei dem hebräischen Ausdruck darum, den Mördern von mehreren Millionen Juden, nicht quasi als Belohnung auch noch deren Besitz zu überlassen, implizierte der deutsche und genau genommen inhaltlich ungenügende Begriff den Willen, etwas „wieder gut zu machen“. Nur konnten Verbrechen im Kontext des Holocaust nicht wirklich wieder gut gemacht werden. Was nach dem Holocaust zählte, war das Verhalten im Jetzt und in der Zukunft.

Bereits 1940 gründete das American Jewish Committee ein Research Institute on Peace and Post-War Problems, das von Morris R. Cohen geleitet wurde.²⁷⁷ Ein Jahr später riefen der seit 1936 existente Jüdische Weltkongress²⁷⁸ und der American Jewish Congress, der sich allerdings nur vorübergehend an dem Unternehmen beteiligte, das *Institute of Jewish Affairs* ins Leben. Geleitet wurde diese Institution zunächst durch Jacob Robinson und ab 1948 von dessen Bruder Nehemia Robinson, wobei insbesondere letzterer auch in späteren Jahren eine wesentliche Rolle im Kontext jüdischer Entschädigungsforderungen spielte.²⁷⁹ Dessen Buch mit dem Titel „Indemnification and Reparations“, welches das *Institute of Jewish Affairs* 1944 publiziert hatte, beeinflusste 1951 die israelische Regierung in ihrer ersten Note an die Vier Siegermächte zum Zwecke deutscher Wiedergutmachungsleistungen.²⁸⁰ Öffentlich zur Diskussion gestellt wurde das Thema der Wiedergutmachung von Juden im Rahmen des Konferenz des Jüdischen Weltkongress im November 1941 in Baltimore, Maryland. Innerhalb der Jewish Agency for Palestine (J.A.) verfasste der Leiter des *Department for Recovery of Property of German Jews*, Georg Landauer, im November 1943 ein internes Memorandum über

²⁷⁶ Der hebräische Ausdruck *shilum* (Entgelt, Bezahlung) ist von seiner Wurzel her dem Wort *shilém* (hebr. Vergeltung) verwandt, allerdings nicht deckungsgleich. Jelinek ist zuzustimmen, dass *shilumim* – übrigens genauso wie Wiedergutmachung - keine Vergebung bedeutet, beinhaltet oder automatisch nach sich zieht. Vgl.: Jelinek, Y.A. Die Krise der Shilumim/Wiedergutmachungsverhandlungen im Sommer 1952, in: VfZ 38 (1990), S.114.

²⁷⁷ Vgl.: Goschler, C.: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945-1954), München 1992 (=Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd.34), S.39.

²⁷⁸ Erster Präsident des in Genf gegründeten Jüdischen Weltkongress war Stephen Wise bis zu seinem Tod 1949. Im folgte der Mitbegründer der Organisation, Nahum Goldmann.

²⁷⁹ Vgl.: Shafir, S.: Der Jüdische Weltkongress und sein Verhältnis zu Nachkriegsdeutschland (1945-1967), in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 3 (1992), S.211f. So z.B. auch dessen Memorandum mit dem Titel „Material Jewish Claims against Germany“ vom 15.11.1951 unter Bezug auf Adenauers Rede vom 27.9.1951 vor dem Deutschen Bundestag, in: CZA/C10/356.

²⁸⁰ Vgl.: State of Israel (Hg.): Documents relating to the Agreement between the Government of Israel and the Government of the Federal Republic of Germany, Hakirya 1953, Dok.5, S.20.

jüdische Nachkriegsforderungen.²⁸¹ Neben Nehemiah Robinson und Landauer kann Siegfried Moses als einer der sachkundigsten Verfechter jüdischer Entschädigungsforderungen angesehen werden. Moses²⁸² amtierte als Vorsitzender der Irgun Olej Merkaz Europa (IOME). In seiner 1944 unter dem Titel „Die Jüdischen Nachkriegs-Forderungen“²⁸³ veröffentlichten Schrift sprach er sich für einen jüdischen Kollektivanspruch, vertreten durch eine jüdische Dachorganisation gegenüber Deutschland, der dessen Leistungsfähigkeit in Form von Warenlieferungen oder Dienstleistungen nicht übersteigen sollte, aus. Moses Thesen wurden im Rahmen einer durch ihn geleiteten Kommission für Entschädigungsfragen während der War Emergency Conference des Jüdischen Weltkongress im November 1944 in Atlantic City ausführlich diskutiert. Allerdings zeichnete sich bereits hier ab, dass man sich keineswegs leicht auf eine Gesamtrepräsentanz des Judentums einigen konnte.²⁸⁴

Weder im Rahmen der Konferenz von Jalta noch im Kontext der Potsdamer Konferenz standen die jüdischen Wiedergutmachungsansprüche zur Debatte.²⁸⁵ Die erste herausragende Initiative im Zusammenhang jüdischer Entschädigungsansprüche infolge des Zweiten Weltkrieges stellt der Brief des Präsidenten der Jewish Agency und späteren ersten Staatspräsidenten von Israel, Chaim Weizmann, vom 20. September 1945 an die Regierungen der Vier Mächte dar.²⁸⁶ Unter Verweis darauf, dass die erste Kriegserklärung des nationalsozialistischen Deutschlands gegen Juden gerichtet gewesen sei und letztlich das Ziel deren physischer Vernichtung beinhaltete, forderte er für das jüdische Volk die Zahlung von Reparationen durch Deutschland. Problematisch an der Verwendung des Begriffs Reparationen, so auch in den späteren Noten der israelischen Regierung war, dass mit diesem ein völkerrechtliches Novum, wie Moses 1944 bereits zurecht festgestellt hatte, verbunden war. Nach bisher gültiger Regelung konnte lediglich ein Staat von einem besiegten Aggressorstaat, Reparationen fordern. Im vorliegenden Fall aber stellte nunmehr ein Volk, welches zur Zeit der Tat, nämlich während des Nationalsozialismus über keinen Staat verfügte, vielmehr eine Minderheit innerhalb Deutschlands bzw. des während des Nationalsozialismus unter deutscher Herrschaft stehender Territoriums diese Forderung. Juristisch streng genommen hatte die jüdische Gemeinschaft bzw. später Israel nach gültigem Völkerrecht und dessen Rechtspraxis keinen An-

²⁸¹ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.50.

²⁸² Zudem war Moses der ehemalige Präsident der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, späterer stellvertretender Vizepräsident der CC und israelischer State Comptroller. Vgl.: Goschler, C.: Wiedergutmachung, S.42.

²⁸³ Moses, S.: Die Jüdischen Nachkriegsforderungen (Tel Aviv 1944): mit Einleitung von Paul Kirchhof und Rachel Heuberger hg. von Wolf-Dieter Barz, Münster 1998 (=IUS VIVENS Abteilung A: Quellentexte zur Rechtsgeschichte; 4).

²⁸⁴ Gleichzeitig erregte laut Moses der Beschluss, dass für den Jüdischen Weltkongress ein Jahresbudget von 10 Mio. Dollar festgesetzt wurde, gewissen Anstoß. Vgl.: Brief von Siegfried Moses an Alija Chadasha und Irgun Olej Merkaz Europa, Tel Aviv am 18.12.1944, in: CZA/J118/128.

²⁸⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.51.

²⁸⁶ Vgl.: State of Israel (Hg.): Documents relating to the Agreement, Dok.1, S.9-12.

spruch auf Reparationen. Andererseits wog das am jüdischen Volk begangene Unrecht moralisch und menschlich derartig schwer, dass genau dieses Argument eine mehr als plausible Rechtfertigung der jüdischen Forderung darstellte. Dennoch sollte dem Ersuchen Weizmanns kein Erfolg beschieden sein. Auch die Alliierten, welche das Ausmaß der Verbrechen ebenso wie das Leid der Betroffenen kannten, konnten erst allmählich von der Notwendigkeit überzeugt werden, auf die jüdischen Forderungen zu reagieren. Zudem zeichnete sich zwischen den Alliierten bereits Ende des Krieges eine sehr unterschiedliche Haltung gegenüber zukünftiger Reparationsforderungen an Deutschland ab.

Im Rahmen der Pariser Reparationskonferenz, welche vom 9. November bis 21. Dezember 1945 in Paris stattfand, war die Einrichtung eines internationalen Entschädigungsfonds für „Nichtrepatriierbare“ beschlossen worden. Die davon Betroffenen wurden als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung definiert, „die der Rehabilitierung bedurften und von den Regierungen, die Reparationen von Deutschland erhielten, keine Unterstützung erwarten konnten“²⁸⁷. Geldquellen eines solchen Entschädigungsfonds (Art.8) sollten das nichtmonetäre Vermögen, dass die Alliierten in Deutschland finden würden, weiterhin 25 Mio. Dollar aus deutschen Vermögen in neutralen Ländern sowie 25 Mio. Dollar aus Vermögen in neutralen Ländern, das Opfern der NS-Verfolgung gehörte, finanziert werden. In dem auf der Basis des Artikel 8 am 14. Juni 1946 abgeschlossene Fünfmächteabkommen wurde Juden erstmals das Recht auf kollektive Entschädigung zugesprochen.²⁸⁸ Ein Großteil, nämlich neunzig Prozent der Leistungen, die letztlich nur einen „Tropfen auf den heißen Stein“ darstellten, wurde für jüdische Betroffene verwendet. Im Unterschied zur Pariser Konferenz im Dezember konnten jüdische Organisationen im Zusammenhang mit dem Fünfmächteabkommen die explizite Anerkennung der jüdischen Ansprüche erwirken.

In den ersten Nachkriegsjahren bot sich dem Betrachter ein ganzes Konglomerat jüdischer Akteure, die das gemeinsame Ziel verfolgten, die jüdischen Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland durchzusetzen. Symptomatisch für die jüdischen Forderungen in dieser Zeit waren die Unstimmigkeiten und Interessenskämpfe einzelner jüdischer Organisationen untereinander und nach Gründung des Staates Israel auch Differenzen zwischen diesem und jüdischen Organisationen. Einig war man sich zunächst nur im Ziel, von Deutschland Wiedergutmachung zu fordern. Zunächst unkoordiniert, ja uneinig blieb aber das wie des jüdischen bzw. israelischen Vorgehen gegenüber Deutschland bzw. den Alliierten. Noch im April 1950 infolge eines kurz zuvor erfolgten Treffens zwischen Nahum Goldmann und dem ame-

²⁸⁷ Sagi, N.: Wiedergutmachung, S.39.

²⁸⁸ Vgl.: Goshler, C.: Wiedergutmachung, S.63-69; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.52f. Das Fünfmächteabkommen wurde durch die USA, Großbritannien, Frankreich, die ČSR sowie Jugoslawien unterzeichnet.

rikanischen Hochkommissar McCloy betonte ersterer eifersüchtig, dass alle Verhandlungen mit amerikanischen Behörden sowohl in Deutschland, als auch in den USA alleinig in den Zuständigkeitsbereich der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO),²⁸⁹ in deren Rahmen Goldmann fungierte, falle. Demgegenüber unterstellte er der israelischen Regierung, dass diese niemals die Absicht erkennen lassen habe, mit den amerikanischen Behörden in Deutschland zu verhandeln.²⁹⁰ Zweifellos existierten auch gewisse kontroverse Ansichten zwischen Mitarbeitern der Jewish Agency in Deutschland und der israelischen Regierung. Während sich z.B. Max Kreutzberger von der J.A. in München bereits im Sommer 1950 von der Notwendigkeit überzeugt zeigte, in der Frage der jüdischen Ansprüche mit Adenauer selbst, aber auch mit den Vorsitzenden der großen Parteien und herausragenden Persönlichkeiten, so u.a. auch mit dem Adenauer Vertrauten Pferdenges zu verhandeln, lehnte die israelische Regierung derartige Kontakte zunächst ab.²⁹¹ Auch die unterschiedlichen in ihren Memoranden dargelegten Standpunkte des ersten Generalsekretärs des Zentralrats der Juden, Hendrik van Dam,²⁹² und des Sekretärs der britischen Vertretung des Jüdischen Weltkongresses, Alexander Easterman, beide im Juli 1950 erstellt, verdeutlichen die beschriebenen Kontroversen. Im Unterschied zu Easterman, der die jüdischen Organisationen als voraussichtlichen Empfänger deutscher Wiedergutmachungsleistungen beschrieb, wurde diese Rolle in van Dams Memorandum der israelischen Regierung zugesprochen.²⁹³

Israel, aber auch die jüdischen Organisationen, liefen in dem Moment, als der Weg Deutschlands zurück in die internationale Gemeinschaft immer wahrscheinlicher wurde, als erste Zeichen einer Aufwertung der Bundesrepublik und deren Ausstattung mit ersten souveränen Rechten in greifbarer Nähe standen, Gefahr, mit einer unkoordinierten Vorgehensweise jegliche Chancen auf die Realisierung deutscher Entschädigungszahlungen zu verwirken. Obgleich dieser Punkt den deutschen Behörden keineswegs in dieser Deutlichkeit bewusst gewesen ist, bildeten die realen Entwicklungen Grund genug, allmählich für geklärte Verhältnisse zwischen Israel und den Jüdischen Organisationen zu sorgen.²⁹⁴ Insofern bildete die Grün-

²⁸⁹ Die aus insgesamt 13 jüdischen Organisationen bestehende JRSO war im Sommer 1948 mit Sitz in Nürnberg von der amerikanischen Militärregierung eingesetzt worden. Zudem erhielt sie den Status einer Regierungsvertretung zugesprochen und befasste sich mit jüdischen Rückerstattungsangelegenheiten in der amerikanischen Besatzungszone. Vgl.: Sagi, N.: Die Rolle der jüdischen Organisationen in den USA und die Claims Conference, in: Herbst, L./ Goshler, C. (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989 (=Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S.104f.

²⁹⁰ Vgl.: Goldmann an Proskauer am 19.4.1950, in: CZA/Z6/387. Zum Treffen mit McCloy siehe auch: Telegramm vom 12.4.1950, gez. Landauer, in: CZA/S35/70.

²⁹¹ Vgl.: Kreutzberger an Goldmann am 25.7.1950, in: CZA/Z6/386; Kreutzberger an Landauer am 14.2.1950, in: CZA/S35/94; Mendelsohn an Landauer am 16.6.1950, in: CZA/S35/70.

²⁹² Vgl.: Vogel, R.: Der deutsch-israelische Dialog, Teil 1, Bd.1, S.19-25.

²⁹³ Vgl.: Sagi, N.: Wiedergutmachung, S.49ff.

²⁹⁴ Hierzu Memorandum über Restitution von Georg Landauer vom 6.7.1950, in: CZA/Z6/386.

derung der „Conference on Jewish Material Claims against Germany“ (Claims Conference) am 26. Oktober 1951 in New York einen wichtigen Schritt auf diesem Weg. Zu ihrem Präsidenten wurde Nahum Goldmann²⁹⁵ gewählt. Insgesamt traten der Claims Conference damals 20 jüdische Organisationen weltweit bei, darunter auch namhafte wie z.B. das American Jewish Committee, der Council for the Protection of the Rights and Interests of Jews from Germany oder der Jüdische Weltkongreß.²⁹⁶ Der israelische Außenminister Sharett war im Sommer des Jahres an Nahum Goldmann mit der Bitte herangetreten, dass dieser als Vorsitzender der amerikanischen Sektion der Jewish Agency die führenden jüdischen Organisationen der USA, des britischen Commonwealth und Frankreichs zu einer Konferenz einlade, „um die Forderungen Israels zu unterstützen und ein Instrument zu ihrer Durchsetzung zu schaffen.“²⁹⁷

Bereits im Juni 1951 hatte der Generaldirektor des israelischen Finanzministeriums, David Horowitz, im Rahmen einer koordinierenden Sitzung im israelischen Außenministerium, der u.a. auch Jacob Robinson, mittlerweile Rechtsberater der israelischen UNO-Mission, beiwohnte, die Einberufung einer jüdischen Weltkonferenz vorgeschlagen, die dem Ziel dienen sollte, die israelischen Forderungen gegenüber Deutschland zu unterstützen.²⁹⁸

1.2.1.2. Wiedergutmachung²⁹⁹ als Kernproblem der deutsch-israelischen Beziehungen der Nachkriegsära

Noch im Januar 1951 hatten sich die Bundesrepublik Deutschland und Israel in keiner Weise völkerrechtlich anerkannt. Infolge der Ankündigung der drei Westmächte³⁰⁰ gegenüber Israel, den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden, schlug der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Eytan, gegenüber dem israelischen Justizminister Rozen im De-

²⁹⁵ Zur Rolle Goldmanns in der Frage bundesdeutscher Wiedergutmachungsleistungen an Israel bzw. die Claims Conference siehe ältere Darstellung von Patai, R.: Nahum Goldmann: His Missions to the Gentiles, Alabama 1987, S.169-188.

²⁹⁶ Vgl.: State of Israel (Hg.): Documents relating to the Agreement, Dok.15, S.46f. Zu den Rivalitäten zwischen American Jewish Committee einerseits und Jüdischem Weltkongreß sowie American Jewish Congress andererseits (inklusive der Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Jüdischen Weltkongresses) siehe: Shafir, S.: Der Jüdische Weltkongreß, S.215f.

²⁹⁷ Goldmann, N.: Staatsmann ohne Staat, S.314. Siehe auch: Ders.: Mein Leben als deutscher Jude, Frankfurt u.a. 1983, S.377.

²⁹⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.19, S.167-170.

²⁹⁹ An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass die Geschichte die Entschädigungspolitik im Bundesgebiet, der Einfluss der drei Westmächte, insbesondere der USA auf diese, die entsprechenden Ländergesetzgebungen nicht Gegenstand der hier vorgelegten Darstellung ist. Vor Gründung der Bundesrepublik waren im November 1947 in der amerikanischen Zone das Militärgesetz Nr.59 und in der französischen Zone das Gesetz Nr.120, in der britischen Zone im Mai 1949 das Gesetz Nr.59 in Kraft getreten. Diese Restitutionsgesetze bildeten den Rahmen für die entsprechende Durchführung in den Ländern bzw. entsprechende Ländergesetzgebungen. Hierzu siehe grundlegend: Goschler, C.: Wiedergutmachung.

³⁰⁰ Zur z.B. britischen Note betr. die beabsichtigte Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland siehe FPI 1950, Dok.423, S.596f.

zember 1950 vor, auf den bestehenden Kriegszustand Israels³⁰¹ mit beiden deutschen Staaten zu verweisen. Die Knesset reagierte im Januar 1951 auf die sich im Kontext der Westintegration abzeichnende Reintegration zumindest eines Teils Deutschlands in die Völkerfamilie mit einem Beschluss, in dem die Wiederbewaffnung Deutschlands kategorisch abgelehnt wurde.³⁰² An diplomatische Beziehungen war in einem solchen frühen Stadium wegen der psychologischen Belastung der deutsch-jüdischen Beziehungen infolge des Holocausts nicht zu denken.³⁰³ Der israelische Außenminister Sharett hatte zudem noch im Juli 1950 öffentlich betont, dass die Frage bilateraler diplomatischer Beziehungen grundlegend von der Bereitschaft der Bundesrepublik zur Wiedergutmachung abhing.³⁰⁴ Zudem war das deutsche Vermögen in Israel im Januar desselben Jahres beschlagnahmt worden. Dennoch wurde in Israel gelegentlich die unzureichende Koordinierung jüdischer Interessen kritisiert.³⁰⁵ Erstaunlicherweise wurde bereits im Herbst 1950 im Rahmen eines internen Memorandums im israelischen Außenministerium die Tatsache bemängelt, dass die Bundesrepublik betreffende Fragen nur sehr marginal im Rahmen der Westeuropaabteilung bearbeitet, die DDR betreffende Fragen völlig ausgeblendet würden, somit die Schaffung einer Deutschlandabteilung längst überfällig sei. Dieser Tatsache wurde darauf zurückgeführt, dass die israelische Regierung bisher noch keine klare politische Linie gegenüber Deutschland entworfen habe. Die sich zu diesem Zeitpunkt bereits abzeichnenden Anzeichen einer bundesdeutschen Westintegration, aber auch die Tatsache, dass Israel in zunehmenden Maße u.a. ein deutsches wirtschaftliches Eindringen in den Nahen Osten beobachtete, aber auch die Entsendung zumindest deutscher Konsulate in die arabischen Staaten antizipierte, waren Grund genug, institutionell angemessen auf diese Entwicklungen zu reagieren.³⁰⁶

Die israelischen Wiedergutmachungsansprüche wurden auch in der Bundesrepublik Deutschland abgesehen von der historischen und psychologischen Belastung der deutsch-

³⁰¹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.9, S.149.

³⁰² Ebd., Dok.10, S.149f.

³⁰³ Ebd., Dok.22, S.175. Das bedeutet allerdings nicht, dass diese Frage auf israelischer bzw. jüdischer Seite nicht thematisiert und diskutiert wurde. Ende 1950 sah Landauer z.B. im deutschen in Israel beschlagnahmten Vermögen einen Anreiz für die Bundesrepublik zugunsten der Etablierung diplomatischer Beziehungen. Vgl.: Gedächtnisprotokoll vom 8.12.1950 über Gespräch zwischen Schwarz, Landauer, Kreutzberger und Livneh am 28.11.1950, in: ISA/532/10-זח.

³⁰⁴ Sharett nahm im Januar 1952 wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck innenpolitischen Protests gegenüber Verhandlungen mit der Bundesrepublik die Frage der Etablierung diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht als aktuell wahr. Vgl.: Aufzeichnung i.R. gez. Steg vom 24.1.1952 betr. deutsch-israelische Verhandlungen, in: PA/AA, B 11, Bd.259, S.109f.

³⁰⁵ Vgl.: FPI 1950, Dok.43, S.25f. (hebr. S.50f.) sowie FPI 1950, Dok.328, S.170 (hebr. S.452-455).

³⁰⁶ Vgl.: Internes Memorandum des israelischen Außenministeriums mit dem Titel „Memorandum of the Necessity of a German Department in the Ministry of Foreign Affairs“, 18.10.1950, in: ISA/2379/1-זח (Kopie in BGA, Correspondence Files).

jüdischen Beziehungen als Kernproblem der bilateralen Beziehungen angesehen.³⁰⁷ Herausragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland diskutierten sehr frühzeitig, so auch mit den Alliierten Hohen Kommissaren, die Notwendigkeit einer moralischen und materiellen Wiedergutmachung Deutschlands gegenüber Judentum und Israel sowie die notwendige Distanzierung von nationalsozialistischen Verbrechen als Vorbedingung weiterer Beziehungen.³⁰⁸ In der Tat fungierte die Frage nach der Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Wiedergutmachung gegenüber Juden und anderen Verfolgtengruppen und die Distanzierung von nationalsozialistischen Verbrechen in gewisser Weise als Prüfung deutscher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ein Zusammenhang, der insbesondere durch den amerikanischen Hochkommissar McCloy attestiert wurde.³⁰⁹ Genau diese Verhaltensweise war notwendig, um als deutscher Staat auf internationaler Ebene Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Ansehen nach all dem, was geschehen war, nach Mord und Tot, Bildern von Leichenbergen, Zerstörung und Leid, wiederzuerlangen, obgleich diese Phase deutscher Geschichte zu monströs und verbrecherisch gewesen war, um jemals dem Vergessen anheim zu fallen. Trotz dieser Notwendigkeit spielten diese grundlegenden und richtigen Überlegungen deutscher Wiedergutmachung zunächst nur eine marginale Rolle im politischen Alltag der neu gegründeten Bundesrepublik. Sie stellten vielmehr die Ausnahme dar. So ging Bundeskanzler Adenauer³¹⁰ in seiner ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag am 20. September 1949 im Unterschied zu Kurt Schumacher in seiner Rede am folgenden Tag auch nur knapp auf die Thematik ein, indem er Antisemitismus klar verurteilte.³¹¹ Zudem verfehlte der im November 1949 durch Adenauer im Rahmen eines Interviews mit dem Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, Karl Marx,³¹² unterbreitete Vorschlag

³⁰⁷ Vgl.: AAPD 1951, Dok.5, S.21f.

³⁰⁸ Vgl.: Blankenhorn, H.: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt a.M. u.a. 1980, S.138.

³⁰⁹ McCloy charakterisierte das Verhalten Deutschlands gegenüber der jüdischen Gemeinschaft im Juli 1949 in Heidelberg z.B. als „einen der Prüfsteine der Rückkehr Deutschlands zum Licht“. Zitiert nach Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.45. In der „Neuen Zeitung“ vom 31.7.1949 bezeichnete McCloy das deutsche Verhalten Deutschlands gegenüber Deutschland als „Feuerprobe der deutschen Demokratie“. Zit. nach Birrenbach, K.: Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf u.a. 1984, S.84.

³¹⁰ Grundlegend zu Adenauers Rolle im Kontext der Frage deutscher Wiedergutmachungsleistungen an Israel siehe: Jelinek, Y.A.: Political Acumen, Altruism, Foreign Pressure or Moral Debt – Konrad Adenauer and the »Shilumim«, in: TAJB 19 (1990), S.77-102.

³¹¹ Vgl.: Dubiel, H.: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München u.a. 1999, S.44; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.45f.; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, I. Wahlperiode 1949, Bd.1, 5.Sitzung am 20.9.1949, S.27 und 6.Sitzung am 21.9.1949, S.36f.

³¹² Das Interview ist abgedruckt in: Adenauer, K.: „Die Demokratie ist für uns Weltanschauung“. Reden und Gespräche (1946-1967), Köln u.a. 1998, S.52-55. Münch weist in diesem Zusammenhang die These zurück, wonach Marx quasi als „offizieller Sprecher der israelischen Regierung bei der Bundesregierung“ eine entscheidende Rolle zugefallen sei. Richtig ist hier sicherlich, dass vor einer Überbewertung der Person Marx’ gewarnt werden muss. Dennoch fungierte Marx tatsächlich als Mittlerfigur, die für einen inoffiziellen Informations- und

einer Warenlieferung im Werte von 10 Millionen DM an Israel als erstes Zeichen des deutschen Wiedergutmachtungswillen sein Ziel.³¹³ Nicht nur durch Bundespräsident Heuss, sondern auch von jüdischer Seite wurde dieses Angebot als taktlos abgelehnt, da dadurch der Eindruck erweckt werden konnte und teilweise auch wurde, Deutschland wolle sich mit Warenlieferungen im Werte von 10 Millionen DM von der Verantwortung gegenüber den nationalsozialistischen Verbrechen an Millionen Juden preisgünstig freikaufen. Zudem wurde auf jüdischer Seite bemängelt, dass Adenauer sich im Rahmen politisch unverbindlicher Zeitungsartikel, aber nicht vor dem öffentlichen politischen Gremium schlechthin, dem Bundestag, eingehend zu den deutschen Verbrechen an Juden während des Nationalsozialismus und einer deutschen Verantwortung äußerte.³¹⁴ Die negativen Reaktionen führten in der Folge von Adenauers Interview u.a. zu einem Gedankenaustausch zwischen Marx und Bundesjustizminister Dehler.³¹⁵

Die Menschen in Deutschland waren gelähmt von den Folgen eines Krieges, der in letzter Instanz auch deren Verursacher nicht verschont hatte. Persönliche Verluste, Tote unter Familienmitgliedern und Freunden, gerade erst oder noch nicht wieder zurückgekehrte Kriegsgefangene, zerstörte Städte und Existenzen, Hunger oder ca. 10 Millionen Ostflüchtlinge prägten die Wahrnehmung des durchschnittlichen Deutschen zunächst stärker als das während des Nationalsozialismus durch Juden oder andere verfolgte Minderheiten erlittene Leid, eine Tatsache, der auch demokratische Parteien, soweit sie gewählt werden wollten, bis zu einem gewissen Grad Rechnung zu tragen hatten. Selbst in manchem deutschen Ministerium wurde bisweilen durch Einzelne ein „Ausverkauf Deutschlands durch die Juden“³¹⁶ befürchtet. Die SPD engagierte sich von allen existenten Parteien in der Bundesrepublik frühzeitig am stärksten für eine Wiedergutmachtung gegenüber Juden und thematisierte die entsprechenden Ver-

Gedankenaustausch bei gleichzeitig nicht existenten offiziellen bilateralen Beziehungen durchaus hilfreich gewesen ist. Vgl.: Münch, P.L.: Zwischen „Liquidation“ und Wiederaufbau. Die deutschen Juden, der Staat Israel und die internationalen jüdischen Organisationen in der Phase der Wiedergutmachtungsverhandlungen, in: HMRG 10 (1997), S.86. Sowie: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.64.

³¹³ Vgl.: Jena, K. v.: Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachtungsabkommen von 1952, in: VfZ 34 (1986), S.461; AAPD 1950, Dok.30, S.75; Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.4, S.137 und Dok.7, S.144. Das Interview Adenauers ist abgedruckt in: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns Weltanschauung“. Reden und Gespräche (1946-1967), hg. v. F. Becker, Köln u.a. 1998, S.52-55.

³¹⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.7, S.144. In diesem Sinne forderte der Jüdische Weltkongress im März 1950 stellvertretend durch Gerhard M. Lewy als einem Freund des Leiters der Europäischen Sektion, Noah Barou, und Bekannten des CDU-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Kölner Oberbürgermeisters Hermann Pünder, von der Bundesregierung u.a. eine Regierungserklärung vor dem Bundestag zur Frage der Wiedergutmachtung gegenüber Juden. Vgl.: Jena, K. v.: Versöhnung mit Israel, S.461f.

³¹⁵ Vgl.: Goschler, C.: Wiedergutmachtung, S.200f. sowie: Vermerk vom 26.2.1951 (ohne Verf.) betr. Beziehungen zu Israel und Wiedergutmachtung, in: PA/AA, B 11, Bd.259, S.41f. Zu Dehlers Einstellung als Förderer einer „aktiven Wiedergutmachtungspolitik“ siehe Goschler, C.: Wiedergutmachtung, S.202f.

³¹⁶ Kreutzberger an Landauer am 25.1.1950, in: CZA/S35/94.

brechen während des Nationalsozialismus.³¹⁷ Geschuldet war dieser Entwicklung nicht zuletzt der Tatsache, dass viele Sozialdemokraten selbst während des Dritten Reiches verfolgt worden waren und andererseits z.B. im Rahmen der Sozialistischen Internationale frühzeitig um Reputation bemüht sein mussten. Prinzipiell konnte eine Pauschalverurteilung der Deutschen wenig sinnvoll oder richtig erscheinen, ein Umstand, der auch in Israel frühzeitig anerkannt wurde.³¹⁸ Selbst Bundespräsident Heuss als einer der Protagonisten und zentralen Befürworter deutscher Wiedergutmachung und deutsch-jüdischer³¹⁹ Verständigung lehnte so bereits im Dezember 1949 im Rahmen seiner Wiesbadener Rede den Begriff der „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes für die Verbrechen des Nationalsozialismus an Juden als totalitär und undifferenziert ab und ersetzte diesen durch den der „Kollektivscham“.³²⁰

Andererseits zeigte sich aber auch sehr frühzeitig, dass auch andere als moralische Überlegungen eine Rolle im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der deutsch-israelischen Beziehungen spielte. Infolge des Petersberger Abkommens und der damit verbundenen Möglichkeit für die Bundesrepublik eigene Konsulate zu eröffnen, wurde 1950 vorübergehend sogar die Eröffnung eines deutschen Konsulats in Israel erwogen. Übertroffen wurde dieser Vorschlag noch durch die Diskussion über die Eröffnung eines Generalkonsulats in Kairo, welches gleichzeitig für die Vertretung deutscher Interessen in Israel zuständig sein sollte. Beide Gedanken wurden zwar fallen gelassen, verdeutlichen aber einerseits, wie wenig durch Einzelne die deutsch-jüdische Vergangenheit reflektiert wurde und andererseits eine teilweise vorhandene Unkenntnis der Realitäten im Nahen Osten.³²¹ Weiterhin betrachtete der Leiter des Referats Vorderer und Mittlerer Orient der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, Steg, im Januar 1951 die israelischen Wiedergutmachungsansprüche als überhöht und die fehlenden diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel als durchaus vorteilhaft für die deutschen Interessen in der arabischen Welt, die ihrerseits aus ihrer antiisraelischen Haltung wahrlich kein Geheimnis machte.³²² Doch nahm die Frage der Wiedergutmachung auch in der Bundesrepublik selbst teilweise groteske Züge an, die auch in Israel wahrgenommen wurden. So lehnte die Exekutive des Jüdischen Zentralkomitees der Britischen Zone bereits im Dezember 1949 die Errichtung eines Jüdischen De-

³¹⁷ Zusammenfassend zur Frage von SPD und Wiedergutmachung siehe: Shafir, S.: Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel, in: Herbst, L./ Goshler, C. (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.191-203.

³¹⁸ Vgl.: FPI 1950, Dok.476, S.243f. (hebr. S.664-669).

³¹⁹ Zu den Gesprächen von Heuss z.B. mit Norbert Wollheim 1950 siehe: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.4, S.135-138 und Dok.7, S.143-147.

³²⁰ Vgl.: Jena, K. v.: Versöhnung mit Israel, S.461. Oder Heuss weiterhin in Bergen-Belsen 1952 „Diese Scham nimmt uns niemand ab!“. Herf, J.: The Holocaust and the Competition of Memories in Germany, S.18.

³²¹ Vgl.: Kreutzberger an Landauer am 25.1.1950, in: CZA/S35/94.

³²² Vgl.: AAPD 1951, Dok.5, S.22.

zernats beim Bundesinnenministerium unter Verweis auf auch andere Opfergruppen des Nationalsozialismus ebenso wie jegliche jüdische „Sonderbehandlung von Juden“ kategorisch ab.³²³ Eine diesen Vorschlag erneut unterbreitende Anfrage des Bundesministers des Innern, Heinemann, wurde im Oktober 1950 durch das Direktorium des Zentralrats der Juden ebenfalls einhellig abgelehnt. Ursächlich für diese Haltung dürften im wesentlichen zwei Punkte sein: erstens dürfte eine „Sonderbehandlung von Juden“ durch Deutschland vor dem Hintergrund des Holocausts ganz andere als mit Wiedergutmachung in Zusammenhang stehende Assoziationen in der jüdischen Gemeinschaft hervorgerufen haben. Demgegenüber hatten einige jüdische Organisationen dem Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone unmittelbar nach Kriegsende die Einsetzung eines jüdischen Rechtsberaters nahegelegt, dessen Arbeitsfeld sich mit Rechtsfragen jüdischer Entschädigungsansprüche befassen sollte.³²⁴ Zweitens standen nach der Jewish Agency und der JRSO vorliegenden Informationen für die Besetzung der Stelle eines Referenten für jüdische Angelegenheiten der bayrische Landesrabbiner, Aaron Ohrenstein, der gute Kontakte zu dem bayrischen Staatskommissar für rassisch, religiös und politisch Verfolgte, Philipp Auerbach, pflegte, zur Diskussion, wobei beide Personen in der jüdischen Gemeinschaft umstritten waren.³²⁵ Adenauer selbst hatte die baldige Besetzung dieses Amts mit einem Juden für wünschenswert erachtet und bereits 1949 mit der Alliierten Hohen Kommission diskutiert.³²⁶

Insgesamt erkannte man in Israel durchaus realistisch die mit einer zu harten und längerfristigen politischen Blockadepolitik gegenüber dem wieder erstarkenden Deutschland, bei gleichzeitig sinkendem Einfluss der Drei Mächte, verbundenen Risiken für Israels Interessen und Nöte, erkannte die Notwendigkeit der Differenzierung. Eine andere Politik konnte sich Israel gemessen an den eigenen Problemen nicht leisten. Dennoch bestand Israel verständlicherweise auf einer öffentlichen Erklärung der Bundesregierung, in deren Rahmen diese ihre Bereitschaft zur Wiedergutmachung zu erkennen gab und sich von der nationalsozialistischen Judenpolitik distanzierte. Diese israelische Forderung implizierte einerseits eine juristische

³²³ Vgl.: Beschluss des Central Jewish Committee der Britischen Zone vom 22.12.1949, betr. Jüdisches Dezernats bei der Bundesregierung, in: ISA/532/14-зп.

³²⁴ Vgl.: Schreiben Jacobys vom 5.8.1946, in: CZA/J118/133. So forderte der für jüdische Fragen zuständige Berater McCloys, Harry Greenstein, im September 1949 z.B. eine Erklärung der Bundesregierung, in der diese sich eindeutig von der Rassenideologie des Nationalsozialismus und entsprechenden Verbrechen distanzierte. Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.45.

³²⁵ Auerbach selbst wurde später im Zusammenhang von Vorwürfen wegen Veruntreuung von Wiedergutmachungsgeldern durch die bayrische Polizei verhaftet, angeklagt und beging nach der Urteilsverkündung Selbstmord. Vgl.: Goshler, C.: Wiedergutmachung, S.160-164; Goshler, C.: Der Fall Philipp Auerbach, in: Herbst, L./ Goshler, C. (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.77-98; Brenner, M.: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945-1950, München 1995, S.191ff.; Pross, C.: Wiedergutmachung: der Kleinkrieg gegen die Opfer, Frankfurt 1988, S.73-77.

³²⁶ Vgl.: AAPD, Hohen Kommissare 1949-1951, Dok.3, S.25f.; Ferencz an Rock am 2.10.1950, in: CZA/Z6/400 sowie Schwarz an Landauer am 18.10.1950, in: CZA/Z6/386.

Komponente, als dass die Bundesregierung mit dieser Erklärung die israelischen Forderungen als berechtigt anerkannte.³²⁷ Sie hatte aber ebenso eine viel wichtigere moralische Bedeutung. Deutschland hatte während des Nationalsozialismus sowohl das grundlegende Recht auf Leben jüdischer Menschen in Frage gestellt und darüber hinaus deren Würde in eklatantester Weise bis in den Tod hinein unterminiert. Diese galt es vor dem deutschen Volk in aller Öffentlichkeit wieder herzustellen, um wenigstens ihren Seelen so eine letzte Ehre zu erweisen.

1.2.1.3. Erste deutsch-israelische Kontakte bis zur Erklärung Adenauers am 27. September 1951 vor dem Deutschen Bundestag

Im Februar 1950 übertrug das israelische Kabinett dem bereits 1949 gegründeten Ausschuss für Transfer- und Entschädigungsleistungen unter Leitung des ehemaligen deutschen Sozialdemokraten und Wirtschaftsexperten Peretz (Fritz) Naphtali die Federführung hinsichtlich der Behandlung Deutschland betreffender finanzieller Fragen. Basierend auf einer Denkschrift Landauers beschloss die israelische Regierung 1950 nach erfolgter Diskussion mit der Jewish Agency die Entsendung des Direktors der israelischen Zollbehörde, Kurt Mendelsohn, nach Deutschland.³²⁸ Dieser Besuch markierte einen Wendepunkt in den bilateralen Beziehungen insofern, als das erstmalig ein israelischer Staatsdiener direkt Gespräche mit deutschen Persönlichkeiten aus Verwaltung (Bundes- und Landesebene) und Wirtschaft über die Frage einer deutschen globalen Wiedergutmachung gegenüber Israel infolge eines internationalen Abkommens führte. Zudem zeigte er Interesse an der Vereinheitlichung der Wiedergutmachungsgesetzgebungen der Länder in einem Bundesgesetz.³²⁹ In diesem Zusammenhang führte Mendelsohn z.B. Gespräche im Bundeskanzleramt, im Bundesfinanzministerium,³³⁰ beim Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen³³¹ oder mit Otto Wolff v. Amerongen.³³² Trotz innerjüdischer Differenzen und Kritik, die eher Art und Weise, aber auch Zuständigkeiten auf jüdischer Seite berührten,³³³ allerdings kaum die Tatsache der Gespräche als solche betrafen, muss diese Mission als erster wichtiger Schritt im Rahmen eines bilateralen

³²⁷ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.26, S.179.

³²⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.65. Weiterhin: Minutes of a Joint Meeting of the sponsoring agencies of JRSO and representatives of the Government of Israel, 2.5.1950, in: CZA/A 140/58.

³²⁹ Vgl.: AAPD 1951, Dok.5, S.24.

³³⁰ Vgl.: „Summary of the meeting with the Ministry of Finance“ betr. die Gespräche mit Bundesfinanzminister Schäffer am 5. und 7. Juni 1950 in Bonn, in: CZA/ S35/70. Das erste Treffen fand teilweise im Besein des Vizekanzlers und Ministers für den Marshallplanhilfe, Blücher, statt.

³³¹ Hier wurde Mendelsohn durch „P.“ – wahrscheinlich Pünder eingeführt. Siehe Aufzeichnung Mendelsohns über seine Gespräche in: CZA/S35/70.

³³² Dieser sicherte Mendelsohn zu, die israelischen Anliegen mit Hermann Abs sowie dem Wirtschaftsminister persönlich zu besprechen. Ebd.

³³³ Memorandum betr. Zusammenarbeit zwischen Mendelsohn und der Jewish Agency (München) vom 5.7.1950, in: CZA/Z6/386.

Gedankenaustausches bewertet werden. In diesem Zusammenhang setzte sich Landauer zwar nicht persönlich, jedoch gedanklich mit seiner Idee einer deutschen globalen Wiedergutmachung mittels Warentransfers (Haavarah), wie er schließlich im Rahmen des Luxemburger Abkommens realisiert wurde, durch. Erfolgversprechend war diese Sichtweise, weil sie es vermochte, einen unbestreitbaren moralischen Anspruch auf jüdischer Seite auch für deutsche wirtschaftliche Interessen schmackhaft zu gestalten.³³⁴ Entsprechende Überlegungen wurden in einem Memorandum angesprochen, welches Mendelsohn Regierungsdirektor Wirmer und dem Referent für Wirtschaftsfragen im Bundeskanzleramt, Rust, am 11. April 1950 übergeben hatte.³³⁵

Insbesondere im Rahmen von Gesprächen zwischen Mendelsohn und Bundesfinanzminister Schäffer deuteten sich allerdings Schwierigkeiten bei der Realisierung der israelischen Ansprüche in Höhe von ca. 250 Millionen DM an,³³⁶ wobei Israel eine Vorfinanzierung von Warenlieferungen im Werte von ca. 100 Millionen DM anstrebte. Schäffer lehnte die israelischen Forderungen mit der Begründung ab, dass weder Bundesmittel noch der Wiedergutmachungsfonds der Länder eine Bevorschussung deutscher Exporte nach Israel zulasse. Unter Verweis auf Äußerungen des umstrittenen Präsidenten des Bayrischen Landesentschädigungsamtes, Auerbach, wurde der israelischen Regierung seitens des Bundesfinanzministeriums sogar die Legitimation für ihre Ansprüche abgesprochen.³³⁷ Infolge seiner Gespräche mit Schäffer wurde Mendelsohn an den hessischen Finanzminister Hilpert in seiner Funktion als

³³⁴ So befasste man sich in der Bundesrepublik in unmittelbarem Anschluss an die mit Mendelsohn geführten Gespräche mit den Vorteilen solcher Warenlieferungen, in deren Zusammenhang eine Entlastung des Arbeitsmarktes ebenso erwartet wurde wie eine Belebung der „Investitionsgüterindustrie“. Dabei stellte die Notwendigkeit einer Kreditausweitung (nicht so in den Augen Schäffers) kein Hindernis dar, da diese im Falle des beabsichtigten Wirtschaftsförderungsprogramms ohnehin vorgesehen war. Vgl.: Aufzeichnung Granow vom 22.4.1950 betr. Wiedergutmachungsansprüche, in: PA/AA, B 11, Bd.259, S.12f.; Aufzeichnung Kox vom 20.6.1950 betr. Wiedergutmachungsansprüche, in: PA/AA, B 11, Bd.249, S.31ff. (=Bd.259, S.19ff.) Die Arbeitslosigkeit betraf zur Jahreswende 1949/1950 etwa 2 Millionen Menschen, was etwa 13% der erwerbstätigen Bevölkerung entsprach. Vgl.: Hentschel, V.: Die Europäische Zahlungsunion und die Deutschen Devisenkrisen 1950/51, in: VfZ 37 (1989), S.715.

³³⁵ Vgl.: Abschrift des Memorandums in PA/AA, B 11, Bd.259, S.8f. Weiterhin AAPD 1949-1950, Dok.64, Anm.3, S.161.

³³⁶ Während die Summe in der internen deutschen Diskussion infolge einer ersten vorsichtigen Schätzung Mendelsohns mit zwischen 175 und 250 Millionen DM beziffert wurde, ging Mendelsohn bei seiner dem Bundesfinanzminister in einem Brief unterbreiteten vorläufigen Schätzung von einer Gesamtsumme von oberhalb des Betrages von 250 Millionen DM aus. Diese Schätzung schloss die Frage privater Restitution ebenso nicht ein, wie Ansprüche israelischer Staatsbürger auf dem Gebiet der französischen Zone und Westberlins. Grundsätzlich ist zu hinterfragen, ob dieser ohnehin unvollständige Kostenvoranschlag nicht ein taktischer Verhandlungsfehler Mendelsohns zu einem Zeitpunkt gewesen ist, als sich die Bundesrepublik noch in keiner Weise öffentlich zur kollektiven Wiedergutmachung gegenüber Israel verpflichtet hatte. Vgl.: AAPD 1951, Dok.5, S.25 sowie Brief Mendelsohns an Schäffer vom 9.6.1950 nebst beiliegender Schätzung, in: ISA/5567/12-3

³³⁷ Vgl.: AAPD 1951, Dok.5, S.25f.; Zu finanziellen Bedenken Schäffers siehe Kabinettsprotokolle 1950, 72. Kabinettsitzung am 9.6.1950, S.438.

Vorsitzender des Unterausschusses des Finanzausschusses des Bundesrats³³⁸ verwiesen, um insbesondere die Frage der Vereinheitlichung der deutschen Wiedergutmachungsgesetzgebung zu diskutieren.

Trotz der eher bremsenden Wirkung des Bundesfinanzministeriums stießen die Vorschläge Mendelsohns auf wirtschaftliches Interesse, so z.B. in Bayern. So wurde der Nürnberger Journalist Stroh infolge einer Empfehlung des CSU-Abgeordneten Strauß bei Blankenhorn mit der Bitte vorstellig, „mit der Anbahnung wirtschaftlicher und konsularischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel beauftragt zu werden.“³³⁹ Ostermann³⁴⁰ empfahl Blankenhorn von einer solchen Mission abzusehen und damit in Israel Hoffnungen auf zusätzliche oder rasche Wiedergutmachungsleistungen zu schüren, die zu diesem Zeitpunkt hinsichtlich finanzieller und devisenrechtlicher Fragen nicht verwirklicht werden konnten.³⁴¹

Am 23. Juli 1950 war es zudem zu einer Begegnung zwischen dem israelischen Generalkonsul in der Schweiz, Tolkowsky und Ostermann, auf dem Bürgenstock gekommen.³⁴² Während dieser Unterredung war Israel die Prüfung der Mendelsohn'schen Vorschläge und deren Beantwortung durch die Bundesregierung zugesagt worden. Allerdings lag der israelischen Regierung bis Ende Oktober 1950 noch keinerlei Stellungnahme der Bundesregierung vor. Dies begründete Ostermann im Januar 1951 mit rechtlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die er hinsichtlich der Wiedergutmachung in der unterschiedlichen Ländergesetzgebung sowie andererseits in der passiven Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik verortete. Während sich Israel mit seinen Forderungen nun verständlicherweise an die Vier Mächte wandte, zeigte sich Adenauer Anfang 1951 umso interessierter an den Beziehungen zu Isra-

³³⁸ An diesem Ausschuss beteiligten sich alle Finanzministerien der Länder sowie für Bayern zusätzlich Auerbach. Ein Rahmengesetz des Bundes kam allerdings im Laufe des Jahres 1950 nicht mehr zustande. Zudem vgl.: Aufzeichnung Mendelsohns über ein Gespräch mit Hilpert am 14.6.1950 in Wiesbaden, in: CZA/S35/70.

³³⁹ Aufzeichnung Ostermanns vom 30.8.1950 betr. Beziehungen der Bundesrepublik zum Staate Israel (zu 244-03 II 8683/50), in: PA/AA, B 81, Bd.196.

³⁴⁰ Ernst Ostermann von Roth war ab 7.Juni 1950 als Leiter der Referate „Finanzen, insbesondere Besatzungskosten, deutsches Vermögen im Ausland“, „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, internationale Zusammenarbeit auf diesen Gebieten, Arbeit und soziale Fragen, Wohnungsbau“ sowie „Polizei, Verfassungsschutz, Entmilitarisierung, Verkehr einschließlich Schifffahrt und Schiffsbau, Fernmeldewesen“ in der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten tätig.

³⁴¹ Vgl.: Vermerk Ostermanns (zu 244-03 II/8683/50) und beiliegender Briefentwurf für Blankenhorn an Strauß (ohne exaktes Datum – Datierung September 1950), in: PA/AA, B 81, Bd.196.

³⁴² Versuche von Treffen zwischen bekannten und von Amts wegen bedeutsamen Politikern beider Länder, so z.B. zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem israelischen Staatspräsidenten Weizmann 1950 oder Bundespräsident Heuss und dem israelischen Generalkonsul unterblieben zu diesem Zeitpunkt ganz. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Bundesrepublik Deutschland nicht verbindlich zu Wiedergutmachungsleistungen gegenüber Israel verpflichtet. Vgl.: Adenauer. Briefe 1949-1951, Nr.292, S.260. (Dannie N. Heineman war mit der Familie Weizmanns bekannt.) Vermerk vom 9.5.1950 betr. Zusammentreffen mit dem israelischen Konsul in München, in: BA, B 122, Bd.506.

el.³⁴³ Vor diesem Hintergrund erscheint die Formulierung Hansens „Israel tut sich weiter schwer. Einschaltung der Siegermächte“³⁴⁴ nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich verfehlt.

Die offiziellen Kontakte zwischen Bundesregierung und israelischer Regierung intensivierte sich erst nach Übergabe der israelischen Noten an die Vier Mächte zu Beginn des Jahres 1951 und mündeten in ein unter streng geheimen Bedingungen arrangiertes persönliches Gespräch zwischen Adenauer und dem Generaldirektor des israelischen Finanzministeriums, David Horowitz, in Anwesenheit des israelischen Gesandten, Maurice Fischer³⁴⁵, und Blankenhorn am 19. April in Paris. Dass ein Zusammenhang zwischen den israelischen Noten und diesem Treffen bestand, ist anhand des zeitlichen Rahmens offensichtlich. Zuvor hatte der Vorschlag zugunsten direkter Verhandlungen mit Deutschland im israelischen Kabinett nur knapp eine Mehrheit verfehlt. Insofern blieb in Israel umstritten, ob die israelischen Wiedergutmachungsforderungen direkt mit Deutschland oder aber unter Einschaltung der Vier Mächte verhandelt werden sollten.³⁴⁶ Zudem wurde während des gesamten Jahres 1951 der Einfluss der Gebrüder Robinson auf die Formulierung der israelischen Forderungen gegenüber Deutschland sichtbar.³⁴⁷

Über die erste israelische Note an die Vier Mächte war die Bundesrepublik durch ihre Gesandtschaft in Washington informiert worden.³⁴⁸ Zudem verweist auch der ehemalige Regierungssprecher von Eckardt darauf hin,³⁴⁹ dass die Alliierten Adenauer über den Erhalt der israelischen Noten in Kenntnis gesetzt hatten. Somit erscheint die These behutsamen amerikanischen Drucks auf Adenauer keineswegs „höchst unwahrscheinlich“,³⁵⁰ sondern in Anbetracht der unmittelbaren bundesdeutschen Interessen im Frühjahr 1951 durchaus plausibel. Gleichwohl muss aber auch eine in eine andere Richtung extreme These, wonach das Luxemburger Abkommen nur bzw. ausschließlich infolge amerikanischen oder britischen Drucks

³⁴³ Vgl.: Tolkowsky an Ostermann am 27.10.1950, in: PA/AA, B 81, Bd.196; Ostermann an Tolkowsky am 10.1.1951, in: PA/AA, B 11, Bd.249, S.17; Vermerk Stegs vom 8.1.1951 über Mitteilung Ostermanns i.A. des Bundeskanzlers (210-01/35-IIIb), in: PA/AA, Bd.249, S.21.

³⁴⁴ Hansen, N.: Schatten, S.67.

³⁴⁵ Zu den ausführlichen Instruktionen des Leiters der Westeuropaabteilung des israelischen Außenministeriums, Avner, an Fischer hinsichtlich des geplanten Treffens siehe: FPI 1951, Dok.109, S.218-226.

³⁴⁶ Vgl.: FPI 1951, Anmerkung, S.6 und Dok.3, S.7 (hebr. S.7f.); Tagebucheintrag Ben Gurions vom 5.2.1951, in: BGA, TBG.

³⁴⁷ Vgl.: Rosenne an Jakob Robinson am 6.3.1951, in: ISA/2543/13-אנ; Bendor an Shinnar vom 7.11.1951, in: ISA/2543/13-אנ.

³⁴⁸ Vgl.: „Ansprüche des Staates Israel gegenüber Deutschland“, Washington, 23.1.1951 (244-03 II 3160/51), in: PA/AA, B 11, Bd.249, S.18.

³⁴⁹ Eckardt, F. v.: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf u.a. 1967, S.199.

³⁵⁰ Hansen, N.: Schatten, S.86. Insofern ist der Aussage Jelineks, dass aus politischen Gründen, insbesondere im Rahmen moralisierender Begründungen deutscher Außenpolitik oder aus Gründen der Selbstverherrlichung, amerikanischer (insbesondere durch McCloy) und britischer Druck gern unerwähnt bleibt oder gar verdrängt wird, teilweise zuzustimmen. Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.112.

geschlossen worden ist, zurückgewiesen werden, da sie den historischen Tatsachen nicht entspricht.³⁵¹ Zudem sorgte auch die SPD im Januar 1951 mit ihrer Interpellation im Deutschen Bundestag für entsprechenden innenpolitischen Druck.³⁵²

Die Bundesrepublik erhielt infolge der Revision des Besatzungsstatuts am 6. März 1951 das Recht eingeräumt, ein eigenes Außenministerium zu errichten, unterzeichnete während des Frühjahrs 1951 den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), trat dem GATT bei und wurde vollberechtigtes Mitglied im Europarat. Zudem wurde infolge des Pleven-Planes der deutsche Verteidigungsbeitrag im Rahmen einer internationalen Organisation diskutiert. Vorbedingung für die Erweiterung deutscher Rechte war v.a. die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden durch die Bundesrepublik Deutschland. Israel musste handeln, wollte es die Gunst der Stunde nutzen und trat so rechtzeitig an die Vier Mächte heran, da die bilateralen Kontakte im Laufe des Jahres 1950 ins Stocken geraten waren. So war der durch Israel in seinen Noten deklarierte Zusammenhang zwischen den israelischen Wiedergutmachungsforderungen und erweiterten Befugnissen deutscher Regierungsgewalt kein Zufall. Adenauer unterbreitete dem jüdischen SPD Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Altmaier,³⁵³ nicht ohne Grund vor dem 6. März³⁵⁴ seine Bereitschaft, einen Vertreter des Staates Israel in der Wiedergutmachungsfrage persönlich zu sprechen. Er wiederholte diese Bereitschaft gegenüber Altmaier vor der koordinierten Antwort der drei Westmächte am 20./21. März auf die erste israelische Note vom Januar im Anschluss an eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 14. März.³⁵⁵ Nicht ohne Grund wurde so auch die israelische Botschaft in Washington über die laufenden Vorbereitungen eines Treffens mit Adenauer auf dem Laufenden gehalten.³⁵⁶ Zudem hatte Horowitz im Vorfeld seines Treffens mit

³⁵¹ Die in der Einleitung des Buches von Pross durch W.G. Niederland vertretene These, „daß es sich bei der Wiedergutmachung keineswegs um eine von Adenauer und seinen Mitarbeitern mehr oder weniger geförderte Leistung“, sondern um „eine lästige, von den Siegern verordnete Pflichtübung“ (Pross, C.: Wiedergutmachung, S.9f.) gehandelt habe, kann so absolut nicht geteilt werden.

³⁵² Vgl.: Shafir, S.: Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel, S.195f.; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.94; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, I. Wahlperiode, Bd.6, 120.Sitzung, 22.2.1951, S.4593.

³⁵³ Zur Rolle Altmaiers siehe: Albrecht, W.: Jeanette Wolff – Jakob Altmaier – Peter Blachstein. Die drei Abgeordneten jüdischer Herkunft des Deutschen Bundestages in den 50er und zu Beginn der 60er Jahre, in: Menora: Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 6 (1995), S.280-284. Ebenso: Albrecht, W.: Ein Wegbereiter: Jakob Altmaier und das Luxemburger Abkommen, in: Herbst, L./ Goshler, C. (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.205-213.

³⁵⁴ Am 6. März 1951 teilte der israelische Konsul in München, Livneh, Altmaier die Bereitschaft seiner Regierung mit, auf das Angebot Adenauers eingehen zu wollen. Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.13, S.152f.

³⁵⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.14, S.154. (Das Original des Briefes von Altmaier an Livneh befindet sich im Israelischen Staatsarchiv und ist nicht auf den 8. sondern 9.4.1951 datiert = ISA/534/6-37).

³⁵⁶ Vgl.: FPI 1951, Dok.114, S.99f. (hebr. S.231f.).

Adenauer ein Gespräch in Anwesenheit des israelischen Botschafters in Washington, Eban, mit dem Leiter der Deutschlandabteilung des State Department, Byroade.³⁵⁷

Die unmittelbaren Folgen des Treffens zwischen Adenauer und Horowitz in Paris schließlich nahmen sich eher bescheiden aus, die israelischen Ansprüche trafen auf Adenauers Schilderungen eigener Leidenszeit. Aber immerhin redete man miteinander – wenn auch hier noch nicht verständlich genug. Der Bundeskanzler sicherte schließlich zu, sich zukünftig für die israelischen Ansprüche einzusetzen, eine Zusage, die praktisch und rechtlich nüchtern betrachtet natürlich keine Verbindlichkeiten beinhaltete.³⁵⁸

Letztlich wurde in der Folge des Gesprächs aber auch infolge von Kontakten zwischen der Bundesrepublik und dem Jüdischen Weltkongress, die v.a. über Blankenhorn und Noah Barou, als Leiter der Europäischen Sektion, gepflegt wurden,³⁵⁹ deutlich, dass eine offizielle und damit verbindliche Erklärung des deutschen Bundeskanzler vor dem Deutschen Bundestag zur Frage der deutschen Wiedergutmachung gegenüber Judentum und Israel sowie einer Distanzierung der Bundesrepublik von den nationalsozialistischen Verbrechen Vorbedingung weiterer direkter deutsch-israelischer Gespräche war. Auch der gute Wille, der in der Bundesrepublik sichtbar wurde, indem man die Schenkung eines Krankenhauses an die Immigrant Pensioner's Society in Israel diskutierte³⁶⁰ oder die durch Erich Lüth und Rudolf Küstermeier initiierte „Friedensbitte an Israel“, der Briefe Lüths an Ben Gurion und Weizmann folgten, änderten an dieser Tatsache nichts.³⁶¹

Andererseits wurde auch in Israel sichtbar, dass man die israelische Öffentlichkeit bisher nur ungenügend auf die Möglichkeit direkter deutsch-israelischer Verhandlungen vorbereitet hatte, was allerdings in Anbetracht der Vergangenheit unabdingbar war. Zudem hatten auch

³⁵⁷ Vgl.: FPI 1951, Dok.121, S.239. Byroade versicherte Eban und Horowitz gegenüber die volle moralische Unterstützung des israelischen Anliegens, hielt allerdings die israelische Einschätzung der deutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für übertrieben.

³⁵⁸ Vgl.: Shinnar, F.E.. Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951-1966, Tübingen 1967, S.25.

³⁵⁹ Vgl.: Blankenhorn, H.: Verständnis und Verständigung, S.138f. Weiterhin: Adenauer-Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959. Bearbeitet von H.P. Mensing, Berlin 1997, S.68.

³⁶⁰ Vgl.: Aktenvermerk vom 20.7.1951 über Besprechung der Abteilungen über die Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel (210-01/35-III6-3105/51), in: PA/AA, B 11, Bd.259, S.79f.

³⁶¹ Vgl.: Lüth an Livneh am 5.9.1951 mit beiliegendem Brief Lüths an Weizmann vom 5.9.1951, in: ISA/532/14-37; Brief des Leiters der Westeuropaabteilung des israelischen Außenministeriums i.A. des Büros des israelischen Staatspräsidenten sowie Premierministers an Lüth am 24.9.1951, in: ISA/532/14-37. Noch vor Adenauers Erklärung vor dem Deutschen Bundestag hatten der Hamburger Senatssprecher Erich Lüth in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“, Rudolf Küstermeier, die gemeinsame Aktion „Friede mit Israel“ gestartet. Ausschlaggebend dafür war die Weigerung Israels, gleich der Erklärung von 47 anderen Staaten, den Kriegszustand mit der BRD für beendet zu erklären. In der „Welt“ wurde aufgrund der genannten Initiative am 1. September 1951 ein Artikel Küstermeiers „Friede mit Israel“, gleichzeitig ein Artikel Lüths im Berliner „Telegraph“ und in der „Neuen Zeitung“ (hrsg. durch die amerikanische Militärregierung) mit der Überschrift „Wir bitten Israel um Frieden“ bzw. „Wir suchen Frieden mit Israel“ veröffentlicht. Siehe: Kittel, M.: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin u.a. 1993, S.257ff.

die USA Israel, insbesondere Ben Gurion im Rahmen dessen USA Besuch im Mai 1951 vor zu euphorischen Erwartungen hinsichtlich der Höhe deutscher finanzieller Leistungen gewarnt. Die begrenzte deutsche Leistungsfähigkeit begründeten die USA mit ihrem Interesse am Erhalt eines relativ hohen Lebensstandards in der Bundesrepublik als „Bollwerk“ gegen den Kommunismus, nicht zuletzt auch in Anbetracht der negativen Zahlungsbilanz der Bundesrepublik. Andererseits erkannte man in Washington den israelischen Anspruch moralisch eindeutig an und nahm deutsches taktisches Vorgehen zum Erhalt weiterer amerikanischer Finanzhilfe durchaus wahr.³⁶² Wichtig, ja zentral für den Erfolg der israelischen Ansprüche und solche jüdischer Organisationen war allerdings die Tatsache, dass beide Seiten ab Sommer 1951 ihre Aktivitäten zunehmend koordinierten bzw. abstimmten und ihnen damit deutlich mehr internationale Aufmerksamkeit und Erfolgchancen verliehen.

Bundeskanzler Adenauer gab seine Erklärung³⁶³ schließlich am 27. September 1951, wenige Tage vor dem jüdischen Neujahrsfest, vor dem Bundestag ab, deren Entwurf tags zuvor nach einigen Änderungen vom Bundeskabinett gebilligt worden war.³⁶⁴ Unter wiederholter Einschaltung Altmaiers³⁶⁵ war die Rede Adenauers und deren Zeitpunkt mit dem israelischen Gesandten in Paris, Fischer, sowie Nahum Goldmann und Noah Barou vorab besprochen worden.³⁶⁶ Zudem hatten Rücksprachen mit der Alliierten Hohen Kommission über den Entwurf der Rede stattgefunden.³⁶⁷

In seiner Rede wies Adenauer zunächst auf den demokratischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Art.1 und 3 des Grundgesetzes hin. Er distanzierte sich von einer deutschen Kollektivschuld, indem er sagte, „Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich nicht an ihnen beteiligt. [...] Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen be-

³⁶² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.18, S.166 und Dok.19, S.167-170.

³⁶³ Vgl.: *Auswärtiges Amt* (Hg.): *Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1972, S.179-181; Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.21, S.173f. Zu einem Entwurf der Erklärung siehe AAPD 1951, Dok.145, S.469-472.

³⁶⁴ Vgl.: *Kabinettsprotokolle* 1951, 175. Sitzung vom 26.9.1951, S.662.

³⁶⁵ 1956 kam es zwischen Kurt R. Grossmann und Altmaier infolge des durch ersteren veröffentlichten Buches „Germanys Moral Debt“ (Ders.: *Germany's Moral Debt. The German-Israel Agreement*, Washington 1954), in dem er Altmaier nicht erwähnt hatte, zu Meinungsverschiedenheiten. In dessen Rahmen hatte Grossmann Altmaier als „Barbar“ und als „sich selbst verzehrende, einsam gewordene Kreatur“ bezeichnet, „die die Hilfe derjenigen braucht, welche ueber den Dingen stehen und nicht in den Dingen“. Das Manuskript von Grossmanns Buch hatte Nahum Goldmann vorgelegen. Grossmanns Studie basierte nicht auf einschlägigem Quellenstudium. Vgl.: Brief Grossmanns an Altmaier (org. Altmaier [sic]) vom 25.2.1956, in: *AdSD, Abt.I, NL Altmaier*, Nr.3.

³⁶⁶ Vgl.: FPI 1951, Dok.398, S.284f. (hebr.S.661); Fischer an Avner am 20.9.1951, in: *ISA/2539/2-א*; Fischer an Eytan am 23.9.1951, in: *ISA/5567/12-8/335/ASI :ni*, 1591.9.32 ma rannihS na lhcsiF א-א; Fischl an Shinnar am 24.9.1951, in: *ISA/533/8-א*; Goldmann, N.: *Mein Leben als deutscher Jude*, S.378f.

³⁶⁷ Vgl.: Jena, K. v.: *Versöhnung mit Israel*, S.463; Hansen, N.: *Schatten*, S.122-126. Goshler, C.: *Wiedergutmachung*, S.264. Insofern kann die These Wolffsohns, wonach die Rede Adenauers ohne „amerikanische Nachhilfe“ zustande gekommen sei, zumindest dahingehend relativiert werden, dass es entgegen seiner Ansicht einen Einfluss der AHK gegeben hat. Vgl.: Wolffsohn, M.: *Deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen*, S.699.

gangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten, sowohl hinsichtlich der individuellen Schäden, die Juden erlitten haben, als auch des jüdischen Eigentums, für das heute individuell Berechtigte nicht mehr vorhanden sind.³⁶⁸ Zugleich verwies er auf die Grenzen deutscher materieller Leistungsfähigkeit. Politisch durchdacht war diese Erklärung deshalb, weil bei Verkündung einer deutschen Kollektivschuld die notwendige Akzeptanz für die jüdischen und israelischen Forderungen in der deutschen Bevölkerung, aber auch teilweise in den Reihen z.B. der Unionsparteien oder der katholischen Kirche kaum gefunden worden wäre.³⁶⁹ Weiterhin sprach sich der Bundeskanzler „für den baldigen Abschluss der Wiedergutmachungsgesetzgebung“ aus. Im Anschluss daran erklärte Adenauer die Bereitschaft seiner Regierung, sowohl mit Vertretern des Judentums als auch Israels eine gemeinsame Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen.

Israel erkannte unter Verweis auf die deutschen Verbrechen gegenüber dem Judentum während des Nationalsozialismus den Willen bundesdeutscher Wiedergutmachung prinzipiell an und versprach die Erklärung Adenauers zu prüfen.³⁷⁰ Zudem wurde in Israel und seitens der jüdischen Organisationen in den USA die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die Bundesrepublik ihrem bekundeten Willen nunmehr Taten folgen lies, die im Einklang mit Adenauers Erklärung standen.³⁷¹ Insgesamt blieben die Reaktionen verhalten positiv – verspieltes Vertrauen ließ sich nicht über Nacht mit nur einer Rede wiedererlangen.

1.2.1.4. Die israelischen Noten an die Vier Mächte und deren Haltung gegenüber den israelischen Wiedergutmachungsansprüchen

Doch bevor die Rede Adenauers Realität wurde, sah sich Israel Anfang des Jahres 1951 veranlasst, sich mittels seiner Forderungen gegenüber Deutschland direkt an die Vier Mächte zu wenden, nachdem auch die Mendelsohn-Mission sowie das Gespräch und der Briefwechsel zwischen Tolkowsky und Ostermann und damit der Versuch direkter Gespräche mit beiden deutschen Staaten letztlich ergebnislos geblieben waren. Vor dem Hintergrund der mit

³⁶⁸ Ben Gurion wusste bereits im Vorfeld von Adenauers Rede, dass dieser in seiner Rede nicht über deutsche Schuld und Verantwortlichkeit sprechen würde. Tagebucheintrag Ben Gurions vom 25.9.1951, in: BGA, TBG. Vgl.: Entwurf Bökers für die Rede des Bundeskanzlers vom 13. Juli 1951, in: AAPD 1951, Dok.145, Anm.11, S.472.

³⁶⁹ Zum Widerstand aus katholischen Kreisen siehe: Brief von Marx an Livneh vom 30.8.1951, in: ISA/532/14-37. Zudem hatte von Brentano im Vorfeld von Adenauers Rede eine Debatte dieser im Bundestag für „unzweckmäßig“ gehalten. Weiterhin hatte er Blankenhorn vorbereitende Gespräche mit den Parteiführern der anderen Fraktionen im Bundestag im Vorfeld der Rede in Aussicht gestellt. Vgl.: Notiz Blankenhorns für den Bundeskanzler vom 11.9.1951, in: PA/AA, B 2, Bd.116 siehe auch: Adenauer, K.: Erinnerungen 1953-1955, Stuttgart 1966, S.131.

³⁷⁰ Statement des israelischen Regierungssprechers siehe: FPI 1951, Dok.403, S.288f. (hebr. S.667f.).

³⁷¹ Vgl.: Botschaft der BRD, Brüssel (Ber.Nr.2776/51), an AA am 1.10.1951, in: PA/AA, B 11, Bd.249, S.136; Shuster, American Jewish Committee, an Böker am 8.10.1951, in: PA/AA, B 150, Bd.172, S.1094ff.; Generalkonsulat der BRD, London (Ber.Nr.3558/51), an AA am 10.10.1951, in: PA/AA, B 11, Bd.249, S.146f.

Deutschland gemachten Erfahrungen, aber auch den internationalen Entwicklungen, die zeitlich parallel zum Koreakrieg eine Rückkehr Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in die internationale Staatengemeinschaft vermuten ließen, zumal Deutschland im Zusammenhang des Kalten Krieges eine nicht unwesentliche wirtschaftliche und militärische Bedeutung in der Mitte Europas zufiel, ließen Israel aktiv werden. Enorme Kosten für die Integration einiger hunderttausend Flüchtlinge und erhöhte Ausgaben im militärischen Bereich, forderten den jungen und kleinen Staat Israel bis an die Grenzen seines Leistungsvermögens. Selbst das „tägliche Brot“ stellte im Israel des Jahres 1951 keine Selbstverständlichkeit dar.³⁷²

In der ersten israelischen Note vom 16. Januar 1951³⁷³ an die USA, Großbritannien und Frankreich, die sich in ihrem Wortlaut nur leicht von der an die UdSSR gleichen Datums unterschied, forderte Israel

1. Restitution identifizierbaren Eigentums
2. Entschädigung für Schäden an Leben, Freiheit und Gesundheit
3. Rückerstattung von spezieller Steuern und Zwangsabgaben
4. Anspruch auf Sozialversicherung und Altersrenten.

Weiterhin verwies die israelische Regierung in ihrer Note auf die ihrer Meinung nach völlig unbefriedigende Entschädigungsgesetzgebung in den einzelnen Besatzungszonen. Im letzten Teil der Note hieß es: „The Government of Israel cannot reconcile itself to the enjoyment by Germany of the fruit of its rapine and murder, while the victims of an unholy German régime are denied all comfort and redress.”

Ehe die Vier Mächte jedoch die Note vom 16. Januar 1951 beantworteten, richtete Israel eine zweite Note, datiert auf den 12. März 1951,³⁷⁴ an die vier Besatzungsmächte. In dieser Note bezifferte die israelische Regierung die ihr infolge Ansiedlung von 500.000 jüdischen Immigranten aus vormals unter nationalsozialistischer Herrschaft befindlichen Gebieten entstandenen Kosten auf 1,5 Milliarden Dollar.³⁷⁵ Diese Summe basierte auf der Grundannahme, dass auf jeden Immigranten Aufwendungen in Höhe von ca. 3.000 Dollar entfielen. In seiner Rede vor der Knesset am 13. März 1951 nahm Außenminister Sharett³⁷⁶ eingehend Stellung zu den israelischen Ansprüchen gegenüber Deutschland und verlas die Note vom 16. Januar

³⁷² Vgl.: Weitz, Y.: Ben Gurions Weg zum „Anderen Deutschland“ 1952-1963, in: VfZ 48 (2000), S.261f.

³⁷³ Die Noten sind abgedruckt, in: State of Israel (Hg.): Documents Relating to the Agreement, Dok.3, S.13-16 und Dok.4., S.17ff. Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht eines Beauftragten, S.23.

³⁷⁴ Vgl.: State of Israel (Hg.): Documents Relating to the Agreement, Dok.5, S.20-24.

³⁷⁵ Diese Summe entsprach nach Hansen ca. 8,2 Milliarden DM im Unterschied zu einer anderen Stelle seines Buches. Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.82 und 161. Allerdings erscheint dieser Umrechnungsfaktor überhöht, entsprachen doch im April 1952 nach internen Angaben des AA 1 Milliarde Dollar = 4,2 Milliarden DM. Damit entsprach die Summe von 1,5 Milliarden Dollar = 6,3 Milliarden DM. Vgl.: Aufzeichnung über israelische Ansprüche vom 5.4.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.177, S.512 (=PA/AA, B 11, Bd.259, S.200).

³⁷⁶ Vgl.: State of Israel (Hg.): Documents Relating to the Agreement, Dok.6, S.24-28.

1951. Die USA, Großbritannien und Frankreich beantworteten die israelische Note vom 16. Januar 1951 am 20. bzw. 21. März,³⁷⁷ die UdSSR erst zum Zeitpunkt des Verhandlungsbegins in Wassenaar.³⁷⁸ Doch auch die koordinierten Stellungnahmen der Westmächte ließen keine Euphorie für die israelischen Forderungen erkennen. Zwar verwiesen sie auf ihre Bemühungen betr. Entschädigung und Rückerstattung in Deutschland selbst und entsprechende Kontakte zwischen AHK und der Regierung Adenauers, die israelischen Ansprüche hingegen wurden nur zurückhaltend zur Kenntnis genommen. Hintergrund für diese Haltung der Westmächte war die Befürchtung, deutsche Wiedergutmachungsleistungen könnten de facto zu Lasten des eigenen Budgets gehen.³⁷⁹ Darüber hinaus musste den drei Mächten im Kontext des Kalten Krieges an einem politisch stabilen, das heißt wirtschaftlich nicht gefährdeten Deutschland gelegen sein. Allerdings verschlang gerade dieses Ziel bereits reichlich finanzielle Aufwendungen insbesondere der USA. Genau dieses Grundproblem wurde in der Antwortnote der drei Westmächte auf die zweite israelische Note sichtbar. Auch hier wurde erneut auf die Ländergesetzgebungen in Deutschland, aber auch auf die Leistungen infolge der Pariser Reparationskonferenz verwiesen. Darüber hinaus drückte z.B. die amerikanische Regierung ihr Bedauern aus, die Bundesrepublik zum aktuellen Zeitpunkt nicht zur Zahlung von Wiedergutmachungsleistungen an Israel verpflichtet zu können, da sie berechtigter Weise befürchtete, dass diese zu Lasten der Alliierten und nicht Deutschlands gingen.³⁸⁰ So verursachten ihr bereits die Devisenkrisen in der Bundesrepublik 1950/1951, deren Handels- und Zahlungsbilanzdefizit, bereits ausreichende Sorgenfalten.³⁸¹ Trotzdem bestand niemals Zweifel darüber, dass insbesondere die USA und Großbritannien die israelischen Ansprüche für moralisch gerechtfertigt hielten und teilweise sogar mit ihnen sympathisierten.³⁸² Zudem hatte die Vermutung Sharetts einiges für sich, wonach die USA und auch Großbritannien vor dem Hintergrund eigener Interessen in den arabischen Staaten deutsche Leistungen an Israel gegenüber direkten eigenen Leistungen an Israel bevorzugten.³⁸³ Auch in einem Gespräch zwischen

³⁷⁷ Ebd., Dok. 7-9, S. 28-33.

³⁷⁸ Vgl.: Brod, P.: Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklungen bis 1956, Baden-Baden 1980 (Osteuropa und der internationale Kommunismus; Bd. 5), S. 86. Sowie: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S. 129. Fälschlicherweise behaupten einige Darstellungen, die UdSSR habe die israelische Note vom 16. Januar 1951 nicht beantwortet. So z.B. Sagi, N.: Wiedergutmachung, S. 55.

³⁷⁹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok. 15, S. 157f. und Dok. 18, S. 166f.

³⁸⁰ Zu den Antwortnoten der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 5.7.1951 siehe: State of Israel (Hg.): Documents Relating to the Agreement, Dok. 10-12, S. 34-41. Weiterhin zu finanztechnischen Fragen und der Diskussion über direkte deutsch-israelische Verhandlungen siehe: FPI 1951, Dok. 292, S. 216 (hebr. S. 497f.); Dok. 333, S. 239f. (hebr. S. 553-556).

³⁸¹ Vgl.: Hentschel, V.: Die Europäische Zahlungsunion und die Deutschen Devisenkrisen 1950/51, S. 715-758.

³⁸² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok. 23, S. 176.; Israelische Gesandtschaft, London, an Goldmann am 15.5.1951, in: CZA/Z6/466. Abschrift eines Briefes des Foreign Office vom 27.9.1951 an Brodman, in: CZA/Z6/2345.

³⁸³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok. 16, S. 164.

Sharett und Acheson am 19. November 1951 in Paris stellte letzterer nochmals klar, dass er der Bundesrepublik nicht erlauben könne, Israel auf amerikanische Kosten Zahlungen zuzusichern. Hingegen hatte Acheson gegenüber einem deutsch-israelischen Vertrag, auf dessen Basis sich Deutschland zu Leistungen auf der Basis seiner eigenen Ressourcen verpflichtete, keinerlei Einwände.³⁸⁴

Mittlerweile hatte die Bundesrepublik als Vorbedingung zur Revision des Besatzungsstatus im März 1951 die volle Übernahme der Verantwortung für die deutschen Vorkriegsschulden übernommen, an deren Tilgung u.a. auch die drei Mächte finanzielles Interesse besaßen. Insofern erkannte Adenauer durchaus die Gunst der Stunde, indem er die Forderungen Israels, mittels deren Erfüllung Deutschland international Vertrauen erwerben und in Adenauers Wahrnehmung Kredit auf dem auch jüdisch beeinflussten amerikanischen Finanzmarkt sichern konnten, den Interessen der drei Westmächte gegenüber stellte. Insofern war es richtig, dass die israelische Regierung zustimmend auf das Adenauer'sche Angebot zu direkten deutsch-israelischen Gesprächen reagierte. Nichts desto trotz sollte nicht übersehen werden, dass Judentum und Israel gerade auf Seiten der USA in den Personen von General Lucius D. Clay und John J. McCloy Fürsprecher ihres Anliegen innerhalb Deutschlands bzw. gegenüber Deutschland besaßen.³⁸⁵ Das nunmehr koordinierte Vorgehen von Israel und internationalem, insbesondere amerikanischem Judentum gegenüber Deutschland erwies sich als wichtig. So besaß z.B. der Präsident des American Jewish Committee, Jacob Blaustein, direkten Zugang zu Präsident Truman und konnte die israelischen und jüdischen Ansprüche entsprechend auf die Agenda von Gesprächen mit diesem setzen.³⁸⁶

Am Vorabend des 13. Jahrestages der Novemberpogrome überreichten sieben führende amerikanische jüdische Persönlichkeiten dem Undersecretary of State, Webb, eine Resolution der am 26. Oktober 1951 gegründeten Conference on Jewish Material Claims against Germa-

³⁸⁴ Vgl.: FPI 1951, Dok.498, S. 818f.

³⁸⁵ Vgl.: FPI 1951, Dok.238, S.407f.; Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.20, S.172; Boukstein an Lifschitz am 24.3.1950, in: CZA/Z6/387. Zudem: Goshler, C.: The United States and Wiedergutmachung for Victims of Nazi Persecution: From Leadership to Disengagement, in: Frohn, A. (Hg.): Holocaust and Shilumim. The Policy of Wiedergutmachung in the Early 1950s, Washington 1991 (=German Historical Institute Washington, D.C., Occasional Paper No.2), S.7-28.; Jelinek, Y.A.: John J. McCloy, Jacob Blaustein, and the Shilumim: A Chapter in American Foreign Affairs, in: Frohn, A. (Hg.): Holocaust and Shilumim, S.29-46. In diesem Zusammenhang kann der durch Jelinek auch an anderer Stelle erhobene Vorwurf, McCloy sei während seiner Dienstzeit im War Department in die amerikanische Entscheidung, Auschwitz und die entsprechenden Gleisanlagen nach Auschwitz nicht zu bombardieren, involviert, nur zweifelhafter Natur sein. Einerseits hatten damalige Flugzeuge noch keineswegs Zielmöglichkeiten, die heute selbstverständlich erscheinen. Zweitens hätte eine solche Bombardierung, wenn sie erfolgreich durchgeführt worden wäre, nicht den Holocaust beendet, wie die berühmten Todesmärsche leider auf brutale Art und Weise verdeutlichen und drittens suggeriert man mit derartigen Bemerkungen eine amerikanische Verantwortlichkeit, die in Wirklichkeit die des nationalsozialistischen Systems und dessen Ziels der „Endlösung der Judenfrage“, inklusive dessen praktischer Umsetzung gewesen ist.

³⁸⁶ Vgl.: FPI 1951, Dok.463, S.749. Zu Blaustein siehe Sagi, N.: Die Rolle der Jüdischen Organisationen, S.103.

ny,³⁸⁷ in der nunmehr praktische Schritte Deutschlands in der Frage der Wiedergutmachung gefordert wurden. Hinsichtlich dieser Frage hatte am 30. Oktober ein Gespräch zwischen dem israelischen Botschafter in Washington, Abba Eban, und dem Leiter der Deutschlandabteilung des State Department, Byroade, stattgefunden.³⁸⁸

Unter Berücksichtigung der budgetären Bedenken der drei Mächte und der mittlerweile erfolgten Rede Adenauers vor dem Deutschen Bundestag erklärte Israel in einer weiteren Note an diese: „that its claim can be satisfied out of Germany’s own resources, without entailing an financial burden on the Allies”.³⁸⁹ Großbritannien beantwortete die israelische Note unmittelbar nach der Knessetdebatte über direkte deutsch-israelische Verhandlungen, die USA nach dem entsprechenden Entschluss des Ausschusses für Auswärtiges und Sicherheit der Knesset im Laufe des Monats Januar 1952.³⁹⁰ Beide Mächte bekundeten ihr Interesse an den bevorstehenden Verhandlungen. Im unmittelbaren Vorfeld dieser kritisierte Israel in einer weiteren Note an die drei Mächte den schnellen Rückzug Alliiierter Kontrolle aus Deutschland insbesondere mit Blick auf die Wiedergutmachung innerhalb der Bundesrepublik und die entsprechenden Ländergesetzgebungen.³⁹¹

1.2.1.5. Der Durchbruch zu Verhandlungen

Die nächsten zentralen Stationen auf dem Weg zur Eröffnung der deutsch-israelisch/ jüdischen Verhandlungen bildeten im Oktober 1951 die Gründung der Conference on Jewish Material Claims Against Germany (Claims Conference), das Treffen zwischen Nahum Goldmann und Kanzler Adenauer³⁹² (dessen Brief eingeschlossen) am 6. Dezember 1951 in London,³⁹³ der Ermächtigung der israelischen Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland durch den Ausschuss für Auswärtiges und Sicherheit der Knesset am 15. Januar 1952 sowie einer zweiten Begegnung zwischen Adenauer und Goldmann am 17. Februar 1952 in London.

Adenauer hatte im Rahmen seines Treffens mit Goldmann im Dezember in London in Form eines persönlichen Briefes, diesem als Vorsitzendem der Claims Conference sowie dem

³⁸⁷ Zur Resolution selbigen Datums der CC siehe: State of Israel (Hg.): Documents Relating to the Agreement, Dok.15, S.46f.

³⁸⁸ Vgl.: Diplomatische Vertretung der BRD, Washington D.C., am 9.11.1951 an AA betr. Wiedergutmachungsansprüche und beiliegende Erklärung der CC, in: PA/AA, B 81, Bd.196.

³⁸⁹ State of Israel (Hg.): Documents Relating to the Agreement, Dok.16, S.49.

³⁹⁰ Ebd., Dok.23-24, S.62f.

³⁹¹ Ebd., Dok.26, S.65-68.

³⁹² Zu einem entsprechenden Vorschlag Blankenhorns im Anschluss an Adenauers Erklärung vor dem Deutschen Bundestag siehe: AAPD 1951, Dok.172, S.575f.

³⁹³ Vgl.: Goldmann, N.: Staatsmann ohne Staat, S.316-320; Adenauer, K.: Erinnerungen 1953-1955, S.132ff.; Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.24, S.177 und Dok.25, S.177f.; Schwarz, H.P.: Adenauer. Der Aufstieg: 1986-1952, 3. Aufl. Stuttgart 1991, S. 897-906. Köhler, H.: Adenauer: eine politische Biographie, Frankfurt 1994, S.698-705.

israelischen Staat unter Verweis auf seine Rede im September signalisiert, dass er den Zeitpunkt für Verhandlungen über deutsche Wiedergutmachungsleistungen als gekommen erachtete. Er erkannte dabei die durch Israel in der Note vom 12. März 1951 dargelegten Ansprüche als Verhandlungsgrundlage an. Als in finanztechnischer und staatsrechtlicher Hinsicht problematisch erwies sich dabei, dass Adenauer für diese Zusage noch nicht einmal eine entsprechende Zusage des Kabinetts vorweisen konnte. Unter moralischer und politischer Sicht, war dieser Schritt Adenauers richtig, ja längst fällig, wollte das neue, andere Deutschland seine rechtsstaatliche Gesinnung, sein historisches Verantwortungsbewusstsein, seine Vertrauens- und damit auch Kreditwürdigkeit vor den Augen der Welt beweisen. Adenauer in diesem Zusammenhang einerseits des „Philosemitismus“³⁹⁴ zu bezichtigen erscheint dabei genau so fragwürdig, wie ihm grundsätzlich zu unterstellen, er überblicke die Tragweite finanzieller Verpflichtungen nicht.³⁹⁵ Dennoch stieß die Absichtserklärung Adenauers unter finanzpolitischen Gesichtspunkten natürlich auf Bedenken, sah sich die Bundesrepublik zusätzlich zu den israelischen bzw. jüdischen Forderungen noch der Übernahme deutscher Auslandsschulden im Zusammenhang mit der Londoner Konferenz gegenüber.³⁹⁶

Am 7. Januar 1952 begründete Ben Gurion vor der Knesset die Bereitschaft seiner Regierung³⁹⁷ mit der Bundesrepublik Deutschland in Verhandlungen zu treten. Die an diesem Tage beginnende Knessetdebatte,³⁹⁸ die von gewalttätigen Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude begleitet wurde, nahm ihr Ende am 9. Januar mit einem Schlusswort von Außenminister Moshe Sharett. Die Ausschreitungen vor der Knesset waren Ausdruck der Verbitterung, die viele Juden vor dem Hintergrund des Holocausts angesichts des Vorhabens der israelischen Regierung mit Deutschland über Wiedergutmachungsleistungen zu verhandeln, empfanden.³⁹⁹ Protest manifestierte sich v.a. in den Reihen von MAPAM, Cherut und Kommunisten. Im Ergebnis der Knessetdebatte entschieden sich 61 von 120 Abgeordneten, diese Frage an den Ausschuss für Auswärtiges und Sicherheit weiterzuleiten, dem die Entscheidungsbe-

³⁹⁴ Schwarz, H.-P.: Adenauer. Der Aufstieg, S.897.

³⁹⁵ Vgl.: Köhler, H.: Adenauer, S.704f. An dieser Stelle ist der nüchterneren Analyse von Schwarz eher zuzustimmen. Vgl.: Schwarz, H.-P.: Adenauer. Der Aufstieg, S.899. Indessen erscheint das Argument Köhlers, dass der Verweis auf die Note vom 12.3.1951 ein „kapitaler Fehler“ (S.704) Adenauers gewesen sei, da Israel seine Ansprüche hier als „Reparationen“ bezeichnete, wenig überzeugend.

³⁹⁶ Vgl.: Schwarz, H.-P. (Hg.): Die Wiederherstellung des Deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen, Stuttgart u.a. 1982 (=Rhöndorfer Gespräche; Bd.4). Weiterhin: AAPD 1952, Dok.40, S.118; Zu grundlegender Kritik Schäffers in der Frage der Wiedergutmachung siehe: Lenz, O.: Im Zentrum der Macht, S.210.

³⁹⁷ Zur Begründung für die Verhandlungsbereitschaft Ben Gurions siehe: Pearlman, M. (Hg.): Gespräche mit Ben Gurion. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, München 1966, S.195-205.

³⁹⁸ Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht eines Beauftragten, S.31f.

³⁹⁹ Dass die Verhandlungen mit Deutschland sehr umstritten waren, bekam auch Nahum Goldmann zu spüren. Vgl.: Goldmann, N.: Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler, S.155. Zur befürchteten Beeinträchtigung der Sicherheit der Verhandlungspartner im Rahmen der geplanten Gespräche siehe: AAPD 1952, Dok.64, S.192.

fugnis in dieser Frage oblag. Dieser sprach sich am 15. Januar 1952 mit acht zu sechs Stimmen für die Aufnahme direkter Verhandlungen mit der Bundesrepublik aus.⁴⁰⁰

Nach einem vorbereitenden Treffen von Vertretern der Claims Conference und Israels Mitte Februar hatte der Bundeskanzler bei einem erneuten Treffen mit Goldmann in London am 17. Februar 1952 erklärt, dass eine baldige Aufnahme der Verhandlungen wünschenswert sei.⁴⁰¹

Ende Februar 1952 und damit noch vor Aufnahme der Verhandlungen in Wassenaar unterrichtete der israelische Gesandte Keren die Teilnehmer an der Londoner Schuldenkonferenz im Rahmen der zweiten Plenarsitzung über die israelischen Wiedergutmachungsforderungen gegenüber Deutschland, die streng genommen über den inhaltlichen Rahmen der Konferenz hinausgingen. In diesem Zusammenhang verwies Keren auf die Erklärung Adenauers vom 27. September, den Brief an Goldmann vom 6. Dezember und die israelische Note vom 12. März 1951 ebenso, wie auf die wohlwollende Haltung der USA und Großbritanniens gegenüber den israelischen Forderungen.⁴⁰² Dieser Erklärung war die Aussage des deutschen Verhandlungsführers Abs vorausgegangen, wonach auf der Londoner Schuldenkonferenz alle gegenüber Deutschland erhobenen Forderungen in die Erörterungen einbezogen werden müssten.⁴⁰³

Am 8. März 1952 fanden sich im Auswärtigen Amt Vertreter der Bundesministerien der Finanzen, Justiz, Wirtschaft, des Innern sowie für den Marshallplan und weiterhin Vertreter der Bank deutscher Länder,⁴⁰⁴ der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der deutsche Verhandlungsführer bei der Londoner Schuldenkonferenz, Abs, und der designierte Verhandlungsführer und dessen Stellvertreter für die Gespräche mit Israel, Böhm und Küster, zu einer diese Verhandlungen vorbereitenden Besprechung ein.⁴⁰⁵ Im Rahmen dieser Sitzung sprach sich

⁴⁰⁰ Ausführlich zur israelischen Sichtweise und der Knessetdebatte siehe: Weitz, Y.: „The Road to Wassenaar: How the Decision on Direct Negotiations Between Israel and Germany Was Approved“, in: Yad Vashem Studies 28 (2000), S.311-350. Ders.: Ben Gurions Weg, S.259ff. Ben Gurion, D.: Israel. Die Geschichte eines Staates, Frankfurt a.M. 1973, S.403ff. Begin wurde z.B. als Folge seines Benehmens in jenen Tagen für einige Monate von den Knessetsitzungen ausgeschlossen. Zu den Ergebnissen auch: Hansen, N.: Schatten, S.149f. Weiterhin zur Situation in Israel im Vorfeld der Verhandlungen siehe Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.167-172.

⁴⁰¹ Vgl.: Sagi, N.: Wiedergutmachung, S.95-98; AAPD 1952, Dok.51, S.152-154; FPI 1952, Dok.52, S.86ff.; Adenauer. Briefe 1951-1953, Nr.168, S.184f.

⁴⁰² Vgl.: Telegramm aus London an AA vom 29.2.1952, in: PA/AA, B11, Bd.249, S.209-212. Zum Interesse Israels an der Teilnahme an der Londoner Schuldenkonferenz siehe FPI 1951, Dok.499, S.820.

⁴⁰³ Vgl.: Aufzeichnung der Besprechung vom 8.3.1952 im AA (244-13 II 3289/52), in: BA, B 102, Bd.7017, Heft 1.

⁴⁰⁴ Die Bank deutscher Länder hatte sich bereits im Februar 1952 initiativ an das Bundeskanzleramt mit der Bitte gewandt, an den beabsichtigten Verhandlungen mit Israel laufend beteiligt zu werden. Sie begründete ihre Bitte mit dem Zusammenhang zu den Verhandlungen über die deutschen Auslandsschulden in London und möglichen Rückwirkungen auf die deutsche Devisenbilanz. Vgl. Abschrift des Briefes der BdL an das BKA (2228/52) vom 2.2.1952 als Anlage des Briefes des StS des BKA an Bundeswirtschaftsminister Mitte Februar 1952 (Datum unleserlich – Eingangsstempel des BWB: 14.2.1952), in: BA, B 102, Bd.7017, Heft 1.

⁴⁰⁵ Vgl.: Aufzeichnung der Besprechung vom 8.3.1952 im AA (244-13 II 3289/52), in: BA, B 102, Bd.7017, Heft 1. Siehe auch: Hallstein an Erhard (MB 287/52) am 5.3.1952, in: BA, B 102, Bd.7017, Heft 1. Zur Desig-

Abs dafür aus, die im Rahmen der in den Gesprächen mit Israel vorgetragenen jüdischen Forderungen der Schuldenkonferenz vorzulegen und einen amerikanischen Beobachter zu den deutsch-israelischen Verhandlungen zu entsenden. Hinsichtlich antizipierter Warenlieferungen an Israel vertrat Abs die These, dass diese als Transferleistung bewertet und deshalb eng mit den Alliierten abgestimmt werden müsste.⁴⁰⁶ Hingegen lehnte er den Vorschlag Böhm, den israelischen Forderungen Priorität gegenüber den in London zur Debatte stehenden Auslandsforderungen einzuräumen klar ab. Die Differenzen der kommenden Monate auf deutscher Seite waren so bereits schon vor Verhandlungsbeginn zu erwarten. Auch ein immerhin diskutierter Vorschlag von sofortigen Warenlieferungen an Israel, lehnten das Bundesfinanzministerium und Abs kategorisch ab.⁴⁰⁷ Bereits hier machten Böhm und Küster ihre Teilnahme an der Konferenz mit Israel davon abhängig, dass auch Israel vorab von dem begrenzten Verhandlungsspielraum in angemessener Weise unterrichtet würde. Im Ergebnis der Sitzung hatte sich herauskristallisiert, dass Israel gegenüber keine definitive Zusage hinsichtlich seiner Forderungen ohne eine entsprechende Stellungnahme der Schuldenkonferenz in London gemacht werden könne.⁴⁰⁸ Allerdings wurde infolge einer Rücksprache mit Adenauer im unmittelbaren Vorfeld der Eröffnung der Gespräche klar gestellt, dass die Modalitäten zur Befriedigung der israelischen Ansprüche nicht in London verhandelt werden sollten.⁴⁰⁹

Die bevorstehenden Verhandlungen in Wassenaar versprachen diskussionsreich zu werden.

nierung Böhm und Küsters vgl.: Blankenhorn an Chef des Bundespräsidialamtes am 11.3.1952, in: BA, B 122, Bd.2080.

⁴⁰⁶ In diesem Sinne auch Böker am 6.2.1952, in: AAPD 1952, Dok.40, S.118.

⁴⁰⁷ Im Februar war Barou an Blankenhorn mit einer Aufstellung von in Israel dringend benötigten Gütern herangetreten. Vgl.: Barou an Blankenhorn am 5.2.1952, in: BA, NL 1351, Bd.16. Ferner wurde die Diskussion über die Schenkung eines Krankenhauses mit 600 Bettenplätzen im Werte von 12 Mio. DM durch die Bundesrepublik Deutschland an die Immigrant Pensioner's Society in Jerusalem auch nach Adenauers Rede vor dem Bundestag zwar intern fortgesetzt, stieß allerdings auf erhebliche Einwände des Bundesfinanzministeriums. Zudem betrachtete auch Blankenhorn diese Schenkung in Anbetracht der antizipierten baldigen Verhandlungen um deutsche Wiedergutmachungsleistungen an Israel nicht für dringend. Vgl.: Aufzeichnung Referat Wollenweber vom 3.10.1951 (zu 518-04/35-IIIa 9716/51), in: PA/AA, B 81, Bd.196; Notiz Blankenhorns vom 19.10.1951 (zu 518-04/35-IIIa 9716/51), in: PA/AA, B 81, Bd.196; Aufzeichnung Referat Wollenweber vom 28.11.1951 (e.o. 518-04/35 V 21020), in: PA/AA, B 81, Bd.196.

⁴⁰⁸ Küster schrieb hierzu in seinem Tagebuch: „Böhm und ich sind auch bei bescheidenem Auftrag bereit, wollen aber nicht verpulvert werden, legen also Wert darauf, daß die Öffentlichkeit vorher erfährt, zu was wir, zu wie wenig wir bevollmächtigt sind.“ Tagebuchnotizen Otto Küsters zu den Verhandlungen mit Israel, Eintrag vom 8.3.1952, in: ACDP, I-084-001.

⁴⁰⁹ Vgl.: Blankenhorn an Böhm am 19.3.1952, in: ACDP, I-200-004/7 E I.

1.2.2. Die DDR und die israelischen Wiedergutmachungsansprüche

1.2.2.1. Der Gedanke deutscher Wiedergutmachung gegenüber Juden im Vorfeld der Gründung der DDR

Auch für die DDR als zweitem deutschen Staat stellte sich die Frage nach der Rechtsnachfolge des Dritten Reiches und damit implizit auch die Frage, wie man mit den israelischen Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsansprüchen umgehen sollte.⁴¹⁰ Welches Verhältnis gedachte man zu Juden in und außerhalb Deutschlands zu unterhalten? Natürlich gilt es angesichts der begrenzten Souveränität der DDR auch den Einfluss sowjetischer Politik auf die DDR im Kontext der israelischen Ansprüche zu analysieren. Inwiefern boten sich der DDR aber auch eigene Handlungsspielräume und wie nutzte sie diese?

Noch während des Krieges, im Kontext der Moskauer Konferenz im Herbst 1943 verwies Siegfried Moses auf die Absicht der Sowjetunion, nach der Beendigung des Krieges auf Reparationsleistungen durch Deutschland bestehen zu wollen.⁴¹¹ Demgegenüber erkannte er aber auch sehr frühzeitig, dass die durch Deutschland zu leistenden Reparationen nicht dessen Leistungsfähigkeit übersteigen dürften, die es in Form von Waren und Dienstleistungen erbringen konnte. Andererseits vertrat er die These, dass das jüdische Volk zur Gruppe derjenigen Völker gehörte, „denen in jedem Falle ein Anspruch auf Reparationen zugestanden werden muss“. ⁴¹² Über das völkerrechtliche Novum dieser Forderung war sich Moses dabei völlig im Klaren.⁴¹³ So sollten seiner Ansicht nach die u.a. nach Palästina ausgewanderten Juden als „Glieder eines mit Deutschland im Kampf stehenden Volkes anerkannt werden.“⁴¹⁴ Aber auch Moses konnte zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs voraussehen, was eine Geltendmachung eines jüdischen Anspruches durch „Palästina“ völkerrechtlich und staatsrechtlich bedeutete.⁴¹⁵

Auch für den nicht-jüdischen deutschen Kommunisten Paul Merker besaßen Themen wie die Bekämpfung des Antisemitismus oder die Rückerstattung des durch die Nationalsozialisten enteigneten jüdischen Besitzes bereits während des Krieges in seinem mexikanischen

⁴¹⁰ Die Verhandlungen zwischen der CC und der DDR über Wiedergutmachung und Entschädigung werden im Rahmen der Darstellung ausgeblendet, da ihnen für den Untersuchungszeitraum keine zentrale Bedeutung zukommt. Hierzu siehe: Timm, A.: Alles umsonst? Verhandlungen zwischen der Claims Conference und der DDR über „Wiedergutmachung“ und Entschädigung, Berlin 1996 (=hefte zur ddr-geschichte; 32). In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass das hebräische Wort *pitzujim* nicht mit Reparationen, sondern Entschädigung übersetzt werden sollte. *Pitzujim* fand im israelischen Sprachgebrauch Verwendung als Bezeichnung für individuelle Entschädigung. Zu einem Überblick über die Frage von Wiedergutmachungsleistungen seitens der DDR an Israel bis 1989/1990 siehe: Winrow, G.: East Germany, Israel and the Reparations Issue, in: Soviet Jewish Affairs 20 (1990), S.31-46.

⁴¹¹ Vgl.: Moses, S.: Die jüdischen Nachkriegsforderungen (Tel Aviv 1944). Mit Einleitungen von Paul Kirchhof und Rachel Heuberger. Herausgegeben von Wolf Dieter Barz, Münster 1998 (=IUS VIVENS, Abteilung A: Quellentexte zur Rechtsgeschichte; 4), S.10.

⁴¹² Ebd., S.14.

⁴¹³ Ebd., S.23.

⁴¹⁴ Ebd., S.19.

⁴¹⁵ Ebd., S.25.

Exil⁴¹⁶ eine besondere, ja vorrangige Bedeutung. Merker, als die intellektuell, charakterlich und politisch wohl herausragendste Persönlichkeit der deutschen Emigranten in Mexiko offerierte eine alternative „antifaschistische Politik“ im Vergleich zu den deutschen kommunistischen Exilanten um Ulbricht u.a. in Moskau. Beispielhaft sei hier auf seine Aufsätze in der Exilzeitschrift „Freies Deutschland“ verwiesen. Auch nach dem Krieg engagierte er sich, 1946 bis 1949 zusammen mit Helmut Lehmann als Leiter der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, bis zu dessen Denunziation und schließlich Verhaftung 1952, als einer der Wenigen in der SBZ bzw. DDR vorrangig für Fragen der finanziellen und moralischen Wiedergutmachung für überlebende deutsche Juden.⁴¹⁷

In einem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, der u.a. auch von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Gustav Sobottka unterzeichnet worden war, erkannte diese unter Punkt 10 die Pflicht zur Wiedergutmachung „für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden“⁴¹⁸ prinzipiell an. Dabei sollten entstehende finanzielle Lasten in Deutschland gerecht verteilt werden. In diesem Zusammenhang fand eine Wiedergutmachung an Juden in Deutschland oder Palästina keine explizite Erwähnung.

Im Unterschied dazu verwies der Hauptreferent der Abteilung Landespolitik im ZK der SED, Leo Zuckermann, ein jüdischer Jurist, der ebenfalls im mexikanischen Exil gewesen war, in einem Artikel im April 1948 in *Die Weltbühne* auf die Existenz zweier unterschiedlicher Gruppen von Verfolgten: auf politisch Verfolgte und Juden. Darin führte Zuckermann aus, dass Juden aufgrund der schlichten Tatsache, dass sie Juden waren, verfolgt, beraubt und ermordet worden waren. So sei es den Nationalsozialisten „nicht um die Beseitigung eines politischen Gegners im Innern, sondern um die Ausrottung einer nationalen Minderheit“⁴¹⁹ gegangen. Gleichzeitig betonte Zuckermann, der sich gegen die dem Gesetz Nr. 59 der amerikanischen Militärregierung zugrunde liegenden Auffassung aussprach, dass es notwendig sei, zwischen Juden, die endgültig aus Deutschland emigriert und solchen, die immer noch in Deutschland wohnhaft (auch zurückgekehrte Emigranten) seien, unterschieden werden müsse. Die Beantwortung der Frage nach der Instanz eines möglichen jüdischen Kollektivanspruches

⁴¹⁶ Zur Frage der Einstellung deutscher Kommunisten im mexikanischen Exil der Jahre 1942-1945 gegenüber Judentum, deutscher Verantwortlichkeit gegenüber Juden und der Frage von Wiedergutmachung insbesondere mit Blick auf die Haltung Merkers, Zuckermanns und Abuschs siehe: Herf, J.: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S.54-86.

⁴¹⁷ Vgl.: Herf, J.: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: VfZ 42 (1994), S.635-667; Ders.: East German Communists and the Jewish Question. The Case of Paul Merker, Washington 1994. Kießling, W.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, Berlin 1995 (hefte zur ddr-geschichte; 25).

⁴¹⁸ Aufruf der KPD vom 11.6.1945, in: ISA/2545/8-зт.

⁴¹⁹ Zuckermann, L.: Restitution und Wiedergutmachung, in: Die Weltbühne 3. Jg. (27.4.1948), Nr.17, in: I-SA/3309/3-зт.

und dessen Verhältnis zu Einzelansprüchen stellte Zuckermann in Aussicht, „wenn demnächst die Beschlüsse der UN auf Errichtung eines jüdischen Staates verwirklicht sind.“⁴²⁰

Noch vor Gründung der DDR und im Gegensatz zu der Rechtsauffassung Zuckermanns, wurde allerdings deutlich, dass in der SBZ die Anerkennung des Status als „Opfer des Faschismus“ (OdF) für Juden keineswegs selbstverständlich war. Unmittelbar nach Kriegsende hatten sich in vielen größeren Städten Ausschüsse mit dem Namen „Opfer des Faschismus“ gebildet, die zumeist den Sozialämtern der jeweiligen Stadtverwaltung zugeordnet waren. Karl Raddatz, 1945-1946 Leiter des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus“ beim Magistrat von Groß-Berlin, vertrat z.B. die These, dass z.B. Juden, „Mischlinge“ und Zeugen Jehovas nicht in den engen Kreis der „Opfer des Faschismus“ einbezogen werden konnten. Auch in den folgenden Jahren und unabhängig von Raddatz blieb eine prinzipielle Unterscheidung zwischen Opfern des und Kämpfern gegen den Faschismus im Rahmen der OdF erhalten. Der Status als Opfer beinhaltete im Vergleich zu dem Status als Kämpfer gegen den Faschismus auch eine Abstufung der materiellen Leistungen für die betreffende Person.⁴²¹ Diskriminierende Vorgehensweise gegenüber Juden gehörten auch hier durchaus zur Realität. So schloss der Hauptausschuss der OdF 1946 nicht nur aus, dass Opfer der Nürnberger Rassengesetzgebung, die durch das amerikanische Joint Distribution Committee (Joint) unterstützt wurden, zusätzliche Lebensmittelrationen erhalten sollten, nein, deren Namen wurden in auffälliger Parallele wiederum mit einem „J“ gekennzeichnet. Karl Raddatz wurde 1947 erster Generalsekretär der im Februar gegründeten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN). Ein einheitliches Wiedergutmachungsgesetz existierte in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht. Der Entwurf eines solchen wurde in den jeweiligen Kommissionen der Landtage diskutiert. 1946 bekannte sich das Land Sachsen in seinem Regierungsprogramm zwar zur politischen und moralischen Verpflichtung Deutschlands zur Entschädigung. Diese prinzipielle Forderung blieb aber auch für Juden ohne praktische Relevanz.⁴²² Lediglich in Thüringen

⁴²⁰ Ebd.

⁴²¹ Grundlegend zur Wiedergutmachung nationalsozialistischer Opfer in der SBZ bzw. DDR siehe: Goschler, C.: Nicht bezahlt? Die Wiedergutmachung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in der SBZ/DDR, in: Buchheim, C. (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S.169-191; Goschler, C.: Paternalismus und Verweigerung – Die DDR und die Wiedergutmachung für jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus, in: JbFAF 2 (1993), S.93-117; Keßler, M.: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S.37-51; Groehler, O.: SED, VVN und Juden in der SBZ, in: JbFAF 3 (1994), S.282-302. Die Unterteilung in Opfer des und Kämpfer gegen den Faschismus äußerte sich auch darin, dass durch die VVN unterschiedliche Ausweise für sogenannte Kämpfer – in roter Farbe – und Opfer der Nürnberger Gesetze – in grauer Farbe ausgegeben wurden. Vgl.: Groehler, O.: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Steininger, R. (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien u.a. 1994 (=Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems, Bd.1), S.237.

⁴²² Vgl.: Thompson, J.E.: Jews, Zionism, and Israel. The Story of the Jews in the German Democratic Republic since 1945, Washington 1978, S.63.

trat infolge einer Initiative des durch die Sowjetische Militäradministration Thüringen (SMATH) bestellten Landespräsidenten Rudolf Paul bereits im Herbst 1945 ein Wiedergutmachungsgesetz in Kraft.⁴²³ Erste Ansätze für eine Regelung der Wiedergutmachungsproblematik gehen hier bereits auf den ehemaligen Regierungspräsidenten Thüringens, Hermann Brill, während der amerikanischen Besetzung Thüringens vom 12. April bis 3. Juli 1945 zurück. Dieses Gesetz wurde de facto spätestens mit der „Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes“ vom 5. Oktober 1949,⁴²⁴ spätestens mit der Auflösung der Länder 1952 auch de jure ungültig. Gemäß dem in Thüringen geltenden Gesetz sollten alle Eigentümern ihre Vermögenswerte, die ihnen während des Nationalsozialismus weggenommen worden waren, zurück erhalten. Bereits im Januar 1948 hatte das ZK der SED den Entwurf eines Gesetzes „Über die Betreuung der VdN und die Vorbereitung der Wiedergutmachung“ beschlossen.⁴²⁵ Als Verfolgte des Naziregimes (VdN) wurden auch Personen bezeichnet, die wegen ihrer religiösen Überzeugung oder infolge nationalsozialistischer Rassenhetze verfolgt worden waren. Allerdings schränkten die Inhalte dieses Entwurfes den Kreis der zu entschädigenden Personen drastisch ein. So bezog dieser sich nur auf Personen, die ihren Wohnsitz in Deutschland hatten. Vermögenswerte, die mittlerweile in Volkseigentum übergegangen oder zu öffentlichen Zwecken enteignet worden waren, unterlagen keiner Rückerstattungspflicht. Mit dem Befehl Nr. 64 der SMAD vom 17. April 1948 wurde sogenanntes „Volkseigentum“ auf dem Gebiet der SBZ jüdischen Restitutionsansprüchen entzogen.

Die Aufsicht und Verwaltung ehemaligen Eigentums jüdischer Gemeinden in der SBZ unterlag der SMAD bzw. den jeweiligen Landesverwaltungen. Die rechtliche Grundlage für die Übertragung jüdischen Gemeindebesitzes an die rechtmäßigen Besitzer wurde erst mit dem Befehl Nr.82 der SMAD⁴²⁶ vom 29. April 1948 geschaffen, welcher die Rückgabe von Eigentum, das während des Nationalsozialismus beschlagnahmt worden war, an „demokratische Organisationen“ regelte. Für die Durchführung dieses Befehls sorgte die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Im Rahmen dieser Bestimmung konnte enteignetes Eigentum zurückerstattet, jedoch keine Entschädigung für nicht mehr existente Werte oder Besitz, welcher in Volkseigentum überführt worden war, geleistet werden. Auf der Basis des Befehls Nr.

⁴²³ Ausführlich hierzu siehe: Schüler, T.: Das Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945, in: JbFAF 2 (1993), S.118-138.

⁴²⁴ In Thüringen wurde das Referat für Wiedergutmachung bereits im Frühjahr 1949 aufgelöst. Vgl.: Keßler, M.: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S.46.

⁴²⁵ Keßler, M.: Die SED und die Juden, S.45.

⁴²⁶ Ausführlich hierzu Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.70-80.

82 erfolgte für viele jüdische Gemeinden der SBZ praktisch keine Rückerstattung ihres ehemaligen Eigentums.

Im April 1948, noch vor Gründung der DDR, trafen sich Chaim Yachil, zu diesem Zeitpunkt noch Vertreter der Jewish Agency in München, und Grotewohl, damals neben Pieck Vorsitzender des Zentralsekretariats der SED, in Begleitung eines nicht namentlich genannten Parteimitgliedes der SED⁴²⁷ in der Wohnung von Julius Meyer, ebenfalls Mitglied der SED, der dieses Treffen vermittelt hatte.⁴²⁸ Yachil wurde von dem damaligen Bevollmächtigten der Jewish Agency in Berlin und späteren israelischen Konsul in München, Livneh, begleitet.⁴²⁹ Grotewohl, den Yachil als linken Sozialisten charakterisierte, vertrat die Auffassung, dass die Sowjetunion die Gründung eines jüdischen Staates „kraft eigenen Rechtes“, auch unabhängig von einer entsprechenden UN-Resolution, anerkennen würde. Er sprach sich allerdings gegen eine individuelle Rückgabe von Eigentum an Juden in der DDR aus, da er selbst und die SED für die Verstaatlichung von Eigentum eintrete. Davon abgesehen betrachtete Grotewohl eine solche Frage als nicht dringend, da seiner Ansicht nach nur noch ein Teil des Einkommens real existiere und nur noch wenige der Juden mit entsprechenden Forderungen überhaupt leben würden. Andererseits befürwortete Grotewohl durchaus eine „kollektive Entschädigung für das den Juden geraubte Eigentum“, wobei er einen noch zu errichtenden jüdischen Staat wie selbstverständlich als anspruchsberechtigt anerkannte. Grotewohl vertrat die These, dass die sowjetischen Besatzungsbehörden eine solche Politik unterstützen würden. Ein von Yachil erbetenes Treffen mit einem Vertreter der SMAD kam allerdings nicht zustande. Interessant erscheint im Nachhinein, dass Grotewohl sich keineswegs nur mit der Darstellung einer grundlegenden politischen Linie begnügte, sondern zu diesem Zeitpunkt bereits ein konkretes zukünftiges Projekt der Wiedergutmachung ansprach. Demnach erwog er die Möglichkeit, das jüdische Krankenhaus in Leipzig, welches ohnehin bereits von der dortigen Stadtverwaltung genutzt wurde, in deutsches Eigentum zu übergeben, wenn Deutschland dem zu gründenden jüdischen Staat beispielsweise ein Schiff zur Verfügung stellen würde. Yachil, dem sehr wohl der informelle und rechtlich keineswegs verbindliche Charakter des Gesprächs bewusst war, bat Eljashiv⁴³⁰ im Sommer 1948, über die israelische Gesandtschaft in Moskau weitere Schritte zum Zwecke der Wiedergutmachung einzuleiten. Die dortige israelische Ver-

⁴²⁷ Von diesem Parteimitglied ist nur bekannt, dass es damals eine wichtige Funktion in der Berliner Polizei ausübte.

⁴²⁸ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.9, S.470f.

⁴²⁹ Wolffsohn verweist auf weitere Gespräche z.B. mit Leo Zuckermann, Paul Merker und Hilde Benjamin. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind für diese Treffen keinerlei weitere Angaben auf der Basis von schriftlicher Überlieferung möglich. Vgl.: Wolffsohn, M.: Deutschland - Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legende, München 1995, S.183f.

⁴³⁰ Zu dieser Zeit war Eljashiv der Leiter der Osteuropaabteilung im israelischen Außenministerium.

treterin, Golda Meyerson (Meir), vertrat ihrerseits aber den Standpunkt, dass diese Frage nicht in Moskau, sondern von Israel aus verhandelt werden müsse.

1.2.2.2. Israelische Wiedergutmachungsforderungen und der Einfluss der Sowjetunion

Kurz nach Gründung der DDR äußerte sich Ministerpräsident Otto Grotewohl am 12. Oktober 1949 in seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer öffentlich zur Frage der Entschädigung. Grotewohl gedachte zunächst der „Millionen Opfer aller Völker“, welche während des Nationalsozialismus ihr Leben verloren hatten. Er sprach sich weiterhin für die „Pflicht“ der Regierung der DDR aus, „Widerstandskämpfern“ und „Witwen und Waisen der Opfer des Faschismus“ bei der Sicherung ihrer Existenz zu helfen. Eine Entschädigung jüdischer Opfer wurde in dieser Rede nicht gesondert gefordert. Allerdings sollte der Wiederbelebung „antisemitischer Ideen“ und deren Verwendung mit der „ganzen Schärfe des Gesetzes“ entgegengetreten werden. Leider sollte die Realität aber anders verlaufen.⁴³¹

Im Mai 1950 besuchte der Vertreter des israelischen Finanzministeriums, Mendelsohn, auch die DDR.⁴³² Im Rahmen eines Gesprächs mit Vertretern des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, erkundigte sich dieser nach dem Stand von Restitution und Wiedergutmachung. Mendelsohn wurde dargelegt, dass eine prinzipielle, für das gesamte Gebiet der DDR gültige Regelung nicht bestünde. Eine solche wurde aber seitens der Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, die offensichtlich selbst keine Kenner der Materie waren, für einen unbestimmten, zukünftigen Zeitpunkt in Aussicht gestellt. Dazu sollte es nie kommen. Mendelsohn vertrat wie auch gegenüber der bundesdeutschen Administration den Standpunkt, dass ein israelischer Globalanspruch hinsichtlich Restitution und Wiedergutmachung nur auf dem Wege von Warenlieferungen an Israel zu realisieren sei. Dabei sollten v.a. Waren an Israel geliefert werden, die zum Aufbau des Landes dringend benötigt wurden. Als Folge dieser Wiedergutmachungsleistungen seitens der DDR stellte Mendelsohn die Entwicklung regulärer Handelsbeziehungen in Aussicht. Anstatt auf die Frage einer Realisierung der israelischen Globalansprüche einzugehen wurde Mendelsohn gefragt, ob die Regelung der Wiedergutmachungsfrage die Vorbedingung für reguläre Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Israel darstelle. Mendelsohn verneinte eine derart ultimative Herangehensweise, wohl nicht zuletzt deshalb, weil Israel zu diesem Zeitpunkt keineswegs die wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfolgung einer derartigen Politik besaß.

⁴³¹ Vgl.: Regierungserklärung Grotewohls am 12.10.1949, in: DAPDDR, Bd. I, S.19-37. Zur Frage der Wiedergutmachung, S. 36.

⁴³² Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.6, S.464f.

Die DDR Regierung unterstellte nach Beschluss am 20. Juli 1950 jegliches ausländisches Vermögen auf ihrem Staatsterritorium unter die Verwaltung der Abteilung „Verwaltung und Schutz ausländischen Eigentums“ im Ministerium der Finanzen.⁴³³

Doch fünf Jahre nach Kriegsende war keine der Regierungen der beiden deutschen Staaten Israel gegenüber aus eigener Initiative heraus mit einem öffentlich deklarierten, angemessenen Angebot von Entschädigung und Wiedergutmachung zur Befriedigung eines israelischen Globalanspruches hervorgetreten. Die israelische Regierung ihrerseits konnte, da sie die psychologische Situation in Israel angesichts der jüngsten Vergangenheit zu berücksichtigen hatte, selbst wenn sie es z.B. aus ökonomischen Motiven heraus gewollt hätte, nicht ihrerseits in direkte offizielle Verhandlungen mit einem der beiden deutschen Staaten eintreten, ohne dass diese ihrerseits ihren Willen zur Wiedergutmachung öffentlich bekundet hatten. In Israel drängte die Zeit. Die wirtschaftlichen Probleme wogen schwer und insbesondere im Falle der Bundesrepublik konnte man erste Zeichen am Horizont erkennen, dass diese sich auf dem Weg zurück in die Staatengemeinschaft befand. Israel sollte leben. Dafür bedurfte es nicht nur harter Arbeit, sondern auch finanzieller Mittel sowie entsprechender Rohstoffe und Erzeugnisse. Aber die Flüchtlinge, die Israel integrierte, waren keine vermögenden Menschen. Manche unter ihnen besaßen nur ihr nacktes Leben.

Israel wandte sich erstmals am 19. Januar 1951 und am 12. März 1951 mit einer zweiten Note an die vier Siegermächte um seine Ansprüche gegenüber beiden deutschen Staaten geltend zu machen. Doch die Antwort der Sowjetunion sollte einige Zeit auf sich warten lassen.⁴³⁴ Nachdem der israelische Gesandte in Moskau, Eljashiv, am 23. Oktober 1951 – Bundeskanzler Adenauer hatte die Bereitschaft der Bundesregierung zur Wiedergutmachung in seiner Rede am 27. September 1951 vor dem Bundestag bereits verkündet - im sowjetischen Außenministerium mit der Bitte um eine Antwort auf die israelische Note vom 12. März 1951 vorstellig geworden war, befassten sich die Dritte Europäische Abteilung sowie die Mittelostabteilung des sowjetischen Außenministeriums mit einer möglichen Antwort an die israelische Regierung.⁴³⁵ Bei diesen Erwägungen wurde auch die israelische Note vom 16. Januar 1951, die ausführte, dass Israel Entschädigung für die Enteignung jüdischen Eigentums in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 verlangte, berücksichtigt. Dabei verdeutlicht die interne Diskussion, dass über die Inhalte einer Antwort an Israel im sowjetischen Außenmi-

⁴³³ Vgl.: Wirtschaftsrechtliches Informationsblatt, Nr.18-19/51, August 1951, in: ISA/2511/17-зп.

⁴³⁴ Vgl.: Brod, P.: Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklungen bis 1956, Baden-Baden 1980 (=Osteuropa und der internationale Kommunismus; Bd.5), S.86.

⁴³⁵ Vgl.: Documents on Israeli-Soviet Relations 1941-1953 (folgend DISR), Dok.385, S.749ff.

nisterium keineswegs Einigkeit herrschte. So empfahl u.a. Il'ichev,⁴³⁶ eine direkte, die Substanz der Noten einbeziehende Antwort zu vermeiden, aber Israel grundlegend darzulegen, dass die UdSSR im Falle des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland den israelischen Forderungen keineswegs ablehnend gegenüberstehen würde. Etwas anders sahen dies aber Il'ichevs Kollegen, Gribanov⁴³⁷ und Bazarov,⁴³⁸ die dem sowjetischen Außenminister Vyshinskii empfahlen, Israel keine Antwort auf seine Noten vom 16. Januar und 12. März 1951 zu erteilen. Darüber hinaus sollte der israelische Gesandte in Moskau, Eljashiv, mündlich unterrichtet werden, dass die Sowjetunion keine Möglichkeit sehe, Verpflichtungen jeglicher Art im Sinne der israelischen Ansprüche einzugehen. Dies sollte damit begründet werden, dass die Frage von „Reparationen“ bereits Diskussionsgegenstand zahlreicher Staaten, die materielle Verluste infolge des Nationalsozialismus erlitten hatten, gewesen war und mittlerweile einige internationale Abkommen in dieser Angelegenheit geschlossen worden seien.

Erst nach Überreichung der Stalinnote vom 10. März 1952 und zeitlich nahezu parallel zur Eröffnung der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und Israel sowie der Claims Conference über Fragen der Wiedergutmachung unterrichtete Bazarov Eljashiv mündlich am 24. März 1952 über die Haltung der sowjetischen Regierung, mit Blick auf die israelischen Forderungen. So galt es nach Ansicht der sowjetischen Regierung die Frage der israelischen Ansprüche erst im Zusammenhang mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern. Diese Stellungnahme basierte auf Empfehlungen des sowjetischen Außenministeriums, die am 24. März 1952 durch das ZK der KPdSU gebilligt worden waren. Auf die Frage Eljashivs nach der grundsätzlichen Haltung der Sowjetunion und dem Ausmaß deren Unterstützung der israelischen Forderungen erhielt er von Bazarov keine verbindliche Antwort. Allerdings ergänzte dieser, dass das Problem durch die Deutschen selbst gelöst werden müsste. Eljashiv vermutete hinter der sowjetischen Stellungnahme deren Motiv, selbst Interesse am Erhalt großzügiger Reparationen zu haben, übersah aber möglicherweise, dass auch die USA die Auffassung vertraten, dass das Problem israelischer Wiedergutmachungsansprüche durch die Bundesrepublik gelöst werden musste.⁴³⁹ Infolge der mündlichen Stellungnahme von Bazarov vom 24. März 1952 und dem Gespräch mit dem sowjetischen Bot-

⁴³⁶ Dieser war 1948-1949 als stellvertretender Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums tätig. Vgl.: DISR, S.952.

⁴³⁷ Mikhail Grigor'evich Gribanov arbeitete 1947-1949 für die SMAD. Er war 1949 bis 1955 zunächst als stellvertretender, dann als Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums tätig. Vgl.: DISR, S.951.

⁴³⁸ Semen Tarasovich Bazarov war während der Jahre 1950 bis 1953 zunächst stellvertretender, später Leiter der Mittelostabteilung des sowjetischen Außenministeriums. Vgl.: DISR, S.946

⁴³⁹ Vgl.: DISR, Dok.406, S.794f.

schafter in Israel erwog dieses, sich mittels einer weiteren Note an die Regierung in Moskau zu wenden.⁴⁴⁰

Ende April 1952 unterrichtete der israelische Außenminister, Sharett, den sowjetischen Gesandten in Israel, Ershov, dahingehend, dass sich Israel mit der sowjetischen Antwort in Bezug auf die israelischen Wiedergutmachungsforderungen gegenüber der DDR nicht einverstanden erklären könne. Während die Bundesregierung Verantwortung für die Enteignung einzelner Juden und jüdischer Organisationen während des Nationalsozialismus übernommen habe, verwies er auf die ursprünglich ebenso positive Haltung der ostdeutschen Regierung, die nunmehr aber weder solche Forderungen entgegennehme, geschweige denn diese erfülle. Mit der Begründung, dass sich die israelische Regierung aus moralischen Gründen außerstande sehe, direkt an die DDR heranzutreten, bat Sharett die Sowjetunion, dieser entsprechende Schritte zu empfehlen.⁴⁴¹ Allerdings zeigte sich Israel sehr überrascht, als Ershov glaubhaft darstellen wollte, dass die Sowjetunion von der DDR abgesehen von der „Kriegsbeute“ keine Reparationen erhalten habe. Die Gastgeber Ershovs informierten diesen daraufhin über den Briefwechsel vom Mai 1951 zwischen Grotewohl und Stalin, der auf Wunsch des ostdeutschen Ministerpräsidenten die erheblichen Reparationsforderungen seitens der UdSSR gegenüber der DDR um 50 % reduziert hatte.⁴⁴² Darüber hinaus beargwöhnte die Sowjetunion die zunehmende Ausrichtung Israels zur westlichen Hemisphäre. In einem politischen Bericht der sowjetischen Vertretung in Israel hieß es im Mai 1952, dass Israel 1951 seine ökonomische Unabhängigkeit ebenso verloren habe, wie die seiner Innen- und Außenpolitik. Dabei kristallisierte sich sehr wohl heraus, dass man weniger Israel, als vielmehr den amerikanischen Einfluss in Israel als den eigentlichen Gegenspieler wahrnahm. Wenn dies auch nicht das ursächliche Motiv der Sowjetunion gewesen sein dürfte, das Anliegen Israels, von der DDR Wiedergutmachungsleistungen zu erhalten, sehr zurückhaltend zu behandeln, vielmehr die eigene wirtschaftliche Situation der Sowjetunion aber auch die zeitlich parallel schwebende Diskussion in der deutschen Frage Berücksichtigung verdient, mahnte das wahrgenommene Engagement der USA in Israel die sowjetische Regierung und einen Juden gegenüber ohnehin sehr argwöhnischen Stalin zusätzlich zur Vorsicht.

Israel hielt an dem Vorsatz fest, seine Forderungen gegenüber der DDR nicht fallen zu lassen und zu gegebener Zeit bei der sowjetischen Regierung erneut in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden. Der erste stellvertretende Generaldirektor des israelischen Außenminis-

⁴⁴⁰ Vgl.: DISR, Dok.410, S.802.

⁴⁴¹ Ebd., Dok.409, S.800f.

⁴⁴² Ebd., Dok.410, S.801f.

teriums, Levavi,⁴⁴³ informierte den israelischen Gesandten in Moskau darüber, dass er einen Termin für die Übergabe einer entsprechenden Note an die sowjetische Regierung entweder im Vorfeld des erfolgreichen Abschlusses der Gespräche in Wassenaar zwischen der Bundesrepublik und Israel bzw. der Claims Conference oder aber nach der Ratifizierung des Abkommens für sinnvoll erachtete.⁴⁴⁴ Eljashiv übergab am 15. September 1952,⁴⁴⁵ nur wenige Tage nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens, dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Pushkin⁴⁴⁶ die israelische Note, welche die israelischen Forderungen gegenüber der DDR nochmals ausführlich begründete. Darin wurde betont, dass die Forderungen der israelischen Regierung nicht mit Kriegsreparationen im Sinne des „Potsdamer Abkommens“ oder Reparationen, die einem zukünftigen Friedensvertrag entsprangen, vergleichbar seien. Somit sei eine Befriedigung der israelischen Ansprüche nicht von einem Friedensvertrag mit Deutschland abhängig. Zudem verwies Israel auf den ungenügenden gesetzlichen Rahmen in der DDR, enteigneten Juden die Möglichkeit der Klage einzuräumen. Darüber hinaus wurde auf die Bestimmung vom Herbst 1951 hingewiesen, wonach Eigentum von Personen, die im Ausland lebten, der Staatsbank der DDR zufiel. Diese Regelung schloss aber aus, dass Juden, die auf dem Gebiet der DDR wohnhaft gewesen und enteignet worden waren, in diese aber nicht zurückkehren wollten, ihr gestohlenen Eigentum zurückerhielten. Da bisher jedes Zeichen des guten Willens seitens der DDR zur Befriedigung der israelischen Ansprüche fehlte, lehnte die israelische Regierung die Möglichkeit eines Kontakts zur Regierung der DDR solange ab, bis diese ihre Meinung grundlegend änderte. In diesem Sinne bat Israel die sowjetische Regierung, die DDR in dem Sinne zu beeinflussen, dass diese den Weg für eine zufriedenstellende Lösung der Entschädigungsfrage im Sinne der Noten vom 16. Januar und 12. März 1951 ebnen werde.⁴⁴⁷ In einem erst nach der Übergabe der Note eingetroffenen Telegramm der Osteuropaabteilung des israelischen Außenministeriums vom 16. September 1952 wurde Eljashiv für den Fall einer mündlichen Erörterung der Note angewiesen, zu erklä-

⁴⁴³ Levavi war zuvor als Leiter der Osteuropaabteilung des israelischen Außenministeriums tätig gewesen.

⁴⁴⁴ Vgl.: DISR, Dok.419, S.815f.

⁴⁴⁵ Für diese Datierung spricht auch eine Aufzeichnung des israelischen Außenministeriums aus dem Jahre 1955 über die einzelnen Gespräche mit Vertretern der DDR zur Frage von Wiedergutmachungsleistungen, in: I-SA/2511/17-37. Jelinek datiert die Übergabe der Note auf den Tag der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens (10.9.1952). (Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.324). Damit widerspricht er einem durch ihn selbst publizierten Entwurf der Note, im Kontext dieser der 15.9.1952 als Übergabedatum vermerkt ist. Siehe Ders.: Moral und Realpolitik, Dok.43, S.207.

⁴⁴⁶ Pushkin, der zuvor als Botschafter der Sowjetunion in Budapest fungierte, war von 1949-1952 sowjetischer Botschafter in der DDR gewesen. Israel bewertete seine Ernennung zum stellvertretenden Außenminister der UdSSR als Zeichen dafür, dass die deutsche Frage in der sowjetischen Außenpolitik von besonderem Status war. Vgl.: DISR, Dok.426, S.830.

⁴⁴⁷ Vgl.: DISR, Dok.427, S.832f. Der bei Jelinek (Ders.: Moral und Realpolitik, Dok.43, S.207f.) abgedruckte Entwurf der Note weicht in einigen Formulierungen geringfügig von der in der Edition vorliegenden endgültigen Fassung ab, weswegen dieser bevorzugt heranzuziehen ist.

ren, dass Israel zu vorbereitenden informellen Gesprächen mit der DDR bereit sei, wenn dieser Kontakt durch sowjetische Vermittlung zustande kommen sollte.⁴⁴⁸ Eljashiv erörterte diesen Zusatz wenige Tage später mit dem stellvertretenden Leiter der Nah- und Mittelostabteilung des sowjetischen Außenministeriums, Shchiborin.⁴⁴⁹ Pushkin selbst äußerte Eljashiv gegenüber nach Überreichung der Note die Auffassung, dass seine Regierung die bereits gemachte Antwort bestätigen werde und stellte die Frage, weswegen sich Israel nicht an die DDR, die ein unabhängiger Staat sei, wandte. Das Luxemburger Abkommen bewertete Pushkin etwas abfällig als Ausdruck einer Tendenz der bundesdeutschen Politik, die Teilung Deutschlands zu zementieren und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu vereiteln.⁴⁵⁰

Infolge des Berichtes von Kol Yisrael, bei dem der Landwirtschaftsminister der DDR, Vizepräsident der Volkskammer sowie Vorsitzende der Deutschen Bauernpartei (DBP), Ernst Goldenbaum,⁴⁵¹ mit seiner als privat charakterisierten Äußerung im Rahmen einer Pressekonferenz in Bonn zitiert wurde, wandte sich der erste stellvertretende Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Levavi, erneut am 24. September 1952 an Eljashiv.⁴⁵² Dem Bericht zufolge hatte Goldenbaum den Standpunkt vertreten, dass die DDR prinzipiell nichts gegen Wiedergutmachungsleistungen einwenden würde, aber in dieser Frage deswegen noch nicht aktiv geworden sei, weil Israel bisher kein konkretes Ersuchen an die DDR gerichtet habe. Immerhin unterschied sich diese Stellungnahme z.B. von einer Meldung des Neuen Deutschland ca. zwei Monate nach Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens, wonach jenes als schmutziger Handel charakterisiert wurde, hinter dem man die „US-Imperialisten“ vermutete, von dem nur die „Kapitalisten“ in der Bundesrepublik und in Israel profitieren würden.⁴⁵³

Eljashiv traf sich am Rande der Eröffnung der chinesischen Kunstaussstellung am 1. Oktober 1952 mit dem Botschafter der DDR in Moskau, Rudolf Appelt.⁴⁵⁴ Den israelischen Gesandten interessierte im Rahmen des Gesprächs die grundsätzliche Haltung der DDR zur Frage von Wiedergutmachungsleistungen an Israel. Appelt unterrichtete in der Folge des Gesprächs sowohl den Außenminister der DDR, Georg Dertinger, als auch den Leiter der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Gribanov über dessen Inhalt. Gribanov informierte Appelt daraufhin über das israelische Ersuchen an die Sowjetunion und

⁴⁴⁸ Vgl.: FPI 1952, Dok.355, S.237 (hebr.S.520).

⁴⁴⁹ Vgl.: FPI 1952, Dok.365, S.242 (hebr. S.532f.).

⁴⁵⁰ Vgl.: FPI 1952, Dok.356, S.237 (hebr. S.521; sowie: FPI 1952, Dok.362, S.239 (hebr. S.528f.).

⁴⁵¹ Vgl.: Illichmann, J.: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt 1997, S.68.

⁴⁵² Vgl.: FPI 1952, Dok.371, S.244 (hebr. S.542f.).

⁴⁵³ Vgl.: Thompson, J.E.: Jews, Zionism, and Israel, S.100. Die Inhalte dieses Artikels müssen bereits im Kontext des Slánský-Prozesses gesehen werden.

⁴⁵⁴ Beide kannten sich aus der Vorkriegszeit. Vgl.: Wolffsohn, M.: Deutschland - Akte, S.187.

die mündlich überbrachte Antwort der Sowjetunion vom 24. März 1952. Gribanov empfahl, so Appelt, dass die deutsche Antwort an Israel eine ähnliche Formulierung wie die sowjetische enthalten sollte. Der deutsche Botschafter regte an, Israel unter allen Umständen eine Antwort zu erteilen. Am 4. November 1952 übermittelte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Botschaft in Moskau das Antwortschreiben der DDR, welches durch Außenminister Dertinger ebenso bestätigt worden war wie durch Ministerpräsident Otto Grotewohl. In starker Anlehnung an den sowjetischen Standpunkt erklärte die DDR, dass die israelischen Wiedergutmachungsansprüche zu dem Problemkreis gehörten, der erst im Kontext eines Friedensvertrages mit Deutschland debattiert werden könne. Die israelischen Hoffnungen auf eine einvernehmliche Lösung des Problems mit der DDR, die durch die Presseberichte infolge der Äußerungen Goldenbaums genährt, durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten aber kurze Zeit später sehr schnell dementiert worden waren, lösten sich „in Schall und Rauch“ auf.⁴⁵⁵

In einer internen Analyse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Ende des Jahres 1952 wurde die Problematik israelischer Wiedergutmachungsansprüche nochmals ausführlich erörtert. In dieser wurde z.B. die These vertreten, dass das „Nichteingehen der Regierung der DDR auf die Ansprüche Israels“ seitens dessen Regierung zu „Verleumdungen und diskriminatorischen Erklärungen gegenüber der DDR“ geführt habe.⁴⁵⁶ Als Beispiel wurde die Haltung Israels im Rahmen des Dritten Weltpostkongresses im Mai 1952 angeführt und seitens des Ministeriums, als Folge einer etwas verzerrten Wahrnehmung des ostdeutschen Staates, als Verleumdung und Diskriminierung der DDR interpretiert. Im Rahmen des Kongresses hatte sich Israel gegen den Beitritt Deutschlands zum Weltpostverein ausgesprochen, da bisher „kein Teil [sic!] Deutschlands den Beweis erbracht“ habe, „sich den moralischen Grundsätzen, die für die ganze Menschheit gelten“, zu unterwerfen.⁴⁵⁷ Darüber hinaus wurde bestritten, dass Israel überhaupt als „reparationsberechtigter Staat“ anerkannt werden konnte, da es erst 1948 gegründet worden war. Selbst wenn dieser Punkt nicht zu beanstanden gewesen wäre, betrachtete das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Israel zum „westlichen Reparationskreis“ zugehörig, wobei ein entsprechender Anspruch gemäß „Potsdamer Abkommen“ „aus den westdeutschen Besatzungszonen oder aus deutschen Guthaben im kapitalistischen Ausland befriedigt werden“ sollte.⁴⁵⁸

⁴⁵⁵ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.8, S.468f. sowie Dok.10, S.472f.

⁴⁵⁶ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.10, S.473.

⁴⁵⁷ Ebd.

⁴⁵⁸ Ebd., S.474.

1.2.2.3. Ostdeutsche Argumentation

Auffällig an der Stellungnahme des Ministeriums ist, dass das Israel gegenüber dargebrachte Argument, dessen Ansprüche im Kontext eines abschließenden Friedensvertrages zu behandeln, eindeutig auf einer sowjetischen Idee basierte. Andererseits führte die DDR intern allerdings andere Gründe – wie z.B. die Zugehörigkeit Israels zum „westlichen Reparationskreis“ an, um nicht auf die israelischen Forderungen einzugehen, ja deren Berechtigung, sei es nur deren moralische, schlichtweg zu negieren. Natürlich benutzte die DDR die zunehmende Verschärfung des Kalten Krieges in der Folge des Koreakrieges, das zunehmende Misstrauen zwischen USA und UdSSR bereitwillig zur argumentativen Rechtfertigung ihrer Israelpolitik. So erklärte sie: „Das Ziel der Befriedigung der israelischen Forderungen ist der Ausbau der von den USA-Monopolisten dirigierten ökonomischen Basis des Kapitalismus in Israel, ist die Stärkung des USA-Stützpunktes im Mittleren Osten.“⁴⁵⁹ „Zur Verwirklichung dieses den Weltfrieden gefährdenden Zieles“⁴⁶⁰ wollte sie als ihrem Selbstverständnis nach besserer deutscher Staat natürlich nicht beitragen.

Allerdings erhielt diese bei einer gegen Israel gerichteten Argumentation z.B. aus Syrien Unterstützung. Der DDR war die syrische Denkschrift an die Bundesrepublik Deutschland anlässlich der israelischen Wiedergutmachungsforderungen bekannt.⁴⁶¹ Im Unterschied zu Syrien, dass lediglich einen auf die Region begrenzten Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten wahrnahm, internationalisierte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten diesen Konflikt, um Israel als Basis der USA im Nahen Osten zu diffamieren und damit die eigene Politik, keinerlei Wiedergutmachungszahlungen an Israel zu leisten, auch gegenüber der Sowjetunion ausgiebig zu legitimieren. Für die nichtexistente Bereitschaft der DDR zur moralischen „Anerkennung einer Mitverantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands“ können deren außenpolitische Interessen in den arabischen Staaten insbesondere zu diesem frühen Zeitpunkt nicht als ursächlich betrachtet werden.⁴⁶² Gerade die Reaktion der arabischen Staaten gegenüber der Bundesrepublik nach Abschluss des Luxemburger Abkommens zeigten, dass diese die moralische Verantwortung gegenüber der an Juden verübten Verbrechen, welche die Bundesrepublik übernahm, letztlich doch anerkennen mussten. Was diese Staaten fürchteten, war die finanzielle Unterstützung eines Landes, mit dem sie, obwohl immerhin Waffenstillstandsabkommen existierten, ihrem Selbstver-

⁴⁵⁹ Ebd.

⁴⁶⁰ Ebd.

⁴⁶¹ Vgl.: „Resümee einer Denkschrift, die die Regierung Syriens der Regierung der Deutschen Bundesrepublik anlässlich der von Israel gestellten Wiedergutmachungsforderungen überreicht hat.“, 17.11.1952, in: SAPMO-BArch, NY 4090, Bd.495.

⁴⁶² Anders sieht dies Goshler. Vgl.: Goshler, C.: Nicht bezahlt, S.189.

ständnis nach im Krieg lebten. Zudem erhofften auch sie sich lukrative wirtschaftliche Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik.

Jugoslawien erhielt als einziger Staat, als „umworbenes Land zwischen den Blöcken“⁴⁶³ eine Globalentschädigung von beiden deutschen Staaten (von der DDR 1963). Ab Mitte der fünfziger Jahre wurde die Frage Wiedergutmachung zunehmend außenpolitisch funktionalisiert. Allerdings müssen finanzielle Leistungen und Übernahme moralischer Verantwortung analytisch wie praktisch dahingehend differenziert werden, als dass politische Interessen und wirtschaftliche Determinanten nicht quasi selbstverständlich zur Legitimierung mangelhaften Verantwortungsbewusstseins herangezogen werden können, welches im Falle der DDR und ihrer Einstellung Juden wie Israel gegenüber unstrittig sein dürfte. Eine ostdeutsche Globalentschädigung an Jugoslawien scheiterte vergleichsweise nicht an ökonomischen Determinanten.

Weiterhin argumentierte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in einer internen Stellungnahme, dass „Faschismus und Antisemitismus vernichtet“ seien und zugunsten der „Opfer des Faschismus“, zu denen die DDR auch Juden zähle, zahlreiche, „besondere Maßnahmen zur bevorzugten Versorgung und Unterstützung“ unternommen habe. In diesem Zusammenhang verwies man auf die „Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes“ vom Oktober 1949 und die „Richtlinien für die Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes“ vom Februar 1950.⁴⁶⁴ Im Januar 1953 war die Auflösung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) allerdings bereits entschieden.⁴⁶⁵ Das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer bildete die Nachfolgeorganisation der aufgelösten VVN.⁴⁶⁶ Als verantwortliches Politbüromitglied für das „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ wurde Franz Dahlem (VVN) durch Hermann Matern ersetzt. Matern fungierte zudem bereits als Leiter der zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) und war hier an herausragender Stelle für zahlreiche Säuberungen innerhalb der SED als „Großinquisitor“⁴⁶⁷ verantwortlich. Im Rahmen einer Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 15. Januar 1953,⁴⁶⁸ die sich z.B. auch mit den „Lehren aus der Aufdeckung

⁴⁶³ Goschler, C.: Nicht bezahlt?, S.190.

⁴⁶⁴ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.10, S.474.

⁴⁶⁵ Zur VVN siehe: Reuter, E./ Hansel, D.: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, Berlin 1997.

⁴⁶⁶ Vgl.: Timm, A.: Alles umsonst?, S.21. Groehler unterscheidet drei Gruppen innerhalb der KPD/ SED hinsichtlich ihrer Haltung zur „jüdischen Frage“. Vgl.: Groehler, O.: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, S.236ff.

⁴⁶⁷ Herf, J.: Zweierlei Erinnerung, S.137. Matern war bereits Mitglied der Moskauer Gruppe um Ulbricht.

⁴⁶⁸ Vgl.: Protokoll Nr.4/53 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 15.1.1953, in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/3/355.

der terroristischen Tätigkeit einer Ärztegruppe in der Sowjetunion“⁴⁶⁹ beschäftigte, wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, um die nächste Delegiertenkonferenz der VVN derart vorzubereiten, dass diese als „Konferenz zur Beendigung der Arbeit der VVN“ durchgeführt wurde. Der Wunsch des ZK der SED war der VVN Befehl. Diese wurde aufgelöst.⁴⁷⁰ In der Realität waren Juden nur in den seltensten Fällen in den Genuss der Leistungen der VVN gekommen. Verfolgung aufgrund nationalsozialistischer Rassengesetze blieb im Rahmen der Entschädigungspolitik der DDR praktisch ebenso unberücksichtigt.⁴⁷¹

In Anbetracht der DDR-Judenpolitik, insbesondere der Jahre 1952 und 1953, kann von einem ernsthaften Willen der DDR, Wiedergutmachungsleistungen an Israel zu erbringen, ja diese überhaupt erst einmal moralisch anzuerkennen, nicht gesprochen werden. Gestützt wurde diese Politik durch inhaltliche Vorgaben aus Moskau in der Frage israelischer Wiedergutmachungsansprüche. Die zudem ökonomische Ressourcenknappheit der DDR ließ eine erfolgreiche Durchsetzung der israelischen Ansprüche auch im Laufe der folgenden Jahre immer unwahrscheinlicher werden. Aber ungeachtet dieser wirtschaftlichen Beschränkung versagte die DDR als zweiter deutscher Staat eine öffentliche Erklärung über ihren Anteil an der moralischen Verantwortung gegenüber den an Juden während des Nationalsozialismus verübten Verbrechen. Im Gegenteil wurden auch in der DDR Juden, die ihrem Jüdischsein nicht zugunsten kommunistischer Linientreue abschworen,⁴⁷² erneut stigmatisiert und ostdeutsche Kommunisten, wie am deutlichsten Merker, die sich für eine ostdeutsche Wiedergutmachung gegenüber Juden einsetzten, politisch unter Anwendung despotischer Methoden kaltgestellt. Die Verantwortung der DDR an diesen Verhaltensweisen geht aus den Akten dabei eindeutig hervor und kann keineswegs als schlichte gehorsame Ausführung sowjetischer Befehle verharmlost werden. Denunziationen als Anhänger des Zionismus, des amerikanischen Imperialismus, Unterstellung der finanziellen Korruption, kapitalistischer Grundüberzeugungen, Spionagevorwürfe, der Vorwurf des „Kosmopolitismus“ stigmatisierten Juden, die sich nicht dem totalen Willen der SED unterordneten oder Kommunisten, die sich für eine Wiedergutmachung gegenüber Juden einsetzten. Kommunisten mit Gewissen, mit Charakter und Verantwortungsbewusstsein hatten auch in der alles andere als demokratischen DDR denkbar schlechte Karten, die Karriereleiter schnellstens empor zu steigen – im Gegenteil. Die Einstellung des ostdeutschen Regimes im Inneren gegenüber Juden wurde auch spiegelbildlich in

⁴⁶⁹ Zur Verfolgung jüdischer Ärzte in der Sowjetunion siehe: Rapoport, L.: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992, insb. S.170-205.

⁴⁷⁰ Hierzu siehe Illichmann, J: Die DDR und die Juden, S.112-115.

⁴⁷¹ Vgl.: Lustiger, A.: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998, S.275.

⁴⁷² In diesem Zusammenhang sei auf Alexander Abusch verwiesen, der sich 1951 als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes verpflichtete. Vgl.: Herf, J.: Zweierlei Untergang, S.144.

dessen Einstellung gegenüber Israel nach außen, von wenigen einzelnen Ausnahmen abgesehen, deutlich.

1.3. Das Luxemburger Abkommen

1.3.1. Die Verhandlungen im Haag

Da die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel bzw. der Claims Conference in Wassenaar Gegenstand zahlreicher Studien gewesen sind,⁴⁷³ der Forschungsstand entsprechend ausdifferenziert ist, können die Verhandlungen und der Abschluss des Luxemburger Abkommens, dessen Inhalt eingeschlossen, hier in zusammengefasster Form wiedergegeben werden, wobei sich die Darstellung auf die Israel betreffenden Fragen der Verhandlungen beschränkt.

Die Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland mit Israel einerseits und der Claims Conference andererseits in Wassenaar, in der Nähe Den Haags, begannen am 21. März 1952.⁴⁷⁴ Diese Gespräche gliederten sich im wesentlichen in drei Phasen: die erste bis zur Unterbrechung der Verhandlungen bereits am 9. April 1952, einer zweiten Phase der Krise bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen Ende Juni des Jahres und schließlich einer dritten Phase bis zu deren erfolgreichen Abschluss Ende August. Das Abkommen wurde am 10. September 1952 durch Adenauer in seinem Amt als Außenminister und den israelischen Außenminister Sharett in Luxemburg unterzeichnet.

Die deutsche Delegation wurde durch den Rektor der Universität Frankfurt, Franz Böhm, geleitet. Als dessen Stellvertreter fungierte der Staatsbeauftragte für Wiedergutmachung Württemberg-Badens, Otto Küster.⁴⁷⁵ Die israelische Delegation wurde paritätisch geleitet

⁴⁷³ Als Auswahl siehe: Goschler, C.: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945-1954), München 1992 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd.34), S.269-285; Herbst, L./ Goschler, C.(Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte: Sondernummer); Hansen, N.: Schatten, S.155-277; Huhn, R.: Die Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar, in: Herbst, L./ Goschler, C. (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.139-160; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.170-216; Jelinek, Y.A.: Die Krise der Shilumim/Wiedergutmachungsverhandlungen im Sommer 1952, in: VfZ 38 (1990), S.113-139; Jena, K.v.: Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: VfZ 34/4 (1986), S.457-480; Sagi, N.: Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen, Stuttgart 1981; Weingardt, M.A.: Deutsche Israel- und Nahostpolitik, S.82-99; Wolfsohn, M.: Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang, in: VfZ 36 (1988), insb. S.700-705; Abs, H.J.: Außenpolitik und Auslandsschulden – Erinnerungen an das Jahr 1952, Konstanz 1990; Adenauer, K.: Erinnerungen 1953-1955, S.134-154; Böhm, F.: Die Luxemburger Wiedergutmachungsverträge und der arabische Einspruch gegen den Israelvertrag 1953, in: Ders.: Reden und Schriften. Über die Ordnung einer feien Gesellschaft, einer freien Wirtschaft und über die Wiedergutmachung, hg. v. E.-J. Mestmäcker, Karlsruhe 1960, S.216-240; Böhm, F.: Das deutsch-israelische Abkommen 1952, in: Ders.: Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1980, S.613-646; Shinnar, F.E.: Bericht, S.36-59.

⁴⁷⁴ Vgl.: Memorandum der israelischen Delegation vom 24.3.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.176, S.433f. sowie deutsche Stellungnahme zu dem israelischen Memorandum vom 24.3.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.176, S.435ff.

⁴⁷⁵ Der deutschen Delegation gehörten weiterhin Wolff für das BFM und Verbindungsperson zur Londoner Konferenz, weiterhin für das BFM Ludwig und Eckelmann, für das BWM Aschner und Fellsch sowie für das Aus-

durch Giora Josephthal, Leiter der Abteilung für Einwanderungsfragen innerhalb der Jewish Agency und Felix Eliezer Shinnar, Berater des israelischen Außenministeriums in der Frage der Forderungen gegenüber Deutschland.⁴⁷⁶ Nahum Goldmann gehörte weder der israelischen noch der Delegation der Claims Conference an, fungierte aber während schwieriger Momente der Verhandlungen als Vermittler.⁴⁷⁷

Israel erhob basierend auf der israelischen Note vom 12. März 1951, die Adenauer in seinem Brief an Goldmann vom 6. Dezember 1951 als Verhandlungsgrundlage anerkannt hatte, Ansprüche auf insgesamt 6,3 Milliarden DM gegenüber Deutschland als Eingliederungskosten für aus dem ehemaligen nationalsozialistischen Machtbereich vertriebene und nach Israel eingewanderte Juden. Davon entfielen zwei Drittel der Summe, also 4,2 Milliarden DM, auf die Bundesrepublik.⁴⁷⁸

Die erste Phase der Verhandlungen dauerte nur wenige Wochen. Während der Verhandlungsbeginn allein unter emotionalen Gesichtspunkten äußerst diffizil war,⁴⁷⁹ erschwerten nach kurzer Zeit finanzielle und wirtschaftliche Sachfragen auf deutscher Seite den Verlauf der Verhandlungen und verursachten deren Unterbrechung.⁴⁸⁰ Den Hintergrund dieser Entwicklung bildete der zeitliche und inhaltliche Zusammenhang der Verhandlungen mit Israel mit der in London laufenden Konferenz zur Regelung der deutschen Vorkriegsschulden. Zwar konnten beide Verhandlungsgegenstände nicht auch nur ansatzweise qualitativ verglichen werden, die israelischen Forderungen stellten einen Anspruch *sui generis* dar, was auch durch den deutschen Verhandlungsführer in London, Abs, anerkannt wurde. Allerdings basierten beide Komplexe auf nur ein und derselben deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit. Während die deutsche Delegation in Wassenaar zunächst beabsichtigte, Israel ein verbindliches deutsches Angebot in Höhe von 3 Milliarden DM zu offerieren⁴⁸¹ (damit

wärtige Amt Frowein als der Generalsekretär der deutschen Delegation an. Dieser wurden als „technische Hilfskräfte“ in der Funktion des Dolmetschers, Klebes, und als Sekretärinnen Unckel und Jonas zugeordnet. Angaben in: PA/AA, B 11, Bd.259, S.118f.

⁴⁷⁶ Der Delegation gehörten weiterhin der Leiter der Westeuropaabteilung des israelischen Außenministeriums, Gershon Avner, als Berater für wirtschaftliche Fragen, Noah Barou, als Experte der israelischen Ansprüche, Georg Landauer und als Beobachter Shalom Adler Rudel an. Siehe: PA/AA, B 11, Bd.259, S.115ff.

⁴⁷⁷ Vgl.: Ben Gurion an Goldmann am 17.9.1952, in: BGA, Correspondence Files (Org. = Archiv Zahal).

⁴⁷⁸ Vgl.: Aufzeichnung über israelische Ansprüche vom 5.4.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.177, S.512.

⁴⁷⁹ Die Bitterkeit auf jüdischer Seite gegenüber Verhandlungen mit Deutschland infolge des Holocausts reichte im extremen Fall bis hin zu Attentatsversuchen gegenüber z.B. dem Bundeskanzler und Böhm. Vgl.: Kabinettsprotokolle 1952, 212. Sitzung vom 1.4.1952, S.217. Sowie: Nachricht von Botschafter DuMont vom 1.4.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.177, S.483; Tagebucheinträge Küsters vom 31.3. und 1.4.1952, in: ACDP, I-084-001.

⁴⁸⁰ Vgl.: AAPD 1952, Dok.91, S.246.

⁴⁸¹ Diese Summe basierte auf folgender Berechnung: Der Sachverständige des Vertriebenenministeriums beurteilte die durch Israel berechneten Kosten für Einwanderer pro Kopf in Höhe von 3.000 Dollar als zu hoch und legte stattdessen seinen Berechnungen einen Betrag von 2.500 Dollar (=10.500 DM) pro Person zugrunde. Dieser Betrag wurde durch die deutsche Delegation in Wassenaar auf 9.000 DM nach unten korrigiert. Sie berücksichtigte damit den Umstand, dass die Eingliederungskosten Ausgaben beinhalteten, die auch für spätere Projek-

eine Summe unterhalb der israelischen Vorstellungen), scheiterte dieses Ersuchen am Widerstand von Abs. Im Rahmen einer Besprechung unter Leitung des Bundeskanzlers wurde die strittige Frage zwischen beiden deutschen Delegationen unter Verweis auf ein befürchtetes Scheitern der Londoner Verhandlungen am 5. April 1952 erörtert. Befürchtungen Adenauers, wonach Israel bzw. „die Juden“ die Bundesrepublik finanziell betrügen könnten, Aussagen, wonach Deutschland keine Forderungen Israels anerkennen könne und sich dieses wirtschaftliche Märkte im Nahen Osten sichern wolle, wirkten irritierend. Dafür bekundete McCloy gegenüber dem Kanzler amerikanisches Interesse an einem Abschluss eines für die deutsche und israelische Seite befriedigenden Abkommens in Wassenaar, ohne das die deutschen Leistungen dabei zu Lasten der USA fielen.⁴⁸² Die deutsche Delegation erklärte in der Folge, dass sie erst ca. nach einem Monat nach Wiederaufnahme der Gespräche in London am 19. Mai eine verbindliche Aussage über die Gesamthöhe, Termine und Modalitäten der Leistungen seitens der Bundesrepublik treffen könne. Infolge dieser aus israelischer Sicht unbefriedigenden Entwicklung wurden die Verhandlungen am 9. April unterbrochen. Israel war bis dato infolge des Briefes Adenauers vom 6. Dezember 1951 als Verhandlungsgrundlage vom Inhalt der Note vom 12. März 1951 ausgegangen und hatte einen Zusammenhang mit den Verhandlungen in London nicht erwartet.⁴⁸³

Die zweite Phase der Verhandlungen sollte sich als die schwierigste erweisen. Neben den Verhandlungen in Wassenaar und den Verhandlungen im Rahmen der Londoner Schuldenkonferenz führte die Bundesrepublik zeitlich parallel Verhandlungen um die Beendigung des Besatzungsstatuts und den Beitritt zur EVG. Darüber hinaus wurde insbesondere Adenauers Aufmerksamkeit zusätzlich durch die Stalinnoten in Anspruch genommen. Dennoch fand der Kanzler gerade in dieser schwierigen Phase Zeit, um insbesondere in kritischen Momenten mit Nahum Goldmann, oftmals infolge dessen Initiative, in Verbindung zu treten, um ein Scheitern der Verhandlungen in Wassenaar zu vereiteln und die Gespräche zu einem für beide Seiten akzeptablen Ergebnis zu führen. In seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler am 19.

te in Israel gewinnbringend genutzt werden konnten. Die Summe in Höhe von drei Milliarden DM entsprach somit zwei Drittel der Eingliederungskosten für 500.000 Flüchtlinge, wobei für diesen Zweck pro Person 9.000 DM als finanzielle Aufwendung berechnet wurde. Vgl.: AAPD 1952, Dok.92, S.247ff. sowie: Aufzeichnung Froweins vom 17.6.1952 unter Verweis auf entsprechendes Gutachten vom 30.3.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.178, S.910.

⁴⁸² Vgl.: AAPD 1952, Dok.95, S.261-267. Am 5.4.1952 fand so auch eine Sitzung zwischen McCloy einerseits sowie Abs, Böhm und Küster andererseits statt. In diesem Gespräch versuchte Abs McCloy von der Notwendigkeit finanzieller Zugeständnisse seitens der USA (z.B. Anleihe für die BRD, Freigabe des deutschen Vermögens in den USA für Wiedergutmachung an Israel) zu überzeugen. Vgl.: Aufzeichnung betr. Verhandlungen mit Israel vom 9.4.1952, in: BA, B 126, Bd.51544 sowie Tagebucheintrag Küsters vom 5.4.1952, in: ACDP, I-084-001.

⁴⁸³ Vgl.: Aufzeichnung über Sitzung mit der israelischen Delegation am 7.4.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.259 (3), S.211-226. Aktennotiz über die Besprechung mit der Delegation des Staates Israel am 9.4.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.259 (3), S.201-205.

April bedauerte Goldmann die Verschiebung der Verhandlungen bis zur ihrer geplanten Wiederaufnahme am 19. Juni und betonte, dass die jüdischen Forderungen moralische Forderungen darstellten, welche prinzipiell den Vorrang vor rein kommerziellen Schulden haben müssten. Gleichwohl zeigte er in Anbetracht des deutschen Devisenmangels und des Handelsbilanzdefizits Verständnis für die deutschen Schwierigkeiten in der Transfer- und Aufbringungsfrage und schlug den Abschluss einer Übereinkunft wenigstens für die kommenden drei Jahre vor. Auf diese Problematik eingehend, schlug Adenauer Goldmann vor, die Leistungen an Israel in Form von Warenlieferungen zu erbringen, da diese keine eigentliche Transferleistung darstellten.⁴⁸⁴ Seit Ende April prüfte die Bundesregierung im Rahmen eines interministeriellen Ausschusses die Möglichkeit und Art von Warenlieferungen an Israel im Wert von jährlich 100 Millionen DM.⁴⁸⁵ Trotz entsprechenden Widerstands von Abs, hatte sich Bundeswirtschaftsminister Erhard bereits Anfang April für Annuitäten in ebendieser Höhe in Form von Warenlieferungen ausgesprochen. Begründet hatte er diese Auffassung damit, dass Warenlieferungen Devisenzahlungen vorzuziehen seien und Israel im Unterschied zu den Gläubigern in London de facto eine Kapitalrückzahlung in relativ kurzer Zeit benötigte.⁴⁸⁶

In seinem Memorandum an Präsident Truman befürchtete der amerikanische Außenminister Dean Acheson am 22. April anlässlich der stagnierenden Verhandlungen zwischen Israel und der BRD teilweise berechtigt, dass ein öffentliches Statement möglicherweise die Hoffnung in Deutschland wecken würde, die USA seien gewillt, indirekt das Abkommen zwischen beiden Staaten zu finanzieren und damit die deutschen Verpflichtungen zu übernehmen. Trotzdem vertrat er die Ansicht, „that we should privately express to the Federal Government our hopes that the negotiations will reach a successful conclusion.“⁴⁸⁷ Zusätzlicher Druck wurde auf die Bundesregierung durch einen Beschluss der Knesset vom 6. Mai 1952,⁴⁸⁸ den Rück-

⁴⁸⁴ Vgl.: AAPD 1952, Dok.110, S.299ff.

⁴⁸⁵ Vgl.: Aufzeichnung von Weiz vom 23.4.1952 (MB 617/52^I) über Sachverständigenbesprechung betr. Warenlieferungen an Israel, in: PA/AA, B 150, Bd.177, S.616-619 (Weiz fungierte als Vorsitzender der jeweiligen Sachverständigenbesprechungen); Vermerk von Weiz am 24.4.1952 betr. Warenleistungen (MB 617/52^{II}), in: PA/AA, B 150, Bd.177, S.620f.; Vermerk von Weiz vom 25.4.1952 betr. Warenleistungen an Israel (MB 617/52^{III}), in: PA/AA, B 150, Bd.177, S.634f.; Vermerk von Aschner (V B 8) vom 23.4.1952, in: BA, B 102, Bd.58955.

⁴⁸⁶ Vgl.: AAPD 1952, Dok.95, S.265f.

⁴⁸⁷ FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.423, S.919.

⁴⁸⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.32, S.191.

tritt des stellvertretenden deutschen Delegationsleiters Küster⁴⁸⁹ und einen Brief des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher an den Bundeskanzler vom 10. Mai 1952⁴⁹⁰ ausgeübt.

Am 8. und 16. Mai wurden die Themen Verhandlungen mit Israel sowie Londoner Konferenz ausgiebig im Auswärtigen Ausschuss und im Kabinett diskutiert.⁴⁹¹ Dabei standen mögliche negative Auswirkungen für das internationale Ansehen der Bundesrepublik, der wahrscheinliche Vorwurf des Antisemitismus, Folgen für die politische und wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik in der Welt im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen mit Israel⁴⁹² ebenso zur Debatte wie die begrenzte Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik. Einige Tage danach, am 19. Mai fand eine Unterredung zwischen Abs, in Begleitung von Wolff (BFM) einerseits sowie Shinnar und Keren in London andererseits statt.⁴⁹³ Abs unterbreitete hier den deutschen Vorschlag jährlicher Warenlieferungen an Israel in Höhe von 100 Millionen DM, obwohl er diesen Vorschlag in der Kabinettsitzung vom 16. Mai als „wohl zu niedrig“⁴⁹⁴ bezeichnet hatte. Während Shinnar diesen Vorschlag als „beleidigend“ charakterisierte, erklärte Goldmann dieses Angebot in einem Brief an den Bundeskanzler für die israelische Regierung infolge des Knessetbeschlusses als unannehmbar. Als der deutsche Verhandlungsführer Böhm, der Zahlungen an Israel in Höhe von 3 Mrd. DM (in 12-15 Jahren, jährlich mindestens 200 Mio. DM) befürwortete, von der geplanten Reise von Abs nach London und dessen Absicht, Israel den Vorschlag deutscher Leistungen mit Annuitäten in Höhe von 100 Mio. DM zu unterbreiten, Kenntnis erhielt, trat er aus Protest noch vor dessen Abreise zurück.⁴⁹⁵ Diesen Schritt revidierte er später jedoch. Infolge dieser Krise veranlasste Adenauer Böhm, ein informelles Gespräch mit Goldmann zu führen, welches am 23. Mai in Paris stattfand.⁴⁹⁶ In dessen Rahmen schlug Böhm deutsche Warenlieferungen an Israel in Höhe von 3 Milliarden DM über einen Zeitraum von 8 bis 12 Jahren vor. Eigene dringende wirtschaftliche Prob-

⁴⁸⁹ Küster hatte infolge einer höchst kontroversen Unterredung mit Bundesfinanzminister Schäffer am 7. Mai, die im persönlichen Eklat endete, seinen Rücktritt erklärt, am 14. Mai bestätigt. Vgl.: Tagebucheintrag Küsters vom 7.5.1952 und am 14.5.1952, in: ACDP, I-084-001. Küster wurde in der Folge durch von Heinz Trützschler von Falkenstein ersetzt. Zur späteren Entlassung Küsters als Staatsbeauftragter für Wiedergutmachung in Württemberg-Baden siehe: Goshler, C.: Wiedergutmachung, S.165ff.

⁴⁹⁰ Vgl.: AAPD 1952, Dok.131, S.363f.

⁴⁹¹ Vgl.: Auswärtiger Ausschuss 1949-1953, Sitzung vom 16. Mai 1952, S.783-805; Kabinettsprotokolle 1952, 220. Sitzung, S.327-331.

⁴⁹² Zu dieser Frage vgl.: Aufzeichnung Blankenhorns für den Bundeskanzler vom 15.5.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.178, S.732-735. Blankenhorn antizipierte hier u.a. eine „Verschlechterung der öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland in allen westlichen Ländern“. Grundlegend zur Frage der öffentlichen Meinung und im Unterschied zu Wolffsohns These siehe: Frei, N.: Die deutsche Wiedergutmachungspolitik gegenüber Israel im Urteil der öffentlichen Meinung der USA, in: Herbst, L./ Goshler, C. (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.215-230.

⁴⁹³ Vgl.: AAPD 1952, Dok.139, S.385-388; Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.34, S.192-197; FPI 1952, Dok.158, S.232ff. Brief Goldmanns an Adenauer vom 19.5.1952, in: BA, NL 1351, Bd.16, S.107-111.

⁴⁹⁴ Kabinettsprotokolle 1952, 220. Sitzung vom 16.5.1952, S.328.

⁴⁹⁵ Vgl.: Kabinettsprotokolle 1952, 221. Sitzung am 20.3.1952, S.342; Lenz, O.: Im Zentrum der Macht, S.337.

⁴⁹⁶ Vgl.: Kabinettsprotokolle 1952, Sondersitzung am 23.5.1952, S.353f. sowie AAPD 1952, Dok.146, S.423-428.

leme Israels, einschließlich dessen Devisenmangels und der misslungene Versuch, in London eine Anleihe zu erhalten, waren ursächlich für eine hinsichtlich der Höhe des Gesamtbetrages und der Modalitäten der Zahlungen kompromissbereite Reaktion in Israel. Einem weiteren Treffen zwischen Goldmann und Adenauer am 28. Mai in Paris⁴⁹⁷ folgte am 10. Juni der ersehnte Durchbruch in den Verhandlungen mit Israel in Bonn.⁴⁹⁸ Hier einigte man sich, die Ansprüche der Claims Conference und Israels gemeinsam zu behandeln. Die der Claims Conference zustehenden Beträge sollten an Israel überwiesen werden. Zugeständnisse seitens der Claims Conference hinsichtlich der Höhe der durch diese geforderten deutschen Leistungen wurden ermöglicht, da sich die Bundesrepublik im Generalvertrag vom 26. Mai 1952 zur individuellen Wiedergutmachung verpflichtet hatte.⁴⁹⁹ Für die durch die Bundesrepublik zu entrichtende Summe wurde ein Betrag von 3,4 oder 3,5 Milliarden DM in Aussicht genommen. Die diesem Wert entsprechend zu liefernden Waren sollten grundsätzlich dem Aufbau Israels dienen. Am 17. Juni 1952 stimmte das Kabinett dem Vorschlag von Staatssekretär Hallstein zu, Israel 3 Milliarden DM zu zahlen, wobei die Jahresleistungen durch Warenlieferungen erbracht werden sollten.⁵⁰⁰

Ende Juni traten die Verhandlungspartner in Wassenaar wieder zusammen. Basierend auf dem Kabinettsbeschluss unterbreitete die deutsche Delegation ihr Angebot von Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von 3 Milliarden DM in Waren.⁵⁰¹ Dabei sollten bis 1. April 1954 Leistungen im Wert von 400 Millionen DM, danach jährlich 250 Millionen DM sowie eine zwölfte Jahresrate von 350 Millionen DM erbracht werden. Das Angebot wurde durch die israelische Delegation angenommen. Die an die Claims Conference zu entrichtende Globalabfindung in Höhe von 450 Millionen DM ging dabei ebenfalls zunächst an Israel und wurde von dort aus an die Claims Conference weitergeleitet.⁵⁰²

Für gewissen Diskussionsstoff der Experten sorgten in den nächsten Wochen noch Themen wie z.B. die Wertsicherungsklausel oder die Frage der Revision des antizipierten Abkommens im Falle der deutschen Wiedervereinigung. Nach nochmaligem Treffen zwischen Adenauer und Goldmann Mitte August und einer ausführlichen Diskussion des Luxemburger

⁴⁹⁷ Vgl.: Adenauer, K.: Briefe 1951-53, Nr.196, S.211 u. 568.

⁴⁹⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.37, S.200f. sowie AAPD 1952, Dok.153, S.461f., FPI 1952, Dok.190, S.296f.

⁴⁹⁹ Vgl.: AAPD 1952, Dok.139, Anm.4, S.386; AAPD 1952, Dok.152, S.456.

⁵⁰⁰ Vgl.: Kabinettsprotokolle 1952, 228.Sitzung vom 17.6.1952, S.394-398; AAPD 1952, Dok.170, S.516; Adenauer, K.: Briefe 1951-53, Nr.215, S.228.

⁵⁰¹ Vgl.: Zusammenfassung der Erklärung der deutschen Delegation vom 24.6.1952, gez. Böhm, in: BA, B 126, Bd.51544.

⁵⁰² Das Kabinett hatte am 15. Juli der Höhe der Leistung von 450 Millionen DM zugestimmt. Vgl.: Kabinettsprotokolle 1952, 235.Sitzung am 15.7.1952, S.456ff.

Abkommens im Bundeskabinett am 8. September war der Weg zur Unterzeichnung des Vertrages trotz murrendem deutschen Finanzministers frei.⁵⁰³

1.3.1.1. Kontroversen auf deutscher Seite

Für Diskussionen in deutschen Amtstuben und politischen Sphären sorgten die prinzipielle Frage der Anerkennung der israelischen Forderungen, nachdem sich Adenauer zu deutschen Wiedergutmachungsleistungen an Israel bereit erklärt hatte, die Frage der Höhe, der Modalitäten und Annuitäten dieser, insbesondere im Zusammenhang der Krise der Gespräche und der nicht nur sachlich begründete Protest von Finanzminister Schäffer. Zudem fielen die Verhandlungen in eine ereignisreiche Phase deutscher Außenpolitik, womit dem israelischen Anliegen nicht immer die Aufmerksamkeit zuteil wurde, welche von israelischer und jüdischer Seite als notwendig erachtet wurde.

Gerade in der Phase der Krise zeigte sich aber, dass in der Bundesrepublik trotz gelegentlicher Rückschläge auf dem Weg in die Zukunft in ein anderes Deutschlands auch deutsche Personen mit politischem und administrativem Einfluss die Bedeutung der Bereitschaft und Realisierung deutscher Wiedergutmachung gegenüber Israel und Weltjudentum erkannten, obgleich diese hier und da eher eine realpolitische denn moralische Begründung erfuhr. So mahnte z.B. Blankenhorn Mitte Mai 1952,⁵⁰⁴ dass die Bundesrepublik bei einem Scheitern der Gespräche den Eindruck der Unzuverlässigkeit erwecken könnte, er warnte vor einer gegenüber Deutschland negativen öffentlichen Meinung in der westlichen Welt, einem allgemeinen jüdischen Boykott, aber auch entsprechendem innenpolitischen Druck aus den Reihen der SPD. Kurt Schumacher⁵⁰⁵ hatte darauf verwiesen, dass die Schwierigkeiten im Zusammenhang der auf der Londoner Konferenz zu regelnden Auslandsschulden der Bundesrepublik durch die existente deutsche Devisennot entstanden sei. Er befand diese Frage in Bezug auf Israel nur für sekundär, da die deutschen Warenlieferungen Sachlieferungen und keinen echten Devisentransfer darstellten. Umstritten blieb aber auch bei Wirtschafts- und Finanzexperten, ob die deutschen Warenlieferungen die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz belasteten oder nicht. Prinzipiell war man sich zwar einig, dass die deutschen Leistungen an Israel eine zu-

⁵⁰³ Vgl.: Goldmann, N.: Mein Leben als deutscher Jude, S.404f.; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.203ff.; Kabinettsprotokolle 1952, 245.Sitzung am 8.9.1952, S.549-558; StS des AA an Bundesfinanzminister am 16.7.1952, in: BA, B 126, Bd.51544.

⁵⁰⁴ Vgl.: Aufzeichnung Blankenhorns vom 15.5.1952 für den Bundeskanzler, in: PA/AA, B 150, Bd.178, S.732-735.

⁵⁰⁵ Vgl.: AAPD 1952, Dok.131, S.363f.

sätzliche Etatbelastung darstellten. Während Bundeswirtschaftsminister Erhard⁵⁰⁶ Warenlieferungen aber eher als Investition des Bundes in die eigene Volkswirtschaft interpretierte, für die im Unterschied zu Zins- und Amortisationsdiensten angesichts deutscher Devisennot keine echten Exportüberschüsse erzielt werden mussten (hier stimmte ihm Abs zu), hielt Abs die Frage der Art der Waren, konkret deren Devisenwertigkeit für erörterungswürdig.⁵⁰⁷ Zudem vertrat Erhard die Auffassung, dass die Bundesrepublik Warenlieferungen an Israel bei Annuitäten im Wert von 100-200 Millionen DM zustimmen könne. Abs wie Erhard erkannten zudem beide an, dass im Unterschied zu London und hinsichtlich der deutschen Verpflichtungen zur Debatte stehender Laufzeiten von ca. 35 Jahren, mit Israel eine sehr viel kurzfristigere Lösung gefunden werden musste. Abs versuchte zudem, amerikanische finanzielle Hilfe für deutsche Interessen verfügbar zu machen⁵⁰⁸ – mit eher begrenztem Erfolg. Demgegenüber manifestierte sich in der Person des Bundesfinanzministers Protest gegenüber den deutschen Leistungen, welcher die verständlichen und für dieses Ressort üblichen Bedenken teilweise übertraf. Abgesehen von einem bei jeglichem Finanzminister zu erwartenden Argument, dass keine Möglichkeit zur Aufbringung einer Summe in Höhe der zunächst diskutierten 1 Milliarde Dollar zu Lasten des Bundeshaushaltes gegeben sei,⁵⁰⁹ traten alsbald auch andere Begründungen zum Vorschein. Schäffer behauptete so z.B., dass die Ansprüche Israels und der Claims Conference die Individualentschädigung gemäß entsprechender deutscher Gesetzgebung gefährde, dass die Ansprüche der Claims Conference nicht begründet, die israelischen Ansprüche übertrieben seien und die vorgesehenen Warenlieferungen zu 80% [sic] sogenannte „harte Waren“ darstellen würden. Völlig unsensibel und inhaltlich verfehlt sind angesichts der deutsch-jüdischen Vergangenheit Vorwürfe Schäffers, wonach der Entwurf des Luxemburger Abkommens den Geist gegenseitigen Vertrauens auf israelischer Seite vermissen lasse.⁵¹⁰

⁵⁰⁶ Das Bundeswirtschaftsministerium konnte sich in dieser Frage auf die Gutachten der Professoren Fritz Meyer (Bonn) und Wilhelm Röcke (Genf) stützen. Vgl.: Könke, G.: Wiedergutmachung und Modernisierung. Der Beitrag des Luxemburger Abkommens von 1952 zur wirtschaftlichen Entwicklung Israels, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 75 (1988), S.515.

⁵⁰⁷ Vgl.: AAPD 1952, Dok.108, S.292-296; Dok.109, S.296ff; Dok.111, S.301-305.

⁵⁰⁸ Vgl.: Vermerk über eine Besprechung am 19.4.1952 zwischen Abs, Goldmann, Shinnar und Barou, in: PA/AA, B 150, Bd.177, S.592.

⁵⁰⁹ Vgl.: Aufzeichnung Oeftering über Aussprache zwischen Schäffer, Böhm und Küster am 7.5.52, in: BA, B 126, Bd.51544.

⁵¹⁰ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.38, S.202; BFM, gez. Schäffer, an StS des BKA (VI-01253 (Isr)-54/52), am 15.7.1952, in: BA, B 257, Bd.11093; BFM, gez. Schäffer, an den StS des BKA (V-GK1012-80/52), am 20.8.1952, in: BA, B 257, Bd.11093. Mit Blick auf die Zusammensetzung der Waren vgl.: Erhard an Adenauer am 30.8.1952, in: BA, B 102, Bd.58955. Infolge wiederholten Protests Schäffers gegenüber dem Luxemburger Abkommen richtete Adenauer folgende Worte an diesen: „Alles, was mit Israel verhandelt wird, geschieht im Einvernehmen mit Herrn Abs. Von Herrn Abs kann man ja nun doch wohl annehmen, dass er wirtschaftlichen Blick hat. Natürlich wandeln wir alle einen schmalen Pfad [...]. Besser einen schmalen Pfad zu wandeln, als auf ihm stehen zu bleiben und auf ihm herunterzupurzeln.“ Adenauer an Schäffer am 5.8.1952, in:

In gewisser Weise kompensiert wurde derartige historische Selbstvergessenheit durch Personen wie den deutschen Delegationsleiter in Wassenaar, Böhm und dessen Stellvertreter Küster. Böhm betrachtete die israelischen Ansprüche gemessen an der deutschen Leistungsfähigkeit zwar ebenfalls als hoch, relativierte diese Aussage aber im Verhältnis zu den Juden während des Nationalsozialismus zugefügten Schäden und der daraus hervorgegangenen und verständlichen Bitterkeit gegenüber Deutschland.⁵¹¹

Vor dem Hintergrund aufziehenden arabischen Protests bekundeten nur wenige Tage vor Unterzeichnung keineswegs nur die FDP (Schäfer), sondern auch der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, von Brentano,⁵¹² Furcht hinsichtlich möglicher Ratifizierungsschwierigkeiten des Luxemburger Abkommens.

1.3.1.2. Schatten der Vergangenheit und Durchsetzung israelischer und jüdischer Ansprüche

Für Israel und die jüdische Gemeinschaft war es vor dem Hintergrund des Holocausts mit Blick auf die emotionale und menschliche Belastung des Verhältnisses sehr schwer, Deutschland gegenüberzutreten und mit diesem Verhandlungen über einen Gegenstand zu führen, der das durch Deutschland während des Nationalsozialismus verursachte Grauen, den Tod, die Tränen und das Leid erneut in Erinnerung rief. Aus diesem Grund wurden die offiziellen Verhandlungen weder auf deutschem Boden geführt, als Konferenzsprache zunächst nicht deutsch sondern englisch gewählt, was sich im Verlaufe der Verhandlungen änderte, noch das Abkommen auf deutschem Boden unterzeichnet. Es ging um einen Neuanfang zwischen Judentum und Bundesrepublik, der zunächst nur symbolischen Wert besaß und erst im Laufe der Jahre mit Leben erfüllt werden sollte. Das bestehende Misstrauen musste beseitigt, Vertrauen durch Taten erworben werden. Der Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik wäre vor dem Hintergrund der öffentlichen Meinung in Israel verfrüht gewesen, obgleich durch die Bundesrepublik erwogen, allerdings nicht offiziell und förmlich angeboten.⁵¹³ Aber dennoch konnten und durften die Verhandlungen im Interesse des Lebens und der Zukunft gerade Israels, nicht nur am Gestern orientiert sein. Man musste die Realitäten des Augenblicks, dessen Herausforderungen klar analysieren und die Zukunft anvisieren. Insofern erfuhren die israelischen Verhandlungsspielräume auch eine Determinante durch die ernste Wirtschaftslage in Israel, von Ernährungsfragen angefangen bis

BA, B 126, Bd.51544; Zur Kritik Adenauers an Schäffer auch: Brentano an Schäffer am 8.9.1952, in: BA, B 126, Bd.51545.

⁵¹¹ Vgl.: Böhm an Adenauer am 23.4.1952, in: BA, NL 1351, Bd.16.

⁵¹² Brentano würdigte zwar die politische Bedeutung des Abkommens, äußerte gleichwohl aber Bedenken gegen einige Punkte desselben. Vgl.: Kabinettsprotokolle 1952, 245. Sitzung am 8.9.1952, S.557.

⁵¹³ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.200; Shinnar, F.E.: Bericht, S.112f.

hin zum Ölmangel, der akuten Devisennot des jungen Staates oder der nahezu vollständigen wirtschaftlichen Isolierung von den Märkten der Region. Andererseits spielte aber auch die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik und deren begrenzte Leistungsfähigkeit eine Rolle. Das Wirtschaftswunder stand noch in den Sternen. So schätzte die israelische Delegation in Wassenaar schon frühzeitig richtig ein, dass für Israel und die Claims Conference zusammen nur ein Betrag von weniger als einer Milliarde Dollar von der Bundesrepublik zu erhalten sei, wobei die näheren Modalitäten zunächst noch unbestimmt blieben.⁵¹⁴

Der Faktor des Misstrauens und die Schatten der Vergangenheit traten während der Verhandlungen immer dann verstärkt in Erscheinung, wenn diese in der Krise steckten. Hier entwickelten die israelische und jüdische Delegation Mechanismen, um mittels Einflussnahme bei den drei Westmächten, insbesondere aber den USA, zu einem geringeren Grad in Großbritannien oder in Deutschland selber, Fürsprecher ihrer Anliegen zu gewinnen, um so den gewünschten politischen Druck auf die Bundesregierung zu erzeugen. Bereits Anfang April sollte über den Präsidenten des American Jewish Committee, Blaustein, die Karte „Truman“ ausgespielt werden.⁵¹⁵ Der amerikanische Druck blieb allerdings hinter den gewünschten Erwartungen zurück, insofern, als dass Truman persönlich keinen öffentlichen Protest zur Frage der Verhandlungen in der Nähe Den Haags verlauten ließ.⁵¹⁶ Nach Unterbrechung der Verhandlungen sollte die Zeit genutzt werden, um in geeigneter Weise auf Persönlichkeiten wie Abs, Schäffer, Adenauer oder aber auch die SPD Einfluss zu nehmen. Im Falle von Abs sollte dies z.B. durch den jüdischen amerikanischen Bankier Siegfried Kremarsky, der Abs seit mehreren Jahren persönlich kannte, geschehen, im Falle der SPD und Schumachers durch die britische Labour Party und im Falle der deutschen Presse infolge Goldmanns Vorschlag durch den Pressesprecher des Jüdischen Weltkongress, Grossmann.⁵¹⁷ Allerdings – und das spricht für die Professionalität der israelischen und jüdischen Verhandlungspartner in Wassenaar – war zu jedem Zeitpunkt auch ein gewisses Differenzierungsvermögen erkennbar. Gerade der hinsichtlich seiner Vergangenheit umstrittene Abs wurde einerseits gerade mit Blick auf die Höhe der zu verhandelnden Leistungen als zentrale Figur auf deutscher Verhandlungsseite und zäher Verhandlungspartner beschrieben. Ihm wurde allerdings nicht automatisch unterstellt, ein Gegner jeglicher Wiedergutmachung zu sein.⁵¹⁸

⁵¹⁴ Vgl.: FPI 1952, Dok.89, S.70. (hebr. S.150.)

⁵¹⁵ Vgl.: FPI 1952, Dok.88, S.148f.

⁵¹⁶ Ebd., Dok.96, S.73f. (hebr. S.157f.).

⁵¹⁷ Ebd., Dok.97, S.74f. (hebr. S.158f.); Dok.101, S.78f. (hebr. S.164f.); Dok.103, S.80 (hebr. S.167); Dok.122, S.89ff. (hebr. S.187-190).

⁵¹⁸ Ebd., Dok.104, S.80f. (hebr. S.168).

Weniger leicht gestaltete sich hingegen die öffentliche Meinung und die Stimmung gegenüber Deutschland in Israel selbst und in der Knesset. Die Unterbrechung der und die schleppenden Verhandlungen mit Deutschland schienen die alten Erfahrungen zu bestätigen. Während Goldmann am 18. Juni das erzielte Verhandlungsergebnis mit Deutschland als großen Erfolg wertete, war die Enttäuschung in der israelischen Presse, aber teilweise auch im israelischen Außenministerium deutlich zu spüren.⁵¹⁹ Noch bevor es soweit war, hatte die Knesset am 6. Mai 1952 inmitten der Krise eine Resolution verabschiedet, die der israelischen Delegation die Wiederaufnahme von Verhandlungen solange untersagte, bis die deutsche Seite „ein klares und verbindliches Angebot zur Erfüllung der israelischen Forderungen in bezug auf die Schilumim, einschließlich Zahlungsterminen“⁵²⁰ vorlegte. Auch die amerikanische Botschaft in Israel erkannte relativ zügig, dass dieser Knessetbeschluss der israelischen Delegation sprichwörtlich den Rücken stärkte, da ein Scheitern der Verhandlungen nun deutscher Verantwortung überlassen blieb und nicht der israelischen Delegation angelastet werden konnte.⁵²¹

Die Unterzeichnung des deutsch-israelischen Abkommens erfolgte nach Klärung gewisser sichernder Klauseln in den vorangegangenen Wochen am 10. September auf neutralem Boden in Luxemburg in verhältnismäßig bescheidenem Rahmen und – da keine Einigung über deren Inhalt erzielt werden konnte – ohne Ansprachen der Vertragspartner. Vor Unterzeichnung des Abkommens war es in Israel noch zu protokollarischen Unstimmigkeiten über die Frage gekommen, ob dieses durch Sharett ebenso wie Adenauer im Amt des Außenministers unterzeichnet werden sollte.⁵²² Sharett setzte sich letztlich mit seiner Auffassung durch, dass mit Hinblick auf die öffentliche Meinung und die Bedeutung des Abkommens in Deutschland und in der Welt nicht unerheblich sein könne, wer dieses mit welchem protokollarischen Status unterschreibe. Zudem erachtete Sharett Adenauers Unterschrift im Hinblick auf die CDU und das noch bevorstehende Ratifikationsverfahren für bedeutsam.⁵²³

1.3.1.3. Einflussnahme der Drei Mächte

Michael Wolffsohn vertrat in einem 1988 publizierten Aufsatz⁵²⁴ die These, dass hinsichtlich des Abschlusses des Luxemburger Abkommens von insbesondere amerikanischem Druck

⁵¹⁹ Ebd., Dok.204, S.324ff; Dok.217, S.151f. (hebr. S.339f.); Dok.340, S.227 (hebr. S.498); Dok.345, S.231f. (hebr. S.503ff.).

⁵²⁰ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.32, S.191.

⁵²¹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.33, S.192.

⁵²² Vgl.: Sheffer, G.: Moshe Sharett, S.637ff.

⁵²³ Vgl.: FPI 1952, Dok.332, S.219f.

⁵²⁴ Wolffsohn, M.: Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang, in: VfZ 36 (1988), S.691-731.

auf die Bundesrepublik keine Rede sein könne. Falls dem so gewesen sei, hätten seiner Auffassung nach zwei Grundannahmen erfüllt sein müssen. So hätten die USA (sowie Großbritannien und Frankreich) Interesse für das Wiedergutmachungsabkommen bekunden müssen und darüber hinaus die „außenpolitische Salonfähigkeit der Bundesrepublik vom deutschen Verhalten in der Wiedergutmachungsfrage abhängig machen müssen.“⁵²⁵ Wolffsohn blieb leider die Definition des Wortes „Druck“ in diesem Zusammenhang schuldig.⁵²⁶ Zudem können beide Grundannahmen anhand der bisher vorliegenden Quellen nicht als durch Wolffsohn widerlegt angesehen werden. Natürlich konnte keine der drei westlichen Regierungen angesichts der Bedeutung und geostrategischen Lage der Bundesrepublik im Zusammenhang des Kalten Krieges, so auch vor dem Hintergrund des Koreakrieges, der Bundesrepublik ein erwünschtes Verhalten gegenüber Israel und Judentum quasi diktatorisch aufzwingen und notfalls mittels wirtschaftlicher Sanktionen oder schlimmstenfalls militärischen Vorgehens durchsetzen. Dieses Verständnis von „Druck“ im Sinne eines Diktats wäre absurd. Aber die drei Westmächte konnten sehr wohl politischen Druck im Rahmen der in einem demokratischen System üblichen Methoden und mit Rücksicht auf die Wahrung eigener, insbesondere finanzieller Interessen ausüben. Sie konnten sehr wohl die Frage der deutsch-israelischen Verhandlungen in ihren Parlamenten⁵²⁷ und damit öffentlich diskutieren. Sie konnten deutsche Entscheidungsträger in persönlichen Gesprächen bis auf höchste Ebene vor in ihren Augen unerwünschten Entwicklungen warnen. Sie konnten der Bundesrepublik auch die Gefahr des Scheiterns von General- und EVG-Vertrag in den jeweiligen Parlamenten im Laufe des Ratifikationsverfahrens verdeutlichen und sie nutzten diese Möglichkeiten. Das Ansehen der Bundesrepublik in der westlichen Welt hatte so auch indirekten Einfluss auf die Realisierung deren Ziels der Westintegration. Von einem solchen politischen Druck der USA und Großbritanniens während schwieriger Phasen der Verhandlungen kann gesprochen werden, wenn er auch nicht alleinig ausschlaggebend für den erfolgreichen Abschluss des Luxemburger Abkommens gewesen ist. Frankreich hielt sich im Vergleich zu den USA und Großbritannien mit solchem politischen Druck eher zurück,⁵²⁸ betrachtete es doch die israelischen Wieder-

⁵²⁵ Ebd., S.692.

⁵²⁶ Zur Kritik an Wolffsohn und dessen mit v. Jena ausgetragene Kontroverse über den Einfluß der USA auf die Entstehung des Luxemburger Abkommens siehe: Trimbur, D.: *American Influence on the Federal Republic of Germany's Israel Policy, 1951-1956*, in: Goren, H. (Hg.): *Germany and the Middle East. Past, Present and Future*, Jerusalem 2003, S.270ff. Nach Ansicht Trimburs spielten die USA eine Schlüsselrolle im Rahmen der Verhandlungen und Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens. (Ebd., S.264), obgleich sich auch Trimbur von monokausalen oder moralisierenden Erklärungen im Verlauf seines Aufsatzes distanziert.

⁵²⁷ So z.B. in Großbritannien Lord Henderson im „House of Lords“ am 9.4.1952. Dessen Statement wurde für die Regierung wie folgt beantwortet: „We await the outcome with much interest, and although the Press reports have appeared which indicate a hitch in the discussions, we still greatly hope for a satisfactory settlement.“, in: CZA/Z6/1810.

⁵²⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.36, S.200.

gutmachungsansprüche letztlich als Rivale der eigenen und nicht erfüllbaren Reparationswünsche gegenüber Deutschland.

Vor allem die USA ließen meistens stellvertretend durch ihren Hohen Kommissar McCloy die Bundesrepublik und insbesondere Adenauer persönlich wissen, wenn ihnen der stockende Verlauf der Verhandlungen missfiel. Die USA, aber auch Großbritannien traten im Kontext der Verhandlungsunterbrechung Anfang April, Ende Mai im unmittelbaren Vorfeld der Außenministerkonferenz der drei Westmächte und der Unterzeichnung des General- und EVG-Vertrages sowie nochmals im unmittelbaren Vorfeld des Kabinettsbeschlusses vom 17. Juni 1952⁵²⁹ an die Bundesrepublik heran. Diesen politischen Interventionen gingen jeweils entsprechende Klagen über den schleppenden Verhandlungsverlauf oder über als ungenügend empfundene Verhandlungsergebnisse von jüdischer oder israelischer Seite voraus.⁵³⁰

Gerade der amerikanische Außenminister, Acheson, hatte gegenüber dem amerikanischen Hochkommissar, McCloy, bereits im April 1952 Interesse an einem erfolgreichen und für beide Seiten befriedigendem Abschluss der deutsch-israelischen Verhandlungen bekundet.⁵³¹ Im Falle eines Scheiterns befürchtete Acheson das Scheitern der moderaten israelischen Regierung unter Ben Gurion, die trotz bitterem innenpolitischen Protest vehement für Verhandlungen mit Deutschland eingetreten war. Den USA konnte an einer politischen Destabilisierung Israels im Kontext der eigenen Nahostpolitik nicht gelegen sein. Andererseits lehnte Acheson es aber genauso ab, wie einige Wochen später auch gegenüber Präsident Truman infolge dessen Unterredung mit Blaustein (American Jewish Committee),⁵³² die Bundesrepublik zu einer bestimmten Zahlungsverpflichtung zu nötigen, da man in den USA zurecht befürchtete, dass die Bundesrepublik bestrebt sein würde, zu diesem Zweck von den USA weitere Finanzhilfen zu erhalten.⁵³³ McCloy verhielt sich im Rahmen dieser Maßgaben.⁵³⁴

Auch die Bundesrepublik musste lernen, dass die Übernahme von Souveränität auch die Übernahme von Verantwortung und Verbindlichkeiten beinhaltet, die nicht einseitig zu Las-

⁵²⁹ Vgl.: McCloy an Adenauer („dem Bundeskanzler am 15.J.1952 vorgelegt“), in: BA, NL 1351, Bd.16; Blankenhorn an Goldmann am 18.6.1952 mit Verweis, dass Adenauer McCloy am 17.6.1952 über den Kabinettsbeschluss selbigen Datums unterrichtet hatte, in: CZA/Z6/1998. Zudem betonte Henderson noch am 24. Juni nachdrücklich die moralische Bedeutung der Wiedergutmachung und die Notwendigkeit des Abschlusses eines für beide Seiten befriedigenden Abkommens. Vgl.: AAPD 1952, Dok.162, S.490.

⁵³⁰ Hier z.B. FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.439, S.936ff.

⁵³¹ Ebd., Dok.419, S.913f.

⁵³² Ebd., Dok.423, S.917ff.

⁵³³ Vgl.: AAPD 1952, Dok.109, S.297.

⁵³⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.27, S.180f.; Dok.30, S.188f., Dok.31, S.190; Memorandum von Ferencz an McCloy am 4.4.1952, in: CZA/C2/1782; FPI 1952, Dok.96, S.74 (hebr. S.157f.). Insofern ist die israelische Einschätzung, wonach McCloy völlig ohne Instruktionen aus Washington agierte, nicht richtig; FPI 1952, Dok.132, S.205; Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Acheson und u.a. Goldmann, Blaustein am 2.5.1952, in: BGA, Correspondence Files (Org.= Harry S. Truman Library, Papers of Dean Acheson); FPI 1952, Dok.149, S.224; FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.440, S.938; Zur innerbritischen Diskussion siehe: Brief von Hector McNeil an britischen Außenminister Eden am 24.4.1952, in: CZA/Z6/1810.

ten der USA ausfallen konnten. Dennoch waren auch die USA nicht gewillt, einem drohenden Scheitern der Verhandlungen mit Israel tatenlos zuzusehen oder ein für Israel nur beleidigendes Ergebnis, wie durch Abs am 19. Mai offeriert, und damit kurz vor der Außenministerkonferenz und der Unterzeichnung des General- und EVG Vertrages, aber auch im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahlen angesichts der traditionell eher demokratisch votierenden jüdischen Wählerschaft zu akzeptieren.⁵³⁵ So wurde dem israelischen Botschafter in Washington, Eban, von Seiten des State Department infolge eines die Vorschläge Abs monierenden Memorandums Ebans am 20. Mai nahe gelegt, nach deren unbefriedigendem Angebot, der Bundesrepublik keinen konkreten Gegenvorschlag seitens Israel zu unterbreiten, da es an dieser liege, ein befriedigendes Angebot zu offerieren.⁵³⁶ Es folgten ein Schreiben des israelischen Außenministers Sharett an die Außenminister der drei Westmächte, sowie Protestschreiben von jüdischer Seite, wie z.B. von Goldmann, Ferencz oder Easterman.⁵³⁷ Sie dürften ihre Wirkung bei Adenauer aber auch bei den Westmächten nicht verfehlt haben und wurden durch den Besuch von General Klein am 21. Mai beim Kanzler noch verstärkt.⁵³⁸ Am selben Tage befürchtete Adenauer, dass die Unterbrechungen der Verhandlungen mit Israel für die Bundesrepublik zu „verhängnisvollen politischen Auswirkungen geführt“⁵³⁹ habe und umgehend wieder in Gang gebracht werden mussten. Acheson verließ dieser Entwicklung, wie übrigens auch Eden Nachdruck,⁵⁴⁰ indem er Adenauer persönlich darüber in Kenntnis setzte, dass die USA einen baldigen und befriedigenden Abschluss der Verhandlungen erwarteten.⁵⁴¹ Der Einfluss der USA und Großbritanniens sind offensichtlich und nicht zu leugnen. Das Angebot deutscher Annuitäten jenseits der durch Abs am 19. Mai ins Gespräch gebrachten 100 Millionen DM kam nicht ohne Grund erst am 23. Mai zustande. Koordinierter israelischer, jüdischer, amerikanischer, britischer, aber eben auch innenpolitischer Druck in der Bundesrepublik selbst, sorgten für eine positive Wende der Verhandlungen in der Nähe Den Haags.

1.3.2. Das Abkommen

⁵³⁵ Zum entsprechenden Protest McCloy beim Kanzler siehe Bird, K.: The Chairman, S.382f.

⁵³⁶ Vgl.: FPI 1952, Dok.160, S.236f., Dok.161, S.237ff.

⁵³⁷ Ebd., Dok.164, S.249; Dok.169, S.262f.; Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.35, S.198f.; Ferencz an McCloy am 21.5.1952, in: CZA/C2/1781; Easterman (World Jewish Congress) an Selwyn Lloyd (Foreign Office) am 20.5.1952, in: CZA/Z6/1810; Selwyn Lloyd an Easterman am 24.5.1952, in: CZA/Z6/1810. In diesem Brief verwies Lloyd darauf, dass auch der britische Hohe Kommissar, Kirkpatrick, bei Adenauer vorgesprochen und ihm die Bedeutung des Abschlusses eines Vertrages mit Israel erörtert hatte.

⁵³⁸ Vgl.: Huhn, R.: Wiedergutmachungsverhandlungen, S.152f.; Jelinek, Y.A.: Die Krise der Shilumim/ Wiedergutmachungsverhandlungen, S.131; Altmaier an Klein am 27.6.1952, in: CZA/Z6/1998.

⁵³⁹ Zit. nach Jelinek, Y.A.: Die Krise der Shilumim/ Wiedergutmachungsverhandlungen, S.131.

⁵⁴⁰ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.36, S.200.

⁵⁴¹ Vgl.: Acheson an Sharett am 3.6.1952, in: CZA/Z6/1985.

Das in Luxemburg unterzeichnete Vertragswerk stellt genau genommen ein Konglomerat mehrerer Abkommen⁵⁴² dar, wobei mit der Bezeichnung Luxemburger Abkommen im Rahmen dieser Arbeit das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel über die Verpflichtung der Bundesrepublik zur Zahlung von 3,45 Milliarden DM in Form von Waren- und Dienstleistungen an Israel bzw. die Claims Conference (diese erhielt von der Gesamtsumme 450 Mio. DM) gemeint ist.⁵⁴³ Dabei wurde eine Zahlung bis 31.3.1954 in Höhe von 400 Mio. DM, für die nächsten neun Jahresleistungen Annuitäten in Höhe von 310 Mio. DM und einer abschließenden 10. Jahresleistung in Höhe von 260 Mio. DM vorgesehen. Prinzipiell war eine Herabsetzung der Annuitäten, allerdings nicht unter einen Betrag von 250 Mio. DM, möglich. In diesem Abkommen wurden für die zu liefernden Waren und Dienstleistungen fünf Warengruppen festgelegt. Diese umfassten I. Stahl und Eisen sowie Nichtedelmetalle, II. Erzeugnisse der stahlverarbeitenden Industrie, III. Erzeugnisse der chemischen und sonstigen Industrien, IV. landwirtschaftliche und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse und V. Dienstleistungen.⁵⁴⁴ Generell waren Warenlieferungen außerdeutschen Ursprungs erlaubt, ein Reexport prinzipiell untersagt. Der Wareneinkauf hatte ausschließlich durch die Israel-Mission stattzufinden. Diese agierte als Vertreter der israelischen Regierung bzw. der staatlichen Shilumim-Gesellschaft⁵⁴⁵ in Israel in der Bundesrepublik. Sie unterhielt eine eigene Dienststelle in Köln und war zur Eröffnung weiterer Niederlassungen, so z.B. in Berlin oder Hamburg, berechtigt. Zudem erhielt die Israel-Mission Rechte zugesichert, die quasi dem Status anderer diplomatischer Missionen in der Bundesrepublik entsprachen.⁵⁴⁶ Der Leiter der Mission, Shinnar, erhielt ab 1953 den Rang eines Gesandten und ab 1958 eines Botschafters zuerkannt. Gerade in den Augen der arabischen Staaten und deren Diplomaten in der Bundesrepublik sorgte diese protokollarische Stellung des Leiters der Israel-Mission öfters für Protest. Die durch das Abkommen eingesetzte Gemischte Kommission aus Vertretern beider Staaten setzte infolge eines Vorschlages der Israel-Mission die Warenlisten für mindestens ein Jahr fest. Für Streitfälle im Zusammenhang der Durchführung des Luxemburger Ab-

⁵⁴² Vgl.: Bundesgesetzblatt 1953, II, Nr.5 vom 21.3.1953, S.35-97.

⁵⁴³ Vgl.: Dam, H. v. (Hg.): Die Haager Vertragswerke. Deutsch-englische Textausgabe der amtlichen Warenliste. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Staat Israel und den jüdischen Organisationen, Düsseldorf-Benrath 1952, S.7-21.

⁵⁴⁴ Dabei entfiel auf die Warengruppen folgende prozentuale Verteilung der Abkommensmittel (I: 13%; II: 30%; III und IV: 45%; V: 12%).

⁵⁴⁵ Grundlegend zur Israel-Mission und der Shilumim-Gesellschaft (*Hevrat ha 'Shilumim*) siehe: Jelinek, Y.A. Implementing the Luxembourg Agreement: The Purchasing Mission and the Israeli Economy, in: The Journal of Israeli History, 18 (1997), S.191-209.

⁵⁴⁶ Für die Israel-Mission war ein Eintrag in das Handelsregister nicht notwendig. Die Mission erhielt weiterhin z.B. das Recht, Material zu verschlüsseln und diplomatische Kuriere zu empfangen und zu entsenden. Die Amtsräume der Israel-Mission wurden von allen Maßnahmen bundesdeutscher Behörden befreit, ebenso wie ihre Archive vor Einsichtnahme, Sicherstellung oder Beschlagnahmung von Materialien.

kommens wurde eine Schiedskommission vorgesehen. Bei unvorhergesehenen und längerfristig andauernden wirtschaftlichen oder finanziellen Beeinträchtigungen der deutschen Wirtschaft war eine Anpassung des Abkommens an diese Realitäten möglich, allerdings letztlich nicht notwendig. Diesem Abkommen waren neun Briefwechsel beigelegt, in denen Detailfragen wie z.B. die Frage der Verrechnung von Öllieferungen aus Großbritannien im Rahmen des Abkommens mittels deutscher EZU-Guthaben, die Förderung insbesondere der Westberliner Wirtschaft oder die endgültige Abgeltung israelischer Ansprüche infolge oder in Verbindung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung geklärt wurden.

Darüber hinaus unterzeichneten beide Staaten ein weiteres Abkommen über das weltliche Vermögen deutscher Staatsangehöriger in Israel, welches v.a. das durch Israel per Gesetz von 1950 beschlagnahmte Vermögen von ca. 2.000 Mitgliedern der Tempel-Gesellschaft betraf.⁵⁴⁷ Da in dieser Frage, wie im Abkommen vorgesehen, nach neunmonatiger Verhandlung keine Einigung erzielt werden konnte, bedurfte es langjähriger Verhandlungen und der Einschaltung neutraler Vermittlung, bevor beide Staaten am 1. Juni 1962 diese Frage abschließend vertraglich geregelt hatten. Die Verhandlungen über das deutsche Vermögen in Israel, die bis 1962 andauerten, behandelten nicht die Frage des Vermögens der evangelischen und katholischen Kirche, welche ihre Entschädigungsansprüche relativ zügig durchsetzten. Dem inhaltlichen und qualitativen Unterschied zwischen den deutschen Wiedergutmachungsansprüchen an Israel und der Frage des Vermögens deutscher Staatsangehöriger in Israel wurde auch protokollarisch Rechnung getragen. Ersteres Abkommen wurde von den Außenministern beider Staaten, Adenauer und Sharett, letzteres durch die Verhandlungsführer Böhm, Shinnar und Josephthal unterzeichnet.

In den dem Vertragswerk beigelegten zwei Protokollen, die für die Bundesrepublik von Adenauer bzw. für die Claims Conference von Goldmann unterzeichnet wurden, verpflichtete sich die Bundesrepublik einerseits die augenblickliche Entschädigungsgesetzgebung durch ein Bundesergänzungs- und Bundesrahmengesetz unter der Prämisse zu erweitern, dass die neuen Regelungen im gesamten Bundesgebiet für die Betroffenen nicht ungünstiger ausfallen durften als gemäß der Entschädigungsgesetzgebung in der amerikanischen Zone.⁵⁴⁸ In diesem Sinne wurde Ende Juli 1953 das Bundesergänzungsgesetz durch den Bundestag bestätigt und trat im Oktober des Jahres in Kraft. Im Sommer 1956 (nochmals 1965 novelliert) wurde das

⁵⁴⁷ Vgl.: Dam, H.v. (Hg.): Die Haager Vertragswerke, S.22.

⁵⁴⁸ Zum ersten Protokoll siehe: Dam, H. v. (Hg.): Die Haager Vertragswerke, S.38ff.

Bundesentschädigungsgesetz (BEG), welches ein verbessertes Bundesergänzungsgesetz darstellte, 1957 das Bundesrückerstattungsgesetz verabschiedet.⁵⁴⁹

Im Rahmen des zweiten Protokolls⁵⁵⁰ verpflichtete sich die Bundesregierung zu Gunsten der Claims Conference 450 Millionen DM an Israel zu zahlen. Dieser Betrag sollte für die Eingliederung, Unterstützung und Ansiedlung jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung außerhalb Israels „nach der Dringlichkeit ihrer Bedürfnisse“ verwendet werden. Die Claims Conference verpflichtete sich im Gegenzug zur jährlichen Berichterstattung an die Bundesrepublik über die Verwendung der Mittel.⁵⁵¹

1.3.3. Nicht unumstritten – die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens

Diejenigen, die nach den langwierigen und schwierigen Verhandlungen sowie der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens nun eine umso schnellere Ratifizierung des Luxemburger Abkommens erwarteten,⁵⁵² wurden enttäuscht. Ursächlich für den zeitlichen Aufschub der Ratifizierung des Abkommens war der in seiner Heftigkeit überraschende arabische Protest infolge der Unterzeichnung des Vertragswerkes und weniger innenpolitische Entwicklungen, welche die Ratifizierung hätten verzögern oder gar gefährden können.

1.3.3.1. Ursprünge und Ziel arabischen Protests gegen die Ratifizierung des Abkommens

Erstaunlicherweise manifestierte sich ein wenigstens scheinbar einheitlicher und hinsichtlich der Wortwahl bissiger Protest der arabischen Staaten gegen das Luxemburger Abkommen erst relativ spät, nämlich etwa zum Zeitpunkt dessen Unterzeichnung.⁵⁵³ Zwar hatte sowohl Ägypten bereits im März, als auch der Libanon im Mai 1952 um eine Beteiligung am Luxemburger Abkommen wegen der arabischen Flüchtlingsfrage gebeten. Allerdings drohte keiner dieser Staaten der Bundesrepublik mit Boykottmaßnahmen oder einem Abbruch wirtschaftli-

⁵⁴⁹ Zum Inhalt des BEG zusammenfassend siehe Pross, C.: Wiedergutmachung, S.99-107. Zur Frage der Wiedergutmachung in Deutschland grundlegend: Hockerts, H.G.: Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz 1945-2000, in: VfZ 49 (2001), S.167-214.

⁵⁵⁰ Vgl.: Dam, H. v. (Hg.): Die Haager Vertragswerke, S.44f.

⁵⁵¹ Gerade während der letzten Jahre wurde durch die Bücher von Novick und eher polemisch Finkelstein eine v.a. innerjüdische Debatte, insbesondere in den USA, über den Umgang mit dem Holocaust generell, u.a. auch der Verwendung der Mittel durch die Claims Conference entfacht, die wissenschaftlich zwar nicht immer sachlich ausgetragen wurde, dennoch die wichtige Grundfrage vom Umgang mit Opfern und deren politischer Instrumentalisierung aufwirft. Vgl.: Novick, P.: Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord, Stuttgart u.a. 2001 (engl.: „The Holocaust in American Life“, 1999); Finkelstein, N.G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, 6. Aufl. München u.a. 2001. Rezensionen zu Finkelstein siehe: Steinberger, P. (Hg.): Die Finkelstein-Debatte, München 2001; Piper, E. (Hg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, 2. Aufl. Zürich u.a. 2001 (hier insbesondere auch auf die qualitativen Unterschiede zwischen Novick und Finkelstein verweisend: Brenner, M.: Warum man mit Finkelstein nicht diskutieren muss. Die neue Holocaust-Debatte und die deutsche Öffentlichkeit, S.201-207).

⁵⁵² Vgl.: FPI 1953, Dok.26, S.49.

⁵⁵³ Vgl.: Aufzeichnung v. Etzdorfs (201-01 E III 13192/52) vom 11.9.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.180, S.1114f.; Aufzeichnung v. Etzdorfs (210-01 E/III 13685/52) vom 19.9.1952.

cher Beziehungen. Staaten wie Saudi-Arabien, Irak⁵⁵⁴ oder Jemen protestierten ursprünglich in keiner Weise gegen das Abkommen. Andererseits ließ sich spätestens ab Sommer 1952 erahnen, welche Kräfte innerhalb der arabischen Welt an einem Protest gegen das Abkommen interessiert waren und diesen nicht unwesentlich initiierten.⁵⁵⁵

Am 7. Juni 1952 wandte sich der ehemalige Mufti von Jerusalem, Hadj Amin al-Husseini,⁵⁵⁶ im Namen des Arabischen Hohen Komitees für Palästina in einem Brief an Bundeskanzler Adenauer.⁵⁵⁷ Die traditionell deutsch-arabische Freundschaft betonend – im Verständnis des Muftis dürfte sich diese Formulierung auf dessen Kontakte zum nationalsozialistischen Deutschland beziehen – stilisierte er das Problem der arabischen Palästinaflüchtlinge als alleinige Folge einer brutalen israelischen Aggression. Dabei setzte er das Elend arabischer Flüchtlinge den Leistungen gegenüber, über welche die Bundesrepublik mit Israel bzw. der Claims Conference verhandelte. Geschickt argumentierend versuchte al-Husseini deutsche Interessen (z.B. das beschlagnahmte deutsche Vermögen in Israel) aber auch die Politik der VN für die Unterstützung seiner eigenen These von der Aggression Israels zu gewinnen.⁵⁵⁸ Diese gipfelten in der Unterstellung, Israel wolle das Gebiet zwischen Nil und Euphrat in israelisches Staatsterritorium integrieren. Deswegen trugen die deutschen Leistungen in den Augen des ehemaligen Muftis zur Konsolidierung des Staates Israel bei und würden zudem weitere Aggressionen Israels gegen die arabische Welt ermöglichen. Weiterhin erklärte er dem Bundeskanzler, mit anderen arabischen und muslimischen Regierungen und Personen hinsichtlich der Flüchtlingsfrage und der deutschen Leistungen in Kontakt zu stehen, offenbar bereits seit einer gewissen Zeit. Bereits am 2. März 1952 hatte sich das syrische Konsulat in

⁵⁵⁴ Vgl.: AAPD 1952, Dok.197, Anm.7, S.600; Notiz von Kordt (210-01/ E III 4414/53) betr. Verhalten der arabischen Staaten vor Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens vom 3.3.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953.

⁵⁵⁵ Vgl.: Notiz von Kordt (210-01/ E III 4414/53) betr. Verhalten der arabischen Staaten vor Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens vom 3.3.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953.

⁵⁵⁶ Haj Amin al-Husseini wirkte als Mufti von Jerusalem als zentrale Figur im Kampf gegen die britische Mandats Herrschaft aber auch jüdische Einwanderung. 1926 erfolgte seine Ernennung zum Vorsitzenden des Obersten Islamischen Rates. 1937 verurteilte ihn die Mandatsregierung und enthob ihn aller seiner Ämter. Nach seiner Flucht über zunächst den Libanon, Irak und Iran nach Europa, wurde er im November 1941 in Deutschland durch Hitler persönlich empfangen. Nach dem Krieg zunächst in Frankreich lebend, konnte er 1946 ohne größere Hindernisse nach Ägypten ausreisen. Al-Husseini vertrat 1949 die Araber Palästinas vor der Palästina Kommission der Vereinten Nationen. Nach dem Krieg sorgte al-Husseini in mehreren arabischen Staaten (Ägypten, Jordanien) für politische Unruhe, wobei er die Flüchtlingsproblematik im Sinne seiner eigenen Interessen instrumentalisierte. Zur Verbindung des Mufti zum nationalsozialistischen Deutschland siehe Gensicke, K.: Der Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, und die Nationalsozialisten, Frankfurt u.a. 1988 (= Ethnien-Regionen-Konflikte; Bd.1). Zum Besuch al-Husseinis bei Hitler kurz auch: Segev, T.: One Palestine, Complete. Jews and Arabs under the British Mandate, New York 2001, S.463f.

⁵⁵⁷ Vgl.: Al-Husseini an Bundeskanzler Adenauer am 7.6.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.251, S.72-75.

⁵⁵⁸ Im April 1953 beantwortete der Mufti die Frage des deutschen Botschafters in Kairo, ob er einem Friedensschluss mit Israel zustimmen werde, stets ausweichend. Zudem betonte er, dass ein arabischer Regierungschef, der sich bereit fände, auf der Basis der seiner Zeit aktuellen Waffenstillstandsbedingungen Frieden mit Israel zu schließen, dieses Vorgehen nicht lange überleben werde. Vgl.: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Kairo (geh.Nr.52/53), an AA am 2.5.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953.

Kairo mittels einer Note an Ägyptens Außenministerium gewandt und darin das Schicksal der arabischen Flüchtlinge den Leiden von Juden während des Nationalsozialismus gleichgesetzt.⁵⁵⁹ Interessanterweise war der stellvertretende Generalsekretär der Arabischen Liga niemand anderes als der Syrer Ahmed Shukeiri,⁵⁶⁰ ebenfalls Generalsekretär des durch den Mufti gegründeten Arabischen Hohen Komitees, mittlerweile mit Sitz in Kairo. Weiterhin wandte sich das Königreich Jordanien am 28. Juni 1952 mit einer Note an das Auswärtige Amt mit der Bitte, die deutschen Leistungen den arabischen Palästinaflüchtlingen zur Verfügung zu stellen.⁵⁶¹ Als Folge entsprechender Rundschreiben des Arabischen Hohen Komitees wandte sich darüber hinaus auch die Arabische Liga Anfang August an die Bundesrepublik. In dieser Note wurde auf einen immer noch existenten Kriegszustand mit Israel und das arabische Flüchtlingsproblem verwiesen.⁵⁶² Unterstützt wurde die Politik des Muftis zudem durch hinsichtlich ihrer persönlichen Vergangenheit während des Nationalsozialismus durchaus belastete Personen, wie dem deutschen Außenhandelskaufmann Hertslet, der infolge erfolgreicher Handelsbeziehungen zwischen Ägypten und Israel eigene Handelseinbußen zu befürchten hatte.⁵⁶³

Allerdings zeigte sich im Auswärtigen Amt relativ schnell, dass man nicht gewillt war, eine Instrumentalisierung der Flüchtlingsfrage in Kauf zu nehmen, um einerseits den Mufti, der als Unruhestifter im Orient bekannt war, in seiner Politik zu unterstützen und andererseits die für das deutsche Ansehen in der Welt so positive Resonanz, auf die das Luxemburger Abkommen stieß, zu gefährden.⁵⁶⁴ Weiterhin verwies das Auswärtige Amt auf einen gewissen arabischen Minderwertigkeitskomplex⁵⁶⁵ gegenüber Israel infolge des verlorenen Krieges, der zudem die arabische Uneinigkeit verdeutlicht hatte. Hinsichtlich der Flüchtlingsfrage wurde innerhalb des Ministeriums auch auf die an Bevölkerungsmangel leidenden Gebiete des Nahen Ostens und auf die reichlichen finanziellen Ressourcen einzelner arabischer Staaten infolge des Erdölgeschäfts verwiesen. Bei gutem Willen hätte das wirtschaftliche Elend dieser Menschen relativ schnell beseitigt werden können.⁵⁶⁶ Darüber hinaus hatte die Bundesrepub-

⁵⁵⁹ Vgl.: Liemann, J.: Wiedergutmachung durch Konflikt? Die syrische Denkschrift zum deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: *asien, afrika, lateinamerika* 22 (1994), S.529.

⁵⁶⁰ Ahmed Shukeiri wurde 1964 Vorsitzender der neugegründeten PLO.

⁵⁶¹ Vgl.: Note des jordanischen Außenministeriums (Ref. 70/52/5772) an AA am 28.6.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.251, S.104f. (dt. Übersetzung ebd. S.110f.).

⁵⁶² Vgl.: Notiz von Kordt (210-01/ E III 4414/53) betr. Verhalten der arabischen Staaten vor Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens vom 3.3.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953.

⁵⁶³ Vgl.: Aufzeichnung Allardts (300-01/66-IV-580/52 geh.) vom 8.12.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.181, S.1383.

⁵⁶⁴ Vgl.: AAPD 1952, Dok.204, S.614 und Dok.211, S.646.

⁵⁶⁵ Vgl.: AAPD 1953, Dok.74, S.213.

⁵⁶⁶ Im Auswärtigen Amt verwies man hier auf eine entsprechende Studie des Royal Institute for International Affairs (Chatham House) aus dem Jahr 1949 und entsprechende Pläne der UNO. Vgl.: Aufzeichnung Ref. Melchers vom 12.9.1952 über die Lage in den arabischen Staaten, in: PA/AA, B 2, Bd.17, S.64-73; AAPD 1953, Dok.74, S.213.

lik selbst ca. 10 Millionen Ostflüchtlinge zu integrieren, die auch wirtschaftlich unterstützt werden mussten. Möglicherweise differenzierte das Auswärtige Amt deswegen zurecht zwischen der Flüchtlingsfrage, ohne die persönlichen Härten von Flüchtlingen prinzipiell in Abrede zu stellen, und den während des Nationalsozialismus verübten Verbrechen an Juden, die industriell betriebene Vernichtung von mehreren Millionen dieser eingeschlossen.⁵⁶⁷ Deswegen zeigte man im Auswärtigen Amt zunächst wenig Neigung mittels Goodwill-Missionen in arabische Staaten mittlerweile angedrohte Schäden für die deutsche Wirtschaft durch handelspolitische Zugeständnisse zu neutralisieren, zumal die Boykottandrohungen zum Teil durchaus fragwürdig erscheinen mussten.⁵⁶⁸ Eine Hinterlegung der deutschen Leistungen an Israel und die Claims Conference bei einer dritten Instanz, z.B. der UNO, hielt das Auswärtige Amt vor dem Hintergrund des arabischen Protests für ausgeschlossen.⁵⁶⁹ Trotzdem bemühte sich das Auswärtige Amt in der Folge um eine für die arabischen Staaten gesichtswahrende Lösung auch vor dem Hintergrund ihres zunächst stärker werdenden Protests gegen das Luxemburger Abkommen. Kräfte wie al-Husseini konnten nicht zuletzt wegen der politisch instabilen Situation in der Region, teilweise als Folge imperialistischer Interessen und Fehlentwicklungen, teilweise infolge unterentwickelter und kräftemäßig nicht ausbalancierter innenpolitischer Verhältnisse in den arabischen Staaten, aber auch wegen Anwendung nicht nur politischer Mittel zeitweilig einen durchaus beachtlichen Einfluss auf einzelne Regierungen der Region ausüben. Zudem war den Zeitgenossen bekannt, dass im Zuge des arabisch-israelischen Krieges nicht nur arabische, sondern auch jüdische Menschen aus ihren bisherigen Siedlungsgebieten vertrieben worden waren. Es war ein Verdienst der Regierung Adenauer, Ambitionen wie die al-Husseinis, auf Kosten des Luxemburger Abkommens, aber auch auf Kosten von Flüchtlingsschicksalen nicht unterstützt zu haben.

1.3.3.2. Bemühungen um einen Kompromiss

1.3.3.2.1. Die inoffizielle Böker-Mission nach Ägypten

Um den zunehmenden arabischen Protest zu kanalisieren reiste der Referent Blankenhorns, Böker,⁵⁷⁰ Ende September für wenige Tage nach Ägypten. Seine Reise wurde zwar als rein privat bezeichnet, weswegen Treffen mit arabischen Persönlichkeiten nicht in Amtsge-

⁵⁶⁷ Vgl.: AAPD 1952, Dok.197, S.600 und Dok.211, S.646.

⁵⁶⁸ Ebd., Dok.204, S.614. So wurde das Bundeswirtschaftsministerium z.B. im September 1952 über eine angebliche Kündigung eines Liefervertrages mit Siemens & Halske durch Saudi-Arabien unterrichtet, wobei sich infolge einer Nachfrage bei dem Unternehmen herausstellte, dass diesem selbst gegenüber der betreffende Vertrag nicht gekündigt worden war. Vgl.: Westrick an Hallstein am 22.9.1952 betr. Kündigung eines Liefervertrages (identisches Schreiben an Globke), in: PA/AA, B 11, Bd.252, S.3f.

⁵⁶⁹ Vgl.: AAPD 1952, Dok.211, S.646.

⁵⁷⁰ Zu Böker siehe Shafir, S.: The American Jewish Community's Attitude to Germany, S.241; Shafir, S.: Ambiguous Relations, S.180ff.

bäuden stattfanden. Allerdings erstattete Böker dem Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Blankenhorn, im unmittelbaren Anschluss an die Reise auf dem Amtsweg ausführlich Bericht über seine Reise.⁵⁷¹ Während seines Ägyptenaufenthaltes traf sich Böker mehrfach mit dem Ägypter Andraos, der mittlerweile entgegen seiner ursprünglichen Erwartungen nicht mehr für den Botschafterposten in Bonn vorgesehen wurde,⁵⁷² mit dem stellvertretenden Generalsekretär der Arabischen Liga, dem Syrer Ahmed Shukeiri sowie dem ehemaligen deutschen General der Panzertruppen und mittlerweile Berater der ägyptischen Armee, Munzel. Andraos unterrichtete seinerseits den ägyptischen Außenminister Ahmed Tayeh über die Gespräche mit Böker. Er informierte seinen deutschen Gesprächspartner auch darüber, dass die Idee, eine Kommission nach der Bundesrepublik zu entsenden, um die Ratifikation des Luxemburger Abkommens zu vereiteln, von der Arabischen Liga und nicht von Ägypten stamme. Bereits in der Funktion Shukeiris und dessen Verbindungen zum ehemaligen Mufti von Jerusalem wird deutlich, dass sich die ägyptische Regierung unter Nagib mit Blick auf das Luxemburger Abkommen und hinsichtlich seiner Beziehungen zu Israel offensichtlich starkem innenpolitischem Druck ausgesetzt sah.

Ogleich Nagib selbst durchaus auch öffentlich für einen Ausgleich mit dem Judentum warb, konnte er in diesem Punkt allerdings keine machtpolitisch relevanten Mehrheiten hinter sich bringen. Zum einen bildete die ägyptische Armee, für die auswärtigen Beziehungen Ägyptens zu diesem Zeitpunkt bedeutsamer als das Außenministerium, keine homogene Gruppierung. Während ein Teil, wie z.B. Nasser v.a. stark nationalistisch beeinflusst war, stand ein anderer Kreis unter dem starken Einfluss der Muslimbrüderschaft. Dass deren Einfluss keineswegs als gering bewertet werden kann, symbolisierte die Ernennung des dieser Organisation nahe stehenden Fathi Radouan zum Staatsminister, dem alle mit dem Luxemburger Abkommen in Zusammenhang stehenden Fragen oblagen, am 1. Oktober 1952, wobei seine Stellung innerhalb des Kabinetts etwa der eines Propagandaministers entsprach.

Zum anderen entstammte vehementer Widerstand gegen die Ratifikation des Luxemburger Abkommens dem Umfeld des ehemaligen Muftis von Jerusalem selbst. Dieser und dessen engstes Umfeld trachteten nicht nur in Ägypten, sondern auch in anderen arabischen Staaten einen Ausgleich zwischen diesen und Israel zu vereiteln, wobei die Flüchtlingsfrage als geeignetes Instrument zum Zweck eigenen politischen Machtgewinns schien. Mit seinem früheren Versuch einer palästinensischen Regierung in dem unter ägyptischer Hoheit stehenden

⁵⁷¹ Vgl.: Aufzeichnung Bökers vom 5.10.1952 für Blankenhorn, in: PA/AA, B 150, Bd.180, S.1204-1216.

⁵⁷² Stattdessen stand für dieses Amt mittlerweile Hassan Ismail zur Diskussion. Dieser, hauptsächlich interessiert an wirtschaftspolitischen Fragen, hatte sich während des Nationalsozialismus bereits viele Jahre in Berlin aufgehalten. Dessen politische Haltung war von dieser Zeit nicht unbeeinflusst geblieben.

Gazastreifen war al-Husseini gescheitert. Weiterhin war der damalige jordanische König Abdullah wegen seiner um einen Ausgleich mit Israel bemühten Politik beim Besuch der Al Aqsa Moschee in Jerusalem 1951 im Beisein seines Enkels und späteren Königs Hussein II. von einem Neffen des Muftis ermordet worden.

Shukeiri selbst schlug Böker während seines Gesprächs 1952 vor, dass die Bundesregierung während der Debatte um die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens im Deutschen Bundestag von sich aus den Vorschlag einbringen solle, die Ausführung des Luxemburger Abkommens einer internationalen Organisation, konkret der UNO, zu überantworten. Ein solches Ersuchen im Namen der Arabischen Liga vor der UNO-Generalversammlung vorzutragen, lehnte Shukeiri allerdings ab. Er begründete seine Haltung damit, dass er einen solchen Schritt vor diesem Gremium nicht juristisch rechtfertigen könne. Darüber hinaus könne sich Israel als Mitglied der Vereinten Nationen nicht gegen einen solchen Vorschlag sträuben, der aber den arabischen Staaten Einflussnahme auf die Ausübung des Abkommens zusichern könnte. In seinen Gesprächen mit Shukeiri ebenso wie mit Andraos wurde allerdings deutlich, dass nicht wenige der politischen Entscheidungsträger in einzelnen arabischen Staaten immer noch hofften, dass die Existenz Israels infolge dessen wirtschaftlich äußerst begrenzter Ressourcen nur ein vorübergehendes Faktum darstellte. Unter diesem Blickwinkel bildete das Luxemburger Abkommen eine unerwünschte wirtschaftliche Unterstützung Israels, wobei gerade die Lieferung militärisch relevanter Güter befürchtet wurde. Obgleich dies nicht den Tatsachen entsprach, verdeutlicht diese Haltung doch die zeitgenössische Wahrnehmung, zumal zwischen Israel und den arabischen Staaten bisher nur Waffenstillstands-, allerdings keine Friedensverträge existierten und Israel von seinen Nachbarn nicht anerkannt wurde.

Böker selbst vertrat im Rahmen seiner Gespräche die Ansicht, dass die Idee einer Entsendung einer arabischen Delegation nach Deutschland als solche unklug sei und gerade die ägyptische Regierung ihrerseits auch keine Einmischung in innerägyptische Angelegenheiten befürworten könne. In der Tat entsprach die Einmischung dritter Staaten in rein bilaterale Angelegenheiten anderer souveräner Staaten eine gewisse Anmaßung, zumal die Leistungen aus dem Luxemburger Abkommen an Israel nicht auf Kosten arabischer Staatskassen gingen. Selbst der Flüchtlingswelle von Arabern aus Israel stand eine jüdische Flüchtlingswelle aus arabischen Staaten nach Israel gegenüber. Arabischen Mutmaßungen, wonach das Luxemburger Abkommen nur auf amerikanischen Druck hin abgeschlossen worden sei, trat Böker während seines Aufenthaltes nicht entschlossen genug entgegen. Gegenüber Shukeiri erklärte er zudem, dass „eine Freundschaft zwischen Deutschland und Israel auch durch das Wiedergut-

machungsabkommen nicht entstehen könne.⁵⁷³ Eine solche Aussage dürfte radikaleren Kräften innerhalb der arabischen Staaten in ihrer antiisraelischen Hetze allerdings nur Auftrieb gegeben haben, anstatt zur Deeskalation eines Konfliktes beizutragen.

Allerdings manifestierte sich auch aus anderen Reihen Protest gegen die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens. Zum einen wurde Böker über den Widerstand britischer Kaufleute und öffentlicher Personen informiert, die insbesondere in Ägypten den Protest gegen das Abkommen schürten.⁵⁷⁴ In Anbetracht des zu antizipierenden Verlustes eines traditionell britischen Absatzmarktes infolge deutscher Lieferungen an Israel kann dies ebenso nicht verwundern, wie der zunehmende und sichtbare Einflussverlust der einstigen Kolonialmacht zeitlich parallel zu den Verhandlungen um und während der Zeit bis zur Ratifikation des Luxemburger Abkommens in Ägypten und Sudan. Zum anderen wurde Böker auf die Tätigkeit des deutschen Außenhandelskaufmanns Joachim Hertslet hingewiesen.⁵⁷⁵ Dieser, einst von Göring als sogenannter „Sonderbeauftragter“ verwendet, beriet u.a. die spätere arabische Delegation in der Bundesrepublik Deutschland, die mehrfach von Staatssekretär Hallstein empfangen wurde. Hertslet war Inhaber einer Orient-Handelsagentur und insbesondere hinsichtlich des Handels mit ägyptischer Baumwolle in geschäftliche Konkurrenz zu einigen anderen Unternehmungen, so auch der Lewy-Gruppe,⁵⁷⁶ von der sich die israelische Regierung allerdings ihrerseits nach Ratifizierung des Luxemburger Abkommens distanzierte, geraten. Hertslet, der behauptete ausgezeichnete Kontakte zum Vizekanzler Blücher sowie Bundeswirtschaftsminister Erhard zu unterhalten, stand in enger Verbindung zum ehemaligen Mufti al-Husseini sowie zur Arabischen Liga. Gegen Hertslet wurde in der Bundesrepublik wenig später ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats eingeleitet.⁵⁷⁷

Ogleich die Böker-Mission sicherlich interessante Details arabischen Widerstandes gegen die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens offenbarte, konnte sie doch die Entsendung einer arabischen Delegation nach Bonn, welche das Ziel verfolgte, ebendiese zu vereiteln, nicht mehr aufhalten.

⁵⁷³ Aufzeichnung Bökers vom 5.10.1952 für Blankenhorn, in: PA/AA, B 150, Bd.180, S.1211.

⁵⁷⁴ Ebd., S.1208.

⁵⁷⁵ Aufzeichnung Bökers vom 4.10.1952, in: PA/AA, B 2, Bd.17, S.87f. Zu Hertslet und insbesondere der Affäre Strack und den späteren Verfahren gegen Hallstein und Blankenhorn siehe auch Hansen, N.: Schatten, S.300 u.318f.

⁵⁷⁶ Ausführlich zu Gerhard Lewy und dessen Verbindungen zu Blankenhorn siehe: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.72f. Zu den Hintergründen der Differenzen zwischen Lewy und Hertslet siehe auch Hertslet an Strauß am 5.12.1952, in: ACSP, NL Strauß Fam 985.

⁵⁷⁷ Hierzu siehe Hertslet am 20.4.1959 an den Bundesgerichtshof betr. Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens, in: ACSP, NL Strauß Fam 985; Strauß an Hallstein am 24.2.1960, in: ACSP, NL Strauss Fam 985.

1.3.3.2.2. Die Gespräche der Delegation der Arabischen Liga bei Staatssekretär Hallstein

Am 22. Oktober 1952 traf die Delegation der Arabischen Liga⁵⁷⁸ zu einem ersten Gespräch mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Hallstein, in Bonn zusammen. Diese Abordnung stand unter der Leitung des libanesischen Gesandten in Paris, Ahmed Daouk Bey. Weiterhin gehörten der Delegation der Militärattaché der ägyptischen Botschaft in Rom, Ahmed Hassan, der Syrer Ramzi Alajati sowie der Iraker Ali al-Safi an. Jordanien, Saudi-Arabien und Jemen entsandten bemerkenswerter Weise keine eigenen Vertreter in die Delegation, sondern wurden durch die vorgenannten Gesandten vertreten. Diese wurde am 23. und 28. Oktober zu weiteren ausführlichen Besprechungen ins Auswärtige Amt geladen. Infolge dieser Treffen kamen am 30. Oktober der Leiter der Abordnung und Staatssekretär Hallstein nochmals zu einer sehr kontrovers geführten Diskussion zusammen, bevor die Delegation nach entsprechender deutscher Aufforderung abreiste.

Während des ersten Gesprächs zwischen Staatssekretär Hallstein und der Delegation der Arabischen Liga erörterte dieser die Gründe, welche die Bundesrepublik Deutschland zum Abschluss des Luxemburger Abkommens motiviert hatte. Dabei legte Hallstein dar, dass das hauptsächliche Ziel gewesen sei, „dem deutschen Volk die Freiheit zurückzugeben“⁵⁷⁹ und das Ansehen Deutschlands zurückzuerlangen, welches zur Herstellung von Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten der Welt notwendig gewesen war.⁵⁸⁰ Er verwies darauf, dass die Greuel, welche im Namen des deutschen Volkes während des Nationalsozialismus an Juden verübt worden seien, die Regeln der Menschlichkeit ebenso verletzt hatten wie Deutschlands Ehre. Diese Tatsache hatte eine entsprechend negative Wahrnehmung Deutschlands in der öffentlichen Meinung der Völker aller Siegermächte zur Folge gehabt, welche natürlich zumindest im Falle der westlichen Welt Rückwirkungen auf die außenpolitischen Handlungsspielräume deren Regierungen erahnen ließ. Zudem ließ Hallstein keinerlei Zweifel

⁵⁷⁸ Einige Tage zuvor hatte die Bundesregierung Botschafter Günther Pawelke nach Ägypten und Hansjoachim v.d. Esch nach Syrien entsandt. In diesem Kontext erklärte die Bundesregierung mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu Großbritannien, dass sie dem Titel „König von Ägypten und des Sudan“ keine politische Bedeutung beimaß. Vgl.: Hünslers, P.: Die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den arabischen Staaten von 1949-1980, Frankfurt u.a. 1990, S.35 (=Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd.143).

⁵⁷⁹ Aufzeichnung (210-01 E III 15773/52) vom 22.10.1952 betr. Empfang der Arabischen Liga, in: PA/AA, B 11, Bd.252, S.291.

⁵⁸⁰ Diese Aussage bestätigt auch die Ansicht Gellers, wonach Adenauer in der Frage der Wiedergutmachung nicht ausschließlich aus moralischen Gründen handelte, obgleich er sicherlich moralische Überlegungen hegte. Vgl.: Geller, J.H.: Das Bild Konrad Adenauers vom Judentum und seine Beziehungen zu Vertretern jüdischer Organisationen, in: Küsters, H.J. (Hg.): Adenauer, Israel und das Judentum, Bonn 2004 (=Rhöndorfer Gespräche, Bd.20), S.155.

erkennen, dass er an einer Einmischung in den israelisch-arabischen Konflikt nicht interessiert war. Eine ausführliche Diskussion der arabischen Position wurde auf eine zweite Gesprächsrunde verschoben.

Während des zweiten Empfangs⁵⁸¹ der Delegation durch Hallstein deutete sich bereits an, dass ein Kompromiss zwischen beiden Seiten kaum wahrscheinlich war. So erklärte der syrische Delegierte, Alajati, dass das Luxemburger Abkommen einen feindlichen Akt gegenüber den arabischen Staaten darstelle und nicht hingenommen werden könne. Gerade Syrien argumentierte am heftigsten gegen eine Ratifizierung des Luxemburger Abkommens. Schroffen und auch unzutreffenden Argumenten trat Hallstein dahingehend entgegen, als das er klarstellte, dass die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens nicht verhandelbar, sondern Basis der gemeinsamen Gespräche sei. Zudem wurde die Delegation deutlichst darauf hingewiesen, das öffentliche Stellungnahmen gegen das Luxemburger Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland untersagt und Kontakte mit führenden Persönlichkeiten dieser nur infolge der Vermittlung des Auswärtigen Amts genehmigt waren. Hintergrund dieser Aufforderung bildete nicht zuletzt die Tätigkeit von Hertslet als Berater der Delegation und dessen einflussreichen Kontakten in der Bundesrepublik, so u.a. zu dem Journalisten und Vertrauten Blüchers, Augustin Hoppe.⁵⁸² Pikant war der Kontakt zu Hertslet allein deswegen, da Hallstein der Delegation vor Aufnahme der Gespräche jegliche Verbindung zu ihm untersagt und diesen zur *persona non grata* erklärt hatte. Dennoch hielt sich die Delegation nicht an diese Vorbedingung.⁵⁸³ Weiterhin sollten Kontakte zu umstrittenen Persönlichkeiten wie dem „Schah von Persien“ Hjalmar Schacht⁵⁸⁴ oder aber rechtsextremem Klientel weitestgehend unterbunden werden. Zudem hatte Alajati versucht, eine Propagandabroschüre, in der für eine Nichtratifizierung des Luxemburger Abkommens geworben wurde, in Druck zu geben.⁵⁸⁵

Der dritte Empfang⁵⁸⁶ der Delegation bei Hallstein endete mit einem Eklat. Am Ende dieser Begegnung forderte der Staatssekretär die Delegation zum Verlassen der Bundesrepublik auf, da er angesichts deren Zielsetzung, die Ratifizierung des Abkommens zu verhindern, kei-

⁵⁸¹ Vgl.: Aufzeichnung (210-01 E-III-15903/52) vom 23.10.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.253, S.13-16. Dem Gespräch wohnten zusätzlich der Leiter der Politischen Abteilung des AA, Blankenhorn, sowie der syrische Generalkonsul bei.

⁵⁸² Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.219 und 229f.

⁵⁸³ Vgl.: AAPD 1952, Dok.222, S.683. So hatten einige Delegationsmitglieder im Büro Hertslets eine Pressekonferenz gegeben.

⁵⁸⁴ Schacht erklärte z.B. im Dezember 1952 in Damaskus, dass das Luxemburger Abkommen nur infolge des Drucks der Westmächte abgeschlossen worden sei. Im November 1952 war er bei einer Zwischenlandung in Israel nur knapp einer Verhaftung entgangen. Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.296.

⁵⁸⁵ Vgl.: Aufzeichnung betr. arabische Reaktionen auf das Israel-Abkommen vom 6.11.1952, in: PA/AA, B 2, Bd.17, S.156.

⁵⁸⁶ Vgl.: AAPD 1952, Dok.222, S.680-685. Kurzfassung siehe Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.45, S.211f.

ne weitere Gesprächsgrundlage mehr erblickte. Tatsächlich bemühte sich die Delegation nicht im geringsten, dieses Ziel zu verschleiern, sondern begründete dieses mit dem immer noch bestehenden Kriegszustand zwischen Israel und den arabischen Staaten. Ebenso indiskutabel waren die Alternativvorschläge der Delegation zum bisherigen Abkommen. Ein Alternativvorschlag beinhaltete die Aufschiebung der Ratifizierung des Abkommens bis zum Zeitpunkt eines Friedensvertrages zwischen den arabischen Staaten und Israel, also auf unbestimmte Zeit. Gemäß des zweiten Vorschlages sollten die deutschen Leistungen in voller Höhe der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen zugute kommen, welche dann ihrerseits die entsprechenden Leistungen an Flüchtlingsopfer verteilen sollte. Dabei sollte es im Ermessen der Organisation stehen, an wen bzw. wohin diese deutschen Leistungen weitergeleitet werden sollten. Die Forderungen der Arabischen Liga waren so unannehmbar. Zum einen hatte sich die Bundesregierung im Rahmen des Luxemburger Abkommens bereits in einem Vertrag zum Beginn der Leistungen an Israel zu einem bestimmten Zeitpunkt verpflichtet, was zumindest eine Modifikation des Abkommens nach erneuter Verhandlung mit Israel aber auch innerhalb des Kabinetts notwendig gemacht hätte. Zum anderen konnte dem deutschen Steuerzahler kurz nach Kriegsende und noch keineswegs rosiger Wirtschaftslage nicht die Aufbringung solch hoher Beträge zugemutet werden, wenn die UN- Flüchtlingsorganisation beliebig über diese Summen verfügen konnte, zumal die Bundesrepublik nicht Mitglied der UNO war. Darüber hinaus wäre der Geist des Abkommens mit einer solchen Regelung völlig entstellt worden. Angesichts dieser arabischen Forderungen, die darauf zielten, aus dem Luxemburger Abkommen ein Geschäft zu arabischen Gunsten zu machen, erscheint die Reaktion Hallsteins mehr als verständlich.⁵⁸⁷ Andererseits signalisierte Hallstein den arabischen Staaten Entgegenkommen, indem er eine mögliche Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen den arabischen Staaten und der Bundesrepublik ebenso in Aussicht stellte, wie die Prüfung der Frage, ob die Einhaltung des Luxemburger Abkommens durch eine Instanz der Vereinten Nationen kontrolliert werden könne.⁵⁸⁸

Im Rahmen eines abschließenden Gesprächs zwischen dem Leiter der Delegation, Daouk, sowie Hallstein am 30. Oktober 1952 erklärte der Staatssekretär, dass angesichts der Äuße-

⁵⁸⁷ In diesem Zusammenhang befürwortet die Autorin das Urteil von Berggötz, wonach Hallstein „wenig Einfühlungsvermögen für die nahöstliche Mentalität“ aufgebracht habe, nicht, zumal er diesen ernstgemeinte Angebote offerierte. (Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.90f.) Angesichts der zuweilen dreisten Forderungen der Delegation scheint das Verhalten Hallsteins durchaus gerechtfertigt und angemessen. Denn um das Leid der arabischen Menschen sollte es so manchem arabischen Staat bzw. Organisation damals ebenso wenig wie heute gehen, obwohl finanzielle Mittel zur Linderung dieses Leides im Nahen Osten in ausreichender Menge zur Verfügung standen und stehen. Zudem stand die Flüchtlingsfrage in enger Verbindung mit einem durch die arabischen Staaten eröffneten Krieg, der gerade Ägypten und Jordanien nicht nur Flüchtlinge, sondern auch territoriale Gewinne gebracht hatte.

⁵⁸⁸ Vgl.: AAPD 1952, Dok.222, S.682f. sowie Diplogerma Kairo (210-01/1-III-16370/52) vom 31.10.1952, gez. Kordt, in: PA/AA, B 150, Bd.180, S.1285.

rungen und des Verhaltens des syrischen und irakischen Delegationsmitglieds, welche auf die Verhinderung der Ratifizierung des Abkommens zielten, an eine Fortführung der Gespräche nicht zu denken sei. Daouk wies zudem darauf hin, dass eine Beendigung der offiziellen Gespräche, aber auch eine Unterbindung weiterer inoffizieller Treffen von einigen der Delegationsmitglieder als Rausschmiss empfunden wurde.⁵⁸⁹ Der arabische Protest sollte nicht lange auf sich warten lassen, wie Botschafter Pawelke deutlichst zu spüren kam, der u.a. zu sehr ungewöhnlicher, nächtlicher Stunde durch General Nagib empfangen wurde.⁵⁹⁰

In einem Memorandum der Delegation der arabischen Staaten vom 31. Oktober 1952 legte diese gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Namen Ägyptens, Iraks, Jemens, Jordaniens, Libanons, Saudi-Arabiens und Syriens ausführlich ihre Beweggründe dar, gegen Leistungen gemäß des Luxemburger Abkommens an Israel zu protestieren.⁵⁹¹ Dabei erklärten sie, nicht aus antisemitischer Motivation, sondern aus reinem Selbsterhaltungstrieb zu handeln. Sie protestierten gegen eine Ratifizierung des Abkommens, da sie sich mit Israel im Kriegszustand befänden, mittels der deutschen Leistungen das Gleichgewicht im Nahen Osten gefährdet würde, Israel nicht Rechtsnachfolger der verfolgten Juden sei und ein israelischer Anspruch ein Novum in den internationalen Beziehungen darstelle, was zudem auch durch die drei Westmächte bestätigt werde. Infolge einer arabischen Anfrage hatten diese ihrerseits darauf verwiesen, dass die Verantwortung für das Luxemburger Abkommen allein bei der Bundesrepublik liege. Darüber hinaus fehlte in dem arabischen Memorandum nicht der Verweis auf die Flüchtlingsproblematik, der darin gipfelte, dass man bei der deutschen Wiedergutmachung den „falschen Adressaten“⁵⁹² gewählt habe.

Die Bundesregierung musste eine gesichtswahrende Lösung für die arabischen Regierungen, die gewissen Wert auf Prestigefragen legten und teilweise immer noch legen, ersinnen. Denn diese drohten der Bundesrepublik mit dem Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen, im Falle Ägyptens und Iraks sogar mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen.⁵⁹³ Gerade erstere Drohung stieß in der deutschen Wirtschaft durchaus auf gewisses Unbehagen.⁵⁹⁴ Den arabischen Boykottdrohungen im Falle der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens lag ein Beschluss des Politischen Komitees der Arabischen Liga vom 12. November 1952 zu-

⁵⁸⁹ Vgl.: Aufzeichnung Bökers über die Besprechung des Staatssekretärs mit Daouk vom 30.10.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.180, S.1277-1280.

⁵⁹⁰ Vgl.: AAPD 1952, Dok.224, S.687f.

⁵⁹¹ Vgl.: Memorandum der arabischen Staaten Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien vom 31.10.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.253, S.135-144 sowie Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.51, S.223. Zur deutschen Antwort siehe AAPD 1952, Dok.234, Anm.5, S.714.

⁵⁹² Memorandum der arabischen Staaten Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien vom 31.10.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.253, S.142.

⁵⁹³ Vgl.: Aufzeichnung Hallsteins über Gespräch mit Donnelly vom 11.11.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.181, S.1305.

⁵⁹⁴ Siehe so z.B. Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.46, S.213ff.

grunde, der allerdings im Januar 1953 bereits modifiziert wurde. Hintergrund dieser Änderung bildete das bevorstehende Eintreffen einer deutschen Wirtschaftsdelegation in Kairo.⁵⁹⁵

Die arabischen Drohungen mussten zumindest vorübergehend ernst genommen werden, da z.B. Saudi-Arabien die Einreise einer deutschen Wirtschaftsdelegation, die zuvor vom saudischen Finanzminister eingeladen worden war, verweigerte.⁵⁹⁶

1.3.3.2.3. Kompromisslösung durch Einschaltung der UNO oder eines Treuhänders?

Kurz nach Abreise der arabischen Delegation aus der Bundesrepublik legte Böker bereits dar,⁵⁹⁷ welche Gründe die Bundesregierung veranlassen müssten, eine für die arabischen Staaten gesichtswahrende Lösung zu finden, ohne dass dabei weder das Luxemburger Abkommen noch seine Ratifizierung in Frage gestellt werden sollte. Böker vermutete beim Ausbleiben eines gewissen Entgegenkommens handelspolitische Einbußen für die Bundesrepublik in der Region, eine längerfristige Abkühlung der deutsch-arabischen Beziehungen sowie ein Eindringen der Sowjetunion in die Region. Ob der Einfluss der Bundesrepublik im Nahen Osten zu diesem Zeitpunkt bereits so stark gewesen ist, dass sich deren Einbußen hinsichtlich politischer und außenwirtschaftlicher Einflussnahme in den arabischen Staaten direkt zugunsten der Sowjetunion auswirkten, darf bezweifelt werden. Dass die DDR eine solche Entwicklung zu ihren Gunsten zu nutzen suchte, wurde aber durch Böker so nicht antizipiert. Dieser erwartete bei fortgesetztem arabischen Druck negative Auswirkungen auf die parlamentarische Unterstützung für das Luxemburger Abkommen, die Hinwendung gewisser deutscher Wirtschaftskreise zu rechtsradikalen Strömungen sowie eine Erschwerung der Durchführung des Luxemburger Abkommens infolge arabischer Erpressung. Insofern standen in Anlehnung an die arabischen Vorschläge im wesentlichen nur zwei Kompromisse zur Diskussion: ein Urteil der Generalversammlung der VN infolge eines entsprechenden Ersuchens, das entscheiden sollte, ob das deutsch-israelische Abkommen die Neutralitätspflicht der Bundesrepublik im Kontext des arabisch-israelischen Konflikts verletzte sowie andererseits Überwachung der Durchführung des Luxemburger Abkommens durch einen neutralen Beauftragten der VN. Letzterer Vorschlag sollte laut Luxemburger Abkommen ohnehin untersagte Waffenlieferungen verhindern.⁵⁹⁸ Zudem war die Realisierung eines solchen Entgegenkommens gegenüber den arabischen Staaten nur infolge israelischer Zustimmung denkbar.⁵⁹⁹

⁵⁹⁵ Vgl.: AAPD 1953, Dok.2, Anm.12, S.26 sowie Dok.33, S.99.

⁵⁹⁶ Vgl.: Aufzeichnung betr. arabische Reaktionen auf das Israel-Abkommen vom 6.11.1952, in: PA/AA, B 2, Bd.17, S.157. Weiterhin Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.48, S.217.

⁵⁹⁷ Vgl.: AAPD 1952, Dok.226, S.690ff.

⁵⁹⁸ Ebd. sowie AAPD 1952, Dok.234, S.713ff.

⁵⁹⁹ Vgl.: AAPD 1952, Dok.236, S.722.

Während sich Nahum Goldman mit einem Kompromiss, der eine Involvierung der VN in eine ursprünglich rein bilaterale Angelegenheit bedeutet hätte, noch am ehesten anfreunden konnte, stieß er in Israel,⁶⁰⁰ insbesondere bei Ben Gurion, weiterhin partiell in Deutschland aber auch beim State Department auf Ablehnung. Letzteres befürchtete im Ergebnis einer solchen Aktion die Verhärtung der arabischen Haltung, infolge dieser die Bundesrepublik mehr zu verlieren als zu gewinnen habe.⁶⁰¹ Ben Gurion selbst sah die moralische Grundlage des Vertragswerkes in Frage gestellt. Er begründet dies damit, dass Israel nicht auf der Basis eines formalen Anspruchs gegenüber der Bundesrepublik agiert habe. Da das deutsche Volk „für den Mord an sechs Millionen Juden verantwortlich“ war und zudem „den Besitz der Opfer geraubt“ hatte,⁶⁰² stand eine moralische Frage im Raum, die keine direkte Verbindung zu den arabischen Staaten oder der UNO erkennen ließ.

Zudem musste erörtert werden, wer die UNO anrufen sollte.⁶⁰³ Dabei hatten sich die arabischen Staaten aber von vornherein geweigert, selbst bei den VN vorstellig zu werden, eine Haltung die der ehemalige Leiter der deutschen Delegation in Wassenaar, Böhm,⁶⁰⁴ als „Unverschämtheit“ charakterisierte. Diese Aussage begründete er damit, dass nicht die arabischen Staaten, sondern die Bundesrepublik „die völkerrechtliche Korrektheit des Vertrags in Frage stellen“ sollte, womit eine Umkehrung der Beweis- und Prozesslast einhergehe. Da weder die arabischen Staaten bei der UNO selbst vorstellig werden wollten, noch ein solcher Schritt durch die Bundesrepublik infolge israelischer Einwände in Betracht kam, wurde ab etwa Mitte Dezember nur noch ernsthaft erwogen, dass ein dritter Staat die UNO anrufen sollte. Israel hatte zurecht darauf verwiesen, dass eine Anrufung der UNO durch die Bundesrepublik in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken müsse, als wolle sich die Bundesrepublik bereits aus den erst kürzlich übernommenen Verpflichtungen gegenüber Israel und den Juden der Welt hinauswinden.⁶⁰⁵ Gerade deswegen lehnte Israel auch ab, dass ein dritter Staat offiziell als Beauftragter der Bundesrepublik gegenüber der UNO in Erscheinung trat.⁶⁰⁶

Doch fast genau zu dem Zeitpunkt, als sich die Bundesrepublik und Israel auf die Modalitäten weiteren Vorgehens geeinigt hatten, wurde die Frage der Anrufung der UNO obsolet.

⁶⁰⁰ Vgl.: Goldman an Blankenhorn am 8.12.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.255, S.84 (=CZA/ Z6/ 1998).

⁶⁰¹ Vgl.: Aufzeichnung Hallsteins über Gespräch mit Donnelly vom 11.11.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.181, S.1305.

⁶⁰² Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.47, S.215.

⁶⁰³ Vgl.: AAPD 1952, Dok.236, S.722ff.

⁶⁰⁴ Böhm an Küster am 4.12.1952, in: ACDP, I-084-001. Weiterhin: Aufzeichnung Referat Frowein (244-13 II 16600/52) vom 6.12.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.255, S.98.

⁶⁰⁵ Vgl.: AAPD 1952, Dok.244, S.740.

⁶⁰⁶ Vgl.: Aufzeichnung über Gespräch zwischen u.a. Hallstein sowie Josephthal und Yachil am 12.12.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.181, S.1421.

Am 17. Dezember 1952 berichtete der deutsche Botschafter in Kairo, Pawelke,⁶⁰⁷ dass das Vertrauen von General Nagib in die UNO auf einen Nullpunkt gesunken sei,⁶⁰⁸ nachdem diese den arabischen Staaten die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Israel nahe gelegt hatte. Nagib befürwortete zwar vorläufig immer noch, wegen des Luxemburger Abkommens die UNO anzurufen, machte aber zur Bedingung, dass das Abkommen vor einem Entscheid der Organisation nicht ratifiziert werden dürfte. Für Nagib fielen diese Entwicklungen in eine ungünstige Phase, hatten doch die parallelen Verhandlungen mit Großbritannien hinsichtlich des Sudans große Zugeständnisse von ägyptischer Seite bei gleichzeitiger instabiler innenpolitischer Situation verlangt. Über diese Gesamtentwicklung ernüchtert, aber auch von allen Seiten unter Druck gesetzt, hielt Nagib bei Nichtaufschub der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens jede weitere Konzession der Bundesregierung gegenüber Ägypten für überflüssig. Bereits Anfang Januar 1953 signalisierte Ägypten aber bereits den Willen, den Streit mit der Bundesrepublik wegen des Luxemburger Abkommens in freundschaftlicher Art und Weise beizulegen. Angestrebt wurde nun nicht mehr die Anrufung eines neutralen Treuhänders durch die UNO. Stattdessen sollte dieser nunmehr unabhängig von den VN im Einvernehmen mit der Bundesrepublik ernannt werden. Zudem signalisierte Nagib seine Bereitschaft, einen Boykottverzicht zu erklären, der ihm allerdings nicht für eine Veröffentlichung geeignet schien.⁶⁰⁹

Das Auswärtige Amt hatte inzwischen mit Goldmann und Shinnar die Frage eines neutralen Treuhänders ausgiebig erörtert. So sollte die geplante Regelung in einem Notenwechsel zwischen der Bundesrepublik und Israel festgelegt werden und dieser Austausch zeitgleich mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgen. Die zentrale Aufgabe des durch beide Vertragsparteien beauftragten Treuhänders wäre es gewesen, einen Missbrauchs des Abkommens für Waffenlieferungen⁶¹⁰ zu unterbinden. Zum Zwecke wirkungsvoller Kontrollen hätten dem Treuhänder z.B. auch das Recht auf stichprobenartige Kontrolle von Frachtpapieren sowie notfalls auch das Recht auf Öffnung der Transportbehälter der jeweiligen Waren zugestanden.⁶¹¹ Mitte Februar wurde der deutsche Botschafter in Kairo gebeten, zu klären, ob die ägyptische Regierung die Vorschläge hinsichtlich der Aufgaben und Befugnisse eines neutra-

⁶⁰⁷ Vgl.: Pawelke, Kairo, an AA am 17.12.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.181, S.1430f.

⁶⁰⁸ Zudem fand Nagib in seinem neuen Außenminister, Fawzi, der Ägypten bis dato sechs Jahre vor der UNO vertreten hatte, durchaus einen Kritiker dieser Organisation. Vgl.: AAPD 1953, Dok.2, S.25.

⁶⁰⁹ Ebd., S.24f.

⁶¹⁰ Der Entwurf des Notenwechsels sah hier den hinsichtlich seiner Interpretation dehnbaren Begriff „Kriegslieferungen“ vor.

⁶¹¹ Vgl.: Aufzeichnung von v. Trützschler (zu 244-13 II 1267/53) vom 29.1.1953 mit beiliegendem Entwurf des Notenwechsels, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953 (=PA/AA, B 11, Bd.256, S.197-202). Über diese Entwicklungen wurde der deutsche Botschafter in Kairo, Pawelke umgehend in Kenntnis gesetzt. Siehe: Trützschler an Pawelke (244-13 II 1353/53) am 29.1.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953 (=PA/AA, B 11, Bd.257, S.89).

len Treuhänders akzeptieren würde.⁶¹² Allerdings erklärten Ägypten und weitere arabische Staaten nunmehr, dass sie vor der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens keine Stellung zur Frage eines neutralen Treuhänders nehmen könnten. Einerseits entsprang dieses Argument der Auffassung, dass man sich mit der Zustimmung zur Einsetzung eines Treuhänders de facto mit dem Luxemburger Abkommen einverstanden erklären würde, welches aber nach wie vor gänzlich verhindert werden sollte. Andererseits, so argumentierte die ägyptische Regierung, sei die Ratifizierung im Bundestag ohnehin fraglich.⁶¹³ Angesichts dieser ablehnenden Haltung Ägyptens wurde die Frage eines neutralen Treuhänders nicht mehr weiter verfolgt.⁶¹⁴

1.3.3.3. Die Westrick-Mission und die DDR

Aufgrund des Forschungsstandes⁶¹⁵ darf an dieser Stelle auf die Westrick⁶¹⁶-Mission nur zusammenfassend eingegangen werden. Die Delegation unter Leitung des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Westrick, die am 1. Februar 1953 nach Kairo abgereist war, führte in der Zeit vom 2. bis 15. Februar Verhandlungen über eine deutsche Wirtschaftshilfe an Ägypten.⁶¹⁷ Die Delegation setzte sich aus acht führenden, hinsichtlich wirtschaftlicher und den Nahen Osten betreffender Fragen sachverständigen Personen zusammen.⁶¹⁸ Adenauer hatte Westrick mit der Leitung dieser Mission betraut, weil dieser nicht nur als Sachverständiger, sondern v.a. geradliniger und beharrlicher⁶¹⁹ Verhandlungsführer galt, der zudem keine Neigungen zu einem politischen Kuhhandel⁶²⁰ in einer für das deutsche Ansehen so wichtigen Frage wie der des Luxemburger Abkommens erkennen lies.

Das Ziel der Delegation lag in einer gewissen Kompensation der in den arabischen Staaten ausgelösten Missstimmung infolge des Abschlusses des Luxemburger Abkommens durch

⁶¹² Vgl.: Telegramm Hallsteins (244-13 II 1934/53) vom 10.2.1953, in: PA/AA, B 11, Bd.257, S.90.

⁶¹³ An der unveränderten Haltung der SPD, die als Oppositionspartei die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens befürwortete, konnte es keine Zweifel geben. Vgl.: Ollenhauer an Braunthal, Sozialistische Internationale, London, am 29.1.1953, in: CZA/Z6/716.

⁶¹⁴ Vgl.: Telegramm Pawelkes an AA vom 17.2.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953 sowie Vermerk von v. Trützschler (zu 244-13 II 2367/53) vom 25.2.1953 und beiliegendem Telegrammentwurf, in: PA/AA, B 11, Bd.257, S.67f.

⁶¹⁵ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.191ff.; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.239-242; Hansen, N.: Schatten, S.322f.; Hünseler, P.: Die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den arabischen Staaten, S.57-60.

⁶¹⁶ Zur Person Westricks siehe: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.75-78.

⁶¹⁷ Ägypten war zu diesem Zeitpunkt Sprecher der Arabischen Liga.

⁶¹⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.51, S.224.

⁶¹⁹ Die durch Jelinek verwendete Bezeichnung „stur“ erscheint hier etwas übertrieben. (Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.239). Zu Westricks Verhandlungsstil siehe Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen, S.76f.

⁶²⁰ Adenauer selbst schrieb in seinen Erinnerungen im Zusammenhang mit dem Scheitern der Westrick-Mission: „Es gibt Höheres als gute Geschäfte. Wir wollten ein anderes Deutschland als das Deutschland Hitlers. Wir mussten die Probe bestehen, und zwar nicht nur mit schönen Worten, sondern auch mit materiellen Opfern.“ (Adenauer, K.: Erinnerungen 1953-1955, S.150.)

wirtschaftspolitische Offerten.⁶²¹ Das Abkommen selbst sollte ebenso wie politische Fragen nicht Gegenstand der Gespräche zwischen der deutschen Delegation und ihrer vornehmlich ägyptischen Gesprächspartnern sein. Demgegenüber zeigte sich die Bundesregierung bereit, Ägypten Investitionsgüter und Produktionsmittel auf Basis eines entsprechenden Kredits in Höhe von ca. 300-400 Millionen DM zu liefern.⁶²² Doch im Verlauf der Verhandlung kristallisierte sich einerseits die überzogene Erwartungshaltung Ägyptens hinsichtlich der Höhe eines durch Deutschland zu offerierenden Kreditvolumens ebenso heraus, wie andererseits die Tatsache, dass Ägypten das Luxemburger Abkommen zum Gegenstand der Diskussion machen wollte. Hintergrund der hohen Krediterwartungen bildete die geplante Erhöhung des Nildammes bei Assuan, um damit die landwirtschaftliche Anbaufläche Ägyptens um ca. 30% zu erweitern, wobei eine finanzielle deutsche Beteiligung an dem mit etwa 2,4 Milliarden DM kalkulierten Unternehmen zu 50 % erwartet wurde.⁶²³ Die Höhe dieses Betrages übertraf die Summe, über welche die deutsche Mission verhandeln konnte, bei weitem, weswegen eine Einigung der Verhandlungspartner nicht mehr wirklich in Aussicht stand. Allerdings gab Ägypten der Bundesrepublik den geeigneten Anlass, die Mission für beendet zu erklären, ohne auch nur den geringsten Handlungsspielraum eingebüßt zu haben. Denn zeitlich parallel zu den Verhandlungen der bundesdeutschen Delegation traf eine Handelsdelegation aus der DDR unter Leitung des sogenannten Beauftragten für Nahost, Fritz Koch, in Kairo ein.⁶²⁴ In Anbetracht dieser Tatsache, vor dem Hintergrund des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik, aber auch dem Höhepunkt der antisemitischen Verfolgungen in Osteuropa sowie dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel am 11. Februar 1953 war der Abbruch der Westrick-Mission eine konsequente und angesichts der Zielsetzung der Bundesrepublik richtige Entscheidung. Dieses Verhalten zeitigte denn auch in Ägypten selbst die erwünschte Reaktion insofern, als sich Anfang März die Stimmung gegen das Luxemburger Abkommen in Ägypten „wesentlich gemildert hatte“.⁶²⁵ Zudem lagen die bedeutenden wirtschaftlichen Interessen Ägyptens in einer entsprechenden Kooperation mit der Bundesrepublik und nicht in der finanzschwächeren DDR. Nach und trotz Ratifizierung des Luxemburger Abkommens entwickelten sich die wirtschaftlichen, aber auch politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten in durchaus beachtli-

⁶²¹ Zu den Zielen der Mission siehe AAPD 1953, Dok.41, S.122ff.

⁶²² Eine Kreditvergabe über diesen Rahmen hinaus stand wegen der begrenzten ägyptischen Zahlungs- bzw. Liefermöglichkeiten als Gegenleistung für die deutschen Waren nicht ernsthaft zur Diskussion. Hierzu: Kabinettsprotokolle 1953, 272. Sitzung, 30.1.1953, S.142 sowie AAPD 1953, Dok.41, S.123f.

⁶²³ Vgl.: Kabinettsprotokolle 1953, 276. Sitzung, 20.2.1953, S.174. Zu den späteren jahrelangen Verhandlungen um das Großprojekt des Assuanstaudammes siehe ausführlich Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.335-360.

⁶²⁴ Vgl.: DAPDDR, Bd.1, S.505f.

⁶²⁵ Vgl.: AAPD 1953, Dok.116, S.331.

chem Ausmaß.⁶²⁶ Die Bundesrepublik ging aus dieser Krise gestärkt hervor und konnte in der Folge durchaus wirtschaftspolitischen Einflussgewinn auf Kosten der ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich im Nahen Osten verbuchen.

1.3.3.4. Israelische Haltung anlässlich der arabischen Drohungen gegenüber der Bundesrepublik

In Israel selbst reagierte man infolge der arabischen Drohungen, die gerade während der Monate Oktober und November 1952 besonders häufig und lautstark zu vernehmen waren, keineswegs neurotisch, sondern besonnen. Weder der israelische Konsul in München, Livneh, noch das israelische Außenministerium glaubten ernsthaft, dass die Bundesrepublik die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens wegen dieser Proteste in Frage stellen würde.⁶²⁷ Offensichtlich hatte die Bundesregierung im Laufe der letzten Monate eine gewisse Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit erkennen lassen, die auch in Israel wahrgenommen wurde. Dennoch suchte das israelische Außenministerium sicherheitshalber die Unterstützung der USA und Großbritanniens zum Zwecke einer bald möglichen Ratifizierung des Luxemburger Abkommens.⁶²⁸

Ungeachtet dessen hatte Israel dem sowjetischen Außenministerium wenige Tage nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens erneut eine Note unterbreitet, welche nochmals auf die israelischen Forderungen gegenüber der DDR verwies. Allerdings spielte das Thema DDR und Wiedergutmachungsleistungen aus der DDR in den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten, aber auch in den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und Israel in den ersten Monaten nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens und der starken arabischen Proteste zunächst überhaupt keine Rolle. Erst im Zuge der Westrick Mission sollte sich das im Falle Ägyptens⁶²⁹ ändern.

Als sich im Laufe des November allmählich abzeichnete, dass die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens doch etwas länger als geplant auf sich warten lassen würde, wies

⁶²⁶ Von einer Erstarrung der deutsch-arabischen Beziehungen (Liemann, J.: Wiedergutmachung durch Konflikt, S.529.) kann also in keiner Weise gesprochen werden. Der Regierung Adenauer in diesem Zusammenhang zu unterstellen, sie habe mit einer „eiligen und engstirnigen Westintegration jede Chance einer gesamtdeutschen Wiedergutmachung“ vereitelt, wobei Liemann (Ebd., S.530.) diese Aussage in den Kontext der Stalin-Noten, allerdings nicht stalinistischer Judenverfolgungen setzt, verdeutlicht wohl eher die politische Gesinnung des Autors, jedoch nicht reale historische Geschehnisse. Allerdings erlaubt sich Liemann an anderer Stelle seines Aufsatzes auch, das Haavara- (Transfer) Abkommen als Haavera- (Übertretung, Sünde, Verstoß) Abkommen zu bezeichnen (Ebd., S.520). Unabhängig davon darf daran erinnert werden, dass die Bundesrepublik noch während des Jahres 1953 diplomatische Beziehungen zum Irak, Jordanien und Libanon aufgenommen hatte. Vgl.: Hünsele, P.: Die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den arabischen Staaten, S.61ff.

⁶²⁷ Vgl. FPI 1952, Dok.427, S.617 sowie Aufzeichnung vom 6.10.1952 über Gespräch mit Livneh, in: PA/AA, B 11, Bd.252, S.183.

⁶²⁸ Vgl.: FPI 1952, Dok.433, S.622.

⁶²⁹ Vgl.: FPI 1953, Dok.82, S.87 (hebr. S.140).

Israel die Bundesregierung auf die erpresserischen Methoden seitens der Arabischen Liga hin. Ziel dieser Politik sei es – und diese israelische Wahrnehmung des Problems deckte sich durchaus mit vereinzelt Äußerungen in arabischen Reihen – Israels wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeizuführen und sich damit eines ungeliebten Problems zu entledigen. Dabei lies Israel erkennen, dass es hinsichtlich der Boykottpolitik existente graduelle Unterschiede in der arabischen Welt registrierte. Zudem ging Israel auf den Vorwurf der Neutralitätsverletzung durch den Abschluss des Luxemburger Abkommens ein und betonte, dass seit den Waffenstillstandsverträgen vormalige Handelsbeschränkungen für die Streitparteien aufgehoben worden waren.⁶³⁰

Ogleich Israel das Auswärtige Amt darauf aufmerksam machte, dass eine unnötig lange Verzögerung des Luxemburger Abkommens für Israel zu einem ökonomischen Problem, zum anderen auch negative Rückwirkungen in der israelischen Öffentlichkeit bedeuten würden, zeigte sich Israel im Rahmen seiner Möglichkeiten hinsichtlich der Frage einer Anrufung der UNO oder der Einschaltung eines Treuhänders zwar nicht begeistert, aber trotzdem zu sachlichen Verhandlungen fähig. Dies wurde nicht zuletzt dadurch möglich, dass die Ratifizierung des Abkommens selbst auch von deutscher Seite nie in Frage gestellt wurde.⁶³¹

1.3.3.5. Haltung der Westmächte gegenüber den arabischen Protesten

Einzelne arabische Staaten protestierten bereits im März 1952 gegenüber den USA gegen die beabsichtigte Aufnahme der deutsch-israelischen Verhandlungen hinsichtlich deutscher Wiedergutmachungsleistungen.⁶³² In diesem Zusammenhang verwiesen die arabischen Staaten auf die arabische Flüchtlingswelle aus Palästina/ Israel und versuchten ein Junktim zwischen der Frage etwaiger israelischer Entschädigungszahlungen und den bevorstehenden deutsch-israelischen Verhandlungen herzustellen, was durch die USA abgelehnt wurde, zumal beide Fragen in der Tat qualitativ völlig unterschiedliche Problemkreise beinhalteten. Bereits hier zeigte sich, dass das Vorgehen der arabischen Staaten keineswegs einheitlich gewesen ist, bevor arabische Proteste zurückgingen und während der eigentlichen Verhandlungsphase kaum zu vernehmen waren.

Zunehmender Druck seitens der Arabischen Liga und v.a. Syriens gegen das Luxemburger Abkommen kurz vor seiner Unterzeichnung einerseits, sowie die Tatsache, dass die Bundes-

⁶³⁰ Vgl.: Sharett an Goldmann am 13.11.1952, in: ISA/534/5-זא (dt. Übersetzung siehe Jelinek, Y.A.: Moral und Realpolitik, Dok.49, S.218-221); Memorandum Shinnars vom 17.11.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.255, S.121-126.

⁶³¹ Vgl.: FPI 1953, Dok.13, S.14 (hebr. S.23f.); Dok.28, S.33f. (hebr. S.52f.); Aufzeichnung über Gespräch zwischen u.a. Hallstein, Josephthal und Yachil vom 12.12.1952, in: PA/AA, B 150, Bd.181, S.1420ff.; Aufzeichnung v. Trützschlers vom 29.1.1953, in: PA/AA, B 11, Bd.256, S.197f.

⁶³² Im Falle Syriens und Libanons siehe FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.408, S.901, Dok.410, S.903, Dok.417, S.909f.

republik zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eigene diplomatische Vertretungen in den arabischen Staaten verfügte, veranlasste Bundeskanzler Adenauer bereits am 6. September 1952 gegenüber dem amerikanischen Hohen Kommissar, Donnelly, um die Unterstützung der deutschen Position gegenüber den arabischen Staaten durch die USA zu bitten.⁶³³ Zudem lösten die arabischen Boykottdrohungen zum Teil übertriebene Befürchtungen in deutschen wirtschaftlichen Kreisen aus, die ihre Interessen im Orient gefährdet sahen.⁶³⁴ Andererseits befürchtete Adenauer, dass gerade die Boykottdrohungen latente antisemitische Gefühle in der Bevölkerung wiederbeleben könnten.⁶³⁵ Darüber hinaus erhoffte sich der Kanzler aber durch die amerikanische Unterstützung auch eine Stärkung seiner eigenen Position im Kabinett, in dessen Rahmen das Luxemburger Abkommen zwei Tage später ausführlich diskutiert wurde.⁶³⁶ Secretary of State, Acheson, autorisierte noch am 6. September 1952 über den amerikanischen Hochkommissar Kanzler Adenauer zu der Erklärung, dass die USA gewillt seien, ihre Missionen zu benutzen, den arabischen Druck zu lindern bzw. einige der arabischen Staaten zu überzeugen, von entsprechenden Drohungen abzusehen.⁶³⁷ Acheson selbst hielt es aber für unwahrscheinlich, dass die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens ernsthaft in Gefahr stünde und empfahl Israel die arabischen Drohungen nicht überzubewerten.⁶³⁸ Zudem lag gerade den USA aus politischen und militärischen Gründen an einer Linderung und nicht Zuspitzung des Nahostkonfliktes, obgleich die in diesem Zusammenhang unternommenen Vermittlungsversuche nicht immer auf realistischen Annahmen beruhten.⁶³⁹ Deswegen konnte und wollte man arabische Boykottdrohungen, die sich in ihrem Kern gegen Israel und weniger gegen die Bundesrepublik selbst richteten, nicht unterstützen. Der Leiter der Nahostabteilung des State Department stellte so gegenüber Syrien klar, dass die USA zwar eine israelische Entschädigung arabischer Flüchtlinge auf der Basis moralischer Gründe akzeptiere, nicht je-

⁶³³ Vgl.: FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.479, S.991.

⁶³⁴ Vgl.: Telegramm Hallsteins (244-13 II 12281/52) vom 6.9.1952 an deutschen Gesandtschaftsträger in Washington, in: PA/AA, B 150, Bd.180, S.1099.

⁶³⁵ Vgl.: FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.487, S.999. Hallstein attestierte bei der „innerdeutschen Wühlarbeit gegen den Vertrag antijüdische Tendenzen.“ Vgl.: Hallstein an Krekeler am 16.10.1952, in: PA/AA, B 2, Bd.17, S.116f.

⁶³⁶ Vgl.: Kabinettsprotokolle 1952, 245.Sitzung am 8.9.1952, S.549-558. Differenzen existierten hier insbesondere mit Bundesfinanzminister Schäffer, aber auch dem Leiter der deutschen Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz, Abs. Dieser bemängelte u.a. die Zusammensetzung der Warenliste vor dem Hintergrund des arabisch-israelischen Konfliktes. Im Rahmen der Kabinettsitzung verwies Staatssekretär Hallstein auf eine Weisung des Leiters der Nahostabteilung des State Departments, Byroade, an die amerikanischen Vertretungen in den arabischen Staaten, die deutsche Position zu unterstützen.

⁶³⁷ Vgl.: FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.480, S.992.

⁶³⁸ Vgl.: FPI 1952, Dok.366, S.537.

⁶³⁹ Dies erkannte man auch im Auswärtigen Amt, überschätzte andererseits aber sicherlich den amerikanischen Einfluss in den arabischen Staaten. Vgl.: z.B. Aufzeichnung Kordt (210-01/35-III-14898/52) vom 9.10.1952 betr. Abzweigung von Wiedergutmachungsleistungen für Palästina-Flüchtlinge, in: PA/AA, B 150, Bd.180, S.1223f. (=PA/AA, B 2, Bd.17, S.91f.) Zu einem wohl kaum zu realisierenden Vermittlungsvorschlag der Regierung Eisenhower siehe: Telegramm Pawelkes, Kairo, an AA vom 6.4.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953 sowie Vermerk Blankenhorns vom 28.4.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953.

doch derartige arabische Forderungen in Zusammenhang mit den deutschen Wiedergutmachungsleistungen an Israel. Zudem habe sich die Bundesrepublik aus moralischen Gründen bereit erklärt, diese Leistungen zu erbringen.⁶⁴⁰

Doch die Unterstützung der USA kannte ihre Grenzen, die da sichtbar wurden, wo die Eigeninteressen der USA in der Region tangiert wurden. So erklärten die Vereinigten Staaten gegenüber einzelnen arabischen Staaten ebenso wie Großbritannien und Frankreich wiederholt, dass sie nicht in die deutsch-israelischen Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen involviert seien, sondern diese eine rein bilaterale Angelegenheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel darstellten, für welche alleinig die Bundesregierung die Verantwortung trage.⁶⁴¹ Gerade um diese politischen Erklärungen nicht fragwürdig erscheinen zu lassen, distanzierten sich die USA gegenüber zu starkem Druck auf die arabischen Staaten infolge deren Boykottdrohungen an die Adresse der Bundesregierung. Andererseits waren sie sich aber auch bewusst darüber, dass keine Stellungnahme auch als ein Schuldeingeständnis der Vereinigten Staaten durch die arabischen Staaten interpretiert werden konnte.⁶⁴² Dass sich die amerikanische Regierung bei ihrer Unterstützung der Bundesrepublik gegenüber arabischen Drohungen keineswegs übermäßig, sondern lediglich im Rahmen wohlverstandenen Eigeninteresses engagierte, konnte auch in Bonn nicht übersehen werden.⁶⁴³ Das Eintreffen der DDR-Delegation in Ägypten stieß allerdings auch beim amerikanischen Hochkommissar auf „lebhaftes Befremden“.⁶⁴⁴

Bundeskanzler Adenauer ließ im Vorfeld seiner ersten Amerikareise gegenüber dem amerikanischen Außenminister Dulles im Februar 1953 keinen Zweifel erkennen, das für das deutsche Ansehen in der westlichen Hemisphäre so wichtige Luxemburger Abkommen, baldmöglichst zu ratifizieren.⁶⁴⁵

Nicht nur Goldmann, sondern auch Vertreter der israelischen Botschaften in Washington und London wurden wegen der Verzögerung bei der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens nicht nur bei Bundeskanzler Adenauer, sondern eben auch bei der amerikanischen und britischen Regierung vorstellig. So zeigte sich z.B. Lord Henderson gegenüber Staatssekretär Hallstein während dessen Aufenthaltes in Großbritannien Anfang Februar 1953 wegen der

⁶⁴⁰ Vgl.: FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.480, S.992 and Dok.591, S.1163.

⁶⁴¹ Ebd., Dok.480, S.992; Memorandum der arabischen Staaten Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien vom 31.10.1952, in: PA/AA, B 11, Bd.253, S.138f.

⁶⁴² Vgl.: FRUS 1952-1954, Bd.IX, Dok.504, S.1037.

⁶⁴³ Vgl.: Lenz, O.: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953. Bearb. von K. Gotto, H.-O. Kleinmann und R. Schreiner, Düsseldorf 1989 (=Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.11), S.463.

⁶⁴⁴ Telegramm Hallsteins (MB 494/53) vom 11.2.1953, in: PA/AA, B 11, Bd.257, S.42.

⁶⁴⁵ Vgl.: AAPD 1953, Dok.48, S.147. Zum Deutschlandbesuch von Dulles und dessen Interesse an der Ratifizierung des Luxemburger Vertrages siehe Kabinettsprotokolle 1953, 275.Sitzung, 13.2.1953, S.171. Ein weiterer Aufschub der Ratifizierung war nach dem Scheitern der Westrick-Mission obsolet geworden.

Verzögerung der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens besorgt, ohne dabei den Verweis auf ein erst kürzlich erfolgtes Gespräch mit Goldmann zu versäumen.⁶⁴⁶ Darüber hinaus hatten sich aber bereits noch kurz vor der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens von Merkatz (DP) ebenso wie der Vizekanzler Blücher (FDP) dafür ausgesprochen, die Wirkung desselben in den arabischen Staaten ernst zu nehmen, aber auf eine diesbezügliche Einschaltung der USA, erst recht aber Großbritanniens zu verzichten.⁶⁴⁷ Diese Forderung war gerade mit Blick auf Großbritannien, dessen begrenztes Ansehen in der Region und aktuelle Streitigkeiten mit Ägypten z.B. hinsichtlich des Sudans durchaus berechtigt.

Von den drei Westmächten hatte v.a. Frankreich am wenigsten Gründe besessen, die arabischen Drohungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, die auf eine Vereitelung der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens, aber auch einer Behinderung deren Warenverkehrs in der Region zielten, zu monieren. Einerseits erklärte Frankreich die Bundesrepublik alleinig für das Luxemburger Abkommen verantwortlich. Zum anderen stellte gerade Syrien einen der hartnäckigsten Gegner innerhalb der arabischen Welt gegen das Abkommen dar. Angesichts des bis 1956 starken französischen Einflusses auf dieses Land⁶⁴⁸ hätte – entsprechender Wille vorausgesetzt – Frankreich durchaus mäßigend auf Syrien einwirken können. Allein die Ambitionen der deutschen Wirtschaft in der Region dürften in Frankreich, dessen Budget infolge der Kriege in Indochina und Algerien ohnehin reichlich belastet war, auf wenig Gegenliebe gestoßen sein. Darüber hinaus sollte ebenso nicht übersehen werden, dass gerade der ehemalige Mufti al-Husseini, als Zentrum arabischen Widerstandes gegen das Abkommen, trotz dessen Kontakten zu Hitler und trotz Verurteilung durch Großbritannien während des Zweiten Weltkrieges, bemerkenswerte Kontakte zu Frankreich unterhalten hatte.

1.3.3.6. Ratifizierung

Nach dem Abbruch der Westrick Mission standen einer baldigen Ratifizierung des Luxemburger Abkommens trotz blamabel wirkendem syrischen Störmanövers⁶⁴⁹ keine wesentlichen Gründe mehr entgegen, zumal auch die SPD wiederholtes Interesse an einer baldigen Ratifizierung des Vertragswerkes bekundete. In diesem Sinne kann von einem drohenden Scheitern des Vertragswerkes nicht gesprochen werden.⁶⁵⁰ Allerdings erforderten gewisse

⁶⁴⁶ Vgl.: AAPD 1953, Dok.44, S.132; FPI 1953, Dok.26, S.49f. NZZ vom 15.11.1952 „Dr. Goldmann konferiert in Bonn mit Donnelly und Adenauer“, in: PA/AA, B 11, Bd.254, S.118.

⁶⁴⁷ Vgl.: Kabinettsprotokolle 1952, 245.Sitzung, 8.9.1952, S.557.

⁶⁴⁸ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.267.

⁶⁴⁹ Vgl.: Auswärtiger Ausschuss 1949-1953, 120.Sitzung vom 12.3.1953, S.1496ff.

⁶⁵⁰ In diesem Sinne kann der Bewertung Jelineks „Die immer neuen Verzögerungen drohten das ganze Schilumimprojekt zum Scheitern zu bringen.“ in ihrer Schärfe nicht zugestimmt werden. Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.242.

Sachfragen noch eine Klärung. Dazu zählten die bereits länger schwebende Frage einer Vorfinanzierung der auf der Basis des Luxemburger Abkommens vorgesehenen Öllieferungen⁶⁵¹ für Israel oder die Flaggenfrage,⁶⁵² die in Israel durchaus kontrovers diskutiert wurde. Weiterhin wurden finanztechnische Fragen erörtert, wobei die finanzielle Deckung deutscher Leistungen gemäß Luxemburger Abkommens z.B. während der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 12. März 1953⁶⁵³ ebenso zur Debatte stand wie die Frage des beschlagnahmten deutschen Vermögens in Israel. In der 254. Sitzung des Deutschen Bundestages wurde das Luxemburger Abkommen in dritter Lesung am 18. März 1953 verabschiedet.⁶⁵⁴ Von den 360 anwesenden Abgeordneten stimmten 239 Abgeordnete für das Abkommen, darunter die SPD-Fraktion als einzige geschlossen. 84 Ja-Stimmen entfielen auf die CDU/CSU-Fraktion, 17 Stimmen auf die FDP und 5 Stimmen auf die DP. Gegen das Abkommen stimmten 13 Abgeordnete der Kommunisten, je fünf Abgeordnete der CSU, FDP, DP sowie 7 Fraktionslose. Während sich das Abstimmungsverhalten in der FDP und DP sehr ambivalent gestaltete, enthielten sich fast ein Drittel der anwesenden Mitglieder der CDU/CSU Fraktion ihrer Stimme, darunter Strauß und Schäffer. Am 20. März 1953 stimmte der Bundesrat dem Luxemburger Abkommen zu, welches noch am selben Tag durch Bundespräsident Heuss unterzeichnet und am 27. März durch Vertreter beider Staaten bei den Vereinten Nationen hinterlegt wurde. Obgleich eine deutliche Anzahl von Abgeordneten offensichtlich Vorbehalte gegen das Abkommen hegte, wurde es doch mit einer klaren Mehrheit verabschiedet. Eine lange und schwierige Verhandlungsphase war mit diesem Abkommen beendet worden. Das Abkommen symbolisierte nicht mehr, aber auch nicht weniger als einen Anfang, der nichts vergessen oder gar ungeschehen machen konnte, aber einer, auf den man bei gutem Willen aufbauen konnte. Mit Sicherheit gründeten sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel nicht auf Liebe. Aber genauso wie die junge Bundesrepublik an ihrem Ansehen, an einem guten Ruf in der Welt als Vorbedingung außenpoli-

⁶⁵¹ Hierzu siehe AAPD 1953, Dok.36, S.105f., Dok.58, S.173f. Weiterhin: Adenauer (244-10 II 31/53 g. Ang.I) an den Präsidenten der Bank deutscher Länder, Vocke, betr. Israel-Abkommen am 2.2.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953; Aufzeichnung von v. Trützschler vom 11.2.1953 betr. Brief des Bundeskanzlers (244-13 II 73/53 g), in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953.

⁶⁵² Ursprünglich war laut der dem Luxemburger Abkommen beigelegten Briefe Nr.6a und 6b lediglich erlaubt, dass deutsche Schiffe nur unter der Flagge eines dritten Staates in einen israelischen Hafen einlaufen durften. Diese Klausel war in deutschen Augen v.a. wegen ihrer diskriminierenden Aussage und Wirkung in der Bundesrepublik auf starke Ablehnung gestoßen. Infolge des Briefs von Shinnar an Hallstein vom 3.3.1953 war die diskriminierende Formulierung ersatzlos gestrichen worden, allerdings erst nach einer ausgiebigen kontroversen Diskussion der Angelegenheit in Israel selbst. Vgl.: Kabinettsprotokolle 1953, 275.Sitzung vom 13.2.1953, S.172; 276.Sitzung, 20.2.1953, S.183f.; AAPD 1953, Dok.67, S.195ff. Weiterhin: FPI 1953, Dok.98, S.100 (hebr. S.160f.); Dok.100, S.101ff. (hebr. S.162f.), Dok.101, S.103 (hebr. S.163f.).

⁶⁵³ Zu dieser Sitzung vgl.: Auswärtiger Ausschuss 1949-1953, 120.Sitzung vom 12.3.1953, S.1495-1549.

⁶⁵⁴ Ausführlich zum Weg bis zur Ratifizierung infolge des Abbruchs der Westrick-Mission einschließlich des Abstimmungsverhaltens der einzelnen Parteien siehe Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.242-250 sowie Hansen, N.: Schatten, S.328-343.

tischen Fortschritts interessiert sein musste,⁶⁵⁵ erkannte Israel, dass der Bundesrepublik der Weg zu einer europäischen Führungsmacht offen stand, einer Macht in der Mitte Europas, die auch für israelische Interessen wichtig war.⁶⁵⁶

Die Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen wurden während einer für die Bundesrepublik sehr ereignisreichen Zeit geführt. Neben den Verhandlungen mit Israel, standen die Bemühungen um Souveränität und Westintegration in Form von Verhandlungen um die Aufhebung des Besatzungsstatuts, des Generalvertrags sowie des Beitrittes zur EVG im Vordergrund bundesdeutscher Außenpolitik. Erst einen Tag nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens wurden auch der General- und der EVG-Vertrag durch den Deutschen Bundestag ratifiziert. Die Symbolik verdeutlichte auch hier, dass die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland Vorbedingung der Westintegration, die sie einen Schritt näher zu ihrer Freiheit brachte, gewesen war. Dabei handelte es sich weniger um ein Verhalten, was die drei Westmächte der Bundesrepublik aufgezwungen hatten, aber welches unabdingbar für den Erhalt eines nur begrenzt messbaren, aber um so wertvolleren Gutes war: Vertrauen.

Zudem sah sich die Bundesrepublik 1952 den Stalinnoten ebenso gegenüber, wie ihrem Ziel, auf der Londoner Schuldenkonferenz ihre Kreditfähigkeit wiederherzustellen. Nicht zuletzt aus finanzpolitischen Erwägungen heraus hatten Personen wie Abs oder Schäffer⁶⁵⁷ die Verhandlungen um das Luxemburger Abkommens mit steter Kritik begleitet.

Ebenso wenig einfach gestaltete sich die außenpolitische Situation des jungen Israel. Immer noch von Feinden umringt, verschlechterte sich die außenpolitische Situation Israels infolge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen seitens der Sowjetunion. Trotz wirtschaftlich ernsthafter Situation in Israel, lehnte Großbritannien 1952 eine Kreditanfrage zur Vorfinanzierung wichtiger Öleinkäufe ab. Das Luxemburger Abkommen war allein aus ökonomischen Gründen von bemerkenswerter wenn auch nicht alleiniger Bedeutung für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des jungen Israels.

Von den Westmächten bildeten v.a. die USA bei gleichzeitiger öffentlicher Zurückhaltung einen stetigen Anlaufpunkt in schwierigen Momenten der Verhandlungsphase oder der Phase bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens. Gerade Großbritannien, aber auch Frankreich hielten sich mit eigener Vermittlungstätigkeit stark zurück, was angesichts deren angespannter Haushaltslage, aber auch angesichts anderer Probleme, z.B. in Korea, Indochi-

⁶⁵⁵ Vgl.: Kabinettsprotokolle 1953, 283.Sitzung vom 20.3.1953, S.229.

⁶⁵⁶ Vgl.: FPI 1953, Dok.141, S.127f. (hebr. S.237-242) und Dok.153, S.138f. (hebr. S.265ff.)

⁶⁵⁷ Vgl.: Adenauer (244-13 II 1152/53) an Schäffer am 28.1.1953, in: BA, B 126, Bd.51545; Adenauer (M VI – 3/53) an Schäffer am 12.2.1953, in: BA, B 136, Bd.51545; Schäffer (M VI-5/53) an Strauß am 8.3.1953, in: BA, B 126, Bd.51545.

na, Algerien oder Sudan oder deren Eigeninteressen in der Region des Nahen Ostens nicht verwundert.

Möglicherweise war es aber auch eine Sternstunde der Geschichte, dass herausragende Persönlichkeiten auf deutscher wie israelischer bzw. jüdischer Seite die Zeichen der Zeit erkannten und handelten. Mit dem Luxemburger Abkommen gedachten sie so auch der Würde der Toten, indem dem Leben gemeinsam eine neue Chance gegeben wurde.

2. Die deutsch-israelischen Beziehungen nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens bis zur Suezkrise 1956

2.1. Veränderte Rahmenbedingungen für die Israelpolitik beider deutscher Staaten

2.1.1. Politische Veränderungen in der Region des Nahen Ostens und der Einfluss der Großmächte

2.1.1.1. Rüstungskontrolle und regionales Verteidigungsbündnis^{658?}

Die USA hatten neben Großbritannien und Frankreich Israel und den arabischen Staaten in einer gemeinsamen Erklärung⁶⁵⁹ im Mai 1950 je eine eigene Streitmacht „zum Zwecke der Gewährleistung ihrer inneren Sicherheit, für ihre legitime Selbstverteidigung“ und für die „Verteidigung des gesamten Gebietes“ zugestanden. Im Falle von Verletzungen bestehender Grenzen oder Waffenstillstandslinien drohten sie Maßnahmen an, um derartige Bestrebungen zu verhindern. Allerdings sollte sich relativ zügig zeigen, dass die ohnehin vage Erklärung durch individuelle Interessen der drei Mächte unterlaufen und mit dem Eindringen der Sowjetunion in die Region endgültig hinfällig wurde.

Mit Ausbruch des Kalten Krieges erweckte die Region des Nahen und Mittleren Ostens, so z.B. die Türkei und der Iran, zum einen wegen ihrer enormen Energieressourcen, zum anderen wegen ihrer geostrategisch wichtigen Lage im Falle einer militärischen Konfrontation mit der Sowjetunion zunehmendes Interesse insbesondere der USA. Die Leitlinien der durch G. F. Kennan formulierten *Containment* Politik gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus wurden im Kontext der Truman-Doktrin zum politischen Ziel erklärt.

Gerade dem Suezkanal fiel im Rahmen regionaler strategischer Überlegungen eine Schlüsselrolle zu. Die britische Regierung war zudem bestrebt mittels eines multilateralen Verteidigungsbündnisses den eigenen Einfluss vor Ort zu erhalten, ägyptischen Widerstand gegenüber der britischen Präsenz zu kanalisieren, ohne dabei ägyptische Interessen und nationale Ziele ausreichend ernst zu nehmen. Das durch Großbritannien und zurückhaltender durch die USA unterstützte Ziel der Gründung einer Middle East Defence Organization (MEDO) scheiterte zum einen an der Ablehnung Ägyptens, welches sich immer deutlicher aus der britischen Einflussphäre zu emanzipieren gedachte. Andererseits vereitelte der Nahostkonflikt eine Beteiligung Israels an diesem Projekt, da dessen Wirksamkeit nur im Falle einer ara-

⁶⁵⁸ Vgl.: Oren, M.B.: *Origins of the Second-Arab-Israel War. Egypt, Israel and the Great Powers 1952-1956*, London 1992, S.60-76.

⁶⁵⁹ Zur Dreimächteerklärung siehe AdG 1950, 2401 B. Die Waffenlieferungen in die Region sollten durch das Near East Arms Co-ordinating Committee (NEACC) überwacht werden.

bisch-israelischen Annäherung gesichert schien. Doch gerade die Feindschaft zu Israel war u.a. das Motiv des im April 1950 durch die Arabische Liga gegründeten Arab Collective Security Pact (ACSP) gewesen. Zudem stieß die durch Israel bis zum Koreakrieg verfochtene neutrale Außenpolitik sowie eine in Israel vorhandene sozialistische Tradition auf gewisses Misstrauen im Westen.⁶⁶⁰ Darüber hinaus zeigten sich insbesondere die USA nicht bereit, wegen Israel eklatante Einbußen an Ansehen und Einfluss in den arabischen Staaten hinzunehmen.

Die Nahostpolitik der Eisenhower-Administration⁶⁶¹ stand nach der Nahostreise des amerikanischen Außenministers John F. Dulles im Mai 1953 unter dem erklärten Motto der „friendly impartiality“.⁶⁶² In den USA setzte sich nach der Dulles-Reise allmählich die Erkenntnis durch, dass sich Ägypten an einem durch den Westen angeregten Verteidigungsbündnis nicht beteiligen würde. Anstatt dessen zielten amerikanische Bemühungen nun verstärkt auf eine Verteidigung unmittelbar im südlichen Grenzverlauf der Sowjetunion. Um das Konzept des *Northern Tier*, welches neben der Türkei und Iran, auch den Irak sowie Pakistan einschließen und die Grundlage des späteren Bagdad-Paktes (inkl. Großbritannien) bilden sollte, zu realisieren, agierten die USA hier weniger direkt, aber dafür umso effizienter mittels bilateraler Waffengeschäfte. Die Bedeutung des Nahen Ostens für die amerikanische Außenpolitik wurde im NSC-Papier 5428⁶⁶³ vom Juli 1954, welches grundlegend für die amerikanische Nahostpolitik der folgenden Jahre wurde, sichtbar. Darin wurde der Nahe Osten als Gebiet zentraler strategischer, politischer und wirtschaftlicher Bedeutung für die freie Welt bezeichnet, das nicht unter sowjetische Kontrolle fallen sollte. Zudem reflektierte man in den USA korrekter Weise die Bedeutung der Heiligen Stätten von Christen, Juden und Moslems in der Region und den hier ausgeübten religiösen und kulturellen Einfluss, der über die Grenzen der Region weit hinausreichte.

Frankreich wandte sich aber ab 1954, dem Jahr des Abkommens über den britischen Rückzug aus der Suezkanalzone, verstärkt einer militärischen Zusammenarbeit mit Israel zu. Infolge der Realisierung des Bagdad-Paktes drohte Ägypten, sich mit der syrischen Armee unter einem gemeinsamen Oberkommando zu verbünden, wobei Saudi-Arabien und der Jemen ihre Absicht erklärten, sich diesem Bündnis anzuschließen. Diese angespannte Situation

⁶⁶⁰ Vgl.: FRUS 1952-1954, Bd. IX, Dok.649, S.1276.

⁶⁶¹ Hierzu grundlegend: Borowy, I.: Diplomatie als Balanceakt. Die Nahostpolitik der Eisenhoweradministration im Schatten der Suezkrise, 2 Bde., Rostock 1998 (=Rostocker Beiträge zur Deutschen und Europäischen Geschichte; Bd.5).

⁶⁶² Vgl.: Alteras, I.: Eisenhower and Israel. U.S.-Israeli Relations, 1953-1960, Gainesville 1993, S.85; Sontheimer, K.: Israel und die Großmächte, in: Ders. (Hg.): Israel. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, München 1968, S.225.

⁶⁶³ Vgl.: FRUS 1952-1954, Bd. IX, Dok.219, S.525-536.

in der Region nutzend, offerierte die Sowjetunion dem ägyptischen Regime über die Tschechoslowakei 1955 großzügige Waffenlieferungen. Zudem zeigte sich, dass gerade die USA und Großbritannien keineswegs in dem Umfang Einfluss auf eine regionale Verteidigung ausüben konnten, wie diese es wünschten, nicht zuletzt weil beide Staaten z.T. noch in traditionellen Lebensformen verankerte Gesellschaften mit westlichen Maßstäben maßen.⁶⁶⁴ Dies zeigte sich bereits daran, dass Jordanien infolge entsprechender Einflussnahme Ägyptens und mit diesem verbündeter Staaten dem Bagdad-Pakt den Rücken kehrte, dessen militärischer Wert allerdings nicht überbewertet werden sollte. Eine Folge dieser Entwicklung bildete eine zunehmende Intensivierung der politischen Beziehungen der Westmächte zu Israel, welches der damalige ständige Vertreter der BRD bei der NATO, Blankenhorn, als „das einzig verbleibende Bollwerk gegen den Kommunismus“⁶⁶⁵ in dieser Region des Nahen Ostens bezeichnete. Israel selbst suchte ab 1954 ein regionales Verteidigungsbündnis mit oder aber eine Sicherheitsgarantie durch die USA zu erhalten.⁶⁶⁶ Die angespannte Sicherheitslage Israels und die sowohl hinsichtlich einer Sicherheitsgarantie oder aber Waffenlieferungen an Israel eher zurückhaltende Politik der USA, aber auch Großbritanniens im Vorfeld der Suezkrise förderten Israels Hinwendung zum französischen Waffenmarkt.⁶⁶⁷

2.1.1.2. Israel und die Arabischen Staaten - Chancen auf Frieden?

Gerade die USA erkannten frühzeitig, dass eine weitere Zuspitzung des Konfliktes zwischen Israel und den arabischen Staaten dem Einfluss der USA in der Region längerfristig schaden und der Sowjetunion die Einflussnahme in der Region erleichtern musste. Von Großbritannien wurden die USA in diesen Bemühungen im Sinne deren Interessen unterstützt. Leider bedeutete das aber nicht, dass die durch die USA und Großbritannien entworfenen Friedensprojekte wirklich realistisch waren, indem sie zum einen gegenüber den arabischen Staaten bzw. Israel in ihrer Kritik unterschiedlich Maß anlegten und andererseits einen Kompromiss auf Kosten israelischer Souveränität und Integrität präferierten. Darüber hinaus übersahen v.a. die USA, dass der durch die CIA unterstützte Putsch der Freien Offiziere in Ägypten nicht automatisch in dem Maße systemstabilisierend wirkte, als dass ein Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel allein durch Kooperation mit dieser Gruppe durchsetzbar gewe-

⁶⁶⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.111, S.367.

⁶⁶⁵ Blankenhorn an Goldmann am 14.10.1955, in: CZA/Z6/2000.

⁶⁶⁶ Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, 1952-1960, London u.a. 1998, S.7-34. Zum Besuch der ersten israelischen Flottille infolge des Abschlusses des türkisch-pakistanischen Verteidigungsabkommens Anfang Juli 1954 in der Türkei siehe: Aufzeichnung der Deutschen Botschaft, Ankara (Ber. Nr.904/54) vom 27.7.1954, in: PA/AA, B 12, Bd.1045.

⁶⁶⁷ Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.35-74. Weiterhin: Levey, Z.: Israeli Foreign Policy and the Arms Race in the Middle East 1950-1960, in: The Journal of Strategic Studies 24 (2001), S.29-48.

sen wäre. Immerhin war es aber seit dem Putsch der Freien Offiziere zu direkten Gesprächen zwischen Israel und Ägypten gekommen, welche im Dezember 1954 im Briefwechsel zwischen Nasser und Sharett gipfelten.⁶⁶⁸ Doch erregten die Ambitionen Nassers ab 1955 sowie dessen militärische Kooperation mit der Sowjetunion nicht nur in Israel sondern auch bei den drei Westmächten zunehmendes Misstrauen.

Weiterhin wurde die politische Situation dadurch erschwert, dass Ägypten einerseits israelischen Schiffen die Durchfahrt durch den Suezkanal ebenso verweigerte wie durch die Straße von Tiran (Golf von Aqaba). Andererseits provozierten Verletzungen der israelischen Grenze vom Gebiet der angrenzenden arabischen Staaten bzw. des durch diese annektierten Gebietes und entsprechende gewalttätige Überfälle auf die örtlich ansässige jüdische Bevölkerung, israelische Vergeltungsmaßnahmen.⁶⁶⁹ Über deren Ausmaß bestand sowohl innerhalb des israelischen Verteidigungsministeriums,⁶⁷⁰ als auch innerhalb der politischen Führung, insbesondere zwischen Ben Gurion und Sharett kein Konsens, wobei die Meinungsverschiedenheiten beider auch die Frage nach den außenpolitischen Auswirkungen der Vergeltungsmaßnahmen für Israel einschloss.⁶⁷¹

Hinsichtlich der Lösungsmöglichkeiten des Konfliktes bestanden allerdings auch in den USA Differenzen. Währenddessen der Direktor der Foreign Operations Administration, Harold Stassen, ökonomische Mittel zur Konfliktlösung bevorzugte, setzte Secretary of State, Dulles, auf ein politisches Abkommen. Beide Konzepte erhielten u.a. mit dem ALPHA-Projekt⁶⁷² oder der Johnston Mission⁶⁷³ ihre sicherlich von vornherein begrenzte Chance. Die

⁶⁶⁸ Ein wichtiger Kontakt bestand hier zwischen dem Presseattaché der ägyptischen Botschaft in Paris und dem israelischen Geschäftsträger. Vgl.: Yacub, S.: No War, No Peace: Egypt and the Arab-Israeli Conflict, 1952-1973, in: Zeitgeschichte 31 (2004), S.66. Der Briefwechsel ist wiedergegeben, in: Rafael, G.: Der umkämpfte Frieden. Die Außenpolitik Israels von Ben Gurion bis Begin, Frankfurt u.a.1984, S.61ff.

⁶⁶⁹ Die Vergeltungsmaßnahmen Israels waren so auch gelegentlich Thema von Gesprächen im AA, so z.B. im Falle des Grenzzwischenfalles in Kibya. Vgl.: Aufzeichnung Frowein (244-13 II 14697/53) vom 4.11.1953, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1953. Vgl.: Morris, B.: Israel's Border Wars, 1949-1956: Arab Infiltration, Israeli Retaliation, and the Countdown to the Suez War, Oxford 1993, S.244-262.

⁶⁷⁰ Diese Kontroversen mündeten in den Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Pinhas Lavon. Hintergrund bildeten Vergeltungsmaßnahmen der israelischen Armee, die ohne entsprechende Autorisation durchgeführt worden waren. Lavon wurde deswegen von seinem Amt enthoben, obwohl ihm eine Schuld nie nachgewiesen werden konnte. Die Affäre Lavon entwickelte sich zu Beginn der sechziger Jahre zu einer der aufsehenerregendsten politischen Krisen des jungen Israel, die sicherlich auch zum Rücktritt Ben Gurions 1963 beitrug. Hierzu vgl. Bar-Zohar, M.: David Ben Gurion. Der Gründer des Staates Israel, Bergisch Gladbach 1992, S.527-544.

⁶⁷¹ Vgl.: Kuperman, R.D.: The Impact of Internal Politics on Israel's Reprisal Policy during the 1950s, in: The Journal of Strategic Studies 24 (2001), S.1-28.; Morris, B.: Israel's Border Wars, S.227-236; Sheffer, G.: Sharett's "Line", Struggles, and Legacy, in: Troen, S.I./ Lucas, N. (Hg.): Israel. The First Decade of Independence, Albany 1995, S.143-169. Auch Reuven Shiloah, 1953-1957 an der israelischen Botschaft in den USA tätig, protestierte gegen eine Politik der Vergeltung, da diese Israels Beziehungen zu den Vereinigten Staaten negativ beeinträchtigte. Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.10.

⁶⁷² ALPHA war die Bezeichnung eines zunächst geheimen anglo-amerikanischen Friedensplanes. Dieser beinhaltete u.a. Gebietsabtretungen Israels südlich Beer Shevas zum Zwecke eines Ägypten und Jordanien verbindenden Korridors, Repatriierung und Entschädigung arabischer Flüchtlinge für eine Garantie der israelischen Grenzen durch die arabischen Staaten. Die Gespräche über das Projekt führten Dulles und Eden seit Ende 1954

im Rahmen von ALPHA entworfenen Pläne wurden am 26. August 1955 durch eine Rede von Dulles sowie die Guildhall Rede des britischen Premierminister Eden am 9. November d.J. bekannt.⁶⁷⁴ Sie wurden durch Israel wohl verständlicherweise als unannehmbar abgelehnt. Ägypten, welches mittlerweile sowjetische Waffenlieferungen erwartete, musste sich zu einer Anerkennung des Staates Israel nicht mehr gezwungen sehen, zumal die UdSSR auch die Finanzierung des Assuanstaudammes zunehmend als Lockmittel im Sinne eigener Politik entdeckte. Auch die Mission des amerikanischen Sondergesandten Anderson,⁶⁷⁵ noch das amerikanische geheime Projekt Omega,⁶⁷⁶ konnten Nasser, den eigene panarabische Fantasien stärker motivierten als eine Loyalität zur westlichen Hemisphäre oder gar ein Friedensvertrag mit Israel, nicht daran hindern, auf verlockende und lukrative sowjetische Offerten einzugehen.

2.1.1.3. Einflussnahme der Sowjetunion auf die Region

Nachdem die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel⁶⁷⁷ mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten im Februar 1953⁶⁷⁸ eine deutliche Abkühlung erfahren hatten, sollten sich diese nach Stalins Tod relativ schnell in positiver Weise stabilisieren. So suchte die neue Führung, durch innenpolitische Probleme gebunden, ihre auswärtigen Beziehungen mit einer Reihe von Staaten zu normalisieren, neben Israel auch mit der Türkei, Griechenland und Jugoslawien. Nachdem über die diplomatischen Vertreter beider Staaten in Sofia⁶⁷⁹ eine erste Fühlungnahme aufgenommen und der Wunsch zur Wieder-

in Paris. Vgl.: Alteras, I.: Eisenhower and Israel, S.128f.; Bar-On, M.: The Gates of Gaza: Israel's Road to Suez and Back, 1955-1957, New York 1994, S.83-97.

⁶⁷³ Der amerikanische Sondergesandte Johnston verhandelte im Rahmen seiner Mission von Ende 1953 bis Anfang 1956 mit Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon und Syrien. Ziel seiner Mission waren die Nutzung des See Genesareth als regionales Wasserreservoir und zum anderen die Rückführung arabischer Flüchtlinge. Während ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen seitens der arabischen Staaten eine Anerkennung Israels notwendig gemacht hätte, sollte Israel in der Flüchtlingsfrage sowie hinsichtlich seiner eigenen Bewässerungspläne, die eine Bewässerung des Negev einschlossen, zu Konzessionen veranlasst werden. Vgl.: Kafkafi, E.: Ben-Gurion, Sharett and the Johnston Plan, in: Studies in Zionism 13 (1992), S.165-186; Alteras, I.: Eisenhower and Israel, S.88-124.

⁶⁷⁴ Vgl.: Morris, B.: Israel's Border Wars, S.288; Yacub, S.: No War, No Peace, S.67.

⁶⁷⁵ Der der Anderson-Mission zurunde liegende Plan trug ursprünglich den Codenamen „Chamäleon“ und wurde später in „Gamma“ umbenannt. Vgl.: Bar-On, M.: The Gates of Gaza, S.97-113; Borowy, I.: Diplomatie als Balanceakt, insb. S.328-334.

⁶⁷⁶ Vgl.: Borowy, I.: Diplomatie als Balanceakt, insb. S.383-391.

⁶⁷⁷ Zu den sowjetisch-israelischen Beziehungen der Jahre 1953 bis zum Vorfeld der Suezkrise siehe: Dagan, A.: Moscow and Jerusalem. Twenty Years of Relations between Israel and the Soviet Union, London u.a.1970, S.71-106; Govrin, Y.: Israel-Soviet Relations 1953-1957. From Confrontation to Disruption, London u.a. 1998, S.62-71; Klinghoffer, J./ Apter, J.: Israel and the Soviet Union. Alienation or Reconciliation? London u.a. 1985, S.17-24; Ro'i, Y.: Soviet-Israeli Relations, 1947-1954, in: Confino, M./ Shamir, S. (Hg.): The U.S.S.R. and the Middle East, Jerusalem 1973, S.123-146; Ro'i, Y.: Soviet Decision Making in Practice. The USSR and Israel, 1947-1954, London u.a.1980, S.469-478.

⁶⁷⁸ Vgl.: DISR, Dok.452, S.874f. sowie Dok.458, S.882f.

⁶⁷⁹ Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel wurden die israelischen Interessen in der Sowjetunion durch die Niederlande und die sowjetischen Interessen in Israel durch Bulgarien vertreten.

herstellung diplomatischer Beziehungen geäußert worden war, folgte dieser Schritt im Sommer 1953. Zudem wurde der russische Gesandte als erster ausländischer Diplomat in Jerusalem akkreditiert. Während des Jahres 1954 sollten sich die bilateralen Beziehungen weiter stabilisieren. Die diplomatischen Vertretungen beider Länder wurden im August 1954 in den Rang von Botschaften erhoben,⁶⁸⁰ die wirtschaftlichen Beziehungen intensivierten sich spürbar und eine israelische Delegation unter Leitung des Landwirtschaftsministers wurde zu einer Ausstellung in der Sowjetunion empfangen. Angesichts der Gefahr eines durch den Westen initiierten Militärbündnisses an der Südgrenze der Sowjetunion, warnte diese die arabischen Staaten, sich an einem solchen zu beteiligen. Das primäre sowjetische Ziel galt einem Zurückdrängen des britischen Einflusses in der Region. Während die UdSSR sich zunächst jedoch mit einer einseitigen Parteinahme im Nahostkonflikt zurückhielt, sollten sich die hoffnungsvollen ersten sowjetisch-israelischen Kontakte nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Laufe des Jahres 1955 angesichts der Waffenlieferungen an Nasser deutlich abkühlen. Die Suezkrise führte zur zeitweiligen Abberufung des sowjetischen Botschafters⁶⁸¹ und einer Stornierung der zugesicherten sowjetischen Erdöllieferungen.

Den Hintergrund der sowjetischen Politik bildete zum einen der Abschluss des Bagdadpaktes und damit einem Militärbündnis unter dem Einfluss Großbritanniens und der USA, obgleich letztere nicht dem Bündnis beitraten. Zudem wurde eine israelisch-amerikanische militärische Kooperation befürchtet. Weder die USA noch die UdSSR wollten ihren Einfluss auf die arabischen Staaten angesichts des Nahostkonfliktes durch eine zu enge und offensichtliche Unterstützung Israels nicht gefährden. Andererseits setzte sich in der nachstalinistischen sowjetischen Außenpolitik allmählich die Erkenntnis durch, dass die neuen souveränen im Prozess der Entkolonialisierung entstandenen Staaten für die Außenpolitik der Sowjetunion eine bedeutende Rolle spielen konnten.⁶⁸² Daran ließ Chruschtschow spätestens im Rahmen des XX. Parteitags der KPdSU⁶⁸³ im Februar 1956 keinen Zweifel. Der Kalte Krieg zwischen den USA und der UdSSR entwickelte sich zum heißen Krieg in der sogenannten Dritten Welt. Israel war es bereits in Bandung 1955 nicht vergönnt, als neutrale bzw. „blockfreie“ Macht anerkannt und in diese Bewegung integriert zu werden. Gerade Nasser fiel als einem der Führungspersönlichkeiten der Blockfreienbewegung und stärksten arabischen Kritiker gegenüber dem Bagdad-Pakt, aber auch gegenüber Israel, eine wichtige Rolle im sowjetischen Kalkül zu.

⁶⁸⁰ Im April 1954 waren bereits die ägyptische Vertretung in der UdSSR und die sowjetische Vertretung in Ägypten in den Rang einer Botschaft erhoben worden.

⁶⁸¹ Der sowjetische Botschafter wurde in der Zeit von November 1956 bis April 1957 zeitweilig aus Israel abberufen. Vgl.: Brod, P.: Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR, S.105.

⁶⁸² Im Sinne dieser Politik reisten Chruschtschow und Bulganin 1955 nach Afghanistan, Burma und Indien.

⁶⁸³ Vgl.: Braune-Steininger, F.: Die Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU für die sowjetische Außenpolitik, München 1981.

In diesem Sinne rüstete die Sowjetunion stellvertretend durch die Tschechoslowakei Ägypten 1955 großzügig mit Waffen aus. Bereits im April 1955 hatten sich die Sowjetunion als Schutzmacht der Unabhängigkeit und nationalen Interessen der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens dargestellt.

Für die sowjetisch-israelischen Beziehungen hatten diese Entwicklungen z.B. zur Folge, dass Molotov gegenüber Sharett am Rande der Konferenz der vier Außenminister in Genf eine Gefährdung Israels infolge der Waffenlieferungen an Ägypten negierte. Der neue sowjetische Außenminister Shepilov besuchte im Juni 1956 zwar Kairo, nicht jedoch Israel, trotz entsprechenden israelischen Ersuchens. Stattdessen unterstrich er im Rahmen seiner Rede am 20. Juni die arabisch-sowjetische Freundschaft. Chruschtschow selbst erklärte beim Empfang einer französischen Delegation, dass Israel ohne ökonomische amerikanische Hilfe nicht existenzfähig sei und eine Hochburg des Imperialismus darstelle.⁶⁸⁴

2.1.2. Veränderte Rahmenbedingungen für die Deutschlandpolitik

2.1.2.1. Vertragliche Zementierung der deutschen Teilung⁶⁸⁵

Hatte der Aufstand am 17. Juni 1953 deutlichst gezeigt, wie weit es in der DDR um „demokratische“ Prinzipien bestellt war, verdeutlichte er doch zugleich, dass deutschlandpolitische Konzeptionen in beiden deutschen Staaten auf unterschiedlichen politischen Wertvorstellungen beruhten. Im Zuge der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte zu Beginn des Jahres 1954 sollte sich dieser Verdacht bestätigen.⁶⁸⁶ Das dem Staatsvertrag für Österreich zugrunde liegende Neutralitätskonzept konnte, wie dies Eden klar artikulierte, nicht wirklich auf Deutschland und damit einem hinsichtlich seiner Geographie, Größe und Ressourcen wichtigen Staat inmitten Europas übertragen werden. Während eine Wiedervereinigung Deutschlands für die Sowjetunion nur um den Preis ebendieser außen- und sicherheitspolitischen Neutralität Deutschlands akzeptabel war, verlangten die Westmächte im Rahmen des Eden-Planes u.a. freie Wahlen unter internationaler Kontrolle und eine sich daran anschließende Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, damit ein zu kommunistischen Vorstellungen diametrales Procedere.

In der Konsequenz des Scheiterns der Berliner Konferenz hinsichtlich der Frage der deutschen Wiedervereinigung erklärte die Sowjetunion die DDR am 25. März 1954 für souverän - eine Erklärung, die der Deutsche Bundestag am 7. April 1954 zurückwies. Im Januar des fol-

⁶⁸⁴ Vgl.: Dagan, A.: Moscow and Jerusalem, S.102-104; Rafael, G.: Der umkämpfte Frieden, S.73f.

⁶⁸⁵ Zusammenfassend vgl.: Haftendorn, H.: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart u.a. 2001, S.138-148; Schöllgen, G.: Weltpolitik, S.95-116.

⁶⁸⁶ Vgl.: Hillgruber, A.: Deutsche Geschichte 1945-1986. Die »deutsche Frage« in der Weltpolitik, 7. Aufl. Stuttgart u.a. 1989, S.57f.

genden Jahres wurde der Kriegszustand mit Deutschland durch das Präsidium des Obersten Sowjets für beendet erklärt.⁶⁸⁷ Parallel hierzu erlangte die Bundesrepublik 1955 mittels Westintegration, äußere Sicherheit und Souveränität (obgleich mit gewissen Vorbehaltsrechten der Westmächte) im Rahmen der verabschiedeten Pariser Verträge und dem Beitritt zur NATO. Brentano löste Adenauer als Außenminister ab, die deutschen Generalkonsulate in den USA, Großbritannien und Frankreich wurden in den Rang von Botschaften erhoben und aus der bisherigen Dienststelle Blank ging das Bundesministerium für Verteidigung hervor. Die Bundesrepublik trat im Rahmen des westlichen Bündnisses in eine neue Phase der „begrenzten Mitsprache“⁶⁸⁸ ein. Obgleich sie gerade mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung keine eigenständigen Entscheidungsbefugnisse besaß, erweiterte sich der außenpolitische Handlungsspielraum der Bundesrepublik ab 1955 allerdings deutlich. Ebenfalls 1955 trat die DDR dem Warschauer Pakt bei. Beide deutsche Staaten waren nunmehr vertraglich in antagonistische, miteinander konkurrierende Systeme eingebunden, obgleich die Bundesrepublik die Souveränität der DDR nicht anerkannte und an ihrem Alleinvertretungsanspruch festhielt. Dieser musste in den kommenden Jahren unter erschwerten Bedingungen behauptet werden. Eine deutsche Wiedervereinigung war angesichts dieser Voraussetzungen zu den Konditionen von gesamtdeutscher Souveränität und Bündnisfreiheit kurzfristig nicht zu erwarten. So blieb der Genfer Gipfel im Juli 1955,⁶⁸⁹ in dessen Rahmen die Wiedervereinigung auf der Agenda stand, nur eine „Konferenz des Lächelns“. Die durch Chruschtschow propagierte „Zwei-Staaten-Theorie“ war Ausdruck der durch die Sowjetunion wahrgenommenen Existenz zweier deutscher Staaten, was allerdings dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik grundsätzlich widersprach.

Allerdings sollte sich schon nach Adenauers Moskaureise und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zeigen, dass sich allein die Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruches keineswegs leicht gestalten sollte. Bereits wenige Tage nach dem Besuch der bundesdeutschen Delegation wurde eine Delegation der DDR unter Leitung Grotewohls in Moskau empfangen. Der DDR wurden von der sowjetischen Regierung am 20. September 1955 souveräne Rechte bei der Gestaltung ihrer Innen- und Außenpolitik, einschließlich hinsichtlich der Beziehungen zur Bundesrepublik übertragen. Dennoch behielt sich auch die Sowjetunion Vorbehaltsrechte für „Deutschland als Gan-

⁶⁸⁷ Ebd., S.61.

⁶⁸⁸ Riecke, H.: Rechtliche und politische Rahmenbedingungen für den Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu den Drei Mächten, in: Haftendorn, H./ Riecke, H. (Hg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates ...“. Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingungen westdeutscher Außenpolitik 1949-1990, 2. Aufl. Baden-Baden 1999, S.254.

⁶⁸⁹ Vgl.: Jochum, M.: Eisenhower und Chruschtschow. Paderborn u.a. 1996, S.81-86.

zes“ betreffende Fragen vor. Von einer realen Souveränität der DDR konnte keine Rede sein, war ihre Regierung doch keineswegs durch entsprechende freie Wahlen legitimiert noch in ihren außenpolitischen Entscheidungen von Moskau völlig unabhängig, obgleich unabhängiger als während des Kalten Krieges oft vermutet. Allerdings bestand die Bundesregierung auch im Anschluss an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion und der durch diese abgegebenen zweiten Souveränitätserklärung für die DDR auf ihrem Alleinvertretungsanspruch, wie dies Adenauer bei seinem Moskaubesuch gegenüber Bulganin bereits in einem Brief schriftlich dargelegt hatte. Hinsichtlich diesem wurde sie durch die Westmächte, so z.B. im Rahmen des NATO-Ministerratstreffens im Dezember 1955 unterstützt. Der durch die Bundesrepublik vertretene Alleinvertretungsanspruch und die durch die Bundesrepublik verfochtene Außenpolitik im Sinne der Hallstein-Doktrin wurde nunmehr zum handlungsleitenden Motiv auch bundesdeutscher Israelpolitik, gerade hinsichtlich der Frage der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten. Das daraus abgeleitete Konkurrenzverhältnis zwischen beiden deutschen Staaten bildete fortan einen wesentlicher Faktor ostdeutscher Nahostpolitik, wobei die DDR ihre völkerrechtliche Anerkennung unter Ausnutzung des israelisch-arabischen Konfliktes und gegen die Interessen der Bundesrepublik zu verwirklichen suchte.

2.1.2.2. Die Hallstein-Doktrin als Instrument des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs

Obgleich die Absicht der DDR, durch dritte Staaten anerkannt zu werden, bereits vor der Existenz der Hallstein-Doktrin⁶⁹⁰ sichtbar gewesen war, schuf das Ergebnis der Moskaureise Adenauers im Herbst 1955 eine neue politische Situation. Im Rahmen dieses Besuchs war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vereinbart worden. Erstmals unterhielten beide deutsche Staaten volle diplomatische Beziehungen zu einem dritten Staat. Wenngleich dieser Schritt mit der Sonderrolle der Sowjetunion als eine der Vier Mächte und der sich daraus ableitenden Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ betreffende Fragen legitimiert werden konnte, implizierte er aber andererseits weiter-

⁶⁹⁰ Hierzu grundlegend: Kilian, W.: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001 (=Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd.7); Booz, R.M.: „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995; Schuster, R.: Die „Hallstein-Doktrin“. Ihre rechtliche und politische Bedeutung und die Grenzen ihrer Wirksamkeit, in: EA 1963, S.675-690. Zudem siehe die Schilderungen von Grewe. Vgl.: Grewe, W.G.: Rückblenden 1976-1951, Frankfurt a.M. u.a. 1979, S.251-265; Ders.: Hallsteins deutschlandpolitische Konzeption, in: Loth, W./ Wallace, W./ Wessels, W. (Hg.): Walter Hallstein – Der vergessene Europäer? Bonn 1995, S.57-79 (=Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik; Bd.73). Die Ausführungen von End zur Hallstein-Doktrin erscheinen partiell überholt. Vgl.: End, H.: Zweimal deutsche Außenpolitik, insb. S.36-44.

reichende Fragen. Zum einen sollte der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik eine Anerkennung der DDR vereiteln, um eine Spaltung Deutschlands nicht völkerrechtlich zu zementieren und dem deutschen Volk eine Option auf Selbstbestimmung (Einheit durch freie Wahlen auf der Basis einer Einigung der vier Mächte) offen zu halten.⁶⁹¹ Andererseits konnte dieser deutsch-sowjetische Sonderfall auch als Exempel für andere Staaten dienen, zur DDR, sofern noch nicht geschehen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Eine solche Anerkennungswelle der DDR stand dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands zu o.g. Konditionen aber diametral entgegen. Um dies allerdings zu vermeiden, erörterte Adenauer bereits im unmittelbaren Anschluss an seine Moskaureise und die zweite sowjetische Souveränitätserklärung für die DDR in seiner Regierungserklärung unter Verweis auf den Alleinvertretungsanspruch, dass eine Anerkennung der DDR durch dritte Staaten, die bereits offizielle Beziehungen mit der Bundesrepublik unterhielten, durch diese als unfreundlicher Akt aufgefasst werden würde. Das Verhalten der Bundesregierung in einem solchen Falle wurde während der Botschafterkonferenz im Dezember 1955 in Bonn noch weiter diskutiert und in deren Folge öffentlich spezifiziert. Dabei erklärte ein Regierungssprecher, dass im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen eines dritten Staates zur DDR bei bereits bestehenden diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik sich diese ihrerseits den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem betreffenden Staat vorbehalte. Allerdings wurde diese Aussage zunächst nicht als „Doktrin“ bezeichnet, sondern erstmals im Sommer 1958 durch einen Korrespondenten der FAZ als solche dargestellt und dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts somit nicht ganz korrekt die Vaterschaft für diese übertragen. Bis zum Grundlagenvertrag und dem Beitritt beider deutscher Staaten zur UNO diente die Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik als politisches Instrument zur Durchsetzung ihres politischen Zieles, der Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs und der damit verbundenen Nichtanerkennung der DDR.

Das Ziel des Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik wurde auf der Basis des Wiedervereinigungsgebotes in der Präambel des Grundgesetzes formuliert. Dieser Anspruch erfuhr durch eine entsprechende Formulierung im Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz im September 1950 durch die USA, Großbritannien und Frankreich Unterstützung. Die Bundesrepublik begründete diesen Anspruch unter Verweis auf die Kontinuität von Deutschlands Existenz als Völkerrechtssubjekt auch nach der Kapitulation im Jahre 1945 sowie der Identität zwischen Deutschem Reich und Bundesrepublik.⁶⁹²

⁶⁹¹ Vgl.: Wagner, W.: Überprüfung des deutschen politischen Instrumentariums. Die Hallstein-Doktrin nach Ulbrichts Besuch in Ägypten, in: EA 1965, S.159.

⁶⁹² Vgl.: Kilian, W.: Die Hallstein-Doktrin, S.18f.

Mit der Hallstein-Doktrin sollte eine Anerkennung der DDR durch Staaten vereitelt werden, welche die DDR noch nicht anerkannt hatten.⁶⁹³ Sie war nicht für Staaten konzipiert, die als enge Verbündete der Bundesrepublik Deutschland ohnehin deren Alleinvertretungsanspruch unterstützten. Bedeutsam wurde die Hallstein Doktrin als politisches Instrument mit der Etablierung der sogenannten Bewegung der blockfreien Staaten. Offen blieb dabei aber, wodurch genau eine Anerkennung der DDR vollzogen wurde und wie genau die Bundesrepublik im entsprechenden Fall zu reagieren gedachte. Gerade der geistige Vater der Doktrin, der Völkerrechtler und damalige Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Grewe, mahnte wiederholt zu einer flexiblen Handhabung dieses Instruments⁶⁹⁴ – ein Rat der in der Praxis leider zu oft missachtet wurde. Gerade in dieser flexiblen Handhabung lag aber der politische Nutzen der Hallstein-Doktrin, der zum einen die Anerkennung der DDR vereiteln, zum anderen aber kein Instrument schaffen sollte, welches dritten Staaten eine Erpressung⁶⁹⁵ der Bundesrepublik erleichterte. Allerdings wurde das Ziel der Doktrin während der Amtszeit von Staatssekretär Carstens dahingehend erweitert, dass nunmehr auch eine Aufwertung der DDR verhindert werden sollte, eine Politik, von der Grewe aus gutem Grund abgeraten hatte.⁶⁹⁶ Gerade nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien 1957 oder Kuba 1963 nach deren vorangegangener Anerkennung der DDR, wurde deutlich, dass die Hallstein-Doktrin als politisches Instrument gegen die Bundesrepublik verwendet wurde, so z.B. durch Nasser. Dieser verstand es glänzend, politische Interessen der Bundesrepublik gegen eigene ökonomische Interessen auszuspielen, indem er zu gegebenem Anlass mit der Anerkennung der DDR drohte. Nur die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik in Form von Entwicklungshilfe und ihre gerade auf diesem Gebiet größere Potenz gegenüber der DDR sicherte ihr die Interessensdurchsetzung in der arabischen Welt.⁶⁹⁷

⁶⁹³ Demgegenüber hatten zahlreiche Ostblockstaaten die DDR bereits anerkannt.

⁶⁹⁴ Vgl.: Grewe, W.G.: Rückblenden, S.253.

⁶⁹⁵ Wagner weist zurecht darauf hin, dass sich die Bundesrepublik, solange sie ihren Alleinvertretungsanspruch aufrechterhielt, sich mit dem potentiellen Versuch politischer Erpressung konfrontiert war. Vgl.: Wagner, W.: Überprüfung des deutschen politischen Instrumentariums, S.162.

⁶⁹⁶ Vgl.: Kilian, W.: Die Hallstein-Doktrin, S.363ff. Ob die Politik Carstens wirklich eine Erweiterung des Instrumentariums bedeutete, indem man nunmehr auch Entwicklungshilfe kürzte, bleibt zu diskutieren. Demgegenüber folgte z.B. im Falle der Einrichtung eines Generalkonsulats der DDR im Irak 1962 keine für andere Staaten abschreckende Reaktion der Bundesrepublik, was auch im israelischen Außenministeriums für gewisse Verwirrung sorgte. Das Ziel eine Aufwertung der DDR zu vereiteln, beinhaltete zum einen die Gefahr, dass bundesdeutsche Diplomaten Verhalten von dritten Staaten gegenüber der DDR zu engstirnig und kleinlich auslegen konnten, womit sich die Bundesrepublik in manchem entsprechendem Fall eher lächerlich gemacht haben dürfte. Andererseits barg der Verzicht einer konsequenten Anwendung der Doktrin längerfristig die Gefahr in sich, die eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren.

⁶⁹⁷ Wentker betont im Zusammenhang seiner Kritik an Kilians Darstellung zurecht, dass gerade die Koppelung von Wirtschaftshilfe und der Drohung des Abbruchs diplomatischer Beziehungen als ultima ratio für den Erfolg der Doktrin von entscheidender Bedeutung gewesen ist. Vgl.: Wentker, H.: Die Außenpolitik der DDR, in: NPL 46 (2001), S.395. Weiterhin teilt die Autorin nicht die These Jetzlspergers, wonach die Nahostkrise gezeigt habe, dass Entwicklungshilfe „ein ungeeignetes Mittel der Deutschlandpolitik“ gewesen ist, im Gegenteil. Zum einen

Mit dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik sollten die Optionen für das *wie* der deutschen Wiedervereinigung offengehalten werden, welche im Adenauerschen Konzept Freiheit und Souveränität für ganz Deutschland beinhaltete. Der Wert der Hallstein-Doktrin war und ist in der politischen Praxis, wie auch in der Forschung umstritten. Einerseits ist es das Verdienst der Doktrin, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bis 1972⁶⁹⁸ durchgesetzt zu haben. Bei einer internationalen Anerkennung der DDR während des Untersuchungszeitraumes, wäre das oberste Ziel Adenauerscher Deutschlandpolitik, die Wiedervereinigung in Freiheit, vereitelt worden. Nicht zuletzt wurde die Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik trotz politischer Erpressungsversuche mittels „Scheckbuchdiplomatie“⁶⁹⁹ bzw. Entwicklungshilfepolitik in einem Umfang ermöglicht, welcher der DDR mit ihren geringeren wirtschaftlichen Ressourcen ihre politischen Grenzen aufzeigte. Diese Politik der Stärke forderte Verzichte, aber sie offerierte nichts geringeres als Freiheit. Zum anderen stellt sich aber spätestens ab der Berlinkrise und weltpolitischer Entspannungstendenz auch die offensichtliche Frage, ob dieser Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik noch zeitgemäß war. Jedenfalls sicherte dieser Alleinvertretungsanspruch lange Jahre die Option für eine - im Falle einer Wiedervereinigung - deutsche Verhandlungsfreiheit, ein Verdienst, das Würdigung verdient.

2.2. Die Durchführung des Luxemburger Abkommens - Teil I

Die im Rahmen des Luxemburger Abkommens durch die Bundesrepublik erbrachten Leistungen dienten dem Aufbau der israelischen Wirtschaft in einer kritischen Phase,⁷⁰⁰ in der neben permanenter Kriegsdrohung und erhöhter Verteidigungskosten zunächst erst einmal

vernachlässigt er, dass sich die Bundesrepublik auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe in Ägypten nicht nur den Interessen der DDR, sondern der Sowjetunion ausgesetzt sah. Zum anderen überschätzt er die negativen Reaktionen der arabischen Staaten nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Dass der Hallstein-Doktrin unter dem Eindruck der hierarchisch übergeordneten Entspannungspolitik von vornherein Grenzen gesetzt waren, wie Schuster bereits 1963 korrekt feststellte, ist ein unbestreitbarer Fakt, der allerdings nicht rechtfertigt, von der „Zwecklosigkeit des Einsatzes entwicklungspolitischer Mittel für deutschlandpolitische Ziele“ zu sprechen. (Jetzlsperger, C.: Die Emanzipation der Entwicklungspolitik, S.322 u. 366 sowie Schuster, R.: Die „Hallstein-Doktrin“, S.688.)

⁶⁹⁸ Gleichwohl ist sich die Autorin bewusst, dass der Alleinvertretungsanspruch bereits einige Jahre früher eine Modifizierung erfuhr. So wurde z.B. in der Regierungserklärung 1969 erstmals von „zwei Staaten in Deutschland“ gesprochen. Vgl.: Grewe, W.G.: Rückblenden, S.259.

⁶⁹⁹ Das Gupta, A.: Lob der Schwäche – Heroische Rhetorik zum Untergang der Scheckbuchdiplomatie, in: Forschungsberichte aus dem Duitsland Instituut Amsterdam 1 (2004), S.45.

⁷⁰⁰ Grundlegend zur Umsetzung und der Bedeutung des Luxemburger Abkommens für die israelische Wirtschaft siehe: Ebeling, J.: Bericht über die Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952, Bonn 1966; Ginor, F.: The Impact of German Reparations and Restitution Payments on the Israeli Economy, in: The Wiener Library Bulletin, London 26 (1972/1973), S.38-45; Könke, G.: Wiedergutmachung und Modernisierung, S.503-548; Loch, T.M.: „Shilumim“. Die deutsche Wiedergutmachung als Stimulanz der israelischen und der deutschen Wirtschaft, in: EA 1963, S.246-254. Wenig systematisch mit Blick auf die Auswirkungen des Abkommens auf die israelische Wirtschaft siehe: Balabkins, N.: West German Reparations to Israel, New Brunswick 1971.

hunderttausenden Flüchtlingen ein Zuhause und Arbeit gegeben werden musste. In diesem Kontext wurden Investitionen des jungen Staates in die Infrastruktur notwendig. Ausgaben für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung und ein Bildungssystem kamen hinzu. Darüber hinaus verfügte Israel nur über knappe natürliche Ressourcen, was, neben einer intelligenten und durch moderne Technik unterstützten Wasserversorgung des Landes, auch den umfangreichen Import von Erdöl notwendig machte. Die deutschen Leistungen unterstützten diese ebenso wie die israelische Investitionstätigkeit. Zudem trugen sie bis zu einem gewissen Grad auch zur wirtschaftlichen Planungssicherheit bei. Darüber hinaus verfügte der junge Staat nur über sehr begrenzte Devisenvorräte bei gleichzeitigem Handelsbilanzdefizit.

Die deutschen Lieferungen im Rahmen des Abkommens dienten konkret z.B. dem Aus- bzw. Neubau der Häfen in Haifa und Ashdod, dem Aufbau einer israelischen Handelsflotte, der Errichtung eines Eisenbahn- und Telefonnetzes, einem Teil der Anlagen der israelischen Wassergesellschaft Mekorot sowie der Finanzierung britischer Öllieferungen an Israel. Die deutschen Leistungen im Rahmen des Luxemburger Abkommens wirkten umgekehrt auch auf deutscher Seite als Investitionen, insbesondere in strukturschwache Regionen und Branchen mit Entwicklungsrückständen (so z.B. mit Blick auf die deutschen Werften, hier v.a. Bremen und Hamburg). Darüber hinaus wurde der deutschen Wirtschaft mit dem Abkommen über dessen Laufzeit hinaus längerfristig in Israel ein Absatzmarkt für bestimmte industrielle Erzeugnisse erschlossen.

Die Durchführung des Luxemburger Abkommens wurde durch insgesamt achtzehn Protokolle der Gemischten Kommission näher geregelt. Dabei befassten sich die Protokolle einerseits mit grundlegenden und verwaltungstechnischen Fragen, andererseits mit der Gestaltung der jeweils gültigen Warenlisten.

Die wichtigsten Runderlasse und Protokolle bis 1956 werden folgend näher erörtert und deren inhaltliche Bedeutung geschildert. Ebenfalls sind die volkswirtschaftlichen wie im Kontext der Umsetzung des Luxemburger Abkommens auftretenden politischen Auswirkungen zu hinterfragen.

2.2.1. Die administrative Durchführung des Abkommens in der Bundesrepublik und in Israel

Das erste Protokoll⁷⁰¹ (Juni 1953) behandelte im wesentlichen den im selben Monat veröffentlichten Runderlass Außenwirtschaft Nr. 51/53.⁷⁰² Der Runderlass erörterte die Durchfüh-

⁷⁰¹ Vgl.: Ebeling, J.: Bericht über die Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952, Bonn, 1966, S. 7.

⁷⁰² Der Runderlass Außenwirtschaft 51/53 ist veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 115 vom 19.6.1953.

zung des Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel auf der Basis der ersten Durchführungsverordnung zu den Devisenbewirtschaftungsgesetzen⁷⁰³ in Verbindung mit der Anordnung der Bundesregierung vom 30. November 1950⁷⁰⁴ sowie der JEIA-Anweisung Nr.34⁷⁰⁵. Der Runderlass Außenwirtschaft (RA) Nr. 51/53 besaß zwei Anlagen (Muster für Bestellschein und Muster für Seetransportauftrag). Die Bekanntmachung Nr.1 zum RA Nr. 51/53 regelte darüber hinaus das Verfahren von der Angebotsabgabe bis hin zu steuerlichen Fragen. Die Begriffe Israel-Abkommen, Israel-Mission, Bundesstelle als die Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft in Frankfurt sowie Gemischte Kommission wurden näher definiert.

Die Erteilung der Aufträge erfolgte ausschließlich durch die Israel-Mission auf einem vorgedruckten Bestellschein.⁷⁰⁶ Die Israel-Mission wandte sich direkt an die deutschen Lieferfirmen, um ihrerseits Angebote einzuholen. Dementsprechend mussten Firmen ihre Angebote direkt der Israel-Mission unterbreiten. Mittels dieses Verfahrens trat alleinig die Israel-Mission als Käufer auf. Dies sollte verhindern, dass durch das Einschalten von Agenten oder Firmen als Vermittler unnötig viel Geld in Maklertätigkeit investiert wurde, welches man dringender für den Aufbau des Staates Israels benötigte. Die Israel-Mission leitete den ausgefüllten Bestellschein an die Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft weiter. Der Bestellschein wurde darauf hin durch die Bundesstelle hinsichtlich der Übereinstimmung des Auftrages mit den durch das Luxemburger Abkommen festgelegten Bestimmungen geprüft. Bei land- oder ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen holte die Bundesstelle die Stellungnahme der Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt am Main ein. Mit ihrem Feststellungsvermerk garantierte die Bundesstelle für den Warenverkehr der deutschen Lieferfirma, die den Bestellschein ausschließlich durch die Israel-Mission zugeleitet bekam, dass die Bezahlung im Rahmen des Luxemburger Abkommens zulässig war.

Entsprechend des RA Nr. 51/53 oblag den Unternehmen die Bestätigung, dass „die gelieferte Ware in der Bundesrepublik Deutschland oder im Land Berlin ihren Ursprung oder ihre letzte wirtschaftlich gerechtfertigte und eine wesentliche Veränderung ihrer Beschaffenheit

⁷⁰³ Hiermit sind die Neufassung zu Gesetz Nr.53 der amerikanischen und britischen Militärregierungen sowie die Verordnung Nr.235 des französischen Hohen Kommissars gemeint.

⁷⁰⁴ Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 241 vom 14. Dezember 1950.

⁷⁰⁵ Veröffentlicht in Bundesanzeiger Nr.12 vom 20. Oktober 1949, S.2. Hiernach übertrug die Joint Export Import Agency mit Wirkung vom 15.10.1949 unter Wahrung gewisser Vorbehaltsrechte der AHK der deutschen Verwaltung für Wirtschaft oder einer anderen zuständigen Regierungsstelle der Bundesrepublik zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang des deutschen Außenhandels.

⁷⁰⁶ Ausführlich zum Bestellschein siehe Ebeling, J.: Bericht, S.10.

bewirkende Bearbeitung erfahren⁷⁰⁷ hatte. Bei der Vergabe der Aufträge sollten Unternehmen der Westberliner Industrie und solche in strukturschwachen, unterentwickelten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland bevorzugt durch die Israel-Mission bedacht werden. In Anbetracht dieser Bestimmung richtete die Israel-Mission kurz nach Inkrafttreten des Luxemburger Abkommens auch eigens ein Büro in Berlin ein, um so auch vor Ort in direktem, möglichst engem Kontakt mit der dortigen Wirtschaft stehen zu können.

Die Lieferfirmen reichten ihre Rechnungen bei der Israel-Mission in erforderlicher Anzahl ein. Im Anschluss daran legte die Israel-Mission der Bundesstelle für den Warenverkehr drei mit deren Genehmigungsvermerk versehene Ausfertigungen der jeweiligen Rechnung sowie der Bestätigung des Lieferanten über ordnungsgemäße Auftragserfüllung vor. Die Bundesstelle prüfte daraufhin die Übereinstimmung des per Bestellschein erteilten Auftrages mit der eingereichten Rechnung. Infolgedessen übersandte die Israel-Mission der kontenführenden Außenhandelsbank eine Rechnung mit der Zahlungsgenehmigung der Bundesstelle und erteilte die Zahlungsanweisung. Daraufhin erhielt die betreffende Lieferfirma den Betrag in Höhe ihrer Forderung. Die Außenhandelsbank schickte ihrerseits unaufgefordert der Bundesstelle für den Warenverkehr die Ausfertigung der Rechnung zu und vermerkte darauf die erfolgte Zahlung. Im Falle von Anzahlungen mussten die Genehmigungen hierzu bereits auf dem Bestellschein angeordnet werden, wobei die Anzahlung in der endgültigen Zahlungsanweisung entsprechend berücksichtigt wurde. Ähnliches galt im Falle von Akkreditiven. Bei der Erstellung dieser musste die Genehmigung durch die Bundesstelle für den Warenverkehr bereits auf dem Bestellschein erteilt werden. Eine Änderung der Bedingungen des Akkreditivs bedurfte ebenfalls der Erlaubnis der Bundesstelle.⁷⁰⁸

Über die genannten Punkte hinaus erörterten der RA Nr. 51/53 sowie die Bekanntmachung Nr.1 zum RA Nr. 51/53 Details zu Fragen wie Transport, Dienstleistungen, Einfuhrrechte oder Steuern. Weiterhin verwies die Bekanntmachung darauf, dass nur bestimmte Personen als Vertretungsberechtigte der Israel-Mission galten. Entsprechende Änderungen wurden jeweils im Bundesanzeiger veröffentlicht.

In Israel wurde zur Abwicklung des Luxemburger Abkommens die Shilumim-Gesellschaft (Sitz Tel Aviv, mit Zweigstelle in Haifa) errichtet. Diese setzte sich aus einem Exekutiv- sowie einem Beratungsausschuss in Israel und der von Köln aus operierenden Handels- und Importmission mit Zweigstellen u.a. in West-Berlin zusammen. Die israelische Mission in Köln unterstand formal nicht dem israelischen Außenministerium, sondern dem Premier- so-

⁷⁰⁷ Zitiert nach Punkt 3a der Bekanntmachung Nr.1 zum Runderlass Außenwirtschaft Nr.51/53.

⁷⁰⁸ Die detaillierte Behandlung von Akkreditiven wurde in Punkt 4b der Bekanntmachung Nr.1 zum Runderlass Außenwirtschaft Nr.51/53 (Runderlass Israel) näher ausgeführt.

wie dem Finanzminister.⁷⁰⁹ Als erster Direktor der Shilumim-Gesellschaft agierte 1952-1954 Hillel Dan, der durch Nahum Shamir abgelöst wurde und das Amt bis 1965 bekleidete. Private oder staatliche Interessenten für Waren aus dem deutsch-israelischen Abkommen reichten einen entsprechenden Antrag bei der Shilumim-Gesellschaft ein. Nachdem Hersteller aus-
gesucht und Preis- und Transportfragen sowie weiteren Details geklärt worden waren, erfolgte die Bearbeitung dieser Anfragen wie oben geschildert. Die Israel-Mission in Deutschland sorgte für die Versicherung und den Transport der Ware nach Israel. Der Käufer bezahlte diese mittels durch die Shilumim-Gesellschaft zur Verfügung gestelltem Kredit oder bar direkt an den Staat.⁷¹⁰

Dieses Verfahren stand völlig im Einklang mit den Bestimmungen des Luxemburger Abkommens, auch wenn vom Verkauf der Warenlieferungen in Israel in diesem nicht explizit die Rede war. Diese Regelung auf israelischer Seite zeugte durchaus von einer gehörigen Portion Intelligenz und Pragmatismus, der nicht zuletzt auch dem Umstand geschuldet war, mit nur begrenzt verfügbaren Mitteln ein maximales Ergebnis erlangen zu müssen. Israel erzielte somit doppelten Gewinn. Einerseits führte Israel Investitionsgüter, Öllieferungen und andere Waren in Höhe einer Summe von insgesamt 3 Milliarden DM während der gesamten Laufzeit des Abkommens ein, durch die der israelische Staatshaushalt nicht belastet wurde, dank derer aber volkswirtschaftlich überlebenswichtige Investitionen getätigt werden konnten. Andererseits fanden die für den Erhalt der entsprechenden Ware gezahlten Beträge Verwendung für den israelischen Staatshaushalt und konnten somit wieder investiert werden.

Interessant erscheint in diesem Kontext die grundlegende Frage nach dem Verhältnis von staatlicher Vorgabe und privatwirtschaftlicher Initiative in Israel. Nicht ohne Grund wurden im jungen israelischen Staat privatwirtschaftliche Initiativen zunächst allein deswegen nur zurückhaltend unterstützt, weil der Aufbau eines rein marktwirtschaftlichen Systems westlicher Prägung mit den damaligen Anforderungen der israelischen Entwicklung, v.a. der notwendigen zentralen Planung von Infrastrukturprojekten disharmonierte. So sah sich Israel als neugegründeter Staat dem Zwang gegenüber, unwahrscheinlich schnell eine funktionsfähige Verwaltung und Volkswirtschaft aufbauen zu müssen, die es vermochte, die Bevölkerung ausreichend zu versorgen, die Flüchtlinge zu integrieren und für hohe Ausgaben, v.a. auch im militärischen Bereich die wirtschaftliche Grundlage zu schaffen. Eine solche Leistung konnte durch zahlreiche neu zu gründende private Unternehmen,⁷¹¹ deren Eigenkapitaldecke als eher

⁷⁰⁹ Vgl.: Meroz, Y.: In schwieriger Mission. Als Botschafter Israels in Bonn. Mit einem Geleitwort von Helmut Schmidt, Frankfurt a.M. 1986, S.15.

⁷¹⁰ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, S.40.

⁷¹¹ Diese sind von den großen staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen, wie z.B. Solel Boneh, gegründet 1923 (Neugründung nach Konkurs 1933), abzugrenzen. Derartige Unternehmen konnten schon relativ frühzeitig

gering zu veranschlagen war, die nur über begrenzte wirtschaftliche Kontakte zu anderen Unternehmen oder gar über eigene Filialen im Ausland verfügten, kaum nach marktwirtschaftlichen Prinzipien allein bewältigt werden. Die etablierteren, großen Unternehmen befanden sich ohnehin in staatlicher oder halbstaatlicher Hand. So wurde die in den fünfziger Jahren in Israel diskutierte Frage, ob israelischen, ggf. neugegründeten Unternehmen im Rahmen des Luxemburger Abkommens beim Einkauf der Rohstoffe und Investitionsgüter freie Hand gelassen werden und sich die Tätigkeit der Shilumim-Gesellschaft allein auf die finanzielle Abwicklung und Einfuhrkontrolle beschränken sollte, letztlich verworfen.⁷¹² Für große Versuche blieb keine Zeit. Für die marktwirtschaftliche Erschließung des Landes war das Risiko zu hoch. Leider musste auch im Rahmen der Umsetzung des Luxemburger Abkommens der eine oder andere Rückschlag verzeichnet werden.⁷¹³

Über die Frage, wofür das Geld, welches der israelische Staat aus dem Verkauf der Waren aus dem Luxemburger Abkommen erhielt, dann tatsächlich verwendet wurde, hatte konsequenter Weise auch nur dieser zu entscheiden. So ist es theoretisch wie praktisch durchaus möglich, dass Teile der Beträge auch Verwendung im militärischen Sektor fanden,⁷¹⁴ wobei eine solche aus heutiger Sicht nur sehr begrenzt nachzuweisen ist. Denn erfahrungsgemäß sind abgesehen von Munition und Waffen, sehr viele Waren sowohl zivil als auch militärisch nutzbar und eine Trennung bestenfalls sehr künstlicher Natur.⁷¹⁵ Jelinek unterstellt, dass der halb-militärische Gütertransfer mit Wissen der deutschen Behörden stattgefunden habe⁷¹⁶ und verweist auf die Quelle eines wenig beweiskräftigen Berichts der U.S. Botschaft in Tel Aviv an das State Department, auf der Basis eines Gesprächs mit dem Cherut-Politiker Shostak im Februar 1956, der sich seinerseits wiederum auf Aussagen von Menachem Begin⁷¹⁷ stützte.

auch auf dem internationalen Markt Fuß fassen. Solel Boneh, als das größte israelische Bauunternehmen (im Besitz der Histadrut), konnte sich so bereits mit den Firmen P.Kretzer and Son (New York) sowie Yol ve Yapi (Türkei) einen Auftrag für drei Anlagen der NATO in Höhe von 11 Mio. Dollar sichern. Die Bauarbeiten begannen im September 1953. Größere Mengen Zement für diesen Auftrag wurden durch die Firma Nesher bei Haifa geliefert. Vgl.: Israel-Informations-Dienst (IID) 2 (1953) Heft 16/17, S.6.

⁷¹² Vgl.: Goldmann, B.: Die Bedeutung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952 für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Israels, dargestellt am Beispiel der Erfüllungsperiode 1952/53 bis 1955/56, Mainz 1956, S.53.

⁷¹³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.103, S.352.

⁷¹⁴ So berichtet beispielsweise Zvi Dar, Direktor der staatlichen Militär-Industriegesellschaft gegenüber dem Vertreter der Israel-Mission in Köln, Dr. A. Bergmann über „eine Zuteilung von 2¼ Millionen Dollar aus den Shilumim-Geldern für weitere Käufe zur Aufstockung der Notbestände.“ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.106, S.356.

⁷¹⁵ Vgl.: Frowein (206-244-15/2336/56) an den Bundesminister für Wirtschaft betr. Israel; hier: Lieferung von Elektrokabeln, 21.3.1956, in: PA/AA, B 62, Bd.138; Mahs, BWM (VC4-51126/56), an Frowein betr. Israel, Lieferung von Elektrokabeln, 10.2.1956, in: ebd.

⁷¹⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, S.41. Jelinek vernachlässigt leider die Möglichkeit, dass Maschinen und Anlagen auch auf dem freien Markt erhältlich sind und somit eine wissentliche Beteiligung deutscher Behörden keineswegs zwingend ist.

⁷¹⁷ Begin war seinerzeit Mitglied des Außen- und Sicherheitsausschusses der Knesset. Die Mitglieder dieses Gremiums waren jedoch verpflichtet, die Inhalte von Diskussionen und Dokumenten, die im Rahmen des Gre-

Bisher kann nirgends nachgewiesen werden, dass sich eine der am Luxemburger Abkommen beteiligten deutschen Behörden irgendwann nachweisbar dazu bereit erklärt hätte, Maschinen und Ausrüstung explizit für militärische Zwecke an Israel zu liefern. Deutsche Waffenlieferungen an Israel im Rahmen des Luxemburger Abkommens hielt das Auswärtige Amt für ausgeschlossen.⁷¹⁸

2.2.2. Warenlieferungen außerdeutschen Ursprungs und deutsche Vorauszahlung in Höhe von 100 Millionen Dollar?

Mit dem zweiten Protokoll vom 4. März 1954 legte die Gemischte Kommission die Warenliste für das Abkommensjahr 1954⁷¹⁹ fest. Im wesentlichen ähnelte diese Warenliste der ersten für die Jahre 1952 und 1953. Allerdings nahm man hier bereits von den allzu starren Vorgaben an die Werte der einzelnen Positionen der Warenliste Abstand und gab somit der Israel-Mission die Möglichkeit, die Bestellungen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Israels anzupassen, somit flexibler zu agieren und den ökonomischen Herausforderungen adäquat zu begegnen. Gleichsam oblag der Israel-Mission die Pflicht zu gewissen, prozentual festgelegten Mindestbestellungen entsprechend der einzelnen Warengruppen.⁷²⁰ Darüber hinaus wurde der Israel-Mission die Möglichkeit eingeräumt, für die Warengruppe I bis IV Vorbestellungen für das nächste Abkommensjahr zu tätigen. Für diese Regelung standen Haushaltsmittel vor deren Fälligkeit aber nicht zu Verfügung. Für das Abkommensjahr 1954, wie auch für die restlichen Jahre bis zum Ablauf des Luxemburger Abkommens, wurde für Lieferungen von Öl durch Ölgesellschaften im Vereinigten Königreich jährlich der Gegenwert von je 75 Mio. DM in Pfund-Sterling zur Verfügung gestellt.⁷²¹

Am 5. August 1954 bestätigte die deutsch-israelische Gemischte Kommission das Dritte Protokoll,⁷²² welches die Lieferung von Waren außerdeutschen Ursprungs, die Übertragung

miums Verwendung fanden, nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.116, S.382.

⁷¹⁸ Vgl.: Aufzeichnung Froweins betr. Waffenlieferungen an Israel (206-244-15/3911/56) vom 29.3.1956, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

⁷¹⁹ Exakt handelt es sich um die Warenliste für das dritte Haushaltsjahr, d.h. für die Zeit vom 1.4.1954 bis zum 31.3.1955. Die Warenliste ist veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 54 vom 14. März 1954, als Teil des RA Nr.21/54.

⁷²⁰ Die Israel-Mission hatte die Pflicht aus Gruppe I Position 1 (Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie) Waren im Umfang von mindestens bis zu 15 % des Gesamtwertes der Gruppe I, Position 2 (Gießereierzeugnisse) bis zu 5 % sowie in Position 3 (gezogene und kaltgewalzte Eisen- und Stahlerzeugnisse) und Position 4 (Halbmaterialien aus Nichtedelmetallen) bis zu 10 % zu bestellen. Näheres siehe Ebeling, J.: Bericht, S.22.

⁷²¹ Die Regelung entsprach somit dem Inhalt des für die Abkommensjahr 1952/53 gültigen Briefs Nr. 4a („Ölbrief“) vom 10. September 1952. Dabei basierten die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf dem zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Zahlungsabkommen vom 9. Dezember 1950 Vgl.: Ebeling, J.: Bericht, S.22f.

⁷²² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.83, S.306-309.

der nicht verbrauchten Beträge (Überhänge⁷²³) der Haushaltsjahre 1952/53 und 1953/54 sowie den prozentualen Anteil deutscher Reedereien am Gesamtfrachtaufkommen⁷²⁴ regelte.

Mit dem genannten Protokoll bestätigte die Gemischte Kommission die Möglichkeit der Lieferung von Waren außerdeutschen Ursprunges entsprechend Art. 6c Luxemburger Abkommen. Besondere Bedeutung kommt dieser Regelung deswegen zu, da bereits mit dem zweiten Protokoll das Budget der Warengruppe IV (land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse) beträchtlich auf 30 Mio. DM für das Haushaltsjahr 1954/55 aufgestockt worden war und Israel die Möglichkeit gegeben wurde, Erzeugnisse aus dem nichtdeutschen Ausland beziehen zu können. Zu solchen Lieferungen im Rahmen der Gruppe IV für das Jahr 1954 gehörten die Importe von Zucker aus Polen im Wert von ca. 5 Mio. DM, Weizen aus der Türkei im Wert von rund 14 Mio. DM, Schnittholz aus Österreich für 3 Mio. DM sowie Malabarpfeffer aus England für ca. 75.000 DM. Darüber hinaus genehmigte die Gemischte Kommission mit dem Dritten Protokoll im Rahmen der Gruppe III (Erzeugnisse der chemischen und sonstiger Industrien) Lieferungen von Rohkautschuk aus Indonesien (ca. 5 Mio. DM) sowie Rohhäuten aus Argentinien (ca. 0,5 Mio. DM). Entsprechende kleinere Lieferungen hatte die Gemischte Kommission bereits für das Jahr 1953 genehmigt und genehmigte diese auch über das Jahr 1954 hinaus. Die Lieferung von Waren außerdeutschen Ursprunges im Werte von insgesamt ca. 27 Mio. DM für das Jahr 1954 bilden in ihrem Umfang allerdings eine Ausnahme. Während der Laufzeit des Luxemburger Abkommens wurden in der Summe Waren außerdeutschen Ursprunges im Wert von ca. 51,5 Mio. DM nach Israel geliefert.⁷²⁵

Die Regelung des Jahres 1954 dürfte in Israel große Zustimmung gefunden, entsprechende Hoffnungen aber nur partiell erfüllt haben. Bereits im Sommer 1953 verwies der Leiter der Westeuropaabteilung im israelischen Außenministerium Najar auf den Umstand, wonach die Umsetzung des Luxemburger Abkommens immer mehr die Züge multilateralen Handels annahm und somit dem wirtschaftlichen Aspekt der Beziehungen Israels zu Deutschland allmählich auch mehr politische Bedeutung zukam.⁷²⁶ Gänzlich falsch war diese Einschätzung insbesondere hinsichtlich der politischen Auswirkung nicht. Doch sollte der multilaterale Handel

⁷²³ Konkret wurden die in Gruppe I bis III entstandenen Überhänge in Höhe von 55 Mio. DM auf die einzelnen Gruppen aufgeteilt, abzüglich eines Betrages von ca. 11 Mio. DM, der einer späteren Vereinbarung vorenthalten blieb. Die in Gruppe IV (Dienstleistungen) existenten Überhänge in Höhe von 14 Mio. DM wurden entsprechend auf die Gruppen I bis IV aufgeschlüsselt. Ebd., Dok.83, S.307f.

⁷²⁴ Gemäß der Festlegung der Gemischten Kommission sollte der Anteil der deutschen und israelischen Reedereien ab 1. April 1955 je 50 % betragen, wobei auch die Beteiligung an der Verschiffung der Warengruppen Massengüter, Eisen- und Stahl (einschließlich Rohre und Bleche) sowie Stückgüter durch das Protokoll entsprechend geregelt war. Ebd., Dok.83, S.307ff.

⁷²⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.83, S.306f.; Ebeling, J.: *Bericht*, S.38f.

⁷²⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.62, S.245.

im Rahmen des Luxemburger Abkommens nicht zuletzt wegen wirtschaftlicher Eigeninteressen der Bundesrepublik begrenzt bleiben.

Beispiel hierfür ist die Frage eines Handels mit Israel über Finnland. In der Tat hatte Finnland den Gedanken erörtert, „finnische Erzeugnisse gegen Bezahlung im Wege des deutsch-finnischen Zahlungsabkommens nach Israel zu liefern.“⁷²⁷ Die israelische und finnische Regierung waren, so die Bank deutscher Länder, grundsätzlich über die Durchführung derartiger Geschäfte übereingekommen. Praktisch sollte die Bundesrepublik Deutschland zu Lasten der im Luxemburger Abkommen festgelegten Gesamtsumme Finnland 6-8 Mio. Dollar auf dessen Konto gutschreiben, die für entsprechende Warenlieferungen an Israel Verwendung finden sollten. Die Bank deutscher Länder empfahl, die finnische Anregung von deutscher Seite nicht aufzugreifen.⁷²⁸ Die einzelnen Protokolle der Gemischten Kommission verweisen nicht auf die Genehmigung eines solchen Geschäfts, so dass dessen Durchführung als unwahrscheinlich gelten muss. Interessant ist allerdings, dass wenige Jahre später außerhalb des Luxemburger Abkommens tatsächlich ein militärisch relevantes Dreiecksgeschäft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel mittels eines finnischen Konzerns zustande kam.

Bereits frühzeitig bekundete Israel Interesse an einer Vorauszahlung in Höhe 100 Mio. Dollar zu Lasten des Luxemburger Abkommens. Israel legte der Bundesrepublik auch sehr konkrete Pläne vor, auf welche Art und Weise eine derartige Summe aufgebracht werden konnte.⁷²⁹

Nahum Goldmann wandte sich persönlich in dieser Angelegenheit an den Bundesminister für Wirtschaft. Diesem zufolge hatte Adenauer „mit grossem Verstaendnis und Wohlwollen zu diesem Vorschlag“⁷³⁰ Stellung genommen. Goldmann zufolge war diese Anleihe angeblich von vitaler Bedeutung für Israel, um dessen Währung zu stabilisieren. Die Frage, weswegen Goldmann als amerikanischer Staatsbürger und Präsident der Claims Conference diese Angelegenheit anstatt eines israelischen Bevollmächtigten auf solch hoher Ebene verhandelte, ist äußerst interessant. In einem Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Hallstein,

⁷²⁷ Bank deutscher Länder (7a/ - Akt. VII), gez. Treue und Tüngeler, an Bundesminister für Wirtschaft betr. Lieferung finnischer Erzeugnisse im Transit über die Bundesrepublik nach Israel gegen Bezahlung im Wege des deutsch-finnischen Zahlungsabkommens, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft1.

⁷²⁸ Ebd.

⁷²⁹ So erörterte der Leiter der Israel-Mission, Shinnar, gegenüber dem Ministerialdirektor des Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Reinhardt, bereits im Februar 1954 die Möglichkeit einer Anleihe amerikanischer Privatbanken in Höhe von 30 bis 40 Mio. Dollar für einen Zeitraum von drei bis vier Jahren. Die restlichen 60 bis 70 Mio. Dollar sollte die Bundesrepublik aufbringen, indem die Bank deutscher Länder ihre Forderungen in entsprechender Höhe gegenüber der EZU an Israel abtrat. Für die Verbindlichkeiten, die Israel dann gegenüber der Bank deutscher Länder besessen hätte, wäre das Bundesfinanzministerium eingetreten. Vgl.: Vermerk vom 27.2.1954 über eine Besprechung mit Dr. Shinnar in der Frage einer Finanzhilfe für Israel am 24.2.1954 bei Ministerialdirektor Dr. Reinhardt (VA8-9445/54), in: BA, B 102, Bd. 6419, Heft 3.

⁷³⁰ Goldmann an Erhard am 23.4.1954, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft 3.

vom März 1955 erörterte Goldmann schließlich, dass das israelische Hauptmotiv keineswegs der Stabilisierung der eigenen Währung entsprach. Goldmann erklärte, dass das Hauptmotiv der israelischen Regierung in dem Wunsch läge, um die Änderung der Zahlungsform zu bitten, wonach Israel „den Betrag von 450 Millionen DM im Laufe der Jahre in ausländischer Währung an die Claims Conference zahlen“ musste.⁷³¹

Der Bundesfinanzminister hatte zu dem Gesamtvorschlag bereits Anfang Februar 1954 negativ Stellung bezogen.⁷³² Aber auch im Bundeswirtschaftsministerium stieß der Vorschlag Goldmanns auf wenig Gegenliebe. Erhard bewertete die ganze Angelegenheit als „Politikum“.⁷³³ Zudem bot das Abkommen keine gesetzliche Grundlage für die Abtretung einer Forderung der Bank deutscher Länder gegenüber der EZU an Israel. Aus politischen Gründen erschien Zurückhaltung geboten, da die Arabische Liga in dieser einen „wenig freundschaftlichen Akt“ erblicken⁷³⁴ konnte. In diesem Sinne verwies auch der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Westrick, auf die ägyptischen Proteste gegen einen eventuellen Vorgriff auf die durch die Bundesrepublik laut Luxemburger Abkommen zu erbringenden Leistungen.⁷³⁵ Die Bank deutscher Länder sowie das Auswärtige Amt verhielten sich hinsichtlich möglicher Vorauszahlungen ebenso eher zurückhaltend. Im Rahmen einer Besprechung im Bundesfinanzministerium betonte die Bank deutscher Länder, dass sie dem israelischen Vorschlag nicht zustimmen könne. Das Hauptargument lag dabei in dem Verweis auf das Luxemburger Abkommen. Dieses verpflichtete die Bundesrepublik Deutschland zu Warenlieferungen, „aber nicht zur Zurverfügungstellung von Devisen.“⁷³⁶ Das Auswärtige Amt, welches sich in derselben Sitzung hinsichtlich eigener Stellungnahmen eher reserviert zeigte, bekundete v.a. Interesse an der Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums und der Frage, ob eine eventuelle Transaktion einen wirtschaftlichen Anreiz für die Bundesrepublik darstellte. Dieser war nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums jedoch nicht gege-

⁷³¹ Goldmann, an StS Hallstein (zu 206-244-15 E/4559/55) am 31.3.1955, in: PA/AA, B 62, Bd.138. Goldmann bestätigte in diesem Brief, dass Israel bereits 80 Mio. DM pünktlich an die CC gezahlt hatte. In seinem sehr kurz gehaltenen Antwortbrief versprach Hallstein die Angelegenheit nochmals sorgfältig prüfen zu lassen und diese dem Bundeskanzler vorzutragen. Siehe: Hallstein (206-244-15 E/4559/55) am 22.4.1955 an Goldmann, in: PA/AA, B 62, Bd.138.

⁷³² Vgl. Vermerk (VC4b), gez. von Trützschler, vom 24.5.1954 betr. Besuch Goldmanns beim Minister wegen Gewährung einer Finanzhilfe an Israel, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft 3.

⁷³³ Resumée vom 25.5.1954 über eine Besprechung beim Minister wegen Gewährung einer Finanzhilfe an Israel, gez. von Trützschler, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft 3.

⁷³⁴ Vermerk (VC4b), gez. von Trützschler, vom 24.5.1954 betr. Besuch Goldmanns beim Minister wegen Gewährung einer Finanzhilfe an Israel, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft 3.

⁷³⁵ Vgl.: Notiz von StS Westrick, 15.12.1954, betr. Vorgriff auf Israel-Abkommen, in: BA, B 102, Bd. 6419, Heft 3.

⁷³⁶ Aufzeichnung des Bundesministers der Finanzen (II A/1 – AF 0415 – 11/54), i.A. gez. Eggert, vom 22.7.1954 über die Besprechung am 19.7.1954 über den Vorschlag betr. Übertragung von EZU-Guthaben auf den Staat Israel, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft 3.

ben.⁷³⁷ Trotz intensiver Diskussionen des Sachverhaltes, kam eine Vorauszahlung in Höhe von 100 Mio. Dollar zunächst nicht zustande. Jedoch sollte Israel mit dem Fünften Protokoll von 1955 ein anderes und für die eigene Volkswirtschaft wichtiges Ziel erreichen.

2.2.3. Deutscher Beitrag zum israelischen Investmentprogramm

Dem Fünften Protokoll vom 22. Juli 1955⁷³⁸ kommt eine besondere Bedeutung zu, als dass durch dieses die Gemischte Kommission dem israelischen Investmentprogramm in Höhe von 280 Mio. DM zustimmte. Mittels des Investmentprogramms, welches Vorbestellungen in der benannten Höhe ohne Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln vor deren Fälligkeit ermöglichte,⁷³⁹ wurde der israelischen Seite eine gewisse Planungssicherheit hinsichtlich ihrer Projekte gegeben.⁷⁴⁰ Die in diesem Zusammenhang getätigten israelischen Vorbestellungen reichten laut Fünften Protokoll bis in das Haushaltsjahr 1962/63. Die deutschen Lieferfirmen besaßen ihrerseits die Sicherheit, dass diese Vorbestellung finanziell gedeckt waren.⁷⁴¹ Weiterhin bestand für die deutschen Lieferfirmen die Möglichkeit, dementsprechende Ausfuhrbürgschaften der „Hermes“ Kreditversicherungs AG in Anspruch zu nehmen.⁷⁴²

Folgende Einzelprojekte waren Bestandteil dieses 280 Mio. DM Investmentprogramms: eine Kupferhütte, eine Dieselmotoren-Fabrik, Schiffe, einschließlich Fischereiboote, eine Roheisenanlage, Ausrüstung für die Erweiterung des Elektrizitätsnetzes, Rohrleitungen, Waspumpstationen, Signalisation und Telekommunikation für die Eisenbahn, Ausrüstung für diverse Fabriken wie Textilanlagen, eine Zuckerraffinerie oder Glühlampenfabrik, weiterhin chemische Fabriken, Rohre für eine Leitung für Haifa-Tel Aviv, eine Schmieröl-Raffinerie, eine Anlage zur Herstellung von Zellstoff und schließlich eine Perlomanlage. Den umfangreichsten Posten im Rahmen des Programms bildeten die Vorbestellungen für Schiffe und Fischereiboote in Höhe von 80 Mio. DM, gefolgt von solchen für chemische Fabriken in Höhe von 40 Mio. DM sowie eine Dieselmotorenfabrik, in Höhe von 30 Mio. DM.⁷⁴³

⁷³⁷ Ebd.

⁷³⁸ Das Fünfte Protokoll in: BA, B 102, Bd.56885.

⁷³⁹ Entsprechend Punkt 2b des Fünften Protokolls vom 22. Juli 1955 durften „Haushaltsmittel nicht vor deren Fälligkeit in Anspruch genommen werden. Die auf Grund der Vorbestellungen aus fälligen Haushaltsmitteln zu leistenden Zahlungen sind in gleichmäßigen Vierteljahresraten vorzusehen.“ Bereits im vierten Protokoll wurde der Israel-Mission das Recht zugestanden, ohne Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln, gewisse Vorbestellungen zu tätigen. Diese waren jedoch nicht mit der Größenordnung der Vorbestellungen entsprechend des Investmentprogramms in Höhe von 280 Mio. DM vergleichbar.

⁷⁴⁰ Vgl. Aufzeichnung v. Mahs betr. 280 Millionen Investitionsprogramm Israel (V C 4 – 64525/55^{IV}) vom 23.7.1955, in: BA, B 102, Bd.56885.

⁷⁴¹ Ebeling, J.: Bericht, S.24.

⁷⁴² Ebd.

⁷⁴³ Aufzählung nach Anlage 1 zum Fünften Protokoll vom 22.7.1955, in: BA, B 102, Bd.56885.

An der konkreten Umsetzung von Projekten im Rahmen des Luxemburger Abkommens beteiligten sich auch Konzerne wie z.B. die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG). Am 29.3.1954 schlossen einerseits die Israel-Mission in Köln und andererseits die AEG ein Rahmenabkommen in Höhe von 60 Mio. DM ab. Die AEG wurde bei der Unterzeichnung durch den Präsidenten ihres Vorstandes und langjährigen Freund Adenauers, Friedrich Spennrath,⁷⁴⁴ vertreten. Beim anschließenden Mittagessen waren der regierende Bürgermeister von Berlin Dr. Walter Schreiber, ebenso wie der Berliner Wirtschaftssenator Prof. Eich und der Finanzsenator Hertz zugegen. Formal konnte diese Auftragsvergabe an die AEG Berlin als Teil der Zielsetzung der Bundesregierung, wie im Schreiben Nr. 3a zum Luxemburger Abkommen näher ausgeführt, gewertet werden, wonach die Wirtschaft Berlins bei der Auswahl potentieller Lieferfirmen besondere Berücksichtigung finden sollte, praktisch sah das gerade die Oberfinanzdirektion Köln etwas anders.⁷⁴⁵ Offensichtlich entsprach das Warenangebot der AEG den israelischen Bedürfnissen, welches sonst wohl kaum einen Vertrag in dieser Höhe abgeschlossen hätte. Zur Errichtung von Industrieanlagen, der Erweiterung des israelischen Elektrizitätsnetzes usw. bedurfte es massiv elektrischer Ausrüstung und Anlagen. Inwieweit der Israel-Mission die Auftragsvergabe an die AEG durch Bundeskanzler Adenauer nahegelegt wurde, ist anhand der vorliegenden Quellen nicht zu bestimmen. Sicherlich dürften sich jedoch die persönliche Bekanntschaft Spennraths mit Adenauer, aber auch mit Dannie N. Heinenman, und die Kontakte des ehemaligen Vorsitzenden der AEG, Hermann Bücher, zu Robert Pferdmenges eher vorteilhaft auf einen solchen Entscheid ausgewirkt haben.

Die nun am 29.3.1954 zwischen der Israel-Mission und der AEG geschlossene Vereinbarung⁷⁴⁶ ging von Lieferungen in Höhe von etwa 60 Millionen DM aus. Diese Schätzung basierte im wesentlichen auf geplanten Projekten über den Ankauf von Kraftwerksanlagen, elektrischen Maschinen, Transformatoren, Schaltmaterialien, Fernmeldeeinrichtungen und Kabel. Die Vereinbarung beinhaltete keinerlei indirekte Aufträge, in denen die AEG als Zulieferant von Lieferfirmen der Israel-Mission auftrat. In einer Sitzung des israelischen Au-

⁷⁴⁴ Friedrich Spennrath war Präsident des Vorstandes der AEG und Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, ein Dachverband wirtschaftlicher Interessenverbände. Zur Freundschaft und zum Verhältnis von Spennrath und Adenauer sowohl während Adenauers Kölner Zeit, als auch während des zweiten Weltkrieges und der Kanzlerschaft Adenauers siehe die unveröffentlichte Magisterarbeit von Wohlfahrt, K.: „Ich erlaube mir, Ihnen nach dieser Richtung einige Gedanken zu unterbreiten, ...“. Friedrich Spennrath und Konrad Adenauer. Eine wirtschaftlich-politische Beziehung von der Weimarer Republik bis zum Kalten Krieg, Leipzig 2000.

⁷⁴⁵ In ihrem Bericht vom 16.9.1954 stellte diese fest: „In Wirklichkeit liegt wohl der Firmensitz offiziell noch in Berlin, der Schwerpunkt der Produktion dagegen eindeutig im Bundesgebiet. Die AEG kann somit nicht als Westberliner Betrieb im Sinne des Schreibens Nr.3a zum Israel-Abkommen gelten.“ Bericht der Oberfinanzdirektion Köln (P 71/54 – DevÜ) vom 16.9.1954 über die bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG) in Frankfurt/Main und Backnang/Württ. getroffenen Feststellungen, in: BA, B 102, Bd.58970.

⁷⁴⁶ Die Vereinbarung ist als Anlage 1 des Berichts der Oberfinanzdirektion Köln vom 16.9.1954 zu finden in: BA, B 102, Bd.58970.

ßenministeriums über deutsche Angelegenheiten im Oktober 1954 wurde der Beitrag des Luxemburger Abkommens zur Lösung dringender Probleme wie z.B. des Schifffahrts- oder des Elektrizitätsproblems, aber auch des Aufbaus eines israelischen Telefonnetzes gewürdigt.⁷⁴⁷

In der Folge von Vorbesprechungen teilte der Vorsitzende der deutschen Delegation in der Gemischten Kommission, v. Mahs, am 17. Februar 1955, dem Vorsitzenden der israelischen Delegation, Shinnar, die Genehmigung seiner Delegation zur Lieferung von Kraftwerken in Höhe von 80 Mio. DM an Israel mit.⁷⁴⁸ Dieses Projekt, welches durch die AEG ausgeführt wurde, erstreckte sich hinsichtlich der Zahlungsmodalitäten bis in das Haushaltsjahr 1961/62. Inwiefern diese Genehmigung und das Rahmenabkommen zwischen der Israel-Mission und der AEG einerseits und dieses Projekt andererseits in Zusammenhang standen, kann anhand des vorliegenden Aktenmaterials nicht exakt eruiert werden.⁷⁴⁹ Es ist jedoch durchaus wahrscheinlich, dass dieses Projekt die Erweiterung des im Frühjahr 1954 zwischen der AEG und der Israel-Mission abgeschlossenen Vereinbarung bildet. Dafür spricht die Tatsache, dass in sämtlichen bisher verfügbaren späteren Quellen⁷⁵⁰ seitens der AEG und der Israel-Mission lediglich das 80 Millionen DM-Projekt von 1955 gesondert aufgeführt wird. Darüber hinaus dürfte durch das Fünfte Protokoll und das genehmigte Investmentprogramm die notwendigen Grundlagen, hinsichtlich Planungs-, Rechts- und wirtschaftlicher Sicherheit für ein Unternehmen wie AEG für die Annahme eines solchen Auftrages geschaffen worden sein. Im Laufe der Jahre der Laufzeit des Luxemburger Abkommens folgten zwischen der Israel-Mission und der AEG weitere Verträge u.a. über die Lieferung von Generatoren. Das Gesamtvolumen (Tochtergesellschaften der AEG eingerechnet) der Aufträge für die AEG betrug dabei etwa 270 Mio. DM.⁷⁵¹

Die Unterstützung, die Israel durch deutsche Firmen im Rahmen des Luxemburger Abkommens zuteil wurde, wusste auch Hillel Dan, erster Direktor der Shilumim-Gesellschaft,⁷⁵² in der bereits oben erwähnten Sitzung im Oktober 1954 im israelischen Außenministerium zu würdigen. Er betrachtete „die Hilfe von Firmen wie AEG oder M.A.N.“, bei denen Israel einkaufte, als „äußerst wertvoll“. In Israel erkannte man relativ frühzeitig die notwendige Betei-

⁷⁴⁷ Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.85, S. 314.

⁷⁴⁸ Vgl.: Mahs an den Vorsitzenden der israelischen Delegation in der Gemischten Kommission, 17.2.1955, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft 3.

⁷⁴⁹ So sind die Akten, die sich im Historischen Archiv der AEG befinden für die Nachkriegszeit nicht vollständig erschlossen bzw. verzeichnet.

⁷⁵⁰ Vgl.: Shinnar an den stellv. Vorsitzenden des Aufsichtsrates der AEG am 27.7.1964 in: AEG-Archiv, GS 1862; Memorandum der AEG betr. Israel-Boykott gegen AEG und Telefunken, Frankfurt 23.10.1964, in: AEG-Archiv, GS 1862; Brief der AEG an StS Lahr, AA, am 17.2.1965, betr. Israel-Boykott gegen AEG und Telefunken, in: AEG-Archiv, GS 1863.

⁷⁵¹ Vgl.: Shinnar an stellv. Vorsitzenden des Aufsichtsrates der AEG am 27.7.1964 in: AEG-Archiv, GS 1862.

⁷⁵² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.85, S.314.

ligung deutscher Experten, Ingenieure und Arbeiter insbesondere bei der Installation und Instandsetzung moderner Industrieanlagen.⁷⁵³

In der Tat lassen sich auch direkte Verhandlungen zwischen der MAN und der israelischen Firma Koor⁷⁵⁴ nachweisen. Diese hatten den Abschluss eines Lizenzierungs- und Warenlieferungsvertrages für Ackerschlepper und später auch LKW zum Ziel. Geplant wurde, dass die Firma Koor auf der Basis dieses Abkommens in der Lage sein sollte, „Bestandteile, später ganze Fertigungen, von MAN-Traktoren und Lastwagen herzustellen“ und der MAN dafür Lizenzierungsgrundgebühren, Lizenzierungsgebühren sowie Gebühren für Planungsarbeiten, welche die MAN durchführte, zu bezahlen. Für den Fall, dass dieses Abkommen über den Israel-Vertrag abgewickelt werden konnte, sollten die Gebühren bzw. Kaufpreise mit den Gruppen II und V des Luxemburger Abkommens verrechnet werden. Als am 20. und 22. Januar 1955 ein Vertreter der Firma MAN im Auswärtigen Amt wegen eines solchen Vertrages vorstellig wurde,⁷⁵⁵ stand dieser kurz vor der Unterzeichnung durch die MAN. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Frowein, hegte Zweifel, ob die durch MAN und Koor angestrebte Konstruktion im Rahmen des Israel-Vertrages überhaupt realisierbar sei. Dieses Problem sollte in der Gemischten Kommission näher geprüft werden.

Auch der Leiter der Israel-Mission, Shinnar ging in seinem Gespräch mit dem Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Grewe, am 21. September 1956 näher auf die Zusammenarbeit mit der Firma MAN ein. So habe das Unternehmen zunächst größere Lieferverträge mit der Israel-Mission abgeschlossen. Danach sei ca. ein Jahr lang zwischen MAN und der Israel-Mission über den Abschluss eines Lizenzvertrages für den Bau einer Dieselmotorenfabrik in Israel verhandelt worden. Nachdem der Vertrag völlig fertig gewesen sei und lediglich die zweite Unterschrift durch MAN unter dem Vertrag ausstand, brach die Firma die Verhandlungen dann plötzlich ab. Als Begründung wurde durch MAN angeführt, dass die wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens in den arabischen Staaten den Abschluss eines solchen Vertrages nicht zuließen. Daraufhin brach die Israel-Mission den gesamten Geschäftsverkehr zu MAN völlig ab. Im September 1956 sei das Unternehmen dann erneut an die Israel-Mission herangetreten. Die Verhandlungen zwischen MAN und der Israel-Mission

⁷⁵³ Ebd., Dok.82, S.299.

⁷⁵⁴ Vgl.: Vermerk von Unterabteilungsleiter Seiberlich betr. Wiedergutmachungsabkommen mit Israel; hier: Lizenzierungsvertrag der MAN (VC4 – 60750/55), in: BA, B 102, Bd. 6419, Heft 3. Auf Anfrage der Autorin an das Historische Archiv der MAN in Augsburg hinsichtlich etwaiger Kontakte zwischen MAN und der Firma Koor wurde dieser mitgeteilt, dass zu diesem Thema leider keine Unterlagen in diesem Archiv vorhanden sind. Brief des Historischen Archivs der MAN an die Autorin vom 21.5.2003.

⁷⁵⁵ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung 2 (206-244/ 13/ 949/ 55), AA, 27.1.1955, betr. Israel-Abkommen; hier: Vertrag der MAN, in: PA/AA, B 11, Bd.207, S.395ff.

wurden daraufhin erneut aufgenommen.⁷⁵⁶ Wie sich später herausstellen sollte, war MAN auf dem arabischen Markt, der v.a. von Mercedes und Deutz erobert wurde, kein Durchbruch gelungen.⁷⁵⁷

Schwer nachzuweisen sind hingegen z.B. Beziehungen zwischen Israel und Krupp. Israelisches Interesse an den Produkten der Firma dürfte mit Sicherheit bestanden haben. So vermerkte beispielsweise im Sommer 1953 Frowein in der Folge eines Telefongesprächs mit dem Bonner Repräsentanten von Krupp, dass dessen Firma durch Hillel Dan „außerordentlich gedrängt“ worden sei, einen größeren Abschluss zu machen.⁷⁵⁸ Der erste Direktor der Shilumim-Gesellschaft in Israel, Hillel Dan, hatte sich zum damaligen Zeitpunkt in Bonn aufgehalten und offenbar direkt mit der Firma Krupp in Verbindung gesetzt. Konkrete Inhalte der Kontakte zwischen der Firma Krupp und Hillel Dan sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Der Krupp-Vertreter bekundete gegenüber Frowein allerdings mit Rücksicht auf gleichzeitige Verhandlungen mit arabischen Staaten⁷⁵⁹ Bedenken hinsichtlich eventueller Abschlüsse zwischen Krupp und Israel.⁷⁶⁰

Neben den rein wirtschaftlichen Aspekten des Luxemburger Abkommens und dessen Durchführung, darf dessen politische Komponente nicht unterschätzt werden. Israel bekundete durchaus Interesse an persönlichen Kontakten und intensiveren Beziehungen zur Bundesrepublik. Da Einladungen an ausgewählte Persönlichkeiten des diplomatischen Dienstes ohne existente diplomatische Beziehungen vor dem Hintergrund des Nahostkonfliktes kaum mit Aussicht auf Erfolg auszusprechen waren, trat Israel zunächst an Personen heran, die an der Entstehung des Luxemburger Abkommens oder dessen Durchführung entscheidenden Anteil hatten, auch wenn diese z.T. als deutsche Beamte für ein Bundesministerium arbeiteten. So besuchte bereits im März 1954 Franz Böhm Israel aufgrund einer Einladung der Israel-Mission in Köln.⁷⁶¹ Anderthalb Jahre später reiste auch Frowein in seiner Funktion als ehemaliger Generalsekretär der deutschen Delegation bei den Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen in politischer Mission nach Israel, obwohl auch einigen israelischen Journalisten

⁷⁵⁶ Vgl.: Aufzeichnung Froweins, Abteilung II (206-244-13/10855/56), AA vom 24.9.1956 über ein Gespräch zwischen Shinnar, und dem Leiter der Politischen Abteilung, Grewe, am 21.9.1956, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

⁷⁵⁷ Vgl.: Jelinek, Y. A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.171, S.503.

⁷⁵⁸ Aufzeichnung der Abteilung II, Ref. Dr. Frowein - Fro/Re – (244-15 II 8663/53) betr. Lieferungen auf Grund des Israel-Abkommens vom 19.6.1953, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft 1.

⁷⁵⁹ Krupp hatte 1952 bereits mehrere Vereinbarungen mit Jemen, Syrien sowie der Türkei abgeschlossen. Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.154.

⁷⁶⁰ Noch 1961 vertrat, entsprechend einer Aufzeichnung von Dr. Schönfeld für den Staatssekretär, Generalkonsul Voigt, Nahostreferent im Auswärtigen Amt, die Auffassung, dass der Firma Krupp der Nachweis, „dass sie zu Zahlungen an die Claims Conference praktisch gezwungen“ worden sei, leicht fallen dürfe, da sie zu solchen Zahlungen vor Gericht verurteilt worden wäre. Weiterhin bliebe der Firma die Einschränkung des Handels mit Israel „selbstverständlich überlassen“. Siehe Aufzeichnung von Dr. Schönfeld dem Herrn Staatssekretär betr. Israel-Boycott-Office vom 21.September 1961, in: PA/AA, B 2, Bd.82.

⁷⁶¹ Vgl.: Trimbur, D.: De la Shoah à la réconciliation, S.345.

seine Zugehörigkeit zum Auswärtigen Amt bekannt war.⁷⁶² Im Kontext der zunehmenden Spannungen im Nahen Osten und schließlich der Suezkrise reagierte die Bundesrepublik auf israelische Einladungen gegenüber an der Durchführung des Abkommens beteiligten Personen allerdings zurückhaltender.⁷⁶³

2.2.4. Arabische Boykottdrohungen und sonstige Proteste im Zusammenhang der Durchführung des Luxemburger Abkommens

Wenn die Durchführung des Luxemburger Abkommens aus heutiger Perspektive wie eine Erfolgsgeschichte anmutet - ohne Einwände oder kontroverse Stimmen verlief sie nicht. Als Beispiele für Unstimmigkeiten können die Diskussion um den Verwendungszweck der durch die Claims Conference zu verwaltenden Gelder entsprechend des Protokoll Nr.2 zum Luxemburger Abkommen oder die arabischen Proteste gegen den Vertrag als Ganzes, Teile desselben oder dessen Umsetzung gelten.

Bereits Ende März 1953 diskutierte die der Arabischen Liga unterstellte Wirtschaftskommission Blockademaßnahmen gegen Israel. Im Ergebnis gelangte die Kommission zu der Feststellung, dass die Durchführung des Luxemburger Abkommens den Erfolg der Blockademaßnahmen gegen Israel fundamental beeinträchtigen würde.⁷⁶⁴ Allerdings beschloss die zwei Monate später tagende Konferenz der arabischen Finanz- und Wirtschaftsminister von Boykottmaßnahmen gegen westdeutsche Unternehmen Abstand zu nehmen.⁷⁶⁵ Der Politische Ausschuss der Arabischen Liga kam Anfang September 1953 in Kairo zusammen und diskutierte auf besonderen Wunsch Saudi-Arabiens eine Verschärfung des Boykotts deutscher Warenlieferungen. Nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem saudischen und ägyptischen Vertreter, der diese Forderung überhaupt nicht befürwortete, wurde die Frage der Behandlung des Luxemburger Abkommens kurzum vertagt.⁷⁶⁶ Im Oktober versuchte der irakische Gesandte in der Bundesrepublik, Khandan, mit der Bemerkung, seine Regierung habe beschlossen, „alle die deutschen Firmen, die an die Israel-Mission Waren lieferten, von Auf-

⁷⁶² Vgl.: Aufzeichnung Froweins (206-244-13/12813/55), AA, 8.11.1955 betr. Israel; in: PA/AA, B 62, Bd.137.

⁷⁶³ Vgl.: Bundesminister für Wirtschaft (V C 4 – 56576/56), gez. Dr. Reinhardt, 30.8.1956, an AA, den Bundesminister der Finanzen und den Bundesminister der Justiz betr. Reise von deutschen Mitgliedern Gemischten Kommission nach Israel, in: PA/AA, B 62, Bd.137; Schnellbrief des AA (206-244-15/10107/56), i.A. Grewe, vom 29.9.1956 an den Bundesminister für Wirtschaft betr. Reise von deutschen Mitgliedern in der Gemischten Kommission nach Israel, in: BA, B 102, Bd.58961

⁷⁶⁴ Vgl.: AAPD 1953, Dok.116, S.335, Anm.20.

⁷⁶⁵ Vgl.: Coburger, D.: Die Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Israel, S.213.

⁷⁶⁶ Vgl.: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Kairo (J.Nr.2859/53) am 10. September 1953, betr. die Behandlung des Wiedergutmachungsabkommens durch die Arabische Liga, in: PA/AA, B 11, Bd.258, S.83. Ausschlaggebend für die ägyptische Haltung dürften die schwebenden Verhandlungen zum Bau des Assuanstaudammes gewesen sein. Hierzu ausführlich siehe Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.335-360.

tragserteilungen im Irak auszuschließen“, ⁷⁶⁷ Druck auf deutsche Unternehmen auszuüben. Allerdings zog er diese Drohung im selben Gespräch noch zurück, als er merkte, dass diese bei seinem Gesprächspartner auf Widerstand stieß.

An diesen Beispielen spiegelt sich eine Grundproblematik der Politik der keineswegs zu jedem Zeitpunkt einheitlich agierenden arabischen Welt gegenüber Israel wieder: einerseits, dem politischen Ziel, Israel nicht anzuerkennen, nachdem dieser Staat im ersten arabisch-israelischen Krieg als klarere Sieger hervorgegangen war; andererseits, der Begrenztheit eigener politischer Handlungsfähigkeit, deren Ursachen in der wirtschaftlichen Abhängigkeit von anderen Staaten und in der eigenen Unterentwickeltheit ⁷⁶⁸ zu suchen sind. So waren die arabischen Staaten durchaus an wirtschaftlichen Kontakten zu den westlichen Industrienationen und an eigener Entwicklung interessiert, standen aber einer möglichen Zusammenarbeit skeptisch gegenüber, wenn diese eine direkte oder indirekte Anerkennung Israels impliziert hätte. Letztlich wirkten sich die arabischen Boykottdrohungen gegen deutsche Firmen nur in sehr wenigen Fällen auf die Beziehungen der Israel-Mission zu den deutschen Lieferfirmen (so z.B. nur anfänglich zu Siemens und Mannesmann) aus. ⁷⁶⁹

Ab 1954 protestierten verschiedene arabische Staaten dann auch gegen ganz konkrete Bestimmungen im Zuge der Durchführung des Luxemburger Abkommens, wie z.B. gegen Bestimmungen der jeweils gültigen Warenliste ⁷⁷⁰ - öfters mit dem Verweis, wonach das Abkommen die Wirkung des arabischen Wirtschaftsboykottes gegen Israel vermindere. Im März 1951 war das Central Boykott Office im Rahmen der Arabischen Liga in Damaskus eröffnet worden, welches dem seit 1945 bestehenden Ständigen Boykottkomitee einen administrativen Rahmen gab und die Arbeit der regionalen Boykottbüros koordinierte. Dieses zentrale Boykottbüro unterhielt, ebenso wie die regionalen Büros eine Schwarze Liste, welche die ausländischen Unternehmen, die unerwünschte Beziehungen zu Israel unterhielten listete. ⁷⁷¹ Aus Sicht der den Boykott befürwortenden arabischen Staaten bildete das „Unified Law on the Boycott of Israel“, welches auf einem Musterentwurf der Arabischen Liga von 1954 beruhte

⁷⁶⁷ AAPD 1953, Dok.290, S.865.

⁷⁶⁸ So verweist Mahr auf den Anfang der 60er Jahre immer noch sehr hohen Analphabetisierungsgrad in den Ländern des Nahen Ostens. Vgl.: Mahr, H.: Die Rolle Ägyptens in der amerikanischen und sowjetischen Außenpolitik. Von der Suezkrise 1956 bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967: Exkurs: Sadats Umkehrung der Allianzen 1974, Baden-Baden 1993, S.44f. (=Nomos Universitätschriften: Politik; Bd.51).

⁷⁶⁹ Vgl.: Aufzeichnung Froweins (206-244-13/10855/56), AA, vom 24.9.1956 über ein Gespräch zwischen Shinnar und dem Leiter der Politischen Abteilung, Grewe, am 21.9.1956, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

⁷⁷⁰ So z.B. Syrien mit einer Verbalnote vom 16.5.1954 oder Saudi-Arabien, ebenfalls mittels Verbalnote, am 16.6.1955. Die Proteste richteten sich u.a. gegen die Lieferung von Erzeugnissen der eisenschaffenden Industrie, Eisen- und Stahlerzeugnisse, Schiffbau und Erzeugnisse der Maschinenbauindustrie. Vgl.: AA, Frowein (206-212-06/5611/54), an Bundesminister für Wirtschaft z. Hd. von Trützschler betr. Israel-Abkommen, 22.5.1954, in: BA, B 102, Bd.6419, Heft 1; Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Kairo (J.Nr.2282/55), am 6.7.1955 betr. saudiarabische Note zum Wiedergutmachungsabkommen, in: PA/AA, B 11, Bd. 207, S.424ff.

⁷⁷¹ Vgl.: Behr, A.: Deutsche Unternehmen und der Israel-Boykott, Heidelberg 1994, S.28.

und mit geringfügigen Modifikationen in die nationalen Gesetzgebungen übernommen wurde, die Rechtsgrundlage.⁷⁷² Während der Primärboykott jeglichen direkten Handel zwischen Israel und arabischen Staaten untersagte, dehnte der Sekundärboykott dieses Handelsverbot mit Israel mittels der Schwarzen Liste auf nichtarabische Staaten aus. Aber auch dieser Form eingeschränkter Handelsbeziehungen schlossen sich nicht alle arabischen Staaten (Nordafrika) an.⁷⁷³ Die Steigerung dieses *Procedere* bildete der Tertiärboykott, welcher den Boykott auf Unternehmen, welche selbst nicht auf der „Schwarzen Liste“ standen, jedoch zu bereits boykottierten Unternehmen geschäftliche Beziehungen unterhielten, ausdehnte.⁷⁷⁴ Besonders betroffen waren hierdurch Joint Ventures. Allerdings kannte diese Bestimmungen nicht zuletzt wegen ihrer zu weitreichenden Konsequenzen, zahlreiche Ausnahmen. Schiffe⁷⁷⁵ wurden dann auf die Schwarze Liste gesetzt, wenn sie während der gleichen Fahrt einen israelischen und arabischen Hafen anliefen, Kriegsmaterial, israelische Produkte oder jüdische Immigranten transportierte. Gleiches galt für Schiffe, die an israelische Reedereien verchartert wurden. Der arabische Israel-Boykott verletzte im Verhältnis zum Zielland Israel keine Bestimmungen des Völkerrechts. Die Ausweitung der Boykottmaßnahmen auf Drittstaaten bildete allerdings einen „Akt auslandbezogener Rechtssetzung“⁷⁷⁶ und penetrierte die Souveränitätssphäre des betreffenden Drittstaates, ein aus völkerrechtlicher Sicht bedenklicher Sachverhalt. Die betreffenden Drittstaaten, so auch die Bundesrepublik oder die DDR, konnten sich gegenüber entsprechenden Boykottbestimmungen zur Wehr setzen, indem sie die Beteiligung am Israel-Boykott im Rahmen ihres Hoheitsgebietes untersagten.

Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der arabischen Proteste bildete die Behauptung, dass die deutschen Lieferungen die israelische Rüstungsindustrie, z.B. durch Lieferungen elektronischer Produkte, solche der eisenschaffenden Industrie usw. das israelische Militär stärken würden.⁷⁷⁷ So lassen sich Proteste gegen die Lieferung von Fischkuttern im Rahmen des Abkommens nachweisen.⁷⁷⁸ Von irakischer und syrischer Seite befürchtete man die Umwandlung dieser Fischkutter, da diese - so der irakische Gesandte⁷⁷⁹ - verstärkte Bordwandungen aufwiesen, in Fahrzeuge zu militärischer Nutzung. Die entsprechenden Aussagen

⁷⁷² Ebd., S.30f.

⁷⁷³ Ebd., S.31-47. Algerien, Dschibuti, Mauretanien, Marokko, Somalia, Sudan und Tunesien führten den Sekundärboykott nicht durch.

⁷⁷⁴ Zum Tertiärboykott ebd., S.50ff.

⁷⁷⁵ Ebd., S.45.

⁷⁷⁶ Ebd., S.74.

⁷⁷⁷ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.79, S.293f.

⁷⁷⁸ Vgl.: Vermerk Referat 308, Ref. GK Dr. Voigt, vom 23.6.1955, in: PA/AA, B 11, Bd.1543, S.175f. Im Rahmen des Abkommens wurden während der gesamten Laufzeit acht Fischkutter nach Israel geliefert. Vgl.: Ebeling, J.: Bericht, S.30.

⁷⁷⁹ Vermerk von v. Mahs vom 23.6.1955 über eine Besprechung mit Voigt (AA) am 22.6.55 in Anwesenheit von Frowein betr. arabische Proteste gegen das Israel-Abkommen, in: BA, B 102, Bd. 58970.

wurden durch die Bundesrepublik überprüft, wobei lediglich Fischkutter mit einer Geschwindigkeit über 12½ Knoten, Deck- oder Rumpfverstärkungen zur Anbringung von Waffen oder Eisverstärkungen, die über Lloyds-Normalvorschriften hinausgingen, z.B. auch dem Embargo nach dem Ostblock unterlagen.⁷⁸⁰ Anderweitige Veränderungen an den Fischkuttern waren und sind somit kaum nachvollziehbar. Möglicherweise verschärften die durch die Israel-Mission im Januar 1955 veröffentlichte Meldung,⁷⁸¹ wonach die zivilen und militärischen Schiffsreparaturwerkstätten durch Schaffung einer Gesellschaft in Haifa vereint worden seien, ohnehin existentes Misstrauen Syriens oder Iraks. An der neuen Gesellschaft, so die Meldung, seien das israelische Verteidigungsministerium, sowie die Schiffsgesellschaften „Hayama“ und „Haogen“ beteiligt gewesen.

Ein weiteres Argument von arabischer Seite gegen das Luxemburger Abkommen betraf die Flüchtlingsfrage. Dabei wurden gelegentlich arabische Stimmen laut, wonach die durch Hitler „aus dem Fenster geworfen[en]“ Juden nunmehr „den Arabern auf den Kopf gefallen“ seien.⁷⁸² Dieses Argument sollte bewirken, die deutschen Leistungen anstatt gegenüber Israel, gegenüber den arabischen Staaten zu erbringen. Die Flüchtlinge sollten den meisten arabischen Regierungen weder Ernährung noch gesundheitliche Versorgung wert sein, konnte ein bemitleidenswertes Bild doch allemal politisch eigennütziger verwendet werden. Die Wechselseitigkeit von Flucht und Vertreibung wurde in den arabischen Staaten nie thematisiert.

In der Tat verursachte und beförderte der Nahostkonflikt als Spannungsfaktor in der Region und das mit dem ersten israelisch-arabischen Krieg in Zusammenhang stehende angeschlagene arabische Selbstwertgefühl, durchaus Misstrauen und daraus resultierende Verhaltensweisen. So ist es durchaus nachvollziehbar, obgleich ungerechtfertigt, dass das Luxemburger Abkommen in gewisser Hinsicht zwischen die Fronten geriet. So befürchteten einzelne Arabische Staaten auch den Reexport der durch Deutschland gelieferten Waren, um mittels des Erlöses aus dem Verkauf, eigene Rüstungskäufe durchführen zu können.⁷⁸³

Eine der Schattenseiten der Durchführung des Luxemburger Abkommens führte bereits 1954 zu enormen Diskussionen. So erhob Leo Baeck bereits im Frühjahr des Jahres in einem Gespräch mit Blankenhorn schwere Vorwürfe gegen Nahum Goldmann und die zweckent-

⁷⁸⁰ Ebd.

⁷⁸¹ Vgl.: IID 3 (1954/55), Heft 36, S.11.

⁷⁸² AAPD 1953, Dok.279, S.827f.

⁷⁸³ Diplomatische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, London vom 1.3.1955, gez. Schlange-Schöningen betr. jordanische Anfrage betr. israelischen Re-Export deutscher Waren (206-244-13 E/2883/55), in: PA/AA, B 11, Bd.207, S.403.

fremdete Verwendung der in der Verwaltung der Claims Conference stehenden Gelder.⁷⁸⁴ Auf diesen Vorwurf reagierte Goldmann gegenüber dem Exekutivsekretär der Claims Conference Saul Kagan⁷⁸⁵ wie folgt: „Seitdem ich von dem Gespräch weiß, halte ich Beck [sic!] für einen Scheinheiligen, den man möglichst aus dem jüdischen Leben eliminieren sollte“.⁷⁸⁶ Abgesehen von Baeck und der innerjüdischen Diskussion, sah sich auch die Bundesrepublik Deutschland veranlasst, die Verwendung, der in der Verwaltung der Claims Conference stehenden Mittel näher zu hinterfragen. So lösten die Jahresberichte der Claims Conference sowohl im Auswärtigen Amt, wie auch im Bundesjustiz- und im Bundesfinanzministerium keineswegs nur hinsichtlich der Jahre 1954⁷⁸⁷ oder 1955,⁷⁸⁸ sondern kontinuierlich Diskussionen aus. So befürchtete man, dass der „Zweck, des 450 Millionen Fonds, der nach Protokoll Nr.2 die Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung von Verfolgten“ umfasste, „nicht im erforderlichen Umfang gewahrt“⁷⁸⁹ wurde. Auch Sagi betonte, in ihrem auf Quellenmaterial jüdischer Organisationen gestützten Buch, die wegweisende Arbeit der Claims Conference auf dem Gebiet der erzieherischen und kulturellen Rehabilitation,⁷⁹⁰ die aber nicht dem primären Ziel des Art.2 des Protokoll Nr.2 entsprach, auch wenn solche Leistungen durch dasselbe nicht ausgeschlossen war. In einem Brief an Staatssekretär Hallstein erörterte Goldmann⁷⁹¹ so z.B. die Verwendung eines Betrages von 300.000 Dollar für ein Monument, welches für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Paris errichtet werden sollte. Dabei sei die Bewilligung nicht aus Geldern, „die der Claims Conference aus den 450 Millionen Mark, die sie unter dem Luxemburger Abkommen erhaelt“ gemacht worden, sondern aus Geldern, welche „die Israel Regierung, die ja voellig frei in ihrer Verwendung der Gelder ist, der Claims Conference fuer gewisse Zwecke ueberlassen hat“. Dass Israel der Claims Conference außerhalb

⁷⁸⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.76, S.282f. Weiterhin siehe Jelinek, Y.A. Leo Baeck, Nahum Goldmann and the Money from Germany (A Document), in: *Studies in Contemporary Jewry* 5 (1989), S.236-241.

⁷⁸⁵ Finkelstein erhebt gegen Kagan schwere Vorwürfe. Siehe: Finkelstein, N.G.: *Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird*, 6. Aufl. München 2001. Auch wenn den Thesen und dem Buch Finkelsteins allein aufgrund seines sehr polemischen Stils und seiner in mancher Hinsicht schwer nachvollziehbaren Beweisführung kein bedeutender wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn zuerkannt werden kann, verdeutlicht dieser Fakt um so deutlicher die Notwendigkeit der kritischen wissenschaftlichen Aufarbeitung politischer Biographien von Persönlichkeiten wie z.B. Saul Kagan oder Nahum Goldmann.

⁷⁸⁶ Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.80, S.296.

⁷⁸⁷ Vgl.: Aufzeichnung Froweins (206-244-14 E/5022/56), AA, vom 15.5.1956 über die Ressortbesprechung vom 25.4.1956 im AA betr. der von der CC über die Verteilung der von Israel auf Grund des Protokolls Nr.2 zum Israelabkommen erhaltenen Gelder für das Jahr 1954, in: PA/AA, B 81, Bd.113.

⁷⁸⁸ Vgl.: Aufzeichnung Froweins (212-206-244-13), AA, vom 9.12.1957 betr. Bericht der CC über die Verteilung der im Protokoll Nr.2 zum Israelabkommen vom 10.9.1952 festgelegten Zahlungen für das Kalenderjahr 1955, in: PA/AA, B 81, Bd.341.

⁷⁸⁹ Aufzeichnung AA (501-511-17^{II}/10350/56) vom 3.11.1956 betr. Verwendung der Gelder der CC, in: PA/AA, B 81, Bd.113.

⁷⁹⁰ Vgl.: Sagi, N.: *Wiedergutmachung*, S.206.

⁷⁹¹ Goldmann an StS Hallstein am 9.7.1954, in: PA/AA, B 81, Bd.113.

des Luxemburger Abkommens, in Anbetracht der eigenen finanziellen und wirtschaftlichen Probleme, 300.000 Dollar zweckungebunden überlassen hat, erscheint fragwürdig.

Konrad Adenauer persönlich wandte sich mit seinem Brief vom 9. Februar 1955 an Goldmann, in dem er existente Klagen über eine schleppende Wiedergutmachung und entsprechende Klagen von Opfern nationalsozialistischer Verfolgung, über die gerade die deutschen Vertretungen in den USA Kenntnis erhalten hatten, monierte.⁷⁹²

Trotz so mancher Probleme und Diskussionen im Detail verdient das Luxemburger Abkommen besondere Würdigung. Einerseits konnte mittels diesem ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau der israelischen Wirtschaft und der Infrastruktur des Landes erzielt werden. Diese wirtschaftliche Stabilisierung Israels war für den jungen Staat vital und Grundlage für die Lösung manch dringender Probleme. Die Bundesrepublik Deutschland machte ihrerseits mittels des Abkommens das Geschehene nicht ungeschehen und Millionen Menschen nicht wieder lebendig. Sie vermochte allerdings mittels des Abkommens und dessen korrekter Umsetzung im Unterschied zur DDR ein Zeichen des Versöhnungswillens zu setzen und damit auch ein Stück der nach dem Zweiten Weltkrieg so dringend benötigten politischen Glaubwürdigkeit zu erlangen. Andererseits flossen der deutschen Wirtschaft durch dieses Abkommen in Form der Aufträge der Israel-Mission de facto Investitionen in Milliardenhöhe zu, welche die arabischen Boykottandrohungen schnell aufgewogen haben dürften. Neben dem wirtschaftlichen verdient v.a. der politische Aspekt des Abkommens Würdigung, indem ein Pfeiler gesetzt wurde, der für den zukünftigen bilateralen Brückenbau unerlässlich war.

2.3. Erneute Versuche - Shilumim aus der DDR?

2.3.1. Die Frage ostdeutscher Wiedergutmachungsleistungen im Kontext der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Berlin 1954

Während das Luxemburger Abkommen durch die Bundesrepublik Deutschland bereits im März 1953 ratifiziert worden war, existierte zu diesem Zeitpunkt wie auch in späteren Jahren keine Anerkennung der israelischen Ansprüche seitens der DDR. Infolge dieser aus israelischer Sicht unbefriedigenden Situation hatte dieses mit einer am 15. September 1952 eingereichten Note an die sowjetische Regierung das Thema erneut anzusprechen versucht. In dieser wurde gefordert, der Regierung der DDR nahe zu legen, den israelischen Forderungen zu entsprechen. Die DDR signalisierte ihrerseits jedoch nicht nur keine Gesprächsbereitschaft,

⁷⁹² Adenauer, K.: Briefe 1953-1955, Nr.209, S.237.

sondern postulierte eine mögliche Aufhebung des Luxemburger Abkommens im Falle einer deutschen Wiedervereinigung.⁷⁹³

Vor diesem Hintergrund darf es nicht verwundern, dass Israel aus Anlass der in der Zeit vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin tagenden Außenministerkonferenz der Vier Mächte und einer antizipierten Lösung der deutschen Frage, ihre Wiedergutmachungsforderungen gegenüber der Regierung der DDR erneut zum Gegenstand von Gesprächen mit Vertretern der Vier Mächte machte. Ziel war es, dass im Falle des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland - der selbst von den Deutschlandkennern des israelischen Außenministeriums für wenig wahrscheinlich erachtet wurde – in diesem das Luxemburger Abkommen sowie bestehende Regelungen zu Fragen der Restitution und Entschädigung als für das gesamte deutsche Gebiet verbindlich zu bestätigen.⁷⁹⁴

Am 21. Januar, noch im Vorfeld der Konferenz, äußerte der israelische Botschafter in Paris, Yaakov Tsur, gegenüber dem Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Eytan, die Befürchtung, dass jede Vereinbarung zwischen den Großmächten, die ein geeintes Deutschland zur Folge hätte, eine Gefährdung des Luxemburger Abkommens darstellen könnte. In seinen Augen trachtete jede der Mächte danach, ein vereintes Deutschland jeweils für seine eigenen politischen Interessen zu gewinnen, auch auf Kosten bisheriger Verpflichtungen. Besonders Frankreich zeigte eine reservierte Haltung mit Blick auf die israelischen Forderungen gegenüber der DDR, für welche Tsur die Handelseinbußen Frankreichs mit Israel in der Folge des Luxemburger Abkommens verantwortlich machte. Demgegenüber mahnten vereinzelte Stimmen in Israel, wie z.B. der „Deutschlandkenner“ Palgi, vor allzu offenem Druck gegenüber der DDR oder einem möglichen wiedervereinten Deutschland, da dieser schnell als „Diktat“ empfunden werden konnte.⁷⁹⁵

Insbesondere Tsur's Befürchtungen relativierte der Rechtsberater des israelischen Außenministeriums, Shabtai Rosenne, mit Blick für die juristischen Handlungsspielräume der Verhandlungspartner. So verwies er darauf, dass zur Zeit der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens Besatzungsgesetz rechtlich bindend gewesen war. Diesem zufolge trat jedes Abkommen zwischen der Bundesrepublik und einem dritten Staat nach Ablauf einer Frist „von 21 Tagen seit seiner offiziellen Einreichung an die Besatzungsmächte in Kraft“, „es sei denn, diese meldeten vorher einstweilige Bedenken an oder stellten sich gänzlich dagegen.“⁷⁹⁶ Da diese von dieser Möglichkeit aber keinen Gebrauch gemacht hatten, einerseits der Bundesre-

⁷⁹³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.65, S.260 und Dok.66, S.261f.

⁷⁹⁴ Vgl.: FPI 1953, Dok.619, S.517f. (hebr. S.1021ff.). Weiterhin: Jelinek, Y. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.65, S.256-260.

⁷⁹⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.67, S.263.

⁷⁹⁶ Ebd., Dok.70, S.269.

publik keine Regelung in israelischem Namen oktroyierten, andererseits dessen Anliegen aber wohlwollend unterstützt hatten, schloss Rosenne, dass die Alliierten weder von einem juristischen noch anderen Standpunkt aus ein Recht hätten, sich gegen die Grundsätze des Luxemburger Abkommens auszusprechen.

Zu Beginn der Außenministerkonferenz wandte sich Israel mit einer Note an die Vier Mächte, um diese auf ihre Wiedergutmachungsforderungen gegenüber der DDR aufmerksam zu machen. Der israelische Botschafter in Moskau, Eljashiv, wurde zu diesem Zweck bei dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Puschkin vorstellig. Infolge einer Pressemeldung vom 26. Januar 1954 wurde dem Außenministerium der DDR bekannt, dass Israel über seine Botschaft in Washington auch an die Regierung der USA wegen der Frage einer ostdeutschen Wiedergutmachung herangetreten war. In der übermittelten Note wurde betont, dass seitens der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik, welche mit dem Luxemburger Abkommen einen Teil der Verantwortung für die während des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen übernommen habe, bisher keine positive Reaktion hinsichtlich der israelischen Ansprüche erfolgt sei. Israel verwies auch auf den durch die DDR vertretenen Standpunkt, gemäß dem eine deutsche Wiedervereinigung mit der Aufkündigung des Luxemburger Abkommens in Verbindung gebracht wurde. In diesem Sinne machte Israel die Vier Mächte auf die Notwendigkeit des Abschlusses eines dem Luxemburger Abkommen entsprechenden Vertrages mit der DDR aufmerksam. Israel beabsichtigte mit der Note, den eigenen Forderungen gegenüber der DDR das größtmögliche Gewicht zu verleihen, ohne diese jedoch an einen Friedensvertrag mit einem geeinten deutschen Staat zu binden.⁷⁹⁷

Die USA reagierten auf die Note, indem sie erklärten, keine Möglichkeit zu sehen mit der Sowjetunion über die israelischen Forderungen zu sprechen. Großbritannien hielt eine Behandlung der Frage von Wiedergutmachungsverhandlungen der DDR an Israel während der Berliner Konferenz für ausgeschlossen, informierte Israel aber dahingehend, dass man sich mit Blick auf die Frage einer deutschen Wiedervereinigung „voraussichtlich darauf einigen“ werde, „sich nicht zu einigen“.⁷⁹⁸ Frankreich, welches besonders zurückhaltend reagierte, erklärte, dass es keinerlei Druck auf die ostdeutsche Regierung ausüben konnte. Zudem gehörte nach französischer Ansicht die Erörterung dieser Frage in den Rahmen einer Friedenskonferenz – eine der Argumentation der Sowjetunion und DDR auffällig ähnliche Begründung.⁷⁹⁹

⁷⁹⁷ Ebd., Dok.66, S.261f. sowie Dok.69, S.267; Übersicht über Gespräche zwischen Israel und der DDR betr. Wiedergutmachung von 1948-1955, in: ISA/2511/17-зп; Kopie der Note an Secretary of State vom 25.1.1954, in: ISA/2544/1-зп.

⁷⁹⁸ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.69, S.266.

⁷⁹⁹ Ebd., S.267f.

Noch vor Abschluss der Konferenz bat der außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte Minister Syriens in Schweden, Farr, die DDR um ein Gespräch. Er gab gegenüber Außenminister Bolz, an, die Auffassung der syrischen Regierung, die mit der anderer arabischer Regierungen identisch sei, mit Blick auf Wiedergutmachungsleistungen beider deutscher Staaten im Falle einer deutschen Wiedervereinigung darzulegen. Demnach erkannte Syrien das Recht der individuellen Entschädigung von Juden voll an, sprach sich aber gegen eine kollektive Wiedergutmachungsleistung an einen Staat aus, der zum Zeitpunkt des Nationalsozialismus noch nicht bestanden hatte. Bolz erklärte, dass dies die Haltung der DDR bereits im Vorfeld des Abschlusses des Luxemburger Abkommens gewesen sei. Weiterhin bestätigte er den bisher von Seiten der Regierung der DDR verkündeten Grundsatz, „dass die Reparations- und Schuldenverpflichtungen Westdeutschlands“ „auch im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands als ungültig betrachtet werden.“⁸⁰⁰

Mit Sicherheit konnte die DDR, ebenso wie die UdSSR aus ökonomischen Gründen nur begrenzt an einer Wiedergutmachungsleistung gegenüber Israel interessiert sein. Aber im Falle einer deutschen Wiedervereinigung regelrecht vertragsbrüchig zu werden, bestehende Abkommen und Verpflichtungen, implizit eine moralische Verantwortung Deutschlands gegenüber den an Juden verübten Verbrechen zu ignorieren, geht über diese Motivlage weit hinaus. Überhaupt ist kritisch zu hinterfragen, wie ernst es der DDR denn wirklich mit der Entschädigung von Juden gewesen ist. Im Sommer 1953 wurde beispielweise das Thema von Anfragen betreffend früherer Vermögenswerte ehemaliger deutscher Juden zwischen dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, dem Finanzministerium der DDR, dem Magistrat für Berlin sowie dem Innenministerium erörtert.⁸⁰¹ Dabei kristallisierte sich heraus, dass keine innerstaatliche Verfahrensweise bzw. rechtliche Regelung für die Entschädigung ehemaliger jüdischer Vermögenswerte auf dem Gebiet der DDR existierte. Zahlreiche Anträge bei der deutschen Notenbank wurden deswegen ebenso wenig bearbeitet wie z.B. 330 Anträge in Thüringen, nachdem das Thüringer Wiedergutmachungsgesetz aufgehoben worden war. Immerhin einigte man sich, dass eine grundsätzliche Klärung des Problems in Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten angestrebt werden sollte. Andererseits bescheinigte man der Frage von Wiedergutmachungsanträgen zu diesem Zeitpunkt einen politischen Charakter. Das Innenministerium vertrat die An-

⁸⁰⁰ Vermerk Handke vom 11.2.1954 über Gespräch mit außerordentlichen Gesandten Farr am 10.2.1954, in: MfAA, A 682, S.2a.

⁸⁰¹ Vgl.: Vermerk Kluge vom 18.7.1953 betr. „Behandlung von sogenannten Wiedergutmachungsanträgen“, in: MfAA, A 12739, S.187ff.

sicht, dass eine Regelung der Ansprüche erst im Rahmen des Abschlusses eines Friedensvertrages erfolgen könne.

Der israelische Botschafter in Moskau, Eljashiv, führte mit dem Botschafter der DDR in der Sowjetunion, Rudolf Appelt, am 15. März 1954 ein als rein privat deklariertes Gespräch, in dessen Rahmen die israelischen Wiedergutmachungsforderungen erörtert wurden. Appelt versprach, das Thema gegenüber Grotewohl und anderen zur Sprache zu bringen.⁸⁰² Doch zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Appelt und israelischen Diplomaten sollte es infolge des überraschenden Ablebens beider Botschafter nicht mehr kommen.⁸⁰³ Im Zuge des Slánský-Prozesses war Appelt bereits in Ungnade gefallen, da ihm unterstellt wurde, er habe als ehemaliger Vizepräsident der deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel der Deutschen Wirtschaftskommission Interessen der „Slánský-Clique“ vertreten.⁸⁰⁴

2.3.2. Sicherung der deutschen Leistungen gemäß Luxemburger Abkommen im Falle einer Wiedervereinigung durch erneute Gespräche mit der UdSSR und der DDR?

Im Sommer 1955 entschloss sich die israelische Regierung ihre Wiedergutmachungsansprüche gegenüber der DDR nochmals auf die Agenda zu setzen. Motiviert⁸⁰⁵ wurde dies einmal dadurch, dass man einer deutschen Wiedervereinigung mit den eigenen Ansprüchen gegenüber der DDR zuvorkommen wollte, um eine Weiterführung der bestehenden bundesdeutschen Wiedergutmachungsleistungen zu sichern. Anlass zu diesen Überlegungen bildeten v.a. der seitens der Vier Mächte mit Österreich⁸⁰⁶ abgeschlossene Staatsvertrag sowie der bevorstehende Gipfel der Regierungschefs der Vier Mächte in Genf.

Zudem wollte man zunächst an die sowjetische Regierung herantreten, nicht zuletzt, um diese „zum Dialog über die Änderung ihrer Einstellung zu jüdischen Fragen zu bewegen“.⁸⁰⁷ Im Falle der UdSSR glaubte man in Israel deren Willen erkennen zu können, das Ansehen der DDR zu erhöhen. Die Sowjetunion hatte sich im Rahmen der jüdischen Weltorganisation um Fürsprecher gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands bemüht. Als Vermittler dachte man hier an den französischen Zionistenführer André Blumel.

⁸⁰² Vgl.: Aufzeichnung israelisches Außenministeriums – Übersicht über Gespräche mit der DDR betr. Wiedergutmachung von 1948-1955, in: ISA/2511/17-зп.

⁸⁰³ Appelt, geboren am 5.12.1900 in Niederhanichen, Nordböhmen, Mitbegründer der KPČ, arbeitete nach 1938 als Leiter der RESIDAT (Verlagsabteilung der Komintern) und vom Sommer 1943 an bis zum Kriegsende beim Moskauer Rundfunk. Nachdem er für die Überführung sudetendeutscher Kader in die SBZ zuständig war, siedelte er 1946 selbst in die spätere DDR über. Er starb am 2. Juli 1955.

⁸⁰⁴ Vgl.: „Verfahren gegen Slánský führt zu Untersuchungen in der Sowjetzone“ – Artikel aus „Die Neue Zeitung“ vom 26.11.1952, in: ISA/532/5-зп.

⁸⁰⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.95 und 96, S.333-336. Weiterhin: Ilzar an Shinnar am 11.7.1955, in: ISA/579/12-зп.

⁸⁰⁶ Zur Vergangenheitspolitik Österreichs siehe Hansen, N.: Schatten, S.277-289.

⁸⁰⁷ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.96, S.334.

Parallele Gespräche sollten seitens des israelischen Botschafters mit dem Botschafter der DDR in Moskau, Appelt, erfolgen, die allerdings infolge ihres kurze Zeit später erfolgten Todes nicht mehr zustande kamen. Israel erkannte, dass die Sowjetunion nicht über den Kopf der DDR hinweg, „die einen wichtigen Faktor im politischen System der Sowjetunion“⁸⁰⁸ darstellte, handeln würde. Im Zusammenhang mit einer neuen Note an die Sowjetregierung hielt der Leiter der Westeuropaabteilung im israelischen Außenministerium, Najar, eine entsprechende Unterrichtung der anderen drei Mächte und Adenauers für geboten.⁸⁰⁹

Der Leiter der Israel-Mission in Köln, Shinnar, glaubte nicht, dass während des Jahres 1955 ernsthafte Gespräche über eine deutsche Vereinigung stattfinden würden. Basierend auf Informationen von Blankenhorn prognostizierte er hier einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren. Angesichts der zunehmend sichtbaren Teilung Deutschlands, insbesondere nach Ratifizierung der Pariser Verträge und der Gründung des Warschauer Paktes dürfte diese Schätzung zumindest im Nachhinein illusorisch erscheinen. Shinnar befürwortete die israelischen Forderungen gegenüber der DDR erneut zu artikulieren, weniger weil er sich bedeutende Leistungen seitens der DDR erwartete, als vielmehr deshalb, um diese im Falle einer deutschen Wiedervereinigung im Voraus an eine Verpflichtung zu binden, „die aus einer Regelung mit der Bonner Regierung hervorgegangen war“.⁸¹⁰ Dieses grundsätzliche Problem bewertete Shinnar solange wie der mittlerweile betagte Adenauer an der Spitze einer deutschen Regierung stehen würde als weniger akut. Allerdings hielt er es für ratsam, dass Israel versuchte, maximale Vorgriffe auf die letzten Raten des Luxemburger Abkommens anzustreben, um Israel einen größtmöglichen Anteil an den zugesagten Leistungen zu sichern. Immerhin antizipierte man zu diesem Zeitpunkt noch eine mögliche baldige Wiedervereinigung Deutschlands. Andererseits vertraute man in Israel zwar einem Wort Adenauers, dessen Alter ein Ende seiner politischen Karriere erahnen ließ, jedoch nicht automatisch Deutschland – vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen eine verständliche Reaktion.

Anfang Juli 1955 wurde der neue israelische Botschafter in Moskau, Avidar, von dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister, Valerian Zorin, empfangen. Dieser versprach, die durch den israelischen Botschafter übergebene offizielle Note⁸¹¹ an Außenminister Molotov weiterzuleiten und diesen über den Inhalt des Gespräches in Kenntnis zu setzen. Unter

⁸⁰⁸ Ebd., Dok.94, S.332.

⁸⁰⁹ Ebd., Dok.93-94, S.330-332.

⁸¹⁰ Ebd., Dok.97, S.337. In seinem Antwortbrief an Shinnar stimmte der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Eytan, dieser Auffassung zu. Auch er hoffte im Falle einer eventuellen deutschen Vereinigung in 2 bis 3 Jahren, dass Adenauer weiterhin Kanzler sei. Er erachtete es nicht zuletzt auch wegen des Alters des Kanzlers für notwendig, erneut gegenüber Ostdeutschland auf Wiedergutmachungsleistungen zu bestehen. Vgl.: Eytan an Shinnar am 8.7.1955, in: ISA/579/12-зт.

⁸¹¹ Die russischsprachige Version der Note ist mit dem Datum des 6.7.1955 nachgewiesen in: ISA/2511/17-зт.

Verweis auf die Bemühungen der UdSSR ihre Beziehungen zu einzelnen Staaten zu normalisieren, wie dies am Beispiel Österreichs deutlich geworden sei, erwähnte der israelische Botschafter die schweren Belastungen der israelischen Wirtschaft infolge der Integration von Opfern des Nationalsozialismus. Ohne sich auf eine ausführliche Beratung über mögliche Wiedergutmachungsleistungen einzulassen, betonte Zorin, dass die Beziehungen der Sowjetunion zu Österreich und die Frage von Wiedergutmachungszahlungen völlig unterschiedlicher Natur seien. Zudem verwies er deutlich darauf, dass letztere Frage die Regierung der DDR betreffe.⁸¹² Avidar erwähnte die bereits bestehenden Kontakte in der Vergangenheit und erklärte, dass Israel auf entsprechende Ersuchen keine Antwort erhalten habe. Zorin deutete eine nicht erfolgte Antwort, als nicht automatisch negative Antwort. Zudem gab Israel der Hoffnung Ausdruck, dass die sowjetische Regierung ihren Einfluss dahingehend auf die DDR ausüben möge, dieser eine für Israel positive Lösung zu empfehlen.⁸¹³

Am 14. Juli 1955 trafen sich Vertreter des israelischen Außenministeriums mit dem sowjetischen Botschafter in Israel, Abramov, zu einem Mittagessen, in dessen Rahmen u.a. die Frage der israelischen Wiedergutmachungsforderungen gegenüber der DDR erörtert wurden.⁸¹⁴ Zunächst verwies man nochmals auf das einstige Gespräch zwischen Grotewohl sowie Yachil 1948 und skizzierte die bisherige Entwicklung der israelischen Forderungen. Abramov vertrat die These, dass man die Haltung der Bonner und der Berliner Regierung mit Hinblick auf die Frage von Wiedergutmachungszahlungen nicht vergleichen könne. Zu einer Zeit, in der die Westmächte ihrerseits der Bundesrepublik Reparationszahlungen bereits längst erlassen hatten, forderte die Sowjetunion solche ihrerseits noch von der DDR. In diesem Zusammenhang bezeichnete Abramov es als Unglück, dass sich während der nationalsozialistischen Besetzung seines Landes unter den zahlreichen Opfern in der Bevölkerung zahlreiche Juden befunden hatten. Da sich die Sowjetunion in der Folge des Krieges um die Überlebenden, so auch die jüdischen überlebenden Einwohner bemüht habe, sei die Schuld der ostdeutschen Regierung gegenüber dem jüdischen Volk bezahlt. Darüber hinaus machte der sowjetische Botschafter auch auf die jüdischen Opfer Polens aufmerksam. Israel wies darauf hin, dass es ihm weniger um Entschädigung für die Aufwendungen der noch in Polen oder der Sowjetunion lebenden Juden, sondern um eine solche für Kosten ging, die aus der Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und deren Rehabilitation in Israel entstanden waren.

⁸¹² Vgl.: Ilzar an Shinnar am 11.7.1955, in: ISA/579/12-зп.

⁸¹³ Vgl.: Aufzeichnung Avidars vom 7.7.1955 betr. Übergabe des Briefes betr. Shilumim, in: ISA/2511/17-зп.

⁸¹⁴ Zu dem Gespräch siehe Aufzeichnung vom 2.8.1955 über das Gespräch mit Abramov am 14.7.1955, in: ISA/2511/17-зп.

Dennoch ist die Darstellung des sowjetischen Botschafters bezeichnend. Bemerkenswert an Abramovs Ausführungen sind die qualitativen Unterschiede im Vergleich zu Begründungen der DDR gegenüber israelischen Wiedergutmachungsansprüchen. Natürlich lebten die Juden der Sowjetunion bzw. des Ostblocks gerade in der Spätphase der Stalinära nicht unbehelligt. Einige unter ihnen, dem Holocaust gerade erst entkommen, wurden erneut verfolgt. Manche bezahlten die stalinistischen Judenverfolgungen mit ihrem Leben. Andererseits anerkannte der sowjetische Botschafter, dass es eine deutsche Verantwortung gegenüber der nationalsozialistischen Judenvernichtung gab. Er bezeichnete keinen der beiden deutschen Staaten, wie das die DDR so oft von sich selbst propagierte, hinsichtlich ihrer Verantwortung gegenüber dem Holocaust als moralisch höherwertiger. Auch behauptete er nicht, dass es in der DDR keine ehemaligen Nationalsozialisten, geschweige denn Antisemitismus geben würde. Dass der Sowjetunion, als formal zwar Sieger, hinsichtlich der Verluste an Menschen und wirtschaftlicher Kraft eher Verlierer des zweiten Weltkrieges, aus ökonomischen Gründen nicht an Wiedergutmachungszahlungen der DDR an Israel gelegen war, erscheint in diesem Kontext einleuchtend. Allerdings maßte sie sich nie eine moralische Überheblichkeit hinsichtlich der Darstellung der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik an. Selbst die Beziehungen der Sowjetunion zu Israel erfuhren später als die der DDR, eine aggressive Haltung, wobei gerade die gegen Israel gerichtete ostdeutsche Propaganda mit zunehmendem „Lebensalter“, aber auch zunehmendem Unvermögen und mangelnder Ressourcen, selbst der Sowjetunion Konkurrenz machen konnte.

Nachdem sich die Sowjetunion für eine direkte Behandlung der Frage israelischer Wiedergutmachungsforderungen mit Vertretern der Regierung der DDR ausgesprochen hatte, bat der 2. Sekretär der israelischen Botschaft, Gideon, den Vertreter der DDR Botschaft in Moskau, Seitz, im Rahmen des Empfanges zum polnischen Nationalfeiertag und im Beisein anderer Diplomaten um einen Gesprächstermin.⁸¹⁵ Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten stimmte einem solchen Treffen zu. Allerdings wurde dem Vertreter der DDR-Botschaft empfohlen sich „unter allen Umständen mit den sowjetischen Freunden zu beraten“.⁸¹⁶ Gegenüber dem israelischen Botschafter sollte keinerlei verbindliche Stellungnahme abgegeben werden, ohne zuvor die diesbezügliche Entscheidung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eingeholt zu haben. In der DDR-Botschaft in Moskau selbst konnte man sich wegen fehlender Akten nur unzureichend ein Bild über die Gespräche des vormaligen DDR-Botschafters Appelt machen. Dennoch trafen sich am 3. August 1955 der Vertreter der DDR-

⁸¹⁵ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.13, S.480.

⁸¹⁶ Ebd., Dok.12, S.479.

Botschaft in Moskau, Seitz, sowie der israelische Botschafter, Avidar,⁸¹⁷ in Begleitung des 2. Sekretärs der israelischen Botschaft in der sowjetischen Hauptstadt, bezeichnenderweise im Restaurant „Prag“. Der israelische Botschafter bezog sich auf die früheren Kontakte seines Vorgängers mit Botschafter Appelt in der Frage der israelischen Wiedergutmachungsansprüche gegenüber der DDR. Während des Treffens übergab Avidar seinem deutschen Gesprächspartner eine Note,⁸¹⁸ welche den israelischen Standpunkt nochmals klar darlegte. Darin wurde u.a. erwähnt, dass man Tote nicht wieder zum Leben erwecken, Folter nicht ungeschehen machen konnte, man aber vom deutschen Volk zumindest die Rückerstattung gestohlenen jüdischen Besitzes verlangen könne. Der israelische Botschafter präzisierte die israelische Forderung noch dahingehend, dass die Bundesrepublik sich bereits zur Zahlung von zwei Drittel des durch Israel geforderten Betrages verpflichtet hatte und das restliche Drittel durch die DDR, unabhängig von den unterschiedlichen bestehenden Gesellschaftssystemen erbracht werden sollte. Zudem regte er die Fortsetzung der Gespräche zwischen der DDR und Israel auf direktem Wege oder aber über einen dritten Staat – konkret die Sowjetunion – an. Dass den zusammengekommenen Diplomaten bei diesem Gespräch, bei dem nicht nur die Erinnerung an Leichenberge und jüngst Verstorbene zurückkehrte, sondern in dessen Rahmen es auch notwendig war, Überlebenden das nicht von jedem für selbstverständlich erachtete Recht auf ihr gestohlenes Eigentum zu sichern, sprichwörtlich der Appetit verging,⁸¹⁹ ist nachvollziehbar. Eine unmittelbare Antwort auf die israelische Note erteilte Seitz nicht, obgleich er persönlich Verständnis für die israelischen Forderungen zeigte. Zudem sicherte er zu, die übergebene Note sowie den Inhalt des Gesprächs an seine Regierung und den neuen Botschafter der DDR in Moskau weiterzuleiten.⁸²⁰

Doch die Regierung der DDR überdachte ihre Antwort mehrere Monate, bevor Außenminister Bolz den Botschafter der DDR in Moskau, König, anwies, Israel ein Memorandum als Antwort der DDR zu übergeben und diplomatische Vertreter arabischer Staaten über dessen

⁸¹⁷ Timm gibt den Namen des israelischen Botschafters, wie in den Akten des MfAA nachzulesen, mit Eljashiv an. Diese Angabe widerspricht aber den Angaben des in ihrem Buch abgedruckten Dok.14, S.481 über ein Gespräch am 3.8.1955. Demnach war der israelische Botschafter, der vor „einiger Zeit“ ein Gespräch mit Appelt geführt hatte, mittlerweile ebenfalls verstorben. Bei diesem israelischen Botschafter handelte es sich um Eljashiv. Zudem hieß der ihm nachfolgende israelische Botschafter nicht „Awida“ (S.138), sondern „Avidar“, wie es in den israelischen Akten (inkl. dessen Unterschrift), mittlerweile auch bei Jelinek (Deutschland und Israel, S.329) korrekt nachzulesen ist. Eljashiv (Friedman), Shmuel (1899-1955) war bis 1950 Leiter der Osteuropaabteilung des israelischen Außenministeriums, im Anschluss israelischer Gesandter in der ČSR und Ungarn, sowie ab Juni 1951 israelischer Gesandter bzw. Botschafter in Moskau. Vgl.: DISR, S.949.

⁸¹⁸ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.15, S.482ff.

⁸¹⁹ So bemerkte Seitz in seiner Aufzeichnung: „Die Unterredung fand in einem kleinen Raum statt. Der Tisch war reichlich und festlich gedeckt mit Essen und Trinken, das aber beiderseits so gut als unberührt blieb.“ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.14, S.482.

⁸²⁰ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.102, S.351 sowie Ilsar an Shinnar am 9.8.1955, in: ISA/579/12-зп.

Inhalt zu unterrichten.⁸²¹ In ihrer Antwort⁸²² vertrat die Regierung der DDR die Auffassung, dass die „faschistischen Organisationen zerschlagen, Faschisten aus leitenden Funktionen in Staat und Wirtschaft entfernt und für begangene Verbrechen streng bestraft“, ebenso wie deren Wurzeln, nämlich „Monopolkapital und Junkertum“, beseitigt worden seien. Mit der Betonung, dass „nur eine solche Entwicklung [...] im Interesse auch des jüdischen Volkes“ liege, stritt die DDR gegenüber Israel ab, irgendeine moralische Verantwortung mit Blick auf die nationalsozialistische Judenvernichtung zu besitzen. So habe die DDR sämtliche ihr auferlegten Reparationszahlungen erfüllt. Zudem würden die „Verfolgten des Naziregimes“ ausreichend entschädigt. Dass für die Gewährung des Status „Verfolgter des Naziregimes“, insbesondere des Status „Kämpfer gegen den Faschismus“, die kommunistische Gesinnung bzw. was die DDR als solche deklarierte, entscheidender war, als eine Verfolgung während des Nationalsozialismus infolge der Zugehörigkeit zum Judentum, blieb hingegen unerwähnt. Das Memorandum der DDR war dem israelischen Botschafter in dessen Amtssitz am 28. Dezember 1955 durch den Geschäftsträger der Botschaft der DDR, Seitz, übergeben worden.⁸²³ In Israel wurde erkannt, dass man in der DDR keinerlei Notwendigkeit sah, an Israel Wiedergutmachungszahlungen zu leisten, geschweige denn, die israelischen Forderungen überhaupt als gerechtfertigt bzw. Israel als den Repräsentant des jüdischen Volkes anzuerkennen.⁸²⁴

Der Vorschlag Shinnars, die Bundesregierung über die aktuellen Kontakte zur DDR zu unterrichten, wurde von dem stellvertretenden Leiter der Westeuropaabteilung des israelischen Außenministeriums, Ilsar, aufgegriffen.⁸²⁵ Allein über das „wie“ und die Details der weiterzugebenden Informationen vertrat man in Israel verschiedene Ansichten.

Diese Mal lies sich auch Israel mit seiner Antwort auf das ostdeutsche Memorandum Zeit. Diese wurde schließlich am 20. April 1956 durch den israelischen Botschafter in Moskau, Avidar, an den dort ebenfalls akkreditierten Botschafter der DDR, König, überreicht.⁸²⁶ Darin erkannte die israelische Regierung die Leistungen der DDR infolge der ihr auferlegten Reparationszahlungen ebenso wie die Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an. Allerdings betonte Israel auch, dass gerade letztere Leistungen den Kern der israelischen

⁸²¹ Vgl.: Bolz an König am 2.12.1955, in: MfAA, A 682, S.9.

⁸²² Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.17, S.486ff.

⁸²³ Ebd., Dok.16, S.485f.

⁸²⁴ Vgl.: Ilsar an Shinnar am 25.1.1956, in: ISA/579/12-זת sowie Ilsar an Leiter der Westeuropaabteilung betr. Shilumim aus Ostdeutschland am 26.1.1956, in: ISA/2544/1-זת. 1960 vertrat der DDR-Konsul in Prag, Horst Seydewitz gegenüber dem israelischen Konsul, Yehuda Raveh, die Auffassung: „Was jedoch diese angeblichen Wiedergutmachungsansprüche anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß diese nicht dem Staate Israel zustehen und Israel praktisch auch keine Ansprüche in dieser Richtung gegen die DDR zu stellen berechtigt ist.“ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.21, S.493.

⁸²⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.118, S.385.

⁸²⁶ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.18, S.488ff. Die englischsprachige Version der Note, in: MfAA, A 682, S.25-28.

Forderungen verfehlten. So lebten mittlerweile nicht mehr als ca. 2.000 Juden auf dem Gebiet der DDR. Im Unterschied dazu handelte es sich bei den israelischen Forderungen gegenüber Ostdeutschland in Höhe von 412.5 Mio. Dollar um eine kollektive Entschädigung zugunsten Überlebender, die mittlerweile in Israel ansässig waren. Israel verwies auch die DDR auf ihren Anteil eines historischen Erbes und einer ebensolchen Verantwortung Deutschlands, konkret z.B. auf das unrechtmäßige Erbe infolge der dem Judentum auferlegten „Sühneleistung“ in Höhe von 1 Milliarde Mark nach den Novemberpogromen 1938. Krolikowski, zu diesem Zeitpunkt Attaché an der DDR-Botschaft in Moskau, der das Gespräch der beiden Botschafter protokollierte, hielt fest, dass König den Standpunkt vertrat, dass man die DDR im Unterschied zur Bundesrepublik nicht als Nachfolgerin des „faschistischen Deutschlands“ ansehen könne.⁸²⁷ Demgegenüber sei es in der Bundesrepublik bereits zu Schändungen jüdischer Friedhöfe und Ausschreitungen gegenüber jüdischen Bürgern gekommen, während „in der DDR keine Grundlagen für Hetze und Pogromhandlungen“ existierten – vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil hier 1956 nur noch sehr wenige Juden lebten.

Die DDR beantwortete die israelische Note nur sehr knapp am 9. Juli 1956, wobei die Atmosphäre des Gesprächs aus Anlass der Übergabe des Antwortschreibens sehr kühl gewesen ist. Dabei verwies die ostdeutsche Regierung auf das im Dezember 1955 übergebene Memorandum, dem sie nichts mehr hinzuzufügen hatte.⁸²⁸

2.3.3. Vom anfänglichen Gespräch in der SBZ zur schroffen Ablehnung israelischer Wiedergutmachungsansprüche ab Mitte der fünfziger Jahre

Wie Aktenindizien erkennen lassen, wurde Grotewohl, als Vorsitzender des Ministerrates spätestens nach dem Ableben Appelts über die laufenden Besprechungen mit Israel von Seiten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten unterrichtet. In Anbetracht seines Gesprächs mit Yachil 1948 kann man annehmen, dass Grotewohl auch während der Tätigkeit Appelts in Moskau Interesse an dessen Gespräche mit israelischen Diplomaten besessen hat. Appelt selbst hatte seinen Gesprächspartnern gegenüber mehr als einmal zugesichert, Grotewohl über diese Kontakte zu informieren. Dass ausgerechnet nach dem Tod des ehemaligen DDR-Botschafters zu diesem Vorgang keinerlei Akten mehr zur Verfügung standen, muss nicht bedeuten, dass diese nie existierten. Inwieweit Grotewohl persönlich in den laufenden Notenwechsel mit Israel eingriff, kann anhand der Akten nicht nachgezeichnet werden.

⁸²⁷ Vgl.: Aktenvermerk Krolikowski's vom 20.4.1956 siehe: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.19, S.490ff. Auch aus der israelischen Überlieferung ist ersichtlich, dass die DDR zu diesem Zeitpunkt eine Rechtsnachfolge des Dritten Reiches bestritt. Siehe: Ilzar an Shinnar am 24.4.1956, in; ISA/2544/1-37.

⁸²⁸ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.20, S.492; Aktenvermerk Rossmeisl über Unterredung mit dem Geschäftsträger a.i. der israelischen Botschaft in Moskau vom 9.7.1956, in: MfAA, A 12739, S.179.

Gerade Außenminister Bolz (als vormaligem Mitglied der KPD, nunmehr NDPD) erschien es sehr gelegen, die israelischen Ansprüche für politischen Geländegewinn in den arabischen Staaten zu nutzen. So schlug er wiederholt vor, diese Länder über die Haltung der DDR gegenüber israelischen Forderungen zu informieren. Spätestens im Kontext der Suezkrise ging die DDR zu einer öffentlichen, aggressiven und gegen das Luxemburger Abkommen gerichteten Politik über. Qualitativ neu war nicht nur, dass man die israelischen Ansprüche gegenüber der DDR als prinzipiell unberechtigt ansah. Im Rahmen der Denunziation des Luxemburger Abkommens, wonach Israel die Mittel aus diesem angeblich gegen die nationale Unabhängigkeitsbewegung der arabischen Völker verwendete, ging man nun sogar soweit, dessen Einstellung öffentlich zu fordern. Der Unwille der DDR, die israelischen Wiedergutmachungsansprüche anzuerkennen, basierte keineswegs nur auf ökonomischen oder mit Blick auf die arabischen Staaten, auf deren Anerkennung der DDR zielende Erwägungen. Die DDR lehnte es ab, öffentlich ihren Teil der historischen Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reiches gegenüber dem Judentum zu übernehmen. Es ist in der Tat zu hinterfragen, wie souverän ein Staat seinem eigenen Selbstverständnis nach sein muss, wenn er für die in seiner eigenen Geschichte – denn die DDR wurde nicht im historisch leeren Raum gegründet – begangenen Verbrechen dieses Ausmaßes nicht öffentlich moralisch die Verantwortung übernehmen kann. Die Bundesregierung drückte sich vor dieser Verantwortung trotz arabischer Proteste nicht, ja unterhielt letzten Endes intensivere Beziehungen zu ausgerechnet den Staaten, deren Anerkennung die DDR zu erhalten erhoffte.

Noch 1966, nachdem die Bundesrepublik allen ihren mit dem Luxemburger Abkommen übernommenen Verpflichtungen gegenüber Israel nachgekommen war, maß die Dritte Europäische Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „Problematik der sogenannten „Schuldfrage Deutschlands“ gegenüber Israel und den Juden aktuelle Bedeutung“⁸²⁹ bei. So vertrat das Ministerium mittlerweile unter Winzer den Standpunkt, dass die DDR als eine der Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches immer ihren Beitrag zur materiellen, politischen und moralischen Wiedergutmachung angestrebt habe. Konkret stelle ein Wiedergutmachungsanspruch [sic] einen Anspruch zwischen Staaten dar. Dabei erfolge Wiedergutmachung nach Ansicht des Ministeriums durch Reparationen, wobei Israel erst 1948 und damit nach dem Zeitpunkt des Verbrechens gegründet worden war. Die durch die DDR zu erbringenden Reparationsleistungen seien durch das „Potsdamer Abkommen“ festgelegt gewesen und seitens der DDR infolge des am 22. August 1953 in Moskau vereinbarten Protokolls „über den Erlass der restlichen deutschen Reparationszahlungen“ abgegolten. Mit Blick

⁸²⁹ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.32, S.517f.

auf jüdische Opfer und Israel verwies das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten auf die Pariser Reparationskonferenz.

Zusätzlich sollte auch hier der Verweis auf die besondere Vergangenheitsbewältigung der DDR nicht fehlen, in der Kriegsverbrecher „hart bestraft“, der „deutsche Militarismus [...] entmachtet und mit seinen imperialistischen Wurzeln ausgerottet“ worden seien. Im Unterschied zur DDR habe sich die Bundesrepublik ein „’gutes Gewissen’ zu erkaufen“ versucht, da dort in den Augen der herrschenden Kreise „alles käuflich ist“. Weiterhin deklarierte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten das Luxemburger Abkommen als eine der ersten außenpolitischen Handlungen der Bundesrepublik, welche dem Ziel gedient hätten, „ihr neue Möglichkeiten zum Eindringen in den arabischen Raum“ zu eröffnen. Natürlich durfte auch der Verweis auf die „reaktionären Bestrebungen des Imperialismus gegen die antiimperialistische nationale Befreiungsbewegung der arabischen Staaten“ als Merkmal der „expansionistischen Politik“ der Bundesregierung nicht fehlen. Das Luxemburger Abkommen wurde als Mittel des „Klassenkampfes“ bezeichnet.⁸³⁰

Die DDR instrumentalisierte das Luxemburger Abkommen und ein regionales Konfliktfeld ab Mitte der fünfziger Jahre zugunsten ihrer deutschlandpolitischen Zielsetzungen immer deutlicher. Das Postulat, welches noch König 1956 in der Frage der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches in Verbindung mit der Frage der Wiedergutmachung vertrat, musste mit Blick auf die Frage der internationalen Anerkennung der DDR in den Folgejahren modifiziert werden. Zehn Jahre später erklärte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die DDR als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches und damit legitimen zweiten Staat auf deutschem Boden, der angeblich immer eine Wiedergutmachung angestrebt hatte. Mit dem gekonnten Winkelzug, Wiedergutmachungsleistungen mit Reparationen inhaltlich gleichzusetzen, schuf sie sich eine stringente Argumentationslinie, um israelische Restitutions- und Wiedergutmachungsansprüche ins Leere laufen zu lassen. Gleichwohl konnte die DDR mit ihrer jüdenfeindlichen Politik im Innern und ihrer gesamten Israelpolitik aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie während des Untersuchungszeitraumes, von einzelnen Persönlichkeiten, aber auch der Frage rein materieller Leistungen abgesehen, nicht wirklich beabsichtigte, eine moralische historische Verantwortung als zweiter deutscher Staat gegenüber den nationalsozialistischen Verbrechen an Juden öffentlich und praktisch zu übernehmen.

Während sich Ende der vierziger Jahre bis zu den Judenverfolgungen innerhalb des Ostblocks und den sich nur teilweise hiermit überschneidenden personalpolitischen Säuberungen innerhalb der SED bis Mitte der fünfziger Jahre auch innerhalb des ostdeutschen Systems

⁸³⁰ Ebd., S.517-523.

immerhin einige wenige Personen fanden, welche die israelischen Wiedergutmachungsansprüche als berechtigt ansahen, wurde diesen Personen – sofern nicht anderweitig bereits „kaltgestellt“ – der Einfluss auf Israel betreffende Belange zunehmend unmöglich gemacht. Die Strategie von Außenminister Bolz Ende 1955, das Luxemburger Abkommen letztlich zum Zwecke der diplomatischen Anerkennung der DDR in den arabischen Staaten zu funktionalisieren, scheiterte trotz grandioser verleumderischer Propaganda. Die arabischen Staaten, welche das Luxemburger Abkommen teilweise nur zähneknirschend akzeptierten, sahen darin keinen Grund, ihre politischen und anderweitigen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu gefährden oder gar scheitern zu lassen, auch wenn sie damit drohten. Hierfür war der Stellenwert der DDR in den internationalen Beziehungen und deren Nutzen für die arabische Welt einfach zu gering.

2.4. Bundesdeutsche Israelpolitik und die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten im Vorfeld der Suezkrise

2.4.1. Diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nach Ratifizierung des Luxemburger Abkommens?

Nachdem das Luxemburger Abkommen trotz arabischer Drohungen ratifiziert worden war, galt es auf dem bisher Erreichten aufzubauen. Während das israelische Konsulat in München geschlossen wurde,⁸³¹ übernahm die gemäß Luxemburger Abkommen etablierte Israel-Mission in Köln zusätzlich auch den Aufgabenbereich des ehemaligen Konsulats. Konsularische Belange der Bundesrepublik in Israel wurden stellvertretend durch das britische Konsulat in Haifa wahrgenommen.

Von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik sah die israelische Regierung unmittelbar nach Abschluss des Abkommens vor dem Hintergrund der emotionalen Belastung der deutsch-jüdischen Beziehungen und der entsprechenden verständlichen Ressentiments in der israelischen Bevölkerung ab, obwohl einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen von deutscher Seite kein Hindernis in den Weg gestellt wurde.⁸³² Angesichts des Holocausts und der damit einhergehenden Erfahrungen mit Deutschland darf diese Einstellung nicht verwundern.

⁸³¹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.56, S.233.

⁸³² Auch in einer internen Aufzeichnung der Deutschen Presse-Agentur (dpa) wurde vermerkt, dass der Zeitpunkt für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht reif sei. Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.59, S.239. Rudolf Küstermeier war während des Untersuchungszeitraumes Korrespondent der dpa in Israel.

Dennoch und überraschenderweise mahnten vereinzelte Stimmen wie z.B. der israelische Gesandte in Den Haag, Amir, bereits kurz nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens, dessen Erfüllung zu diesem Zeitpunkt in Israel noch keineswegs als sicher galt, ein Umdenken israelischer Deutschlandpolitik an.⁸³³ Demnach sollte eine bisher von Gefühlen geprägte Politik den realen Herausforderungen angepasst werden. Dies bedeutete nicht, dass Israel vergessen sollte. Aber es bedurfte einer nüchternen Erwägung israelischer Handlungsspielräume und Entwicklungsmöglichkeiten. Den Hintergrund dieser Überlegungen bildete die Annahme, dass sich die Bundesrepublik nach einer Ratifizierung des EVG- und des Generalvertrages zu einem der aufstrebenden Staaten Europas und der westlichen Welt entwickeln würde, was unmöglich ignoriert werden konnte. So schlug Amir die Entwicklung regulärer zwischenstaatlicher Beziehungen vor, die allerdings mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Israel noch nicht unter das Wort „diplomatisch“ subsumiert werden sollten. Im Rahmen einer Sitzung unter Leitung des Generaldirektors des israelischen Außenministeriums, Eytan, im Oktober 1953 kritisierte der stellvertretende Leiter und für politische Fragen zuständige Experte der Israel-Mission, Yachil, dass die bilateralen Beziehungen mit dem Luxemburger Abkommen zwar auf einer gesetzlichen, jedoch auf keiner politischen Grundlage beruhten.⁸³⁴ Unter Verweis auf Staatssekretär Hallstein, der Yachil zufolge eine baldige Normalisierung⁸³⁵ der Beziehungen anstrebte, empfahl er den Ausbau der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen und die Eröffnung eines deutschen Generalkonsulats in Israel. Doch gerade dieser Vorschlag, stieß bereits innerhalb des Ministeriums unter Verweis auf den moralischen Aspekt auf deutliche, obgleich nicht mehrheitliche Kritik. Immerhin herrschte Einigkeit darüber, Deutschland betreffende Fragen im Rahmen der Westeuropaabteilung des israelischen Außenministeriums zu bearbeiten.

Doch selbst innerhalb der Israel-Mission herrschten zwischen Shinnar und Yachil Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Deutschlandpolitik Israels, die keineswegs damit ausreichend beschrieben sind, dass zwischen diesen zwei markanten Persönlichkeiten die „Chemie“ nicht stimmte,⁸³⁶ obgleich diese Diskussion von Personalstreitigkeiten beeinflusst gewesen ist. Beide vertraten bei genauerer Betrachtung unterschiedliche Konzeptionen. Shinnar seinerseits betrachtete die Abwicklung des Luxemburger Abkommens als die primäre Aufgabe der Israel-Mission, erst recht zu einem Zeitpunkt, als Israel im Rahmen der Berliner

⁸³³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.55, S.230ff.

⁸³⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.63, S.246-250.

⁸³⁵ Unter *Normalisierung* verstanden die Zeitgenossen während des Untersuchungszeitraumes lediglich die Frage einer Formalisierung der bilateralen Beziehungen im Rahmen voller diplomatischer Beziehungen bzw. entsprechender Zwischenstufen. Der Begriff beinhaltet nicht die Aussage, dass die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden vor dem Hintergrund des Holocaust als „normal“ angesehen werden könnten.

⁸³⁶ Vgl.: Hansen, N.: *Schatten*, S.356.

Außenministerkonferenz im Januar 1954 seine Wiedergutmachungsansprüche gegenüber der DDR wieder auf die Agenda setzte. In diesem Sinne vertrat er gegenüber der Zentrale in Jerusalem die Auffassung, die Stelle Yachils, der als der politische Berater und stellvertretende Leiter der Mission im Frühjahr 1954 seinen Dienst in Köln beenden sollte, nicht neu zu besetzen.⁸³⁷ Shinnar begründete seine Haltung damit, dass die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik nicht beschleunigt werden sollte und die öffentliche Haltung gegenüber der Bundesrepublik unverändert sei. Keineswegs nur infolge von Personalstreitigkeiten lösten diese Äußerungen bei Yachil, als dem späteren Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, starke Bedenken hervor. Dieser mahnte wiederholt an, den bisherigen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen beiden Staaten eine „politische Dimension hinzuzufügen“.⁸³⁸ Zudem drängte die Zeit, drohte doch in den Augen Yachils als einem wachen Beobachter des Zeitgeschehens, das deutsche Interesse an Israel abzunehmen. In diesem Kontext verwies er auf die Israel gegenüber kritische Haltung Eisenhowers, die ansteigende politische Bedeutung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis und auf die zunehmenden Erfolge ostdeutscher Propaganda in Ägypten. Yachil mahnte noch im Mai 1954 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Hallstein offensichtlich im Unterschied zu dem eher abwartenden Adenauer für dringend erforderlich hielt, da Israel bei Unterlassung weiterer politischer Maßnahmen zukünftig einen umso höheren Preis zu zahlen habe. Doch leider sollte sich Yachil mit seiner Konzeption nicht früh genug durchsetzen, obgleich ein signifikanter Umdenkprozess in Israel nicht zu übersehen war.⁸³⁹

Doch dieser gestaltete sich auch in den Augen des israelischen Premierministers und in Personalunion Außenministers, Sharett, zu träge. Auch Sharett erkannte, dass sich die israelische Politik nicht, durch – wenn auch verständliche – Emotionen leiten lassen dürfe,⁸⁴⁰ zumal es sich nicht um Fragen der Vergangenheit, sondern Israels Zukunft und Überleben handelte. Als praktisches Beispiel führte er hier an, dass deutsche Matrosen, die Güter im Rahmen des Luxemburger Abkommens lieferten, in Haifa nicht von Bord gehen durften. Auch Goldmann, der genau genommen für die Frage der politischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik nicht zuständig gewesen ist, mahnte angesichts der bevorstehenden deutschen Souveränität und damit einhergehender Personalmaßnahmen zu einer Modifizierung der bis-

⁸³⁷ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.68, S.264f.

⁸³⁸ Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.78, S.291.

⁸³⁹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.71, S.270-273 und Dok.78, S.290ff.

⁸⁴⁰ Auch Sharett und Yachil sprachen Deutschland nicht von seiner Verantwortung und Verbrecher von ihrer Schuld frei. Aber beide differenzierten zwischen letzteren und Menschen bzw. Gruppierungen, denen gegenüber Israel sich zu Kontakten und Unterstützung verpflichtet sehen musste.

herigen Haltung.⁸⁴¹ Shinnar seinerseits vertrat die These, dass die bevorstehende deutsche Souveränität keine Auswirkungen auf die Umsetzung des Luxemburger Abkommens und den israelischen Einfluss in der Bundesrepublik haben werde. Erst im Oktober 1954, dem Monat der Unterzeichnung der Pariser Verträge, gab er allerdings zu bedenken, dass, falls sich Israel infolge der bevorstehenden Souveränität für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen entscheiden wolle, ein solcher Plan möglichst schnell realisiert werden musste.⁸⁴²

2.4.2. Kontakte zwischen Diplomaten beider Länder in Drittstaaten

Die historische und emotionale Belastung des deutsch-israelischen Verhältnisses in der Folge des Holocausts wurde spiegelbildlich in dem zunächst bestenfalls als beiderseits distanziert zu charakterisierendem Auftreten israelischer und deutscher Diplomaten⁸⁴³ auf internationalem Parkett sichtbar. Den handlungsleitenden Anweisungen für israelische Diplomaten, deutschen Diplomaten auszuweichen bzw. diese zu ignorieren, standen die Gepflogenheiten des diplomatischen Berufs gegenüber. Dennoch: eine Pflicht zur Anerkennung bestand nicht. Dass Israel diese Anerkennung deutschen Diplomaten als Vertretern ihres Landes zunächst oftmals versagte, erscheint vor dem Hintergrund der belasteten Vergangenheit verständlich. Erst der Abschluss des Luxemburger Abkommens und noch mehr dessen Ratifizierung trotz arabischen Protests ermöglichte beiden Seiten eine größere Manövrierfähigkeit, obgleich das Verhalten zunächst sichtbar unsicher blieb.

So erkundigte sich beispielsweise der deutsche Geschäftsträger in Washington, Krekeler, aus Anlass des Todes des israelischen Staatspräsidenten Chaim Weizmann im November 1952 beim State Department, ob eine Beileidsbekundung der deutschen Vertretung gegenüber der israelischen Botschaft in den USA Aussicht habe, durch diese angenommen zu werden. Nach ermutigenden Worten aus dem State Department nahm der deutsche Legationssekretär im Auftrag Krekelers eine Eintragung im Trauerregister der israelischen Botschaft vor. Der israelische Botschafter in Washington, Abba Eban, bedankte sich wenig später schriftlich bei Krekeler für die deutsche Anteilnahme.⁸⁴⁴

⁸⁴¹ Dabei benannte Goldmann Adenauer, Blankenhorn und Hallstein als einen kleinen Kreis von Freunden Israels innerhalb des Auswärtigen Amts und bemerkte, dass der Einfluss auf von Brentano als möglichem neuen Außenminister keineswegs entsprechend sei, zumal über Blankenhorns und Hallsteins Weiterverwendung im Juli 1954 noch Unklarheit bestand. Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.82, S.299f.

⁸⁴² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.82, S.299-306 und Dok.85, S.310-317.

⁸⁴³ Grundlegend zu deutsch-israelischen Diplomatenkontakten der Jahre 1952-1955 siehe: Jelinek, Y.A./ Wolfsohn, M.: *Berührungsängste und Rollenwechsel. Eine Miscellane zu den ersten deutsch-israelischen Diplomatenkontakten, 1952-1955*, in: *Orient* 29 (1988), S.282-293.

⁸⁴⁴ Vgl.: *Diplomatische Vertretung der BRD, Washington D.C. (210-01 B. 2097/52)*, Krekeler, am 3.12.1952 an AA betr. Trauerbezeugung, in: PA/AA, B 11, Bd.1543.

Infolge des Luxemburger Abkommens, noch deutlicher nach dessen Ratifizierung wurde eine veränderte Einstellung des israelischen Außenministeriums sichtbar. So gestattete dieses den Angestellten der Israel-Mission gesellschaftliche Kontakte zu hochrangigen deutschen Beamten und vermied eine klare Verhaltensrichtlinie. Im Zweifelsfalle sollte der Missionschef selbst über eventuelle Kontakte oder deren Unterlassung entscheiden können.⁸⁴⁵ Auch mit Blick auf deutsch-israelische Diplomatenkontakte in dritten Staaten wurde die bisherige israelische Haltung revidiert und Treffen mit deutschen Diplomaten unter der Bedingung erlaubt, dass deren Ruf einwandfrei sei.⁸⁴⁶ Mit fortschreitender Zeit entwickelten sich die diplomatischen Kontakte beider Staaten in dritten Ländern in durchaus beachtlichen Umfang. So nahm der israelische Gesandte in Ankara, Maurice Fischer, bereits im März 1954 aus Anlass des Adenauer-Besuches in der Türkei diesem zu Ehren an drei Empfängen, darunter dem der deutschen Botschaft, teil. Dabei führte Fischer u.a. Gespräche mit Adenauer, von Eckhardt und Hallstein. Im Ergebnis dieser Gespräche verzeichnete er eine „außergewöhnliche Gesprächs- und Informationsbereitschaft“⁸⁴⁷ seiner deutschen Gesprächspartner, vermerkte aber in seinem Bericht an das israelische Außenministerium, dass er die Beziehungen mit der deutschen Botschaft infolge seiner Anweisungen nicht weiter verfolgen könne. Doch offenbar blieb diese Bemerkung zweitrangig, hatte doch der deutsche Botschafter, Haas, dem israelischen Gesandten nach dem Adenauer Besuch einen „Höflichkeitsbesuch“ gemacht, den Fischer auch zu erwidern beabsichtigte.⁸⁴⁸ Trotz solch erfreulicher Entwicklungen erscheint es allerdings übertrieben, die deutsch-israelischen Diplomatenkontakte 1954 bereits als „Routine“⁸⁴⁹ zu bezeichnen. Denn nach wie vor konnte man einer gewissen Unsicherheit und Künstlichkeit im Rahmen solcher Kontakte begegnen. Obgleich z.B. Eytan dem israelischen Botschafter in London, Eliahu Elath, im Mai 1955 empfohlen hatte, den neuen deutschen Botschafter mit derselben knappen Förmlichkeit wie zuvor Schlange-Schöninggen zu behandeln, zeigte sich relativ zügig, dass Anweisungen schnell von der Realität überholt werden konnten.⁸⁵⁰ Denn der neue deutsche Botschafter, von Herwarth, begrüßte seinen israelischen Kollegen im Rahmen eines Essens aus Anlass des Geburtstages der Queen wie einen „old friend“ bzw. wie „a member of the same Students' Association“.⁸⁵¹ Von Herwarth war mit seinem israelischen Kollegen durch den Assistant Secretary in charge of German Affairs bekannt

⁸⁴⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.56, S.233.

⁸⁴⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A./ Wolffsohn, M.: *Berührungängste und Rollenwechsel*, S.286.

⁸⁴⁷ Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.73, S.277.

⁸⁴⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.75, S.281.

⁸⁴⁹ Jelinek, Y.A./ Wolffsohn, M.: *Berührungängste und Rollenwechsel*, S.287.

⁸⁵⁰ Vgl.: Israelisches Außenministerium, Jerusalem, Eytan, an israelischen Botschafter in London, Elath, am 22.5.1955, in: ISA/304/8-37.

⁸⁵¹ Israelische Botschaft London, Elath, an Eytan, Israelisches Außenministerium, Jerusalem, am 15.6.1955, in: ISA/304/8-37.

gemacht worden. Obgleich die Begrüßung von Herwarths sicherlich als künstlich überschwänglich aufgenommen wurde, führte sie auf israelischer Seite doch zu der Überzeugung, dass man, da man nun einmal die Hände geschüttelt hatte, den deutschen Vertreter vor Ort nicht boykottieren könne, zumal dies den israelischen Interessen in London eher schaden würde.

Hinsichtlich des Luxemburger Abkommens hatte die Bundesrepublik Pessimisten zum Trotz auch nach Erlangung ihrer (nicht vollständigen) Souveränität Vertragstreue bewiesen. Erst unter dem Eindruck der seit 1955 in Israel und der Bundesrepublik ernsthaft geführten Gespräche hinsichtlich der Entsendung einer deutschen Mission nach Israel, machte Israel im Vertrauen auf die Realisierung des Vorhabens von deutscher Seite Ende 1955 und zu Beginn des Jahres 1956 gewisse Zugeständnisse, welche die Qualität der bisherigen Kontakte betrafen. Demzufolge waren nunmehr persönliche Kontakte zwischen dem Leiter und den Angestellten einer israelischen und einer deutschen diplomatischen Vertretung in dritten Staaten erlaubt. Schreiben über die Akkreditierung eines deutschen Diplomaten sollten von nun an durch den Leiter der israelischen Vertretung beantwortet werden und deutsche Vertretungen zukünftig im Rahmen von Rundschreiben über die Übergabe israelischer Beglaubigungsschreiben ebenfalls unterrichtet werden. Allerdings sollte hierbei auf Äußerungen wie „normale Beziehungen zwischen beiden Staaten“ oder „freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern“ verzichtet werden. Von diesen Bestimmungen wurden allerdings deutsche Diplomaten, die wegen ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit aus israelischer Sicht inakzeptabel waren, ausgeschlossen, was natürlich die Prüfung der persönlichen Vergangenheit deutscher Diplomaten zur Vorbedingung machte.⁸⁵² Zudem entfielen mit Wirkung zum 1. Mai 1956 auf israelischen Pässen die Sperrvermerke für die Bundesrepublik.⁸⁵³ Erst als für Israel Ende Mai 1956 sichtbar wurde, dass die Bundesregierung in absehbarer Zeit keine Entsendung einer Mission zum Zwecke von Handels- und Konsularaufgaben nach Israel beabsichtigte, kühlten sich die Kontakte zwischen Diplomaten beider Staaten vorübergehend ab, was letztlich die sich abzeichnende prinzipielle Entwicklung längerfristig nicht aufhalten konnte.

Im Unterschied sorgte der Kontakt israelischer zu ostdeutschen Diplomaten während dieses Zeitraumes in dritten Staaten grundsätzlich wesentlich seltener für Diskussionsbedarf. Natürlich existierten in begrenztem Umfang auch, allerdings nicht als offiziell charakterisierte Kontakte zwischen ostdeutschen und israelischen Diplomaten, wobei diese im wesentlichen inhaltlich im Zusammenhang der israelischen Wiedergutmachungsansprüche gegenüber der

⁸⁵² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.115, S.380.

⁸⁵³ Vgl.: Aufzeichnung Froweins vom 30.4.1956 (206-700-01/35/5206/56) betr. Wegfall des Sperrvermerks, in: PA/AA, B 62, Bd.137.

DDR stattfanden. Grundlegend unterschied das israelische Außenministerium zwischen beiden deutschen Staaten bzw. zwischen Vertretern dieser. So wurden z.B. im Januar 1956 israelische Diplomaten angewiesen, im Rahmen internationaler Gremien zwar in Bezug auf die Bundesrepublik nach sachlichen Kriterien abzustimmen, sich jedoch hinsichtlich die DDR betreffender Fragen der Stimme zu enthalten.⁸⁵⁴ Israel kannte damit den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch auf internationalem Parkett faktisch an.

2.4.3. Diplomatische Beziehungen zu Israel infolge der Ratifizierung der Pariser Verträge?

Das Souveränität nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten beinhaltet, musste die Bundesrepublik Deutschland am Beispiel ihrer Israelpolitik relativ früh erkennen. Ursache dieser Erkenntnis war der Unwille der britischen Regierung wie bisher gehabt die deutschen konsularischen Interessen in Israel über ihr Konsulat in Haifa zu vertreten. Deswegen sah sich das Auswärtige Amt veranlasst, bei den deutschen diplomatischen Vertretungen in den arabischen Staaten zu eruiieren, wie diese auf eine eventuelle Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel nach den Wahlen zur Knesset im Herbst 1955 reagieren würden. Das Ergebnis der Umfrage⁸⁵⁵ ließ Probleme erahnen.

Obleich sicherlich die Mehrheit der deutsche Diplomaten an Vertretungen in den arabischen Staaten Gründe anführen konnten, die gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zu diesem Zeitpunkt sprachen, übertraf die ablehnende Stellungnahme des deutschen Gesandten Wilhelm Melchers in Bagdad vom 29. Juli 1955⁸⁵⁶ die seiner Kollegen um einiges. Sicherlich ist gerade bei Melchers zu hinterfragen, ob dessen glänzende Karriere im Auswärtigen Amt während des Nationalsozialismus und seine Weiterverwendung im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland als Leiter der Nahostabteilung und späteren Geschäftsträger der deutschen Gesandtschaften in Jordanien und Irak überzeugende Entscheidungen gewesen sind. Dessen ablehnende Stellungnahme gegenüber einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel ging jedenfalls über das gewöhnliche Maß hinaus.⁸⁵⁷

⁸⁵⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.150, S.355 sowie Aufzeichnung des stellvertretenden Leiters der Westeuropaabteilung im israelischen Außenministerium, Ilsar, vom 29.6.1956 über israelisch-deutsche Beziehungen, in: ISA/3099/25-אח.

⁸⁵⁵ Hierzu beispielsweise: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.98-101, S.339-351.

⁸⁵⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.99, S.342-345.

⁸⁵⁷ Im Unterschied zu Berggötz nimmt die Autorin gewisse graduelle Unterschiede in den Stellungnahmen deutscher Diplomaten in den arabischen Staaten wahr, die weniger ihre ablehnende Haltung gegenüber der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, als vielmehr die Begründung ihrer Haltung betreffen. Zudem ist fraglich, ob Melchers als „typischer“ Nahostexperte des Auswärtigen Amts bezeichnet werden kann, reichte doch

Melchers antizipierte im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nachhaltige Schäden für die politischen, wirtschaftlichen (Boykott) und kulturellen deutschen Interessen in den arabischen Staaten, in denen gerade in der Folge der Wiedererlangung deutscher Souveränität die Hoffnung zu vernehmen war, dass die Leistungen gemäß Luxemburger Abkommen nunmehr storniert werden würden. Zudem betrachteten diese Staaten eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel als „Verrat“ der zugegebenermaßen noch relativ jungen deutsch-arabischen Freundschaft. Entsprechende Auswirkungen antizipierte Melchers auch im Falle konsularischer Beziehungen mit oder der Entsendung einer deutschen Handelsmission nach Israel. Letzteres Argument rechtfertigte er damit, dass selbige Beziehungen der DDR in den arabischen Staaten auch durch die Bundesrepublik als unerwünscht angesehen würden, obgleich gerade die DDR in Ägypten auf diesem Gebiet eine bemerkenswerte Tätigkeit entfaltete. Zudem konstatierte Melchers eine Verschärfung des israelisch-arabischen Konfliktes infolge des Luxemburger Abkommens, wobei dieses wohl kaum als Ursache dieser Entwicklung betrachtet werden kann. Argumentativ eindeutig zu weit ging Melchers aber mit dem Argument, Ben Gurion betreibe eine expansionistische Politik, eine Charakterisierung, die wohl eher auf Nasser zutreffend ist.

Dennoch zeigte sich, dass auch im Auswärtigen Amt zu diesem Zeitpunkt ein gewisses inhaltliches Korrektiv insbesondere in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes zu Stellungnahmen wie der Melchers vorhanden war, was einem insgesamt ausgewogeneren Meinungsbildungsprozess der Behörde sicherlich zugute kam. Im September 1955 befürwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes so die Herstellung amtlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel, wobei diese zum einen schrittweise und zum anderen infolge einer israelischen Initiative erfolgen sollte.⁸⁵⁸ Dieses Thema wurde in der darauffolgenden Reise Froweins nach Israel mit hohen Beamten des israelischen Außenministeriums informell erörtert.⁸⁵⁹ So gingen beide Seiten während der Gespräche zunächst von einer schrittweise zu vollziehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus. Das bedeutete, dass eine durch die Bundesrepublik zu entsendende amtliche Vertretung zunächst die Durchführung des Luxemburger Abkommens in Israel sowie Fragen der individuellen Wiedergutmachung⁸⁶⁰ bearbeiten und eventuell auch mit konsularischen Befugnissen ausgestattet werden sollte. Allerdings wurde während dieser Gespräche bereits sichtbar, dass einzelne israelische Beamte

sein Einfluss – wie Berggötz selbst bemerkt – über das gewöhnliche Maß hinaus. Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.110f.

⁸⁵⁸ Vgl.: Carstens an Frowein betr. mündlichen Weisung des Staatssekretärs anlässlich der Reise Froweins nach Israel vom 22.9.1955, in: PA/AA, B 62, Bd.137.

⁸⁵⁹ Vgl.: Aufzeichnung Froweins (206-244-13/12813/55) vom 8.11.1955 betr. Beziehungen der Bundesrepublik zum Staate Israel, in: PA/AA, B 62, Bd.137.

⁸⁶⁰ Hintergrund dieses Gedankens bildete die bevorstehende Verabschiedung des Bundsentschädigungsgesetzes.

u.a. mit Blick auf einen möglichen Widerstand v.a. aus Reihen der Cherut unter Begin eine sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen bevorzugten.⁸⁶¹ Insgesamt beeindruckt Froweins Analyse der politischen Lage in Israel und dessen Stellung im Nahen Osten durch Differenzierungsvermögen und Kenntnis.⁸⁶²

Im Ergebnis der Reise erwartete man im Auswärtigen Amt Anfang Dezember eine israelische Initiative, wobei die Errichtung einer deutschen Vertretung infolge einer entsprechenden Aussage Shinnars für die Monate März bzw. April 1956 in Augenschein genommen wurde. Existente Bedenken der Länderabteilung des Auswärtigen Amts gegenüber einem solchen Schritt entkräftete der Leiter der Politischen Abteilung, Grewe, (offensichtlich unter Einfluss Froweins) mit dem Argument, dass die Bundesrepublik gegenüber dem Nahostkonflikt wiederholt ihre Neutralität bekundet und Interesse an einer Präsenz in Israel habe. In der Ablehnung der zu erwartenden israelischen Initiative und deren Begründung mit einem verschärften Spannungszustand im Nahostkonflikt, sah Grewe eine Parteinahme zu Ungunsten Israels. Zudem verwies er auf die Tatsache, dass der Nahostkonflikt mit der „Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel“⁸⁶³ nichts zu tun hatte.

2.4.4. Die Hallstein Doktrin und Israel

2.4.4.1. Die Auswirkungen der Hallstein-Doktrin auf die bundesdeutsche Israelpolitik

Während eines Gesprächs am 27. Januar 1956 informierte Shinnar von Brentano über den Beschluss der israelischen Regierung, die politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten schrittweise normalisieren zu wollen. In diesem Rahmen befürwortete Israel die Entsendung einer deutschen Handelsmission, möglicherweise zunächst im Rahmen des Luxemburger Abkommens und deren systematischen Ausbau hinsichtlich ihrer Befugnisse. Doch offensichtlich bereitete der Bundesrepublik dieses Ziel mittlerweile Unbehagen. Ursächlich für diese Entwicklung war deren veränderte Deutschlandpolitik und die Verkündung der Hallstein-Doktrin. Diese wurde in den folgenden Jahren insbesondere durch Nasser zur Erpressung der

⁸⁶¹ Auch während des Jahres 1955 bestanden zwischen Shinnar und Yachil Differenzen hinsichtlich der Frage, ob eine Formalisierung der bilateralen Beziehungen in Form einer sofortigen Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen oder aber stufenweise vollzogen werden sollte, wobei Yachil v.a. mit der wachsenden Bedeutung der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen und dem damit verbundenen israelischen Interesse argumentierte. (Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.108, S.358ff. und Dok.110, S.362f.) Diese prinzipielle Meinungsverschiedenheit erübrigte sich mit der sich ändernden Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Entsendung einer deutschen Mission nach bzw. der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel.

⁸⁶² Allerdings lässt Froweins Aufzeichnung keine Rückschlüsse auf angeblich lebhafteste Proteste Begins während seines Israelbesuchs zu. Insofern kann eine Kommentierung im Parteiblatt der Cherut im Vergleich zu sonstigen Protestbekundungen Begins wohl kaum als außergewöhnlich betrachtet werden. Vgl.: Hansen, N.: *Schatten*, S.397.

⁸⁶³ Aufzeichnung der Abteilung II (206-244-13/13929/55), gez. Grewe, vom 2.12.1955 für Staatssekretär und Minister betr. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

Bundesrepublik umfunktioniert, indem zunächst v.a. Ägypten ein Junktim zwischen der Etablierung politischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel einerseits und andererseits der ägyptischen Haltung gegenüber der DDR, inklusive der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu dieser, konstruierte. Deswegen skizzierte von Brentano während seines Gesprächs gegenüber Shinnar die neue politische Situation, erklärte, in dieser Frage, obgleich er hierzu nicht verpflichtet sei, zunächst die drei Westmächte zu konsultieren, vermied aber eine dezidierte Stellungnahme gegenüber dem israelischen Anliegen.⁸⁶⁴

Doch dieses Zögern von Brentanos wurde in Israel, aber auch durch Goldmann sehr viel eher als durch den hier zu optimistischen Shinnar korrekt als Trendwende deutscher Israelpolitik wahrgenommen. Sharett bezweifelte den Willen der Bundesrepublik, überhaupt eine deutsche Handelsmission mit konsularischen Befugnissen nach Israel zu entsenden. Zudem befürchtete er, dass sich infolge der aktuellen Deutschlandpolitik der Bundesrepublik diese Haltung gegenüber Israel zum Dauerzustand ausweiten könnte und teilte damit eine Einschätzung Goldmanns, wobei Sharett jede Chance auf zukünftige freundschaftliche Beziehungen beider Staaten schwinden sah. Mit der Aussage, dass diese gegenwärtige Haltung der Bundesrepublik gegenüber Israel im Vergleich zu ihren politischen Beziehungen zu den arabischen Staaten einer Benachteiligung Israels und einer Parteinahme Deutschlands im Nahostkonflikt gleichkäme, vertrat Sharett ein sehr stichhaltiges Argument, welches auch in der Bundesrepublik bei so manchem Beamten und Politiker Unterstützung fand.⁸⁶⁵

Insgesamt konnte an dieser prinzipiellen Trendwende aber weder ein Brief Goldmanns an Bundeskanzler Adenauer vom 7. Februar 1956,⁸⁶⁶ in dem er sich unter Verweis auf ein diesbezügliches Gespräch mit von Brentano im Dezember des Vorjahres für die Entsendung einer deutschen Handelsmission mit konsularischen Befugnissen aussprach, ebenso wenig ändern, wie ein Brief Böhms an Hallstein vom 19. Februar 1956.⁸⁶⁷ In Böhms Augen stellte eine eventuelle Zurückweisung des israelischen Ersuchens, welches zudem seit Sommer 1955 diskutiert wurde, einen demütigenden⁸⁶⁸ Affront der Bundesrepublik dar. Mit einem solchen

⁸⁶⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.112, S.369f. und Dok.114, S.374-379. Weiterhin: Aufzeichnung Frowein vom 5.1.1956 über Aufnahme diplomatischer Beziehungen (206-700-01/35/151/56), Erörterung der Frage beim Staatssekretär, in: PA/AA, B 62, Bd.137.

⁸⁶⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.117, S.383f. und Dok.119, S.386-392. Weiterhin Shinnar an Außenminister am 8.2.1956, in: ISA/3099/25-37.

⁸⁶⁶ Vgl.: Brief Goldmanns an Bundeskanzler Adenauer vom 7.2.1956, in: PA/AA, B 62, Bd.137 (Abschrift auch in: ISA/3099/25-37).

⁸⁶⁷ Vgl.: Brief Böhms an Staatssekretär Hallstein (Abschrift an von Brentano) vom 19.2.1956, in: PA/AA, B 1, Bd.130.

⁸⁶⁸ In diesem Zusammenhang erscheint die durch Schöllgen erbrachte Definition der Demütigung als „Demonstration der Nicht-Gleichberechtigung“ von zweifelhaftem Charakter. Demütigung impliziert eine psychologische Aussage über denjenigen, der eine solche ausübt, was aber nicht zwangsläufig bedeutet, dass dabei ein Rechtszustand zugrunde liegt, bei dem zwei Staaten oder Personen nicht rechtlich gleichgestellt sind. Vgl.: Schöllgen, G.: Außenpolitik als Ziel und Methode. Zum Stellenwert der Auswärtigen Beziehungen in der Ära Adenauer, in:

Schritt würde diese de facto das durch Ägypten formulierte Junktim anerkennen, dabei die bereits bestehenden Kontakte zwischen diesem und der DDR ignorieren sowie letztlich diejenigen Kreise argumentativ und auch faktisch unterstützen, welche das Existenzrecht Israels nicht anerkannten. Zudem vermochte Böhm eine gewisse Doppelmoral erkennen, dass die Bundesrepublik zwar diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen habe, diese Israel gegenüber aber verweigere. Beiläufig verwies Böhm auf die Tatsache, dass selbst diese Israel diplomatisch anerkannt hatte. Obgleich weder der Brief Goldmanns noch der Böhms die grundlegende deutschlandpolitische Wende der Bundesregierung beeinflussen konnte, zeigten ihre Schreiben und die dadurch ausgelösten internen Diskussionen doch eine gewisse retardierende Wirkung auf die Israelpolitik der Bundesrepublik bis zur Istanbul-Botschafterkonferenz, welche schließlich als Anlass für die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber dem israelischen Anliegen fungierte. Blankenhorn sprach sich in einer für die Vorlage bei von Brentano und Staatssekretär Hallstein vorgesehenen Aufzeichnung vom 5. März 1956 als Übergangslösung für die Errichtung einer „deutsch-israelischen Handelskammer“⁸⁶⁹ in Israel unter Vorsitz eines prominenten Vertreters des deutschen Wirtschaftslebens aus.

Außenminister von Brentano bat gegenüber Shinnar im Rahmen eines erneuten Gesprächs am 6. März 1956 um Aufschub einer deutschen Entscheidung bis nach der Botschafterkonferenz in Istanbul.⁸⁷⁰ Shinnar, der von Brentano zuvor noch an dessen Aussage im Rahmen eines Interviews im Mai des vorangegangenen Jahres erinnerte, in dem er sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eingesetzt hatte, erklärte diese deutsche Haltung als für die israelische Regierung nicht akzeptabel. Im Ergebnis dieses Gesprächs und unter dem Eindruck des israelischen Protests richtete von Brentano am 7. März 1956 einen Brief an Bundeskanzler Adenauer.⁸⁷¹ In diesem sprach er sich gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu bzw. der Entsendung eines deutschen Konsulats nach Israel aus, wobei er hier ein Einverständnis Shinnars unterstellte. Brentano sprach sich für die Entsendung einer deutschen Mission nach Israel aus, in deren Aufgabenbereich die Durchführung des Luxemburger Abkommens, des Bundesentschädigungsgesetzes und die Erteilung von Sichtvermerken liegen sollte. Zudem bat er Adenauer, die Entsendung einer solchen Mission erst in ca. acht Wochen,

Doering-Manteuffel, A. (Hg.): Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945-1967), Bonn 1993 (=Rhöndorfer Gespräche; Bd.13), S.91.

⁸⁶⁹ Aufzeichnung Blankenhorns vom 5.3.1956, in: PA/AA, B 62, Bd.137 (=PA/AA, B 12, Bd.1024). Zudem vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.120, S.395. Dieser Vorschlag stieß in der Länderabteilung des Auswärtigen Amts allerdings auf sofortigen Widerspruch, welche die bisherige Lösung der Wahrnehmung deutscher Interessen in Israel durch das britische Konsulat offenbar gegenüber jeglicher deutscher augenscheinlicher Präsenz bevorzugte Vgl.: Aufzeichnung Abteilung III (308.210-01/92.19.554/56) vom 7.3.1956, in: PA/AA, B 62, Bd.137.

⁸⁷⁰ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.120, S.392-395.

⁸⁷¹ Vgl.: Brentano (MB 176/56g) an Adenauer am 7.3.1956, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1956.

d.h. nach der Botschafterkonferenz in Istanbul bekannt zu geben. Es kann nach bisher vorliegendem Quellenmaterial nicht ausgeschlossen werden, dass dieser Vorbehalt nichts anderes als ein taktisches Manöver von Brentanos darstellte, um eine ablehnende Stellungnahme des Außenministeriums mit einem entsprechenden Beschluss infolge der Istanbuler Botschafterkonferenz zu rechtfertigen. Nach offensichtlich zügiger Stellungnahme des Bundeskanzleramts teilte von Brentano Shinnar bereits am 14. März 1956 schriftlich mit, dass die Bundesrepublik gewillt sei, eine Mission nach Israel zu entsenden, die etwa der Israel-Mission in Köln entsprechen sollte. Allerdings behielt sich der Außenminister vor, den Zeitpunkt der Entsendung zum Gegenstand kommender Verhandlungen zu machen. Während der Ministerialdirektor des Bundeskanzleramts, Janz, nunmehr eine dreiwöchige Reise nach Israel antrat,⁸⁷² in deren Rahmen auch Treffen mit Ben Gurion und dem israelischen Außenminister stattfanden, manifestierte sich in der Länderabteilung des Auswärtigen Amts zunehmender Protest gegenüber der Entsendung einer deutschen Mission nach Israel.

Im Zuge der Istanbuler Botschafterkonferenz,⁸⁷³ die vom 3. bis 7. April 1956 stattfand, einigten sich die anwesenden Diplomaten, dass die im Brief vom 14. März angekündigte Entsendung einer deutschen Mission zur Zeit nicht zu realisieren sei. Wie bereits während der Bonner Botschafterkonferenz im Dezember 1955, im Rahmen dieser der Leiter des Nahostreferats, Voigt, über die politische Lage im Nahen Osten referiert hatte, behaupteten dessen Referat und insbesondere die Länderabteilung des Auswärtigen Amts dominierenden Einfluss. Die Schwierigkeit bestand nunmehr in der delikaten Aufgabe, Israel diese negative Entscheidung mitzuteilen.

Brentano delegierte diese unangenehme Aufgabe an seinen Staatssekretär. Die zeitliche Verschiebung der deutschen Zusage begründete Hallstein in seinem Gespräch mit Shinnar am 14. Mai 1956 mit dem Vordringen der Sowjetunion in den Nahen Osten und der mit dieser Entwicklung verbundenen deutschlandpolitischen Bedeutung.⁸⁷⁴ Deswegen wolle man der UdSSR kein Argument zu einer, bundesdeutsche Interessen gefährdenden Politik überlassen. Allerdings hatte gerade Hallstein noch während der Botschafterkonferenz in Istanbul die These vertreten, dass die Bundesrepublik einen außenpolitischen Gesichtsverlust riskiere, wenn sie ihre Erpressbarkeit durch die arabischen Staaten zugeben würde.⁸⁷⁵ Zudem wusste das Auswärtige Amt bereits vor Übergabe des Briefes vom 14. März 1956 an Shinnar, welche außenpolitischen Konsequenzen das tschechoslowakische (bzw. sowjetische) Waffengeschäft mit

⁸⁷² Vgl.: Brief von Janz an stellv. Chef des Bundespräsidialamtes am 13.3.1956, in: BA, B 122, Bd.2156.

⁸⁷³ Die Botschafterkonferenz selbst war lange vor den sowjetischen Waffenlieferungen und der Verkündung der Hallstein-Doktrin geplant worden. Vgl.: Berggötz. S.O.: Nahostpolitik, S.196ff.

⁸⁷⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.122, S.397ff.

⁸⁷⁵ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.425.

Ägypten oder der XX. Parteitag der KPdSU und die Rede Chruschtschows in sich bargen. Weiterhin hatte gerade Voigt die ablehnende Haltung der Länderabteilung nicht primär mit deutschlandpolitischen Zielen, sondern mit einer möglichen Zuspitzung im Nahostkonflikt begründet.⁸⁷⁶

Letztlich peinlich blieb der Eindruck, den das wenig couragierte Verhalten von Brentanos hinterließ. Sicherlich kann ihm nicht die Vertretung deutscher Interessen zum Vorwurf gemacht werden, die eines deutschen Außenministers erste Pflicht ist. Aber dass von Brentano weder die sehr weitreichende Einflussnahme der Länderabteilung auf interne Meinungsbildungsprozesse des Auswärtigen Amts einzudämmen vermochte, noch seinem israelischen Verhandlungspartner von vornherein „reinen Wein“ einschenkte, ihm schriftlich die Entsendung einer Mission zusicherte, ohne andererseits diese Zusicherung zu realisieren, verdeutlicht ein blamables Stück deutscher Außenpolitik. Insgesamt blieb von Brentano auch in weiteren Jahren „eine blasse Figur auf der politischen Bühne Bonns“.⁸⁷⁷

Gesteigert wurde dieser Eindruck sicherlich noch dadurch, dass Israel die Bedeutung der Nichtanerkennungspolitik der Bundesrepublik gegenüber der DDR, die befürchtete Anerkennung dieser z.B. seitens Jugoslawiens, Finnlands, der Schweiz oder Indiens genauestens kannte und analysierte sowie die Bundesrepublik in ihren Zielen sogar unterstützte. Doch im Unterschied zu Adenauer, der für die arabischen Staaten offenbar auch verbal wenig Nächstenliebe empfand⁸⁷⁸ und seinen Zusicherungen gegenüber Israel auch Taten folgen ließ, versteckte sich von Brentano hinter einem verbalen Schutzschild von teilweise wenig überzeugenden Argumenten.⁸⁷⁹

2.4.4.2. Israel – Opfer der Hallstein-Doktrin?

In seinem 1994 erschienenen Aufsatz vertritt der israelische Wissenschaftler Jelinek die These, dass Israel das „größte Opfer“⁸⁸⁰ der Hallstein-Doktrin gewesen sei. Zum einen beruht seine These auf der Tatsache, dass die Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bis 1965 wegen deutschlandpolitischer Ziele, nämlich um die internationale Anerkennung der DDR zu vereiteln, ablehnte. Zum anderen begründet er seine Auffassung

⁸⁷⁶ Vgl.: Entwurf einer Aufzeichnung Voigts vom 11.5.1956 betr. Stichworte für Unterredung des Staatssekretärs mit Shinnar (308.210-01/92.19.1100/56), in: PA/AA, B 12, Bd.1024.

⁸⁷⁷ Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.87.

⁸⁷⁸ Hierzu siehe Aufzeichnung Cidors, israelische Botschaft London, über ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter in London, von Herwarth, in: ISA/2539/5-27.

⁸⁷⁹ Hierzu z.B. das Gespräch zwischen von Brentano und dem israelischen Botschafter in Italien, Sasson. Vgl.: Sasson an Leiter der Westeuropaabteilung des israelischen Außenministeriums am 5.7.1956, in: ISA/2539/5-27.

⁸⁸⁰ Jelinek, Y.A.: Eine wechselvolle Reise: Die deutsch-israelischen Beziehungen 1952-1965, in: Langguth, G. (Hg.): „Macht bedeutet Verantwortung“. Adenauers Weichenstellung für die heutige Politik, Köln 1994, S.137. In diesem Sinne auch Ders.: Deutschland und Israel, S.281.

mit einem Angriff gegen die Nahostexperten des Auswärtigen Amts. Gewiss – und hier ist Berggötz⁸⁸¹ prinzipiell zuzustimmen – tragen Äußerungen, wonach sich „die Entscheidungen bezüglich diplomatischer Beziehungen“ im Auswärtigen Amt „auf irrationales, unkritisches Denken stützten“⁸⁸² nicht zur wissenschaftlichen Ursachenforschung von Entscheidungsprozessen bei. Dennoch verdient die Diskussion eine gewisse Aufmerksamkeit.

Erstens kann Israel nicht zum Opfer der Hallstein-Doktrin stilisiert werden. Einerseits ist es zwar völlig korrekt, dass die Bundesrepublik Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen infolge der Hallstein-Doktrin bis 1965 verweigerte (nicht vorher) und Israel auf diesem Gebiet gegenüber den arabischen Staaten für jedermann sichtbar schlechter behandelte. Eine solche Politik stand im Widerspruch zur verkündeten neutralen Haltung der Bundesrepublik im Nahostkonflikt. Andererseits lässt sich aber gerade ab 1956/57 eine grundlegende Wende deutscher Israelpolitik insofern feststellen, dass von nun ab die Priorität der bilateralen Beziehungen im Bereich der faktischen, d.h. wirtschaftlichen, militärischen und wissenschaftlich-kulturellen Beziehungen zu suchen ist. Gerade auf diesen Gebieten erhielt Israel nunmehr Unterstützung, die keinem arabischen Staat während dieser Zeitspanne in diesem Umfang durch die Bundesrepublik zuteil wurde. Von einer Diskriminierung Israels gegenüber den arabischen Staaten kann im Endeffekt ebenso wenig wie von einer Besserstellung gesprochen werden.

Zweitens erhebt Jelinek den Vorwurf, dass Ende der fünfziger und frühen sechziger Jahre eine kleine Gruppe von Diplomaten, nach Jelinek die „Arabisten“⁸⁸³ des Auswärtigen Amts, einen unverhältnismäßig starken Einfluss auf die offizielle Israelpolitik dieser Institution ausübten. Interessant erscheint diese These deswegen, da sich innerhalb des Auswärtigen Amts personalpolitische Änderungen, die allerdings nicht ausschließlich in Verbindung mit der Israelpolitik des Auswärtigen Amts standen, gewisse Rückwirkungen auf diese zeitigte. So schenkte das Auswärtige Amt noch unter Leitung Adenauers israelischen Anliegen gewiss verständnisvolleres Gehör als zu Zeiten Schröders und dessen Staatssekretärs Carstens. Zudem wirkten sich die Stellenwechsel von Blankenhorn, Hallstein und Grewe zu Ungunsten Israels in der Zentrale des Amts aus. Als im November 1957 zudem Froweins Abteilung die Zuständigkeit für die mit der Durchführung des Luxemburger Abkommens zusammenhängenden Fragen entzogen und diese in den Zuständigkeitsbereich der Handelspolitischen Abteilung übertragen wurden,⁸⁸⁴ stieg der Einfluss der mit Nahostfragen (außer Israel) betrauten

⁸⁸¹ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.106f.

⁸⁸² Jelinek, Y.A.: Eine wechselvolle Reise, S.136f.

⁸⁸³ Jelinek, Y.A.: Eine wechselvolle Reise, S.137.

⁸⁸⁴ Vgl.: Harkort (412-85.00-92.19-4578/57) an den Vorsitzenden der deutschen Delegation in der Gemischten Kommission am 25.11.1957, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

Referate im Rahmen interner Meinungsbildungsprozesse signifikant. Gerade vorgenannte Personen hatten bis dato eine wichtige ausgleichende und auch (nicht ausschließlich!) israelische Interessen berücksichtigende Haltung innerhalb des Auswärtigen Amts eingenommen. Mit Blick auf Israel beeinflussten der Leiter des Nahostreferats Voigt (1953-1962), der überdurchschnittlich gute Kontakte zu Melchers unterhielt oder Walter M. Weber⁸⁸⁵ ab 1957 die interne Diskussion der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel in doch erstaunlichem Ausmaß. Bereits unter von Brentano wuchs der Einfluss der mit den deutschen Beziehungen zu den arabischen Staaten betrauten Beamten auf die Israelpolitik des Auswärtigen Amts deutlich. Allerdings rechtfertigt diese Entwicklung keinerlei Fazit, wonach die Bonner Israelpolitik in ihrer Gesamtheit ab Ende der fünfziger Jahre auf irrationales Denken zurückzuführen wäre. Dabei würde nicht zuletzt die Stellung des Auswärtigen Amts im Entscheidungsprozess der Bundesregierung überbewertet und die Einflussnahme anderer Ministerien, aber erst recht die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers unterschätzt. Gleichwohl fanden sich in den Akten gelegentlich Äußerungen in Bezug auf Israel, insbesondere bei Schröder und Carstens, die gewisse Stilunterschiede im Vergleich zu Beamten wie Grewe oder Frowein erkennen lassen. Nicht immer befanden sich Israel betreffende Bemerkungen gerade Schröders im Rahmen einer sonst üblichen sachlichen Argumentation politischer Fragen.

2.5. Zum Verhältnis von Antisemitismus und Israelpolitik der DDR bis zum Vorabend der Suezkrise

Prinzipiell muss bei einer Erörterung von Antisemitismus und Israelpolitik der DDR einerseits eine gewisse Abhängigkeit der DDR von politischen Entwicklungen in der Sowjetunion und deren Beziehungen zu Israel ebenso berücksichtigt werden, wie andererseits die teilweise Instrumentalisierung antisemitischer Maßnahmen für innerparteiliche Machtkämpfe der SED. Dennoch wies die DDR Israelpolitik und deren Antisemitismus sehr wohl qualitativ eigenständige Züge auf. Zum Zwecke der Analyse sollen Israelpolitik und Antisemitismus der DDR in zwei getrennten Abschnitten untersucht werden, wobei die Grenzen zwischen diesen in der politischen Praxis sehr viel fließender verliefen.

⁸⁸⁵ Walter M. Weber war 1953-1957 als Leiter des Wirtschaftsreferates Naher Osten, 1957-1958 als Geschäftsträger in Syrien und 1959-1964 als Botschafter in Ägypten tätig.

2.5.1. Israelpolitik der DDR bis zum Vorfeld der Suezkrise?

Wenn Gareth Winrow⁸⁸⁶ die These vertritt, dass die ursprüngliche Ursache der Nichtetablierung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel in der Problematik ostdeutscher Entschädigungszahlungen an Israel zu suchen ist, so ist dies in dieser absoluten Aussage nur teilweise, v.a. für spätere Jahre, nicht jedoch für das Jahr 1949 bzw. zu Beginn der fünfziger Jahre richtig. Die Chancen und politischen Rahmenbedingungen für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel seitens der DDR waren ursprünglich keineswegs hoffnungslos. Die Sowjetunion hatte die Gründung des jüdischen Staates vor der UNO unterstützt, obgleich sich kurze Zeit später die ersten Gewitterwolken am Horizont andeuteten, einzelne führende Repräsentanten der Partei- und Staatsführung der SBZ bzw. DDR standen Israel sehr wohlgesonnen gegenüber, ebenso der Frage einer kollektiven Entschädigung. Die psychologische Situation in Israel aber verdeutlichte, dass die Zeit für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel noch nicht reif war. Dies veranschaulichte auch die Israelpolitik der Bundesrepublik, gerade infolge der Unterzeichnung und Ratifizierung des Luxemburger Abkommens. An Aufnahme diplomatischer Beziehungen war in diesem frühen Stadium aus psychologischen Gründen noch nicht zu denken. Doch gerade während dieser wenigen Jahre bis spätestens 1952/1953, binnen historisch gesehen sehr kurzer Zeit, wandelten sich die Rahmenbedingungen ostdeutscher Israelpolitik entscheidend.

Noch vor der Staatsgründung Israels begrüßte Paul Merker die „Errichtung eines jüdischen Staates mit seinen fortschrittlichen Ideen und den sozialistischen Bestrebungen seiner Arbeiterbewegung“,⁸⁸⁷ obgleich er in dieser auch ein Konfliktpotential antizipierte. Denn dieser jüdische Staat sollte seiner Ansicht nach nicht ohne Auswirkung auf die „feudale Reaktion der arabischen Könige, Fürsten und Mufftis [sic] bleiben.“⁸⁸⁸ Israel würde für sie das Motiv für nationalistische Provokation bilden. In Merkers Weltbild besaßen die demokratischen Kräfte Deutschlands geradezu die Verpflichtung, dem Judentum mit Sympathie sowie Hilfsbereitschaft gegenüberzutreten. In der Sowjetischen Besatzungszone ließen sich auch weitere Stimmen, zum Beispiel von Seiten der evangelischen Kirche in Sachsen, vernehmen, die sich zur Beteiligung der Kirche an der Judenverfolgung während des Nationalsozialismus bekannte und ihren Teil der Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk in seiner Gesamtheit ansprach, ohne dabei die Frage eines jüdischen Staates aufzuwerfen.⁸⁸⁹

⁸⁸⁶ Vgl.: Winrow, G.: East Germany, Israel and the Reparations Issue, in: Soviet Jewish Affairs, 20 (1990), S.31.

⁸⁸⁷ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.3, S.459.

⁸⁸⁸ Ebd.

⁸⁸⁹ Ebd., Dok.4, S.461.

Infolge der Staatsgründung Israels hatte die Sowjetunion umgehend diplomatische Beziehungen aufgenommen und die erste auswärtige diplomatische Mission nach Tel Aviv entsandt. Eine sowjetische Analyse der Beziehungen zwischen Israel und der UdSSR für den Zeitraum von Mai 1948 bis Dezember 1949 aus dem Frühjahr 1950 war von einer gewissen Ambivalenz gekennzeichnet. Einerseits nahmen die sowjetischen Diplomaten vor Ort sehr wohl die ihnen freundlich gesinnte Stimmung unter der israelischen Bevölkerung, insbesondere der israelischen „Arbeiter“ u.a. aus Anlass des 70. Geburtstages des „Genossen Stalin“ wahr. Andererseits betrachtete die Sowjetunion auch etwas misstrauisch eine gewisse pro-amerikanische Haltung innerhalb der israelischen Regierung. Doch auch ein protokollarisches Versehen seitens Israels, als aus Anlass einer Vorstellung im *Habimah* Theater in Tel Aviv, wo wegen der Anwesenheit des amerikanischen Botschafters⁸⁹⁰ neben der *Ha'tikva* auch die amerikanische Nationalhymne, nicht jedoch, trotz Anwesenheit von Repräsentanten deren Mission, die sowjetische Nationalhymne gespielt wurde, führte zu keiner der bilateralen Beziehungen gefährdenden Situation. Die Verstimmungen wurden nach gegenseitigen Erklärungen nach kurzer Zeit beigelegt. Negativer empfand man in der Sowjetunion die Begrenzung des sowjetischen Literaturexports nach Israels oder die Meinungsbildung innerhalb der israelischen Presse mit Blick auf internationale Ereignisse, die angeblich denen von *Reuters* ähnelten. Zudem bemängelte die Sowjetunion eine Äußerung des israelischen Außenministers Sharett im Sommer 1949 vor der Knesset, wonach Vilner (Kommunistische Partei Israels) und dessen „Freunde“ nicht in der Knesset oder anderswo dienen würden, wenn Israel die Art von Demokratie hätte, zu der sich die Kommunisten bekennen würden. Ende 1949 wurde Israel gar als bürgerlicher Staat an der Seite der westeuropäischen Demokratien verortet, wobei sich Ben Gurion, Sharett und andere nicht von Attlee, Bevin, Blum oder Schumacher unterscheiden würden. Missfallen erregte in der Sowjetunion auch, dass Israel China zu Beginn des Jahres 1950 anerkannt hatte. Weiterhin wurde in Moskau eine aus hauptsächlich innenpolitischen Motiven heraus zunehmend feindlich gesinnte Haltung Israels gegenüber der UdSSR wahrgenommen.⁸⁹¹

Hintergrund der Spannungen zwischen der Sowjetunion und Israel bildeten 1948 und 1949 weniger außenpolitische, sondern prinzipielle Fragen, konkret die Judenverfolgungen in der Sowjetunion der spätstalinistischen Ära.⁸⁹² Vor diesem Hintergrund hinterließ der überwälti-

⁸⁹⁰ Der amerikanische Botschafter in der Sowjetunion war zu diesem Zeitpunkt James McDonald.

⁸⁹¹ Vgl.: DISR, Dok.306, S.600-614.

⁸⁹² In den Jahren 1948-1953 wurden z.B. 63 jüdische Generale und 260 Oberste vom Dienst suspendiert. (Angaben nach: Rapoport, L.: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992, S.148. Es folgten Entlassungen und Verhaftungen von Juden, die bis dahin in Sicherheits- und Geheimdiensten, im Bereich der Medien, des Hochschulwesens oder andernorts tätig gewesen waren. Die Verfolgung jüdischer Ärzte

gende Empfang im Herbst 1948 zu *Rosh Ha'shana*, den tausende Juden in Moskau der israelischen Gesandten vor Ort, Golda Meyerson (später Meir) bereiteten, im Kreml einen nicht zu unterschätzenden Eindruck. Es war eine Demonstration nationalen Stolzes, trotz aller Verfolgung. Im November wurde das Jüdische Antifaschistische Komitee verboten.⁸⁹³ Von dieser Maßnahme war auch die Frau des sowjetischen Außenministers Molotov betroffen.⁸⁹⁴

Nur wenige Tage nach Staatsgründung der DDR sprach sich der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Georg Dertinger, dennoch für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Regierungen auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung aus.⁸⁹⁵ Die Zwei Lager Theorie Schdanows,⁸⁹⁶ die als Antwort zur Truman-Doktrin und Containment-Politik konzipiert worden war, beeinflusste die ostdeutsche Außenpolitik offensichtlich zunächst nur begrenzt. In einem Brief an Paul Wandel, Mitglied des ZK der SED und Minister für Volksbildung, vom 26. Oktober 1949 hielt Arnold Zweig den Zeitpunkt für gekommen, „die Wiederherstellung erträglicher Beziehungen zwischen der Vertretung Deutschlands und der des jüdischen Volkes“ zu fokussieren.⁸⁹⁷ Als deutsche Vertretung dürfte er dabei eine solche der DDR im Auge gehabt haben. Zweig, der den israelischen Staatspräsidenten Chaim Weizmann seit einigen Jahren auch persönlich kannte, hatte sich bereits 1948 mit einer deutschen Wirtschaftshilfe an Israel beschäftigt. Entsprechend der Vorstellungen Zweigs sollte Israel die Möglichkeit zum Aufbau einer eigenen Industrie, v.a. Exportindustrie gegeben werden, um mittels der hier erzielten Gewinne Nahrungsmittel leichter importieren und mittels der Herstellung von Fertigteilhäusern das akute Wohnproblem lindern zu können. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten sollte zudem positive politische Entwicklungen fördern. Obgleich in diesem Brief geographische Wissenslücken Zweigs ebenso offensichtlich wurden, wie dessen teilweise naive Vorstellungen, wiesen seine Ideen doch in die richtige Richtung. Unabhängig von den Überlegungen Zweigs unterhielten einerseits die israelischen Kommunisten (MAKI) und die SED parteipolitische Beziehungen. Auch wirtschaftliche Kontakte zwischen der SBZ bzw. DDR und Israel lassen sich für diesen frühen Zeitraum tatsächlich nachweisen. Im Januar 1950 begrüßte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten sogar, dass „die Interessen der auf dem Gebiet der Republik wohnhaften oder anwesenden israelischen Staatsbürger von einer Stelle wahrgenommen wurden, die der

bildet schließlich den Höhepunkt stalinistischer Paranoia. Vgl.: Lustiger, A.: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998, insb. S.197f.

⁸⁹³ Herf, J.: Zweierlei Erinnerung, S.133.

⁸⁹⁴ Dessen Frau Paulina wurde 1948 verhaftet und nach Sibirien deportiert. Sie war Mitglied des JAK.

⁸⁹⁵ Vgl.: DAPDDR, Bd.I, S.39.

⁸⁹⁶ Vgl.: Carlyle, M. (Ed.): Documents on International Affairs 1947-1948, London u.a. 1952, S.125-135.

⁸⁹⁷ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.5, S.462ff.

Staat Israel damit beauftragt hat.“⁸⁹⁸ Die Frage einer konsularischen Vertretung Israels⁸⁹⁹ in der DDR wollte das Außenministerium der DDR zu diesem Zeitpunkt noch völlig unabhängig von einer Anerkennung oder Nichtanerkennung der DDR geregelt wissen. Da die Gestaltung des Schiffsverkehrs ebenso wie der Wirtschaftsbeziehungen der DDR 1950 im wesentlichen in deutscher Hand lagen, sprach sich das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausdrücklich auch für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu Israel aus. So wurde auf die Tatsache verwiesen, dass man Waren und sonstige Güter in der DDR im allgemeinen nicht mit Dollars bezahlen musste.⁹⁰⁰

Doch bereits 1951 sollten sich die außenpolitischen Rahmenbedingungen ändern. Im Sommer 1951 hatte Israel mit den USA ein Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsabkommen abgeschlossen.⁹⁰¹ In Übereinstimmung mit der Dreimächteerklärung vom Mai 1950 lehnte die israelische Regierung, ein Angebot von Waffenlieferungen aus dem Ostblock ab, da sie entsprechende Lieferungen seitens des Westens erhoffte.⁹⁰² Im Mai 1952 lautete die Einschätzung der sowjetischen Gesandtschaft in Israel,⁹⁰³ dass dieses 1951 seine wirtschaftliche sowie innen- und außenpolitische Unabhängigkeit verloren habe. Die Wirtschaftspolitik der israelischen Regierung, welche auf dem Erhalt amerikanischer Kredite und Kapitalinvestitionen beruhe, würde Israel demnach in die Katastrophe führen. Israels Außenpolitik diene angeblich dem State Department und sei diktiert durch die USA. Zudem sei das Land im Innern geteilt in die Zionisten, in den Augen der Sowjetunion die wohlhabende Bourgeoisie, und das demokratische Lager um die Kommunistische Partei Israels und den linken Flügel der MAPAM. Vor dem Hintergrund des Koreakrieges, dem Bekenntnis der israelischen Regierung zu demokratischen Zielen sowie der zunehmenden außenpolitischen Ausrichtung Israels gen Westen, ließ Israel immer mehr in die Mühlen des Kalten Krieges geraten. Die politischen Konsequenzen seitens der Sowjetunion sollten nicht lange auf sich warten lassen. So schlug die sowjetische Mission in Israel u.a. vor, zukünftig Israel die politische Unterstützung im Rahmen der Vereinten Nationen und deren Organen vorzuenthalten, weiter öffentlich über pro-amerikanische Außenpolitik der israelischen Regierung zu informieren, die Emigration von Juden aus den Volksrepubliken nach Israel zu stoppen, da diese das Potential Israels ver-

⁸⁹⁸ Jelinek, Y.A.: Moral und Realpolitik, Dok.5, S.139.

⁸⁹⁹ Ebenda. Noch 1949 wurden Visaangelegenheiten durch den Vertreter des israelischen Einwanderungsministeriums in Berlin, Bursztyn, geregelt. Dessen Büro befand sich in Berlin-Zehlendorf. Vgl.: Israelisches Einwanderungsministerium an Herrn Ahron Bursztyn, Berlin, am 20.7.1949 in: SAPMO-BArch, DL2, Bd.1733.

⁹⁰⁰ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Moral und Realpolitik, Dok.5, S.140.

⁹⁰¹ Während der Konferenz der US-Diplomaten im Nahen Osten im Februar 1951 in Istanbul war ein Mittelostpakt erörtert worden, wobei die USA zu jener Zeit aber nicht die auf dessen militärische und finanzielle Unterstützung vorbereitet waren.

⁹⁰² Vgl.: DISR, Dok.365, S.715f.

⁹⁰³ Vgl.: DISR, Dok.413, S.805f.

stärken würden, „progressive Kräfte“ in Israel zu unterstützen und den Stab der sowjetischen Vertretung vor Ort zu erhöhen, um deren Informationstätigkeit im Lande zu verstärken. Die Fronten verhärteten sich. Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten kam es am 11. Februar 1953 infolge eines Sprengstoffanschlages auf die sowjetische Vertretung in Israel. Beide Staaten nahmen ihre diplomatischen Beziehungen Ende Juni 1954 wieder auf. Den Gesandtschaften in beiden Staaten wurde der Rang einer Botschaft verliehen.⁹⁰⁴

Parallel zu dieser Entwicklung kristallisierte sich bis 1953 der auch für spätere Jahre kennzeichnende außenpolitische Apparat der DDR heraus. Während das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zunächst nahezu konkurrenzlos (abgesehen vom sowjetischen Einfluss) die Außenbeziehungen der DDR gestalten konnte, wurden 1953 die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED sowie die Außenpolitische Kommission beim Politbüro der SED konstituiert. Einher ging diese Entwicklung mit personalpolitischen Umstrukturierungsmaßnahmen, wobei sachliche Überlegungen weniger wichtig erschienen als Linientreue innerhalb der SED, insbesondere die zu deren führenden Repräsentanten, allen voran Ulbricht. Von unliebsamen Genossen der eigenen Partei hatte man sich, z.T. unter Zuhilfenahme skrupelloser, repressiver Maßnahmen, getrennt. Die Führungsspitze des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten unter Außenminister Georg Dertinger und Staatssekretär Anton Ackermann wurde ausgewechselt.⁹⁰⁵ Mit dem Israel keineswegs freundlich gesinnten Lothar Bolz wechselte eine Person an die Spitze des Ministeriums, bei dem der Misserfolg israelischer Anliegen nahezu vorprogrammierbar schien. Die Fürsprecher Israels und einer kollektiven Wiedergutmachung seitens der DDR, wurden infolge der personalpolitischen Umstrukturierungen politisch kaltgestellt und ihres Einflusses in der Partei beraubt. Paul Merker dürfte hier nur das bekannteste Beispiel darstellen. Juden waren von derartigen Maßnahmen ebenso betroffen wie Nichtjuden, obgleich Juden unter ihnen infolge des Slánský-Prozesses und der Verfolgung jüdischer Ärzte in der Sowjetunion eine spezifische Gefahr drohte. Die Machtambitionen einiger deutscher Kommunisten insbesondere um Ulbricht war nicht mehr zu übersehen. Noch nicht einmal zehn Jahre nach Kriegsende existierte für jedermann sichtbar wieder eine Diktatur auf deutschem Boden.

Im Jahr 1953 wurden die diplomatischen Missionen der DDR, z.B. in der Sowjetunion, in der ČSR, in Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien und China in den Rang einer Botschaft erhoben. Eine eigenständige Außenpolitik der DDR steckte de facto noch in ihren Kinderschu-

⁹⁰⁴ Vgl.: Dittmar, P.: DDR und Israel. Ambivalenz einer Nicht-Beziehung, in: DA 10 (1977), S.748. Zur sowjetischen Note an die israelische Gesandtschaft in Moskau siehe DISR, Dok.458, S.882f.

⁹⁰⁵ Vgl.: Muth, I.: DDR-Außenpolitik, S.104.

hen und gewann erst ab ca. 1955 mit der seitens der Sowjetunion verkündeten Zwei-Staaten-Theorie sowie der Hallstein-Doktrin einiges an Dynamik. Damit wurden gesamtdeutsche Zielsetzungen zugunsten solcher der „souveränen“ DDR aufgegeben. Ostdeutsche Außenpolitik wurde nun primär „Anerkennungs-“ bzw. verlängerte Deutschlandpolitik. Im Nahen Osten war die DDR 1953 nur in Ägypten mit einer Handelsvertretung etabliert. Weitere Handelsvertretungen eröffnete sie in der Region erst 1955 in Syrien und im Libanon, 1956 im Jemen und 1958 im Irak.

In ihren Beziehungen zu Israel geriet die ostdeutsche Politik auch nach Stalins Tod und den Judenverfolgungen im Ostblock nicht in Bewegung. Ihrem Grundsatz der Nichtanerkennung israelischer Wiedergutmachungsansprüche blieb sie treu, entwickelte aber von sich aus keinerlei Interesse oder Initiative an einer Verbesserung der bestehenden Kontakte zu Israel. Von einer eigenständigen Israelpolitik der DDR kann wegen nachweislicher, an außenpolitische Konzeptionslosigkeit grenzender Passivität zunächst nicht gesprochen werden. Dieser Mangel an aktivem Gestaltungswillen gilt auch für die Frühphase der Beziehungen der SED zur israelischen Kommunistischen Partei. Ein Blick auf die Politik der Staats- und Parteiführung der DDR gegenüber Juden auf ihrem Staatsgebiet erhellt, dass diese Passivität durchaus auch durch antizionistische Überzeugungen, die von antisemitischen inhaltlich nur schwer, wenn überhaupt zu trennen waren, beeinflusst war. Ab 1955, der Veränderung deutschlandpolitischer Rahmenbedingungen aber auch veränderter Nahostpolitik der Sowjetunion engagierte sich die DDR mehr und mehr im Nahen Osten unter dem Ziel ihrer internationalen Anerkennung. Mittels verstärkter Gewichtung der Außenhandelspolitik suchte man dieses Ziel zu erreichen. Die Reisen des Ministers für Außen- und Innerdeutschen Handel, Rau, nach Ägypten und Indien Ende 1955,⁹⁰⁶ dessen Staatssekretärs Kurt Georg zu Beginn des folgenden Jahres,⁹⁰⁷ wiederum nach Ägypten oder die Nahostreise einer DDR-Regierungsdelegation wiederum unter Leitung Raus im Mai 1956⁹⁰⁸ nach Ägypten, Libanon, Syrien und Sudan seien hier als Beispiele angeführt. Im Zuge der Suezkrise nahm die öffentliche Verleumdung Israels durch die DDR bisher nicht existente, zum Teil aggressive Formen an, die zukünftig ein Charakteristikum und eines der sehr wenigen „Aktiva“ ostdeutscher Israelpolitik darstellten.

⁹⁰⁶ Vgl.: DAPDDR, Bd.III, S.620-623.

⁹⁰⁷ Ebd., S.624f.

⁹⁰⁸ Ebd., S.629ff.

2.5.2. Antisemitische Motivation ostdeutscher Israelpolitik?

Um den Charakter, die Qualität der ostdeutschen Israelpolitik verstehen zu können, ist ein Blick auf den Umgang der Staatsmacht mit den Jüdischen Gemeinden in der DDR⁹⁰⁹ unerlässlich. Die Äußerung Timms, wonach gerade letzterer Zusammenhang nach 1989/90 dazu genutzt worden sei, „den ostdeutschen Staat zu delegitimieren bzw. ihn und seine Bürger mit einem antisemitischen Vorzeichen zu versehen“⁹¹⁰ ist in ihrer Absolutheit sicherlich nicht richtig. Eine Auseinandersetzung mit dieser Problematik erscheint einerseits notwendig, da der Umgang der Staatsmacht mit einer Minderheit zugleich auch Indikator der gesellschaftlichen Verhältnisse ist und andererseits Rückschlüsse auf mögliche antisemitische Komponenten der DDR Israelpolitik zulässt.

Noch 1948 wurde in einem Entwurf gegen antisemitische Propaganda, auf deren Grundlage Leo Zuckermann, beauftragt durch das Kleine Sekretariat der SED, einen Leitartikel im *Neuen Deutschland* verfassen sowie einen Rundfunkvortrag halten sollte,⁹¹¹ jeder Antisemit als „Feind der Arbeiterklasse, ein Feind der neuen demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone“, als „Feind des Friedens“ bezeichnet. Dennoch besaß bereits hier die Kritik am Antisemitismus eine deutlich antiwestliche Stoßrichtung, wobei Deutschland mittels „Wiederbelebung nazistischer Ideologie“ zu einem neuen Weltkrieg mobilisiert werden sollte, der ausschließlich den Interessen „der anglo-amerikanischen Geschäftemacher“ diene.

Bereits kurze Zeit später zogen die ersten dunklen Wolken am Horizont auch für Juden in der DDR auf. Obgleich die ersten im Dienste Stalins erfolgten Schauprozesse⁹¹² in Albanien, Bulgarien und Ungarn v.a. disziplinarischen Maßnahmen und personalpolitischer Ausrichtung von Kommunisten infolge der „Entlarvung“ westlicher Agenten diene, sollten Juden seit 1948 in der Sowjetunion nicht lange von repressiven Maßnahmen verschont bleiben. Ihnen

⁹⁰⁹ Als Überblick über die Geschichte der jüdischen Gemeinden in der SBZ und DDR sowie der repressiven Politik der DDR insbesondere bis 1956 siehe: Herf, J.: *Zweierlei Untergang*, S.130-193.; Mertens, L.: *Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990*, Hildesheim u.a. 1997 (=HASKALA – Wissenschaftliche Abhandlungen; Bd.18); Maser, P.: *Juden und Jüdische Gemeinden in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. v. Deutschen Bundestag, Bd. III/3. *Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR*. Baden-Baden 1995, S.1550-1597; Maser, P.: *Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988*, in: *TAJB* 20 (1991), S.393-426.

⁹¹⁰ Timm, A.: *Ein ambivalentes Verhältnis. Juden in der DDR und der Staat Israel*, in: Zuckermann, M. (Hg.): *Zwischen Politik und Kultur. Juden in der DDR*, Göttingen 2002, S.17. Timm vertrat ihre These mit Blick auf Wolffsohns *Deutschland-Akte* (Ders.: *Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden*, 2. Aufl. München 1996) und der mit ihm ausgetragenen Differenzen.

⁹¹¹ Vgl.: *Anlage zu Protokoll Nr.8 (Entschließung gegen die antisemitische Hetzpropaganda) der Sitzung des Kleinen Sekretariats am 28.2.1949*, in: *SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 3/8*, S.11f. (Diese ist abgedruckt im Dokumentenanhang bei Kessler, M.: *SED und Juden*, S.152f.)

⁹¹² Hierzu siehe Hodos, G.H.: *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954*, Frankfurt/New York 1988, v.a. S.24-65, S.101-115.

haftete der Makel des „Kosmopolitismus“ an, sie dienten angeblich als Agenten des Imperialismus, des Zionismus, des Bürgertums und unterhielten Kontakte zur „trotskistisch-jüdischen Bewegung“. Viele Juden in der Sowjetunion und in Osteuropa bezahlten den ihnen nachgesagten Makel mit ihrem Leben.

1949 wurde auch die DDR von einer ersten antisemitischen Welle eingeholt. So erhielten sämtliche Landesparteikontrollkommissionen infolge einer entsprechenden Anweisung des Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) im November des Jahres die Aufforderung, Verantwortungsträger in Partei, Staat und Wirtschaft zu überprüfen.⁹¹³ Bereits in diesem Kontext wurden Juden der Schweizer Emigrantengruppe als gesondert zu überprüfende Gruppe deklariert, da ihnen Spionagetätigkeit für die USA, nachgesagt wurde. Im Rahmen entsprechender Überprüfungen in Sachsen⁹¹⁴ von mehr als 4.500 Personen wurden bei verdächtigen Personen im Sinne der parteipolitischen Vorgaben Juden gesondert ausgewiesen. Juden oder Kommunisten mit Verbindungen zu Juden wurden von dieser ersten Säuberungswelle erfasst.

Leo Zuckermann⁹¹⁵ wurde z.B. 1951 gezwungen sein Amt als Leiter der Präsidialkanzlei Piecks aufzugeben. Nachfolger wurde Otto Winzer,⁹¹⁶ der ab 1965 als Außenminister der DDR fungierte und während dessen Leitung des Ministeriums Ostdeutschland eine eindeutige antiisraelische Politik verfolgte, die selbst vor Unterstützung der wegen terroristischer Methoden Aufsehen erregenden PLO und deren Ziel der Vernichtung Israels nicht halt machte. Lex Ende, bis 1949 Chefredakteur der SED-Zeitung *Neues Deutschland* oder Leo Bauer (Chefredakteur beim Deutschlandsender) wurden aus der SED ausgeschlossen, Rudolf Feistmann als außenpolitischer Redakteur der Zeitung wurde in den Uranbergbau strafversetzt und starb wenig später und Gerhart Eisler wurde zu Beginn des Jahres 1951 von seiner Funktion als Leiter des Amtes für Information entbunden.⁹¹⁷ Paul Merker, selbst kein Jude, vormals ebenso

⁹¹³ Vgl.: Keßler, M.: Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949 bis 1967), in: Keßler, M.: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1995 (=hefte zur ddr-geschichte; 26), S.34f.

⁹¹⁴ Vgl.: Goldenbogen, N.: „Säuberungen“ und Antisemitismus in Sachsen (1949-1953), in: Keßler, M. (Hg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S.126. Offensichtlich wirkte die SED auch nach der Wende als sozialer und „wissenschaftlicher“ Kitt. Der dem Artikel zugrunde liegende Vortrag Goldenbogens entstammt einer Konferenz die 1993 u.a. durch die „Historische Kommission“ beim Parteivorstand der PDS veranstaltet wurde. An dieser nahmen neben Goldenbogen u.a. auch Mario Kessler, Angelika Timm, Johannes Glasneck oder Wolfgang Kießling teil. Insofern erscheint es bemerkenswert, dass die Geschichtsschreibung eines solch sensiblen Themas, wie das von Judentum, Antisemitismus und Antizionismus in bzw. der DDR, durch ehemalige, der SED nahe stehende Personen nunmehr im Rahmen der „Historischen Kommission“ beim PDS-Parteivorstand behandelt wird.

⁹¹⁵ Zuckermann (damals Abteilung Landespolitik im Parteivorstand) war seinerzeit von Merker mit dem Textentwurf eines Wiedergutmachungsgesetzes für die SBZ beauftragt worden.

⁹¹⁶ Vgl.: Herf, J.: Zweierlei Untergang, S.158.

⁹¹⁷ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.113. Diese wenigen Menschen seien beispielhaft für einen größeren Personenkreis auch weniger bekannter Juden genannt.

wie Zuckermann in mexikanischem Exil, einer der bedeutendsten Fürsprecher einer ostdeutschen Wiedergutmachung für Juden und Befürworter der israelischen Staatsgründung⁹¹⁸ war 1950 aus der SED, zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium und Mitglied des Politbüros ausgeschlossen worden⁹¹⁹. Anlass für derartige repressive Maßnahmen bildete der Prozess in Ungarn gegen Noel Field. Dieser, amerikanischer Staatsbürger, zeitweilig für das State Department und später für den Unitarian Service für Westeuropa⁹²⁰ tätig, war in Ungarn wegen Spionageverdachts verhaftet worden. Juden und Kommunisten, die während ihres Exils in Staaten der „westlichen Hemisphäre“, so v.a. in der Schweiz oder in Mexiko gelebt hatten, fielen im Sinne Stalinscher Paranoia unter den Generalverdacht der Spionage, wobei diese Paranoia auch in der DDR sehr deutliche eigene Züge annahm.

Eine zweite antisemitische Welle holte die DDR im Kontext des Slánský-Prozesses⁹²¹ in der ČSR ein. Der Prozess gegen Slánský, ehemaliger Generalsekretär der KPČ, und dreizehn weitere Spitzenfunktionäre der Partei und Regierung fand vom 20.-27. November 1952 statt. Es wurde ausdrücklich auf die jüdische Herkunft der Mehrzahl der Angeklagten hingewiesen. Während des Prozesses wurden z.B. das angebliche zionistische Komplott, eine Verwicklung jüdischer Freimaurer, die Tätigkeit israelischer und amerikanischer Spione oder die des Joint Distribution Committee erörtert. Den Angeklagten wurde unterstellt, das Ziel verfolgt zu haben, Präsident Gottwald zu ermorden, die Regierung zu stürzen sowie das kapitalistische System in der ČSR einzuführen. Anfang Dezember 1952 wurden elf der verurteilten Personen erhängt, drei weitere erhielten lebenslange Freiheitsstrafen. Im Zusammenhang mit diesem Prozess wurden zwei israelische Staatsbürger in der ČSR, Shimon Ohrenstein, vormals für die Handelsabteilung der israelischen Vertretung tätig sowie Mordechai Oren, prominenter Vertreter der MAPAM, für ein Jahr inhaftiert. Der tschechoslowakische Gesandte in Israel, Eduard Goldstücker, wurde ebenso in Gewahrsam genommen. Die israelische Regierung war sich wie die jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten einig, den Prager Prozess mit all seinen antisemitischen bzw. antizionistischen Bekundungen zu verurteilen, ohne aber gleich-

⁹¹⁸ Vgl.: Kießling, W.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, Berlin 1995 (hefte zur ddr-geschichte; 25), S.17.

⁹¹⁹ In der Erklärung der ZPKK zu den Verbindungen ehemaliger deutscher Emigranten am 24.8.1950 wurde Merker zum Hauptschuldigen stilisiert. Vgl.: Kießling, W.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane, S.5.

⁹²⁰ Deren Dachorganisation war die Unitarian Church in den USA.

⁹²¹ Hierzu siehe z.B.: Dittmar, P.: DDR und Israel. Ambivalenz einer Nicht-Beziehung, in: DA 10 (1977), S.743ff.; Hodos, G.H.: Schauprozesse, insb. S.136-148 ;Kaplan, K.: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986, S.198-206 (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd.48); Maser, P.: Juden und Jüdische Gemeinden in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, insb. S.1556-1563; Rapoport, L.: Hammer, Sichel, Davidstern, insb. S.165-169; Šiška, M.: "Verschwörer, Spione, Staatsfeinde ..." Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, Berlin 1991, S.91-97.

zeitig den Antisemitismus der Kominform als identisch mit dem des Nationalsozialismus zu bewerten.⁹²²

Im Verständnis des ZK der SED wurde dem „amerikanischen Imperialismus“ mit der „Vernichtung der Slánskýbande“ in einem weiteren Land „die Basis für die Durchführung seiner Agentenaufträge entzogen“.⁹²³ Doch offensichtlich sollte auch die DDR von „jüdischen Agenten befreit“ werden.

Infolge einer entsprechenden Forderung der Sowjetunion wurde Erich Mielke, damals noch Staatssekretär des Ministeriums für Staatssicherheit, seitens der SED im Januar 1952 beauftragt, eine Kartei zum Zwecke der Registrierung aller Juden anzulegen – dieses Mal unter der Herrschaft einer anderen Farbe, aber wiederum auf deutschem Boden.⁹²⁴ Die ostdeutsche Überwachungsmaschinerie wurde in Gang gesetzt, jüdische Gemeinden beschattet. Im Zuge des Slánský-Prozesses sollten antisemitische Parolen und Vorgehensweisen noch an Schärfe gewinnen. Dies geht beispielsweise aus einem Brief der Abteilung Propaganda der *Leipziger Volkszeitung* an den Vorsitzenden der Israelitischen Religionsgemeinde in Leipzig, Helmut Lohser, vom 10. Dezember 1952 hervor, welcher die Bitte einer Stellungnahme zur Frage „des angeblichen Antisemitismus“ in der ČSR⁹²⁵ beinhaltete. In diesem hieß es: „Es kommt vor allem darauf an, die Agenten Israels, die Agenten des internationalen Zionismus und die Lüge vom „Antisemitismus“ in der ČSR zu entlarven.“⁹²⁶ Die These der Agenten des internationalen Zionismus erinnert dabei durchaus an die Legende der jüdischen Weltverschwörung und die „Protokolle der Weisen von Zion“.⁹²⁷ Der Antizionismus der DDR stellte eine antisemitische Variante und keines falls nur ein Instrument außenpolitischer Interessen der DDR im Nahen Osten dar. Antizionistische Propaganda der DDR und Antisemitismus wiesen gemeinsame Schnittmengen auf.⁹²⁸ Zeitlich parallel zur Vollstreckung der Todesurteile des Slánský -Prozesses wurde Paul Merker,⁹²⁹ dem Kontakte zu dem während des Prozes-

⁹²² Vgl.: DISR, Dok.440, S.849.

⁹²³ Direktive des Sekretariats des ZK der SED vom 9.1.1953 (=Anlage Nr.11 zum Protokoll Nr.2/53) vom 8. Januar 1953, in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 3/353, B1.56.

⁹²⁴ Vgl.: Groehler, O.: Antifaschismus und jüdische Problematik, S.16. Vgl. auch Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen. Das schwierige Verhältnis, S.187.

⁹²⁵ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.11, S.475.

⁹²⁶ Ebd.

⁹²⁷ Vgl.: Pfahl-Traugher, A.: Die Verbreitung der „Protokolle der Weisen von Zion“ nach 1945. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte einer antisemitischen Fälschung, in: *Judaica* 46 (1990), S.32-41.

⁹²⁸ Zum Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus siehe: Volkov, S.: Antisemitismus und Antizionismus: Unterschiede und Parallelen, in: Dies.: *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays*, München 1990, S.76-87.

⁹²⁹ Paul Merker wurde erst 1956 aus der Haft entlassen, mittlerweile gesundheitlich so geschädigt, dass er zwei Monate bettlägerig war. Während der Sitzung des Politbüros am 25.September 1956 wurde dessen Ausschluss aus der Partei aufgehoben und die Parteimitgliedschaft wiederhergestellt. Vgl.: Protokoll Nr.46/56 der Sitzung des Politbüros des ZK am 25.9.1956, in: SAPMO-BArch/ DY 30/ J IV 2/2/500. Zu Merker siehe auch: Herf, J.: *Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven*, in: VfZ

ses verurteilten André Simone (Otto Katz) zur Last gelegt wurden, durch das Ministerium für Staatssicherheit verhaftet. Während der Verhöre wurde er zu Verbindungen zum „Geschäftsträger des Staates Israel in der DDR“ [!], zu jüdischen Organisationen in der DDR, so auch zur „Organisation ‚Jüdische Gemeinde‘“, Kontakten zu Julius Meyer oder eventueller Mitgliedschaft in „jüdisch-zionistischen Organisationen“ befragt.⁹³⁰ Nach eigenen Angaben wurde Merker seitens des Ministeriums für Staatssicherheit und dem bei den Verhören anwesenden sowjetischen Vertreter unterstellt, selbst Jude zu sein. In einem Brief an die zentrale Parteikontrollkommission vom 1. Juli 1956 hieß es dazu: „Ich wurde von ihnen als „König der Juden“ und als „von den Juden gekauft“ bezeichnet. Meine Absicht sei es gewesen, „die DDR an die Juden zu verschachern“.⁹³¹

Am 6. Januar 1953 hieß es in einem Artikel der *Tägliche[n] Rundschau* unter Bezug auf den Slánský -Prozess: „Merker fälschte die aus den deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepressten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes um. In Wirklichkeit sind bei der Arisierung dieses Kapitals nur die Profite „jüdischer“ Monopolkapitalisten in die Hände „arischer“ Monopolkapitalisten übergewechselt.“⁹³² Gegen die Verstaatlichung dieses „arisierten“ jüdischen Kapitals, zumal es ja angeblich nur von Monopolkapitalisten stammte, schien die SED und die Regierung der DDR nichts einzuwenden. Man besaß keine Skrupel. Eine derartige Negierung geschichtlicher Realität und der Enteignung zahlreicher, v.a. wenig vermögender Juden, zum Teil im Vorfeld deren physischer Liquidierung, läuft auf eine nachträgliche Legitimierung nationalsozialistischer Verbrechen an Juden hinaus. Der hier zum Vorschein kommende Antisemitismus lässt sich auch hinter dem Schema der Klassenauseinandersetzung zwischen Arbeitern und „Monopolkapitalisten“ nicht leugnen, obgleich er in der DDR keine rassistische Begründung besaß. Vor dem Hintergrund derartiger Äußerungen erscheint es aber auch einleuchtend, weswegen die DDR – von Ausnahmen abgesehen – prinzipiell eine Kollektiventschädigung zugunsten Israels ablehnte (auch wenn sich hier mehrere Motive überlagerten und wechselseitig verstärkten).

42 (1994), S.635-667; Ders.: East German Communists and the Jewish Question. The Case of Paul Merker, Washington 1994.

⁹³⁰ Vgl.: Kießling, W.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane, S.19f.

⁹³¹ Brief Merkers an ZPKK des ZK der SED vom 1.7.1956, abgedr. bei Herf, J.: Antisemitismus in der SED, S.653.

⁹³² „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörertum Slánský“, in: Tägliche Rundschau am 6.1.1953, in: ISA/532/5-зп.

Das Resultat dieser Politik war eine im November 1952 einsetzende Fluchtwelle von Juden, v.a. über Westberlin, welche die jüdische Gemeinde in der DDR stark dezimierte.⁹³³ Zu den prominenten Flüchtlingen gehörten Leo Zuckermann ebenso wie der Präsident des Verbandes der jüdischen Gemeinden der DDR, Julius Meyer,⁹³⁴ die Vorsitzenden der israelitischen Religionsgemeinde in Leipzig, Lohser, Leo Löwenkopf in Dresden oder Günther Singer in Erfurt. Bereits im November waren der Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, Hans Heinrich Schrecker und der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung, Paul Baender, die beide Juden waren, verhaftet worden.⁹³⁵ Die Bekanntmachungen über die angebliche Verschwörung jüdischer Ärzte in der Sowjetunion zu Beginn des Jahres 1953⁹³⁶ ließ noch Schlimmeres erwarten.

Im Kontext der Judenverfolgungen in Osteuropa ist deren koordinierte Vorbereitung und der sowjetische Einfluss in den betreffenden Staaten nicht zu leugnen. Allerdings wurde die antisemitische öffentliche Argumentation und auch tatsächliche Verfolgung von Juden unmittelbar nach Stalins Tod in der Sowjetunion eingestellt. Kießling⁹³⁷ verweist wohl im Unterschied hierzu zurecht darauf, dass z.B. der „Fall“ Merker, der danach in alleiniger Zuständigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit lag, ebenso wie die Verhöre Merkers unvermindert fortgesetzt wurden, nur dass man hierfür nunmehr auch Offiziere niederer Dienstgrade einsetzte.

In der DDR sollten zukünftig nur noch wenige Juden ihre Heimat erblicken. Über die Hälfte von ihnen hatte bereits das Rentenalter erreicht und war zu alt, um sich anderswo eine neue Existenz aufzubauen. 1956 waren sieben Jüdische Gemeinden der DDR (außer Berlin) mit insgesamt 619 Mitgliedern im Verband Jüdischer Gemeinden organisiert, dessen Präsident, der Hallenser Hermann Baden, dazu parteilos, auf wenig Nächstenliebe in der SED stieß. Dabei wurde die Jüdische Gemeinde in Berlin, v.a. deren Vorsitzender Riesenburger boykottiert. Auch innerhalb der SED sah man, dass Riesenburger abgelehnt wurde, „weil er angeblich mit dem Staatsapparat bzw. dem Min.f. Staatssicherheit zusammenarbeitet.“⁹³⁸ konnte sich aber nicht mit einer derartigen Haltung anfreunden. Die Jüdischen Gemeinden

⁹³³ Nach Angaben bei Groehler (basierend auf amerikanischen Angaben) verließen bis Ende Januar 1953 450 Juden die DDR, seit 1945 ca. 2500. Vgl.: Groehler, O.: Antifaschismus und jüdische Problematik, S.19. Bis April 1953 wurden 527 Fluchtfälle registriert.

⁹³⁴ In den Akten der ZPKK wurden so auch dessen zwei 1949 durchgeführte Israelreisen und dessen Interesse der Frage einer deutschen Wiedergutmachung gegenüber in Israel lebenden Juden vermerkt. Vgl.: Herf, J.: Zweierlei Erinnerung, S.160.

⁹³⁵ Vgl.: Groehler, O.: Antifaschismus und jüdische Problematik, S.17.

⁹³⁶ Vgl.: DISR, Dok.449, S.869. Am 19. Januar 1953 beschäftigte sich eine eigens zu diesem Zweck einberufene Sitzung der Knesset mit der „anti-jüdischen Kampagne“ in der Sowjetunion.

⁹³⁷ Vgl.: Kießling, W.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane, S.21.

⁹³⁸ Aufzeichnung betr. Jüdische Gemeinden in der DDR vom Dezember 1956, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 14/249.

wurden nicht schlicht als Religionsgemeinschaft, sondern als gesellschaftlicher und politischer Faktor betrachtet. Nur wie sollten 619 Personen (abgesehen vom Sonderfall Berlin), über die Hälfte davon Rentner, die gesellschaftliche Ordnung der DDR gefährden können?

Die Haltung der DDR gegenüber Juden, aber auch dem Staat Israel, besaß sehr wohl antisemitische Züge. Juden wurden zwar nicht mehr aus rassistischen Motiven verfolgt, doch erschienen sie als „Agenten des Imperialismus“ suspekt und verfolgungswürdig. „Arisiertes“ Vermögen ging weitestgehend in volkseigenes Vermögen der DDR über. Die sogenannte Arierisierung jüdischen Vermögens – die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes – wurden so faktisch auf Kosten der Opfer durch die nachfolgende Diktatur der SED, wiederum auf deutschem Boden, anerkannt und legitimiert. Vor dem Hintergrund dieser Grundüberzeugung und Selbstgerechtigkeit mussten der SED die israelischen Wiedergutmachungsansprüche geradezu absurd erscheinen.

2.6. Die Suezkrise – „Turning Point“ der deutsch-israelischen Beziehungen?

Der Verlauf der Suezkrise als dem „turning point“ in der Geschichte des Nahen Ostens während des Untersuchungszeitraumes ist in der wissenschaftlichen Forschung intensiv untersucht worden,⁹³⁹ weswegen im Folgenden auf eine detaillierte ereignisgeschichtliche Schilderung verzichtet, stattdessen nach einer kurzen Zusammenfassung dieser, die Haltung beider deutscher Staaten gegenüber Israel im Kontext und in der unmittelbaren Folge der Krise fokussiert werden soll.

Am 26. Juli 1956 verstaatlichte Nasser den Suezkanal. Er verkündete, die durch die Verstaatlichung gewonnenen finanziellen Mittel für den Bau des Assuanstaudammes zu verwenden und gab die sowjetische Bereitschaftserklärung bekannt, das Projekt zu finanzieren, wenn Ägypten dies wünsche. Die im Juni durch Shepilov gemachte Zusage wurde am 24. Juli 1956 seitens des sowjetischen Botschafters in Kairo, Kiselev, bestätigt.⁹⁴⁰ Die Vereinigten Staaten hatten wenige Tage zuvor ihre Finanzierungszusage zum Bau des Assuanstaudammes zu-

⁹³⁹ Zur Politik der USA, UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs und Israels im Vorfeld und Kontext der Suezkrise als Auswahl siehe: Ben-Zvi, A.: *The United States and Israel. The Limits of the Special Relationship*, New York 1993, S.49-76; Orlov, A.: *Die Suezkrise: Ihre Rolle in der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation*, in: Heinemann, W./ Wiggershaus, N. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*, München 1999, S.219-233; Golani, M.: *Chief of Staff in Quest of War: Moshe Dayan Leads Israel into War*, in: *The Journal of Strategic Studies* 24 (2001), S.49-70; Levy, J.S./ Gochal, J.R.: *Democracy and Preventive War: Israel and the 1956 Sinai Campaign*, in: *Security Studies* 11 (2001), S.1-49; Mahr, H.: *Die Rolle Ägyptens in der amerikanischen und sowjetischen Außenpolitik. Von der Suezkrise bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967. Exkurs: Sadats Umkehr der Allianzen*, Baden-Baden 1993, S.106-142. Borowy, I.: *Diplomatie als Balanceakt*, Rostock 1998, insb. Bd.II, S.455-718; Petersen, T.T.: *The Middle East between the Great Powers. Anglo-American Conflict and Cooperation, 1952-1957*, Basingstoke u.a. 2000, S.65-107; Bar-On, M.: *The Gates of Gaza*; Oren, M.B.: *Origins of the Second Arab – Israel War. Egypt, Israel and the Great Powers 1952-56*, London 1992.

⁹⁴⁰ Vgl.: Mahr, H.: *Die Rolle Ägyptens*, S. 118.

rückgezogen, nachdem das Waffengeschäft zwischen Ägypten und der Tschechoslowakei bekannt geworden war⁹⁴¹ und Nasser China im Mai 1956 diplomatisch anerkannt hatte. Die Erklärung Nassers rief selbst in den arabischen Staaten Überraschung, in Großbritannien und Frankreich allerdings Empörung hervor. Worin lagen die Ursachen?

Ägypten seit 1922 formal souveränes Königreich, blieb bis Mitte der 50er Jahre de facto unter britischem Einfluss. Als Ägypten im Oktober 1951 den Vertrag von 1936 über die Stationierung britischer Truppen annullierte, zog Großbritannien seine Truppen nicht ab, sondern erhöhte dessen Stärke. Nachdem das Angebot der USA, die britischen Truppen durch NATO-Truppen zu ersetzen und Ägypten militärwirtschaftlich zu unterstützen, durch Nasser abgelehnt worden war, unterzeichneten Großbritannien und Ägypten 1954 ein Abkommen, durch das Großbritannien den Abzug seiner Truppen und Räumung sämtlicher Stützpunkte binnen 20 Monaten zusicherte. Im darauffolgenden Jahr lehnte Ägypten die Mitgliedschaft im Bagdadpakt ab. Zudem unterstützte es die Aufständischen in Algerien durch Waffenlieferungen. Während der Zenit politischen Einflusses Großbritanniens und viel sichtbarer Frankreichs im Nahen Osten längst überschritten war, drohte, abgesehen von der Beeinträchtigung konkreter politischer, wirtschaftlicher und geostrategischer Ziele beider Mächte, mit der Verstaatlichung des Suezkanals deren Gesichtsverlust in der Region. Zudem darf die Abhängigkeit der Energieversorgung Mittel- und Westeuropas von den Öllieferungen aus dem Nahen Osten,⁹⁴² die zu einem beachtlicher Teil durch den Suezkanal abgewickelt wurden und somit auch eine Grundlage für die Funktionsfähigkeit der NATO bildeten, nicht unterschätzt werden.⁹⁴³

Die erste (16.-23. August 1956) Londoner Konferenz von 22 Staaten, auf denen eine annehmbare Lösung zwischen den Streitparteien und Nutzern des Suezkanals gefunden werden sollte, scheiterte. Ägypten hatte seine Teilnahme an der Konferenz bereits im Vorfeld dieser abgelehnt. Den amerikanischen Kompromissvorschlag einer Internationalisierung des Suez-

⁹⁴¹ Bereits im November 1955 beschäftigte sich ein National Intelligence Estimate mit den Folgen der Waffenlieferungen an Ägypten. Die USA billigten im Sommer 1955 den ägyptischen Wunsch zum Kauf von u.a. 100 „medium tanks“. Das Abkommen wurde allerdings nicht realisiert, da Ägypten nicht die notwendigen finanziellen Mittel besaß. Anstatt dessen griff Ägypten auf ein sowjetisches Angebot vom Frühjahr 1955 zurück, welches noch 1955 mit der Tschechoslowakei (stellvertretend für die UdSSR) realisiert wurde. Diese Lieferungen stellten auch nach amerikanischen Einschätzungen die israelische qualitative und quantitative Überlegenheit mit Blick auf die der israelischen Luftwaffe zur Verfügung stehenden Flugzeuge in Frage und bedeuteten eine signifikante Reduzierung der quantitativen Überlegenheit hinsichtlich der Israel zur Verfügung stehenden Panzer. Das Abkommen mit der CSR beinhaltete auch die Ausbildung von ägyptischen Piloten. Allerdings war den USA der Mangel an Radar, Frühwarnung und guten Kommunikationssystemen in Ägypten bekannt. Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Ägypten in der Lage sein würde, seine neue Ausrüstung zu nutzen, erachteten die USA eine extreme Verwundbarkeit Ägyptens durch einen israelischen Angriff für wahrscheinlich. Siehe FRUS, 1955-1957, Bd.XIV, Dok.411, S.761ff.

⁹⁴² Vgl.: Borowy, I.: *Diplomatie als Balanceakt*, S.457 u. 479. Das amerikanische Foreign Petroleum Supply Committee (FPSC) erstellte deswegen einen Plan, wonach der Ausfall an Öllieferungen an die Verbündeten der USA in Europa infolge einer Blockade des Suezkanals durch erhöhte Produktion in Venezuela, Mexiko und den USA selbst innerhalb relativ kurzer Zeit ausgeglichen werden konnte.

⁹⁴³ Vgl.: Orlow, A.: *Die Suezkrise: Ihre Rolle in der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation*, S.219ff.

kanals und – auf Vorschlag von Dulles - der Gründung einer Nutzerselbstverwaltung (SCUA – Suez Canal User's Association) blieb ebenso erfolglos wie die zweite, seit 19. September 1956 erneut in London tagende, Konferenz.⁹⁴⁴

Aus israelischer Perspektive nahmen die Entwicklungen in den Nachbarländern, häufige Grenzüberfälle, die entsprechende israelische Vergeltungsschläge provozierten (z.B. Unternehmen Kinneret, Dezember 1955 oder Kalkilyah, Oktober 1956⁹⁴⁵), das Waffengeschäft zwischen der ČSR und Ägypten sowie die völlige Sperrung des Suezkanals⁹⁴⁶ für israelische Schiffe ein entsprechend bedrohliches Ausmaß an. Im Oktober 1955 unterzeichneten Ägypten und Syrien ein Militärbündnis und bildeten ein gemeinsames Oberkommando. Parallel schlossen Jordanien und Irak ein Militärbündnis ab und schufen einen gemeinsamen Ausschuss, der sich aus den Verteidigungsministern und Generalstabschefs zusammensetzte. Im April 1956 folgte die Unterzeichnung eines entsprechenden Dreierbündnisses zwischen Saudi-Arabien, Ägypten und dem Jemen. Im Oktober des Jahres verzichtete Jordanien, wo die Anhänger des ägyptischen Präsidenten bereits im Frühjahr die Oberhand gewonnen hatten, auf ihr Bündnis mit dem Irak und schlossen sich dem Dreierbündnis an. Bereits im März war der britische General Glubb überraschend des Oberkommandos der Arabischen Legion enthoben worden. Dies alles geschah in einer Situation, in welcher zwischen Israel und seinen Nachbarn keine Friedensverträge existierten und Nasser mit seiner Schrift „Die Philosophie der Revolution“ die Herrschaft über den arabischen, afrikanischen und islamischen „Kreis“ beanspruchte.⁹⁴⁷

Infolge der Geheimabsprachen von Vémars im Juni 1956, Saint-Germain-en-Laye im September und Sèvres im Oktober erwogen die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Israels eine gemeinsame, koordinierte militärische Aktion gegen Ägypten. Am 29. Oktober eröffneten die Israelis ihre Kampfhandlungen im Rahmen der Operation Kadesh. Infolge des hinsichtlich der Erfüllung zeitlich äußerst knapp bemessenen französisch-britischen Ultimatums vom 30. Oktober, in dem Israel und Ägypten u.a. zum Rückzug ihrer Truppen auf 10 Meilen Entfernung vom Suezkanal aufgefordert wurden, traten beide Staaten einen Tag später in die Kampfhandlungen ein. Infolge des Protests sowohl der USA, als auch der Sowjetunion, die selbst am 3. November zeitweilig zur Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn einmarschiert war, wurden die Kampfhandlungen bereits in der Nacht vom 6. zum 7. November ein-

⁹⁴⁴ Ausführlich zur Verhandlungsphase siehe: Borowy, I.: *Diplomatie als Balanceakt*, S.455-553. Zu den deutschen Positionen während dieser Phase siehe Berggötz, S.O.: *Nahostpolitik*, S.379-386.

⁹⁴⁵ Vgl.: Morris, B.: *Israel's Border Wars*, S.364-369 und S.397-402.

⁹⁴⁶ Zuvor hatte Ägypten bereits seine Stellungen in der Meerenge von Tiran verstärkt und somit de facto die Zufahrt israelischer Schiffe durch das Rote Meer nach Eilat versperrt. Vgl.: Wallach, J.L.: *Das internationale Krisenjahr 1956 und der Nahe Osten. Die israelische Sicht*, in: Heinemann, W./ Wiggershaus, N. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999*, S.186.

⁹⁴⁷ Vgl.: Wallach, J.L.: *Das internationale Krisenjahr 1956 und der Nahe Osten*, S.190.

gestellt. Israel zog seine Truppen bis Frühjahr 1957 ab, nachdem die United Nations Emergency Forces (UNEF) unter dem Oberbefehl des kanadischen Generalleutnant Burns eine Pufferzone zwischen Ägypten und Israel gebildet hatten. Diese verlegten auch eine Garnison nach Sharm el-Sheikh und sicherten Israel, für das der Suezkanal auch weiterhin gesperrt blieb, somit die freie Durchfahrt durch die Meerenge von Tiran.⁹⁴⁸ Aus der Suezkrise gingen beide Großmächte gestärkt hervor. Der seit Beginn des Zerfalls des westlichen Kolonialsystems schwelende Kampf um die Aufteilung der Interessensphären im entstehenden und bereits vorhandenen politischen Vakuum in Afrika und Asien zwischen den USA und der UdSSR, wurde im Anschluss an die Suezkrise hinsichtlich der Region des Nahen Ostens nun auch für jedermann sichtbar und verstärkt.

2.6.1. Partnerschaft trotz Krise – Bundesrepublik und Israel im Kontext der Suezkrise

Die Suezkrise tangierte die politischen und v.a. wirtschaftlichen Interessen auch der Bundesrepublik direkt.⁹⁴⁹ Diese wurde infolge der Botschafterkonferenz in Istanbul im April 1956, auf der sich die anwesenden Diplomaten auf eine Ausweitung des Engagements der Bundesrepublik in der Region geeinigt hatten, durch die Krise überrascht. Andererseits besaß auch die Bundesrepublik unmittelbares wirtschaftliches Interesse an einer freien Durchfahrt durch den Suezkanal. Zwar passierten diesen jährlich lediglich 377 Schiffe unter deutscher Flagge, wobei deren Fracht nur 2,5% des deutschen Außenhandels entsprach. Allerdings wurde ein Großteil deutscher Waren unter fremden Flaggen durch diese Wasserstraße transportiert. Der gesamte Außenhandel der Bundesrepublik mit den östlich des Suezkanals gelegenen Staaten der Region verlief durch diesen. Das Volumen dieses Warenverkehrs, 1955 etwa im Wert von rund 6 Mrd. DM, entsprach ca. 12 % des deutschen Außenhandels.⁹⁵⁰

In seiner Erklärung vor der Londoner Suezkanal-Konferenz am 17. August 1956 forderte Außenminister von Brentano die Gewährleistung der freien Durchfahrt durch den Kanal auf der Basis einer internationalen Vereinbarung. Diese sollte auf die Prinzipien der Konvention von Konstantinopel von 1888 gegründet sein.⁹⁵¹ Eine entsprechende mit den VN assoziierte

⁹⁴⁸ Vgl.: Orlow, A.: Die Suezkrise: Ihre Rolle in der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation, S.230f; Wallach, J.L.: Das internationale Krisenjahr 1956 und der Nahe Osten, S.194f.

⁹⁴⁹ Zur Haltung der Bonner Regierung im Kontext der Suezkrise siehe: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.374-403; Pfeiffer, R.: Ein erfolgreiches Kapitel bundesdeutscher Außenpolitik: Die Adenauer-Regierung und die Suezkrise von 1956, in: HMRG 13 (2000), S.213-232; Die Haltung der Bundesregierung gegenüber Israel betrachtend siehe Hansen, N.: Schatten S.441-453; Trimbur, D.: American Influence on the Federal Republic of Germany's Israel Policy, 1951-1956, S.277-289.

⁹⁵⁰ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.375f.

⁹⁵¹ Diese garantierte, dass den Handelsschiffen aller Nationen der Verkehr durch den Kanal in Friedens- wie in Kriegszeiten freistand. Die USA unterzeichneten die Konvention nie.

Institution sollte in den Augen von Brentano das Prinzips der freien Durchfahrt durch den Kanal sicherstellen.⁹⁵²

Infolge des Eintritts Großbritanniens und Frankreich in die Kampfhandlungen in Ägypten, stellte sich für das Auswärtige Amt die Frage nach angemessener außenpolitischer Reaktion. Nach Ansicht des Amts hätten sich, nachdem zunächst Israel als internationaler Störenfried galt, auch diese beiden Staaten in eine ähnliche Situation hineinmanövriert. Von zentraler Bedeutung für das Verhalten der Bundesrepublik wurde allerdings die Frage der Auswirkungen der Suezkrise auf die Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik erachtet. Basis dieser war allerdings die Positionierung gegen den „sowjetischen Imperialismus in Mitteleuropa“, zuletzt sichtbar in Ungarn. Deswegen, zumal man nicht „atlantischer“ als die USA zu sein brauchte, sollte aus Sicht des Auswärtigen Amts das „machtpolitische Übergreifen anderer Mächte“ nicht unterstützt werden. Gegenüber den Konfliktparteien sollte ein neutrales Verhalten an den Tag gelegt werden. Negativ bewertete das Auswärtige Amt den Umstand, dass der antisowjetische Trend infolge des Vorgehens der UdSSR in Ungarn, durch die anglo-französische Suezpolitik in Frage gestellt wurde, da sich „nicht nur die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik machtpolitischer Methoden“ bediente.⁹⁵³

Aus Anlass der Suezkrise schrieb der israelische Premierminister seinen ersten persönlichen Brief an den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer. In diesem bezog sich Ben Gurion auf ihm vorliegende Informationen, wonach die Bundesrepublik wegen der Auseinandersetzung zwischen Israel und Ägypten aus Gründen der Neutralität die Fortsetzung der vereinbarten Lieferungen, die auf dem Luxemburger Abkommen beruhten, überdenken werde. So umriss der israelische Premier die Verwendung der Lieferungen für den Aufbau des Staates sowie die Integration von Neueinwanderern. Ferner appellierte er an den Edelmut Adenauers sowie die moralische und materielle Bedeutung des Abkommens. Abschließend bekundete Ben Gurion sein Vertrauen in Adenauer, dass auch weiterhin dank dessen Hilfe der Aufbau Israels weitergehen werde und die aktuelle Krise keinen Einfluss hierauf ausüben werde.⁹⁵⁴

Aber nicht nur in Israel, sondern auch in deutschen Bankkreisen bestand eine gewisse Beunruhigung darüber, dass die Zahlungen aus dem Luxemburger Abkommen eingestellt werden könnten. So informierte der Vertraute Adenauers und Präsident des Bundesverbandes

⁹⁵² Vgl.: Erklärung des Bundesaußenministers am 17.8.1956, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 21.8.1956, Nr.155, S.1489.

⁹⁵³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.128, S.411f.

⁹⁵⁴ Ebd., Dok.129, S.413f. Die englischsprachige Version des Briefes befindet sich in: BA, B 136, Bd.3635.

deutscher Banken, Robert Pferdmenges,⁹⁵⁵ Ministerialdirektor van Scherpenberg (AA) über die Befürchtungen der Banken. Die mit dem Luxemburger Abkommen befassten Institute bevorschussten die Zahlungen allgemein um einige Monate im Voraus, woraus Forderungen der Banken gegenüber der Israel-Mission von 40 bis 50 Mio. DM entstanden seien. Van Scherpenberg bestätigte Pferdmenges gegenüber, dass das Auswärtige Amt die Frage, inwieweit die Durchführung des Luxemburger Abkommens angesichts der außenpolitischen Lage fortgesetzt werden kann, prüfe. Eine Entscheidung darüber stand jedoch noch aus.⁹⁵⁶

Eine solche Äußerung bedarf allerdings unbedingt einer Relativierung dahingehend, als dass weder der Bundeskanzler selbst, noch der Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Grewe, eine negative Auswirkung der Krise auf das Luxemburger Abkommen in Aussicht stellten. Weder die genannten Personen noch der Pressesprecher der Bundesregierung, von Eckardt, erwog ernstlich eine auch nur geringfügige Veränderung hinsichtlich der Durchführung des Luxemburger Abkommens - eine Haltung, die sich letztlich auch bestätigte. Darüber hinaus vertrat die Bundesregierung in einem Rundschreiben an alle deutschen Vertretungen, dass sie keine Veranlassung sehe, die aktuelle Krise im Nahen Osten mit dem Luxemburger Abkommen in Verbindung zu bringen. Allerdings war die Herstellung von Zusammenhängen zwischen der französischen und englischen Intervention in Ägypten sowie der Situation in Ungarn, wie dies durch die Presse geschah, in den Augen Grewes im Zusammenhang mit der Wiedervereinigungsfrage von Bedeutung.⁹⁵⁷

Bereits am 5. November 1956 setzte Adenauer das Kabinett über den Brief Ben Gurions sowie seine Antwort in Kenntnis, wonach die normale Abwicklung des Luxemburger Abkommens durch die Entwicklungen im Rahmen der Suezkrise nicht gefährdet sei. Die klare Stellungnahme des Bundeskanzlers schuf in den an der Abwicklung des Abkommens beteiligten Lieferanten- und Bankenkreisen die Klarheit, welche für eine Beruhigung der Situation erforderlich und auch wirksam war.⁹⁵⁸

Ogleich Bundeskanzler und auch leitende Beamte des Auswärtigen Amts eine Einstellung der Leistungen gegenüber Israel entsprechend des Luxemburger Abkommens ausschlossen, existierten hier und da Personen, die diese Möglichkeit durchaus ernsthaft erwogen. So informierte z.B. der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Wilhelm Mellies, den Leiter der Israel-Mission in Köln, Shinnar, in einem Gespräch Ende November

⁹⁵⁵ Zur Rolle von Robert Pferdmenges als Vertrauter Konrad Adenauers sowie seine Tätigkeit für das Bankhaus Oppenheim und die deutsche Wirtschaft im allgemeinen siehe: Silber-Bonz, C.: Pferdmenges und Adenauer. Der politische Einfluss des Kölner Bankiers, Bonn 1997, insb. S.52-67.

⁹⁵⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.131, S.416.

⁹⁵⁷ Ebd., Dok.133, S.418.

⁹⁵⁸ Ebd., Dok.134, S.420 sowie Kabinettsprotokolle 1956, Sondersitzung 5.11.1956, S.682f.

1956 vertraulich, dass zu Beginn der Kampfhandlungen während der Suezkrise einige Mitglieder des SPD-Parteivorstandes Maßnahmen zur Unterbrechung der Leistungen gegenüber Israel entsprechend dem Luxemburger Abkommen vorgeschlagen hätten. Dieser Gedanke sei, so Mellies, auf eigene Faust der entsprechenden Personen vorgebracht und ohne Diskussion abgelehnt worden. Darüber hinaus unterbreitete derselbe Personenkreis einen Vorschlag, wonach die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, die Zahlungen entsprechend des Luxemburger Abkommens bis zur Klärung der Lage bei der UNO zu hinterlegen.⁹⁵⁹ Ollenhauer selbst, der sich zeitlich parallel zur Suezkrise anlässlich des Kongresses der Sozialistischen Internationale in Bombay im Rahmen einer längerfristigen Asienreise aufhielt, traf sich am Rande der Konferenz mit der israelischen Delegation, die durch den ehemaligen Premierminister Sharett angeführt wurde. Andererseits beendete er seine Asienreise aber vorzeitig und leistete einer bereits im Vorfeld des Treffens ausgesprochenen Einladung zu einem Besuch in Israel 1956 nicht mehr Folge.⁹⁶⁰

Anhand der vorliegenden Quellen kann nicht nachgewiesen werden, dass die amerikanische Regierung ernsthaft erwogen hätte, die Bundesregierung zur Einstellung ihrer Lieferungen gegenüber Israel entsprechend des Luxemburger Abkommens zu drängen.⁹⁶¹ Gerüchte, wonach die amerikanische Regierung prüfe, der Bundesregierung die Einstellung dieser Lieferungen nahezu legen, konnten durch die deutsche Botschaft in Washington nicht bestätigt werden.⁹⁶² Die USA distanzieren sich jedoch von jeglichen direkten Lieferungen von Kriegsmaterial an Staaten des Nahen Ostens, die unmittelbar an dem Konflikt beteiligt waren.⁹⁶³

Jedoch regten sich auch massive Proteste gegen die neutrale Politik der Bundesregierung sowie deren unveränderte Haltung gegenüber Israel. Am 19. November 1956 überreichte die

⁹⁵⁹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.136, S.423f.

⁹⁶⁰ Vgl.: Dpa-Meldung vom 7.11.1956, in: AdsD, NL Ollenhauer, Bd.472. Weiterhin: dpa-Meldung vom 5.12.1956, in: AdsD, NL Ollenhauer, Bd.476. Ollenhauer brach seine Reise vorzeitig mit der Begründung, zahlreichen politischen Verpflichtungen nachkommen zu müssen, ab, weswegen die geplanten Besuche im Iran, in der Türkei sowie Israel nicht stattfanden. Ollenhauer besuchte Israel dafür im März 1957. Das Besuchsprogramm seiner Reise siehe AdsD, NL Ollenhauer, Bd. 490.

⁹⁶¹ In diesem Sinne auch Trimbur, der keinen auf die Bundesrepublik ausgeübten Druck seitens der USA anhand der vorliegenden Quellen auszumachen vermag. Trimbur, D.: *American Influence on the Federal Republic of Germany's Israel Policy, 1951-1956*, S.281.

⁹⁶² Vgl.: Fernschreiben Washington an AA vom 17.11.1956, in: PA/AA, B 62, Bd.136. Allerdings erblickte Dulles in einer solchen – wenn auch nicht ernstlich beabsichtigten – Drohung ein psychologisch wirksames politisches Druckmittel. „Outside of the US Israel gets its greatest help from Germany which is not a member of the UN. The Sec [Secretary of State; C.L.] spoke to Krekeler this a.m. who said his govt [the German government, C.L.] does not want to cut it off. The Sec said that he knows that but they could make them get nervous and Krekeler said he would cable them.” FRUS, 1955-1957, Bd. XVII Dok.110, S.199. Dulles übersah hier, dass derartige psychologische Spielereien in Anbetracht der deutsch-jüdischen Vergangenheit und dem bestehenden Vertrauensdefizit mehr als unangebracht waren.

⁹⁶³ Ausführlich zum Verhältnis zwischen Israel-Lobby in den USA und der amerikanischen Regierung während der Suezkrise siehe: Grobe, S.: *Amerikas Weg nach Israel*, S.252-295.

Ägyptische Botschaft dem Auswärtigen Amt eine Note. Gleichlautende Noten erhielt das Auswärtige Amt weiterhin von den diplomatischen Vertretungen Jordaniens, Libanons, Iraks, Jemens, Syriens sowie Sudans. Ägypten protestierte mittels der Note gegen die Lieferung von Waren an Israel im Rahmen des Luxemburger Abkommens, wodurch Israel direkt und indirekt in die Lage versetzt worden wäre, seine militärische Stärke aufzubauen. Die arabischen diplomatischen Vertretungen waren beim deutschen Außenminister zuletzt am 5. November 1956 vorstellig gewesen. Nach Ansicht der arabischen Staaten würde die Bundesregierung ihre Freundschaft zu den arabischen Staaten stärken und zum Frieden im Nahen Osten beitragen, wenn sie ihre Lieferungen gemäß des Luxemburger Abkommens nicht fortsetze.⁹⁶⁴

Das Auswärtige Amt beantwortete die Noten sowie die gleichlautenden Noten der o.g. Staaten am 21. Dezember 1956. In dieser Note verwies es darauf, dass das Luxemburger Abkommen lediglich Vorgänge berührte, welche der Vergangenheit angehörten und nur das deutsche und jüdische Volk betrafen. Ohnehin sollten im Rahmen dieses Abkommens entsprechend nur Waren an Israel geliefert werden, die der friedlichen Entwicklung des Staates Israel dienten, wobei sich die Bundesrepublik – so das Auswärtige Amt – diesem Abkommen aus moralischen und politischen Gründen zum Zeitpunkt des Abschlusses bzw. der Ratifizierung nicht habe entziehen können. Das Auswärtige Amt machte ferner deutlich, dass die Durchführung des Luxemburger Abkommens in keinem Zusammenhang mit der Suezkrise stehe und die bereits bekundete Neutralität Deutschlands gegenüber den Streitparteien auch weiterhin Gültigkeit besitze.⁹⁶⁵

Die Bundesrepublik ließ die arabischen Staaten somit hinsichtlich der weiteren Durchführung des Abkommens nicht im Geringsten im Unklaren. Allerdings erscheint eine Formulierung, die betonte, dass sich die Bundesrepublik der Unterzeichnung des Vertrages mit Israel 1952 nicht entziehen konnte, an der Freiwilligkeit Deutschlands zweifeln, diesen Vertrag aus eigener Motivation und in voller Übereinstimmung mit dessen Inhalt unterzeichnet zu haben. Derartige Zweideutigkeit in der Wortwahl dürfte in den arabischen Staaten wiederum zu Spekulationen geführt haben, die letztlich einer Annäherung der Konfliktparteien im Nahen Osten mittelfristig mehr schadete als nutzte.

Am 20. November 1956 antwortete Bundeskanzler Adenauer auf den Brief Ben Gurions. In diesem äußerte er sein großes Interesse an der Erhaltung des Friedens. Vor allem bekundete er den Wunsch, die Entwicklungen im Nahen Osten nicht hinsichtlich noch größerer Krisen

⁹⁶⁴ Vgl.: Schreiben mit beiliegender Note vom 19.11.1956 von Frowein (206-244-13 E/ 13476/56), AA, an BWM, von Mahs, vom 14.12.1956, in: BA, B 102, Bd.58970.

⁹⁶⁵ Vgl.: Schreiben mit beiliegender Note vom 21.12.1956 von Frowein (206-244-13 E/ 13476/56¹), AA, an BWM, von Mahs, vom 18.1.1957, in: BA, B102, Bd.58970.

eskalieren zu lassen. Eine aufrichtige und dauerhafte Befriedung der Region bildete seiner Ansicht nach für Israel die wichtigste Grundlage, um das Aufbauwerk fortzusetzen. Mit „Genugtuung“ attestierte Adenauer dem Luxemburger Abkommen einen wichtigen Beitrag zum Aufbau Israels und äußerte die Hoffnung, dass dies in Zukunft weiter so sein werde. Entgegen vereinzeltten Meldungen kurz nach Beginn der Krise, stellte die Bundesregierung die Durchführung des Abkommens nicht in Frage.⁹⁶⁶

Wodurch wurde diese Haltung der Bundesrepublik motiviert? Zunächst zeigte Adenauer Verständnis dafür, dass Israel Ägypten angegriffen hatte. Diese Handlung sei angesichts des Hochrüstens der ägyptischen Luftwaffe durch die Sowjetunion aus reinem „Selbsterhaltungstrieb“⁹⁶⁷ heraus verständlich gewesen. Andererseits hatten die USA zwar gegenüber Israel auf den Schutz dieses Staates durch die 6. US-Flotte im Mittelmeer hingewiesen. Aber Adenauer sah die Realitäten nüchtern. Denn tatsächlich hatte die 6. Flotte nicht sichtbar beruhigend auf die Krise gewirkt, sondern hauptsächlich bei Neapel und anschließend bei Zypern gelegen.⁹⁶⁸ Angesichts des Kalten Krieges darf zurecht spekuliert werden, ob der permanente amerikanische Verweis, Israel könne sich im Ernstfall hinsichtlich seiner eigenen Sicherheit auf die 6. US-Flotte im Mittelmeer verlassen, wirklich ernst zu nehmen war.⁹⁶⁹ Einerseits bemühte sich Israel mehrere Jahre lang vergebens um eine amerikanische Sicherheitsgarantie. Andererseits erscheint es fragwürdig, ob die USA wegen der Sicherheit Israels eine direkte militärische Konfrontation mit der Sowjetunion riskiert hätten. Ebenfalls Verständnis für das israelische Verhalten zeigte Herbert Blankenhorn. Seiner Ansicht nach erweckten die wachsende Umklammerung Israels, die militärischen Vorbereitungen und aggressiven Äußerungen der arabischen Regierungen in den Nachbarstaaten durchaus den Eindruck, wonach lediglich ein Präventivkrieg die Vernichtung Israels aufhalten konnte.⁹⁷⁰ Hinsichtlich der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des französischen und englischen Vorgehens äußerte sich Blankenhorn jedoch eher ambivalent.

⁹⁶⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.135, S.422.

⁹⁶⁷ Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957, hg. von G. Buchstab, Düsseldorf 1990, S.1113 (= *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte*, Bd.16).

⁹⁶⁸ Ebd.

⁹⁶⁹ Noch am 19.11.1957 verwies der amerikanische General Alfred Gruenther gegenüber Reuven Shiloah auf den amerikanischen Schutz Israels durch die 6. Flotte im Mittelmeer. Shiloah hatte Gruenther zuvor die Koordination Israels mit der 6. Flotte vorgeschlagen. Als er jedoch das Gespräch auf die Frage einer Lieferung von U-Booten an Israel lenkte, bekam Shiloah die o.g. Antwort des ehemaligen SACEUR. Die Frage einer eventuellen Assoziation Israels zur NATO beurteilte der General äußerst zurückhaltend. Vgl.: Levey, Z.: *Israel and the Western Powers*, S.91.

⁹⁷⁰ Vgl.: Blankenhorn, H.: *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979*, Frankfurt a.M. u.a. 1980, S.257.

Auch Adenauer differenzierte zwischen den französischen und englischen Motiven der Aktion. Nasser unterstützte die algerischen Aufständischen mit Waffen.⁹⁷¹ Auch war die britische Wirtschaft, deren Handels- und Kriegsflotte abhängig vom Öl des Nahen Ostens. Eingeschränkt galt dies auch für Frankreich. Allerdings äußerte Adenauer sehr wenig Verständnis dafür, dass Großbritannien 1954 freiwillig die Suezkanalzone geräumt habe. Zudem attestierte der Bundeskanzler den Vereinigten Staaten eine miserable Politikführung. So entsprach nach seiner Ansicht die plötzliche Ablehnung des Kredites für den Bau des Assuanstaudammes durch die USA, aber auch Großbritannien, einen der schwersten Fehler, der in der Region überhaupt begangen werden konnte.⁹⁷² Adenauer betrachtete das Hineindrängen der Sowjetunion in den Nahen Osten mit zunehmendem Argwohn. Das Hauptziel der Sowjetunion, selbst Einfluss im Mittelmeerbereich zu gewinnen, war seiner Auffassung nach aber abgewehrt worden. Insgesamt übte der Bundeskanzler an den USA harsche Kritik. Deren Außenpolitiker besaßen demnach zu wenig Kenntnisse über andere Völker. Botschafter aus reichen Kaufmannshäusern, aus Bankiers- oder Gelehrtenkreisen waren in Adenauers Augen nicht automatisch Personen mit ausreichendem Sachverstand.⁹⁷³

Entspannungspolitische Offerten oder der im Juli 1956 publik gemachte Radford-Plan,⁹⁷⁴ der eine Verringerung der in Europa stationierten US-Streitkräfte um 800.000 Mann ankündigte, verstärkte das Misstrauen Adenauers gegenüber dem atlantischen Bündnispartner v.a. mit Blick auf das Junktim von Sicherheitsvereinbarungen und deutscher Wiedervereinigung. Der Kanzler reagierte auf eine Politikführung der USA im Nahen Osten, die aus seiner Sicht der Sowjetunion nur neuen Geländegewinn verschaffte, verständlicherweise um so bissiger. Trotz der Suezkrise und heftiger Diskussion in der Bundesrepublik hinsichtlich des geplanten Besuches des Bundeskanzlers in Frankreich, hielt sich Adenauer auf dem Höhepunkt der Krise am 6. November 1956 bei dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet in Paris auf. Das Festhalten Adenauers an dem geplanten Besuch entsprach durchaus seiner realen Einschätzung der Lage in Nahost, der Bewertung des französischen Anteils an der Militärintervention, dem Unverständnis gegenüber der amerikanischen Nahostpolitik, dem eigenen Anspruch auf eine adäquate Rolle der Bundesrepublik im internationalen Staatensystem und der deutschen Interessenwahrung im Nahen Osten. Für Adenauer konnte eine Zunahme deutschen

⁹⁷¹ Vgl.: Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“, S. 1110.

⁹⁷² Vgl.: Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“, S. 1110-1113; Adenauer, K.: Teegespräche 1955-1958, hg. von R. Morsey u. H. P. Schwarz, Berlin 1986, S.164f.; Kabinettsprotokolle 1956, Sitzung 5.11.1956, S.682f.

⁹⁷³ Herbert Blankenhorn sprach sogar dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower die Fähigkeit ab, wegen mangelnder geistiger und physischer Kräfte der Verantwortung, welche die amerikanische Weltmacht zu tragen habe, nicht gewachsen sei. Vgl.: Blankenhorn, H.: Tagebuch, S.258.

⁹⁷⁴ Der Bundeskanzler hatte während seines Washington Besuches im Juni 1956 keinerlei Hinweise auf diesbezügliche Planungen erhalten. Siehe hierzu auch Pfeiffer, R.: Ein erfolgreiches Kapitel, S.213f.

Prestiges und Einflusses in der Welt nur in Form einer europäischen Einigung und zusammen mit Frankreich erreicht werden. Einige Monate vor Abschluss der Römischen Verträge dachte Adenauer nicht daran, dieses Projekt trotz so mancher Differenzen im Detail, z.B. im Zusammenhang mit Gesprächen Erhards in Paris Ende Oktober 1956, wegen der Suezkrise zu gefährden.⁹⁷⁵

Außenminister Brentano äußerte sich zu Israel und dem Suezkanalkonflikt am 13. Dezember 1956 vor dem NATO-Rat. So legte er dar, dass die Bundesregierung ernsthaft bezweifelte, ob eine wirkliche Chance für einen Friedensvertrag zwischen Israel und den arabischen Staaten vorhanden sei. So spiele die israelische Furcht um nationale Existenz eine entscheidende Rolle, zumal auf arabischer Seite jede psychologische Bereitschaft zum Ausgleich fehlte. Sehr weitsichtig und bis heute gültig, erkannte die Bundesregierung das Prinzip, dass als Vorbedingung der Lösung wichtiger Fragen wie des Flüchtlingsproblems oder der Frage der Wasserrechte (Jordan), das Sicherheitsproblem gelöst werden musste. Der aktuelle Suezkanalkonflikt sollte nach Ansicht der Bundesregierung unter der Ägide der Vereinten Nationen gelöst werden. Weiterhin solle eine Vereinbarung angestrebt werden, die fremden Mächten die Lieferung von Kriegsmaterial an die arabischen Staaten und Israel untersagte – angesichts der gescheiterten Politik der Westmächte in der Folge der Dreimächteerklärung von 1950 wohl eine utopische Forderung. Prinzipiell sollte in den Augen von Brentanos dem sowjetischen Vordringen in die Region mit friedlichen Mitteln begegnet und die dortigen Staaten als wirtschaftliche Partner anerkannt werden. Rechtzeitige wirtschaftliche Opfer wogen von Brentano zufolge dabei niemals so schwer, wie die Kosten kriegerischer Verwicklungen und deren Folgen.⁹⁷⁶

Aber was sprach nun für eine Fortsetzung und gegen eine Unterbrechung oder gar einen Abbruch der deutschen Warenlieferungen an Israel im Rahmen des Luxemburger Abkommens?

Ein Abbruch der deutschen Warenlieferungen, die ihrerseits vital für Israel waren, hätte der Bundesrepublik Deutschland aus rein außenpolitischen Gesichtspunkten bedeutend mehr Schaden zugefügt als Nutzen eingebracht und darüber hinaus durchaus von einer gewissen Engstirnigkeit in der Beurteilung der internationalen Beziehungen gezeugt. Einerseits bekundete die Bundesrepublik mit der ungestörten Fortsetzung der Leistungen ihre Vertragstreue. Die moralische Aufwertung, welche die Bundesrepublik durch das Luxemburger Abkommen erhalten hatte, wäre durch einen Abbruch der Warenlieferungen jedoch in ein schiefes Licht

⁹⁷⁵ Ausführlich zu Adenauers Besuch in Paris am 6.11.1956 und zu dessen Kritik siehe Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.395-399.

⁹⁷⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.137, S.424-429.

geraten. Das Auswärtige Amt, wie auch der Bundeskanzler signalisierten einerseits mit der Verbalnote an die arabischen Staaten und andererseits mittels des Briefes an Ben Gurion, dass die Bundesrepublik aus Anlass der Suezkrise durch koordinierten politischen Druck seitens der arabischen Staaten nicht beliebig erpressbar war. Sie bestätigte weiterhin ihre öffentlich verkündete neutrale Haltung gegenüber den Streitparteien der Suezkrise, indem sie keiner dieser, weder Israel noch Ägypten, eine bevorzugte Behandlung zuteil werden ließ. Gerade diese Politik der Stärke, verschaffte der Bundesrepublik Deutschland in der Folge der Suezkrise eine sehr gute außenpolitische Startposition in der Region. Durch den vehementen Einflussverlust Großbritanniens, aber auch Frankreichs im Nahen Osten, gewann die Bundesrepublik an enormer Bedeutung für die dortige Position der westlichen Hemisphäre. Die arabischen Staaten besaßen nach wie vor wirtschaftliches Interesse am Westen. Deutschland war geradezu prädestiniert, auf diese Interessen zu reagieren. Ein Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zum Luxemburger Abkommen und den entsprechenden Leistungen an Israel, kostete sie angesichts des politischen Gewinns keine herausragenden Preise. Vielmehr hätte eine entgegengesetzte Entscheidung, dem Ansehen der Bundesrepublik nicht nur in Israel, sondern auch in den arabischen Staaten geschadet. Angesichts des bestehenden kriegerischen Zustandes zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten sowie der arabischen Noten hätte ein Eingehen auf die dortigen Forderungen ein Schwächezeichen einer, wenn auch letztlich begrenzten, deutschen souveränen Außenpolitik signalisiert.

Ein direktes amerikanisches Drängen hinsichtlich einer Einstellung der deutschen Warenlieferungen an Israel im Rahmen des Luxemburger Abkommens kann anhand der vorliegenden Quellen nirgends nachgewiesen werden. Zudem unterhielt Frankreich auch weiterhin seine in dieser Zeit noch engen außenpolitischen Beziehungen zu Israel. Wäre in einer solchen Situation, die Aufkündigung des Luxemburger Abkommens sinnvoll gewesen?

Abgesehen davon besaß die durch die Bundesrepublik getroffene Entscheidung auch innenpolitisches Gewicht. Von den durch das Luxemburger Abkommen getätigten staatlichen Investitionen, profitierte nicht nur Israel, sondern auch die deutsche Wirtschaft. Nicht nur in den deutschen Bankenkreisen, wie o.g. gezeigt, sondern auch im Bereich der Industrie dürfte die Entscheidung der Bundesrepublik für so manche Erleichterung gesorgt haben. Zudem unterstützte die Bundesregierung mit der Fortsetzung ihrer Lieferung gemäß Luxemburger Abkommen Ben Gurion innenpolitisch, dessen auf eine Annäherung an die Bundesrepublik ausgerichtete Außenpolitik in Israel selbst alles andere als unstrittig war, erst recht, nachdem Bonn im Frühjahr 1956 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen abgelehnt hatte.⁹⁷⁷

⁹⁷⁷ In diesem Sinne auch Pfeiffer, R.: Ein erfolgreiches Kapitel, S.232.

Die Interpretation Jelineks,⁹⁷⁸ wonach die loyale Haltung Adenauers gegenüber der Fortsetzung der Leistungen aus dem Luxemburger Abkommen für diesen eine Frage der Ehre gewesen sei, greift daher als Hauptmotivation des Bundeskanzlers hinsichtlich der getroffenen Entscheidungen zu kurz, wenngleich sie durchaus eine Rolle gespielt haben mag. Die Behauptung Jelineks, wonach das Auswärtige Amt sich für eine Teilnahme an amerikanischen wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Israel ausgesprochen habe,⁹⁷⁹ kann, wie oben gezeigt werden konnte, so pauschal nicht bestätigt werden.

Am 19. Februar 1957 richtete Nahum Goldmann einen Brief an Adenauer. In diesem dankte Goldmann dem Bundeskanzler für dessen „Stellungnahme in der Frage der deutschen Lieferungen auch im Falle etwaiger Sanktionsbeschlüsse durch die Vereinten Nationen.“⁹⁸⁰ In einem Artikel der New York Times hatte das Blatt zuvor über den Entschluss Adenauers, die Lieferungen an Israel fortzusetzen, berichtet.⁹⁸¹

Eine entgegengesetzte Haltung der Bundesrepublik hätte aus vier Gründen auch als absurd erscheinen müssen. Erstens besaß eine wie auch immer geartete Sanktion der Vereinten Nationen für die Bundesrepublik keine verbindliche Gültigkeit, da Deutschland seinerzeit kein Mitglied der UNO war. Zweitens hätte diese Haltung sowohl den Bundeskanzler, wie auch das Auswärtige Amt auf dem Parkett der internationalen Beziehungen mit der Unterbrechung oder schlimmstenfalls Aufkündigung des Luxemburger Abkommens hinsichtlich seiner Vertragstreue sehr unglaublich gemacht, wenn man entgegen der eigenen schriftlichen Zusagen an Israel sich nun den Sanktionen der Vereinten Nationen anschloss oder sich aber den arabischen Forderungen beugte. Drittens hätte eine solche Haltung, in einer Zeit, in der das westliche Bündnis eine sehr ernsthafte innere Krise gerade überwunden hatte, eine zumindest indirekte Verurteilung Großbritanniens und Frankreichs, als der Verbündeten Israels während der Suezkrise impliziert. Viertens erschien eine Positionierung zugunsten der amerikanischen Regierung angesichts der heftigen inneramerikanischen Diskussionen um eventuelle Sanktionen gegen Israel, für die Bundesrepublik, die doch gerade ihre außenpolitische Souveränität betonte, nicht opportun. Der spätere amerikanische Präsident Johnson warf der Eisenhower-Administration Doppelmoral vor, wenn man einerseits Sanktionen gegen Israel erwog, nicht jedoch solche gegen die Politik Ägyptens oder die der Sowjetunion.⁹⁸² Johnson traf damit des Pudels Kern. Einerseits hielt sich die westliche Gemeinschaft bei der sowjetischen Interventi-

⁹⁷⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Konrad Adenauer and the State of Israel: Between Friendship and Realpolitik, 1953-1963, in: *Orient* 43 (2002), S.52.

⁹⁷⁹ Ebd.

⁹⁸⁰ Brief von Goldmann an Adenauer vom 19.2.1957, in: BA, B 136, Bd.3635.

⁹⁸¹ Ebd.

⁹⁸² Vgl.: FRUS 1955-1957, Bd. XVII, S.139f.

on in Ungarn 1956 mit euphorischen Sympathiebekundungen, erst recht jedoch mit praktischer Hilfe – aus sehr verständlichen Gründen – zurück. An einer Eskalation der Lage in Ungarn bestand keinerlei Interesse. Andererseits konnte man aber nicht die kleinen Staaten des Staatensystems, hier konkret Israel, zu bestimmten Verhaltensweisen erziehen wollen, wenn man das Unrecht auf ägyptischer oder sowjetischer Seite nicht ebenso anprangerte. Eine *Rechtsordnung*, auf nationaler wie internationaler Ebene, die Recht je nach der Machtposition der einzelnen Akteure mit zweierlei Maß misst, verdient in der Tat nicht ihren Namen.

2.6.2. Ostdeutsche Propaganda gegen Israel - aussichtsreiches Instrument zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele? Das Beispiel der Suezkrise.

Obwohl sich die DDR prinzipiell gegen die Notwendigkeit einer Konferenz zur Sicherung der freien Schifffahrt durch den Suezkanal ausgesprochen hatte, beanspruchte sie trotzdem für den Fall einer solchen Konferenz eine entsprechende Einladung und die Wahrung der ägyptischen Souveränität.⁹⁸³ Auch wenige Tage vor Beginn der Londoner Konferenz hielt die Regierung der DDR die Abhaltung der Konferenz generell für nicht erforderlich. Da diese jedoch auch unabhängig von den Ansichten der DDR stattfinden sollte, beanspruchte deren Regierung auch die Teilnahme einer ostdeutschen Delegation. Als Begründung führte sie dabei an, dass Deutschland Signatarmacht der Konvention von 1888 war und die DDR darüber hinaus unmittelbar an der Schifffahrt nach dem „Fernen Osten“ interessiert sei. Als Mitglieder der DDR-Delegation sollten der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, der stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Sepp Schwab sowie der Leiter der Abteilung Rechts- und Vertragswesen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten nach London entsandt werden.⁹⁸⁴

Allerdings lehnte die britische Regierung die Erteilung von Einreisevisa für die Mitglieder der Delegation aus der DDR ab. Diese bewertete diesen Schritt als „Anmaßung“ und „reine Willkürmaßnahme“, da die DDR bis zum Zeitpunkt einer deutschen Wiedervereinigung als „einer der beiden deutschen Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches“ gelte. Die Bundesrepublik sei in den Augen der DDR lediglich deswegen zu der Londoner Konferenz geladen worden, weil sie als NATO-Mitglied zu den Staaten gehöre, von denen Großbritannien die Unterstützung seiner Kolonialpolitik erwarte. Trotz der Verweigerung der Einreisevisa, wollte sich die DDR aber nicht von der Unterstützung der „gerechten Forderung“ der ägyptischen Regierung abbringen lassen.⁹⁸⁵

⁹⁸³ Vgl.: DAPDDR, Bd.V, S.14.

⁹⁸⁴ Vgl.: DAPDDR, Bd.V, S.15.

⁹⁸⁵ Vgl.: DAPDDR, Bd.V, S.15f.

Allerdings wurde auch die Bundesrepublik durch die britische Regierung nicht als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches als Signatarmacht der Konvention von Konstantinopel, sondern als Benutzer des Suezkanals zu der Londoner Konferenz geladen. London umging mit dieser Formulierung Ostblockstaaten, welche Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie oder des Deutschen Reiches waren, zur Konferenz laden zu müssen.⁹⁸⁶

Ogleich sich die DDR mit öffentlichen Protesten gegen die „Kriegsdrohungen der imperialistischen Kreise Englands und Frankreichs“, die von „ihren Gesinnungsfreunden in den Vereinigten Staaten“ unterstützt würden, keineswegs zurückhielt, fand Israel im Vorfeld der Suezkrise in den offiziellen Stellungnahmen der DDR keine Erwähnung. Dies sollte sich jedoch infolge des Ausbruches der militärischen Handlungen ändern.⁹⁸⁷

In seiner Regierungserklärung vom 2. November 1956 vor der Volkskammer, in welcher Ministerpräsident Otto Grotewohl zu Beginn die Wiedervereinigung Deutschlands als „vornehmste Aufgabe“ seiner Politik charakterisierte, attackierte er neben der Bundesrepublik auch Israel im Zusammenhang der Suezkrise. Demnach hätten die „expansionistischen Kreise in Israel“ den Vorwand für die britische und französische Intervention geliefert. Zudem diene das von den USA unterstützte Israel seit mehreren Jahren „dem internationalen Monopolkapital als aggressiver Militärstützpunkt und ständiger Unruheherd im Nahen Osten“. Im Unterschied zur DDR gewährte die Bundesrepublik Israel mehr als drei Milliarden DM „Reparationen“, die diese angeblich für ihren Kampf gegen die „nationale Unabhängigkeitsbewegung der Völker des Nahen Ostens“ verwendete. Obendrein forderte die DDR, in auffälliger Ähnlichkeit zu den arabischen Staaten, die sofortige Einstellung der Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik an Israel.⁹⁸⁸

Diese Forderung erneuerte die Regierung der DDR in ihrer Note an die ägyptische Regierung und andere arabische Staaten am 6. November 1956. Diese „Reparationen“ charakterisierte die DDR als „versteckte Militärhilfe“ seitens der Bundesrepublik an Israel. Entsprechend des doch sehr ähnlichen Inhaltes der Noten, liegt es nahe, dass diese Note der DDR, Ägypten zu der oben erwähnten, am 19. November 1956 dem Auswärtige Amt der Bundesrepublik überreichten Note, zumindest Formulierungshilfe gegeben haben dürfte. So suchten Ägypten und andere arabische Staaten die deutsch-deutschen Differenzen, die entsprechende

⁹⁸⁶ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.378f. In einer geheimgehaltenen Begleitnote der Bundesrepublik zur Antwort auf die Einladung zur Londoner Konferenz hatte die Bundesrepublik allerdings auf ihre Rechtsauffassung verwiesen, wonach die Bundesrepublik die Rechtspersönlichkeit des Deutschen Reiches fortsetze. (Hierzu: Pfeiffer, R.: Ein erfolgreiches Kapitel, S.217f.) Insofern bildete die Frage der Rechtsnachfolge rein formal nicht die ausschlaggebende Begründung der britischen Regierung für die nicht erfolgte Einladung gegenüber der britischen Regierung. Vgl.: Lemke, M.: Einheit oder Sozialismus, S.398.

⁹⁸⁷ Vgl.: DAPDDR, Bd.V, S.14-16 sowie S.32-34.

⁹⁸⁸ Vgl.: DAPDDR, Bd.V, S.63-64.

Auswirkungen auf die Israelpolitik und die Außenpolitik beider deutscher Staaten gegenüber dem Nahen Osten generell zeitigten, zum Zwecke eigener politischer Ziele und Interessen zu instrumentalisieren.⁹⁸⁹

Noch am 2. November 1956 hatte das Politbüro des ZK der SED im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung, die Bildung eines Ausschusses mit dem Namen „Hände weg von Ägypten“ beschlossen, welcher seinen Sitz beim Nationalrat der Nationalen Front haben sollte. Nach Wunsch des Politbüros wurde erwogen, Professor Grabow, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, für die Mitarbeit als Mitglied des Ausschusses zu gewinnen. Für den Vorsitz plante man allerdings einen „namhaften fortschrittlichen bürgerlichen Professor“ zu gewinnen. Zum Sekretär des Ausschusses wurde der „Genosse“ Oskar Kurpart aus Dresden berufen.⁹⁹⁰ Über die Aktivitäten dieses Ausschusses ist aus rückwärtiger Perspektive anhand der Aktenlage leider kein Bild zu rekonstruieren.

1956, im Kontext und v.a. nach der Suezkrise konzentrierte sich die Propaganda der DDR – wenn auch keineswegs ausschließlich – vor allem auf die Haltung der Bundesrepublik. So charakterisierte Albert Norden anlässlich einer Großkundgebung in Berlin am 6. November 1956 die Suezkrise als eine „mörderische Aggression gegen Ägypten“, bei der „das ägyptische Volk aus tausend Wunden“⁹⁹¹ blutete. Besonders kritisch bewertete Norden im Anschluss den Besuch Adenauers beim französischen Ministerpräsidenten Mollet. Die Zweckmäßigkeit dieses Besuches war auch in der Bundesrepublik selbst umstritten gewesen,⁹⁹² weil man eine Bewertung des Besuches als Geste zugunsten Frankreichs und Großbritanniens im Suezkonflikt befürchtete, wie es denn seitens der DDR auch geschah. Trotzdem kann die Propaganda Nordens anlässlich der Suezkrise nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Motivation für seine Äußerungen gegenüber Israel auch längerfristigen Überzeugungen entsprangen. Bereits im Spätherbst 1926 hatte Norden während seiner politischen Haft den Zionismus als „Instrument des englischen Imperialismus“ und die Zionisten, v.a. die mit politischem Einfluss, als „Adjutanten der Weltreaktion“ dargestellt.⁹⁹³

⁹⁸⁹ Vgl.: DAPDDR, Bd.V, S.69.

⁹⁹⁰ Vgl.: Protokoll Nr.55/56 der außerordentlichen Sitzung des Politbüro des ZK am 2.11.1956, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2-509.

⁹⁹¹ Rede Nordens in Berlin am 6.11.1956, in: SAPMO-BArch, NY 4217, Bd.40, S.121.

⁹⁹² Blankenhorn hierzu: „Der Bundeskanzler traf heute [6.11.1956, C.L.] morgen zu einem kurzen Besuch der französischen Regierung in Paris ein. Die Zweckmäßigkeit dieses Besuchs war umstritten. Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, der FDP, aber auch der CDU hatten den Kanzler gebeten, von dieser Reise Abstand zu nehmen, weil sie als eine Geste zugunsten Frankreichs und Englands im Suezkonflikt gewertete werden könne.“ Siehe Blankenhorn, H.: Tagebuch, S.257.

⁹⁹³ Norden, A.: Gegen den Zionismus und das Jüdische Palästina, in: Monistische Jugend (Dez. 1926), S.4f. Vorhanden ist dieser Aufsatz in SAPMO-BArch, NY 4217, Bd.18.

In der Regierungserklärung der DDR vom 8. November forderte diese die „Wiederherstellung der vollen Souveränität Ägyptens über sein Territorium“⁹⁹⁴, wobei sich Israel mit der Weigerung, die durch israelische Truppen besetzten Gebiete zu räumen, gegen die ganze Welt stelle.

In einer weiteren Sondersitzung des Politbüro des ZK der SED am 10. November 1956, also nach der Beendigung der Kampfhandlungen, beschloss dieses eine Hilfsaktion für Ägypten. So sollte ein Ausschuss mit dem Namen „Freundschaftliche Hilfe für Ägypten“ organisiert werden, welcher seinen Sitz wiederum beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands haben sollte. Als Mitglieder des Ausschusses wurden Professor Brugsch, der Minister für Volksbildung, Fritz Lange, der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Kurt Gregor, der stellvertretende Minister für Inner- und Außerdeutschen Handel, Kurt Merkel, der Oberbürgermeister von Dresden, Walter Weidauer, der stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin, Waldemar Schmidt sowie als Sekretär des Ausschusses ein „Genosse“ aus Halle vorgesehen. In den Bezirken sollten keine entsprechenden Ausschüsse gebildet werden, da vergleichbare Aufgaben der Volkssolidarität oblagen. Als Sofortmaßnahme wurde der Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel Rau beauftragt zu prüfen, ob mit dem als erstes für Ägypten gespendeten Geld, dort eine Sanitätsstation eingerichtet werden könne. In der Folge der Suezkrise lieferte die DDR ein Feldlazarett nach Ägypten.⁹⁹⁵

Die antiisraelische Stoßrichtung wurde durch die Stellungnahme des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Lothar Bolz, am 22. Dezember 1956 im Vergleich zu bereits erfolgten Äußerungen noch gesteigert. Mittels dieser richtete sich die Regierung der DDR „an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit der Forderung, die sogenannte Wiedergutmachung an Israel, die der Aufrüstung des israelischen Aggressors dient, der Republik Ägypten zur Wiedergutmachung der durch israelische Truppen angerichteten Schäden zu überweisen.“⁹⁹⁶ Offensichtlich wollte Bolz die Sympathien der arabischen Staaten für die DDR und nicht zuletzt deren Anerkennung um jeden Preis erlangen. Die Gaskammern des Dritten Reiches, den Holocaust in seiner Gesamtheit, in dessen Folge die Wiedergutmachungsleistungen gezahlt wurden, mit der Suezkrise vergleichen und auf eine Stufe setzen zu wollen, grenzt an die Leugnung der Vernichtung mehrerer Millionen jüdischer Menschen und entbehrt jeglichen Verantwortungsbewusstseins der DDR in der Person ihres Außenministers.

⁹⁹⁴ DAPDDR, Bd.V, S.70.

⁹⁹⁵ Vgl.: Protokoll Nr.58/56 der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 10.11.1956, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2-512; Vgl.: Meining, S.: Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel, Hamburg 2002 (= Diktatur und Widerstand; Bd. 2), S.261.

⁹⁹⁶ DAPDDR, Bd.V, S.71.

In der Folge der Suezkrise kam es zur Jahreswende in Ägypten zu Massenverhaftungen von Juden. Ca. 40.000 – 50.000 Juden verließen in diesem Kontext das Land. Die Problematik wurde in der DDR weitgehend heruntergespielt.⁹⁹⁷ Allerdings hatte dies auch Ursachen. Denn auch in der DDR gab es in der Folge der Suezkrise Überlegungen, wie die jüdischen Gemeinden in der DDR auf das System ausgerichtet werden konnten. So strebte man an, den parteilosen und der Politik der DDR ablehnend gegenüberstehenden Präsidenten des Verbandes Jüdischer Gemeinden der DDR, Hermann Baden, zu isolieren. Ziel war es, einen im „positiven Sinne“ der Gesellschaftsordnung der DDR arbeitenden Vorstand des Verbandes zu schaffen, „da die Jüdischen Gemeinden nicht schlechthin als Religionsgemeinschaft anzusehen sind, sondern auch einen gesellschaftlich politischen Faktor darstellen.“⁹⁹⁸

Im Unterschied zur Sowjetunion verfügte die DDR in ihrer Nahostpolitik bei weitem nicht über dieselben Möglichkeiten, und litt – hier ist Lorenzen beizupflichten – diesbezüglich an einer eklatanten Fehleinschätzung.⁹⁹⁹ Während die DDR mit ihrer antiisraelischen Argumentation nicht nur im Zusammenhang mit der Suezkrise und ihrer Annäherung an Ägypten die volle diplomatische Anerkennung durch Nasser erhoffte, spielte dieser die beiden deutschen Staaten unter Verweis auf die Hallstein-Doktrin gegeneinander aus. Die Rechnung der DDR, durch Diffamierung Israels und der Bundesrepublik die volle diplomatische Anerkennung durch Ägypten zu erhalten, ging nicht auf. Doch dieses Schicksal ereilte die DDR nicht nur in Ägypten.

In einer Besprechung zwischen den Vertretern der DDR, Scholz, Simons und Zeidler sowie dem syrischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten Bitar und dessen Staatssekretär Khangy am 16. Februar 1957, welches thematisch eigentlich der Erörterung der Eröffnung von Generalkonsulaten gewidmet war, verwiesen die deutschen Gesprächspartner auf die Haltung der DDR gegenüber Israel, insbesondere deren Aufforderung gegenüber der Bundesrepublik, die „materielle und finanzielle Unterstützung Israels einzustellen“. Dabei litt die DDR an deutlicher Überschätzung des eigenen außenpolitischen Einflusses. So war nach Einschätzung der DDR deren Einstellung gegenüber Israel nicht ohne Wirkung geblieben, da die befreundeten Staaten ČSR und Ungarn ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel unterbrochen hatten. Dieser Umstand ist indessen eher dem Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion zu Israel und der militärischen Disziplinierung im Ostblock seitens

⁹⁹⁷ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.146.

⁹⁹⁸ Aufzeichnung betr. Jüdische Gemeinden der DDR, Dezember 1956, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 14/249.

⁹⁹⁹ Vgl.: Lorenzen, J.N.: Die Haltung der DDR zum Suez-Krieg. Das Jahr 1956 als Zäsur der Nahost-Politik der DDR, in: DA 28 (1995), S.285.

dieser während des Jahres 1956 zuzuschreiben. Ägypten hatte z.B. während und infolge der Suezkrise die Errichtung seiner Vertretung in Ostberlin vorübergehend unterbrochen.

Bemerkenswerter Weise reagierte Bitar in seinem Gespräch mit Scholz nicht auf die gegen Israel gerichtete Propaganda der DDR oder die ostdeutschen Anspielungen auf den Brief Adenauers an Ben Gurion, sondern verwies darauf, dass Syrien eine Lösung anstrebe, die von beiden Teilen Deutschlands als nicht schädlich empfunden werde. Konkret fürchtete Syrien den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.¹⁰⁰⁰

Obwohl sich Syrien keineswegs wie gewünscht durch die Haltung der DDR gegenüber Israel während der Suezkrise für deren eigene deutschlandpolitische Ambitionen beeindrucken und instrumentalisieren ließ, zumal es, wie auch andere arabische Staaten, noch im Dezember 1956 eine klare Stellungnahme des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik hinsichtlich der Fortsetzung der Wiedergutmachungsleistungen an Israel erhalten hatte, setzte die DDR ihre Propaganda gegen Israel, v.a. jedoch gegen deren Beziehungen zur Bundesrepublik fort. Besonders wird dies durch die Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR vom 21. Februar 1957 deutlich. Demnach verletze die Bundesregierung grob die Interessen des deutschen Volkes, wenn es trotz Sanktionen der Vereinten Nationen, seine Lieferungen an Israel nicht einstellen würde. Die Hilfe der Bundesrepublik versetzte Israel demnach in die Lage, die Interessen der arabischen Völker und deren Friedensstreben zu missachten. Mittels des Luxemburger Abkommens hatte die Bundesrepublik angeblich das „Kriegspotential Israels enorm verstärkt“. Weiterhin – und dieses Argument kann keineswegs mehr nur mit den deutschlandpolitischen Ambitionen der DDR im Nahen Osten erklärt werden – diene die „Wiedergutmachung faschistischer Verbrechen“ „der Bundesrepublik als Vorwand für die Unterstützung Israels“. Das Luxemburger Abkommen, mittels dessen sich die Bundesrepublik Deutschland vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu den deutschen Verbrechen am Judentum während des Nationalsozialismus bekannte, als Vorwand für eine Unterstützung Israels zu interpretieren, zeugt von einem beinahe pathologischen Weltbild der DDR. Diese vermochte offensichtlich nicht zwischen der Verantwortung auch des zweiten deutschen Teilstaates gegenüber dem Holocaust und dem Ziel außenpolitischer Anerkennung der DDR zu unterscheiden.¹⁰⁰¹

¹⁰⁰⁰ Vgl.: Aufzeichnung Simons, Damaskus, 16.2.1957, in: SAPMO-BArch, NY 4090, Bd.495, S.10-13.

¹⁰⁰¹ Vgl.: DAPDDR, Bd.V, S.90f. Die Auffassung von Lorenzen, wonach die antiisraelischen Agitation „als Mittel zum Zweck billigend in Kauf genommen wurde“, allerdings nicht wirklich gewollt gewesen sei, kann durch die Autorin nicht geteilt werden. Vgl.: Lorenzen, J.N.: Die Haltung der DDR zum Suez-Krieg, S.285.

Insgesamt erscheint es fraglich, ob die Suezkrise der DDR-Außenpolitik im Nahen Osten wirklich die „Wende“¹⁰⁰² einbrachte, die Meining ihr attestiert. Zwar ist sicherlich korrekt, dass die DDR-Propaganda, ihr Engagement für Ägypten als Erfolg zu verbuchen wusste. Allerdings erreichte Ostberlin sein primäres außenpolitisches Ziel, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ägypten und anderen arabischen Staaten und somit die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin infolge der Suezkrise nicht. Zudem konnte sie außer verstärkter Propaganda gegen Israel ihrer Konkurrentin in der Region namens Bundesrepublik v.a. in wirtschaftlicher Hinsicht kaum das Wasser reichen. Auch bedürfen der zunehmende Ausbau von Beziehungen zwischen der DDR und einzelnen arabischen Staaten unterhalb der Ebene diplomatischer Beziehungen dahingehend eine Relativierung, als es für diese bereits vor der Suezkrise zahlreiche Beispiele¹⁰⁰³ gab, die mit zunehmender Zeit, auch z.B. in Abhängigkeit von der Nahostkrise 1958 weiter ausgebaut wurden. Für die durch Meining bescheinigte „Funkstille“¹⁰⁰⁴ in Form keinerlei offizieller Kontakte zwischen der DDR und Israel seit Juli 1956 ist die letztmalige Weigerung der DDR ursächlich, die Wiedergutmachungsansprüche Israels, somit eine Teilverantwortung des zweiten deutschen Staates am Holocaust, anzuerkennen und entsprechende Leistungen zu erbringen, jedoch nicht die Suezkrise. Zudem lassen sich auch in der Folge der Suezkrise – wenn auch wenige - Kontakte zwischen israelischen und DDR-Diplomaten nachweisen.¹⁰⁰⁵ Aus Anlass der Krise polemisierte die DDR erneut und um den Zusatz, die Bundesregierung unterstütze das „Kriegspotential“ Israels, auf perfide Art und Weise gegen das Luxemburger Abkommen – ohne freilich so über die eigenen mangelnden Ressourcen und dafür umso größeren Unzulänglichkeiten ihres eigenen politischen Systems längerfristig täuschen zu können.

Die Suezkrise kann in qualitativer Hinsicht als *Turning Point* der deutsch-israelischen Beziehungen angesehen werden. Einerseits kam es hier zum ersten Briefwechsel zwischen David Ben Gurion und Bundeskanzler Adenauer, den beiden „Alten“. Die Berechenbarkeit des „anderen“ Deutschland, dessen Vertragstreue wurde demonstriert und mit Leben erfüllt. Andererseits, auf Seiten der DDR, radikalisierte sich die Propaganda gegenüber Israel, die bundesdeutsche Wiedergutmachung sollte gar als „Reparationsleistung“ für Ägypten dienen. Israel wurde zum Land der „Imperialisten“, der „Kriegstreiber“, der „Reaktionisten“ stilisiert. Sicherlich hinterließ die ostdeutsche Propaganda in den arabischen Staaten, wie an den oben

¹⁰⁰² Meining, S.: Kommunistische Judenpolitik, S.261. Meining relativiert im Übrigen am Ende seines Kapitels den Begriff der „Wende“ selbst.

¹⁰⁰³ Hier sei z.B. an den Besuch der Regierungsdelegation der DDR unter Leitung des Ministers für Innerdeutschen Handel und Außenhandel Heinrich Rau im Mai 1956 erinnert.

¹⁰⁰⁴ Meining, S.: Kommunistische Judenpolitik, S.258f. (Zitat S.258).

¹⁰⁰⁵ Vgl. so z.B.: Aufzeichnung von Leicht vom 3.9.1963 über Gespräch mit Jaron (israelische Mission Prag) vom 27.8.1963, in: MfAA, A 13356.

geschilderten Notenwechseln sichtbar, gewisse Spuren. Dennoch war der DDR mittels dieser Propaganda nicht der Durchbruch hin zu ihrem herausragenden außenpolitischen Ziel, zur vollen diplomatischen Anerkennung als zweiter deutscher Staat, vergönnt. Im unmittelbaren Zusammenhang der Suezkrise gelang der DDR noch nicht einmal die Aufwertung ihrer in einzelnen arabischen Staaten bereits bestehenden Missionen. Einen über die beschriebenen qualitativen Merkmale hinausreichenden Richtungswechsel deutscher Israelpolitik löste die Suezkrise hingegen nicht aus, weder in der Bundesrepublik, noch in der DDR.

3. Die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel, 1957-1963

3.1. Einleitende Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen deutscher Israelpolitik, 1957-1963

Die USA reagierten mit der Eisenhower-Doktrin im Januar 1957 hauptsächlich gegen die nach der Suezkrise erstarkte Stellung der Sowjetunion im Nahen Osten. In dieser sprachen sich die Vereinigten Staaten u.a. für die Gewährung militärischer Unterstützung und Kooperation sowie den Schutz der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit durch die USA für jeden Staat der Region, die diese beanspruchte, aus.¹⁰⁰⁶

Im Zusammenhang der Frage des Rückzuges der israelischen Truppen hinter die durch die Vereinten Nationen vorgesehenen Waffenstillstandslinien entspann sich im Februar 1957 eine öffentliche Diskussion zwischen Präsident Eisenhower und Ben Gurion.¹⁰⁰⁷ Diese erwies sich insofern als aufschlussreich, als dass bereits hier sichtbar wurde, welchen praktischen Wert Israel amerikanischen Erklärungen¹⁰⁰⁸ beimessen konnte und inwieweit die USA überhaupt in der Lage waren, im Ernstfall die Interessen der sogenannten freien Welt im Nahen Osten auch militärisch zu verteidigen. Mit der Begründung, dass der Nahe Osten als Landbrücke zwischen Eurasien und Afrika v.a. ökonomisch von großer Bedeutung insbesondere für Europa als Teil der westlichen Welt sei, die USA zudem keine darüber hinausreichenden Ambitionen auf dieses Gebiet hegten, sprach sich Eisenhower für den Erhalt der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten und deren friedlichem Miteinanderleben aus. Gleichzeitig machte er in seiner Rundfunkansprache aber auch deutlich, dass die USA in ihrer Politik gewillt waren, das Verhalten von Staaten mit zweierlei Maß zu messen, was im Falle der Sowjetunion aus machtpolitischen Gründen zwar nachvollziehbar, moralisch aber höchst problematisch schien. Zudem verlangte Eisenhower von Israel in Abgrenzung von „einer von atheistischen Despoten beherrschten Nation“¹⁰⁰⁹ ein Verhalten im Sinne des religiösen Glaubens und der moralischen Grundüberzeugungen der freien Welt, der Israel angehöre – die feinen, aber doch existenten Unterschiede zwischen den Religionen und Wertevorstellungen negierend. Zudem verwies Eisenhower zwar deutlich auf das Existenzrecht Israels, ließ aber offen, wie dieses im Ernstfall verteidigt werden sollte. Ben Gurion seinerseits begrüßte tags darauf zwar einerseits die Vermittlungsbemühungen der USA, verwies aber andererseits sehr deutlich auf ein mora-

¹⁰⁰⁶ Vgl.: Schöllgen, G.: Geschichte der Weltpolitik, S.122; FRUS 1955-1957, Bd.XII, Nr.183, S.437f.

¹⁰⁰⁷ Vgl.: Informationsabteilung des Israelischen Außenministeriums (Hg.): Israel kämpft um sein Lebensrecht. Rundfunkansprache des Präsidenten D. Eisenhower vom 20. Februar 1957 und die Antwort des Ministerpräsidenten D. Ben-Gurion in der Knesseth vom 21. Februar 1957, Jerusalem 1957.

¹⁰⁰⁸ Ausführlich zur israelischen Diskussion der Eisenhower-Doktrin siehe: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.83-90.

¹⁰⁰⁹ Informationsabteilung des Israelischen Außenministeriums (Hg.): Israel kämpft um sein Lebensrecht, S.9.

lisches Problem, wenn die Vereinten Nationen, aber auch die USA nicht nur in Bezug auf die Sowjetunion, sondern allein im Falle Ägyptens und Israels zweierlei Maß in der Bewertung von Verhalten anlegten und Israel damit international willkürlich diskriminierten.

Für das Staatensystems des Nahen Osten, dessen weitere Entwicklung und die Frage der Vorherrschaft in der arabischen Welt bedeutsam, blieb weiterhin die Nahostkrise des Jahres 1958, die allerdings weniger direkte Auswirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen, sondern eher auf den machtpolitischen Einfluss des Westens und die politische Stabilität in der Region insgesamt zeitigte. Anfang Februar 1958 schlossen sich Ägypten und Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) zusammen. Auf diese Entwicklung reagierten die haschimitischen Monarchien in Jordanien und Irak mit der Bildung einer arabischen Föderation, die allerdings mit dem Staatsstreich im Irak am 14. Juli 1958 ein vorzeitiges Ende fand. Im Irak, als dem traditionellen Gegenspieler Ägyptens um die Vorherrschaft in der arabischen Welt, wurde König Faisal II. und dessen Premierminister Nuri es-Said, der stets als Befürworter einer bündnispolitischen Anlehnung des Iraks an Großbritannien fungierte¹⁰¹⁰, im Zuge des Putsches von General Abd al-Karim Kassem und Oberst Abd as-Salim Mohammed Aref getötet. Dieser folgte Kassem 1963 wiederum infolge eines Militärputsches an die Spitze der Macht.

Bereits kurz nach dem Staatsstreich im Irak intervenierten Mitte Juni 1958 amerikanische Truppen auf Ersuchen der dortigen Regierung, welche die Eisenhower-Doktrin unterstützte, im bereits mehrere Monate schwelenden Bürgerkrieg im Libanon. Begleitet wurde diese Intervention durch die Landung britischer Fallschirmjäger in Jordanien, um die dortige Monarchie zu unterstützen.¹⁰¹¹ Die britische und amerikanische Intervention erfolgte ohne vorherige Rücksprache mit Frankreich, was gerade im Falle des Libanon den französischen Einflussverlust in der Region schlaglichtartig verdeutlichte.

Nach dem Staatsstreich im Irak, erkannten die USA und Großbritannien die Regierung Kassem unverzüglich diplomatisch an, um eine mögliche Annäherung an Ägypten, die Kassem selbst sicherlich nicht beabsichtigte, zu unterbinden. Dennoch trat der Irak bereits im Frühjahr 1959 aus dem Bagdad-Pakt aus. Gerade die Politik Kassems in den folgenden Jahren verdeutlichte, dass der sicherlich nicht homogene Westen insgesamt die Eigeninteressen der Staaten des Nahen Ostens zu lange unterschätzt und lediglich im Kontext des Ost-West-Konfliktes bewertet hatte.

Vor dem Hintergrund der Nahostkrise 1958 erschien eine offizielle Zusammenarbeit zwischen Israel und der NATO ebenso unwahrscheinlich wie ein Militärbündnis zwischen der

¹⁰¹⁰ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.286.

¹⁰¹¹ Vgl.: Schöllgen, G.: Geschichte der Weltpolitik, S.123.

USA und Israel.¹⁰¹² Ebenso unwahrscheinlich wäre zu diesem Zeitpunkt angesichts der instabilen Situation im Nahen Osten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel gewesen.

Von indirektem Einfluss auf die deutsch-israelischen Beziehungen blieb im Kontext der Krise um die Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler für die ägyptische Rüstungsindustrie in psychologischer Hinsicht zudem der Krieg Nassers im Jemen und der erfolgte Einsatz von Giftgas. In der Folge eines durch Nasser unterstützten Putsches im September 1962 riefen jemenitische bewaffnete Einheiten die Jemenitische Arabische Republik aus. Entgegen den ersten Angaben überlebte der Herrscher Imam Muhammad al-Badr den Putsch und mobilisierte in der nördlichen Region des Landes Stämme, um den Thron zurückzuerobern. Weder die Royalisten noch die Republikaner errangen den Sieg. Das Land wurde in den Bürgerkrieg gestürzt. Jede Seite wandte sich an auswärtige Mächte, um Unterstützung zu erhalten. Die Republikaner unter Abdullāh al-Sallāl erhielten massive militärische Unterstützung durch Nasser. Bis Mitte der 60er Jahre entsandte dieser ca. 70.000 Soldaten in den Jemen. Die ägyptische Luftwaffe bombardierte mehrmals saudische Grenzstädte. Saudi-Arabien und Jordanien unterstützen die Royalisten. Nach schweren Verlusten wurden die ägyptischen Truppen 1968 zurückgezogen.¹⁰¹³

Mit dem Sputnikschock im Herbst 1957 wurde sichtbar, dass nunmehr auch das Gebiet der USA mit atomaren Waffen bedroht werden konnte. Keine der beiden Großmächte, weder die Sowjetunion noch die USA hatten Interesse, wegen der „deutschen Frage“ einen Krieg oder gar ein atomares Kräfteingen zu riskieren, sondern einigten sich vielmehr stillschweigend, den Status quo auf dem Niveau des Jahres 1955 faktisch anzuerkennen bzw. die Frage einer deutschen Wiedervereinigung der Entspannungspolitik zu opfern. Nichts desto trotz konnte diese Entwicklung aber nicht über die gravierenden ökonomischen Probleme in der DDR hinwegtäuschen, die „Abstimmung mit den Füßen“ seitens vieler DDR-Bürger in Richtung Bundesrepublik und Westberlin nahm allmählich bedrohlichere Ausmaße an. Vor diesem Hintergrund ist die Sportpalastrede Chruschtschows im November 1958 ebenso zu betrachten, wie die späteren sowjetischen Ultimaten an die Westmächte betreffend der Kündigung des Vier-Mächte-Status von Berlin (November 1958), dem Entwurf eines Friedensvertrages (Januar 1959) oder die Drohung eines Separatfriedensvertrages im März 1959. Auch der durch Herter während der Genfer Außenministerkonferenz eingebrachte Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands, der als Grundlage freie und geheime Wahlen implizierte, vermochte die

¹⁰¹² Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.90-100.

¹⁰¹³ Vgl.: Cleveland, W.L.: A History of the Modern Middle East, 2. Aufl. Boulder 2000, S.306 u. 438ff.; Dresch, P.: A History of Modern Yemen, Cambridge 2000, S.89-119.

Teilung Deutschlands nicht aufzuhalten. Eine bundesdeutsche Schaukelpolitik zwischen Ost und West war vor dem Hintergrund der Rapalloängste der Westmächte während der Berlin-Krise gefährlich¹⁰¹⁴, implizierte eine solche Politik, das Vertrauen dieser zu gefährden, welches aber für eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit unabdingbar war. Letztlich wurde mit der Rundfunk- und Fernsehansprache Kennedys vom 25. Juli 1961 verdeutlicht, dass die USA unter Präsident Kennedy gewillt war, die Teilung Deutschlands unter der Bedingung und mit konkretem Blick auf Berlin dann anzuerkennen, wenn die sogenannten „Three essentials“ eingehalten würden.¹⁰¹⁵ In Moskau wurden diese Signale verstanden und infolge des Drängens Ulbrichts mit sowjetischer Zustimmung am 13. August 1961 mit dem Mauerbau begonnen¹⁰¹⁶, einer Mauer, die zum Symbol deutscher Tragödien wurde.

Während die DDR unter Ulbricht v.a. aus wirtschaftlichen Gründen und der anhaltenden Massenflucht in Moskau auf die Absperrung Ostberlins und damit auch die sichtbare Teilung der ehemaligen deutschen Hauptstadt drang, im Bereich ihrer Außenpolitik die internationale Anerkennung zu erhalten hoffte, hielt die Bundesrepublik weiterhin an ihrem Alleinvertretungsanspruch fest, der mittels der Hallstein-Doktrin untermauert wurde. Diese wurde 1957 am Beispiel Jugoslawiens und 1963 am Beispiel Kubas mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen angewandt. Während im Vorfeld des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien eine Modifizierung der Hallstein-Doktrin noch denkbar gewesen wäre, erschien eine solche vor dem Hintergrund der schwelenden Berlinkrise schlichtweg nicht sinnvoll. Dies bedeutete, dass sich die Bundesrepublik in der Absicht diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, immer auch der Drohung einiger arabischer Staaten ausgesetzt sah, solche zur DDR aufzunehmen, ohne sich dabei absolut sicher sein zu können, ob diese Drohung auch realisiert würde. Insofern trug die Entscheidung, stattdessen die faktischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zu intensivieren, den durch das Staatensystem vorgegebenen Rahmenbedingungen ebenso Rechnung wie den Interessen beider Staaten.

Die Handlungsspielräume für eine solche Politik der Bundesrepublik gegenüber Israel wurde durch die stärker werdende Stellung der Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaften (EWG und EURATOM) infolge der am 25. März 1957 unterzeichneten Römischen Verträge und innerhalb der NATO sicherlich begünstigt. Gerade im Falle der NATO konnte die Bundesrepublik relativ frühzeitig deutsche Generale in leitende Positionen dieser

¹⁰¹⁴ Ausführlich hierzu siehe: Volker, E.: Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte während der zweiten Berlin-Krise 1958-1962. Eine Studie aus den Akten der westlichen Diplomatie, Hamburg 2003 (Studien zur Zeitgeschichte; Bd.31).

¹⁰¹⁵ Schöllgen, G.: Geschichte der Weltpolitik, S.157.

¹⁰¹⁶ Vgl.: Harrison, H. M.: Ulbricht and the concrete “Rose”: New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958-1961, Washington 1993 (= Cold War International History Project; Working Paper No.5), S.1-56.

Organisation entsenden, so z.B. General Speidel als Befehlshaber der Landstreitkräfte der NATO in Mitteleuropa. Kein geringerer als dessen ehemaliger Ordonanzoffizier Rolf F. Pauls sollte später erster deutscher Botschafter in Israel werden. Dass Herbert Blankenhorn, dem Wilhelm G. Grewe als Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts im Amt folgte, zudem ab Mai 1955 deutscher Botschafter bei der NATO und ab Oktober 1958 deutscher Botschafter in Paris war, begünstigte die Intensivierung der militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel sicherlich ebenfalls, auch wenn beide Personen wohl nicht für den gesamten Bereich dieser zu verantworten sind. Ebenfalls günstig wirkte sich die Berufung Walter Hallsteins zum Präsidenten der EWG Kommission aus. Hallstein wirkte stets im Rahmen seiner ihm von Amts wegen vorgegebenen Befugnisse als ein Mann, bei dem Anliegen Gehör fanden und zur Diskussion gestellt werden konnten, ohne dass dabei Sonderinteressen abzuleiten gewesen wären.

3.2. Die Durchführung des Luxemburger Abkommens – Teil II

3.2.1. Fortsetzung der deutschen Leistungen

Auch die Suezkrise hatte die Durchführung des Luxemburger Abkommens und die dementsprechenden Warenlieferungen seitens der Bundesrepublik Deutschland an Israel nicht gefährden können.

Im Rahmen einer Besprechung im Bundeswirtschaftsministerium am 27. Februar 1957¹⁰¹⁷ teilte Shinnar mit, dass Israel zukünftig neben der Tätigkeit sogenannter Dienstleistungsagenten auch die von Beratungsagenten im Kontext der Durchführung des Luxemburger Abkommens befürwortete. Diesen Beratungsagenten oblag die Aufgabe, israelische Unternehmen hinsichtlich bestimmter Waren über die Lagerung, Verwendung etc. derselben zu unterrichten. Zeitgleich sollten wie bisher aber keine Agenten zum Zwecke des Abschlusses von Lieferverträgen eingesetzt werden.¹⁰¹⁸ Erst mit dem Runderlass Außenwirtschaft Nr. 17/60 vom 22. Juni 1960 wurde auch die Tätigkeit solcher Vertreter ermöglicht. Gleichsam entfiel durch den Runderlass das Verbot, Vertretern im Ausland Vergütungen und Provisionen zu entrichten, wobei es Israel überlassen blieb, ob deren Vergütung für die laufende Betreuung bereits gelieferter Ware in Israel, nicht jedoch deren Montage oder Instandsetzung, aus Abkommensmitteln oder aber anderweitigen Mitteln finanziert wurde. Diese Regelung war durchaus von einem gewissen Weitblick geprägt und auch zeitgemäß. Einerseits war die überwiegende

¹⁰¹⁷ Vgl.: Aufzeichnung vom 28.2.1957 über Besprechung am 27.2.1957 im Bundeswirtschaftsministerium betr. Durchführung des Israel-Abkommens (V C 4), in: BA, B 102, Bd.58958.

¹⁰¹⁸ Vgl.: Aufzeichnung vom 29.5.1957 über Besprechung zwischen v. Mahs, Shinnar, Palgi und Seiberlich am 28.5.1957, in: BA, B 102, Bd.58958.

Mehrheit der laut Abkommen noch zur Verfügung stehenden Mittel ohnehin weitgehend verplant und bereits durch Vorbestellungen gebunden,¹⁰¹⁹ weswegen nicht zu befürchten war, dass sich Vertreter durch ihre Vermittlungstätigkeit eine „goldene Nase“ zu Lasten von Abkommensmitteln verdienen konnten. Andererseits allerdings und sicherlich bedeutsamer, unterstützte die neue Regelung die Anbahnung und Intensivierung von Geschäftsbeziehungen zwischen deutschen Lieferfirmen und Unternehmen in Israel. Diese Regelung kam so den wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen ebenso entgegen wie dem israelischen Interesse am deutschen Markt und bestimmten Produkten.¹⁰²⁰

Der Zuständigkeitsbereich für die Durchführung des Luxemburger Abkommens veränderte sich 1957 dahingehend, dass nunmehr der handelspolitischen Abteilung die Federführung innerhalb des Auswärtigen Amts oblag. Somit entsandte das Auswärtige Amt nicht mehr wie bisher Frowein, sondern Kiderlen als seinen Vertreter in die Deutsch-Israelische Gemischte Kommission.¹⁰²¹

Im Unterschied zu 1955, als die Gemischte Kommission dem Investmentprogramm in Höhe von 280 Mio. DM zugestimmt hatte, war dem israelischen Ersuchen hinsichtlich einer Erhöhung des Umfanges des bestehenden Investmentprogramms um 100 Mio. DM 1957 leider kein Erfolg beschieden. Die Ursachen dieser Ablehnung lagen allerdings nicht in wirtschaftlichen, sondern vielmehr politischen Erwägungen. Sowohl das Bundeswirtschaftsministerium als auch das Bundesministerium der Finanzen hatten keine Einwände gegen die Realisierung des israelischen Wunsches erhoben. Shinnar behielt sich infolge des negativen Entscheids allerdings vor, im Anschluss an früher bereits genehmigte Investitionsvorhaben der Gemischten Kommission, Einzelvorhaben zum Entscheid vorzulegen. In diesem Zusammenhang verwies er u.a. auf ein Einzelvorhaben im Anschluss an das Projekt mit der AEG in Höhe von zunächst 10 Mio. DM, wobei die geplanten weiteren Investitionen ca. 30 bis 50 Mio. DM betragen sollten. Das Auswärtige Amt vertrat nach der ablehnenden Entscheidung des Kleinen Kabinetts die Auffassung, dass von einer Festsetzung eines erneuten Plafonds in Höhe von 100 Mio. DM abgesehen werden müsse. Dennoch sprach auch dieses sich für eine - nicht allzu großzügige und somit auffällige - Verfahrensweise hinsichtlich der Genehmigung

¹⁰¹⁹ Nach Einschätzung von Seiberlich waren von den Mitteln aus dem Luxemburger Abkommen ab 1.4.1960 noch lediglich 320 Mio. DM für Warenlieferungen frei verfügbar. Vgl.: Aufzeichnung Seiberlich für Minister vom 22.12.1959 betr. Israel, in: BA, B 102, Bd.58958.

¹⁰²⁰ Vgl.: Ebeling, J.: Durchführung, S.13.

¹⁰²¹ Vgl.: Harkort am 25.11.1957 an den Vorsitzenden der deutschen Delegation in der Gemischten Kommission, v. Mahs, (412-85.00-92.19-4578/57), in: PA/AA, B 62, Bd.136.

von Vorbestellungen der Israel-Mission nach entsprechender Prüfung des konkreten Vorhabens über den Betrag von 280 Mio. DM hinaus aus.¹⁰²²

Dennoch setzte Israel seine Investitionstätigkeit fort. So plante Israel z.B. 1957 ein Pipeline-Projekt, für welches ein Gesamtkostenaufwand von 50 Mio. Dollar veranschlagt wurde. An diesem sollten neben der Bundesrepublik u.a. auch Frankreich mit 15 Mio. Dollar sowie Italien und die Niederlande mit je 5-10 Mio. Dollar finanziell beteiligt werden. Im Rahmen des Projekts wurde der Bau einer Leitung von Eilat nach Beer Sheva mit 32" und eine von Beer Sheva nach Haifa mit 16" beabsichtigt. In der Bundesrepublik wurden Bedenken hinsichtlich der Realisierung des Projekts, nämlich der freien Durchfahrt durch die Straße von Tiran und der Bereitschaft von Öllieferungen einzelner Länder an Israel deutlich. Shinnar hatte in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass bereits mehrere Tanker unter amerikanischer Flagge den Golf von Akaba passiert und ihre Ladung gelöscht hätten. Auch wurden entgegen anders lautender Pressemeldungen die Öllieferungen aus dem Iran fortgesetzt.¹⁰²³

Doch für solche und andere Projekte benötigte Israel finanzielle Mittel. Deswegen trat Israel an das Bundesfinanzministerium mit dem Ersuchen um ein kurzfristiges Darlehen in Höhe von 40 Mio. DM heran. Das Abkommen, infolgedessen ein Darlehen gewährt wurde, das in zwei Raten zum 31. März 1958 zurückgezahlt werden musste, wurde durch beide Seiten im Juni 1957 unterzeichnet. Gemäß den Bestimmungen des Vertrag sollte das Geld für reine Aufbauzwecke, v.a. im Bereich der Landwirtschaft Verwendung finden. Im Vorfeld der Unterzeichnung war es indes zu gewissen Verstimmungen in den einzelnen Ministerien gekommen, da das Bundesfinanzministerium ohne die übrigen Ressorts an Verhandlungen zu beteiligen bereits einen Vertrag aufgesetzt hatte. Vizekanzler Blücher sowie das Auswärtige Amt, welches dieses Darlehen als Abweichung von der bisherigen Durchführung des Luxemburger Abkommens betrachtete, stimmten dem Vertrag dennoch zu, obgleich unter der Voraussetzung, dass die Geheimhaltung absolut sichergestellt würde und v.a. die Beteiligung des Haushaltsausschusses vermieden werden musste. Dafür sollte das Thema im Wirtschaftskabinett außerhalb der Tagesordnung behandelt werden.¹⁰²⁴

¹⁰²² Vgl.: Vermerk (V C 4) Seiberlich vom 29.5.1957 betr. Israel-Besprechung vom 28.5.1957, in: BA, B 102, Bd. 58958 sowie Vermerk (V C zu 56051/57) v. Mahs vom 30.7.1957 über Besprechung mit v. Scherpenberg am 29.7.1957, in: BA, B 102, Bd. 58958; Aufzeichnung van Scherpenberg vom 5.6.1957 betr. Israelabkommen, in: PA/AA, B 62, Bd. 136.

¹⁰²³ Vgl.: Vermerk (V C 4) Seiberlich vom 29.5.1957 betr. Israel-Besprechung vom 28.5.1957, in: BA, B 102, Bd. 58958. Bereits 1951 war das Projekt einer Pipeline von Eilat nach Haifa ausgearbeitet worden. Entsprechend der Berechnungen der Sachverständigen wurde angenommen, dass ca. 50% des durch Iran produzierten Öls durch diese Pipeline ohne Benutzung des Suezkanals transportiert werden könnten. Vgl.: Aufzeichnung Frowein vom 24.9.1956 über Gespräch zwischen Shinnar und Grewe am 21.9.1956 (206-244-13/10855/56), in: PA/AA, B 62, Bd. 136.

¹⁰²⁴ Vgl.: Aufzeichnung van Scherpenberg betr. Israelabkommen vom 5.6.1957, in: PA/AA, B 62, Bd. 136.

Obgleich wenig erfolgreich, versuchte Israel bereits seit mehreren Jahren, die Bundesrepublik Deutschland zu einer Vorauszahlung in Höhe von 100 Mio. Dollar (etwa 400 bis 450 Mio. DM) zu Lasten der letzten beiden Jahresleistungen gemäß Luxemburger Abkommen zu bewegen. Am 5. Dezember 1957 war das Thema einer amerikanischen Anleihe zugunsten der Bundesrepublik Gegenstand einer Besprechung im Bundesfinanzministerium unter Beteiligung des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundesjustizministeriums sowie des Auswärtigen Amts. Mit Hilfe einer solchen Anleihe erhoffte Israel erneut eine vorzeitige Zahlung der letzten zwei Raten aus dem Luxemburger Abkommen. Bei den vertretenen Ressorts herrschte Übereinstimmung dahingehend, dass Art.4 b des Luxemburger Abkommens unklar formuliert sei und offen lasse, ob überhaupt und in welchem Umfang für die Bundesrepublik die Verpflichtung bestehe, das Angebot einer amerikanischen Anleihe anzunehmen. Wenngleich die rein finanzielle Frage des israelischen Ersuchens nicht zur Debatte stand, antizipierten v.a. die anwesenden Vertreter des Auswärtigen Amts jedoch durch eine solche Regelung die „erhebliche Schädigung“ der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik. Darüber hinaus wurde im Auswärtigen Amt das Argument aufgeworfen, dass die Bundesrepublik als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften, der freien Welt und der NATO verpflichtet sei, alles zu unterlassen, was die bestehenden Spannungen im Nahen Osten angesichts des zunehmenden politischen Einflusses der Sowjetunion in der Region verstärken konnte. Im November und Dezember 1957 hatte Shinnar bereits Einzelgespräche im Bundesfinanzministerium sowie im Auswärtigen Amt geführt, wobei sich beide Ministerien gegenüber dem israelischen Ersuchen weitestgehend rezeptiv verhalten hatten.¹⁰²⁵

Doch Shinnar versuchte nun einen anderen Lösungsweg – dieses Mal erfolgreich. Er wandte sich mit seinem Anliegen direkt an Bundeskanzler Adenauer und den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Abs. Im Ergebnis dieser Gespräche und der dadurch ausgelösten Verhandlungen schlossen am 28.11.1958 Israel und die Deutsche Bank einen zintermäßigten Darlehensvertrag in Höhe von 450 Mio. DM ab.¹⁰²⁶ Das Bundesfinanzministerium räumte eine Bundesbürgschaft ein.¹⁰²⁷ Der Kredit über 450 Mio. DM sollte in Jahresraten zu 112,5

¹⁰²⁵ Vgl.: Aufzeichnung Keller (Ref.404) vom 9.12.1957 betr. Israel-Abkommen vom 10. September 1952 – amerikanische Anleihe, in: PA/AA, B 81, Bd.518. Weiterhin: Aufzeichnung vom 7.12.1957 anlässlich des bevorstehenden Besuchs Goldmanns am 10.12.1957 beim Bundesfinanzminister und 11.12.1957 beim Bundeswirtschaftsminister (316.81-10/92.19/3131/57), in: PA/AA, B 12, Bd.1021; Aufzeichnung van Scherpenberg vom 17.1.1958 (412-85.00-92.19-182/58) betr. israelische Verhandlungen über amerikanischen Kredit gemäß Artikel 4 Absatz b und c des Abkommens vom 10.9.1952, in: PA/AA, B 12, Bd.1045.

¹⁰²⁶ Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht, S. 79-83.

¹⁰²⁷ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.361.

Mio. DM ab 1962 zurückgezahlt werden.¹⁰²⁸ Vom Auswärtigen Amt antizipierte arabische Erpressungsversuche wegen einer Anleihe in Höhe von 450 Mio. DM im Kontext des Luxemburger Abkommens, vermochten Adenauer nicht von seiner Entscheidung abbringen.

Trotz dieses Kredits trat Nahum Goldmann offensichtlich bereits im Februar 1959 ohne Shinnar vorab informiert zu haben, an den Bundesminister der Finanzen mit der Bitte heran, die Bundesrepublik möge ihm einen Kredit in Höhe von 200 Mio. DM als Vorauszahlung zu Lasten des Luxemburger Abkommens zur Verfügung stellen. Als Begründung für sein Ersuchen führte er die ungewöhnlich großen Auswanderungen rumänischer Juden nach Israel an. Eine solches Ersuchen, wodurch keineswegs ersichtlich ist, durch wen dieses autorisiert wurde, lehnte das Auswärtige Amt verständlicherweise entschieden ab.¹⁰²⁹

Doch auch jenseits solcher hinsichtlich des finanziellen Betrages bedeutsamerer Fragen, befasste sich die Gemischte Kommission mit ganz konkreten alltäglicheren Einzelfällen der Durchführung des Luxemburger Abkommens. So erbat Israel 1958 z.B. Baumaschinen im Wert von ca. einer halben Million DM, die im Rahmen des Luxemburger Abkommens nach Israel geliefert worden waren, durch israelische Arbeitskräfte nach Ghana ausführen zu dürfen, wobei die Ausfuhr der Maschinen lediglich vorübergehend erfolgen sollte. Der Vorsitzende der Deutschen Delegation in der deutsch-israelischen Gemischten Kommission, von Mahs, stimmte dem israelischen Antrag mit der Begründung zu, dass bereits 1954 ein ähnliches Geschäft mit der Türkei befürwortet worden sei.¹⁰³⁰

Komplizierter gestaltete sich demgegenüber die Anfrage Israels, einen durch die Bundesrepublik im Rahmen des Luxemburger Abkommens gelieferten Tanker in eine liberianische Schifffahrtsgesellschaft einzubringen. So beabsichtigte die israelische private Reederei „El Yam Ltd.“ in Liberia eine Schifffahrtsaktiengesellschaft nach liberianischem Recht zu gründen. Das Aktienkapital sollte allerdings auch zukünftig zu 100 % bei „El Yam“ verbleiben. Für 1960 wurden die Einbringung eines in Deutschland gebauten 19.000 t-Tankers in die Gesellschaft geplant. Als strittig sollte sich die Frage des Reexports gemäß Luxemburger Abkommens erweisen. Während Shinnar die Auffassung vertrat, dass das bürgerlich-rechtliche Eigentum an dem Tanker auch nach dessen Einbringung in die Gesellschaft in israelischen Händen verblieb und mit der Übergabe des Tankers somit kein Reexport vollzogen würde, wurde dies im Bundeswirtschaftsministerium grundlegend anders beurteilt. Demnach war die

¹⁰²⁸ Vgl.: Aufzeichnung, gez. Seiberlich (V C 4), für Minister betr. Israel vom 22.12.1959, in: BA, B 102, Bd.58958. Gemäß Shinnar sollte Die Summe von 450 Mio. DM in acht gleichen vierteljährlichen Raten zu Lasten der 13. und 14. Jahresleistung des Abkommens zurückgezahlt werden. Siehe: Shinnar, F.E.: Bericht, S.81.

¹⁰²⁹ Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung 4 des AA vom 10.3.1959 betr. Israelabkommen (412-85.00-92.19-10/59), in: PA/AA, B 1, Bd.131.

¹⁰³⁰ Vgl.: von Mahs am 12.5.1958 an einzelne Mitglieder der Gemischten Kommission betr. Israel, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

Einbringung des Tankers in die Gesellschaft „El Yam“ mit Sitz in Liberia als Reexport gemäß Art. 5e des Luxemburger Abkommens zu betrachten.¹⁰³¹ Zwar konnte die Gemischte Kommission mittels Art. 5f das Verbot des Art. 5e in Einzelfällen aufheben. Dennoch wurde innerhalb des Bundeswirtschaftsministeriums darauf verwiesen, dass die Bundesrepublik im vorliegenden Fall mit einer solchen Regelung die *flags of convenience* unterstütze.¹⁰³²

Mit Schreiben vom 6. April 1959 wurde der israelischen Delegation in der Gemischten Kommission durch die deutsche Delegation mitgeteilt, dass gegen die Vercharterung von Schiffen, die im Rahmen des Luxemburger Abkommens geliefert werden, an natürliche oder juristische Personen, die nicht in Israel ansässig waren, keine Einwände erhoben wurden. Allerdings galt dies nur unter der Bedingung, dass die Vercharterung nur für kurze Zeit vorgenommen wurde und somit keine wesentliche Wertminderung¹⁰³³ des Schiffes durch die Vercharterung entstand.¹⁰³⁴

Das israelische Finanzministerium erklärte sich seinerseits zu einer Bestätigung bereit, dass keine Änderung der Eigentumsverhältnisse eintreten werde, da der Tanker weiterhin israelisches Eigentum sein sollte und auch die Einkünfte desselben durch die israelische Einkommenssteuer erfasst würden. Die Ursache des gesamten israelischen Anliegens bestand, wie sich herausstellen sollte, allerdings in der Absicht, den Tanker an eine Ölgesellschaft der USA zu verchartern, um so dem Boykott der arabischen Staaten zu entgehen und möglicherweise die Durchfahrt für das Schiff durch den Suezkanal zu erhalten. Neben dem Auswärtigen Amt erhob auch das Bundesverkehrsministerium Bedenken, dass im Falle einer positiven Entscheidung der Bundesrepublik zur Registrierung des Tankers in Liberia die arabischen Staaten ihre Boykottmaßnahmen verschärfen und deutsche Reedereien, v.a. der Levante-Linien, in die schwarzen Listen einbeziehen könnten. Das Bundesverkehrsministerium befürchtete v.a. eine Beeinträchtigung der deutschen Seeschifffahrt im Nahen Osten. Der stellvertretende Leiter der Israel-Mission, Palgi, reagierte auf diese Äußerungen aufgebracht, da die Bundesrepublik indirekt die Boykottdrohungen der arabischen Staaten unterstütze, indem sie ihre Maßnahmen von den Boykottdrohungen abhängig mache. In der Sitzung der Deutschen Delegation in der

¹⁰³¹ Vgl.: Aufzeichnung von Trützschler (V C 4/ 598081/58) vom 30.10.1958 an StS betr. geplanter Besuch Shinnars, in: BA, B 102, Bd.122356.

¹⁰³² Ebd.

¹⁰³³ Nach Ansicht des Bundesministeriums für Verkehr lag eine wesentliche Wertminderung eines Schiffes „angesichts einer normalen Lebensdauer von 20 Jahren bei linearer Wertminderung nach allgemeiner Erfahrung dann vor, wenn der Chartervertrag für eine Zeitspanne von mehr als 10 Jahren abgeschlossen worden ist.“ Bei einer wesentlichen Wertminderung sollte die Vercharterung allerdings als Reexport betrachtet werden. Siehe: Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr (See 6/613-2/59) an den Vorsitzenden der deutschen Delegation in der Gemischten Kommission vom 6.3.1959, in: PA/AA, B 66, Bd.271.

¹⁰³⁴ Vgl.: Vorsitzende der deutschen Delegation, i.A. Seiberlich, am 6.4.1959 an den Vorsitzenden der israelischen Delegation in der Gemischten Kommission betr. Vercharterung bzw. Reexport von Schiffen (V C 4 – 52882/59 II), in: PA/AA, B 66, Bd.270.

Gemischten Kommission vom 11.4.1960 hatten allerdings alle dort vertretenen Ressorts, ausdrücklich auch das Bundesjustizministerium, der Auffassung zugestimmt, dass in diesem Falle kein Reexport vorliege und somit eine Zustimmung der Deutschen Delegation auch nicht notwendig sei. Die Bundesrepublik und Israel einigten sich schließlich auf eine Kompromissformel, infolge der die Bundesrepublik die israelischen Pläne ignorierte und Israel um die Rückgabe seiner bisher eingereichten Schreiben bat.¹⁰³⁵

Doch auch vor anderen konkreten Projekten im Rahmen der Durchführung machten die Boykottdrohungen nicht halt. So erhielten die Vertretungen der Telefunken GmbH in Jordanien und Saudi Arabien sowie die AEG im Sommer 1960 von den regionalen Boykottbüros eine Anfrage hinsichtlich der Lieferungen von „Telefunken-Trägerfrequenz-Geräten für den zivilen Weitenverkehr“¹⁰³⁶ an Israel, wobei Saudi Arabien eine schnellstmögliche Beantwortung der Frage und Jordanien eine solche innerhalb einer bestimmten Frist forderte. Telefunken hatte diese Lieferungen aufgrund eines Vertrages zwischen der AEG und der Israel-Mission im Rahmen des Luxemburger Abkommens als deren Unterauftragnehmer durchgeführt.¹⁰³⁷ Aufgrund dieser Anfragen teilte Telefunken dem Auswärtigen Amt mit, das es die Anfragen zunächst nicht beantworten würde. Zudem versicherte das Unternehmen, dass es keinerlei Aufträge israelischer militärischer Behörden angenommen und lediglich das zur Montage der durch die Palestine Electric Corporation bestellten Ausrüstungen notwendige Personal nach Israel entsandt hatte.¹⁰³⁸

Für die Bundesrepublik Deutschland ergab sich aus den arabischen Boykottdrohungen in der Tat ein gewisses Dilemma, dahingehend, als das die arabischen Staaten zwar nichts gegen enge wirtschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik einzuwenden hatten, doch andererseits alles daran setzten, deren Interessen in Bezug auf Israel zu unterminieren. So versuchte die Bundesrepublik zwar, sich nicht öffentlich als von den arabischen Drohungen abhängig zu zeigen, bekämpfte diese andererseits jedoch nicht offen und hart genug, obwohl ein derartiger Boykott mit den regulären Spielregeln des internationalen Handels nicht vereinbar war.¹⁰³⁹

¹⁰³⁵ Vgl.: Aufzeichnung Görs (V C) betr. Israel, Registrierung eines Tankers in Liberia, vom 2.6.1960, in: PA/AA, B 66, Bd.270 sowie: Aufzeichnung Abteilung 4 (AA), betr. Israel-Abkommen vom 22.6.1960, in: PA/AA, B 66, Bd.270. Israel plante ebenso die Eintragung eines im Rahmen des Luxemburger Abkommens gelieferten Schiffes in das britische Schiffsregister. Dieses Vorhaben war nach Einschätzung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London wegen der Bestimmungen des Merchant Shipping Act nicht realisierbar. Siehe: Botschaft der BRD, London (412-92.19) an AA vom 19.1.1960, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

¹⁰³⁶ Abschrift des Briefes von Telefunken an AA vom 14.7.1960, in: PA/AA, B 12, Bd.1032.

¹⁰³⁷ Die AEG besaß zu diesem Zeitpunkt zwar sämtliche Gesellschaftsanteile von Telefunken, war jedoch im Aufsichtsrat nicht allein, sondern zusammen mit einigen deutschen Großbanken vertreten.

¹⁰³⁸ Vgl.: Abschrift des Briefes von Telefunken an AA vom 14.7.1960, in: PA/AA, B 12, Bd.1032.

¹⁰³⁹ Aufgrund des arabischen Boykotts befasste sich das Auswärtige Amt im August 1962 mit den Fällen der Schiffe MS „Lucie Schulte“ und „Max Schnell“. Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.213, S.593f. Im September 1962 meldete die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Amman, dass die jordanische Regierung die deutsche Elslether Werft A.G. (Weser) wegen Verstoßes gegen die arabischen Boykottbe-

1958 wurde dem Auswärtigen Amt mit der Bremer Niederlassung die Errichtung einer weiteren Geschäftsstelle der Israel-Mission außerhalb Kölns bekannt. Nach Art. 12 des Luxemburger Abkommens konnte die Israel-Mission weitere Geschäftsstellen in der Bundesrepublik Deutschland errichten, insofern dies für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig erschien, musste allerdings den Ort mit den zuständigen deutschen Behörden vereinbaren. Das Auswärtige Amt besaß zunächst keine Kenntnis darüber, dass die Israel-Mission eine Geschäftsstelle in Bremen unterhielt. Letzten Ende empfahl es, da die Freie Hansestadt Bremen keine Bedenken gegen die Einrichtung einer Geschäftsstelle in Bremen besaß, sich mit der Errichtung der dortigen Geschäftsstelle abzufinden, jedoch die Israel Mission schriftlich aufzufordern, das Auswärtige Amt von der Bildung weiterer Arbeitsstätten in der Bundesrepublik Deutschland zu unterrichten.¹⁰⁴⁰

Wenngleich die Bundesministerien Reiseanträgen von Personen, die unmittelbar an der Abwicklung des Luxemburger Abkommens beteiligt waren, nach Israel aufgrund von Einladungen der dortigen Regierung gerade im Kontext der Suezkrise aus Rücksicht auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu den arabischen Staaten eher ablehnend begegneten, fanden in den Folgejahren dennoch Reisen hochrangiger deutscher Beamter nach Israel statt. So reisten z.B. 1958 aufgrund von Einladungen seitens der israelischen Regierung Ministerialdirektor Janz aus dem Bundeskanzleramt oder der stellvertretende Leiter des Bundespresseamts, Krüger, nach Israel.¹⁰⁴¹

Das bereits im März 1954 zwischen dem deutschen Wirtschaftsministerium und dem israelischen Finanzministerium abgeschlossene Abkommen über Zahlungen des Kapitalverkehrs von der Bundesrepublik Deutschland und Israel, war für die Umsetzung der sich aus dem Luxemburger Abkommens ergebenden Waren- und Dienstleistungen kaum relevant, umso mehr jedoch für die individuelle Entschädigung. Laut Abkommen, welches auch für Berlin Gültigkeit besaß, errichtete die israelische Bank Le'umi Le'Yisrael bei ausgewählten deutschen Außenhandelsbanken sogenannte Sonderkonten für Kapitalverkehr. Über diese Konten wurden Leistungen in Deutscher Mark nach Israel, auch über die Höhe sonst zur Überweisung ins Ausland üblicher Beträge, so v.a. für Renten, Pensionen, Leistungen aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen über die Wiedergutmachung, aber auch Erträge aus Vermögensanlagen im Gebiet der Bundesrepublik etc. abgewickelt. Die Bank Le'umi konnte das auf den

stimmungen auf die „Schwarze Liste“ gesetzt hatte. Vgl.: Botschaft der BRD, Amman (Wi 416-80.03/509/62) an AA am 4.9.1962, in: PA/AA, B 57, Bd.227.

¹⁰⁴⁰ Vgl.: Aufzeichnung Haas betr. Geschäftsstelle der Israel-Mission in Bremen (412-80.02-92.19) vom 11.6.1958, in: PA/AA, B 66, Bd.270; Vermerk Haas betr. Geschäftsstelle der Israel-Mission außerhalb Kölns vom 10.7.1958, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

¹⁰⁴¹ Vgl.: Vermerk Görs vom 6.11.1959 betr. Reise Ebelings nach Israel, in: BA, B 102, Bd.58959. Ebeling hatte seinen Reiseantrag zurückgezogen.

Sonderkonten verfügbare Guthaben zur Bezahlung von Waren und Dienstleistungen auch unabhängig vom Luxemburger Abkommen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verwenden. Gemäß der israelischen Devisenbestimmungen mussten Empfänger individueller Wiedergutmachungszahlungen 80 %, ab Juni 1959 67 % der ihnen gezahlten DM-Beträge gegen Vergütung in israelischen Pfund an den Staat, welcher diese Devisen benötigte, abtreten. Da die Sonderkonten für Kapitalverkehr bereits 1957 durch neu geschaffene devisenrechtliche Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland überholt waren, kündigten beide Seiten das Abkommen einvernehmlich, obgleich Israel eine Verlängerung des Abkommens gern gesehen hätte. Die Sonderkonten wurden mit dem 31. Januar 1958 aufgelöst. Die Bank Le'umi errichtete stattdessen beschränkt konvertierbare DM-Konten bei den gleichen Banken in Deutschland, bei denen sie zuvor bereits ihre Sonderkonten unterhielt.¹⁰⁴²

Mit dem elften Protokoll¹⁰⁴³, welches der Vorsitzende der deutschen und israelischen Delegation in der deutsch-israelischen Gemischten Kommission am 22. Juni 1960 unterzeichneten, legten beide Seiten die Gültigkeit des am 6. April 1960 bereits veröffentlichten Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 17/60 als Basis für die weitere administrative sowie technische Durchführung des Luxemburger Abkommens fest. Der Runderlass Außenwirtschaft Nr. 17/60 löste den Runderlass Außenwirtschaft Nr. 51/53 ab (Verbot der Tätigkeit von Vermittlern, Maklern und Agenten fiel weg). Weiterhin wurde durch das elfte Protokoll die Bekanntmachung Nr.1 zum Runderlass Außenwirtschaft 51/53, die im Bundesanzeiger Nr.115 vom 19. Juni 1953 veröffentlicht worden war, durch die Erläuterungen zum Runderlass Außenwirtschaft 17/60¹⁰⁴⁴ aufgehoben. Darüber hinaus regelte das elfte Protokoll die Abwicklung von Transporten, Globalverträge für Dienstleistungen sowie die Frage von Lizenzgebühren. Demnach mussten Waren prinzipiell über einen deutschen Seehafen versandt werden, es sei denn, dies war unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände wirtschaftlich nicht zumutbar. Im Falle des Kaufes von Waren im Rahmen des Luxemburger Abkommens, deren Verwendung mit der Nutzung eines deutschen Patentes oder ähnlicher Rechte verbunden war, konnten ggf.

¹⁰⁴² Vgl.: Abschrift des Abkommens zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem israelischen Finanzministerium vom 22.3.1954, in: BA, B 102, Bd.55366; Vertraulicher Runderlass Außenwirtschaft Nr.6/54 vom 22.3.1954, gez. Schöne (V A 14 – 13015/54), in: BA, B 102, Bd.55366; Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft, gez. Berghold (V A 12 – 51364/54) betr. Überweisungen auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs am 18.12.1954, in: BA, B 102, Bd.55366; Vermerk von v. Mahs (V C 4 – 57097 III) vom 6.12.1957 betr. Vereinbarung vom 22.3.1954, in: BA, B 102, Bd.55366; Vertraulicher Runderlass Außenwirtschaft Nr.1/58 vom 29.1.1958, gez. v. Mahs (V C 4 – 50668/58), in: BA, B 102, Bd.55366; Aufzeichnung Lindenau betr. Israel: individuelle Wiedergutmachungsleistungen und Warenverkehr mit Israel vom 15.12.1959, in: BA, B 102, Bd.55366.

¹⁰⁴³ Vgl.: Rundschreiben des BWB vom 6.9.1960 (V C 4 – 56088/60 II) mit beiliegendem 11. Protokoll, in: PA/AA, B 66, Bd.271.

¹⁰⁴⁴ Vgl.: Ebeling, J.: Durchführung, S.13-16.

vereinbarte Lizenzgebühren nach erfolgter Genehmigung durch das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft zu Lasten der Gruppe V (Dienstleistungen) erfolgen.¹⁰⁴⁵

Das Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 28. April 1961 und die entsprechende Durchführungsverordnung vom 22. August 1961 erforderten jedoch eine formelle Neuregelung der Durchführungsbestimmungen des Abkommens, denen das 15. Protokoll und beiliegenden Erläuterungen der Gemischten Kommission gewidmet wurde. Allerdings wurde durch dieses im Wesentlichen nichts an der bisher praktizierten Durchführung des Luxemburger Abkommens geändert.¹⁰⁴⁶

Das zwölfte Protokoll vom August 1960 regelte die Verteilung der in den Jahren 1961 bis 1965 noch für Warenlieferungen zur Verfügung stehenden Abkommensmittel und deren Aufschlüsselung auf die einzelnen Warengruppen. So entfielen von für die in dieser Zeit für Vorbestellungen für Warenlieferungen noch verfügbaren 231 Mio. DM auf Waren der Gruppe I (Stahl- und Eisen sowie NE-Metalle) 61,7 Mio. DM, der Gruppe II (Erzeugnisse Stahlverarbeitende Industrie) 103,6 Mio. DM, Gruppe III (Chemische und sonstige Industrie) 48,5 Mio. DM und Gruppe IV (Landwirtschaftliche- und Ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse) 17,2 Mio. DM. Darüber hinaus lagen dem zwölften Protokoll noch ein Briefwechsel der Vorsitzenden der deutschen und israelischen Delegation in der deutsch-israelischen Gemischten Kommission bei, welcher die Frage der Rückstellungen auf noch nicht ausbezahlte Abkommensmittel aufgrund der zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über die Entschädigung für das deutsche weltliche Vermögen in Israel, welche im Luxemburger Abkommen gefordert war, regelte.¹⁰⁴⁷ Diese Streitfragen wurden im Abkommen vom 1. Juni 1962 einer Lösung zugeführt.

Der Hauptsumme der noch zu entrichtenden Leistungen gemäß Luxemburger Abkommen für die restlichen Jahre der Laufzeit desselben war allerdings für die Zahlungen von Öllieferungen (jährlich 75 Mio. DM), bereits erfolgte Warenbestellungen und Zwischenfinanzierungen (so auch der 450 Mio. DM Kredit) sowie Dienstleistungen (Gruppe V) planmäßig gebunden. Die durch die Israel-Mission zu zahlenden Entschädigungen für das ehemalige deutsche Vermögen in Israel, wurde mit den Mitteln aus Gruppe V verrechnet.¹⁰⁴⁸

¹⁰⁴⁵ Vgl.: Rundschreiben des BWB vom 6.9.1960 (V C 4 – 56088/60 II) mit beiliegendem 11. Protokoll, in: PA/AA, B 66, Bd.271.

¹⁰⁴⁶ Vgl.: Ebeling, J.: Durchführung, S.16.

¹⁰⁴⁷ Vgl.: Rundschreiben des Vorsitzenden der deutschen Delegation in der Gemischten Kommission vom 18.8.1960 mit beiliegendem zwölften Protokoll und Briefwechsel (V C 4 – 58019/60- VS-NfD), in: PA/AA, B 66, Bd.271.

¹⁰⁴⁸ Zu den dem zwölften Protokoll vorausgehenden Planungen hinsichtlich der Verwendung der noch zur Verfügung stehenden Mittel für Warenbestellungen siehe: Aufzeichnung Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Ebeling (IV 4a Az.3155) vom 4.1.1960 betr. Restabwicklung durch Vorbestellmöglichkeiten, in: BA, B 102, Bd.58958; Aufzeichnung Referat 412 (412-85.00-92.19), AA, vom 9.2.1960 betr. Situation des Luxemburger

In diesem Zusammenhang wies der Vorsitzende der deutschen Delegation in der deutsch-israelischen Gemischten Kommission, Görs, darauf hin, dass das Luxemburger Abkommen „praktisch bereits im Abkommensjahr 1961 in seinen Hauptfunktionen erledigt sein“¹⁰⁴⁹ und in den Jahren 1961 bis 1965 lediglich noch für die Gruppe V und für die Verrechnung der fällig werdenden Abkommensmittel Bedeutung besitzen werde. Für die Israel-Mission ergab sich hieraus der Verlust ihres bisherigen Aufgabenbereiches, weswegen man im Bundeswirtschaftsministerium für 1961 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Umwandlung der Mission in eine Botschaft mit diplomatischen Funktionen antizipierte. In einer Besprechung am 7. Januar 1960 hatte Erhard Shinnar gegenüber die Auffassung vertreten, dass eine vorzeitige Abwicklung des Abkommens zweckmäßig sei und Shinnar zugesagt, sich hierfür einzusetzen.¹⁰⁵⁰ Doch der Zeitpunkt für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen war vor dem Hintergrund der Berlinkrise ungünstig.

Während derselben Unterredung sagte Minister Erhard Shinnar eine wohlwollende Prüfung hinsichtlich eines Kredits in Höhe von letztlich 15 Mio. DM über die Deutsche Bank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verwirklichung von Bewässerungsprojekten in Israel zu.¹⁰⁵¹ Dieser Kredit sollte einem Tochterinstitut der Bank Le’umi Le’Yisrael zur Durchführung zweier Vorhaben des mit der Wasserversorgung in Israel beauftragten Unternehmens Mekorot zur Verfügung gestellt werden. Nahezu ein Jahr später wandte sich Shinnar in dieser Angelegenheit erneut an das Bundeswirtschaftsministerium, da sich die Bearbeitung des Projektes offensichtlich verzögert hatte. Danach bat der Vorsitzende der Deutschen Delegation in der Gemischten Kommission den Interministeriellen Ausschuss (bzw. Lenkungsausschuss) für Entwicklungspolitik, die Gemischte Kommission mit der Bearbeitung des israelischen Kreditwunsches, der streng genommen mit der Durchführung des Luxemburger Abkommen nicht in Berührung stand, zu beauftragen. Den Hintergrund hierfür bildete die Furcht vor unerwünschten arabischen Reaktionen infolge einer deutschen Kreditvergabe an Israel.¹⁰⁵²

In der Sitzung des Lenkungsausschusses am 21. Januar 1961 wurde beschlossen, dass sich die von Görs geleitete Deutsche Delegation in der Gemischten Kommission zunächst mit dem Antrag befassen sollte. Infolge einer Sitzung im Auswärtigen Amt Ende des Monats erklärte

Abkommens, in: PA/AA, B 66, Bd.271; Schreiben des Vorsitzenden der deutschen Delegation, Görs an den Vorsitzenden der israelischen Delegation, Shinnar, in der Gemischten Kommission vom 22.6.1960, in: PA/AA, B 12, Bd.1051.

¹⁰⁴⁹ Aufzeichnung Görs für Minister betr. Israel vom 19.2.1960 (V C – 51817/60 – VS-NfD), in: BA, B 102, Bd.58958.

¹⁰⁵⁰ Vgl.: Vermerk Görs vom 7.1.1960 über Unterredung zwischen Erhard und Shinnar am 7.1.1960, in: BA, B 102, Bd.58958.

¹⁰⁵¹ Ebd.

¹⁰⁵² Vgl.: Görs am 9.1.1961 an Reinhardt betr. Israel: Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungspolitik am 21.1.1961, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

sich die Kreditanstalt für Wiederaufbau allerdings plötzlich bereit, Israel die Hälfte des Kredits aus eigenen Mitteln zu gewähren unter der Voraussetzung, dass die andere Hälfte aus Mitteln des ERP-Sondervermögens bereitgestellt und eine Bundesgarantie für den gesamten Betrag gewährt würde. Das Bundesministerium für besondere Aufgaben hatte sich für die Bewilligung eines solchen Kredites ausgesprochen, da ein wesentlicher Teil des Kredits zum Bezug deutscher Waren dienen sollte. Der Lenkungsausschuss begrüßte diese Regelung, die jedoch auf Beschluss nicht in das Sitzungsprotokoll vom 6. Februar 1961 aufgenommen wurde.¹⁰⁵³

3.2.2. Zehnter Jahrestag des Luxemburger Abkommens

Im September 1962 sahen sich Deutschland und Israel dem 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens gegenüber. Zu diesem Zwecke richtete der Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, Karl Marx, die Bitte an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler sowie den Bundesaußenminister ein Grußwort für die entsprechende Sonderausgabe seiner Zeitung zu verfassen. Diese Anfrage bildete den Hintergrund einer intensiven Diskussion, vor allem im Auswärtigen Amt. Während der scheidende Nahostreferent des Ministeriums, Voigt, sich gegen eine Äußerung eines der angefragten Vertreter der Bundesregierung in der Zeitung aussprach, sprach sich Staatssekretär Carstens für eine Stellungnahme des Bundeskanzlers¹⁰⁵⁴ in der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ aus. Diese Haltung begründete Carstens mit dem „entscheidenden Anteil“¹⁰⁵⁵ des Bundeskanzlers am Zustandekommen des Luxemburger Abkommens. Voigt warnte insbesondere vor unerwünschten Reaktionen seitens des Irak, der, nur um die Bundesrepublik zu ärgern, die diplomatische Anerkennung der „Sowjetzone“ vollziehen könne, wenn die Bundesrepublik dies mit einer solch spektakulären Aktion provoziere.¹⁰⁵⁶ Es überrascht, dass selbst noch 1962, in einer Zeit, in der die Teilung Deutschland mit dem Mauerbau letztlich auch sichtbar vollzogen war, sich Voigt derart von arabischem Druck beeindrucken ließ und nicht den Zeichen der Zeit ins Auge zu blicken wagte. Voigt behandelte die Frage des zehnten Jahrestages des Luxemburger Abkommens nicht separat von der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel und den deutsch-arabischen Beziehungen. Carstens hingegen lehnte eine zusätzliche Stellungnahme

¹⁰⁵³ Vgl.: Vermerk Referat 412, AA, vom 3.3.1961 betr. Bundesgarantie für einen Finanzkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

¹⁰⁵⁴ Vgl.: Carstens (St.S./644/62) am 6.8.1962 an Globke, in: BA, B 122, Bd.5476.

¹⁰⁵⁵ Ebd.

¹⁰⁵⁶ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung 7 vom 3.8.1962 betr. 10-jährige Wiederkehr der Unterzeichnung des deutsch-israelischen Abkommens am 10.9.1962, in: PA/AA, B 12, Bd.1051a.

des Außenministers mit der Begründung ab, dass mit einer solchen des Bundeskanzlers dem 10. Jahrestag des Luxemburger Abkommens von Seiten der Bundesregierung in würdiger Weise gedacht werde.¹⁰⁵⁷

Hinsichtlich öffentlicher Stellungnahmen zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens blieb vieles nicht dem Zufall überlassen. Im Unterschied zum Bundeskanzler sollten Bundespräsident sowie der Bundesaußenminister das Ersuchen von Marx höflich ablehnen. Erhard erhielt immerhin die Genehmigung, ein Grußwort für eine israelische Zeitung zu veröffentlichen. Im Auswärtigen Amt wurden gegen die Veröffentlichung der durch das Bundeswirtschaftsministerium gedruckten Broschüre¹⁰⁵⁸ über die Durchführung des Israel-Abkommens schwere Bedenken erhoben, da aus dieser z.B. ersichtlich sei, dass ein Großteil der Schiffe der israelischen Handelsflotte durch die Bundesrepublik Deutschland gebaut worden waren. Die Broschüre erschien letztendlich 1966 in überarbeiteter Form. Sie war von Joachim Ebeling, vormals für das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt am Main tätig, verfasst worden. Weiterhin diskutierte man im Vorfeld des zehnten Jahrestages u.a. über die Veröffentlichung eines Presseartikels im Bulletin, ein geplantes Interview Nahum Goldmanns mit dem jüdischen Journalisten Kurt R. Grossmann in New York oder die durch den Journalisten Rolf Vogel vorbereitete Broschüre über die Durchführung des Luxemburger Abkommens, die durch die Vereinigung für christlich-jüdische Zusammenarbeit verbreitet werden sollte.¹⁰⁵⁹

Besonders bedenklich bewertete das Auswärtige Amt allerdings die Umstände des Jahrestages. So lag der Termin kurz vor dem Zusammentritt der Generalversammlung der Vereinten Nationen in einer Zeit, in welcher die Sowjetunion verstärkt versuchte, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR unter Beteiligung möglichst vieler dritter Staaten abzuschließen. Deswegen sollte nach Ansicht des Auswärtigen Amts besondere Rücksicht auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur afro-asiatischen Welt genommen werden. Das Auswärtige Amt lehnte selbst ein Telegramm des Bundespräsidenten an den israelischen Staatspräsidenten aus genannten Gründen ab.¹⁰⁶⁰

¹⁰⁵⁷ Vgl.: Carstens an Schröder am 11.8.1962 (abgesandt am 13.8.1962), in: PA/AA, B 2, Bd.86.

¹⁰⁵⁸ Die Broschüre mit dem Titel: „Die Durchführung des Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel in den Jahren 1952-1962“ ist erhalten in: PA/AA, B 12, Bd.1051a.

¹⁰⁵⁹ Vgl.: Aufzeichnung Haeften vom 17.8.1962 betr. zehnjährige Wiederkehr der Unterzeichnung des Israel-Abkommens, in: PA/AA, B 81, Bd.347.

¹⁰⁶⁰ Vgl.: Schreiben des AA (708.81.10/2/92.19) an das Bundespräsidialamt vom 31.8.1962 betr. zehnjähriger Wiederkehr des deutsch-israelischen Abkommens am 10.9.1962, in: BA, B 122, Bd.5476.

Eine Woche vor dem Jubiläum erging ein Runderlass¹⁰⁶¹ des Auswärtigen Amts. Einleitend wurde in diesem bemerkt, dass die besondere Bedeutung des Luxemburger Abkommens für das „Ansehen und die Stellung der Bundesrepublik in der öffentlichen Meinung der Freien Welt und für die Aussöhnung zwischen den Deutschen und dem Judentum“ bekannt sei und „nicht besonders hervorgehoben zu werden“ brauche. Die einzelnen Vertretungen wurden angewiesen, falls notwendig, in offiziellen Stellungnahmen darauf zu verweisen, dass die Bundesrepublik Deutschland das Luxemburger Abkommen unter dem Gesichtspunkt der schweren Schuld betrachte, „die das nationalsozialistische Regime gegenüber den Juden in Deutschland aber auch in anderen Ländern auf sich geladen hat“. Deziert darauf hingewiesen wurde aber auch, dass in persönlichen Gesprächen auf die Tatsache verwiesen werden konnte, dass die freundschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten in der deutschen Zurückhaltung hinsichtlich öffentlicher Bekundungen anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens ihre Berücksichtigung gefunden habe. Die Auslandsvertretungen wurden angehalten, über die Reaktionen der dortigen offiziellen Stellen zu berichten.

Am 14. September 1962 berichtete das deutsche Generalkonsulat in New York, dass die dortige Presse in positiver Weise auf den Jahrestag des Luxemburger Abkommens mit Berichten aus Israel reagiert hatte.¹⁰⁶² Im Nahen Osten selber fielen die Stellungnahmen zum 10. Jahrestag des Luxemburger Abkommens im Vergleich zu den antizipierten Reaktionen eher milde aus. So berichtete die deutsche Botschaft aus Kairo,¹⁰⁶³ dass wider Erwarten jede Reaktion ausgeblieben war. Die einzige Zeitung, die überhaupt von dem Jahrestag Notiz genommen hatte, war das Blatt „Al-Ahram“, welches lediglich eine zehnzeilige Meldung der Nachrichtenagentur Reuters abdruckte. Die deutsche Botschaft erklärte diese milde Resonanz in Ägypten einerseits mit der Zurückhaltung, die sich die Bundesrepublik anlässlich des Jahrestages auferlegt habe. Andererseits – dies dürfte der sehr viel wichtigere Grund gewesen sein – war Ägypten bestrebt, jegliches Verhalten zu vermeiden, welches die deutsch-ägyptischen Beziehungen belasten konnte, um die zu diesem Zeitpunkt laufenden Wirtschaftsverhandlungen in Bonn nicht zu gefährden.

Im Irak blieb eine Reaktion offizieller Stellen aus. Der ständige Vertreter des „Hohen arabischen Komitees für Palästina“ in Bagdad gab ebenfalls keine Stellungnahme ab. Lediglich

¹⁰⁶¹ Vgl.: AA (708-81.10/2/92.19 VS-NfD) am 3.9.1962 an die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland betr. 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Israel-Abkommens, in: PA/AA, B 81, Bd.347 sowie B 12, Bd.1051a.

¹⁰⁶² Vgl.: Generalkonsulat der BRD, New York, Federer (PR 305-00 B Nr. 993/62), am 14.9.1962 betr. 10. Jahrestag des Israel-Abkommens, in: PA/AA, B 81, Bd.347.

¹⁰⁶³ Vgl.: Botschaft der BRD, Kairo (Pol 708-82.92/19), am 21.9.1962 an AA betr. 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Israel-Abkommens, in: PA/AA, B 12, Bd.1051a.

drei von insgesamt elf regelmäßig erscheinenden Tageszeitungen aus Bagdad griffen die Bundesrepublik aus Anlass des 10. Jahrestages des Luxemburger Abkommens an. Dabei handelte es sich einerseits um zwei kommunistisch beeinflusste Zeitungen, wobei in einer erklärt wurde, dass die Leistungen aus dem Luxemburger Abkommen Kriegsmaterial-Lieferungen enthalten hätten. Weiter wurde behauptet, dass seit der Suezkrise 1956 alle Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Israel geheimgehalten würden. Andererseits rief die regierungsnahe Zeitung „Al-Sharq“ die „Araber in der ganzen Arabischen Nation“ dazu auf, „die Regierungen, die immer noch mit der Bonner Regierung zusammenarbeiten, an der weiteren Zusammenarbeit mit Bonn“ zu hindern. Die Zeitung „Al-Ahid Al-Jadid“, als Sprachrohr des irakischen Verteidigungsministeriums, veröffentlichte jedoch keinerlei Artikel oder Kommentare, welche einen Angriff der Bundesrepublik zum Gegenstand hatten.¹⁰⁶⁴

Aufgrund seiner freundschaftlichen Beziehungen zu einerseits der Bundesrepublik, aber andererseits auch zu Israel, wurde in der Türkei vom 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens weder in der Öffentlichkeit noch in der Presse Notiz genommen. Zudem bedachte man das Luxemburger Abkommen in der Türkei ohnehin nie mit der Aufmerksamkeit oder gar Kritik, wie dies vergleichsweise in den arabischen Staaten geschah. Im Gegenteil verfolgte man dort von staatlicher Seite mit Interesse, zum Teil auch mit Bewunderung, den Aufbau Israels.¹⁰⁶⁵

Auch wenn die Bedeutung des Luxemburger Abkommens aus Anlass des zehnten Jahrestages seiner Unterzeichnung seitens der Bundesrepublik nur zurückhaltend gewürdigt wurde, geschmälert konnte seine historische Bedeutung, die weit über wirtschaftliche Aspekte hinaus reichte, nicht werden. Mit der befriedigenden Durchführung des Abkommens stellte die Bundesrepublik auch faktisch unter Beweis, dass sie als das „andere Deutschland“ ein ernstzunehmendes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft war, welches nicht nur das sich daraus ableitende Recht beanspruchte, sondern auch die Pflicht erfüllte.

3.3. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel?

Trotz wissenschaftlicher Aufmerksamkeit, die der deutsch-israelische Botschafteraustausch 1965 sowie die unmittelbare Vorgeschichte erregten, gilt selbiges nicht gleichermaßen für den langen Weg der dahin führte. Infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwi-

¹⁰⁶⁴ Vgl.: Botschaft der BRD, Bagdad (Pol 708-81.01), am 22.9.1962 an das Auswärtige Amt betr. 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Israel-Abkommens, in: PA/AA, B 12, Bd.1051a.

¹⁰⁶⁵ Vgl.: Botschaft der BRD, Ankara (708-81; Tgb.Nr.1849/62 VS-NfD), am 15.10.1962 betr. 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Israel-Abkommens, in: PA/AA, B 12, Bd.1051a.

schen der Bundesrepublik Deutschland und Israel am 12. Mai 1965 brachen die Mehrzahl der arabischen Staaten¹⁰⁶⁶ ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab, ohne jedoch die DDR anzuerkennen. Die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik in diesen Staaten, ebenso die Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet wurden von diesem Schritt nicht betroffen. In der doch recht umfangreichen Literatur zur Nahostkrise des Jahres 1965¹⁰⁶⁷ wird die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel einerseits als ein moralischer Schritt geschildert, der nach Nolte die „am meisten moralische Transaktion“¹⁰⁶⁸ von Staaten darstellte. Hansen verweist in diesem Zusammenhang auf die deutschen „Entschädigungen“¹⁰⁶⁹ für das Ausbleiben der diplomatischen Beziehungen bis 1965 in Form von Waffenhilfe und „Aktion Geschäftsfreund“, wobei er hier Moral und realpolitische Interessen als angeblich übereinstimmende Handlungsmotive darstellt. Dem stehen Auffassungen gegenüber, die das Ausbleiben diplomatischer Beziehungen als „diplomatische Diskriminierung“¹⁰⁷⁰ Israels infolge „irrationalen, unkritischen Denkens“¹⁰⁷¹ charakterisieren. Zudem tragen Arbeiten, welche die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel 1965 als Reaktion auf das Bekanntwerden der deutschen Waffenlieferungen an Israel bzw. die Ägyptenreise Ulbrichts suggerieren¹⁰⁷², dazu bei, nicht die eigentliche Ursache des Botschafteraustausches zu diesem Zeitpunkt zu hinterfragen. Der Zeitpunkt des Botschafteraustausches war keine Zufallsentscheidung, sondern durch einen

¹⁰⁶⁶ Dieser Schritt wurde von Libyen, Marokko und Tunesien nicht mitgetragen.

¹⁰⁶⁷ Als Auswahl siehe hier z.B.: Hansen, N.: Schatten, S.691-806; Weingardt, M.A.: Deutsche Israel- und Nahostpolitik, S.147-164; Lavy, G.: Germany and Israel, S.90-129; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.457-467; Oppelland, T.: Gerhard Schröder (1910-1989). Politiker zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002, S.609-627. (=Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.39); Eibl, F.: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966, München 2001, S.302-324 (=Studien zur Zeitgeschichte; Bd.60); Barzel, R. Deutschland und Israel, in: Die politische Meinung 36/258 (1991), S.13-19; Birrenbach, K.: Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf u.a. 1984, insb. S.87-119.

¹⁰⁶⁸ Zitiert nach Hildebrand. Siehe Hildebrand, K.: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, Stuttgart u.a. 1984 (=Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Bd.4), S.117.

¹⁰⁶⁹ Hansen, N.: Moral als Staatsräson, in: Die politische Meinung 45/373 (2000), S.33.

¹⁰⁷⁰ Böhm, F.: Die deutsch-israelischen Beziehungen, in: Frankfurter Hefte 20 (1965), S.606.

¹⁰⁷¹ Jelinek, Y.A.: Eine wechselvolle Reise. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1952-1965, in: Langguth, G. (Hg.): „Macht bedeutet Verantwortung“, Köln 1994, S.136f.

¹⁰⁷² Hier z.B. Gillissen, G.: Die Bundesrepublik und Israel. Wandlungen einer besonderen Beziehung, in: Kroneck, F.J./ Oppermann, T. (Hg.): Im Dienste Deutschlands und des Rechts. Festschrift für Wilhelm G. Grewe zum 70. Geburtstag am 16. Oktober 1981, Baden-Baden 1981, S.65; Jetzlsperger, C.: Die Emanzipation von der Entwicklungspolitik, insb. S.337-352. Die Ursachen und den Verlauf der Ulbricht-Reise nach Ägypten herausarbeitend siehe Hottinger, Kilian und Blasius: Hottinger, A.: Die Hintergründe der Einladung Ulbrichts nach Kairo, in: Europa-Archiv 20 (1965), S.107-114; Kilian, W.: Die Hallstein-Doktrin, S.123-130. Ausführlich zum Ulbricht-Besuch in Ägypten und dessen Vorgeschichte siehe: Blasius, R.A.: „Völkerfreundschaft“ am Nil, S.747-805. Der These Oppellands im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden der deutschen Waffenlieferungen, wonach Israel einen Bruch zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten provozieren wollte, kann nicht zugestimmt werden. Insbesondere vernachlässigt diese Perspektive, die sicherlich in Anlehnung an entsprechende Auffassungen Schröders aber auch Carstens zu verstehen ist, israelische sicherheitspolitische Motive. Weiterhin bildeten keineswegs ausschließlich die Waffenlieferungen den Kern des Problems der Nahostkrise 1965. Vgl.: Oppelland, T.: Schröder, S.615 u. 621.

terminus technicus bedingt – dem Auslaufen des Luxemburger Abkommens.¹⁰⁷³ Möglicherweise hatte der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Homann, gegenüber Nasser im September 1964 gerade deswegen einen Freundschaftsbesuch Ulbrichts in Ägypten zu Beginn des Jahres 1965 vorgeschlagen.¹⁰⁷⁴

Unabhängig davon erfolgte der Botschafteraustausch in einer Zeit, die infolge zusätzlicher Fragen kompliziert wurde. Erinnert sei hier an die Debatte über Verjährungsfrist, die Diskussion um die Fortsetzung der Finanzhilfe im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund“, die erst ein Jahr später ihren Abschluss fand, die vorzeitig abgebrochene Ausrüstungshilfe oder auch die Frage deutscher Wissenschaftler und Techniker in Ägypten. Zudem erfordern Darstellungen und Äußerungen, wonach die USA gegen einen Botschafteraustausch zwischen der Bundesrepublik und Israel bei Adenauer und der Bundesregierung hingewirkt hätten, eine Revision, entsprang das Ausbleiben des Botschafteraustausches doch primär deutschlandpolitischen Zielen der Bundesregierung und nicht der USA. Auch die Besetzung des Botschafterpostens in Tel Aviv mit Rolf Pauls,¹⁰⁷⁵ der unter großen Protesten in Israel empfangen wurde, aber als respektierter Mann das Land verließ, entsprang keiner Überraschung insofern, als Pauls seit Beginn der fünfziger Jahre immer in Israel betreffende Fragen involviert und auf dem Gebiet der deutsch-israelischen Beziehungen keineswegs ein Amateur gewesen ist.

Im Anschluss soll nachgezeichnet werden, unter welchen Rahmenbedingungen zu verschiedenen Zeitabschnitten bis 1963 die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel erörtert worden und weswegen dieser Schritt mehr als einmal zurückgestellt worden ist.

Gleichsam sei auf die ambivalente Verwendung des Wortes *Beziehungen* im Sinne Grewes hingewiesen, wonach diese einmal „die inhaltliche Qualität des Verhältnisses zwischen zwei Nationen, den Grad ihrer Freundschaft oder Abneigung“¹⁰⁷⁶ und zum anderen die Existenz förmlicher diplomatischer Beziehungen zwischen ihnen bezeichnen.

3.3.1. Diplomatische Beziehungen 1957 oder 1958?

Nachdem Adenauer infolge der Suezkrise unbeirrt an der weiteren Durchführung des Luxemburger Abkommens festhielt, damit Berechenbarkeit und Vertragstreue der Bundesrepublik Deutschland signalisierte, damit auch Vertrauenswürdigkeit bewies, ohne welche jede Au-

¹⁰⁷³ Zum Auslaufen des Luxemburger Abkommens 1965 siehe auch Tagebucheintrag Ben Gurions vom 5.12.1960, in: BGA, TBG.

¹⁰⁷⁴ Vgl.: Kilian, W.: Die Hallstein-Doktrin, S.125.

¹⁰⁷⁵ Zum Eintreffen von Pauls in Israel siehe: Ben-Vered, A.: Zur Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen, in: Europa-Archiv 22 (1967), S.235-238.

¹⁰⁷⁶ Grewe, W. G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S.153.

ßenpolitik zu frühem Scheitern verurteilt sein dürfte, stand die Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel 1957 bereits wieder auf der Agenda. Dieser Schritt wurde für einen Zeitpunkt nach den Bundestagswahlen erwogen, allerdings nicht zum Abschluss gebracht. Dass er 1957 überhaupt, ebenso wie vereinzelt eine Modifizierung der Hallstein-Doktrin, diskutiert wurde, ist in der doch sehr umfangreichen Literatur zur Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel weithin unberücksichtigt geblieben.

Die Bundesrepublik Deutschland sah sich in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel 1957 wie auch in späteren Jahren einem grundlegenden Interessenskonflikt ausgesetzt. Hierbei standen die deutschen Leistungen, so der Leiter des Referats „Wiedervereinigung“ im Auswärtigen Amt, Oncken, entsprechend des Luxemburger Abkommens und eventuelle diplomatische Beziehungen zu Israel, den deutschen Interessen in den arabischen Staaten, welche mit einer Anerkennung der DDR drohten, die es im Interesse einer deutschen Wiedervereinigung zu vereiteln galt, gegenüber. Angesichts der Suezkrise hatte sich der israelisch-arabische Gegensatz im Nahen Osten noch zugespitzt. Um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel durch die Bundesrepublik aber nicht aus Furcht vor Einbußen eigener Interessen in der Region dauerhaft zurückstellen zu müssen, empfahl Oncken eine frühzeitige Prüfung von Alternativen politischer Entscheidungen.¹⁰⁷⁷

Hintergrund der Oncken'schen Aufzeichnung bildete, wie von Brentano vermutete, eine von israelischer Seite inspirierte Initiative der Bundestagsabgeordneten Ollenhauer (SPD) und Böhm (CDU) zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. Beide hatten sich gegenüber dem Bundesminister des Auswärtigen in einem Gespräch Anfang Februar 1957 zugunsten eines solchen Schrittes ausgesprochen. Von Brentano lehnte das Ersuchen mit der Begründung ab, dass die Spannung infolge der Suezkrise wohl gerade ihren Höhepunkt erreicht habe und Israel möglicherweise in den Vereinten Nationen isoliert werde. In diesem Kontext würde, so von Brentano, eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel „unweigerlich“ zur Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten führen. Beide Abgeordneten votierten daraufhin erst recht für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wonach sich die Bundesrepublik über die geschilderten Bedenken hinwegsetzen und Israel aus der drohenden Isolation lösen möge. Dies änderte aber nichts an der ablehnenden

¹⁰⁷⁷ Vgl.: Jelinek, Y. A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.140, S.431f.

Haltung von Brentanos gegenüber dem Ersuchen Ollenhauers¹⁰⁷⁸ und Böhms zu diesem Zeitpunkt.¹⁰⁷⁹

Unter Bezug auf den Besuch Ollenhauers bei dem deutschen Außenminister sowie seines Treffens mit dem Bundeskanzler im Dezember 1956 wandte sich Goldmann wenige Tage später an Adenauer. In seinem Brief bat er die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, „die sich nun über ein Jahr hinzieht“, mit dem Bundesaußenminister zu besprechen. Zudem berief sich Goldmann auf eine Zusage Adenauers vom Dezember des Vorjahres, wonach dieser eine Regelung der Frage bis Februar oder März 1957 in Aussicht gestellt hatte.¹⁰⁸⁰

Goldmann traf sich Ende April 1957 u.a. hinsichtlich der Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel mit Adenauer, mit dem deutschen Außenminister sowie mit Blankenhorn, von Eckhardt und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Hallstein.¹⁰⁸¹ Allerdings konnte Goldmann aus diesen Gesprächen keinen klaren Eindruck gewinnen, der es ihm ermöglicht hätte, sichere Prognosen zu wagen. Während Adenauer nicht beabsichtigte, Goldmann gegenüber eine klare Stellungnahme abzugeben, bekundete von Brentano, dass er, vorausgesetzt, dass die Situation im Nahen Osten in den kommenden zwei Monate aus militärischer Sicht ruhig bleibe, bereit sei, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Demgegenüber wurde Hallstein durch Goldmann als sehr viel doktrinärer charakterisiert, weil in dessen Augen, im Unterschied zu von Brentano, die Gefahr, dass die arabischen Staaten diplomatische Beziehungen mit der DDR aufnehmen würden, sehr viel ernster sei. Den Eindruck, dass offensichtlich kontroverse Ansichten zur Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel im Auswärtigen Amt vorherrschten, hatte allerdings nicht nur Goldmann, sondern auch die amerikanische Botschaft in Bonn, die dahingehend das State Department unterrichtete.¹⁰⁸²

Doch die Situation sollte sich in den kommenden Wochen noch verworrener gestalten. Am 28. Juni 1957 äußerte Ben Gurion vor der Presse seine Hoffnung, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel bevorstehen würde. In

¹⁰⁷⁸ Ollenhauer besuchte in der letzten Märzwoche 1957 Israel. Im Rahmen seines Besuches sprach er sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus. Ebd., Dok.151, S.453.

¹⁰⁷⁹ Vgl.: Aufzeichnung von v. Brentano vom 9.2.1957 (MB 364/57), in: PA/AA, B 1, Bd.130.

¹⁰⁸⁰ Vgl.: Goldmann an Adenauer am 19.2.1957, in: BA, B 136, Bd.3635. Goldmann hatte Shinnar zuvor gebeten, ihn über die Unterredung Ollenhauers und Böhms mit von Brentano zu unterrichten. Zudem erwog er, beim State Department zu erwirken, dass sich dieses für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel ausspreche. Vgl.: Goldmann an Shinnar am 6.2.1957, in: ISA/303/16-37. Nach Shinnar vorliegenden Informationen hielt sich der Leiter der Politischen Abteilung des AA, Grewe, in Washington auf. Vgl.: Shinnar an Generaldirektor des israelischen Außenministeriums am 25.2.1957, in: I-SA/3099/26-37.

¹⁰⁸¹ Vgl.: Goldmann an Shinnar am 1.5.1957 mit beiliegendem Brief von Goldmann an Meir vom 1.7.1957, in: ISA/303/16-37. (Kopie der Briefe in ISA/3099/25-37). Sowie Aufzeichnung Fischers vom 10.7.1957 über Gespräch mit Goldmann, in: ISA/5567/13-3.

¹⁰⁸² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.146, S.442.

diesem Sinn sprach er auch in der Knesset am 15. Juli, betonte allerdings, dass die israelische Regierung bisher noch keine verbindliche Entscheidung in dieser Frage getroffen habe.¹⁰⁸³

Während sich der Regierungssprecher von Eckhardt am 19. Juli 1957 während einer Pressekonferenz für eine „Normalisierung“ der Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel „in nicht allzu ferner Zukunft“ aussprach¹⁰⁸⁴, berichtete der Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Grewe, nur einen Tag später an die deutsche Gesandtschaft in Damaskus, dass gegenwärtig der Zeitpunkt für einen solchen Schritt „nach Ansicht der Bundesregierung noch nicht gekommen“ sei.¹⁰⁸⁵ Im Sommer des Jahres stellte der Außenminister im Rahmen eines Diplomatenempfanges persönlich – und im Gegenteil zu seinen Äußerungen zu Beginn des Jahres gegenüber Ollenhauer und Böhm – die Überprüfung der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel nach den Bundestagswahlen in Aussicht, eine Aussage, an die sich Hallstein ebenso erinnerte, wie der Gesandte der Bundesrepublik in Damaskus, Weber.¹⁰⁸⁶ Doch welche kontroverse Optionen deutscher Außenpolitik hinsichtlich Israel existierten im dafür zuständigen Ressort und was veranlasste solche Überlegungen?

Den Hintergrund bzw. den Anlass zur intensiven Diskussion der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel bildete gemäß einer Aussage Blankenhorns offenbar die Absicht, dass die deutsche Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen unmittelbar nach den Bundestagswahlen am 15. September 1957 erwog und dieser Schritt den Weg zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel eröffnet hätte.¹⁰⁸⁷ Beide Angelegenheiten berührten allerdings die grundlegende Frage zumindest einer Modifizierung der Hallstein-Doktrin. In diesem Sinne erörterte der Leiter der Abteilung Wiedervereinigung des Auswärtigen Amts, Oncken, am 23. Juli 1957 die Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel erneut.¹⁰⁸⁸ Dabei skizzierte er zunächst vor dem Hintergrund bisheriger politischer Richtlinien die Alternativen deutscher Israelpolitik. Zum einen könne die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen und gleichzeitig verkünden, dass sie gewillt sei, die diplomatischen Beziehungen zu denjenigen arabischen

¹⁰⁸³ Ebd., Dok.151, S.454.

¹⁰⁸⁴ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.456f.

¹⁰⁸⁵ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.144, S.437.

¹⁰⁸⁶ Ebd., Dok.149, S.449 sowie Dok.153, S.458.

¹⁰⁸⁷ Vgl.: Aufzeichnung Fischers vom 10.7.1957 über Gespräch mit Goldmann, in: ISA/5567/13-egegmeD. An- über verwies von Brentano im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages im April 1957 darauf, dass die Frage der Anerkennung Polens bedeute, dass andere Staaten daraus eine Berechtigung ableiten könnten, ihrerseits die DDR anzuerkennen. Damit würde die Bundesregierung ihre bisherige grundsätzliche Linie der Nichtanerkennung der DDR verlassen Vgl.: Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1953-1957, Bd.II, 75. Sitzung, S.1649. In diesem Zusammenhang erklärte von Brentano, dass er diesbezüglich in Washington in seinen Gesprächen mit Eisenhower, Dulles und anderen Regierungsmitgliedern keine Antwort auf die Darlegung seines Standpunktes erwartet habe.

¹⁰⁸⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.145, S.438ff.

Staaten abzubrechen, welche diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen würden. Zum anderen müsse die Bundesrepublik in letzterem Falle auch den angedrohten Schritt vollziehen, da sonst ihr Gesichtsverlust in der Region nicht zu vermeiden sei. Dann allerdings verwies Oncken darauf, dass die Anerkennung Israel „ohne weiteres in Aussicht genommen werden“ könne, wenn sich die Bundesregierung aller Konsequenzen bewusst und bereit sei, in diesem Zusammenhang ihre Außenpolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. Dies hätte bedeutet, dass die Bundesregierung kein Hindernis dafür erblickte, zu Staaten diplomatische Beziehungen zu unterhalten, die solche bereits mit der DDR unterhielten. Wenn sich die Bundesregierung zu solch einer Politik bereit erklären würde, konnte nach Ansicht Onckens mit der „Lösung des Israel-Problems gleichzeitig eine Klärung der Frage der diplomatischen Beziehungen zu den Ostblockstaaten, insbesondere zu Warschau,“ herbeigeführt werden. Ein möglicher politischer Rückschlag in den arabischen Staaten hätte dabei einer eventuellen Besserung der politischen Position der Bundesrepublik im Ostblock gegenüber gestanden. Allerdings war Oncken Realist genug, um zu sehen, dass die Bereitschaft in der Bundesrepublik zu einem solch prinzipiellen Kurswechsel ihrer Außenpolitik nicht gegeben war. Dies veranlasste Oncken zu der abschließenden Empfehlung, dass, solange die Bundesregierung keine grundsätzliche Entscheidung hinsichtlich Israel getroffen habe und ihre bisherige Haltung in der Frage der Anerkennung der DDR nicht zu überprüfen beabsichtige, „jede amtliche Äußerung vermieden werden“ sollte, „die einen Kurswechsel der Bundesregierung in der Israel-Frage impliziert“.

Infolge öffentlicher Äußerungen in der Bundesrepublik ebenso wie in Israel, sahen sich einzelne arabische Staaten zu entsprechenden Nachfragen bei den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik oder aber direkt in Bonn veranlasst. So wurde von arabischer Seite mehrfach betont, dass man in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel einen unfreundlichen Akt und eine Parteinahme zugunsten Israels erblicken würde.¹⁰⁸⁹ Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Grewe, insistierte in diesem Zusammenhang in einem Schreiben an das Generalkonsulat in Damaskus, dass den arabischen Staaten zunächst eindeutig klar gemacht werden müsse, dass die Bundesrepublik Deutschland Israel bereits durch das Luxemburger Abkommen völkerrechtlich anerkannt habe und sich der Status der Israel-Mission in Köln nur unwesentlich von regulären Botschaften unterscheide. In diesem Sinne betonte Grewe, dass die Aufnahme voller diplomatischen Beziehungen zu Israel „nicht viel mehr als Formalität“¹⁰⁹⁰ seien. Grewe erkannte hier klar und deutlich eine der wesent-

¹⁰⁸⁹ Aufzeichnung des Nahostreferats vom 23.9.1957 über mögliche Rückwirkungen einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel in den arabischen Staaten, in: PA/AA, B 12, Bd.1024.

¹⁰⁹⁰ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.144, S.437.

lichsten Aufgaben deutscher Politik in den arabischen Staaten mit Blick auf Israel, die diesem die Anerkennung, im Extremfalle das grundlegende Existenzrecht schlichtweg verweigerten. In den Augen der arabischen Staaten bedeutete das Fehlen eines deutschen Botschafters in Israel, dass diesem seitens der Bundesrepublik auf diplomatischem Gebiet nicht derselbe Status eingeräumt wurde, wie seitens der meisten Staaten der westlichen Hemisphäre, aber auch der meisten Ostblockstaaten, einschließlich der Sowjetunion. In Gesellschaften, in denen der Person eines „(An)Führers“ und Statusfragen eine wesentlich andere Aufmerksamkeit zuteil wurde als z.B. in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, sollte eine solche Tatsache, erst recht im Kontext der Wahrnehmung des nationalsozialistischen Deutschlands im Orient, zwar nicht überbewertet, allerdings auch nicht übersehen werden.

Von Interesse für die spätere Politik des Auswärtigen Amts erscheint allerdings die Haltung und der Ideenreichtum des damaligen deutschen Gesandten der Bundesrepublik in Syrien, Weber. Dieser hielt einerseits einen Zustand ohne diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ohne volle diplomatische Beziehungen dauerhaft für unwürdig, einerseits deswegen, weil sich die Bundesrepublik ihre Israelpolitik durch einen Drittstaat vorschreiben ließ und andererseits, weil man Israel in der Frage des Zeitpunktes der Aufnahme diplomatischer Beziehungen immer wieder vertrösten müsse. Deswegen ersann er eine Lösung, die der Bundesrepublik einerseits die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel ebenso ermöglichen, wie andererseits die Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten vereiteln sollte. Demnach schlug Weber in seinem Schreiben vom 14. August 1957¹⁰⁹¹ vor, diplomatische Beziehungen zum Zeitpunkt des praktischen Auslaufens der Lieferungen aus dem Luxemburger Abkommens aufzunehmen. Weber empfahl zudem, Israel genauso wie auch den arabischen Staaten diesen Zeitpunkt für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Aussicht zu stellen. Obgleich eine solche Mitteilung „natürlich ein wüstes Geschrei bei den Syrern, vielleicht auch bei den Ägyptern, weniger wohl bei den anderen arabischen Staaten“ auslösen würde, hielt Weber die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und der DDR aber für unwahrscheinlich. Seine Prognose, die sich von seinen späteren Stellungnahmen um einiges unterscheiden sollte, erfüllte sich 1965. Das Auswärtige Amt griff diese Idee in einigen Varianten während der folgenden Jahre immer wieder auf, zumal diese Zeitgewinn für ihre Israel- genauso wie für ihre Deutschlandpolitik beinhaltete. Bequem war diese Lösung allemal, befreite diese das Auswärtige Amt doch von einem erheblichen Arbeitsaufwand. Allerdings war weder die politische wie auch die administrative Führung der Bundesrepublik so ehrlich, der israelischen, wie auch der ara-

¹⁰⁹¹ Ebenda, Dok.149, S.449ff.

bischen Seite hier „reinen Wein“ einzuschenken. Sichtbar war für Israel in den folgenden Jahren allerdings wiederholt, dass immer Gründe angeführt werden konnten, die aus deutscher Sicht gegen einen Botschafteraustausch sprachen. In der unmittelbaren Folge des Weber'schen Gedankens war allerdings noch nicht klar, welch beeindruckende Karriere seiner Idee innerhalb des Auswärtigen Amts und im Rahmen deutscher Israelpolitik noch beschieden sein sollte. Dennoch spricht die Feststellung des State Department vom August 1957 für diese Entwicklung, wonach die Bundesrepublik beim Auftreten eines spezifischen Problems, wie z.B. des Nahostkonflikts, die „verständliche Tendenz“ besitze, die Einnahme einer klaren Position zu vermeiden.¹⁰⁹² Hinsichtlich erschienener Pressemeldungen über eventuelle Vermittlungsversuche der USA in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel hatte Außenminister von Brentano allerdings bereits am 19. Juni 1957 eindeutig erklärt, dass es hierzu „keiner Einschaltung dritter Mächte“¹⁰⁹³ bedürfe. Die Israel-Politik der Bundesrepublik blieb deutsches Terrain.

In einem Gespräch zwischen Hallstein und Shinnar am 17. September 1957¹⁰⁹⁴ im Anschluss an den 5. Jahrestag des Luxemburger Abkommens und im Anschluss an die Bundestagswahlen, welche der CDU/CSU ihr bisher erfolgreichstes Wahlergebnis bescherte, teilte der Staatssekretär dem Leiter der Israel-Mission lediglich seine persönliche Auffassung zur Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit, da diese im Rahmen der Regierung seit geraumer Zeit nicht erörtert worden war und eine interne Besprechung innerhalb des Auswärtigen Amts zu dieser Frage in Kürze bevorstand. Im Rahmen des Gesprächs mit Shinnar erklärte Hallstein, dass diplomatische Beziehungen zu Israel dann aufgenommen würden, sobald die politische Lage dies erlaube. Außerdem postulierte er, dass sich die Bundesrepublik in der Frage der Anerkennung der DDR nicht arabischen Druck unterwerfe. Allerdings sollte aber der sowjetischen Politik in der Region mittels eines „falschen Schrittes“ kein Vorschub geleistet werden. Beiläufig verwies Hallstein darauf, dass die außenpolitische Situation deswegen schwieriger geworden sei, da Jugoslawien gerade erst die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze anerkannt habe.¹⁰⁹⁵ Deutsche wirtschaftliche Interessen in den arabischen Staaten¹⁰⁹⁶ spielten (wie auch in späteren Jahren¹⁰⁹⁷) während des Jahres 1957 bei der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel im Unterschied zum Fak-

¹⁰⁹² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.150, S.452.

¹⁰⁹³ Ebd., Dok.151, S.454.

¹⁰⁹⁴ Ebd., Dok.153, S.458ff.

¹⁰⁹⁵ Vgl.: Booz, R.M.: „Hallsteinzeit“, S.41.

¹⁰⁹⁶ Der Warenaustausch mit dem Nahen Osten belief sich 1956 gemessen am Gesamthandel der Bundesrepublik auf der Ausfuhrseite auf 2.5% und der Einfuhrseite auf 3.5%.

¹⁰⁹⁷ Die Botschafterkonferenz, welche im April 1962 auf Rhodos tagte, setzte die Staaten des Orients und den deutschen Handel mit diesen mit der deutschen Politik gegenüber anderen Entwicklungsländern gleich. Vgl.: Berggötz, S.O.: *Nahostpolitik*, S.199.

tor Jugoslawien und dessen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR ohnehin nur eine sekundäre Rolle. Dem Risiko der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel stand in den Augen Hallsteins kein nennenswerter Vorteil entgegen, zumal die Bundesregierung Israel anerkannt hatte und die Beziehungen praktisch „so gut wie normalisiert“ waren. Gerade vor dem Hintergrund dieser Entwicklung erscheint die Zustimmung des Auswärtigen Amts zu den sich während des Jahres 1957 anbahnenden direkten militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel plausibel.

Wenige Tage nach diesem Gespräch kam es am 26. September 1957 zu einer Besprechung im Auswärtigen Amt hinsichtlich der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel.¹⁰⁹⁸ Mit dieser wurde der Vorschlag des Gesandten Webers zu einer grundsätzlichen Besprechung deutscher Israelpolitik seitens der Bonner Zentrale Rechnung getragen.¹⁰⁹⁹

Im Vorfeld der Konferenz war bereits wiederum ersichtlich geworden, dass das Junktim von Israel- und Deutschlandpolitik unverändert aktuell war. So stellte das Nahostreferat im Vorfeld der Besprechung zwar fest, dass man bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel keineswegs quasi automatisch von einer einheitlichen Reaktion der arabischen Staaten auszugehen habe. Dabei wurde die Gefahr hiernach die DDR anzuerkennen in Jordanien, Saudi-Arabien und Irak als wesentlich geringer betrachtet als beispielsweise in Syrien oder Ägypten.¹¹⁰⁰ Allerdings kam hierbei noch eine weitere Befürchtung zum Vorschein, die für den damaligen Zeitgenossen wichtiger gewesen sein dürfte, als im Nachhinein möglicherweise zu vermuten ist. Ägypten und Libyen hatten ihre wohlwollende Haltung in der Frage der Anerkennung der deutschen Ostgrenze von dem Verhalten der Bundesrepublik gegenüber Israel abhängig gemacht. Mit Blick auf die Bestrebungen der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Polenpolitik zu Beginn des Jahres 1957, den Bundestagswahlen und den nach wie vor starken Vertriebenenverbänden sowie dem Problem der Beziehungen zwischen der DDR und Jugoslawien, dürfte dieses Argument durchaus Gewicht besessen haben¹¹⁰¹. Immerhin dauerte

¹⁰⁹⁸ An dieser nahmen der Leiter des Ressorts, von Brentano, dessen Staatssekretär, mehrere Vertreter der Politischen Abteilung, der Länderabteilung, der Handelspolitischen Abteilung und mehrere Missionschefs der Bundesrepublik in arabischen Staaten, darunter Irak, Syrien und Ägypten teil.

¹⁰⁹⁹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.151, S.453 sowie Aufzeichnung Welck vom 6.9.1957 betr. Besprechung über das Israel-Problem, in: PA/AA, B 12, Bd.1024.

¹¹⁰⁰ Auch Außenminister von Brentano hatte bereits im April 1957 vor dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages erklärt, dass die arabische Einheit keineswegs so groß sei, wie sie nach außen hin dargestellt werde. Weiterhin hatte er aber auch erklärt, dass weder bei Ägypten, noch einigen anderen arabischen Staaten die Bereitschaft erkennbar sei, einen *modus vivendi* mit Israel zu finden. Vgl.: Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1953-1957, Bd.II, 75. Sitzung, S.1648.

¹¹⁰¹ Vgl.: Aufzeichnung des israelischen Botschafters in Brüssel, Gideon Rafael, vom 6.11.1958 mit dem deutschen Botschafter in Luxemburg, in: ISA/3099/26-37.

es noch dreizehn Jahre, bis die Bundesregierung die Oder-Neiße Grenze als deutsche Ostgrenze anerkannte.¹¹⁰²

Im Rahmen der Sitzung am 26. September 1957¹¹⁰³ stand weniger die Frage, dass diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen werden sollten, als vielmehr der Zeitpunkt zur Diskussion. Im Falle des sowjetisch beeinflussten Syriens erwartete der Leiter des Nahostreferats, Voigt, eine Anerkennung der DDR bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. Voigt prognostizierte weiterhin, dass Ägypten mit hoher Wahrscheinlichkeit dem syrischen Beispiel folgen würde. Er konstatierte abschließend, dass man mit einer solchen Politik die „Gesamtstellung des Westens“, insbesondere die amerikanischen Maßnahmen zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses im Nahen Osten gefährden und der DDR zu aus Bonner Sicht nicht erwünschten Erfolgen verhelfen würde. Allerdings fügte er hinzu, dass die Bundesrepublik dem arabischen Prestigebedürfnis auch unabhängig von der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch Erhöhung ihrer Gesandtschaften in den Rang von Botschaften Rechnung tragen könne. Die Idee, einen solchen Schritt mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu verbinden, wurde nicht diskutiert. Demgegenüber glänzte der Leiter der Politischen Abteilung, Grewe, möglicherweise in Anlehnung an Oncken, mit einem weitsichtigen Vorschlag, indem er eine taktische Modifikation der Hallstein-Doktrin in Erwägung zog, da die Frage der Anerkennung der DDR über das nahöstliche Problem weit hinaus reiche. Demnach sollte nicht mehr wie bisher erklärt werden, dass die Bundesrepublik nur zu solchen Staaten Beziehungen unterhielt, in denen die DDR „diplomatisch nicht vertreten sei“. Dieser Vorschlag war allerdings abhängig von einer klaren Stellungnahme hinsichtlich der Ostpolitik der Bundesrepublik. Ohne eine Modifikation der Hallstein-Doktrin konnte diese nicht in Bewegung geraten. Hallstein postulierte demgegenüber, dass zwar der gegenwärtige Zustand anormal, die Wahrnehmung der deutschen Interessen in Israel durch die britische Vertretung nicht hundertprozentig zufriedenstellend sei, andererseits aber kein technisches Bedürfnis „stark drängender Natur“¹¹⁰⁴ bestünde, die einen solchen Schritt notwendig erscheinen lasse. Nach Ansicht des Staatssekretär bestand in Israel kein vitales Interesse an einem solchen Schritt. Einen wie auch immer gearteten Beeinflussungswillen der Vereinigten Staaten auf den internen Entscheidungsprozess der Bundesrepublik in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, konnte Hallstein nicht

¹¹⁰² Vgl.: Aufzeichnung des Nahostreferats vom 23.9.1957 über mögliche Rückwirkungen einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel in den arabischen Staaten, in: PA/AA, B 12, Bd.1024.

¹¹⁰³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.154, S.460-467.

¹¹⁰⁴ Ebd., S.464.

erkennen. Abschließend sprach sich von Brentano dafür aus, Israel zu informieren, dass eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen demnächst nicht zu erwarten sei.

Nach einem diskussionsreichen und hoffnungsvollen Beginn und Frühjahr in der bundes-deutschen Israel- und Ostpolitik sollten sich im Oktober 1957 mit der Verkündung des Rapacki-Plans, des „Sputnik-Schocks“ sowie dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien¹¹⁰⁵ zunächst auch in der Ostpolitik frostigere Zeiten ankündigen. Gerade im Vorfeld des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wäre eine Modifizierung der Hallstein-Doktrin im Sinne Grewes noch möglich gewesen. In der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel gestaltete sich das kommende Jahr 1958 eher ruhig, während sich die bilateralen Beziehungen v.a. auf militärischem, wirtschaftlichem sowie wissenschaftlichem Gebiet fortan stetig intensivieren sollten.

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Staates Israel im April 1958 erging nach vorheriger Absprache von israelischer Seite keine offizielle Einladung an die Bundesregierung, um möglichen Schwierigkeiten von vornherein aus dem Wege zu gehen. Stattdessen erhielten Böhm und dessen Frau sowie der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Carlo Schmid,¹¹⁰⁶ Einladungen, sich während der Feiern als Staatsgäste in Israel aufzuhalten.¹¹⁰⁷

Erst in der Folge der Nahostkrise im Sommer 1958 trat das Thema Israel wieder am Rande auf die politische Agenda der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik hatte sich innerhalb des NATO-Rats im Zusammenhang der Intervention der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Libanon bzw. in Jordanien infolge des Staatsstreiches im Irak einer positiven Stellungnahme enthalten.¹¹⁰⁸ Während eine Einstellung der Lieferung aus dem Luxemburger Abkommen an Israel keineswegs zur Debatte stand,¹¹⁰⁹ gab es immerhin noch Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, welche die Frage einer Garantieerklärung für die Existenz Israel thematisierten. Hierbei handelte es sich weniger um die Frage, dass die Existenz des Staates Israel angezweifelt wurde, als vielmehr um die Forderung des – allerdings keine beachtlichen Mehrheiten hinter sich wissenden – DP- Abgeordneten

¹¹⁰⁵ Vgl.: Booz, R.M.: „Hallsteinzeit“, S.39-47.

¹¹⁰⁶ Schmid hielt seine Eindrücke der Reise, auf der ihn seine Tochter begleitete in seinen Erinnerungen fest. Im Rahmen dieses Besuches wurde er auch von Ben Gurion empfangen. Zudem nahm Schmid an der Militärparade in Tel Aviv aus Anlass des 10. Jahrestages der Staatsgründung teil, wobei er hier zwischen Ben Gurion und Moshe Sharett platziert wurde, den er von den Tagungen der Interparlamentarischen Union kannte. Vgl.: Schmid, C.: Erinnerungen, Bern u.a. 1980, S.637-640.

¹¹⁰⁷ Vgl.: Aufzeichnung Janz vom 20.3.1958 betr. Feier anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Staates Israel, in: BA, B 136, Bd.3635.

¹¹⁰⁸ Vgl.: Blankenhorn, H.: Verständnis und Verständigung, S.301.

¹¹⁰⁹ Vgl.: Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1957-1961, Bd.I, 14. Sitzung, S.244 sowie Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1953-1957, Bd.II, 75. Sitzung, S.1648.

Ripken, der eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer eventuellen Garantierklärung der Existenz des Staates Israel vermieden wissen wollte.¹¹¹⁰

Als Bundeskanzler Adenauer am 17. Juli 1958 den mit persönlichem Empfehlungsschreiben Ben Gurions versehenen stellvertretenden Generaldirektor des israelischen Außenministerium, Maurice Fischer, empfing,¹¹¹¹ erklärte dieser, dass eine Involvierung Israels in den gegenwärtigen Konflikt oder eine Intervention Israels in Ägypten auf keinen Fall beabsichtigt sei.¹¹¹² Im Unterschied zu Ripken befürwortete der Bundeskanzler gegenüber Fischer im Sinne der Eisenhower-Doktrin eine unzweideutige Garantie der Westmächte für die territoriale Integrität und Souveränität aller Nahoststaaten und insbesondere Israels. Bereits zu diesem Zeitpunkt regte Fischer an, dass sich die Staaten, welche sich im Rahmen der EWG zusammengefunden hatten, die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Annäherung einzelner Mittelmeeranrainerstaaten, hier v.a. Libanon, Israel, Tunesien und Marokko an Europa in Erwägung ziehen sollten, um damit auch politisch stabilisierend in der Region zu wirken.¹¹¹³

Die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel wurde zwar nicht während des Gesprächs zwischen Fischer und Adenauer, dafür im Rahmen zweier anderer Gespräche angeschnitten, ohne dass dies eine größere Diskussion ausgelöst hätte. Zum einen wurde das Thema im Rahmen eines Gesprächs im Juni 1958 zwischen dem deutschen Außenminister und dem israelischen Botschafter in Washington, Eban, angerissen. Hier erklärte von Brentano, dass es ein Grundprinzip deutscher Außenpolitik sei, jeden Schritt zu vermeiden, der Israel schaden würde. Mit Blick auf die Etablierung diplomatischer Beziehungen sagte von Brentano, dass er diese unverzüglich aufnehmen würde, wenn aus diesem Schritt ein politischer Vorteil erwachse und wiederholte hinsichtlich eines solchen Schrittes erneut, dass die grundlegende Frage nicht die des ob, sondern die des richtigen Zeitpunktes sei.¹¹¹⁴

Weiterhin wurde die Frage diplomatischer Beziehungen am Rande eines Gesprächs zwischen Globke und Shinnar Ende Juli 1958 angeschnitten. Auf die Aussage Globkes hin, der die Anerkennung des neuen irakischen Regimes seitens der Bundesregierung ansprach, regte

¹¹¹⁰ Vgl.: Auswärtiger Ausschuss 1957-1961, Bd.I, 14. Sitzung, S.253.

¹¹¹¹ Maurice Fischer war während der Jahre 1948-1954 israelischer Gesandter in Paris und im Anschluss, 1954-1957, als israelischer Gesandter in Ankara tätig gewesen. Adenauer kannte Fischer persönlich und war zuletzt während seiner Türkeireise mit diesem zusammen getroffen. Vgl.: Aufzeichnung Bachmann vom 16.7.1958, in: BA, B 136, Bd.3589. Empfehlungsschreiben Ben Gurions an Adenauer vom 22.6.1958, in: ISA/5567/13-2.

¹¹¹² Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.248, S.217 (hebr. S.442-447).

¹¹¹³ Vgl.: Fischer an Adenauer am 1.8.1958, in: BA, B 136, Bd.3635.

¹¹¹⁴ Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.247, S.214f. (hebr. S.440ff.). Im Vorfeld des Gesprächs zwischen von Brentano und Eban hatte Shinnar gegenüber Botschafter Knappstein angeregt, die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel erneut zu überprüfen. Er äußerte gleichzeitig Verständnis dafür, dass sich die Bundesrepublik wegen eines solchen Schrittes „keine schwerwiegenden Nachteile im Hinblick auf die vitale Frage der Wiedervereinigung leisten könne.“ Siehe: AAPD 1963, Dok.205, S.658.

Shinnar an, diesen Zeitpunkt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel zu nutzen – seine Anregung blieb ohne entsprechende Folgen.¹¹¹⁵

Ogleich auch einzelne deutsche Diplomaten mit Bedauern gegenüber israelischen Gesprächspartnern in dritten Staaten feststellten, dass beide Staaten immer noch keine vollen diplomatischen Beziehungen zueinander unterhielten¹¹¹⁶, änderte dies an der Situation allerdings nichts. Diese Frage sollte erst 1959 wieder die Gemüter bewegen.

3.3.2. Die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Vorfeld des New Yorker Gipfels

Zwar wurde die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht im Rahmen des Gipfels zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem israelischen Premierminister David Ben Gurion erörtert, dafür allerdings während des Jahres 1959 mehrfach, so z.B. in einem Gespräch zwischen Adenauer und Shinnar am 20. Mai 1959, als auch in einem Gespräch zwischen Außenminister von Brentano und Shinnar am 13. November 1959.

Als Shinnar gegenüber Bundeskanzler Adenauer am 20. Mai 1959 die immer noch schwebende Frage der Aufnahme diplomatischer Staaten zwischen beiden Staaten anschnitt, erklärte der Bundeskanzler, dass er den Prozess, der mit den Verhandlungen und dem Abschluss des Luxemburger Abkommens begonnen habe, so bald wie möglich mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel vollenden wolle. Dabei betonte Adenauer, dass er selbst Verständnis habe, dass Israel zum Zeitpunkt der Verhandlungen um bzw. des Abschlusses des Luxemburger Abkommens zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik nicht bereit gewesen sei. Shinnar verwies in diesem Zusammenhang auf die in Israel bevorstehenden Wahlen im November und bat diesen Schritt bis zu einem Termin nach den Wahlen bzw. der Vereidigung der neuen Regierung zu Beginn des Jahres 1960 zurückzustellen. Dieser Wunsch traf bei Bundeskanzler Adenauer auf Verständnis, wobei dieser hinzufügte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht später als zu Beginn des Jahres 1960 erfolgen sollte.¹¹¹⁷

¹¹¹⁵ Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.250, S.219f. (hebr. S.449f.). Die Bundesrepublik Deutschland erkannte das neue Regime in Bagdad als zweiter westlicher Staat am 31.7.1958 nach Griechenland an.

¹¹¹⁶ Vgl.: Aufzeichnung des israelischen Botschafters in Brüssel, Gideon Rafael, vom 6.11.1958 mit dem deutschen Botschafter in Luxemburg, in: ISA/3099/26-27. In diesem Gespräch äußerte sich der deutsche Botschafter dahingehend, dass man mit der Hallstein-Doktrin den arabischen Staaten ein Instrument der Erpressung in die Hand gegeben habe. Zudem sei insbesondere Hallstein selbst dagegen, mit Staaten diplomatische Beziehungen zu unterhalten, die ihrerseits solche mit der DDR unterhielten.

¹¹¹⁷ Zum Gespräch am 20.5.1960 siehe FPI 1958-1959, Dok.261, S.232f. (hebr. S.475-478); Vermerk von van Scherpenberg vom 16.6.1959 über diplomatische Beziehungen mit Israel (St.S.494/59), in: PA/AA, B 12, Bd.1021. Tagebucheintrag Ben Gurions vom 13.8.1959, in: BGA, TBG. Entsprechend des Tagebucheintrages

In der Folge dieses Gesprächs ließen weder Adenauer noch Ben Gurion Zweifel an ihrer Grundhaltung aufkommen, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und eine Annäherung beider Staaten für beide sinnvoll war. In diesem Sinne hatte auch Ben Gurion während der Knessetdebatte am 1. Juli 1959¹¹¹⁸, welche die Demissionierung der Regierung zur Folge hatte, unter Einsatz seines persönlichen Ansehens darauf verwiesen, dass internationale Freundschaften nicht zwangsläufig auf Liebe beruhten, sondern weil sich die betreffenden Staaten wechselseitig brauchten. Auch wenn der Holocaust nie ungeschehen und vergessen werden konnte und kann, musste um des Lebens des jungen Staates willens, die Zukunft ins Visier genommen werden. Ben Gurion hatte keine Zweifel: das Deutschland Adenauers war nicht mehr das Deutschland Hitlers.

Während des Sommers 1959 wurden zudem Hintergrundgespräche geführt, welche die Vorbereitung eines persönlichen Treffens zwischen Ben Gurion und Adenauer beinhalteten. Bereits Ende 1958 hatte Shinnar eine Begegnung dieser zwei Persönlichkeiten als Teil der „politischen Beziehungen sui generis“¹¹¹⁹ gegenüber dem damaligen israelischen Arbeitsminister und Vertrauten Ben Gurions, Giora Josephthal, vorgeschlagen. In Gesprächen zwischen Julius Klein und Adenauer sowie von Brentano¹¹²⁰ hatten sich beide deutschen Politiker grundlegend für eine Formalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen ausgesprochen. Beide erachteten demnach einen baldigen Besuch Ben Gurions in der Bundesrepublik nach den Wahlen in Israel als wichtigen Schritt zu dieser Entwicklung. Obgleich Kleins Äußerungen, die eine Zeremonie anlässlich des angestrebten Gipfels beider Staatsmänner und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen fantasievoll ausschmückten, letztlich wenig wirklichkeitsnah blieben, schätzte er die Situation insofern richtig ein, als dass ein Besuch des israelischen Premierministers in Deutschland infolge einer Einladung Adenauers in Anbetracht der Vergangenheit sowie mit Blick auf zu erwartende heftige Proteste in Israel nicht realisierbar sein würde. Eine Begegnung beider konnte nur auf neutralem Boden stattfinden. Die ab-

Ben Gurions teilte Shinnar die Zusicherung des Bundeskanzlers dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Scherpenberg, Außenminister von Brentano sowie Carlo Schmid mit.

¹¹¹⁸ Vgl.: Rede Ben Gurions am 1. Juli 1959 vor der Knesset, in: PA/AA, B 12, Bd.1021. Hintergrund der Debatte bildete der Regierungsantrag, die in Israel stark umstrittenen Munitionslieferungen an die Bundesrepublik Deutschland nicht aufzuheben. Der Antrag wurde mit 57:45 Stimmen angenommen. Da auch zwei Parteien (Mapam und Achdut Ha'avoda), die im Kabinett vertreten waren, gegen den Antrag gestimmt hatten, demissionierte Ben Gurion und damit die gesamte Regierung.

¹¹¹⁹ Shinnar, F.E.: Bericht, S.96.

¹¹²⁰ Siehe Aufzeichnung Meroz vom 6.8.1959, in: ISA/3099/24-זח. Klein verweist auch 1965 in anderem Zusammenhang auf seine informelle Tätigkeit im Vorfeld des deutsch-israelischen Gipfels, der schließlich am 14. März 1960 in New York stattfand. Vgl.: Klein an Plofsky, National Commander, Jewish War Veterans of the United States, am 19.2.1965, in: ISA/6541/32-זח. So auch: Mensing, H.P.: Amerika-Eindrücke Konrad Adenauers und Adenauer-Bilder in den USA, in: Schwabe, K. (Hg.): Adenauer und die USA, Bonn 1994 (=Rhöndorfer Gespräche; Bd.14), S.248.

schließende Entscheidung, ein solches Treffen stattfinden zu lassen, wurde erst im Spätherbst 1959 gefällt¹¹²¹.

Vor dem Hintergrund der Berlinkrise aber auch der Nahostpolitik der DDR des Jahres 1959 wird deutlich, weswegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel spätestens ab September 1959 vor dem Hintergrund der deutschlandpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik erneut scheitern musste. So hatte der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, im Januar 1959 mit seiner Reise nach Ägypten, den Irak und Indien eine außenpolitische Aufwertung der DDR beabsichtigt.¹¹²² Obgleich eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und den entsprechenden Staaten nicht erfolgte, bildete sie doch in den Augen der Bundesrepublik und im Sinne der gültigen Hallstein-Doktrin eine Provokation. Die Lage spitzte sich zu, als Ägypten der Erhöhung der ostdeutschen Handelsvertretung zu einem Generalkonsulat im September 1959 zustimmte. Damit wurde nicht nur auf die Nahostpolitik der Bundesregierung, sondern auch auf die Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer Druck ausgeübt. Diese Entwicklung dürfte wie auch die Frage des Zeitpunktes kurz vor den israelischen Wahlen ursächlich dafür gewesen sein, dass Adenauer wenige Tage später in einem Interview mit Philip Ben, was am 5. Oktober 1959 in Ma'ariv erschien¹¹²³, erklärte, dass die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel gegenwärtig keine aktuelle Frage darstelle. Wilhelm Grewe, mittlerweile Botschafter der Bundesrepublik in Washington, erklärte in einem Gespräch mit dem israelischen Botschafter, Harman, dass die Idee eines Generalkonsulats nicht von Ägypten selbst stamme und dessen Haltung gegenüber der Bundesregierung widerspiegele, zumal die Frage einer diplomatischen Anerkennung der DDR durch Ägypten eng mit der Frage der Anerkennung Ostdeutschlands durch andere sogenannte neutrale Staaten wie z.B. Indien zusammenhänge. So vermutete Grewe sowjetischen Einfluss und den Willen der UdSSR, die internationale Stellung der DDR zu verankern, was auch im Kontext der Berlinkrise sichtbar sei.¹¹²⁴

Wenig später erklärte Unterstaatssekretär Knappstein Shinnar gegenüber, dass die deutsche Israelpolitik eng mit der deutschlandpolitischen Zielsetzung seiner Regierung und der Hallstein-Doktrin verwoben war.¹¹²⁵ Dabei lies er erkennen, dass selbst innerhalb der Bundesrepublik verschiedene Denkschulen, wo selbst die Idee, die Hallstein-Doktrin aufzugeben, erwogen würde, existierten. Kurz vor seinem Gespräch mit Knappstein hatte Shinnar mög-

¹¹²¹ Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht, S.97.

¹¹²² Vgl.: Lemke, M.: Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise im Januar 1959. Zur Anerkennungspolitik der SED in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, in: asien, afrika, lateinamerika 20 (1993), S.1027-1042.

¹¹²³ Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.265, S.237 (hebr. S.481ff.).

¹¹²⁴ Vgl.: Bericht Harmans vom 22.9.1959 über sein Gespräch mit Botschafter Grewe, in: ISA/3099/24--אז.

¹¹²⁵ Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.265, S.237 (hebr. S.481ff.).

licherweise noch etwas zu optimistisch erklärt, dass Adenauers Interview keinen Grund bilden würde, in der Umsetzung eines von israelischer Seite erwogenen Arbeitsplans abzuweichen, der ab Mitte November realisiert werden und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Ziel haben sollte. Tatsächlich kam es basierend auf der Aussage Adenauers vom 20. Mai 1959 in der Zeit von Mitte November bis Februar 1960 zu einigen Besprechungen in der Frage der diplomatischen Beziehungen, die letztlich für die israelische Seite hinsichtlich der Frage der diplomatischen Beziehungen keine Verbesserung der gegenwärtigen Position erbrachten.¹¹²⁶

Bereits im Rahmen des Gesprächs am 13. November 1959¹¹²⁷ mit von Brentano deutete sich an, dass aus israelischer Sicht Vorsicht gegenüber allzu euphorischen Erwartungen im Hinblick auf eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen geboten war. Zwar betonte von Brentano, dass er sich persönlich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausspreche, dieser Standpunkt allerdings nicht eine arabische Reaktion berücksichtige. Zudem habe sich seit 1956/1957 die Situation zwischen Israel und seinen Nachbarn ruhig gestaltet, so dass er keinen Grund sehen würde, den arabischen Staaten für deren Politik der Erpressung noch Entschädigung zu gewähren. Andererseits wünschte von Brentano die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nicht zu parteipolitischen Zwecken zu instrumentalisieren. Zwar sei ihm die positive Haltung der SPD in dieser Frage bekannt, hinsichtlich der FDP, so von Brentano, lagen ihm allerdings keine zuverlässigen Informationen vor. Offensichtlich bildete dieses Argument für den deutschen Außenminister nur einen Vorwand, die mittlerweile negative Haltung des Auswärtigen Amts in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu diesem Zeitpunkt zu verschleiern. Bei Zustimmung der Regierungsfraktion und einer positiven Haltung der SPD hätte einem Botschafteraustausch nichts im Wege gestanden, im Gegenteil. Zudem wurde deutlich, dass das Argument von Brentanos tatsächlich unberechtigt gewesen ist, da sich sowohl Ollenhauer, als auch Böhm 1959 gegenüber Shinnar bereit erklärt hatten, sich in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen an Adenauer zu wenden.¹¹²⁸ Von einer parteipolitischen Instrumentalisierung der Frage der diplomatischen Beziehungen konnte also keine Rede sein.

Diese deutsche Position erkannte Meroz bereits Ende November 1959 klar, der hier sicherlich realistischer als Shinnar die Absichten deutscher Außenpolitik wahrnahm. Dennoch wurde die Schlussfolgerung von Meroz, dass man die Bundesrepublik auch gegen ihren Wil-

¹¹²⁶ Vgl.: Aufzeichnung über Gesprächstermine vom 9.2.1960, in: BA, B 136, Bd.3635.

¹¹²⁷ Hierzu Gesprächszusammenfassung Shinnars vom 16.11.1959 an Außenministerin Meir, in: ISA/301/19-37. Nur kurz zu diesem Gespräch siehe: AAPD 1963, Dok.205, S.658f.

¹¹²⁸ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 1.1.1960 über Gespräch mit Shinnar, in: BGA, TBG.

len zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwingen sollte,¹¹²⁹ zumal solche politischen Absichten Israel keinerlei politischen Gewinn gebracht hätten, nicht realisiert.¹¹³⁰

Auch eine Pressemeldung im Dezember 1959, der zufolge der Personalbestand der Israel-Mission in Köln sowie der Shilumim-Gesellschaft in Israel aus verwaltungstechnischen Gründen deutlich verkleinert werden sollte und deswegen eine erneute Prüfung der Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vermutet wurde, war inhaltlich nicht unberechtigt.¹¹³¹

Am 7. Januar 1960 erörterte Shinnar die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Bundeswirtschaftsminister. In diesem Zusammenhang verwies er Erhard gegenüber auf sein bevorstehendes Gespräch mit dem Bundeskanzler, welches am 8. Februar 1960 stattfand. Shinnar führte aus, dass Ben Gurion die Zeit für gekommen halte, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, zumal in diesem Zusammenhang die Befürchtungen der Bundesrepublik hinsichtlich einer Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten unbegründet seien. Demgegenüber wirke sich eine Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes zum Schaden Israels aus, da sich gerade die afrikanischen Staaten zunehmend von der Argumentation Nassers, wonach Israel der „Bannerträger des westlichen Imperialismus“¹¹³² sei und die Bundesrepublik deswegen keine diplomatischen Beziehungen mit Israel unterhalte, zunehmend beeindruckt zeigten.

Doch offenbar war die Bundesregierung durch die ostdeutschen Aktivitäten in den arabischen Staaten etwas verunsichert. Deswegen reiste der Leiter des Bundespresseamtes, von Eckhardt, am 10. Januar 1960 aus Anlass einer Konferenz der Presseattachés der deutschen Missionen im Nahen Osten nach Kairo, um die Zusammenarbeit gegen ostdeutsche Angriffe zu koordinieren. Im Zusammenhang mit der Frage der antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik zur Jahreswende, sprach von Eckhardt auch die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen an. Hier stellte er die Erwägung in den Raum, ob es sich in diesem Zusammenhang nicht lohne, einen externen Anlass zur Realisierung eines solchen Schrittes

¹¹²⁹ Meroz hatte seine Ansicht damit begründet, dass das Verhältnis der BRD zu Israel, damit indirekt zur USA und innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft die Außenpolitik der Bundesrepublik mehr tangiere, als sämtliche arabische Erpressungsversuche.

¹¹³⁰ Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.266, S.238f. (hebr. S.484ff.).

¹¹³¹ Vgl.: Aufzeichnung Seiberlich betr. Israel (V C 4) vom 22.12.1959, in: BA, B 102, Bd.58958. Eine Verkleinerung des Stabes der Israel-Mission wurde deswegen erwogen, weil ab dem 1. April 1960 nur noch 320 Mio. DM aus dem Luxemburger Abkommen für Warenlieferungen frei verfügbar waren. Demnach war das Gros des Gesamtbetrages bei einer durchschnittlichen Jahresleistung von ca. 250 Mio. DM bis 1965 durch Vorbestellungen sowie einen 450 Millionen DM Kredit vorbelastet.

¹¹³² Aufzeichnung Görs vom 7.1.1960 betr. Israel: Unterredung zwischen Erhard und Shinnar, in: BA, B 102, Bd.58958.

zu erörtern. Einen solchen erblickte er in der vorzeitigen Abwicklung des Luxemburger Abkommens.¹¹³³

Noch bevor sich das Kabinett allerdings mit der Frage der diplomatischen Beziehungen zu Israel beschäftigte, wurde die Thematik im Rahmen des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 14. Januar 1960 infolge einer Anfrage von Carlo Schmid erörtert.¹¹³⁴ Dieser war während seines kurz zuvor erfolgten Israel-Aufenthaltes¹¹³⁵ auf die Frage der diplomatischen Beziehungen angesprochen worden. Zudem zeigte er sich vor dem Gremium verwundert darüber, dass er erst von israelischer Seite über Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Bundesrepublik während des Jahres 1959 informiert wurde, in denen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Aussicht gestellt worden war. Der deutsche Außenminister beantwortete die Anfrage dahingehend, dass sich die allgemeine politische Lage zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel während der letzten Jahre nicht verbessert habe. Zudem sei in den vergangenen Jahren diesbezüglich niemals eine offizielle israelische Anfrage an ihn gerichtet worden. Bemerkenswerter Weise ging von Brentano gegenüber dem Gremium allerdings nicht konkret auf die Gespräche des Jahres 1959 ein. Zudem rechtfertigte von Brentano seine ablehnende Haltung gegenüber einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Wesentlichen mit zwei Argumenten. Einerseits verwies von Brentano auf die Hallstein-Doktrin und den Umstand, dass diplomatische Beziehungen zu Israel und damit eine durch ihn antizipierte Anerkennung der DDR nicht zu rechtfertigen sei. Außerdem vertrat von Brentano hier die These, dass man angesichts des Spannungszustandes im Nahen Osten und des arabischen Nationalismus Israel mit diesem Schritt genauso wenig wie der Bundesrepublik einen Gefallen erweise. Der SPD-Abgeordnete Mommer stellte daraufhin die Frage, ob das Eingehen auf den Druck der arabischen Staaten ein positiver Grundsatz deutscher Außenpolitik sei und ob man sich hinsichtlich der erwarteten Anerkennung der DDR seitens der arabischen Staaten infolge eines Botschafteraustausches mit Israel wirklich sicher sein könne.¹¹³⁶

Offensichtlich schätzte Nahum Goldmann die Hauptquelle deutschen Widerstands gegenüber der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die er in von Brentano und innerhalb des Auswärtigen Amts verortete, richtig ein.¹¹³⁷ So enthielt sich van Scherpenberg während seines

¹¹³³ Vgl.: FPI 1960, Dok.203, S.180 (hebr.S.320).

¹¹³⁴ Vgl.: Auswärtiger Ausschuss, 1957-1961, 41.Sitzung, Bd. II, S.805f.

¹¹³⁵ Vgl.: Schmid, C.: Erinnerungen, S.640-647.

¹¹³⁶ Ebd., S.810f.

¹¹³⁷ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 7.2.1960, in: BGA, TBG. Gemäß eines Vermerks des Bundeskanzleramts hatten sich Adenauer und Goldmann am 18. Januar 1960 getroffen. Laut der Tagebuchaufzeichnung Blankenhorns konzentrierte sich das Gespräch im wesentlichen auf die antisemitischen Vorfälle in der Bundesrepublik. Goldmann hatte Adenauer während des Treffens einen gemeinsamen Besuch in Bergen-Belsen Anfang

Gesprächs mit Shinnar Ende Januar 1960 in der Frage einer etwaigen Etablierung diplomatischer Beziehungen jeglicher Stellungnahme.¹¹³⁸ Noch deutlicher wurde die ablehnende Haltung des Außenministers allerdings in seiner internen Weisung sichtbar. Demnach erklärte sich dieser Anfang Februar 1960 nicht zu einem Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission bereit und veranlasste mit Blick auf das bevorstehende Gespräch Shinnars mit dem Bundeskanzler eine Aufzeichnung für Adenauer vorzubereiten, worin die Gründe dafür dargelegt werden sollten, von einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel abzusehen.¹¹³⁹ Dabei sollten sich die Ausführungen argumentativ an die Äußerungen von Brentanos im Rahmen des Auswärtigen Ausschusses anlehnen. Doch von Brentanos Vermeidungsverhalten hinsichtlich eines Treffens mit Shinnar hatte, wie sich noch zeigen sollte, Ursachen.

Während Shinnar¹¹⁴⁰ und auch andere Personen zunächst weiter das Ziel der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verfolgten, kristallisierte sich andererseits allmählich heraus, dass man in Israel auf höchster Ebene von diesem Ziel mittlerweile Abstand nahm. Zwar meinte der israelische Botschafter in Brüssel, Gideon Rafael, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen die internationale Position Israels „im Krieg mit der arabischen Welt stärken würde“.¹¹⁴¹ Andererseits sollte Israel sich nicht erniedrigen, Deutschland zu einem solchen Schritt zu drängen und diesem die Initiative überlassen. Zudem hatten sich Ende Januar bzw. Anfang Februar 1960 sowohl Ben Gurion, als auch seine Außenministerin Golda Meir auf den Standpunkt geeinigt, die Frage der diplomatischen Beziehungen ruhen zu lassen. So vertrat Ben Gurion die Ansicht, dass ihn in der Frage der Beziehungen zu Deutschland im wesentlichen zwei Dinge interessierten: die Versorgung Israels mit Waffen und eine Kapitalinvestition in Höhe von einer Viertel Milliarde Dollar zum Aufbau der Industrie.¹¹⁴² Diese beiden Ziele stellten in Ben Gurions Augen höherwertige Interessen dar, waren sie doch für die Sicherheit und damit die Existenz Israels unabdingbar. Diese Auffassung kam den außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland durchaus entgegen, machte sie doch ein zeitliches Aufschieben der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel verhandelbar.

Februar vorgeschlagen. Der Bundeskanzler hatte diese Idee begrüßt. Vgl.: Aufzeichnung vom 9.2.1960, in: BA, B 136, Bd.3635; Blankenhorn, H.: Verständnis und Verständigung, S.357f. Blankenhorn selbst sah keinen Grund gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, da eine Reihe arabischer Staaten die DDR de facto bereits anerkannt hatten.

¹¹³⁸ Vgl.: AAPD 1963, Dok.205, S.658f.

¹¹³⁹ Vgl.: Aufzeichnung von Etzdorf vom 1.2.1960 betr. diplomatische Beziehungen mit Israel, in: PA/AA, B 2, Bd.86.

¹¹⁴⁰ Vgl.: FPI 1960, Dok.210, S.185f. (hebr.S.330-332).

¹¹⁴¹ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.173, S.508.

¹¹⁴² Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 7.2.1960, in: BGA, TBG. Zudem stand bereits Ende Februar 1960 fest, dass Ben Gurion die Frage der Aufnahme diplomatischen Beziehungen zu Israel im Rahmen seines bevorstehenden Treffens mit Adenauer nicht anschneiden würde. Vgl.: FPI 1960, Dok.211, S.187 (hebr.S.332).

Während seines Treffens mit Shinnar am 8. Februar 1960¹¹⁴³ unterrichtete der Bundeskanzler diesen, dass er die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel im Kabinett erörtern müsse, da es Minister gäbe, die forderten, mit einem solchen Schritt bis nach der geplanten Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris, in deren Rahmen deutschlandpolitische Fragen erörtert werden sollten, zu warten. Zwar wurde die Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel in der Kabinettsitzung am 9. Februar wie versprochen angeschnitten, aber zur ausführlichen Diskussion verschoben.¹¹⁴⁴ In der Kabinettsitzung am 2. März wurde das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen Ben Gurion und Adenauer in New York sowie die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten behandelt. Brentano hatte seine ablehnende Haltung im Kabinett damit begründet, dass Indien, der Vatikan und 12 andere Staaten auch keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhielten.¹¹⁴⁵ Das indische Verhalten hatte von Brentano zudem bereits vor dem Auswärtigen Ausschuss am 14. Januar dahingehend interpretiert, dass dieses Land wegen der befürchteten Rückwirkungen im Nahen Osten von einem solchen Schritt absehe.¹¹⁴⁶ Offensichtlich spielte Indien eine gewisse Rolle in den Überlegungen von Brentanos. Den Hintergrund dieser Äußerungen bildete die Ankündigung der indischen Regierung gegenüber Bonn, dass diese die Anerkennung der ostdeutschen Regierung beabsichtige,¹¹⁴⁷ dies erst kurz nach der Errichtung des Generalkonsulats der DDR in Kairo im September 1959, die allerdings ausdrücklich keine de facto oder de jure- Anerkennung der DDR beinhaltete.¹¹⁴⁸ Von Brentano reiste unmittelbar nach dem Gespräch zwischen Adenauer und Shinnar sowie der Kabinettsitzung Mitte Februar 1960 nach Indien. Der Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel, Rau, der in Begleitung des stellvertretenden Außenministers Winzer unmittelbar vor von Brentano Indien im Rahmen der Weltwirtschaftsausstellung be-

¹¹⁴³ Vgl.: FPI 1960, Dok.207, S.183f. (hebr.S.324-327).

¹¹⁴⁴ Nach dieser Sitzung richtete Goldmann am 13.2.1960 einen persönlichen Brief an Adenauer, in welchem er den Bundeskanzler bat, sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik einzusetzen, da diese wesentlicher für das deutsch-jüdische Verhältnis seien, als die antisemitischen Ausschreitungen während der Jahreswende 1959/1960. Zudem befürwortete Goldmann in dieser Frage einen klaren Entschluss und die Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes zur Realisierung dieses Schrittes. Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.175, S.513f. Der Brief Goldmanns wurde nicht durch Adenauer, sondern durch dessen persönlichen Referenten nur sehr knapp beantwortet. Vgl.: Bach an Goldmann am 25.2.1960, in: BA, B 136, Bd.3635. Am 12. Februar 1960 hatte Goldmann die Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Shinnar und Blankenhorn in Paris besprochen. Blankenhorn hatte in diesem Zusammenhang auf die proarabische „Tendenz der Leitung des Amtes und des nicht zu unterschätzenden Einflusses des Orientreferats unter Generalkonsul Voigt“ verwiesen. Vgl.: Blankenhorn, H.: Verständnis und Verständigung, S.365; FPI 1960, Dok.208, S.184f. (hebr.S.328).

¹¹⁴⁵ Vgl.: Kabinettsprotokolle 1960, 95. Sitzung, 9.2.1960, S.103 sowie Ebd., 98. Sitzung, 2.3.1960, S.129.

¹¹⁴⁶ Vgl.: Auswärtiger Ausschuss, 1957-1961, 41. Sitzung, Bd. II, S.811.

¹¹⁴⁷ Vgl.: FPI 1960, Dok.207, S.325. Diese Information ist nur in der hebräischen Ausgabe zu finden. Hansen verzichtete in seiner Studie, auf die Ankündigung Indiens einzugehen. Vgl.: Hansen, N.: Schatten, 473. Von Brentano befürchtete noch nach seiner Indien-Reise eine Anerkennung der DDR nach der geplanten Gipfelkonferenz im Mai 1960.

¹¹⁴⁸ Vgl.: Blasius, R.A.: „Völkerfreundschaft“, S.749.

sucht hatte, hatte hinsichtlich der Frage der Anerkennung der DDR allerdings lediglich eine Absage erhalten.¹¹⁴⁹

In seinem Gespräch mit Adenauer am 8. Februar hatte Shinnar außerdem die Ansicht vertreten, dass der Prozess seit Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens hin zu einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen gefährdet sei, wenn infolge der bevorstehenden Kabinettssitzung bzw. nach dem Gipfeltreffen zu einem Zeitpunkt nicht später als bis 1. Juli des Jahres keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen würden, einem Vorschlag, dem Adenauer zustimmte. Nach seinem Gespräch mit Adenauer wurde Shinnar durch den persönlichen Referent des Bundeskanzlers über die bevorstehende Amerikareise Adenauers Mitte März unterrichtet.¹¹⁵⁰ Kurze Zeit nach dem Treffen am 8. Februar wurde der 14. März 1960 als Zeitpunkt des Treffens zwischen Ben Gurion und Adenauer festgelegt.¹¹⁵¹ Bis Anfang März stand für beide Seiten fest, dass die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht Gegenstand des deutsch-israelischen Gipfels in New York sein würde.¹¹⁵²

Angesichts der politischen Situation, der schwelenden Berlinkrise, Grotewohls Nahostreise, der Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Kairo, der indischen Ankündigung, wonach dieses die DDR anzuerkennen beabsichtigte, der noch bevorstehenden aber letztlich nicht stattfindenden Gipfelkonferenz in Paris sowie der fortwährenden Gültigkeit der Hallstein-Doktrin blieb die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen nur ein Traum. Insofern sollte die Voraussage Goldmanns gerade mit Blick auf das Auswärtige Amt im Nachhinein bestätigt werden. Dieser hatte bereits 1956 prognostiziert, dass eine Änderung in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen schwierig zu erreichen sei, wenn Deutschland seine widerstrebende Haltung erst einmal entfaltet habe.¹¹⁵³ Denn diese Frage stand im Interessenskonflikt zu deutschlandpolitischen Zielen der Regierung Adenauers. Gleichzeitig stellten in Israel sicherheitspolitische und wirtschaftliche Fragen im Vergleich zum Problem der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik am Vorabend des Gipfels zwischen Ben Gurion und Adenauer höherwertige, da für die Existenz Israels de facto wichtigere Ziele dar.

¹¹⁴⁹ Ausführlich zur indischen Position: Das Gupta, A.: Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die deutsche Südasienpolitik unter Adenauer und Erhard 1949-1966, Husum 2004 (= Historische Studien, Bd.479), S.223-231.

¹¹⁵⁰ Vgl.: FPI 1960, Dok.207, S.326f.

¹¹⁵¹ Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht, S.97.

¹¹⁵² Vgl.: FPI 1960, Dok.211-213, S.187-189 (hebr.S.332-336).

¹¹⁵³ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.440.

3.3.3. Der deutsch israelische Gipfel im Hotel Waldorf Astoria

Am 14. März 1960 trafen sich Konrad Adenauer und David Ben Gurion im Hotel Waldorf Astoria in New York.¹¹⁵⁴ Nachdem 1997 die deutsche und israelische Aufzeichnung des Gesprächs veröffentlicht wurde,¹¹⁵⁵ erübrigen sich in der historischen Forschung nunmehr auch Spekulationen über den Inhalt des Treffens. Dass es sich gemäß der Interpretation von Michael Wolffsohn bei diesem Meeting um einen „geschichtspolitischen Persilschein aus Israel“¹¹⁵⁶ für die Bundesrepublik gehandelt habe, der jedoch nicht zum „Nulltarif“¹¹⁵⁷ erhältlich gewesen sei, kann mit den mittlerweile veröffentlichten Protokollen des Treffens und auch vor dem Hintergrund der Hakenkreuzschmierereien während der Jahreswende 1959/60 nicht bestätigt werden. In durchaus freundschaftlicher Atmosphäre trafen in New York nicht nur zwei Vertreter ihres jeweiligen Landes sondern zugleich auch herausragende Staatsmänner das erste Mal persönlich aufeinander, deren individuelles Engagement im Rahmen der deutsch-israelischen Beziehungen keineswegs gering gewesen ist. Die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten wurde im Kontext des Gespräches nicht diskutiert. Ben Gurion bat den Bundeskanzler in New York um eine deutsche Anleihe für einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren bei Annuitäten in Höhe von 40 bis 50 Millionen US Dollar. Adenauer bekundete hier die Absicht, das israelische Anliegen nicht nur aus moralischen, sondern vielmehr auch aus politischen Gründen zu unterstützen. Die deutschen Kredite wurden Israel im Rahmen der sogenannten „Aktion Geschäftsfreund“ gewährt.

Den Hintergrund für diese Erklärung Adenauers im Waldorf Astoria dürfte der Wille der Bundesregierung gewesen sein, zum gegenwärtigen Zeitpunkt und im Gegensatz zu Adenauers Absichtserklärung vom Vorjahr, keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Da Israel diese im Unterschied zur Bundesrepublik wünschte, allerdings wirtschaftliche und sicherheitspolitischen Zielen höhere Priorität einräumte, wurde den Interessen beider Seiten mit einer solchen Zusage gedient und das Bestreben an einem Fortbestehen und einem Ausbau der faktischen Beziehungen zwischen beiden Staaten signalisiert. Hätte die Bundesre-

¹¹⁵⁴ Zum Treffen, welches hier nicht en detail dargestellt wird, siehe: Hansen, N.: Schatten, S.539-553; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.313-317; Weingardt, M. A.: Deutsche Israelpolitik, S.126-131; Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen, S.106-118; Rath, A.: Die historischen Begegnungen der beiden großen Staatsmänner Konrad Adenauer und David Ben Gurion – New York, März 1960 und Israel, Mai 1966, in: Bahagon, S. (Hg.): Recht und Wahrheit bringen Frieden. Festschrift aus Israel für Niels Hansen, Gerlingen 1994, S.214-219.

¹¹⁵⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. / Blasius, R.A.: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom deutsch-israelischen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960, in: VfZ 45 (1997), S.309-344 (Gesprächsaufzeichnungen ab S.330). Das israelische Protokoll ist ebenfalls abgedruckt, in: FPI 1960, Dok.215, S.337-342 sowie bei: Shalom, Z.: Document: David Ben Gurion and Chancellor Adenauer at the Waldorf Astoria on 14 March 1960, in: Israel Studies, 2 (1997) Nr.1, S.56-67.

¹¹⁵⁶ Wolffsohn, M.: Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen, 3. Aufl., München 1989, S.31.

¹¹⁵⁷ Ebd., S.32.

gierung zu diesem Zeitpunkt, an dem das Gros der Leistungen aus dem Luxemburger Abkommen, das die bisherige Basis des bilateralen Verhältnisses darstellte, erbracht worden war,¹¹⁵⁸ weder diplomatische Beziehungen aufgenommen noch Kompensationen für das Ausbleiben eines solchen Schrittes erwogen, hätte sie nicht nur das bisher erworbene Ansehen, riskiert, sondern Israel schlechter als andere Staaten, z.B. die arabischen Staaten behandelt und somit hinsichtlich seiner Stellung im Staatensystem diskriminiert. Zwar konnte man die deutschen Kredite nicht in der öffentlichen politischen Argumentation, dafür allerdings in Verhandlungen mit Israel als Alibi für das Ausbleiben diplomatischer Beziehungen verwenden, zumal Israel auf diese Finanzhilfe angewiesen war. Dabei dürfte das Geld, welches der Entwicklung des Negev dienen sollte, in Wirklichkeit für das israelische Nuklearprojekt benötigt worden sein.¹¹⁵⁹ Der Bundesrepublik sicherte diese „Scheckbuchdiplomatie“¹¹⁶⁰ den Handlungsspielraum, auch weiterhin an der Nichtanerkennung der DDR als hinter der Hallstein-Doktrin stehendem Ziel festhalten zu können. Insofern kann hier nicht von einer „Doppelstrategie“¹¹⁶¹ der Israelis gesprochen werden, sondern stellte ein Mittel der Bundesrepublik dar, Israelpolitik im Sinne eigener Interessenwahrung auch für den Verhandlungspartner annehmbar zu gestalten. Ohne die wirtschaftlichen Ressourcen, ja Stärke der Bundesrepublik in diesem Bereich wäre diese Politik undenkbar gewesen.

Weiterhin erörterte Ben Gurion im Rahmen des Gesprächs den israelischen Wunsch, U-Boote sowie Fernlenkgeschosse zu erwerben. Bundesverteidigungsminister Strauß hatte hierzu bereits im Vorfeld des Treffens seine Bereitschaft, Israel zu unterstützen, erklärt. Dieser Ansicht schloss sich Adenauer nun in New York an. Der israelische Premierminister schlug zur Klärung weiterer Details die Entsendung einer israelischen Verhandlungsdelegation nach Deutschland vor.¹¹⁶² In der Forschung wurde bisweilen übersehen, dass die hier zugesagten Waffenlieferungen weder zwingend im Zusammenhang mit der Frage der diplomatischen Beziehungen stehen, noch einen Preis für die Bereitschaft Ben Gurions Deutschland angesichts der Hakenkreuzschmierereien argumentativ zu unterstützen, bildeten.¹¹⁶³ Auch er-

¹¹⁵⁸ Ab 1961 stand in den Warengruppen I bis IV lediglich noch eine Summe von 250 Millionen DM für Warenbestellungen zur Verfügung. Vgl.: Aufzeichnung Görs betr. Israel vom 19.2.1960 (V C – 51817/60), in: BA, B 102, Bd. 58958. Die durch Ben Gurion geforderte Summe von US\$ 40-50 Mio. entsprach etwa einem jährlichen Kredit von ca. 160-200 Mio. DM.

¹¹⁵⁹ Vgl.: Shalom, Z.: Document, S.52.

¹¹⁶⁰ Zur „Scheckbuchdiplomatie“ als Mittel zur Gestaltung auswärtiger Beziehungen siehe: Das Gupta, A.: Lob der Schwäche – Heroische Rhetorik zum Untergang der deutschen Scheckbuchdiplomatie, in: Forschungsberichte aus dem Duitsland Instituut Amsterdam 1 (2004), S.40-48.

¹¹⁶¹ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.581.

¹¹⁶² Nur kurze Zeit nach dem Treffen zwischen Adenauer und Ben Gurion setzten sich Peres mit Bundesverteidigungsminister Strauß in Verbindung. Vgl.: Strauß an Peres am 5.5.1960 unter Bezug auf einen Brief von Peres vom 31.3.1960, in: BGA, Correspondence Files.

¹¹⁶³ Vgl.: Schwarz, H.-P.: Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957-1963, Stuttgart u.a. 1983 (=Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Bd.3), S.211.

scheint es fraglich, ob zwischen der hier zugesagten Ausrüstungshilfe und der „Aktion Frank/Kol“ eine direkte Verbindung besteht.¹¹⁶⁴ Zum einen verhandelte Israel bereits seit 1957 mit der Bundesrepublik über den Erhalt von U-Booten, womit dieser Punkt also keine Neuerung in den bilateralen Beziehungen darstellte. Zum anderen bat Israel 1960 z.B. auch die amerikanische Regierung um den Erhalt von Luftabwehrraketen. Das Ersuchen war durch Präsident Kennedy aber abgelehnt worden.¹¹⁶⁵

Allerdings äußerten beide, Adenauer wie Ben Gurion, bei der Erörterung der politischen Bedeutung des afrikanischen Kontinents im Kontext des Kalten Krieges verschiedene Ansichten. Während Adenauer den afrikanischen Kontinent unter Berufung auf de Gaulle als „zur Hälfte verloren“ erklärte, vertrat Ben Gurion die Auffassung, dass man Afrika für den Westen gewinnen müsse und hierfür durchaus Chancen erblickte. Im Unterschied zu Adenauer, dessen politisches „Steckenpferd“ sicherlich nicht in Afrika zu suchen war, lag hier die große Stärke israelischer Außenpolitik, die gerade auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe gemessen an den Ressourcen des Landes Erstaunliches leistete.

Obgleich die Nahostabteilung des Auswärtigen Amts die Reaktionen der arabischen Staaten im unmittelbaren Anschluss an das Treffen als heftiger als erwartet bezeichnete,¹¹⁶⁶ ging man nach anfänglicher Empörung doch verhältnismäßig schnell wieder zur Tagesordnung des politischen Geschäfts über.

Einerseits konnten sich Ben Gurion und Adenauer, deren Charaktere gut miteinander harmonierten, während des gemeinsamen Gipfels von der Integrität des jeweils Anderen überzeugen.¹¹⁶⁷ Andererseits erscheint es zumindest überlegenswert, ob dieser Gipfel, abgesehen von seiner sicherlich nicht zu unterschätzenden und unstrittigen wichtigen emotionalen und vertrauensbildenden, aber auch öffentlichen Wirkung, eine darüber hinausgehende Neuerung der bilateralen Beziehungen darstellt. Wie bisher existierten keine diplomatischen Beziehungen beider Staaten. Dennoch bekundeten beide Seiten Interesse am Ausbau der faktischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Da die Idee eines deutsch-israelischen Gipfels den antisemitischen Vorfällen der Jahreswende 1959/60¹¹⁶⁸ zeitlich voranging und unabhängig von diesen erwogen wurde, kann im Nachhinein daraus kein direkter Zusammenhang konstruiert werden.

¹¹⁶⁴ In diesem Sinne mutmaßt z.B. Seelbach. Siehe: Seelbach, J.: *Diplomatische Beziehungen*, S.100.

¹¹⁶⁵ Die USA stimmten zwei Jahre später der Lieferung von Luftabwehrraketen nach Israel zu, wobei die USA die entsprechenden Raketen des Typs Hawk direkt nach Israel lieferten.

¹¹⁶⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.176, S.515f.

¹¹⁶⁷ Vgl.: Adenauer an Heuss am 16.8.1960, in: BA, NL 1221, Bd.62.

¹¹⁶⁸ Deswegen hatte Adenauer demonstrativ infolge eines entsprechenden Vorschlags von Nahum Goldmann gemeinsam mit diesem Anfang Februar 1960 die Gedenkstätte in Bergen-Belsen besucht.

3.3.4. Diplomatische Beziehungen nach dem deutsch-israelischen Gipfel und vor dem zeitlichen Hintergrund des Eichmann-Prozesses?

Auch kurze Zeit nach dem Gipfel wurde das Thema der diplomatischen Beziehungen im Rahmen eines im Mai 1960 erfolgten Privatbesuchs von Altbundespräsident Theodor Heuss in Israel von israelischer Seite nicht angesprochen, womit Heuss im Vorfeld seines Besuches gerechnet hatte.¹¹⁶⁹ Bereits im Vorfeld der Reise hatte Bundesaußenminister von Brentano Heuss unter Verweis auf das Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer in New York seine Überzeugung dargelegt, wonach das Thema in Israel nicht berührt werden würde. Zudem sei ebenfalls nicht zu erwarten, dass Israel von dem ehemaligen Bundespräsidenten allgemeine politische Erklärungen zu erhalten wünsche. Darüber hinaus hielt von Brentano an seiner Ansicht fest, wonach er den Zeitpunkt für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten im Moment nicht als gegeben sah.¹¹⁷⁰ Offensichtlich erachteten beide Regierungschefs die Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten als weniger zentral im Vergleich zu höherwertigen Interessen beider Staaten. Während Adenauer mit Blick auf die arabischen Staaten und die Deutschland- respektive Wiedervereinigungspolitik seiner Regierung den status quo akzeptierte, wusste Ben Gurion, dass ein Israel feindlich gesinntes Deutschland israelische Interessen in Westeuropa (hier z.B. im Rahmen der EWG) oder in den USA negativ tangieren konnte.¹¹⁷¹

Erst die Festnahme Eichmanns sowie der folgende Prozess gegen ihn, aber auch die Reisen des Krupp-Generalbevollmächtigten, Berthold Beitz, nach Polen im Dezember 1960 und Januar 1961 brachte wieder Bewegung und Diskussion in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten.¹¹⁷² Während im Frühjahr 1960 das primäre Ziel israelischer Politik gegenüber der Bundesregierung im Erhalt einer deutschen Anleihe lag, hinter dem die Frage der diplomatischen Beziehungen zurückgestellt worden war, erwog Shinnar im Rahmen einer Führungssitzung im israelischen Außenministerium im Februar 1961, diese erneut anzustreben. Obgleich die Möglichkeit eines Endes der Hallstein-Doktrin im Zusammenhang deutscher Polenpolitik sehr unterschiedlich eingeschätzt wurde, ebenso wie die Möglichkeit eines sich daran anschließenden Botschafteraustausches zwischen Israel und Deutschland, war man sich doch einig, dass sich der bestehende Zustand langfristig be-

¹¹⁶⁹ Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V., dessen Schirmherr Heuss war, hatte sich noch am 1. Februar 1960 in einem Brief an Bundeskanzler Adenauer für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel eingesetzt. Vgl.: Deutscher Koordinierungsrat, Goldschmidt, an Bundeskanzler Adenauer, am 1.2.1960, in: BA, B 136, Bd.3635.

¹¹⁷⁰ Heuss an von Brentano am 1.4.1960, in: BA, NL 1221, Bd.64; Brentano an Heuss am 7.4.1960, in: BA, NL 1221, Bd.64; Heuss an den Bundeskanzler am 12.8.1960, in: BA, NL 1221, Bd.64.

¹¹⁷¹ Vgl.: Pearlman, M.: Gespräche mit Ben Gurion, S.204f.

¹¹⁷² Vgl.: Bingen, D.: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden 1998 (=Schriftenreihe des Instituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd.33), S.71-78.

trachtet, negativ auf die faktischen bilateralen Beziehungen sowie die auswärtigen Beziehungen Israels auswirken müsse. Im Ergebnis der Sitzung wurde beschlossen, diskret, z.B. über Abgeordnete der SPD oder CDU/CSU auf einen Botschafteraustausch hinzuarbeiten.¹¹⁷³

Der Angehörige der offiziellen deutschen Beobachterdelegation beim Eichmannprozess, von Preuschen, bekräftigte gegenüber dem Deutschlandreferenten im israelischen Außenministerium, Varon, im Mai 1961, dass es der ausdrückliche Wille von Bundesaußenminister von Brentano sei, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, verwies aber gleichzeitig auf zu erwartende, für die Bundesrepublik unerwünschte Reaktionen der arabischen Staaten.¹¹⁷⁴ Preuschens Mitarbeiter Kroneck erwog dabei ebenso wie Varon die Möglichkeit, dass man die deutsche Beobachterdelegation in eine reguläre deutsche Delegation in Israel umwandeln könne.¹¹⁷⁵ Wie Shinnar allerdings richtig vermutete, hatte diese Erklärung keinerlei Relevanz, wobei er hinzufügte, dass der dem deutschen Außenminister nahe stehende von Preuschen wohl keinerlei Chancen auf einen Botschafterposten in Israel besitze.¹¹⁷⁶ Zudem wies er jegliche Zwischenlösung gegenüber der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zurück. Obgleich Israel die Bundesrepublik in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht öffentlich unter Druck setzte, erwartete sie erstens volle diplomatische Beziehungen anstatt Zwischenlösungen sowie zweitens, dass das Angebot hierzu von deutscher Seite auszugehen habe.¹¹⁷⁷ Auch in Israel machte man sich bereits Gedanken über die Art der bilateralen Beziehungen nach Ablauf des Luxemburger Abkommens, dessen Ende allmählich in Sicht war. Dennoch erschien dem Leiter der Westeuropaabteilung des israelischen Außenministeriums, Bendor, der momentane Zustand der bilateralen Beziehungen für zweckmäßig, da sich die Bundesrepublik seiner Ansicht nach verpflichtet fühlte, Israel „zu entschädigen, solange keine normalen diplomatischen Beziehungen bestehen.“¹¹⁷⁸

Einen Botschafteraustausch strebte von Brentano zum Zeitpunkt des Eichmann-Prozesses allerdings nicht an. In Anlehnung an den Gedanken von Botschafter Weber aus dem Jahr 1957 visierte die Ostabteilung des Auswärtigen Amts die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel für den Zeitpunkt der letzten Zahlung an Israel im Rahmen des Luxemburger Abkommens im Frühjahr 1965 an.¹¹⁷⁹ Sollte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu diesem Zeitpunkt allerdings einen mit Blick auf die zu erwartende Reaktion der arabischen

¹¹⁷³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.192, S.546ff.

¹¹⁷⁴ Ebd., Dok.203, S.566-569.

¹¹⁷⁵ Ebd. sowie Aufzeichnung Kronecks vom 8.6.1961 (MB 845/61), in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961.

¹¹⁷⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.204, S.569ff.

¹¹⁷⁷ Ebd., Dok.205, S.572.

¹¹⁷⁸ Ebd., Dok.206, S.573.

¹¹⁷⁹ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung 7 (708.82.00/92.19-754/61geh.), Auswärtiges Amt vom 22.6.1961, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961.

Staaten zu weitgehenden Schritt darstellen, empfahl man die Umwandlung der Israel-Mission in eine reguläre Handelsvertretung sowie die Errichtung einer deutschen Handelsvertretung in Tel Aviv. Die Realisierung dieser Vorschläge machte das Nahostreferat von der Einschätzung der deutschen Missionschefs in der Region abhängig. Offensichtlich unter dem Einfluss insbesondere des deutschen Botschafters in Kairo, Weber, legte Bundesaußenminister von Brentano Bundeskanzler Adenauer in einem Brief vom 10. August 1961¹¹⁸⁰ die Entsendung einer deutschen Handelsvertretung nach Israel sowie die Umwandlung der Israel-Mission in eine Handelsvertretung mit konsularischen Befugnissen für den Zeitpunkt des Auslaufens des Luxemburger Abkommens nahe. Obgleich auch im Nachhinein verständlich ist, dass 1961 kurz vor den Bundestagswahlen und inmitten der Berlinkrise eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel nicht ernsthaft erwogen wurde, erscheint die Empfehlung von Brentanos doch seltsam. Denn immerhin bezog sich seine ablehnende Haltung gegenüber einem Botschafteraustausch auf einen noch entfernten Zeitraum. Von Euphorie seinerseits gegenüber der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel konnte also kaum die Rede sein. Zudem hatte sich der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hallstein, 1956 bereits gegen eine solche Zwischenlösung ausgesprochen, da sie weder dem israelischen, noch dem deutschen Ansehen diene.¹¹⁸¹ Allerdings sollte sich unabhängig von Israel auch in der Polenpolitik der Bundesregierung zeigen, dass eine Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches und ein Ende der Hallstein-Doktrin nicht ernsthaft erwogen wurde. Aber um diesen durchzusetzen, benötigte die Bundesregierung Ressourcen, signalisierte doch auch die DDR im Nahen Osten, zuletzt im Mai 1961 mit der Eröffnung eines Konsulats in Damaskus durchaus ihre außenpolitischen Ansprüche. Ein reichliches Jahr später folgte die Eröffnung eines ostdeutschen Generalkonsulats in Bagdad.

Angesichts der Berlinkrise, in deren Kontext der amerikanische Außenminister Rusk z.B. Anfang 1962 Gesprächsbereitschaft in der Frage einer Internationalen Zugangsbehörde nach Berlin signalisiert hatte, die Sowjetunion weiterhin mit einem Sonderfrieden mit der DDR drohte, der Kuba-Krise sowie der Krise um die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler und Techniker für die ägyptische Rüstungsindustrie, bildete die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel während des Jahres 1962 ein sekundäres bzw. marginales Thema auf der Agenda bundesdeutscher Außenpolitik. Daran änderten z.B. Gespräche des deutschen Bundestagsabgeordneten Müller-Hermann mit dem Generaldirektor des israelischen Außen-

¹¹⁸⁰ Vgl.: Bundesminister des Auswärtigen, von Brentano (MB-1125/61), an Bundeskanzler Adenauer am 10.8.1961, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961. Zu Weber, auf den sich von Brentano in seinem Brief an den Bundeskanzler berief, siehe auch Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.208, S.578-581.

¹¹⁸¹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.204, S.570.

ministeriums im Rahmen seiner Israelreise und dessen anschließendes Schreiben an den Bundespräsidenten nichts, in dem er sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einsetzte.¹¹⁸² Gerade unter dem Druck der Sowjetunion, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, mahnte gerade das Auswärtige Amt z.B. im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens hinsichtlich öffentlicher Stellungnahmen hochrangiger Amtsinhaber zur Zurückhaltung.¹¹⁸³ So sollte die außenpolitische Manövrierfähigkeit der Bundesrepublik nicht noch zusätzlich durch von deutscher Seite provozierte Störungen in der afro-asiatischen Welt beeinträchtigt werden.¹¹⁸⁴

3.3.5. Adenauers letzter Versuch zur Etablierung diplomatischer Beziehungen 1963

Infolge des Besuchs des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 19. bis 29. November 1962 in Israel gewann die Diskussion um eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel an Dynamik, bildete Anlass für das Engagement vieler zugunsten eines solchen Schrittes. Doch sollte dieses Engagement 1963 nicht in die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Staaten münden, sondern erblickte v.a. im Auswärtigen Amt selbst seinen schärfsten Konkurrenten.¹¹⁸⁵

Als Gerstenmaier als der bislang höchstrangige aktive Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland ein halbes Jahr nach der Hinrichtung Eichmanns Israel besuchte, wurde dessen Empfang von Demonstranten, die wegen der deutschen Wissenschaftler und deren Tätigkeit für die ägyptische Rüstungsforschung protestierten, begleitet. Böhm, der zuvor aus Anlass des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens bereits Israel besucht hatte, hatte sich vergeblich bemüht, Gerstenmaier im Vorfeld seiner Reise persönlich über die erhitzte Debatte in der israelischen Öffentlichkeit wegen der deutschen Experten zu unterrichten¹¹⁸⁶ und auf eine entsprechende öffentliche Meinung vorzubereiten. Allerdings gestaltete sich der Umfang der Demonstrationen, hinter deren Organisation Shinnar Begins Cherut sowie die israelischen Kommunisten vermutete, gemessen an israelischen Verhältnissen kei-

¹¹⁸² Vgl.: Müller-Hermann an Bundespräsident Lübke am 15.2.1962, in: BA, B 122, Bd.5476; Shinnar an Yachil am 22.2.1962, in: ISA/3399/1-37.

¹¹⁸³ Vgl.: Staatssekretär Carstens (St.S./644/62), AA, an Staatssekretär Globke, BKA, am 6.8.1962, in: BA, B 122, Bd.5476; Staatssekretär Carstens an Außenminister Schröder am 11.8.1962, in: PA/AA, B 2, Bd.86.

¹¹⁸⁴ Vgl.: Auswärtiges Amt (708-81.10/2/92.19), an Bundespräsidialamt, in: BA, B 122, Bd.5476.

¹¹⁸⁵ So schrieb der Bundesminister des Auswärtigen, Schröder, am 25. Januar 1963 (MB 77/63) an den Bundesminister der Verteidigung, von Hassel, mit Blick auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, dass „es nicht im Interesse der Bundesregierung liegt, zu einem absehbaren Zeitpunkt unsere offiziellen Beziehungen zu Israel anders als bisher zu gestalten“. Schröder an von Hassel am 25.1.1963, in: PA/AA, B 150, Bd.2, S.603.

¹¹⁸⁶ Vgl.: Brief Böhm an Schröder vom 21.3.1963, in: PA/AA, B 1, Bd.219.

DIE BEZIEHUNGEN BEIDER DEUTSCHER STAATEN ZU
ISRAEL, 1949-1963

Dissertation
Zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
an der
Philosophischen Fakultät
der
Technischen Universität Dresden

Vorgelegte in zwei Bänden von

CORNELIA LEIN

Geb. am 25.03.1977 in Dresden

BAND 2

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Reiner Pommerin
Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte

Gutachter: 1. Univ.-Prof. Dr. Reiner Pommerin
TU Dresden
2. Prof.Dr. Karl-Heinz Schlarp
TU Dresden
3. Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll
TU Chemnitz

neswegs überdimensioniert.¹¹⁸⁷ Insofern wurden derartige Erscheinungen auf israelischer Seite gelassener als auf Seiten der Bundesrepublik bewertet. Überraschend – für die israelischen Verhandlungspartner ebenso, wie auch für das Auswärtige Amt und die deutsche Öffentlichkeit¹¹⁸⁸ – sprach sich der Bundestagspräsident für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel aus. In einem Gespräch mit dem Generaldirektor des israelischen Außenministeriums am 20. November 1962¹¹⁸⁹ befürwortete Gerstenmaier die Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten und fügte hinzu, dass er den gegenwärtigen Zeitpunkt für den geeignetsten halte. Zudem betonte er, dass sich an der positiven Haltung der Bundesrepublik gegenüber Israel nach einem Rücktritt Adenauers nichts ändern werde. Die Frage der diplomatischen Beziehungen wurde während der Gespräche Gerstenmaiers in Israel interessanterweise durch den Bundestagspräsidenten selbst und nicht seitens seiner israelischen Gesprächspartner angeschnitten.¹¹⁹⁰ Nachdem das Thema allerdings schon einmal zur Sprache gebracht wurde, überreichte Shinnar Gerstenmaier eine Kopie des – der deutschen Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt unbekannten – Briefes des ehemaligen Außenministers von Brentano vom 14. März 1956.¹¹⁹¹ Ob Gerstenmaier bei seiner Aussage nur eine rein private Meinung geäußert hatte, erscheint gemessen an dem Rang seines Amtes zweifelhaft.

Während die arabischen Staaten außer Kuwait, Jemen und Algerien mit einer Verbalnote¹¹⁹² Ende Dezember 1962 in Bonn auf die Äußerungen Gerstenmaiers reagierten und ihre bitteren Gefühle beschrieben, Jordanien, Saudi-Arabien und Tunesien sogar persönlich beim Auswärtigen Amt vorstellig wurden, konnte man auch in der sowjetischen Presse entsprechend kritische Anmerkungen hinsichtlich einer möglichen Etablierung diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel vernehmen. Nachdem eine Moskauer Zeitung zunächst die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik, insbesondere auf militärischem Gebiet ebenso kritisiert hatte wie die deutsche finanzielle Hilfe, die den Bau eines israelischen Atomreaktors im Negev fördere, hieß es in einem Artikel der Zeitung am 29. November 1962 – also noch bevor die arabischen Staaten in Bonn vorstellig wurden – dass eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik

¹¹⁸⁷ Vgl.: Shinnar an Savir und Brosch am 6.12.1962 betr. Gerstenmaier-Besuch, in: ISA/302/8-37.

¹¹⁸⁸ Für das Tagesschauinterview vom 2. Dezember 1962 sowie entsprechende Sendungen im Deutschlandfunk und im Bayrischen Rundfunk am 11. bzw. 14. Dezember 1962 siehe Blasius, R. A.: Geschäftsfreundschaft statt diplomatische Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63, in: Ders. (Hg.): Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994 (=Studien der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd.68), S.161f.

¹¹⁸⁹ Vgl.: Shinnar an Savir und Brosch am 6.12.1962 betr. Gerstenmaier-Besuch, in: ISA/302/8-37.

¹¹⁹⁰ Vgl.: AAPD 1963, Dok.205, S.660.

¹¹⁹¹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.121, S.396.

¹¹⁹² Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.162 sowie AAPD 1963, Dok.14, S.46f.

und Israel die Spannung im Nahen Osten verschärfen würde.¹¹⁹³ Der Leiter des für den Nahen Osten und Nordafrika zuständigen Referats im Auswärtigen Amt, Schirmer, vermerkte aber bereits am 10. Januar 1963¹¹⁹⁴, dass die „zum überwiegenden Teil gelenkte arabische Presse einschließlich der Kairos“ die Äußerungen des Bundestagspräsidenten „dank der Bemühungen amtlicher Stellen“ „bemerkenswert zurückhaltend aufgenommen“ hatte. Lediglich einige Bagdader Blätter, insbesondere eine der Regierung nahe stehende Zeitung, hatte im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel mit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR gedroht.¹¹⁹⁵ Ob Ägypten zu diesem Zeitpunkt, als es sich deutscher Wissenschaftler zu eigenen Rüstungszwecken bediente und Nasser eigene Probleme absorbierten, an einer offenen Drohung gegenüber der Bundesrepublik interessiert gewesen ist, darf bezweifelt werden. In der Bundesrepublik selbst verebbte die Debatte in den folgenden Monaten, erst recht infolge Adenauers persönlichem Eingreifen in die laufende Diskussion, keineswegs.

Zunächst wurde der Bundestagspräsident durch den Staatssekretär I im Auswärtigen Amt, Carstens, im Sinne der internen Aufzeichnung seines Ministeriums vom 10. Januar 1963 und nach einer internen Besprechung über die zukünftigen Beziehungen zu Israel im Rahmen eines kleinen Kreises von Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion am 16. Januar 1963 informiert. Einerseits erkannte Gerstenmaier zwar die Bedeutung der durch das Auswärtige Amt vertretenen Argumente an, die sich gegen eine sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen richteten. Allerdings betonte er Carstens gegenüber, dass man auch andere Gesichtspunkte in Betracht ziehen müsse, so dass Gerstenmaier selbst an dem Ziel der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel festhielt.¹¹⁹⁶

In Anbetracht des zunehmenden parlamentarischen Drucks aller Fraktionen des Deutschen Bundestages zugunsten einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen, riet Carstens infolge einer diesbezüglichen Anfrage von Ministerialdirektor Krapf von einer Einschaltung des Kabinetts „dringend ab“.¹¹⁹⁷ Das Auswärtige Amt war sich des Junktims zwischen einerseits aktueller Deutschlandpolitik im Sinne der gültigen und gerade durch Carstens sehr eng ausgelegten Hallstein-Doktrin und andererseits Israelpolitik durchaus bewusst und wünschte zu

¹¹⁹³ Vgl.: Westeuropaabteilung, Israelisches Außenministerium, an Israel-Mission, Köln, am 4.12.1962 betr. Artikel in einer sowjetischen Zeitung betr. diplomatische Beziehungen Israel - BRD, in: ISA/583/2-37.

¹¹⁹⁴ Vgl.: AAPD 1963, Dok.14, S.46f.

¹¹⁹⁵ Mit Blick auf die nach wie vor gültige Hallstein-Doktrin und die Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Irak-Politik der DDR hatte sich Shinnar im Sommer 1962 verwundert gezeigt, als die Erhöhung des Konsulats der DDR im Irak zum Generalkonsulat seitens der Bundesrepublik nicht als de facto Anerkennung der DDR angesehen wurde. Siehe: Shinnar an Leiter der Westeuropaabteilung, israelisches Außenministerium am 12.6.1962 betr. deutsch-israelische Beziehungen, in: ISA/302/8-37.

¹¹⁹⁶ Vgl.: Vermerk Carstens betr. deutsch-israelische Beziehungen am 29.1.1963, in: PA/AA, B 150, Bd. 2, S.666.

¹¹⁹⁷ AAPD 1963, Dok.14, Anm.1, S.46.

diesem Zeitpunkt keine Änderung des gegenwärtigen Status der Beziehungen.¹¹⁹⁸ Zudem erklärte auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Kopf, am 10. Januar 1963, dass die Anerkennung der „SBZ“ verhindert werden müsse.¹¹⁹⁹ Außerdem überblickte Carstens als einer der Wenigen im Unterschied zum Bundestag oder dem Kabinett das Ausmaß der faktischen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

In der bereits oben erwähnten Aussprache von Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion wurde Zwischenlösung zwischen dem gegenwärtigen Zustand und dem Botschafteraustausch ins Auge gefasst – eine Lösung, die Böhm nach einer Aussprache mit dem Bundestagspräsidenten bereits fünf Tage später in einem Brief an u.a. Gerstenmaier, Schröder, von Brentano, Strauß, Birrenbach, Blumenfeld, Kopf und Majonica als inakzeptabel ablehnte.¹²⁰⁰

Böhm verwies darauf, dass man sich bereits 1956 nur auf die Alternative „diplomatische Beziehungen oder reiner de facto-Zustand“ geeinigt habe. Insbesondere Hallstein habe damals den Standpunkt vertreten, dass man „aus Gründen der Selbstachtung künftig nur noch die Herstellung voller diplomatischer Beziehungen ins Auge“ fassen müsse. Hingegen sollte sich die Bundesrepublik in den Augen Böhms nicht von Drohungen Dritter abhängig machen und dies noch „sozusagen protokollarisch zum Ausdruck“ bringen.

Der Bundesminister des Auswärtigen, Schröder, stimmte Böhm, der in seinem Brief dafür plädiert hatte, im Einvernehmen mit der israelischen Regierung auf Zwischenlösungen zu verzichten, zu. Allerdings musste sich die Bundesrepublik in den Augen Schröders die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Israel versagen, da eine grundlegende Revision der bisherigen Deutschlandpolitik und ein faktisches Anerkenntnis der deutschen Teilung kein aktuelles Thema darstellte.¹²⁰¹

Unter Bezug auf die Antwort Schröders bemängelte Böhm, dass man sich „vielleicht etwas zu sehr an das Nicht-Bestehen dieser Beziehungen und an den Gedanken gewöhnt hat, daß die Beseitigung der Schwierigkeiten und Risiken, die einer Herstellung der Beziehungen im Wege stehen“¹²⁰², nicht in der Macht der Bundesrepublik stünden. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland unterhielten wichtigen Staaten der westlichen Welt diplomatische Beziehungen mit Israel, ebenso die Sowjetunion. Selbst Zypern etablierte solche trotz intensiver arabischer Drohungen, wobei die arabischen Proteste relativ schnell verstummten.

¹¹⁹⁸ Vgl.: Schröder an von Hassel am 25.1.1963, in: PA/AA, B 150, Bd.2, S.603.

¹¹⁹⁹ Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.162.

¹²⁰⁰ Der Brief vom 21.1.1963 ist abgedruckt, in: Jelinek, Y. A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.215, S.596-599. Der Brief richtete sich auch an die Abgeordneten Deringer, Friedensburg, Gradl und Werner.

¹²⁰¹ Vgl.: Schröder an Böhm am 12.2.1963, in: ACDP, I-200-006/5. Identische Abschriften dieses Briefes von Schröder gingen auch an alle anderen Adressaten des Briefes von Böhm. Abschriften des Briefes Schröders befinden sich u.a. in: ACDP, I-433-010/1 sowie BA, N 1239, Bd.172.

¹²⁰² Böhm an Schröder am 21.3.1963, in: PA/AA, B 1, Bd.219.

Nachdem Birrenbach das Antwortschreiben Schröders an Böhm auf dessen Brief vom 21. Januar 1963 zur Kenntnis genommen hatte, vertrat er in einem Brief an Böhm¹²⁰³ die Auffassung, dass er es prinzipiell für wünschenswert halte, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Gleichzeitig sprach er sich gegen eine mögliche Zwischenlösung aus. Birrenbach betrachtete die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen durchaus im Kontext gegenwärtiger Deutschlandpolitik, konkret im Zusammenhang der Hallstein-Doktrin. Er betrachtete diese als Instrument gegenwärtiger Politik und erklärte sich bereit, auf diese zu verzichten, wenn eine „bessere Alternative geboten“ würde. Birrenbach konnte eine solche zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht erkennen. Mit dem Hinweis, dass die „Anerkennung keine moralische Frage“ sei, sollte Israel angesichts der Konsequenzen für Deutschland nicht so sehr auf der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen bestehen. Interessant an dieser Perzeption erscheint, dass sich Israel gerade in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beginn der sechziger Jahre keineswegs so drängend verhielt, wie dies – nicht nur – durch Birrenbach wahrgenommen wurde.

Unter Bezug auf einen weiteren Brief Böhms an Gerstenmaier vom 6. Februar 1963,¹²⁰⁴ erklärte dieser,¹²⁰⁵ dass er sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zum gegenwärtigen Zeitpunkt unter der Voraussetzung entsprechend großer Mehrheiten der einzelnen Fraktionen des Bundestages aussprechen würde. In diesem Sinne lag Gerstenmaier bereits eine positive Zusage der FDP vor, eine Antwort der SPD auf eine entsprechende Anfrage stand noch aus. Gerstenmaier hatte weiterhin den Deutschen Gewerkschaftsbund in dieser Frage kontaktiert und erklärte sich bereit, auch beim Bundesverband der Deutschen Industrie vorstellig zu werden. Im Falle eines positiven Votums hoffte Gerstenmaier, den bisherigen Widerstand der eigenen Fraktionsführung und Schröders überwinden zu können.

Böhm hatte zuvor angedeutet, dass, wenn man sich auf den Bundeskanzler, einige Kabinettsmitglieder und Exponenten der einzelnen Parteien des Bundestages „verlassen“ könne, er sich selbst „mit aller Macht für die sofortige Herstellung der Beziehungen einsetzen“ würde. Für den Fall außen- oder innenpolitischen Drucks ging Böhm sogar so weit, der Bundesregierung die Kompetenz abzusprechen, eine „konsequente“ und „honorige“ Aufnahme der diplomatischen Beziehungen durchzuführen und adäquat zu reagieren.¹²⁰⁶

¹²⁰³ Vgl.: Birrenbach an Böhm am 2.3.1963, in: ACDP, I-433-010/1.

¹²⁰⁴ Vgl.: Böhm an Gerstenmaier am 6.2.1963, in: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.216, S.600-602.

¹²⁰⁵ Vgl.: Brief Gerstenmaiers an Böhm vom 8.2.1963, in: Ebd., Dok.217, S.602.

¹²⁰⁶ In seinem Brief zitiert Böhm einen deutschen Piloten mit den Worten: „Einfach drauf losfliegen, ist das sicherste Mittel, nicht anzukommen.“ Hansen wendet dieses Zitat auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel im März 1965 an. Siehe Hansen, N.: Schatten, S.588.

Inzwischen hatte der Bundestag am 23. Januar 1963 einstimmig beschlossen, die Petition des ehemaligen Ministerialrats Curt Radlauer aus Berlin-Schöneberg der Bundesregierung zur Prüfung zu übergeben. Bereits Ende August 1962 hatte Radlauer den Bundestag mittels seines Ersuchens gebeten, die Bundesregierung aus moralischen wie politischen Gründen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu veranlassen. Nach dem Beschluss des Bundestages leitete Gerstenmaier die Petition umgehend an das Bundeskanzleramt weiter.¹²⁰⁷

Doch im Unterschied zum Bundeskanzleramt, versuchte das Auswärtige Amt im Sinne der eigenen Zielsetzung: Beibehaltung des Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik und der Hallstein-Doktrin, Zeit zu gewinnen, was Ministerialdirigent Osterheld noch im Sommer 1963 zur Erledigung eines Antwortschreibens, zu dem das Auswärtige Amt laut Geschäftsordnung des Bundestages verpflichtet war, aufforderte, währenddessen Schröder, der gar den Standpunkt vertrat, dass es sich bei dieser Initiative um keine Petition handele, eine Mahnung provozierte.¹²⁰⁸

Doch nun wurde Adenauer in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel selbst aktiv. Obgleich er mit dem Ziel eines Botschafteraustausches noch während seiner Amtszeit vor allem am Widerstand des Außenministeriums letztlich scheiterte, entwickelte zuvor eine interessante Debatte insbesondere zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt. In einem als streng geheim gekennzeichneten Brief an Schröder vom 15. Februar 1963¹²⁰⁹ postulierte der Bundeskanzler, dass er „den Zeitpunkt für gekommen“ halte, „diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen.“ Dabei erklärte Adenauer, dass er Bedenken, wonach die Gefahr der Anerkennung der „SBZ“ durch die arabischen Staaten bestünde, nicht teile. So seien einerseits die deutschen Leistungen im Rahmen der Entwicklungshilfe „ein genügender Anreiz, um die arabischen Staaten von derartigen Schritten abzuhalten“. Gleichzeitig verwies Adenauer darauf, dass Zypern und Äthiopien diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen hätten, ohne dass deren Verhältnis zu den arabischen Staaten Schaden genommen habe. Darüber hinaus sah der Kanzler keine Widerstände in der israelischen und amerikanischen Öffentlichkeit, die einem deutsch-israelischen Botschafteraustausch entgegenstanden. In der Tat zeugte diese Einschätzung Adenauers von mehr außenpolitischem Weitblick und Realitätssinn, als die Außenpolitik des für dieses Ressort zuständigen Ministers. Dessen eigene Ambitionen mit Blick auf die Kanzlernachfolge waren mit einer mit der Auf-

¹²⁰⁷ Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.164.

¹²⁰⁸ Ebd., S.190f.

¹²⁰⁹ Brief Adenauers an Schröder vom 15.2.1963, in: AAPD 1963, Dok.121, Anm.2, S.404 (=PA/AA, B 150, Bd.3, S.938).

nahme diplomatischer Beziehungen verbunden Neuausrichtung der Deutschlandpolitik zudem nur schlecht vereinbar.

Anfang 1963 eröffnete Adenauer in einem Gespräch mit Shinnar auch diesem, dass er noch während seiner Amtszeit das beenden möchte, „was er mit seiner Erklärung vor dem Bundestag am 27. September 1951 und mit dem Zustandekommen des Abkommens vom 10. September 1952 eingeleitet habe“.¹²¹⁰ Demnach beabsichtige Adenauer nunmehr die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel. Dabei wollte er ein dahingehendes offizielles Angebot lediglich an die Bedingung geknüpft wissen, dass ein solches nicht seitens Israel abgelehnt würde.¹²¹¹ Aus einem Tagebucheintrag Ben Gurions geht hervor, dass Adenauer Globke beauftragt hatte, Shinnar mitzuteilen, dass er nunmehr endgültig beschlossen habe, ungeachtet arabischen Widerstands, zu Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Globke verwies im Rahmen des Gesprächs, welches demnach kurz nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kuba¹²¹² stattfand, darauf, dass man wegen dieses Ereignisses etwas warten müsse. In einem weiteren Treffen zeigte Globke dem Leiter der Israel-Mission den Brief des Bundeskanzlers an Außenminister Schröder. Auf mögliche Reaktionen in Israel angesprochen, erklärte Shinnar Globke gegenüber, dass es sicherlich zu Diskussionen in der Knesset kommen werde, dass sich aber schätzungsweise eine Mehrheit von 70 – 80 % der Abgeordneten für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aussprechen würde.¹²¹³

Nachdem Adenauer den Leiter der Israel-Mission über sein Vorhaben in Kenntnis gesetzt hatte, wurde die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Israel diskutiert, wobei sich herauskristallisierte, dass auch der israelische Premierminister eine klare Mehrheit der Knesset zugunsten eines Botschafteraustausches antizipierte.¹²¹⁴ Auch in israelischen Zeitungen wurden Anfang März Meldungen bekannt, wonach die Bundesrepublik noch vor dem Rücktritt Adenauers die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anstrebte. Aussagen des Bundespresseamts, wonach diese Meldungen auf einem Gespräch zwischen Adenauer und dem Herausgeber der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Karl Marx, am 4. März 1963 beruhten, korrigierte Carstens im Sinne des Auswärtigen Amts und erklärte

¹²¹⁰ Shinnar, F.E.: Bericht, S.123.

¹²¹¹ Ebd.

¹²¹² Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kuba gemäß der Hallstein-Doktrin siehe Savir, Israel-Mission, Köln, an Leiter der Westeuropaabteilung am 15.1.1963, in: I-SA/3398/45-37.

¹²¹³ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 24.2.1963, in: BGA, TBG.

¹²¹⁴ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 2.3.1963, in: BGA, TBG. Diese Einschätzung teilte auch Shinnar und – mit noch optimistischeren Ergebnissen vor Augen – Rozen. Siehe auch: Shinnar, F.E.: Bericht, S.124.

stattdessen, dass der Bundeskanzler lediglich erwähnt habe, dass „die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen noch schwebe“.¹²¹⁵

Im Anschluss an seinen Urlaub, beantwortete Schröder den Brief des Bundeskanzlers am 13. März 1963.¹²¹⁶ Unter Verweis auf regelmäßige Überprüfungen der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten, insbesondere im Rahmen von Gesprächen mit den deutschen Botschaftern in den arabischen Staaten, lehnte er das Ansinnen Adenauers ab. So antizipierte Schröder im Falle eines solchen Schrittes und im Unterschied zu Adenauer eine heftige Reaktion einzelner arabischer Staaten, wobei ein Teil dieser voraussichtlich auch diplomatische Beziehungen zur „SBZ“ aufnehmen würde. Mit einem solchen Schritt sah er die westliche Position im Nahen Osten „wesentlich geschwächt“ und dem „sozialistischen Kommunismus ein seit langem erhoffter Erfolg zuteil werden.“ Genau deswegen aber konnte Israel in den Augen des Außenministers an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt „und in absehbarer Zeit [sic!] nicht“ gelegen sein. Während Schröder z.B. hinsichtlich militärischer Fragen kaum Verständnis für israelische Interessen zeigte, musste die hier zum Ausdruck gebrachte Fürsorge unglaublich wirken, zumal Israel selbst keineswegs die Gefahr einer Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten im Falle des Botschafteraustausches antizipierte. Interessanterweise sprachen der Bundeskanzler ebenso wie Schröder zwar immer noch von der „SBZ“ anstatt der DDR, jedoch stellte dies für Adenauer zu diesem Zeitpunkt kein Hindernis dar, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Auch der amerikanische Außenminister, Rusk, schätzte in einem Gespräch mit Schröder am 10. April 1963 die Gefahr einer Anerkennung der DDR durch Ägypten infolge einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel als nicht zwangsläufig ein.¹²¹⁷

Ebenfalls am 10. April 1963 wurde der Leiter des Referats Naher Osten und Nordafrika des Auswärtigen Amts, Schirmer, im Beisein des deutschen Botschafters in Ägypten, Weber, von Präsident Nasser in Kairo empfangen.¹²¹⁸ Mit Blick auf Israel erklärte Schirmer seinerseits, dass die Bundesrepublik keine Änderung ihrer bisherigen Nahostpolitik anstrebe. Weiterhin deutete er das deutsche „Festhalten an der Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel“ als Ursache der Kritik gegenüber der Bundesrepublik von Seiten Israels und verschiedenster „prozionistische[r]“ Kreise außerhalb dieses Landes wegen der Tätigkeit deutscher Experten für die ägyptische Rüstungsindustrie. Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich Israel,

¹²¹⁵ Aufzeichnung Dohms vom 7.3.1963, in: PA/AA, B 150, Bd.4, S.1179.

¹²¹⁶ Vgl.: AAPD 1963, Dok.121, S.404f.

¹²¹⁷ Ebd., Dok.145, S.478.

¹²¹⁸ Ebd., Dok.146, S.480-483.

sollte dies die Bundesrepublik wünschen, allerdings zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit, rechnete aber nicht ernsthaft mit der Wahrscheinlichkeit eines solchen deutschen Schrittes.¹²¹⁹ Schirmer dankte dem ägyptischen Präsidenten ferner für dessen Haltung im Zuge der Belgrader Konferenz,¹²²⁰ in deren Kontext Nasser als Protagonist der blockfreien Bewegung eine verbale Anerkennung der Zweistaatentheorie der DDR vermieden hatte. Nasser versicherte daraufhin, weiter an einer Politik der Nichtanerkennung der DDR festhalten zu wollen.¹²²¹

Ende Mai 1963 empfing Bundeskanzler Adenauer den Leiter der Israel-Mission, Shinnar,¹²²² erneut, welcher ihm aus Anlass des Treffens einen längeren Brief Ben Gurions vom 15. Mai 1963¹²²³ überreichte. Offensichtlich unter dem Einfluss seines Außenministers bzw. dessen Reaktion auf Adenauers Absicht, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, vertrat Adenauer nunmehr gegenüber Shinnar die Ansicht, dass im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten nicht auszuschließen sei. Demgegenüber stoße die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, so Adenauer, in der Bundesrepublik auf „keinerlei Schwierigkeiten“.¹²²⁴ Shinnar schloss sich der Auffassung des Kanzlers nicht an. Im Rahmen dieses Gesprächs wurde aber auch offensichtlich, dass die Diskussion um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Deutschland, ja bei Adenauer selbst, mit der Frage der deutschen Vergangenheit, die Deutschland wiederholt einzuholen drohte, psychologisch verbunden schien. Die zu diesem Zeitpunkt etwa 2.000 ausstehenden Prozesse gegen ehemalige Nationalsozialisten infolge entsprechend belastenden Materials, bezeichnete Adenauer für das deutsche Ansehen in der Welt als außerordentlich schädlich und schlug Shinnar in diesem Zusammenhang vor, diese „Angelegenheit“ „gleichzeitig mit der diplomatischen Anerkennung Israels“ zu beenden¹²²⁵ – ein Zusammenhang, der

¹²¹⁹ Ebd., Dok.205, S.660. Dass gerade auch Ben Gurion die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Israel bei gleichzeitiger militärischer Unterstützung seitens der Bundesrepublik und im Kontext der Aktion Geschäftsfreund für wenig wahrscheinlich hielt, geht auch aus seinen Tagebucheinträgen zweifellos hervor.

¹²²⁰ Diese fand vom 1. bis zum 6. September 1963 statt.

¹²²¹ Vgl.: AAPD 1963, Dok.146, S.483.

¹²²² Ebd., Dok.182, S.593-596.

¹²²³ Der Brief ist im Israelischen Staatsarchiv nachgewiesen. Siehe: Ben Gurion an Adenauer am 15.5.1963, in: ISA/3399/3-37. Das Schreiben widmete sich zum größten Teil dem Verhältnis Israels zu den arabischen Staaten und dem Bestreben einer friedlichen Konfliktlösung, insbesondere des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Ägypten, für den Ben Gurion z.B. die Unterstützung der USA, der UdSSR, Frankreich und Indiens zu gewinnen erhoffte. Am Ende des Schreibens dankte Ben Gurion dem Bundeskanzler für die deutsche Unterstützung zugunsten der israelischen Sicherheit sowie dem Kreditversprechen in Höhe von 500 Mio. Dollar.

¹²²⁴ AAPD 1963, Dok.182, S.595.

¹²²⁵ Auf diese Ausführungen Adenauers entgegnete Shinnar laut Aufzeichnung des Leiters des außenpolitischen Büros im BKA, Osterheld: „Herr Shinnar sagte, daß Ben Gurion schon während des Eichmann-Prozesses erklärt habe, das Wichtigste an diesem Prozeß sei, daß noch einmal eine Dokumentation jener Zeit erfolge, sozusagen eine Dokumentationsstunde für die Jugend. Jetzt sei aber die Sache auch abgeschlossen.“ AAPD 1963, Dok.182, S.595f. Adenauer äußerte seine Bedenken wegen der ca. 2.000 in Aussicht stehenden Verfahren auch gegenüber

in Israel so nicht hergestellt wurde. Im Unterschied zu Shinnar, der gerade mit Blick auf Frankreich direkte deutsch-arabische Gespräche in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel präferierte, deutete Adenauer an, sich zunächst mit Kennedy und de Gaulle über diese Frage verständigen zu wollen.¹²²⁶ Nicht zuletzt wegen der grundlegenden Neuausrichtung französischer Nordafrika- und Nahostpolitik unter de Gaulle spätestens ab 1962, die sich wieder verstärkt um Einflussgewinn in den arabischen Staaten bemühte und den sich seit Beginn der sechziger Jahre abkühlenden israelisch-französischen Beziehungen, scheint dieser Einwand Shinnars aus seiner Sicht berechtigt.

Zudem hatten Ben Gurion und Adenauer offenbar bereits bis Anfang Juni 1963 Einvernehmen darüber hergestellt, dass Adenauer Ben Gurion die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen schriftlich vorschlagen würde. Dabei hatte Shinnar dem Bundeskanzler Ben Gurions Zusicherung übermittelt, dass dieser Adenauers Brief nicht verwenden würde, wenn er sich einer Mehrheit zugunsten diplomatischer Beziehungen in Israel nicht sicher sein könne. Shinnar hoffte den Brief Adenauers Ende Juni 1963 in Empfang nehmen zu können.¹²²⁷

Die Debatte hinsichtlich der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel sollte nochmals, für das Auswärtige Amt wohl überraschend, infolge des Strauß-Besuchs in Israel¹²²⁸ an Dynamik gewinnen. So wurde der deutsche Botschafter in Ägypten, Weber, noch vor dem Ende des Strauß-Besuchs mittels eines ausführlichen Fernschreibens bei der Zentrale in Bonn vorstellig.¹²²⁹ Dabei monierte er, dass Strauß erklärt hatte, dass sich die Bundesregierung für das Leben und die Existenz Israels verantwortlich fühle, Sicherheitsfragen eingeschlossen. Weber kritisierte, dass Strauß, ebenso wie vor ihm Gerstenmaier als Fürsprecher der Aufnahme diplomatischer Beziehungen übersehen würden, dass die arabischen Staaten im Gegenzug zu solch einem Schritt nicht nur die „Ostzone“ anerkennen, sondern auch ihrerseits die diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland abbrechen würden. Somit würde der DDR nicht nur der „Dammbruch in die Hallstein-Doktrin“ gelingen, sondern auch die Übernahme der Position auf allen Gebieten der Bundesrepublik in den arabischen Staaten – so dramatisch schätzte jedoch noch

Staatssekretär Carstens. Siehe handschriftliche Aufzeichnung von Staatssekretär Carstens vom 8.6.1963 über sein Gespräch mit dem Bundeskanzler am 7.6.1963, in: BA, N 1337, Bd.630.

¹²²⁶ Die Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel wurde weder während der Gespräche mit Präsident Kennedy während seines Deutschlandbesuchs Ende Juni 1963 noch mit de Gaulle Anfang Juli 1963 thematisiert. Vgl.: AAPD 1963, Dok. 206-208, S.661-676 sowie Dok.216-219, S.689-728.

¹²²⁷ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 5.6.1963, in: BGA, TBG.

¹²²⁸ Strauß besuchte vom 27.5.-7.6.1963 Israel. In der Folge seines Besuches machte sich Strauß auch in Deutschland für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel stark. So z.B. unter der Überschrift: „Wir Deutschen und die Israelis – Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ist notwendig“, in: Die Allgemeine Sonntagszeitung, Sonderdruck Juni 1963, in: ACSP, NL Strauß, Fam. 696.

¹²²⁹ Vgl.: AAPD 1963, Dok.189, S. 609-613.

nicht einmal das ostdeutsche Außenministerium die Lage ein. Mit dem Argument einer unberechenbaren arabischen Mentalität bezweifelte Weber zudem die Wirksamkeit deutscher Wirtschaftshilfe an die arabische Welt als Instrument bundesdeutscher Interessenpolitik.

Doch Erklärungen des Sprechers der Bundesregierung, wonach eine Änderung des bisherigen Status quo in den deutsch-israelischen Beziehungen nicht beabsichtigt sei,¹²³⁰ wurden in Anbetracht der neuen Äußerungen Gerstenmaiers zunehmend obsolet, ja unglaubwürdig. Mit Blick auf die arabischen Staaten hatte Gerstenmaier, der Strauß hinsichtlich seiner Aussagen unterstützte, den Standpunkt vertreten, dass man diplomatische Beziehungen zu Israel prinzipiell nicht mit Beziehungen zur DDR, die durch die nichtkommunistische Staatengemeinschaft nicht als souveräner Staat anerkannt sei, vergleichen könne.¹²³¹ Zu Gerstenmaiers Stellungnahmen beglückwünschte diesen kein geringerer als General Julius Klein.¹²³²

In starkem Gegensatz hierzu erklärte Schröder am 9. August 1963 gegenüber dem ägyptischen Botschafter, dass die Bundesrepublik nicht interessiert sei, „wegen der Existenz eines neuen Staatsgebildes innerhalb der arabischen Welt in einen Konflikt hineingezogen zu werden.“¹²³³ Derartige Äußerungen eines deutschen Außenministers dürften gerade wegen ihrer immanenten Doppeldeutigkeit in den arabischen Staaten bestehende Zweifel an der Freiwilligkeit deutscher Israelpolitik durchaus verstärkt, bestehende Spannungen im Nahen Osten damit aber keineswegs reduziert haben. Auf eine eventuelle Aufnahme diplomatischer Beziehungen angesprochen, bat Sabri wegen der psychologischen Reaktion in den arabischen Ländern von einem Botschafteraustausch abzusehen und vertrat die gerade in Schröders Ohren wirksame Auffassung, dass die Israelis nie aufhören würden, „immer mehr zu verlangen“.¹²³⁴

Die Arabische Liga ihrerseits machte sich entgegen anderweitiger Behauptungen aber offensichtlich wenig aus bundesdeutschen Interessen sowie der historisch gesehen freilich nur kurzen traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft und entsandte ihren Generalsekretär Khalek Hassouna vom 14. bis 31. August 1963 nach Ostberlin, ein Besuch, den die Bundesregierung als Brüskierung empfand.¹²³⁵ Dabei erklärte der algerische Botschafter in der Bundesrepublik dieses Verhalten mit der Verunsicherung, die in einigen arabischen Kreisen, infolge der Äußerungen deutscher Politiker zugunsten eines Botschafteraustausches bzw. Gerüchten über eine bevorstehende Herstellung diplomatischer Beziehungen entstanden seien.

¹²³⁰ Ebd., Dok.198, S.641.

¹²³¹ Ebd., S.642.

¹²³² Vgl.: Klein an Gerstenmaier am 12.6.1963, in: BA, NL 1239, Bd.169. Julius Klein stellte 1965 auch das Gespräch zwischen Rainer Barzel und dem israelischen Botschafter Harman im Vorfeld der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und Israel her. Vgl.: Barzel, R.: Deutschland und Israel, S.15.

¹²³³ AAPD 1963, Dok.289, S.962.

¹²³⁴ Ebd., S.964.

¹²³⁵ Ebd., Dok.303, S.1027.

Bemerkenswerter Weise befürwortete er aber eine solche „Politik der Erpressung“ nicht, da diese „nur das Klima für eine fruchtbare Weiterentwicklung der deutsch-arabischen Beziehungen“¹²³⁶ verhindere – eine Einsicht und Grundhaltung, die offensichtlich noch nicht auf die Ebene handlungsleitenden Bewusstseins einzelner politischer Entscheidungsträger in einigen arabischen Staaten vorgedrungen war.

Am 17. August 1963 ergriff Adenauer, der, wie sich zeigte, trotz gegenteiliger Bestrebungen seines Außenministers, bis zu diesem Zeitpunkt nicht von seinem Ziel der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel noch während seiner Amtszeit abzubringen war, erneut die Initiative. In einem Brief selbigen Tages¹²³⁷ unterrichtete er Schröder, dass er am Vortage Shinnar aus Anlass eines Gesprächs wegen des Regierungswechsels in Israel und einem Brief des neuen Premierministers Eshkol an den Bundeskanzler, mitgeteilt hatte, dass er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel noch während seiner Amtszeit unter der Voraussetzung, dass diesem Schritt in Israel keine Schwierigkeiten entgegenstünden, befürworte. Als zweckmäßig erachtete der Bundeskanzler dabei, die USA von der deutschen Absicht zu unterrichten. Die Diktion des Briefes ließ Unstimmigkeiten zwischen Kanzler und Außenminister erkennen. Ebenfalls am 17. August 1963 unterrichtete Globke Staatssekretär Carstens über die Absicht des Kanzlers.¹²³⁸ Carstens betonte Globke gegenüber, dass das Auswärtige Amt weiterhin an seiner bisherigen Auffassung festhalten werde, dass „die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel mit Risiken behaftet sei, die in keinem Verhältnis zu den möglichen Vorteilen eines solchen Schrittes“¹²³⁹ stünden.

Am 27. August 1963¹²⁴⁰ lehnte Schröder unter Verweis auf entgegengesetzte Verlautbarungen des Auswärtigen Amts gegenüber den arabischen Staaten und antizipierten schwerwiegenden Folgen für die Deutschlandpolitik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ab. So habe man sich in der Bundesrepublik infolge des Beitritts der DDR zum Atomteststopp-Abkommen¹²⁴¹ einige Gedanken über die Frage deren Anerkennung gemacht. Diese wurde allerdings nach Ansicht Schröders mit einem Botschafteraustausch geradezu heraufbeschworen. Das Ende der Hallstein-Doktrin, die Anerkennung der DDR nicht nur durch die arabischen Staaten, sondern auch die sogenannten Neutralen wäre unausweichlich.

¹²³⁶ Ebd., S.1028.

¹²³⁷ Vgl.: Adenauer an Schröder am 17.8.1963 (MB 709/63), in: PA/AA, B 150, Bd.11, S.3594.

¹²³⁸ Vgl.: AAPD 1963, Dok.310, S.1042f.

¹²³⁹ Ebd.

¹²⁴⁰ Ebd., Dok.318, S.1063-1065.

¹²⁴¹ Die amerikanische Regierung unterrichtete Anfang August 1963 ihre auswärtigen Missionen dahingehend, dass ein Beitritt der DDR zu diesem Abkommen nicht die Anerkennung dieser bewirke. Vgl.: AAPD 1963, Dok.289, Anm.16, S.964.

Was ließ Schröder an den bisherigen deutschlandpolitischen Konzeptionen auch im Falle Israels festhalten – nach der Berlinkrise und nach dem Bau der Berliner Mauer, im Zeichen der Entspannungspolitik zwischen USA und Sowjetunion? Im Juni 1963 wurde der „Heiße Draht“ eingerichtet. Während Egon Bahr in Tutzing bereits von „Wandel durch Annäherung“ sprach, erhoffte der deutsche Außenminister an bisherigen, aber zunehmend obsolet werden- den deutschlandpolitischen Konzeptionen festhalten zu können. Wenn auch die Richtigkeit des Endziels einer deutschen Wiedervereinigung nicht aus den Augen verloren werden durfte, musste Außenpolitik, wenn letzten Endes mit wenigstens teilweise souveränem Anspruch, flexibel in der Anwendung ihrer Mittel sein. Doch offensichtlich beabsichtigte das Auswärtige Amt unter Schröder wegen einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel nicht die Aufgabe oder Modifizierung der Hallstein-Doktrin. Es fürchtete sich zu diesem Zeitpunkt vor einer konzeptionell neuen deutschen Außenpolitik. Intern wurde im Auswärtigen Amt darauf verwiesen, dass die Bundesrepublik Israel durch den Abschluss des Luxemburger Abkommens bereits völkerrechtlich anerkannt habe und bis zum Auslaufen desselben „kein technischer Zwang zur Erneuerung dieser Rechtsgrundlage“¹²⁴² bestehe. Neu war diese Haltung nicht, stand diese doch in der Tradition von Brentanos, der Adenauer bereits am 10. August 1961 einen Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen [sic!] für den Zeitpunkt des Auslaufens des Luxemburger Abkommens nahe gelegt hatte.¹²⁴³ Im Sinne dieser generellen aber auch politisch unbeweglichen Konzeption der Israelpolitik des Auswärtigen Amts, erklärte Carstens dann im Oktober 1963 eindeutig: „Unser Ziel muß es sein zu erreichen, daß, wenn wir finanzielle Hilfe leisten, die Israelis aufhören, uns wegen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen unter Druck zu setzen“¹²⁴⁴ – ein „Druck“, der, im Sinne des Staatssekretärs, anhand der deutschen und israelischen Aktenlage so nirgends nachgewiesen werden kann.¹²⁴⁵ Zwar wiesen israelische Gesprächspartner wiederholt auf eine moralische Verpflichtung der Deutschen gegenüber dem jüdischen Volk hin und forderten völlig

¹²⁴² Aufzeichnung betr. deutsch-israelische Beziehungen vom 23.8.1963 (I B 4 - 82.00/92.19/961/63), in: PA/AA, B 150, Bd.11, S.3673.

¹²⁴³ Vgl.: Brentano an Adenauer am 10.8.1961 (MB-1125/61). Brentano ergänzte diese Haltung noch um den Satz „Auf diese Weise würde die Fortdauer unserer Beziehungen zu Israel auch nach Ablauf des Abkommens gesichert sein.“, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961.

¹²⁴⁴ Vermerk Carstens betr. Israel vom 16.10.1963, in: PA/AA, B 150, Bd.15, S.4653. Zu diesem Zeitpunkt wünschte der Bundesminister des Auswärtigen die mit Israel zusammenhängenden Fragen inklusive finanzielle sowie Ausrüstungshilfe im Rahmen des Bundesverteidigungsrats oder eines noch kleineren Kreises zu besprechen.

¹²⁴⁵ Selbst in einer Aufzeichnung der Nahostabteilung des AA vom 23. August 1963 wurde zwar für den Zeitraum ab 1956 auf entsprechende Anfragen Shinnars hingewiesen, aber betont, „dass er stets die ihm vorgetragenen deutschen Gründe für ein weiteres Zögern gewürdigt habe.“ Aufzeichnung betr. deutsch-israelische Beziehungen vom 23.8.1963 (I B 4 - 82.00/92.19/961/63), in: PA/AA, B 150, Bd.11, S.3674.

verständlich Gedenken an die Opfer und Strafverfolgung von Tätern. Erpresst aber wurde die Bundesrepublik durch Israel keineswegs.

Adenauer teilte Schröder nunmehr am 1. September¹²⁴⁶ mit, dass er zwar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen befürworte, Shinnar aber nicht mitgeteilt habe, einen solchen Schritt zu beabsichtigen. Der Kanzler wünschte seinem Minister abschließend etwas ketzerisch „gute Erholung“. Tatsächlich war der Brief Adenauers vom 17. August aber so zu verstehen gewesen, dass Adenauer ernsthaft die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel erwogen hatte. Auch im State Department sowie der amerikanischen Botschaft in Bonn hielten sich Gerüchte über einen solchen bald bevorstehenden Schritt.¹²⁴⁷ Under Secretary of State, Ball, vertrat gegenüber Schröder die Ansicht, dass sich das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen freier und unabhängiger gestalten werde.¹²⁴⁸ Kurz zuvor, am 16. September 1963 hatte Adenauer aber infolge der Nahostreise zweier CDU-Abgeordneten dem Auswärtigen Amt mit einem einzigen Satz und ohne Begründung bereits mitgeteilt, von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu diesem Zeitpunkt abzusehen.¹²⁴⁹ Adenauer scheiterte nicht an den USA, sondern am Auswärtigen Amt und (teilweise identisch) an Teilen seiner eigenen Partei, durch die in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ein Riß ging. Die Krönung seiner 1951 eingeleiteten Politik gegenüber Israel mit dem deutsch-israelischen Botschafteraustausch war dem „Alten“ nicht mehr vergönnt.

Das Auswärtige Amt hatte sich offensichtlich eines Manövers bedient, um das Engagement Adenauers zugunsten des Botschafteraustausches endgültig zu vereiteln.¹²⁵⁰ In der Zeit vom 28. August bis 9. September 1963 unternahmen Majonica¹²⁵¹ und Martin eine Reise in den Irak, Syrien und Ägypten, die seitens des Auswärtigen Amts und der zuständigen Botschaften vorbereitet gewesen war. Besuche beider Abgeordneter des Deutschen Bundestags bei dem Präsidenten des Revolutionsrates in Syrien, Hafiz, bei den Regierungschefs der drei

¹²⁴⁶ Vgl.: AAPD 1963, Dok.324, S.1079.

¹²⁴⁷ Ebd., Dok.336, S.1119f.

¹²⁴⁸ Vgl.: AAPD 1963, Dok.358, S.1211. Die Schilderung von Blasius, wonach die USA „diplomatisch geschickt“ von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen abrieten, eine Aussage, die im wesentlichen auf nachträgliche Äußerungen Osterhelds zurückgehen, muss anhand der heutigen Aktenlage angezweifelt werden, wie unten noch weiter auszuführen ist. (Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.197).

¹²⁴⁹ Vgl.: AAPD 1963, Dok.341, S.1132.

¹²⁵⁰ In einem Brief Böhm an von Brentano vom 25.9.1963 berichtete ersterer über ein Gespräch zwischen dem deutschen Botschafter in Jordanien und Majonica: „Vor ein paar Tagen sei der Bundestagsabgeordnete Majonica bei ihm [dem Botschafter, C.L.] gewesen und habe ihm gesagt, der Bundeskanzler Adenauer habe die Absicht, vor seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt noch die diplomatischen Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Er, Majonica, und Dr. Martin seien gekommen, um durch entsprechende öffentliche Erklärungen diesen Plan kaput [sic] zu machen.“, in: BA, NL 1239, Bd.80, S.20. Von diesem Brief erhielt Gerstenmaier eine Abschrift.

¹²⁵¹ Dieser hatte Carlo Schmid bereits im Mai 1963 im Bundestag scharf angegriffen, als dieser sich für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausgesprochen und dafür plädiert hatte, diesen Schritt nicht aus Rücksichtnahme auf arabische Einwände zurückzustellen. Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.195.

Staaten sowie mehrerer Kabinettsmitglieder fanden in Anwesenheit der jeweiligen deutschen Botschafter bzw. Geschäftsträger statt, mit denen der Inhalt der Gespräche ebenso abgestimmt worden war, wie die Antworten auf Pressekonferenzen. Über diese Reise erstatte Majonica dem Außenminister am 16. September 1963 persönlich Bericht.¹²⁵² Darin mutmaßte Majonica, dass, „wenn dies auch nicht immer deutlich gesagt wurde“, „die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel eine heftige Reaktion von Seiten der arabischen Staaten zu Folge“ hätte. Seiner Ansicht nach würde es zu einer Anerkennung der DDR kommen. Deutsche Entwicklungshilfe könne dabei keine bremsende Wirkung entfalten. Die Bundesrepublik würde ihren relativ großen Einfluss im Orient verlieren. Auffälliger Weise verwies Majonica allerdings auch darauf, dass er in den drei Staaten keine ernsthafte Bereitschaft spüren konnte, „sich mit den Israelis zu arrangieren“, da Israel zu bedeutsam für die innenpolitische Propaganda sei. Die öffentlichen Erklärungen Majonicas, wonach eine diplomatische Anerkennung Israels nicht beabsichtigt sei, oder Martins gipfelten in die Schlagzeile der Welt vom 11. September 1963 „Martin: Deutschland wird Israel niemals anerkennen.“¹²⁵³ Zudem ließen beide verlautbaren, dass die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages im Unterschied zu den vorangegangenen Aussagen von Gerstenmaier und Strauß, die eine Zweidrittel-Mehrheit zugunsten eines Botschafteraustausches prognostiziert hatten, diesen ablehnten.¹²⁵⁴ Damit wurde nicht nur die Einheit der Unionsparteien zumindest in deutschlandpolitischer Hinsicht kurz vor Adenauers Rücktritt fraglich, sondern dessen Vorhaben, diplomatische Beziehungen zu etablieren, restlos vereitelt. Auch ein Brief von Altbundespräsident Heuss, der Adenauer noch am 28. September 1963 bat, die diplomatischen Beziehungen zu Israel noch während seiner Amtszeit aufzunehmen, konnten daran nichts ändern.¹²⁵⁵ Heuss bezeichnete mit Blick auf das Scheitern des Botschafteraustausches die postulierte Rücksichtnahme auf die USA als „reine Gerüchtemacherei“. Der Altbundespräsident antizipierte im Falle des Botschafteraustausches nur eine vorübergehende Trübung der deutsch-arabischen Beziehungen. Mit Blick auf Martin antwortete Adenauer Heuss,¹²⁵⁶ dass Martin sich dumm verhalten habe und er persönlich gern diplomatische Beziehungen mit Israel etabliert hätte.

¹²⁵² Vgl.: AAPD 1963, Dok.338, S.1121-1127. Das dazugehörige Anschreiben Majonicas an Schröder befindet sich in: PA/AA, B 1, Bd.219 Majonica kennzeichnete in seinem Bericht die in Syrien und Irak de facto diktatorisch herrschende Baath-Partei als „scharf antikommunistisch“. Der Leiter des Office of Near Eastern Affairs des State Department, Strong, hatte in einem Gespräch mit Ministerialdirigent Böker am 5. Juni 1963 darin die Ursache erblickt, die zu einer verschärfen Haltung gegenüber Israel führe. Vgl.: AAPD 1963, Dok.188, S.606. Dies ist insofern korrekt, als die arabischen Staaten das Thema Israel innenpolitisch ebenso wie innerhalb der arabischen Welt im Sinne ihrer eigenen Interessen zu missbrauchen wussten.

¹²⁵³ Zitiert nach Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.196.

¹²⁵⁴ Ebd.

¹²⁵⁵ Vgl.: Heuss an Adenauer am 28.9.1963, in: Mensing, H.P. (Hg.): Unserem Vaterlande zugute. Der Briefwechsel 1948-1963, München 1992, Nr.271, S.388.

¹²⁵⁶ Vgl.: Adenauer an Heuss am 8.10.1963, in: Ebd., Nr.272, S.392.

Allerdings schrieb er das Scheitern nicht seinen Differenzen mit dem Auswärtigen Amt und dem durch Adenauer als möglicher Nachfolgekandidat protegierten Außenminister Schröder zu, sondern machte die angeblich ablehnende Haltung der USA gegenüber einem solchen Schritt verantwortlich.

Auch der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dehler (FDP), hatte sich 1963 für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ausgesprochen und dabei die Bereitschaft erklärt, eventuelle negative Reaktionen der arabischen Staaten in Kauf zu nehmen.¹²⁵⁷ Böhm äußerte in einem Brief an den ehemaligen Außenminister von Brentano gar Zweifel, ob das Auswärtige Amt, welches bestrebt sei, die Absicht des Kanzlers zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu verhindern, „sich hierbei völlig im Rahmen der Legalität halten würde.“¹²⁵⁸ Dabei sei „der Plan, eine eventuelle Entscheidung des Bundeskanzlers zu durchkreuzen, nicht auf dem Holz der beiden Kollegen [Majonica und Martin, C.L.] gewachsen, sondern offiziös inspiriert worden“.¹²⁵⁹ Die Anwendung solch „hemdsärmeliger Methoden in der Außenpolitik“ seitens des Auswärtigen Amts bezeichnete Böhm als „Skandal“.¹²⁶⁰ Dass Majonica sich berufen fühlte, nicht nur im Namen des deutschen Parlaments ohne dessen ausdrücklichen Auftrag und letztlich gegen dessen sowie des Bundeskanzlers Vorhaben, sondern gelegentlich auch für den israelischen Staat zu sprechen,¹²⁶¹ ist Ausdruck mangelhafter demokratischer Manier, aber auch Zeichen dafür, dass Adenauer zu diesem Zeitpunkt die Zügel deutscher Israelpolitik nicht ganz unverschuldet nicht mehr fest in seinen Händen hielt.¹²⁶²

Die sich an dieses Manöver anschließende Absage Adenauers gegenüber Shinnar, noch während seiner Amtszeit diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, lösten bei diesem Überraschung und Enttäuschung zugleich aus. Gerade Shinnar war von der Endgültigkeit der Absicht Adenauers überzeugt gewesen. Ein möglicher Termin für einen zukünftigen Botschafteraustausch war nach Adenauers Rücktritt aus israelischer Sicht nicht greifbar, obwohl man zweifellos die positive Einstellung Erhards zu Israel kannte.¹²⁶³ Im Kontext eines Gesprächs, in dessen Rahmen Shinnar dem aus dem Amt scheidenden Bundeskanzler ein Porträt

¹²⁵⁷ Vgl.: Kreysler, J./ Jungfer, K.: Deutsche Israel-Politik. Entwicklung oder politische Masche, Diessen 1965, S.90. sowie: Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen, S.169.

¹²⁵⁸ Böhm an von Brentano am 25.9.1963, in: BA, NL 1239, Bd.80, S.21.

¹²⁵⁹ Ebd.

¹²⁶⁰ Ebd.

¹²⁶¹ So etwa in einem Brief an Goldmann. Vgl.: Majonica an Goldmann vom 2.10.1963, in: CZA/Z6/2036.

¹²⁶² Zeitlich teilweise parallel bzw. in der Folge des Besuchs von Majonica und Martin im Nahen Osten fand eine weitere Reise von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, der SPD sowie FDP in den Libanon, nach Syrien, Jordanien und den Irak vom 1. bis 21. September statt. Dabei hatte es mehrere Nachfragen arabischer Seite gegeben, „ob es tatsächlich so sei, daß die Mehrheit des Bundestages gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel sei.“ Offensichtlich löste die deutsche Politik selbst in den arabischen Staaten Verwunderung, oder besser Verwirrung aus. Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.224, S.613.

¹²⁶³ Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht, S.125f.

des israelischen Malers Litwinovsky¹²⁶⁴ im Auftrag von Premierminister Eshkol überreichte, teilte Adenauer dem Leiter der Israel-Mission mit, dass es ihn schmerze, dass er in der Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nicht das verwirklichen konnte, was er versprochen habe. Adenauer sicherte Shinnar zu, sich auch weiterhin für diese Frage einzusetzen, bis diese „in absehbarer Zeit“ verwirklicht sei.¹²⁶⁵

3.3.6. Die USA - ein Hinderungsgrund für den deutsch-israelischen Botschafteraustausch?

Allerdings sind die USA 1963 nicht für das Nichtzustandekommen des deutsch-israelischen Botschafteraustausches ursächlich gewesen – ein Argument, was in der Forschung immer wieder und zuletzt bei Hansen¹²⁶⁶ fälschlicherweise anzutreffen ist. Derartige Aussagen berufen sich z.B. auf die mit großem zeitlichen Abstand zum Ereignis erteilten späteren Auskünfte des damaligen Leiters des außenpolitischen Büros des Bundeskanzleramts, Osterheld,¹²⁶⁷ der innerhalb des Bundeskanzleramts keineswegs vollständig oder gar federführend in Israel betreffende Belange involviert gewesen ist oder aber auf vage Beschreibungen Vogels, die ohnehin mit Vorsicht zu genießen sind und ohne jegliche Angabe von Quellen gemacht wurden. So wurde jahrelang v.a. dem amerikanischen Botschafter in Bonn, George McGhee, nachgesagt, er habe sich distanziert gegenüber einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel gezeigt und Bedenken angemeldet. Doch prüfte kein geringerer als Shinnar selbst, die amerikanische Haltung, genauer gesagt die Antwort McGhees auf eine entsprechende Anfrage Adenauers. Im Rahmen dieses Gesprächs erklärte der amerikanische Botschafter uneindeutig, dass sich dessen Regierung nicht gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ausspreche. Allerdings könne seine Regierung die Deutschen aber nicht von einer Ent-

¹²⁶⁴ Das Bild ist bei Hansen abgedruckt. Siehe: Hansen, N.: Schatten, nach S.448.

¹²⁶⁵ Vgl.: Brief Shinnars an den Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Yachil, vom 15.10.1963, in: ISA/3399/6-37.

¹²⁶⁶ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.604.; Völlig unverhältnismäßig erscheint die Deutung bundesdeutscher Israelpolitik durch Seelbach, wonach die Bundesrepublik mit Waffenlieferungen zur einen und „Entwicklungshilfe nebst traditioneller deutsch-arabischer Freundschaft nach der anderen Seite dem „höheren Interesse der westlichen Sache“ zu dienen gedachte und die Hallstein-Doktrin „im höheren Interesse der westlichen Sache“ konstruiert worden sei. Vgl.: Seelbach, J.: Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955, Meisenheim am Glan 1970, S.141-143. Die Israelpolitik der Bundesrepublik ist so keineswegs ausschließlich als Teil einer ohnehin nicht einheitlichen westlichen Nahostpolitik, sondern v.a. auch unter dem Aspekt rein deutschlandpolitischer Ziele zu betrachten.

¹²⁶⁷ Osterheld war nach derzeitigem Kenntnisstand keineswegs umfassend in alle innerhalb des BKA behandelten Israel betreffenden Fragen involviert gewesen. Eine abschließende Aussage wird erst dann möglich sein, wenn auch seitens des BKA immer noch gesperrte Aktenbestände – zumal einiges hiervon aus der Parallelüberlieferung ersichtlich ist – frei für die Forschung zugänglich ist.

scheidung befreien, die alleinig die ihre sei.¹²⁶⁸ Doch stellte sich die deutsche Seite offensichtlich wiederholt auf die Position, den vereitelten Botschafteraustausch der amerikanischen Regierung anzulasten. So wurde dieses Thema erneut im Rahmen eines Gesprächs zwischen Under Secretary of State, Ball, und dem israelischen Botschafter in Washington, Harman, am 5. Januar 1965 diskutiert.¹²⁶⁹ Dabei erklärte Harman zunächst, dass seines Wissens nach die USA einerseits zwar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen befreundeten Staaten befürworteten, gleichzeitig aber betont hätten, dass im Falle eines Botschafteraustausches Ägypten und andere arabische Staaten möglicherweise mit der Anerkennung Ostdeutschlands reagieren würden. Darauf hin stellte Ball die Gegenfrage: „Do you mean the US said this? Or the Germans said this?“ Daraufhin antwortete Harman: „The US.“ Um offensichtlich vorliegende Fehlinformationen bzw. Fehlinterpretationen klarzustellen, sah sich Ball zu einer längeren Richtigstellung veranlasst:

„We favour the establishment of normal relations and we have made that clear. You suggest that we have encouraged the Germans in the thought that the establishment of diplomatic relations with Israel would result in the recognition of East Germany. To the best of my knowledge this has never been the case. They have asked us whether we could give them assurances that no such results would follow. This we cannot do. [...] We have never said anything in a spirit to warn them off but we cannot give any assurances that there would be no recognition of East Germany in such circumstances, for that is possible.“

Für eine deutsche Außenpolitik, die Souveränität beanspruchte, durfte eigenständiges Handeln und Übernahme von Verantwortung voraussetzbar sein. Fehlende Garantien für mögliche Folgen eigenen Handels, fehlenden Mut und Entschlossenheit auf deutscher Seite und entsprechendes Verhalten den USA anzulasten, ist dabei hochgradig unfair. Das Auswärtige Amt hatte sich von arabischen Erpressungsversuchen in der Frage ihrer Israel- und Deutschlandpolitik beeindrucken lassen,¹²⁷⁰ entgegen parteiübergreifender Bestrebungen des Deutschen Bundestages, entgegen den Absichten von Bundeskanzler Adenauer. Insofern hatte die Frage von Sicherheitsberater McGeorge Bundy gegenüber dem deutschen Botschafter in den USA, Knappstein, im Februar 1965 völlige Berechtigung, als dieser wissen wollte, ob

¹²⁶⁸ Vgl.: Brief Shinnars an den Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Yachil, vom 15.10.1963, in: ISA/3399/6-37.

¹²⁶⁹ Vgl.: Minutes of a Meeting with Under Secretary of State Mr. George Ball, January 5, 1965, in: I-SA/6541/30-37. An dem Gespräch nahmen weiterhin auf amerikanischer Seite Earl Russell (Lebanon, Israel Affairs), Robert Kent (German Affairs) und Robert Anderson (Special Assistant to Under Secretary) sowie auf israelischer Seite Mordechai Gazit und S.H. Moratt teil.

¹²⁷⁰ Bemerkenswerter Weise erklärte der irakische Staatspräsident Aref erst im Oktober 1963 nach der Reise Majonics und Martins und Scheitern der VAR im Deutschlandfunk, dass der Irak dann diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen werde, wenn die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Israel herstelle. Vgl.: Jelinek, Y. A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.231, S.636.

sich die Bundesrepublik überhaupt darüber im klaren sei, dass sie, wenn sie einmal der Erpressung nachgebe, ständig neu erpresst werden würde.¹²⁷¹ Kein geringerer als der erste deutsche Botschafter in Israel, Pauls, vertrat im Oktober 1965 mit Blick auf die bevorstehenden Wirtschaftshilfeverhandlungen mit Israel den Standpunkt, dass die Bundesrepublik „nicht zu ängstlich auf die Araber sehen“ sollte, „die zarte Rücksichtnahme nicht zu honorieren pflegen.“¹²⁷²

Israel, insbesondere der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Yachil, ließ sich von den deutschen Begründungen, die einen wegen angeblicher Vorbehalte der USA vereitelten Botschafteraustausch erklären sollten, nicht täuschen. So wurde ein Mitglied des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, das in der Zeit vom 30. Oktober bis 13. November 1963 nach Israel reiste, seitens des Leiters der Informationsabteilung im israelischen Außenministerium, Brosch, mit der israelischen Auffassung konfrontiert, dass die Drohung der arabischen Staaten, die DDR im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel anzuerkennen, nicht ernst zu nehmen sei.¹²⁷³ Dies entsprach auch der Ansicht Yachils, der dem Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, Fritz Sänger, gegenüber erklärte, dass auch in Washington und London die Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten nicht als wahrscheinlich betrachtet werde.¹²⁷⁴ Vielmehr wurde von israelischer Seite der Vermutung Ausdruck verliehen, es handele sich möglicherweise um „eine beabsichtigte Fälschung, den USA den Wunsch zu unterstellen, die Bundesrepublik möge Israel nicht anerkennen.“¹²⁷⁵ In einem Brief an Fritz Erler im November 1963 wurde Sänger noch deutlicher, in dem er dem Auswärtigen Amt nicht nur ein negatives Israelbild attestierte, sondern auch Staatssekretär Carstens mit den Worten kritisierte: „Carstens hat mir in einer persönlichen Unterhaltung gesagt, er finde das ständige Drängen der Israelis unverantwortlich und empfinde es als unangenehm, fast als erpresserisch. Das arabische Drängen fand er nicht unangenehm, sondern empfand es als Wahrnehmung berechtigter Interessen!“¹²⁷⁶

Als der Auswärtige Ausschuss des deutschen Bundestages in seiner Sitzung am 14. November 1963 die Initiative des SPD-Abgeordneten Mommer vom 7. November aufgriff und

¹²⁷¹ Vgl.: Fernschreiben von Knappstein an Staatssekretär vom 12.2.1965, in: PA/AA, B 150, Bd.46, S.1157. Während des Gesprächs (1965!) vertrat Knappstein gegenüber Bundy zudem die Ansicht, dass die Bundesrepublik eindeutige Erklärungen Nassers besitzen würde, welche die Drohung beinhalte, bei weiteren deutschen Waffenlieferungen an Israel unverzüglich die DDR anzuerkennen. Bundy entgegnete, dass dies zwar eine klare Drohung sei, die aber die Frage nach ihrer Verwirklichung stelle, zumal viele ägyptische Interessen dagegen sprechen würden. Ebd., S.1156f.

¹²⁷² Vgl.: Pauls an Blumenfeld am 18.10.1965, in: BA, NL 1388, Bd.4.

¹²⁷³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.225, S.618.

¹²⁷⁴ Ebd., Dok.226, S.619.

¹²⁷⁵ Ebd., S.620.

¹²⁷⁶ Ebd., Dok.233, S.645.

einen Unterausschuss einsetzte, der sich mit Fragen der Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel beschäftigen sollte,¹²⁷⁷ stieß dies auf vehementen Protest bei Außenminister Schröder. Dieser betrachtete die Frage der diplomatischen Beziehungen zu Israel als ausschließliche Sache der Regierung. Innerhalb des Auswärtigen Amts sollten sich, da die Gründung eines solchen Ausschusses schon nicht verhindert werden konnte, Böker und Schirmer mit Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Mitglieder des Gremiums befassen.¹²⁷⁸

Doch die Entscheidung gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten war bereits seit über zwei Monaten beschlossen – vorläufig wie sich zeigen sollte. Die israelische Haltung spielte während dieser Phase eine nahezu sekundäre Rolle. Ben Gurion (und nach ihm auch Eshkol) hatte sich zugunsten der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausgesprochen und wusste auch die Mehrheit der Knesset in diesem Sinne hinter sich. Auch die USA votierten nicht gegen die Etablierung regulärer Beziehungen zwischen beiden Staaten. Zudem hätte die Bundesrepublik eine solche Zustimmung auch nicht benötigt. Einer Genehmigung Großbritanniens und Frankreichs bedurfte die Bundesrepublik ebenso wenig. Entscheidend blieb, dass sich die Bundesrepublik 1963 infolge interner Unstimmigkeiten nicht zum Angebot diplomatischer Beziehungen gegenüber Israel durchringen konnte.

3.3.7. Fazit

Auch rückblickend war das Jahr 1963 für die Bundesrepublik Deutschland ein politisch schwieriges. Die Entspannungspolitik zwischen USA und UdSSR führten zu einer stärkeren Annäherung Adenauers an Frankreich und unterstützten dabei einen Staat, der auf dem besten Wege war, die westliche Führungsmacht zumindest partiell in Frage zu stellen. Bereits die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags sowie die vorangegangene Äußerung de Gaulles auf einer Pressekonferenz im Januar, die ein klares nein zum Europa der sieben, einen Ausschluss Großbritanniens, bedeutete, führte zu grundlegenden Differenzen innerhalb der Regierungspartei, insbesondere zwischen Adenauer und Erhard. Neben diesen grundsätzlichen Differenzen über Adenauers Amerika-, England- und Frankreichpolitik kristallisiert sich

¹²⁷⁷ Vgl.: Vermerk betr. Beziehungen zu Israel (L1-86.20) vom 15.11.1963, in: PA/AA, B 1, Bd.219. Dem Ausschuss gehörten für die CDU/CSU die Abgeordneten Kopf, Martin und Weber, für die SPD Schmid, Mommer und Sänger sowie für die FDP Achenbach an.

¹²⁷⁸ Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.204. Als Beispiel dafür, dass der Unterausschuss zwar das Thema der diplomatischen Beziehungen behandelte, aber dessen Arbeit keine rechten Fortschritte erblicken ließ, da einige Personen offensichtlich Interesse besaßen, Zeit zu gewinnen, siehe: Mommer an Rosenberg am 13.11.1964 und beiliegender Text einer EntschlieÙung über die deutsche Politik im Nahen Osten (2. Fassung) – diese war kurz nach Erstellung seitens der SPD durch die CDU mit Zusage zu einem neuen Entwurf abgelehnt worden, in: DGB-Archiv, 5/DGAI/001666.

zunehmend eine weitere Debatte heraus: die der Kanzlernachfrage¹²⁷⁹, wobei bis März 1963 nur noch die Kandidaten Erhard und Schröder zur Diskussion standen. Adenauer unterstützte seinen Außenminister, der allerdings in der Fraktion selbst nicht auf Mehrheiten stieß. Im weiteren Verlauf des Jahres löste die Frage um den Beitritt der DDR zum Atomteststoppabkommen eine kontroverse Diskussion zwischen der Administration Kennedy und Adenauer aus, die erst beigelegt wurde, als Kennedy öffentlich erklärte, dass ein Beitritt der DDR zu diesem Vertrag nicht automatisch zur völkerrechtlichen Anerkennung dieser durch die USA führen werde. Darüber hinaus mündete Schröders „Politik der Bewegung“ in Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Polen, Rumänien und Ungarn.¹²⁸⁰ Die Maxime der friedlichen Koexistenz seitens der Sowjetunion und die wirtschaftlichen Interessen einzelner Ostblockstaaten, gerade auch infolge agrarpolitischer Bestimmungen im Rahmen der EWG, ermöglichten der Bundesrepublik die Entsendung von Handelsmissionen in diese Länder. Sicherlich wurde deutsche Außenpolitik dahingehend flexibler, als dass sie es verstand, Chancen zur Ausweitung ihres Einflusses zu nutzen. Dennoch beeinflussten Außenminister Schröder oder dessen Staatssekretär Carstens Deutschland- und Ostpolitik nicht derart nachhaltig oder gar neuartig, als dass die Hallstein-Doktrin nur ansatzweise den neuen Realitäten angepasst worden wäre. Dieses Festhalten „hatte aber die Bundesrepublik ihren Zielen weder nähergebracht“, ¹²⁸¹ noch einen internationalen Prestigegewinn der DDR nachhaltig vereitelt.

Vor diesem Hintergrund jedoch kam dem Auswärtigen Amt Adenauers Absicht diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen höchst ungelegen, zumal diese Frage eine Schnittmenge mit oben skizzierten Problemen aufwies und damit zusätzlich komplizierte. Einmal implizierte ein Botschafteraustausch aus Sicht und in der Wahrnehmung des Auswärtigen Amts infolge der antizipierten Reaktion der arabischen Staaten eine Anerkennungswelle der DDR. Die Geschichte hat im Nachhinein bewiesen, dass das Auswärtige Amt arabische Drohungen und teilweise an Erpressung grenzendes Verhalten ebenso überbewertete, wie die Rolle der sogenannten Neutralen¹²⁸² und gerade Nassers Einfluss auf diese Staaten. Genauso übersah das Auswärtige Amt 1963, dass Nasser innenpolitisch aber auch in der Region des Nahen Ostens wegen seines Verhaltens im Zusammenhang des Jemenkriegs stark unter Druck geraten war. Zum anderen stellte sich das Auswärtige Amt mit Blick auf Israel und die damit

¹²⁷⁹ Vgl.: Schwarz, H.-P.: Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S.826-839.

¹²⁸⁰ Vgl.: Lindemann, M.: Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius, R.A. (Hg.): Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994 (=Studien der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd.68), S.45-96.

¹²⁸¹ Ebd., S.92.

¹²⁸² Vgl.: Shinnar an Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Yachil, am 3.12.1963 über Gespräch mit Lahr am 27.11.1963, in: ISA/3399/4-37.

verbundene Frage einer eventuellen deutschlandpolitischen Neuorientierung wiederholt auf den bequemen Standpunkt, dass kein technischer Zwang zur Erneuerung der Rechtsgrundlage der deutsch-israelischen Beziehungen bis zum Auslaufen des Luxemburger Abkommens bestünde. Die Haltung des Auswärtigen Amts, insbesondere die Schröders, dominierte und beeinflusste umso mehr tatsächliche Entscheidungen, je weniger Bundeskanzler Adenauer noch die Zügel der Macht in der Hand hielt, die ihm während des Jahres 1963 zunehmend entglitten. Dass Schröder dabei des amtierenden Kanzlers Fürsprache in der Nachfolgefrage bei gleichzeitigen Differenzen in Bezug auf Israel sicher sein konnte, stützte die Position des Außenministers zusätzlich.

Unabhängig vom Druck der arabischen Staaten, auch unabhängig von der politischen „Großwetterlage“, der zunehmend auf Entspannung angelegten Politik von USA und UdSSR, auch auf Kosten der deutschen Frage, hat sich bundesdeutsche Israelpolitik während des Untersuchungszeitraumes vor dem Hintergrund des Junktims zur Deutschlandpolitik mehr als notwendig in der Umsetzung eigener außenpolitischer Ziele selbst behindert und Handlungsspielräume preisgegeben. Die entscheidenden Fehler, die in späteren Jahren nur schwer zu korrigieren waren, wurden hier wohl Mitte der fünfziger Jahre begangen. Gerade im Vorfeld des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien hätte der durch den damaligen Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Grewe, 1957 eingebrachte und oben geschilderte Vorschlag einer Modifizierung der Hallstein-Doktrin bedeutend mehr Aufmerksamkeit, ja Umsetzung verdient. Gerade dieser Vorschlag erkannte und reflektierte zwei Schwachpunkte der Doktrin – zum einen den Botschafteraustausch mit Moskau und zum anderen die Gleichsetzung der kommunistischen Ostblockstaaten und der Staaten der freien Welt hinsichtlich ihrer vollzogenen bzw. angestrebten Anerkennung der DDR. Gerade die Ostblockstaaten konnten über eine Anerkennung der DDR unter kommunistischer Vorherrschaft der Sowjetunion nicht souverän entscheiden. Insofern richtete sich die bundesdeutsche Drohung schlichtweg an die falsche Adresse. Demgegenüber erfreute sich die Sowjetunion sogar voller diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik, obgleich auch sie die DDR anerkannt hatte. Zwar wurde dieser Schritt zum damaligen Zeitpunkt, wie auch in der späteren wissenschaftlichen Literatur vielfach mit dem Argument der Viermächteverantwortung für Deutschland und des sich daraus ableitenden Sonderstatus der Sowjetunion gerechtfertigt. Allerdings konnten gerade die USA diese Entwicklung im Zuge ihrer eigenen Entspannungspolitik argumentativ gegenüber Adenauer verwenden. Denn wieso sollten diese im Kontext der durch sie verfolgten Entspannungspolitik nicht von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen, wenn der deutsche Bundeskanzler selbst diese de facto bereits 1955 mit der Auf-

nahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und der anschließenden Akkreditierung zweier deutscher Botschafter in Moskau anerkannt hatte?

Interessant erscheint die Unterscheidung zwischen kommunistisch und nichtkommunistisch auch mit Blick auf den Nahen Osten. Denn die gerade der Kolonialherrschaft entkommenen arabischen Staaten beabsichtigten keineswegs unter – dieses Mal - kommunistische Herrschaft zu geraten. Aber war die diplomatische Anerkennung der DDR durch das kommunistische Jugoslawien oder durch das kommunistische Kuba qualitativ wirklich dasselbe wie deren Anerkennung durch einen nichtkommunistischen Staat? Insofern profitierten die arabischen Staaten, allen voran Nassers Ägypten, vom deutsch-deutschen Konkurrenzverhältnis in der Region, bei dem der Faktor Israel nun nicht nur innen- sondern auch außenpolitisch glänzend instrumentalisiert werden konnte. Es erscheint sehr fraglich, ob sich alle arabischen Staaten der Bundesrepublik gegenüber zu solch dreister Politik wie etwa Nasser bei einer modifizierten, dafür aber sehr viel konsequenter durchgesetzten Hallstein-Doktrin bereitgefunden hätten.

Nachdem diese Chance einer Modifizierung ungenutzt gelassen wurde, erschien eine solche während der Berlinkrise nicht wirklich realistisch oder durch das Auswärtige Amt ernsthaft beabsichtigt. Hingegen nutzte die DDR die teilweise inkonsequente Umsetzung der Hallstein-Doktrin und etablierte in einzelnen arabischen Staaten immerhin Generalkonsulate. Dennoch konnte die Bundesrepublik während des Untersuchungszeitraumes auch ohne modifizierte Form der Hallstein-Doktrin ihren Alleinvertretungsanspruch im wesentlichen – manchmal sprichwörtlich mit Schweiß auf der Stirn - international durchsetzen. Dieses Verdienst gebührt allerdings weniger der Doktrin selbst, als der prosperierenden, potenteren bundesdeutschen Wirtschaft und, dank dieser, dem Einsatz entsprechender staatlicher Mittel z.B. in Form von Entwicklungshilfe. Ohne diese Ressourcen hätte die Bundesrepublik für politische Fehler möglicherweise sehr viel höhere Preise als finanzielle Kredite und ähnliches in Kauf nehmen müssen, um Außenpolitik im Sinne des Alleinvertretungsanspruchs wirksam zu gestalten.

Mit Blick auf Israel sollten sich bis 1965 hinsichtlich der politischen Richtlinien innerhalb des Auswärtigen Amts keine einschneidenden Veränderungen ergeben, obgleich sich neben Adenauer parteiübergreifend zahlreiche Parlamentarier, kirchliche Vertreter,¹²⁸³ der DGB,¹²⁸⁴

¹²⁸³ So z.B. Probst Grüber: „Ich halte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel für ein moralisches Gebot. Selbstverständlich muß die BRD den ersten Schritt tun. Inwieweit die Hallsteindoktrin überhaupt zu rechtfertigen ist, mag dahingestellt bleiben.“ Vgl.: Kreysler, J./ Jungfer, K.: Deutsche Israel-Politik, S.91.

¹²⁸⁴ Während des Jahres 1964 schloss sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) einer großangelegten Unterschriftensammlung, die durch den Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit initiiert worden war, zugunsten der Aufnahme diplomatischer Beziehungen an. Im Rahmen dieser

studentische Vereinigungen etc. deutlich und nachdrücklich für den Botschafteraustausch mit Israel eingesetzt hatten. Die Art und Weise, wie der Botschafteraustausch vor dem Hintergrund der seit Ende 1964 durch das Auswärtige Amt offiziös inspirierten Diskussion über die deutschen Waffenlieferungen an Israel dann am 12. Mai 1965 erfolgte, war beschämend und alles andere als ein Glanzstück deutscher Außenpolitik. Das Auswärtige Amt versuchte noch bis sprichwörtlich zum Schluss den Botschafteraustausch zu vereiteln und Israel stattdessen den Austausch von Handelsmissionen zu offerieren. Im Vorfeld des Botschafteraustausches war das bilaterale Verhältnis durch die Tätigkeit deutscher Spezialisten für die ägyptische Rüstungsindustrie, im Zusammenhang der Debatte um die Verjährung von Mord bei nationalsozialistischen Verbrechen¹²⁸⁵ sowie noch offenen Fragen der Individualentschädigung¹²⁸⁶ ohnehin angespannt gewesen. Erst die Intervention des CDU-Fraktionsvorsitzenden Barzel bei Erhard nach des ersten USA-Reise und dem durch General Klein vermittelten Gespräch mit dem dortigen israelischen Botschafter Harman, sollte den Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen frei machen. Gerade dieser Botschafteraustausch hätte vor dem Hintergrund des Holocausts aber auch aus Gründen der Selbstachtung von deutscher Seite mehr Charakter, Stil und Ehrlichkeit verdient.

3.4. Die „Nichtbeziehungen“ der DDR zu Israel

Kontakte diplomatischer und konsularischer Repräsentanten beider Staaten sind auch in der Folge der Suezkrise in dritten Staaten nachweisbar. Allerdings lassen sich hier einige Veränderungen im Vergleich zu den Jahren bis 1956 feststellen. Fanden bis zum Vorabend der Suezkrise die meisten, die bilateralen Beziehungen betreffenden Gespräche zwischen ost-deutschen und israelischen Diplomaten in Moskau statt, verlagerte sich der Schwerpunkt hier v.a. auf die Vertretungen beider Staaten in Prag, die sicherlich von bereits existenten persönlichen Kontakten profitierten. In diesem Zusammenhang sei auf den israelischen Geschäftsträger in Prag, Livneh verwiesen, der nach dem Krieg zunächst als israelischer Konsul in München tätig gewesen war. Über die israelische Vertretung in der ČSR bzw. ČSSR regelte die DDR auch Visa-Angelegenheiten für einzelne ihrer Staatsbürger, die nach Israel reisen wollten und v.a. durften. Unter anderem, so z.B. im Rahmen des Eichmann-Prozesses, diente die tschechoslowakische Vertretung in Tel Aviv als Nachrichtenübermittler zwischen Berlin und

gemeinschaftlichen Aktion wurden ca. 70.000 Personen für eine Unterschrift gewonnen werden. Vgl.: Brief des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 12.11.1964 an Deutschen Koordinierungsrat, in: DGB-Archiv, 5/DGAI/001162; Verlautbarung des Parteivorstandes der SPD vom 23.10.1964, in: DGB-Archiv, 5/DGAI/001162; DGB, Kreis Nürnberg, an DGB, Bundesvorstand, am 16.12.1964, in: DGB-Archiv, 5/DGAI/001162.

¹²⁸⁵ Hierzu siehe: Hansen, N.: Schatten, S.664-673.

¹²⁸⁶ Ebd., S.673-683.

Israel, wobei es hier zu gewissen Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und tschechoslowakischen Dienststellen kam. Oftmals wurde der Leiter der Israel-Mission in Köln, Shinnar, über Gesprächsinhalte und diplomatische Korrespondenz seines Landes in Kenntnis gesetzt, die Kontakte Israels zur DDR betraf oder Bezug zu gesamtdeutschen Fragen aufwies. Infolge der Weigerung der DDR, Wiedergutmachungsleistungen an Israel zu erbringen, stand die Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten erwartungsgemäß nicht zur Debatte. Im Unterschied hierzu unterhielten die Sowjetunion und Israel volle diplomatische Beziehungen.

3.4.1. Kontakte ostdeutscher und israelischer Diplomaten in Drittstaaten

Am 15. Januar 1960 trafen sich z.B. der Leiter der Konsularabteilung der DDR-Botschaft, Horst Seydewitz, und der israelische Konsul, Yehuda Raveh, in Prag aus Anlass des in der DDR tödlich verunglückten israelischen Journalisten, Menahem Dolan.¹²⁸⁷ Während des Gesprächs vertrat Seydewitz wiederholt die These, dass es in der DDR keinen Antisemitismus gäbe, was bei seinem Gesprächspartner auf entsprechende Verwunderung stieß. Darüber hinaus habe die DDR das an Juden wie auch gegenüber anderen Opfern während des Nationalsozialismus begangenen Unrecht „wieder gut gemacht“.¹²⁸⁸ Zudem würden Juden in der DDR z.B. der Weg in den Staatsdienst offen stehen. Als Beispiele führte Seydewitz die Justizministerin seines Landes, Hilde Benjamin, sowie seine eigene Person an. Horst Seydewitz, Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten von Sachsen, Max Seydewitz, hatte eine jüdische Mutter und einen Bruder, der in Israel lebte. Beide Gesprächspartner vertraten zur Verfolgung von Juden in Osteuropa eine konträre Position. Zudem betonte Seydewitz, dass es der Auffassung der Regierung der DDR entspräche, Israel nicht als den Anspruchsberechtigten von Wiedergutmachungsansprüchen anzuerkennen – eine Position wie sie bereits vor der Suezkrise durch die DDR eineindeutig vertreten worden war. Mit Blick auf den Nahostkonflikt bekundete Raveh das israelische Interesse, diesen friedlich zu lösen. Allerdings vermisse Israel die entsprechende Unterstützung seitens der sozialistischen Staaten, wobei die DDR selbst arabische Staaten und deren antiisraelische Politik unterstütze, was durch Seydewitz negiert wurde. Raveh verwies hier konkret auf den Irak, der sich bis zum aktuellen Zeitpunkt geweigert hatte, ein Waffenstillstandsabkommen mit Israel abzuschließen. Der Irak war seit der Revolution 1958 verstärkt ins Visier außenpolitischer Interessen der DDR geraten, was 1959 mit dem

¹²⁸⁷ Dieser war am 29.11.1959 auf der Autobahn bei Magdeburg tödlich verunglückt. Zum Anlass des Aufenthaltes des israelischen Journalisten in der DDR sowie der Unglücksursache kann anhand der Überlieferung keine Aussage getroffen werden.

¹²⁸⁸ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.21, S.493.

Besuch des Landes durch den ostdeutschen Ministerpräsidenten Grotewohl signalisiert wurde. Am Ende des Gesprächs verliehen beide Diplomaten ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es zwischen beiden Ländern in unbestimmter Zukunft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommen werde. Seydewitz betonte gar ein Interesse der DDR an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen [sic!] Staaten im Interesse des Friedens sowie unter Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz.¹²⁸⁹

Diese Argumentation stieß allerdings in der Dritten Außereuropäischen Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten auf Protest. Deswegen wandte sich deren Leiter, Simons, an den Botschafter der DDR in Prag. Simons vertrat dabei die Ansicht, dass wenn „Unterredungen mit israelischen Vertretern nicht zu vermeiden sind“, die Gelegenheit genutzt werden sollte, jederzeit und selbstverständlich auf die „antisemitische, neofaschistische Entwicklung“ in der Bundesrepublik hinzuweisen. Weiterhin führte er aus, dass zwar der Wunsch der DDR zur Herstellung regulärer Beziehungen mit allen Staaten prinzipiell richtig sei. Als entscheidend bewertete er aber, wem gegenüber man diese Auffassung erwähne. Darüber hinaus hatte sich Seydewitz nach Ansicht Simons einen Fehler zuschulden kommen lassen, als er von sich aus die Frage nach offiziellen Beziehungen Israels zur Bundesrepublik angeschnitten hatte. Diese Aussage war in Simons Augen nur in einer Weise interpretierbar, dass nämlich die DDR Interesse an gleichen Beziehungen mit solchen Staaten habe, mit denen die Bundesrepublik Beziehungen unterhielt. Zudem sollte der Eindruck vermieden werden, als sei die DDR gegen Beziehungen der Bundesrepublik und einem beliebigen Staat. Simons ließ keinerlei Zweifel daran, dass seitens des ostdeutschen Außenministeriums und seitens der DDR keinerlei Absicht bestünde, von sich aus diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen.¹²⁹⁰ Aber damit rechnete Raveh in nüchterner und realistischer Analyse des Verhältnisses zwischen Israel und der DDR nicht wirklich.¹²⁹¹

Zeitlich parallel zum Eichmann-Prozess berichtete die israelische Gesandtschaft in Warschau im Mai 1961 über Gespräche mit Vertretern der Botschaft der DDR. Im Rahmen eines solchen Gesprächs verwies der zweite Sekretär der Botschaft, Karl Heinz Lugenheim, kurz vor seiner Versetzung in die Berliner Zentrale u.a. durch den seitens der DDR produzierten Film mit dem Titel „Aktion J[ude]“. Auf den Vorschlag der Botschaft der DDR, der israeli-

¹²⁸⁹ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.21, S.492-496. Zur Parallelüberlieferung des Gesprächs siehe: Raveh an Osteuropaabteilung des israelischen Außenministeriums am 19.1.1960, in: ISA/3309/3-37.

¹²⁹⁰ Vgl.: Simons an den Botschafter der DDR in der Tschechoslowakei betr. Unterredung Seydewitz mit israelischem Vertreter am 2.2.1960, in: MfAA, A 11926, S.21-22 (auch in: MfAA, A13777, S.1f.).

¹²⁹¹ Vgl.: Raveh an Osteuropaabteilung des israelischen Außenministeriums am 19.1.1960, in: ISA/3309/3-37.

schen Vertretung aufklärendes Material bzw. Propagandaschriften zur Verfügung zu stellen, entgegnete Levav, solches bereits erhalten zu haben.¹²⁹²

Weiterhin trafen sich z.B. infolge der Eröffnung einer Kunstausstellung am 5. Oktober 1962 Max Seydewitz,¹²⁹³ mittlerweile Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden und Mitglied der Volkskammer, in Begleitung seiner Frau mit dem Leiter der israelischen Gesandtschaft in Prag, Eliahu K. Livneh.¹²⁹⁴ Max Seydewitz, als ehemaliger Sächsischer Ministerpräsident, kannte Livneh als früheren israelischen Konsul in München bereits persönlich. Während des Gesprächs waren komplizierte politische Themen, wie z.B. die Beziehungen Israels zu einem der beiden deutschen Staaten, die Berlinfrage oder der Eichmann-Prozess weitestgehend nebensächlich. Jedoch diskutierte man Themen wie antisemitische Erscheinungen in Ostdeutschland ebenso wie in der Tschechoslowakei zur Zeit und infolge des Slánský-Prozesses. Zur großen Überraschung Livnehs, der das Fehlen einer öffentlichen und umfassenden Rehabilitation der Betroffenen feststellte, teilte Seydewitz dessen Auffassung. Jedoch bemängelte ersterer die ideologisierende Diskussion, insbesondere der Gattin von Seydewitz, Ruth. Diese bedauerte, dass einer ihrer Söhne, der im Kibbuz Givat Chaim lebte, eine individuelle Lösung gewählt habe und sich nicht der Errichtung des Sozialismus widme. Möglicherweise entging Ruth Seydewitz bis zu diesem Zeitpunkt, dass das Leben in so manchem israelischen Kibbuz dem sozialistischen Ideal praktisch näher kam, als die Politik, welche die DDR praktizierte. Dennoch erkannte Livneh die politische Notwendigkeit, persönliche Kontakte dieser Art aufrechtzuerhalten, da sie in der Zukunft gegebenenfalls für Israel von Bedeutung sein konnten. Trotzdem leistete Livneh der persönlichen Einladung von Max Seydewitz nach Dresden¹²⁹⁵ nicht Folge. Ein solcher Besuch hätte im Kontrast zur israelischen Politik gegenüber der DDR gestanden hätte. Von dieser erwartete Israel keine grundlegende Revision mit Blick auf die israelischen Wiedergutmachungsansprüche. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen und angesichts der Politik der DDR gegenüber den arabischen Staaten beabsichtigte man nicht, diplomatische Beziehungen mit dieser aufzunehmen.

Auch außerhalb des Ostblocks lassen sich sporadische Kontakte zwischen Vertretern israelischer Missionen und solchen der DDR in dritten Staaten nachweisen. Diese zeugten selten von gegenseitiger Sympathie, geschweige denn Euphorie, bewegten sich aber im Rahmen

¹²⁹² Vgl.: Israelische Gesandtschaft Warschau, an Osteuropaabteilung des israelischen Außenministeriums am 23.5.1961, in: ISA/3309/3-צח.

¹²⁹³ Max Seydewitz (1892-1987) war während der Jahre 1947-1952 Ministerpräsident von Sachsen, in der Folge, 1952-1955, als freier Schriftsteller tätig. 1955-1968 fungierte er als Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden. Er war mehrere Jahrzehnte (1949-1987) Mitglied der Volkskammer und während der Jahre 1953-1963 Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des ostdeutschen Parlaments.

¹²⁹⁴ Vgl.: Livneh an Generaldirektor des israelischen Außenministeriums am 29.10.1962, in: ISA/3398/37-צח.

¹²⁹⁵ Vgl.: Seydewitz an Livneh am 13.10.1962, in: ISA/3398/37-צח.

diplomatischer Gepflogenheiten. Im Vergleich zu den Beziehungen, welche beide Staaten zu jeweils dritten Regierungen und deren Repräsentanten unterhielten, waren die Kontakte israelischer Diplomaten zu denen der DDR und umgekehrt letztlich marginaler Natur. Im März 1963 wandte sich die Handelsvertretung der DDR in Finnland im Auftrag ihrer Regierung z.B. mit einer Zirkularnote an die israelische Gesandtschaft vor Ort.¹²⁹⁶ Hintergrund bildete ein Protest der DDR-Regierung gegen alliierte Reisebeschränkungen. Wegen dieser Beschränkungen seien die Teilnahme der DDR an zahlreichen internationalen Sport-Meisterschaften, wie z.B. an den Eishockey-Weltmeisterschaften in den USA¹²⁹⁷ (Colorado Springs) 1962 oder den Alpinen Weltmeisterschaften in Frankreich (Chamonix) 1962 vereitelt worden. Im Memorandum sprach die DDR hier wörtlich von einer „Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger“.¹²⁹⁸ Israel nahm die Zirkularnote zur Kenntnis ohne jedoch auf diese in irgend einer Form zu reagieren.

Finnland unterhielt zu beiden deutschen Staaten in den 50er und 60er Jahren keine diplomatischen Beziehungen. Beide deutsche Staaten hatten 1953, mit gleichen Privilegien und Rechten ausgestattet, je eine Handelsvertretung in Finnland eröffnet. Neben der Sowjetunion war Finnland während des Untersuchungszeitraumes der einzige Staat, in welchem zwei deutsche Vertretungen gleichen Rangs existierten.¹²⁹⁹ Infolge des Beschlusses der Beratung der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro des ZK der SED im September 1963, in deren Rahmen u.a. Möglichkeiten zur „Durchbrechung“ der Hallstein-Doktrin erörtert worden waren, sollte sich die ostdeutsche Außenpolitik verstärkt in Finnland, der VAR oder Algerien als sogenannte „Schwerpunktländer“ engagieren.¹³⁰⁰

Direkte Kontakte zwischen der DDR und Israel lassen sich darüber hinaus zwischen Institutionen aus Wissenschaft und Kultur, höchst selten im Bereich des Sports nachweisen, die, wenn sie nicht durch persönliche Kontakte fundiert oder aber wegen Interesses an herausragenden Leistungen motiviert gewesen sind, schnell an ihre Grenzen stießen. Maßgeblich blieb

¹²⁹⁶ Vgl.: Note der Regierung der DDR, überreicht durch deren Handelsvertretung in Finnland an die israelische Gesandtschaft, Helsinki, 29.3.1962, in: ISA/3398/37-зп.

¹²⁹⁷ Die USA hatten der Eishockeymannschaft der DDR die Erteilung der Einreisevisa verweigert. Daraufhin boykottierten sämtliche Mannschaften des Ostblocks die Weltmeisterschaft.

¹²⁹⁸ Vgl.: Note der Regierung der DDR, überreicht durch deren Handelsvertretung in Finnland an die israelische Gesandtschaft, Helsinki, 29.3.1962, in: ISA/3398/37-зп.

¹²⁹⁹ Hierzu: Kilian, W.: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001, S.44-48.

¹³⁰⁰ Als weitere Schwerpunktländer betrachtete die Außenpolitische Kommission Indonesien und Burma. Den Status von „Hauptschwerpunktländern“ erhielten Ghana, Brasilien und Ceylon. Damit konnte sich das MfAA mit seinem Vorschlag der Länder Tanganjika, Uganda und Kenia nicht durchsetzen. Vgl.: Protokoll vom 21.9.1963 der Beratung der Außenpolitischen Kommission am 20.9.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.2115/4.

für Vertreter der Partei- und Staatsspitze der DDR ebenso wie für die israelische Administration, ob die jeweiligen Kontakte für das bilaterale Verhältnis in politischer, wirtschaftlicher oder anderer Hinsicht eine befruchtende, gewinnbringende Wirkung in Aussicht stellten. Einzig zu der kommunistischen Partei Israels (MAKI) unterhielt die SED während des gesamten Untersuchungszeitraumes direkte Kontakte. Dabei konzentrierten sich diese vorzugsweise auf den arabischen Flügel der israelischen Kommunisten unter Meir Vilner und Tawfiq Toubi. Die MAKI entsandte zum IV. (1954), V. (1958) und VI. (1963) Parteitag der SED jeweils eine Delegation. In zunächst doch regelrechter Fehleinschätzung des ostdeutschen Staates und v.a. der kommunistischen Gesinnung der SED, engagierte sich die MAKI sehr viel stärker als ihr deutsches Gegenüber für eine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien. Insbesondere der jüdische Flügel der MAKI unter Moshe Sneh und Shmuel Mikunis musste für diese Erkenntnis bitteres Lehrgeld bezahlen.

3.4.2. Radikalisierung der DDR Israelpolitik nach der Suezkrise und deren deutschlandpolitische Funktionalisierung

Das politische Verhältnis der DDR zu Israel radikalisierte sich infolge der Suezkrise zunehmend, insbesondere mit Blick auf propagandistische Angriffe gegenüber Israel. Ihrer grundlegenden Verneinung eines israelischen Anspruches auf Wiedergutmachungsleistungen blieb die DDR auch weiterhin treu. Zudem engagierte sich die ostdeutsche Außenhandelspolitik, als Stellvertreter für vor Ort nicht vorhandene diplomatische Vertretungen, verstärkt und erfolgreicher als im Vorfeld der Suezkrise in den arabischen Staaten. Einen Höhepunkt politischen Engagements der DDR im Nahen Osten bildete hier die Grotewohlreise 1959 nach der VAR und Irak (inkl. Indien),¹³⁰¹ die letztlich aber nicht zur vollen diplomatischen Anerkennung der DDR beitrug. Die Außenwirtschaftspolitik, welche im wesentlichen für das Ziel einer außenpolitischen Anerkennung der DDR instrumentalisiert wurde, geriet aber infolge der sehr begrenzten Ressourcen des Landes und unter der wirtschaftlichen Konkurrenz der Bundesrepublik in der Region in einem recht frühen Stadium an die Grenzen ihrer außenpolitischen Wirkungsmöglichkeit.

Die DDR tolerierte antiisraelische oder betont nationalistische Bestrebungen der arabischen Staaten und griff deren negatives Vorbild propagandistisch auf. Die DDR betrieb antiisraelische Propaganda vor dem Hintergrund des internationalen „Klassenkampfes“.¹³⁰² Dabei

¹³⁰¹ Vgl.: Lemke, M.: Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise im Januar 1959. Zur Anerkennungspolitik der SED in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, in: *asien, afrika, lateinamerika* 20 (1993), S.1027-1042.

¹³⁰² Zum Verhältnis von „Klassenkampf“ und Außenpolitik im Verständnis der DDR siehe: Florin, P.: *Zur Außenpolitik der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1967, S.9-13.

fungierte die DDR Israelpolitik als verlängerte Deutschlandpolitik, diene verstärkte Propaganda als Kompensation für ein nur unvollständiges bzw. äußerst begrenzt funktionierendes Instrumentarium eigener Außenpolitik.¹³⁰³ Seriöse, von ideologischen Verfärbungen freie Analysen Israels und dessen Politik stellen in den Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten bzw. denen der SED die absolute Ausnahme dar. Erfolgversprechende diplomatische Mittel standen der DDR Außenpolitik während der Gültigkeit und durch die Bundesrepublik angewandten Hallstein-Doktrin nur äußerst begrenzt zur Verfügung. Gleichwohl unterlagen die „Nichtbeziehungen“ der DDR zu Israel sowie die Intensität der aggressiven antiisraelischen Propaganda des ostdeutschen Staates in den Jahren 1957 bis 1963 gewissen Schwankungen.

Nach der Verkündung der Eisenhower Doktrin kritisierte Ministerpräsident Grotewohl am 3. April 1957 vor der Volkskammer die bundesdeutsche Unterstützung dieser. Demnach ignorierte die Bundesrepublik die Interessen der arabischen Staaten und unterstützte „die aggressiven Bestrebungen der extremistischen Regierungskreise Israels.“¹³⁰⁴ Außerdem beanstandete Grotewohl, dass die Bundesrepublik diese Politik Israels durch die fortgesetzte Zahlung von „Reparationen“¹³⁰⁵ fördere, welche der Aufrüstung Israels gegen die arabischen Staaten dienen würde. Der Ministerpräsident hatte im Rahmen einer Regierungserklärung vor der Volkskammer bereits im Januar 1957 deklariert, dass der „aggressive Charakter“¹³⁰⁶ bundesdeutscher Außenpolitik mit der Unterstützung des Kolonialismus, die in den Augen Grotewohls gleichbedeutend mit der Unterstützung der Eisenhower-Doktrin war, sichtbar geworden sei. Demgegenüber habe die Sowjetunion die Ausweitung der Suezkrise „zu einem Weltbrand verhindert“.¹³⁰⁷ Dass auch die USA entsprechenden Einfluss auf die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Israels genommen hatten, wurde schlichtweg ignoriert.

Bereits ein Jahr später, im Rahmen der Nahostkrise 1958, sucht man in der ostdeutschen Propaganda Verweise auf Israel vergebens.¹³⁰⁸ Diese verurteilte die Politik der USA und Großbritanniens, welche sich nicht nur „gegen das um seine Unabhängigkeit und Souveränität ringende libanesischen und jordanischen Volk, sondern auch gegen die junge Republik Irak und die gesamte nationale Befreiungsbewegung der arabischen Völker“¹³⁰⁹ richtete. Selbst eine Denunziation der Bundesrepublik erfolgte im Kontext der Ereignisse des Jahres 1958 in geringerem Ausmaß als zur Zeit oder infolge der Suezkrise oder der Eisenhower-Doktrin.

¹³⁰³ Hierzu einführend: Kregel, B.: Außenpolitik und Systemstabilisierung in der DDR, Opladen 1979, S.43ff.

¹³⁰⁴ DAPDDR, Bd. V, S.99.

¹³⁰⁵ Ebd.

¹³⁰⁶ DAPDDR, Bd. V, S.76.

¹³⁰⁷ DAPDDR, Bd. V, S.74.

¹³⁰⁸ Vgl.: DAPDDR, Bd. VI, S.64-67.

¹³⁰⁹ Bator, W. (Hg.): Die DDR und die arabischen Staaten, S.69.

Grotewohl persönlich beglückwünschte am 17. Juli 1958 den neuen Ministerpräsidenten des Irak, Abdel Karim el Kassem.¹³¹⁰ Wenig später erfolgten im Oktober des Jahres die Unterzeichnung eines Handelsabkommens sowie die Errichtung von Handelsvertretungen in Berlin und Bagdad.¹³¹¹ Bereits im Januar 1959 besuchte Grotewohl den Irak,¹³¹² wobei dieser Besuch, obwohl in der DDR als bedeutender Erfolg gewertet, letzten Endes nicht die ersehnte volle diplomatische Anerkennung brachte oder geschweige denn die Hallstein-Doktrin „durchbrochen“ hätte. Dennoch hatte dieser Besuch in der ostdeutschen Selbstwahrnehmung zur Einheit des „sozialistischen Lagers beigetragen“ und die „Autorität der DDR“ in den betreffenden Ländern erhöht.¹³¹³

Für die hier vorliegende Fragestellung dürfte aber vielmehr von Interesse sein, weswegen man den Verweis auf Israel in der ostdeutschen Propaganda vermisste. Ursächlich hierfür war keineswegs ein verbessertes politisches Klima zwischen beiden Staaten. Israel war nicht direkt,¹³¹⁴ d.h. mit eigenen Truppenkontingenten in die Nahostkrise des Jahres 1958 involviert. Das Regime Kassem hatte im Unterschied zu Ägypten, Syrien oder Jordanien, wie oben bereits erwähnt, kein Waffenstillstandsabkommen mit Israel abgeschlossen. Nasser seinerseits musste den Irak, der nie auch nur ansatzweise an eine Beteiligung an einer Vereinigten Arabischen Republik unter ägyptischer Vorherrschaft dachte, als potentiellen Rivalen in der Region erkennen. Indem Kassem durch die DDR protegiert wurde, setzte man Nasser indirekt unter, letztlich nicht ausreichenden Druck, der DDR politisch entgegenzukommen. Aus Sicht der DDR-Nahostpolitik, die primär verlängerte Deutschlandpolitik darstellte und auf diplomatische Anerkennung zielte, musste ein Verweis auf Israel, welches sich während der Nahostkrise zurückhaltend verhielt, zu diesem Zeitpunkt im Kontext konkreter politischer Schritte Ostdeutschlands gegenüber dem Irak kontraproduktiv, ja überflüssig erscheinen.

Doch bereits 1959 stand Israel wieder auf der Agenda des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. In einer Aufzeichnung der Prager Botschaft wurden die Beziehungen zwi-

¹³¹⁰ Vgl.: Bator, W. (Hg.): Die DDR und die arabischen Staaten, S.68.

¹³¹¹ Ebd., S.73f.

¹³¹² Ebd., S.75f.

¹³¹³ Vgl.: Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr.7/59 der Sitzung des Politbüros am 10.2.1959 betr. Allgemeine Einschätzung der Ergebnisse der Grotewohlreise, in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 2/ 631.

¹³¹⁴ Allerdings kam es Anfang August 1958 infolge einer sowjetischen Note an Israel (2.8.1958) zu größeren Meinungsverschiedenheiten zwischen Israel sowie Großbritannien und den USA. In der Note kritisierte die UdSSR die Zustimmung Israels, beiden vorgenannten Staaten Überflugrechte eingeräumt zu haben. Ben Gurion, der hier eine gefährliche Entwicklung antizipierte, informierte noch am selben Tag die britische Regierung dahingehend, dass diese Flüge eingestellt werden müssten. Die in diesem Zusammenhang durch den israelischen Premierminister geforderten Sicherheitsgarantien, beantwortete Großbritannien zunächst unter Verweis auf die Eisenhower-Doktrin. Die USA waren entrüstet und bezeichneten die israelische Reaktion als „Einknicken“ vor sowjetischem Druck. Wenige Tage später wurden die Flüge teilweise wiederaufgenommen, nachdem beide Mächte Israel gegenüber verlauten ließen, dass sie die Anforderungen der israelischen Verteidigung berücksichtigen würden. Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.111.

schen der SPD und der MAPAI als israelischer Regierungspartei, aber auch die des DGB zu Israel analysiert. Gesondert wurde auf einen Besuch Ollenhauers 1957 in Israel verwiesen, in dessen Zusammenhang er sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ausgesprochen hatte. In Reaktion auf eine Erklärung Ben Gurions im Juni 1959, in welcher dieser auch das mangelnde Verantwortungsbewusstsein der Regierung der DDR angesprochen hatte, wurde deutlich, dass das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten nicht beabsichtigte, ihre Haltung in der Frage einer Wiedergutmachungsleistung gegenüber Israel zu ändern. Dabei wurden die Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten als „von gewisser“, aber nicht ausschließlicher Bedeutung für die „ablehnende Haltung der DDR“ bezeichnet.¹³¹⁵

Doch darüber hinausgehend wurde Israel in der DDR-Propaganda, aber auch in innerministeriellen Aufzeichnungen in den internationalen „Klassenkampf“ einbezogen, dem Westen für zugehörig erklärt, sozialistische Traditionen der israelischen Geschichte bewusst ausgeblendet und Israel bei jeder erfolgsversprechenden Gelegenheit denunziert. Auf Kosten Israels und rücksichtslos hinsichtlich der Methoden sollte der DDR Geländegewinn für ihre Deutschlandpolitik im Nahen Osten verschafft werden, indem man in einem regionalen Konflikt eindeutig Partei für eine, nämlich die keineswegs sich untereinander einige arabische Seite ergriff und ohne deren teilweise überzogenen Nationalismus ansatzweise zu kritisieren. Diese Grundhaltung wird z.B. in einer Aufzeichnung des Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zu Beginn der sechziger Jahre wie folgt verdeutlicht, in der Israel u.a. als „militärisches Aufmarschgebiet der Imperialisten“ im Nahen Osten charakterisiert wurde: „Israel gibt den Imperialisten die Möglichkeit, jederzeit einen Vorwand für eine militärische Intervention zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung der arabischen Völker zu finden und stellt in dieser Eigenschaft eine Bedrohung für den Frieden im Nahen Osten dar.“¹³¹⁶

Bereits Dittmar verweist zurecht auf zwei recht auffällige Merkmale ostdeutscher Israelpolitik: die wiederholte Darstellung Israels als den eigentlichen Aggressor im Nahen Osten und andererseits Äußerungen, wonach Israel versuche, die DDR mit „Auschwitz“ zu erpressen.¹³¹⁷ Gerade diese Wahrnehmung israelischer Politik seitens der DDR erscheint psychologisch sehr aufschlussreich. In dem Maße, wie sich die DDR nicht ihrer historischen Verant-

¹³¹⁵ Vgl.: Aufzeichnung der Botschaft der DDR in Prag über die Beziehungen der DDR zu Israel aus dem Jahr 1959, in: MfAA, A 11358. Ein Teil der Informationen stammte von der tschechoslowakischen Vertretung in Tel Aviv, die durch die ostdeutschen Diplomaten entsprechend ergänzt worden waren.

¹³¹⁶ Aufzeichnung des MfAA zu den Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel, ohne Datierung (aufgrund des Inhaltes muss diese auf das Jahr 1961 oder 1962 datiert werden), in: MfAA, A 12608.

¹³¹⁷ Vgl.: Dittmar, P.: DDR und Israel. Ambivalenz einer Nicht-Beziehung, in: DA 10 (1977), S.737ff. Der Vorwurf angeblicher israelischer Erpressungsversuche ist seltener, aber dennoch auch den Akten der Bundesrepublik zu entnehmen.

wortung als einem der Nachfolgestaaten des Dritten Reiches und dessen Verbrechen Juden gegenüber zu stellen vermochte, in dem Maße wurden Juden, hier verdeckt als der „zionistische Staat Israel“ erneut zum „Aggressor“, zum „Feind“. Nach dem Holocaust bestand die Herausforderung für beide deutsche Staaten darin, sich entweder dieser Verantwortung zu stellen oder aber eine entgegengesetzte Verhaltensweise zu legitimieren, um die eigene, möglicherweise nur begrenzt vorhandene Identität zu schützen. Indem sie Israel wiederholt und einseitig zum Aggressor stempelte, wurde die Israelpolitik der DDR und ihr Unwille historische Verantwortung zu übernehmen, legitimiert. Ein „friedliebender Staat“, als den sich die DDR gern sah, unterstützte keine Aggressoren.

Die Richtigkeit des Postulats einer angeblichen israelischen Erpressung der DDR konnte noch leichter widerlegt werden. Wie konnte, wie sollte ein Staat erpresst werden, der seinem Selbstverständnis nach eine unbescholtene Geschichte aufwies, belastete Personen ihrer Strafe zugeführt und Opfer des Nationalsozialismus ausreichend entschädigt hatte? Ein solcher Staat ist folgerichtig nicht erpressbar. Stattdessen und um von den eigenen Defiziten abzulenken, wurden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen durch die BRD als „Ausdruck der Überwindung des ‚Schuldkomplexes‘“ beschrieben, die der Stärkung der „revanchistischen Politik“ der Bundesrepublik dienen würden.¹³¹⁸

3.4.3. Ostdeutsche Reaktion auf den deutsch-israelischen Gipfel in New York

Die Dritte Außereuropäische Abteilung, Sektion Mittlerer Osten, des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten widmete sich in der Folge des Treffens zwischen Ben Gurion und Adenauer am 14. März 1960 in New York ausführlich den möglichen Folgen des Treffens auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten. Die Stellungnahmen beider Staatsmänner infolge des Treffens wurden dabei auf der Basis der entsprechenden Darstellung in der *Neuen Züricher Zeitung* ebenso analysiert, wie zahlreiche Nachrichten in der Bundesrepublik, entsprechend denen sich im Vorfeld des Treffens Persönlichkeiten, ohne von dem bevorstehenden Treffen zu wissen, für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel ausgesprochen hatten. Nach Ansicht der Dritten Außereuropäischen Abteilung des ostdeutschen Außenministeriums existierten allerdings keinerlei Anzeichen, dass sich die Bundesregierung der Haltung z.B. der SPD oder des Bundestagsabgeordneten Böhm, welche die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Israel befürworteten, anschließen

¹³¹⁸ Vgl.: „Informationen über den Stand der Beziehungen der arabischen zu beiden deutschen Staaten nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen von zehn arabischen Staaten zu Westdeutschland“ ohne Datum, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/ 2 J/ 1532.

werde. Vielmehr betrieb die Bundesregierung nach Ansicht der Dritten Außereuropäischen Abteilung eine „Politik des Hinhaltens sowohl gegenüber Israel als auch gegenüber den arabischen Staaten“.¹³¹⁹ So antizipierte man keinerlei grundlegende Änderung bundesdeutscher Außenpolitik, sonder analysierte deren Festhalten an einer Politik im Sinne der Hallstein-Doktrin. Wenn Adenauer allerdings nicht zu einem Schritt in Richtung Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel bereit war, so waren in den Augen der Dritten Außereuropäischen Abteilung seitens der Bundesregierung „weitgehende Zusagen“¹³²⁰ im Rahmen einer umfangreichen Kredithilfe zu machen. Infolge des Studiums internationaler Presseberichterstattung und entsprechender israelischer Verlautbarungen war dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten schon sehr frühzeitig der finanzielle Rahmen sowie die Laufzeit der bundesdeutschen Finanzhilfe bekannt. Ein mögliches Motiv einer solchen, doch sehr umfangreichen Finanzhilfe an Israel, legte die Dritte Außereuropäische Abteilung allerdings nicht überzeugend dar. Gleichwohl durfte auch hier der Verweis auf das Luxemburger Abkommen nicht fehlen, durch welches „für das westdeutsche Monopolkapital bedeutende Profit- und Absatzmöglichkeiten und Kapitalanlagesphären erschlossen“¹³²¹ worden seien. Auch der Verweis auf eine angebliche Verwendung der Mittel aus dem Luxemburger Abkommen für Lieferungen „militärische[r] Ausrüstungen, Waffen und Munition für die israelische Armee“¹³²² wurde keineswegs versäumt. Zusammenfassend gelangte die Dritte Außereuropäische Abteilung zu dem wohl korrekten Resultat, dass die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel in der Folge des Treffen beider Staatsmänner trotz nicht existenter diplomatischer Beziehungen gefestigt worden seien. Allerdings durfte das abschließende Statement zum Gipfel in New York im Sinne der eigenen Weltanschauung nicht fehlen, welche seitens des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten formuliert worden war: „Ein kalter Krieger zollte so dem anderen Tribut.“¹³²³

3.4.4. Ostdeutsche Israelpolitik unter dem Staatsratsvorsitzenden Ulbricht zu Beginn der sechziger Jahre

Zu Beginn der sechziger Jahre erhielt die Außenpolitik der DDR gegenüber Israel infolge der politischen Gesamtsituation im Nahen und Mittleren Osten, relativ betrachtet, größere Handlungsspielräume und Flexibilität. Dieses Phänomen lässt sich sowohl hinsichtlich einer

¹³¹⁹ Aufzeichnung der Dritten Außereuropäischen Abteilung, Sektion Mittlerer Osten, MfAA, vom 4.5.1960 über die Entwicklungen der Beziehungen zwischen Israel und der BRD im I. Quartal 1960, in: MfAA, A 12608, S.44.

¹³²⁰ Ebd.

¹³²¹ Ebd.

¹³²² Ebd., S.45.

¹³²³ DAPDDR, Bd.VIII, S.53.

Intensivierung der Parteibeziehungen,¹³²⁴ aber auch neuer Diskussionen um wirtschaftliche Kontakte zwischen beiden Staaten verzeichnen. Diese blieben im Vergleich, gemessen am gesamten außenpolitischen- und außenwirtschaftlichen Engagement beider Staaten, letztlich von marginaler Bedeutung. Diese Entwicklung beinhaltete keine grundlegende qualitative Umorientierung bisheriger DDR Israelpolitik und deren ideologischer Untermauerung. Auch weiterhin wurde Israel als das „Werkzeug“ bezeichnet, „mit dessen Hilfe die imperialistischen Mächte versuch[t]en, die Spannungen im Nahen und Mittleren Osten aufrechtzuerhalten“. ¹³²⁵ Israel fungierte demnach als „Gendarm“, um der „kolonialen Befreiungsbewegung der arabischen Völker“ Einhalt zu gebieten“. ¹³²⁶

Anfang 1962 hatte die Dritte Außereuropäische Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in der Folge des Abfalls Syriens von der Vereinigten Arabischen Republik, dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und Jordanien im Herbst 1961, dem Zurückrufen des saudi-arabischen Botschafters aus Kairo die Beziehungen Ägyptens zu östlich des Landes gelegenen arabischen Staaten als „mehr als schlecht“¹³²⁷ bezeichnet. Die Rivalität zwischen Ägypten und Saudi-Arabien sollte nach Ausbruch des Krieges im Jemen noch gesteigert werden. In Saudi-Arabien wurden seitens des Islam Kritik am „arabischen Sozialismus“ des Ägyptens laut. Zudem wurde auch in Ostberlin wahrgenommen, dass die Erfahrungen Nassers weder mit der syrischen noch der irakischen Baath-Partei zufriedenstellend gewesen waren. Vor dem Hintergrund der außenpolitischen Isolierung Nassers in seinen Beziehungen zu anderen arabischen Staaten musste dieser „an einer Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten interessiert sein.“¹³²⁸ Selbst die Dritte Außereuropäische Abteilung differenzierte bei der Analyse der politischen Konstellation vor Ort zwischen den USA einerseits und andererseits Großbritannien und Frankreich. Demnach waren die USA trotz Eisenhower-Doktrin bedacht, ihre „im Vergleich zu England und Frankreich relativ sauber gebliebene Weste in diesem Zustand zu erhalten“. ¹³²⁹ Einerseits erkannte man innerhalb der Dritten Außereuropäischen Abteilung durchaus die Programmatik z. B. der irakischen Baath- Partei, die sich nicht nur gegen „antizionistische und antiimperialistische“, sondern

¹³²⁴ Noch 1961 lehnte das ZK der SED die Entsendung einer eigenen Delegation zum 14. Parteitag der MAKI nach Israel ab, ernannte dafür aber einen Beobachter. Vgl.: Protokoll Nr.22/61 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 24.5.1961, in: SAPMO-BArch/ DY 30/ J IV 2/ 3/ 739.

¹³²⁵ Aufzeichnung der Prager Botschaft der DDR vom 19.2.1962 betr. Haltung der BRD gegenüber Israel, in: MfAA, A11926, S.5.

¹³²⁶ Ebd.

¹³²⁷ Bericht der Dritten Außereuropäischen Abteilung, MfAA, vom 22.1.1962 zur Lage im Nahen Osten, in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2 / 2 J/ 786.

¹³²⁸ Ebd.

¹³²⁹ Ebd.

auch gegen „antikommunistische“ Bewegungen richtete.¹³³⁰ Andererseits erfasste man aber auch die Rivalität innerhalb der arabischen Welt, die eher durch nationalistische Motive und rein machstrategische Überlegungen gespeist wurde. Wenn aber Zionismus und Imperialismus seitens der arabischen Welt genauso abgelehnt wurde, wie der Kommunismus, durfte sich eine Außenpolitik der DDR, wenn sie erfolgreich sein wollte, nicht ausschließlich auf antizionistische und antiimperialistische Propaganda und Politik stützen, sondern musste versuchen, die innerarabischen Rivalitäten zu ihren Gunsten, gewinnbringend zu nutzen.

In der Folge der geschilderten Ereignisse war die Israelpolitik der DDR bis zur Ulbricht-Nasser Erklärung 1965 durchaus von einer gewissen Ambivalenz gekennzeichnet. Einerseits intensivierten sich die parteipolitischen Kontakte zwischen MAKI und SED insbesondere dank des Engagements der israelischen Kommunisten zu Beginn der sechziger Jahre. Dabei ging die SED stärker als zuvor auf israelische Vorschläge ein, ohne jedoch ihre ideologisch gefärbte Argumentation gegenüber dem Staat Israel oder aber die Grundsätze ihrer Israelpolitik zu ändern oder zu revidieren. Ein vorübergehendes sehr kurzes „Tauwetter“ in den bilateralen Parteibeziehungen konnte seitens der DDR in Anbetracht der politischen Konstellation im Nahen Osten in Kauf genommen werden. Dennoch diskutierte bzw. strebte die DDR während dieser Phase zu keinem Zeitpunkt eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel an, welche die „relativ guten Beziehungen zu einigen arabischen Staaten“¹³³¹ im Kontext des Ziels der internationalen Anerkennung der DDR erschwert oder gestört hätte. Abgesehen von begrenzten Handelsbeziehungen (v.a. Zitrusfrüchte) mit Israel lehnte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Januar 1963 eine Ausweitung dieser, ebenso wie die von Kulturbeziehungen ab. Zudem postulierte die DDR, dass Israel infolge der ablehnenden ostdeutschen Haltung gegenüber den israelischen Wiedergutmachungsansprüchen sowie den engen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel vor dem Hintergrund der Hallstein-Doktrin kein unmittelbares Interesse an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen besaß.¹³³² Israel selbst erwog nur dann eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR, wenn diese den Teil ihrer moralischen historischen Verantwortung gegenüber den an Juden während des Nationalsozialismus verübten Verbrechen übernahm, bereit wäre, Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen und Beziehungen entsprechend denen der Bundesrepublik zu Israel anzustreben.¹³³³ Insofern stellen gelegentlich nachzulesende Gedankenspiele bzw. Hoffnungen vereinzelter israelischer Politiker im Sinne einer möglichen Änderung der Israel-

¹³³⁰ Ebd.

¹³³¹ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.27, S.507.

¹³³² Ebd., S.507f.

¹³³³ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.26, S.506f.

politik der DDR, gerade im Kontext des Eichmann-Prozesses, Überlegungen dar, die letztlich nicht für das reale politische Tagesgeschäft taugten. Über den Charakter des politischen Systems der DDR gab sich die israelische Regierung sowie das Außenministerium keinen Illusionen hin. Allerdings bedeutete die Nichtexistenz diplomatischer Beziehungen zur DDR keineswegs, dass Israel deren Politik nicht genau beobachtete oder wahrnahm.

Eine Note vom Juni 1964 des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an das israelische Außenministerium aus Anlass der Diskussion um die Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens widmete sich nahezu ausschließlich deutschlandpolitischer Themen, nicht jedoch dezidiert den Beziehungen zwischen der DDR und Israel.¹³³⁴ Unter dem Eindruck der Entspannungspolitik der Großmächte bekundete das Ministerium im Sinne des Prinzips der friedlichen Koexistenz Interesse „am friedlichen Zusammenleben der Völker“. In diesem Kontext begrüße auch Ulbricht die Herstellung „normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Ländern und allen Ländern der Welt“. Wie im Kontext von NÖSPL ebenso sichtbar, hatte Ulbricht die Reformbedürftigkeit der ostdeutschen Wirtschaft und deren Defizite erkannt, ohne sie freilich grundlegend zu beseitigen, denn dies wäre dem Ende der Planwirtschaft gleichgekommen. Zudem argumentierte die DDR bereits hier, dass die Bundesrepublik mittels der „Herstellung offizieller Beziehungen zu volksdemokratischen Staaten“ selbst die Hallstein-Doktrin durchbreche. Israel reagierte auf diese Note nicht, sondern nahm diese wiederum kommentarlos zur Kenntnis.

Andererseits intensivierten sich aber auch die Beziehungen der DDR zu einzelnen arabischen Staaten. Ägypten, welches Israel nicht anerkannte, wurde z.B. seit 1963 als ein Schwerpunktland zur Durchbrechung der Hallstein-Doktrin betrachtet.¹³³⁵ Im Oktober 1963 erklärte der Irakische Staatspräsident Aref sogar, dass der Irak diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen werde, wenn die Bundesrepublik solche zu Israel herstelle.¹³³⁶ Im selben Jahr richtete die DDR aus Anlass der Äußerungen des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Strauß im Kontext seines Israelbesuches sowie des Bundestagsabgeordneten Merten über bundesdeutsche Ausrüstungshilfe an Israel ein Aide Memoire¹³³⁷ an die Liga der Arabischen

¹³³⁴ Vgl.: MfAA an israelisches Außenministerium am 5.6.1964, in: MfAA, A 13342. Bereits im Vorjahr hatte der Außenminister der DDR, Bolz, die These vertreten, dass die DDR das Atomteststoppabkommen gleichberechtigt neben anderen Staaten (so auch der Bundesrepublik) unterzeichnet habe. In Anbetracht der zahlreichen Botschaften, Handels- und konsularischen Vertretungen der DDR weltweit erklärte Bolz: „Die Hallstein-Doktrin ist ad absurdum geführt.“ Vgl.: DAPDDR, Bd.XI, S.323-331.

¹³³⁵ Vgl.: Protokoll vom 21.9.1963 der Beratung der Außenpolitischen Kommission am 20.9.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.2115/4.

¹³³⁶ Vgl.: Erklärung des irakischen Staatspräsidenten im Oktober 1963, in: ISA/583/4-зп.

¹³³⁷ Vgl.: Aide Memoire der Regierung der DDR an Liga der Arabischen Staaten 1963, in: MfAA, A 13801. Zur Entstehung und Entwurf des Aide-mémoire siehe: Ministerbüro, Protokoll vom 28.6.1963 der 10. Sitzung des Kollegiums des MfAA am 17. und 20.6.1963 (VVS B 7/14-69/63), in: MfAA, LS-A 484; Vorlage Entwurf eines Aide Memoire für Kollegium, Dritte Außereuropäische Abteilung, 20.6.1963, in: MfAA, LS-A 484.

Staaten. Darin vertrat die DDR den Standpunkt, dass sie die „Aufrüstung Israels, das wiederholt aggressiv gegen arabische Staaten vorgegangen ist, als Bedrohung des Friedens im arabischen Raum und Gefährdung der Sicherheit der arabischen Staaten“ betrachtete. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel wurden als „imperialistische[s] Komplott“ bezeichnet.

Die recht ambivalente Politik der DDR gegenüber Israel in diesen wenigen Jahren fand allerdings ihr abruptes Ende, als deutlich wurde, dass Ulbricht sich um der Realisierung des Ziels der diplomatischen Anerkennung der DDR willen nicht scheute, am Ende seiner Ägyptenreise 1965¹³³⁸ im Beisein Nassers, Israel, welches durch „Imperialisten“ gegründet worden sei, öffentlich, vor der Weltgemeinschaft als „Pfeilspitze gegen die Rechte der arabischen Völker und ihren Kampf für Freiheit und Frieden“¹³³⁹ zu charakterisieren. Dass stieß selbst bei den israelischen, v.a. den jüdischen Kommunisten auf schärfsten Protest und trug wenig später auch zur Spaltung der MAKI bei.¹³⁴⁰ Ulbricht war mit seiner Propaganda, mit seiner Erklärung, die im Kontext eines solchen Besuches realpolitisches Gewicht bekam, zu weit gegangen. Er bezog eindeutig Stellung für die arabischen Völker und gegen Israel. Nasser aber, der zu diesem Zeitpunkt infolge seiner eigenen Politik tausende Araber in den Tod getrieben hatte, wurde de facto zum Helden stilisiert - dies vor dem Hintergrund, dass die DDR in keiner Weise ihrer historischen Verantwortung gegenüber den während des Nationalsozialismus an Juden verübten Verbrechen gerecht geworden war.

Sicherlich bitter für die DDR, deren Außenpolitiker und Diplomaten, musste allerdings die Einsicht sein, dass zehn arabische Staaten im Kontext der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik 1965, die diplomatischen Beziehungen zu dieser zwar abbrechen, dennoch die DDR nicht diplomatisch anerkannten. Vielmehr begriff auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ohne Auswirkung auf die wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den betreffenden arabischen Ländern blieb.¹³⁴¹ In einer anonymen, dem Büro Ulbrichts zugeordneten Aufzeichnung hieß es gar: „Die Tätigkeit der Bonner Diplomaten hat sich nach dem Abbruch der Beziehungen ihrem Charakter nach kaum geändert. Sie üben weiterhin die gleichen Funktionen aus wie früher, in denselben Gebäuden,

¹³³⁸ Zur Ägyptenreise Ulbrichts siehe: Blasius, R.A.: „Völkerfreundschaft“ am Nil: Ägypten und die DDR im Februar 1965, in: VfZ 46 (1998), S.747-805.

¹³³⁹ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.31, S.516.

¹³⁴⁰ Die Spaltung der Israelischen Kommunistischen Partei wurde seitens der UdSSR nicht begrüßt. Vgl.: Axen an Ulbricht am 20.4.1966, in: SAPMO-BArch, NY 4182/1293.

¹³⁴¹ Vgl.: Abteilung Information, MfAA, am 28.5.1965 über Abbruch diplomatischer Beziehungen, in: SAPMO-BArch/ DY 30/ J IV2/ 2 J / 1445.

nur unter der Flagge eines anderen Landes.“¹³⁴² Doch in dem Maße, wie die Bundesrepublik neue Erfolge in ihren Beziehungen zu Israel und den arabischen Staaten, trotz schwelenden Nahostkonfliktes, verbuchen konnte, desto aggressiver wurde die Politik und Propaganda der DDR gegenüber Israel.

3.4.5. DDR Israelpolitik und ideologische „Grundsätze“ für den Bereich der Außenpolitik – ein Spannungsverhältnis

Obgleich die DDR und Israel während des Untersuchungszeitraumes keine diplomatischen Beziehungen unterhielten, wurden auch deren „Nichtbeziehungen“ durch Grundsätze ostdeutscher Außenpolitik beeinflusst.¹³⁴³ Im Sinne des Marxismus - Leninismus als staatstragender Ideologie betrachtete die DDR ihre Beziehungen im Kontext des „Klassenkampfes“, wobei Israel als den kapitalistischen Ländern zugehörig betrachtet wurde. Strömungen wie die Kibbuz- oder Moschaw-Bewegung negierte die Staats- und Parteiführung der DDR nahezu vollständig, ja kannte sie bisweilen nicht einmal. Zunächst noch in deutlicher Anlehnung an Zhdanows Zwei-Lager-Theorie wurde Israel dem „aggressiv-imperialistischen Lager“ im Unterschied zu dem „friedliebenden-sozialistischen Lager“ zugeordnet. Die ideologische Beeinflussung auf die außenpolitische Analysetätigkeit der DDR bildete eine der wesentlichen Grundlagen für Fehleinschätzungen sowohl israelischer, als auch arabischer Politik. Waren die Analysen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, v.a. der mit Israel und der Staatenwelt des Nahen Ostens befassten Dritten Außereuropäischen Abteilung so zwar nur höchst selten frei von ideologischen Wertungen, lassen sich aus diesen doch deutlich realistischere Einschätzungen aktueller Entwicklungen herauskristallisieren, als in vergleichbaren Einschätzungen der einzelnen, die Ideologie viel stärker betonenden, Gremien der SED. Im Zweifelsfalle, im Falle unterschiedlicher Beurteilungen von Sachverhalten seitens des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und Gremien der SED blieben aber letztere für die Entscheidungsprozesse der schließlich realisierten Politik entscheidend.

Das postulierte Prinzip der „friedlichen Koexistenz“ folgte dem „Prinzip und der Politik des friedlichen Nebeneinanderbestehens von Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung“ „auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Staaten, der gegenseitigen Achtung ihrer Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils.“¹³⁴⁴ Internationale Krisen und Konflikte

¹³⁴² Aufzeichnung vom 18.5.1966 über das arabisch-westdeutsche Verhältnis nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, in: SAPMO-BArch/ DY 30/ 3499, S.46.

¹³⁴³ Grundlegend hierzu: Muth, I.: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972, S.35-47. Winters, P.J.: Die Außenpolitik der DDR, in: Schwarz, H.-P.: Handbuch der deutschen Außenpolitik, München u.a. 1975, S. 769ff.

¹³⁴⁴ Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1967, S.212.

sollten mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Vor dem Hintergrund der nuklearen Fähigkeiten auch der Sowjetunion wuchs die Überzeugung (im Westen insbesondere nach dem „Sputnik-schock“ 1957), dass eine Konfrontation der beiden „Supermächte“ USA und UdSSR und die Anwendung nuklearer Waffen letztlich für niemanden einen Sieg, sondern lediglich nur Selbstmord bedeuten konnte und die Bereitschaft zur Entspannungspolitik beider Seiten förderte. Nach dem Verständnis der DDR beinhaltete „friedlichen Koexistenz“ „eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf internationaler Ebene“. ¹³⁴⁵ Insofern blieb auch Israel, als seitens der DDR dem kapitalistischen System zugeordnet, der „Klassenfeind“. Mit Blick auf das Prinzip der Anerkennung der territorialen Integrität von Staaten als Inhalt „friedlicher Koexistenz“, negierte die DDR diesen Grundsatz de facto gegenüber Israel Ende der sechziger Jahre allmählich immer deutlicher, z.B. im Zusammenhang der Unterstützung der frühen PLO, welche das Existenzrecht des Staates Israels klar ablehnte. ¹³⁴⁶

Infolge des XX. Parteitages der KPdSU 1956 erfolgte auch in der DDR eine allmähliche Abkehr von der Zwei-Lager Theorie Zhdanovs hin zur Drei-Welten-Perspektive. Spätestens hier erhielten die Staaten der sogenannten Dritten Welt von der sowjetischen Führung unter Chruschtschow einen neuen Status eingeräumt, ¹³⁴⁷ indem diese als zentraler Faktor der internationalen Beziehungen wahrgenommen wurden. Im Unterschied zu Stalin maß Chruschtschow dem Zerfall des Kolonialsystems größeres Gewicht bei. Neu entstandene Staaten galten als quasi „natürliche Verbündete gegen die kapitalistischen Westmächte“ ¹³⁴⁸ bzw. ehemaligen Kolonialherren. Dieser politischen Einschätzung folgte die DDR im Sinne ihres Ziels internationaler Anerkennung, wobei zwei-Lager-Denken und drei-Welten-Perspektive zunächst gelegentlich miteinander verwoben wurden. Dennoch konnte sie weder

¹³⁴⁵ Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1967, S.212.

¹³⁴⁶ So erinnert sich z.B. Horst Grunert, 1965-1968 Generalkonsul in Syrien, an seine Erlebnisse im Kontext des Sechstagekrieges 1967: „Ich geriet zum ersten Male in Konflikt mit der DDR-Führung. [...] Ich aber erlebte in Syrien weniger eine antiimperialistische als vielmehr großsyrische Politik, gepaart mit einer antiisraelischen Kampagne, die mich fatalerweise an die antisemitische Hetze erinnerte, die ich als Kind in Deutschland erlebt hatte. Sie gipfelte in der Aufforderung, die Bewohner Israels »ins Meer zu treiben und zu ersäufen«. Überall im Lande hingen Plakate, die einen schmucken syrischen Soldaten zeigten, der eine Wanze mit einem Bajonett aufspießte. Die Wanze trug den Davidstern und einen menschlichen Kopf, der aus dem Naziblatt »Der Stürmer« hätte stammen können. [...] Aber wir sollten der syrischen Seite deutlich machen, daß sie mit der solidarischen Unterstützung durch die DDR nur rechnen könne, wenn ihre Politik von der Anerkennung des Existenzrechts aller Staaten des Nahen Ostens ausginge. [...] Für Walter Ulbricht waren solche Informationen Verrat an der antiimperialistischen Sache. [...] Auf einer großen Versammlung im Ministerium [MfAA, C.L.] verurteilte Otto Winzer auftragsgemäß meine Haltung als »Feigheit vor dem Klassenfeind«. Vgl.: Grunert, H.: Für Honecker auf glattem Parkett. Erinnerungen eines DDR-Diplomaten, 2. korr. Aufl. Berlin 1995, S. 170f.

¹³⁴⁷ Zum „antiimperialistischen Kampf“ in den jungen Nationalstaaten der Dritten Welt unter Bezug auf die „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ vom Dezember 1960 und dem Parteiprogramm der KPdSU 1961 siehe: Lamm, H.S./ Kupper, S.: DDR und Dritte Welt, München u.a. 1976 (=Internationale Politik und Wirtschaft; Bd.39), S.31ff.

¹³⁴⁸ Braune-Steininger, F.: Die Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU für die sowjetische Außenpolitik, München 1981, S.83.

zur Konferenz der sogenannten blockfreien Staaten in Bandung 1955, noch in Belgrad 1961, im Rahmen dieser man zwar von der grundsätzlichen Existenz zweier deutscher Staaten ausging, diesen Passus allerdings nicht in das Schlusskommuniqué aufnahm, einen Durchbruch hin zur internationalen Anerkennung verzeichnen. Auch mit der Intensivierung ihrer Beziehungen zu Nasser, als einem der führenden Politiker im Rahmen der Bewegung der sogenannten blockfreien Staaten, konnte die DDR ihr Ziel internationaler Anerkennung, selbst nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und mehreren arabischen Staaten 1965, nicht erreichen.

Das Postulat der sogenannten „antiimperialistischen Solidarität“ galt als ideologische Richtlinie für die Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Imperialismus wurde in theoretische Anlehnung an Lenin als die höchste Entwicklungsstufe der kapitalistischen Gesellschaft verstanden, ein außerordentlich stark entwickelter „Militarismus“ als dessen Merkmal und mit diesem untrennbar vereint, bezeichnet. Infolge der Beratung von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 in Moskau wurde der Zerfall des Kolonialsystems und die entstandenen bzw. entstehenden Nationalbewegungen in der sogenannten Dritten Welt als ein entscheidender Schritt zur Entstehung eines sozialistischen Weltsystems begriffen.¹³⁴⁹ In diesem Sinne unterstützte die DDR die jungen arabischen Staaten in ihrem gegen die ehemaligen Kolonialmächte gerichteten „Antiimperialismus“. Israel wurde in der DDR-Propaganda so nicht nur stets als kapitalistischer und imperialistischer Staat bezeichnet, sondern die Regierung Ben Gurions immer auch als militaristisch charakterisiert.

Im Sinne des „proletarischen Internationalismus“ unterhielt die SED während des gesamten Untersuchungszeitraumes Kontakte zur israelischen kommunistischen Partei (MAKI), auf die in dem entsprechenden Kapitel näher eingegangen wird.

Vor dem Hintergrund der Hallstein-Doktrin gelang der DDR weder mittels ihrer Außenwirtschaft, Diplomatie, noch betont antiisraelischer Propaganda und Annäherung an die arabische Welt während des Untersuchungszeitraumes der entscheidende Durchbruch hin zu ihrer internationalen Anerkennung. Die Israel- und Nahostpolitik der DDR besaß während des Untersuchungszeitraumes immer auch eine deutschlandpolitische Facette. Obwohl der internationale und grundlegend ideologische Rahmen der Außenpolitik der DDR durch die Sowjetunion in Grundzügen vorgegeben war, wurde mit Blick auf die Israel- und Nahostpolitik der DDR eigenständiges Handeln sichtbar, welches keineswegs immer kongruent mit Zielen sowjetischer Politik gewesen ist. Das grundlegende Problem hinsichtlich der Qualität der Beziehungen der DDR zu Israel resultierte keineswegs automatisch und ausschließlich aus dem

¹³⁴⁹ Vgl.: Muth, I.: Die DDR-Außenpolitik, S.39f.

Kalten Krieg bzw. der Bipolarität des Staatensystems,¹³⁵⁰ sondern besaß Facetten, die dem hiervon auch unabhängig existenten Eigeninteresse der DDR, deren politischem System, einer nicht bewältigten Vergangenheit und entsprechender Verhaltensweisen entsprangen.

Auffällig hinsichtlich der „Nichtbeziehungen“ der DDR zu Israel ist ein gewisses und letztlich nicht aufzulösendes Spannungsverhältnis¹³⁵¹ zwischen ideologischen, deklarierten Grundsätzen und realpolitischen Interessen und sich daraus ergebender Verhaltensweisen, die gelegentlich die Gültigkeit bzw. den Absolutheitsanspruch ideologischer Grundsätze und deren innere Stringenz fragwürdig erscheinen ließen. Ein solches Spannungsverhältnis wurde auch am Beispiel der Beziehungen zwischen SED und MAKI deutlich, insofern, als das Prinzip des proletarischen (sozialistischen) Internationalismus gegenüber dem Nationalismus der arabischen Staaten, wenn dessen Unterstützung einer Anerkennung der DDR zuträglich war, in den Hintergrund trat.

Die Politik der DDR gegenüber Israel blieb hinsichtlich direkter Wechselwirkungen von ihrer Innenpolitik autark. Infolge des de facto Einparteiensystems, aber teilweise auch repressiver Maßnahmen gegenüber politisch Andersdenkenden, manifestierte sich während des Untersuchungszeitraumes kein, die Israelpolitik der Staats- und Parteiführung der DDR gefährdender Widerstand innerhalb der DDR. Allerdings blieb die Außenpolitik immer auch von den realen Ressourcen des Landes und der Leistungsmöglichkeit und Leistungsmotivation ihrer Bürger indirekt abhängig. Nirgends wurde dies so deutlich, wie im Bereich ihrer Außenwirtschaftspolitik.

Mit der gegenüber den arabischen Staaten freundschaftlichen Außenpolitik, basierend auf der Hoffnung, hierdurch die diplomatische Anerkennung zu erhalten, stützte sich die DDR auf relativ wage Annahmen. Die Außenpolitik gerade der arabischen Staaten war von Einflüssen der DDR, z.B. auf ökonomischem Feld, sehr viel weniger abhängig als von denen der Bundesrepublik. Handlungsspielräume und Prestige der arabischen Staaten im internationalen Staatensystem infolge wirtschaftlicher und grundlegendster innenpolitischer Probleme, aber auch Rivalität untereinander, erschienen von vornherein begrenzt.¹³⁵² Zudem konnte einer ideologischen Einflussnahme in der Region nur bescheidener Erfolg beschieden sein. Zum einen bedeutete antiisraelische und antikolonialistische Propaganda nicht automatisch die Übernahme sozialistischer Ideologie oder eines entsprechenden politischen Systems. Zum

¹³⁵⁰ Vgl.: Kulow, K.: Israel, SED und DDR. Zur Geschichte eines tragischen Beziehungskonflikts, in: Renger, R. (Hg.): Die deutsche »Linke« und der Staat Israel, Leipzig 1994, S.189.

¹³⁵¹ Zu Spannungsfeldern der DDR Außenpolitik vgl.: Kregel, B.: Außenpolitik und Systemstabilisierung, S.52ff.

¹³⁵² Vgl.: Hubel, H./ Kupper, S.: Sowjetunion und Dritte Welt. Politische Beziehungen und Interessen, Bonn 1981 (=Arbeitspapiere zur Internationalen Politik; Bd.14), S.22.

anderen stieß Ideologie spätestens dann an ihre Grenze, wenn sie den Einflussbereich der eher der Tradition verpflichteten islamischen Eliten tangierte.

3.5. Deutschland und der Eichmannprozess

„Ich habe die Pflicht der Knesset mitzuteilen, daß es den israelischen Geheimdiensten vor kurzer Zeit gelungen ist, Adolf Eichmann, einen der größten Naziverbrecher und Mitverantwortlichen für die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“ – d.h. für die Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden – aufzufinden.“¹³⁵³ – Ben Gurion am 23. Mai 1960 vor der Knesset.

Als Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung innerhalb des Reichssicherheitshauptamtes führte Eichmann¹³⁵⁴ seine Tätigkeit nach Wien und Prag. Als Leiter des Referats IV B 4 innerhalb des R.S.H.A. war Eichmann für sogenannte Juden- und Räumungsangelegenheiten, zudem ab 1943 für die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens und die Aberkennung der deutschen Reichszugehörigkeit und ab 1944 für Politisierende Kirchen zuständig. Eichmann war somit zentral an der Planung und Durchführung der Deportation von Millionen Menschen sowie deren Vernichtung beteiligt. Einen weiteren makabren Höhepunkt seiner „Karriere“ bildete die Teilnahme an der Wannseekonferenz, im Rahmen dieser Eichmann als Protokollant tätig war. Nein, er war keine schillernde Persönlichkeit.¹³⁵⁵ In Eichmann waren grenzenloses Karrierestreben eines Bürokraten, gepaart mit Obrigkeitshörigkeit, Verantwortungslosigkeit sowie beflissenem Dienstleister, welche grundlegende Prinzipien des Lebens und der Menschlichkeit verachtete, vereint. Er war infiziert von der Arroganz der Macht, im Rahmen dieser er für sich selbst das Recht postulierte, über Menschenleben einschließlich deren Tod verfügen zu dürfen. Ein Holocaust wurde nicht zuletzt dadurch möglich, dass Personen wie Eichmann mit Sicherheit keinen Einzelfall darstellten.¹³⁵⁶

Eichmann lebte 1960, dem Jahr seiner Festnahme, in der Nähe von Buenos Aires. Dort wurde er durch Angehörige des israelischen Geheimdienstes aufgespürt, festgenommen und

¹³⁵³ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.178, S.519.

¹³⁵⁴ Eichmann wurde 1906 in Solingen geboren und siedelte 1913 mit seiner Familie nach Österreich über. Erst zwanzig Jahre später kehrte er nach Deutschland zurück, nachdem er ein Jahr zuvor, im April 1932, in die NSDAP und die SS eingetreten war. 1934 erfolgte sein Beitritt zum SD. Eichmann wurde 1941 zum Obersturmbannführer ernannt.

¹³⁵⁵ „Eichmann, kein Adler, eher ein Gespenst, das noch dazu Schnupfen hat und gleichsam von Minute zu Minute in seinem Glaskasten an Substantialität verliert.“ – so beschrieb ihn Hannah Arendt während des Prozesses. Arendt, H./ Jaspers, K.: Briefwechsel 1926-1969, 3. Aufl., München u.a. 1993, S.471.

¹³⁵⁶ Zur Tätigkeit Eichmanns während des Nationalsozialismus siehe: Lang, J. v. (Hg.): Das Eichmann Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Berlin 1982.

völkerrechtswidrig nach Israel entführt.¹³⁵⁷ Seine Entführung wurde vom UN-Sicherheitsrat in der Sitzung vom 23. Juni 1960 missbilligt.¹³⁵⁸

Der Fall Eichmann oblag ursprünglich der österreichischen Justiz, wurde jedoch auf Antrag des Bundesjustizministeriums nach der Bundesrepublik überwiesen. Am 24. November 1956 sprach das Amtsgericht in Frankfurt am Main Haftbefehl gegen den ehemaligen Obersturmbannführer Eichmann wegen „Mordes in einer nicht genau feststellbaren Vielzahl von Fällen nach Art. 211, 74 StGB“¹³⁵⁹ aus. An der Entdeckung des Falles Eichmann hatte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer einen entscheidenden Anteil. Dieser informierte den Leiter der Israel-Mission in Köln, Shinnar, dass Eichmann seinen Informationen nach am Leben sei und sich in einem lateinamerikanischen Land aufhalte.¹³⁶⁰ Die Ermittlungen und Vorbereitung des Strafverfahrens oblagen der speziell eingerichteten Abteilung 06 der israelischen Polizei.¹³⁶¹

Weltweit existierten aber auch Stimmen, die ein Gerichtsverfahren gegen Eichmann auf neutralem Boden gegenüber einem solchen in Israel präferierten. Hierzu gehörten bekannte Persönlichkeiten wie Nahum Goldmann oder Joseph M. Proskauer¹³⁶² als ehemaliger Präsident des American Jewish Committee. Letzterer, charakterisierte den Prozess gegen Eichmann als durch ein emotionales Bedürfnis motiviertes Verhalten, welches der öffentlichen Meinung in den USA mit Blick auf Israel schaden, Antisemitismus fördern könnte und dem israelischen Bestreben nach amerikanischer Ausrüstungshilfe nicht zuträglich wäre. Mit Blick auf letzteren Punkt entgegnete Ben Gurion, dass er an Amerika und dessen Verstand glaube, zwischen Fragen der Gerechtigkeit und sicherheitspolitischen Interessen Israels differenzieren zu können. Weiterhin erklärte er, dass er das amerikanische Volk als solches nicht für antisemitisch halte.¹³⁶³ Karl Jaspers zweifelte gar die Rechtsgrundlage des Prozesses an. Obwohl er einerseits die Entführung Eichmanns aus Argentinien als völlig gerechtfertigt ansah, erklärte er diese andererseits als rechtswidrig. Er charakterisierte sie als politische, nicht als rechtliche Handlung. Zudem hatte Israel zum Zeitpunkt der Morde nicht existiert. Er befürchtete gar, das

¹³⁵⁷ Zu der Entführung Eichmanns folgende v.a. auf persönlichem Erfahrungshorizont basierende Essays: Aharoni, S./ Dietl, W.: *Der Jäger: Operation Eichmann. Was wirklich geschah*, Stuttgart 1996; Harel, I.: *Das Haus in der Garibaldistraße*, Frankfurt 1975; Wiesenthal, S.: *Ich jagte Eichmann. Tatsachenbericht*, Gütersloh 1961.

¹³⁵⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Zwischen Moral und Realpolitik*, Dok.190, S.543.

¹³⁵⁹ Ebd., Dok.180, S.521.

¹³⁶⁰ Vgl.: Deutschkron, I.: *Israel und die Deutschen*, S.120f.; Segev, T.: *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Reinbek bei Hamburg 1995, S.429f.

¹³⁶¹ Zu den Verhörprotokollen siehe Lang, J. v. (Hg.): *Eichmann-Protokoll*.

¹³⁶² Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.179, S.519f.

¹³⁶³ Zum Nutzen des Eichmannprozess sagte der israelische Premierminister: „Wir können dabei gar nichts gewinnen, aber wir werden unserer historischen Pflicht gegenüber den sechs Millionen Ermordeten unseres Volkes erfüllen. Wenn wir uns dieser Pflicht entziehen, sind wir unseres Daseins nicht würdig.“ Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.181, S.526 und Dok.182, S.527.

der „Antisemitismus der Welt“ „seinen Märtyrer“ finden würde.¹³⁶⁴ Mit Blick auf eine Überstellung Eichmanns an die UNO äußerte sich sogar Jaspers pessimistisch. „Folge wahrscheinlich: Niemand will mit dem Fall zu tun haben [...] man würde sich mit Rechtsbedenken herausreden.“¹³⁶⁵ Nach Ansicht Hannah Arendts gab es zu Raub und Entführung Eichmanns, um ihm habhaft zu werden, nur eine Alternative: „ihn auf der Straße über den Haufen schießen“ „und sich dann sofort selbst der Polizei stellen“. Mit Blick auf einen internationalen Gerichtshof, verwies sie auf die vergeblichen bisherigen Versuche der Errichtung einer solchen Institution. Sie erkannte das Recht Israels, Eichmann vor Gericht zu stellen, an und begründete es mit dem passiven Nationalitäten-Prinzip. Diesem zufolge lag die Jurisdiktion bei dem Staat, dem die Opfer angehören. Arendt verwies darauf, dass die Majorität dieser in Israel lebte. Im Unterschied zu Jaspers befürchtete Arendt kein Anwachsen des Antisemitismus infolge des Eichmannprozesses.¹³⁶⁶

Am 15. Dezember 1961 sprach man Eichmann in allen Punkten der Anklage für schuldig und verurteilte ihn zum Tode. Nach einem Revisionsverfahren bestätigte der Oberste Gerichtshof Israels das Urteil am 29. Mai 1962. Einen Tag später lehnte der israelische Staatspräsident ein Gnadengesuch ab. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni 1962 wurde Eichmann seiner Strafe zugeführt und hingerichtet.¹³⁶⁷

Die gegen Eichmann ausgesprochene Todesstrafe basierte auf einem in Israel am 1. August 1950 einstimmig verabschiedeten Gesetz. Aufgrund dieses Gesetzes wurden Handlungen, wie Verbrechen gegen das jüdische Volk, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die in einem feindlichen Land während des Zweiten Weltkrieges begangen

¹³⁶⁴ Arendt, H./ Jaspers, K.: Briefwechsel 1926-1969, S.447.

¹³⁶⁵ Ebd., S.449.

¹³⁶⁶ Ebd., S.451ff.

¹³⁶⁷ Ebd., S.132-137.; Große, C.: Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik, Frankfurt u.a. 1995 (=Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft; Bd. 1753), S.24. Zum Prozess siehe u.a.: Segev, T.: Die siebte Million, S.427-483; Liverpool, L.R. of: The Trial of Adolf Eichmann, London u.a. 1962; Pearlman, M.: The Capture and Trial of Adolf Eichmann, London 1963; Arendt, H.: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1965. Das Buch wurde erstmalig im Mai 1963 in Amerika veröffentlicht. Zu der durch das Buch ausgelösten Kontroverse siehe zusammenfassend Berg, N.: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003 (=Moderne Zeit, Bd.3), S.487-495. (Zur Auseinandersetzung mit Berg siehe die bei H-SOZ-U-KULT erschienenen Beiträge von Kershaw, Knoch, Longerich oder Steinweis); Kubovy, A.L.: Criminal State vs. Moral Society. Bettelheim to Arendt's Rescue, in: Yad Vashem Bulletin 13 (Oct./1963), S.3-11. Siehe auch: Podhoretz, N.: Hannah Arendt on Eichman. A Study in the Perversity of Brilliance, in: Commentary September 1963, hg. vom American Jewish Committee (7 S.) (als Kopie in BGA, Correspondence Files =Archiv Zahal, 471). Diese Diskussion um Hannah Arendt erfuhr eine thematische Erweiterung um das Problem jüdischer Identitäten, in dessen Kontext man auch ihre Artikel aus den Jahren 1944 und 1946, die sich im wesentlichen der Frage des Zionismus widmeten, zur Diskussion stellte. Siehe: Eck, N.: Hannah Arendt's Malicious Articles, in: Yad Vashem Bulletin 14 (March/1964), S.12-19. Diner verweist in diesem Kontext „auf eine grundsätzliche Konfliktkonstellation: universalistische Werte, Selbstdenken, Emanzipation, Volksverständnis als *demos* einerseits – Partikularität, Nation, kollektive Zugehörigkeit und Perspektive, Verständnis vom Volk als *ethnos* andererseits.“ Vgl.: Diner, D.: Hannah Arendt – jüdisches Selbstverständnis im Schatten der Eichmann-Kontroverse, in: Baule, B. (Hg.): Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das Vereinigte Deutschland, Berlin 1996, S.151-165.

worden waren, mit dem Tode bestraft.¹³⁶⁸ Die Vollstreckung der Todesstrafe an Eichmann wurde z.B. durch Martin Buber oder Gershom Sholem nicht befürwortet, obgleich auch in deren Augen eine Begnadigung Eichmanns indiskutabel war.

Den Eichmannprozess oder überhaupt Strafverfahren gegen NS-Verbrecher in Israel wie Jelinek aber generell als Vergeltungsjustiz¹³⁶⁹ zu deklarieren, erscheint übertrieben. Wie sonst sollen weltweit Verbrechen gegen fundamentale Menschenrechte geahndet werden, wenn Täter nie zur Verantwortung gezogen werden?

Die Festnahme Eichmanns wurde nur zwei Monate nach dem Gipfel Ben Gurions und Adenauers in New York bekannt gegeben, nach dem zum Jahreswechsel 1959/60 antisemitische Schmierereien in der Bundesrepublik bereits für entsprechende Aufmerksamkeit gesorgt hatten. Nahezu parallel zum eigentlichen Prozess gegen Eichmann erregte in Israel v.a. auch der Spionagefall Israel Beer, die Lavon Affäre,¹³⁷⁰ die Wahlen des Jahres 1961 in beiden Staaten, in Deutschland zudem während der Phase der Hauptverhandlung im Eichmannprozess der Bau der Berliner Mauer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.

3.5.1. Bundesrepublik und Eichmannprozess

Als der israelische Premierminister die Festnahme Eichmanns vor der Knesset am 23.5.1960 bekannt gab, waren sämtliche Tötungsdelikte außer Mord der Jahre 1933-1945 zum 8. Mai d.J. in der Bundesrepublik bereits verjährt. Hannah Arendt wurde aus Anlass des Eichmannprozesses zu der zynischen, aber keineswegs unberechtigten Bemerkung veranlasst: „Ja, Adenauer und überhaupt Deutschland, wo sie ja jetzt nach dem Eichmannprozeß doch langsam dran gehen, die schlimmsten Leute zu beseitigen. Ein böses Zeichen sind die unglaublich milden Urteile der Gerichte. Ich glaube für 6500 vergaste Juden bekommt man 3 Jahre 6 Monate, oder so ähnlich.“¹³⁷¹ In der Tat, mit dem Eichmannprozess wurde Deutschland noch einmal von der Vergangenheit eingeholt. Für die Bundesrepublik musste es darum gehen, der Weltöffentlichkeit glaubhaft zu demonstrieren, dass man ein anderes Deutschland geworden war. Denn es gab auch die kritischen Stimmen, wie z.B. die Hannah Arendts. Nicht jeder Deutsche, der sich Verbrechen schuldig gemacht hatte (das gilt auch für die DDR), musste diese auch sühnen. Gegenstand dieses Kapitels soll aber nicht die Frage nach der Ver-

¹³⁶⁸ Das Gesetz konnte sich auf zwei Präzedenzfälle berufen: 1. auf das „Agreement for Prosecution and Punishment of the Major War Criminals of the European Axis“ vom 8. August 1948, auf welche die rechtliche Grundlage für die Nürnberger Prozesse bildete, und 2. auf die UN- Konvention gegen Völkermord aus dem Jahre 1948, die durch das israelische Kabinett bereits im Dezember 1949 verabschiedet worden war. Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.335f.

¹³⁶⁹ Ebd., S.335-339.

¹³⁷⁰ Hierzu siehe Bar-Zohar, M.: David Ben Gurion, S.527-544.

¹³⁷¹ Arendt, H./ Jaspers, K.: Briefwechsel 1926-1969, S.515.

gangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik Deutschland (oder der DDR) sein. Vielmehr wird deren Haltung zum Eichmannprozess und dessen Auswirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen nachzuzeichnen sein.

3.5.1.1. Präsenz der Bundesrepublik in Israel während des Prozesses

Die Bundesrepublik Deutschland entsandte zum einen eine offizielle Delegation zur Beobachtung des Prozesses gegen Eichmann nach Jerusalem. Dieser gehörten als offizieller Beobachter und Leiter der Delegation Gerhard Freiherr von Preuschen¹³⁷² an, der für seine Tätigkeit ein Honorar von 80.000 DM¹³⁷³ in Aussicht gestellt bekam. Von Preuschen sah sich mit dem Junktum seiner Aufgabe als Beobachter des Eichmannprozesses, des nochmals lebhaft verdeutlichten Holocausts und der Diskussion über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor Ort, keinem leichten Problem und einer nicht zu unterschätzenden psychischen Belastung gegenüber gestellt. Dem Beobachterstab von Preuschens gehörten weitere neun Personen an, unter ihnen Legationssekretär Kroneck, Wolfgang Scheffler als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin und Regierungsrat Stercken als Vertreter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung.¹³⁷⁴ Kroneck deutete in einem Gespräch mit dem für Deutschland zuständigen Referenten des israelischen Außenministeriums, Varon, im April 1961 an,¹³⁷⁵ dass sich die Bundesregierung den Verbleib der Delegation, sicherlich nicht in derselben Zusammensetzung, über den Eichmannprozess hinaus in Israel vorstellen könnte. Für diesen Fall teilte Kroneck dem Auswärtigen Amt im Juni 1961 sogar vorsorglich mit,¹³⁷⁶ dass der israelischen Regierung die Person des deutschen Beobachters genehm sei.

Zudem hielt sich auch Rolf Vogel - nach eigener Behauptung infolge persönlicher Ernennung durch Adenauer - als inoffizieller Beobachter des Eichmannprozesses in Jerusalem auf. Er wurde in Israel auch sofort auf den, parallel zu dem Eichmannprozess stattfindenden, Spionageprozess gegen Oberst Israel Beer aufmerksam gemacht. Dieser hatte im Kontext eines Besuchs beim Chef des Bundesnachrichtendienstes, Gehlen, auch Zugang zu hochgradig sicherheitsrelevanten Einrichtungen auf dem Territorium der Bundesrepublik erhalten. Vogel hielt sich infolge dieser Nachricht nach eigenen Angaben für kurze Zeit in Deutschland, u.a. im Bundesverteidigungsministerium auf.¹³⁷⁷ Vogel suggerierte weiterhin in einem an das Bundeskanzleramt gerichteten Schreiben die Notwendigkeit, nach Abschluss der Hauptver-

¹³⁷² Zu dessen Wahl siehe Große, C.: Eichmann, S.154-160.

¹³⁷³ Ebd., S.164.

¹³⁷⁴ Ebd., S.162; Brief Carstens an Shinnar vom 27.3.1961, in: ISA/293/15-37; Brief Savirs an Carstens vom 4.4.1961, in: ISA/293/15-37.

¹³⁷⁵ Vgl.: Varon an Shinnar am 27.4.1961, in: ISA/293/15-37.

¹³⁷⁶ Vgl.: Aufzeichnung Kronecks vom 8.6.1961 (MB 845/61), in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961.

¹³⁷⁷ Vgl.: Vogel, R.: Deutsch-israelischer Dialog, Teil I, Bd. 1, S.184ff.

handlung gegen Eichmann, mit den Zahlungen im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund“ an Israel zu beginnen. Verblüffend erscheint im Nachhinein, dass Vogel über derartige Verhandlungen, „die auf Wunsch von Bonn geheim geführt werden sollten“, ¹³⁷⁸ unterrichtet war. Vogel befürchtete nicht, dass ein entsprechender Brief Adenauers vor der Urteilsverkündung gegen Eichmann einen falschen Eindruck erwecken könnte. Im Unterschied zu Kroneck verneinte Vogel aber gegenüber seinen israelischen Gesprächspartnern eine etwaige Absicht der Bundesregierung, die offizielle deutsche Beobachterdelegation in eine ständige diplomatische Vertretung der Bundesrepublik umzuwandeln. Wer oder was Vogel, sofern wirklich nur Journalist, zu einer solchen Aussage ermächtigte, bleibt fraglich.

Offensichtlich erst nach Beginn des Eichmannprozesses realisierte der Rechtsberater des israelischen Außenministeriums, Shabtai Rosenne, ¹³⁷⁹ dass die Bundesrepublik genau genommen und abgesehen von Vogel ¹³⁸⁰ zwei Delegationen nach Jerusalem entsandt hatte, die, wie es ihm schien, keine Interessenidentität verband. Dabei beschrieb Rosenne die Aufgabe der staatlichen Delegation, die von von Preuschen geleitet wurde, als Beobachtung des Eichmannprozesses zur Wahrung der politischen Interessen der bundesdeutschen Regierung. Demgegenüber bestand die Aufgabe des jungen Rechtsanwaltes Zeug, in der Verfolgung von Kriegsverbrechern. Zeug, der u.a. durch Fritz Bauer ernannt worden war, oblag die Aufgabe, nicht nur die Hauptverhandlung gegen Eichmann zu beobachten, sondern „Erkenntnisse für anhängige Strafverfahren in der Bundesrepublik zu sammeln.“ ¹³⁸¹ Zeug hatte bereits am 1. März 1961 ein Einreisevisum nach Israel als Vertreter der Strafverfolgungsbehörde unabhängig von der offiziellen Delegation der Bundesrepublik bekommen, zumal sich das Auswärtige Amt zwischenzeitlich gescheut hatte, aus politischen Gründen einen offiziellen Beobachter nach Israel zu entsenden. Hier antizipierte man ein ähnliches Ersuchen der DDR. ¹³⁸²

Als Verteidiger Eichmanns fungierte der Kölner Rechtsanwalt Dr. Robert Servatius, der bereits einschlägige Erfahrungen aufgrund seiner Tätigkeit im Rahmen der Nürnberger Prozesse sowie des Wilhelmstrassen- und Ärzte-Prozesses nachweisen konnte. ¹³⁸³ Nachdem sich kein israelischer Anwalt bereit erklärt hatte, Eichmann zu verteidigen, verabschiedete die Knesset im November 1960 ein Gesetz, wonach ausländischen Rechtsanwälten der Zugang zu israelischen Gerichten eröffnet wurde, wenn dem Angeklagten die Todesstrafe drohte. ¹³⁸⁴ Sein Honorar erhielt Servatius allerdings nicht von der Bundesrepublik, sondern vom israeli-

¹³⁷⁸ Vogel an Merker am 18.8.1961, in: BA, B 136, Bd.3635.

¹³⁷⁹ Rosenne an Shinnar vom 23.4.1961, in: ISA/293/15-זג.

¹³⁸⁰ Vogel wurde von Rosenne als Entsandter Adenauers in keiner Weise erwähnt.

¹³⁸¹ Große, C.: Eichmann, S.155.

¹³⁸² Ebd., S.155f.

¹³⁸³ Vgl.: Servatius an Pinhas Rozen am 27.6.1960, in: ISA/293/13-זג.

¹³⁸⁴ Große, C.: Eichmann, S.24.

schen Staat. Diese Regelung erfolgte, nachdem sich die zunächst dem Bundesjustizministerium, später dem Auswärtigen Amt zugehörige zentrale Rechtsschutzstelle geweigert hatte, Verteidigungskosten irgendwelcher Art für Eichmann zu übernehmen. Das israelische Kabinett hatte am 1. Januar 1961 die Übernahme der Kosten¹³⁸⁵ für die Verteidigung durch die israelische Regierung beschlossen. Servatius war allerdings mit der grundlegenden Haltung der Bundesregierung gegenüber seinem Mandanten nicht einverstanden und inszenierte eine Art Nebenschauplatz des Eichmannprozesses vor dem Verwaltungsgericht in Köln.¹³⁸⁶

Zu Prozessbeginn bezog Servatius zu den Vorwürfen der Anklage gegenüber seinem Mandanten dahingehend Stellung, dass eine moralische Sühne durch den deutschen Staat, der durch Eichmann gehandelt habe, erfolgen müsse.¹³⁸⁷ Die Ausführungen von Servatius erregten auch in Israel einiges Aufsehen, weswegen Varon gegenüber den Beobachtern des Prozesses aus der Bundesrepublik eine sofortige Stellungnahme der Bundesregierung als sinnvoll erachtete.¹³⁸⁸

3.5.1.2. Deutscher Auslieferungsantrag?

Bereits einen Tag nach der Verkündung der Verhaftung Eichmanns durch den israelischen Premierminister hatte sich das Auswärtige Amt mit der Frage befasst, ob man eine Auslieferung Eichmanns beantragen sollte. Da gemäß des israelischen Auslieferungsgesetzes von 1954 eine Auslieferung Eichmanns nach der Bundesrepublik nur dann statthaft war, wenn zwischen beiden Staaten ein Auslieferungsvertrag existierte, der die Gegenseitigkeit der Auslieferung von Rechtsbrechern garantierte, sah weder das Auswärtige Amt noch das Bundesjustizministerium eine Grundlage für einen entsprechenden Antrag gegeben.¹³⁸⁹ Allerdings erhob der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer Einwände und schlug den Abschluss eines Auslieferungsvertrages zwischen beiden Staaten vor. Dies wurde jedoch seitens des Auswärtigen Amts mit der Begründung, dass zwischen der Bundesrepublik und Israel keine diplomatischen Beziehungen bestünden, verworfen.¹³⁹⁰ In einer Aufzeichnung vom 20. Juni 1960 bestätigte Ministerialdirektor Janz, dass ein Auslieferungsantrag aufgrund eines fehlenden Auslieferungsabkommens mit Israel nicht erfolgreich sein würde. Darüber hinaus verwies er auf eine Erklärung des israelischen Justizministers Rozen, wonach ein deutsches Auslieferungsgesuchen durch Israel ebenso zurückgewiesen werde, wie die Einsetzung eines internati-

¹³⁸⁵ Hierfür setzte man einen Pauschalbetrag in Höhe von US \$ 20.000 fest, was in etwa 84.000 DM entsprach.

¹³⁸⁶ Ausführlich zur Frage der Übernahme der Verteidigungskosten für Eichmann siehe: Große, C.: Eichmann, S.55-99.

¹³⁸⁷ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.196, S.556.

¹³⁸⁸ Ebd., S.557.

¹³⁸⁹ Vgl.: Große, C.: Eichmann, S.100.

¹³⁹⁰ Ebd., S.101f.

onalen Gerichts. Gleichsam war sich Janz völlig im Klaren, dass Eichmann in der Bundesrepublik „nur mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden könnte“, ¹³⁹¹ während ihm in Israel die Todesstrafe drohte. Diese konnte nach Art.1a des israelischen Gesetzes „vom 1. August 1950 wegen Verbrechen gegen das jüdische Volk, gegen die Menschlichkeit und wegen Kriegsverbrechens“ ¹³⁹² verhängt werden. Dennoch sollte die Bundesregierung aus zwei Gründen keinen Einspruch gegen das israelische Gesetz vom August 1950 erheben. Einerseits sollte der Eindruck vermieden werden, man wolle „für Eichmann eintreten“. ¹³⁹³ Andererseits konnte ein solcher Schritt als Eingriff in die israelische Strafgerichtsbarkeit ausgelegt werden.

Nur für den Fall, dass Eichmann nach Argentinien rücküberstellt werden sollte, behielt sich die Bundesrepublik vor, ein entsprechendes Auslieferungsgesuchen an die dortige Regierung zu stellen. ¹³⁹⁴ Argentinien hatte den UN-Sicherheitsrat wegen der völkerrechtswidrigen Entführung Eichmanns angerufen ¹³⁹⁵. Noch vor der Sitzung des Sicherheitsrates wurde am 21. Juni 1961 dem zuständigen Referenten im Bundesjustizministerium mitgeteilt, dass „die Bundesregierung, entsprechend einer ausdrücklichen Weisung des Herrn Bundeskanzlers, an die Argentinische Botschaft nicht herantreten“ ¹³⁹⁶ werde. Beim Besuch des argentinischen Präsidenten, Frondizi, in Bonn sollten auf Weisung des Bundesaußenministers die Fragen des Aufenthaltes deutscher nationalsozialistischer „Verbrecher“ in Argentinien sowie der Fall Eichmann, insbesondere die Frage einer internationalen Verurteilung Eichmanns von Seiten des Auswärtigen Amtes weder angeschnitten noch kommentiert werden. ¹³⁹⁷ Im Rahmen der Sitzung im UN-Sicherheitsrat kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Gesandten. Während die UdSSR monierte, dass führende Nationalsozialisten in der Bundesrepublik wieder in einflussreiche Positionen gelangt seien und ca. 1.400 amtierende Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik beschuldigt würden, Verbrechen während des Nationalsozialismus begangen zu haben, gab der amerikanische Delegierte contra. So leiste die Bundesregierung im Gegensatz zur DDR Wiedergutmachung. Die Sowjetunion beabsichtige mit ihrer Attacke lediglich die Bundesrepublik zu diffamieren. ¹³⁹⁸ Leider hatten die wechselseitigen Anschuldigungen auf beiden Seiten einen wahren Kern.

¹³⁹¹ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.180, S.522.

¹³⁹² Ebd.

¹³⁹³ Ebd.

¹³⁹⁴ Ebd., S.522f.

¹³⁹⁵ Der israelische Botschafter wurde zeitweilig aus Argentinien abberufen. Die Streitigkeiten zwischen beiden Staaten wurden allerdings bereits am 3.8.1960 beigelegt. Zu den Differenzen zwischen Argentinien und Israel siehe: Ben Gurion, D.: Israel. Die Geschichte eines Staates, Frankfurt a.M. 1973, 548ff.

¹³⁹⁶ Aufzeichnung Janz vom 24.6.1961 betr. Fall Eichmann, in: PA/AA, B 2, Bd.82, S.408.

¹³⁹⁷ Vgl.: Runderlass, gez. van Scherpenberg, vom 22.6.1960, in: PA/AA, B 2, Bd.82, S.407.

¹³⁹⁸ Vgl.: Große, C.: Eichmann, S.135f.

Der Verteidiger Eichmanns, Robert Servatius, ersuchte die Bundesregierung in einem Schreiben vom 28. Januar 1961 einen Auslieferungsantrag zu stellen. Er stützte sich dabei auf die völkerrechtswidrige Entführung des deutschen Staatsbürgers Eichmann aus Argentinien, die vom UN-Sicherheitsrat am 23. Juni 1960 missbilligt worden war und mahnte die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinem Mandanten an. Demzufolge habe Eichmann Anspruch auf Schutz „gegen den an ihm begangenen Rechtsbruch der Israelischen Regierung“.¹³⁹⁹ Zynisch hätte man Servatius entgegenen können, wie es einst um die Fürsorgepflicht des deutschen Staates, dem Eichmann diene, gegenüber seinen jüdischen Mitbürgern, denen man willkürlich die Staatsbürgerrechte aberkannt oder die man – was noch schlimmer wog – in den sicheren Tod geschickt hatte, stand. Das Ersuchen von Servatius wurde durch die Bundesregierung abgelehnt. Auch der Verweis auf die Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 102 GG bildete aus Sicht des Auswärtigen Amts keine völkerrechtliche Grundlage „für ein Ersuchen an eine ausländische Regierung, von der Verhängung oder der Vollstreckung der Todesstrafe gegen einen deutschen Staatsangehörigen abzusehen.“¹⁴⁰⁰ Die ursprüngliche Frage, ob Eichmann überhaupt die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, oder aber mit Übersiedlung der Eltern die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen hatte,¹⁴⁰¹ beeinflusste letztlich den Entscheidungsprozess der Bundesregierung nicht und wurde weitestgehend eigenständig gegenüber den sonst im Rahmen des Falles Eichmann zur Diskussion stehenden Punkten behandelt. Zudem wirkte das durch Eichmann im Mai 1960 unterzeichnete Schreiben, in dem er sich bereit erklärt hatte, „nach Israel zu fahren, um dort vor ein zuständiges Gericht gestellt zu werden“¹⁴⁰² kontraproduktiv für die Bemühungen seines Anwaltes hinsichtlich eines deutschen Auslieferungsantrages. Allerdings blieb ungeklärt, ob diese Erklärung unter Zwang oder freiwillig unterschrieben worden war.

Gerüchte im Frühjahr 1961, wonach ein Auslieferungsgesuchen Polens bei der israelischen Regierung vorläge, entfachte die Diskussion um einen deutschen Auslieferungsantrag zusätzlich. Für diesen Fall antizipierte das Auswärtige Amt verhängnisvolle politische Auswirkungen. So würde ein möglicher Prozess in Warschau zu dementsprechender „Ostpropaganda“ führen und dabei versucht werden, führende Persönlichkeiten der Bundesrepublik „zu diskriminieren“.¹⁴⁰³ Im Kontext der Mitteilungen über eine eventuelle Auslieferung Eichmanns an Polen prüfte auch das Bundeskanzleramt die Möglichkeit eines deutschen Auslieferungsgesu-

¹³⁹⁹ Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.190, S.544.

¹⁴⁰⁰ Ebd., Dok.195, S.555. Darüber hinaus erläutert Große den unbeschränkten politischen Ermessungsspielraum der Bundesregierung. Vgl.: Große, C.: *Eichmann*, S.105.

¹⁴⁰¹ Ebd., Dok.180, S.521.

¹⁴⁰² Zitiert nach Große, C.: *Eichmann*, S.104.

¹⁴⁰³ Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.199, S.562.

chens an die israelische Regierung. Infolge einer entsprechenden Vorlage hatte Bundeskanzler Adenauer offenbar einem eventuell notwendigen Auslieferungersuchen zugestimmt.¹⁴⁰⁴ Allerdings hatte der Rechtsberater des israelischen Außenministeriums, Shabtai Rosenne, dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, dass in Israel über ein Auslieferungersuchen Polens oder eines anderen Staates nichts bekannt war. Im November 1961 dementierte auch der Leiter der Israel-Mission in Köln, Shinnar, die Existenz eines polnischen Auslieferungersuchens und versicherte, dass einem solchen seitens anderer Staaten des Ostblocks nicht stattgegeben würde.¹⁴⁰⁵

3.5.1.3. Rechtshilfe und Zeugen

Eng in Zusammenhang mit der völkerrechtswidrigen Entführung Eichmanns aus Argentinien stand aus Sicht der Bundesregierung die Frage einer Rechtshilfegewährung an Israel im Kontext des Verfahrens gegen Eichmann. Bisher gewährten deutsche und israelische Gerichte auf der Basis eines Notenwechsels zwischen dem Auswärtigen Amt und der Israel Mission aus dem Jahre 1957 gegenseitig Rechtshilfe in Strafsachen in gleichem Umfang.¹⁴⁰⁶ Mit Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle 1958 versuchten ermittelnde Staatsanwälte Erkenntnisse aus der Arbeit der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem für offene Verfahren in der Bundesrepublik zu ziehen. Dank des Engagements Shinnars konnten sich ermittelnde Staatsanwälte direkt über das Justizministerium Baden-Württembergs an ihn, der das jeweilige Rechtshilfeanliegen nach Israel weiterleitete, wenden.¹⁴⁰⁷ Im Kontext des Eichmannprozesses bestand aus Sicht des Bundesjustizministers infolge der bekannt gewordenen völkerrechtswidrigen Entführung Eichmanns Bedenken. Allerdings rechnete das Auswärtige Amt im Juni 1960 kaum mit einem israelischen Rechtshilfeersuchen, da „in Israel bereits vorliegendes Material aus Polen und Ungarn für eine Verurteilung Eichmanns“¹⁴⁰⁸ ausreichen würde. Während die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Rumänien Israel zum Zwecke des Eichmannprozesses Beweismaterial zur Verfügung stellten, beantwortete die Sowjetunion ein entsprechendes israelisches Ersuchen nicht. Bulgarien verfügte nach eigener Aussage über keine relevanten Dokumente.¹⁴⁰⁹

Ein weiteres Problem bildete das Ersuchen des leitenden Oberstaatsanwaltes in Bonn, Eichmann als Zeugen zu vernehmen. Dieser sollte mit Blick auf eine eventuelle Zusammen-

¹⁴⁰⁴ Ebd.

¹⁴⁰⁵ Vgl.: Große, C.: Eichmann, S.112.

¹⁴⁰⁶ Vgl.: Note der Israel Mission vom 7.2.1957 und Note des Auswärtigen Amts vom 13.7.1957, in: ISA/293/15-הצ. Zum entsprechenden, der israelischen Note vorausgegangenen Regierungsbeschluss vom 30.12.1956 siehe Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.139, S.431.

¹⁴⁰⁷ Vgl.: Große, C.: Eichmann, S.119.

¹⁴⁰⁸ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.180, S.522. Israel erbat im Kontext des Eichmann Prozesses lediglich die Beschaffung von Urkunden. Vgl.: Große, C.: Eichmann, S.129.

¹⁴⁰⁹ Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.340.

arbeit mit Globke im Jahr 1943 aussagen.¹⁴¹⁰ Eichmann hatte jedoch abgelehnt, sich durch den Amtsrichter des Bezirksgerichtes in Haifa vernehmen zu lassen. Servatius monierte zudem die implizite Anerkennung der völkerrechtswidrigen Entführung Eichmanns, eine Aussage, die das Auswärtige Amt allerdings zurückwies.¹⁴¹¹

Auch im Nachhinein auffällig unterstützte die Bundesregierung und insbesondere Adenauer, Globke – ob aus persönlichen oder Gründen der Staatsraison mag dahin gestellt bleiben. Insbesondere Servatius kritisierte die Haltung der Bundesregierung, die einerseits Eichmann, der als Referent des Reichssicherheitshauptamtes mit weniger Befugnissen ausgestattet, keinerlei Rechtsschutz gewährte. Demgegenüber sei die Unterstützung des Nationalsozialismus durch Globke kein Hindernis, als Staatssekretär im Bundeskanzleramt zu dienen.¹⁴¹² Wenn nachträglich die Kommentierung der sogenannten Nürnberger Gesetze durch Globke dahingehend interpretiert wird, dass er kodifiziertem Unrecht den Vorrang gegenüber ausufernder Willkür gab,¹⁴¹³ stellt sich die grundsätzliche Frage, ob Unrecht zu kodifizieren nicht bereits ausufernde Willkür ist, sofern der Zweck des Rechts in der Absicht liegt, der Gerechtigkeit zu dienen. In diesem Sinne verwies der SPD Abgeordnete Adolf Arndt während einer Bundestagssitzung im Juli 1950 auf die auf Gustav Radbruch zurückgehende Bezeichnung des gesetzlichen Unrechts. Arndt selbst bezeichnete die Kommentierung der Nürnberger Gesetze als „juristische Prostitution“.¹⁴¹⁴ Mit Blick auf Globke darf durchaus von einem nicht zu übersehenden deutsch-israelischen Arrangement¹⁴¹⁵ zugunsten des Staatssekretärs gesprochen werden. Auch Strauß ließ sich 1962 zu der Äußerung hinreißen: „Die Israelis haben extreme Hetze gegen uns verhindert (Globke).“¹⁴¹⁶

Im Zusammenhang mit dem Eichmannprozess und der Frage der deutsch-israelischen Rechtshilfe stand weiterhin die Vernehmung deutscher Zeugen in Israel zur Disposition. Ein Problem ergab sich aus Sicht von Servatius aus der israelischen Haltung, der gemäß ein freies Geleit für die Zeugen, die sich nach dem israelischem Gesetz von 1950 strafbar gemacht hatten, seitens der israelischen Regierung nicht zugesichert werden konnte. Deswegen wurden 15 Zeugen, darunter elf Deutsche, durch einen deutschsprachigen israelischen Anwalt außerhalb Israels vernommen. Selbst der Chefankläger, Hausner, musste feststellen, dass diese Zeugen

¹⁴¹⁰ Hintergrund bildete das Ermittlungsverfahren Bundeskanzler Dr. Adenauer und Staatssekretär Globke gegen unbekannt (Aktenzeichen: Js 25/60) bei der Staatsanwaltschaft Bonn.

¹⁴¹¹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral and Realpolitik*, Dok.191, S.545 und Dok.195, S.555.

¹⁴¹² Vgl.: Große, E.: *Eichmann*, S.115.

¹⁴¹³ Kempner, R.W.M.: *Begegnungen mit Hans Globke: Berlin – Nürnberg – Bonn*, in: Gotto, K. (Hg.): *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes*, Stuttgart 1980, S.232.

¹⁴¹⁴ Ebd., S.239.

¹⁴¹⁵ Yablonka, H.: *Der Staat Israel gegen Adolf Eichmann*, Tel Aviv 2001 (= hebr. *Medinat Yisra'el neged Adolf Eikhman*), S.65. Für Ben Gurion besaßen die faktischen Beziehungen auf sicherheitspolitischem und wirtschaftlichen Gebiet mit der Bundesrepublik gegenüber dem Prozess eindeutig Priorität. Hierzu ebd. S.59-67.

¹⁴¹⁶ AAPD 1965, Dok.2, S.9.

Eichmann eher be- statt entlasteten, da es ihnen hauptsächlich um das Reinwaschen der eigenen Vergangenheit ging.¹⁴¹⁷

3.5.1.4. Bundesdeutsche und arabische Reaktionen

In der Bundesrepublik antizipierte man im Kontext des Prozesses gegen Eichmann die Gefahr, dass der Ostblock, insbesondere die DDR, diesen, gegen die Bundesrepublik gerichtet, propagandistisch auswerten würde.¹⁴¹⁸ So hieß es in einem Entwurf des Bundesaußenministers von Brentano an die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik: „Die Abwehr dieser Hetze und die Bloßstellung der anti-israelischen Haltung der kommunistisch gelenkten Staaten wird daher eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Öffentlichkeitsarbeit sein.“¹⁴¹⁹ Dabei sollte betont werden, dass die gegenwärtige Bundesrepublik nicht das „Deutschland Hitlers“¹⁴²⁰ und diese an der Ahndung der durch Eichmann begangenen Verbrechen interessiert sei. Mit Blick auf die DDR sollte erwähnt werden, dass diese bisher keinerlei Wiedergutmachungsleistungen erbracht habe.¹⁴²¹ Gleichzeitig vertrat von Brentano die These, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung von der Existenz und dem Ausmaß der physischen Vernichtung von Juden erst nach Kriegsende 1945 erfahren hätte.¹⁴²² Dass die Befürchtungen hinsichtlich ostdeutscher, gegen die Bundesrepublik gerichteter Propaganda nicht grundlos war, bestätigten die Geschehnisse. So attestierte auch Vogel, dass die „Kommunisten“ mittels des DDR-Filmes „Aktion J“ und anderer diverser Pamphlets permanent gegen die Bundesrepublik gerichtete Propaganda betrieben habe.¹⁴²³ Die Auswirkungen dieser Propaganda und eine eventuelle antideutsche Haltung in Israel, beeinflussten nach Vogels Ansicht den Wahlkampf Ben Gurions allerdings bei weitem nicht so, wie man dies befürchtet hatte.

Der deutsche Bundeskanzler besaß Vertrauen in die israelische Rechtsprechung und in ein Urteil, mit dem Eichmann das zuteil würde, was er verdient hatte. Im selben Sinne äußerte sich der ehemalige Bundespräsident Heuss, der sich zum Zeitpunkt der Bekanntgabe von Eichmanns Festnahme in Israel aufhielt. Allerdings befürchtete Adenauer Rückwirkungen des Prozesses auf die Wahrnehmung der Deutschen in ihrer Gesamtheit.¹⁴²⁴ Thomas Dehler, damaliger Vizepräsident des Deutschen Bundestages, erklärte, dass sich der Eichmannprozess nicht gegen das gesamte deutsche Volk richte. Dennoch müsse dieser den Anlass bilden, dar-

¹⁴¹⁷ Vgl.: Große, C.: Eichmann, S.128-133.

¹⁴¹⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.211, S.584.

¹⁴¹⁹ Ebd., Dok.194, S.551.

¹⁴²⁰ Ebd.

¹⁴²¹ Ebd., S.552.

¹⁴²² Ebd., S.553.

¹⁴²³ Vogel an Merker am 18.8.1961, in: BA, B 136, Bd.3635.

¹⁴²⁴ Ben Gurion, D.: Israel, S.541.

über nachzudenken, ob die Deutschen politisch klüger geworden seien und wüssten, wie schnell Freiheit und Recht zerstört seien. Er betonte die grundsätzliche Gefahr, dass jeder autoritäre Staat die Gefahr in sich trüge, Menschenrechte zu missachten und Unrecht einzuschließen.¹⁴²⁵ Aus Anlass des Eichmannprozesses schlussfolgerte der CDU-Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Böhm, für die Zukunft der Deutschen präzise: „Einfache Rechtschaffenheit ist der kürzeste Weg zu politischer Einsicht in den großen Menschheitsfragen.“¹⁴²⁶ Genau so realistisch betrachtete Ben Gurion nicht nur den Eichmannprozess, sondern das deutsch-israelische Verhältnis insgesamt vor dem Hintergrund der Vergangenheit: „Ich weiß genau, daß es in Westdeutschland noch immer Nazis und Antisemiten gibt, genauso in Mitteldeutschland. [...] Aber nur diejenigen, die vollständig in der Vergangenheit leben, weigern sich, die Unterschiede zu sehen, die Veränderungen, die in der Welt eingetreten sind; und nur sie können glauben, daß sich Hitlerdeutschland wieder zu etablieren vermag.“¹⁴²⁷

Die Auswirkungen des Eichmannprozesses einerseits auf die deutsch-israelischen Beziehungen, andererseits auf die deutsche Bevölkerung waren von unterschiedlicher Qualität. In der Bundesrepublik selbst fühlten sich nach einer Befragung vom Juni 1961 88 % der Bevölkerung nicht mitschuldig an den Judenvernichtungen, auch wenn 59 % einer Verurteilung Eichmanns zustimmten.¹⁴²⁸ Mit Sicherheit bestand in Deutschland selbst die Gefahr der Verdrängung persönlicher Verantwortung, wenn man die ggf. eigene Schuld auf eine bestimmte Person übertragen und an dieser festmachen konnte. Den wohl größten Erfolg bezüglich seiner Wirkung konnte der Prozess unter der deutschen Jugend verbuchen.¹⁴²⁹ Die faktischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel wurden durch den Eichmannprozess nicht in Mitleidenschaft gezogen, basierten diese doch auf gemeinsamen Interessen, Zielen und Überzeugungen.

Der deutsche Botschafter in Bagdad, Bargon,¹⁴³⁰ vermerkte, dass über den Beginn des Eichmannprozesses die überwiegende Mehrheit der Zeitungen auf der Basis ausländischer Agenturmeldungen mit Ausnahme der dem Verteidigungsministerium nahestehenden Zeitung

¹⁴²⁵ Vgl.: Vogel, R. (Hg.): Deutsch-israelischer Dialog, Teil I, Bd.1, S. 173.

¹⁴²⁶ Ebd., S.174.

¹⁴²⁷ Zitiert nach: Pearlman, M. (Hg.): Gespräche mit Ben Gurion. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, München 1966, S.204.

¹⁴²⁸ Vgl.: Kittel, M.: Die Legende von der „Zweiten Schuld“, S.349.

¹⁴²⁹ So äußert sich Mushkat eine Jahr nach der Hinrichtung Eichmanns wie folgt: „that many of the Germans are interested in forgetting about the Holocaust themselves and having others forget about it. They want “to finish” the whole matter, or they think that it was already finished with the payment of reparations. This is also shown by another poll, although those who carried it out also encountered the opinion that “we are guilty,” that this is “our mark of shame,” and found positive changes, particularly among German youth, as a result of the Trial.” (Mushkat, M.: Reactions to the Eichmann Trial, in: Yad Vashem Bulletin 13 (Oct.1963), S.49).

¹⁴³⁰ Zu dessen belasteter NS-Vergangenheit und, trotz gegenteiliger Stellungnahme des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, Wiederverwendung im Auswärtigen Amt siehe: Hansen, N.: Schatten, S.578.

„Al-Ahid Al Jadid“ berichteten. Diesem zufolge sollten sich die Araber nicht „zu Opfern der zionistischen und kommunistischen Propaganda gegen das deutsche Volk machen lassen“¹⁴³¹. Bemerkenswert an der irakischen Argumentation war eine angebliche Interessenidentität Israels und der kommunistischen Staaten, von der zum Zeitpunkt des Eichmannprozesses keineswegs gesprochen werden konnte. Allerdings hatte auch der sowjetische Außenminister Gromyko im Rahmen einer Pressekonferenz im Mai 1960 die Absicht Israels, Eichmann vor Gericht zu stellen, befürwortet. Diese Auffassung tangierte aber nicht prinzipielle Differenzen und konträre Ansichten beider Staaten z.B. mit Blick auf die außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung Israels.¹⁴³² Zum Teil scharfe Kritik an der Bundesrepublik Deutschland konnte das Auswärtige Amt aus Ägypten, Libyen und Saudi-Arabien vernehmen. Gemäß dieser Kritik habe die Bundesrepublik Eichmann an Israel verkauft oder es wurden Befürchtungen geäußert, man lasse sich zu weiteren Zahlungen an Israel erpressen. Gepaart waren derartige Anschuldigungen zum Teil mit extremistischen antijüdischen Stereotypen.¹⁴³³

3.5.2. Die DDR und der Eichmannprozess

3.5.2.1. Propaganda gegen Bonn

Nur wenige Tage, nachdem Ben Gurion vor der Knesset die Verhaftung Adolf Eichmanns verkündet hatte, informierte Albert Norden,¹⁴³⁴ Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht über seine Absicht „den Fall Eichmann, der international so grosses Aufsehen erregt, maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen.“¹⁴³⁵ Nach Ansicht Nordens diene eine Propaganda, basierend auf in der DDR zusammengestellten Materialien, deren internationalem Ansehen. Zudem wären diese Materialien aber auch nützlich für die israelische kommunistische Partei. Infolge einer Anfrage Ägyptens an das Staatliche Rundfunkkomitee der DDR erwog Norden eine Entsendung einiger Mitarbeiter für eine Dauer von zwei bis sechs Monaten, da eine Beeinflussung der ägyptische Öffentlichkeit im Sinne der DDR Interessen parallel zum Eichmannprozess natürlich propagandistisch einiges versprach. Darüber hinaus schlug Norden bereits zu diesem Zeitpunkt die Entsendung einer „geeigneten Persönlichkeit“ – „Genossen Cohn vom Obersten Gericht oder Rechtsanwalt Prof. Kaul“¹⁴³⁶ – nach Israel vor, um dort im Vorfeld der Eröffnung des Prozesses öffentlich aufzutreten.

¹⁴³¹ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.197, S.559.

¹⁴³² Vgl.: Ben Gurion, D.: Israel, S.544.

¹⁴³³ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.351f.

¹⁴³⁴ U.a. unterstanden Albert Norden 1955-1967 die Agitationskommission beim Politbüro, 1960-1979 das Westbüro beim Politbüro, die Abteilungen Agitation (1955-1967) und Propaganda (1958-1967). Weiterhin war er für den Nationalrat der Nationalen Front zuständig.

¹⁴³⁵ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.22, S.496.

¹⁴³⁶ Ebd., S.497.

„Wegen der Beschaffung von Materialien“ im Zusammenhang des Eichmannprozesses hatte sich Norden „bereits mit Genossen Erich Mielke in Verbindung gesetzt“. ¹⁴³⁷ Allerdings bedurfte die Umsetzung der erbrachten Vorschläge erst der Zustimmung Ulbrichts, die dieser auch gab. Wenn Timm ¹⁴³⁸ in diesem Kontext die Frage, ob die SED-Führung Dokumentenfälschung oder deren Neuanfertigung durch das MfS beabsichtigte, sich nicht in der Lage sah, zu beantworten und Michael Wolffsohn wegen dessen Behauptung, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sei weitestgehend für die Hakenkreuzschmierereien in der Bundesrepublik verantwortlich gewesen, angriff, geschah dies zumindest zu einem gewissen Teil fälschlicherweise unter Negierung historischer Realität. Zweifelsohne gab es Antisemitismus in der Bundesrepublik bereits während der Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen wie auch in späteren Jahren - auch ohne das MfS. Aber die DDR stand in dieser Hinsicht der Bundesrepublik nie nach. Das krampfhaft Bemühen Timms, das Gegenteil zu beweisen, erscheint an manchen Stellen ihres Buches mehr als durchsichtig. Mit den Arbeiten von Lemke ¹⁴³⁹ oder Meining ¹⁴⁴⁰ unter Verwendung von Unterlagen des MfS dürfte eindeutig sein, dass dieses sicherlich den Antisemitismus nicht neu erfand, ihn unter Anleitung der SED-Führung aber mit Vehemenz politisch zur Denunziation der Bundesrepublik zu instrumentalisieren wusste. Bestes Beispiel sind hier die Aktion „Vergissmeinnicht“ und „Aktion J“. So beinhaltet der Vorschlag der Abteilung XX/4 des MfS im Rahmen ersterer Aktion die Verschickung von Rundbriefen unter dem Namen „Deutsche Reichspartei“ an rechtsextremistische Gruppierungen in der Bundesrepublik. Darin sollten diese aufgefordert werden, zur Verteidigung Eichmanns finanzielle Mittel zu organisieren oder durch eine antisemitische Welle eine angebliche Notwendigkeit der Judenvernichtung mittels Propaganda zu rechtfertigen. ¹⁴⁴¹ Im Rahmen der „Aktion J“ versandte das MfS Hetzbriefe antisemitischen Inhaltes, die so mancher nationalsozialistischer Propaganda in nichts nachstanden, an Privatpersonen und jüdische Gemeinden in der Bundesrepublik. In diesen wurde Rache für Eichmann geschworen, postuliert, dass noch nicht genug Juden - die man gelegentlich auch als „Judenschweine“ bezeichnete - vergast wären und die Ausrottung von Juden nur unterbrochen worden sei. ¹⁴⁴²

Am 16. August 1960 befasste sich das Politbüro des ZK der SED mit durch Ungarn formulierten „Konsultationsfragen“ aus Anlass der Verhaftung Eichmanns und dem bevorstehenden Prozess. Diese waren aus Anlass des Außenministertreffens der Mitgliedstaaten des

¹⁴³⁷ Ebd.

¹⁴³⁸ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.155 u. 164f.

¹⁴³⁹ Vgl.: Lemke, M.: Kampagnen gegen Bonn, in: VfZ 41 (1993), S.163.

¹⁴⁴⁰ Vgl.: Meining, S.: Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel, Hamburg 2002 (=Diktatur und Widerstand; Bd.2), S.272ff.

¹⁴⁴¹ Vgl.: Meining, S.: Judenpolitik, S.272.

¹⁴⁴² Ebd., S.272f.

Warschauer Pakts, dass im Juli 1960 in Budapest stattgefunden hatte, artikuliert worden. Demnach musste ein „Angriff von der Basis der antifaschistischen Front erfolgen“ und sich gegen „den westdeutschen Neofaschismus“, den „Zionismus“ und den „Vatikan“, ¹⁴⁴³ da Eichmann mittels dessen Hilfe nach Argentinien gekommen sei, richten. Weiterhin befasste sich das ungarische Positionspapier mit der Akzeptanz einer teilweisen Zuständigkeit eines israelischen Gerichtes für Eichmann. Dabei blieb die Rechtsgrundlage für ein eventuelles Auslieferungsverfahren, dem man von vornherein lediglich propagandistische Bedeutung zuerkannte, erhalten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Israel zunächst inoffiziell durch seine Auslandsvertretungen Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn ersucht, bei der Sammlung von relevantem Beweismaterial behilflich zu sein. Abschließend wurde ein Plan zu notwendigen diplomatischen Schritten – für die DDR traf dieser Punkt gegenüber Israel ohnehin nicht zu – und abgestuften Propagandamaßnahmen in Aussicht genommen. Bezeichnenderweise blieben u.a. die „Genossen“ Ulbricht und Norden der Politbürositzung, welche die durch Ungarn formulierten „Konsultationsfragen“ zum Diskussionsgegenstand hatte, von vornherein fern. ¹⁴⁴⁴ Gerade für diesen Personenkreis war der propagandistische Feldzug gegen die Bundesrepublik längst und unabhängig von ungarischen Empfehlungen beschlossene Sache.

In der Stellungnahme des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten auf das ungarische Positionspapier deklarierte man die Ziele der DDR im Kontext des bevorstehenden Prozesses gegen Eichmann. Diese lagen v.a. in einem zu erbringenden Nachweis einer Kontinuität nationalsozialistischer und westdeutscher Politik, eines Zusammenhangs von Eichmanns Verbrechen und denen immer noch im Staatsdienst der Bundesrepublik tätiger Personen. Zudem sollten Versuche der Bundesrepublik und Israels, die eine fehlerhafte Darstellung der Judenverfolgung beabsichtigten, verdeutlicht werden. Die Zuständigkeit des israelischen Gerichtes für Eichmann erkannte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an. ¹⁴⁴⁵ Prinzipiell beurteilte das Außenministerium der DDR Handlungsspielräume ostdeutscher Außenpolitik nüchterner im Vergleich zu Personen, die lediglich eine Karriere als Funktionäre der SED nachweisen konnten.

Am 23. Oktober 1960 unterrichtete Norden Honecker ¹⁴⁴⁶ infolge einer Meldung einer israelischen Nachrichtenagentur, die durch ADN ¹⁴⁴⁷ an Norden weitergeleitet worden war, dass

¹⁴⁴³ Anlage zum Protokoll Nr. 35/60 vom 16.8.1960 mit dem Titel: „Konsultationsfragen des Außenministeriums der Ungarischen Volksrepublik an das Außenministerium der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und Rumäniens im Zusammenhang mit der Affäre Eichmann“, datiert auf 19.7.1960, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2-716.

¹⁴⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁴⁵ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.149.

¹⁴⁴⁶ Honecker war zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Politbüro und Sekretär für Sicherheits-, Kaderfragen und „leitende Parteiorganisation“.

sich die israelische Polizei an die entsprechenden Behörden der DDR mit der Bitte um Beweismaterial wenden wolle. Die Anfrage sollte wegen des Fehlens diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten direkt an die entsprechenden Institutionen gestellt werden. So verwies Norden gegenüber Honecker darauf, dass die DDR tatsächlich noch „einige Materialien zum Fall Eichmann“ besitzen würde und diese nach Rücksprache mit Ulbricht „auf möglichst hoher Ebene den israelischen Behörden zur Verfügung zu stellen“ seien. Im Falle eines solchen Ersuchens, sollte Honecker dafür Sorge tragen, dass dieses sofort an diesen selbst und Norden gelange.¹⁴⁴⁸ Gerade an diesem Beispiel kann verdeutlicht werden, dass selbst innerhalb des SED-Parteiparates so etwas wie eine auf informelle Beziehungen gestützte Herrschaftsstruktur existierte.

Am 25. Oktober 1960 teilte Norden Ulbricht mit, dass mit Blick auf den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Globke, „einige neue Maßnahmen“¹⁴⁴⁹ ergriffen worden seien. Globke, als Kommentator der Nürnberger Gesetze auch in der Bundesrepublik umstritten, geriet im Kontext und in der Folge des Eichmannprozesses in das Kreuzfeuer der Nordenschen Propagandamaschinerie, die sich allerdings nicht scheute, die z.T. berechtigten Kritikpunkte mit zum Zweck der Kampagne eigens erfundenen bzw. entstellten Informationen anzureichern. In diesem Sinne informierte Norden Ulbricht, dass infolge einer Vereinbarung mit den dortigen „Genossen“ am 15. November von der tschechoslowakischen Regierung eine Pressekonferenz mit „neuen bei ihnen gefundenen Originaldokumenten von und über Globke veranstaltet“¹⁴⁵⁰ werden sollte. Um auch nichts dem Zufall zu überlassen, stellte Norden zur selben Zeit eine gemeinsame Pressekonferenz der Botschaft der ČSSR und des Ausschusses für Deutsche Einheit in Berlin in Aussicht, im Rahmen derer man den internationalen Journalisten den Zugang zu den Materialien eröffnen wollte.¹⁴⁵¹ Zusätzlich strebte Norden infolge einer ihm vorliegenden Empfehlung an, dass sich eine Gruppe namhafter jüdischer Bürger der DDR an die ostdeutsche Regierung mit der Bitte wenden sollte, „alles zu unternehmen, damit die Verbrechen Globkes gesühnt und dem Verbrecher alle weiteren Wirkungsmöglichkeiten entzogen werden.“¹⁴⁵² Selbiger Brief sollte im Rahmen der Berliner Pressekonferenz publiziert werden. Unter Berücksichtigung der Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten empfahl Nor-

¹⁴⁴⁷ Zur Geschichte des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) siehe: Minholz, M./ Stirnberg, U.: Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED, München u.a. 1995 (=Kommunikation und Politik, Bd.27).

¹⁴⁴⁸ Vgl.: Norden an Honecker am 23.10.1960, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.028/1, S.101f.

¹⁴⁴⁹ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Sichel, Davidstern, Dok.33, S.497.

¹⁴⁵⁰ Ebd., S.498.

¹⁴⁵¹ Diese Materialien wurden durch den Ausschuss für Deutsche Einheit publiziert. Siehe: Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Neue Beweise für Globkes Verbrechen gegen die Juden, Berlin 1960.

¹⁴⁵² Vgl.: Timm, A.: Hammer, Sichel, Davidstern, Dok.33, S.498. Die in Augenschein genommenen prominenten jüdischen DDR Bürger waren u.a. Hanns Eisler, Lea Grundig, Stefan Heym, Helene Weigel und Arnold Zweig.

den, dass sich die DDR nicht offiziell im Rahmen des Eichmannprozesses engagieren sollte.¹⁴⁵³ Norden war weniger an den Verbrechen, denen sich Eichmann am jüdischen Volk schuldig gemacht hatte, geschweige denn an dem Leid der Opfer interessiert gewesen, als an dem Ziel der Denunziation von belasteten Nationalsozialisten in leitenden Funktionen in der Bundesrepublik.

Zeitlich parallel zum und im Kontext des Eichmannprozesses publizierte der „Ausschuss für deutsche Einheit“, der 1954 auf Beschluss des DDR Ministerrates geschaffen worden war, unter Leitung Albert Nordens zahlreiche Broschüren,¹⁴⁵⁴ die v.a. der Denunziation hoher Beamter der Bundesrepublik dienten.

Zudem entwickelte Norden die Idee, Globke belastendes Material mit Hilfe der Tschechoslowakei der UNO zu überreichen und damit eine internationale Organisation im Sinne der eigenen Weltanschauung zu manipulieren. Letztlich wurde der DDR bei ihrem Versuch internationale Organisationen zum Zwecke eigener politischer Ziele zu instrumentalisieren, nur mäßiger Erfolg beschieden. In diesem Zusammenhang verwies er auf die „Kampagne“ der Bundesrepublik „gegen eine angebliche Terrorherrschaft in den Strafvollzugsanstalten der DDR“.¹⁴⁵⁵ Dabei bildete die durch die Bundesrepublik im Europarat eingebrachte Interpellation infolge der das Internationale Rote Kreuz beauftragt wurde, die Lage in den Haftanstalten der DDR zu überprüfen, einen gewissen Höhepunkt. Die zunächst körperliche, später meist psychisch angewandten Misshandlungen, im DDR-Jargon die sogenannte „operative Psychologie“, v.a. für den Bereich der politischen Häftlinge, stand inhaltlich in der Tat in krassem Widerspruch zu den Vorwürfen gegenüber der Bundesrepublik im Kontext des Eichmannprozesses. Norden verwies darauf, dass bereits 1957 und 1958 Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes¹⁴⁵⁶ Haftanstalten der DDR besucht und niemand anderes als Kaul bereits ein Gespräch mit dem Bevollmächtigten dieser Organisation in Genf geführt hatte.

¹⁴⁵³ Ebd.

¹⁴⁵⁴ Zum Beispiel seien hier aufgeführt: Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Eichmann – Henker, Handlanger, Hintermänner, Berlin 1961; Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Korrekt und ohne Tadel. Porträt eines Massenmörders, Berlin 1961; Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Der Eichmann-Prozess und die Eichmänner in Westdeutschland, Berlin 1961; Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Neue Beweise für Globkes Verbrechen gegen die Juden, Berlin 1960. Dass für die Propaganda der DDR gegen Beamte der Bundesrepublik der Eichmann Prozess nur als Anlass diente, verdeutlicht beispielhaft eine Rede Nordens vor der internationalen Pressekonferenz am 21.3.1963 in Berlin. Im Rahmen dieser griff er Globke unter Verweis auf dessen nationalsozialistische Vergangenheit ebenso an, wie z.B. den Staatssekretär im BMVg oder den Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl.: Rede Nordens vom 21.3.1963 in: SAPMO-BArch, NY 4217, Bd.55.

¹⁴⁵⁵ Ebd.

¹⁴⁵⁶ Das Deutsche Rote Kreuz der DDR wurde Mitte der fünfziger Jahre in die Gemeinschaft der Rotkreuz-Gesellschaften aufgenommen. Zu den nur begrenzten Erfolgen der DDR im Rahmen internationaler Organisationen, insbesondere der UNO und deren Sonderorganisationen während des Untersuchungszeitraumes siehe: Haftdorn, H.: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart u.a. 2001, S.141f.

An der parallel zum und in der Folge des Eichmannprozesses forcierten Propaganda der DDR gegen Globke beteiligte sich auch die FDJ. So informierte diese anlässlich ihres „VII. Parlament[s]“ anwesende ausländische Delegationsleiter über den bevorstehenden Globkeprozess in der DDR.¹⁴⁵⁷ Infolge eines Vorschlages des israelischen Entsandten, im Namen eines internationalen Gremiums zu dem Prozess zu laden, wurde der Vorschlag aufgegriffen und der Versuch, die internationale Juristenkommission zur Unterzeichnung eines entsprechenden Einladungsschreiben zu bewegen, in Aussicht gestellt.

3.5.2.2. Kaul als Nebenkläger in Israel?

Der vorliegende Briefwechsel zwischen Kaul und dem israelischen Justizminister Pinhas Rozen verdeutlicht nicht zuletzt den Antagonismus zwischen ostdeutschem Selbstverständnis und Anspruch sowie der israelischen Wahrnehmung der DDR. Die Briefe Kauls dienten hauptsächlich dem Ziel, selbst als Nebenkläger vor dem Eichmannprozess aufzutreten. In seinem ersten Brief vom 2. November 1960¹⁴⁵⁸ ersuchte der ostdeutsche Anwalt stellvertretend für einige prominente Persönlichkeiten der DDR, wie Stefan Hermlin, Stefan Heym, Hanns Eisler u.a., als Nebenkläger im Rahmen des Eichmannprozesses aufzutreten. Dabei begründete Kaul dies mit einer direkten Verantwortlichkeit Eichmanns gegenüber Verbrechen an den Angehörigen vorgenannter Personengruppe. Unter dem Vorwand, „die sich aus dieser Betreuung ergebenden Fragen zu klären“ und „diese Betreuung mit den Bestimmungen der israelischen Gesetze in Einklang zu bringen“ ersuchte Kaul Rozen um einen möglichst baldigen Termin ebenso wie um die Erteilung eines Visums.

Infolge des Kaul-Briefes verwies die MAKI auf ihre Bereitschaft, den Visumsantrag von Kaul mittels einer Interpellation in der Knesset unterstützen zu wollen. Allerdings machten die israelischen Kommunisten in ihrem Memorandum auch darauf aufmerksam, dass nach gültigem israelischen Recht, „jene Personen das Recht auf Anklage verloren haben, die im Jahre 1945 älter als 18 Jahre waren und die im Laufe der 10-jährigen Verjährungsfrist keine Strafanzeige gegen Eichmann eingereicht“¹⁴⁵⁹ hatten. Da die MAKI davon ausging, dass die Erteilung eines Visums für Kaul einige Zeit in Anspruch nehmen würde und es gleichzeitig für notwendig hielt, dass ein deutscher Jurist in die Vorbereitungen der Nebenklage eingliedert sei, empfahl sie die Entsendung einer geeigneten Person aus der Bundesrepublik. Diese Empfehlung begründete sie mit der Annahme, „daß einem westdeutschen Bürger das

¹⁴⁵⁷ Vgl.: Aktennotiz Rehahn an Norden am 6.6.1963, in: DY 30/ IV 2/2.028/9. Der Globkeprozess fand im Juli 1963 statt.

¹⁴⁵⁸ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.24, S.500f.

¹⁴⁵⁹ Aide memoire der MAKI, mit handschriftlich vermerkttem Datum vom 10.1.1961, in: MfAA, A 11926, S.15.

israelische Visum ohne Schwierigkeiten erteilt“¹⁴⁶⁰ werde. Letzteren Vorschlag der israelischen Kommunisten empfahl der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Winzer, gegenüber Ulbricht und Norden aufzugreifen.¹⁴⁶¹

Das Schreiben Kauls wurde am 20. Januar 1961 durch den Bezirksstaatsanwalt, Gabriel Bach, stellvertretend für den Justizminister abschlägig beantwortet.¹⁴⁶² Demnach untersagte eine durch die israelische Regierung eingebrachte Gesetzesvorlage, Nebenklagen privater Ansprüche im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Anklage gegen Eichmann geltend zu machen. Der endgültige Entscheid hinsichtlich einer Zulassung Kauls als Nebenkläger war von der Zustimmung oder Ablehnung der Knesset zu dieser Gesetzesvorlage abhängig. Für den Fall einer Annahme des vorgelegten Gesetzes hatte Winzer den Antrag Kauls auf Nebenklage ohnehin als hinfällig bezeichnet.¹⁴⁶³ Doch dieser richtete einen zweiten Brief am 19. Februar 1961¹⁴⁶⁴ an den israelischen Justizminister Rozen. In diesem stellte er, gemäß der Empfehlungen der israelischen Kommunisten, Antrag auf Nebenklage in Vertretung für vier DDR-Bürger, die 1945 noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatten.

Rozen beantwortete Kauls Brief am 21. Februar 1961,¹⁴⁶⁵ infolge eines Gespräch zwischen beiden Personen unter Hinzuziehung des israelischen Rechtsberaters. In Anlehnung an das mittlerweile erlassene Gesetz, lehnte der israelische Justizminister den Antrag Kauls auf Nebenklage, wie dies das Außenministerium der DDR bereits vorausschauend erkannt hatte, ab. Er verwies weiterhin darauf, dass ohnehin eine anwaltliche Tätigkeit Kauls, da er bei keinem israelischen Gericht als Anwalt zugelassen war, nicht zu rechtfertigen war. Allerdings bekundete Rozen Interesse an Beweismaterial gegen Eichmann, soweit es als „beweiserheblich“¹⁴⁶⁶ eingestuft werden konnte. Norden selbst hatte Kaul vor seiner Abreise nach Israel angewiesen, nicht den Anschein offizieller Beziehungen zwischen der DDR und Israel aufkommen zu lassen. Dessen Aufgabenbereich sollte sich demgegenüber auf die Denunziation der Bundesrepublik, Servatius’ und Globkes erstrecken.¹⁴⁶⁷

In einem weiteren Schreiben Kauls vom 22. Februar 1961 versuchte er auf einem anderen Weg, an dem Prozess gegen Eichmann teilzunehmen. So schlug er Rozen vor, dass es laut geltendem Recht die Möglichkeit gäbe, „dass der israelische Generalstaatsanwalt jede beliebige Person zu seinem Assistenten in der Hauptverhandlung von Kapitalverbrechen bestim-

¹⁴⁶⁰ Ebd., S.16.

¹⁴⁶¹ Vgl.: Winzer an Ulbricht und Norden am 12.1.1961, in: SAPMO-BArch, NY 4182/1293.

¹⁴⁶² Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.24, S.502.

¹⁴⁶³ Vgl.: Winzer an Ulbricht und Norden am 12.1.1961, in: SAPMO-BArch, NY 4182/1293.

¹⁴⁶⁴ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.24, S.501f.

¹⁴⁶⁵ Ebd., S.503.

¹⁴⁶⁶ Ebd.

¹⁴⁶⁷ Ebd., S.152.

men¹⁴⁶⁸ könne. Der Anspruch Kauls, als Assistent zum Prozess zugelassen zu werden, dürfte ursächlich für die ursprüngliche Absicht Ulbrichts gewesen sein, diesen kein zweites Mal nach Israel zu entsenden.¹⁴⁶⁹ Das Anerkennungsziel der DDR und die antizipierten Reaktionen der arabischen Staaten auf einen deutschen Assistenten im Rahmen des Prozesses gegen Eichmann, dürften für diese ausschlaggebend gewesen sein. So enthielt das Antwortschreiben Rozens vom 5. März 1961 nicht wie Timm dies interpretiert¹⁴⁷⁰, die endgültige Absage an Kaul, als Nebenkläger aufzutreten – dies stand ohnehin bereits fest – sondern die Absage gegenüber einer Ernennung Kauls zum Assistenten des israelischen Generalstaatsanwaltes. Dieses Ersuchen wies der israelische Justizminister klar zurück.

In seiner Sitzung am 11. April 1961¹⁴⁷¹ beschloss das Politbüro des ZK der SED einzelne Maßnahmen einer Kampagne zum Eichmannprozess. So sollte Kaul nun doch noch einmal,¹⁴⁷² allerdings als Beobachter des Prozesses, nach Israel entsandt werden. Weiterhin wurde die Redaktion des Neuen Deutschland¹⁴⁷³ beauftragt, ein Interview mit dem sowjetischen Generalstaatsanwalt zu führen und angebliche Zusammenhänge zwischen den Nürnberger Prozessen und dem Eichmannprozess zu thematisieren. Außerdem veranlasste man den Präsidenten der Volkskammer, Dieckmann, zu einer Erklärung zum Eichmannprozess. Darüber hinaus sollte das Auftreten von Mitgliedern der CDU als Rassenhetze charakterisiert und die Artikel von Probst Grüber zum Eichmannprozess in bundesdeutschen Zeitungen beantwortet werden. Für diese Aufgabe wurde die Abteilung Kirchenfragen mit der Suche nach einem jungen, geeigneten Theologen beauftragt.

Getreu den Wünschen des Politbüros des ZK der SED bezog Dieckmann bereits einen Tag nach der Sitzung des Parteigremiums vor der Volkskammer Stellung zum am Vortag eröffneten Eichmannprozess in Jerusalem. Mit Ausführungen wie „Steht also Eichmann vor dem Tribunal, so ist mit ihm der deutsche Militarismus angeklagt!“ oder „Steht also Eichmann vor Gericht, so stehen mit ihm der räuberische Imperialismus vor Gericht und seine Vertreter wie die Abs, Pferdenges und Flick, deren Beauftragter Eichmann war!“¹⁴⁷⁴ dürfte die Zielsetzung der ostdeutschen Kampagne mehr als deutlich gewesen sein. Natürlich fehlte auch in dieser Rede der Verweis auf Globke nicht. Demnach war „der Makel des Antisemitismus

¹⁴⁶⁸ Ebd., Dok.24, S.503.

¹⁴⁶⁹ Ebd., S.154.

¹⁴⁷⁰ Ebd., S.153.

¹⁴⁷¹ Ebd., Dok.25, S.505f.

¹⁴⁷² Kaul hielt sich zum zweiten Mal in der Zeit vom 24.4. bis 4.5.1961 in Israel auf.

¹⁴⁷³ Zur Pressekampagne der DDR gegen die Bundesrepublik im Kontext des Eichmann Prozesses unter Auswertung des Neuen Deutschland, als „Zentralorgan der SED“ und Berliner Zeitung, als „Organ der SED-Bezirksleitung“ siehe: Krause, P.: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen Presse, Frankfurt a.M. 2002, S.208-252.

¹⁴⁷⁴ Erklärung des Präsidenten der Volkskammer, Dieckmann am 12.4.1961, in: DAPDDR Bd.IX, S.21.

nicht getilgt“, solange dieser als „der engste Vertraute des westdeutschen Regierungschefs“¹⁴⁷⁵ fungierte.

Einen Tag später wurde die eigens für den Eichmannprozess erschaffene Arbeitsgruppe beim Nationalrat der Nationalen Front sowie die Kommission für gesamtdeutsche Fragen und Agitation des Politbüros der SED beauftragt, Materialien zur Verwendung in den einzelnen Medien zusammenzustellen.¹⁴⁷⁶

Im Rahmen eines Gesprächs zwischen dem Sonderkorrespondenten der ADN, Gerhard Leo, mit Ehrlich und Mikunis als Mitgliedern der MAKI, verwiesen diese auch auf die innenpolitische Bedeutsamkeit des Eichmannprozesses. Gerhard Leo war regulär von Oktober 1959 bis August 1962 als ADN Korrespondent bei der UNO in Genf akkreditiert.¹⁴⁷⁷ Während des Gesprächs wurde die Frage jüdischer Kollaborateure Eichmanns thematisiert. Diese über den Eichmannprozess hinausreichende, grundsätzliche Frage war bereits Gegenstand des Prozesses des Staates Israel gegen Malkiel ben Menachem Gruenwald, besser bekannt unter der sogenannten Kastner-Affäre und der daraus erwachsenen öffentlichen Diskussion in Israel gewesen.¹⁴⁷⁸ Der Eichmannprozess eignete sich weiterhin kaum, um die überragende Stellung der MAPAI zu gefährden oder die Partei in stärkere innere Konflikte zu stürzen, wie dies im Kontext der Lavon Affäre viel mehr geschah. Allerdings besaß der Eichmannprozess durchaus eine gewisse identitätsstiftende Wirkung in Israel.

Leo bemängelte, dass es der DDR „natürlich an jeder Popularisierungsarbeit“¹⁴⁷⁹ fehlte. Der Einfluss der kommunistischen Partei in Israel auf die jüdischen Bevölkerung, „auch über die Organisation der antifaschistischen Widerstandskämpfer“¹⁴⁸⁰ war nur sehr begrenzt. Zwar hatten diese die DDR seiner Meinung nach so weit wie möglich unterstützt. Dennoch sprach sich Leo für einen weiteren Versand von Broschüren nach Jerusalem aus, da seiner Ansicht nach viele bundesdeutschen Journalisten auf diese zurückgreifen würden. Allerdings lehnte die MAKI z.B. schon 1963, nachdem diese zu der Überzeugung gekommen war, im Kontext

¹⁴⁷⁵ Ebd., S.22.

¹⁴⁷⁶ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.159.

¹⁴⁷⁷ Infolge der Wahl von Leo in den Vorstand der Korrespondenten der UNO (UNCA) im Februar 1960 kam es zu einem Eklat. Der neue Generalsekretär der Organisation und Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“, Friedrich Sonderegger, hatte eine Zusammenarbeit mit Leo schroff abgelehnt und trat von seinem Amt zurück. Infolge einer Strafanzeige Leos wegen Verleumdung und Beleidigung entschuldigte sich Sonderegger öffentlich für seine Äußerungen. Vgl.: Minholz, M./ Stirnberg, U.: Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN), S.309 u. 417. Bericht des Sonderkorrespondenten der ADN, Gerhard Leo vom Sommer 1961, in: DY 30/IV 2/20/363.

¹⁴⁷⁸ Vgl.: Weitz, Y.: Mapai and the „Kastner Trial“, in: Troen, S. I./ Lucas, N. (Eds.): Israel. The First Decade of Independence, Albany 1995, S.195-210.

¹⁴⁷⁹ Bericht des Sonderkorrespondenten der ADN, Gerhard Leo vom Sommer 1961, in: DY 30/IV 2/20/363.

¹⁴⁸⁰ Ebd.

der DDR Propaganda gegen Globke instrumentalisiert zu werden, eine Postamtstätigkeit für SED-Material ab.¹⁴⁸¹

Im Zuge des Eichmannprozesses hatte sich Leo u.a. auf den auch heute in anderen Kontexten und bestimmten politischen Kreisen gern zitierten Uri Avnery¹⁴⁸² berufen. Dessen Ansicht nach wurde der Jugend der DDR im Unterschied zu der in der Bundesrepublik ein wirkliches Bild über das Ausmaß nationalsozialistischer Verbrechen, die im Westen Deutschland lediglich als Kavaliersdelikt dargestellt würden, vermittelt.¹⁴⁸³ Obgleich dies nicht den Realitäten entsprach, dürften derartige Aussagen in der SED-Parteispitze auf offene Ohren gestoßen sein. Im Unterschied zu Avnery war das israelische Außenministerium etwas anderer Auffassung.¹⁴⁸⁴ Nach der Ansicht Varons befanden sich sowohl im Osten¹⁴⁸⁵ als auch im Westen Deutschlands Nationalsozialisten in leitenden Positionen. Israel besaß seiner Ansicht nach gegenüber beiden deutschen Staaten Ansprüche. Allerdings wollte man die Aktivitäten Kauls und der DDR im Kontext des Eichmannprozesses in Israel gezügelt wissen. Ursächlich für den fehlenden Willen, die Beschuldigungen der DDR gegenüber Globke u.a. aufzugreifen, oder Kaul während des Prozesses Nebenklage zu gestatten bzw. eine Assistenzstelle einzuräumen, war der Wille, das Leiden der und das Andenken an die Opfer nicht mit einem deutsch-deutschen Schlagabtausch in Israel zu verunglimpfen. Das konnte nicht das Ziel des Verfahrens gegen Eichmann sein. Doch gerade darauf hob die Propaganda der DDR und das Auftreten Kauls in Israel ab. Im Rahmen einer Pressekonferenz im Presseklub in Jerusalem am 2. Mai 1961¹⁴⁸⁶ beklagte dieser denn auch, dass der Anteil Globkes am Schicksal der „jüdischen Mitbürger“ nicht Gegenstand des Eichmannprozesses gewesen sei.

Nahezu perfide gestaltete sich die Instrumentalisierung des Jüdischen seitens der DDR in ihren Kontakten gegenüber Israel, wenn sie der Verunglimpfung der Bundesrepublik dienen sollten. So verwies Kaul im Rahmen der Pressekonferenz auf den Autor der Broschüre mit dem Titel „Globke und die Ausrottung der Juden“, Rudolf Hirsch, die vom Ausschuss für Deutsche Einheit herausgegeben worden war. Kaul machte besonders auf Hirsch aufmerksam,

¹⁴⁸¹ Vgl.: Lemke, M.: Kampagnen, S.169f.

¹⁴⁸² Uri Avnery, ehemaliges Mitglied der Irgun (1938-1942) und 4 Jahrzehnte Herausgeber der Zeitschrift Ha'olam ha'zeh, weiterhin ehemaliges Mitglied der Knesset, gründete 1993 die Bewegung Gush Shalom mit. Mit seiner Zeitschrift Ha'olam ha'zeh stand Avnery in starker Gegnerschaft zu anerkannten politischen Führungspersonlichkeiten des jungen Israel wie z.B. David Ben Gurion oder Golda Meir.

¹⁴⁸³ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.160. Leider vermisst der Leser bei Timm einen Verweis auf die Tendenz und Parteilichkeit Avnerys, der keine Mehrheitsmeinung in Israel symbolisiert.

¹⁴⁸⁴ Brief Varons an Shinnar betr. Eichmann Prozess – Propaganda gegen Westdeutschland vom 3.5.1961, in: ISA/293/15-צח.

¹⁴⁸⁵ Nachdem zwei DDR-Generale (Arno von Lenski und Vincenz Müller) während des Eichmann Prozesses genannt worden waren, zeigte sich Norden zunehmend beunruhigt gegenüber einer möglichen Diskreditierung der DDR. Vgl.: Lemke, M.: Kampagnen, Anm.25, S.163.

¹⁴⁸⁶ Vgl.: Pressekonferenz Kauls im Presseklub in Jerusalem am 2.5.1961, in: ISA/293/15-צח.

den er als Juden, der bis 1947 in Palästina gelebt hatte, charakterisierte. Bei diesem und ähnlichen Fällen ist allerdings nicht ersichtlich, wie die DDR Jüdischsein und die Zugehörigkeit zum Judentum definierte. Auffällig sind bei derartigen Charakterisierungen oftmals eine Verwischung der Definition eines Juden entsprechend der jüdischen Religionsgesetze und einer Klassifizierung, wie sie den Nürnberger Gesetzen und deren Umsetzung zugrunde lag. Israel sprach im Kontext und unabhängig vom Eichmannprozess belastete Personen weder in der DDR noch in der BRD von ihrer Verantwortung frei.

Kaul selbst widmete dem Eichmannprozess eine eigene Darstellung, welche unter dem Titel „Der Fall Eichmann“¹⁴⁸⁷ publiziert wurde. Neben der beschreibenden Darstellung des Eichmannprozesses befassten sich zwei seiner Kapitel – so zumindest die Überschriften – mit Israel bzw. der israelischen Motivation, Eichmann vor Gericht zu stellen. Die Beschreibungen Israels mündeten in einer Unterstützung arabischer Politik. Kaul schilderte die Motivlage Israels nur vage und auch fälschlich dahingehend, dass Israel genau zu dem Zeitpunkt Eichmann ergriff, als die innen- und außenpolitischen Verhältnisse dies aus der Sicht Ben Gurions und seiner Partei notwendig gemacht hätten. In einer Zeit, in der die MAPAI deutlich die stärkste Partei in Israel war, können derartige Aussagen Kauls nicht überzeugend wirken. Darüber hinaus durfte der Verweis, dass der Ausschuss für Deutsche Einheit „eine systematische Bearbeitung des vorhandenen Archivmaterials“ zur „Entlarvung der Kriegsverbrecher betrieb“,¹⁴⁸⁸ nicht fehlen.

Im Zusammenhang des Eichmannprozesses kam es allerdings gelegentlich zu für die DDR unangenehmen Zwischenfällen auf internationalem Parkett. Diese betrafen z.B. die Kurierverbindung der Tschechoslowakei nach Israel, welche die DDR zur Übermittlung von Propagandamaterialien verwendete. So hatte Kaul während seines Israelaufenthaltes u.a. bei der tschechoslowakischen Vertretung angerufen, um sich zu erkundigen, ob der auf dem Kurierwege versandte Film mit dem Titel „Aktion J“ bereits eingetroffen sei. In der Folge bat die ČSSR, dass demnächst ein solch eigenmächtiges Verhalten Kauls zu unterbinden sei, da man Israel keine Veranlassung geben wollte, bestimmte Verhaltensweisen der tschechoslowakischen Vertretung in Israel zu beanstanden.¹⁴⁸⁹

¹⁴⁸⁷ Kaul, F. K.: Der Fall Eichmann, Berlin 1963.

¹⁴⁸⁸ Ebd., S.95.

¹⁴⁸⁹ Vgl.: Aufzeichnung Höhne (Prag) vom 5.12.1961 über Gespräch mit dem Genossen Starek am 1.12.1961, in: MfAA, A 11926, S.13f.

3.6. Die deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen

Israel¹⁴⁹⁰ entwickelte nach der Staatsgründung kein marktwirtschaftliches System, wie vergleichsweise die Bundesrepublik oder andere Staaten der westlichen Hemisphäre. Die Ursache dieser Entwicklung bildete einerseits die sozialistische Tradition der jüdischen Aufbauarbeit während des britischen Palästina-Mandats, für welche z.B. die Kibbuzim (Kollektivsiedlungen) und Moshawim (Genossenschaftssiedlungen) standen. Israel sah sich andererseits nach seiner Gründung Herausforderungen gegenüber, die eine zentrale Steuerung der Wirtschaft und koordinierte Investition, was ein gewisses Maß an staatlichem Eigentum voraussetzte, zunächst notwendig erscheinen ließ. Der junge Staat konnte zur Entwicklung seiner Wirtschaft nicht auf eine Fülle natürlicher Ressourcen zurückgreifen und sah sich der dringenden Aufgabe gegenüber, zunächst für den Aufbau einer funktionstüchtigen Gesellschaft und Ökonomie die Voraussetzungen zu schaffen, was den Aufbau eines leistungsfähigen Wassernetzes ebenso einschloss, wie weitere Infrastrukturprojekte oder die moderne Erschließung bisher unwirklicher Gegenden. Die erneute Gefahr eines Krieges und eine infolge der Einwanderung¹⁴⁹¹ stark zunehmenden Bevölkerung banden finanzielle Mittel für Verteidigungsausgaben¹⁴⁹² und die Eingliederung der Immigranten. Die Masse der Einwanderer aus den arabischen Staaten war arm und besaß im Vergleich zu europäischen Einwanderern ein geringeres Bildungsniveau. Infolge der politischen Situation, die durch die Nichtexistenz irgendeines Friedensvertrages zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten gekennzeichnet war, war an die Entwicklung zukunftsträchtiger regionaler Handelsbeziehungen zunächst nicht zu denken. Neben nur einem kleinen Absatzmarkt im Innern des Landes, fehlte dieser auch in den Nachbarstaaten, was die Orientierung der israelischen Exportindustrie hin zum europäischen oder amerikanischen Markt zur Folge hatte. Die politische Unsicherheit, erschwerte eine mittel- und längerfristige Wirtschaftsplanung natürlich. Dringend notwendige Infrastrukturprojekte, ein völlig neu zu schaffendes Wasser-, Verkehrs-, Informationsnetz als Vorbedingung für eine florierende Wirtschaft, konnten aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht dem Zufall oder dem Experiment überlassen werden, obgleich jede Entwicklung sicherlich

¹⁴⁹⁰ Grundlegend zur Wirtschaft Israels siehe u.a. Aharoni, Y.: *The Israeli Economy. Dreams and Realities*, London u.a. 1991; Pack, H.: *Structural Change and Economic Policy in Israel*, New Haven 1971; Wolffsohn, M.: *Ungeliebter Markt: Staat und Wirtschaft in Israel*, Köln 1987; Horowitz, D. (u.a.): *Economic Development*, in: Horowitz, D. (Hg.): *Economy*, Jerusalem 1973, S.1-101. Zur Entwicklung des Außenhandels: Talbar, M.A.: *Foreign Trade*, in: Horowitz, D. (Hg.): *Economy*, Jerusalem 1973, S.137-145; Heimann, H.: *Die Wirtschaftsordnung*, in: Sontheimer, K. (Hg.): *Israel. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, München 1968, S.101-151.

¹⁴⁹¹ Nach Angaben von Aharoni nahm Israel in den Jahren zwischen 1948 und 1965 ca. 1.2 Mio. Immigranten auf. Vgl.: Aharoni, Y.: *The Israeli Economy*, S.71.

¹⁴⁹² Diese beliefen sich beispielsweise 1955 auf 16%, 1960 auf ca. 25% des staatlichen Budgets. Zahlenangaben nach Aharoni, Y.: *The Israeli Economy*, S.158.

auch Rückschläge hinnehmen muss. Deswegen wurde eine zentralere Planung und Koordinierung der israelischen Ökonomie erforderlich.

Während des Untersuchungszeitraumes untergliederte sich die israelische Wirtschaft in den

1. staatlichen bzw. öffentlichen Sektor (z.B. Jewish Agency for Palestine (J.A.), Keren Kayemet (Nationalfond), Keren Hayessod (Grundlagenfond),
2. den Sektor der israelischen Gewerkschaft Histadrut,¹⁴⁹³ die wenig mit Gewerkschaften europäischen Typs gemeinsam hat und zu der führende Unternehmen des Landes wie z.B. Koor oder Solel Boneh gehörten, sowie
3. die Privatwirtschaft.

Gleichwohl wiesen die ersten beiden Bereiche zum Teil sehr enge Verbindungen zueinander auf, wobei auch die Steuerung des privaten Sektors seitens des Staates durch die Kanalisierung von Kapitalimporten entsprechend beeinflussbar blieb. Um so wichtiger erscheint letzter Punkt, da Personen mit privatwirtschaftlichen unternehmerischen Ambitionen und dafür notwendiger hoher Eigenkapitaldecke die absolute Ausnahme des jungen Israel darstellten. In dem in der vorliegenden Studie zu untersuchenden Zeitraum griff Israel auf Kapitalimporte v.a. aus drei Quellen zurück: Zuwendungen der Juden in der Diaspora, der Regierung der USA und der Bundesrepublik Deutschland infolge der Wiedergutmachungsleistungen. In den Jahren 1950-1955 entfielen 45,5 %¹⁴⁹⁴ aller einseitigen Transferleistungen nach Israel auf die erstgenannte Gruppe. Die USA unterstützten Israel v.a. mittels mittel- und längerfristiger Anleihen. Die deutschen Transferleistungen besaßen in den Jahren bis 1955 einen Anteil von 19,4%, 1955-1960 von 27,4% und 1961-1965 von 11,5%.¹⁴⁹⁵

Eine erste wirtschaftliche Phase bilden die Jahre 1948 bis 1953, die durch steigende Inflation und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. 1952 wurde in Israel die erste „Neue Wirtschaftspolitik“ verkündet, die neben einer zunehmenden Liberalisierung der israelischen Außenhandelspolitik, eine Abwertung des israelischen Pfundes, eine teilweise Aufhebung der Preiskontrollen sowie eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik nach sich zog. Nicht zuletzt dank der deutschen Wiedergutmachungslieferungen setzte mit dem Jahr 1954 ein für den restlich zu untersuchenden Zeitraum charakteristisches, anhaltendes Wachstum ein. In der Folge der im Februar 1962 verkündeten zweiten „Neuen Wirtschaftspolitik“ wurde das israelische Pfund erneut abgewertet sowie alle Exportsubventionen gestrichen – eine Maßnahme, die

¹⁴⁹³ Zu den Histadrut Unternehmen und der Hewrat Owdim siehe Ben-Meir, D.: Histadrut. Die israelische Gewerkschaft, Bonn 1982, S.219-225.

¹⁴⁹⁴ Demgegenüber sank der Anteil in den Jahren 1956-1960 auf 26,7%.

¹⁴⁹⁵ Angaben siehe: Wolffsohn, M.: Ungeliebter Markt, S.155-158.

1966 wieder aufgehoben wurde. 1962 wurden die meisten der israelischen Importzölle gesenkt, wobei die Landwirtschaft im Rahmen der Liberalisierung der israelischen Wirtschaft – ähnlich wie in Europa bis heute - von vornherein eine Ausnahme bildete.

3.6.1. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bundesrepublik und Israel

3.6.1.1. Wirtschaftliche Kontakte und Warenaustausch bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens

Wenn man die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel näher betrachtet, muss zunächst die herausragende und wesentliche Rolle des Luxemburger Abkommens auffallen. Im Kontext des Abkommens wurde der deutschen und israelischen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, Kontakte zu knüpfen, welche die Basis für geschäftliche Beziehungen jenseits der deutschen Wiedergutmachungslieferungen bildeten. Nicht, dass es Kontakte zwischen deutscher Industrie und gerade größeren israelischen Unternehmen nicht auch im Vorfeld des Abkommens gegeben hätte, intensiviert wurden sie aber sicherlich erst mit Hilfe des Luxemburger Abkommens.

Während der Warenaustausch zwischen beiden Ländern zunächst lediglich geringen Umfang besaß, der Export von Waren aus der Bundesrepublik nach Israel infolge des Luxemburger Abkommens deutlich ausgeweitet wurde, zeichnete sich mit absehbarem Auslaufen desselben ab 1960 die Ausweitung des freien Warenverkehrs zwischen beiden Ländern deutlich ab. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums betrug der Wert der aus Israel stammenden Einfuhr 1952 27.000 DM. Hingegen exportierte die Bundesrepublik nach Israel bereits Waren im Wert von ca. 22.7 Mio. DM, obgleich diese Ausfuhr zunächst durch besondere Charakteristika geprägt waren. Die Entwicklung des Warenaustausches (ohne Luxemburger Abkommen) während der Jahre 1952 - 1962 soll in der folgenden Tabelle aufgezeigt werden¹⁴⁹⁶.

Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, wies Israel 1958 gegenüber der Bundesrepublik erstmalig eine aktive Handelsbilanz auf. Dieses Bild änderte sich aber mit fortgeschrittener Abwicklung des Luxemburger Abkommens. Es darf in diesem Kontext nicht übersehen werden, dass die deutsche Exporttätigkeit nach Israel für den o.g. Zeitraum hauptsächlich im Rahmen des Luxemburger Abkommens eingebunden gewesen ist. Es zeigt aber auch, dass das Interesse der deutschen Industrie am israelischen Markt durchaus von wirtschaftlichen

¹⁴⁹⁶ Die Daten basieren auf zwei internen Aufzeichnungen des Bundeswirtschaftsministeriums. Siehe: Aufzeichnung Gerbaulet vom 26.9.1960 betr. Situationsbericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Israels (V C 4 – 59150/60), in: PA/AA, B 66, Bd.270; Aufzeichnung Görs vom 13.11.1963 betr. Wirtschaftsbeziehungen mit Israel (V C 5 – 967 028), in: BA, B 102, Bd.122358. Die Daten werden im wesentlichen durch Ebeling bestätigt. Siehe Ebeling, J.: Die Durchführung des Abkommens, S.39.

Überlegungen geprägt war und sie sich durch arabische Boykottandrohungen nur teilweise einschüchtern ließ.¹⁴⁹⁷ Für ein kleines Land wie Israel entwickelte sich der Warenaustausch zwischen beiden Ländern durchaus erfreulich. So war die Bundesrepublik 1963 nach den USA und Großbritannien bereits der dritt wichtigste Handelspartner Israels.¹⁴⁹⁸ Folgend sollen die Entwicklung der wirtschaftlichen Kontakte beider Staaten und des freien Warenaustausches zwischen ihnen nachgezeichnet werden.¹⁴⁹⁹

Angaben in 1.000 DM

Jahr	Einfuhr aus Israel	Ausfuhr nach Israel
1952	27	22.742
1953	444	20.602
1954	7.605	7.693
1955	8.316	4.561
1956	23.835	33.800
1957	34.879	36.445
1958	46.450	26.669 ¹⁵⁰⁰
1959	59.169	49.839 ¹⁵⁰¹
1960	101.274	77.800
1961	115.731	113.219
1962	126.103	153.998

Israel unterhielt bereits relativ frühzeitig nach Gründung der Bundesrepublik direkte Kontakte zu deutschen Unternehmen und leitenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft. So führten beispielsweise im Januar 1950 Max Kreutzberger, als Vertreter der Jewish Agency in München und der israelische Konsul in München, Livneh, Gespräche mit einem der vier leitenden Direktoren der Vereinigten Stahlwerke.¹⁵⁰² Auch der Vertreter des israelischen Finanzministeriums, Mendelsohn, führte während seiner Deutschlandreise, neben Gesprächen im Bundeskanzleramt und Bundeswirtschaftsministerium, auch ein Gespräch mit Otto Wolff von Amerongen als dem Inhaber des bekannten deutschen Unternehmens Otto Wolff.¹⁵⁰³ Die

¹⁴⁹⁷ Vgl.: Meissner, H.G.: Die Wirtschaft Israels. Aufbau – Struktur – Entwicklung, Köln 1962, S.59f. Etwas anders mag dies mit Blick auf die Haltung des Auswärtigen Amts sein.

¹⁴⁹⁸ Vgl.: Gardner Feldman, L.: Special Relationship, Tabelle 4.8. (leider ohne Seitenangabe).

¹⁴⁹⁹ Eine Beschreibung konkreter Projekte aus dem Bereich der privaten Wirtschaft, kann wegen der nur äußerst begrenzt zur Verfügung stehenden Überlieferung im Rahmen dieser Arbeit kaum erfolgen.

¹⁵⁰⁰ Nach der Aufzeichnung aus dem Jahre 1963: 26.790.000 DM.

¹⁵⁰¹ Nach der Aufzeichnung aus dem Jahre 1963: 50.111.000 DM.

¹⁵⁰² Vgl.: Kreutzberger an Landauer am 25.1.1950, in: CZA/ S 35/ 94.

¹⁵⁰³ Vgl.: Aufzeichnung Mendelsohn über sein Gespräch mit von Amerongen im April 1950, in: CZA/ S 35/ 70. Beide erinnerten sich in diesem Kontext auch an den früheren Kauf eines ursprünglich für Persien vorgesehenen Walzwerkes durch das der Histadrut zugehörige Unternehmen Solel Boneh.

Mendelsohn-Mission, welche die Frage einer globalen Wiedergutmachung Deutschlands durch Exporte nach Israel prüfen sollte, dürfte wohl dafür ursächlich gewesen sein, dass der Nürnberger Journalist Stroh, der auf Anregung des damaligen CSU Abgeordneten Strauß bei Blankenhorn vorstellig wurde, u.a. die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern anregte.¹⁵⁰⁴

Am 4. April 1951 wurde der schweizerische Bankier, Hans Seligman, dem die israelischen Wiedergutmachungsforderungen bekannt waren, bei der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts mit dem Vorschlag der Einleitung eines deutsch-israelischen Warenaustausches vorstellig. Seligman, bis 1935 Mitinhaber des Bankhauses Oppenheim, gehörte das Bankhaus Seligman-Schürch & Co in Basel. Er wurde im Auswärtigen Amt durch den ehemaligen Gesandtschaftsrat Reuschenbach, der mittlerweile in Barcelona und Frankfurt als Anwalt tätig war, eingeführt. Nach Aussage von Reuschenbach seien die israelischen Staatssekretäre für Wirtschaft und Finanzen in dieser Angelegenheit bei Seligman vorstellig geworden.¹⁵⁰⁵ Im Anschluss an dieses Gespräch empfing der stellvertretende Leiter der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Becker, Anfang Juni 1951 den Managing Director der Joint Industry Supply Association Ltd. aus Tel Aviv, um mit diesem die Frage eines deutsch-israelischen Warenaustausches zu erörtern.¹⁵⁰⁶ Dieser, der sich als Wirtschaftsberater Ben Gurions und durch dessen Regierung autorisierter Verhandlungspartner vorstellte, zeigte sich an der Frage interessiert, ob die Bundesrepublik prinzipiell einem Warenaustausch mit Israel bzw. einem entsprechenden Abkommen positiv gegenüber stehe. Becker, der eine Verbindung eines Warenaustausches mit israelischen Wiedergutmachungsforderungen nicht in Verbindung bringen wollte und eine klare Trennung beider Themen befürwortete, zeigte sich zur Aufnahme von deutsch-israelischen Handelsbeziehungen gern bereit. Allerdings ersuchte er seinen Gesprächspartner um entsprechend konkrete Vorschläge Israels. Faber verwies daraufhin auf Orangen und – in einem bescheideneren Umfang – Pottasche als israelische Exportware. Demgegenüber benötigte Israel vorfabrizierte Häuser, Pharmazeutika, Bleche, Röhren etc. Becker verwies darauf, dass im Falle deutscher Exporte sogenannter „harter“ Güter, Wert auf entsprechende Lieferung wichtiger Rohstoffe durch Israel gelegt werden müsse. Mit Blick auf die psychologischen Barrieren in Israel gegenüber einem Handel mit Deutschland, empfahl Farber den Warenaustausch und dessen Verrechnung mittels Einschaltung einer neutralen Gesellschaft abzuwickeln.

¹⁵⁰⁴ Vgl.: Aufzeichnung Ostermann vom 30.8.1950, in: PA/AA, B 81, Bd.196.

¹⁵⁰⁵ Vgl.: Aufzeichnung Becker vom 9.4.1951 betr. israelische Initiative zur Einleitung eines deutsch-israelischen Warenaustausches, in: PA/AA, B 150, Bd.169, S.442f.

¹⁵⁰⁶ Vgl.: Aufzeichnung Becker vom 2.6.1951 betr. Besprechung mit Farber, Tel Aviv, in: PA/AA, B 150, Bd.171, S.748f. (= PA/AA, B 11, Bd.249, S.75f.).

In seinem Brief vom 28. Juni 1951¹⁵⁰⁷ präzisierte Seligman die Modalitäten eines deutsch-israelischen Handelsaustausches. Neben Verpackungsmaterial für Zitrusfrüchte (für Kisten vorbereitetes Holz und Bindematerial) bekundete Israel Interesse an Import von u.a. Lokomotiven und Chassis für Autobusse, Lastwagen, Waggonen, Baurundeisen und Wasserrohren, Anlagen für Benzintankstellen sowie Rohmaterialien für die chemische Industrie, wobei Israel im Gegenzug, wie oben erwähnt, hauptsächlich nur Zitrusfrüchte und deren Produkte liefern konnte. Zur Verrechnung des Warenaustausches sollten zwei Clearingkonten bei der Bank deutscher Länder bzw. bei der israelischen Nationalbank eingerichtet werden. Während die in der Schweiz ansässige Bank Seligmans als Kontoinhaber bei der israelischen Nationalbank fungierte, sollte eine entsprechende deutsche Bank ein Konto bei der Bank deutscher Länder unterhalten. Den Warenverkehr sollte ein durch die israelische Regierung eingesetztes Handelsunternehmen koordinieren, die in Israel sämtliche Käufe und Verkäufe gegenüber der Schweiz durchführte. Auch die deutsche Seite hätte für einen entsprechenden Warenaustausch eine eigene Firma gründen müssen, um den Handelsverkehr entsprechend abzuwickeln. Becker, der erkannte, dass von einem wirtschaftlichen Standpunkt aus, der israelische Vorschlag „wenig interessant“ sein würde, empfahl, diese deswegen unter „nahezu ausschließlich politischen Aspekten“ zu beurteilen.¹⁵⁰⁸

Im Januar 1952 wurde ein beantragtes Gegenseitigkeitsgeschäft, im Rahmen dessen für die israelische Lieferung von Zitrusfrüchten im Wert von US \$ 1.536 Mio. als Gegenleistung Textil-, Straßenbau- und Werkzeugmaschinen, Werkzeuge, sanitäre Anlagen, Baumaterialien und elektrische Geräte aus der Bundesrepublik nach Israel geliefert werden sollten, abgelehnt.¹⁵⁰⁹ Dieser Vorschlag basierte auf einem Ersuchen der Firma Meyer Investment Corporation Ltd., Tel Aviv, Büro Zürich, die behauptete, von der israelischen Regierung entsprechend autorisiert worden zu sein. Eine entsprechende schriftlich fixierte Autorisation konnte durch das Unternehmen nicht vorgelegt werden. Infolgedessen und im Kontext des Knessetbeschlusses, direkte Verhandlungen mit der Bundesrepublik über Wiedergutmachungsleistungen aufzunehmen, aus dessen Anlass Ben Gurion erklärt hatte, keine anderen Verbindungen zu Deutschland als diese zu unterhalten, wurde der Antrag durch die Bundesrepublik abgelehnt. Angesicht der psychologischen Barrieren direkter, offener Handelsbeziehungen zwischen Israel und Deutschland zu diesem Zeitpunkt, kann die Möglichkeit, dass die israelische Regierung eine entsprechende Autorisation ausgesprochen hatte, jedoch nicht schriftlich fixie-

¹⁵⁰⁷ Vgl.: Seligmann an Becker am 28.6.1951, in: PA/AA, B 150, Bd.171, S.750ff.

¹⁵⁰⁸ Vgl.: AAPD 1951, Dok.117, S.377.

¹⁵⁰⁹ Vgl.: Vermerk Aschner (V B 4) vom 31.1.1952 betr. Gegenseitigkeitsgeschäft mit Israel, in: BA, B 102, Bd.56743.

ren konnte, ohne dabei die eigenen politischen Erklärungen fragwürdig erscheinen zu lassen, nicht vollständig ausgeschlossen werden. Zudem benötigte Israel die gewünschte Ware z.T. dringend. Auch die Größenordnung des Geschäftes mutet realistisch an.

Das Bundeswirtschaftsministerium vertrat 1952 die Ansicht, dass mögliche Wiedergutmachungslieferungen nach Israel für die Bundesrepublik durchaus bestimmte Vorteile enthielten, insofern, als dass somit die Nachfrage für bestimmte Zusatzlieferungen und damit ein zusätzlicher Absatzmarkt geschaffen würde. Angesichts der politischen Spannungen zwischen Israel und den arabischen Staaten wurde aber die These des Mitarbeiters der europäischen Sektion des World Jewish Congress, Lewy, abgelehnt, wonach Israel als „wirtschaftspolitisches Einfallstor in den Nahen Osten“¹⁵¹⁰ fungieren konnte.

Einen gewissen Sonderfall bildet die Warenausfuhr der Bundesrepublik nach Israel infolge einer Genehmigung der Alliierten Hohen Kommission vom Oktober 1951. Diese trat an das Bundeskanzleramt per Schreiben vom 5. Oktober 1951¹⁵¹¹ mit dem Ersuchen heran, mittels Gelder, die der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) zugefallen waren, Warenlieferungen nach Israel zu bezahlen. Dieser Vorschlag basierte auf einer entsprechenden Anregung der JRSO. Die Alliierte Hohe Kommission teilte in der Folge der Bank deutscher Länder am 21. Dezember 1951 mit, dass sie in diesem Falle trotz des Grundsatzes, wonach die Verwendung von DM-Sperrguthaben zur Bezahlung von Warenausfuhren verboten war, einer Ausnahmeregelung zustimmen werde.¹⁵¹² Demnach sollten zwecks Warenankauf und -ausfuhr aus der Bundesrepublik Deutschland nach Israel, aber auch anderen Ländern, Lieferungen bis zu einem Gesamtbetrag von höchstens 20 Mio. DM jährlich genehmigt werden.¹⁵¹³ Dabei standen allerdings Güter, die im Rahmen regulärer Außenhandelstätigkeit Mangelware oder aber kriegswichtige Güter darstellten, für diese Ausfuhren nicht zur Disposition. Die technische Durchführung des Programms oblag der JRSO in Verbindung mit der Jewish Agency for Palestine (J.A.) und dem Bundeswirtschaftsministerium, wobei die AHK um entsprechende Unterrichtung bat. Die in diesem Kontext erfolgten Exporte bildeten bis 1953¹⁵¹⁴ und damit dem Jahr des Anlaufen des Luxemburger Abkommens eine nicht zu unterschätzende „erste Hilfe“ für dringende Projekte z.B. im Kontext der Einwanderungswelle nach Israel. Im Rahmen des Programms wurden u.a. z.B. vorfabrizierte Holzhäuser, Installationsmaterial-

¹⁵¹⁰ AAPD 1952, Dok.40, S.119.

¹⁵¹¹ Siehe: AHK, Generalsekretär Neate an Blankenhorn, BKA, am 5.10.1951 (AGSEC (51) 1538), in: BA, B 102, Bd.56743 (= in: PA/AA, B 11, Bd.259, S.91f.)

¹⁵¹² Vgl.: Vermerk Masserer vom 19.12.1952 (V C 3), in: BA, B 102, Bd.6506, Heft 2.

¹⁵¹³ Es wurde anerkannt, dass der DM-Erlös aus den Warenlieferungen im Rahmen des 20 Mio. DM Transferprogramms devisengleichen Charakter trug.

¹⁵¹⁴ Vgl.: Trützschler (244-02 II 356/53) an Generalsekretär der AHK, Neate, am 19.1.1953, in: BA, B 102, Bd.6506, Heft 2.

lien zur Fertigstellung von Holzhaus-Siedlungsprojekten in Israel, die maschinelle Ausrüstung für ein Industrierwerk oder diverse Textilien geliefert.¹⁵¹⁵

3.6.1.2. Wirtschaftliche und Gewerkschaftliche Kontakte außerhalb des Luxemburger Abkommens

Nach Inkrafttreten des Luxemburger Abkommens sind wirtschaftliche Kontakte außerhalb dessen Rahmens zunächst nur in sehr geringem Umfang nachzuweisen, was angesichts der umfangreichen deutschen Lieferungen einleuchtend erscheint. 1955 beschränkte das Auswärtige Amt nach zweimaliger Erörterung im handelspolitischen Ausschuss z.B. ein geplantes Sondergeschäft mit Israel in Höhe von 25 Mio. DM auf einen Warenaustausch von 7-8 Mio. DM. Gegen die Lieferung von Kubazucker und diverser deutscher gewerblicher Produkte sollten israelische Zitrusfrüchte angekauft werden. Nicht zuletzt wegen begrenzter israelischer Lieferungsmöglichkeit, maß man einem umfangreicheren Warenaustausch keine praktische Bedeutung zu, behielt sich aber eine Änderung im entgegengesetzten Falle vor.¹⁵¹⁶

Infolge seines Besuches in Deutschland Ende April 1957, informierte Nahum Goldmann die Außenministerin Golda Meir, dass die deutsche Industrie dem israelischen Markt mit Interesse offen gegenüberstehe und der Bundeswirtschaftsminister zum Ausbau der deutsch-israelischen wirtschaftlichen Beziehungen seine Hilfe in Aussicht gestellt hatte.¹⁵¹⁷ Zu Beginn des Jahres diskutierte man in Israel auch die Einladung leitender Persönlichkeiten z.B. der Deutschen Werft, der Stülcken-Werft, der Gutehoffnungshütte oder Mannesmanns. Dabei sollte die Einladung aus Anlass der ersten Fahrt des im Rahmen des Luxemburger Abkommens neugelieferten Schiffs „Theodor Herzl“ ausgesprochen werden. Dass die israelischen Bemühungen, Kontakte zur deutschen Industrie zu vertiefen, nicht grund- und erfolglos waren, zeigt der Besuch zweier Vertreter der Gutehoffnungshütte und der Westdeutschen Reederei in Israel.¹⁵¹⁸ Dieser fand auf Initiative eines der beiden deutschen Besucher statt. Trotz des offiziell privaten Charakters der Reise, wurden im Rahmen dieser u.a. Entwicklungsprojekte

¹⁵¹⁵ Vgl.: J.A., Rosenthal und Schoenberg an BWM, Referat Devisenkontrolle am 16.1.1953 betr. Installationsmaterialien, in: BA, B 102, Bd. 6506, Heft 1; Schöne, BWM (V C 3 – 3050/53) an J.A. am 13.2.1953 betr. Installationsmaterialien, in: BA, B 102, Bd. 6506, Heft 1; J.A., Rosenthal und Kreutzberger an BWM, Referat Devisenkontrolle am 29.10.1952 betr. maschinelle Ausrüstung für ein Industrierwerk, in: BA, B 102, Bd. 6506, Heft 1; Schöne, BWM (V C 3 – 72766/52) an J.A. am 24.11.1952, in: BA, B 102, Bd. 6506, Heft 1; Kieschke (IV B 4 – 46331), 12.11.1951 an VC 3 betr. Warenausfuhr durch die JRSO in Höhe von 20 Mio. DM jährlich; hier: Ausfuhr von Holzhäusern nach Israel, in: BA, B 102, Bd. 56743; J.A. an BWM, Referat Devisenkontrolle am 6.3.1953 betr. Warenausfuhr nach Israel im Rahmen des 20 Millionen Transfer-Programms; hier: diverse Textilien, in: BA, B 102, Bd. 6506, Heft 1.

¹⁵¹⁶ Vgl.: Aufzeichnung Welck vom 11.10.1955 (zu 308.300-01/92.191684/55) betr. geplantes Sondergeschäft mit Israel, in: PA/AA, B 11, Bd. 1543.

¹⁵¹⁷ Vgl.: Goldmann an Meir am 1.5.1957, in: ISA/3099/25-צח.

¹⁵¹⁸ Vgl.: Memorandum Ilsars vom 19.2.1957, in: ISA/3099/25-צח.

mit der GHH und MAN besprochen. Es fanden Treffen u.a. mit Vertretern von „Koor“, „Bank Leumi“ und „Zim“ statt.¹⁵¹⁹

Im März 1959 wandte sich der Generalsekretär der Histadrut, Pinhas Lavon, an den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).¹⁵²⁰ Ziel war es, die dem DGB nachgeordnete Bank für Gemeinwirtschaft zur Vergabe von Krediten an Israel, insbesondere für den zur Histadrut gehörenden Konzern Koor, zu veranlassen. Koor beschäftigte zu diesem Zeitpunkt ca. 6.500 Menschen und nannte über 26 Anlagen, zum Teil im Bereich der Schwerindustrie, sein eigen. Der Konzern exportierte u.a. Zement, Reifen, Glas und sanitäre Waren. Das Unternehmen untersuchte zeitgleich die Möglichkeit des Erwerbs von Ausrüstung zur Errichtung zweier neuer Anlagen, wobei man Interesse an einem Kauf von entsprechender Apparaturen in Deutschland – außerhalb des Luxemburger Abkommens – bekundete. Die Kreditvergabe unterlag weniger wegen sachlicher Kriterien, sondern vielmehr wegen der politischen Situation im Nahen Osten einem gewissen Risiko. Die Histadrut unterhielt in New York eine eigene Gesellschaft mit dem Namen AMPAL (American Israel Corporation),¹⁵²¹ die dort als Finanzierungsinstitut tätig war und amerikanischem Gesetz unterlag. Über AMPAL sollten deutsche Kredite für konkrete Projekte in Israel abgewickelt werden. Entsprechende Bestrebungen der Histadrut wurden durch Shinnar unterstützt.¹⁵²² Dass eine Regelung, die mögliche arabischen Proteste von vornherein ins Kalkül einbezog, realistisch und auch weitsichtig war, zeigt ein Protest des zentralen Boykottbüros der Arabischen Liga an die Bank für Gemeinwirtschaft.¹⁵²³ Unter Berufung auf verlässliche Informationen monierte man u.a. die Kreditvergabe der Bank für israelische Projekte. In diesem Kontext wurde darauf verwiesen, dass sich die arabischen Staaten noch im Kriegszustand („state of war“) mit Israel befänden. Gleichzeitig wurde der Bank für Gemeinwirtschaft mit der „Schwarzen Liste“ gedroht. Der Direktor der Bank, Walter Hesselbach, teilte den Inhalt des Schreibens Shinnar entsprechend mit. Spätere Kontakte des DGB mit der Histadrut legen nahe, dass diese sich in ihren Beziehungen von den arabischen Boykottandrohungen nur sehr begrenzt beeindrucken ließen.

Die Kontakte zwischen dem DGB und der Histadrut reichen bereits in das Jahr 1948, als dem Gründungsjahr des Internationalen Bunds Freier Gewerkschaften, zurück.¹⁵²⁴ Im Frühjahr 1957 besuchte eine erste Delegation des DGB infolge einer Einladung der Histadrut Isra-

¹⁵¹⁹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.171, S.500ff.

¹⁵²⁰ Vgl.: Histadrut, Lavon, an Rosenberg, DGB, am 24.3.1959, in: DGB-Archiv, 5/DGAI 001666.

¹⁵²¹ AMPAL war bereits während des Krieges gegründet worden.

¹⁵²² Vgl.: Lavon, Histadrut, an Rosenberg, DGB, am 21.4.1959, in: DGB-Archiv, 5/DGAI 001666; Rosenberg an Vorstand der Bank für Gemeinwirtschaft, am 9.6.1959, in: DGB-Archiv, 5/DGAI 001666.

¹⁵²³ Vgl.: Brief von Abdul Karim el-A'idi, Arabische Liga, an Bank für Gemeinwirtschaft am 3.5.1962, in: I-SA/3400/13-37.

¹⁵²⁴ Vgl.: Schulte, D.: DGB und Histadrut. Eine einmalige Partnerschaft, in: *Tribüne* 34/133 (1995), S.182.

el. Aus Anlass des Besuches schenkte der DGB Israel die Ausstattung für einen Kindergarten. Im Rahmen des Aufenthaltes erfolgten Gespräche mit den israelischen Ministern für Auswärtiges (Meir), Justiz (Rozen) und Arbeit (Namir) sowie mit Naphtali als Minister ohne Portefeuille.¹⁵²⁵ Eine weitere hochrangige DGB Delegation, der u.a. die beiden stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Bernhard Tacke und Hermann Beermann angehörten, reiste Ende 1962 nach Israel.¹⁵²⁶

Unter Verweis auf zunehmende Versuche halbstaatlicher israelischer Unternehmen, in der Bundesrepublik Deutschland private Finanzkredite zu erhalten und die damit in Zusammenhang stehende Frage nach der Gewährung von Bundesgarantien, vertrat das Auswärtige Amt 1960 die Auffassung, dass es keinen Grund sehe, wegen absehbarer arabischer Proteste, Israel schlechter als andere Staaten zu behandeln. Prinzipiell sollten die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zu Israel, inklusive privater Kapital- und Kreditgeschäfte frühzeitig so gepflegt werden, dass diese nach Ablauf des Luxemburger Abkommens entsprechend reibungslos, wie mit anderen Staaten auch, abgewickelt werden konnten.¹⁵²⁷

Im April 1961 unterbreitete der israelische Staatsbürger Porath dem Bundeswirtschaftsministerium, welches das Auswärtige Amt in dieser Angelegenheit unterrichtete, den Vorschlag der Errichtung eines deutschen Wirtschaftsdienstes in Israel. Eine solche Vertretung sollte zunächst aus vier Personen bestehen. Porath verwies darauf, dass große deutsche Unternehmen, die Aussichten auf einen Absatzmarkt in Israel besaßen, sich Agenten suchten und somit aus eigener Initiative die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel erweitern würden. In diesem Kontext verwies er z.B. auf die Firma Oetker, deren Projekt es der Mutterfirma erlauben würde, zu gleichen Preisbedingungen, aber bei Einsparung der Transportkosten, Waren in die Länder des Fernen Ostens zu exportieren. Die Aufgaben des Wirtschaftsdienstes sollten zunächst dazu dienen, Interessenten beider Staaten die gewünschten Informationen und Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Eine Ausweitung der Tätigkeitsbereiche des Wirtschaftsdienstes wurde bei Bedarf in Aussicht gestellt, konsularische Aufgaben eingeschlossen.¹⁵²⁸

¹⁵²⁵ Vgl.: DGB, Bundesvorstand, Richter, an Mitglieder des Bundesvorstandes und Vorsitzenden der DGB-Landesbezirke am 24. Juni 1957 betr. Bericht über die Reise der DGB-Delegation nach Israel, in: DGB-Archiv, 5/DGAI/6. Der Delegation gehörten sechs Teilnehmer, darunter Ludwig Rosenberg an. Barkatt, Tel Aviv, an Willi Richter, DGB, Düsseldorf am 20.5.1957, in: DGB-Archiv, 5/DGAI/6.

¹⁵²⁶ Vgl.: Nachrichtendienst: Bundespressestelle des DGB, Düsseldorf, den 16.11.1962, in: DGB-Archiv, 5/DGCY/000025.

¹⁵²⁷ Vgl.: Aufzeichnung Harkort (412-85.00-92.19) vom 20.10.1960 betr. Finanzkredite für Projekte in Israel, in: PA/AA, B 66, Bd.270 (= PA/AA, B 12, Bd.1032).

¹⁵²⁸ Vgl.: Gerbaulet an Haas am 26.4.1961 betr. Errichtung eines Wirtschaftsdienstes, inkl. schriftliche Vorlage Poraths in der Anlage, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

Nur wenige Monate später, zeitlich parallel zum Eichmannprozess, wandte sich der Leiter der Außenhandelsabteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) an die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts infolge eines Vorschlages des Berliner Senators, Paul Hertz, zur Bildung eines Komitees zur Förderung der deutsch-israelischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dieser Vorschlag beruhte auf einer Bitte der Development Corporation for Israel, New York und Vertretern der israelischen Regierung gegenüber Hertz, den Vorsitz eines entsprechenden Komitees zu übernehmen. Deswegen richtete Hertz mehrere Schreiben an führende Repräsentanten der deutschen Industrie, in denen eine Studienreise nach Israel angeregt wurde. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten äußerte der BDI dem Auswärtigen Amt gegenüber seine Bedenken hinsichtlich der israelischen Vorschläge.¹⁵²⁹

Nachdem der Leiter der Berliner Dienststelle des Auswärtigen Amts Senator Hertz aufgesucht hatte und sich vergebens darum bemüht hatte, ihm die Bedenken des Ministeriums gegen eine Informationsreise entsprechender Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens nach Israel mit dem Ziel darzulegen, diese nicht durchzuführen, wandte sich Bundesaußenminister von Brentano selbst an ihn. In diesem Schreiben bat von Brentano in ernster Sorge hinsichtlich der „zu erwartenden Folgen für die Beziehungen der Bundesrepublik zu den arabischen Ländern“, ¹⁵³⁰ von der Gründung eines Komitees zur Förderung der deutsch-israelischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einer Informationsreise abzusehen. Diese würden eine „in die Augen fallende Unterstützung Israels zum Ziel haben“¹⁵³¹ und durch die Person des Senators und maßgeblicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik halboffiziellen Charakter tragen. Mit dem kurze Zeit später erfolgten Tod von Paul Hertz,¹⁵³² sah das Auswärtige Amt das Projekt als gescheitert an.¹⁵³³

Dennoch unterstützten einflussreiche Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens ab 1962 im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Freunde des Israel Aufbaus“, dessen Kuratorium 1965 z.B. Walter Hesselbach, Walter Leiske,¹⁵³⁴ Freiherr von Preuschen, Werner Bockelmann, Gerd Bucerius oder Shimshon Elath, als Chef der Hauptniederlassung der State of

¹⁵²⁹ Vgl.: BDI, Goksch, an AA, Haas, am 5.6.61 mit Anlage: Brief von Hertz an Berg, Präsident des BDI, am 12.5.1961, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

¹⁵³⁰ Brentano an Hertz am 8.9.1961, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

¹⁵³¹ Ebd.

¹⁵³² Paul Hertz (23.06.1888-23.10.1961) fungierte 1951-53 als Senator für Marshallplan und Kreditwesen, 1953-55 als Verantwortlicher für das Berliner Notstandsprogramm, 1955-1961 Senator für Wirtschaft und Finanzen.

¹⁵³³ Vgl.: Aufzeichnung Abt. 4 (412-84.00-92.19) vom 7.11.1961, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

¹⁵³⁴ Dieser war ehemaliger Oberbürgermeister von Frankfurt a.M.

Israel Bonds¹⁵³⁵ in Deutschland (Frankfurt), angehörten, v.a. Ziele der Israel Bonds Organisation.¹⁵³⁶

Shinnar, als Leiter der Israel Mission in Köln, unterhielt über Jahre hinweg regelmäßigen Kontakt zu führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft, wie z.B. Kontakte zu deutschen Unternehmen, wie Kaufhof oder Mannesmann oder einer einflussreichen Persönlichkeit wie Pferdenges.¹⁵³⁷ 1962 wurde Shinnar zum Leiter des Citrus Marketing Board in Israel ernannt, weswegen er sich in der Folge seiner Ernennung nicht mehr so häufig in der Bundesrepublik aufhielt.¹⁵³⁸ Mit der Berufung Shinnars gewann dieser starken Einfluss auf einen der beiden wichtigsten Exportzweige Israels. Nicht zuletzt wegen seiner sehr guten Kontakte zur deutschen und europäischen Wirtschaft lag eine Auswahl zugunsten Shinnars nahe. Zu diesem Zeitpunkt war das Gros der im Rahmen des Luxemburger Abkommens nach Israel zu liefernden Waren bereits an ihrem Ziel angekommen, was eine Neuorientierung der israelischen Handelsbeziehungen v.a. zur Bundesrepublik erforderlich machte.

Für die deutsche Wirtschaft insgesamt lässt sich konstatieren, dass die deutschen Leistungen an Israel innerhalb des Luxemburger Abkommens, ebenso wie die darüber hinaus und sich unabhängig davon gestaltenden deutsch-israelischen Handelsbeziehungen, keineswegs die ökonomischen Interessen der deutschen Industrie im Nahen Osten behindert haben. Gerade in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erlebte die deutsche Wirtschaft dort einen Aufschwung. Nach der Suezkrise konnte sie gerade in Ägypten wichtige Erfolge verbuchen. So befanden sich 1957 alle laufenden Großprojekte des Landes unter der Leitung mindestens einer deutschen Firma. Diese Großprojekte waren das Stahlwerk bei Helwan (DEMAG), die Konstruktion zweier Nilbrücken (Krupp), die Düngemittelfabrik bei Assuan (DEMAG/BASF) sowie ein großes Kraftwerk bei Kairo (AEG).¹⁵³⁹ Der Bau der ersten Stufe des Assuan-Hochdammes wurde 1958 allerdings der UdSSR übertragen, wofür andere Gründe als die deutsch-israelischen Beziehungen ursächlich gewesen sind.

¹⁵³⁵ Der Erlös der Staatsanleihe war für die Entwicklung und Erweiterung einer Anzahl wichtiger Projekte in Israel, z.B. für Bewässerungsprojekte, Ausbau des Transport- und Nachrichtenwesens etc., vorgesehen.

¹⁵³⁶ Vgl.: Sitzung des Vorstandes des Kuratoriums der Freunde des Israel Aufbaues – Stand 26.8.1965, in: DGB-Archiv, 5/ DGCY/ 000048; Zweite Arbeitstagung des Kuratoriums der „Freunde des Israel Aufbaus“ am Mittwoch, den 20.2.1963 in Frankfurt, in: DGB-Archiv, 5/ DGCY/ 000048.

¹⁵³⁷ Vgl.: Shinnar an Savir am 27.11.1958, in: ISA/3099/28-צא; Braun, Kaufhof AG, an Shinnar, am 5.2.1963, in: ISA/3400/20-צא; Shinnar an Finanzminister am 6.7.1963, in: ISA/3399/6-צא; Shinnar an Finanzminister am 29.1.1963, in: ISA/3399/6-צא. Vgl.: Sywottek, A.: Über die Anfänge der deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen. Eine erste Annäherung, in: Freimark, P./ Jankowski, A./ Lorenz, I.S. (Hg.): Juden in Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung, Hamburg 1991, S.456f.

¹⁵³⁸ Vgl.: Vermerk Holzheimer betr. Felix E. Shinnar vom 1.10.1962, in: BA, B 122, Bd.5476.

¹⁵³⁹ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.349.

3.6.1.3. Israel, die Bundesrepublik und der Europäische Markt

Bereits kurze Zeit nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 entsandte Israel nach den USA und Griechenland eine eigene Mission nach Brüssel.¹⁵⁴⁰ Letzten Endes beabsichtigte Israel, ein Assoziierungsabkommen mit der EWG abzuschließen, welches aber erst 1995 realisiert werden konnte. Aber weswegen bemühte sich Israel derart vehement und auch sehr frühzeitig um eine Anbindung an die EWG und den europäischen Markt? Konnte man die israelische Zielsetzung wirklich als unrealistisch¹⁵⁴¹ oder unbegründet beschreiben? Standen einer Assoziierung Israels wirtschaftliche oder doch eher politische Erwägungen entgegen? Weswegen ersuchte Israel Deutschland um Unterstützung seiner Absichten?

Für jedermann augenscheinlich, bedeuteten die Außenzölle der EWG gerade für die Zitrusexporte Israels, als eine der Haupteinnahmequellen des jungen Staates bei gleichzeitiger stark passiver Handelsbilanz eine entsprechende Belastung. Von den z.B. zum 1. Januar 1959 in Kraft tretenden Zollsenkungen auf dem europäischen Binnenmarkt wurden israelische Zitrusimporte gegenüber solchen aus Italien nach der Bundesrepublik Deutschland mit einem um 10 % höheren Zoll belegt. Im Jahre 1957 umfassten die israelischen Exporte nach der Bundesrepublik ein Volumen im Wert von ca. 21,8 Mio. DM – für ein kleines und noch in Entwicklung befindliches Land wie Israel eine beachtliche Summe. Deswegen bat der Leiter der Israel Mission, Shinnar, den Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Müller-Armack, im Juli 1958 im Rahmen der EWG oder der autonomen Außenhandels- und Zollpolitik der Bundesrepublik eine Lösung anzustreben, die eine Benachteiligung israelischer Zitrusexporte vermeiden würde. Die Beneluxstaaten hatten zu diesem Zeitpunkt bereits eine wohlwollende Prüfung des israelischen Ersuchens in Aussicht gestellt.¹⁵⁴² Im Oktober desselben Jahres wandte sich Israel auch an die Kommission der EWG. Diese sagte Israel eine Prüfung der Frage zu.¹⁵⁴³

Doch kann der Komplex der Zitrusexporte nicht über das grundlegende israelische Ziel einer wirtschaftlichen Anbindung an den europäischen Markt hinwegtäuschen, wie dies auch unabhängig von der EWG im Rahmen der israelischen Politik gegenüber der OEEC, ab 1961 OECD, deutlich wird. Obwohl es Israel bis 1958 bereits gelungen war, einige bilaterale Ab-

¹⁵⁴⁰ Vgl.: Cohen, Y.: Israel and the EEC, 1958-1978: Economic and Political Relations, in: Giersch, H. (Hg.): The Economic Integration of Israel in the EEC, Tübingen 1980, S.15. In einer anonymen Aufzeichnung über die Beziehungen Israels mit der EWG wird im Unterschied zu Cohen (1958) der Januar 1959 als Zeitpunkt der Entsendung einer entsprechenden Mission angegeben. Vgl.: Aufzeichnung über die Beziehungen Israels mit der EWG vom 2.2.1962, in: ISA/578/18-зг.

¹⁵⁴¹ So etwa Hansen, N.: Schatten, S.685.

¹⁵⁴² Vgl.: Shinnar an Müller-Armack am 24.7.1958, in: ISA/294/5-зг.

¹⁵⁴³ Vgl.: Aufzeichnung über die Beziehungen Israels mit der EWG vom 2.2.1962, in: ISA/578/18-зг.

kommen mit OEEC-Staaten abzuschließen, hatte die Bundesrepublik Deutschland, v.a. aus politischen Erwägungen, konkret mit Blick auf die eigenen Interessen in den arabischen Staaten, von einem solchen Vertragsabschluss abgesehen, zumal es auf ein entsprechendes Abkommen mit Israel nicht angewiesen war. Israel war infolge des Luxemburger Abkommens eng mit der deutschen Wirtschaft verflochten und noch Jahre nach dessen Auslaufen „von deutschen Zu- und Servicelieferungen abhängig.“¹⁵⁴⁴

Am 23. Juni 1958 hatte Israel mittels einer Note bei der Mehrzahl der OEEC Staaten ange-regt, eine „Multilateralisierung seines Zahlungs- und Handelsverkehrs mit diesen Staaten her-beizuführen und zu diesem Zweck alsbald in Verhandlungen einzutreten.“¹⁵⁴⁵ Israel erklärte sich bereit, den sich beteiligenden Staaten ein globales Einfuhrkontingentsystem einzuräu-men, verlangte im Gegenzug aber eine nichtdiskriminierende Behandlung mit Blick auf nicht-liberalisierte Waren sowie die Gewährung einer OEEC Freiliste. Da die Bundesrepublik letz-tere keinem Nichtmitgliedstaat der OEEC mit Ausnahme Jugoslawiens erteilt hatte, sollte Israel eine solche nicht zugebilligt werden. Zudem befürchtete gerade das Bundeswirt-schaftsministerium eine nicht erwünschte erhöhte Ausfuhr von Textil-Fertigwaren¹⁵⁴⁶ nach der Bundesrepublik. Zudem sah sich das Auswärtige Amt zu einer Gewährung der Meistbe-günstigung an Israel im April 1959 nicht verpflichtet, da Israel noch nicht dem GATT ange-hörte. Das israelische Ersuchen wurde durch die Bundesrepublik abgelehnt.

Im Unterschied zu Deutschland hatten sich u.a. Belgien, Frankreich, Großbritannien, Norwegen und Schweden bereit erklärt, an Verhandlungen über ein multilaterales Handels- und Zahlungsabkommen mit Israel teilzunehmen. Allerdings vertraten die OEEC Mitglieds-länder, insbesondere Belgien und die Niederlande¹⁵⁴⁷ den Standpunkt, dass eine Multilaterali-sierung nur dann sinnvoll sei, wenn diese sich auf ca. 80 % der israelischen Importe erstreck-te. Dies machte aus Sicht der vorgenannten Länder auch eine Einbeziehung der Leistungen gemäß des Luxemburger Abkommens notwendig. Dies lehnte das Auswärtige Amt aber kate-gorisch ab, da die Leistungen aus Steuermitteln aufgebracht wurden, der Israel im Rahmen des Abkommens zugesicherte Betrag grundsätzlich für deutsche Warenlieferungen und Dienstleistungen verwendet werden und das Luxemburger Abkommen ausschließlich einem politischen und nicht wirtschaftlichen Zweck dienen sollte.¹⁵⁴⁸

¹⁵⁴⁴ Trützschler an Staatssekretär Westrick am 30.10.1958, in: BA, B 102, Bd.122356.

¹⁵⁴⁵ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.163, S.482.

¹⁵⁴⁶ Hierbei ging die Bundesrepublik davon aus, dass ein Abkommen mit Israel einen Präzedenzfall darstellen würde, der zu einer Beseitigung von Importrestriktionen für Textilimporte anderer nichteuropäischer Staaten, insbesondere Indiens und Japans führen konnte. Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.390, S.358 (zum deutschen Stand-punkt hebr. S.727f.).

¹⁵⁴⁷ Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.389, S.357 (hebr. S.723ff.).

¹⁵⁴⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.165, S.486f. u. Dok.166, S.488ff.

Insbesondere die Bundesrepublik insistierte, das Luxemburger Abkommen nicht zum Gegenstand von Verhandlungen eines multilateralen Handels- und Zahlungsabkommen zu machen.¹⁵⁴⁹ Die Bundesrepublik lehnte ihre Beteiligung an einem solchen Abkommen ab, da aus ihm keine Vorteile für die Bundesrepublik erwachsen würden und man dem Standpunkt, wonach 60-70 % der israelischen Ausfuhr in den OEEC-Raum gingen, von deutscher Seite dahingehend entkräftete, dass nur ca. 30-32% der israelischen Gesamteinfuhr aus diesen Ländern stamme. Zudem beabsichtige Israel nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministeriums mit der Multilateralisierung „die Voraussetzungen für die Gewährung von Krediten durch die OEEC zu schaffen.“¹⁵⁵⁰

Im Februar 1960 lehnte auch die britische Regierung das israelische Ersuchen ab. Sie begründete ihre mittlerweile ablehnende Haltung damit, dass bereits sechs Mitgliedstaaten der OEEC Israel volle OEEC-Liberalisierung gewährten. Ferner könne Israel als zukünftiges GATT-Mitglied,¹⁵⁵¹ Liberalisierungsmaßnahmen nicht lediglich „auf einen Teil der GATT-Mitglieder beschränken“. Zudem machten die zunehmenden Liberalisierungsbemühungen beider Organisationen den Abschluss eines Sonderabkommens mit Israel überflüssig.¹⁵⁵²

Auch das State Department lehnte den Beitritt Israels zur OECD 1961 klar ab. Wenn Israel dieser Organisation beitreten könne, so wäre kein Grund vorhanden, weswegen nicht alle möglichen Länder die Mitgliedschaft beantragen könnten. Israel hatte zuvor auf informellem Wege bei der amerikanischen Regierung geprüft, ob diese einem Beitritt Israels zur OECD zustimmen würden. Im Unterschied dazu äußerten sich die Vereinigten Staaten gegenüber einem möglichen Assoziierungsantrag Israels an die EWG nicht, da diese Frage als rein europäische Angelegenheit wahrgenommen wurde.¹⁵⁵³

Während eines Treffens mit dem Präsidenten der Kommission der EWG, Walter Hallstein, erklärte David Ben Gurion 1960, dass es das erklärte Ziel Israels sei, assoziiertes Mitglied der EWG zu werden.¹⁵⁵⁴ Die Kommission hatte der Israel Mission am 13. Juni 1960 einen Fragebogen übergeben, der Themen, die im Rahmen von Gesprächen zwischen der Kommission der EWG und der ständigen Vertretung Israels bei der EWG, problematisiert worden waren,

¹⁵⁴⁹ Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.390, S.359, Anm.6. (hebr. S.728).

¹⁵⁵⁰ Aufzeichnung der Abteilung 4 des AA (412.85.00-92.19-588/59) vom 4.7.1959 über Bemühungen Israels den Handels- und Zahlungsverkehr mit den OEEC-Ländern zu multilateralisieren, in: PA/AA, B 66, Bd.270 (auch in: PA/AA, B 12, Bd.1032).

¹⁵⁵¹ Israel trat dem GATT am 5.7.1962 bei.

¹⁵⁵² Vgl.: Deutsche Vertretung bei der OEEC, Paris, an AA, am 10.2.1960, in: PA/AA, B66, Bd.270.

¹⁵⁵³ Vgl.: Botschaft der BRD, Washington D.C. (Wi 401-88.41-3002/61), am 14.8.1961 an AA, betr. israelische Absicht eines Beitritts zur OECD, in: BA, B 102, Bd.122356.

¹⁵⁵⁴ Vgl.: Cohen, Y.: Israel and the EEC, S.15.

zum Gegenstand hatte. Israel beantwortete diese Fragen mit einer am 20. September 1960 durch den Leiter der israelischen Vertretung an die Kommission übergebenen Denkschrift.¹⁵⁵⁵

Zuvor war eine Assoziierung Israels an die EWG Thema des Gesprächs zwischen dem israelischen Finanzminister Eshkol und Bundeswirtschaftsminister Erhard sowie dem ebenfalls anwesenden Shinnar am 8. September in Brüssel gewesen. Erhard befürwortete das israelische Anliegen und versprach, dieses zu unterstützen. Allerdings zeigte sich der Bundeswirtschaftsminister über das bisherige diesbezügliche „Schweigen“ Israels mit Blick auf die EWG und OEEC erstaunt. Das löste bei den israelischen Gesprächspartnern zu Recht Verwundung aus. So verwies Shinnar z.B. auf sein Gespräch mit Adenauer am 3. August 1960,¹⁵⁵⁶ bei dem auch die Frage der Anbindung Israels an den europäischen Markt angeschnitten worden war. Zudem war dieses Thema mehrfach mit dem Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, Müller-Armack, sowie dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, van Scherpenberg,¹⁵⁵⁷ diskutiert worden. Ob Erhard, der aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem Ausschluss Großbritanniens von der EWG keinen Hehl machte, ggf. aus politischen Gründen nur unzureichend über die israelischen Verhandlungen in der Bundesrepublik unterrichtet wurde, darf vermutet werden.¹⁵⁵⁸ Dieser selbst unterstützte das israelische Anliegen als Bundeswirtschaftsminister jedenfalls eindeutig, wenngleich er mit Blick auf seine Befugnisse natürlich keine über diese hinausgehenden Versprechen geben konnte. Bis zum Zeitpunkt von Verhandlungen über eine Assoziierung empfahl Erhard, zunächst Zollfreikontingente für die Güter zu fordern, die Israel in die EWG exportiere, um somit z.B. einer Benachteiligung beim Export von Zitrusfrüchten zu vermeiden.¹⁵⁵⁹

Der israelische Gesandte bei der EWG in Brüssel, Najar, hatte im Juli 1960 Deutschland als das Haupthindernis der israelischen Assoziierungsziele, charakterisiert.¹⁵⁶⁰ Hintergrund solcher Einschätzungen war eine Äußerung des deutschen ständigen Vertreters bei der EWG,

¹⁵⁵⁵ Vgl.: Aufzeichnung Hünke, BMW, am 15.7.1961 betr. israelisches Memorandum vom 11. Juli 1961, in: BA, B 102, Bd.122356.

¹⁵⁵⁶ Nach Aussage Shinnars habe Adenauer bei diesem Gespräch geäußert, dass die Bundesrepublik nicht gegen eine Assoziierung Israels an die EWG sei, zuvor „jedoch deren innere Konsolidierung durchgeführt werden müsse.“ Siehe Aufzeichnung Abteilung 4, AA (412-88.02-92.19) betr. Bemühungen Israels auf Assoziierung mit der EWG vom 12.10.1960, in: PA/AA, B 66, Bd.271.

¹⁵⁵⁷ Vgl.: Aufzeichnung der Handelspolitischen Abteilung des AA (412.85.00-92.19-588/59) vom 4.7.1959 über Bemühungen Israels den Handels- und Zahlungsverkehr mit den OEEC-Ländern zu multilateralisieren, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

¹⁵⁵⁸ Koerfer verweist darauf, dass sich bereits nach dem Scheitern der EVG 1954 zwei Lager – das der „Institutionalisten“ um Konrad Adenauer, von Brentano, Hallstein und Etzel einerseits, andererseits das der „Funktionalisten“ um Ludwig Erhard herausgebildet hatten. Erhard befürwortete ebenso wie z.B. Wilhelm Röpke, Friedrich A. von Hayek oder Franz Böhm die Europäische Integration nur dann, „wenn sie der Sicherung eines funktionierenden Welthandels nicht im Wege stand“ (Koerfer, S.554). Vgl.: Koerfer, D.: Zankapfel Europapolitik: Der Kompetenzstreit zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium 1957/58, in: Politische Vierteljahresschrift 29 (1988), S.553-568.

¹⁵⁵⁹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.183, S.529 u. Dok.184, S.531f.

¹⁵⁶⁰ Vgl.: FPI 1960, Dok.330, S.276 (hebr.S.531f.).

Carl Friedrich Ophüls gewesen, wonach die Bundesrepublik wegen der Rücksichtnahme auf mögliche arabische Reaktionen von Verhandlungen zwischen der EWG und Israel nicht begeistert sei.¹⁵⁶¹ Die Opposition gegenüber diesen verortete man in Israel in höchsten Positionen des Auswärtigen Amts und des Bundeswirtschaftsministeriums – mit Blick auf den Bundeswirtschaftsminister selbst stimmte diese Einschätzung nicht.¹⁵⁶² Doch bereits wenige Monate später wurde sichtbar,¹⁵⁶³ dass neben Deutschland auch Italien¹⁵⁶⁴ und Frankreich einem Assoziierungsabkommen mit Israel keineswegs enthusiastisch gegenüber standen. Offensichtlich musste es noch andere politische Gründe, als lediglich die Furcht vor unerwünschten Reaktionen der arabischen Staaten für eine ablehnende Haltung hinsichtlich einer Assoziierung Israels geben.

Israel wurde durch den niederländischen Außenminister im Auftrag der EWG im November 1960 dahingehend unterrichtet, dass diese es für zweckmäßig erachte, wenn Gespräche mit Israel auf einen späteren Zeitpunkt verlegt würden, da die Mitgliedstaaten der EWG mit der Ausarbeitung eines Assoziierungsabkommens mit Griechenland, als erstem seiner Art, stark beansprucht seien.¹⁵⁶⁵ Nach Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der EWG und Griechenland wurde der Kommission im Sommer 1961 erneut ein israelisches Memorandum überreicht, welches allerdings nicht ausdrücklich den Abschluss eines Assoziierungsabkommens, sondern eines Vertrages, dessen Inhalt es zu verhandeln gelte, vorschlug. Allerdings wurde dieses Ersuchen ebenfalls mit der Begründung, dass eine Aufnahme von Verhandlungen zu früh sei, abgelehnt.¹⁵⁶⁶

Die israelische Wirtschaft selbst war zu Beginn der sechziger Jahre noch längst nicht liberalisiert und für längere Zeit von ausländischer Wirtschaftshilfe größeren Maßstabs abhängig. Dieser bedurfte man infolge schneller Bevölkerungszunahme, der Notwendigkeit eines hohen Maßes staatlicher Investitionstätigkeit, aber auch, infolge der politischen Situation vor Ort, notwendiger Ausgaben zu Verteidigungszwecken. Der Mangel an eigenen Rohstoffvorkommen erforderte eine entsprechende Außenhandelstätigkeit des Landes. Die israelische Handelsbilanz war während des Untersuchungszeitraumes seit 1949 stets passiv geblieben. Zu den

¹⁵⁶¹ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung 4, AA (412-88.02-92.19) betr. Bemühungen Israels auf Assoziierung mit der EWG vom 12.10.1960, in: PA/AA, B 66, Bd.271.

¹⁵⁶² Vgl.: FPI 1960, Dok.332, S.278 (hebr. S.534f.).

¹⁵⁶³ Vgl.: FPI 1960, Dok.348, S.292 (hebr. S.552f.).

¹⁵⁶⁴ Hauptstreitpunkt zwischen beiden Staaten bildete der Export von Zitrusfrüchten. Dabei hätte bei gutem Willen durchaus ein Kompromiss gefunden werden können, da der Zitronenexport ca.50% des italienischen Exports von Zitrusfrüchten ausmachte. Zudem überschritten sich die Ernten nur teilweise. Vgl.: Aufzeichnung Abteilung 4, AA (412-88.02-92.19) betr. Bemühungen Israels auf Assoziierung mit der EWG vom 12.10.1960, in: PA/AA, B 66, Bd.271.

¹⁵⁶⁵ Vgl.: Aufzeichnung Hünke, BMW, am 15.7.1961 betr. israelisches Memorandum vom 11.7.1961, in: BA, B 102, Bd.122356.

¹⁵⁶⁶ Vgl.: Aufzeichnung über die Beziehungen Israels mit der EWG vom 2.2.1962, in: ISA/578/18-зп.

wichtigsten israelischen Exportgütern zählten geschliffene Diamanten und Zitrusfrüchte im Wert von z.B. während des Jahres 1959 US \$ 45.2 bzw. 46.1 Millionen gemessen an einem Exportvolumen im Wert von US \$ 176.5 Millionen. Demgegenüber mussten die EWG Staaten mit Ausnahme Italiens ihren Bedarf an Zitrusfrüchten zu ca. 75%, Frankreich zu 60% durch Importe decken. Bei kleinem inländischen und fehlendem Absatzmarkt in den Nachbarstaaten der Region wurde der Großteil des israelischen Handels mit Europa bzw. den USA abgewickelt. 1959 gingen ca.24 % der israelischen Ausfuhren in EWG - und ca. 30 % in die späteren EFTA-Staaten (v.a. Großbritannien). Hingegen entfielen ca.27 % der israelischen Importe, gemessen am Gesamtimport, auf die EWG- und ca. 19 % auf EFTA-Staaten. Einer Ausweitung des Handels mit den sechs Mitgliedsländern der EWG standen die gemeinsamen Außenzölle und mengenmäßige Beschränkungen, denen einzelne israelische Erzeugnisse in diesen Ländern noch unterlagen, entgegen.¹⁵⁶⁷

Das israelische Hauptmotiv, ein Abkommen, im besten Fall ein Assoziierungsabkommen mit der EWG abzuschließen, kam 1961 im Zuge der erwarteten EWG-Erweiterung und deren Relevanz für die israelische Wirtschaft zum Vorschein.¹⁵⁶⁸ In diesem Zusammenhang erwartete Israel die Unterstützung der Bundesrepublik und keine Behinderung des israelischen Anliegens. Mit Blick auf die zeitlich parallel laufenden Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG, der 1963 und 1967 am französischen Veto scheiterte, bemerkte auch das Bundeswirtschaftsministerium: „Für Israel ist eine wirtschaftliche Anlehnung an die EWG – falls eines Tages Großbritannien sich der EWG angeschlossen hat – eine Lebensnotwendigkeit.“¹⁵⁶⁹ Und obgleich „überall eine gewisse Zurückhaltung“ gegenüber der israelischen Wünsche durch das Bundeswirtschaftsministerium wahrgenommen wurde, wollte sich „an keiner Stelle“ „irgend jemand zu dieser Ablehnung bekennen.“¹⁵⁷⁰ Deswegen sollte zunächst eine Einigung mit Großbritannien erzielt werden. Da eine Assoziierung Israels für die Bundesrepublik nicht von wesentlicher wirtschaftlicher Bedeutung war, wurde zudem Zurückhaltung gefordert. Das Auswärtige Amt fürchtete nur eins, „daß die Assoziierung Israels zur Anerkennung der Sowjetzone durch die arabischen Staaten führen würde“¹⁵⁷¹ – Bedenken, die in solch undifferenzierter Art und Weise im Bundeswirtschaftsministerium nicht geteilt wurden.

¹⁵⁶⁷ Vgl.: Aufzeichnung über die Beziehungen Israels mit der EWG vom 2.2.1962, in: ISA/578/18-א; Müller-Hermann, MdB, an Bundespräsident Lübke am 15.2.1962, in: BA, B 122, Bd.5476; Passweg an Görs am 11.11.1963 mit beiliegender Statistik, in: BA, B 102, Bd.122358.

¹⁵⁶⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.209, S.582.

¹⁵⁶⁹ Aufzeichnung Gerbaulet vom 27.2.1962 betr. Israel mit beiliegendem Sprechzettel (E A 3 – 967.383) für den Minister vom 26.2.1962, in: BA, B 102, Bd.122356.

¹⁵⁷⁰ Ebd.

¹⁵⁷¹ Ebd.

Als negativ für das israelische Anliegen sollte sich erweisen, dass Frankreich zu diesem Zeitpunkt die EWG zu einer gegen Großbritannien gerichteten Politik und zum Zwecke der Durchsetzung eigener ökonomischer Interessen, nicht nur in Europa, sondern v.a. im Mittelmeer- und afrikanischen Raum auf Kosten eines möglichen, aber durch diesen Staat zu diesem Zeitpunkt nicht gewollten, größeren europäischen Marktes nutzte. Diese Ambitionen wurden mit der Assoziierung von 18 afrikanischen Staaten (inkl. Madagaskar) an die EWG infolge des 1964 in Kraft getretenen Vertrages Jaunde I verwirklicht. Aus französischer Perspektive ergab sich durch eine Assoziierung Israels kein unmittelbarer Vorteil. Demgegenüber existierten im Bundeswirtschaftsministerium 1963 immerhin Überlegungen, Israel bis zu einem gewissen Grad mittels Dreiecksgeschäften an Entwicklungsvorhaben der EWG in den sogenannten AASM¹⁵⁷²-Staaten zu beteiligen.¹⁵⁷³

Am 3. März 1962¹⁵⁷⁴ trafen sich Bundeswirtschaftsminister Erhard und der israelische Finanzminister Eshkol ein zweites Mal in Brüssel. Dem Treffen wohnten der persönliche Referent Erhards, Seibt, und der Leiter der Israel-Mission in Köln, Shinnar, bei. Israel hatte den Mitgliedstaaten der EWG bereits Ende Februar 1962 eine weitere Note unterbreitet,¹⁵⁷⁵ in welcher die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EWG und Israel gefordert wurde. Die Aussage Jelineks, wonach Eshkol vergeblich versucht habe, Erhard zu überzeugen, den israelischen Antrag zu unterstützen, ist nicht korrekt.¹⁵⁷⁶ Im Gegenteil hatte Erhard Eshkol gegenüber zugesagt, „sich im Bundeskabinett dafür einzusetzen, daß die Bundesregierung die Aufnahme von Verhandlungen mit Israel mit dem Ziele einer praktischen und positiven Lösung des Problems im Ministerrat der EWG befürwortet.“¹⁵⁷⁷ In einem Brief vom 27. Juni 1962 ersuchte Ben Gurion Bundeskanzler Adenauer persönlich, die deutsche Delegation im Zusammenhang der kommenden Tagung des Ministerrats der EWG dahingehend zu instruieren, eine Eröffnung von Verhandlungen hinsichtlich eines Handelsabkommens zwischen der EWG und Israel zu unterstützen.¹⁵⁷⁸

¹⁵⁷² AASM: Assoziierte afrikanische Staaten und Madagaskar.

¹⁵⁷³ Vgl.: Aufzeichnung Sperl vom 16.2.1963 betr. Verhandlungen der EWG mit Israel (V A 1 – 510858/25), in: BA, B 102, Bd.122357. Etwas euphorisch vermerkte Sperl in seiner Aufzeichnung: „Nicht ohne Grund heißt es, als Entwicklungshelfer seien die Israelis einfallreicher als die Amerikaner, bescheidener als die Russen, fleißiger als die Deutschen, geduldiger und zäher als die Engländer und organisatorisch begabter als die Franzosen.“

¹⁵⁷⁴ Vgl.: Gedächtnisprotokoll Shinnars vom 5.3.1962, in: ISA/578/16-37.

¹⁵⁷⁵ Vgl.: Shinnar an Erhard am 19.3.1962, in: BA, B 102, Bd.122356. Kopie des Briefes in: ISA/578/18-37.

¹⁵⁷⁶ Vgl.: Jelinek, J.A. (Hg.): Deutschland und Israel, S.445.

¹⁵⁷⁷ Seibt an Shinnar am 6.4.1962, in: ISA/578/18-37. Kopie des Briefes in: BA, B 102, Bd.122356. Seibt bestätigt damit die Zusammenfassung des Gesprächs durch Shinnar. Vgl.: Shinnar an Erhard am 19.3.1962, in: BA, B 102, Bd.122356. Kopie des Briefes in: ISA/578/18-37.

¹⁵⁷⁸ Vgl.: Ben Gurion an Adenauer am 27.6.1962, in: Correspondence Files (Org. = Archiv Zahal, 1786). Der Brief an Adenauer enthielt auch den Verweis Ben Gurions, dass er ein entsprechendes Ersuchen an den französischen Präsidenten gerichtet habe.

Infolge seiner Tagung am 24. und 25. September 1962 auf der Basis einer Prüfung des Berichts der Kommission vom 6. Juli 1962 erklärte der Ministerrat der EWG, dass er nicht beabsichtigte, ein Assoziierungsabkommen mit Israel in Augenschein zu nehmen. Darüber hinaus sollten aber Verhandlungen mit Israel, ohne die sich dabei ergebenden Lösungen zu präjudizieren, zum Abschluss eines Handelsabkommens oder einer anderen geeigneten Vereinbarung nunmehr eingeleitet werden. Eine erste Verhandlungsrunde fand zwischen einer israelischen Delegation¹⁵⁷⁹ und der Gemeinschaft im Zeitraum vom 26. November¹⁵⁸⁰ bis 7. Dezember 1962 statt. Im Rahmen dieser vertrat die EWG den Standpunkt, dass aufgrund verschiedener handelspolitischer Liberalisierungsmaßnahmen der letzten Monate die Frage der mengenmäßigen Beschränkungen in den Hintergrund gerückt seien. Demgegenüber beträfen die Probleme, die sich Israel stellten, v.a. Zollfragen. Aus Sicht der Gemeinschaft und im Ergebnis der Verhandlungen sollten nur begrenzte Vereinbarungen mit Israel getroffen werden, die v.a. Liberalisierungs- und Zollmaßnahmen, die Berücksichtigung israelischer Ausfuhrinteressen bei künftigen Zolltarifverhandlungen im multilateralen Rahmen sowie regelmäßige Konsultationen einschlossen. Für Israel waren diese Vorschläge nicht ausreichend.¹⁵⁸¹

Unter der Prämisse, dass die EWG weder eine Freihandelszone oder eine echte Zollunion mit Israel im Sinne des GATT anstrebte, da sie ein Assoziierungsabkommen zu diesem Zeitpunkt ablehnte, erörterten zu Beginn des Monats Februar 1963 der Direktor der Abteilung Außenbeziehungen im israelischen Finanzministerium, Golan, und der stellvertretende Leiter der Israel-Mission, Passweg, mit Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums die israelischen Vorstellungen bezüglich eines Handelsabkommens in GATT-technischer Hinsicht. Israel schwebte ein Handelsabkommen vor, bei dem beiden Seiten Zollfreiheit für 80-85 % der gelieferten Waren in beiderseitiger Richtung zugebilligt werden sollten. Dies widersprach nach Ansicht Israels nicht den Grundsätzen des GATT, da, so die israelische Interpretation unter Verweis auf Art. XXIV, 5 in Verbindung mit Art. XXIV,8 GATT eine Ausnahme von der Meistbegünstigung zulässig sei, wenn durch ein Abkommen fast der gesamte Handel erfasst sei. Dem entgegneten die Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, dass erster der vorgenannten Artikel nur für Zollunionen und Freihandelszonen gelte. Eine Abweichung vom Meistbegünstigungsprinzip bedurfte einer Ausnahmegenehmigung bzw. Verzichtserklärung

¹⁵⁷⁹ Diese wurde durch den israelischen Vertreter bei der EWG, Najar, geleitet.

¹⁵⁸⁰ Zur Eröffnungsansprache des israelischen Finanzministers, Eshkol, am 26.11.1962 siehe: Passweg an Erhard am 24.12.1962 mit beiliegender Rede, in: BA, B 102, Bd.122356.

¹⁵⁸¹ Zu den Verhandlungen im einzelnen siehe: EWG, Kommission, Generaldirektion Auswärtige Beziehungen, 25.1.1963 (I/KOM (63) 16 endg.) Bericht über die Verhandlungen zwischen der EWG und Israel vom 26.11.-7.12.1962, in: BA, B 102, Bd.122357. Dennoch bedankte sich Shinnar im Januar 1963 bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Lahr, über das hilfreiche Verhalten der Bundesrepublik im Kontext der Verhandlungen Israels mit der EWG. Vgl.: AAPD 1963, Dok.36, S.110.

(waiver) durch die GATT-Vertragsparteien. Die deutschen Verhandlungspartner äußerten aber ihre Zweifel, ob ein entsprechender waiver¹⁵⁸² durchsetzbar sei.¹⁵⁸³

Mit einem Brief an den Präsidenten der Kommission der EWG, Hallstein, setzte sich der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Ludwig Rosenberg, Ende März 1963, dafür ein, ernsthafte Verhandlungen mit Israel mit dem Ziel eines Abschlusses eines Handelsvertrages wieder aufzunehmen¹⁵⁸⁴ Rosenberg verwies in diesem Kontext auf die weitgehende Abhängigkeit der Stabilität der israelischen Wirtschaft vom Export, insbesondere auch dem in die Staaten der EWG. Hallstein bekundete in seinem Antwortschreiben das Interesse der Gemeinschaft die israelischen Erzeugnisse auszumachen, die unter Berücksichtigung vorgenannter Grundsätze den Gegenstand von Verhandlungen mit Israel bilden konnten.¹⁵⁸⁵

Infolge der durch den Ministerrat der EWG im April 1963 verabschiedeten Befugnis konnte mit Israel über Zollaussetzungen auf einige wenige Erzeugnisse in Höhe von ca. 15 bis 25 % verhandelt werden. Elemente der europäischen Agrarmarkordnung durften demgegenüber nicht erörtert werden. Zu den zur Disposition stehenden israelischen Erzeugnissen zählten nicht die Apfelsinen. Auch dem fast zum Erliegen gekommenen israelischen Export von Eiern oder Schlachtgeflügel kam man mittels dieser Regelung nicht entgegen. Für die restriktive Politik der EWG gegenüber Israel, gerade mit Blick auf den Agrarsektor, trugen die eigenen wirtschaftlichen Interessen v.a. Frankreichs und Italiens bei.¹⁵⁸⁶

Im Ergebnis der aus israelischer Sicht ernüchternden Entscheidung des EWG Ministerrates vom April wandte sich der israelische Finanzminister Eshkol an Bundeswirtschaftsminister Erhard mit der Bitte zu veranlassen, „dass die Delegation der Bundesrepublik bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen [...] initiativ eine Ausdehnung des Rahmens der Verhandlungen verlangt und unterstützt und sich ganz dafür einsetzt, dass der Verhandlungsdelegation die erforderlichen Befugnisse vom Ministerrat eingeräumt werden.“¹⁵⁸⁷ Noch vor Verhandlungsbeginn traf der israelische Minister für Handel und Industrie, Pinhas Sapir, mit Ludwig Erhard am 18. Mai 1963 in Genf zusammen. Sapir beschrieb das Ergebnis der mitt-

¹⁵⁸² Israel wollte den waiver beantragen. Dazu bedurfte es der Zustimmung mit Zweidrittelmehrheit durch die GATT-Vertragsparteien. Bisher waren solche waiver nur dann erteilt worden, wenn frühere enge Handelsbeziehungen infolge politischer Umstände zerstört worden waren (z.B. Australien gegenüber Papua und Neuguinea).

¹⁵⁸³ Vgl.: Aufzeichnung Horn u. Schellpeper (V A 3/ E A 5; V A 2) vom 2.2.1963 betr. Israel, in: BA, B 102, Bd.122357.

¹⁵⁸⁴ Vgl.: Rosenberg an Hallstein am 27.3.1963, in: DGB-Archiv, 5/DGAI/001666. Während seines Israelbesuches Ende 1962 führte Tacke auch Gespräche mit Regierungsvertretern, die u.a. auch die Frage der wirtschaftlichen Situation Israels mit Blick auf die EWG betrafen. Vgl.: Tacke an Passweg am 21.1.1963, in: DGB-Archiv, 5/DGCY/000025.

¹⁵⁸⁵ Vgl.: Hallstein an Rosenberg am 4.4.1963, in: DGB-Archiv, 5/DGAI/001666.

¹⁵⁸⁶ Vgl.: Aufzeichnung Senkert (E A 6 – 510814/I) betr. Verhandlungen der EWG mit Israel vom 14.5.1963, in: BA, B 102, Bd.122357.

¹⁵⁸⁷ Eshkol an Erhard am 14.5.1963, in: BA, B 102, Bd.122357.

lerweile einige Monate andauernden Verhandlungen mit der EWG als für Israel beleidigend. Beide Seiten wurden sich im Verlaufe ihres Gesprächs einig, dass eine für Israel zufriedenstellende Lösung nur durch ein Assoziierungsabkommen und nicht auf dem bisher beschrittenen Wege der nichtdiskriminierenden Zollkonzessionen herbeigeführt werden konnte. Dabei waren sich beide Minister klar darüber, dass eine Assoziierung nicht automatisch eine Vollmitgliedschaft nach sich ziehen brauchte. Erhard äußerte sich gegenüber Sapir dahingehend, dass er einen israelischen Assoziierungswunsch begrüße, allerdings nicht wusste, wie man die negative französische und italienische Haltung in dieser Frage überwinden konnte. Zudem legte der Bundeswirtschaftsminister Sapir nahe, in dieser Angelegenheit den deutschen Außenminister und den Bundeskanzler zu kontaktieren.¹⁵⁸⁸

Nicht zuletzt wegen der seitens Israels befürchteten Zollerhöhungen im Außentarif der EWG und der Angst vor weiteren Exportverlusten verlagerte dieses seine Aufträge zunehmend in andere Staaten, z.B. nach Japan und in die USA. Diese Tendenz wurde seitens der deutschen Wirtschaft trotz sich ausweitender regulärer deutsch-israelischer Handelsbeziehungen beklagt.¹⁵⁸⁹

Als neuer Bundeskanzler kritisierte Erhard gegenüber Staatssekretär Carstens, die „sehr wenig entgegenkommende Haltung der EWG in den Verhandlungen mit Israel“.¹⁵⁹⁰ Aufgrund dieser sei die israelische Verärgerung verständlich. Zudem bat Erhard zu prüfen, was konkret zum Zwecke der Änderung des bestehenden Zustandes unternommen werden und ob man eine Assoziierung Israels in Augenschein nehmen könne. Infolge der Ausführungen Erhards, griff man im Auswärtigen Amt die Vorschläge von Staatssekretär Lahr auf, die dieser im Rahmen einer Staatssekretärsbesprechung über die EWG betreffende Fragen Mitte Oktober 1963 bereits zur Diskussion gestellt hatte. Diese beinhalten, dass

1. der deutsche Antrag hinsichtlich eines Zollkontingentes für Zitrusfrüchte weiterverfolgt werden sollte – dies trotz Abweisung der Klage der Bundesrepublik wegen der abschlägigen Entscheidung der Kommission;
2. die weiteren EWG Mitgliedsländer um die Liberalisierung der Hauptexportprodukte, die in der Bundesrepublik bereits liberalisiert waren, zu bitten und
3. im gesamten EWG Raum die zollfreie Wiedereinfuhr veredelter Erzeugnisse, deren Rohstoffe aus einem EWG Mitgliedstaat durch Israel eingeführt worden waren.

¹⁵⁸⁸ Vgl.: Aufzeichnung Hardenberg vom 20.5.1963, in: BA, B 102, Bd.122357; Aufzeichnung Hasselblatt vom 19.7.1963 (E A 6 – 510814/1) betr. Verhandlungen der EWG mit Israel, in: BA, B 102, Bd.122358; Erhard an Eshkol am 2.9.1963, in: BA, B 102, Bd.122358.

¹⁵⁸⁹ Vgl.: Aufzeichnung Görs vom 13.11.1963 betr. Wirtschaftsbeziehungen mit Israel, hier: besondere aktuelle Probleme (V C 5 – 967028), in: BA, B 102, Bd.122358.

¹⁵⁹⁰ Aufzeichnung Carstens (St.S. 2180/63 VSV) vom 14.11.1963, in: PA/AA, B 150, Bd.16, S.5133.

Lahrs Vorschläge fanden die einhellige Zustimmung der Staatssekretäre des Bundeswirtschafts-, des Bundesfinanz- und Bundesernährungsministeriums.¹⁵⁹¹

Am 24. Januar 1964 beantwortete Erhard den Brief¹⁵⁹² des israelischen Ministerpräsidenten Eshkol vom 17. Januar, in dem dieser die israelische Auffassung über deren Verhältnis zur EWG dargelegt hatte. Erhard sicherte seinem Kollegen zu, dass sich die Bundesrepublik auch weiterhin nachdrücklich für die vorgenannten drei Punkte einsetzen werde. Erhard verwies mit Blick auf den Standpunkt der EWG klar darauf, dass eine Assoziierung Israels, in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich sei. Zudem sei man im Kontext der Verhandlungen um einen EWG-Beitritt Großbritanniens zu der Auffassung gelangt, „daß eine Assoziierung von außer-europäischen Staaten auf die ehemals von den Mitgliedsstaaten abhängigen Gebiete sowie auf Commonwealthländer mit einer den bisherigen Assoziierten vergleichbaren Wirtschaftsstruktur in Afrika und im karibischen Raum beschränkt bleiben sollte.“ Mit dieser Begründung habe man mit dem Iran nur ein Handels- und kein Assoziierungsabkommen geschlossen. Ohne zumindest einem britischen Beitritt zur EWG musste eine Revision dieser grundsätzlichen Haltung und eine Assoziierung Israels schlicht als Illusion erscheinen. Im EWG-Vertrag waren mit Blick auf Assoziierungsabkommen allerdings keine regionalen Beschränkungen festgelegt. Für Israel galt es mit Blick auf die EWG, mit deutscher Hilfe einen praktikablen und einigermaßen zufriedenstellenden Mittelweg zu finden.

Am 4. Juni 1964 unterzeichneten die israelische Außenministerin Meir und der israelische Handelsminister Govrin einerseits und Walter Hallstein für die EWG ein dreijähriges Handelsabkommen, welches zum 1. Juli d.J. in Kraft trat. Dieselben Zollsenkungen, die Israel auf der Basis des Abkommens zugesprochen bekam, wurden später allen GATT Mitgliedsstaaten gewährt.¹⁵⁹³ Insofern kann das 1964 zwischen Israel und der EWG unterzeichnete Abkommen, für dessen Zustandekommen das deutsche Engagement sicherlich wichtig war, nur als ein erster Schritt auf einem langen und steinigen Weg hin zum Abschluss eines Assoziierungsabkommen gewertet werden.

¹⁵⁹¹ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung I (I A 2 – 81.12/8/2491¹/63 VSV) betr. Beziehungen EWG – Israel vom 19.11.1963, in: PA/AA, B 150, Bd.17, S.5210f.

¹⁵⁹² Vgl.: AAPD 1964, Dok.25, S.126ff.

¹⁵⁹³ Vgl.: Cohen, Y.: Israel and the EEC, S.15.

3.6.2. Wirtschaftliche Kontakte zwischen der DDR und Israel

3.6.2.1. Anfänge wirtschaftlicher Kontakte zwischen beiden Staaten

Ogleich das Handelsvolumen zwischen der DDR und Israel lediglich von marginaler Bedeutung gemessen am Gesamtvolumen des Außenhandels beider Staaten gewesen ist, eröffnet ein Blick auf diesen doch interessante Facetten.

Bereits im ersten Halbjahr 1949 exportierte die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) Waren im Wert von etwa 650.600 DM nach Israel.¹⁵⁹⁴ Während des Spätsommers 1949 führten die Vertreter der SBZ und Israels mehrere Gespräche zum Zwecke der Anbahnung weiterer Geschäftsbeziehungen. Auf israelischer Seite verhandelten ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, Blumberg, sowie Bursztyn, welcher der israelischen Handelsvertretung in Berlin angehörte. Bursztyns Zuständigkeitsbereich erstreckte sich auf Berlin sowie das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone bzw. späteren DDR. Bei diesen Treffen erklärten sich die israelischen Vertreter sowie die Vertreter der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel, als Teil der im Juni 1947 auf Befehl der SMAD gegründeten Deutschen Wirtschaftskommission bereit, ein „Austausch-Abkommen“ im Wert von 700.000 Dollar abzuschließen. So sollten seitens der SBZ Holz- und Metallverarbeitungsmaschinen im Wert von je 225.000 Dollar sowie geschnittene Pappe für Schachteln im Wert von 250.000 Dollar an Israel geliefert werden. Im Austausch hierzu wurde geplant, dass Israel frisches Obst, Zitrusäfte, Zitrusöle sowie Zitruspulp im Wert von insgesamt 490.000 Dollar an die SBZ lieferte. Die restlich verbleibende Differenz in Höhe von ca. 210.000 Dollar sollte mittels israelischer Barzahlung in Dollar verrechnet werden.¹⁵⁹⁵ Leider fanden sich zu diesem Verhandlungskomplex bisher keine weiteren Akten, aus denen hervorgeht, ob dieses Geschäft dann tatsächlich durchgeführt wurde. Angesichts späterer Geschäfte diesen Musters liegen ein erfolgreicher Abschluss eines solchen Austausch-Abkommens sowie die entsprechende Umsetzung allerdings durchaus im Bereich des Möglichen. Angesichts der zunächst aus israelischer Sicht durchaus wohlwollenden Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion im Kontext der Staatsgründung und des ersten israelisch - arabischen Krieges sowie der wirtschaftlichen Probleme Israels, erscheint dessen Interesse an wirtschaftlichen Kontakten zur SBZ zu diesem frühen Zeitpunkt nicht ungewöhnlich.

Im Rahmen eines Gesprächs zwischen dem Vertreter des israelischen Wirtschafts- und Finanzministeriums, Mendelsohn, mit Linick und Raphael vom Ministerium für Auswärtige

¹⁵⁹⁴ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.368.

¹⁵⁹⁵ Vgl.: Israelisches Einwanderungsministerium an Bursztyn, Berlin, am 20.7.1949 in: SAPMO-BArch, DL2, Bd.1733.; Vermerk Kleins vom 7.9.1949 betr. Handelsbeziehungen zu Israel, in: SAPMO-BArch, DL2, Bd.1733.; Schreiben Groel an Handelsvertretung des Staates Israel in Berlin vom 7.9.1949, in: SAPMO-BArch, DL2, Bd.1733.

Angelegenheiten der DDR am 5. Mai 1950 in Berlin, welches sich schwerpunktmäßig mit Problemen der Wiedergutmachung beschäftigte, erkundigte sich Mendelsohn auch über technische Fragen des Außenhandels mit der DDR. Diesbezüglich wurde er durch das Außenministerium der DDR an die Abteilung Export der Hauptabteilung Außenhandel im Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung¹⁵⁹⁶ verwiesen.¹⁵⁹⁷ Allerdings verwendete man im Rahmen des Treffens nicht den Terminus „Reparationsleistungen“,¹⁵⁹⁸ wie dies etwa Timm in ihrer 1997 erschienenen Studie interpretiert.

Allein im Jahr 1952 exportierte die DDR gegen freie Devisen Waren im Wert von insgesamt 1,016 Mio. Rubel, basierend auf Verträgen mit der Firma Jacob Heitler in Tel Aviv, nach Israel. Die DDR lieferte Rechen- und Buchungsmaschinen im Wert von 978.000 Rubel, Haushaltsporzellan in Höhe von 8.000 Rubel sowie polygraphische Maschinen im Wert von 30.000 Rubel nach Israel. Sämtliche deutschen Exporte wurden durch Vorauszahlung beglichen, wobei die Zahlungsmodalitäten etwas eigentümlich waren. So wurden die Rechen- und Buchungsmaschinen in baren Dollars oder aber mittels Dollar-Barschecks in Form mehrerer kleinerer Teilzahlungen bei der Deutschen Notenbank im Laufe des Jahres 1952, das Haushaltsporzellan durch Barüberweisung und die polygraphischen Maschinen bei einem Konto im Ausland mittels Akkreditiv beglichen.¹⁵⁹⁹

Zusätzlich zu diesen Lieferungen, die mittels freier Devisen bezahlt wurden, exportierte Israel 1952 Erzeugnisse im Wert von 553.000 Rubel nach der DDR. Importiert wurden seitens der DDR v.a. Kaltwalzerzeugnisse, Stabziehereierzeugnisse und gezogener Draht.¹⁶⁰⁰

Über die vorgenannten Lieferungen wurde die Sowjetische Kontrollkommission, explizit deren Abteilung Wirtschaftsfragen, in Kenntnis gesetzt. Die Sowjetunion tolerierte offensichtlich die Handelsbeziehungen der DDR mit Israel, in einer Zeit, in der Israel bereits mit der Bundesrepublik in Verhandlungen um Wiedergutmachungszahlungen stand, bzw. das Luxemburger Abkommen bereits unterzeichnet hatte.

¹⁵⁹⁶ Das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung war am 7.10.1949 unter dem Namen Ministerium für Außenhandel und Materialversorgung gegründet und bereits zwei Wochen später umbenannt worden. Ab November des folgenden Jahres beschränkte sich die Kompetenz des umstrukturierten Ministeriums auf die Bereiche Außen- und Innerdeutschen Handel.

¹⁵⁹⁷ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.6, S.464 f.

¹⁵⁹⁸ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.361.

¹⁵⁹⁹ Vgl.: Schreiben von Wolter, Hauptabteilung Handelspolitik, Abteilung Nordische Länder und Übersee am 25.2.1953 an SKK, Abteilung Wirtschaftsfragen, z.Hd. Iwanow, in: SAPMO-BArch, DL 2, Bd.1733; Schreiben Meyer, Hauptabteilung Kapitalistische Länder, am 18.2.1953, an SKK betr. Handel mit Israel 1952, Abteilung Wirtschaftsfragen, z.Hd. Iwanow, in: SAPMO-BArch, DL 2, Bd.1733.

¹⁶⁰⁰ Vgl.: Schreiben Meyer, Hauptabteilung Kapitalistische Länder, am 18.2.1953, an die Sowjetische Kontrollkommission betr. Handel mit Israel 1952, Abteilung Wirtschaftsfragen, z.Hd. Iwanow, in: SAPMO-BArch, DL 2, Bd.1733.

Aus den vorgenannten Aufstellungen geht ebenso nicht hervor, ob die Lieferung von Waren im Jahre 1952 aus dem Bereich Feinmechanik - Optik, in Höhe von etwa 210.500 Dollar an Israel Bestandteil der oben genannten Geschäftsbeziehungen waren. Aufgrund der Datierung der Aufzeichnung und der Betragshöhe erscheint dies allerdings fraglich. Die Bezahlung dieser Lieferungen erfolgte in 25 Raten in Bar-Dollar-Vorauszahlung.¹⁶⁰¹

Bemerkenswert an den oben beschriebenen Handelsbeziehungen ist die teilweise im Voraus erfolgte Barzahlung der Waren durch Israel bzw. israelische Firmen, in Dollar, in einer Zeit, in der das Land unter starker Devisenknappheit litt und Kaltwalz- und Stabziehereierzugnisse durchaus auch selbst benötigt hätte. Zudem mussten Waren, die in der DDR gekauft wurden, nicht zwangsläufig in Dollar bezahlt werden.¹⁶⁰² Offensichtlich handelte es sich bei der durch Israel bezogenen Ware um solche mit besonderen Merkmalen. Über die Motivation Israels oder einzelner israelischer Firmen sich auf Geschäfte dieser Art einzulassen, kann wegen der bisherigen Aktenlage und lückenhaften Überlieferung nur spekuliert werden. Auf Seiten der DDR erfreuten sich die Handelsbeziehungen mit Israel teilweise nur geringer Euphorie.

Noch Ende März 1953 bekundete z.B. der stellvertretende Hauptabteilungsleiter, zuständig für das sogenannte kapitalistische Ausland, Meyer, des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gegenüber der Sowjetischen Kontrollkommission, dass die DDR an Handelsbeziehungen zu Israel nicht interessiert sei. Allerdings wollte Meyer die noch bestehenden geringen Beziehungen angesichts der aktuellen Situation – zeitlich parallel zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens – nicht völlig abbrechen.¹⁶⁰³

3.6.2.2. Wirtschaftliche Kontakte zwischen der DDR und Israel nach Ratifizierung des Luxemburger Abkommens zwischen der BRD und Israel

In der Folge des Inkrafttretens des Luxemburger Abkommens bestanden nur geringe Kontakte zwischen der DDR und Israel bzw. israelischen Unternehmen. Wenn solche überhaupt nachweisbar sind, dann v.a. auf dem Wege über dritte Staaten oder aber über in dritten Ländern ansässige Handelsfirmen, wobei sich bei letzter Variante die MAKI besonders engagiert zeigte. Prinzipiell ordnete die DDR ihre offiziellen wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel eindeutig dem Ziel eigener internationaler Anerkennung und in diesem Zusammenhang dem Verhältnis zu den arabischen Staaten unter. Gegenüber inoffiziellen Kontakten zu Israel, von

¹⁶⁰¹ Vgl.: Deutscher Innen- und Außenhandel, Feinmechanik Optik, an das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel am 25.2.1953, in: SAPMO-BArch, DL 2, Bd.1733.

¹⁶⁰² Vgl.: Jelinek, Y.A.: Moral und Realpolitik, Dok.5, S.140.

¹⁶⁰³ Vgl.: Schreiben von Meyer, Hauptabteilung Handelspolitik, Kapitalistisches Ausland, am 27.3.1953 an SKK, Abteilung Wirtschaftsfragen, Herrn Iwanow, in: SAPMO-BArch, DL 2, Bd.1733.

denen die arabischen Länder nichts wussten oder aber vor diesen geheim gehalten wurden, zeigte sich die DDR, sofern diese Kontakte finanziell einträglich waren, durchaus interessiert. Andererseits besaß Israel auf der Basis des Luxemburger Abkommens in der Bundesrepublik eine Quelle für wichtige und kostenlose Importe.

So lassen sich auch nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens geschäftliche Kontakte zwischen der DDR und Israel nachweisen. Im August 1955 teilte der Deutsche Innen- und Außenhandel, Glas-Keramik, Zweigstelle Jena, der Israel-Mission in Köln mit, dass die dort bereitgestellten und nicht näher bezeichneten Glasapparaturen für die Hebräische Universität in Jerusalem versandbereit seien, wobei nach Mitteilung eines Mitarbeiters vorgenannter Institution, Teddy Kollek sich als damaliger Bürochef des israelischen Ministerpräsidenten bereit erklärt habe, bei der Überführung des Materials nach Israel behilflich zu sein. Zum Zwecke der Zusendung des Materials an die Israel-Mission in Köln war eine Bezugsgenehmigung des zuständigen Außenhandelskontors nötig. Die Bezahlung der Glasapparaturen in DM konnte dann „im Rahmen des bestehenden Interzonenabkommens erfolgen“.¹⁶⁰⁴ Offensichtlich wogen die sonstigen Bedenken der DDR gegenüber einem Handel mit Israel dann weniger, wenn dieser für sie wichtige Devisen einbrachte. Im September gleichen Jahr vermerkte so auch VEB Carl Zeiss Jena im Rahmen einer Kurzanalyse der Leipziger Herbstmesse („Technische Gebrauchsgüterschau“) einen israelischen Auftrag für nicht näher klassifizierte Fernrohre im Wert von 89.950 DM.¹⁶⁰⁵ Offensichtlich interessierte sich Israel aber auch in den folgenden Jahren vehement für die Produkte von Zeiss – auch in der Bundesrepublik, wie dies aus einem Gespräch zwischen Shinnar und Küppenbender, als Leiter von Carl Zeiss Oberkochen im Juni 1959 hervorgeht.¹⁶⁰⁶ Während die bundesdeutsche Seite eigene Anteile an einer israelischen Firma klar ablehnte, offerierte sie andererseits, soweit dies mit den Ressourcen des Unternehmens vereinbar war, anderweitige Unterstützung. Prinzipiell erscheint es durchaus möglich, dass Israel, zumindest im Vorfeld des sich verschärfenden Warenzeichenstreits, über die Vertretungen von Carl Zeiss Jena in der Bundesrepublik (z.B. in Göttingen) und im Rahmen des innerdeutschen Handels¹⁶⁰⁷ mehr Erzeugnisse des Unternehmens bezog, als dies anhand der z.T. leider bruchstückhaften Aktenlage erkennbar ist. Der innerdeutsche

¹⁶⁰⁴ Schreiben des Deutschen Innen- und Außenhandels, Glas-Keramik, Zweigstelle Jena vom 9.8.1955 an die Israel-Mission in Köln (Zeich.: Sy/Nu), in: ISA/5567/9-..

¹⁶⁰⁵ Vgl.: Kurzanalyse der Leipziger Herbstmesse (4.9.-9.9.1955) vom 22.9.1955, in: Carl-Zeiss-Archiv, BACZ 23315.

¹⁶⁰⁶ Vgl.: Shinnar an Finanzminister am 18.6.1959, in: ISA/300/11-77. Dieses Gespräch wurde durch Hermann Abs organisiert. Zum Verhältnis zwischen VEB Carl Zeiss Jena und dem Zeiss Standort in Oberkochen während der fünfziger Jahre siehe: Pfeil, B.: Der Export des VEB Carl Zeiss Jena einschließlich der Ausfuhren im innerdeutschen Handel in den 50er Jahren, Jena 1997, S.15ff. (=unveröffentl. Diplomarbeit, in: Carl-Zeiss-Archiv, B-B 70).

¹⁶⁰⁷ Ebd., S.75-78.

Handel wurde, nach dessen Unterzeichnung am 20. September 1951, auf der Basis des sogenannten Berliner Abkommens („Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)“) abgewickelt. Im Wesentlichen basierend auf dem Frankfurter Abkommen, als Quasi-Verwaltungsabkommen bedurfte es nicht der Ratifizierung wie ein Handelsvertrag. Es implizierte keinerlei völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik, diente aber der Aufrechterhaltung des deutsch-deutschen Handels trotz des Kalten Krieges und somit der direkten wirtschaftlichen Kontakte beider Staaten trotz politischer Nichtanerkennung.¹⁶⁰⁸ Im Rahmen dieser wirtschaftlichen Kontakte erscheint es durchaus denkbar, obgleich für eine verallgemeinernde Aussage nähere spezielle Untersuchungen notwendig erscheinen, dass diese als Umweg für Handelsbeziehungen der DDR mit Staaten des sog. kapitalistischen Auslandes genutzt wurden, insbesondere dann, wenn direkte Kontakte aus politischen Erwägungen unterblieben, eine solche Haltung aber mit wirtschaftlichen Interessen kollidierte. Dies wäre im Falle eines Handels zwischen Israel und der DDR entweder für deviseneinträgliches Geschäft oder aber Produkte, die aufgrund ihrer Spezifizierung und einer marktführenden Position, auch mit Blick auf das Preis-Leistungs-Verhältnis, durchaus denkbar.

Bereits im März 1955 überprüfte man aufgrund der der Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft in Frankfurt/ M. vorliegenden Unterlagen die Firma mit dem Namen ISEX. Demnach führte eine in Düsseldorf ansässige Exportfirma in der Zeit von Juni bis Dezember 1954 im Auftrag der Firma ISEX, Tel Aviv, Ausfuhrgeschäfte nach der DDR durch. Diese Lieferungen umfassten Waren wie Spezialstähle, Werkzeuge und sonstige Büromaterialien für die Büromaschinenindustrie der DDR im Wert von rund 850.000 DM. Durch die Prüfung konnte festgestellt werden, dass es sich bei der Firma um keine Scheinfirma handelte, da zu sämtlichen Ausfuhren die ordnungsgemäßen Lieferungsgenehmigungen sowie Sonderausfuhrerklärungen vorlagen. Die Israel-Mission in Köln teilte jedoch wiederholt mit, dass eine Anschrift der Firma ISEX in Tel Aviv nicht nachzuweisen sei und soweit feststellbar – die ISEX-Corporation keine Vertreter in Westberlin besaß. Die Möglichkeit eines Vertreters der Firma in Ostberlin konnte durch die Israel-Mission dagegen nicht ausgeschlossen werden.¹⁶⁰⁹

¹⁶⁰⁸ Zum Innerdeutschen Handel, insbesondere zu den Inhalten des Berliner Abkommens, siehe: Fäßler, P.E.: Im Spannungsfeld politischer und wirtschaftlicher Interessen: Die innerdeutschen Handelsbeziehungen (1949-1969), Dresden 2002, S.157f.

¹⁶⁰⁹ Vgl.: Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft, Ebeling, an Bundesminister für Wirtschaft, VC 4, am 8.3.1955, in: BA, B 102, Bd.58961.

Allerdings bestätigt eine handelspolitische Direktive für das Jahr 1960 für den Handel mit dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet die prinzipielle Möglichkeit der Existenz von Geschäften diesen Musters. Die Aufzeichnung widmete sich in einer eingehenden Analyse dem Außenhandel der DDR mit der VAR, dem Libanon, der Türkei, dem Jemen, dem Irak und Iran, ohne jedoch Israel in irgend einer Beziehung zu erwähnen. Entsprechend der Aufzeichnung sollten bestehende Geschäftsverbindungen mit Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, die keine Erwähnung fanden, „über westdeutsche oder westdeutsche Reexportfirmen“¹⁶¹⁰ systematisch in direkte Geschäftsverbindungen „zu arabischen Kaufleuten“¹⁶¹¹ umgewandelt werden. Um zu einer abschließenden Aussage über die Existenz von Geschäften dieses Musters zwischen Israel und der DDR zu gelangen, müsste dies in einer sehr aufwendigen Detailanalyse näher untersucht werden, sofern dies anhand des überlieferten Aktenmaterials überhaupt noch und im Rahmen vorliegender Studie nicht möglich ist.

Ebenfalls etwas ominös gestaltete sich die Tätigkeit einer eritreischen (äthiopischen) und in israelischem Besitz befindlichen Firma INCODA,¹⁶¹² die angeblich Fleisch exportierte und sogar einen Vertreter nach der DDR entsandte. Der ehemalige Direktor des Unternehmens, Asher Ben Natan, späterer erster israelischer Botschafter in der Bundesrepublik, bestritt nachträglich jegliche Handelsbeziehungen zwischen dieser Firma und der DDR.¹⁶¹³ Andererseits sind aber andersgeartete als Handelsbeziehungen dieser Firma mit der DDR nicht völlig auszuschließen.¹⁶¹⁴

Gegenüber einem eventuellen Direkthandel zwischen Israel und der DDR verhielt sich letztere zum Vorteil der arabischen Staaten sehr zurückhaltend. Einerseits erstrebte man über den Umweg direkter Handelsbeziehungen zwischen der DDR und den arabischen Staaten letzten Endes die diplomatische Anerkennung der DDR zu erlangen. Ein direkter Handel mit Israel wäre den arabischen Staaten natürlich in keiner Weise verborgen geblieben und hätte zu entsprechenden negativen Reaktionen geführt. Andererseits konnte die DDR angesichts ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den israelischen Wiedergutmachungsansprüchen, die permanent unter Zuhilfenahme des Arguments, die DDR könne solche aus ökonomischen Gründen nicht leisten, nicht gleichzeitig umfangreiche intensive direkte Handelsbeziehungen zu Israel

¹⁶¹⁰ Handelspolitische Direktive für den Handel mit dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet für das Jahr 1960, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 6.10/192, Bl.53.

¹⁶¹¹ Ebd.

¹⁶¹² Ben-Natan gibt deren Namen allerdings mit INCODE an. Vgl.: Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.84.

¹⁶¹³ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.328.

¹⁶¹⁴ So schreibt Ben-Natan: „Es ginge beileibe nicht nur um Fleischlieferungen für Israel, die das Land dringend benötigte, sondern auch um die Anknüpfung äußerst wichtiger Beziehungen auf den Gebieten Politik und Sicherheit. Äthiopien war eines der wenigen nicht arabischen Nachbarstaaten Israels, und gute Beziehungen mit ihm waren deshalb für uns besonders wichtig. Diese Theorie hatte mir ja schon Schiloach erläutert.“ Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.84.

unterhalten. Allerdings stand selbst aus Sicht des ZK der SED und des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, welchem hinsichtlich der diplomatischen Anerkennung der DDR eine federführende Rolle im Nahen Osten zufiel, einem Handel mit Israel über dritte Länder, wie z.B. Liechtenstein oder Österreich, unter bestimmten Bedingungen nichts entgegen.¹⁶¹⁵

3.6.2.3. Einleitung von Handelsbeziehungen über Drittstaaten unter Vermittlung der israelischen Kommunisten

Infolge des Besuches einer Delegation des ZK der MAKI wurden konkrete Gespräche am 19. und 23. Januar 1963 über einen Handel zwischen beiden Staaten über dritte Länder geführt. Zu diesem Zweck trafen sich noch Ende des Monats Shimon Cohen und David Rabinowitsch als Entsandte der MAKI mit dem Vertreter des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und Leiter des Direktionsbereiches Übersee I, Kattner, der dieses Gespräch stellvertretend für den Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel, Julius Balkow, führte.¹⁶¹⁶ So verwies Cohen zunächst auf die bereits im Vorfeld stattgefundene Unterredung mit dem Politbüromitglied der SED, Paul Verner, und dessen Einverständnis hinsichtlich des israelischen Wunsches, die bereits bestehenden Geschäftsbeziehungen zu erweitern. Worin diese Geschäftsbeziehungen allerdings bestanden, ist bis heute anhand der momentanen Aktenlage nicht detailliert zu rekonstruieren. Dabei können Schenkungen der DDR an die MAKI wohl nicht als Warenexporte deklariert¹⁶¹⁷ und sie somit regulären Außenhandelsbeziehungen – auch über dritte Staaten – gleichgesetzt werden

In dem Gespräch am 26. Januar 1963 verwies Kattner darauf, dass sämtliche Geschäfte im Rahmen des Außenhandelsplanes der DDR abgewickelt werden mussten, wobei Geschäfte gegen freie Devisen und mit Staaten, die volkswirtschaftlich wichtige Importe anboten, bevorzugt behandelt wurden. Eine solche Vorgehensweise hinsichtlich der israelischen Firmen Egonia oder Cistella betrachtete Kattner im Falle entsprechender Angebote durchaus als denkbar. Zudem war ein Handel zwischen der DDR und israelischen Unternehmen lediglich über dritte Länder möglich. Andere als neutrale Verpackung von Importen aus Israel untersagte die DDR von vornherein. Beide Seiten einigten sich auf ein Globalgeschäft in Höhe von 500.000 Dollar. So zeigte sich die israelische Seite v.a. an Exporten von Zitrusprodukten interessiert, die jedoch bis zu diesem Zeitpunkt an der Maßgabe der neutralen Verpackung schei-

¹⁶¹⁵ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.29, S.511.; Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED am 7.2.1963 über Beratungen zwischen einer Delegation des ZK der MAKI und einer Delegation des ZK der SED, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.4.

¹⁶¹⁶ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.29, S.510ff.

¹⁶¹⁷ Ebd., S.372.

terten und weiter zu scheitern drohten. Weiterhin beanstandete die DDR die angebotenen Preise wie z.B. für die israelische Apfelsine der Sorte Valencia. Israel bekundete demgegenüber Interesse an Apfelsinenkisten aus der DDR, die dort aus Fichte gefertigt wurden. Da die bisherigen Versuche eines Globalgeschäftes mit der Firma Cistella zu keinerlei Ergebnis geführt hatten, schlug Kattner vor, den industriellen Fachbereichen der DDR Bergbau-Handel, WMW-Export, Buchexport, Feinmechanik/Optik sowie andererseits Cistella Vertragsabschlüsse über Exporte der DDR nahe zulegen. Cistella sollte die aus den Exporten entstehenden Forderungen mit Devisen bezahlen, die dann durch die entsprechende Abteilung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zweckgebunden für Importe von Zitrusfrüchten über Cistella zur Verfügung gestellt werden sollten.¹⁶¹⁸

Zumindest hinsichtlich des Buchexportes dürfte die DDR in Israel zumindest partiell auf gewisses Interesse gestoßen sein, beklagten doch die Vertreter der MAKI unter Leitung Vilners in ihren Gesprächen im Januar 1963 die faktische Einstellung des Buchexports und Exports von Zeitschriften aus der DDR nach Israel – eine Beschränkung aus Zeiten der Suezkrise, obwohl dieser für Israel ein reines Devisengeschäft darstellte. Mit der Begründung, dass die deutsche neben der englischen Sprache in Israel die am weitesten verbreitetste Fremdsprache und ein dementsprechender Absatzmarkt vorhanden sei, bemühte sich die MAKI, auf kommerziellem Weg, Bücher und Zeitschriften aus der DDR zu erhalten. Der DIA Buchexport hatte dieses Anliegen aber abgelehnt, so dass der Export von DDR-Büchern nach Israel über 3 bis 4 Stationen, zum Teil sogar über Unternehmen der Bundesrepublik, erfolgte. In der Folge zweier Gespräche im Januar 1963 zwischen Vertretern der MAKI und der SED empfahl die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen die Aufhebung bisheriger Beschränkungen sowie die Entwicklung des Literaturexports nach Israel auf kommerzieller und Devisenbasis.¹⁶¹⁹

Am 5. August 1963 berieten einerseits Meir Vilner als Mitglied des Politbüros der MAKI und Shimon Cohen sowie andererseits der Leiter der Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel im ZK der SED, Ernst Lange, Röhner als „Sektorleiter“ in der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED sowie Meyer als Vertreter des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Zunächst wurde von israelischer Seite moniert, dass während des vergangenen

¹⁶¹⁸ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.29, S.510ff.

¹⁶¹⁹ Vgl.: Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED am 7.2.1963 über Beratungen zwischen einer Delegation des ZK der MAKI und einer Delegation des ZK der SED, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.5; Aufzeichnung Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen vom 22.1.1963 über Beratung zwischen einer Delegation des ZK der SED und einer Delegation der MAKI, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/826.

Jahres die mit dem Außenhandel befassten Institutionen der DDR die Verhandlungen über den Kauf von Zitrusfrüchten lange hinausgezögert hätten. Zum Zeitpunkt des Treffens stellten die israelischen Vertreter die Lieferung von 40.000 Kisten Apfelsinen bis Weihnachten des Jahres und 30.000 Kisten bis Anfang 1964 in Aussicht, wobei alle in neutraler Verpackung, wie dies seitens der DDR gefordert worden war, geliefert werden sollten. Im Gegenzug sollte die DDR 75% des Wertes der israelischen Ware in Form von Zement nach Israel liefern. Den restlichen 25% sollte die DDR durch sonstige Warenlieferungen entsprechen. Darüber hinaus boten die israelischen Vertreter den Kompromiss an, wonach 50% der gewünschten Zementmenge auch in Dollar bezahlt würde. Während man auf israelischer Seite den Vorschlag nach einer Erhöhung des geplanten Warenaustausches von 500.000 auf 1 Mio. Dollar zur Sprache brachte, bekundete der Vertreter der Abteilung Handel-Versorgung Außenhandel des ZK der SED keinerlei Interesse an einer Erhöhung des Warenaustausches. Hintergrund dieser Ablehnung bildeten nach Lange offensichtliche Einbußen im Außenhandel der DDR mit dem „kapitalistischen Ausland“, wobei die „Bonner Regierung“ mit Unterstützung aller NATO-Staaten einen Kalten Krieg „auf dem Gebiet des Außenhandels gegen die DDR“ führen würde. Zu einer konkreten Übereinkunft kamen die Vertreter beider Seiten auch bei diesem Gespräch nicht.¹⁶²⁰

Symptomatisch für die Verhandlungen zwischen beiden Seiten war, dass auf der Seite der DDR die Verhandlungsführung seitens des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel durch einzelne Abteilungen des ZK der SED zunehmend determiniert wurden. Andererseits verhandelte in Form der Mitglieder der MAKI keine offizielle israelische Regierungsdelegation mit den Vertretern der SED und den einzelnen Beamten des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel. Derartige Gespräche implizierten so einerseits keinerlei völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Israel. Andererseits konnten Ausfuhrgenehmigungen etc. in Israel durch die MAKI nicht erteilt werden, sondern bedurften der regulären Genehmigung in Israel, was eine Kenntnis derartiger Geschäfte seitens der israelischen Behörden nahe legt.

Das Politbüromitglied der MAKI, Vilner, erörterte im Januar 1964 in einem Gespräch mit Axen, Röhner und Krause der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED erneut die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Israel. Mittlerweile hatte die MAKI offiziell eine Handelsfirma in Liechtenstein gegründet, deren Sitz sich jedoch in Wien befand. Die Firma verfügte zum Zeitpunkt des Gesprächs bereits über einen arbeitsfähigen Apparat. In der Folge von Beratungen, zu denen der Leiter der Abteilung Handel, Versor-

¹⁶²⁰ Vgl.: Timm, A.: Hammer. Zirkel, Davidstern, Dok.30, S.512-515.

gung, Außenhandel des ZK der SED, Lange, hinzugezogen worden war, erhielt die Parteifirma Exklusivität beim Handel seitens der DDR mit Israel für die Erzeugnisse von zehn festgelegten Außenhandelsunternehmen. Schließlich oblag den Handelsinstitutionen der DDR die Prüfung, inwieweit die durch die MAKI gegründete Handelsfirma seitens der DDR auch für Geschäftsbeziehungen zu Staaten benutzt werden konnte, zu denen ansonsten nur ungenügende oder aber überhaupt keine Kontakte bestanden. Während sich das ZK der SED die Zügel hinsichtlich Fragen des Außenhandels der DDR mit Israel aus politischen Gründen nicht aus der Hand nehmen ließ, agierten die jeweiligen Außenhandelsunternehmen und damit die mit der konkreten Umsetzung der Geschäfte befassten Firmen der DDR nach Maßgabe der politischen Grundsatzentscheidungen der SED.¹⁶²¹ Inwieweit bei einem solchen System des Handels über dritte Staaten, gerade über Wien und Liechtenstein, ggf. auch das Ministerium für Staatssicherheit involviert war, kann nach gegenwärtigem Stand der Aktenerschließung und infolge der Vernichtung von Aktenmaterial der Abteilung Hauptverwaltung Aufklärung nicht schlüssig beantwortet werden.

Trotz der offensichtlichen Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Israel, die in ihrer Gesamtheit sicherlich nur einen geringen Umfang besaßen, existiert in dem bisher einzusehenden deutschen Aktenmaterial kein statistisches Verzeichnis über das tatsächlich realisierte Handelsvolumen zwischen beiden Staaten für die einzelnen Jahre des hier zu untersuchenden Zeitraumes. Diese Lücke kann auch nur teilweise durch die Angaben des Israelischen Zentralamtes für Statistik geschlossen werden, wenngleich auch hier die Angaben mit entsprechender Vorsicht zu behandeln sind, da der Handel über Drittstaaten sowie militärisch relevante Im- bzw. Exporte auch in dieser Überlieferung unzureichend erfasst sind. Gemäß der israelischen Statistik exportierte Israel Waren im Wert von z.B. 21.422 Dollar im Jahre 1954 oder aber 309.000 Dollar im Jahre 1962 nach der DDR. Demgegenüber verzeichnete Israel lediglich marginale Importe aus der DDR, die zudem keine Kontinuität erkennen lassen und z.B. zwischen 1955 (51.171 Dollar) und 1960 (1.000 Dollar) entsprechend schwankten. Gemessen an den Angaben der Hauptabteilung Handelspolitik des Ministeriums für Außen- und Innerdeutschen Handel an die Sowjetische Kontrollkommission bezüglich der Exporte der DDR für das Jahr 1952 gegen freie Devisen nach Israel, die letztlich ein Handelsvolumen jenseits einer Mio. Rubel besaßen, ist es fraglich, ob anhand der israelischen Statistik das tatsächliche, vollständige Handelsvolumen zwischen beiden Staaten zu rekonstruieren ist.¹⁶²²

¹⁶²¹ Vgl.: Aufzeichnung über Gespräch zwischen Vilner und Axen am 25.1.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.9-11.

¹⁶²² Zu den statistischen Angaben vgl. Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.357 sowie Schreiben von Wolter, Hauptabteilung Handelspolitik, Abteilung Nordische Länder und Übersee am 25.2.1953 an SKK, Abteilung Wirtschaftsfragen, z.Hd. Iwanow, in: SAPMO-BArch, DL 2, Bd.1733.

3.6.2.4. Begrenzte wirtschaftliche Kontakte zu Israel – Eigeninteresse oder sowjetische Vorgabe?

Während bereits infolge der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens keine ausgedehnten direkten Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Israel im Vorfeld der Suezkrise nachzuweisen sind, unterhielt die Sowjetunion bis zu diesem Zeitpunkt noch reguläre Handelsbeziehungen zu Israel.¹⁶²³ Bereits nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel 1953 besuchte eine israelische Delegation bestehend aus Repräsentanten von Delek und des Citrus Fruit Board auf deren Einladung die UdSSR Ende 1953. Diesen Gesprächen folgten zwei Abkommen. Einerseits verpflichtete sich die Sowjetunion zur Lieferung von Rohöl an Israel, andererseits exportierte Israel mit Beginn des Jahres 1954 v.a. Zitrusfrüchte und Bananen an die UdSSR. Weiterhin vereinbarten beide Staaten im Juli 1955 die beiderseitige Anwendung des Meistbegünstigungsprinzip hinsichtlich ihrer Handelsschiffe. Ein weiterer Vertrag über sowjetische Öllieferungen war am 1. November 1955 zwischen der staatlichen sowjetischen Außenhandelsorganisation „Sojuznefteexport“ und den israelischen Unternehmen „Jordan Investment Ltd.“ und „Delek Israel Fuel Corporation Ltd.“ abgeschlossen und im Mai 1956 verlängert worden. Der anschließende Liefervertrag vom 17. Juli 1956 über 650.000 Tonnen sowjetischen Erdöls, wurde infolge der Suezkrise gekündigt. Die Handelsbeziehungen zu Frankreich und Großbritannien unterbrach die Sowjetunion allerdings infolge der Suezkrise nicht. Anlässlich dieser änderte sich die sowjetische Wirtschaftspolitik gegenüber Israel aber schlagartig. So wurden im Dezember 1956 die vertraglich zugesicherten Erdöllieferungen an Israel definitiv eingestellt, nachdem bereits am 6. November die sowjetischen Ausfuhrlizenzen für Öllieferungen nach Israel verweigert worden waren. Während sich die UdSSR im Vorfeld der Suezkrise durch die arabischen Boykottandrohungen hinsichtlich ihrer Handelsbeziehungen mit Israel unbeeindruckt zeigte, änderte sich die Politik der Sowjetunion im Nahen Osten nunmehr massiv und als Folge dieser auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel. So argumentierte z.B. 1957 der erste Sekretär der sowjetischen Botschaft in Israel, Avdayev, dass Öl als strategisches Material betrachtet werde und die guten Handelsbeziehungen zwischen Israel sowie der UdSSR dann erneuert werden könnten, wenn Israel seine Drohungen gegenüber seinen Nachbarstaaten einstelle und seine Neutralität erkläre. Die durch Israel gestellten Kompensationsforderungen gegenüber dem sowjetischen Handelspartner in Höhe von 2,4 Mio. Dollar wurden in der Zeit von Ende 1957 bis Juni 1958 vor dem Sowjetischen Schlichtungskomitee für Außenhandel mit Sitz in Mos-

¹⁶²³ Zusammenfassend zu den Handelsbeziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion im Vorfeld der Suezkrise siehe: Bialer, U.: *Between East and West: Israel's Foreign Policy Orientation*, Cambridge 1990, S.124-132.

kau verhandelt. Zu Ungunsten der Israelis wurden diese Ansprüche abgelehnt, da die Lieferungen nach Ansicht des Komitees durch *Force Majeure* herbeigeführt worden seien, eine Rechtsauffassung, die abgesehen von der israelischen Regierung u.a. auch das MPI für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg nicht teilte. Die Sowjetunion ordnete ihre Handelsbeziehungen zu Israel in der Folge der Suezkrise ihren politischen Interessen im Nahen Osten unter. Israel, welches sich in den Augen der UdSSR wegen seiner Nähe zu westlichen Staaten politisch diskreditiert hatte, sollte die Muskeln der Großmacht spüren.¹⁶²⁴

Prinzipiell standen offizielle Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Israel dem überragenden außenpolitischen Ziel internationaler Anerkennung der DDR diametral entgegen. So versuchte diese über den Umweg von Handelsbeziehungen konsularische und schließlich diplomatische Beziehungen mit den einzelnen arabischen Staaten etablieren zu können, wobei im Rahmen dieser Zielsetzung dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel eine entscheidende Rolle oblag. Dieser enge Zusammenhang zwischen Außenwirtschafts- und Außenpolitik spiegelte sich auch institutionell wieder. So leitete kein geringerer als der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Rau, bis 1961, in Personalunion Mitglied des Politbüros, die Außenpolitische Kommission beim Politbüro der SED. Die Aufgabe der Außenpolitischen Kommission bestand in der Ausarbeitung von Vorlagen zur Außenpolitik der DDR für das Politbüro. Sie fungierte lediglich als Beratungsgremium ohne Entscheidungsbefugnis. Zudem hatte sich die Außenpolitische Kommission strikt den Beziehungen zwischen der SED und den kommunistischen „Bruderparteien“ zu enthalten. Somit wurden auch die wirtschaftliche Probleme betreffenden Fragen zwischen der DDR und den arabischen Staaten innerhalb der SED institutionell getrennt von der Frage der Beziehungen der SED zur MAKI behandelt. Jedoch erhielt der erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, Kenntnis von den Tagesordnungen der aller zwei Wochen stattfindenden Versammlungen der Außenpolitischen Kommission. Federführend für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und der DDR – nach anfänglichen Kontakten der sowjetischen Besatzungszone zu israelischen Unternehmen – blieben die Abteilungen Handel, Versorgung und Außenhandel sowie die Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED, wobei das Ministerium für Innerdeutschen Handel und Außenhandel zum Zwecke der praktischen Umsetzung geplanter Geschäftsbeziehungen hinzugezogen wurde. Eine zentrale Rolle der seit 1958 exis-

¹⁶²⁴ Vgl.: Markert, W./ Geyer, D. (Hg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Verträge und Abkommen, Köln u.a. 1967, S.284 u. 290; Govrin, Y.: Israeli-Soviet Relations 1953-1967. From Confrontation to Disruption, London u.a. 1998, S.97-110.

tenten Wirtschaftskommission beim Politbüro in die wirtschaftlichen Kontakte zwischen der DDR und Israel bzw. der MAKI konnte anhand der Akten nicht nachgewiesen werden.¹⁶²⁵

Die direkte Fremdbestimmung bzw. Abhängigkeit des außenwirtschaftlichen Engagements der DDR von der Sowjetunion gestaltete sich angesichts der außenpolitischen Zielsetzung der DDR letzten Endes als weniger wichtig als die indirekte Abhängigkeit der DDR von der wirtschaftlichen Konkurrenz der Bundesrepublik im Nahen Osten und deren ökonomischer Ressourcen. Zwar bedingte die Zugehörigkeit der DDR zum Ostblock ein entsprechendes zentralistisches Wirtschaftssystem sowie als Kriegsfolge bis 1953 der hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR nicht zu unterschätzenden Reparationen an die Sowjetunion¹⁶²⁶ und Polen. Die Zugehörigkeit der DDR seit 1950 zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) determinierte deren Außenwirtschaft generell während des Untersuchungszeitraumes nur begrenzt, zumal die DDR innerhalb des RGW eine führende Position nach der Sowjetunion¹⁶²⁷ einnahm. Einerseits gelang es der Bundesrepublik infolge der Gründung der EWG „einen Sonderstatus für die DDR durchzusetzen.“¹⁶²⁸ Andererseits blieb letztere auf dem Wege des innerdeutschen Handels mit diesem Wirtschaftsraum verbunden. Allein das RGW Treffen im April 1962 in Prag verdeutlichte schlaglichtartig, dass sich die Mitglieder des RGW zu einem einheitlichen Auftreten gegenüber der EWG oder in Bezug auf Kontakte mit deren Organen nicht einigen konnten. So waren es v.a. die DDR und die UdSSR die bilaterale Kontakte zu einzelnen Mitgliedstaaten der EWG gegenüber solchen zu Organen dieser präferierten. Nur im Rahmen von Einzelverhandlungen, im Unterschied zu globalen Abkommen, konnte sich die DDR unterhalb der diplomatischen Ebene als souveräner Staat präsentieren.¹⁶²⁹ Während sich Israel seit Ende der fünfziger Jahre um eine Assoziierung zur EWG bemühte, kämpfte die DDR - nicht nur in Europa - um Anerkennung als souveräner Staat. Gleichsam mangelte es ihr an privatwirtschaftlicher Initiative und Motivation,

¹⁶²⁵ Zur Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED, der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro, der Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel im ZK der SED sowie der Wirtschaftskommission beim Politbüro siehe Amos, H.: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Hamburg u.a. 2003 (= Diktatur und Widerstand; Bd.4), S.392-401.

¹⁶²⁶ Zur Struktur des für diese Frage zuständigen Amtes für Reparationen siehe: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 26.3.1953 und Anlage Nr.3, in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/3/372, S.4 u.22. Weiterhin: Karlsch, R.: Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR 1945-1953. Stand und Probleme der Forschung, in: Buchheim, C. (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S.45-78. Im Rahmen der Reparationsentnahmen der UdSSR aus der DDR nahm die Wismut AG, die zu den größten Uranproduzenten der Welt gehörte, eine Sonderstellung ein, wobei dieser Betrieb bis 1956 direkt dem sowjetischen Verteidigungsministerium unterstand.

¹⁶²⁷ Vgl.: Bryson, P.J.: The Red Miracle in the International Arena: Economic Foundations of East German Foreign Policy, in: East Central Europe 3 (1976), S.84.

¹⁶²⁸ Wüstenhagen, J.: RGW und EWG: Die DDR zwischen Ost- und Westintegration, in: Pfeil, U. (Hg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S.135.

¹⁶²⁹ Ebd., S.137 u.142.

der durch Verstaatlichung von Betrieben und Kollektivierung der Landwirtschaft und die Funktionsweise des planwirtschaftlichen bzw. zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems die Basis entzogen worden war. Weiterhin übernahm u.a. die SED die Organisationsformen und das Modell des staatlichen sowjetischen Außenhandels, was allerdings nicht automatisch zur totalen Sowjetisierung des Außenhandels der DDR beitrug.¹⁶³⁰

Mit zunehmendem außenpolitischen- und außenwirtschaftlichen Engagement der Sowjetunion ab 1955/1956 in der Region des Nahen Ostens, änderten sich die Grundvoraussetzungen der DDR für ihren Handel mit den arabischen Staaten ebenso wenig, wie mit Israel. Während die UdSSR immerhin bis zur Suezkrise reguläre Handelsbeziehungen mit Israel unterhielt, entzog sich die DDR solchen weitestgehend unter Verweis nicht etwa auf arabische Boykottandrohungen, sondern auf die mangelhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR, wegen dieser angeblich auch keine Wiedergutmachungszahlungen an Israel geleistet werden konnten. In diesem Punkt erhielt die DDR allerdings Rückendeckung aus Moskau, die diese Frage zum Gegenstand eines abschließenden Friedensvertrages erklärte. Bestimmend für die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und der DDR blieb deren Ziel der internationalen Anerkennung als zweiter deutscher Staat in der arabischen Welt, bei dem zu enge Beziehungen mit Israel nur als störend empfunden wurden.

Bereits am 7. März 1953 unterzeichnete der spätere Sonderbeauftragte der DDR für die Region des Nahen Ostens, Fritz Koch, und der ägyptische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Fawzi, noch vor der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens ein Handels- und Zahlungsabkommen. Zudem erhielt das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR noch im selben Jahr die Genehmigung der ägyptischen Regierung, eine ständige Vertretung in Kairo einzurichten. Bereits im folgenden Jahr veranstaltete die DDR eine Industrieausstellung in Ägypten, die einen Aufschwung des bilateralen Handels zur Folge hatte.¹⁶³¹

Ein weiteres Handels- und Zahlungsabkommen schloss die DDR 1953 mit dem Libanon. 1955 vereinbarten beide Seiten die Eröffnung einer Handelsvertretung, die schließlich zu Beginn des Jahres 1956 ihre Arbeit aufnahm. Weiterhin etablierte die DDR Handelsbeziehungen zur Türkei infolge eines Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Deutschen Notenbank und der Yapi ve Kreditbank, Istanbul vom April 1954. Der Warenaustausch besaß ein

¹⁶³⁰ Lemke, M.: Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966). Prinzipien, Grundlagen und Handlungsspielräume, in: Pfeil, U.(Hg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S.70.

¹⁶³¹ Vgl.: DAPDDR, Bd.I, S.505f. und AAPD 1953, Dok.350, S.1042f. Weiterhin: Wippel, S.: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten. Einfluss und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Außenwirtschaft und Außenpolitik, Berlin 1996 (=FU Berlin, FB Wirtschaftswissenschaft, Diskussionspapiere Nr.48), S.16.

Volumen von 52,6 Mio. Dollar. Bereits ein Jahr später schlossen die Außenhandelskammern beider Staaten ein Waren- und Zahlungsabkommen in Höhe von 210 Mio. Rubel ab. Als maximales Ziel strebte die DDR im Bereich des Außenhandels Abkommen auf Regierungsebene an, die man, wenn sie der Verhandlungspartner nicht befürwortete, durch andere Vertragsformen ersetzte.¹⁶³²

Infolge der Reise des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Heinrich Rau, im November 1955 nach Ägypten und Indien konnte die DDR eine Ausweitung und Intensivierung ihrer handelspolitischen Beziehungen im Nahen Osten verzeichnen. So schloss sie ein längerfristiges Zahlungsabkommen mit Ägypten ab, wobei sich Ägypten bereit erklärte, eine Handelsvertretung mit diplomatischen Befugnissen in Berlin zu errichten.

Ebenfalls im November erfolgte die Unterzeichnung eines Handels- und Zahlungsabkommen zwischen Syrien und der DDR sowie eines Abkommens über die Eröffnung einer Handelsvertretung der DDR in Damaskus. Es folgte der Besuch Raus im Mai 1956 im Libanon, in Ägypten und Syrien.¹⁶³³

Mit Bekanntgabe der Hallstein-Doktrin erschwerte die Bundesrepublik der DDR die außenwirtschaftliche Expansion im Nahen Osten. Die DDR ließ sich durch diese zwar nicht von ihrem Ziel abbringen, musste allerdings wiederholt ernüchternde Erfahrungen hinsichtlich ihres tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Einflusses in der Region zur Kenntnis nehmen. Dies wurde z.B. dadurch deutlich, dass Syrien die Errichtung des Generalkonsulats der DDR in Damaskus unter dem Eindruck des Abbruches der diplomatischen Beziehungen seitens der Bundesrepublik zu Jugoslawien zurückstellte. Ähnliches geht aus einer Aufzeichnung über die Lage der Teilnehmerstaaten der Bandung-Konferenz aus dem Jahre 1957 hervor.¹⁶³⁴ So betrug der Anteil der wichtigsten sozialistischen Länder DDR und ČSR am syrischen Außenhandel ca. 14 %. Hinsichtlich eines möglichen wirtschaftlichen Einflusses der DDR im Iran, Irak oder Jordanien fanden sich allerdings keinerlei Verweise, was sich hinsichtlich des Irak nach 1958¹⁶³⁵ zeitweise ändern sollte. Trotz und mittels der Grotewohlreise¹⁶³⁶ in den Nahen Osten und nach Indien 1959 gelang der DDR wegen ihrer politischen und

¹⁶³² Vgl.: Wippel, S.: Außenwirtschaftsbeziehungen, S.13 u.16.; DAPDDR, Bd.II, S.526-528. Grundsätzlich zu den unterschiedlichen Ebenen handelsvertragspolitischer Aktivitäten (Kammer-, Banken-, Kompensations- oder Globalabkommen) siehe: Dietsch, U.: Außenwirtschaftliche Aktivitäten der DDR, Hamburg 1976, S.83-99. Wippel gewichtet den Status von Bankenabkommen, die seitens der Notenbank mit der jeweiligen Staatsbank des Partnerlandes abgeschlossen wurden, im Gegensatz zu Dietsch höher als Kammerabkommen.

¹⁶³³ Vgl.: DAPDDR, Bd.III, S.620-624, 629f., 668ff. Weiterhin: Wippel, Außenwirtschaftsbeziehungen, S.18.

¹⁶³⁴ Vgl.: „Die heutige Lage der Teilnehmerländer der Bandung-Konferenz“, in: SAPMO-BArch, NY 4090.

¹⁶³⁵ Zur gemeinsamen Erklärung von Grotewohl und dem Ministerpräsidenten des Irak, Kassem siehe: DAPDDR, Bd.VII, S.369f. Weiterhin: Wippel, S.: Außenwirtschaftsbeziehungen, S.18.

¹⁶³⁶ Vgl.: Lemke, M.: Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959. Zur Anerkennungspolitik der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: asien, afrika, lateinamerika 20 (1993), S.1027-1042. Hinsichtlich der eigenen Überbewertung des Grotewohlbesuchs seitens der DDR, wonach der BRD ein „bedeutender

wirtschaftlichen Schwäche, die durch innere Unfreiheit des eigenen Wirtschafts- und Staatssystem noch befördert wurde, kein „Dammbruch“¹⁶³⁷ auf dem Weg zu ihrer internationalen Anerkennung. Generell erreichte die DDR während des Untersuchungszeitraumes keinen Durchbruch hin zu ihrer vollen diplomatischen Anerkennung - weder im Nahen Osten, noch weltweit, wenn man von den „Anfangserfolgen“¹⁶³⁸ Jugoslawien (1957) und Kuba (1962) absieht.

Generell ist Lemke beizupflichten, dass der Außenhandel der DDR „mit verschiedenen Staaten der Dritten Welt weniger von Kriterien der Wirtschaftlichkeit als vielmehr von politischen Anerkennungszielen, also instrumental, bestimmt wurde.“¹⁶³⁹ Dieser Grundsatz war ursächlich für die nicht erfolgte Etablierung direkter, enger Handelsbeziehungen zu Israel. Darüber hinaus wurde die Weigerung, die israelischen Wiedergutmachungsansprüche anzuerkennen, zu einem gewissen Teil durchaus durch die reale ökonomische Ressourcenknappheit der DDR motiviert. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Israel blieben während des Untersuchungszeitraumes gemessen am Gesamtvolumen des Außenhandels der DDR letztlich marginal. Gleichsam verausgabte sich die DDR wirtschaftlich in ihren Handelsbeziehungen zu einzelnen Staaten, wie Ägypten, Syrien und Irak, da diese einerseits nicht durch wirtschaftliche, sondern politische Überlegungen bestimmt wurden und sie andererseits der ökonomischen Konkurrenz der Bundesrepublik im Nahen Osten ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nichts entsprechendes entgegensetzen hatte.

Hinsichtlich möglicher Handelsbeziehungen zu Israel sah sich die DDR, ebenso wie Unternehmen in der Bundesrepublik den arabischen Boykottdrohungen gegenüber. Obgleich diese Drohungen kein primäres Motiv bildeten, strebte die DDR mit Blick auf die ohnehin geringen wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel, wenn überhaupt, den Handel über Drittstaaten oder aber über Firmen außerhalb Israels an. Hinsichtlich der arabischen Boykottdrohungen teilte das Generalkonsulat der DDR in Kairo z.B. dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit,¹⁶⁴⁰ dass keineswegs nur Schiffseinheiten, sondern auch Institutionen von der Erfassung in der „Schwarzen Liste“ bedroht seien, die mit Israel Beziehungen im Rahmen von Dienststellen oder Handelsgesellschaften unterhielten.¹⁶⁴¹ Gerade Unternehmen der VAR verlangten von ihren Geschäftspartnern die Vereinbarung einer Israel-Klausel, in welcher der

Schlag versetzt“ worden sei: Protokoll Nr.7/59 der Sitzung des Politbüros der SED am 10.2.1959 sowie Anlage Nr.2, in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2/631, S.4 u.10f.

¹⁶³⁷ Lemke, M.: Grotewohlreise, S.1039.

¹⁶³⁸ Lemke, M.: Die Außenbeziehungen der DDR, S.78.

¹⁶³⁹ Ebd.

¹⁶⁴⁰ Vgl.: Generalkonsulat der DDR an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten betr. Schwarze Liste, in: MfAA, A 13355, S.5f.

¹⁶⁴¹ Zur Auflistung detaillierter Forderungen siehe: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, S.448f., Anm.7.

Geschäftspartner versicherte, dass er keine israelischen Rohstoffe verarbeitet, keinerlei Beziehungen zu israelischen Institutionen oder Handelsbeziehungen mit Israel über dritte Staaten unterhielt. Einerseits fürchtete die DDR negative Reaktionen der arabischen Staaten, die dem Anerkennungsziel diametral entgegenstanden und versuchte, diesen keinen Anlass zur Beschwerde zu geben. Dies wurde z.B. anhand der Bedingung der DDR, Waren nur mit neutraler Verpackung aus Israel importieren zu wollen, deutlich. Andererseits erscheint es fragwürdig, wie die arabischen Staaten Handelsbeziehungen über dritte Staaten zwischen der DDR und Israel effektiv kontrollieren wollten. Zudem ließ sich gerade die VAR hinsichtlich der Anwendung von Boykottmaßnahmen durch Überlegungen leiten, die den wirtschaftlichen Einfluss und die Bedeutung des jeweiligen Unternehmens oder der jeweiligen Institution in Rechnung stellten. Letztlich sollten die arabischen Boykottdrohungen und deren Wirksamkeit mit Blick auf die Handelsbeziehungen der DDR zu Israel nicht überbewertet werden.

Unabhängig von den Boykottdrohungen waren es die Wiedergutmachungsforderungen Israels und das Ziel der eigenen internationalen Anerkennung, die man gerade auch in der arabischen Welt erhoffte, welche die DDR Abstand von umfangreichen wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel nehmen ließ. Von dieser Maxime wich sie, sicherlich in begrenztem Umfang, dann ab, wenn die israelischen Handelspartner deviseneinträgliche Geschäfte offerierten, welche dann im Rahmen der durch die DDR vorgegebenen Richtlinien abgewickelt werden mussten.

3.7. Militärische und sicherheitspolitische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel

Trotz vereinzelter Publikationen in der jüngeren Vergangenheit¹⁶⁴² zum Thema, kann es keinen Zweifel geben, dass einer quellengestützten Untersuchung des Gegenstandes bis auf weiteres gewisse Grenzen gesetzt sind. In dem vorliegenden Kapitel kann die Thematik infolge neuen Quellenmaterials über den bisherigen Forschungsstand hinaus vertieft und um neue Erkenntnisse erweitert werden. Quellen parlamentarischer Herkunft erwiesen sich für den hier zu untersuchenden Bereich als wenig nützlich. Die Verwendung relevanter Memoirenliteratur¹⁶⁴³ bedarf kritischer Lektüre.

¹⁶⁴² Hansen, N.: Schatten, S.479-502 und 618-637. Weiterhin: Ders.: Geheimvorhaben „Frank/Kol“. Zur deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit 1957 bis 1965, in: Historisch-Politische Mitteilungen 6 (1999), S.229-264; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.300-311 und 401-417; Shpiro, S.: Communicating Interests Across History: German-Israeli Security Cooperation, in: Goren, H. (Ed.): Germany and the Middle East. Past, Present, and Future, Jerusalem 2003, S.305-330.

¹⁶⁴³ Siehe: Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben. Stationen meines Lebens, Düsseldorf 2003, S.107-113; Carstens, K.: Erinnerungen und Erfahrungen, hg. von K. v. Jena/ R. Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993

Weiterhin muss nach ausführlichem Aktenstudium der deutschen wie israelischen Akten darauf verwiesen werden, dass bisher nicht alles existente Aktenmaterial der Forschung zur Verfügung steht. Akten deutscher Ministerien, wie z.B. des Bundeskanzleramts – von nachrichtendienstlichem Material und dessen immanenter Problematik abgesehen – steht dem Forscher nach mittlerweile 40 bis 50 Jahren nur in bescheidenem Umfang zur Verfügung. Insofern und trotz Erweiterung des Forschungsstandes muss darauf hingewiesen werden, dass eine Darstellung der militärischen Beziehungen zwischen beiden Staaten nur vorläufig erfolgen kann.¹⁶⁴⁴

3.7.1. Ausgangslage

In Anbetracht der Knessetresolution vom 10. Januar 1951¹⁶⁴⁵ gegen die Bewaffnung Deutschlands können die militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel als eine Erfolgsgeschichte gelten. Trotz der sicherlich anfänglich verständlichen emotionalen Widerstände in Israel gegenüber einer generellen Bewaffnung Deutschlands, Überlegungen, die, wenn sie auch eine andere Ursache besaßen, in der Bundesrepublik ähnlich vorhanden gewesen sind, setzten sich die Realisten im Laufe des Untersuchungszeitraumes zugunsten militärischer Beziehungen zwischen beiden Staaten durch. Mit dem Grundsatz, die für die existentielle Sicherung des jungen Staates notwendigen Waffen im Notfall auch in Deutschland zu erwerben, trugen sie wesentlich zur Sicherheit Israels bei. Insofern entsprangen die Motive einer solchen Zusammenarbeit auf beiden Seiten eher realpolitischen, denn – wie gelegentlich zu vernehmen – moralischen Gesichtspunkten. Die zunächst nur ungenügend ausgestatteten Teilstreitkräfte Israels galt es auszurüsten.¹⁶⁴⁶ Diese Notwendigkeit wurde durch ein sehr begrenztes Budget¹⁶⁴⁷ noch erschwert. Dass man aus dem ersten arabisch-israelischen

(=Schriftenreihe des Bundesarchivs; Bd.44), S.307ff.; Shinnar, F.E.: Bericht, S.139-171; Strauß, F.J.: Die Erinnerungen, insb. S.341-347; Peres, S.: Eine Schleuder für David. Wie die Deutschen den Israelis heimlich halfen, ihre Kriege zu gewinnen, dt. Ausg., in: LUI Aug. u. Sept. 1979, S.74-79, 80-84. Ders.: David's Sling, London 1970, S.66-86.

¹⁶⁴⁴ Im Falle der Akten des BMVg, die im Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MArch) verwahrt werden, kann wegen des bisherigen Erschließungsstandes der Akten noch keine definitive Aussage zum tatsächlichen Umfang des Aktenmaterials getroffen werden. Dank der israelischen Überlieferung wurde ersichtlich, dass relevante Akten einzelner deutscher Ministerien der Forschung noch keineswegs vollständig zu Einsicht offen stehen.

¹⁶⁴⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.10, S.149f.

¹⁶⁴⁶ Grundlegend zur israelischen Armee und deren Teilstreitkräften siehe: Luttwak, E./ Horowitz, D: The Israeli Army, London 1975, S.104-137. Teddy Kollek verwies darauf, dass die israelische Kriegsmarine aus ganzen zwei Schiffen bestand. Vg.: Kollek, T./ Kollek, A.: Ein Leben für Jerusalem, Hamburg 1980, S.152f. Nach den USA vorliegenden Informationen umfasste die israelische Luftwaffe 1953 einen Personalbestand von ca. 2600 Personen, darin eingeschlossen ca. 250 Piloten. Sowohl Luftwaffe, als auch Marine wiesen den Informationen zufolge einen Mangel an moderner Ausrüstung auf. Vgl.: FRUS, 1952-1954, Bd. IX, Dok.649, S.1284f.

¹⁶⁴⁷ So verwies z.B. Moshe Dayan 1953 als neu ernannter Generalstabschef auf das unzureichende Budget des Verteidigungsministerium. Vgl.: Dayan, M.: Die Geschichte meines Lebens, Wien u.a. 1976, S.134ff. 1952 war Yigael Yadin als Chef des Generalstabs der IDF. Weiterhin siehe: Greenberg, Y.: The Defense Budget in Ben-Gurion's Policy on National Security 1949-1952, in: Studies in Zionism 12/1 (1991), S.43-53.

Krieg als Sieger hervorgegangen war, täuschte nicht über grundlegende Probleme der israelischen Verteidigung und deren zukünftige Herausforderungen hinweg. Mit begrenztem Budget und unter dem Eindruck einer permanenten Kriegsgefahr galt es die veraltete Ausrüstung der jungen Armee durch neuwertige zu ersetzen bzw. solche überhaupt erst anzuschaffen. Die infolge der Londoner Außenministerkonferenz im Mai 1950 verkündete Dreimächteerklärung,¹⁶⁴⁸ die einerseits sowohl Israel, als andererseits den arabischen Staaten eine eigene Streitmacht zum Zwecke der legitimen Selbstverteidigung zusicherte, bei Verletzung bestehender Grenzen oder Waffenstillstandslinien entsprechende „Aktionen“ androhte, blieb letztlich nur politische Absichtserklärung. Der v.a. amerikanische Wille, die Rüstungslieferungen der drei Mächte in die Region zu kontrollieren, um hier stabilisierenden Einfluss auszuüben, blieb letzten Endes ein frommer aber auch naiver Wunsch. Nachdem die anfänglichen Quellen des osteuropäischen Waffenmarktes¹⁶⁴⁹ für Israel infolge der zunehmenden Differenzen mit der östlichen Führungsmacht Sowjetunion allmählich versiegten, traten an deren Stelle zunächst französische und später deutsche Lieferungen.

Israelische Hoffnungen auf ein gegenseitiges Verteidigungsabkommen mit den USA, wie im Juni 1955 von Außenminister Sharett vor der Knesset ausgeführt, sowie eine verbindliche amerikanische Sicherheitsgarantie¹⁶⁵⁰ erfüllten sich hingegen nicht. General Trudeau¹⁶⁵¹ äußerte im Rahmen seines Israelbesuchs im Mai 1954 die Auffassung, dass Israel nicht in ein westliches Verteidigungsbündnis einbezogen werden könne. Die seitens Israel im Herbst 1954 gegenüber Dulles vorgebrachte Bitte einer amerikanischen Sicherheitsgarantie wurde ebenfalls abgelehnt.¹⁶⁵² Infolge des ägyptisch-tschechoslowakischen Waffengeschäfts 1955 genoss der Erwerb von Waffen Priorität gegenüber einer amerikanischen Sicherheitsgarantie. Vor¹⁶⁵³ und auch nach der Suezkrise sowie der Verkündung der Eisenhower-Doktrin verhielten sich die USA reserviert gegenüber israelischen Ausrüstungswünschen. Im Gespräch zwischen

¹⁶⁴⁸ Die Erklärung ist abgedruckt in: AdG 1950, 2401 B. Ebenso in: Seelbach, J.: Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, S.165.

¹⁶⁴⁹ In diesem Sinne setzte der tschechoslowakische Botschafter seinen sowjetischen Kollegen noch 1950 in Kenntnis, dass Israel Interesse am Erwerb von Waffen in der ČSR bekundet hatte. Es folgte der Besuch von zwei Mitarbeitern von Skoda in Israel. Vgl.: DISR, Dok.320, S.636. Zu den militärischen Beziehungen zwischen ČSR und Israel siehe: Bialer, U.: Between East and West: Israel's Foreign Policy Orientation 1948-1956, Cambridge 1990, S.173-181.

¹⁶⁵⁰ Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.9f.

¹⁶⁵¹ United States Assistant Army Chief of Staff for Intelligence.

¹⁶⁵² Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.12-15.

¹⁶⁵³ In einem Brief von Präsident Eisenhower an Ben Gurion im April 1956 hieß es z.B. „The only reply I can give you at this moment to the chief subject of your letter, the question of sale of armaments, is a straightforward one. [...] We are not persuaded that it would serve the cause of peace and stability in the world for the United States now to accede to your request for arms sales.“ Brief Eisenhowers vom 30.4.1956, in: BGA, Correspondence Files.

Reuven Shiloah und General Gruenther¹⁶⁵⁴ im November 1957 zeigte sich letzterer z.B. zwar grundsätzlich interessiert an einer israelischen Zusammenarbeit mit der 6. Flotte, lehnte aber eine Lieferung von U-Booten an Israel mit der Begründung, es solle sich auf die 6. Flotte verlassen, kategorisch ab.¹⁶⁵⁵ Diese grundsätzliche Weigerung, Israel direkt mit Waffenlieferungen zu unterstützen, hielten die USA bis zur Administration Kennedy prinzipiell aufrecht.¹⁶⁵⁶

Demgegenüber fand Israel in Frankreich einen potentiellen und auch realen Waffenlieferanten, welches Mitte des Jahres 1954 seine bisherige Israelpolitik mit einem Vertrag revidierte, in dem Israel u.a. die Lieferung von 30 Flugzeugen des Typs Mystère-II sowie AMX-Panzern zugesichert wurde. Ernsthafte Verluste in Indochina und Nordafrika sowie der Ausschluss von der Northern Tier Allianz motivierten Frankreich, Israel zu unterstützen. Allerdings erhielt dieses 1955 lediglich einige Panzer, jedoch nicht die zugesicherten Flugzeuge. Doch das ägyptisch-tschechoslowakische (sowjetische) Waffengeschäft, Nassers fortgesetzte Unterstützung der algerischen Befreiungsbewegung sowie der Verlust des traditionell im französischen Einflussbereich liegenden syrischen Waffenmarktes, sorgten für den Durchbruch in den israelisch-französischen militärischen Beziehungen, die erst zu Beginn der sechziger Jahre wieder eine Abkühlung erfuhren. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte Israel bereits die notwendigen und ausbaufähigen Kontakte zur Bundesrepublik etabliert.¹⁶⁵⁷

3.7.2. Anfänge militärischer Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel

Unstrittig ist mittlerweile, dass die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten nicht erst im Treffen zwischen Bundesverteidigungsminister Strauß¹⁶⁵⁸ und dem Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums Shimon Peres im Dezember 1957 in Rott am Inn¹⁶⁵⁹ ihren Ursprung zeitigte. Nach Vogels Aussage seien erste Kontakte zwischen der Bundesrepublik zu Israel angeblich durch seine Vermittlung zu dem bereits seit 1955 seinem Land an der Israel Mission in Köln dienenden Oberst Tal hergestellt worden.¹⁶⁶⁰ Weswegen

¹⁶⁵⁴ General Alfred M. Gruenther, 1953-1956 SACEUR, 1957-1964 Präsident des amerikanischen Roten Kreuzes.

¹⁶⁵⁵ Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.91.

¹⁶⁵⁶ Vgl.: Ben-Zvi, A.: John F. Kennedy and the Politics of Arms Sales to Israel, London 2002, insb. S.7-32.

¹⁶⁵⁷ Vgl.: Oren, M.B.: Origins of the Second Arab-Israel War, S.84-91.

¹⁶⁵⁸ Hierzu die Berichte von Beteiligten: Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.107f.; Strauß, F.J.: Die Erinnerungen, S.341-345; Peres, S.: Eine Schleuder für David. Wie die Deutschen den Israelis heimlich halfen, ihre Kriege zu gewinnen, dt. Ausg., in: LUI Aug. u. Sept. 1979, S.74-79, 80-84. Ders.: David's Sling, London 1970, S.70ff.

¹⁶⁵⁹ Gemäß Aussage von Peres fand das Treffen nicht in Rott am Inn, sondern in Roth, südlich von Nürnberg statt. Peres, S.: David's Sling, S.70.

¹⁶⁶⁰ Vgl.: Vogel, R. (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil 1, Bd.1, München u.a. 1987, S.135. Für denselben Zeitraum bezeichnet Jelinek einmal Oberst Avigdor Tal andererseits Oberst Avigdor Ben Gal als inoffiziellen Vertreter des israelischen Verteidigungsministeriums in Köln, widerspricht sich aber im Rahmen seiner eigenen Studie. Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland

sich die Bundesregierung ausgerechnet des Journalisten Vogel¹⁶⁶¹ zur Knüpfung militärisch relevanter Kontakte bedient haben soll, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Die Argumentation Vogels erscheint durch die dessen Charakterisierung durch Baring aber nachvollziehbarer.

Bereits 1952 reiste der Direktor des israelischen Rüstungskonzerns TAAS, Zvi Dar, zum Zwecke der Kontaktnüpfung in die Bundesrepublik.¹⁶⁶² Dieser bedankte sich bereits im Dezember 1955 als Direktor der Militär-Industriegesellschaft über eine Zuteilung von 2,25 Millionen Dollar „aus den Schilumim-Geldern für weitere Käufe zur Aufstockung der Notbestände.“¹⁶⁶³ Deutsche Warenlieferungen von Gütern zu explizit militärischer Verwendung hätten gegen die Bestimmungen des Luxemburger Abkommens verstoßen und sind im Rahmen der Durchführung des Luxemburger Abkommens nirgends ersichtlich. Andererseits stand es Israel jedoch frei, im Rahmen des Luxemburger Abkommens gelieferten Waren auf dem Inlandsmarkt zu verkaufen und die hier erworbenen finanziellen Mittel nach eigenem Ermessen einzusetzen.

Weiterhin existierten im Rahmen der Abwicklung des Abkommens gewisse Grenzfälle dergestalt, dass sich Waren sowohl zivil als auch militärisch nutzen ließen und keine Rüstungsartikel im engeren Sinne darstellten. So trat z.B. das Bundeswirtschaftsministerium im Februar 1956 an das Auswärtige Amt mit der Anfrage heran, ob es möglich sei, im Rahmen des Luxemburger Abkommens eine umfangreiche israelische Bestellung von Fernsprechkabeln bei einer deutschen Firma anzunehmen. Hintergrund der Anfrage bildete die Feststellung des deutschen Unternehmens, dass die entsprechenden Kabel sowohl militärisch, als auch zivil genutzt („z.B. Verlegung in der Wüste“) werden konnten. Da dem Auswärtigen Amt in diesem Kontext allerdings keinerlei Hinweise vorlagen, dass Israel diese Fernsprechkabel zu kriegerischen Zwecken zu benutzen beabsichtigte, genehmigte dieses den Antrag.¹⁶⁶⁴

und Israel, S.253 bzw. S.403. Zudem erscheint der Name Ben Gal im Zusammenhang der Festnahme zweier Geheimdienstler in der Schweiz während der Krise wegen der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler und Techniker für die ägyptische Raketenindustrie. Nach Auskunft von Ben Natan fand das erste Treffen zwischen Peres und Strauß 1957 in Anwesenheit des israelischen Oberst Israel Tal statt. Vgl.: Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.107; Ben-Natan, A.: Military and Diplomatic Relations between Israel and Germany, in: Sachar, H.M. (Hg.): The Unlikely Partnership: Germany and Israel, Washington 1997, S.52.

¹⁶⁶¹ Arnulf Baring beschrieb Vogel wie folgt: „teils Journalist, teils Werbefachmann in den Diensten des Bundespresseamtes, teils Mitarbeiter des Geheimdienstes, wie man munkelte, um im unübersichtlichen Bonner Gelände Kontaktstellen und Nachrichtenkanäle, Ausplauderer von Geheimnissen und versteckte Gegner ausfindig machen zu helfen, heute Herausgeber eines Informationsdienstes und als Reserveoffizier des Rundfunkbataillons 701 im Kriegsfall an der psychologischen Kampfführung beteiligt – ein gewandter, aktiver, vielseitiger Mann, bestaunt, belächelt, aber auch von vielen gemieden.“, in: Baring, A.: Im Anfang war Adenauer, S.22.

¹⁶⁶² Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.487.

¹⁶⁶³ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.106, S.356.

¹⁶⁶⁴ Vgl.: Bundesminister für Wirtschaft, i.A. v. Mahs (V C 4 – 51126/56) an AA, z. Hd. Frowein am 10.2.1956 betr. Israel: Lieferung von Elektrokabeln, in: PA/AA, B 62, Bd.138. Sowie: Frowein, AA, an den Bundesminister für Wirtschaft am 21.3.1956 betr. Israel: Lieferung von Elektrokabeln, in: PA/AA, B 62, Bd.138.

Noch im Sommer desselben Jahres trat das Bundeswirtschaftsministerium erneut an das Auswärtige Amt infolge der Anfrage der Israel Mission bei der Dynamit A.G. (vormals Alfred Nobel & Co) heran.¹⁶⁶⁵ Dieser zufolge offerierte Israel dem Unternehmen ein Angebot zur Errichtung je einer Anlage zur Herstellung von Trinitrotoluol (TNT), Hexogen (Explosivstoff) und Zellulosenitrat, wobei die Lieferung explizit außerhalb des Luxemburger Abkommens erfolgen sollte. Die beiden ersten Anlagen waren ausschließlich für militärische Zwecke bestimmt, während bei der dritten Anlage auch eine zivile Verwendung in Betracht kam. Wegen der impliziten politischen Problematik dieser Anfrage wurde das Auswärtige Amt um eine entsprechende Stellungnahme gebeten. Dieses empfahl dem Bundeswirtschaftsministerium eine solche Auftragsübernahme in Anbetracht der politischen Situation im Nahen Osten abzulehnen. Das Ministerium berief sich in diesem Kontext auf die Stellungnahme des deutschen Botschafters in Kairo, Becker, der im Zusammenhang der Frage der Unterstützung eines ägyptischen Unternehmens zur Herstellung moderner Düsenflugzeuge seine ablehnende Haltung damit begründet hatte, dass die Bundesrepublik in der Region alles vermeiden müsse, was sie „in den Waffenkomplex verwickeln“ und „damit in schwerste politische Belastungen bringen könnte.“¹⁶⁶⁶

Bereits im März 1956 hatte man sich im Auswärtigen Amt, wiederum auf Veranlassung des Bundeswirtschaftsministeriums, mit der prinzipiellen Frage von Waffenlieferungen nach Israel befasst.¹⁶⁶⁷ Anlass bildete die Anfrage Israels bei einer deutschen Firma in Duisburg mit der Bitte um Lieferung von Waffen. Dabei handelte es sich um – im Dokument nicht näher bezeichnete – Typen, die in der Bundesrepublik zwar serienmäßig hergestellt werden sollten, deren Produktion zum Zeitpunkt der israelischen Anfrage noch nicht tatsächlich im Gange war. Allein die Kenntnis dieses Sachverhaltes deutete aber darauf hin, dass Israel hier über ziemlich exakte Informationen verfügte. Bei bisherigen Lieferungen von Waren außerhalb des Luxemburger Abkommens der Duisburger Firma, die stellvertretend zumeist über ausländische z.B. belgische Unternehmen durchgeführt wurden, waren entsprechende Leistungen durch die israelischen Auftraggeber immer prompt und in Dollar bezahlt worden. Letzten Endes wurde die Anfrage der israelischen Interessenten abschlägig beschieden und erklärt, dass die Produktion der gewünschten Waffen in Deutschland noch nicht angelaufen sei. Zeitgleich wurde sichtbar, dass im Auswärtigen Amt grundsätzlich verschiedene Auffassungen zur Frage

¹⁶⁶⁵ Bundesminister für Wirtschaft, i.A. v. Trützschler (V C 4 – 54086/56) an AA am 12.6.1956 betr. Lieferungen nach Israel, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

¹⁶⁶⁶ Aufzeichnung des AA, Abt. 3 (308.230-00/92.19.1435/56) vom 22.6.1956 betr. Lieferung von Kriegsmaterial nach Israel, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

¹⁶⁶⁷ Vgl.: Aufzeichnung Frowein (206-244-15/3911/56) vom 29.3.1956 betr. Waffenlieferungen nach Israel, in: PA/AA, B62, Bd.136.

deutscher Waffenlieferungen an Israel außerhalb des Luxemburger Abkommens existierten.¹⁶⁶⁸

Doch offensichtlich suchte Israel, gerade in der Folge des Abschlusses und der Realisierung des ägyptisch – tschechoslowakischen (eigentlich sowjetischen) Ausrüstungsvertrages vehement nach potentiellen Quellen für Waffenkäufe, um sich der ägyptischen Bedrohung gegenüber nicht hilflos ausgesetzt zu sehen. Da der amerikanische Markt für derartige Käufe aus israelischer Perspektive zu diesem Zeitpunkt keine Erwerbsmöglichkeiten offerierte, suchte man verstärkt auf dem europäischen Markt nach entsprechenden Ausrüstungsmöglichkeiten. Begrenzte finanzielle Ressourcen Israels erschwerten beabsichtigte Waffenkäufe zusätzlich.¹⁶⁶⁹ Die Tatsache der einzelnen o.g. israelischen Anfragen, mit denen sich jeweils auch das Auswärtige Amt beschäftigte, unterstützt die Aussage Shinnars, wonach erste Kontakte zum Bundesverteidigungsministerium Anfang 1957 unter Vermittlung des Auswärtigen Amts zustande gekommen sind. Shinnar zufolge hatte der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Grewe, ein erstes Treffen zwischen dem Leiter der Israel-Mission und Bundesverteidigungsminister Strauß arrangiert,¹⁶⁷⁰ wobei dieser mit der Zustimmung seines Vorgesetzten von Brentano handelte.¹⁶⁷¹ Bestätigt wird diese Aussage zusätzlich dadurch, dass Strauss und Shinnar in der Tat bereits am 19. März 1957 zu einem Gespräch zusammentrafen, welches das Verkaufsangebot der israelischen Maschinenpistole vom Typ Uzi, auf das später noch ausführlicher eingegangen wird, zum Gegenstand hatte.¹⁶⁷² Ein weiteres Gespräch zwischen israelischen Entsandten und Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums fand im Mai 1957 statt, welches die Frage von Munitionslieferungen beinhaltete.¹⁶⁷³ Weiterhin traf sich Strauß Anfang Juli 1957 mit dem Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums, Peres, im Beisein von Oberst Israel Tal in Bonn.¹⁶⁷⁴ Nur wenige Tage später vermerkte Ben Gurion in seinem Tagebuch, dass Peres ihn über den Erwerb zweier deutscher U-Boote

¹⁶⁶⁸ Vgl.: Kiderlen, AA, Ref.412 (zu 206-244-15/3911/56), an AA, Ref. 206 am 7.4.1956 betr. Waffenlieferungen nach Israel, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

¹⁶⁶⁹ Die finanziellen Nöte Israels im Zusammenhang beabsichtigter Waffenkäufe schilderte Ben Gurion im September 1956 auch Nahum Goldmann. Dieser erklärte sich bereit, in dieser Angelegenheit nach Deutschland zu reisen und bei Bundeskanzler Adenauer vorstellig zu werden. Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 4. September 1956, in: BGA, Bestand TBG.

¹⁶⁷⁰ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.188, S.540 sowie vgl.: Shinnar an Generaldirektor des israelischen Außenministeriums am 25.2.1957, in: ISA/3099/26-37.

¹⁶⁷¹ Vgl.: Shinnar an Meir am 16.11.1959, in: ISA/301/19-37.

¹⁶⁷² Vgl.: Telegramm Shinnars an Ilzar vom 19.3.1957, in: ISA/3099/25-37.

¹⁶⁷³ Vgl.: Lavy, Z.: Israel and the Western Powers, S.122.

¹⁶⁷⁴ Vgl.: Eintrag für 3.7.1957 im Tagebuch Strauß, in: ACSP, NL Strauß, Familie 412. Auf dieses Treffen und nicht auf das im Dezember d.J. dürfte sich Peres selbst beziehen, wenn er mit Bezug auf das Jahr 1957 schrieb: „Strauß erwartete uns in seinem Bonner Apartment.“ Siehe: Peres, S.: Schleuder, S.77. Demgegenüber datiert Jelinek das Treffen auf den 4. Juli 1957. Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.407; Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.107.

informiert hatte.¹⁶⁷⁵ Bei den U-Booten handelte es sich entsprechend den Ben Gurion vorliegenden Informationen um zwei von sieben U-Booten, die 1945 versenkt worden waren. Zwei dieser U-Boote waren 1957 bereits gehoben und wiederhergestellt worden. Strauß hatte sich offensichtlich bereit erklärt, zwei dieser U-Boote, die als solche herrenloses Gut darstellten, über Frankreich an Israel zu verkaufen. Im Anschluss des Treffens mit Strauß fand ein Gespräch zwischen Peres und dem französischen Regierungschef Bourguès-Maunoury in Paris statt, wobei letzterer von den Inhalten der Unterredung mit Strauß in Kenntnis gesetzt wurde. Erörtert wurde im Rahmen des Gesprächs u.a. die Ausbildungsmöglichkeit israelischer Soldaten für diese U-Boote.¹⁶⁷⁶

3.7.3. Intensivierung der Kontakte

Noch binnen des Jahres 1957 sollte es zu einem weiteren Treffen zwischen Strauß und Peres kommen. Doch zuvor, im November des Jahres, fragte der Leiter der Israel-Mission im Bundeskanzleramt an, ob Adenauer einen Sondergesandten des israelischen Premierministers Ben Gurion, Giora Josephthal (Generalsekretär der MAPAI), empfangen könnte. Dabei betonte Shinnar, dass die erbetene Unterredung in keinem Zusammenhang zum Luxemburger Abkommen stehen würde, sich diese vielmehr auf eine andere Angelegenheit beziehe, wie dies in einem Brief Ben Gurions an den Bundeskanzler gesondert dargelegt werden sollte. Die Besprechung mit dem Bundeskanzler fand am 12. Dezember 1957 statt.¹⁶⁷⁷ Einige Tage zuvor hatten Shinnar und Grewe unter Verweis auf das bevorstehende Treffen zwischen Josephthal und Adenauer die israelischen Auffassungen zum bevorstehenden NATO-Gipfel¹⁶⁷⁸ erörtert. Im Ergebnis des Gesprächs bewertete Grewe die durch Shinnar geschilderte israelische Politik, „die nicht auf formelle Vertragsbindungen und öffentliche Deklarationen, sondern auf eine gewisse materielle Solidarität abziele“, als „sehr vernünftig und realistisch“, was eine Unterstützung der israelischen Anliegen erleichtere.¹⁶⁷⁹ In seinem Brief an Goldmann versicherte der ständige deutsche Vertreter der Bundesrepublik bei der NATO, Blankenhorn, dass

¹⁶⁷⁵ Vgl.: Weitz, Y.: Ben-Gurions Weg zum „Anderen Deutschland“ 1952-1963, S.265. Am 30.6.1957 besprach Ben Gurion das Programm des bevorstehenden Besuches mit Shimon Peres. Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 30.6.1957, in: BGA, Bestand TBG. Im Vorfeld der Suezkrise besaß Israel keine U-Boote. Siehe Tagebucheintrag Ben Gurions vom 3.9.1956, in: BGA, Bestand TBG.

¹⁶⁷⁶ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 7.7.1957, in: BGA, Bestand TBG. In den deutschen Archiven sind zu diesem Sachverhalt bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Akten verfügbar.

¹⁶⁷⁷ Vgl.: Vermerk Kilbs vom 27.11.1957 für den Bundeskanzler, in: BA, B 136, Bd.3589. Über die Inhalte des Gesprächs kann bisher nur spekuliert werden. Mögliche Gesprächsthemen könnten das Verhältnis Israels zur NATO oder das bevorstehende Treffen von Peres mit Bundesverteidigungsminister Strauß gewesen sein.

¹⁶⁷⁸ Zum NATO-Gipfel im Dezember 1957, der MC 70 sowie der Frage einer europäischen Nuklearwaffenherstellung siehe Steinhoff, J./ Pommerin, R.: Strategiewechsel: Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer-Kennedy. Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 1992 (=Internationale Politik und Sicherheit; Bd.30,1), S.31-38.

¹⁶⁷⁹ Aufzeichnung Grewe über Gespräch mit Shinnar vom 10.12.1957, in: PA/AA, B 12, Bd.1045.

er die Wünsche Ben Gurions, die wiederum nicht konkret benannt wurden, im Rahmen des NATO-Rats zunächst informell prüfen wolle. Er gab aber gleichfalls seiner Befürchtung Ausdruck, dass eine derartige Bemühung vergeblich sein werde, da die USA in der NATO „keine besondere Neigung für eine engere Verknüpfung der Atlantischen Gemeinschaft mit den Ländern des Mittleren Ostens“ zeigten.¹⁶⁸⁰

Nach der Unterredung Grewes mit Shinnar und noch vor dem Treffen zwischen Peres und Strauß am 27. Dezember in Rott am Inn,¹⁶⁸¹ diskutierte man im israelischen Kabinett sehr kontrovers die grundlegende Frage militärischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen dieser sprachen sich die Koalitionspartner Achdut Ha'avoda und MAPAM gegen solche aus, wurden allerdings knapp überstimmt.¹⁶⁸² Gesteigert wurde die Debatte noch, als infolge der Differenzen im israelischen Kabinett das Blatt der Achdut Ha'avoda, La'merchav, über ein angeblich bevorstehendes Treffen des Generalstabschef der IDF, Moshe Dayan, mit Franz Josef Strauß berichtete.¹⁶⁸³ Am 24. Dezember erklärte Ben Gurion vor der Knesset, dass Israel von den Staaten der Welt, die bereit seien, an Israel Waffen zu liefern, solche erwerben würde – die Bundesrepublik war hier inbegriffen.¹⁶⁸⁴ Dabei betonte er, dass die Bundesrepublik ein demokratischer, nicht totalitärer Staat und Teil der westlichen Gemeinschaft sei. Ben Gurion verband die Frage der Waffenlieferungen mit seiner Verantwortung für Israels Sicherheit als Premier- und Verteidigungsminister, welche ihm infolge des Auftrages der Knesset oblag. Ein während der Knessetdebatte am 24. Dezember seitens der Cherut eingebrachter Misstrauensantrag gegen Ben Gurion wurde mit 47:14 Stimmen bei 17 Enthaltungen (und abwesender Abgeordneter der MAPAM) abgelehnt.¹⁶⁸⁵ Da jedoch während der Abstimmung zwei Regierungsmitglieder gegen den israelischen Premierminister votiert hatten, sich diese aber nicht zum eigenen Rücktritt bereit zeigten, demissionierte Ben Gurion am 31. Dezember.¹⁶⁸⁶ Bereits eine Woche später bildete er eine identische Regierung.¹⁶⁸⁷

¹⁶⁸⁰ Blankenhorn an Goldmann am 20.12.1957, in: CZA/Z6/2033. Blankenhorn hatte Goldmann im Vorfeld der Suezkrise gegenüber die Auffassung vertreten, dass seit den sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten auch die politischen Beziehungen zur israelischen Regierung, als dem einzig in der Region verbleibenden „Bollwerk gegen den Kommunismus“ intensiver geworden seien. Blankenhorn an Goldmann am 14.10.1955, in: CZA/Z6/2000.

¹⁶⁸¹ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.481.

¹⁶⁸² Ebd., S.483.

¹⁶⁸³ Vgl.: Weitz, Y.: Ben-Gurions Weg zum „Anderen Deutschland“ 1952-1963, S.265.

¹⁶⁸⁴ Zu den Ausführungen Ben Gurions siehe: Divrei Ha'Knesset, 380. Sitzung der 3. Knesset, Rede Ben Gurions vom 24.12.1957, S.482-486.

¹⁶⁸⁵ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.485f. Zum Zeitpunkt der Einführung der „neuen“ Regierung, votierten auch die vorher opponierenden Koalitionsparteien für Waffenkäufe in allen Ländern.

¹⁶⁸⁶ In einem späteren Interview berichtete Ben Gurion, dass sich seine Gegner weniger gegen Verhandlungen mit Deutschland aussprachen, sondern vielmehr dagegen, dass diese durch eine „hochrangige Persönlichkeit“ geführt würden. Vgl.: Pearlman, M.: Gespräche mit Ben Gurion. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, München 1966, S.197. Weitz beschreibt den Rücktritt Ben Gurions hingegen als Manöver, um eine innenpoli-

Mit Blick auf die Kabinettskrise berichtete schließlich auch die deutsche Botschaft in Kairo an das Auswärtige Amt über anhaltende Meldungen der arabischen Presse.¹⁶⁸⁸ Diese seien durch den Antrag Ben Gurions, Waffen und U-Boote in der Bundesrepublik zu erwerben, hervorgerufen worden. Einerseits wies die gesamte arabischsprachige Presse darauf hin, dass die Bundesregierung eventuelle Ersuche um Waffenlieferungen ablehnen werde, da sie nicht beabsichtige, die aktuellen Spannungen im Nahen Osten zu erhöhen. Andererseits hatten einige Blätter aber auch Meldungen aus der Sowjetunion zitiert. In diesen postulierte man, dass sich Israel mittels Waffenkäufen in der Bundesrepublik der NATO annähere. In einem Rundschreiben des Auswärtigen Amts am Folgetag¹⁶⁸⁹ erklärte dieses, dass die Bundesregierung von derartigen Meldungen überrascht sei, insbesondere von der Aussage, dass man in der „Bundesrepublik Waffen kaufen könne, die in anderen westlichen Ländern nicht erhältlich wären.“ Unter Verweis auf Art.26 GG wurde darauf verwiesen, dass es Ziel sei, Waffenlieferungen in Spannungsgebiete zu unterbinden.¹⁶⁹⁰ Zudem zeigte man sich im Auswärtigen Amt von Meldungen über einen Besuch von Peres überrascht.

Dennoch und tatsächlich trafen sich am 27. Dezember Peres, General Chaim Laskov, der spätere israelische Botschafter in der Bundesrepublik, Asher Ben Natan¹⁶⁹¹ sowie Oberst Israel Tal mit Bundesverteidigungsminister Strauß in Rott am Inn. Die tatsächlichen Gesprächspunkte des Treffens von Peres und Strauß sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eindeutig bekannt.¹⁶⁹² Strauß postuliert in seinen Erinnerungen, dass eine vorbereitete Liste seiner israelischen Gesprächspartner Wünsche wie Transportflugzeuge, Hubschrauber, Artillerie und Panzerabwehrraketen beinhaltete. Nachdem Adenauer über eine deutsche Hilfe informiert worden und einverstanden gewesen sei, wurden neben Heinrich von Brentano, Heinrich Krome und Fritz Erler auch ein Vertreter der FDP unterrichtet. Zudem habe sich der damalige Referent der Abteilung Verteidigungswirtschaft des Bundesverteidigungsministeriums, Oberst (später Brigadegeneral) Becker, bei der Umsetzung konkreter Waffenlieferungen sehr hilfreich erwiesen. Allerdings legen die Ausführungen von Strauß nahe, dass diese sich v.a. auf

tisch höchst kontrovers geführte Debatte über militärische Beziehungen mit Deutschland zu vermeiden. Siehe: Weitz, Y.: Ben-Gurions Weg zum „Anderen Deutschland“ 1952-1963, S.266.

¹⁶⁸⁷ Vgl.: Hansen, N.: Geheimvorhaben „Frank/Kol“, S.230. Sowie: Weingardt, M.A.: Deutsch-israelische Beziehungen, S.33f.

¹⁶⁸⁸ Vgl.: Becker, Kairo, an AA am 27.12.1957, in: PA/AA, B12, Bd.1045.

¹⁶⁸⁹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.156, S.469f.

¹⁶⁹⁰ Ebd., S.469.

¹⁶⁹¹ Ben Natan war zu dieser Zeit Vertreter der Einkaufsmission des israelischen Verteidigungsministeriums für Europa (Paris). Siehe Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen, S.248; Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.96-101.

¹⁶⁹² Zu dem Treffen und den Reaktionen in Israel vgl. Tagebucheinträge Ben Gurions vom 29.12.1957; 30.12.1957; 31.12.1957, in: BGA, TBG.

die erst ab 1962¹⁶⁹³ - so die bekannte Aktenlage - realisierte „Aktion Frank/Kol“ beziehen. Es erscheint fragwürdig, ob bereits im Dezember 1957 Lieferungen, die im Rahmen dieser Aktion durchgeführt wurden,¹⁶⁹⁴ das ausschließliche Gesprächsthema zwischen Strauß und Peres bildeten.¹⁶⁹⁵ Demgegenüber existieren im Tagebuch Ben Gurions tatsächlich Hinweise, dass das israelische Interesse an kleinen U-Booten (100t) während des Treffens zwischen Peres und Strauß bereits im Dezember 1957 Gegenstand des Gesprächs gewesen ist.¹⁶⁹⁶

3.7.3.1. Granatwerfermunition aus Israel

In der Folge einer Etatdebatte im Deutschen Bundestag, im Rahmen welcher Bundesverteidigungsminister Strauß und der Haushaltsexperte und Abgeordnete der SPD, Schäfer, kontroverse Auffassungen zu Beschaffungsmethoden des Bundesverteidigungsministeriums vertraten, berichtete der Spiegel mit einem Aufsehen erregenden Artikel unter dem Titel „Granaten aus Haifa“¹⁶⁹⁷ über die Lieferung von Granatwerfermunition aus Israel an die Bundeswehr. In der Folge des Vertrags vom 28. Oktober 1958 sollte die Bundeswehr ca. 250.000 Schuss Granatwerfermunition von der in Haifa produzierenden Firma „Soltam“ beziehen.¹⁶⁹⁸ Das Vertragssystem entsprach einem durch Schäfer in der Debatte kritisierten System von „Schachtelverträgen“. So wurde der Vertrag von deutscher Seite mit der Tochterfirma¹⁶⁹⁹ des finnischen Rüstungskonzerns „Tampella“, „Salgat“, abgeschlossen. Da Finnland der Sowjetunion im Friedensvertrag von 1947 zugesichert hatte, keine Schritte zur Wiederbewaffnung Deutschlands zu unterstützen, wurde dieser Auftrag an „Soltam“ weitergeleitet. Soltam war je zur Hälfte ein Tochterunternehmen von Tampella und „Solel Boneh“.¹⁷⁰⁰ In einer Anfrage Jordaniens war die Bundesrepublik bereits 1955 auf einen israelischen Exportüberschuss im Handel mit Finnland hingewiesen worden, der sich mit dem „normalen israelisch-finnischen

¹⁶⁹³ Siehe zusammenfassend v.a.: AAPD 1965, Dok.2, S.6-12.

¹⁶⁹⁴ So wurden bis Sommer 1961 z.B. im Rahmen des amerikanischen lend-lease Programms bereits einige Flugzeuge für Ausbildungszwecke an Israel geliefert, allerdings nur mit den Hoheitszeichen anderer NATO-Staaten und nicht denen der BRD. Vgl.: AAPD 1965, Dok.2, S.7.

¹⁶⁹⁵ Laut Tagebucheintrag Ben Gurions vom 11.3.1958 (BGA, TBG) hatte sich Strauß zu einem weiteren Treffen mit Peres Ende März 1958 in Deutschland bereit erklärt.

¹⁶⁹⁶ Vgl.: Hinsichtlich der U-Boote siehe Tagebucheinträge Ben Gurions vom 16.10.1957; 12.2.1958 und 3.4.1958, in: BGA, TBG. Französische U-Boote schienen hinsichtlich ihrer Größe für den israelischen Bedarf ungeeignet.

¹⁶⁹⁷ Vgl.: „Granaten aus Haifa“, in: Der Spiegel, Nr.26 vom 24.6.1959, S.18-20.

¹⁶⁹⁸ Im Spiegel wird der Wert der Lieferungen mit ca. 12 Mio. DM angegeben. Ebd., S.20. Demgegenüber heißt es in der ostdeutschen Dissertation Coburgers aus dem Jahr 1964, dass die zur Lieferung vorgesehene Granatwerfermunition der Kaliber 81 und 122 mm einem Wert von 13.8 Mio. DM entsprachen. Vgl.: Coburger, D.: Die Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Israel, S.192.

¹⁶⁹⁹ Während der Spiegel von einer luxemburger Firma spricht, finden sich in den überlieferten Akten nur Verweise auf eine liechtensteiner Firma.

¹⁷⁰⁰ Vgl.: „Granaten aus Haifa“, in: Der Spiegel, Nr.26 vom 24.6.1959, S.20.

Warenverkehr nicht erklären“¹⁷⁰¹ ließ. Die durch die Bundeswehr bezogene Granatwerfermunition wurde in Haifa aufgrund einer finnischen Lizenz hergestellt.¹⁷⁰² Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Hopf, äußerte sich zu Beginn des Jahres 1960 zu weiteren Munitionsbestellungen seines Ministeriums in Israel,¹⁷⁰³ dahingehend, dass hierfür der Minister persönlich in Zusammenarbeit mit dem Obersten Becker zuständig und er hierzu nicht aussagekräftig sei. Dennoch rechtfertigte Hopf diese Bestellungen mit dem Verweis auf die antisemitischen Schmierereien zum Jahreswechsel 1959/60 als außenpolitische Aktion. Eine solche entsprach allerdings nicht der Aufgabe des Bundesverteidigungsministeriums. Doch auch das Auswärtige Amt wurde hinsichtlich der neuen Entwicklungen von Tampella auf dem laufenden gehalten. Als 1961 durch das Unternehmen ein neues Feldgeschütz auf den Markt gebracht werden sollte, verwies die deutsche Handelsvertretung in Helsinki darauf, dass noch nicht bekannt sei, ob dieser Typ auch von entsprechenden „Tochtergesellschaften im Ausland (Israel) in Lizenz gebaut“¹⁷⁰⁴ würde. Infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel strebte das Auswärtige Amt an, zukünftige Aufträge für Munitionslieferungen von Israel in die Türkei zu verlagern, ohne dass dabei ein generelles Verbot angestrebt wurde, Waffen aus Spannungsgebieten zu beziehen.¹⁷⁰⁵ Dieses Vorhaben scheiterte allerdings an dem Umstand, dass entsprechende türkische Fabriken technisch noch nicht in der Lage waren, „einwandfreie Munition herzustellen“.¹⁷⁰⁶ Als im Sommer 1959 die Munitionslieferungen aufgrund des Spiegel-Artikels in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gelangten, entfachten diese in der Knesset eine heftige Diskussion. Insbesondere aus den Reihen der Achdut Ha'avoda (hier v.a. Yigal Alon), der MAPAM, der MAKI sowie der Cherut (Menachem Begin) wurden schwere Vorwürfe gegen dieses Waffengeschäft erhoben. Ben Gurion selbst verurteilte während seiner Rede in der Knesset am 1. Juli 1959 die Kampagne der Cherut infolge der Spiegel-Veröffentlichung,¹⁷⁰⁷ der sich die Achdut Ha'avoda und teilweise auch Mitglieder der MAPAM angeschlossen hatten. Diese entsprach

¹⁷⁰¹ Diplomatische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland (244-15 Pol.922/55), London, gez. Schlange-Schöningen, am 1.3.1955 an AA betr. Jordanische Anfrage, in: PA/AA, B 11, Bd.207, S.403.

¹⁷⁰² Vgl.: AAPD 1965, Dok.2, S.6.

¹⁷⁰³ Vgl.: Aufzeichnung Abt. 7, AA, vom 2.2.1960 betr. Gespräch mit Hopf, in: PA/AA, B 12, Bd.1051.

¹⁷⁰⁴ Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland (Pol 203-84) vom 2.2.1961 an AA betr. neues finnisches 122 mm Feldgeschütz, in: PA/AA, B 57, Bd.304.

¹⁷⁰⁵ Von Hardenberg, AA (III A 4-81.SR/4-92.19 VS-NfD) an BMVtdg, General Mühlener, am 27.7.1965, in: PA/AA, B 57, Bd.304. Im Juli 1965 lief ein Auftrag über 50.000 Schuss Nebelmunition für Tampella - Mörser. Vgl.: Vermerk Middelman vom 16.7.1965 betr. Bezüge von Rüstungsmaterial aus Israel, in: PA/AA, B 150, Bd.56, S.6288.

¹⁷⁰⁶ Vermerk Middelman vom 16.7.1965 betr. Bezüge von Rüstungsmaterial aus Israel, in: PA/AA, B 150, Bd.56, S.6288.

¹⁷⁰⁷ Der Artikel wurde in einigen israelischen Blättern z.T. im Wortlaut nachgedruckt, so z.B. „Yedioth, Aharonot“. Siehe: „Schaudernde Seelen“, in: Der Spiegel, Nr. 28 vom 8.7.1959, S.34f.

in seinen Augen „eine[r] gefährliche[n] Sabotage“¹⁷⁰⁸ der internationalen Stellung und Sicherheit Israels. Wiederholt betonte Ben Gurion den qualitativen Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Bundesrepublik.

Ben Gurion kritisierte, dass insbesondere Achdut Ha'avoda und MAPAM versuchten, die durch das Kabinett Mitte Dezember 1958¹⁷⁰⁹ angenommene Entschließung zu verletzen. Gerade mit den Ministern der Achdut Ha'avoda kam es im März 1959 zu grundlegenden Differenzen. In einem Brief Mitte April, dem eine Kabinettsitzung am 29. März 1959 vorausging, in welcher Ben Gurion unter Verweis auf Einkünfte des Verteidigungsministeriums die Unterzeichnung eines Vertrages mit der Bundesrepublik bekanntgab, behaupteten die Minister dieser Partei, dass das Verteidigungsministerium hierfür die Zustimmung des Kabinetts benötigte.¹⁷¹⁰ In diesem Kontext hatte die MAKI zudem am 29. Juni einen Misstrauensantrag gegen die Regierung eingereicht, der klar scheiterte.¹⁷¹¹ Diese Diskrepanzen spitzen sich im Rahmen der Knessetdebatte zu. Am Ende dieser verhandelten die Abgeordneten über den Regierungsantrag, die Munitionslieferungen in die Bundesrepublik nicht aufzuheben. Dieser wurde mit 57:45 Stimmen angenommen.¹⁷¹² Achdut Ha'avoda und MAPAM, obwohl im Kabinett vertreten, sprachen sich gegen diesen Antrag aus. Als Ben Gurion schließlich eine Woche nach Beendigung der Debatte in einem an alle Kabinettsmitglieder verteilten Briefes die Minister der Achdut Ha'avoda und der MAPAM zum Rücktritt aufforderte, diese sich aber weigerten, demissionierte er schließlich selbst mit der gesamten Regierung.¹⁷¹³ Allerdings kam es am Rande der Knessetdebatte wegen israelischer Waffenlieferungen an Deutschland in der Öffentlichkeit nicht zu vergleichsweise scharfen Protesten wie noch 1952 im Zusammenhang mit der grundlegenden Frage, überhaupt mit Deutschland in „Wiedergutmachungsverhandlungen“ einzutreten.

Als ursächlich für die beschriebene Regierungskrise bezeichnet Weingardt die Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Strauß und Peres über den Kauf der israelischen Maschinenpistole vom Typ Uzi für die Bundeswehr.¹⁷¹⁴ Dem steht gegenüber, dass sich Ben Gurion während seiner Knesset-Rede ausdrücklich auf die Veröffentlichungen des Spiegel betr. der

¹⁷⁰⁸ Rede Ben Gurions in der Knesset am 1.7.1959, vertrieben durch die Informationsabteilung der Israel Mission, in: PA/AA, B 12, Bd.1021, S.21.

¹⁷⁰⁹ Mit der Entschließung wurde das israelische Verteidigungsministerium zum Verkauf von Waffen an ausländische Staaten unter der Bedingung autorisiert, dass das Außenministerium gegen diese keine Einwände erhob.

¹⁷¹⁰ Vgl.: Weitz, Y.: Ben Gurions Weg, S.267f.; Ben Gurion, D.: Israel, S.520ff.

¹⁷¹¹ Vgl.: Ben Gurion, D.: Israel, S. 518ff.

¹⁷¹² Vgl.: Begleitschreiben der Israelmission zur durch diese publizierten Rede Ben Gurions vom 1.7.1959, in: PA/AA, B 12, Bd.1021.

¹⁷¹³ Vgl.: Weitz, Y.: Ben Gurions Weg, S.268. Ben Gurion misslang allerdings eine Regierungsneubildung, so dass er bis zur Wahl am 3.11.1959 mit der bisherigen Regierung im Amt verblieb. Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.498.

¹⁷¹⁴ Vgl.: Weingardt, M.A.: Deutsch-israelische Beziehungen, S.34.

Granatwerfermunition berief. Allerdings attestiert auch dieser in einem späteren Interview, dass er bereits am 24. Dezember 1958 dem Kabinett vorgeschlagen hatte, „dass wir in Deutschland einen Posten von Handfeuerwaffen, die wir in Israel herstellten, verkaufen sollten, und hatte die Genehmigung des Kabinetts dazu erhalten. Der Vertrag wurde drei Monate später unterzeichnet.“¹⁷¹⁵

3.7.3.2. Uzis für die Bundesrepublik

Bis zum heutigen Tage beruhen die meisten Darstellungen auf den Aussagen Vogels, der dieses Geschäft nach eigener Aussage in einem Gespräch mit Peres und Ben Natan mit der Begründung „Die UZI in der Hand deutscher Soldaten ist sicher besser, als alle Broschüren über den Antisemitismus.“¹⁷¹⁶ nach der Suezkrise vorbereitet habe. Auch die guten Kontakte Vogels nach Israel können hier als alleinige Begründung für das Geschäft und dessen Zustandekommen sicherlich nicht befriedigen. Jedenfalls war der Verkauf der israelischen Maschinenpistole an die Bundesrepublik Deutschland bereits Gesprächsthema zwischen Strauß und Shinnar während deren Treffen am 19. März 1957.¹⁷¹⁷ Dieses Treffen wurde mit Hilfe des damaligen Leiters der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Grewe, arrangiert. Der Leiter des israelischen Rüstungskonzerns TAAS, Dar, hatte zuvor den Wunsch geäußert, einen Absatzmarkt für die israelische Maschinenpistole des Typs Uzi in Deutschland zu finden. Zudem hatte Dar darum gebeten, eine solche Frage wie auch in anderen Staaten, so z.B. in den Niederlanden, auf Regierungsebene zu erörtern. Shinnar, wohl nicht zuletzt wegen seiner Position als Leiter der Israel-Mission, zeigte sich zunächst wenig geneigt, persönlich wegen der Einleitung entsprechender Gespräche bei Strauß vorstellig zu werden. Nachdem er das israelische Anliegen aber gegenüber Grewe erörtert hatte, hatte dieser sich bereit erklärt, mit dem deutschen Verteidigungsminister zu sprechen.¹⁷¹⁸

Im Rahmen des Gesprächs am 19. März 1957 und somit mit Wissen des Auswärtigen Amts unterrichtete der deutsche Bundesverteidigungsminister den israelischen Gesandten, dass die Uzi und zwei weitere Typen von Maschinenpistolen aus schwedischer bzw. spani-

¹⁷¹⁵ Pearlman, M.: Gespräche mit Ben Gurion, S.197. Ebenfalls unter Bezug auf die Kabinettsitzung am 24.12.1958 hieß es allerdings in einer anderen Darstellung Ben Gurions: „In jener Ministerratssitzung teilte ich mit, dass eine auf einen großen Dollarbetrag lautende Bestellung für Geschosse und Mörser eingegangen sei.“ Siehe: Ben Gurion, D.: Israel, S.520.

¹⁷¹⁶ Vogel, R. (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog, Teil 1, Bd. I, S.135. Vogel bat in diesem Gespräch angeblich darum, ein Exemplar einer solchen Maschinenpistole mit nach Deutschland nehmen zu dürfen, was allerdings abgelehnt wurde, nachdem sich die israelischen Gesprächspartner in hebräischer Sprache über das Ersuchen verständigt hatten. Nach Deutschkron habe allerdings Shinnar im Auftrag von Peres, den Bundesverteidigungsminister im Juni 1957 mit der Uzi bekannt gemacht. Siehe Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen, S.250.

¹⁷¹⁷ Vgl.: Shinnar an Ilzar am 19.3.1957, in: ISA/3099/25-ז.

¹⁷¹⁸ Vgl.: Shinnar an Generaldirektor des israelischen Außenministeriums am 25.2.1957, in: ISA/3099/26-ז.

scher Produktion auf ihre Eigenschaften hin geprüft würden.¹⁷¹⁹ Infolge dieser Untersuchung sollte beschlossen werden, welches der drei Modelle zum Kauf zur Disposition stand. Shinnar wies Strauß in diesem Kontext auf die grundsätzliche israelische Bereitschaft hin, im Falle eines israelischen Verkaufs der Waffe an die Bundesrepublik in Höhe der erzielten Erlöse Waren in Deutschland zu erwerben. Selbst der israelische Gesandte zeigte sich beeindruckt und überrascht davon, dass Strauß darin einen positiven Faktor erblickte. Während des Treffens überreichte Shinnar Strauß Material über weitere Produkte. Ein wesentliches Motiv für den Kauf der Uzi dürfte der Wille gewesen sein, Israel mit anderen als politischen Mitteln zu unterstützen. Gerade 1957 wurde erneut die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten diskutiert und durch die Bundesrepublik mit Blick auf deren Deutschlandpolitik, die Hallstein-Doktrin und die arabische Drohung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR im Wahljahr 1957 zurückgestellt. Doch eine solche Erpressungen folgende Außenpolitik hätte de facto eine Israel gegenüber nicht zu rechtfertigende Diskriminierung impliziert, wenn man diese ablehnende Haltung hinsichtlich der Frage diplomatischer Beziehungen nicht anderweitig hätte kompensieren können. Moralische Ambitionen¹⁷²⁰ zur Klärung einer Motivlage heranzuziehen, erscheint im Bereich des Waffenhandels und des Handels mit militärisch relevanten Gütern auch unabhängig von den deutsch-israelischen Beziehungen prinzipiell fragwürdig.

Über den Umfang der tatsächlich an die Bundesrepublik gelieferten Maschinenpistolen des Typs Uzi existieren bis heute ungenaue Angaben. So berichtete der Bonner Generalanzeiger Anfang September 1959 darüber, dass Maschinenpistolen des Typs Uzi bei der Bundeswehr festgestellt worden seien. Das veranlasste die damals für Israel zuständige Ostabteilung des Auswärtigen Amts allerdings zu der Bemerkung „Wir sollten nunmehr offen legen, was wir alles damals in Israel eingekauft haben, da es uns schwer zu glauben ist, wenn wir nachträglich bei der Aufdeckung neuer Lieferungen jedesmal sagen, es handelt sich um alte Geschäfte.“¹⁷²¹

Während eines Treffens am 9. November 1959 verhandelte Shinnar mit Bundesverteidigungsminister Strauß über die Fortsetzung der deutschen Bestellungen von Uzis und Granat-

¹⁷¹⁹ Gemäß Strauß' Erinnerungen waren neben einem schwedischen, ein italienisches und ein finnisches Modell Konkurrenten der Uzi. Strauß, F.-J.: Erinnerungen, S.346.

¹⁷²⁰ Geschichtspolitische Motive dürften bei der Neuauflage des Buchs über Kriegsbriefe gefallener deutsche Juden, auf Anregung des Pressereferenten von Strauß, Oberst Schmückle, eher eine Rolle gespielt haben. Vgl.: Strauß, F.J.: Erinnerungen, S.335-341 (Kriegsbriefe gefallener deutscher Juden, mit einem Geleitwort von Franz Josef Strauß, Stuttgart 1961.)

¹⁷²¹ Vermerk, vom 7.9.1959 (708-84.00-92.19/2043/59) betr. israelische Maschinenpistolen bei der Bundeswehr, in: PA/AA, B 12, Bd.1050. Am Rande befindet sich eine Marginalie folgenden Inhalts: „Habe heute den Herrn St.S. unterrichtet, der bat, die Sache zunächst auf sich beruhen zu lassen, und zwar in der Hoffnung, dass kein weiterer Staub aufgeworfen wird.“

werfermunition, nachdem u.a. Zvi Dar diesbezüglich bei dem Leiter der Israel-Mission vorstellig geworden war.¹⁷²² Während dieses Gespräches wurde auch auf den ursprünglichen Widerstand von Entscheidungsträgern innerhalb der deutschen Armee verwiesen, diese Waffe zur Ausrüstung eines regulären Soldaten zu erwerben, was wohl auf das Einsatzgebiet und die Beschaffenheit der Waffe zurückzuführen war. Ursprünglich hatten die deutschen Verhandlungspartner gegenüber Israel angegeben, bis zu 100.000 Stück dieser Waffe abzunehmen und sie zum Zwecke der Übung und Bewaffnung der Zivilbevölkerung im Bedarfsfall einzusetzen. Recht weitsichtig hielt Israel eine Bestellung in solcher Größenordnung für unwahrscheinlich. Andererseits existierte auf deutscher Seite ein gewisses Interesse, die Maschinenpistole in Lizenz herzustellen, wie dies laut Hansen¹⁷²³ angeblich in späteren Jahren erfolgte. Weiterhin bat Strauß den Leiter der Israel-Mission, sich noch einmal mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung zu setzen, damit dieses dem Bundesverteidigungsminister keine Schwierigkeiten wegen dessen Bestellung in Israel machen würde. Strauß warnte jedoch gleichzeitig vor zu engen Kontakten mit der „Zone“.¹⁷²⁴

Doch die Uzi sollte auch in den folgenden Jahren Aufsehen erregen, wie z.B. im Sommer 1961, als Gerüchte über die Lieferung von 10.000 Stück dieser Maschinenpistolen aus der Bundesrepublik an Portugal für Angola in der Presse auftauchten. Diese wurden jedoch durch die Bundesregierung dementiert. Nach Informationen des Bundesverteidigungsministerium hatte dieses 50.000 Maschinenpistolen des Typs Uzi in Israel bestellt. Nach der Lieferung der ersten 40.000 Exemplare hatte das Bundesverteidigungsministerium die Abnahme weiterer 10.000 Maschinenpistolen abgelehnt, da die Waffe nicht den eigenen technischen Anforderungen entsprach. Als die portugiesische Regierung bei der Bundesrepublik vorstellig wurde, ob diese nicht Waffen des benannten Typs an Portugal liefern könnte, wurde dies abgelehnt. Allerdings verwies man die portugiesische Regierung auf den Restbestand der 10.000 Maschinenpistolen in Israel.¹⁷²⁵ In diesem Zusammenhang erscheint der Vorwurf Jelineks,¹⁷²⁶ die Bundesrepublik habe diese Waffen direkt an Portugal verkauft und versucht ihre Hände in Unschuld zu waschen, zu hart. Allerdings erlitt das israelische Ansehen in Afrika einen Schaden, was ursächlich für entsprechende Kontroversen innerhalb der israelischen Regierung gewesen sein dürfte.

¹⁷²² Vgl.: Shinnar an Finanzminister und an Minister für Handel und Industrie am 15.11.1959, in: ISA/301/8-זח.

¹⁷²³ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.493.

¹⁷²⁴ Vgl.: Shinnar an Finanzminister und an Minister für Handel und Industrie am 15.11.1959, in: ISA/301/8-זח.

¹⁷²⁵ Vgl.: Fernschreiben aus Jerusalem Nr.223 vom 5.6.1961, gez. Vogel, an AA, BPA, BKA mit Bitte um Weitergabe an BMVg, betr. Nachrichten über Waffenverkäufe, in: PA/AA, B 12, Bd.1051; Drahterlass Nr.59 vom 30.6.1961, gez. von Etzdorf, (307-83.00-90.03/1950/61), in: PA/AA, B 12, Bd.1051.

¹⁷²⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.409f.

Doch bezog die Bundesrepublik offensichtlich auch in den Folgejahren trotz vorübergehender Bedenken des Bundesverteidigungsministeriums noch Maschinenpistolen des Typs Uzi aus Israel. So erklärte man im Auswärtigen Amt 1965, dass der aktuelle Auftrag noch bis in das Jahr 1966 laufe, über etwaige Anschlussaufträge allerdings noch nicht entschieden sei.¹⁷²⁷ Im Sommer 1965 setzte Shinnar unter Verweis auf den umfangreichen Ankauf der Waffe durch die Niederlande und eine wünschenswerte Exportförderung Israels durch Deutschland den Bundesminister des Innern, Hoecherl, über das israelische Interesse an einem weiteren Absatz der Uzi in der Bundesrepublik zur Verwendung dieser beim Bundesgrenzschutz und der Bereitschaftspolizei in Kenntnis.¹⁷²⁸

Aber auch in den arabischen Staaten erregte die Debatte einiges Aufsehen. Besonders kritisch bewertete so z.B. eine jordanische Zeitung, dass durch den Bezug israelischer Waffen durch die Bundesrepublik eine Waffenausfuhr aus Deutschland nach Israel möglich gemacht worden sei. Infolge der Abneigung Jordaniens gegenüber Frankreich, nicht zuletzt wegen dessen hauptsächlich durch die eigene Algerienpolitik motivierte Israelpolitik, wurde u.a. die deutsch-französische Freundschaft und das Einwirken der französischen Diplomatie auf diplomatische Kreise der Bundesrepublik für das deutsch-israelische Waffengeschäft verantwortlich erklärt.¹⁷²⁹

Mit Blick auf die Knessetdebatte des Jahres 1959 erscheint es im Nachhinein wahrscheinlich, dass sich zu diesem Zeitpunkt einerseits die Pressemeldungen über die Lieferung der in Israel hergestellten Granatwerfermunition an die Bundesrepublik und andererseits die seit März im israelischen Kabinett bestehenden Differenzen betr. eines Vertrages mit der Bundesrepublik - ggf. betr. der Uzi - in der oben beschriebenen Regierungskrise überschritten und sich - zumindest im Kabinett - hinsichtlich ihrer Wirkung gegenseitig verstärkten. Der Geschäftsträger der israelischen Botschaft in Paris, Shneerson, interpretierte die Regierungskrise im Zusammenhang mit den deutschen Waffenbestellungen als innenpolitisches Manöver einzelner links der MAPAI stehender Kreise. Diese seien von der Absicht getragen gewesen, bei den nächsten Parlamentswahlen durch die Debatte größeren Zulauf zu erhalten.¹⁷³⁰

¹⁷²⁷ Vgl.: Vermerk Middelman (III A 4 – 81.SR/4-92.19-870/65 VS-V) vom 16.7.1965 betr. Bezüge von Rüstungsmaterial aus Israel, in: PA/AA, B 150, Bd.56, S.6288.

¹⁷²⁸ Vgl.: Shinnar an Hoecherl am 6.7.1965, in: ISA/301/8-зп. Auf eine entsprechende Ausrüstung der Polizei mit Maschinenpistolen dieses Typs verweist Hansen ohne Angaben von Quellen. Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.493.

¹⁷²⁹ Vgl.: Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland, Amman (Pol. 708-84.01-327/59), an AA am 4.7.1959 betr. jordanischer Pressereaktionen, in: PA/AA, B 12, Bd.1050.

¹⁷³⁰ Vgl.: Fernschreiben aus Paris, gez. Jansen, an AA vom 14.8.1959 betr. deutsche Waffenbestellungen in Israel, in: PA/AA, B 12, Bd.1050.

Doch beinhalteten die militärischen Beziehungen beider Staaten außer dem Bezug von Granatwerfermunition oder der Uzi durch die Bundesrepublik, abgesehen von der noch näher zu behandelnden „Aktion Frank/Kol“ auch noch andere Kontakte und Geschäfte.

3.7.3.3. Weitere Geschäfte

Bereits im Oktober 1958 richtete sich die Flugzeug-Union Süd GmbH mit der Bitte um Benutzung bundeseigener Vorrichtungen an das Bundesverteidigungsministerium.¹⁷³¹ Hintergrund bildete das Bestreben mittels Aufträgen für die Lieferung der „Fouga Magister CM 170 R“ im Export Produktionseinbrüche der Fertigungsfirmen Messerschmitt AG und Ernst Heinkel Fahrzeugbau GmbH zu kompensieren. Hierbei wurden durch die Flugzeug-Union Süd Aufträge für die Lieferung von z.B. Zellen oder Zellenteilen nach Israel, Finnland und Belgien erwartet. Zu diesem Zeitpunkt stand Messerschmitt bereits in Verhandlungen mit der finnischen Firma Valmet Oy und der israelischen Betek Aircraft, wobei, so der Vorsitzende des Vorstands des deutschen Unternehmens, zum Teil bereits Liefervereinbarungen getroffen worden seien.¹⁷³² Während sich das Bundesverteidigungsministerium zu dem Ersuchen der Flugzeug-Union Süd Anfang September 1958 nicht verbindlich geäußert hatte, verteidigte das Bundeswirtschaftsministerium gegenüber dem Auswärtigen Amt den Antrag der Firma Messerschmitt auf Lieferung verschiedener Flugzeugteile des Schul- und Verbindungsflugzeuges Fouga Magister nach Israel. Demnach sollte Messerschmitt nur einzelne, neugefertigte Teile des Flugzeugtyps, nach Israel liefern, damit das Flugzeug entsprechenden Typs in Israel zusammengebaut werden konnte. Den überwiegenden Teil der hierfür notwendigen Teile lieferte allerdings Frankreich. Da aus Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums die zur Disposition stehenden Flugzeugteile weder für Kriegsflugzeuge konzipiert waren, noch ein solches darstellten, unterlag eine entsprechende Lieferung nicht dem vorläufigen Kriegswaffengenehmigungsverfahren nach Art. 26 Abs.2 GG. Nach Ansicht des Ministeriums oblag somit die Zuständigkeit der Bearbeitung des entsprechenden Antrages dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt a.M.¹⁷³³

Weiterhin bezog die Bundesrepublik in Israel angefertigte Uniformen. Die Bundeswehr hatte einen Auftrag zur Anfertigung von 10.000 Uniformen an die israelischen ATA-

¹⁷³¹ Vgl.: Flugzeug-Union-Süd GmbH an BMVg am 25.10.1958, in: BA-MArch, BW 1, Bd.347526.

¹⁷³² Vgl.: Vorsitzende des Vorstandes der Messerschmitt AG an BMVg, am 3.12.1958, in: BA-MArch, BW 1, Bd.347526.

¹⁷³³ Vgl.: Bundesminister für Wirtschaft, i.A. Boecker, (IV A 3 – 22073/58) an AA, z. Hd. Etzler am 2.12.1958 betr. Antrag der Firma Messerschmitt, in: BA-MArch, BW 1, Bd.347305. Auf der Ausfertigung für das BMVg befindet sich der handschriftliche Vermerk für Götze (BMVg, W I/5): „Wegen der Eilbedürftigkeit habe ich die Unterlagen am 3.12.58 an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Frankfurt zurückgesandt. Der Wert der Lieferung beträgt DM 682.230,--.“

Textilfabriken vergeben.¹⁷³⁴ Dieser war zunächst als NATO-Auftrag getarnt gewesen. Ihn verteidigte der amtierende Handelsminister Pinchas Sapir am 30. Juli 1962 trotz scharfer Proteste aus den Reihen der Cherut und der MAKI. Besonders spektakulär und sicherlich auch verständlich gestalteten sich Proteste der Arbeiterinnen der Fabrik, von denen einige einst selbst in deutschen Konzentrationslagern Uniformen nähen mussten, was im gesamten Land für entsprechende Erregung sorgte. Bereits 1960 hatte die israelische Zeitung Ma'ariv über die Absicht des Bundesverteidigungsministeriums berichtet, Uniformen aus Israel zu beziehen, was durch dieses zu diesem Zeitpunkt allerdings bestritten wurde.¹⁷³⁵ Entsprechende Nachrichten wurden auch durch den Britischen Rundfunk und die „Welt“ verbreitet, was den Geschäftsträger der VAR in Portugal veranlasste, bei der dortigen Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vorzusprechen. In diesem Zusammenhang äußerte er die Auffassung, dass er kaum glauben könne, dass Deutschland seine Uniformen, als äußeres Attribut seiner „Würde“ und seines „Stolzes“¹⁷³⁶ aus Israel beziehen wolle. Dies wog in seinen Augen schlimmer, als der Kauf von Waffen und sonstiger Ausrüstung. Nachdem Sapir anderthalb Jahre später den deutschen Auftrag öffentlich bestätigt hatte, war auch das Auswärtige Amt über das Geschäft durch das Bundesverteidigungsministerium in Kenntnis gesetzt worden. Nach dessen Version deklarierte man die von Israel infolge einer öffentlichen internationalen Ausschreibung bezogene Ware, als während der letzten Monate bestellte „Kittel für Krankenschwestern und Turnhosen“.¹⁷³⁷ Die Auftragssumme erstreckte sich, so das Bundesverteidigungsministerium gegenüber dem Auswärtigen Amt, auf einen Gesamtbetrag von maximal 300.000 DM. Insgesamt belief sich der Gesamtwert der bis „Ende 1964 nach Israel (größtenteils Liechtenstein) gelegten Aufträge über Rüstungsgüter“ bemerkenswerter Weise auf etwa 250 Mio. DM – also etwa in einer Größenordnung, in der die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“ Waffen nach Israel lieferte.¹⁷³⁸

¹⁷³⁴ Vgl.: Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen, S.177.

¹⁷³⁵ Vgl.: Bundesminister der Verteidigung (W I 2 – Az.: 76-12-10), i.A. Beyer, an AA, am 9.12.1960, in: PA/AA, B 57, Bd.304.

¹⁷³⁶ Vgl.: Botschaft der BRD (Wi 412-84.02/2969/60), Lissabon, gez. Schaffarczyk, an AA, am 9.12.1960 betr. angebliche Lieferungen von Uniformen, in: PA/AA, B 12, Bd.1032.

¹⁷³⁷ Vermerk des Leiters der Abt. 4 (412-84.03-92.19) vom 23.8.1962 betr. Bundeswehrbestellung in Israel, in: PA/AA, B 66, Bd.270.

¹⁷³⁸ Vgl.: Vermerk Middelman (III A 4 – 81.SR/4-92.19-870/65 VS-V) vom 16.7.1965 betr. Bezüge von Rüstungsmaterial aus Israel, in: PA/AA, B 150, Bd.56, S.6288.

3.7.3.4. Ausbildungshilfe

Bereits Ende der fünfziger Jahre¹⁷³⁹ tauchten nicht nur in einigen arabischen Ländern vereinzelt Meldungen über die Ausbildung israelischer Offiziere und Mannschaftsdienstgrade auf dem Gebiet der Bundesrepublik auf, wobei die Tatsache selbst erst durch die Äußerungen des Bundestagsabgeordneten der SPD, Merten, im Sommer 1963 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde.¹⁷⁴⁰ Selbst die USA hatten bereits im Frühjahr 1956 die Möglichkeit der Ausbildung israelischer Piloten für Flugzeuge des Typs F-86 auf dem Territorium der Bundesrepublik in Erwägung gezogen.¹⁷⁴¹

Die letztlich tatsächlich in der Bundesrepublik ausgebildeten Israelis waren zunächst keineswegs selbst durch die Bundeswehr ausgebildet worden, sondern v.a. durch im Bundesgebiet stationierte französische Einheiten. Diese Ausbildungshilfe bedurfte der formalen Unterstützung durch die Bundesrepublik. So wurden z.B. in der Zeit von November 1957 bis Februar 1958 nach Kenntnis des Auswärtigen Amts „mindestens 8 israelische Offiziere und 149 Unteroffiziere und Mannschaften bei französischen Einheiten in der Bundesrepublik ausgebildet“,¹⁷⁴² wobei sich die Ausbildungsgruppen permanent vergrößert hätten. Zum Vergleich hatte die Anzahl der z.B. aus Irak, Äthiopien sowie vereinzelt südamerikanischen Ländern entsandten Offiziere und Mannschaften niemals zehn Personen überschritten. Allerdings müsste einem solchen Vergleich auch der sehr unterschiedliche Ausbildungs- und Sachverstand einzelner israelischer Soldaten, deren Nähe zu westeuropäischen Armeen, im Unterschied zu den vorgenannten in Betracht gezogen werden, um derartige Vergleiche zu relativieren, obgleich die Anzahl der in Deutschland ausgebildeten Israelis natürlich keineswegs gering war. Jeweilige Aufenthaltsgenehmigungen mussten durch Frankreich bei der Bundesregierung¹⁷⁴³ beantragt werden. Infolge der deutlich steigenden Zahl von israelischen Ausbildungseinheiten in der Bundesrepublik, die sogar in der Bevölkerung Freiburgs zum Gesprächsthema avancierten, diskutierte man im Auswärtigen Amt, um eine Diskriminierung anderer Nicht-NATO-Staaten zu verhindern, v.a. aber mit Blick auf eventuelle Komplikatio-

¹⁷³⁹ Vgl.: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Beirut (Pol. 708-84/92.19 – Ber.Nr. 942/58), an AA betr. libanesisches Pressemeldung über Ausbildung israelischer Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland, in: PA/AA, B 12, Bd.1050.

¹⁷⁴⁰ Vgl.: AAPD 1963, Dok.193, Anm.5, S.631. Merten war zudem von 1957 bis 1963 stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verteidigung, gehörte andererseits aber nicht zu den sogenannten Vertrauenspersonen, die im Kontext der „Aktion Frank/Kol“ über das Ausmaß der deutschen Lieferungen unterrichtet waren.

¹⁷⁴¹ Vgl.: FRUS, 1955-1957, Bd. XV, Dok.282, S.534.

¹⁷⁴² Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.158, S.473.

¹⁷⁴³ Aus Gründen der Zweckmäßigkeit hatte sich das Auswärtige Amt einverstanden erklärt, dass bisher das Bundesverteidigungsministerium entsprechende Genehmigungen erteilte. Diese Regelung wurde 1957 auf Grund der ständig steigenden Zahl israelischer Ausbildungseinheiten auf dem Gebiet der Bundesrepublik seitens des Auswärtigen Amts zunehmend in Frage gestellt.

nen in den Beziehungen der Bundesrepublik zu den arabischen Staaten, eine Begrenzung der Teilnehmerzahl von zehn Personen im Rahmen entsprechender Lehrgänge zu fordern. Andererseits war das deutsche Ministerium zu diesem Zeitpunkt durch Frankreich bereits formlos unterrichtet worden, dass der geplante Lehrgang im Juli/August 1958 den letzten seiner Art darstellen sollte.¹⁷⁴⁴

Doch in den folgenden Jahren bildete auch die Bundeswehr selbst zunehmend israelische Offiziere und Mannschaftsdienstgrade in ihren Reihen aus. Zeitlich nahezu parallel zu dem Interview Mertens befasste sich das Bundesverteidigungsministerium mit der Vorbereitung eines Besuchs zweier israelischer Obersten zum Zwecke der Unterrichtung über Fragen der Instandsetzung und Versorgung. Allerdings hatten die israelischen Gäste Reisekosten, Kosten für Übernachtung und Verpflegung selbst zu tragen.¹⁷⁴⁵ Andererseits sollten bis 1963 gemäß dem Auswärtige Amt vorliegenden Informationen, Israelis an Flugabwehrwaffen amerikanischer Herkunft, z.B. an „mit Radar ausgerüsteten 40 mm Flak auf Panzerlafetten und an ähnlichen derartigen Waffen“¹⁷⁴⁶ ausgebildet worden sein. Bereits im Sommer 1961 hielt der Staatssekretär des Auswärtigen Amts in einer Aufzeichnung fest, dass die Bundesrepublik Israel „know how auf dem Gebiet der Flugabwehr zur Verfügung“¹⁷⁴⁷ stellte.

Im März 1965 berichtete der Nahostreferent des Auswärtigen Amts über laufende Ausbildungshilfe israelischer Offiziere bei der Bundeswehr, wobei ein Panzerlehrgang inzwischen abgeschlossen war und zum Zeitpunkt der Aufzeichnung eine Marineausbildung an Radar durchgeführt wurde.¹⁷⁴⁸ Israelis wurden seitens der Bundeswehr z.B. an der Schule für Flugabwehr in Rendsburg,¹⁷⁴⁹ auf dem Truppenübungsplatz Munsterlager¹⁷⁵⁰ und der Luftlande- und Lufttransportschule Schongau ausgebildet.¹⁷⁵¹

¹⁷⁴⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.158, S.473f. Weiterhin: Aufzeichnung Ref.211 (211-81-20-4/835/58), AA, vom 10.4.1958 betr. Ausbildung israelischer Soldaten bei französischen Stationierungseinheiten in Deutschland, in: PA/AA, B 12, Bd.1045.

¹⁷⁴⁵ Vgl.: Schreiben des BMVg, FÜ B II 8, am 19.6.1963 an BWB und FÜ H II 2 betr. Unterrichtung israelischer Offiziere, in: BA-MArch, BW 1, Bd.315812.

¹⁷⁴⁶ AAPD 1963, Dok.199, S.643.

¹⁷⁴⁷ AAPD 1965, Dok.2, S.7.

¹⁷⁴⁸ Vgl.: AAPD 1965, Dok.103, S.431.

¹⁷⁴⁹ Vgl.: Aufzeichnung AA, Abt. I B 4, vom 28.6.1963 betr. Besuch von Fregattenkapitän Dulger, BMVg, in: PA/AA, B 150, Bd.7, S.2396. Im Rahmen des Gesprächs wurde auch der Bau eines Segelschulschiffes für Ägypten diskutiert, gegen den die Nahostabteilung des AA nichts einzuwenden gedachte. Zur Ausbildung israelischer Offiziere in Rendsburg siehe auch: Brentano an von Hassel am 20.6.1963, in: BA, N 1239, Bd.84; Nach einer handschriftlichen Aufzeichnung von Carstens beim Bundeskanzler vom 28.6.1963 wurden zu dieser Zeit 35 Israelis an der Schule für Flugabwehr an einem 40 mm Geschütz ausgebildet, in: BA, N 1337, Bd.634.

¹⁷⁵⁰ Der Besuch israelischer Offiziere in Munsterlager fand z.B. Anfang 1965 in der Presse der VAR große Beachtung. Interesse erregte v.a. die Frage, ob die Israelis die Absicht hegten, den Kampfpanzer Leopard I evtl. nach seiner Einführung zu erwerben. Vgl.: Fernschreiben aus Kairo, gez. Kriebel und Federer, an BMVg FÜ B II 4 und AA vom 14.1.1965 betr. israelischer Besuch in Panzertruppenschule, in: PA/AA, B 57, Bd.304.

¹⁷⁵¹ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.620.

3.7.4. Differenzen zwischen Auswärtigem Amt und Bundesverteidigungsministerium?

Obgleich sich Bundesverteidigungsminister Strauß an militärischen Kontakten zu Israel durchaus interessiert zeigte, galt dies für das Auswärtige Amt nur bedingt. Auf der Ebene einzelner Referate desselben, regte sich nicht selten Protest gegenüber beabsichtigten Ausrüstungslieferungen aus der Bundesrepublik nach Israel. Als AEG 1960 beispielsweise plante, ein Feldfunkgerät nach Israel auszuführen, stimmten die Referate 413 und 708 im Auswärtigen Amt dieser Lieferung trotz der Tatsache, dass dieses durch das vorläufige Kriegswaffengenehmigungsverfahren nicht erfasst wurde, nicht zu. Abteilung 7 bezog ihre Ablehnung außer auf die durch die Bundesrepublik postulierte neutrale Haltung im Nahostkonflikt darauf, dass das entsprechende Gerät auf der internationalen Munitionsliste geführt würde.¹⁷⁵²

Besonders spitzfindig gestalteten sich Begründungen eigener Interessen aufgrund von Differenzen zwischen Bundesverteidigungsministerium und Auswärtigem Amt beispielsweise 1961 in Bezug auf den Antrag der Firma Gebrüder Junghans AG vom Dezember 1960 auf Ausfuhr von 10.000 Mörsergranatzündern nach Israel. Zunächst hatte das Bundeswirtschaftsministerium angegeben, dass diese Zünder von der Firma „Soltam“ in Haifa für Erprobungszwecke im Rahmen der Produktion von Mörsergranatpatronen im Werk des Unternehmens benötigt würden. Das Bundesverteidigungsministerium unterrichtete das Auswärtige Amt weiterhin fermündlich dahingehend, an einem positiven Entscheid des Antrages Interesse zu haben. Es begründete diesen Wunsch damit, dass die zur Disposition stehenden Zünder auf Granaten aufgeschraubt werden sollten, „die zur Lieferung an die Bundeswehr bestimmt seien“.¹⁷⁵³ Unter Verweis auf Artikel 26 Abs.1 GG hatte das Nahostreferat den Antrag jedoch abgelehnt und betont, dass die Bundesregierung bisher den Standpunkt vertreten habe, dass alles vermieden werden sollte, was die Spannungen im Raum des Nahen Ostens verschärfen könnte. Konsequenterweise seien „daher deutsche Waffenlieferungen in alle nahöstlichen Staaten immer abgelehnt“¹⁷⁵⁴ worden. Ebenso unbeirrt hinsichtlich der Erlangung seiner Ziele deklarierte das Bundesverteidigungsministerium in der Folge der ablehnenden Haltung des Auswärtigen Amts, dass die Granatzünder für Indien und Ghana bestimmt seien. Im Ergebnis dessen verwies das Nahostreferat auf die Grenzen des eigenen Zuständigkeitsberei-

¹⁷⁵² Vgl.: Aufzeichnung Duckwitz (708-84.00/92.19) vom 16.8.1960 betr. Ausfuhr eines Feldfunkgerätes nach Israel, in: PA/AA, B 12, Bd.1051; Aufzeichnung Klarenaar (413-87.40) vom 18.8.1960 betr. Ausfuhr eines Feldfunkgeräts nach Israel, in: PA/AA, B 12, Bd.1032.

¹⁷⁵³ Voigt (708-84.00/92.19) an Referat 413 am 21.4.1961 betr. Kriegswaffengenehmigungsverfahren, in: PA/AA, B 12, Bd.1051.

¹⁷⁵⁴ Voigt (708-84.00/92.19) an Referat 413 am 18.1.1961 betr. Antrag der Fa. Gebr. Junghans AG, in: PA/AA, B 12, Bd.1051.

ches.¹⁷⁵⁵ Ähnliches wiederholte sich 1964 bei dem einem erneuten Versuch, eine Ausfuhrge-
 nehmigung für 24.000 Mörsergranatzünder des Typs Az DM 111 A 1 nach Israel zu beantra-
 gen. Ursprünglich wurde der Antrag durch das Auswärtige Amt abgelehnt,¹⁷⁵⁶ diese Entschei-
 dung allerdings zurückgestellt, als diesem mitgeteilt worden war, dass „Israel im Auftrag der
 Bundeswehr an der Entwicklung neuer Granaten“¹⁷⁵⁷ arbeitete und die Zünder für Erpro-
 bungszwecke benötige.

Bereits im August 1958 hatte der Bundesverteidigungsminister seinem Kollegen im Aus-
 wärtigen Amt, von Brentano, in einem Brief mitgeteilt,¹⁷⁵⁸ dass er in Anbetracht der gegen-
 wärtigen Lage im Mittleren Osten eine Besprechung der deutschen Israelpolitik unter dem
 Vorsitz des Bundeskanzlers¹⁷⁵⁹ für notwendig erachtete, um hinsichtlich dieser die Bestrebun-
 gen des Bundesverteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amts koordinieren zu kön-
 nen. Strauß informierte von Brentano darüber, dass das Bundesverteidigungsministerium Isra-
 el in Form der Vergabe verschiedener kleinerer Aufträge an dessen Industrie unterstützt hätte
 und der Ankauf der Uzi geprüft würde.¹⁷⁶⁰ Unter Bezug auf den Brief von Strauß vom 19.
 August 1958 befürwortete „B.“¹⁷⁶¹ (von Brentano) eine solche prinzipielle Besprechung. Al-
 lerdings reagierte er erstaunt über die Vergabe rüstungswirtschaftlicher Aufträge nach Israel
 und verwies darauf, dass sein Ministerium angesichts der brisanten politischen Bedeutung
 derartiger Vereinbarungen bereits im Vorfeld hätte unterrichtet und befragt werden müssen.
 Weiterhin sprach er die Bitte aus, laufende rüstungswirtschaftliche Abmachungen mit Israel
 schnellstens abzuwickeln und keine weiteren einzugehen. Insbesondere verwies er auf mögli-
 che, sehr unerwünschte Reaktionen der arabischen Staaten, denen keine sichtbaren Interessen
 der Bundesrepublik gegenüberstehen würden, sollten diese Geschäfte, deren dauerhafte Ge-

¹⁷⁵⁵ Ebd.; Klarenaar (413-87.40) an Referat 708 vom 17.4.1961 betr. Kriegswaffengenehmigungsverfahren, in: PA/AA, B 12, Bd.1051. Voigt (708-84.00/92.19) an Referat 413 vom 21.4.1961 betr. Kriegswaffengenehmi-
 gungsverfahren, in: PA/AA, B 12, Bd.1051.

¹⁷⁵⁶ Vgl.: AAPD 1964, Dok.54, S.269.

¹⁷⁵⁷ AAPD 1964, Dok.179, S.711.

¹⁷⁵⁸ Vgl.: Abschrift eines Briefes von Bundesminister Strauß an den Bundesminister des Auswärtigen v. Brenta-
 no am 19.8.1958 (geheim) (handschriftlich unten Az: V-785/58), als Anlage zu I A 8 – 1697/58 geh. (Frank (I A
 8 – 1697/58 geh.) an die Referate V B 4 (Herrn MR Dörfler) und VC 4 (RegDir Seiberlich) am 25. September
 1958 betr. Einfuhr von Rüstungsmaterial aus Israel), in: BA, B 102, Bd. 435396. Ein entsprechendes Schreiben
 wurde an den Bundeswirtschaftsminister gerichtet.

¹⁷⁵⁹ Ob diese stattfand, ist bisher aus den Akten nicht zu rekonstruieren.

¹⁷⁶⁰ Vgl.: Abschrift eines Briefes von Bundesminister Strauß an den Bundesminister des Auswärtigen v. Brenta-
 no am 19.8.1958 (geheim) (handschriftlich unten Az: V-785/58), als Anlage zu I A 8 – 1697/58 geh. (Frank (I A
 8 – 1697/58 geh.) an die Referate V B 4 (Herrn MR Dörfler) und VC 4 (RegDir Seiberlich) am 25. September
 1958 betr. Einfuhr von Rüstungsmaterial aus Israel), in: BA, B 102, Bd. 435396.

¹⁷⁶¹ Vgl.: Abschrift eines Briefes von „B.“ ohne Datum mit Bezug auf den Brief vom 19.8.1958 an Bundesvertei-
 digungsminister Strauß, (handschriftlich unten Az: V-785/58), als Anlage zu I A 8 – 1697/58 geh. (Frank (I A
 8 – 1697/58 geh.) an die Referate V B 4 (Herrn MR Dörfler) und VC 4 (RegDir Seiberlich) am 25. September
 1958 betr. Einfuhr von Rüstungsmaterial aus Israel), in: BA, B 102, Bd. 435396. Zur Datierung und der paralle-
 len Überlieferung des Briefes siehe: Oppelland, T.: Gerhard Schröder. Politik zwischen Staat, Partei und Konfes-
 sion, Düsseldorf 2002 (=Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.39), S.610f. (insb. Anm.279 und 280).

heimhaltung er für unwahrscheinlich hielt, bekannt werden. Prinzipiell muss die These, dass das Auswärtige Amt keine Kenntnis der deutsch-israelischen Beziehungen auf militärischen Gebiet besaß als widerlegt angesehen werden, obgleich der Wissensstand einzelner Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes sehr unterschiedlich gewesen sein dürfte. Weitergehende Aussagen zum Umfang des Wissens des deutschen Außenministers können erst bei ausreichender Aktenlage getroffen werden. Dass von Brentano nicht in alle Details eingeweiht bzw. über alle diesbezüglichen Gespräche durch das Bundesverteidigungsministerium, aber auch durch Adenauer selbst informiert wurde, ist jedenfalls richtig und wurde an Gesprächen von Peres mit Adenauer und Strauß im Vorfeld des deutsch-israelischen Gipfels in New York beispielhaft verdeutlicht.¹⁷⁶² Gerade in der Frage der Lieferung von U-Booten nach Israel waren Differenzen zwischen Bundesverteidigungsministerium und Auswärtigem Amt vorprogrammiert.¹⁷⁶³

Im Unterschied zu Adenauer und Strauß, sprach sich auch Bundeswirtschaftsminister Erhard unter Verweis deutscher wirtschaftlicher Interessen in den arabischen Staaten gegen bilaterale Waffengeschäfte mit Israel aus.¹⁷⁶⁴

3.7.5. „Aktion Frank/Kol“

Auch in den Folgejahren lassen sich zahlreiche Kontakte des Bundesverteidigungsministeriums nach Israel nachweisen, so z.B. im unmittelbaren Vorfeld des deutsch-israelischen Gipfels in New York, wobei sich zu Beginn der sechziger Jahre die militärischen Beziehungen beider Staaten im Rahmen der „Aktion *Frank(reich)/Kol(onien)*“¹⁷⁶⁵ sogar intensivierten. Präsident Eisenhower, der direkte Waffenlieferungen der USA während seines Gespräches mit Ben Gurion am 10. März 1960, nur wenige Tage vor dem Treffen zwischen Adenauer und Ben Gurion, ablehnte, hatte andererseits die Ansicht vertreten, dass neben Frankreich und

¹⁷⁶² Zentraler Diskussionsgegenstand war der Erwerb dreier U-Boote (100-t), welche die Bundesrepublik kaufen und Israel leihweise zur Verfügung stellen wollte. Der Preis eines solchen U-Bootes belief sich auf 800.000 Dollar ohne Ersatzteile und Torpedos. Bedingung für dieses Geschäft war die Herstellung der U-Boote in einem dritten Staat (mit deutscher Unterstützung) und Geheimhaltung. Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 23.2.1960, in: BGA, TBG.

¹⁷⁶³ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 17.9.1963, in: BGA, TBG.

¹⁷⁶⁴ Vgl.: Oppelland, T.: Gerhard Schröder, S.610f. Zudem: „Beim nächsten Zusammentreffen der beiden Politiker [Peres und Strauß] im März 1958 konnte Strauß berichten, dass er Adenauer sowie über Staatssekretär Walter Hallstein Außenminister Heinrich von Brentano informiert habe und dass der Kanzler, trotz Bedenken des AA, grundsätzlich einverstanden sei.“ Siehe: Hansen, N.: Geheimvorhaben, S.233.

¹⁷⁶⁵ Über die Entstehung des Namens kann man leider nur spekulieren. Die Bundesrepublik übernahm mit dieser Ausrüstungshilfe die Position Frankreichs als wichtigster europäischer Waffenlieferant Israels. Frankreich beendete mit dem Ende des Algerienkrieges seine umfangreiche Ausrüstungshilfe der israelischen Armee. Aus dem israelischen Nuklearprojekt zog es sich zunächst nur öffentlich zurück. Im Gegenzug für die deutschen Lieferungen erscheint eine französische Kompensation dahingehend denkbar, als dass man der Bundesrepublik ggf. in den ehemals französischen Kolonien Afrikas anderweitige, für die deutsche Rüstung lukrative Möglichkeiten offerierte. Diese These würde auch die durch das AA bemängelte Tätigkeit des BG Becker in Afrika erklären.

Großbritannien auch die Bundesrepublik besser für Waffenlieferungen an Israel geeignet sei als die USA.¹⁷⁶⁶

In seinem Gespräch mit Bundesverteidigungsminister Strauß notierte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Carstens, im Februar 1962, dass nach Aussage seines Gesprächspartners Transportflugzeuge aus amerikanischen, französischen und deutschen Beständen, weiterhin Schiffe aus deutschen Beständen durch die Bundesrepublik an Israel geliefert werden sollten. Während Carstens diese Vorschläge zum größten Teil strikt ablehnte und anstatt dessen für wirtschaftliche Hilfe an Israel plädierte, verwies Strauß auf den Umstand, dass Israel „extreme Hetze“ gegen die Bundesrepublik im Kontext des Eichmann-Prozesses wegen des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, Globke, verhindert hätte.¹⁷⁶⁷ Dem Gespräch zwischen Carstens und Strauß war ein Treffen des Bundesverteidigungsministers mit Peres Anfang Februar 1962 in Paris vorausgegangen.¹⁷⁶⁸ Doch damit war die grundlegende Frage nach deutscher Ausrüstungshilfe an Israel keineswegs vom Tisch, sondern sollte in den folgenden Monaten erst richtig Dynamik entwickeln. Am 8. Juni 1962 trafen sich Peres und Adenauer zu einem zweistündigen Gespräch, wobei der stellvertretende israelische Verteidigungsminister dem Bundeskanzler einen persönlichen Brief Ben Gurions vom 6. Juni 1962 überbrachte.¹⁷⁶⁹ Nach späteren Aussagen Peres' hatte sich Adenauer während des Gespräches tief beeindruckt von der israelischen Abwicklung des Eichmann-Prozesses gezeigt. Als Peres schließlich die konkreten israelischen Wünsche in Form unentgeltlicher Waffenlieferungen – konkret Hubschrauber, Schiffe, Transportflugzeuge, kleine deutsche U-Boote und mit Frankreich in Gemeinschaftsarbeit produzierte Waffen – ansprach, vermied der Kanzler als Meister taktischen Vorgehens eine konkrete Antwort, machte seine Entscheidungen also nicht von der Durchführung des Eichmann Prozesses abhängig. Adenauer stellte in Aussicht, hinsichtlich der mit Peres besprochenen Angelegenheit einen Brief an Ben Gurion¹⁷⁷⁰ zu verfassen und bekundete die prinzipielle Bereitschaft, Israel auch weiterhin wie bisher unterstützen zu wollen und den deutschen Bundesverteidigungsminister über das Gespräch zu informieren.¹⁷⁷¹ Dieser traf bereits am 11. Juli mit Peres, Carstens, dem Unterabteilungsleiter für verteidigungswirtschaftliche Planung im Bundesverteidigungsministerium, Herbert Becker, sowie Oberst Asher Ar-

¹⁷⁶⁶ Vgl.: Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Eisenhower und Ben Gurion am 10.3.1960, in: FRUS, 1958-1960, Bd. XIII, Dok.130, S.278-288; Weiterhin FRUS, 1958-1960, Bd. XIII, Dok.137, S.298.

¹⁷⁶⁷ Vgl.: AAPD 1965, Dok.2, S.8f.

¹⁷⁶⁸ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 7.2.1962, in: BGA, TBG.

¹⁷⁶⁹ Vgl.: Hansen, N.: Geheimvorhaben „Frank/Kol“, S.240. Weiterhin: Peres, S.: Schleuder, S.79; Brief Ben Gurions an Adenauer vom 6.6.1962, in: BGA, Correspondence Files (Org.= Archiv Zahal, 1786); Tagebucheintrag Ben Gurions vom 11.6.1962, in: BGA, TBG.

¹⁷⁷⁰ Vgl.: zum Brief Adenauers an Ben Gurion vom 13.6.1962. Vgl.: Jelinek, Y./ Blasius, R.A.: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria, S.314, Anm.13.

¹⁷⁷¹ Vgl.: Peres, S.: Schleuder, S.79-81.

bel von der Israel-Mission zusammen. Unter Verweis auf ein „general commitment“ des Bundeskanzlers gegenüber Ben Gurion während des Treffens beider in New York zwei Jahre zuvor, benannten die israelischen Verhandlungspartner ihre Wünsche. Diese bestanden in dem Erwerb von 6 Schnellbooten und 3 U-Booten der 350 t- Klasse – beide norwegischen Musters, aber in Deutschland gebaut, 36 Haubitzen (US-Lieferung), 24 Hubschraubern amerikanischen Typs zu ziviler Nutzung, 12 französischen Noratlas-Transportflugzeugen, 15 Panzern deutschen Modells, 54 Flakgeschützen schwedischen Musters und Panzerabwehrraketen des Typs Cobra im Gesamtwert von 240 Mio. DM. Die israelische Seite garantierte, die gesamte Angelegenheit als streng geheim zu behandeln. Strauß erhob aus technischer und finanzieller Sicht keinerlei Einwände gegenüber einer Unterstützung des israelischen Anliegens.¹⁷⁷² Adenauer selbst genehmigte die Waffenlieferungen bereits im August, nach Aussage Kniepers sogar schriftlich.¹⁷⁷³

Die „Aktion Frank/Kol“ lief an. Noch während des Jahres 1962 wurden die Fraktionschefs der CDU (Heinrich v. Brentano), SPD (Erich Ollenauer) und FDP (Erich Mende) über die deutsche Militärhilfe in Kenntnis gesetzt.¹⁷⁷⁴ In der Kabinettsitzung vom 17. Februar 1965 behauptete Mende zudem, dass Adenauer, als er die Fraktionsvorsitzenden informierte, auf ausdrückliche amerikanische Wünsche Bezug genommen habe.¹⁷⁷⁵ Ab Ende 1962 wurden zunächst je zwei, später drei Vertrauenspersonen der einzelnen Fraktionen, über die Aktion „Frank/Kol“ regelmäßig unterrichtet.¹⁷⁷⁶

Als Knieper im Juli 1963 den Bundesminister des Auswärtigen, Schröder, den neuen Bundesverteidigungsminister, von Hassel, die Staatssekretäre Carstens (AA), Hopf (BMVg) und die Vertrauenspersonen der einzelnen Parteien detailliert über die bisher vollzogenen Waffenlieferungen im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“ nach Israel unterrichtete,¹⁷⁷⁷ deuteten sich auf dieser Ebene Schwierigkeiten an. Die Vertreter der FDP und SPD sowie zur Hälfte der CDU

¹⁷⁷² Vgl.: AAPD 1965, Dok.2, S.9f.

¹⁷⁷³ Vgl.: AAPD 1964, Dok.289, S.1165 sowie AAPD 1965, Dok.2, S.11. Knieper war 1962 Leiter der Abteilung Verteidigungswirtschaft im Bundesverteidigungsministerium.

¹⁷⁷⁴ Vgl.: AAPD 1964, Dok.289, S.1165. Mende bestätigte dies in einer Kabinettsitzung am 17.2.1965, in: PA/AA, B 150, Bd.47, S.1455.

¹⁷⁷⁵ Vgl.: Auszug aus Kurzprotokoll der Kabinettsitzung am 17.2.1965, in: PA/AA, B 150, Bd.47, S.1455.

¹⁷⁷⁶ Vgl.: AAPD 1964, Dok.289, S.1165 sowie AAPD 1965, Dok.2, S.11. Bei den eingeweihten Bundestagsabgeordneten handelte es sich um Richard Jaeger (CSU), Georg Kliesing, Albert Leicht (beide CDU), Thomas Dehler, Hans Georg Emde, Klaus Freiherr von Mühlen (FDP) sowie Karl Mommer, Friedrich Schäfer und Hans-Jürgen Wischnewski (SPD). Entgegen der Darstellung in AAPD 1965, Dok.2, Anm.17 existierte die Kommission zur nachrichtendienstlichen Kontrolle des Bundes während des Untersuchungszeitraumes nicht. Diese wurde erst infolge des 1978 verabschiedeten Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes (PKK-Gesetz) ins Leben gerufen. Vgl.: Kappeler, R.: Die Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes durch die parlamentarische Kontrollkommission, in: Zoller, M. (Hg.): Auswärtige Sicherheit als nachrichtendienstliche Aufgabe. Herausforderungen in veränderter Globallage, Brühl 1999 (=Beiträge zur Inneren Sicherheit; Bd.9), S.308f.

¹⁷⁷⁷ Vgl.: AAPD 1965, Dok.2, S.11f.

sprachen sich für die Bekanntgabe des gesamten Umfanges der deutschen Militärhilfe an Israel aus. Während der ursprüngliche Plan, norwegische Schnellboote an Israel zu liefern, fallen gelassen werden musste, da Norwegen auf ein derartiges Angebot nicht reagiert hatte, gab es bei der geplanten Herstellung der drei U-Boote der 350 t-Klasse durch die Nordseewerke Emden technische Schwierigkeiten (antimagnetischer Stahl). Als Knieper schließlich noch den israelischen Wunsch, 15 Panzer zu erwerben, zur Sprache brachte, reagierte Schröder mit den Worten „Ganz falsch. Ich übernehme *keinerlei* Verantwortung dafür. Das habe ich auch dem Bundeskanzler gesagt.“ Unter Bezug auf den Nahostkonflikt und die aktuelle Krise um die Tätigkeit der deutschen Experten in Ägypten erklärte er „Man könnte sagen, ihr habt die Ägyptensache groß aufgeführt.“ und ließ sich letztlich infolge einer Anmerkung seines Vordrängers von Hassel zu der Äußerung verleiten „Weltjudentum-Argument zieht nicht.“¹⁷⁷⁸ Mit dem neuen Bundesverteidigungsminister gestalteten sich die Verhandlungen für Israel keineswegs so leicht, wie mit dessen Vorgänger Franz-Josef Strauß, der sich innerhalb weniger Jahre von einem der schärfsten Gegner des Luxemburger Abkommens zu einem der größten Unterstützer Israels¹⁷⁷⁹ entwickelt hatte. Doch auch von Hassel zeigte sich bis zu einem gewissen Punkt kompromissbereit.¹⁷⁸⁰ Prinzipiell sprach er sich gegen eine deutsche Lieferung von Angriffswaffen, worunter er U-Boote und Panzer subsumierte, aus, nicht aber gegen die Lieferung der restlichen im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“ zur Disposition stehenden Waffen, die er als defensiv charakterisierte. Allerdings stellte er sein Einverständnis für eine Finanzierungshilfe für die Lieferung französischer Panzer an Israel in Aussicht. Als von Hassel schließlich das israelische Ersuchen um finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik an Investitionskosten zum Zwecke der Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren aus Tansania, Kenia und Uganda in Israel thematisierte, lehnten dies Schröder und Carstens kategorisch ab.¹⁷⁸¹

¹⁷⁷⁸ AAPD 1965, Dok.2, S.11f.

¹⁷⁷⁹ In diesem Sinne richtete Ben Gurion ein persönliches Schreiben an den scheidenden Bundesverteidigungsminister. Ben Gurion an Strauß am 16.12.1962, in: ACSP, NL Strauß, Fam 953.

¹⁷⁸⁰ Von Hassel hatte sich im Vorfeld des Gesprächs bereits mit Peres getroffen, der aus Anlass seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik auch der Luftwaffe einen Besuch abstattete. Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 17.6.1963, in: BGA, TBG.

¹⁷⁸¹ Dem israelischen Ersuchen gingen bereits Gespräche unter Franz-Josef Strauß voraus, von denen angenommen werden kann, dass sie der Vorbereitung einer solchen deutschen finanziellen Unterstützung dienen sollten. So bat Oberst Arbel von der Israel Mission Strauß im Auftrag von Peres um einen Empfang letzteren mit Tom Mboya (Kenia): „Minister Peres lässt übermitteln, dass Herr Tom Mboya – Präsident der Arbeitergewerkschaft von Kenia und leitendes Vorstandsmitglied der Kanu-Partei (größte Partei Kenias, sozialistisch eingestellt) am 4.2.62 nach Bonn kommt und Herrn Minister bittet, ihm zusammen mit Herrn Peres eine Unterredung zu gewähren. Mboya ist nach Ansicht von Peres einer der wichtigsten Persönlichkeiten in Kenia.“ Arbel an Strauß am 30.1.1962, in: ACSP, NL Strauß, BMVg 725.

3.7.5.1. Abzweigung von Material ohne Wissen der USA?

Doch gerade wegen der angestrebten Geheimhaltung der „Aktion Frank/Kol“ kam es bei deren konkreter Umsetzung zu der einen oder anderen Diskrepanz. Bereits im Februar 1963 sah sich Brigadegeneral Müller veranlasst, sich bei der Abteilung Verteidigungswirtschaft (W) nach dem Verbleib von zunächst 4 (infolge eines weiteren Schreibens vom April mittlerweile bereits 5¹⁷⁸²) Hubschraubern des Typs Sikorsky H 34 G zu erkundigen. Nachdem Nachforschungen des Führungsstabs des Heeres ergeben hatten, dass sich die Hubschrauber nicht mehr in deutschem Zuständigkeitsbereich befanden und eine Anfrage beim Deutschen Logistischen Bevollmächtigten¹⁷⁸³ dahingehend beantwortet wurde, dass diese durch die Abteilung verteidigungswirtschaftliche Planung nachgewiesen seien, sah sich Brigadegeneral Müller zu zunächst einer Anfrage veranlasst. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, „dass das Heer noch auf längere Sicht nur über etwa 35 % des Sollbestandes an mittleren Hubschraubern verfügen“¹⁷⁸⁴ werde. Noch ehe Müller telefonisch um die Beantwortung seiner mittlerweile zwei Anfragen bitten musste, gratulierte Brigadegeneral Mühllehner, der von Washington aus die Abzweigungen deutschen Materials nach Israel koordinierte, Brigadegeneral Becker zu seiner guten Arbeit.¹⁷⁸⁵

Doch auch in den USA wurde man bereits im Sommer 1963 aufmerksam, als man plötzlich Hubschrauber amerikanischen Typs – die man nicht selbst geliefert hatte, in Israel ortete. Mitte August setzte der amerikanische Botschaftsrat für politische Angelegenheiten Ministerialdirigent Keller (AA, Abt. III) über das „Auftauchen“ von 15-20 solcher Hubschrauber in Israel in Kenntnis, durch welche die amerikanische Regierung beunruhigt sei, da diese die israelischen Luftstreitkräfte stärkten und somit das militärische Kräftepotential im Nahen Osten zu verschieben drohten. Somit stellte sich die Frage, ob diese Hubschrauber ggf. von deutscher Seite geliefert worden waren.¹⁷⁸⁶ Allerdings war die Abteilung Nizzes im U.S. Defence Department in den Grundzügen über diese Sendungen unterrichtet und einzelne Details mit dem Chief of Military Assistance, Planning Division, International Security Affairs, Henry

¹⁷⁸² Vgl.: Vermerk, i.V. Richthofen vom 4.5.1963 betr. Hubschrauber H-34 Sikorsky, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245.

¹⁷⁸³ Zu dieser Zeit war General Speidel Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa mit Sitz in Fontainebleau.

¹⁷⁸⁴ BG Müller (Fü H V 4 – Az.90-15-20; Tgb.Nr. 449/63 VS-NfD) an W I am 7.2.1963 betr. Verbleib von 4 Hubschraubern Sikorsky H 34 G, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245.

¹⁷⁸⁵ Vgl.: BG Mühllehner an BG Becker, BMVg, am 18.3.1963, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245; BG Mühllehner an BG Becker am 2.4.1963, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245. BG Müller bat am 4.5.1963 telefonisch um die Beantwortung seiner Anfragen, die zum Zeitpunkt ihres Eintreffens nicht an die jeweiligen Referate weitergeleitet worden waren. Müller deutete telefonisch an, dass der Inspekteur des Heeres, sofern der Führungsstab des Heeres nicht adäquat unterrichtet würde, sich möglicherweise an den Minister wenden werde. Vgl.: Vermerk, i.V. Richthofen, vom 4.5.1963 betr. Hubschrauber H-34 Sikorsky, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245. BG Konrad Mühllehner: German Military Logistic Representative, USA, Washington D.C.

¹⁷⁸⁶ Vgl.: AAPD 1963, Dok.358, S.1211, Anm.8.

Kuss, besprochen worden.¹⁷⁸⁷ Offensichtlich hatte man aber das State Department über die geplanten Abzweigungen amerikanischer Lieferungen an Deutschland zugunsten Israels nicht informiert. Indes hatte der Assistant Secretary for Near Eastern and South Asian Affairs, Talbot, aber bereits 1961 gegenüber Secretary of State Rusk prinzipiell die Ansicht vertreten, dass den israelischen militärischen Bedürfnissen „a) by procurement of its heavy and advanced arms from traditional European suppliers [...]“ sowie „e) by the continued availability to Israel of surplus U.S. matériel“¹⁷⁸⁸ am besten entsprochen werde. Moderne amerikanische Hubschrauber subsumierte das State Department zunächst nicht als im Rahmen dieser Kriterien befindlich.

Der Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn, Kidd, wurde, nachdem bereits 23 amerikanische Hubschrauber in Israel gesichtet worden waren und die USA keine Maschinen dorthin geliefert hatten, durch das Auswärtige Amt dahingehend unterrichtet, dass man Israel einige Hubschrauber zu Ausbesserungszwecken und leihweise zum Gebrauch zur Verfügung gestellt habe.¹⁷⁸⁹ Kidd gab der Hoffnung Ausdruck, dass die leihweise Zurverfügungstellung der Hubschrauber auch die Möglichkeit ihrer Zurückbeorderung beinhalte. Zudem entstünden im Falle eines echten Verkaufsvertrages besondere Schwierigkeiten, da dieser dem Weiterveräußerungsvorbehalt des Vertrags zwischen der USA und dem Bundesverteidigungsministerium widersprach.¹⁷⁹⁰ Während seines Treffens mit Undersecretary of State, Ball, am 22. September 1963 erörterte Bundesaußenminister Schröder die Vorgeschichte der Überlassung der Hubschrauber an Israel.¹⁷⁹¹ Im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“ wurden an Israel 24 Hubschrauber Sikorsky S 58 an Israel abgegeben und dabei aus laufender Heereslieferung, d.h. „einer Bundeswehrlieferung von 85 Hubschraubern über die Werterstattungs- hilfe der USA entnommen.“¹⁷⁹² Weiterhin umfassten die deutschen Lieferungen Bordwerkzeuge

¹⁷⁸⁷ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung III (Dg III A – 753/63 geh.) vom 29.8.1963 betr. Hubschrauberlieferungen an Israel, in PA/AA, B 150, Bd.11, S.3763.

¹⁷⁸⁸ FRUS, 1961-1963, Bd. XVII, Dok.39, S.94.

¹⁷⁸⁹ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung III (Dg III A – 753/63 geh.) vom 29.8.1963 betr. Hubschrauberlieferungen an Israel, in PA/AA, B 150, Bd.11, S.3763.

¹⁷⁹⁰ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung III (Dg III A – 753/63 geh.) vom 30.8.1963 betr. Hubschrauberlieferungen an Israel, in: PA/AA, B 150, Bd.11, S.3796. Laut Hansen habe sich Kennedys Sicherheitsberater McGeorge Bundy nachdrücklich bei Knieper beschwert, es aber bei einem formalen Protest bewenden lassen. Hansen, N.: Geheimvorhaben „Frank/Kol“, S.244. Diese Beschwerde kann anhand der bisherigen Akten nicht nachgewiesen werden, ist aber sehr wahrscheinlich, da dem NSC mit Blick auf die amerikanische Nahostpolitik nach dem Bau Dimonas nicht daran gelegen sein konnte, öffentlich als Waffenlieferant Israels in Erscheinung zu treten und somit weiteren Einfluss auf die arabischen Staaten zu verlieren.

¹⁷⁹¹ Vgl.: AAPD 1963, Dok.358, S.1211. Ursprünglich hatte sich Schröder mit Bezug auf die israelische Argumentation zu der Äußerung hinreißen lassen „Das israelische Verhalten laufe schon fast auf Erpressung heraus.“ Später wollte er diesen Satz in der Aufzeichnung gern gestrichen wissen.

¹⁷⁹² Schreiben, gez. Herzog (W I 4 – Az.75-75-01-01 VS-NfD), an H I 3 betr. Prüfungen der Rechnungen der Bundeshauptkasse in Bonn, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374234 sowie: Fü H V 4 (Az.90-15-20 Tgb.Nr. 399/64 VS-NfD), gez. Münch, an Fü L V 3 betr. Abzug von 24 Hubschraubern Sikorsky S 58 aus laufender Heereslieferung zugunsten „Frankr. Kol“, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245.

und diverse Ersatzteilbevorratungen für die Sikorskys, wie auch die Ausbildung einiger israelischer technischer Unteroffiziere auf dem Gebiet der „Elektronik“ beim Hubschraubermuster Sikorsky H 34 an der Luftwaffenschule Kaufbeuren.¹⁷⁹³

3.7.5.2. Lieferungen und Transport

Außer den 24 Hubschraubern Sikorsky S 58 hatte die Bundesrepublik bis zum April 1964 bereits 1 Flakbatterie (40 mm L 70), 18 Noratlas Nord 2501 und Ersatzteile für 1 Jahr sowie 12 Fouga Magister CM 170, ebenfalls inklusive Ersatzteilbevorratung für ein Jahr an Israel ausgeliefert.¹⁷⁹⁴ Bis Januar des folgenden Jahres waren von der „Aktion Frank/Kol“ Lieferungen im Gesamtwert von 161 Mio. DM abgewickelt, die sich konkret aus 2 Flakbatterien, 42 Flugzeugen (Noratlas und Sikorsky), 24 Schulflugzeugen, 10 Do-27, 500 3-Tonnen-Ford-Lkw, 470 Anhänger,¹⁷⁹⁵ 1600 Panzerabwehrraketen vom Typ Cobra, 1500 Fallschirmen und diverser Munition zusammensetzte.¹⁷⁹⁶ Bis zu diesem Zeitpunkt standen die Auslieferungen zweier britischer U-Boote, dreier Flugzeuge Do-28, sechs Schnellbooten und die Auslieferung von 90 Panzern des Typs M 48 A 1 aus.¹⁷⁹⁷ Die Produktion der U-Boote erfolgte durch Großbritannien. Bezahlt wurden sie durch die Bundesrepublik.¹⁷⁹⁸

Die Schnellboote sollten ursprünglich durch die Lürssen-Werft gefertigt und durch die Telefunken AG elektronisch ausgerüstet werden. Der hinsichtlich seines Volumens relativ kleine in Aussicht stehende Auftrag implizierte in den Augen Telefunkens einen Präzedenzfall hinsichtlich elektronischer Ausrüstung von Kriegsschiffen. Im Kontext eines solchen Auftrags stellten sich Fragen wie - weswegen musste ein solcher Prototyp als erstes an Israel geliefert werden oder war eine solche Auftragsannahme angesichts der wirtschaftlichen Interessen deutscher Firmen auf dem arabischen Markt und seiner impliziten politischen Problematik generell sinnvoll? Infolge des Bekanntwerdens der deutschen Ausrüstungshilfe 1964 erledigte

¹⁷⁹³ Vgl.: Beschaffungsanweisung Nr.14825, gez. Moog (W III 5 – Az.: 90-51-80-43), an das BWB vom 26.9.1963, in: BA-MArch, BL 1, Bd.2082; weiterhin: W I 2, gez. Acker (Az.:76-12-10-02 (Frkr.Kol.) Tgb.Nr.2176/65 VS NfD), an Fü H IV 1 am 7.9.1964 betr. Ausbildungshilfe für befreundete Staaten; hier: Frank-Kol., in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245; W I 5 (Az.: 80-32-03-00, Tgb.Nr.1754/64) an Headquarters Military Assistance Advisory Group; FRG – Navy Section am 10.9.1964 betr. Beschaffung Grundausrüstung Sikorsky. Hier: 90 Satz Bordwerkzeuge, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245 sowie: Materialamt der Luftwaffe, gez. Wagner (II B 1 b – Az.: 90-28-00, Tgb.Nr. 47/65 VS-NfD), an Fü L IV 3 am 8.2.1965 betr. Lieferung für Frankreich Kol, hier: Industrie-Ersatzteilbevorratung, in: BA-MArch, BL 1, Bd.2082.

¹⁷⁹⁴ Vgl.: Aktenvermerk, gez. Petermann (Fü L V 3, Az. 80-34), vom 27.4.1964 an u.a. W I 2, Z.Hd. OTL Acker betr. Lieferungen „Frankreich-Kol“, in: BA-MArch, BW 1, Bd.374245.

¹⁷⁹⁵ In anderen Dokumenten ist von 472 Anhängern die Rede. So z.B. W I 4 (Az.: 75-75-01-01 VS-NfD) an H I 3 betr. Prüfung der Rechnungen der Bundeshauptkasse in Bonn und der Amtskasse des BWB Koblenz vom 24.10.1967, in: BA-MArch, BW 1, 374234.

¹⁷⁹⁶ Vgl.: AAPD 1965, Dok.39, S.196.

¹⁷⁹⁷ AAPD 1965, Dok.39, S.196.

¹⁷⁹⁸ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung III (DIII-III A4-81.SR/4-92.19-551/64 geh.), in: PA/AA, B 150, Bd.42, S.6764.

sich eine Beantwortung solcher Fragen.¹⁷⁹⁹ Telefunken erhielt für seine im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“ ausstehende Forderung im Zusammenhang mit der Entwicklung für eine Feuerleitanlage für die Schnellbote, ca. 277.000 DM. Die Lürssen-Werft stellte für verauslagte Materialbeschaffungen rund 2 Mio. DM in Rechnung, die jedoch ganz oder teilweise mit entsprechenden Aufträgen für den Bundesgrenzschutz verrechnet wurden.¹⁸⁰⁰

Während der Birrenbach-Mission im März 1965 erörterte man auch die Frage, wie die Lieferung der deutschen Schnellboote nach Israel ersetzt werden konnte. Hiernach sollte Israel die sechs Schnellboote bei einer französischen Werft bestellen, die ihrerseits für die Produktion der Boote die sechs benötigten Maybachmotoren und andere Teile, insbesondere Elektronik in Deutschland kaufen würde. Der Bau der Schiffe sollte nach den Plänen und dem know how der Lürssen-Werft erfolgen, wobei Israel die anfallenden Kosten direkt bei der französischen Werft begleichen und somit als Auftraggeber in Erscheinung treten würde. Ein eventuell durch die französische Werft geforderter Aufpreis für die Produktion der Boote sollte mit der deutschen Ablösesumme für die nicht zu Ende durchgeführte „Aktion Frank/Kol“ verrechnet werden.¹⁸⁰¹ Letzten Endes einigte man sich, die Boote in Frankreich ohne deutsche Hilfe mit Ausnahme der Lieferung der Maybach-Motoren bauen zu lassen. Eine deutsche Lizenz zum Bau der Boote war nicht vonnöten.¹⁸⁰²

Zusätzlich zu den bekannten Lieferungen im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“ diskutierte Israel mit Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums auch die Überlassung von nicht einsatzfähigen Bell-Hubschraubern aus Beständen der Bundeswehr, die in Italien überholt werden sollten.¹⁸⁰³ Aus den Akten geht bisher nicht hervor, ob eine Überstellung der Hubschrauber tatsächlich stattfand.

Interessant erscheint die Art und Weise des Transports der jeweils an Israel ausgelieferten Erzeugnisse, die aufgrund der gegenwärtigen Aktenlage nur für einen Teil derselben nur begrenzt an den Akten nachzuvollziehen ist. So lieferte die Bundesrepublik im Rahmen der vor genannten Munitionslieferungen z.B. 19.000 Schuss 105 mm Haubitzenmunition nach Israel. Diese wurde aus Bundeswehrbeständen in den Niederlanden bereitgestellt, von da aus mit der Bahn nach Zeebrugge (Belgien) transportiert, wobei für den Transitverkehr das NATO-

¹⁷⁹⁹ Vgl.: Vermerk vom 9.2.191965 von Dr. Siewert (AEG-Verbindungsstelle Bonn) über Besprechung mit Bundesminister Dr. Westrick am 8.2.1965, in: AEG-Archiv, GS 1863.

¹⁸⁰⁰ Vgl.: Vermerk von W I 4 betr. Abwicklung des Projektes Frankreich-Kol. vom 20.12.1966, in: BA-MArch, BW 1, 374234; Bundesminister der Finanzen, i.A. Mroch, (II C/1-AA 2964-81/66 VS-NfD) an den Bundesminister der Verteidigung, Referat W I 4 betr. Projekt Frankreich-Kol vom 14.1.1967, in: BA-MArch, BW 1, 374234.

¹⁸⁰¹ Vgl.: Fernschreiben Tel Aviv Nr.5 vom 19.3.1965 an Bundesminister und St.S. des AA, in: PA/AA, B 150, Bd.49, S.2186.

¹⁸⁰² Vgl.: AAPD 1965, Dok.178, S.711f.

¹⁸⁰³ Vgl.: Acker, BMVg (W I 2; Az.: 76-12-10-02, Tgb.Nr.: 1374/64 VS-NfD), am 1.6.1964 an Fü L V 4 betr. Ausrüstungshilfe, in: BA-MArch, BW 1, 374245.

Formblatt 302 verwendet wurde und an das Flugplatzkommando der Bundeswehr Fliegerhorst Decimomannu,¹⁸⁰⁴ auf Sardinien, weitergeleitet. Von dort aus gelangte das Material von Italien aus nach Israel.¹⁸⁰⁵ Ein weiteres Beispiel bildet die Transport der 10 Flugzeuge Do 27 nach Israel. Bei diesen hatte sich Israel bereit erklärt, die Flugzeuge auf dem Luftwege selbst zu überführen, wenn sie zuvor an einem geeigneten Standort zusammengezogen würden.¹⁸⁰⁶ Weiterhin sollte z.B. der Versand der zweiten Flakbatterie, der LKW und Anhänger ab Mitte August 1964 in Diepholz,¹⁸⁰⁷ in der Nähe Bremens erfolgen.

Im November 1957 hatte die Bremer Senatskanzlei festgestellt, dass die Israel-Mission eine Geschäftsstelle in Bremen errichtet hatte. Deswegen wurde die Senatskanzlei bei ihrer Vertretung beim Bund mit der Bitte vorstellig, beim Auswärtigen Amt zu prüfen, ob für diese Geschäftsstelle die Bestimmungen des Luxemburger Abkommen Gültigkeit besitzen würde.¹⁸⁰⁸ Das Auswärtige Amt unterrichtete die Vertretung Bremens beim Bund im Juli 1958 dahingehend, dass in Bremen lediglich „ein Büro zur Beladung von Schiffen“ existiere und den Mitarbeitern der „Arbeitsstätte“ in Bremen „somit keine diplomatischen oder konsularischen Vorrechte und Befreiungen“¹⁸⁰⁹ zustünden, die sich aus dem Luxemburger Abkommen ergeben würden. In der sogenannten Arbeitsstätte in Bremen waren vier Personen tätig, wobei die Dienststelle durch einen Herrn mit dem etwas seltsam anmutenden Namen Motzigkeit, der angeblich die deutsche Staatsbürgerschaft besaß, geleitet wurde. Dessen Stellvertreter besaß laut Informationen der Bremer Senatskanzlei die italienische Staatsangehörigkeit.¹⁸¹⁰ Angesichts der Struktur dieses Büros in Bremen erscheint es wahrscheinlich, dass eine seiner Aufgaben in der Abwicklung militärisch relevanter Lieferungen aus der Bundesrepublik nach Israel lag. Die Lage der Einrichtung in der Nähe zu Bremer Werften und dem Luftwaffen-

¹⁸⁰⁴ Der NATO-Luftwaffenübungsplatz Decimomannu, in der Nähe Cagliari, erst nach dem Krieg bedeutend ausgebaut, war den Luftstreitkräften Italiens, der Bundesrepublik und Kanadas infolge eines technischen Dreierabkommens vom Dezember 1959 durch den SACEUR zugewiesen worden. Die territoriale Führung sowie Verwaltung des NATO-Luftwaffenübungsplatzes oblag gemäß Art.3 Italien als Gastgeberstaat.

¹⁸⁰⁵ Vgl.: Ackermann, BMVg, (W I 3-Az.:75-06) an Compagnie de Transport d'Explosifs betr. Transport von Munition nach Antwerpen mit beiliegender Erklärung des BMVg (W I 3-Az.:75-06), gez. Ackermann vom 26.7.1963, in: BA-MArch, BW 1, 374245; Ackermann, BMVg (W I 3; Az.: 75-06), an Fü H V 4 betr. Lieferung Frankreich Kol. am 25.7.1963, in: BA-MArch, BW 1, 374245.

¹⁸⁰⁶ Vgl.: Sieg, BMVg (W I 2; Az.: 76-12-10-02/04; Tgb.Nr.: 1132/64 VS NfD), an Fü L V 4 am 30.4.1964, in: BA-MArch, BW 1, 374245. Die in Diepholz bereitgestellten Flugzeuge wurden nach Chateaudun überführt.

¹⁸⁰⁷ Vgl.: Acker, BMVg (W I 2; Az.: 76-12-10-02, Tgb.Nr.: 1374/64 VS-NfD), am 1.6.1964 an Fü L V 4 betr. Ausrüstungshilfe, in: BA-MArch, BW 1, 374245. Das Luftwaffenparkregiment 2 in Diepholz bearbeitete die Aktion Frankreich/Kol.

¹⁸⁰⁸ Vgl.: Senatskanzlei, Hilbert, Bremen, den 13. November 1957 an die Vertretung beim Bund, in: StAB 3-C.4.c.Nr.432.

¹⁸⁰⁹ AA (002.84.SM.00/92.19/58), Bonn, den 31. Juli 1958 an die Freie Hansestadt Bremen, Vertretung beim Bund, in: StAB 3-C.4.c.Nr.432.

¹⁸¹⁰ Vgl.: Senatskanzlei, gez. Hilbert, 3051/57; Bremen, den 27. Juni 1958 an AA; Kopie an die Vertretung beim Bund, in: StAB 3-C.4.c.Nr.432.

stützpunkt Diepholz, aber auch die dortige Tätigkeit eines Italieners, wurden doch einige deutsche Lieferungen über Italien abgewickelt, stützen diese These.

3.7.5.3. Deutsche Panzerlieferungen und ihr abruptes Ende

Der Gesamtumfang der Lieferungen im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“ entsprach ohne den Panzern einem Wert von ca. 240 Mio. DM. Die Erweiterung der ursprünglich in Aussicht genommenen Ausrüstungshilfe um 150 Panzer nordamerikanischen Typs erfolgte nach der Zustimmung von Bundeskanzler Erhard infolge amerikanischen Ersuchens und wurde insbesondere während eines Gesprächs mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara während dessen Deutschlandbesuches näher erörtert.¹⁸¹¹ Doch genau genommen erwies es sich Ende Mai 1964,¹⁸¹² nach dem Besuch McNamaras in der Bundesrepublik,¹⁸¹³ als noch keineswegs sicher, dass die Bundesrepublik die amerikanischen Panzer stellvertretend für die USA an Israel liefern würde. Im selben Monat hatte Erhard bereits gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee erklärt, dass obwohl noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden sei, die Aussichten auf ein solches Geschäft „gleich Null“¹⁸¹⁴ seien. McGhee hatte die Übernahme der Lieferung von Panzern an Israel damit begründet, dass die USA „in vielen Gegenden der Welt unter Druck“ stünden, deren Verhalten „sehr genau unter die Lupe genommen“ werde und Deutschland oder Großbritannien helfen könnten, mittels dieser Lieferungen die israelische Armee zu modernisieren. Während desselben Treffens schlug Staatssekretär Westrick vor, dass das Geschäft, sofern es überhaupt zustande kommen würde, über dritte Staaten abgewickelt werden könne. Selbst der Bundeskanzler hielt dies für möglich, obgleich er dem amerikanischen Botschafter gegenüber darauf verwies, dass die Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel den neuralgischen Punkt für deren Verhältnis zu den arabischen Staaten bilde.¹⁸¹⁵ In gleichem Monat drängte auch Peres in Gesprächen mit dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates, Krone, und dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt Westrick, das Geschäft endlich durchzuführen. Andererseits hatten sich sowohl der Bundeskanzler, als auch der Bundesaußenminister im Rahmen einer Besprechung von Vertretern der CDU und CSU am 19./20. Mai 1964 am Tegernsee gegen eine Lieferung von Panzern über ein drittes Land an Israel ausgesprochen. Im Unter-

¹⁸¹¹ Vgl.: AAPD 1964, Dok.289, S.1165.

¹⁸¹² Ende Juni 1964 lagen dem britischen Militärattaché in Deutschland, angeblich aus einer Quelle aus dem BMVg, Informationen über den Umfang der deutschen Militärhilfe – allerdings nicht über die beabsichtigten Panzerlieferungen – an Israel vor. Vgl.: Aufzeichnung Abteilung III, AA, vom 2.6.1964 (III A 4-81.SR/4-92.19) betr. deutsche Ausrüstungshilfe für Israel, in: PA/AA, B 150, Bd.30, S.2613ff.

¹⁸¹³ Dieser hielt sich vom 9.-11.5.1964 in der Bundesrepublik auf.

¹⁸¹⁴ AAPD 1964, Dok.136, S.567.

¹⁸¹⁵ Ebd., S.568.

schied dazu hielt merkwürdigerweise der Staatssekretär des Auswärtiges Amts, Carstens, diesen Weg unter der Bedingung, „bei der technischen Durchführung größte Sorgfalt“¹⁸¹⁶ anzuwenden, durchaus als „gangbar“¹⁸¹⁷ und schaltete sich in diesem Sinne in die weiteren Verhandlungen ein.

Carstens notierte in einer handschriftlichen Aufzeichnung vom Juni 1964, dass das State Department immer noch hoffe, dass das Geschäft zustande kommen würde. Dabei hätte es gegen die Einbeziehung Italiens im Rahmen der Lieferung der Panzer keine Einwände, wenn sich Israel und die Bundesrepublik sicher seien, dass dieser Weg keine Sicherheitsrisiken enthalte. Zudem hätte Israel mit Italien bereits gute Erfahrungen gemacht. Die Lieferungen sollten sich infolge der Carstens vorliegenden Informationen über einen Zeitraum von zwei Jahren ab Vertragsabschluss erstrecken, wobei der „gegnerische Nachrichtendienst“ erst nach etwa einem Jahr die ersten Informationen erhalten würde – wer konkret als der gegnerische Nachrichtendienst angesehen wurde, blieb offen. Ferner würde Israel Frankreich dahingehend informieren, dass ihnen die Deutschen hülfe. Allerdings bat das State Department interessanterweise darum, Frankreich die Rolle der USA innerhalb dieses Geschäftes zu verschweigen.¹⁸¹⁸

Während seines Besuches in den USA und seinem Gespräch mit Präsident Johnson am 12. Juni 1964 sprach sich Erhard denn doch für die Lieferung von Panzern via Italien an Israel aus. Mit Blick auf die bevorstehende Konferenz der sogenannten blockfreien Staaten in Kairo im Herbst selbigen Jahres betonte er allerdings, dass die Bundesrepublik „Israel eine neue Unterstützung nicht zu laut, zu deutlich und zu schnell gewähren dürfe“, „da man befürchte, daß eine negative Reaktion seitens der arabischen Welt das Problem einer Anerkennung der Zone neu beleben könne“.¹⁸¹⁹

Die Panzerlieferungen an Israel durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgten – wenn auch nur kurzzeitig. Konkret sollte die Bundeswehr aus ihren eigenen Beständen 150 Panzer des Typs M 48 A 1 (Patton) an Israel abgeben. Als Ersatz hierfür wurden 150 Panzer des Typs M 48 A 2 C aus den USA beschafft.¹⁸²⁰ Mit der Begründung, dass zur Vereinheitlichung der Geräteausstattung des Heeres ein Austausch von 150 Kampfpanzern des Typs M 48 A 1 gegen M 48 A 2 C vorgesehen sei, bat der Führungsstab des Heeres um die Prüfung und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der 150 Panzer M 48 A 1, der Entfernung von Umrüst-

¹⁸¹⁶ AAPD 1964, Dok.138, S.574.

¹⁸¹⁷ Ebd.

¹⁸¹⁸ Handschriftliche Aufzeichnung Carstens vom 9.6.1964, in: BA, NL 1337, Bd.634.

¹⁸¹⁹ AAPD 1964, Dok.161, S.653.

¹⁸²⁰ Vgl.: Wenz, ZH II 2, BMVg (Az.: 80-34 – Fr.K.), am 30.10.1964 an W I 2 betr. Ausrüstungshilfe, in: BA-MArch, BW 1, 374245.

teilen, dem Ausbau des MG 1 und Entfernung aller deutschen Kennzeichen und Markierungen. Dabei sollte die „Auslieferung der ersten 40 Geräte bis Oktober 1964“ erfolgen, damit bei einer monatlichen Kapazität von 25 Geräten die Endauslieferung bis Ende März/ Anfang April 1965 gewährleistet sei.¹⁸²¹ Nachdem die ersten vierzig Panzer M 48 A 1 bei der Firma Henschel (Kassel) instandgesetzt und nachgerüstet worden waren, plante man deren Verschiffung als erste Serie am 25. November 1964 in Rotterdam, wobei der Transport der Panzer von Kassel nach Rotterdam durch ein Kommando der Bundeswehr begleitet werden sollte.¹⁸²² Diese ersten 40 Panzer, wurden in Rotterdam auf ein israelisches Schiff für einen Adressaten in Genua verladen. Ein zweite Auslieferung von 20 Panzern o.g. Typs erfolgte im Januar 1965, die sich Ende Februar immer noch in Italien zum Zwecke der Umrüstung befanden, wobei die neuen Waffen und Geräte aus den USA beschafft werden mussten, was nach Aussage Carstens längere Zeit in Anspruch nehmen würde.¹⁸²³ Doch schon bereits im Dezember 1964 war dem Bundesverteidigungsministerium bekannt, dass die Lieferungen im Rahmen der „Aktion Frank/Kol“ nunmehr eingestellt werden sollten.¹⁸²⁴

Am 2. März 1965 erklärte der stellvertretende Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Knieper schließlich, dass die Abteilung Verteidigungswirtschaft seines Hauses auf Weisung des Bundeskabinetts die nächste Panzersendung nach Italien angehalten hatte. Das Nichtvorhandenseins von geeignetem Schiffsraum diene hierfür als Begründung. Knieper hatte vorab und vorausschauend mit Henry Kuss¹⁸²⁵ erörtert, ob die restlichen 90 Panzer der Transportorganisation der US-Streitkräfte zur Verbringung nach Italien übergeben werden könnten. Dieser erhob aus Sicht des U.S.- Department of Defense keine Einwände, betonte aber, dass diese Frage mit dem amerikanischen Botschafter McGhee besprochen werden müsse. Noch am 2. März 1965 erhielt Knieper die Weisung,¹⁸²⁶ dass die Verschiffungsaktion nunmehr definitiv zu stoppen sei. Wegen der Lieferung der restlichen 90 Panzer hatte der Bundesverteidigungsminister dem Bundeskanzler und dem Außenminister Vorschläge im

¹⁸²¹ Vgl.: Hold, BMVg (FÜ H V 3 – Az.:80-05, Tgb.Nr.2828/64 VS-NfD), an W III 3, nachrichtlich u.a. W I 2 betr. Austausch von KPz M 48 A 1 gegen KPz M 48 A 2 C, in: BA-MArch, BW 1, 374245.

¹⁸²² Vgl.: Acker, Abtlg. W I 2, BMVg. (Az.: 76-12-10-02 (Frkr. Kol.), Tgb.Nr. 2654/64 VS-NfD) am 3.11.1964 an Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung betr. Instandsetzung und Nachrüstung von 150 Kpz M 48 A 1, in: BA-MArch, BW 1, 374245.

¹⁸²³ Vgl.: AAPD 1965, Dok.92, S.382.

¹⁸²⁴ Vgl.: Vermerk betr. Rahmenplanung für die deutsche Ausrüstungshilfe vom 15.12.1964 (=Anlage zu III A 4 – 81.00-608/64 geh.), in: PA/AA, B 150, Bd. 43, S.6887.

¹⁸²⁵ Deputy Assistant Secretary of Defense, International Security Affairs.

¹⁸²⁶ Am gleichen Tag hatte sich auch das Bundeskabinett ausführlich mit der Frage einer Ablösung der Waffenlieferungen an Israel befasst. Diese war seitens Israel bereits während eines Gesprächs zwischen Carstens und Shinnar am 10.2.1965 und auch gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Tel Aviv abgelehnt worden. Am selben Tag wurde ebenfalls das Abschlusskommuniqué des Ulbricht-Besuches in Kairo veröffentlicht. Vgl.: Osterheld, H.: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992 (=Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.23), S.155 u.161.

Sinne eines Transports dieser durch die US-Streitkräfte unterbreitet. Infolge der Empfehlungen wurde die gesamte Angelegenheit aus dem Zuständigkeitsbereich des Bundesverteidigungsministeriums abgegeben.¹⁸²⁷

Bereits am 23. Februar hatte sich Carstens aber auf die Zusicherung des amerikanischen Botschafters McGhee gegenüber Bundeskanzler Erhard bezogen, dass das Geschäft nach der Erklärung McNamaras vom Juni 1964 geheim bleiben oder aber, sobald etwas bekannt würde, sofort beendet werden müsse. Deswegen sei es „einerlei“, ob die Indiskretion auf deutsches oder israelisches Verschulden zurückgehe. Deutschland könne sich aber infolge dieser „mit Fug und Recht auf den Standpunkt stellen, daß das Geschäft beendet sei.“¹⁸²⁸

Da die Bundesregierung offensichtlich bereits im November bzw. Dezember 1964 die Einstellung der gerade erst begonnenen Panzerlieferungen ernsthaft erwog, ist es mehr als wahrscheinlich, dass die Indiskretion in der Tat aus deutschen Regierungskreisen stammte, aus einem sehr kleinen Kreis von Personen, der über den vollen Umfang der Waffenlieferungen, inklusive der Panzerlieferungen, Kenntnis besaß.¹⁸²⁹ In diesem Sinne wurde auch der Vertreter der amerikanischen Botschaft in der Bundesrepublik, Sutterlin, am 15. Dezember 1964 im Auswärtigen Amt vorstellig. Offenbar hatte ein Begleiter des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier während dessen Aufenthalt in Kairo in der Zeit vom 20.-23. November 1964 gegenüber seinem ägyptischen Gesprächspartner behauptet, „die Bundesregierung hätte sich unter starkem Druck der amerikanischen Regierung bereit erklärt, eine größere Anzahl amerikanischer Tanks an Israel zu liefern.“¹⁸³⁰ Bemerkenswerter Weise hatte Gerstenmaier die Einladung zum Besuch in der VAR auf Wunsch des Auswärtigen Amts angenommen und war selbst zu diesem Zeitpunkt nicht vollständig über die deutschen Waffenlieferungen in Kenntnis gesetzt worden.¹⁸³¹ Ein Motiv für eine solche Indiskretion seitens der USA oder Israels erscheint demgegenüber wenig plausibel, weil beide Seiten von einer solchen in keiner Weise politisch profitierten. Noch vor dem Aufenthalt Gerstenmaiers in Kairo hatte Shinnar am 4. November bereits die Botschaft Eshkols bei Bundeskanzler Erhard übermittelt, die sich gegen

¹⁸²⁷ Vgl.: Notiz des stellvertretenden St.S., Knieper, vom 2.3.1965 betr. Panzersendungen nach Italien, in: BA-MArch, BW 1, 374245; Stellvertretende St.S., Knieper, an WI betr. Panzersendungen nach Italien, in: BA-MArch, BW 1, 374245.

¹⁸²⁸ AAPD 1965, Dok.92, S.382f.

¹⁸²⁹ Hierzu siehe Hansen, N.: Schatten, S. 712f.; Osterheld, H.: Außenpolitik, S.150. Demgegenüber vertritt Booz die These, dass Tel Aviv „die gezielten Indiskretionen selbst lanciert“ habe, um hiermit die Bundesrepublik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu veranlassen. Eine derartige Behauptung vernachlässigt das starke Interesse Israels an den deutschen Waffenlieferungen infolge der israelischen Sicherheitslage und des für dieses Land nur begrenzten Waffenmarktes. (Booz, R.M.: „Hallsteinzeit“, S.80).

¹⁸³⁰ AAPD 1964, Dok.388, S.1534.

¹⁸³¹ Vgl.: Gerstenmaier, E.: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a.M. u.a.1981, S.498f.

eine beabsichtigte Erklärung der Bundesregierung, im Rahmen welcher die Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik an Israel bekannt gegeben werden sollte, richtete.¹⁸³²

3.7.5.4. Deutsche Waffenlieferungen an Israel - Stellvertreterrolle oder Eigeninteresse?

Aus vorangegangenen Ausführungen im Kontext der „Aktion Frank/Kol“ und insbesondere der Lieferungen von Panzern nach Israel kristallisieren sich somit drei Kernfragen heraus:

1. Was motivierte die USA, die Bundesrepublik zur Lieferung von Panzern an Israel zu drängen?
2. Gab es hier und wenn ja welche Verbindungen mit einer grundlegenden Wende in der französischen Israelpolitik?
3. Was motivierte die Bundesrepublik zur Einstellung ihrer Waffenlieferungen an Israel?

Das Drängen der USA gegenüber der Bundesrepublik, Israel Panzer zu liefern ging mit einer grundlegenden Wende US-amerikanischer Israelpolitik einher. Bereits im August 1962 erklärte sich Präsident Kennedy, nachdem ein entsprechendes Ersuchen Israels 1960 abgelehnt worden war, zur Lieferung des Raketenabwehrsystems vom Typ Hawk, dessen Wert eher politischer und symbolischer, denn militärischer Natur gewesen ist, bereit.¹⁸³³ Ursächlich für diese prinzipielle Veränderung amerikanischer Außenpolitik war einerseits die Einsicht, dass die Politik der *friendly impartiality* weder ein Wettrüsten im Nahen Osten, noch eine zunehmende Einflussnahme der Sowjetunion auf Staaten der Region verhindert hatte. Denn diese Neutralitätspolitik hatte gewissermaßen die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Weder zog diese die Eigeninteressen der Bündnispartner der USA, das Expansionsstreben der Sowjetunion, noch die Absichten und Ziele der arabischen Staaten vor Ort, in Erwägung. Diese – und hier war Nasser Meister – profitierten, indem sie die Interessen der Großmächte in der Region, aber auch die innerhalb der westlichen Staaten bestehenden Differenzen glänzend gegen-

¹⁸³² Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht, S.145ff.

¹⁸³³ Vgl.: Tal, D.: Symbol not Substance? Israel's campaign to Acquire Hawk Missiles, 1960-1962, in: The International History Review, 22 (2000), S.304-317. Die ersten Raketen des Typs Hawk erreichten Israel nicht vor 1965. Jelinek besaß offensichtlich keine Kenntnis von dem Artikel Tals, womit seine diesbezügliche Darstellung in ihrem Forschungsstand substantiell überholt erscheint. Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S. 410ff. So verwies sogar der amerikanische Botschafter McGhee in seinem Gespräch mit Bundeskanzler Erhard am 10.4.1964 auf die Lieferungen von Boden-Luft-Raketen durch die USA an Israel und nicht stellvertretend Deutschland, wie dies Jelinek darstellt. Vgl. AAPD 1964, Dok.93, S.416. Rusonik verweist in diesem Kontext darauf, dass die amerikanische Entscheidung, das Raketenabwehrsystem zu liefern, weniger unter dem Druck von Lobbyisten zustande kam, als durch die Hoffnung Kennedys, dass engere amerikanisch-israelische Beziehungen, einerseits die arabischen Staaten von einem Angriff auf Israel abhielten und dieses infolge eines stärkeren Vertrauens in die eigene Sicherheit von Vergeltungsschlägen Abstand nehmen würde. Vgl.: Rusonik, A.: Israeli Defense Doctrine and US Middle East Diplomacy: From Suez to the Loan Guarantees/ Settlements Dispute, in: The Jerusalem Journal of International Relations 14 (1993), S.52. Rusk verwies im Mai 1964 v.a. auch auf das immanente psychologische Problem der israelischen Wünsche mit Blick auf ein Raketenabwehrsystem. So könne man Israel den Erwerb von Raketen mit zugegeben beschränkter militärischer Bedeutung angesichts der Produktion von Raketen in der VAR, obgleich nicht „besonders gelungen“, nicht verwehren.

einander ausspielten, um maximalen eigenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Profit zu erzielen. Die erklärte Feindschaft gegenüber Israel diente so nicht nur der Legitimation der eigenen Herrschaft und der Ablenkung vor eigenen innenpolitischen Problemen, sondern als nützliches Argument zur Verfolgung außenpolitischer Ziele auf Kosten Israels. Dass eine Neutralitätspolitik der USA zum Scheitern verurteilt war, verdeutlichen Beispiele wie die Suezkrise, inklusive deren Vorgeschichte, die Krisen im Libanon und Jordanien 1958 sowie der Bau des Reaktors in Dimona mit französischer Hilfe, schlaglichtartig.¹⁸³⁴ Das Wettrüsten im Nahen Osten und die sowjetische Einflussnahme in der Region waren irreversibel.

Andererseits implizierte das Abkommen zwischen de Gaulle und der algerischen *Front de Libération Nationale* (FLN) vom März 1962 eine nicht zu unterschätzende Wende der französischen, aber auch israelischen Außen- und Sicherheitspolitik.¹⁸³⁵ Israel verlor infolge des Abkommens mit Frankreich seinen Hauptwaffenlieferanten, wobei sich das Ende der französisch-israelischen Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem und militärischem Gebiet mit dem offiziellen Rückzug Frankreichs aus dem Bau des Reaktors in Dimona bereits seit Frühjahr 1960 abzeichnete. Frankreich verfolgte in den folgenden Jahren wieder verstärkt seine traditionell pro-arabische Politik. Für Israel stellte sich die Frage nach neuen Waffenlieferanten. Da mit Großbritannien aufgrund dessen Eigeninteressen in den arabischen Staaten, als zuverlässigem Partner aus israelischer Sicht kaum zu rechnen war, blieben für größere Anliegen in Zukunft lediglich die USA und Deutschland relevant. Im Bewusstsein, dass die französisch-israelische Kooperation auf militärischem Gebiet nur vorübergehender Natur war, hatte Israel in der Folge der Suezkrise eine Anlehnung an die NATO angestrebt. Dabei bezog man die Bundesrepublik frühzeitig als verlängerten Arm der USA in entsprechende Überlegungen ein, zumal die USA sich während der Administration Eisenhower und zu Beginn der Administration Kennedy ablehnend gegenüber israelischen Wünschen in bezug auf direkte Waffenlieferungen verhielten.

In Anbetracht dieser Rahmenbedingungen erscheint es wenig sinnvoll, die sicherheitspolitischen Kontakte Israels zu Frankreich, als deren Exponenten v.a. Peres, aber auch Asher Ben-Natan zu erwähnen sind, und die Befürworter einer engeren sicherheitspolitischen Anbindung

¹⁸³⁴ Vgl.: Cohen, A.: Israel's Nuclear History: The Untold Kennedy-Eshkol Dimona Correspondence, in: *Journal of Israeli History*, vol.16 (1995), S.159-194; Gazit, M.: The Genesis of the US-Israeli Military-Strategic Relationship and the Dimona Issue, in: *Journal of Contemporary History*, vol.35 (2000), S.413-422. Cohen betrachtet die Entwicklung und Vollendung des nuklearen Reaktors in Dimona als ursächlich für eine Veränderung amerikanischer Sicherheitspolitik gegenüber Israel. Demgegenüber betont zwar auch Gazit, dass die Frage Dimonas durch die USA als ein Problem globaler Bedeutung erfasst wurde, jedoch weniger im bilateralen Maßstab. Denn Dimona blieb ein kontroverses Thema zwischen beiden Regierungen, auch unabhängig von dem bereits erfolgten Richtungswechsel in den amerikanisch-israelischen militärischen Beziehungen und dessen strategischer Bedeutung.

¹⁸³⁵ Vgl.: Tal, D.: *Symbol not Substance*, S.312.

Israels an die USA als Führungsmacht der NATO, während der fünfziger Jahre, v.a. Reuven Shiloah,¹⁸³⁶ als sich völlig ausschließende Denkrichtungen in Israel deklarieren zu wollen. Beide Vorstellungen trafen sich in ihrem wichtigsten Punkt – Israel als Partner des Westens zu betrachten.

Insofern verwundert es nicht, dass sich Israel infolge der Suezkrise verstärkt an einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Deutschland interessiert zeigte und diese zu Beginn der sechziger Jahre intensivierte, als Frankreich seine Nahostpolitik in der Folge der Beendigung des Algerienkrieges grundlegend neu ausrichtete. Dass die Bundesrepublik unter Franz Josef Strauß aus Israel z.B. Granatwerfermunition und die Maschinenpistole Uzi bezog, nahm einer möglichen Opposition in Israel gegen eine verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sprichwörtlich den Wind aus den Segeln. Wenn Deutschland Waffen aus Israel bezog, dann konnte Israel auch aus Deutschland Waffen beziehen.

Die USA baten die Bundesrepublik wegen der Panzerlieferungen deswegen um Unterstützung,¹⁸³⁷ weil sie einerseits bei gleichzeitiger Konkurrenz der Sowjetunion nach wie vor Interesse an eigenem politischen Einfluss in den arabischen Staaten besaßen, sich andererseits verstärkter Kritik aus einzelnen arabischen Staaten, v.a. Ägyptens, gegenübersehen und die Panzer, die vorangegangene amerikanische Waffenlieferungen an Jordanien kompensieren sollten,¹⁸³⁸ deswegen nicht selbst ausliefern wollten. Darüber hinaus musste ihnen an einer Unterstützung Israels, welches im Unterschied zu anderen Staaten der Region ein zuverlässiger Partner war und sich demokratischen Zielen verpflichtet fühlte, gelegen sein.

Doch die Bundesrepublik zeigte für die ihr angetragene Stellvertreterrolle nur partiell und scheinbar Verständnis, zumal eine längerfristige Politik als verlängerter Arm der USA die eigenen Interessen der Bundesrepublik in der Region zu gefährden schien. Zudem überschritten sich die beabsichtigten Panzerlieferungen zeitlich mit der 1965 ohnehin notwendigen Diskussion über die Neuordnung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu Israel, da das Auslaufen des Luxemburger Abkommens unmittelbar bevorstand.¹⁸³⁹ Sollte man in der Folge Handelsmissionen entsenden oder gar diplomatische Beziehungen aufnehmen? Wie sollte man den arabischen Staaten einen solchen Schritt bei gleichzeitigen Waffenlieferungen erklären? Und weswegen lehnte die Bundesrepublik, wie dies durch Erhard ursprünglich beabsichtigt wurde, die ihr angetragene Stellvertreterrolle nicht konsequenter Weise ab sondern stimmte

¹⁸³⁶ Shiloah besuchte z.B. aus Anlass der Konferenz der Außenminister der NATO-Staaten in Kopenhagen 1958 mehrere westeuropäische Länder. Vgl.: FPI 1958-1959, Dok.245, Anm.1, S.213 (hebr. S.437).

¹⁸³⁷ Vgl.: AAPD 1964, Dok.136, S.567.

¹⁸³⁸ Vgl.: Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.109.

¹⁸³⁹ Vgl.: Aufzeichnung des AA vom 22.6.1961 (708-82.00/92.19-754/61geh.), in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961.

den Panzerlieferungen durch die Bundesrepublik zu, nachdem sich Carstens im Mai 1964 auf eigenen Wunsch in die Verhandlungen eingeschaltet hatte?¹⁸⁴⁰

Für die deutsche Außenpolitik galt es, wieder Handlungsfreiheit zu gewinnen. Nach wie vor trachtete man, die internationale Anerkennung der DDR zu verhindern und den Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen. Carstens wusste ebenso, dass eine grundlegende Neuordnung in den Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel zeitlich unaufschiebbar war. Konnte denn ein vorzeitiges Bekanntwerden der Panzerlieferungen, zumal das Geschäft dann sofort als beendet galt,¹⁸⁴¹ nicht als willkommenener Anlass zu der ohnehin notwendigen Neuordnung der Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel dienen? Mit solch einer Aktion erwarb sich die Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht eine sehr gute Verhandlungsposition. Man entledigte sich mit Blick auf die USA der angetragenen Stellvertreterrolle für die Panzerlieferungen, gegenüber den arabischen Staaten konnte man auf eine kritische Haltung gegenüber israelischen Ausrüstungswünschen verweisen, mögliche Drohungen einer Anerkennung der DDR wenn schon nicht verhindern, so doch lindern. Und Israel war auch weiterhin im Kontext der Aktion Geschäftsfreund - bei welcher die Geheimhaltung bisher funktionierte - auf den guten deutschen Willen angewiesen, da es kein schriftlich fixiertes, völkerrechtlich verbindliches Abkommen in den Händen hielt, auf das es seine Ansprüche im Notfall hätte stützen können. Gleiches galt hinsichtlich der Frage der zur Disposition stehenden Möglichkeiten einer Neuordnung der deutsch-israelischen Beziehungen, nämlich der Errichtung von Handelsvertretungen, Generalkonsulaten oder gar Botschaften. Zudem analysierte ebenfalls Carstens brillant die drei Schwächen der bisherigen bundesdeutschen „Isolierungspolitik“ gegenüber der DDR. Diese war seiner Ansicht nach nicht völlig konsequent gewesen (Passierschein-Abkommen), die aktuelle Deutschlandpolitik nicht mit der allgemeinen Entspannungspolitik vereinbar und keine Bereitschaft sichtbar, die notwendigen Opfer zu bringen, um eine härtere Außenpolitik gemäß den Prinzipien der Hallstein-Doktrin zu führen.¹⁸⁴²

In diesem Kontext wurde in der bisherigen Forschung zuweilen übersehen,¹⁸⁴³ dass ein Zusammenhang zwischen dem Besuch Ulbrichts in Ägypten Ende Februar 1965 und der Einstellung der Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel keinesfalls zwingend ist, insofern, als dass der Entschluss, diese einzustellen, der Bekanntgabe des Ulbrichtbesuchs und erst recht dessen tatsächlichen Erscheinens in Kairo zeitlich vorausgegangen ist. Im Zuge des

¹⁸⁴⁰ Vgl.: AAPD 1964, Dok.138, S.574. Diesen Fakt verschweigt Carstens allerdings bei seinen Schilderungen. Siehe: Carstens, K.: Erinnerungen und Erfahrungen, S.307f.

¹⁸⁴¹ Vgl.: AAPD 1965, Dok.92, S.382f.

¹⁸⁴² Vgl.: Osterheld, H.: Außenpolitik, S.162.

¹⁸⁴³ So z.B. Scheffler, T.: The Power of Dependence: The Federal Republic of Germany and the Arab World, in: Journal of Arab Affairs 12 (1993), S.148.

Aufenthaltes des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Schelepin, in der Zeit vom 19. bis 29. Dezember, der primär der Garantie militärischer Unterstützung der UdSSR gegenüber der VAR mit Blick auf den Krieg im Jemen und einer Anleihe in Höhe von 252 Mio. Rubel für ägyptische Industrieprojekte diene, wurde ein Termin für den Ulbricht-Besuch festgelegt.¹⁸⁴⁴ Allerdings war dem Bundesverteidigungsministerium laut einer Aufzeichnung vom 15. Dezember 1964¹⁸⁴⁵ im Ergebnis einer Besprechung am 11. Dezember, welche die Rahmenplanung der deutschen Ausrüstungshilfe zum Gegenstand hatte, bereits bekannt, dass die Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik im Rahmen Frank/Kol eingestellt werden sollte - eine Entscheidung, die völlig unabhängig vom Besuch Ulbrichts in Kairo aber auch der anschließenden Diskussion im Kabinett bereits fest stand. Abteilung III im Auswärtigen Amt befasste sich ebenfalls am 11. Dezember im Zusammenhang einer Kabinettsvorlage und der grundlegenden Frage der Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete mit Israel. In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass gewisse Übergangsschwierigkeiten dahingehend bestünden, als dass die z.B. noch durch Großbritannien an Israel zu liefernden U-Boote auf jeden Fall bezahlt werden müssten, „von der Bundeswehr jedoch nicht gebraucht werden können.“¹⁸⁴⁶ Allerdings – und nun gestaltete sich die Lage schwierig – lehnte das Kabinett am 27. Januar 1965, nach der Ankündigung des bevorstehenden Besuches Ulbrichts in Kairo, den Vorschlag von Außenminister Schröder, der die sofortige Einstellung der Waffenlieferungen an Israel beinhaltete, ab. Allerdings erwog man ein generelles Verbot von Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und ein Gespräch mit Shinnar über eine Beendigung der Waffenlieferung.¹⁸⁴⁷ Erst nach dem negativen Entscheid des Kabinetts wurde in der New York Times am 31. Januar 1965 über die – eigentlich geheime – Lieferung amerikanischer Panzer an Israel durch die Bundesrepublik berichtet und diese somit einer breiten Öffentlichkeit bekannt.¹⁸⁴⁸

Westrick empfing Shinnar noch Ende Januar 1965 und teilte ihm mit, dass die Bundesregierung versuche, den Ulbricht-Besuch zu verhindern. Im Zuge dieser Maßnahmen sollte u.a. der Grundsatz, künftig keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern, verkündet wer-

¹⁸⁴⁴ Vgl.: Troche, A.: Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins „Kampf“ gegen die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung“, Erlangen u.a. 1996 (= Erlanger Studien zur Geschichte, Bd.2), S.40 und Blasius, R.A.: „Völkerfreundschaft“ am Nil: Ägypten und die DDR im Februar 1965, in: VfZ 46 (1998), S.762.

¹⁸⁴⁵ Vgl.: Vermerk betr. Rahmenplanung für die deutsche Ausrüstungshilfe vom 15.12.1964 (=Anlage zu III A 4 – 81.00-608/64 geh.), in: PA/AA, B 150, Bd.43, S.6887.

¹⁸⁴⁶ Leiter der Abteilung III (D III-III A 4-81.SR/4-92.19-551/64 geh.) am 11.12.1964 betr. Waffenlieferungen an Israel, in: PA/AA, B 150, Bd.42, S.6764.

¹⁸⁴⁷ Vgl.: Osterheld, H.: Außenpolitik, S.152. Osterheld hielt hier fest: „die unverschämte Einladung Nassers an Ulbricht dürfe nicht auch noch prämiert werden.“

¹⁸⁴⁸ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.712f. Hingegen wurden in selbiger Zeitung bereits Ende Oktober Einzelheiten über die deutschen Waffenlieferungen an Israel publiziert, wobei die Panzer nirgends Erwähnung fanden. Vgl.: Ben-Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.113.

den.¹⁸⁴⁹ Während des Gespräches betonte Westrick auch, dass die Bundesregierung bereit sei, die noch ausstehenden Lieferungen ausreichend zu entschädigen. Ein Nachgeben gegenüber arabischem Druck, wollte Westrick in einem solchen Vorschlag nicht erblicken. Offensichtlich gab der bevorstehende Besuch Ulbrichts der Bundesregierung noch den notwendigen Vorwand, um eine Fortsetzung der Waffenlieferungen an Israel zu unterbinden, die Ursache aber bildete er nicht. Die drei Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages stimmten einem Auslaufen der Waffenlieferungen an Israel am 1. Februar zu.¹⁸⁵⁰ Neue sollten ebenfalls nicht zugesagt werden. Als sich Adenauer am 9. Februar im Rahmen der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes gegen eine Einstellung der Waffenlieferungen aussprach, verwies er wohl zurecht darauf, dass eine solche Haltung in der Welt interpretiert würde, als sei die Bundesrepublik wegen der Drohungen Nassers „zu Kreuze gekrochen.“¹⁸⁵¹ Aber auch Adenauer konnte die bereits getroffenen Entscheidungen nicht mehr rückgängig machen, obwohl seiner Einschätzung auch im Nachhinein nur zugestimmt werden kann.

Das Hauptmotiv in Bezug auf die Ablösung der Waffenlieferungen an Israel bestand in der ohnehin notwendigen Neuordnung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel aus Anlass des Auslaufens des Luxemburger Abkommens. In dem Sinne eines Junktims zwischen Waffenlieferungen an Israel und der „Normalisierung der amtlichen Beziehungen“ hieß es in der Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 4. Januar 1965 „Die Fortsetzung der Waffenlieferungen und der Austausch von Vertretungen, selbst nur von Handelsmissionen, lässt sich den Arabern gegenüber nicht begründen.“¹⁸⁵²

Birrenbach¹⁸⁵³ hatte während seines USA-Aufenthaltes im Vorfeld seiner Mission in Israel¹⁸⁵⁴ in Gesprächen mit Under Secretary of State, Ball, und dem nationalen Sicherheitsberater McGeorge Bundy erklärt, „daß es ein kapitaler Fehler gewesen sei, die Bundesrepublik zu veranlassen, Panzer an Israel zu liefern.“¹⁸⁵⁵ Dabei erhielt Birrenbach von Bundy eine weniger freundliche Antwort als von Ball. Letzterer erklärte, dass die USA gegenwärtig prüfen

¹⁸⁴⁹ Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht, S.149f. Die Bestrebungen, zukünftig keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, diene dem Ziel, zukünftig eine direkte Involvierung der Bundesrepublik in Krisenherde und die daraus resultierenden Konflikte zu vereiteln. Allerdings war man in dieser Frage auch im Bundesverteidigungsrat geteilter Meinung. Während der eine Teil jegliche militärische oder „militärähnliche Unterstützung“ in Spannungsgebiete ablehnte, hielt der andere „diese Einstellung für weltfremd“. Aufzeichnung Vialon vom 5.10.1965 betr. Waffen in Spannungsgebiete, in: ACDP, I-475-015/1.

¹⁸⁵⁰ Vgl.: Osterheld, H.: Außenpolitik, S.154.

¹⁸⁵¹ Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961-1965, Nr.18, 9.2.1965, S.870. Ähnlich kritisch beurteilt Osterheld die Regierung Erhard. Vgl.: Osterheld, H.: Außenpolitik, S.157.

¹⁸⁵² AAPD 1965, Dok.1, S.4.

¹⁸⁵³ Diesen, Aufsichtsratsvorsitzender der Thyssen AG, charakterisierte Peres wohl berechtigt als Person, die Erfahrungen als Vermittler in delikaten Fragen deutscher Außenpolitik vorweisen konnte. Allerdings besaß er nur wenig Sachverstand für Israel betreffende Fragen. (Peres, S.: David's Sling, S.83).

¹⁸⁵⁴ Birrenbach hielt sich in der Zeit vom 7.-10.3.1965; 17.-23.3.1965 und 6.-14.4.1965 in Israel auf. Zu den Verhandlungen siehe die entsprechenden Berichte der Reisen, in: ACDP, I-433-162/2.

¹⁸⁵⁵ Bericht Birrenbachs über seine USA-Reise im Februar/ März 1965, S.14f., in: ACDP, I-433-187/1.

würde, die Lieferung der Panzer zu übernehmen. Nach der Aussage Bundys sollte die Bundesrepublik die Panzer „einfach irgendwo über die Grenzen bringen.“¹⁸⁵⁶ Anschließend würden die USA die Panzer nach Israel schaffen. Am 11. März teilte Under Secretary of State Ball mit, dass die israelische Regierung am Vorabend informiert worden sei, dass sich die USA bereit erklären würden, 90 Panzer an Israel zu liefern.¹⁸⁵⁷ Am selben Tag waren diese Lieferungen auch Gegenstand der Besprechung zwischen Außenminister Schröder und dem amerikanischen Botschafter, der erstaunt feststellen musste, dass zwischen Israel und Deutschland außer Abmachungen über den Zeitpunkt der Verschiffung und die Entgermanisierung der Panzer keine weiterführenden konkreten Absprachen getroffen worden waren. McGhee erklärte, aus diesem deutschen Verhalten selbst „eine Lektion für die Zukunft gelernt“¹⁸⁵⁸ zu haben.

Man konnte sagen, dass Schröder und Carstens ihr Manöver beinahe erfolgreich auf Kosten deutscher internationaler Glaubwürdigkeit in einem sensiblen Bereich deutscher Außenpolitik durchgeführt hatten. Abgesehen von den Panzerlieferungen, waren die deutschen militärischen Beziehungen mit Israel nicht im Zuge einer etwaigen amerikanischen Stellvertreterrolle, sondern als Kompensation für die aus deutschlandpolitischen Erwägungen getroffene Ablehnung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel entstanden. Einzig Barzels Einwand gegenüber Erhard infolge seiner USA-Reise¹⁸⁵⁹ 1965 und dem durch Klein vermittelten Gespräch mit dem dortigen israelischen Botschafter sowie Erhards einsame Entscheidung, volle diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, um einen de facto Vertragsbruch abzumildern, konnte Schlimmeres verhindern.

Im Ergebnis der deutsch-israelischen Verhandlungen über die Ablösung der Waffenlieferungen erhielt Israel 140 Mio. DM sowie zusätzlich 12 Mio. DM zur Deckung der Kosten von Panzerersatzteilen überwiesen.¹⁸⁶⁰ Anstatt der von deutscher Seite angestrebten gemeinsamen Erklärung über die Annullierung der Waffenlieferungen, um späteren Differenzen vorzubeugen, nahm Erhard in seinem Brief an Eshkol vom 12. Mai 1965¹⁸⁶¹ direkten Bezug auf die Umwandlung der restlichen noch ausstehenden Waffenlieferungen an Israel.

¹⁸⁵⁶ Aufzeichnung Birrenbachs über Israel-Reise vom 7.-10.3.1965, in: ACDP, I-433-162/2.

¹⁸⁵⁷ Vgl.: AAPD 1965, Dok.125, Anm.15, S.503.

¹⁸⁵⁸ Ebd., S.501.

¹⁸⁵⁹ Hierzu Barzel, R: Deutschland und Israel: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel im Jahre 1965 hatte eine dramatische Vorgeschichte; in den Bonner Akten ist der Vorgang nur kläglich beschrieben, in: Die Politische Meinung: Monatsschrift zu Fragen der Zeit 36/258 (1991), S.13-19.

¹⁸⁶⁰ Vgl.: AAPD 1965, Dok.178, S.712f. und Dok.185, S.740f.

¹⁸⁶¹ Vgl.: Erhard an Eshkol betr. diplomatische Beziehungen und Ablösung des Waffengeschäftes, in: I-SA/6383/8-зп.

3.7.6. Reaktionen der DDR

Die DDR instrumentalisierte die militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel natürlich zum Zwecke der eigenen Politik dahingehend, als dass man versuchte, durch Denunziation der Bundesrepublik und Israels die eigene außenpolitische Anerkennung in den arabischen Staaten zu erlangen. Die Art und Weise wie dies geschah, konnte letzten Endes aber doch nicht über die, realistisch gesehen, nur begrenzten Ressourcen und, gemessen am Ziel der internationalen Anerkennung der DDR, außenpolitisch eher ungenügenden Erfolge der DDR hinwegtäuschen.

Wenn Anschuldigungen gegenüber der Bundesrepublik von der Seite der israelischen Kommunisten geäußert wurden, nahm man diese umso lieber wahr. So betonte das Mitglied des Politbüros der MAKI vor dem VI. Parteitag der SED, falls die vorliegende Aufzeichnung der Rede wirklich nur aus dessen Feder stammte und seitens der DDR nicht Formulierungshilfe stattgefunden hatte, dass es eine „geschichtliche Tatsache“ sei, dass zwei deutsche Staaten existierten, wobei der eine friedliebend sei und die Bundesrepublik „Kriegshetze“ trieb, mit dem Schwert rasselte und danach strebe „sich im Rahmen der NATO oder anderweitig mit Atomwaffen auszurüsten“. Besonders wurde dabei moniert, dass bei solch gefährdeter Prädisposition der Bundesrepublik „israelische Waffen, erzeugt von den Verfolgten des Naziregimes“ „in die Hände der Hitlergenerale gegeben“ würden. Denn demnach zwangen die „herrschenden Kreise in Israel“ „jüdische Werktätige dazu, Uniformen für Soldaten und Offiziere der Bundeswehr zu nähen, und das trotz Massenprotesten und großen Demonstrationen gegen diese ekelerregende Kollaboration.“¹⁸⁶² Infolge zweier Unterredungen zwischen einer Delegation des ZK der SED unter Leitung Verners und einer Delegation der MAKI Ende Januar 1963 notierte ersterer gar, dass in Israel „ein Atomreaktor für ausschließlich militärische Zwecke, an dem israelische und westdeutsche Wissenschaftler arbeiten“¹⁸⁶³ würden, existiere. Im Rahmen der Unterstützung der DDR gingen die israelischen Kommunisten manchmal bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. So hatten diese für die Kampagne in Israel gegen den Besuch des ehemaligen Bundesverteidigungsminister Strauß in Israel 150.000 Pfund bereit gestellt, weswegen die Partei den bevorstehenden Partei-, Gewerkschafts- und Parlamentswahlen aus finanziellen Gründen mit Sorge entgegensah.¹⁸⁶⁴

¹⁸⁶² Meir Vilner, Mitglied des Politbüro der MAKI, Januar 1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/18.

¹⁸⁶³ Information der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen über Beratungen zwischen einer Delegation des ZK der SED und einer Delegation des ZK der KP Israels vom 7.2.1963 (Dokument fälschlich auf 1962 datiert), in: SAPMO-BArch, NY 4182/1293.

¹⁸⁶⁴ Vgl.: Information über Gespräch zwischen Vilner und Axen, Röhner sowie Krause am 25.1.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4182/1293.

In der Überzeugung, mit den arabischen Staaten „in einer Front gegen den Imperialismus und Kolonialismus“ zu stehen, unterbreitete die Regierung der DDR der Liga der Arabischen Staaten 1963 ein Aide-Mémoire, um dieser „ihre Auffassungen zu der Militärhilfe“ der Bundesrepublik an Israel mitzuteilen. Unter Bezugnahme auf die Aussagen Mertens und des Besuchs des „Kriegsministers“ Strauß monierte man die Ausbildung israelischer Offiziere und Mannschaftsdienstgrade in der Bundesrepublik auch nach 1958, als die Liga der Arabischen Staaten diese Ausbildung „angeprangert“ hatte. So sei unter dem Deckmantel der Wiedergutmachung „Wirtschafts- und Finanzhilfe in Höhe von 3 Milliarden Mark“ gewährt und „in hohem Maße für die Aufrüstung Israels verwendet“ worden. In den Augen des SED-Regimes stand die Militärhilfe für Israel in Zusammenhang mit der Absicht der Bundesrepublik, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen.¹⁸⁶⁵

In der Frage der militärischen Beziehungen zwischen Bundesrepublik und Israel bestand offensichtlich auch ein gewisser Informationsaustausch zwischen der SED-Parteispitze und der Sowjetunion. Gemäß einer Aufzeichnung des Büros von Walter Ulbricht vom 18. Februar 1965, die auf als vertraulich eingestuften Informationen des sowjetischen Botschafters in der DDR basierten, hatte die Bundesrepublik im September 1964 „den Beschluß gefasst, 300 amerikanische Panzer vom Typ M-48 aus den Beständen des Panzerparks der Bundeswehr (1150 Maschinen) an Israel zu verkaufen.“ Die weiteren Angaben über Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik gegenüber Israel waren allerdings ähnlich ungenau, wie die vorgenannten Daten. Aber aufgrund dieser Informationen postulierte man im Büro Ulbrichts, dass die Bundesrepublik kein Recht besitze, den arabischen Staaten irgend eine Verhaltensweise zu „soufflieren“ oder „aufzunötigen“. Deswegen deklarierte man den Besuch Ulbrichts in Ägypten zur „heilsame[n] Lehre“ „für die westdeutschen Militaristen“, was diese ein weiteres Mal veranlassen dürfte, „über die reale Lage in der Welt nachzudenken.“¹⁸⁶⁶

Symptomatisch für die DDR mag sicherlich die sehr einseitige Wahrnehmung von Waffenlieferungen und deren Verurteilung oder aber gerade deren Verschweigen gewesen sein. Wenn die Sowjetunion infolge des Waffengeschäfts von 1955 über die ČSR an Ägypten massiv Waffen lieferte, infolge der Suezkrise ebenfalls an Ägypten z.B. die MiG-17, MiG-19 und TU-16 Bomber, die Israel bedrohten und ägyptische Piloten für die MiG-21 ausbildete,¹⁸⁶⁷

¹⁸⁶⁵ Vgl.: Aide-Mémoire der Regierung der DDR an die Liga der Arabischen Staaten zur Militärhilfe der BRD gegenüber Israel, 1963, in: MfAA, A 13801. Anhand der verschiedenen Entwürfe des Aide-Mémoires und Mertens Besuch ist das undatiert überlieferte Memoire auf die zweite Hälfte des Jahres 1963 zu datieren. Vgl.: Aufzeichnung vom 28.6.1963 über 10. Kollegiums-Sitzung vom 17. und 20.6.1963, in: MfAA, LS-A 484; Vorlage für das Kollegium – Aide-Mémoire vom 20.6.1963, in: MfAA, LS-A 484.

¹⁸⁶⁶ Aufzeichnung Büro Ulbricht (ohne Namen versehen) vom 18.2.1965, in: SAPMO-BArch, DY 30, Bd.3499, S.1f.

¹⁸⁶⁷ Vgl.: Tal, D.: Symbol not Substance, S.307 u. 313.

dann äußerte die angeblich „friedliebende“ DDR nie Kritik an Ägypten oder gar der Sowjetunion. Noch weniger Skrupel hatte man offensichtlich, als Nasser seine machtpolitischen Ambitionen mit den im Jemen vergasten Menschen zur Schau stellte. Weswegen sollte man dies rügen, da man doch nach diplomatischer Anerkennung strebte und hierzu offensichtlich jedes Mittel genehm schien?

In diesem Kontext erscheint die massive Kritik der DDR gegenüber der Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik für Israel in einem sehr zwiespältigen Licht.

3.7.7. Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel?

Ein anhand von Akten nur äußerst begrenzt zu untersuchender Teil sicherheitspolitischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel betrifft den Bereich nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Die bisherigen Informationen, zuletzt bei Hansen, Jelinek oder Shpiro sind zum Teil widersprüchlich, so dass aus diesen keine sichere Erkenntnis gezogen werden kann. Zwar ist es z.B. richtig, dass sich 1960 Oberst Israel Beer mit dem Chef des Bundesnachrichtendienstes Gehlen traf. Doch während Hansen diesen dem Mossad zuordnet, war er nach Jelinek ein Vertreter des militärischen Nachrichtendienstes Israels, der Ben Gurion regelmäßig über seine Gespräche mit Gehlen unterrichtet habe.¹⁸⁶⁸ Letzteres und auch die Charakterisierung Beers als „schillernde[r] Oberst“¹⁸⁶⁹ durch Hansen geraten in ein völlig anderes Licht, wenn man, was Hansen wie Jelinek unerwähnt lassen, den kometenhaften Aufstieg und das schnelle Ende Beers beleuchtet. Der 1912 in Wien geborene Beer wies infolge seines fingierten Lebenslaufes in Israel eine beeindruckende Karriere auf. Er erregte allerdings bereits während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre das Misstrauen insbesondere von Moshe Dayan und Isser Harel als damaligem Chef des Mossad, genoss aber nach wie vor das Vertrauen von Shimon Peres. Nach der erneuten Übernahme des Verteidigungsressorts durch Ben Gurion 1955 wurde Beer beauftragt, die Geschichte des arabisch-israelischen Krieges von 1948 zu schreiben. In dieser Funktion besaß er Zugang zu Ben Gurion und den Archiven der IDF. Darüber hinaus erhielt er ein eigenes Büro im israelischen Verteidigungsministerium. 1959 berief man Beer auf den Lehrstuhl für Militärgeschichte an der Universität in Tel Aviv. Er verfügte über ein enges Verhältnis zu Peres und besuchte öfters NATO-Basen in der Bundesrepublik. Im Sommer 1958 beantragte Beer bei Harel die Genehmigung, sich mit dem Chef des deutschen Bundesnachrichtendienstes Gehlen treffen zu dürfen. Trotz fehlender Erlaubnis

¹⁸⁶⁸ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.500.; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.416.

¹⁸⁶⁹ Hansen, N.: Schatten, S.500.

durch Harel, traf sich Beer im Mai 1960 mit Gehlen.¹⁸⁷⁰ Dies war bereits der dritte Aufenthalt Beers in Deutschland.¹⁸⁷¹

Dem Shin Bet gelang es schließlich Beer am 30. März 1961 zu überführen. Infolge langjähriger Spionage für die UdSSR wurde Beer im Frühjahr 1962 zu 10 Jahren, infolge der Revision zu 15 Jahren Haft verurteilt.¹⁸⁷² Ob diese Verhaftung ggf. in Zusammenhang mit der bereits im Herbst 1961 erfolgten Enttarnung von Heinz Felfe als einem der engsten Mitarbeiter Gehlens steht, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht untersucht werden.

Prinzipiell erscheint es möglich, dass weitere Kontakte zwischen israelischen und deutschen Nachrichtendiensten bestanden haben. Ob der Mossad – so Hansen – aber wirklich „Kopien der höchstklassifizierten täglichen Pullacher Lageberichte“¹⁸⁷³ des BND erhielt und worin diese Informationen konkret bestanden, kann im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie wegen mangelhafter Quellenlage nicht untersucht werden. Nach einer neuen Darstellung Shpiros¹⁸⁷⁴ wurde eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, welche die Sammlung und Analyse relevanter Informationen v.a. in Bezug auf Osteuropa, die arabischen Staaten und Afrika beinhaltet habe, zwischen Mossad und Bundesnachrichtendienst bereits 1956 durch Gehlen persönlich initiiert. Die anfängliche Reaktion des Mossad sei kühl gewesen. Als deutscher Verbindungsoffizier fungierte für den BND angeblich General Wolfgang Langkau, auch unter den Namen Langendorf oder Holten tätig. Um allerdings Gewissheit über die tatsächliche nachrichtendienstliche Tätigkeit – auch und gerade von deutscher Seite – zu erhalten, bedarf es entsprechender und z.Z. für die Forschung nicht verfügbarer Quellen. Möglicherweise könnte dann aber auch ein eventuelles Doppelleben so manch prominenter Figur in einem anderen Licht erscheinen.

Weiterhin darf bezweifelt werden, dass die Tätigkeit des, einer 1848 aus Deutschland nach Amerika ausgewanderten jüdischen Familie entstammenden, Brigadegenerals Julius Klein, wirklich nur mit „eingebildeter und intriganter Werbeunternehmer“¹⁸⁷⁵ ausreichend beschrieben ist. Zu Beginn der 30er Jahre führte dieser z. B. für die amerikanische Armee eine Untersuchung von Nazi-Aktivitäten in den Vereinigten Staaten, durch. In späteren Jahren enttarnte er Walter Kappe als Agent des Deutschen Reiches.¹⁸⁷⁶ In der Nachkriegszeit als Chef der nach

¹⁸⁷⁰ Vgl.: Black, I./ Morris, B.: Mossad, Shin Bet, Aman, S.243-253.

¹⁸⁷¹ Vgl.: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 14.5.1960, in: BGA, TBG. Zum Aufenthalt Beers im Frühjahr 1958 in der Bundesrepublik siehe: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 28.3.1958, in: BGA, TBG.

¹⁸⁷² Vgl.: Black, I./ Morris, B.: Mossad, Shin Bet, Aman, S.243-253.

¹⁸⁷³ Hansen, N.: Schatten, S.501.

¹⁸⁷⁴ Vgl.: Shpiro, S.: Communicating Interests Across History, S.313ff.

¹⁸⁷⁵ Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.187.

¹⁸⁷⁶ Vgl.: Roos an Altmaier am 6.8.1953, in: AdsD, Abt. I, NL Altmaier, Nr.5. Altmaier selbst hatte in den Jahren 1941 bis 1944 in Kairo für die britische Militäraufklärung gearbeitet. Vgl.: Bestätigung der britischen Botschaft, Informationsabteilung, Paris, am 6.4.1948, in: AdsD, Abt.I, NL Altmaier, Nr.3.

ihm benannten Agentur „Julius Klein Public Relations“ in Chicago, wurde er auch vermittelnd im Zusammenhang mit den Wiedergutmachungsverhandlungen¹⁸⁷⁷ und dem Treffen zwischen Adenauer und Ben Gurion 1960¹⁸⁷⁸ in New York aktiv. Klein war während der Krise der Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar 1952 von McCloy bei Adenauer eingeführt worden.¹⁸⁷⁹ Als ehemaliger Vorsitzender des Jüdischen Kriegsveteranenverbandes, bei dem er in späteren Jahren allerdings in Verruf fiel,¹⁸⁸⁰ diente er der bundesdeutschen Regierung, aber auch der deutschen Industrie¹⁸⁸¹ sowohl mit Blick auf Öffentlichkeitsarbeit, als auch als Verbindungsmann in den USA. So wusste Westrick infolge der Darstellungen Globkes, der persönliche Kontakte zu General Klein pflegte,¹⁸⁸² dass dieser für die Bundesrepublik Deutschland in sehr wirksamer Weise tätig gewesen sei und im Gegenzug hierfür „sehr beachtliche Zahlungen an ihn geleistet worden sind.“¹⁸⁸³ Wohl nicht zuletzt wegen der auch für Zeitgenossen undurchsichtigen Arbeit Kleins, musste dieser 1963 vor dem Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten unter Fulbright im Rahmen einer Untersuchung der Tätigkeit nicht-diplomatischer ausländischer Auftraggeber aussagen.¹⁸⁸⁴ Klein erntete bei seinen Zeitgenossen nicht zuletzt wegen seines oftmals wenig zurückhaltenden und indiskreten Auftretens nicht nur Sympathien.¹⁸⁸⁵ Dennoch unterhielt Klein offensichtlich gute Kontakte zur CIA und zum BND, insbesondere zu Gehlen, mit dem er sich z.B. Ende 1964 traf.¹⁸⁸⁶ Demgegenüber hatte Shinnar eine enge Zusammenarbeit zwischen der Klein'schen Agentur, die ein Büro in Frankfurt a.M. unterhielt, und der Israel-Mission in Köln infolge eines entsprechenden Vorschlags des Generals höflich aber dennoch klar abgelehnt.¹⁸⁸⁷

¹⁸⁷⁷ Vgl.: Altmaier an Klein am 27.6.1952, in: CZA/ Z6/1998.

¹⁸⁷⁸ Vgl.: Klein, Chicago, an SPIEGEL, Hamburg am 15.2.1965, in: ISA/6541/32-צח sowie Klein an Plofsky, National Commander, JWV, am 19.2.1965, in: ISA/6541/32-צח. Infolge der Vorbereitung von Klein, Herzog und Styles Bridges traf sich Ben Gurion während seines Besuches in den USA auch mit Nixon. Vgl.: ISA/302/9-צח.

¹⁸⁷⁹ Vgl.: Nachträgliche, undatierte, Aufzeichnung Altmaiers, in: AdsD, Abt. I, NL Altmaier. Siehe auch Hansen, N.: Schatten, S.225.

¹⁸⁸⁰ Vgl.: Sufott an den Botschafter am 25.2.1965 betr. JWV, in: ISA/6541/32-צח.

¹⁸⁸¹ Vgl.: Mannesmann AG an General Julius Klein am 18.11.1963, in: BA, NL 1239, Bd.169; Julius Klein an Bundesverteidigungsminister von Hassel betr. Rheinmetall GmbH Düsseldorf, in: BA, NL 1239, Bd.169.

¹⁸⁸² Vgl.: Dohrn, K.: Globkes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, in: Gotto, K. (Hg): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980; S.175.

¹⁸⁸³ Westrick an von Brentano am 19.8.1964, in: ACDP, I-028-060/2; Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Washington D.C., Knappstein am 31.10.1963 an Herrn Staatssekretär Carstens, in: BA, NL 1337, Bd.611.

¹⁸⁸⁴ Knappstein am 31.10.1963 an Herrn Staatssekretär Carstens, in: BA, NL 1337, Bd.611.

¹⁸⁸⁵ Vgl.: Meroz an Fischer und Shinnar am 6.8.1959, in: ISA/3099/24-צח. Meroz schrieb in diesem Brief, dass er Klein und dessen Phrasen, Fantasien sowie den Wahrheitsgehalt seiner Erzählungen seit Jahren kenne.

¹⁸⁸⁶ Vgl.: Aufzeichnung des israelischen Generalkonsulats, Chicago vom 29.11.1964, in: ISA/6541/29-צח.

¹⁸⁸⁷ Vgl.: Shinnar an Klein am 16.10.1960, in: ISA/3309/13-צח.

3.8. „Aktion Geschäftsfreundschaft“

Ein in der Literatur¹⁸⁸⁸ bisher nur durch wenige Autoren erörtertes Thema bildet die sogenannte „Aktion Geschäftsfreund“. Bei dieser handelte es sich um deutsche Kredithilfe, die in der Folge einer mündliche Bereitschaftserklärung von Bundeskanzler Adenauer im Rahmen seines Treffens mit David Ben Gurion im Hotel Waldorf Astoria am 14. März 1960 in New York¹⁸⁸⁹ realisiert wurde. Auf die Frage des israelischen Premiers hin, Israel mittels Darlehen in Höhe von 40 bis 50 Millionen Dollar (ca. 200 Mio. DM) jährlich über einen Zeitraum von ca. 10-20 Jahren finanziell zu unterstützen, hatte der Bundeskanzler mit den Worten „Wir werden ihnen helfen“¹⁸⁹⁰ geantwortet. Adenauer betonte zudem, dass dies nicht nur aus „einer inneren Verpflichtung“, sondern auch aus „politischer Klugheit“ heraus geschehen solle. So gehöre Israel als ein Staat mit westlicher Gesinnung zur freien Welt, in deren Interesse es liege, dass Israel sich entwickle.¹⁸⁹¹ Die Gelder wurden, so der offizielle Verwendungszweck, v.a. zur Erschließung des Negev genutzt. Da allerdings die gesamte Angelegenheit streng vertraulich gehandhabt werden sollte, existierte kein verbindliches, schriftlich fixiertes Abkommen. Da die Bereitschaftserklärung Adenauers aber politisches Gewicht besaß, hätte eine nachträgliche Negierung dieser prinzipiellen Zusage einen Verlust an Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik impliziert. Wegen dieser vagen Ausgangssituation ergaben sich auf der Arbeitsebene sowohl im Vorfeld der ersten Zahlung, die Ende 1961 erfolgte, als auch beim Regierungswechsel Adenauer – Erhard und im Kontext der Verhandlungen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen immer wieder zahlreiche, z.T. kontroverse Diskussionen um die jeweiligen Zahlungsmodalitäten. Die erste Zahlung, die bereits im Frühjahr 1961 bereit gestellt werden sollte, wurde wegen des Eichmann-Prozesses nicht vorgenommen.¹⁸⁹² Erst infolge des deutsch-israelischen Wirtschaftshilfeabkommens vom 12. Mai 1966 wurde den Heimlichkeiten ein Ende bereitet und die Kapitalhilfe auf eine vertraglich geregelte Grundlage gestellt.

¹⁸⁸⁸ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.553-563; Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft statt diplomatische Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63, in: Ders.: Von Adenauer zu Erhard, S.154-210, insb. S.187f.; Jelinek, Y.A./ Blasius, R.A. (Hg.): Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria, S.311-314 und 317-329; Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.315f.

¹⁸⁸⁹ Wegen der Bereitschaftserklärung Adenauers und dem Vorschlag Ben Gurions betr. des Kredits siehe Jelinek, Y.A. / Blasius, R.A.: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom deutsch-israelischen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960, in: VfZ 45 (1997), insb. S.334-337. Bereits im Frühjahr 1959 hatte Ben Gurion, so Deutschkron, die Frage des Kredits bereits mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Abs, im Rahmen dessen Israelbesuchs erörtert. Vgl. Deutschkron, I.: Israel und die Deutschen, S.108. Zum Besuch von Abs im Frühjahr 1959 in Israel siehe auch Tagebucheintrag Ben Gurions vom 31.3.1959, in: BGA, TBG.

¹⁸⁹⁰ Jelinek, Y.A./ Blasius, R.A. (Hg.): Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria, S.337.

¹⁸⁹¹ Ebd.

¹⁸⁹² Vgl.: AAPD 1965, Dok.2, S.7f.

Im vorliegenden Kapitel sollen zunächst die Kontakte zwischen Ben Gurion und Adenauer sowie die auf der Arbeits- und Sachverständigenebene hinsichtlich der Aushandlung von Zahlungsmodalitäten, aber auch kontroverse Auffassungen zu diesen dargestellt werden, um im Anschluss daran die möglicherweise noch interessantere Frage des tatsächlichen Verwendungszweckes der deutschen Finanzierungshilfe zu erörtern.

3.8.1. Diskussion um Finanzierung und Zahlungsmodalitäten

Nur kurz nach Adenauers prinzipieller Bereitschaftserklärung in New York, befasste sich bereits die Arbeitsebene auf israelischer und deutscher Seite in zahlreichen Gesprächen mit der Realisierung der deutschen Finanzierungshilfe an Israel. Noch vor seinem Treffen mit Bundeskanzler Adenauer am 28. Juni 1960 traf sich der Leiter der Israel Mission, Shinnar, mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Abs. Dieser war durch Adenauer bereits im Vorfeld dieses Gespräches über dessen Zusage gegenüber Ben Gurion in New York grob informiert worden.¹⁸⁹³ Shinnar und Abs diskutierten mögliche Pläne zur Realisierung der Finanzierungshilfe. Abs empfahl, dass die Hilfe für Israel in den deutschen Fonds für Entwicklungsländer eingeschlossen sein sollte, da in diesem Fall die Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Abs vorstand, eine bedeutende Rolle bei der Auszahlung der Darlehen zufalle. In seinem Gespräch mit Adenauer unterbreitete Shinnar diesem dann auch den Vorschlag, einen ersten langfristigen Kredit in Höhe von 40-50 Millionen Dollar durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau zu vergeben. Adenauer versprach, im Anschluss an die Unterhaltung in dieser Angelegenheit Abs, Bundesbankpräsident Karl Blessing sowie den Finanz- und Wirtschaftsminister zu kontaktieren.¹⁸⁹⁴ Während der Kanzler seinerseits mit dem benannten Personenkreis sprach und Abs beauftragte, einen Brief auszuarbeiten, welcher die israelischen Vorschläge hinsichtlich des Kredits beschrieb, suchte auch Shinnar seinerseits die betreffenden Personen bzw. deren Vertreter auf. So befürwortete Erhard gegenüber dem Leiter der Israel Mission das Vorhaben einer Kapitalhilfe Deutschlands trotz der prinzipiellen Schwierigkeit, eine geeignete Quelle für Mittel zu finden, die der Unterstützung von Entwicklungsländern dienen sollten. Erhard hatte Adenauer eigens zu diesem Zweck die Erhebung einer Steuer empfohlen, die durch diesen aus wahltaktischen Überlegungen strikt abgelehnt worden war. Eine tatsächliche positive Entscheidung und Durchführung einer deutschen Finanzierungshilfe hing letzten En-

¹⁸⁹³ Vgl.: Abs an Adenauer am 29.7.1960, in: PA/AA, B 150, Bd.22, S.784; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 9.8.1960, in: BGA, TBG.

¹⁸⁹⁴ Vgl.: FPI 1960, Dok.218, S.192f. (hebr. S.346f.) und Dok.219, S.193 (hebr. S.347f.).

des von einer Weisung des Kanzlers ab, da für die Arbeitsebene kein rechtlich verbindliches Abkommen vorlag, welches es nur noch umzusetzen galt.¹⁸⁹⁵

Am 28. Juli 1960 diskutierten Shinnar und Abs schließlich dessen Briefentwurf für Bundeskanzler Adenauer und führten an diesem einige Änderungen durch. Im Anschluss teilte der Bankier dem Leiter der Israel-Mission vertraulich mit, dass in der folgenden Woche ein Treffen mit wichtigen Vertretern der deutschen Wirtschaft geplant war, bei dem die Beschaffung von Geld für die Hilfe von Entwicklungsländern erörtert werden sollte. Nach Adenauers abschließendem Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission am 3. August, bei der dieser den Brief von Abs vom 29. Juli 1960¹⁸⁹⁶ mit der Bitte um Weiterleitung an den israelischen Premier erhielt, wandte sich der Bundeskanzler zwei Tage später mittels eines persönlichen Briefes an Ben Gurion.¹⁸⁹⁷ Unter Bezug auf das New Yorker Treffen verwies der Kanzler auf die besprochene „Frage einer deutschen Wirtschaftshilfe an Israel nach dem Auslaufen“ des Luxemburger Abkommens. Allerdings blieb dieser Satz letzten Endes ohne Bedeutung, da die deutsche Finanzierungshilfe bereits 1961 einsetzte, so zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem das Gros der Leistungen entsprechend des Luxemburger Abkommens erfüllt war, die vertragliche Laufzeit desselben allerdings noch nicht beendet war. Weiterhin thematisierte Adenauer die aktuelle prinzipielle Diskussion in der Bundesrepublik über den Rahmen und die Form allgemeiner Entwicklungshilfe. Zudem versuchten, so der Kanzler, die USA die „Frage der Gesamthilfe an Entwicklungsländer“ unter deren Führung neu zu ordnen, was die Frage aufwerfe, ob Israel in amerikanischen Augen überhaupt als Entwicklungsland angesehen werde. Da dies angesichts des Zuflusses „erheblicher amerikanischer Unterstützungsbeiträge an Israel“ nach amerikanischer Aussage nicht der Fall war, behielt sich der Kanzler vor, Ben Gurion darauf hinzuweisen, dass dies auch die deutschen Entscheidungen beeinflussen könne. Allerdings versprach der Kanzler, sich für eine deutsche „Finanzierungshilfe im Rahmen der israelischen Entwicklungspläne“ einzusetzen. In diesem Brief vermied der Bundeskanzler jegliche dezidierte Aussage zu Gesamtumfang und Höhe der Raten der Wirtschaftshilfe.

Noch bevor Ben Gurion den Brief des Bundeskanzlers beantwortete, trafen sich Shinnar sowie der israelische Finanzminister Eshkol mit Bundeswirtschaftsminister Erhard Anfang September 1960 in Brüssel. Nachdem Eshkol Erhard die Entwicklungspläne Israels erörtert hatte, mussten die israelischen Gesprächspartner erstaunt feststellen, dass der Bundeswirt-

¹⁸⁹⁵ Vgl.: FPI 1960, Dok.220-223, S.194ff. (hebr. S.348-355).

¹⁸⁹⁶ Dieser Brief ist in seiner vollständigen Version in hebräischer Sprache in FPI 1960, Dok.237, S.374-377 abgedruckt. In deutscher Sprache allerdings nur in wenigen kurzen Auszügen, in: PA/AA, B150, Bd.22, S.784f. sowie B150, Bd.19, S.5941.

¹⁸⁹⁷ Vgl.: FPI 1960, Dok.225, S.356-357. Shinnar verweist in seinem Buch darauf, dass der Bundeskanzler bereits am 5. Mai 1960 einen Brief betr. die „Aktion Geschäftsfreund“ an Ben Gurion geschrieben habe. Ein Brief mit solcher Datierung konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Vgl.: Shinnar, F.E.: Bericht, S.99.

schaftsminister über die letzten Verhandlungen die deutsche Finanzierungshilfe betreffend, also insbesondere Adenauers Brief an Ben Gurion, nicht ins Bild gesetzt worden war. Erhard versuchte während des Gesprächs die Schwierigkeiten in Deutschland im Zusammenhang mit der Bereitstellung der gewünschten Gelder zu verdeutlichen und schlug deswegen vor, die Weltbank für dieses Vorhaben zu gewinnen. Diesen Vorschlag lehnte Eshkol als ungeeignet ab. Nachdem Erhard die Briefe von Abs und Adenauer durch seine israelischen Gesprächspartner zur Einsicht vorgelegt bekommen hatte, erklärte Erhard Adenauer und Abs kontaktieren zu wollen und empfahl, anstatt zunächst auf einem Abkommen über die „ganze versprochene Summe“ zu beharren, mit einem graduellen Weg zu beginnen, den er für realistischer hielt. Der israelische Finanzminister entgegnete, dass er mit der Umsetzung der Entwicklungsprojekte bereits im Haushaltsjahr 1961/62 beginnen wolle. Auf die Entwicklung des Negev zurückkommend, sprach Eshkol die Einbeziehung des Know hows der deutschen Industrie für den Bereich der Ausbildung an. Auf die dezente Rückfrage Erhards, ob die Zeit für eine Beteiligung der deutschen Industrie an israelischen Unternehmen schon reif sei, gab Eshkol der Hoffnung Ausdruck, diese Schwierigkeiten überwinden zu können.¹⁸⁹⁸

Am 27. September 1960 beantwortete der israelische Premierminister Adenauers Brief.¹⁸⁹⁹ Darin bekundete Ben Gurion seine Befriedigung darüber, dass der Bundeskanzler die langfristige Anleihe für Israel nicht im Rahmen der Entwicklungshilfe für unterentwickelte Länder zu behandeln gedenke. Weiterhin verwies der israelische Premier der Ordnung halber auf die Tatsache, dass Erhard zum Zeitpunkt seines Treffens am 8. September d.J. in Brüssel mit Shinnar und Eshkol nicht ausreichend über die laufenden Verhandlungen durch Adenauer unterrichtet worden war. Ben Gurion schloss seinen Brief mit der Bemerkung, dass er die „Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen“ für „eine der ermutigendsten Erscheinungen auf internationaler Ebene“ halte.

Shinnar erhielt im November 1960 die Zustimmung Adenauers, das Darlehen stufenweise zur Verfügung zu stellen. Allerdings wollte der Kanzler eine schriftliche Zusicherung erst nach einer erneuten Rücksprache mit Abs erteilen. Zudem verwies Adenauer darauf, dass er beabsichtige, die Frage einer amerikanischen Hilfe an Israel in dem bevorstehenden Treffen

¹⁸⁹⁸ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Zwischen Moral und Realpolitik, Dok.184, S.530ff. Die Bemerkung Hansens (Ders.: Schatten, S.559), wonach das Gespräch im übrigen dem „Verhältnis Israels zur EWG“ galt, ist an dieser Stelle etwas irreführend. Die die „Aktion Geschäftsfreund“ betreffenden Punkte tangierten die Frage des Verhältnisses Israels zur EWG in diesem Gespräch nicht.

¹⁸⁹⁹ Der Brief ist abgedruckt in: Jelinek, Y.A. (Hg.): Zwischen Moral und Realpolitik, Dok.186, S.535-538. Im Unterschied zu anderen überlieferten Ausfertigungen des Briefes, datiert Jelinek diesen auf den 2.10.1960. Die Anmerkungen Jelineks, wonach der Brief Adenauers vom 5. August sowie der Brief von Abs vom 29. Juli nicht auffindbar seien, erübrigt sich, da beide Schreiben (a.a.O. zitiert) in der israelischen Aktenedition FPI bereits veröffentlicht sind. Der Brief ist in englischer Sprache abgedruckt in FPI 1960, Dok.227, S.360-363. Auszugsweise ist der Brief auch zu finden in: PA/AA, B 150, Bd.22, S.785. Bei den hier verwendeten Zitaten wird die Fassung, welche bei Jelinek abgedruckt ist, zugrunde gelegt.

mit Dillon und Anderson zu thematisieren. Allerdings gestaltete sich letzteres hinsichtlich dieses Punktes ergebnislos.¹⁹⁰⁰

Noch im selben Monat traf sich Shinnar mit Goldmann,¹⁹⁰¹ der den Leiter der Israel-Mission über seine Besprechungen mit Adenauer und Erhard unterrichtete. Die Frage der deutschen Finanzierungshilfe hatte Goldmann nur andeutungsweise mit dem Bundeskanzler besprochen. Der Leiter der Israel-Mission teilte Goldmann jedoch keinerlei Details der Korrespondenz zwischen Adenauer und Ben Gurion mit. In dem Kontext des Gesprächs zwischen Shinnar und Goldmann muss allerdings die Frage offen bleiben, wieso die Thematik einer deutschen Entwicklungshilfe an Israel überhaupt mit Goldmann – obgleich sichtlich oberflächlich - erörtert wurde.

Wenige Tage später traf sich Shinnar mit dem Bundeswirtschaftsminister.¹⁹⁰² Hier lehnte Shinnar den Vorschlag, die deutschen Gelder über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu transferieren, ab, sicherte dem Minister aber zu, Israel werde die Transaktion geheim halten. Erhard hatte seinen Vorschlag mit dem Wunsch, keine unnötige außenpolitische Aufmerksamkeit erwecken und die arabischen Staaten nicht irritieren zu wollen, begründet.

In seinem nächsten Brief an den Bundeskanzler vom 27. November 1960¹⁹⁰³ vertrat der israelische Missionschef dann zusammenfassend die Auffassung, dass mit dem Brief Adenauers vom 5. August und dem Antwortschreiben Ben Gurions vom 27. September 1960 die grundsätzlichen Einzelheiten für „das beabsichtigte Vorhaben“ geklärt seien. Im Hinblick auf Rahmen, Gesamtumfang, Laufdauer und Verzinsung der Darlehen bezog sich Shinnar ebenfalls auf den erwähnten Briefwechsel. Mit einem weiteren Schreiben vom 10. Dezember übermittelte Shinnar dem Bundeskanzler die Zustimmung Ben Gurions zu der durch Adenauer vorgeschlagenen Bundesgarantie.¹⁹⁰⁴ Zuvor hatte auch Ben Gurion wohl nicht zu Unrecht etwas verzweifelt feststellen müssen, dass hinsichtlich der deutschen Finanzierungshilfe alles von Adenauer abhinge.¹⁹⁰⁵ Mit seinem Brief an Shinnar vom 15. Dezember 1960 stellte der Bundeskanzler demonstrativ klar, dass seine „Zusage“ gegenüber Ben Gurion so zu verstehen sei, dass damit „die Gewährung von Krediten auf kommerzieller Basis für konkrete Vorhaben“ in Israel im Rahmen der israelischen Entwicklungspläne „in Gang“ bringen würde. Auf das Wort „Zusage“ berief sich Ben Gurion mit seinem Schreiben vom 1. Januar 1961 denn auch

¹⁹⁰⁰ Vgl.: FPI 1960, Dok.228, S.199 (hebr. 363f.) sowie Dok.232, S.202 (hebr. S.368f.).

¹⁹⁰¹ Vgl.: FPI 1960, Dok.234, S.203 (hebr. S.370f.).

¹⁹⁰² Vgl.: FPI 1960, Dok.233, S.203 (hebr. S.370).

¹⁹⁰³ Als Auszug in: PA/AA, B 150, Bd.22, S.785.

¹⁹⁰⁴ Ebd.

¹⁹⁰⁵ Vgl.: FPI 1960, Dok.234, S.203 (hebr. S.370f.).

postwendend.¹⁹⁰⁶ Kompliziert wurde das Anlaufen der „Aktion Geschäftsfreundschaft“ durch doppeldeutige Äußerungen v.a. des Bundeskanzlers selbst. Während er sich einerseits auf eine prinzipielle Frage Ben Gurions hinsichtlich eines längerfristigen Kredits an Israel mit Annuitäten zwischen 40 und 50 Millionen Dollar in New York aus „innerer Verpflichtung“¹⁹⁰⁷ und „politischer Klugheit“¹⁹⁰⁸ zu einer Hilfeleistung äußerst großzügig und prinzipiell bereit erklärte, zeugte der Brief Adenauers vom 5. August andererseits von einer gewissen Zurückhaltung, obgleich das Schreiben vom 15. Dezember wiederum des Kanzlers Zusage bestätigte. Zudem wirkte der unterschiedliche Kenntnisstand bei den Entscheidungsträgern der in die Umsetzung der „Aktion Geschäftsfreund“ involvierten Ministerien auf die israelischen Partner sicherlich irritierend.

Ein zusammenfassender Vermerk des Leiters der Israel-Mission vom 12. April 1961, der nach späterer Ansicht des Auswärtigen Amts auch dem Bundeskanzler übergeben worden war, beinhaltete einen 10-Jahres-Entwicklungsplan des Negev. Dieser sollte einerseits teilweise durch Israel selbst, andererseits mittels der deutschen Entwicklungsanleihe in Höhe von 50 Millionen Dollar bzw. 200 Millionen DM jährlich finanziert werden.¹⁹⁰⁹ Als Ben Gurion im Juni 1961 mit dem Bundesverteidigungsminister in Paris zusammentraf, erklärte er Strauß gegenüber, dass der Bundeskanzler ihm versprochen habe, „dass sich die Bundesrepublik an der Erschließung der Negev-Wüste beteiligen“¹⁹¹⁰ und einen entsprechenden Kredit in Höhe von 500 Mio. Dollar¹⁹¹¹ zur Verfügung stellen würde. Der israelische Premier bat den Bundesverteidigungsminister, den Bundeskanzler an dieses Versprechen zu erinnern. Die erste Rate, so Ben Gurion, sei bereits im März 1961 fällig gewesen, wurde jedoch durch die israelische Regierung anderweitig beschafft, da die Zahlung bisher nicht eingetroffen war. Adenauer, auf dieses Versprechen angesprochen, negierte ein solches. Auch in die zwischen dem Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Vialon, und Shinnar geführten Gespräche im Dezember 1960 und Januar 1961 mit dem Resultat einer Vereinbarung vom 18./19. Januar, wonach eine erste Tranche des Kredits in Höhe von 85 Millionen DM Mitte des Jahres 1961 ausbezahlt werden sollte, hatte sich der Bundeskanzler persönlich eingeschaltet. Seiner Ansicht

¹⁹⁰⁶ Beide Schreiben als Auszug in: PA/AA, B 150, Bd.22, S.786.

¹⁹⁰⁷ Adenauer laut deutschem Gesprächsprotokoll, in: Jelinek, Y.A./ Blasius, R.A.: Ben Gurion und Adenauer, in: VfZ 45 (1997), S.337.

¹⁹⁰⁸ Ebd.

¹⁹⁰⁹ Vgl.: Sammlung von Auszügen aus dem deutsch-israelischen Briefwechsel vom 8.2.1964 (St.S.-0327/64) in: PA/AA, B 150, Bd.22, S.786.

¹⁹¹⁰ AAPD 1965, Dok.2, S.7.

¹⁹¹¹ Gemeint sind hier anstatt der fälschlicherweise angegebenen 500 Millionen DM, 500 Millionen Dollar über einen Zeitraum von 10 Jahren, also eine Gesamtsumme von 2 Milliarden DM.

nach konnte vor Abschluss des Eichmann-Prozesses eine solche finanzielle Zuwendung nicht erfolgen.¹⁹¹²

Als dann nach Abschluss des Prozesses schließlich die erste Tranche der Anleihe Ende 1961 freigegeben wurde, war die Freude in Israel groß. So bedankte sich Ben Gurion mittels eines Briefes am 29. Dezember 1961 bei Adenauer. Auch in diesem Schreiben verwies der israelische Premier erneut auf das Treffen der beiden Staatsmänner im Frühjahr 1960 und eine Regelung, die ein Darlehen seitens der Bundesrepublik für die Entwicklung des Negev in Höhe von 500 Millionen Dollar beinhaltete. Auch der deutsche „Alte“ teilte die Freude Ben Gurions in seinem Brief an diesen vom 22. Januar 1962, insbesondere, dass es gelungen war „die Gewährung von Krediten auf kommerzieller Basis für konkrete Vorhaben“ in Israel „in Gang zu bringen“. Adenauer betonte, dass der „Weg pragmatischer Lösungen“ „am besten geeignet“ sei, das israelische Entwicklungsvorhaben zu fördern.¹⁹¹³

Die Abwicklung der deutschen Finanzierungshilfe erfolgte über die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Ab Dezember 1961 erfolgten zinsgünstige Darlehen an Israel, die unter der Beteiligung des Bundeskanzleramts, des Staatssekretär II des Auswärtigen Amts, Lahr, der Bundesministerien für Finanzen und Wirtschaft, dem 1961 gegründeten Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, bis 1966 unter Leitung von Walter Scheel, mit dem Leiter der Israel-Mission ausgehandelt und unter dem Haushaltstitel „Förderung von Entwicklungsländern durch Gewährung bilateraler Kapitalhilfe“ geführt wurden. Die Konditionen der Kreditvergabe richteten sich nach dem jeweiligen Verwendungszweck für entweder Infrastrukturvorhaben (70%) oder Industrieentwicklung (30%). Die Infrastrukturkredite wurden zunächst bei vier Freijahren mit bis zu 4% über 16 Jahre Laufzeit, ab 1964 über 20 Jahre Laufzeit zu 3% bei vier Freijahren, die Industriekredite bei ebenfalls je vier Freijahren über 12 Jahre zunächst für 5,5%, ab 1964 5% Zinsen vergeben.¹⁹¹⁴

Aus Anlass des angekündigten Rücktrittes Adenauers vom Amt des Bundeskanzlers bedankte sich Ben Gurion nochmals in einem Brief vom 15. Mai 1963 bei diesem für dessen „Versprechen“ einer Anleihe von 500 Millionen Dollar für eine Periode von 10 Jahren zur Entwicklung des Negev und die Hilfe der Bundesrepublik für Israel im sicherheitspolitischen Bereich. Weiterhin verlieh er seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Bundeskanzler für eine

¹⁹¹² Vgl.: AAPD 1965, Dok.2, S.7f.

¹⁹¹³ Vgl.: Sammlung von Auszügen aus dem deutsch-israelischen Briefwechsel vom 8.2.1964 (St.S.-0327/64), in: PA/AA, B 150, Bd.22, S.786f.

¹⁹¹⁴ Vgl.: AAPD 1965, Dok.200, S.803.

reibungslose Fortführung der Zusammenarbeit in diesen beiden Bereichen auch nach Beendigung seiner Amtszeit Sorge tragen werde.¹⁹¹⁵

Ende 1963 kam es allerdings wegen der Zahlungsmodalitäten zu Meinungsverschiedenheiten. Während die deutsche Seite Israel das Angebot unterbreitete, infolge der ersten Teilzahlung für 1963 in Höhe von 100 Millionen DM, bis Ende des Jahres weitere 50 Millionen DM zu zahlen, wurde dieses durch Israel als ungenügend abgelehnt. Shinnar machte in einem Gespräch mit Staatssekretär Lahr klar, ein Kompromiss könne – vorbehaltlich der Zustimmung seiner Regierung – dahingehend erreicht werden, als dass man sich auf einen zweiten Teilbetrag in Höhe von 85 Millionen DM einige. Grundsätzlich strebte man von deutscher Seite eine Veränderung des Rhythmus der Zahlungen dahingehend an, als dass ab 1963 jährlich anstatt 200 Millionen DM, 150 Millionen DM an Israel gezahlt werden sollten. Damit hätte die Gesamtabwicklung der „Aktion Geschäftsfreund“ anstatt 10 Jahre, 13 Jahre betragen. Der Bundeskanzler entschied schließlich, mit der Streckung der Leistungen erst nach seiner Amtszeit, im Jahre 1964 und nicht schon 1963 zu beginnen.¹⁹¹⁶ Allerdings ergeben sich aus der Anweisung Adenauers und aus den einzelnen Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts zahlreiche Widersprüche hinsichtlich des Umfanges der tatsächlich überwiesenen Tranchen. So zahlte die Bundesrepublik an Israel während der Jahre 1961 bis 1965 laut einer Aufzeichnung Lahrs aus dem Jahr 1966 insgesamt 629,4 Mio. DM.¹⁹¹⁷ Dass die einzelnen Beträge zumindest formal jährlich neu zwischen beiden Staaten ausgehandelt werden mussten, da kein verbindliches Abkommen über einen konkreten Zeitraum mit festen Annuitäten existierte, erscheint nachvollziehbar. Hingegen sprechen die zum Teil stark schwankenden Angaben über erfolgte Leistungen an Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund“ in den Akten hochrangiger Bundesbeamter und Entscheidungsträger für sich selbst.

Im Gesamtzusammenhang der Diskussionen in Bezug auf die „Aktion Geschäftsfreundschaft“ traten grundsätzliche Fragen und Probleme zutage, deren Ursachen sowohl in der beabsichtigten streng geheimen Durchführung der deutschen Finanzierungshilfe, als auch im unorthodoxen Verhalten des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramts zu suchen sind. So lag dem Auswärtigen Amt nicht das der Finanzierungshilfe und dem Briefwechsel zwischen Adenauer und Ben Gurion vorausgegangene Dolmetscherprotokoll über das Treffen beider

¹⁹¹⁵ Vgl.: Sammlung von Auszügen aus dem deutsch-israelischen Briefwechsel vom 8.2.1964 (St.S.-0327/64), in: PA/AA, B 150, Bd.22, S.787.

¹⁹¹⁶ Vgl.: AAPD 1963, Dok.382, S.1302. Aufzeichnung Staatssekretär II (St.S. 1791/63 geh.) vom 2.10.1963 betr. Geschäftsfreund, in: PA/AA, B 150, Bd.14, S.4413. Zum Entscheid Adenauers siehe AAPD 1963, Dok.387, S.1315.

¹⁹¹⁷ Vgl.: AAPD 1966, Dok.55, Anm.4. Hansen benennt in seinem Buch die Höhe der einzelnen Tranchen mit 82; 97,6; 150; 149,8; 150 Mio. DM. Siehe: Hansen, N.: Schatten, S.561.

Staatsmänner in New York vor.¹⁹¹⁸ Selbst von dem anschließenden Briefwechsel besaß dieses keine vollständigen Abschriften.¹⁹¹⁹ Zudem zweifelte Lahr nicht zuletzt an der Rechtslage. So verwies dieser auf den Tatbestand, dass der Bundeskanzler staatsrechtlich nicht in der Lage war, „ohne Bundeskabinett, insbesondere ohne Finanzminister und ohne Parlament finanzielle Verpflichtungen auf 10 Jahre einzugehen.“¹⁹²⁰ Einzelne parlamentarische Gremien, wie der Bundestag oder etwa der CDU/CSU/FDP-Arbeitskreis „Haushalt“ wurden erst 1964 über die deutsche Finanzierungshilfe an Israel informiert.¹⁹²¹ Offensichtlich rechtfertigten jedoch in Adenauers Augen gewichtige politische Gründe ein diesen staatsrechtlichen Überlegungen entgegengesetztes Vorgehen.

Aus Anlass der Verhandlungen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der ersten Reise des Bundestagsabgeordneten Birrenbach vom 7.-10. März 1965 nach Israel wurde dieser durch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Carstens, über die „Aktion Geschäftsfreund“ in „resümierter Form“ unterrichtet. Birrenbach erhielt Weisung, falls er auf diese Frage angesprochen würde, diese zum Gegenstand von Verhandlungen in Bonn im April oder Mai d.J. zu erklären.¹⁹²² Problematisch erwies sich aus Sicht des Auswärtigen Amts, dass man in Israel die Frage der Geschäftsfreundschaft völlig getrennt von einer künftigen Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an Israel betrachtete.¹⁹²³ Im Sommer 1965 stimmte der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen einer weiteren Überweisung eines Betrages von 75 Millionen DM an Israel nur unter der Bedingung zu, dass dieser Betrag „im Vorgriff und in Anrechnung auf die künftige Wirtschaftshilfe“ zu verstehen sei.¹⁹²⁴ Im Vorfeld der deutsch-israelischen Wirtschaftsverhandlungen waren sich die betreffenden Ressorts (BKA, AA, BWM, BMF, BMZ) einig, die Frage „Geschäftsfreundschaft“ auslaufen zulassen. Eine künftige Hilfe an Israel¹⁹²⁵ sollte sich hinsichtlich ihrer jährlichen Gesamtsumme aus der bisherigen finanziellen Leistung in Höhe von 150 Millionen DM p.a. und weiterer 50 Millionen DM als „Entgelt“ für die gestoppten Waffenlieferungen zusammensetzen. Nach Ansicht des Auswärtigen Amts sollte dabei die an Israel gewährte Kapitalhilfe zu der den arabischen

¹⁹¹⁸ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.554.

¹⁹¹⁹ Lahr vermerkte hier, dass sich der „Brief der Gegenseite“ – gemeint ist hier höchstwahrscheinlich der erste Brief Ben Gurions an Adenauer – „bei Herrn Abs befindet“. Vgl.: AAPD 1963, Dok.382, S.1302f.

¹⁹²⁰ AAPD 1963, Dok.382, S.1304.

¹⁹²¹ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.561f. sowie Scheel an Erhard am 19.3.1964, in: PA/AA, B 150, Bd.25, S.1499.

¹⁹²² Vgl.: Aufzeichnungen Birrenbachs zur Israelreise vom 7.-10.3.1965, in: ACDP, I-433-162/2.

¹⁹²³ Vgl.: Aufzeichnung Carstens (St.S.-1337/65 geh.) betr. Israel vom 4.5.1965, in: PA/AA, B 150, Bd.52, S.3364f.; Aufzeichnung Lahr (St.S. 1320/65 geh.) vom 30.4.1965 betr. Geschäftsfreund, in: PA/AA, B 150, Bd.51, S.3286f.

¹⁹²⁴ Vgl.: StS des BFM (Geh. II C/6-6/65), Grund, an Lahr am 9.6.1965, in: PA/AA, B 150, Bd.54, S.4303f.

¹⁹²⁵ Aus Anlass der Wirtschaftshilfeverhandlungen wehrte sich die eine oder andere jüdische Organisation in den USA, Israel künftig als Entwicklungsland zu betrachten, da eine entsprechende Behandlung als beleidigend empfunden wurde. Vgl.: Birrenbach an Erhard am 29.11.1965, in: ACDP, I-433-088/1.

Ländern eingeräumten Hilfe im Verhältnis von 1:3 (200 Mio. DM : 600 Mio. DM) stehen.¹⁹²⁶ Noch im Frühjahr 1964 hatte Staatssekretär Lahr den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Scheel v.a. aus politischen Gründen davor gewarnt, die „Aktion Geschäftsfreund“ als einen normalen Akt der Entwicklungshilfe¹⁹²⁷ darzustellen. Bisher waren gegenüber den arabischen Staaten Gerüchte über das Bestehen dieser immer dementiert worden. Eine nachträgliche Richtigstellung hätte nach Ansicht Lahrs „einen Sturm der Entrüstung“¹⁹²⁸ in diesen Ländern provoziert. Als einzige Alternative betrachtete der Staatssekretär, den arabischen Staaten Kredite bereitzustellen, die das Mehrfache der Israel gewährten Finanzierungshilfe betrage, wobei er dies praktisch aber für ebenso unmöglich hielt.

Infolge der Verhandlungen um die deutsche Wirtschaftshilfe¹⁹²⁹ an Israel, erklärte sich das Bundeskabinett auf Vorschlag des Auswärtigen Amts bereit, den letzten israelischen Vorschlag zu akzeptieren. Dieser beinhaltete jährliche Kredite an Israel in Höhe von 160 Millionen DM, welche als unverzinsliches Darlehen vergeben wurden.

3.8.2. Verwendung der im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund“ bereitgestellten finanziellen Mittel

Gegenüber anderweitigen Entwicklungshilfedarlehen war Israel sicherlich privilegiert. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau prüfte niemals die Verwendung der Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund“ (zunächst galt dies auch für die spätere deutsche Wirtschaftshilfe) zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. Treffen mit der israelischen Partnerinstitution namens „Industrial Development Bank of Israel“ fanden ebenfalls nicht statt.¹⁹³⁰ Selbst der Bundeskanzler äußerte sich hinsichtlich der konkreten Vorhaben, die mittels der deutschen Finanzierungshilfe unterstützt wurden, betont politisch. Vialon erinnerte sich so z.B. an ein Gespräch mit Adenauer Ende Oktober 1962, in dem Adenauer in Anlehnung eines Briefes

¹⁹²⁶ Vgl.: Aufzeichnung Leiter der Abt. III i.V., Ref. III B 6, vom 1.10.1965, in: PA/AA, B 150, Bd.61, S.7779f. Bereits am 3.4.1963 unterzeichneten Außenminister Schröder und für die VAR Botschafter Sabri ein gemeinsames Protokoll, welches seinem Land 600 Mio. DM an Darlehen und Krediten zusicherte. Damit fanden die seit Anfang August 1962 laufenden Wirtschaftsverhandlungen ihren Abschluss. Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.170.

¹⁹²⁷ Vgl.: Niederschrift über das Ergebnis der am 18.6.1965 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit abgehaltenen Ressortbesprechung über die Fortsetzung der Entwicklungshilfe gegenüber den arabischen Ländern, welche die diplomatischen Beziehungen zur BRD abgebrochen haben. (I A/5 – T 2032 – 10/65), in: ACDP, I- 475-025/1. Grundsätzlich zur deutschen Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik während der Ära Adenauer siehe: Damm, U.: Die Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklungsländer. Versuch einer Darstellung der politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Entwicklungsländern unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungshilfe, Coburg 1965.

¹⁹²⁸ AAPD 1964, Dok.76, S.366.

¹⁹²⁹ Vgl.: AAPD 1966, Dok.55, S.246-250, Dok.119, S.524-527, Dok.135, S.587-590, Dok.146, S.625f. Zum Adenauer-Besuch in Israel vom 2.-9.5.1966 siehe Dok.148, S.632f.

¹⁹³⁰ Vgl.: AAPD 1966, Dok.55, S.248, Anm.16.

von Ben Gurion¹⁹³¹ erklärt hatte, „es handle sich doch um Kosten für die Fruchtbarmachung unfruchtbarer Landstriche.“¹⁹³² Vialon sah sich dennoch veranlasst Adenauer darauf hinzuweisen, dass der Bundesrepublik „aus vielerlei Gründen eine Projektprüfung nicht möglich sei“.¹⁹³³ Außer den allgemeinen Ausführungen, es handele sich bei den mit deutschen Krediten finanzierten Investitionen um Projekte zur Erschließung des Negev, ist bis zum heutigen Tage über einzelne konkrete Projekte in der Tat fast nichts mit letzter Sicherheit bekannt.

Laut Ben Gurion sollten mittels der deutschen Anleihen z.B. drei große Projekte im Negev – unweit Arad, zwischen Dimona und Totem Meer sowie in Mitzpe Ramon realisiert werden.¹⁹³⁴ Eine deutsche Projektprüfung blieb aus. Das große Investitionsvorhaben in Israel während der sechziger Jahre – also zeitlich parallel zur „Aktion Geschäftsfreund“ bzw. der späteren Wirtschaftshilfe, welches heute bekannt ist und auch realisiert wurde, ist der Bau eines zweiten israelischen Atomreaktors in der Nähe Dimonas. Dass der Bau und die Betreibung einer solchen Anlage die entsprechende Infrastruktur und Finanzierung benötigte, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Weiterhin grenzte Peres im Rahmen der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel hinsichtlich der Frage deutscher Wirtschaftshilfe gegenüber Birrenbach deren Verwendungszweck in Israel etwas genauer ein. So sollte diese deutsche Wirtschaftshilfe nicht zur zivilen Verbesserung der Infrastruktur in Israel genutzt werden, sondern sollte der Erhöhung der israelischen Sicherheit bei gleichzeitigem Ausschluss von Waffenlieferungen dienen.¹⁹³⁵

Weiterhin bot Birrenbach aus Anlass der Verhandlungen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Unterstützung bei der Meerwasserentsalzung in Israel an,¹⁹³⁶ die, so Hinrich-

¹⁹³¹ „Ohne eine ökonomische Bildung zu haben, wusste ich all die Jahre um den besonderen Wert der Negev-Wüste, trotz ihrer Einöde seit der Schöpfung, und ich glaube an unsere Fähigkeit, die Einöde in ein blühendes Land zu verwandeln, wie uns dies unsere Propheten versprochen haben (vgl. Jesaja Kap.35)“. Jelinek, Y.A. (Hg.): Zwischen Moral und Realpolitik, Dok.186, S.537.

¹⁹³² Aufzeichnung Vialon vom 19.10.1962 über eine Besprechung mit Bundeskanzler Adenauer am 18.10.1962, in: ACDP, I-475-015/1.

¹⁹³³ Ebd.

¹⁹³⁴ Vgl.: Ben Gurion, D.: Israel. Die Geschichte eines Staates, Frankfurt 1973, S.507f. In einem Brief an Adenauer hatte Ben Gurion im Herbst 1960 von der Errichtung von 4-5 großen Industriezentren gesprochen. Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Zwischen Moral und Realpolitik, Dok.186, S.536.

¹⁹³⁵ Vgl.: AAPD 1965, Dok.172, S.681.

¹⁹³⁶ Vgl.: Aufzeichnungen Birrenbachs zur Israelreise vom 7.-10.3.1965, in: ACDP, I-433-162/2. Im Frühjahr 1966 bezog das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung massiv gegenüber einer eventuellen Zusammenarbeit zwischen EURATOM und Israel zur Errichtung einer Meerwasserentsalzungsanlage Stellung. Das israelische Interesse galt dem EURATOM-Reaktor-Projekt ORGEL, welches im Zentrum der Tätigkeit von Ispra stand. Das Bundesministerium lehnte diese Möglichkeit der Zusammenarbeit allein deswegen ab, da Siemens vehement versuchte, sich mit seinem eigenen schwerwassermoderierten Reaktortyp auf den Weltmarkt zu platzieren. Das Auswärtige Amt verwies im Zusammenhang dieser Diskussion auf den sicherheitspolitischen Aspekt einer eventuellen Lieferung von Kernreaktoren an Israel. So sollte im Kontext einer eventuellen Zusammenarbeit zwischen EURATOM und Israel geprüft werden, inwieweit sämtliche israelische Kernanlagen internationalen Sicherheitskontrollen unterstellt werden konnten. Vgl.: AAPD 1966, Dok.79, S.345-349.

sen,¹⁹³⁷ zur Tarnung des israelischen Nuklearprogramms gedient habe. Ob dies korrekt ist, kann bislang anhand von Akten nicht verifiziert werden. Weiterhin verweist z.B. Jelinek¹⁹³⁸ auf die Möglichkeit einer deutschen Unterstützung der israelischen Nuklearforschung. Einerseits verweist er trotz Zensur auf entsprechende Passagen im Tagebuch Ben Gurions, andererseits auf die Tatsache, dass bereits 1955 Israelis in der Bundesrepublik Apparaturen kauften, die in der Nuklearforschung eingesetzt werden konnten. Darüber hinaus sei man israelischerseits besonders bei Siemens,¹⁹³⁹ aber auch bei anderen deutschen Unternehmen bemüht gewesen, Geräte zu erhalten, die sich zur Gewinnung von Uran aus Phosphatvorkommen eigneten.

Der ehemalige Bundesverteidigungsminister Strauß äußerte sich in der Folge seines Israelbesuchs im Sommer 1963 sogar dergestalt, als dass er behauptete, Techniker, die im Reaktor in Nahal Soreq tätig waren, hätten zu ihrer Einarbeitung den Reaktor in Garching studiert.¹⁹⁴⁰

Prinzipiell kann es aus heutiger Sicht keine Zweifel geben, dass sich die Bundesrepublik Deutschland während der Amtszeit von Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß durchaus an einem Ausbau ihres nuklearen Know-hows interessiert zeigte. Lappenküper verweist zurecht darauf, dass vor dem Hintergrund des erfolgreichen Tests sowjetischer Interkontinentalraketen und wegen der Furcht vor einem amerikanischen Rückzug aus Europa, sich Deutsche und Franzosen im Herbst 1957 veranlasst sahen, „ihre Sicherheit im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft gemeinsam in die Hände zu nehmen“.¹⁹⁴¹ So erklärte z.B. der damalige französische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Couve de Murville, gegenüber Staatssekretär Hallstein am 25. November 1957,¹⁹⁴² dass er im Besitz einer Nachschrift über eine Besprechung zwischen Strauß und Chaban-Delmas über deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung gewesen sei. Das Bundesverteidigungsministerium teilte dem Auswärtigen Amt infolge einer Nachfrage allerdings mit, dass ein Protokoll der Aufzeichnung nicht existiere. Zudem habe auch Botschafter Blankenhorn an

¹⁹³⁷ Hinrichsen, H.-P. E.: Kurt Birrenbach und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2002, S.257. Auf welche Quelle/n sich der Autor für diese Aussage bezieht, bleibt an dieser Stelle allerdings offen.

¹⁹³⁸ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, S.79.

¹⁹³⁹ Eine Nachfrage der Autorin bei Siemens ergab, dass im Archiv des Unternehmens lediglich eine Israel betreffende, wenig umfangreiche Akte vorhanden ist, die Informationen über die Siemens Vertretung in Israel ab 1965 enthält. Brief des Siemens-Archivs an die Autorin vom 5.8.2003.

¹⁹⁴⁰ Vgl.: Strauß, F.J.: Meine Reise nach Israel. Wir Deutschen und die Israelis – Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist notwendig, in: Die Allgemeine Sonntagszeitung, Sonderdruck Juni 1963 (ACSP, NL Strauß, Fam 696).

¹⁹⁴¹ Lappenküper, U.: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, München 2001 (=Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd.49), S.1180.

¹⁹⁴² Am selben Tag unterzeichneten der französische, italienische und deutsche Verteidigungsminister ein Protokoll, in dem sich die drei Seiten einverstanden erklärten, im Bereich der Ausarbeitung einer Militärkonzeption zusammenzuarbeiten sowie ihre Rüstung auf unmittelbare und zukünftige Notwendigkeiten der Entwicklung von Flugzeugen sowie Raketen- und Nuklearwaffen abzustimmen. Zwei Tage später erklärte sich Adenauer mit diesem Protokoll schriftlich einverstanden. Siehe Lappenküper, U.: Deutsch-französische Beziehungen, S.1184f.

der Besprechung zwischen den beiden Ministern teilgenommen.¹⁹⁴³ Bei diesem erkundigte sich 1964 der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Carstens persönlich, mit der Bitte um Aufklärung. Blankenhorn postulierte, dass er soviel wisse, als dass Frankreich eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf atomaren Gebiet für verfrüht hielt.¹⁹⁴⁴ Nach weiteren Hinweisen, die dem Auswärtigen Amt vorlagen, hatten Strauß und Chaban-Delmas Anfang 1958 eine geheime Absprache über deutsch-französische nukleare Zusammenarbeit getroffen, wonach die Bundesregierung der französischen Regierung Geld und Techniker für die Herstellung nuklearer Waffen zusicherte. Im Gegenzug hierzu sollte Frankreich der Bundesrepublik einige nukleare Waffen überlassen. Doch wurde die Umsetzung der Vereinbarung unter dem neuen französischen Verteidigungsminister Messmer verweigert. Auf Drängen Strauß' sei die Frage dann de Gaulle persönlich vorgelegt worden, der ein solches Abkommen rundweg abgelehnt hatte.¹⁹⁴⁵ Darüber hinaus hatte Messmer dem ehemaligen Generalsekretär der NATO, Stikker, nach dessen Rücktritt mitgeteilt, dass tatsächlich ein geheimes Abkommen zwischen den Verteidigungsministern Strauß und Chaban-Delmas geschlossen worden sei.¹⁹⁴⁶

Zeitlich etwa parallel zu diesen deutsch-französischen Gesprächen, lassen sich für das Jahr 1957 mehrer Kontakte zwischen Beamten des deutschen und israelischen Verteidigungsministeriums nachweisen, inklusive Treffen zwischen Strauß und Peres. Ob die Gespräche auch der Thematik der israelischen Nuklearentwicklung gewidmet gewesen sind, ist bisher nicht bekannt. Die Aktion „Frank/Kol“ jedenfalls lief erst einige Jahre später an.

In einem Brief an die israelische Außenministerin Golda Meir vom 1. Mai 1957¹⁹⁴⁷ teilte Nahum Goldmann dieser infolge eines Deutschlandaufenthaltes mit, dass er von von Brentano

¹⁹⁴³ Vgl.: Vermerk Ministerbüro vom 2.10.1965 für den Minister betr. deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung, in: PA/AA, B 150, Bd.61, S.7811f.

¹⁹⁴⁴ Vgl.: AAPD 1964, Dok.139, S.575.

¹⁹⁴⁵ Vgl.: Vermerk Ministerbüro (MB 17/63 str. geh.) vom 17.2.1965 betr. deutsch-französische nukleare Zusammenarbeit, in: PA/AA, B 150, Bd.47, S.1313f. Zu einem solchen Abkommen zu Beginn des Jahres 1958 siehe auch AAPD 1964, Dok.139, S.575. Es kann anhand der bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorliegenden Akten nicht ausgeschlossen werden, dass ein solches Abkommen in der Tat existierte, auch wenn es letztlich nie realisiert wurde. Obwohl Lappenküper die These vertritt, dass Strauß, der ein solches Abkommen in seinen Erinnerungen erwähnt, mit dem zwischen Frankreich, Italien und der Bundesrepublik am 25.11.1957 abgeschlossenen verwechselt, kann eine tatsächliche Absprache nicht ausgeschlossen werden. Für zwei separate Abkommen spricht z.B. die Tatsache, dass das Abkommen vom 25.11.1957 auch Dritten offen stand und NATO sowie WEU auch über die Spezialabkommen unterrichtet werden sollten. Vgl.: Lappenküper, U.: Deutsch-französische Beziehungen, S.1184 u. 1195. Ob Frankreich, insbesondere das französische Verteidigungsministerium, seine eigenen nukleare Ambitionen, die Entwicklung und Herstellung nuklearer Waffen gegenüber den USA und Großbritannien wirklich so offen zur Sprache bringen und realisieren wollte, darf bezweifelt werden. Einerseits besaßen die USA kein Interesse an weiteren Atommächten und Frankreich nicht die Absicht, sich den amerikanischen Wünschen unterzuordnen. Frankreich stand allein späteren EURATOM – Kontrollen seiner Anlagen (Marcoule und Pierrelatte) ablehnend gegenüber. Vgl.: Bericht der Vertretung der BRD bei der EWG am 26.11.1964 betr. Euratom-Kontrolle über die militärische Verwendung der Kernenergie, in: PA/AA, B 150, Bd.41, S.6355-6365.

¹⁹⁴⁶ Vgl.: Vermerk Ministerbüro vom 2.10.1965 für den Minister betr. deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung, in: PA/AA, B 150, Bd.61, S.7812f.

¹⁹⁴⁷ Vgl.: Goldmann an Meir am 1.15.1957, in: ISA/3099/25-зп.

das Versprechen erhalten habe, dass, sobald der Vertrag über Euratom durch die einzelnen Länder ratifiziert sei, Deutschland sehr daran gelegen wäre, Israel Möglichkeiten der Kooperation einzuräumen. Goldmann sicherte zu, Peres, darüber zu informieren. Im Februar 1959 berichtete der deutsch-israelische Staatsbürger Scheftelowitz, der bereits 1957 im Auswärtigen Amt vorgeschrieben hatte, in einem Gespräch mit Generalkonsul Voigt,¹⁹⁴⁸ dass man in Israel im Zusammenhang mit angeblichen Besuchen von Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums über Pläne einer deutsch-israelischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie spreche. Diese Kooperation sollte angeblich auch die Herstellung von Atomwaffen beinhalten. Scheftelowitz gab an, aber bestimmt zu wissen, dass eine Zusammenarbeit „auf dem Gebiet der Atomforschung und des Austausches von Informationen geplant und eine Abmachung darüber wohl bereits abschlussreif“ sei. Der sonst eher kritische Voigt vermerkte, dass Scheftelowitz „keinen ungünstigen Eindruck“ gemacht hatte. Dennoch wurde der Bundesnachrichtendienst gebeten, nähere Auskünfte über diese Person einzuholen.

Während des Treffens im Sommer 1961 in Paris zwischen Ben Gurion, Strauß und Peres, lenkte der israelische Premier- und Verteidigungsminister allerdings das Gespräch auf die Produktion nuklearer Waffen.¹⁹⁴⁹ Der Bundeskanzler selbst hatte diesen Punkt bereits 1958 in einem Gespräch mit Maurice Fischer in Anwesenheit Shinnars und Globkes berührt. Auf die Frage Adenauers hin, ob Israel nukleare Waffen entwickle, antwortete ihm Fischer, dass die Nuklearforschung in Israel mit dem Ziel der Entwicklung von Energieressourcen zu friedlicher Nutzung und teilweise zum Zwecke der Entsalzung von Meereswasser betrieben werde. Adenauer kommentierte die Ausführungen seines israelischen Gesprächspartners mit den Worten „But it would be good for your security if you did have an atomic bomb.“¹⁹⁵⁰

Doch auch jenseits des Bereiches nuklearer Entwicklung zu militärischen Zwecken strebte die Bundesregierung den Ausbau eigenen Know-hows an. So diskutierte das Auswärtige Amt 1965 die Möglichkeit der Ablösung der deutschen Waffenhilfe für Israel durch die Lieferung von Kernreaktoren.¹⁹⁵¹ Von den möglichen Lieferanten Siemens und AEG nahm das Auswärtige

¹⁹⁴⁸ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung 7 (708.84.02-327/59), AA, gez. Voigt, (sowie am selben Tag auch durch Duckwitz) vom 19.2.1959, in: PA/AA, B 62, Bd.136.

¹⁹⁴⁹ Vgl.: AAPD 1965, Dok.2, S.7.

¹⁹⁵⁰ Zu dem Gespräch und den Ausführungen Adenauers siehe FPI 1958-1959, Dok.248, S.215-218 (hebr. S.442-447). In einem Gespräch zwischen Secretary of State Dulles sowie Assistant Secretary of State Rountree einerseits mit dem israelischen Botschafter Eban und Reuven Shiloah in London am 27.7.1958 kam es zu gewissen Unstimmigkeiten zwischen den Gesprächspartnern. (Siehe FRUS 1958-1960, Bd.XIII, Dok.31, S.74-77.) So erklärte Dulles, dass er durch Adenauer dahingehend unterrichtet worden sei, dass dieser in der Folge des Gesprächs mit Fischer den Eindruck gewonnen hätte, dass Nasser keine Gefahr darstellen würde, wenn die Westmächte ihre Wirtschaftshilfe auf Ägypten konzentrieren würden. Um diese, aus israelischer Sicht, unbefriedigende Interpretation des Gesprächs richtig zu stellen, sicherte Fischer Shinnar zu, Adenauer in dieser Angelegenheit eigens einen Brief zu schreiben.

¹⁹⁵¹ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung I betr. Ablösung der deutschen Waffenhilfe vom 18.3.1965, in: PA/AA, B 150, Bd.49, S.2118ff.

tige Amt allerdings Abstand. Siemens hatte einige Jahre zuvor ohne Wissen des Auswärtigen Amts ein Abkommen mit dem französischen Atomkommissariat abgeschlossen, wobei sich Frankreich nach Beendigung des Algerienkrieges zunehmend in den arabischen Staaten engagierte.¹⁹⁵²

3.8.2.1. Finanzielle Unterstützung des israelischen Nuklearprojekts mittels „Aktion Geschäftsfreund“? Das Projekt und die Rolle Frankreichs, der USA und der Bundesrepublik.

Um die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung des israelischen Nuklearprogramms¹⁹⁵³ mittels der „Aktion Geschäftsfreund“ erörtern zu können, erscheint es notwendig, einen Blick auf dessen Entwicklung – soweit Daten hier bekannt sind und als gesichert angesehen werden können – zu werfen.

Am 13. Juni 1952 wurde die israelische Atomenergiekommission (AEC) im Rahmen des Verteidigungsministeriums etabliert und mit eigenem unabhängigen Budget und Laboratorien ausgestattet.¹⁹⁵⁴ Der Behörde stand Ernst David Bergmann bis 1966 vor, welcher in Personalunion in den Jahren 1948 bis 1966 auch als wissenschaftlicher Direktor der Forschungsabteilung im israelischen Verteidigungsministerium (*EMET*¹⁹⁵⁵), zudem als Ben Gurions wissenschaftlicher Berater und, allerdings nur bis 1951, als wissenschaftlicher Direktor am Daniel-Sieff- bzw. Weizmann-Institut fungierte.¹⁹⁵⁶ Der AEC oblag eine beratende und überwachende Rolle im Bereich der Nuklearenergie. Sie besaß keinerlei Entscheidungs- oder Weisungsbefugnis. Gleichsam versuchte man bis 1966¹⁹⁵⁷ nicht, verbindliche rechtliche Vorgaben für die Aufgabenstellung einschließlich des Ausmaßes der Aktivitäten der Kommission zu formulieren. Die Existenz der Kommission war der israelischen Öffentlichkeit bis zu der Bekanntgabe durch Bergmann in einer speziellen Rundfunkübertragung von Kol Yisrael am 19. No-

¹⁹⁵² Vgl.: Aufzeichnung Abteilung I vom 10.10.1963 betr. Abkommen zwischen der Firma Siemens und dem französischen Atomkommissariat, in: PA/AA, B 150, Bd.15, S.4665.

¹⁹⁵³ Grundlegend während des Untersuchungszeitraumes: Cohen, A.: *Israel and the Bomb*, New York 1998, S.9-151. Weiterhin: Aronson, S./ Brosh, O.: *The Politics and Strategy of Nuclear Weapons in the Middle East. Opacity, Theory and Reality, 1960-1991. An Israeli Perspective*, Albany 1992, S.61-82; Koszinowski, T.: *Die israelische Atombombe und ihre Bedeutung für die nahöstliche Politik*, in: Salewski, M. (Hg.): *Das nukleare Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz*, Stuttgart 1998 (=HMRG, Beiheft 28), S.150-154.

¹⁹⁵⁴ Vgl.: Jabber, F.: *Israel and Nuclear Weapons. Present Option and Future Strategies*, London 1971, S.18. Andere Quellen datieren die Gründung der Kommission in das Jahr 1953. Siehe z.B. IID 3 (1954), Nr.35, S.6.

¹⁹⁵⁵ Nach der Umstrukturierung und Erweiterung von EMET als Armaments Development Authority (RAFA-EL). EMET kontrollierte seit 1952 alle Forschungszentren von HEMED.

¹⁹⁵⁶ Vgl.: *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. Leitung und Bearbeitung Werner Röder und Herbert A. Strauss*, München u.a. 1980, S.55f. Weiterhin: Cohen, A.: *Israel and the Bomb*, S.14-17.

¹⁹⁵⁷ 1966 erfolgte eine grundlegende Umbildung der israelischen Atomenergiekommission, in der zwar der stellvertretende Verteidigungsminister, Vertreter des Weizmann-Instituts, der Leiter von Tahal, der Leiter des Forschungsreaktors in Nahal Soreq u.a., allerdings kein Vertreter des Rektors in Dimona vertreten war. Siehe Aufzeichnung von Botschafter Pauls (I B 1 – 85/92.19, Ber.Nr.847), Tel Aviv, vom 2.6.1966, in: BA, B 138, Bd.7652.

vember 1954 unbekannt.¹⁹⁵⁸ In dieser erklärte Bergmann, dass in Israel Uran aus Phosphat-Erzen in einer Versuchsanlage gewonnen werde.¹⁹⁵⁹

Ebenfalls erst im November 1954 wurde die israelische Öffentlichkeit über die bereits seit Anfang 1953 währende Zusammenarbeit zwischen der israelischen und französischen Atomenergiebehörde infolge einer Ansprache des israelischen Premier Sharett vor der Knesset informiert.¹⁹⁶⁰ Jules Moch, französischer Repräsentant bei den Vereinten Nationen, enthüllte ebenfalls im November 1954 die Existenz eines israelisch-französischen Abkommens, demzufolge Frankreich das Patent von Dostrovskys Methode für die Herstellung schweren Wassers gekauft hatte, die allerdings letztlich keine Verwendung fand.¹⁹⁶¹ Im Januar 1955 wurden diese Äußerungen durch den Vorsitzenden der französischen Atomenergiebehörde, Perrin, bestätigt. Für das Interesse Frankreichs an der israelischen Methode dürfte wohl deren höhere wirtschaftliche Rentabilität gegenüber der norwegischen¹⁹⁶² ursächlich gewesen sein. Israel profitierte seinerseits von der Zusammenarbeit mit Frankreich, da es bedeutende technische Daten und Informationen erhielt, eigene Wissenschaftler und Techniker in französischen Anlagen (z.B. in Saclay und Chatillon) ausbilden konnte, die weiter entwickelt waren, als die israelischen. Zudem konnten die Israelis so von den Erfahrungswerten von Wissenschaftlern profitieren, die seit mehreren Jahren nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch auf dem Gebiet der Kernforschung arbeiteten.¹⁹⁶³

Doch auch die USA zeigten sich zu rein wissenschaftlicher Kooperation bereit.¹⁹⁶⁴ Im August 1954 erfolgte eine Ergänzung der amerikanischen Atom Energy Act. In der Folge dieses Abkommens schlossen die USA ca. 30 bilaterale Abkommen über nukleare Kooperation ab, darunter auch ein Abkommen mit Israel am 12. Juli 1955.¹⁹⁶⁵ Im Rahmen dieses Abkommens

¹⁹⁵⁸ Vgl.: Jabber, F.: Israel and Nuclear Weapons, S.18f.

¹⁹⁵⁹ Vgl.: IID 3 (1954), Nr.35, S.6.

¹⁹⁶⁰ Ebd.

¹⁹⁶¹ Vgl.: Jabber, F.: Israel and Nuclear Weapons, S.20. Während bis 1954 kein schweres Wasser der D-2-0 Sorte durch Israel in das Ausland verkauft wurde, gestalteten sich die Arbeiten zur Herstellung schweren Sauerstoffs (0-18 Isotop), welcher v.a. in der Medizin als sogenannter „Markierer“ Verwendung findet, umso erfolgreicher. Auf diesem Gebiet entwickelte sich Israel während des Untersuchungszeitraumes zu einem der bedeutendsten Anbieter auf dem Weltmarkt. Vgl.: IID 3 (1955), Nr.36, S.10f. Dostrovsky leitete am Weizmann-Institut die Abteilung für Isotopenforschung und gründete zeitgleich als Major der IDF-Wissenschaftsabteilung (HEMED) die für das nukleare Projekt bedeutsame Einheit *Hemed Gimmel* (= *Machon 4*). Dostrovsky wurde 1966 Generaldirektor der IAEC. Vgl.: Cohen, A.: Israel and the Bomb, S.21.

¹⁹⁶² Norwegen verkaufte zu dieser Zeit in größeren Mengen schweres Wasser und führte den Weltmarkt an.

¹⁹⁶³ Vgl.: Jabber, F.: Israel and Nuclear Weapons, S.23.

¹⁹⁶⁴ Bereits am 8. Dezember 1953 erklärte Präsident Eisenhower vor der UN-Generalversammlung, dass die USA bereit seien, ein begrenztes Maß an Wissen und Anlagen anderen Staaten für deren atomare Forschung für friedliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Vgl.: Gmelin-Institut am 10.9.1958 an Mitglieder der Fachkommissionen und Arbeitskreise beim Bundesministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft betr. Mitteilung von Geheiminformationen der USA an die BRD, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14 A, Nr.5156.

¹⁹⁶⁵ Text in: United States Treaties and Other International Agreements, Bd.6, Teil 2, 1955, S.2641-2646. Während sich die Vertragspartner hier grundlegend über den israelischen Kauf eines Reaktors einigten, wurde der

erhielt Israel u.a. einen kleinen Forschungsreaktor, wobei die USA 350.000 Dollar der Kosten trugen. Weiterhin sicherten die USA Israel den Transfer und Gebrauch von bis zu 6 kg bis zu 20% angereichertem Uran zu. Zwischen 1955 und 1960 wurden etwa 56 Israelis in amerikanischen Einrichtungen ausgebildet. 24 Israelis besuchten verschiedene Einrichtungen der USAEC. Der Grundstein zum Bau des Reaktors mit einer Leistung von 5 Megawatt wurde 1958 gelegt. Er wurde im Sommer 1960 fertiggestellt. Auf dem Nahal Soreq Nuclear Center befanden sich neben dem Reaktor auch Forschungslaboratorien und die Zentrale der israelischen Atomenergiekommission.¹⁹⁶⁶ Im August 1959 wurde das israelisch-amerikanische Abkommen dahingehend modifiziert, als dass nun bis zu 10 kg Uran (U-235) mit einem Anreicherungsgrad von 90% an Israel abgegeben werden konnten. Allerdings unterlag die Zusammenarbeit entsprechenden Kontrollen und Bedingungen. Israel verpflichtete sich so z.B. Brennstäbe nach ihrer Nutzung an die USA zurückzugeben. Der Reaktor mit dem Codenamen IRR-1 wurde durch das israelische Verteidigungsministerium gebaut. Parallel hierzu engagierte sich das Ministerium in der Raketenforschung und förderte die Entwicklung der Elektroindustrie.¹⁹⁶⁷ Nahal Soreq fungierte im wesentlichen als Forschungs- und Ausbildungsbasis israelischer Techniker und Wissenschaftler. Die Vereinigten Staaten unterstützten weiterhin die Nuklearforschung in Israel, indem z.B. die U.S. Air Force, die U.S. Navy oder die U.S. National Institutes of Health entsprechende Forschungsaufträge an das Weizmann-Institut in Rehovoth vergaben.¹⁹⁶⁸

Letzten Endes entscheidend für die israelische Atomwaffenentwicklung blieb allerdings die Zusammenarbeit mit Frankreich. Frankreich stimmte 1957¹⁹⁶⁹ prinzipiell zu, Israel einen Reaktor und eine Anlage zur Herstellung von Plutonium – im vollen Bewusstsein seiner militärischen Verwendungsmöglichkeit angeblich zu friedlichen Zwecken - in der Nähe Dimona im Negev zu errichten. Die Details des Abkommens blieben bis heute weitestgehend geheim. Perrin verwies 1970 darauf, dass das Abkommen nicht zuletzt vor den USA geheimgehalten werden sollte.¹⁹⁷⁰ Auch in Israel selbst löste die beabsichtigte Entwicklung von Nuklearwaffen in der politischen und wissenschaftlichen Elite des Landes heftige Diskussionen und Proteste aus. So traten infolge des Beschlusses, in Dimona einen entsprechenden Reaktor zu errichten, sechs der ursprünglich sieben Mitglieder der israelischen Atomenergiekommission

entsprechende Vertrag über den Bau des Forschungsreaktors in Nahal Soreq im Rahmen des Atoms for Peace Programms am 20.3.1957 unterzeichnet. Vgl.: Cohen, A.: *Israel and the Bomb*, S.65.

¹⁹⁶⁶ Vgl.: Jabber, F.: *Israel and Nuclear Weapons*, S.25ff.

¹⁹⁶⁷ Ebd., S.27-30.

¹⁹⁶⁸ Vgl.: Cochran, E.S.: *Israel's Nuclear History*, in: Karsh, E. (Ed.): *Israel. The First Hundred Years*, Bd.II. *From War to Peace?* London u.a. 2000, S.135f.

¹⁹⁶⁹ Levey datiert das entsprechende französisch-israelische Abkommen auf den 3.10.1957. Siehe: Levey, Z.: *Israel and the Western Powers*, S.124f.

¹⁹⁷⁰ Vgl.: Cochran, E.S.: *Israel's Nuclear History*, S.136.

zurück. Bergmann verblieb weiterhin als Leiter der Institution.¹⁹⁷¹ Der Bau des schwerwassermoderierten Reaktors in Dimona blieb bis 1960 geheim, als die USA eine im Bau befindliche, in ihrem Verwendungszweck noch unbekannte Anlage im Negev entdeckten. Infolge der amerikanischen Nachfrage wurde diese Anlage als Textilfabrik, anlässlich einer Rede Ben Gurions vor der Knesset am 21. Dezember 1960 allerdings dann doch als ein im Bau befindlicher nuklearer Reaktor für friedliche wissenschaftliche und industrielle Zwecke charakterisiert.¹⁹⁷² Infolge amerikanischen Drängens, eigene Inspektoren zur Besichtigung des Reaktors zu entsenden,¹⁹⁷³ besuchten schließlich vom 17. bis 22. Mai 1961 zwei Wissenschaftler der USAEC (Ulysses M. Staebler und Jesse W. Croach) im Auftrag der US-Regierung die Anlagen in Nahal Soreq und Dimona.¹⁹⁷⁴ Betreut wurden die beiden Personen einerseits durch Ephraim Katchalski,¹⁹⁷⁵ der seinerzeit die biophysikalische Abteilung am Weizmann-Institut leitete und durch Ben Gurion gebeten worden war, sich den amerikanischen Gästen zu widmen sowie dem Leiter der Informationsabteilung des israelischen Verteidigungsministeriums, Gilboa. Der Leiter der Anlage in Dimona, Pratt, erörterte den amerikanischen Gästen gegenüber den Hintergrund und die Entwicklung dieses Projektes.

Die israelischen Planungen für das Projekt gingen in das Jahr 1957 zurück. Peres setzte 1957 ein dreiköpfiges Planungskomitee (*va'adat tichnun*) ein und löste das Projekt damit aus der Zuständigkeit von EMET. Das Komitee fungierte in der Folge als „Nukleus“ einer Industrie-Gruppe, der die Umsetzung des Projektes oblag. Inwieweit die den Amerikanern anlässlich dieses Besuches unterbreiteten Daten angesichts der sicherheitspolitischen Relevanz des Projektes für Israel bis zum heutigen Tage korrekt sind, kann kaum schlüssig geprüft werden. Der Reaktor, auch bekannt als IRR-2, mit einer Leistung von 24 MW,¹⁹⁷⁶ der durch Frankreich geliefert wurde, wurde nach bisherigem Kenntnisstand im Dezember 1963 in Betrieb genommen. Er unterliegt keinen Kontrollen und produziert – so Winkler¹⁹⁷⁷ – jährlich etwa 10 kg

¹⁹⁷¹ Ebd., S.137.

¹⁹⁷² Ebd., S.136.

¹⁹⁷³ Zur amerikanisch-israelischen Diskussion über Dimona und die israelischen Sicherheitsinteressen siehe Cohen, A.: Israel's Nuclear History: The Untold Kennedy-Eshkol Dimona Correspondence, in: The Journal of Israeli History 16 (1995), Nr.2, S.159-194. Weiterhin: Cohen, A.: Recently Declassified 1963 Correspondence between President Kennedy and Prime Ministers Ben-Gurion and Eshkol, in: The Journal of Israeli History 16 (1995), Nr.2, S.195-207.

¹⁹⁷⁴ Vgl.: FRUS, 1961-1963, Bd.XVII, Dok.53, S.125ff. Der für die Publikation des Bandes noch nicht auffindbare Bericht der zwei Wissenschaftler mit dem Titel „Notes on Visit to Israel“, 23.5.1961, ist mit zwei beiliegenden Memoranden über DDRS einsehbar. Staebler war „Assistant Director“ der Reaktor-Entwicklungsabteilung der USAEC; Croach ein Experte für schweres Wasser.

¹⁹⁷⁵ Vgl.: Jabber, F.: Israel and Nuclear Weapons, S.50f. sowie Aufzeichnung Botschafter Pauls (I B 1 – 85/92.19 Ber.Nr.847) vom 2.6.1966 betr. Umbildung der israelischen Atomenergiekommission, in: BA, B 138, Bd.7652.

¹⁹⁷⁶ Vgl.: Cohen, A.: Israel and the Bomb, S.59. Cohen suggeriert, dass die wirkliche Leistung des Reaktors höher war (ca. 40 MW). Nach Auskunft der zwei amerikanischen Inspektoren (Staebler und Croach) betrug die Leistung des Reaktors 26 MW.

¹⁹⁷⁷ Vgl.: Winkler, T.: Die Nuklearpolitik der Schwellenmächte, S.51.

Plutonium. Es erscheint im Nachhinein sehr wahrscheinlich, dass die USA versuchten, das israelische Nuklearprogramm in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die schwierigste Frage im Zusammenhang des Dimona-Projekts blieb die Frage dessen Finanzierung.¹⁹⁷⁸ Norwegen lieferte Israel infolge eines Abkommens aus dem Jahr 1959 schweres Wasser nach Israel.¹⁹⁷⁹ Die CIA erklärte im März 1963, dass diese Entwicklung in Israel die Position der USA und des Westens in der arabischen Welt wesentlich schädigen würde. Cohen verweist so z.B. auch auf das National Security Action Memorandum (NSAM) 231 „Middle Eastern Nuclear Capabilities“,¹⁹⁸⁰ welches er als einen Versuch wertet, auf höchster Ebene das israelische Nuklearprogramm, welches die Herstellung nuklearer Waffen zum Ziel hätte, zu verhindern.¹⁹⁸¹

Theoretisch wie praktisch möglich bleibt eine mittels der „Aktion Geschäftsfreund“ realisierte direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung des israelischen Nuklearprogramms durch die Bundesrepublik Deutschland. Ob die zur Verfügung gestellten Gelder für reine Infrastrukturprojekte, derer dieses Programm bedurfte, für konkrete Laboratorien etc. Verwendung fand, kann nicht beantwortet werden, da wie bereits erwähnt, die Kreditanstalt für Wiederaufbau keine Projektprüfung durchführte. Ob die Bundesregierung exakte Kenntnis über den Stand des israelischen Nuklearprogramms besaß, bleibt zu bezweifeln. Noch 1965 vertrat z.B. der Bundesnachrichtendienst die Ansicht,¹⁹⁸² dass Israel ohne massive ausländische Hilfe nicht in der Lage wäre, Atomwaffen herzustellen.

Dank des eigenen ausgezeichneten wissenschaftlichen und technischen Personals, dank der Kooperation mit Frankreich und möglicherweise dank deutscher finanzieller Kredite, dürfte Israel sehr wohl in der Lage gewesen sein, ein solches Ziel zu erreichen. Bereits 1961 hatte der Nahostreferent des Quai d'Orsay erklärt,¹⁹⁸³ dass Israel selbst über sehr qualifizierte Sachverständige und Forscher verfüge,¹⁹⁸⁴ die israelisch-französische Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet aber lediglich friedlichen Zwecken diene. Zudem würden Israel zur Herstellung von Atombomben auch die finanziellen Mittel fehlen.¹⁹⁸⁵ Es ist sehr unwahrscheinlich, dass das französische Außenministerium zu diesem Zeitpunkt von den Gesprächen um

¹⁹⁷⁸ Vgl.: FRUS, 1961-1963, Bd.XVII, Dok.95, S.217.

¹⁹⁷⁹ Vgl.: Cohen, A.: Israel and the Bomb, S.60ff.

¹⁹⁸⁰ Das Dokument liegt bisher leider nur in gekürzter Fassung vor. Vgl.: Cohen, A.: Israel's Nuclear History, S.163f.

¹⁹⁸¹ In diesem Sinne bereits Secretary of State, Rusk, an Deputy Secretary of Defence, Gilpatric, am 30.8.1961, in: FRUS, 1961-1963, Bd.XVII, Dok.104, S.244.

¹⁹⁸² Vgl.: Aufzeichnung Abteilung II (II 8 – 82-13-1640/65 VS-Vertr.) vom 5.5.1965 infolge einer Erörterung mit dem BND, in: PA/AA, B 150, Bd.52, S.3395f.

¹⁹⁸³ Vgl.: Fernschreiben aus Paris, gez. Knoke, vom 13.1.1961, in: PA/AA, B 12, Bd.1051.

¹⁹⁸⁴ Das wurde in den USA ebenso gesehen. Vgl.: FRUS, 1958-1960, Bd.VIII, Dok.177, S.392.

¹⁹⁸⁵ Die für ein israelisches Nuklearprojekt notwendigen finanziellen Mittel wurden auch gegenüber den USA weder in Diskussionen im Zusammenhang israelischer wirtschaftlicher Entwicklungspläne erwähnt, noch im Zusammenhang etwaiger amerikanischer Finanzhilfe. Vgl.: FRUS, 1958-1960, Bd.XIII, Dok.178, S.393.

eine deutsche Kreditgewährung an Israel und deren Umfang wusste. Zudem erscheint es interessant zu hinterfragen, weshalb Shinnar Navon Ende Juni 1960 empfahl, dass sich Ben Gurion in einem Brief an Bundeskanzler Adenauer¹⁹⁸⁶ betr. der Aktion Geschäftsfreund auf sein Treffen mit de Gaulle beziehen sollte.¹⁹⁸⁷ Während des Treffens zwischen Ben Gurion und de Gaulle im Juni 1960 in Frankreich lies letzterer die Forderung nach einer internationalen Kontrolle Dimonas fallen und kuppelte sich – letzten Endes nur seitens der Regierung – aus der israelischen nuklearen Entwicklung aus. Frankreich hatte noch im Mai 1960 von Israel gefordert, seine nuklearen Pläne offen zu legen und der Internationalen Atomenergiebehörde Inspektionen zu offerieren, nachdem die USA festgestellt hatten, dass Israel seinen Reaktor mit französischer Hilfe baute.¹⁹⁸⁸

Die Frage, inwiefern die „Aktion Geschäftsfreund“ ggf. eine wesentliche finanzielle Grundlage des israelischen Nuklearprogramms bildete, kann anhand des bis heute vorliegenden Quellenmaterials nicht abschließend beantwortet werden. Immerhin wurden das Projekt Dimona hinsichtlich seines finanziellen Aspekts in Israel unter dem Titel *mifalei pituach*¹⁹⁸⁹ (Entwicklungsprojekte) verwaltet.

Allein die z.B. immer noch als Verschlussache eingestuften Akten des Bundeskanzleramts, die unbekannten Kosten¹⁹⁹⁰ des israelischen Nuklearprojekts oder die nicht erfolgte Projektprüfung seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden wohl auch in zukünftigen Jahren und Jahrzehnten dafür Sorge tragen, dass dieses Kapitel der deutsch-israelischen Beziehungen etwas undurchsichtig bleiben wird.

3.9. Die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler und Techniker in Ägypten und die Auswirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen

Bereits durch den Eichmann-Prozess war die Qualität der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel auf die Probe gestellt worden. Es folgte eine Krise, die sich als eine der schwierigsten der deutsch-israelischen Beziehungen während des Untersu-

¹⁹⁸⁶ In seinem Brief vom 27. September 1960 an Bundeskanzler Adenauer bezog sich Ben Gurion allerdings nicht auf sein Gespräch mit de Gaulle vom Juni d.J.

¹⁹⁸⁷ Vgl.: FPI 1960, Dok.219, S.193 (hebr. S.347f.) Dass in den Augen de Gaulles eine „französische Bombe außerdem kein Exportgut“ darstellte, dürfte unstrittig sein. Aronson, S.: Israelische Atomwaffen und der Sechstage-Krieg von 1967, in: VfZ 52 (2004), S.247.

¹⁹⁸⁸ Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.128.

¹⁹⁸⁹ Vgl.: Cohen, A.: Israel and the Bomb, S.67.

¹⁹⁹⁰ Als Bemessungsgrundlage für eine entsprechende Schätzung könnten entsprechende Angaben, die einem National Intelligence Estimate vom Juni 1963 entstammen, dienen: „A program for one or two low yield fission weapons a year would cost, though the first detonation, about \$140-\$180 million and some \$20-\$30 million a year thereafter. However, costs rise steeply for more than a minimal program and become very large when advanced delivery systems and compatible weapons are required. Vgl.: FRUS, 1961-1963, Bd.VII, Dok.301, S.747.

chungszeitraumes gestalten sollte, weniger weil sie die faktischen Beziehungen in ihrer Existenz bedrohen sollte, sondern vielmehr wegen der Erregung, die sie vor dem historischen Erfahrungshorizont in der öffentlichen Wahrnehmung, v.a. in Israel, verursachte. Am 21.7.1962 schoss Ägypten zu Versuchs- und Demonstrationszwecken öffentlich Raketen vom Typ *Al-Qahir* (*Eroberer*) und *Al-Zafir* (*Sieger*), deren Reichweite das Auswärtige Amt auf 600 km und 380 km bezifferte, ab.¹⁹⁹¹ Auf der anschließenden Militärparade aus Anlass des zehnten Jahrestages des Putsches ägyptischer Offiziere und dem durch diese ausgelösten Sturz der Monarchie im Juli 1952 wurden Raketen entsprechenden Typs zur Schau gestellt. Zu dieser Zeit existierte zwischen beiden Staaten trotz Waffenstillstands mit Ägypten kein Friedensvertrag. Israel fühlte sich bedroht, stellte doch gerade Ägypten im Jemen deutlichst seinen Machtanspruch auch militärisch unter Beweis. Am problematischsten allerdings wirkte wohl der Umstand auf israelische Politiker und Bevölkerung, dass ausgerechnet deutsche Wissenschaftler (wenn auch nicht allein), die u.a. zu Zeiten des Nationalsozialismus für das deutsche Raketenzentrum in Peenemünde gearbeitet hatten, nun wieder an der Entwicklung von Waffen beteiligt waren, welche letztendlich gegen Israel gerichtet werden konnten. Obgleich die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg für ausländische Staaten, so auch Ägypten, nüchtern betrachtet, keine Ausnahmeerscheinung darstellte, lag die Besonderheit hierbei jedoch im Verhältnis Deutschlands zu Israel. Wer gab den Menschen in Israel die Garantien, dass sich die Vernichtung von Juden nicht wiederholte? Sollte nicht auch Nasser im Jemen zu Gas greifen - dies alles etwa zwanzig Jahre nach der Vernichtung von einem Drittel des jüdischen Volkes.

Ungeachtet dessen besaß die Krise auf deutscher wie auf israelischer Seite auch innenpolitische Komponenten.¹⁹⁹² Einerseits handelte sich bei den deutschen Wissenschaftlern und Technikern zum Teil um Angehörige einer Forschungseinrichtung, die sich durch staatliche Zuwendungen finanzierte. Andererseits entluden sich in Israel aus Anlass der Krise die bereits länger existierenden Spannungen zwischen dem stellvertretenden Verteidigungsminister Shimon Peres und dem Chef des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, Isser Harel, nun vollends. Letzterer quittierte den Dienst, als einer der legendärsten Persönlichkeiten des jungen Israel.¹⁹⁹³ Ben Gurion folgte ihm nur wenige Monate später. Sein Rücktritt wurde durch die gesamte Angelegenheit zumindest beschleunigt.

¹⁹⁹¹ Vgl.: Aufzeichnung Abteilung I B 4 vom 28.3.1963, in: PA/AA, B 150, Bd.4, S.1351.

¹⁹⁹² Vgl.: Bar-Zohar, M.: Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler (1944-1960), Berlin 1966, S.261-297.

¹⁹⁹³ Das musste sogar Peres seinem Konkurrenten indirekt zugestehen: „In meiner eigenen Partei galt ich von da an als der Mann, der unseren legendären Chefspion geschlachtet hat.“ Peres, S.: Eine Schleuder für David. Wie die Deutschen den Israelis heimlich halfen, ihre Kriege zu gewinnen, in: lui, dt. Ausgabe, Sept.1979, S.84.

In Deutschland sorgte die Tätigkeit deutscher hochrangiger Militärexperten aus Zeiten des Nationalsozialismus in Ägypten bereits vor 1962 für entsprechende Diskussion. So erkundigte sich Adenauer bei dem Leiter der Israel-Mission nach der Tätigkeit „unserer Nazis in Ägypten“.¹⁹⁹⁴ Während Adenauer deren Aktivitäten gemäß den ihm vorliegenden Berichten als gering einstufte, beschrieb Shinnar diese als zurückhaltend hinsichtlich ihrer öffentlichen Auftritte, im Bereich der Militärberatung dafür um so erheblicher. Neben dem in Ägypten tätigen ehemaligen General Wilhelm Fahrmbacher konnte sich v.a. Wilhelm Voss eine sehr einflussreiche Position in Ägypten sichern.¹⁹⁹⁵

Voss wurde nach dem Krieg¹⁹⁹⁶ durch die Alliierten angeklagt. Eine Verurteilung erfolgte jedoch nicht. Später durch Ägypten angeworben, leitete Voss 1951-1956 das „Central Planning Board“ des ägyptischen Kriegsministeriums und war direkt General Nagib unterstellt. Voss fungierte zudem auch als dessen Wirtschaftsberater. Obgleich die Idee von Voss, wie etwa der Aufbau einer ägyptischen Luftfahrtindustrie durch die Heinkel-Gruppe¹⁹⁹⁷ Mitte der fünfziger Jahre allein wegen dessen militärischer Komponente abgelehnt worden war, hat ihn das Auswärtige Amt „in den Jahren 1952 bis 1954 kräftig hofiert“.¹⁹⁹⁸ Dass das Auswärtige Amt damit seinen Botschafter in Ägypten, Pawelke, brüskierte, worauf dieser den vorzeitigen Ruhestand präferierte, muss um so bedenklicher stimmen.

3.9.1. Ausgangslage

Bei den für Ägypten tätigen Personen handelte es sich hauptsächlich um Prof. Eugen Sänger als den Direktor, den Geschäftsführer Dr. Krug sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiter Prof. Paul Goercke und Dipl.-Ing. Wolfgang Pilz vom Institut für Physik der Strahlenantriebe in Stuttgart. Dieses Institut wurde vom Auswärtigen Amt, vom Bundesverteidigungsministerium, von der württembergischen Landesregierung sowie dem württembergischen Verkehrsministerium finanziert. Der Direktor des Instituts nahm 1960 ein Angebot der ägyptischen

¹⁹⁹⁴ Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.60, S.241.

¹⁹⁹⁵ Wilhelm Voss, seit September 1937 im persönlichen Stab des Reichsführers SS, war Vorstand der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Berlin. In dieser Funktion oblag ihm die Überprüfung zahlreicher deutscher Unternehmen, wie u.a. IG Farben oder Felten und Guillaume. Als späterer Generaldirektor der Reichswerke Hermann Göring und Generaldirektor der Skodawerke lief 1944 gegen ihn beim Polizeigericht VIII in Prag ein Verfahren über dessen Inhalte nichts näheres bekannt ist. Voss wurde in der Folge seines Postens als Geschäftsführer der Waffen-Union-Skoda Brünn GmbH enthoben. Vgl.: Schreiben des Berlin Document Center (DC/774966/158/Ke), Executive Officer Henry Sachs, am 12.8.1953 an das Bundesamt für Verfassungsschutz, in: PA/AA, B 11, Bd.739, S.188f. Diese Aussagen werden auch durch einen Brief von Abraham Frowein bestätigt. Abraham Frowein an dessen Sohn am 13.1.1951, in: PA/AA, B10, A 4608.

¹⁹⁹⁶ Zum Werdegang von Voss nach dem Krieg siehe Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.175-177.

¹⁹⁹⁷ Heinkel und Messerschmitt schlossen sich Mitte der fünfziger Jahre zur Flugzeug Union Süd GmbH München zusammen. Angaben laut BA-MArch, BW 1, Bd.347305.

¹⁹⁹⁸ Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.176f.; Aufzeichnung Allardt vom 8.12.1952 betr. Unterhaltung mit Dr. Voss (300-01/66-IV-580/52 geh.), in: PA/AA, B 150, Bd.181, S.1382.

Regierung an. Er „hielt Vorlesungen über Raumfahrt an der Universität Kairo und übernahm die Beratung für die Entwicklung einer ‚meteorologischen Höhengsonde‘“.¹⁹⁹⁹ Darüber hinaus sollten alle drei o.g. Mitarbeiter Sängers sowie dieser ein Gesamthonorar nach 4 Jahren in Höhe von 2 Mio. Schweizer Franken²⁰⁰⁰ erhalten. Diese Nebentätigkeiten wurden ohne Wissen der Bundes-, Landesbehörden und des Institutsvorstandes ausgeübt. Aufgrund der durch das Bekanntwerden²⁰⁰¹ dieser Nebentätigkeiten ausgelösten Konflikte erstattete der Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg vor dem Landtag bereits im Dezember 1961 Bericht. Aufgrund eines Ersuchens des Bundesverkehrsministers stellte Säger seine Tätigkeit in Ägypten bereits im Oktober 1961 ein und trat von seiner Funktion als Direktor des Instituts zurück. Krug kündigte seine Stelle zum Ende Oktober 1961. Der Geschäftsführer des Instituts hatte im Juli 1960 die INTRA - Handelsgesellschaft gegründet. Gesellschafter der INTRA²⁰⁰² waren Krug mit 9.000 DM sowie Goercke und Pilz mit je 8.000 DM. Die beiden letztgenannten Personen verließen nach Bekanntwerden deren Nebentätigkeit ebenfalls das Institut, nahmen in Ägypten allerdings einen zweiten Wohnsitz. Während Pilz in Ägypten Vorlesungen über Maschinenbau hielt, lehrte Goercke Elektronik und Elektrotechnik.²⁰⁰³ Nach Böhm vorliegenden Informationen war es der Geschäftsführer Krug, der zuerst in Kontakt zu ägyptischen Ministerien trat und auch die entsprechenden Verhandlungen mit Ägypten bis hin zu einem Vertrag führte.²⁰⁰⁴

Neben den genannten Wissenschaftlern waren weiterhin der Spezialist für Raketentechnik Dr. Hans Kleinwächter sowie darüber hinaus die Gruppen Messerschmitt und Brandner, wobei sich die Mitglieder letzterer Gruppe im wesentlichen aus Staatsbürgern der DDR rekrutierten, für den ägyptischen Flugzeugbau tätig. Prekär mit Blick auf das deutsch-israelische Verhältnis gestaltete sich auch ein Blick auf die Biographien und Tätigkeitsbereiche der deutschen Wissenschaftler und Techniker. Messerschmitt, Säger, Goercke und Pilz hatten während des Nationalsozialismus für das deutsche Raketenzentrum in Peenemünde gearbeitet. Während die letzten drei genannten Personen in der Nachkriegsära, wie bereits ausgeführt, für das Institut für Physik der Strahlenantriebe in Stuttgart tätig waren, wurde Messerschmitt an

¹⁹⁹⁹ Aufzeichnung der Zentralabteilung (Z A 2 – 101773) des BWL vom 23.10.1962 an Minister Erhard und StS Westrick betr. Herstellung von Raketen in Ägypten, in: BA, B 102, Bd.122351. Zudem hieß es in der Aufzeichnung: „Vorsitzender des Kuratoriums sowie des Vorstandes ist Direktor Dr. Eckert von der Daimler-Benz AG.“
²⁰⁰⁰ Ebd.

²⁰⁰¹ Die Nebentätigkeiten wurden bekannt, als ein Vorstandsmitglied das Institut besuchen wollte, aber keinen Mitarbeiter antraf sowie aufgrund von Beanstandungen einzelner Spesenrechnungen von Krug durch den Bundesrechnungshof. Vgl. Abschrift Protokoll der 11. Sitzung des Ausschusses für Wiedergutmachung am 25.10.1962, in: PA/AA, B 12, Bd.1051. Eine identische Abschrift befindet sich auch in BA, B 102, Bd.122351.
²⁰⁰² INTRA: Internationale Raketen Handelsgesellschaft mbH.

²⁰⁰³ Vgl.: Aufzeichnung der Zentralabteilung (Z A 2 – 101773) des BWL vom 23.10.1962 an Minister Erhard und Staatssekretär Westrick betr. Herstellung von Raketen in Ägypten, in: BA, B 102, Bd.122351.
²⁰⁰⁴ Vgl.: Aufzeichnung Böhm vom 5.11.1962, in: BGA, Subject Files, 1-7-7.

deutschen Rüstungsaufträgen (F-104) beteiligt. Sänger und Pilz hatten darüber hinaus noch für die französische Raketenforschung gearbeitet und waren dort an der Entwicklung der Rakete des Typs Véronique beteiligt gewesen²⁰⁰⁵

Die INTRA-Handelsgesellschaft mit ihrem Sitz in München versuchte gemeinsam mit den spanisch-schweizerischen Firmen Mecos und M.T.P.,²⁰⁰⁶ hinter denen das Auswärtige Amt ägyptisches Kapital vermutete, das für das ägyptische Projekt notwendige Material zu liefern sowie die notwendigen Techniker und Wissenschaftler zu vermitteln. Als Verbindungsmann zwischen Ägypten und den deutschen Wissenschaftlern und Technikern fungierte der ägyptische Rüstungsindustrielle Hassan Sayed Kamil, als Inhaber von M.T.P.²⁰⁰⁷

Das Bundesministerium für Wirtschaft ließ die INTRA-Handelsgesellschaft dreimal von der dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft zugehörigen Überwachungsbehörde auf Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz vom 20. April 1961 überprüfen. An diesen Untersuchungen wurde die Oberfinanzdirektion in Stuttgart wegen eventueller Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz beteiligt. Gemäß der Prüfung konnten die gelieferten Waren zwar „für Laboratorien, die sich mit der Entwicklung von Raketen befassen, nicht aber eigens für die Verwendung in oder zusammen mit militärischen Raketen bestimmt sein.“²⁰⁰⁸ Der Verdacht wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz konnte ebenfalls nicht bestätigt werden. Weiterhin prüften das Auswärtige Amt, die Bundesministerien der Justiz und des Innern, ob man Goercke und Pilz wegen ihrer Tätigkeit in Ägypten die Pässe entziehen und beiden Geheimnisverrat vorwerfen könne. Beides geschah nicht. Infolge dieser Ergebnisse konnte das Bundeswirtschaftsministerium vom juristischen Standpunkt aus nicht gegen die Beteiligten vorgehen.²⁰⁰⁹

²⁰⁰⁵ Vgl.: AAPD 1963, Dok.133, S.433-435.; Hansen, N.: Schatten, S.640.

²⁰⁰⁶ Das AA schätzte die Zahl der im ägyptischen Raketenprojekt tätigen Fachleute auf etwa 10 Personen ein. Etwa weitere 200 bis 250 Personen deutscher, österreichischer, spanischer und schweizerischer Nationalität seien als Angestellte der spanisch-schweizerischen Firmen Mecos und M.T.P. in den Bau der ägyptischen Düsenflugzeuge involviert. Sehr interessant erscheint hierbei der Umstand, wonach die Firmen Mecos und M.T.P. spanisch-schweizerischen Ursprungs seien. Das würde wiederum die Ausführungen Lavy's unterstützen, wonach Messerschmitts Firma Hispano Aviacion, welche die Düsentrainer H 200 und H 300 (etwa 2 mach) baute, die notwendigen finanziellen Mittel fehlten. In der Folge verkaufte Messerschmitt die Lizenz für den Düsentrainer H 200 an Ägypten. Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung I (IB4-84.00/90.35/361/63 geh.), AA, vom 28.3.1963 betr. Tätigkeit deutscher Raketenfachleute in der VAR, in: PA/AA, B 150, Bd.4, S.1351-1360; Lavy, G.: Germany and Israel. Moral Debt and National Interest, London 1996, S.61. Nach den dem Auswärtigen Amt vorliegenden Informationen arbeiteten die angeworbenen Fachleute „an der Entwicklung eines Düsentriebwerkes für das Kampfflugzeug HA-300“. AAPD 1965, Dok.322, S.1332, Anm.3.

²⁰⁰⁷ Dieser war, so Lavy, für den Schweizer Rüstungskonzern Oerlikon tätig gewesen. Vgl.: Lavy, G.: Germany and Israel, S.60. AAPD 1963, Dok.133, S.434. Weiterhin: AAPD 1965, Dok.322, S.1332.

²⁰⁰⁸ Aufzeichnung der Zentralabteilung (Z A 2 – 101773) des BWB vom 23.10.1962 an Minister Erhard und StS Westrick betr. Herstellung von Raketen in Ägypten, in: BA, B 102, Bd.122351.

²⁰⁰⁹ Ebd.; Erhard (Z A 2 – 101773) an Böhm am 8.2.1963, in: ACDP, I-200-006/5 GV.

Der ehemalige deutsche Verhandlungsführer in Luxemburg, Böhm, hatte in der 11. Sitzung des Ausschusses für Wiedergutmachung im Deutschen Bundestag am 25. Oktober 1962 die Anwesenden über die Situation in Israel unterrichtet.²⁰¹⁰

Darüber hinaus existierte Böhm vorliegenden Informationen zufolge in Ägypten eine Gruppe von etwa 120 Personen, davon 80 Deutsche, wobei ein nicht zu unterschätzender Teil aus der DDR stammte. Im Unterschied zur Bundesrepublik löste die Tätigkeit von ostdeutschen Wissenschaftlern und die Frage nach möglichen Auswirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen in der DDR keine Verlegenheit aus. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bewertete lediglich die Tätigkeit von Ausbildern und Beratern aus der Bundesrepublik in Ägypten bereits im Vorfeld der Krise als bedenklich, da auf diesem Wege die ägyptische Regierung, Armee und öffentliche Meinung des Landes beeinflusst werden konnten.²⁰¹¹

Wirkliches Aufsehen, wenngleich nicht im positiven Sinne, erregten mehrere Straftaten, die zum Teil gegen das Leben einzelner Personen gerichtet waren, in der Zeit von 7. Juli 1962 (also noch vor dem Abschuss der ägyptischen Raketen) bis März 1963. So stürzte bereits im Juli das Flugzeug mit der Frau Kamils ab, die deswegen verstarb. Weiterhin wurde Krug im September 1962 in München gekidnappt. In der Folge der Explosion eines Bücherpaketes in Kairo, welches an Pilz adressiert war, wurde die Sekretärin schwer verletzt. Eine weitere Bücherkiste, welche Sprengstoff enthielt und an die ägyptische Rüstungsfirma „333“ gerichtet war, explodierte und tötete dabei fünf Arbeiter. Weitere Pakete folgten, die allerdings nicht geöffnet wurden. Darüber hinaus verübte man auf Kleinwächter auf der Fahrt nach Lörrach in der Nähe der deutsch-schweizerischen Grenze im Februar 1963 einen Mordanschlag, der jedoch misslang. Schließlich wurde versucht, die Tochter von Goercke mit dem Ziel zu nötigen, ihren Vater zur Rückkehr aus Ägypten zu veranlassen. In der Folge des Nötigungsversuches wurden die Agenten Joklik und Ben Gal in der Schweiz festgenommen.²⁰¹²

Der in der Schweiz festgenommene Joklik, gebürtiger Österreicher und Experte für radioaktive Isotope, war ursprünglich für das Institute of Advanced Technology in Kairo tätig ge-

²⁰¹⁰ Vgl.: Abschrift Protokoll der 11. Sitzung des Ausschusses für Wiedergutmachung am 25.10.1962, in: PA/AA, B 12, Bd.1051 (=BA, B 102, Bd.122351). Weiterhin: Birrenbach. Vgl.: Böhm an Birrenbach am 14.2.1963, in: ACDP, I-433-010/1. In diesem Brief äußerte sich Böhm auch zur Frage der Nebentätigkeit von Forschern an wissenschaftlichen Instituten der Bundesrepublik, die von Bundes- oder Landesmitteln finanziell getragen werden, für Staaten, die nicht zur „freien Welt“ gezählt werden könnten. Böhm hierzu: „Nebentätigkeiten dieser Art könnten durch die Anstellungsbedingungen ohne weiteres und mit Leichtigkeit geändert werden, wenigstens für die Zeit des Anstellungsverhältnisses. Aber nicht einmal diese naheliegende Vorsichtsmaßnahme scheint erwogen zu werden. Mir ist das nicht ganz verständlich.“

²⁰¹¹ Vgl.: Meining, S.: Kommunistische Judenpolitik, S.260.

²⁰¹² Vgl.: AAPD 1963, Dok.133, S.432f. Weiterhin: Lavy, G.: Germany and Israel, S.61ff.

wesen.²⁰¹³ Als er realisierte, dass durch Pilz radioaktives Strontium und Kobalt 60²⁰¹⁴ beschafft wurde, verließ er den Dienst für die ägyptische Regierung und wechselte auf die israelische Seite. Entsprechend seiner Behauptungen arbeitete Ägypten an einem als Ibis I bezeichneten Programm, in dessen Rahmen Raketen mit Gefechtsköpfen, die radioaktiven Müll enthielten, ausgestattet werden sollten. Darüber hinaus sollte das sogenannte Projekt Kleopatra zur Produktion nuklearer Sprengköpfe dienen.²⁰¹⁵

Obleich einige Befürchtungen hinsichtlich der technischen Realisierbarkeit dieser Vorhaben nicht überbewertet werden dürfen, können sie gleichsam nicht leichtfertig abgetan werden. Dass Strontium sowie Kobalt 60 zur Herstellung nuklearer Sprengköpfe in Ägypten Verwendung finden sollten, ist unwahrscheinlich. Für Gefechtsköpfe mit radioaktivem Müll konnte das Material ggf. Verwendung finden. Darüber hinaus darf bezweifelt werden, dass die ägyptische Rüstung über ausreichend Uran und Plutonium für den Bau nuklearer Sprengköpfe verfügte. Ebenfalls dürfte sie die Kenntnisse zur Herstellung entsprechender Zünder nicht besessen haben. Hinsichtlich eines präzisen Steuerungsmechanismus für die Trägersysteme hatte Ägypten Nachholbedarf. So attestierte das Auswärtige Amt im Januar 1963, dass die ägyptischen Raketen zwar für militärische Zwecke bestimmt seien, jedoch noch „keine militärisch entscheidende Waffe“²⁰¹⁶ aufgrund eines fehlenden wirkungsvollen Steuerungsmechanismus darstellten. Auch die USA nahmen diese technische Frage als wesentlich wahr. Nach amerikanischen Angaben konnten die ägyptischen Raketen ca. 250 kg konventionellen Sprengstoff befördern. Allerdings wiesen sie eine Streuung von 10 bis 20 Meilen auf, was wiederum eine zielgerichtete Kriegführung ohne Einsatz sehr vieler Raketen unmöglich gemacht hätte.

Die Frage, ob Ägypten darüber hinaus während des Untersuchungszeitraumes eigene Ambitionen hinsichtlich eines nuklearen Projektes hegte, kann aufgrund der Aktenlage nicht ausgeschlossen werden.²⁰¹⁷ Der amerikanische Außenminister Rusk zeigte sich so im April 1963 gegenüber Bundesaußenminister Schröder besorgt über die Tatsache, „daß sowohl Israel als auch Ägypten versuchten, nukleare Waffen in ihren Besitz zu bekommen.“²⁰¹⁸ Zudem hatten sich die USA noch keine Gewissheit darüber verschafft, ob die Entwicklungen in beiden Län-

²⁰¹³ Vgl.: Lavy, G.: *Germany and Israel*, S.63.

²⁰¹⁴ Dem Auswärtigen Amt lagen Informationen vor, wonach die VAR im Januar 1963 im Rahmen der technischen Hilfe der Internationalen Atomenergiekommission aus der Tschechoslowakei eine Kobalteinheit für medizinische Zwecke erhalten hatte. Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung I (IB4-84.00/90.35/361/63 geh.), AA, vom 28.3.1963 betr. Tätigkeit deutscher Raketenfachleute in der VAR, in: PA/AA, B 150, Bd.4, S.1352.

²⁰¹⁵ Vgl.: Lavy, G.: *Germany and Israel*, S.63. Lavy verwechselt hier „Strontium 60“ mit Kobalt 60; Black, I./Morris, B.: *Mossad, Shin Bet, Aman. Die Geschichte der israelischen Geheimdienste*, Heidelberg 1994, S.295; Deutschkron, I.: *Israel und die Deutschen*, S.209.

²⁰¹⁶ AAPD 1963, Dok.66, S.230.

²⁰¹⁷ Grundlegend: Koszinowski, T.: *Die israelische Atombombe*, S.156f.

²⁰¹⁸ AAPD 1963, Dok.145, S.478.

dern auf diesem Gebiet wirklich nur friedlichen Zwecken dienten. Bereits 1961 lieferte die UdSSR an Ägypten einen Forschungs- und Versuchsreaktor (WWR-C-CAIRO), der sich in Inshas bei Kairo befand und eine Leistung von 2 MW besaß (weniger als Nahal Soreq), allerdings keinerlei Kontrollen unterstellt war.²⁰¹⁹ Das Auswärtige Amt betrachtete 1964 die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland zum Bau eines Atomreaktors zur Süßwassergewinnung für Ägypten finanziell und mit Beteiligung deutscher Firmen, zusammen mit einer anderen westlichen Macht, vorzugsweise Frankreich, als „möglich und erwünscht“²⁰²⁰. Nach Informationen des Nahostreferenten im Auswärtigen Amt, Schirmer, würden die deutschen Firmen Hochtief, Siemens und AEG²⁰²¹ mit französischen Firmen über die gemeinsame Lieferung einer solchen Anlage im Wert von 250 bis 300 Mio. DM in Gedankenaustausch stehen.²⁰²² Allerdings hatte die Firma Siemens ohne Wissen des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung ein Abkommen mit dem französischen Atomkommissariat abgeschlossen. Nach Erkundigungen des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung war Siemens vor allem an der gemeinsamen Projektierung eines schwerwassermodierten Reaktortyps interessiert gewesen.²⁰²³ Noch bevor dem Auswärtigen Amt dieser Vertrag bekannt wurde, hatten der Botschafter der VAR, Sabri, und Bundesaußenminister Schröder, nach den seit Anfang August 1962 andauernden Wirtschaftsverhandlungen im April 1963 ein Protokoll unterzeichnet, welches Darlehen und Kredite seitens der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 660 Mio. DM gewährte.²⁰²⁴ Andererseits wusste das Bundeswirtschaftsministerium aber bereits im Februar 1963 von den Verhandlungen deutscher privater Firmen mit Ägypten wegen des Baus eines Atomreaktors, machte gegenüber der Israel-Mission aber klar, dass die deutsche Regierung weder an den Gesprächen beteiligt noch an der Finanzierung der Anlage interessiert sei.²⁰²⁵

3.9.2. Reaktionen und Krise in Israel

Böhm selbst wurde in Israel durch Außenministerin Meir und Generaldirektor Yachil über die Affäre informiert. So kritisierte man in Israel, dass Deutsche für eine Regierung Raketen bauten, die Israel de facto den Krieg erklärt habe und noch immer keinen Friedensvertrag mit

²⁰¹⁹ Vgl.: Winkler, T.: Die Nuklearpolitik der Schwellenmächte, Berlin 1980 (=Studien zur Internationalen Sicherheit; Bd.4), S.33. Weiterhin: FRUS, 1961-1963, Bd.XVII, Dok.95, S.217.

²⁰²⁰ AAPD 1964, Dok.333, S.1298.

²⁰²¹ In der Tat verhandelten, wie aus späteren Aufzeichnungen hervorgeht, Siemens und AEG mit Ägypten über die Lieferung von Reaktoren. Siehe: Aufzeichnung Abteilung I, Auswärtiges Amt vom 18.3.1965 betr. Ablösung der deutschen Waffenhilfe für Israel durch Lieferung von Kernreaktoren, in: PA/AA, B 150, Bd.49, S.2119.

²⁰²² Vgl.: AAPD 1964, Dok.333, S.1298, Anm.6.

²⁰²³ Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung I (I A 2 –87.SAL.2/94./7/63) vom 10.10.1963 betr. Abkommen zwischen der Firma Siemens und dem französischen Atomkommissariat, in: PA/AA, B 150, Bd.15, S.4665.

²⁰²⁴ Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.170.

²⁰²⁵ Vgl.: Görs an Passweg am 19.2.1963, in: ISA/3399/3-зг.

Israel abgeschlossen hatte. Die eigentliche Verstimmung allerdings sei „weniger durch die Annahme entstanden, dass die deutsche Regierung dahinterstecke, als vielmehr durch die außerordentlich merkwürdige Art der Behandlung dieser Vorgänge in der Öffentlichkeit. In den Berichten über die Verhandlungen des Stuttgarter Landtages vom November oder Dezember 1961 komme das Wort „Israel“ überhaupt nicht vor.“²⁰²⁶ Offensichtlich beobachtete Israel die Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler in Ägypten, die Reaktionen der Bundesregierung und die Stellungnahmen in der deutschen Öffentlichkeit bereits länger und nicht erst seit dem Abschuss der Raketen in Ägypten.

In Israel widmete sich eine Pressekampagne dem Thema der deutschen Wissenschaftler in Ägypten. Sie ebte jedoch erst im Herbst 1962 ab. Im Dezember d.J. erklärte Ben Gurion dann anlässlich eines Interviews, dass er nicht akzeptiere, dass man das deutsche Volk und die amtierende Regierung der Bundesrepublik Deutschland für das Verhalten der deutschen Wissenschaftler in Ägypten verantwortlich mache. Die israelische Presse widmete sich dem Thema erst wieder intensiv, als die zwei israelischen Agenten 1963 in der Schweiz festgenommen wurden.²⁰²⁷

Ob für diese Straftaten alleinig der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad verantwortlich war, kann mittels des vorliegenden Quellenmaterials nicht schlüssig überprüft werden. Alle diese Taten als Harels „Selbsthilfe“²⁰²⁸ zu deklarieren oder gar dadurch zu begründen, dass dieser es „nicht zuletzt auf Peres, [...] , und dessen Kontakten zu Bonn abgesehen“²⁰²⁹ habe, entbehrt der Verifizierung durch entsprechendes Quellenmaterial. Einerseits würde man so allein die Existenz anderer israelischer Nachrichtendienste völlig unbeachtet lassen und andererseits die Auseinandersetzung zwischen Peres und Harel zu oberflächlich betrachten. Hinsichtlich der Entführung Krugs bemerkte Böhm vor dem Ausschuss für Wiedergutmachungsfragen laut Protokoll: „Herr Krug [...] sei drauf und dran gewesen, seine ganze GmbH an eine israelisch-italienische Gesellschaft zu verkaufen. Deswegen scheine er nach Ägypten entführt worden zu sein, wo man ihn dazu dränge, diesen Vertrag nicht zu unterschreiben.“²⁰³⁰

²⁰²⁶ Abschrift Protokoll der 11. Sitzung des Ausschusses für Wiedergutmachung vom 25.10.1962, in: PA/AA, B 12, Bd.1051.

²⁰²⁷ Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung I (IB4-84.00/90.35/361/63 geh.), AA, vom 28.3.1963 betr. Tätigkeit deutscher Raketenfachleute in der VAR, in: PA/AA, B 150, Bd.4, S.1352.

²⁰²⁸ Hansen, N.: Schatten, S.640.

²⁰²⁹ Ebd., S.641f.

²⁰³⁰ Abschrift Protokoll der 11.Sitzung des Ausschusses für Wiedergutmachung vom 25.10.1962, in: PA/AA, B 12, Bd.1051. Die Möglichkeit einer Entführung Krugs durch den ägyptischen Geheimdienst wurde auch innerhalb des Bundeswirtschaftsministeriums erwogen. Vgl.: Aufzeichnung der Zentralabteilung (Z A 2 – 101773) des Bundeswirtschaftsministeriums vom 23.10.1962 an Minister Erhard und StS Westrick betr. Herstellung von Raketen in Ägypten, in: BA, B 102, Bd.122351. Ob die bereits durch Segev formulierte These, dass es Harel auf Shimon Peres „abgesehen“ habe, inhaltlich gerechtfertigt ist, sei dahingestellt. Jedenfalls übernahm Hansen, der selbst doch eine gewisse Nähe zu Peres erkennen lässt, diese These. Peres schrieb Hansen das „Geleitwort“ sei-

Diese Aussage Böhms erweitert aber bereits die potentiellen Ursachen seines Verschwindens. Weiterhin widerspricht die These der Verantwortlichkeit des Mossad für alle diese Straftaten der späteren Aussage dessen damaligen Leiters, Harel, aus dem Jahre 1981. Hiernach erhielt dieser erst Anfang Oktober 1962 von Ben Gurion persönlich die Genehmigung für Handlungen, die dazu bestimmt sein sollten, den jüngsten technischen ägyptischen Entwicklungen entgegenzuarbeiten.²⁰³¹ Darüber hinaus sondierte Shinnar in einem Gespräch mit Bundesaußenminister Schröder Anfang April 1963 die Möglichkeit, ob die Bundesrepublik davon absehen könne, einen Antrag auf Auslieferung des Israelis Ben Gal zu stellen. Dieser hatte laut Shinnars nichts mit den Anschlägen zu tun.²⁰³²

Dies alles geschah in einer Zeit, in welcher das israelische Nuklearprojekt noch im Aufbau befindlich war. In diesem Rahmen kooperierten Frankreich und Israel hinsichtlich der Errichtung des israelischen Kernreaktors in Dimona, wobei das französische Engagement am israelischen Projekt seit Juni 1960²⁰³³ zunehmend unsicherer wurde. Zudem erschwerten die Differenzen zwischen dem stellvertretenden israelischen Verteidigungsminister Peres²⁰³⁴ und Harel eine zusammenhängende klare Analyse der Krise in Israel. Zwischen Peres und Harel (Dayan teilte dessen Vermutung) herrschte seit einigen Jahren eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit wegen des Obersten Yisrael Beer. Dieser wurde im März 1961 durch den Shin Bet gefangen genommen und 1962 schließlich wegen Spionage für die UdSSR verurteilt. Trotz offenbar fehlender Genehmigung durch Harel, hatte sich Beer im Mai 1960 mit Gehlen getroffen.²⁰³⁵ Dass Peres dann ausgerechnet Harel wegen Nachlässigkeit nach dem Bekanntwerden der ägyptischen Testversuche kritisierte,²⁰³⁶ trug sicherlich wenig zur Lösung der Krise bei.

Im Verlauf dieser Krise schrieb Peres nach eigener Aussage einen Brief an Strauß, in dem er sich auf „alle Informationen“²⁰³⁷ des Geheimdienstes über die ägyptische Raketenindustrie berief, die Strauß allerdings Punkt für Punkt widerlegt habe. Mittlerweile steht der Forschung der Brief von Peres vom 17. August 1962 an Strauß zur Verfügung, obgleich er sich in diesem

ner 2002 erschienenen Studie. Vgl.: Segev, T.: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Hamburg 1995, S.491.

²⁰³¹ Vgl.: Isser Harel am 7.10.1981 in *Ma'ariv*.

²⁰³² Vgl.: AAPD 1963, Dok.142, S.464. Die Bundesrepublik stellte zwar einen Auslieferungsantrag, doch lehnte die Schweiz diesen am 8.5.1963 ab. Ebd., Anm.5.

²⁰³³ Infolge eines Treffens zwischen de Gaulle und Ben Gurion im Juni 1960 erklärte ersterer, dass Frankreich die Forderung nach internationaler Überwachung Dimonas fallen lassen, sich dafür aber aus dem israelischen Atomprogramm zurückziehen werde. Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.128.

²⁰³⁴ Unter Peres war 1957 die Behörde, die heute unter dem Namen Lakam bekannt ist, etabliert worden, welche für den Schutz des israelischen nuklearen Bereichs zuständig ist. Vgl.: Zu Lakam siehe Raviv, D./ Melman, Y.: Every Spy a Prince. The Complete History of Israel's Intelligence Community, Boston u.a.1991, S.69f. u. S.XIII.

²⁰³⁵ Vgl.: Black, I./ Morris, B.: Mossad, Shin Bet, Aman, S.243-253.

²⁰³⁶ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.642.

²⁰³⁷ Peres, S.: Eine Schleuder für David. Wie die Deutschen den Israelis heimlich halfen, ihre Kriege zu gewinnen, in: lui, dt. Ausgabe, Sept. 1979, S.84.

nicht direkt auf einen konkreten israelischen Geheimdienst berief.²⁰³⁸ Bemerkenswerter Weise verwies Peres in dem Schreiben im Zusammenhang der aktuellen Krise auch auf Professor Dadieu²⁰³⁹ ebenfalls vom Institut für Physik der Strahlenantriebe und dessen Tätigkeit für die ägyptische Rüstungsindustrie. Eine Involvierung des deutschen Militärattaché in Ägypten in die Angelegenheit bezweifelte Peres, ebenso wie andererseits die angebliche Unkenntnis von den Aktivitäten der deutschen Wissenschaftler, seitens des deutschen Nachrichtendienstes oder mindestens eines Angehörigen der Deutschen Botschaft.

Weiterhin sei Ben Gurion im März 1963 über den Bericht des israelischen militärischen Nachrichtendienstes, Aman, in Kenntnis gesetzt worden, über den der Leiter des Dienstes, Meir Amit, und Peres Vortrag beim Premierminister gehalten hatten.²⁰⁴⁰ Nachdem Ben Gurion Harel mit den durch Peres und Amit vorgelegten Informationen konfrontiert hatte, kam es Peres zufolge zu einer heftigen Auseinandersetzung,²⁰⁴¹ infolge dieser Harel aus dem Dienst schied. Sein Nachfolger wurde niemand anderes als Meir Amit. Peres ging aus dieser Krise gestärkt hervor. Er konnte auf die Informationen des Aman zurückgreifen und wusste seinen Anhänger als Chef des Mossad.

Im März 1963 bezog die israelische Außenministerin Golda Meir vor der Knesset Stellung zur Frage der deutschen Wissenschaftler in Ägypten. So protestierte sie gegen die Tatsache, dass ausgerechnet Deutsche nach der Vernichtung von Millionen Juden mit ihrem Verhalten, das bestimmt war, die staatliche Existenz Israels zu desavouieren, in Erscheinung traten.²⁰⁴²

Bereits im April 1963 distanzierte sich Ben Gurion im Rahmen einer Sondersitzung der Knesset von einer kompletten Verurteilung Deutschlands, wenngleich er auf die Israel bedrohenden Absichten Ägyptens und den Beistand, die deutsche Wissenschaftler diesem Land zuteil werden ließen, einging. Ebenso zurückhaltend verhielt er sich im Ausschuss der Knesset für Auswärtiges und Sicherheit, da einige sicherheitspolitische Fragen auch im Rahmen dieses sehr wichtigen Gremiums israelischer Außen- und Sicherheitspolitik nicht erörtert werden konnten.²⁰⁴³

In ihrer Rede vor der Knesset am 3. Juli 1963 vertrat die israelische Außenministerin Meir die Ansicht, dass die deutschen Wissenschaftler in Ägypten nicht von der Bundesregierung entsandt worden seien. Allerdings, so Meir, wäre es wünschenswert gewesen, wenn diese mit

²⁰³⁸ Vgl.: Peres an Strauß am 17.8.1962, in: ISA/4326/17-37. (Kopie desselben in: BGA, Correspondence Files). Offensichtlich hat Hansen im Unterschied zu Jelinek den Inhalt des Briefes nicht zur Kenntnis genommen. Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.423f.

²⁰³⁹ Armin Dadieu war während des Nationalsozialismus für die Uran-Lagerstättenforschung in der Steiermark verantwortlich gewesen.

²⁰⁴⁰ Vgl.: Segev, T.: Die siebte Million, S.493.

²⁰⁴¹ Vgl.: Peres, S.: Schleuder, S.84.

²⁰⁴² Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.167.

²⁰⁴³ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.654.

größerer Sensibilität reagiert und schneller gehandelt hätte, wenngleich sie die Möglichkeiten der Bundesregierung, die Wissenschaftler physisch aus Ägypten zurückzubeordern als begrenzt ansah und dafür Verständnis zeigte. Gleichsam würdigte die Außenministerin das starke Verständnis und Engagement bei Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages. Sie forderte die Bundesregierung jedoch auf, dafür Sorge zu tragen, dass dem Bundestag nach der Sommerpause das Gesetz zur Ausführung des Art.26 Abs.2 GG, wie am 28.6.1963 beantragt, vorzulegen. In der selben Sitzung bezog Meir Stellung zum Einsatz von Giftgas durch ägyptische Truppen im Jemen.²⁰⁴⁴

Im Oktober 1963 wurde Shinnar durch mehrere Bundesministerien darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Unterlagen, „aufgrund derer Israel die Mitwirkung Deutscher bei der Herstellung „verbotener“ Waffen in der VAR als erwiesen“ betrachtete, geprüft worden waren und keinerlei Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass „bei irgendeiner der beanstandeten Lieferungen gegen deutsche Bestimmungen oder vertragliche Verpflichtungen verstoßen worden sei.“²⁰⁴⁵ Shinnar entgegnete, dass Israel weiteres Beweismaterial vorliegen würde, welches jedoch aus Geheimhaltungs- und Quellenschutzgründen nicht auszuhändigen sei und ihn die deutsche Antwort wenig befriedige.

Am 4. Juni 1964 leitete der ehemalige Bundesverteidigungsminister Strauß einen Brief von David Hacohen an den Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages, Kopf, weiter. Der Präsident der israelischen Interparlamentariergruppe und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtiges und Sicherheit der Knesset, Hacohen, der eine Annäherung beider Staaten herbeisehnte, verwies in seinem Schreiben auf die Verantwortung der Deutschen hinsichtlich jedes Versuches, die Arbeit Hitlers fortzusetzen oder zu erneuern. In seinem Brief protestierte Hacohen gegen das Unvermögen der deutschen Regierung während der letzten 14 Monate keinen dringenden und drastischen Stop herbeigeführt zu haben, um die Zusammenarbeit deutscher Bürger mit Nasser zu beenden.²⁰⁴⁶

3.9.3. Reaktionen in der Bundesrepublik

Der Leiter des Nahostreferats im Auswärtigen Amt, Schirmer, wertete die Mitwirkung deutscher Ingenieure an den durch die Firma Meco entwickelten Flugzeugen für die VAR als

²⁰⁴⁴ Vgl.: Erklärung Golda Meirs zur Frage der Tätigkeit der deutschen Raketenexperten in Ägypten am 3.7.1963 vor der Knesset, in Auszügen durch die Informationsabteilung der Israel-Mission am 4.7.1963 als Informationsmaterial herausgegeben, in: BA, B 102, Bd.122351.

²⁰⁴⁵ AA (IB4-84.00/90.35/ VS NfD) an den Bundesminister des Innern, am 30.10.1963, nachrichtlich u.a. Bundesminister der Verteidigung, betr. israelische Vorwürfe wegen Mitwirkung Deutscher bei der Herstellung ägyptischer Massenvernichtungswaffen, in: BA-March, BW 1, Bd.318080.

²⁰⁴⁶ Vgl.: Strauß an Erhard am 4.6.1964 (MB 674/64) betr. Brief von Hacohen an Kopf vom 6.5.1964, in: PA/AA, B 36, Bd.18.

„direkte Beteiligung an dem – vornehmlich gegen Israel gerichteten – Rüstungsprogramm der VAR“. ²⁰⁴⁷ Schirmer sprach er sich wegen eventueller negativer Rückwirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen und das Deutschlandbild in der westlichen Hemisphäre strikt gegen die Ausstellung einer Unbedenklichkeitserklärung für die in Ägypten tätigen deutschen Ingenieure aus. ²⁰⁴⁸

In einer Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt unter Vorsitz von Staatssekretär Globke am 26. März 1963 wurden die Tätigkeit der deutschen Raketenfachleute sowie die mit der Verhaftung eines israelischen Staatsangehörigen (Ben Gal) zusammenhängenden Fragen erörtert. ²⁰⁴⁹ So verwies Globke darauf, dass die israelische Regierung, abgesehen von der Vorsprache Shinnars, keine offiziellen Schritte in dieser Sache unternommen hätte. Eine Beteiligung Deutscher an der Herstellung von ABC-Waffen wurde in dieser Sitzung ausgeschlossen. Die israelische Regierung war zuvor an Böhm sowie den Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums, Hopf, anlässlich ihrer Israelaufenthalte herangetreten und hatte letzterem Unterlagen über die deutschen Wissenschaftler übergeben.

Hopf verwies in der Sitzung im Bundeskanzleramt auf die Äußerung des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, von Hase, am 22. März 1963, wonach diese zwar die Mitarbeit der deutschen Techniker an der Herstellung von Raketen in der Ägypten missbillige, jedoch keine Möglichkeit sehe, die Ausreise deutscher Staatsangehöriger zu verhindern. Hopf führte hierzu aus, dass die deutsche Stellungnahme in Israel „wie eine Bombe eingeschlagen habe“ und die Bundesrepublik schnellstens versuchen müsse, „die Dinge ins rechte Licht zu rücken“. ²⁰⁵⁰ Globke wollte jedoch solch generelle Fragen weniger in den Vordergrund gerückt wissen. Zu Hilfe kam diesem Wunsch sicherlich das israelische Ersuchen, die Bundesregierung möge von weiteren zusammenhängenden öffentlichen Erklärungen in dieser Frage absehen, bevor der Gesamtkomplex nicht weiter mit Israel geklärt worden sei. ²⁰⁵¹ Aber nicht nur der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, sondern auch der Bundestagsabgeordnete und ehemalige deutsche Verhandlungsführer in Luxemburg, Böhm, stieß sich an der Haltung der Bundesregierung, insbesondere an der Haltung Adenauers, der ihm klar zu verstehen gegeben hatte, dass die Bundesregierung in dieser Angelegenheit nichts unternehmen könne. ²⁰⁵² Auch in der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages machte sich Unmut über die Untätigkeit der Bundesregierung breit. So schlug der Bundestagsabgeordnete

²⁰⁴⁷ AAPD 1963, Dok.66, S.230.

²⁰⁴⁸ Ebd., S.231.

²⁰⁴⁹ Vgl.: AAPD 1963, Dok.133, S.431-437.

²⁰⁵⁰ Ebd., S.435.

²⁰⁵¹ Ebd., S.435f.

²⁰⁵² Vgl.: Böhm an Schröder am 21.3.1963, in: PA/AA, B 150, Bd.4, S.1305 bzw. PA/AA, B 1, Bd.219.

Ritzel im März 1963 dem Vorstand seiner Partei gegenüber vor, zu fordern, das Wirken der deutschen Fachleute in Ägypten strafrechtlich zu verfolgen.²⁰⁵³ Darüber hinaus erhob er auch schwere Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt.

Dieses widmete sich der Problematik ausgiebig.²⁰⁵⁴ Das Auswärtige Amt sah es zu diesem Zeitpunkt als erwiesen an, dass Deutsche nicht in irgendeiner Art und Weise an Projekten für ABC- sowie „Strahlen- oder Kobaltwaffen“²⁰⁵⁵ eingesetzt waren. Es verwies auf die bereits 1962 erfolgte Prüfung der Art und Weise, gegen die betreffenden deutschen Staatsbürger vorzugehen. Das Bundesministerium des Innern hatte seinerzeit vor einem Entzug der Pässe gewarnt. Nach Auffassung des Bundesministerium der Verteidigung lag kein Geheimnisverrat vor.²⁰⁵⁶ Allerdings verdeutlichte die Krise in den Augen des Auswärtigen Amts, wie belastet das Verhältnis Israels zur Bundesrepublik durch die „Judenverfolgungen Hitlers“²⁰⁵⁷ war, wobei das deutsche Zögern, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, in Israel als demütigend empfunden werde. Charakterisierungen der israelischen Reaktion als „Neurose“, als Ablenkungsmanöver von eigenen geheimdienstlichen Aktivitäten oder schlimmstenfalls um „das Terrain für weitere Forderungen psychologisch vorzubereiten“, durften dabei nicht fehlen.²⁰⁵⁸ Im Auswärtigen Amt wurde darauf verwiesen, dass Israel bereits 1961 oder früher Mittelstreckenraketen vom Typ Monique V aus Frankreich bezog und probeweise abschoss und der – wie sich zeigen sollte berechnete – Verdacht bestand, dass Israel selber an der Entwicklung atomarer Waffen arbeite. Ein hartes Vorgehen gegen die deutschen Wissenschaftler wurde abgelehnt, da dies den Einfluss der Bundesrepublik in Ägypten, Syrien und Irak (infolge des Euphratdammkredits) schmälern und der „SBZ“ und der Sowjetunion eine Ausweitung ihrer Interessensphäre ermöglichen würde.²⁰⁵⁹

Das Bundeswirtschaftsministerium bat das Auswärtige Amt im April 1963 um Entscheid, ob dieses die politische Verantwortung dafür übernehmen könne, die durch Israel beanstandete Tätigkeit deutscher Techniker und Wissenschaftler in Ägypten „als den Völkerfrieden oder die auswärtigen Beziehungen störende Handlungen im Sinne des § 7 Abs.1 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961“²⁰⁶⁰ anzusehen. Darüber hinaus wurde eine mögliche Strafmaß gemäß Außenwirtschaftsverordnung vom 22.8.1961 diskutiert. Das Bundesministe-

²⁰⁵³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.218, S.603.

²⁰⁵⁴ Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung I (IB4-84.00/90.35/361/63 geh.), AA, vom 28.3.1963 betr. Tätigkeit deutscher Raketenfachleute in der VAR, in: PA/AA, B 150, Bd.4, S.1351-1360.

²⁰⁵⁵ Ebd., S.1351.

²⁰⁵⁶ Ebd., S.1352.

²⁰⁵⁷ Ebd., S. 1356.

²⁰⁵⁸ Ebd., S.1356f.

²⁰⁵⁹ Ebd., S.1358.

²⁰⁶⁰ Bundesminister für Wirtschaft (Z A 2-101773; V A 6-500926), gez. Dr. Heinze, am 5.4.1963, an AA, z.Hd. MinDgt. Dr. Böker betr. Angelegenheit Ägypten/Israel; in: BA, B 102, Bd.122351.

rium für Wirtschaft äußerte keine rechtlichen Bedenken, gegen die Arbeit der deutschen Wissenschaftler und Techniker in Ägypten vorzugehen, insbesondere dann nicht, solange deren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland liegen würde. Bemerkenswerterweise befand sich das Ministerium mit dieser Stellungnahme im Einklang mit seiner klaren und berechenbaren bisherigen Politik. So hatte Bundeswirtschaftsminister Erhard im Juli 1961 die Bitte der VAR, diese bei der Errichtung von Kernkraftwerken zu unterstützen, abgelehnt.²⁰⁶¹

Gerade die Käuflichkeit der in Diensten Deutschlands stehenden Wissenschaftler stieß bei einzelnen deutschen bekannten Persönlichkeiten auf öffentlichen Widerstand. So verwies der ehemalige Beobachter im Auftrag der Bundesregierung beim Eichmann-Prozess, von Preuschen, auf die Möglichkeit eines beamtenrechtlichen Vorgehens gegen die deutschen Wissenschaftler.²⁰⁶² Darüber hinaus schien von Preuschen die Verhaltensweise der Bundesrepublik gegenüber Israel aber generell, auch ohne Aufnahme diplomatischer Beziehungen reformbedürftig zu sein. Denn man müsse „mit den Leuten reden, intra muros und unter Ausschluß der Öffentlichkeit, aber reden.“²⁰⁶³ Weitsichtig schnitt von Preuschen damit ein Thema an, welches im wahrsten Sinne des Wortes auf den Nägeln brannte. Man sprach über die Zahlung von Wiedergutmachungsleistungen, über Waffenlieferungen, über das außenpolitische Ansehen der Bundesrepublik, über den Kalten Krieg und eine mögliche Anerkennung der DDR falls man mit Israel diplomatische Beziehungen aufnehmen würde. Israel und seine Menschen, deren historische Erfahrungen, deren Leben unter permanenter Kriegsdrohung, vor allem die Bedrohungen durch die VAR zu diesem Zeitpunkt, nahm die Bundesregierung nicht ausreichend ernst. Es ist im Nachhinein fraglich, ob die Prüfung von gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen von Seiten der Bundesregierung nicht letztlich als ein politischer Schachzug benutzt wurden, um Zeit zu gewinnen, um das Problem quasi auszusitzen.

In ihrem gemeinsamen Brief vom 6. April 1963²⁰⁶⁴ an Adenauer protestierten die Professoren Goercke und Pilz (ein entsprechender Brief Kleinwächters folgte einen Tag später²⁰⁶⁵) gegen die Haltung des Bundestages. Sie verneinten, in Ägypten an ABC-Waffen zu arbeiten und unverbesserliche Nazis zu sein, sondern beklagten vielmehr die „verbrecherischen Handlungen“²⁰⁶⁶ des israelischen Geheimdienstes und verwiesen auf den Abschuss einer israelischen Rakete des Typs Meteor (Shavit) im Sommer 1961. Zudem erhielt der Brief einen Ver-

²⁰⁶¹ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.643.

²⁰⁶² Aktenvermerk von Freiherr von Preuschen vom 29.3.1963, in: BA, N 1239, Bd.60, S.45.

²⁰⁶³ Ebd., S.46.

²⁰⁶⁴ Vgl.: Goercke und Pilz an Bundeskanzler Adenauer am 6.4.1963 aus Kairo, in: PA/AA, B 36, Bd.18, S.145-148.

²⁰⁶⁵ Vgl.: Kleinwächter an Bundeskanzler Adenauer am 7.4.1963, in: PA/AA, B 36, Bd.18, S.142-143.

²⁰⁶⁶ Goercke und Pilz an Bundeskanzler Adenauer am 6.4.1963 aus Kairo, in: PA/AA, B 36, Bd.18, S.146.

weis auf die Ähnlichkeiten der ägyptischen Raketen zur Rakete des Typs Veronique.²⁰⁶⁷ Vom Empfang durch den Papst anlässlich des Internationalen Astronautischen Kongresses 1956 in Rom wurde dem Katholiken Adenauer gegenüber ein reines Gewissen bekundet. Geschickt argumentierend zeichnete man die Alternative zur eigenen Arbeit, indem die eigene Arbeit zukünftig von entsprechenden Spezialisten aus dem Ostblock ausgeführt würde.

Offensichtlich scheute sich die Bundesregierung jedoch, sich konsequent von diesen Personen zu trennen. Denn faktisch wurden die deutschen Wissenschaftler durch die Bundesrepublik zurückgekauft, indem man sie mit deutschen Aufträgen bedachte. Bereits Ende 1964 hatte Kleinwächter so z.B. durch einen Vertreter von Dornier-System erfahren, dass sich der Nahostreferent des Auswärtigen Amts Schirmer „an höchster Stelle“ dafür einsetzen wollte, Kleinwächters Labor in Lörrach mit Aufträgen aus dem deutschen Raumfahrtprogramm zu bedenken.²⁰⁶⁸

Am 20. April 1963 befassten sich in einer Besprechung Vertreter des Bundesinnenministeriums, des Auswärtigen Amts, des Bundesjustiz-, Bundeswirtschafts- und Bundesverteidigungsministeriums mit der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler in Ägypten. Erörtert werden sollte hierbei konkret, wie auf einem neu zu schaffenden Gesetz auf Basis des Art.26 GG,²⁰⁶⁹ die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler im Rahmen der Entwicklung bestimmter Waffen verhindert werden konnte. Darüber sollte eine entsprechende Erweiterung des § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes in Verbindung mit § 45 Abs.2 der Außenwirtschaftsverordnung näher erörtert werden. Eine Einigung auf eine der beiden Varianten wurde nicht erreicht. Eine eventuelle Passentziehung diskutierten die Teilnehmer nur am Rande der Sitzung, da eine solche wohl zurecht als wenig wirksam angesehen wurde. Der Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums äußerte allerdings seine Ansicht zu eventuellen gesetzlichen Maßnahmen nicht, da ihm das an das Bundesministerium für Verteidigung gesandte Schreiben, welches der Sitzung zugrunde lag, nicht bekannt war.²⁰⁷⁰

Eine Aufzeichnung des Bundesministeriums für Verteidigung vom September 1963 skizzierte jedoch offensichtliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ressorts. So hatte der Staatssekretär Hopf bisher ein Gesetz zum umfassenden Verbot der Mitwirkung Deutscher bei

²⁰⁶⁷ Pilz hatte 1961 als Angehöriger der deutschen Expertengruppe zur Beurteilung des europäischen Blue-Streak-Véronique – Programms einen eigenen Vorschlag für ein „Satellitenfahrzeug“ vorgelegt. Dieser fand bei den in Frage kommenden Ministerien, Forschungsanstalten sowie Firmen allerdings keine entsprechende positive Resonanz.

²⁰⁶⁸ Vgl.: Kleinwächter an Schirmer, AA, in: PA/AA, B 36, Bd.18, S.309.

²⁰⁶⁹ Zum „Entwurf zu einem Gesetz über die Beteiligung Deutscher an der Vorbereitung von Angriffskriegen und an der Herstellung von Waffen außerhalb des Bundesgebietes“ von Böhm siehe: BA-MArch, BW 1, Bd.318080. Zu dem Entwurf siehe auch: Blasius, R. A.: Geschäftsfreundschaft, S.174.

²⁰⁷⁰ Vgl.: Vermerk (VR II 2) vom 23.4.1963 betr. Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in der VAR, in: BA-MArch, BW 1, Bd.318080.

der Herstellung von Massenvernichtungswaffen als notwendig erachtet. „W“ (Abteilung Verteidigungswirtschaft) und „T“ (Abteilung Wehrtechnik) des Bundesverteidigungsministeriums befürworteten ein solches umfassendes Verbot allerdings nicht. So vertraten diese Abteilungen die Auffassung, dass ein Verbot der Mitwirkung Deutscher bei der Herstellung, nicht jedoch im Bereich der Forschung und Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln angestrebt werden sollte.²⁰⁷¹

Noch im April 1963 nahm der immer stärker werdende Protest keineswegs unbeachteter Bundestagsabgeordneter, quer durch alle Fraktionen²⁰⁷² gegen die Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler in Ägypten allmählich deutlichere Konturen an. Am 25. April diskutierten auf Einladung des Bundestagsvizepräsidenten Dehler Abgeordnete des Bundestages und einzelner Ministerien Böhms Gesetzentwurf über die Beteiligung Deutscher an der Vorbereitung von Angriffskriegen und an der Herstellung von Waffen außerhalb des Bundesgebietes.²⁰⁷³ Im Rahmen der Sitzung forderte der Vertreter des BJM, auf das geplante Gesetz zu verzichten. Doch genau diese Empfehlung bestärkte die Abgeordneten in ihrem Engagement.²⁰⁷⁴

Der Entwurf Böhms²⁰⁷⁵ sah vor, dass Deutsche außerhalb des Bundesgebietes für die Herstellung, Entwicklung, Konstruktion, Beschaffung und Inverkehrbringung von Kriegswaffen eine Genehmigung benötigten. Weiterhin sah der Entwurf konkrete Überwachungsvorschriften vor. Entsprechend dieser sollte das Auswärtige Amt und dessen auswärtige Vertretungen die Einhaltung des Gesetzes überwachen, was einerseits nicht deren Aufgabe war und andererseits die Hoheitsrechte der Gaststaaten negativ tangieren konnte. Abgesehen von dem sicherlich ernstesten Hintergrund des Gesetzentwurfes, konnte diesem wegen seiner in vielen Teilen zu weit reichenden Bestimmungen, die auch anderweitig umgangen werden konnten und kaum praktikabel waren, sicherlich kein Erfolg beschieden sein. Darüber hinaus hätte ein sol-

²⁰⁷¹ Vgl.: Aufzeichnung (VR II) vom 10.9.1963 betr. Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Mitwirkung Deutscher bei der Herstellung von Massenvernichtungswaffen, in: BA-MArch, BW 1, Bd.318080.

²⁰⁷² Ollenhauer erörterte auf der Fraktionssitzung der SPD am 23.4.1963 die Haltung des Bundesvorstandes, dass die Bundesregierung gesetzliche Möglichkeiten finden müsse, um Tätigkeiten zu unterbinden, die den Frieden in der Welt gefährden würden. Darüber hinaus verwies er auf die gespannte Situation im Nahen Osten, insbesondere auf Israel, und ermahnte, alles zu unterlassen, was in diesem Zusammenhang prekär wirken könnte. Siehe: Die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearb. von H.Potthoff, erster Halbband, Düsseldorf 1993, Dok.57, S.290 (=Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4; Bd.8/III).

²⁰⁷³ An der Sitzung nahmen weiterhin teil: die Abgeordneten Bausch, Güde, Jahn und Wittrock, Vertreter des BJM, des BKA, sowie für das AA, der Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats, Balken. Vertreter des BWM, BMVg, BMI und des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung nahmen an der Sitzung nicht teil.

²⁰⁷⁴ Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.174f.

²⁰⁷⁵ Vgl.: „Entwurf zu einem Gesetz über die Beteiligung Deutscher an der Vorbereitung von Angriffskriegen und an der Herstellung von Waffen außerhalb des Bundesgebietes“ von Böhm, MdB, siehe: BA-MArch, BW 1, Bd.318080.

ches Gesetz auch die wissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik erheblich eingeschränkt.²⁰⁷⁶

Im Anschluss an die Diskussion des Böhm'schen Entwurfes in den Vorstandssitzungen aller drei Bundestagsfraktionen am 13. Mai 1963, arbeitete Böhm einen alternativen Entwurf aus, da sein ursprünglicher Entwurf keine Mehrheit in der CDU-Fraktion gefunden hatte. In diesem sollten die in erstem Entwurf vorgesehenen Überwachungsvorschriften wegfallen. Weiterhin sollten die Herstellung und Verbreitung von ABC-Waffen sowie Raketen prinzipiell, nicht jedoch für die friedliche Nutzung verboten werden. Das vorgesehene Genehmigungsverfahren fand jedoch ausschließlich auf Staaten Anwendung, die dem westlichen Verteidigungsbündnis angehörten. Einzelne Abgeordnete außer Böhm, wie Dehler von der FDP oder Jahn von der SPD befürworteten sogar ein generelles Genehmigungsverbot für die Beteiligung deutscher Staatsbürger an der Kriegswaffenproduktion im Ausland.²⁰⁷⁷

Während sich Böhm in der CDU/CSU-Fraktion auch mit der Einbringung eines Initiativgesetzentwurfes zunächst nicht durchsetzen konnte, gelang ihm dies letztlich durch den von Seiten der SPD auf seine Fraktion ausgeübten Drucks. So hatte diese angekündigt, einen solchen Entwurf auch ohne die Unterstützung der anderen großen Volkspartei einbringen zu wollen.²⁰⁷⁸ Mit Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP wurde die Bundesregierung im Juni 1963 schließlich ersucht, „dem Bundestag ein weiteres Gesetz zur Ausführung des Art.26 Abs.2 GG vorzulegen.“²⁰⁷⁹ Das Bundeskabinett hatte sich allerdings bereits am 2. Mai auf persönlichen Vorschlag von Bundeskanzler Adenauer geeinigt, bei der Behandlung der gesamten Angelegenheit kurz zu treten.²⁰⁸⁰

In diesem Sinne kam man im Rahmen einer Besprechung im Bundesministerium für Wirtschaft im Sommer 1963, an der auch die Abteilung Verteidigungswirtschaft des BMVg beteiligt wurde, zu dem Ergebnis, dass Art.26 Abs.2 GG keine Rechtsgrundlage für ein Verbot Deutscher bei der Herstellung von Massenvernichtungsmitteln darstelle.²⁰⁸¹ Anstatt dessen,

²⁰⁷⁶ Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.178; Vgl.: Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Lenz, (I A 3 – 1031-9-8/63), an Böhm am 25.6.1963, in: ACDP, I-200-006/5 GV.

²⁰⁷⁷ Vgl.: Blasius, R.A.: Geschäftsfreundschaft, S.177f.

²⁰⁷⁸ Ebd., S.181.

²⁰⁷⁹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksachen, Bd.85, IV/1388 (neu), 27.6.1963. Der Antrag wurde in der 83. Plenarsitzung am 28.6.1963 angenommen.

²⁰⁸⁰ Vgl.: AAPD 1963, Dok.173, S.562, Anm.4. Dennoch reichte die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages einen Initiativgesetzentwurf betr. eines Entwurfes eines Zweiten Ausführungsgesetzes zu Art.26 Abs.2 GG ein. Der Rechtsausschuss bekam durch den Bundestag am 15. Juni 1964 in dieser Angelegenheit die Federführung übertragen. Involviert waren ebenso die Ausschüsse für Inneres und Äußeres, einzelne Ministerien und das Bundeskanzleramt. Vgl.: Schnellbrief des Bundesministers des Innern (VI B 4 – 641325-1/1) an den Chef des Bundeskanzleramts vom 6.11.1964 betr. Stellungnahme der Bundesregierung zum Antrag der SPD-Fraktion betr. Entwurf eines Zweiten Ausführungsgesetzes zu Art.26 Abs.2 GG, in: BA-MArch, BW 1, Bd.318080.

²⁰⁸¹ Vgl.: Aufzeichnung (VR II) vom 10.9.1963 betr. Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Mitwirkung Deutscher bei der Herstellung von Massenvernichtungswaffen, in: BA-MArch, BW 1, Bd.318080.

gewissermaßen als gesichtswahrende Lösung für alle Beteiligten, einigte man sich, die Frage unter Zuhilfenahme von Passvorschriften zu regeln. Das Bundeskabinett beschloss im Dezember 1963 die Novellierung des Passgesetzes, ohne dass dies praktische Folgen für die deutschen Wissenschaftler in Ägypten gehabt hätte.

3.9.4. Unterschiedliche Reaktionsmuster

Aber weswegen hielten sich gerade die USA und Frankreich mit offiziellen Stellungnahmen weitestgehend zurück? Weswegen reagierten Bundestag und einzelne Bundesministerien so unterschiedlich auf die Krise?

Nicht nur innerhalb des Bundesverteidigungsministeriums, sondern v.a. zwischen diesem und dem Auswärtigen Amt kam es aus Anlass der Krise zu einer ernsthaften Auseinandersetzung. Dieses beanstandete, „bisher über den Stand der rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zu Israel nicht ausreichend unterrichtet“²⁰⁸² worden zu sein. Dies war jedoch vonnöten, wollte man während der aktuellen Krise sowohl gegenüber Israel, als auch gegenüber Ägypten angemessen reagieren. Zu besonderer Brisanz entwickelte sich die Auseinandersetzung, als der ehemalige Bundesverteidigungsminister Strauß anlässlich seines Israelbesuchs verkündet hatte, dass sich die Bundesregierung „für das Leben und die Existenz Israels“²⁰⁸³ verantwortlich fühle, israelische Sicherheitsfragen seien in diese Aussage eingeschlossen. Abgesehen davon, dass eine solche Äußerung das bestehende Misstrauen im Nahostkonflikt noch verschärft haben dürfte, müssen die Äußerungen von Strauß ebenso wie die Krise wegen der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler auch vor dem Hintergrund der regionalen Entwicklung im Nahen Osten betrachtet werden. Im April 1963 hatten sich Ägypten, Syrien und der Irak zu einer neuen Vereinigten Arabischen Republik (VAR) zusammengeschlossen. Israel protestierte in diesem Zusammenhang gegen das durch die VAR proklamierte Ziel, Palästina zu befreien, vor der UNO. Die infolge der Neugründung der VAR in Jordanien ausbrechenden gewalttätigen Unruhen, zwangen die dortige Regierung zum Rücktritt.²⁰⁸⁴

²⁰⁸² AAPD 1963, Dok.150, S.495. Konkret übte der Leiter der Abteilung Handels- und Entwicklungspolitik im Auswärtigen Amt, Sachs, Kritik an Brigadegeneral Becker.

²⁰⁸³ AAPD 1963, Dok.189, S.609. Strauß hielt sich vom 27.5.bis 5.6.1963 in Israel als Privatperson auf. Dem Aufenthalt von Strauß lag ein Reiseprogramm des israelischen Verteidigungsministeriums zugrunde. Dieses hatte die Vorbereitungen der Reise des ehemaligen Bundesverteidigungsministers auch organisatorisch begleitet. Hierzu siehe ACSP, NL Strauß, Fam 387 sowie PV 5099. Weiterhin Ha'aretz - Interview mit Strauß vom 2.6.1963, in: PA/AA, B1, Bd.219.

²⁰⁸⁴ Vgl.: AdG 1963, S.10522-10524 sowie 19546f. Ministerialdirektor Böker, AA, zeigte sich zudem gegenüber seinem amerikanischen Gesprächspartner des State Departments, Strong, überrascht über die Bildung der VAR in dieser Form. Vgl.: AAPD 1963, Dok.188, S.606.

Im April 1964 vertrat der Nahostreferent des Auswärtigen Amts, Schirmer, die Auffassung, dass das Fehlen diplomatischer Beziehungen zu Israel die Situation erschwere.²⁰⁸⁵ Direkte persönliche Gespräche waren letztlich nicht ersetzbar.²⁰⁸⁶

Im selben Zeitraum, indem die höchste politische Ebene in beiden Staaten zur Zurückhaltung mahnte, engagierten sich zahlreiche einzelne Politiker für eine für beide Seiten und die Öffentlichkeit annehmbare Lösung der Krise.

Aber was bewegte Ben Gurion einerseits und Adenauer andererseits dazu, eher beschwichtigend auf die Krise einzuwirken? Weshalb protestierte Ben Gurion nicht vehement gegenüber der zögerlichen Haltung der Bundesregierung, die bundesdeutschen Wissenschaftler aus Ägypten zurückzuholen? Weshalb opferte er, abgesehen von dessen Konflikt mit Peres, seinen erfolgreichen Geheimdienstchef Harel? Warum sprach sich Adenauer im Vergleich beispielweise zum Bundestag nicht scharf gegen die Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler in Ägypten aus? Weswegen besaß weder die deutsche noch die israelische Regierung Interesse an einer Eskalation der Krise?

Ben Gurion, obwohl politisch durch die Krise angeschlagen, bekannte sich zur Bundesrepublik Deutschland. Diese Beziehungen basierten seiner realistischen Ansicht nach keineswegs auf „Liebe“, sondern auf „gemeinsamen Interessen.“²⁰⁸⁷ Ben Gurion wusste zu diesem Zeitpunkt – und er teilte dieses Wissen nur mit sehr wenigen Personen – um die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung der deutschen Hilfe in Form der Aktion Geschäftsfreund und Frank./Kol. Genau diese Hilfe war für die Existenz und Sicherheit des Staates Israel zu dieser Zeit hochgradig bedeutsam, ja fundamental. Ob Harel im Rahmen dieser Krise dieselben Hintergrundinformationen wie Ben Gurion oder Peres hinsichtlich der Unterstützung der Bundesrepublik für Israel vorlagen, muss bezweifelt werden. Die Äußerung Hansens, wonach der Mossad eng mit dem Bundesnachrichtendienst zusammengearbeitet habe, der Harel hinsichtlich seiner „Theorie einer an die Shoah anknüpfenden umfassenden deutschen Verschwörung gegen Israel“ „eines besseren hätte belehren können“²⁰⁸⁸, kann anhand des vorliegenden Quellenmaterials nirgends verifiziert werden. Nach Harel existierte noch 1960 nur ein sehr eingeschränkter Kontakte zum BND.²⁰⁸⁹ Aus heutiger Perspektive könnte

²⁰⁸⁵ Vgl.: Aufzeichnung Schirmer (IB4 – 84.00/90.35 – 463/64 geh.) vom 6.4.1964 betr. Israels Haltung zum sogenannten Rückrufgesetz, in: PA/AA, B 150, Bd.26, S.1683.

²⁰⁸⁶ So erwog Schirmer aus Anlass des Besuches des Staatssekretärs im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Cartellieri, in Israel, den Generaldirektor des dortigen Außenministeriums über das ‚Rückrufgesetz‘ zu unterrichten. Dieser besuchte auf Einladung des Weizmann-Instituts Israel in der Zeit vom 18. bis 23.4.1964. Aufzeichnung Schirmer (IB4 – 84.00/90.35 – 463/64 geh.) vom 6.4.1964 betr. Israels Haltung zum sogenannten Rückrufgesetz, in: PA/AA, B 150, Bd.26, S.1684.

²⁰⁸⁷ Weitz, Y.: Ben-Gurions Weg zum „Anderen Deutschland“ 1952-1963, in: VfZ 48 (2000), S.270.

²⁰⁸⁸ Hansen, N.: Schatten, S.642.

²⁰⁸⁹ Vgl.: Black, I./ Morris, B.: Mossad, Shin Bet, Aman, S.248.

man vermuten, dass die Aktion Geschäftsfreund, mittels derer Israel letztendlich einen Kredit in Höhe von 2 Milliarden DM zur Erschließung des Negev erhalten sollte, in Wirklichkeit möglicherweise indirekt der Finanzierung des israelischen Atomprojektes in Dimona diene. Aber genau diese Entwicklung sollte Israel über Jahrzehnte seine reine Existenz sichern. Dieses Ziel wog angesichts des Geschehenen für Ben Gurion weit mehr, als der Bruch der Beziehungen zu Deutschland wegen einer, wenn auch sehr bedenklichen Krise. Auch wenn sich Israel durch die Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler in der ägyptischen Rüstungsindustrie gedemütigt und bedroht fühlen musste, dem Ziel, Israels Existenz und Sicherheit zu garantieren, ordnete Ben Gurion alle sonstigen Entscheidungen unter, zumal er zwischen den deutschen Wissenschaftlern und der Bundesregierung zu unterscheiden wusste.

Bundeskanzler Adenauer überblickte als eine der ganz wenigen Personen in der Bundesrepublik das Ausmaß der deutschen Hilfe an Israel. Zudem wollte er ein weiteres Fußfassen der DDR bzw. der Sowjetunion in Ägypten vereitelt wissen. Deswegen konnte Adenauer entsprechend seines politischen Konzepts kein Interesse an einer Eskalation des Konfliktes besitzen. Ob die Bundesregierung darüber hinaus bewusst auf Zeit spielte, um sich infolge der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler technisches Know how auf dem Gebiet der Raketentechnik zu sichern, welches in der Bundesrepublik infolge völkerrechtlich verbindlicher Beschränkungen nicht ohne weiteres zu erwerben gewesen ist, darf vermutet werden. Dieses Argument dürfte Unterstützung finden, wenn man sich den Werdegang der einzelnen deutschen Wissenschaftler nach ihrem de facto mehr- oder weniger erfolgten Rückkauf verdeutlicht.

Im Unterschied zu Adenauer reagierten einzelne Bundestagsabgeordnete angesichts der Unterstützung deutscher Wissenschaftler für die ägyptische Rüstung auch in der Öffentlichkeit schärfer. Besonders vehement protestierten diejenigen Personen gegen die Politik der Bundesregierung, die ohnehin die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel für längst überfällig hielten, wie etwa Böhm.

Die USA zeigten sich im Verlaufe der Krise äußerst besorgt über das Wettrüsten im Nahen Osten, welches weit über ein lokales Rüstungsprogramm Ägyptens und die Rolle der deutschen Wissenschaftler hinausging. So war die amerikanische Regierung an der Sicherheit Israels ebenso wie anderer Nahoststaaten interessiert. Die USA hatte ursprünglich versucht, südlich des Northern Tier ein Konzept zu verfolgen, welches die feindlichen Parteien einander annähern sollte und somit auch einen zunehmenden Geländegewinn der Sowjetunion in der Region vereitelt hätte. Allerdings musste dieses Konzept angesichts der realen Entwicklungen zunehmend an den Realitäten scheitern. Israel wie die Ägypten versuchten beide eigene Rake-

ten zu entwickeln und eigene Flugzeugindustrien aufzubauen. Darüber hinaus strebten beide, wie oben erwähnt, ein eigenes Nuklearprogramm an, wenngleich Israel letzten Endes erfolgreicher als Ägypten. Nicht zuletzt untergrub die französische Nahostpolitik, abgeschwächt aber auch die britische und deutsche, die amerikanischen Bemühungen, ein Wettrüsten im Nahen Osten zu verhindern. Die Frage, ob eine freiwillige Rückkehr der deutschen Wissenschaftler in die Bundesrepublik erfolgen würde, beurteilten auch die USA eher skeptisch. Die gegenseitigen Vorwürfe, besonders aus Ägypten und Israel betr. des Rüstungswettlaufes zogen ihre Kreise bis in die amerikanische Öffentlichkeit. Jedoch sollte ein Abdriften Ägyptens in eine größere Abhängigkeit hin zur Sowjetunion verhindert werden. Da jedoch zu diesem Zeitpunkt die deutschen Wissenschaftler ohne weiteres durch sowjetische ersetzt werden konnten, galt es, der UdSSR nicht noch den Zugang zur Ägypten zu erleichtern.²⁰⁹⁰

Großbritannien und Frankreich signalisierten der Bundesrepublik ihr Einverständnis hinsichtlich der deutschen Behandlung der Frage. Während man im Foreign Office von einem Angstkomplex der Israelis wegen des wachsenden Rüstungspotentials der arabischen Staaten ausging, beobachtete Frankreich das israelische Vorgehen gelassen.²⁰⁹¹

Frankreich wusste weswegen. Im Ergebnis der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raketenentwicklung entstand die französische Rakete des Typs MD-660, mit einer Reichweite von etwa 450 km und der Fähigkeit, nukleare Sprengköpfe zu tragen. Israel erhielt die Rakete allerdings trotz seines Anteils an der Entwicklung nicht.²⁰⁹² Frankreich kannte den israelischen Vorsprung in der Militärtechnik gegenüber Ägypten ebenso wie das eigene Engagement im Kontext des Reaktorbaus in Dimona. Es konnte somit der gesamten Angelegenheit aus eigener Perspektive ruhig entgegen sehen.

3.10. Kulturelle und wissenschaftliche Kontakte

Obwohl gerade im Bereich der Kultur, aber auch Wissenschaft, deutsche Juden diese nicht unwesentlich mitbestimmt und teilweise auch geprägt haben, blieben hier die deutsch-israelischen Kontakte der Nachkriegszeit von ambivalenter Natur geprägt. Angesichts des

²⁰⁹⁰ Vgl.: AAPD 1963, Dok.145, S.478. Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.221, S.607f.

²⁰⁹¹ Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung I (IB4-84.00/90.35/361/63 geh.), AA, vom 28.3.1963 betr. Tätigkeit deutscher Raketenfachleute in der VAR, in: PA/AA, B 150, Bd.4, S.1359.

²⁰⁹² Vgl.: Levey, Z.: Israel and the Western Powers, S.128. Levey zufolge entwickelte Israel aufbauend auf dieser Kooperation eine eigene Rakete (Jericho I) mit maximaler Reichweite von 500 km, ebenfalls mit der Fähigkeit nukleare Sprengköpfe zu tragen. Ebd., S.128f. Laut Cohen hatte das israelische Verteidigungsministerium mit Marcel Dassault im April 1963 einen Vertrag zwecks der Entwicklung und Produktion einer ballistischen Bode-Boden Rakete abgeschlossen. Die Rakete des Typs Jericho war Cohen zufolge auch als MD-620 bekannt. Vgl.: Cohen, A.: Israel and the Bomb, S.116. Einige Jahre zuvor hatten Peres, Ben.Natan, Dayan und Rabin das Raketenversuchsgelände der französischen Armee in der algerischen Sahara (Colombe-Béchar) besucht. Vgl.: Ben, Natan, A.: Die Chuzpe zu leben, S.99.

Holocausts darf dies nicht verwundern. Dieser hinterließ eine Blutspur des Grauens in der jüdischen und deutschen Geschichte und entsprechende Erinnerungen in den Köpfen einzelner Überlebender. Gerade in den Bereichen von Musik, Theater, Film und Literatur,²⁰⁹³ die eine überdurchschnittliche Verbindung zu emotionalen Reaktionen, Eindrücken, ja dem Seelenleben des Einzelnen herstellen, blieben die Kontakte zunächst nur spärlich. Wenn sie existierten, blieben sie umstritten.

Allein die Rezeption moderner hebräischer Literatur²⁰⁹⁴ in Deutschland heute zeigt, dass israelische Literatur für den durchschnittlichen und nicht mit Israel oder Judentum befassten Leser nahezu Terra incognita darstellt. Während der fünfziger Jahre erschienen ganze zwei israelische Bücher (19 Bücher während der sechziger Jahre) in deutscher Übersetzung.²⁰⁹⁵

1950 verbot das israelische Erziehungsministerium jeglichen Gebrauch der deutschen Sprache in öffentlichen Gebäuden.²⁰⁹⁶ Dieser Beschluss beeinflusste das kulturelle Leben in Israel auf unterschiedlichste Weise. Somit wurde prinzipiell die Aufführung deutscher Filme und deren Produktion in Israel, Theatervorstellungen in deutscher Sprache, deutsche Volkslieder etc. untersagt. Für den Bereich der Musik galten in Israel weitreichende Restriktionen. Am bekanntesten sind hier die Aufführungsverbote für Werke von Richard Strauß und Richard Wagner.²⁰⁹⁷ Diese Situation führte zu ambivalenten Erscheinungen besonders im Bereich der Vokalmusik, die zwar weiterhin in israelischen Konzerthallen aufgeführt wurde, wobei aber deutsche Verse in einer anderen Sprache gesungen wurden. Augenscheinliches Beispiel für die praktischen Konsequenzen, zu denen das Verbot der deutschen Sprache in öffentlichen Gebäuden führen konnte, ist die Aufführung von Gustav Mahlers „Das Lied von der Erde“ durch das Israelische Philharmonische Orchester 1952. Während sich Jenny Tourel sich weigerte in hebräischer Sprache zu singen und Leonard Bernstein bat, die Manager des

²⁰⁹³ Hierzu ausführlich Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.378-384.

²⁰⁹⁴ Vgl.: Feinberg, A.: Rays of Light and the Shadows of History, in: Modern Hebrew Literature No.4 (Fall/Winter) 1991, S.8-10.

²⁰⁹⁵ Ebd., S.9. Feinberg verweist für die achtziger Jahre auch darauf, dass sich der ehemalige DDR-Verlag „Volk und Wissen“ an der Publikation israelischer Literatur in deutscher Sprache durchaus interessiert zeigte. Über die Rezeption der tatsächlich veröffentlichten Werke in der DDR fehlt bisher eine spezielle Analyse. Weiterhin: Eylon, L.: Ein Weg zum gegenseitigen Verständnis. Kulturelle Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, in: Giordano, R. (Hg.): Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährung – Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen, Berlin 1992, S.109.

²⁰⁹⁶ Hierzu Sheffi, N.: Rejecting the Other's Culture – Hebrew and German in Israel 1933-1965, in: TAJB 27 (1998), S.301-319. Zur Haltung ehemaliger Deutscher gegenüber einem Boykott deutscher Sprache und Kultur 1945-1951 siehe: Barzel, N.: The Attitude of Jews of German Origin in Israel to Germany and Germans after the Holocaust, 1945-1952, in: LBI Year-book 39 (1994), S.286-293.

²⁰⁹⁷ Siehe: Sheffi, N.: Cultural Manipulation: Richard Wagner and Richard Strauss in Israel in the 1950s, in: Journal of Contemporary History 34 (1999), S.619-639; Sheffi, N.: Who's Afraid of Richard Wagner. The Israeli Press, Politics and Music, 1938-1994, in: Patterns of Prejudice, 31/4 (1997), S.35-52; Assor, R.: Musik oder Weltanschauung? Weiterhin Boykott von Richard Wagner in Israel, in: Tribüne (31) 1992, S.47-52; Bruen, H.: Wagner in Israel: A Conflict among Aesthetic, Historical, Psychological, and Social Considerations, in: The Journal of Aesthetic Education 27 (1993), S.99-104.

Orchester dahingehend zu überreden, ihr zu erlauben, die deutschen Verse vorzutragen, sang ihr Kollege, Ernest Garay in hebräischer Sprache.²⁰⁹⁸ Zu einem regelrechten Eklat in der Knesset entwickelte sich 1954 der Fall der israelischen Schauspielerin Orna Porat. Die in Deutschland geborene Porat trat auch in deutschen Stücken auf. Hintergrund der kontroversen Diskussionen bildete ihr Auftritt in Westberlin in der Folge einer Einladung der Shilumim-Gesellschaft.²⁰⁹⁹ Ein weiteres Beispiel für die schwierige Situation ergab sich im Zusammenhang mit dem Auftritt der österreichischen Sängerin Hilde Zadek in Israel. So hatte der Zensurausschuss für Film und Theater, der dem Innenministerium unterstand, der Sängerin untersagt, bei ihren öffentlichen Auftritten in Beethovens „Fidelio“ den deutschen Originaltext zu verwenden. Der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums Eytan bezeichnete dies angesichts der bestehenden offiziellen Beziehungen Israels zu Österreich als an „Geschmacklosigkeit“²¹⁰⁰ grenzend. Ähnlich ambivalent gestaltete sich auch die Behandlung der deutschen Literatur in Israel, wo sich die Werke z.B. der Mann-Familie durchaus der Beliebtheit erfreuten, obwohl moderne deutsche Literatur offiziell als verpönt galt.²¹⁰¹ Obgleich 1950 der Gebrauch der deutschen Sprache in öffentlichen Gebäuden untersagt worden war, existierten Inseln dieser in Israel. So publizierten 1955 dort sieben Zeitungen in deutscher Sprache.²¹⁰² Die offenbare Einstellung der israelischen Regierung gegenüber der deutschen Sprache, wie sie sich in dem Verbot von 1950 manifestierte, sollte jedoch nicht ausschließlich der deutsch-jüdischen Vergangenheit angelastet werden. Etwa zeitgleich sah sich Israel einem sehr generellen Problem gegenüber, als dass es einer Regelung bedurfte, in der auch sprachlich kulturellen Vielfalt des Landes eine, durch die breite Bevölkerung akzeptierte, Amtssprache durchzusetzen, zumal viele der Neueinwanderer in Israel des Hebräischen zunächst nicht mächtig waren.

Die Ambivalenz der Behandlung deutscher Kultur in Israel resultierte aus zweierlei Quellen. Einerseits dem Wissen um den Holocaust, den damit in Zusammenhang stehenden emotionalen Reaktionen Betroffener sowie der Vermeidung all dessen, was an diesen in irgend einer Weise erinnerte. Andererseits entsprang diese Ambivalenz aber auch einem in Israel anzutreffenden Differenzierungsvermögen in der Wahrnehmung von Tätern bzw. persönlich schuldigen Deutschen und Deutschen oder deutscher Kultur, die nicht in Verbindung zum Holocaust standen und ein „anderes“ Deutschland darstellten. Zunächst galt es das zu diesem

²⁰⁹⁸ Vgl.: Sheffi, N.: *Rejecting the Other's Culture*, S.315.

²⁰⁹⁹ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, Dok.82, S.305f.

²¹⁰⁰ Ebd., Dok.107, S.357.

²¹⁰¹ Ebd., S.103.

²¹⁰² Vgl.: IID 3 (1955), Heft 42, S.6f. Zu diesen gehörten z.B. „Yedioth Chadashot“, „Emeth“ der Allgemeinen Zionisten, oder das „Mitteilungsblatt“ der Irgun Olej Merkaz Europa (IOME).

Land verlorengegangene Vertrauen wiederaufzubauen. Dies geschah – wie sollte es sonst sein, am meisten durch persönliche Kontakte zwischen Deutschen und Israelis, in persönlichen Gesprächen, aber v.a. auch korrektem Verhalten, wie dies auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel trotz aller Hürden beispielhaft demonstriert wurde. Sowohl in beiden deutschen Staaten, wenn auch in unterschiedlicher Intensität und mit verschiedener Motivation, als auch in Israel behielten sich die Regierungen in den Bereichen der Kultur und Wissenschaft ein gewisses Mitspracherecht und Einflussnahme vor. Dennoch waren es gerade auf diesen Gebieten nicht die Berufsdiplomaten, sondern eher die Arbeitsebene von Wissenschaftlern, Künstlern, etc. die hier Meisterarbeit zur Verständigung leisteten.

3.10.1. Wissenschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen Bundesrepublik und Israel

Anfänge der deutsch-israelischen kulturellen Kontakte reichen in die erste Hälfte der fünfziger Jahre zurück. Abgesehen von der ersten Reise des Journalisten Rolf Vogel nach Israel,²¹⁰³ bildete die Ausstellung „Altneuland Israel“, für deren Titel der gleichnamige Roman Theodor Herzls Pate stand, einen ersten Höhepunkt. Diese Wanderausstellung, die in Hamburg, Düsseldorf, Berlin und Frankfurt gezeigt wurde, veranstalteten die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Israel-Mission und einzelnen jüdischen Gemeinden. Bis zum Oktober 1954 besuchten diese Ausstellung etwa 30.000 Menschen.²¹⁰⁴

Der stellvertretende Leiter der Israel-Mission, Chaim Yachil, schlug dem israelischen Außenministerium bereits im Mai 1954 die Aufnahme eines offenen und offiziellen Kulturaustauschs mit der Bundesrepublik als Vorstufe diplomatischer Beziehungen vor. Unter einen solchen zählte er Besuche israelischer Professoren in Deutschland, Besuche von Studenten oder die Durchführung von Ausstellungen. In Israel selbst sollte die deutsche Kultur der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und deutsche Bücher importiert werden. Infolge einer dadurch zu erzielenden Annäherung könne das Eis durchbrochen werden. Zwar erforderte ein solcher Schritt in den Augen Yachils Mut, doch werde Israel, wenn es nicht bereit sei, Risiken einzugehen, nirgends vorankommen.²¹⁰⁵ Einige Mitarbeiter des israelischen Außenministeriums hatten sich bereits für die Notwendigkeit israelischer Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland ausgesprochen. Artikel israelischer Journalisten für die deutsche Presse, Kontakte zur

²¹⁰³ Vgl.: Vogel, R. (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil III: Kultur, Bd.8, S.4ff.

²¹⁰⁴ Vgl.: IID 3 (1954), Heft 34, S.24.

²¹⁰⁵ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.78, S.292.

deutschen Fachpresse (insbesondere Jura und Mathematik), aber auch die Herausgabe deutschsprachiger Bücher deutscher Autoren in Israel wurden für notwendig erachtet, die Teilnahme israelischer Wissenschaftler an internationalen Konferenzen auch in Deutschland, aber auch deutscher Wissenschaftler in Israel diskutiert.²¹⁰⁶

In einer Sitzung in Anwesenheit des Generaldirektors des israelischen Außenministeriums wurde im Oktober 1955 eine liberalere Visavergabep Praxis für Besuche deutscher Journalisten in Israel und eine Erweiterung des Personenkreises, für den dieses ebenso gelten sollte, sowie weiterhin eine Liberalisierung für Deutschlandreisen israelischer Wissenschaftler und Künstler beschlossen.²¹⁰⁷ Der in israelischen Pässen anzutreffende Vermerk „not valid for Germany“ war offensichtlich bereits zu dieser Zeit nicht absolut zu verstehen.

Doch ganz so einfach, wie dies gelegentlich erhofft wurde, gestalteten sich die Kontakte zwischen Deutschen und Israelis nicht. Einerseits wurden durchaus Erfolge erzielt, wie z.B. mit der Errichtung der Germania Judaica in Köln oder der Deutschen Bibliothek in Tel Aviv Ende der fünfziger Jahre.²¹⁰⁸ Bereits im Sommer 1957 reiste eine fünfköpfige israelische Delegation zum in Frankfurt stattfindenden Weltkongress der Lehrer.²¹⁰⁹ Im selben Jahr reiste auch eine deutsche Theologendelegation zum zweiten Judaistischen Weltkongress nach Jerusalem.²¹¹⁰ Der Besuch einer weiteren vierköpfigen israelischen Lehrerdelegation in der Bundesrepublik erfolgte z.B. 1961.²¹¹¹ Andererseits blieben die beiderseitigen Bemühungen nicht von gewissen Rückschlägen verschont. So weigerte sich eine kleine Gruppe ehemaliger Insassen des Warschauer Ghettos an der Konferenz der 1958 in Israel tagenden „Fédération Internationale Libre des Déportés et Internés de la Résistance“ teilzunehmen, wenn die deutschen Vertreter (Alfred Frenzel, MDB, SPD und Franz Böhm, MDB, CDU) dieser nicht fernblieben, was diese letzten Endes freiwillig taten.²¹¹² Obgleich eine solche Entscheidung in Anbetracht gerade dieser Deutschen auch zu diesem Zeitpunkt keinesfalls unstrittig oder gar gerecht war, illustriert sie jedoch die Schwierigkeiten, auf die Staaten mit unsauberer Vergangenheit - in diesem Falle Deutschland (was die DDR mit einschließt) - zwangsläufig immer stoßen werden. Ein anderes Beispiel für die Schwierigkeiten, die es im Rahmen der deutsch-israelischen Beziehungen zu überwinden galt, bildet die geplante Tournee der israelischen Philharmoniker

²¹⁰⁶ Ebd., Dok.63, S.248f.

²¹⁰⁷ Ebd., Dok.105, S.355.

²¹⁰⁸ Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S. 513f.

²¹⁰⁹ Vgl.: IDD 6 (1957), Heft 53, S.22.

²¹¹⁰ Ebd., S.21f.

²¹¹¹ Vgl.: Verbalnote der Israel-Mission in Köln an AA am 14.5.1961, in: ISA/3309/14-37; Leiter der Westeuropaaabteilung an Außenministerin am 28.6.1961, in: ISA/3309/14-37. Auf die kontroversen Diskussionen im Zusammenhang des Besuchs israelischer Lehrer in der Bundesrepublik infolge der durch Bundespräsident Lübke initiierten deutschen offiziellen Einladung 1961 sei hier am Rande verwiesen. Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, S.102 sowie Dok.200, S.563 u.Dok.201, S.564.

²¹¹² Ebd., Dok.161, S.479ff.

in der Bundesrepublik 1962. So sahen sich diese infolge des Drucks der öffentlichen Meinung in letzter Minute zur Absage der Reise gezwungen, wobei die Vorbehalte in der israelischen Bevölkerung durch das Bekanntwerden der Tätigkeit der deutschen Raketenexperten in der VAR gestiegen waren.²¹¹³

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik strebte während des Untersuchungszeitraumes kein bilaterales Abkommen über Kulturaustausch mit Israel auf offizieller Ebene an. Es berücksichtigte dabei durchaus auch arabische Befindlichkeiten, wie es z.B. bei der geplanten deutsch-israelischen Filmproduktion von „Nathan der Weise“ sichtbar wird. Diese lehnte das Auswärtige Amt ab, da die Darstellung der moslemischen Figur des Saladin in den arabischen Staaten Zorn provozieren konnte.²¹¹⁴

Nach anfänglichen Finanzierungsproblemen gestalteten sich die Bemühungen um den deutsch-israelischen Jugendaustausch im wesentlichen durchaus positiv. 1957 gründeten Studenten an der Freien Universität in Berlin die erste deutsch-israelische Studiengruppe, denen bald weitere solcher über die gesamte Bundesrepublik verstreuten Gruppierungen folgen sollten. Die Berliner Studiengruppe stand frühzeitig in Kontakt mit dem israelischen Studentenbund und besuchte Israel bereits ein Jahr später. Deren Antrag auf eine Bezuschussung der Reise durch die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts 1958 wurde mit dem Hinweis auf Mangel an finanziellen Mitteln und auf die gespannte politische Lage im Nahen Osten abgelehnt. Für die im Herbst 1960 durchgeführte Studienreise einer weiteren deutsch-israelischen Studiengruppe, bewilligte dieselbe Abteilung keine Mittel. Dafür bezuschussten u.a. die Kultusministerien Bayerns und Niedersachsens die Reise. Die finanzielle Unterstützung der Reise einer Schulklasse 1960 nach Israel wurde als nicht unproblematisch durch das Auswärtige Amt zurückgestellt und letztlich negativ entschieden.²¹¹⁵

Doch blieb es nicht dauerhaft bei dieser Haltung des Auswärtigen Amts, welches z.B. die Israel-Reise des „Hilfswerks 20. Juli 1944“ im Frühjahr 1963 mit etwas mehr als 50.000 DM förderte. Bei dieser Gruppe handelte es sich um 25 Kinder deutscher Widerstandskämpfer zwischen 17 und 25 Jahren. Für eine Bezuschussung deren Reise durch das Auswärtige Amt setzte sich auch der Generalsekretär des Zentralrats der Juden van Dam mittels eines Briefes

²¹¹³ Vgl.: Aufzeichnung Schlagintweit vom 8.7.1963, in: PA/AA, B 36, Bd.43.

²¹¹⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): *Moral und Realpolitik*, S.104. Die Aussage Hansens, wonach es im Bereich der kulturellen Beziehungen zu Israel auf deutscher Seite keine Probleme gegeben habe, „da sich eine Rücksichtnahme auf die Araber erübrigte“, dafür umso größere psychologische Probleme auf israelischer Seite existierten, bedarf der Relativierung. Vgl.: Hansen, N.: *Schatten*, S.512.

²¹¹⁵ Vgl.: Aktennotiz über Israelreise der Deutsch-Israelischen Studiengruppen aus dem Jahre 1959, in: PA/AA, B 2, Bd.83; StS des AA, i.V. Knappstein, (St.S. 0541/60) an Hübner, MdB am 5.5.1960, in: PA/AA, B 2, Bd.83.

an den Bundesaußenminister Schröder persönlich ein.²¹¹⁶ Ein Jahr zuvor hatte das Auswärtige Amt bereits eine Studienfahrt zur politischen Bildungsarbeit von Jugendlichen aus Hamburg nach Israel mit 7.500 DM finanziell unterstützt.²¹¹⁷ 1960 studierten bereits 162 israelische Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil von diesen (weit über 40 Personen) belegte ein medizinisches Studienfach (Zahn- und Tiermedizin eingeschlossen).²¹¹⁸ Gerade der Jugend- und Studentenaustausch sollte sich im Sinne der Verständigung beider Nationen als wesentlicher Bestandteil der deutsch-israelischen Beziehungen herauskristallisieren. Gerade die Jugend genoss insofern einen Vorteil, als sie unter gleichzeitiger Beachtung der deutsch-israelischen Vergangenheit insgesamt emotional unbelasteter und optimistischer in die Zukunft blicken und diese gestalten konnte. Mit dieser Hoffnung, dem Gestaltungs- und Aufbauwillen wurde der Würde der Ermordeten, ihrem Leben und Lebenswerk längerfristig vielleicht mehr entsprochen, als mit leblosen Stelen oder manch inhaltlich ungenügender Ausstellung.

Dennoch wurden auch studentische Aktivitäten gelegentlich durch die Schatten der Vergangenheit beeinflusst. So diskutierten z.B. der Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen und die National Union of Israeli Students im Sommer 1962, ob ein geplantes Seminar auf deutschem oder neutralem Staatsgebiet abzuhalten sei.²¹¹⁹

Die bilateralen Verbindungen wuchsen von anfänglich durch persönliche Initiative hergestellten Kontakten bis hin zu größeren Projekten, die sich letztlich auch staatlicher Unterstützung, in Form finanzieller Hilfe erfreuen konnten. Der Sport war dabei keine Ausnahme, sondern half, Brücken zu bauen. Im Ergebnis bewilligte so z.B. die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts 1961 über den Deutschen Sportbund dem sportmedizinischen Forschungsinstitut in Israel 40.000 DM mittels derer v.a. medizinische Geräte, die in der Sportmedizin Verwendung fanden, geliefert wurden.²¹²⁰

Wünsche, wie den der Hebräischen Universität, wonach das Auswärtige Amt um einen Kredit in Höhe von 10 bis 15 Mio. DM mit einer Laufzeit von 15 Jahren ersucht wurde, der durch ein deutsches Kreditinstitut bereitgestellt werden sollte, lehnte dieses ab. Die Anleihe,

²¹¹⁶ Vgl.: van Dam an Schröder am 16.7.1962, in: PA/AA, B 94, Bd.1172; Aufzeichnung Sattler (AA) vom 19.7.1962 betr. Israelreise einer Jugendgruppe, in: PA/AA, B 94, Bd.1172; Steinbach an Schröder am 19.11.1962, in: ebd.; Aufzeichnung Abteilung 6 (604-80.SL/5-92.19) vom 27.11.1962, in: ebd.; Auszahlungsvermerk betr. Kapitel 0502 vom 14.2.1964, in: ebd.

²¹¹⁷ Vgl.: Vorlage betr. Freigabe von Mitteln aus Kapitel 0502 vom 9.1.1962, in: PA/AA, B 94, Bd. 1172.

²¹¹⁸ Vgl.: Beigefügte Liste zur Aufzeichnung der Israelmission vom 31.5.1960, in: ISA/3310/29-צח.

²¹¹⁹ Vgl.: BDIS an NUIS am 22.7.1962, in: ISA/3400/21-צח.

²¹²⁰ Kramer, Deutscher Sportbund, an Kulturabteilung des AA, am 30.11.1961, in: PA/AA, B 94, Bd.762.

in diesem Fall für Baukosten, stellte in den Augen des Auswärtigen Amts und des Bundeswirtschaftsministeriums eine rein kommerzielle Transaktion dar.²¹²¹

An selbiger Universität wurde 1960 dem ehemaligen Bundespräsidenten Heuss eine besondere Auszeichnung zuteil, als er im Mai 1960 zu einem Vortrag an die Hebräische Universität in Jerusalem eingeladen wurde, den er in deutscher Sprache hielt, ebenso wie einige Monate zuvor Carlo Schmid.²¹²²

Die Knessetdebatte im Januar 1962 illustrierte symptomatisch die innerisraelische Diskussion in Bezug auf die Qualität und den Umfang der kulturellen Beziehungen mit Deutschland. So war der Antrag der Oppositionsparteien, die den Abbruch oder die Einengung bestehender kultureller Verbindungen zur Bundesrepublik gefordert hatten, abgelehnt worden. Auf Antrag des Abgeordneten Naor (Cherut) gab der israelische Kultusminister Abba Eban in der Debatte am 9. Januar 1962 eine Zusammenfassung der aktuellen Richtlinien auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen zur Bundesrepublik vor der Knesset bekannt, die zuvor durch einen eigens dafür eingesetzten Ausschuss beraten worden waren. Entsprechend dieser Richtlinien wurde die „israelische Teilnahme an internationalen Veranstaltungen in Deutschland ebenso wie die deutsche Teilnahme an internationalen Veranstaltungen in Israel erlaubt“ und somit der gängigen Praxis angepasst. „Studien an deutschen Universitäten oder anderen wissenschaftlichen Institutionen“ wurden befürwortet, „soweit die entsprechende Ausbildung der Entwicklung des Landes förderlich“ war. Allerdings sollten Israelis nicht unterhalb des militärischen Dienstalters zu Studien in Deutschland ermutigt werden. Israel untersagte – soweit dies durch die israelische Regierung zu beeinflussen war - „gegenseitige Darbietungen auf dem Gebiet der leichten Unterhaltung“. Künstlerische Auftritte israelischer Gruppen in Deutschland sollten zudem der Genehmigung eines dafür eingesetzten interministeriellen Ausschusses bedürfen. Dasselbe Prinzip galt ebenfalls für nichtkommerzielle Ausstellungen in der Bundesrepublik.²¹²³ Letztlich wurde hier ein Rahmen abgesteckt, in dessen Grenzen kulturelle und wissenschaftliche Kontakte zwischen beiden Staaten stattfinden konnten, ohne dass diese Grenzen jemals als doktrinär und unabänderlich zu verstehen gewesen wären.

²¹²¹ Aufzeichnung Haeften betr. Hebräischer Universität vom 27.9.1961, in: PA/AA, B 94, Bd.762; Aufzeichnung Bottler (Ref. 403) betr. Hebräische Universität am 7.10.1961, in: PA/AA, B 94, Bd.762.

²¹²² Die Rede von Heuss ist abgedruckt, in: Heuss, T.: Staat und Volk im Werden. Reden in und über Israel, München 1960, S.12-36. Weiterhin: Programm des Aufenthalts von Heuss in Israel, in: BA, N 1221, Bd.455; Zum Besuch Schmidts in Israel siehe: Schmid, C.: Erinnerungen, S.640ff.

²¹²³ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.212, S.586-593.

3.10.1.2. Zusammenarbeit zwischen Weizmann-Institut und Max-Planck-Gesellschaft

Außerordentlich erfolgreich gestalteten sich die Beziehungen zwischen Wissenschaftlern insbesondere der einzelnen Institute der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), hier v.a. den Instituten für Kernphysik, Immunbiologie und Zellphysiologie und dem Weizmann-Institut in Rehovoth. Begünstigt wurden die Kontakte zwischen beiden Einrichtungen nicht zuletzt auch durch die zum Teil deutsch-jüdischen Wurzeln in den Biographien einzelner, später israelischer Wissenschaftler und die persönlichen Kontakte zwischen den Forschern beider Staaten, die trotz menschlicher und nationaler Tragödien, trotz eines steinigen Weges, ein beispielhaftes Aufbauwerk leisteten.

Der 1903 in Karlsruhe geborene Chemiker Ernst David Bergmann emigrierte 1933 aus Deutschland nach Großbritannien, ging ein Jahr später nach seiner Tätigkeit am Featherstone Labore nach Palästina und wirkte dort bis 1951 als wissenschaftlicher Direktor des neu begründeten Daniel-Sieff-Instituts, des späteren Weizmann-Instituts in Rehovoth.²¹²⁴

Ebenfalls wie Bergmann Schüler von Fritz Haber, emigrierte Ladislaus Farkas aus Deutschland und ging nach kurzem Aufenthalt in Cambridge 1934 ebenfalls an das Daniel-Sieff-Institut und wenig später an die Hebrew University nach Jerusalem. Dort bildete er u.a. die Brüder Aharon und Ephraim Katzir-Katchalsky aus.²¹²⁵

Herman F. Mark,²¹²⁶ als einer der Pioniere der Polymerchemie, verließ Deutschland 1938 nach dem Anschluss Österreichs. Er emigrierte zunächst in die USA, ging an das Polytechnic Institute of Brooklyn und gründete dort das Polymer Research Institute. Mark fungierte als der einflussreichste Berater Weizmanns bei der Planung und Errichtung des Instituts in Rehovoth.²¹²⁷

Ebenfalls aus Deutschland stammend, leistete Josef Cohn beim Aufbau des Weizmann-Instituts und v.a. dem Aufbau der deutsch-israelischen Beziehungen auf wissenschaftlichem

²¹²⁴ Vgl.: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Band I: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben, hg. unter der wiss. Leitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss, München 1980, S.55f. Bergmann fungierte zum Teil parallel zu seiner Position in Rehovoth 1939 als Mitarbeiter des französischen Rüstungsministeriums. 1940-1946 am Grosvenor Lab. des britischen Versorgungsministeriums, arbeitete er mit Chaim Weizmann zusammen. 1948 gründete Bergmann die Forschungs- und Plankommission im israelischen Verteidigungsministerium, als dessen Direktor er bis 1966 wirkte. Als Professor der organischen Chemie an der Hebrew University in Jerusalem fungierte Bergmann zusätzlich als der erste Vorsitzende der israelischen Atomenergiekommission in den Jahren 1953 bis 1966.

²¹²⁵ Die Gebrüder Katchalsky waren beide zeitgleich Mitglieder der Wissenschaftsabteilung der IDF (HEMED). Vgl.: Cohen, A.: Israel and the Bomb, S.21f.

²¹²⁶ Dieser hatte in den Jahren zwischen 1922 und 1927 am Kaiser Wilhelm Institut für Faserstoffchemie in Berlin/Dahlem gearbeitet und im Anschluss bei den I.G. Farben in Ludwigshafen geforscht. Vgl.: American Committee for the Weizmann Institute, Stone, an Shinnar am 27.1.1959, in: ISA/1046/15-37

²¹²⁷ Vgl.: Nickel, D. K.: Brückenpfeiler. Vierzig Jahre wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel, München 1998, S.12. Zu den Beziehungen zwischen MPG und Weizmann-Institut siehe zusammenfassend auch: Ders.: Es begann in Rehovot. Die Anfänge der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland, Sondernr. von Modell, Zürich 1989.

Gebiet mittels Vermittlertätigkeit wesentliche Hintergrundarbeit.²¹²⁸ Seit den fünfziger Jahren vertrat Cohn die *American Friends of the Weizmann Institute* und war seit 1955 geschäftsführender Vizepräsident des *Europeen Committee of the Weizmann Institute*²¹²⁹ in Zürich. In dieser Funktion vermittelte er zahlreiche Austauschprogramme von Wissenschaftlern sowie die Zusammenarbeit einzelner Max-Planck-Institute und dem Weizmann-Institut. Weiterhin trat er häufig als Repräsentant des Weizmann-Instituts gegenüber der Bundesregierung oder deutschen Institutionen in Erscheinung, was nicht nur einmal zu Unstimmigkeiten zwischen ihm und dem Leiter der Israel-Mission in Köln, Shinnar, führte.²¹³⁰

Der in den Jahren 1927 bis 1929 in Deutschland u.a. bei Stern, Pauli und Heisenberg ausgebildete Isidor Isaak Rabi, wirkte während der Administration Eisenhower als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beratungsgremiums des Präsidenten und gilt als einer der geistigen Väter von CERN, als dem europäischen Zentrums für Hochenergiephysik. Rabi beeinflusste die Entwicklung des Weizmann-Instituts maßgeblich durch seine Tätigkeit als Mitglied des Leitungsgremiums des Weizmann-Instituts.²¹³¹

Das Daniel Sieff Institut wurde 1934 in Rehovoth dank der Spenden der Familien Sieff und Marks aus England gegründet. Das Daniel-Sieff-Institut widmete sich zunächst v.a. Forschungen auf den Gebieten der Chemie und Pharmazie.²¹³² Das Weizmann-Institut, welches nach dem Krieg 1949 als erweitertes Daniel-Sieff-Institut eröffnet worden war und den Namen des ersten israelischen Staatspräsidenten sowie ebenfalls Präsidenten des Instituts trug, entwickelte sich zu einer der führenden Forschungseinrichtungen in der Welt.²¹³³ Das Weiz-

²¹²⁸ 1904 in Berlin geboren, studierte Cohn bei Karl Jaspers und Alfred Weber in Heidelberg und schloss sein Studium 1928 mit der Promotion ab. Früh bereits der zionistischen Bewegung um Blumenfeld und Weizmann angeschlossen, fungierte Cohn als Dolmetscher Weizmanns in Berlin. 1933 emigrierte er nach Großbritannien und wurde dort als Sekretär des Central Bureau for the Settlement of German Jews tätig. In den folgenden Jahren arbeitete Cohn bis 1948 als Privatsekretär Weizmanns und vermittelte im August als politischer Verbindungsmann das Gespräch zwischen Truman und Weizmann. Zu den persönlichen Daten Cohns siehe: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Band I, S.114.

²¹²⁹ Seit 1960 unter dieser Bezeichnung. Zunächst existierte in Zürich der Kreis von Freunden und Förderern des Weizmann-Instituts, dem u.a. der Präsident der List-Gesellschaft Edgar Salin, der Schweizer Bankier Richard Kronstein und der Rechtsanwalt Veit Wyler angehörten. Präsident des Europäischen Komitees des Weizmann-Instituts wurde Richard Kronstein. Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.23.

²¹³⁰ Vgl. u.a. Shinnar an Weisgal am 27.4.1959, in: ISA/1046/15-37; Weisgal an Shinnar am 30.6.1960, in: ISA/1046/15-37; Shinnar an u.a. Finanzminister am 17.4.1961, in: ISA/1046/15-37. So bestand der Chef der Israel Mission in Köln Shinnar, der gleichzeitig Mitglied des Board of Governors des Weizmann-Instituts war, auf abgestimmten Aktivitäten in Deutschland. Deswegen unterzeichneten Weisgal und Shinnar am 16. Juli 1959 ein Memorandum, in dem sich das Weizmann Institut verpflichtete, keine Spenden in Deutschland zu sammeln. Israelische, in Rehovoth tätige Wissenschaftler sollten demnach selbst entscheiden können, ob und mit welchen deutschen Wissenschaftlern sie zusammenarbeiten wollten. Zudem sollte eine wissenschaftliche Kooperation seitens des Weizmann Instituts lediglich mit Forschungseinrichtungen adäquater wissenschaftlicher Reputation und in Abstimmung mit der Israel-Mission erfolgen. Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S. 26.

²¹³¹ Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.12.

²¹³² Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.15f.

²¹³³ Binnen eines reichlichen Jahrzehnts durchlief das Weizmann-Institut eine beachtliche Entwicklung. Arbeiteten 1951 für dieses erst 60 Wissenschaftler, betrug deren Anzahl 1963 bereits 283 fest- und teilzeitangestellte

mann-Institut befasste sich vor allem mit Forschungen auf naturwissenschaftlichem Gebiet, insbesondere theoretischer Natur. Es beschäftigte 1957 bereits ca. 500 Angestellte, darunter 150 Wissenschaftler und stellte Laboratorien zur Verfügung, die dem westeuropäischen Niveau vergleichbar waren. Zu dieser Zeit integrierte das Weizmann-Institut bereits 12 Abteilungen.²¹³⁴

Die ersten Kontakte zwischen Vertretern des Weizmann-Instituts und deutschen Forschern mit dem Ziel einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit reichen in die Jahre 1956/1957 zurück. Einerseits sind hierbei die Treffen zwischen dem Physiker Wolfgang Gentner und dem Chemiker Gerhard M. J. Schmidt, wenngleich zunächst ohne konkrete Ergebnisse sowie andererseits der erste Forschungsaufenthalt von Hans Jensen in Israel zu nennen. Gentner²¹³⁵ war seit 1955 erster Forschungsdirektor von CERN und später Direktor des Max-Planck-Instituts für Kernphysik in Heidelberg. Schmidt wurde im Alter von 15 Jahren 1934 mit seiner Mutter zur Emigration aus Deutschland gezwungen. Er hatte in Oxford Chemie studiert und entschied sich 1948, nach Israel überzusiedeln, wo er schließlich für das Weizmann Institut arbeitete und dort 1959 bis 1961 als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates fungierte. Es erscheint im Nachhinein wahrscheinlich, dass Schmidt Amos de Shalit dahingehend beeinflusste, den Kontakt mit Gentner zu suchen. Dieser und de Shalit trafen sich erstmals 1957 bei CERN. De Shalit war in Palästina geboren, selbst nicht unmittelbar von dem Holocaust betroffen und hatte nach seiner Ausbildung an der Hebräischen Universität, der ETH-Zürich, am M.I.T.²¹³⁶ und in Princeton im Alter von lediglich 30 Jahren die Leitung der Abteilung Kernphysik am Weizmann-Institut übernommen. Er wirkte ferner in den Jahren 1961 bis 1963 als dessen wissenschaftlicher Direktor.²¹³⁷

Parallel zu diesen ersten Kontakten nahmen im Herbst 1957 auch einige deutsche Wissenschaftler an der durch die Internationale Union für Reine und Angewandte Physik im Weizmann Institut in Rehovoth veranstalteten „International Conference on Nuclear Structure“ teil,

Wissenschaftler und 45 Gastwissenschaftler, bei einem Stab von rund 950 Personen. Die Abteilungen, in denen die meisten Wissenschaftler beschäftigt waren, waren die Organische Chemie (40), gefolgt von der Biophysik (37), der Nuklearphysik (34) und Polymerforschung (32). Ca. 60-65% der Ausgaben in den Jahren 1963/64 fanden für die Forschungsgebiete Biologie und Physik Verwendung. Dabei erhielt das Weizmann-Institut lediglich ca. 18% staatliche Förderung und war ansonsten auf Stiftungen und Forschungsaufträge, auch aus dem Ausland, angewiesen.

²¹³⁴ Folgende Abteilungen sind hier zu nennen: Die Abteilung für angewandte Mathematik, Kernphysik (seit 1954), Elektronik, Optik, Röntgenkristallographie, Isotope, Polymerforschung, Biophysik, organische Chemie, Experimentalbiologie, Mikrobiologie und Pflanzengenetik. Vgl.: Israel Academic Assistance Council (Ed.): Wissenschaftliche Institutionen in Israel, (ohne Ort) 1957. (MPG-Archiv, III Abt., Rep. 68 A, Nr.201). Zu grundlegenden Problematik der Grundlagenforschung in Israel und dessen Finanzierung siehe: De Shalit, A.: Die naturwissenschaftliche Forschung in kleinen Ländern. Das Beispiel Israels, Köln u.a. 1966.

²¹³⁵ Dieser fungierte während des Zweiten Weltkrieges in Paris als kommissarischer Verwalter des Instituts Frédéric Joliot-Curie, hatte die Verhaftung Joliot-Curies verhindert und die Flucht Paul Langevins ermöglicht.

²¹³⁶ Massachusetts Institute of Technology.

²¹³⁷ Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S. 21ff.

darunter Hans Jensen, der 1963 für seine Arbeiten zum Schalenmodell der Atomkerne den Nobelpreis erhielt. Jensen besuchte als erster Deutscher das Weizmann-Institut als geladener Redner.²¹³⁸

Parallel zu diesen persönlichen Kontakten versuchte Cohn in Europa für das Weizmann-Institut wissenschaftliche Kontakte herzustellen sowie finanzielle Quellen zu erschließen. Zu Beginn des Jahres 1957 beauftragte der Präsident des Weizmann-Instituts, Weisgal, Cohn mit der Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in den Förderkreis der Institution. Damit oblag Cohn eine schwierige Aufgabe, galt es doch mögliche Kontakte und finanzielle Unterstützungen von dem Verdacht weiterer Wiedergutmachungsleistungen seitens der Bundesrepublik fernzuhalten,²¹³⁹ andererseits aber auch die israelischen Emotionen, besonders die der durch den Holocaust betroffenen Personen zu berücksichtigen. Eine Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung, die mittel- und längerfristig währen sollte, bedurfte neben der rein finanziellen Mittel auch auf ihrem Fachgebiet fähiger, integrierter und engagierter Persönlichkeiten, die sich für eine solche Kooperationen stark machten. Cohn traf sich mit Gentner, der seit geraumer Zeit in Kontakt zu seinen israelischen Kollegen de Shalit und Schmidt stand, Anfang 1958. Gentner vertrat zurecht die Auffassung, dass ein Projekt, welches neben dem Austausch von Wissenschaftlern auch die finanzielle und aufgrund des angespannten israelischen Staatshaushaltes wichtige Unterstützung des Weizmann-Instituts beinhalten sollte, nur mit politischer Unterstützung zu erreichen war. Gentner riet Cohn zu diesem Zweck direkt bei Adenauer vorzusprechen. Infolge dieses Gesprächs, kontaktierte Cohn²¹⁴⁰ seinen und des Kanzlers Bekannten Dannie N. Heineman, der nach der Vermittlung von Max Adenauer schließlich am 24. Januar 1959 einen Brief²¹⁴¹ an Adenauer verfasste und Cohn somit das Entree beim Bundeskanzler verschaffte. Das Treffen zwischen Adenauer und Cohn fand am 6. März 1959 im Bundeskanzleramt statt.

Cohn erwähnte im Kontext dieser Unterredung, dass das State Department Kenntnis von seinen Aktivitäten habe und eine enge wissenschaftliche Kooperation zwischen den freien

²¹³⁸ Weiterhin nahmen an der Tagung auch die Wissenschaftler Fleischmann, Schopper und Wegener (Erlangen), Jentschke (Physikalisches Staatsinstitut Hamburg) sowie Waffler (MPI Mainz) teil. Vgl.: „Die Struktur des Atomkerns ist noch umstritten“ Artikel aus der FAZ vom 9.10.1957 sowie Informationen zur deutschen Delegation siehe: IID 6/53 (Dezember 1957), S.19f.

²¹³⁹ Hierzu: Weisgal - Shinnar Memorandum, 16.7.1959, in: ISA/1046/15-зп.

²¹⁴⁰ Cohn war seit 1936, seinerzeit als Mitarbeiter von Weizmann, mit Dannie N. Heineman bekannt. Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.24.

²¹⁴¹ In diesem Brief verwies Heineman auch auf die Krebs- und Leukämie-Forschung des Weizmann-Instituts und sprach damit ein Thema an, welches Adenauer persönlich betraf, da dessen Frau an dieser Krankheit gestorben war. Auch verwies Heineman den Kanzler auf den Besuch seines Sohnes in Israel, in dessen Folge dieser sich sehr beeindruckt gezeigt hatte. Der Brief von Dannie N. Heineman an Bundeskanzler Adenauer vom 24.1.1959 ist vollständig abgedruckt bei Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.25. Weiterhin: Adenauer Briefe 1957-1959, Nr.215, S.224f.

Nationen befürworte. Adenauer zweifelte zunächst daran, ob eine wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen israelischen und deutschen Wissenschaftlern schon fruchtbar sein könne. Dennoch verschaffte er Cohn Zugang zu dem Vorsitzenden der Deutschen Chemischen Industrie und Vorsitzendem der Farbenwerke Bayer AG, Ulrich Haberland, dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Hermann J. Abs, sowie dem Bundesminister für Atomenergie und Wasserwirtschaft, Balke.²¹⁴² Eine Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Industrie und dem Weizmann-Institut kam während des Untersuchungszeitraumes nicht zustande.

Infolge des Gesprächs mit Minister Balke verwies dieser Cohn an die MPG, mit deren Präsidenten Otto Hahn sich Cohn bereits am 21. Juli 1959 traf. Beide bekundeten großes Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen. Das Ministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft sah sich zu einer direkten staatlichen Beihilfe an das Weizmann-Institut wegen fehlender diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht in der Lage, bekundete jedoch die prinzipielle Bereitschaft, das Institut moralisch wie finanziell zu unterstützen. Gerade die finanzielle Unterstützung war für das Weizmann-Institut überlebensnotwendig, da das Betriebskapital ohne ausländische Unterstützung zu gering gewesen wäre, um die geplanten Forschungen auf dem angestrebten Niveau durchführen zu können. Gentner schlug Otto Hahn vor, dass z.B. das Ministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft über die MPG, ähnlich wie amerikanische Stellen, verschiedene Forschungsaufträge an das Weizmann-Institut vergeben könnte. De Shalit schlug in diesem Zusammenhang den Besuch einiger deutscher Wissenschaftler in Israel vor, damit sich diese zunächst ein Bild über die Arbeitsmöglichkeiten des Weizmann-Instituts machen konnten.²¹⁴³

Noch bevor der Besuch einer deutschen Delegation in Israel erfolgte, luden Abs für die Deutsche Bank und andere hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft²¹⁴⁴, zu einer privaten Vortragsveranstaltung im Hotel Frankfurter Hof ein. Im Rahmen dieser Veranstaltung am 14. Oktober hielten der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Komitees des Weizmann-Instituts in Rehovoth, Gerhard Schmidt, Aharon Katzir-Katchalsky als der Abteilungsleiter für Polymerforschung sowie der Vizepräsident des *American Committee for the Weizmann Institute of Science*, New York, Herman F. Mark Vorträge. Sinn und Zweck dieser Veranstaltung sollte es sein, in der Bundesrepublik über die Struktur und das For-

²¹⁴² Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.24f.

²¹⁴³ Vgl.: Cohn an Hahn am 29.6.1959, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Cohn an Gentner am 25.7.1959, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.200; Gentner an Hahn am 14.9.1959, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201. Weiterhin erfolgten Gespräche am 15. und 16.7.1959 zwischen Cohn und den Professoren Jensen und Haxel in Heidelberg, sowie zwischen Gentner und Cohn sowie Heisenberg während des Urlaubs von Gentner in der Schweiz im August 1959 und Gentner mit de Shalit in Genf.

²¹⁴⁴ Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Bartmann, der Oberbürgermeister von Frankfurt, Bockelmann, der Präsident der MPG, Otto Hahn, für die ListGesellschaft Salin, sowie der Vorsitzende des Vorstandes der Farbwerke Hoechst AG, Winnacker.

schungsprofil des Weizmann-Instituts zu informieren. In Frankfurt befanden sich auch Mitglieder der Israel-Mission sowie der Botschaft der USA unter den geladenen Gästen.²¹⁴⁵

Trotz aller Schwierigkeiten im Vorfeld des Besuches landete am ersten Dezember 1959 die Delegation der MPG, die sich aus ihrem Präsidenten Professor Otto Hahn, der durch seinen Sohn Hanno begleitet wurde, Professor Wolfgang Gentner in Begleitung seiner Frau sowie dem Biochemiker Professor Feodor Lynen, zusammensetzte, in Israel und wurde dort durch Schmidt begrüßt. Begleitet wurde die Delegation während des gesamten Aufenthaltes durch Josef Cohn. Während des ca. 10tägigen Aufenthaltes in Israel trafen die Wissenschaftler mit de Shalit, Schmidt, der Witwe Chaim Weizmanns und Racah²¹⁴⁶ zusammen. Neben dem Besuch des Weizmann-Instituts und der Hebräischen Universität in Jerusalem besichtigte die Delegation auch das Technion in Haifa und den im Bau befindlichen Reaktor in Dimona, infolgedessen Ernst David Bergmann Otto Hahn um den Beginn der „Kettenreaktion“ im entsprechenden Gästebuch bat, hielten alle drei deutschen Professoren Vorträge in Israel. Im Anschluss an diese Reise setzte eine rege Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen ein.²¹⁴⁷

Bereits am 22. Januar 1960 führten Cohn und weitere Vertreter des Weizmann Instituts eine Besprechung mit dem geschäftsführenden Mitglied des Verwaltungsrates der MPG Ernst Telschow.²¹⁴⁸ Diesem Gespräch war bereits eine Unterredung unter Vorsitz von Hermann J. Abs mit Josef Cohn und Otto Hahn vorangegangen, in dem ein möglicher Austausch von Wissenschaftlern besprochen worden war. In dem Gespräch mit Telschow äußerte Cohn den Wunsch einer finanziellen Unterstützung des Weizmann-Instituts zum Ausbau und zur Verstärkung des wissenschaftlichen Stabes in Höhe von einer Million DM jährlich für einen Zeitraum von drei Jahren. Erwogen wurde dabei, die finanziellen Mittel über die MPG an das Weizmann-Institut weiterzuleiten, wofür allerdings die Zustimmung der zuständigen Bundesstellen sowie des Verwaltungsrates der MPG notwendig war.

²¹⁴⁵ Vgl. Programm der Veranstaltung in Frankfurt, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14 A, Nr.6560. Weiterhin, Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S. 27.

²¹⁴⁶ Dieser war 1940 nach Palästina eingewandert und für einige Zeit der einzige theoretische Physiker in Israel von internationalem Ruf.

²¹⁴⁷ Vgl.: Cohn an Hahn am 31.10.1959, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14 A, Nr.581; Zweiter Brief von Josef Cohn an Otto Hahn am 31.10.1959, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14 A, Nr.581; Shinnar an Hahn am 16.11.1959, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14 A, Nr.6560; tabellarischer Reisebericht Hahns in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14 A, Nr.6560; Notiz des Weizmann-Institut für die deutschen Wissenschaftler betr. des Besuches des Atomreaktors, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14 A, Nr.6560; Bergmann an Hahn am 8.12.1959, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14 A, Nr.6560. Zusammenfassend zur Reise siehe Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.27f.; Gerwin, R.: Wissenschaftler machten den Anfang. Eindrucksvolle Kooperationsprogramme, in: Tribüne 34 (1995), Heft 133, S.163; Hansen, N.: Zusammenarbeit auf hohem Niveau. Die wissenschaftlich-technologische Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel, in: Giordano, R. (Hg.): Deutschland und Israel, Solidarität in der Bewährung. Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen, Gerlingen 1992, S.137f.

²¹⁴⁸ Vgl.: Vermerk Telschow vom 25.1.1960, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201.

In weiteren Gesprächen am 23. Januar und 2. Februar 1960 unter Leitung von Klaus Dohrn²¹⁴⁹ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau einigten sich die Vertreter des Weizmann-Instituts und der MPG, die Zusammenarbeit zunächst auf die Bereiche des Wissenschaftler- und Studentenaustausches zu beschränken. Nach Ansicht von Schmidt schied eine Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie durch die Übernahme von Forschungsverträgen oder durch den Verkauf von wissenschaftlichem Know-how aus. Für einen solchen Schritt waren die deutsch-israelischen Beziehungen noch nicht reif genug. Weiterhin diskutierten beide Seiten mögliche Finanzierungsquellen u.a. aus Mitteln des Bundesministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft, des AA oder des BMI.²¹⁵⁰

Cohn wandte sich in der Folge wegen der Frage der Finanzierung der Zusammenarbeit zwischen beiden Instituten wiederholt an den Bundeskanzler. Ob Cohn Adenauer in diesem Gespräch am 4. Februar 1960 aus Anlass der antisemitischen Schmierereien zur Jahreswende 1959/1960 auch zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen drängte, wie dies Nickel darstellt, kann anhand der bisherigen Akten noch nicht eindeutig nachgewiesen werden, erscheint aber durchaus möglich. Sicherlich mit dem Termin für das Treffen mit dem israelischen Premier Ben Gurion am 14. März 1960 in New York im Hinterkopf, erbat der Kanzler ein Memorandum von Hahn und betrachtete eine Unterstützung des Weizmann Instituts in Höhe von 3 Mio. DM²¹⁵¹ durchaus als realisierbar. Adenauer erteilte seinem persönlichen Referenten Bach zudem den Auftrag, ihm das Memorandum unverzüglich nach dessen Eingang vorzulegen.²¹⁵²

Nachdem der „Alte“ informiert war, kam die Zusammenarbeit, die durch die bundesdeutsche Regierung in der Folge nicht nur „stillschweigend geduldet“,²¹⁵³ sondern aktiv, nämlich finanziell unterstützt wurde, ins Rollen. Mittels eines Briefes unterbreitete der Präsident der MPG Otto Hahn, dessen Amtszeit im Mai 1960 auslief, dem Bundeskanzler bereits am 8. Februar einen Vorschlag zur Förderung einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der MPG und dem Weizmann-Institut. Hahn schilderte zunächst die Entwicklung des Weizmann-Instituts, wobei er insbesondere auf die neue biochemische und kernphysikalische Abteilung verwies. So besaß letztere einen modernen van-de-Graaf-Beschleuniger und untersuchte dank β - und γ - Spektrographen aktuelle Fragen der Kernphysik. Die Abteilung für Iso-

²¹⁴⁹ Dohrn war ebenso wie Abs Senator der MPG.

²¹⁵⁰ Vgl.: Dohrn an Telschow am 4.2.1960 betr. Zusammenarbeit mit dem Weizmann-Institut in Rehovot. Dem Brief sind die Aufzeichnungen über die Sitzungen vom 23.1.1960 und 2.2.1960 beigelegt, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr.I M 2 – Israel; Gentner an Hahn am 1.2.1960, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr.I M 2 – Israel. Es kann als wahrscheinlich angesehen werden, dass der Entwurf Gentners dem Präsidenten der MPG, Hahn, als Grundlage für sein Memorandum an Bundeskanzler Adenauer vom 8.2.1960 diene.

²¹⁵¹ Vgl.: Adenauer an Shinnar betr. Überweisung von 3 Mio. DM an Weizmann Institut am 21.4.1960, in: I-SA/1046/15-37.

²¹⁵² Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.30. Cohn an Gentner am 18.2.1960, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.200.

²¹⁵³ Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.386.

topenforschung beschäftigte sich zudem mit der Herstellung schweren Sauerstoffs (O¹⁸) in größeren Mengen, der zu diesem Zeitpunkt durch Israel bereits an zahlreiche Laboratorien in der Welt exportiert wurde. Allerdings verursachte dem Weizmann-Institut die Höhe der laufenden Betriebskosten für die Grundlagenforschung gewisse Probleme. In diesem Sinne schlug Hahn dem Bundeskanzler vor, sich mittels einer Million DM pro Jahr, was 1/20 des Haushaltes des Weizmann-Instituts für anfallende Betriebskosten entsprach, zu beteiligen. Zu diesem Zweck sollte ein Fonds geschaffen und dieser der MPG zur Verwaltung übergeben werden. Diese Mittel konnten dann für den Austausch von Wissenschaftlern und die Übertragung von Forschungsaufträgen Verwendung finden. Obgleich dieses Modell erst mit dem Minerva-Vertrag 1964 vollständig realisiert wurde, stellte die Bundesregierung dem Weizmann-Institut dennoch die gewünschten Mittel zur Verfügung.²¹⁵⁴

Infolge eines Gespräches am 11. Februar zwischen Cohn, dem Präsidenten der MPG und dem geschäftsführenden Mitglied des Verwaltungsrats, stimmte die MPG dem Austausch von jungen Wissenschaftlern zwischen Weizmann-Institut und Max-Planck-Instituten zu. Weiterhin erklärte sich die MPG bereit, als Mittelstelle für die Verwaltung des geplanten Fonds zu fungieren.²¹⁵⁵

Im Anschluss an sein Unterredung mit dem Bundeskanzler, führte Cohn noch einige Gespräche mit Vertretern des Bundeskanzleramtes. Auf Veranlassung Adenauers wurde Cohn durch dessen persönlicher Referent, Bach, an Vialon vermittelt, der sich in Form persönlicher Briefe des Kanzlers an die Ressortchefs der für eine Finanzierung in Frage kommenden Ministerien wandte. In der Folge eines Gespräches zwischen Cohn und Janz, versprach der Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, der erst seit einigen Monaten das Bundeskanzleramt verlassen hatte, sich persönlich um die Frage der Finanzierung zu bemühen, zumal das persönliche Interesse des Kanzlers an dieser Frage von ausschlaggebender Bedeutung sei.²¹⁵⁶

Das Bundeskabinett erörterte die Frage der Förderung des Weizmann-Instituts am 2. März 1960. Es beschloss dieses in den Haushaltsjahren 1959 bis 1961 mit je 1 Mio. DM zu fördern, wobei die Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Atomenergie und Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellt werden sollten. Diese Summe sollte im Anschluss über die MPG als Mittelstelle an das Weizmann-Institut überwiesen werden. Während der Verwal-

²¹⁵⁴ Vgl.: Hahn an Adenauer am 8.2.1960. Dem Brief als Anlage beigelegt: Vorschlag zur Förderung einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der MPG und dem Weizmann-Institut in Rehovoth, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr.I M 2 – Israel. Das Memorandum Hahns ist auch zu finden als Anlage zu einem Schreiben des Bundeskanzleramtes (9-27102-2411/60 III) an das Bundesministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft vom 11.3.1960, in: BA, B 138, Bd.3548.

²¹⁵⁵ Vgl.: Vermerk vom 11.2.1960 über Besuch Cohns am 11.2.1960, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr.I M 2 – Israel. Satzungsgemäß war die MPG auf die Förderung ihrer eigenen Institute festgelegt.

²¹⁵⁶ Vgl.: Cohn an Gentner am 18.2.1960, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.200.

tungsrat der Gesellschaft eine Woche später zwar den Vorschlag einer Vereinbarung über den Austausch von Wissenschaftlern mit dem Weizmann-Institut befürwortete,²¹⁵⁷ erhob dieser jedoch v.a. wegen der unpolitischen Stellung und satzungsmäßiger Beschränkungen der MPG Einwände gegen die geplante Transaktion.²¹⁵⁸ Zudem erhoben das BMF und der Bundesrechnungshof schwerste Bedenken gegen eine Bereitstellung der Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Atomenergie und Wasserwirtschaft. Schließlich übernahm das Auswärtige Amt die Bereitstellung der Mittel für das Weizmann-Institut. Für das Rechnungsjahr 1960 wurde eine Spende für allgemeine Institutsaufgaben in Höhe von 3 Mio. DM bewilligt, in den Jahren 1961 bis 1963 erfolgte eine weitere Spende für ein Forschungsprogramm auf dem Gebiet der Molekularbiologie, ebenfalls in Höhe von 3 Mio. DM. Die Überweisungen wurden unter Kap. 0502 Tit.302 „Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland“ verbucht.²¹⁵⁹ Der zweiten Spende in Höhe von 3 Mio. DM hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 12. April 1961 zugestimmt.²¹⁶⁰

Adenauer konnte Ben Gurion in New York am 14. März 1960 hinsichtlich der finanziellen Unterstützung des Weizmann-Instituts ruhigen Gewissens mitteilen „die Sache läuft“²¹⁶¹.

Die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen vertiefte sich nach der ersten finanziellen Unterstützung des Weizmann-Instituts aus Mitteln des Auswärtigen Amts bis in den Bereich der Verwaltung hinein.²¹⁶²

Trotz der finanziellen Unterstützung des Weizmann-Instituts durch die Bundesregierung, wurden die Gespräche zwischen Vertretern des Weizmann-Instituts und Vertretern der deutschen Wirtschaft unter Leitung von Abs weiter fortgesetzt, über die Gentner den neuen Präsi-

²¹⁵⁷ Hinsichtlich eines diese Frage vertiefenden und Details erörternden Gesprächs zwischen Cohn und Telschow siehe Aufzeichnung Telschows vom 19.3.1960, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Nr. I M 2 – Israel.

²¹⁵⁸ Bennecke legte im Vorfeld der Besprechung am 10.3.1960, an der u.a. auch Vertreter des Bundeskanzleramts, des Bundesfinanzministeriums und des Bundesrechnungshofes teilnahmen, dem Bundesminister für Atomenergie und Wasserwirtschaft die bestehenden Bedenken des Verwaltungsrats der MPG dar. Siehe: Notiz für die Sitzung des Senats am 16.3.1960, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Nr. I M 2 – Israel.

²¹⁵⁹ Vgl.: Aufzeichnung Lindner (BMA) vom 8.3.1960 (I A 4 – H 1100) betr. Förderung des Weizmann-Instituts, in: BA, B 138, Bd.3548; Niederschrift über die 44. Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 9.3.1960, in: MPG-Archiv, Protokolle Verwaltungsrat 1960; Aufzeichnung Lindner vom 11.3.1960 (I A 4) betr. Förderung des Weizmann-Instituts, in: BA, B 138, Bd.3548; Aufzeichnung Markus (III B 6-9454-28/69) betr. Zusammenarbeit mit israelischen Forschungsinstitutionen vom 8.7.1969 (handschriftlich rot der 5.8.1969 vermerkt), in: BA, B 138, Bd.7652.

²¹⁶⁰ Vgl.: BMF, Korff (II A/3 – AA 0205-16/60) an Ritzel, MdB, am 30.6.1960, in: AdsD, Abt. I, NL Ritzel, Nr.687; Ritzel an Cohn am 12.4.1961, in: AdsD, Abt. I, NL Ritzel, Nr.687; BMF, Korff (II A/3 – AA 0205-98/61) an Ritzel, MdB am 1.6.1962, in: AdsD, Abt. I, NL Ritzel, Nr.688.

²¹⁶¹ Protokoll des Gesprächs zwischen Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria am 14.3.1960 – deutsche Fassung, in: VfZ 45 (1997), S.343. Ben Gurion wurde über die Kontakte und gemeinsamen Pläne von Weizmann-Institut und MPG bereits im September 1959 durch Amos de Shalit unterrichtet. Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.26. Vgl.: Schmidt an Hahn am 5.5.1960, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Nr. I M 2 – Israel.

²¹⁶² Vgl.: Aufzeichnung Herrmann vom 17.7.1960 betr. Besuch des Administrators Dror vom Weizmann-Institut, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Nr. I M 2 – Israel; Vermerk Pfuhl vom 19.9.1960 betr. Besuch von Karger am 4. und 5.9.1960, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Nr. I M 2 – Israel.

denten der MPG Butenandt gern persönlich informieren wollte.²¹⁶³ Das Weizmann-Institut plante mittlerweile die Errichtung eines Ausbildungszentrums für Angehörige unterentwickelter Gebiete und hoffte hierbei auf die Unterstützung der USA, Frankreichs, Großbritanniens sowie der Bundesrepublik.²¹⁶⁴ Wegen eines Zuschusses seitens der Bundesrepublik verhandelten sowohl Abs, als auch der Vorstandsvorsitzende der AEG, Boden, mit Regierungsstellen und deutschen Unternehmern. Für die MPG wurde ebenso wie für die DFG als wissenschaftliche Einrichtungen mit weltweitem Renommee eine Art Prorektorat im Rahmen des neuen Zentrums vorgesehen.²¹⁶⁵ Der Plan eines internationalen Ausbildungszentrums entwickelte sich allerdings nicht wie geplant, weil nicht zuletzt v.a. die antizipierte großzügige Unterstützung aus den Vereinigten Staaten ausblieb.²¹⁶⁶

Auch auf wissenschaftlichem Gebiet wurde an die bestehenden Kontakte angeknüpft. So sagte Wolfgang Gentner, dieses Mal in Begleitung des zweiten Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Willi Eichler, eine israelische Einladung zur Konferenz über die Rolle der Wissenschaft in der Förderung neuer Staaten, die vom 15.-28. August 1960 im Weizmann-Institut in Rehovoth stattfand, zu.²¹⁶⁷ Im Frühjahr 1961 besuchte der israelische Professor Schmidt für drei Monate die Bundesrepublik. Ende des Jahres hielten sich erstmals zwei deutsche junge Wissenschaftler, Lorenz Krüger und Cornelius Noack, in Israel auf. Die Zustimmung des Weizmann-Instituts zum Wissenschaftleraustausch konnte nur durch die Zusicherung erreicht werden, dass deutsche Wissenschaftler lediglich in solchen Abteilungen eingesetzt würden, in denen sich kein einziger Mitarbeiter dagegen aussprechen würde.²¹⁶⁸ De Shalit hatte zudem von der Entsendung von Experimentalphysikern abgeraten. Für den Aufenthalt der beiden theoretisch arbeitenden Physiker in Israel stellte das Bundesministerium des Innern für das Rechnungsjahr 1961 12.000 DM unter der Rubrik Förderung der wissenschaftlichen

²¹⁶³ Vgl.: Gentner an Butenandt am 13.7.1960, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Nr. I M 2 – Israel.

²¹⁶⁴ Vgl.: Cohn an Shinnar am 1.10.1960, in: ISA/1046/15-37.

²¹⁶⁵ Vgl.: Vermerk Ballreich für den Präsidenten vom 31.10.1960 betr. Prof. Gentner, Zusammenarbeit mit Israel, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 G, Nr.114. Ein Gespräch zwischen Butenandt und Gentner hatte Ende November immer noch nicht stattgefunden, obwohl Butenandt über die Angelegenheit in Kenntnis gesetzt worden war. Siehe: Brief Ballreichs an Gentner vom 28.11.1960, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Nr. I M 2 – Israel.

²¹⁶⁶ Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.35ff. Die finanzielle Unterstützung durch die deutsche Industrie blieb ebenso aus. Dafür erreichte Cohn, dass dank Bundesmittel in den Jahren 1963 bis 1971 25 Stipendien über den DAAD für die Ausbildung von Studenten aus Entwicklungsländern am Weizmann-Institut bereitgestellt wurden. Neben diesem Projekt setzte der Obmann der SPD im Haushaltsausschuss des DBT, Ritzel, der Cohn seit 1960 kannte, in diesem Gremium durch, dass sowohl dieses Projekt, als auch die o.g. Förderung der Molekularbiologie am Weizmann-Institut als förderungswürdig betrachtet wurden.

²¹⁶⁷ Vgl.: Informationsschreiben der Israel-Mission vom 11.8.1960 an das Auswärtige Amt (708-82.60-92.19), in: PA/AA, B 12, Bd. 1035. Zum geplanten Folgetreffen siehe Eban an Gentner am 15.6.1961, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.200.

²¹⁶⁸ Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.32f.

Zusammenarbeit mit dem Ausland zur Verfügung.²¹⁶⁹ Dem Aufenthalt von Krüger und Noack folgte der längerfristige Aufenthalt von zwei weiteren deutschen Wissenschaftlern vom MPI für Eiweiß- und Lederforschung in Israel.²¹⁷⁰ Im Juli 1962 empfing das MPI für Biochemie und das MPI für Physik und Astrophysik in München u.a. Amos de Shalit und Gerhard M.J. Schmidt vom Weizmann-Institut, die sich aus Anlass von Vorträgen in Deutschland aufhielten.²¹⁷¹ Die genannten Besuche von Wissenschaftlern und Verwaltungsmitarbeitern beider Einrichtungen in Israel bzw. Deutschland überstiegen auch in dieser Anfangsphase bereits die genannten Einzelbeispiele. Obgleich nur mit entsprechendem Fingerspitzengefühl möglich, schufen israelische und deutsche Wissenschaftler ein nicht hoch genug zu schätzendes Fundament zur weiterführenden wissenschaftlichen Kooperation auf hohem Niveau.

Zusätzlich zu den durch die Bundesregierung bewilligten Mitteln erklärte sich auch die Thyssen-Stiftung bereit,²¹⁷² dem Weizmann-Institut eine Spende in Höhe von 500.000 DM zur Verfügung zu stellen. Diese trat an die MPG mit der Bitte heran, die Transaktion dieses Betrages zu übernehmen, da die Förderung einer ausländischen Forschungseinrichtung, wie dem Weizmann-Institut, nicht mit der Satzung der Thyssen-Stiftung übereinstimmen würde. Der Verwaltungsrat stimmte der Überweisung der 500.000 DM an das Weizmann-Institut durch die MPG oder durch ihre Tochtergesellschaft, die Minerva-Gesellschaft,²¹⁷³ zu. Die Spende der Thyssen-Stiftung wurde durch diese von Oktober 1961 bis Februar 1962 in drei Raten überwiesen. Die jeweilige Einzahlung erfolgte auf das Konto der Minerva-Gesellschaft bei der Deutschen Bank in München und wurde von diesem Konto auf das Konto des Europäischen Komitee des *Weizmann Institute of Science*, Rehovoth (Israel) bei der Dresdner Bank, Frankfurt am Main, transferiert.²¹⁷⁴ Der Verwendungszweck der Gelder lässt sich aus der Aktenlage nicht eindeutig rekonstruieren.²¹⁷⁵

²¹⁶⁹ Vgl.: Preiß an Gentner am 6.12.1961, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel; Vermerk Schmidt betr. Mittel des Bundesministeriums des Innern für den Wissenschaftlertausch mit dem Weizmann-Institut vom 3.10.1961, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel.

²¹⁷⁰ Vgl.: Vermerk Marsch betr. Stipendiaten für das Weizmann-Institut vom 22.6.1962, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel; Marsch an Rycus (WI) am 7.9.1961 betr. Wissenschaftler-Austausch, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel; Maesch an Engel am 9.11.1961, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel; Marsch an Schleyer vom 9.11.1961, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel; Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.33.

²¹⁷¹ Vgl.: Notiz vom 3.7.1962 betr. Empfang (Weizmann-Institut) am 2.7.1962, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel; Einladung zu dem Empfang, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel.

²¹⁷² Die Frage, wodurch die Thyssen-Stiftung zu dieser Spende motiviert wurde, ist anhand der bisher vorliegenden Quellen nicht klar nachzuvollziehen. Offenbar scheint eine nicht näher benannte „Regierungsstelle“ an die Thyssen-Stiftung herangetreten zu sein. Vgl.: Vermerk Ballreich vom 25.5.1961 betr. Unterstützung des Weizmann-Instituts, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 G, Nr.114.

²¹⁷³ Die Minerva-Gesellschaft für die Forschung mbH wurde 1962 in München gegründet. Sie diente der MPG u.a. als Betriebsgesellschaft für die Kerckhoff-Klinik und andere Forschungs- und Hilfseinrichtungen.

²¹⁷⁴ Vgl.: Niederschrift über die 50. Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 5.7.1961, in: MPG-Archiv, Protokolle Verwaltungsrat 1961; Ballreich an die Mitglieder des Verwaltungsrats am 4.10.1961, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel; Ballreich an Thyssen Stiftung am 5.6.1962, in: ebd.; Cohn an Marsch (MPG)

Die MPG half Israel, wo sie konnte. Allerdings kannte diese Hilfe auch ihre Grenzen. Als Oberst Asher Arbel von der Israel-Mission sich 1962 nach der Besichtigung einer Großwäscherei für besondere Zwecke bei der MPG erkundigte, wurde er höflichst an die Kernreaktor-Gesellschaft in Karlsruhe verwiesen.²¹⁷⁶ Arbel war innerhalb der Israel-Mission für den Bereich der militärischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zuständig. Dem Verdacht, dem sich die MPG Mitte der sechziger Jahre ausgesetzt sah, beinhaltete letzten Endes die Frage, ob sich deutsche Wissenschaftler wegen der Zusammenarbeit mit dem Weizmann-Institut an der israelischen Atomwaffenforschung beteiligten.

Sicherlich kann man Kontakte einzelner Personen, die in Diensten des Weizmann-Instituts standen oder gestanden hatten, zum israelischen, aber auch deutschen Verteidigungsministerium rekonstruieren, wie im Falle von Ernst David Bergmann oder Josef Cohn.²¹⁷⁷ Allerdings gilt es hier zwischen zwei Ebenen zu unterscheiden: zwischen wissenschaftlicher Grundlagenforschung und deren militärischer Nutzung. Von der Grundlagenforschung auf kernphysikalischem Gebiet automatisch jedoch auf die Mitarbeit der betreffenden Forscher in der israelischen Atomwaffenforschung zu schließen, wäre einzelnen Personen gegenüber ungerecht. Israel besaß mit Nahal Soreq und später Dimona Zentren der anwendungsorientierten Kernforschung. Die kernphysikalische Forschung befand sich in Deutschland nach dem Krieg erst wieder im Aufbau. Zudem waren die in Israel tätigen deutschen Wissenschaftler - durchweg postgraduierte Studenten und noch keine hochqualifizierten Experten - ausschließlich in Projekte der Grundlagenforschung auf den Gebieten der Physik und Biologie involviert. Auf dem Gebiet der Kernphysik waren lediglich deutsche theoretisch arbeitende Wissenschaftler tätig. Außerdem befasste sich kein Forschungsvorhaben mit dem Gebiet der Reaktorphysik.²¹⁷⁸

Allerdings kann andererseits wegen der für die israelische Nuklearforschung dünnen Aktenlage nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass die Bundesrepublik Deutschland mittels

am 19.6.1962, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 G, Nr.114; Marsch an Cohn am 28.6.1962, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel; Ballreich an Deutsche Bank am 28.6.1962, in: ebd.

²¹⁷⁵ Abschrift eines Briefes von Bundeskanzler Adenauer an Birrenbach vom 28.3.1962, in: ACDP, I-475-024/5; Aufzeichnung Ritzel vom 25.2.1962 betr. Weizmann-Institut – Ergebnis der Besprechung mit Vialon vom 26.2.1962, in: AdsD, Abt. I, NL Ritzel, Nr.688; Birrenbach an Böhm am 2.3.1963, in: ACDP, I-433-010/1 („Ich darf Ihnen zum Beispiel sagen, dass die Thyssen-Stiftung dem Institut in Haifa DM 500.000,-- für seine Arbeiten zur Verfügung gestellt hat.“).

²¹⁷⁶ Vgl.: Marsch an Arbel am 10.10.1962, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 – Israel.

²¹⁷⁷ Vgl.: Cohn an Klinker, BMVg am 3.5.1963, in: BA-MArch, BW 1, Bd. 368641. Dieser Brief verweist auf eine geführte Unterhaltung, jedoch nicht auf das Gesprächsthema.

²¹⁷⁸ Vgl.: Deutsche Botschaft Conakry (Pol I B 3-83.00 Ber.-Nr. 577/67) an AA am 8.8.1967 betr. deutsche Mitarbeit an israelischer Atombombe, in: PA/AA, B 36, Bd.298, S.343; Söhnke (AA) (I B 4 – 84.03/92.19) an Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Conakry am 23.8.1967 betr. deutsche Mitarbeit an der israelischen Atombombe, in: PA/AA, B 36, Bd.298, S.345f.

der deutschen Industrie, welche das Weizmann-Institut nicht direkt unterstützte,²¹⁷⁹ Israel dennoch anderweitig half.

Die Bundesrepublik finanzierte für das Weizmann-Institut einen Tandem-van-de-Graaf Beschleuniger. Zwischen Juni 1962 und März 1963 überwies das Auswärtige Amt (Kulturabteilung) dem Weizmann-Institut insgesamt 5,928 Mio. DM für die Anschaffung des Beschleunigers, wobei davon 1 Mio. durch den Etat des Bundesministeriums für Atomenergie und Wasserwirtschaft bereitgestellt wurde. Jensen befürwortete die geplante, mittlerweile bereits in der Umsetzung begriffene Investition des Weizmann-Instituts. Er begrüßte die Aufstellung des Beschleunigers in Rehovoth, um die bereits bestehenden Kontakte zwischen dem Max Planck Institut für Kernphysik in Heidelberg und dem Weizmann-Institut zu intensivieren.²¹⁸⁰ Merkwürdigerweise verhandelten aber zeitlich unmittelbar vor den Überweisungen des Auswärtigen Amts, AEG und die israelische Atomenergiekommission (Laboratories, Soreq Research Establishments) - und nicht etwa das Weizmann-Institut - über die Lieferung eines Beschleunigers durch das deutsche Unternehmen.²¹⁸¹

Weiterhin hatte das Auswärtige Amt, wie oben erwähnt, das Weizmann-Institut in den Jahren 1961 bis 1963 durch eine Spende in Höhe von 3 Millionen DM für den Neubau des Instituts für molekulare Biologie unterstützt. Veranschlagt wurden für den Bau des Zentrums Gesamtaufwendungen von 11.21 Mio. DM, von denen aus Haushaltsmitteln des Bundes 3 Mio. DM zur Verfügung gestellt wurden und eine weitere Spende von 2.523 Mio. DM seitens der deutschen Wirtschaft laut Vorschlag des BMF aufgebracht werden sollten.²¹⁸² In einem Brief an Cohn, setzte Bundeskanzler Adenauer diesen im August 1962 persönlich in Kenntnis, dass eine entsprechende Spende der deutschen Wirtschaft nicht zu erwarten sei.²¹⁸³ Zur Eröffnungsfeier der Abteilung am 10. Juni 1963, an der außer dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion u.a. auch der Erziehungsminister und zugleich Präsident des Weizmann-

²¹⁷⁹ Vgl.: Nickel, D.K.: Brückenpfeiler, S.37. „Cohn stellte später gegenüber seinem Freund Brainin enttäuscht fest, dass „die deutschen Industriellen, angefangen mit Hermann Abs, absolut nichts getan“ hätten.“

²¹⁸⁰ Vgl.: Jensen an Cohn am 14.2.1962, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.200; Galinsky (AA) an Bundesminister für wissenschaftliche Forschung und StS im Bundeskanzleramt am 6.3.1963 betr. Förderung Weizmann Institut (IV 1 (00)-88/8021), in: PA/AA, B 94, Bd.1343; Vermerk Röhreke (AA) (IV 1-88-8021) vom 8.5.1963, in: PA/AA, B 94, Bd.1343; Cohn an Gentner am 10.7.1962, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.200. Zum Besuch Arazis in Deutschland wegen der Konstruktion des Tandemlabors sowie der Verwendung der restlichen US \$ 213,730.- von der durch das AA überwiesenen Summe siehe: De Shalits an Gentner am 3.5.1962, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.200 sowie Cohn an Gentner am 23.7.1963, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Cohn an Gentner am 7.2.1963, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201.

²¹⁸¹ Vgl.: Yavin, Israelische Atomenergiekommission an Shinnar am 22.2.1962, in: ISA/1046/15-זא; Yavin an Steimel, AEG, Forschung, am 28.3.1962, in: ISA/1046/15-זא; Steimel an Yavin am 10.5.1962, in: ISA/1046/15-זא.

²¹⁸² Vgl.: BMF, Korff (II A/3 – AA 0205-98/61) an Ritzel, MdB am 1.6.1962, in: AdsD, Abt. I, NL Ritzel, Nr.688; Ritzel an Cohn am 12.4.1961, in: AdsD, Abt. I, NL Ritzel, Nr.687.

²¹⁸³ Vgl.: Adenauer (9-27020-2472/62) an Cohn am 2.8.1962, in: AdsD, Abt. I, NL Ritzel, Nr.690.

Instituts Abba Eban teilnahmen, wurde der Bundestagsabgeordnete Martin als Vertreter der Bundesregierung entsandt.²¹⁸⁴

In einem Brief vom 9. Februar 1963 an den Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Lenz, unterbreitete Gentner dem Minister den Vorschlag zur Bildung eines paritätisch mit deutschen und israelischen Wissenschaftlern besetzten Gremiums, welches zur Formulierung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen dienen sollte. Lenz begrüßte den Vorschlag Gentners. Obgleich auch das Weiße Haus über Gentners Brief an Lenz durch Cohn informiert war, vermied es eine aktive Involvierung in die Beziehungen zwischen deutschen Wissenschaftlern und Weizmann Institut. Dennoch versicherte man Gentner auch später von amerikanischer Seite, dass man mit großer Genugtuung die Anbahnung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit beobachte und für wichtig erachte.²¹⁸⁵

Infolge der Zustimmung des Bundesministers verhandelten bereits am 9. Mai 1963 eine israelische Delegation, der u.a. de Shalit, Feldmann und Cohn angehörten, mit Vertretern der MPG (u.a. Gentner und Friedrich-Freska). Im Rahmen dieser Sitzung konstituierte sich unter Vorsitz von Gentner das geplante paritätisch besetzte Komitee (sog. „Gentner-Komitee“). In diesem waren zunächst vier deutsche Wissenschaftler vertreten, von denen je zwei die mit biologischen bzw. physikalischen Fragen zusammenhängenden Forschungsvorhaben bearbeiten sollten.²¹⁸⁶

Der Präsident der MPG begrüßte in einem Brief die forcierte Zusammenarbeit mit dem Weizmann-Institut. Infolge der Beratung im Verwaltungsrat und dessen positiven Votums konnten die durch das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung zur Verfügung gestellten Gelder²¹⁸⁷ über die Minerva Gesellschaft transferiert werden. Forschungsaufträge durften durch Institute der MPG an Institute im Ausland nicht vergeben werden.²¹⁸⁸

²¹⁸⁴ An dem anschließenden wissenschaftlichen Symposium nahmen neben Feodor Lynen (MPI für Zellchemie, München), Hans Weber (MPI für medizinische Forschung, Heidelberg) sowie Alfred Gierer (MPI für Virusforschung, Tübingen) teil. Vgl.: Aufzeichnung Röhreke (IV 1 – 88-8021) vom 5.6.1963 betr. Eröffnungsfeier des Instituts für molekulare Biologie, in: PA/AA, B 94, Bd. 1343; Weisgal an Adenauer am 13.6.1963, in: PA/AA, B 94, Bd. 1343.

²¹⁸⁵ Vgl.: Cohn an Gentner am 7.2.1963, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Abschrift Brief Gentners an Bundesminister für wissenschaftliche Forschung vom 9.2.1963, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Jerome B. Wiesner (wissenschaftlicher Berater Kennedys im Weißen Haus) an Cohn am 26.2.1963, in: PA/AA, B 94, Bd.1343; Lenz an Gentner am 13.3.1963 als Anlage zum Brief Sauers (BMwF – II B 6 – 6144-9-8/63^{II}) an Galinski (AA) vom 5.4.1963, in: PA/AA, B 94, Bd.1343; Gentner an den Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Lenz, am 2.12.1964, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201.

²¹⁸⁶ Vgl.: Gentner an Präsidenten der MPG, Butenandt, vom 22.5.1963, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 G, Nr.114; Abschrift eines Briefes von Gentner an Lenz vom 28.6.1963, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201.

²¹⁸⁷ Ab Herbst 1964 stellte das Bundesministerium 3.5 Mio. DM, 1966 4 Mio. DM zur Verfügung.

²¹⁸⁸ Vgl.: Auszug aus der Sitzung des Verwaltungsrats am 14.5.1963, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 Israel; Butenandts an Gentner am 19.6.1963, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201.

Da jedoch bereits im Herbst 1963 mit der Arbeit begonnen werden sollte und bis zu diesem Zeitpunkt eine Finanzierung durch das Bundesministerium nicht gewährleistet werden konnte, leistete die Stiftung Volkswagenwerk gewissermaßen die Anschubfinanzierung in Höhe von 2 Mio. DM. Dank der Hilfe der Stiftung Volkswagenwerk, konnten die ersten 19 Projekte, über deren Durchführung in der zweiten Sitzung des Gentner Komitees am 16. Oktober 1963 in Rehovoth entschieden wurde, begonnen werden. Diese Studien widmeten sich z.B. der Untersuchung ternärer Spaltungen, Polyaminosäuren, Messungen der Energieniveaus von O¹⁸ oder der molekularen Aspekte der Differenzierung von Muskelzellen.²¹⁸⁹

Am 7./27. Juni 1964 unterzeichneten die Minervagesellschaft für die Forschung mbH, München als Auftraggeber und das Weizmann-Institut in Rehovot als Auftragnehmer einen Forschungsvertrag. Demnach übernahm das Institut die in der Anlage zum Vertrag näher beschriebenen Forschungsvorhaben. Die korrekte Durchführung des Vertrages wurde durch das unter dem Vorsitz von Gentner stehenden deutsch-israelische Komitee überwacht. Für jeden der zunächst 51 im Rahmen des Vertrags beschäftigten Wissenschaftlern wurde ein jährlicher finanzieller Aufwand von ca. 69.000 DM angesetzt, der in der Summe allerdings 3,5 Mio. DM nicht überschreiten durfte. Das Weizmann-Institut war nach Ende des Projektes zur Vorlage eines veröffentlichungsreifen Schlussberichtes verpflichtet. Der Vertrag war zunächst bis zum 31. Dezember 1964 befristet und bedurfte der Verlängerung. Infolge der Vertragsunterzeichnung bewilligte das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung der Minerva-Gesellschaft zur Erfüllung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1964 einen Bundeszuschuss bis zur Höhe von 3,5 Mio. DM, dessen erste Rate im Herbst d.J. überwiesen wurde.²¹⁹⁰ Der Grundstein für den Ausbau und eine Intensivierung der deutsch-israelischen Wissenschaftskooperation war gelegt.

²¹⁸⁹ Vgl.: Aufzeichnung Markus (III B 6 – 9454 – 28/69) am 8.7.1969 betr. Zusammenarbeit mit israelischen Forschungsinstituten, in: BA, B 138, Bd.7652; Vermerk Ballreich vom 9.7.1963, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 G, Nr.114; Sauer (BMwF) an Stiftung Volkswagenwerk am 13.8.1963 (III B 6 – 6144 – 9-41/63), in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Stiftung Volkswagenwerk betr. Antrag des Weizmann-Instituts, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 G, Nr.114; Ballreich an Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, z.Hd. Lindner, am 20.9.1963, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Minutes of meeting held on October 16, 1963, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201.

²¹⁹⁰ Vgl.: Kopie des Forschungsvertrags vom 7./27.6.1964, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Lenz, (III A 3- 6144-9-51/64) an Minerva-Gesellschaft für die Forschung mbH, z.Hd. Geschäftsführer Ballreich, am 7.8.1964 betr. Förderung der Grundlagenforschung im Bereich der Kernforschung, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Minerva-Gesellschaft an Cohn am 12.10.1964 betr. erste Rate des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 68 A, Nr.201; Auszug aus der Sitzung des Senats der MPG am 4.12.1964, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2; Auszug aus der Sitzung des Senats der MPG am 14.12.1965, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, Nr. I M 2 Israel.

3.10.2. Wissenschaftliche und Kulturelle Kontakte zwischen der DDR und Israel

Obgleich Kontakte zwischen Israel und der DDR auf dem Gebiet von Kultur und Wissenschaft bei gleichzeitig nicht existenten diplomatischen Beziehungen und der fehlenden Bereitschaft seitens der DDR, Wiedergutmachungszahlungen an Israel zu leisten, nur spärlich nachzuweisen sind, existierten diese, wenn auch in marginalem Umfang, trotzdem. Initiativ handelten in diesem Zusammenhang nicht die Regierungen bzw. Ministerien beider Staaten, sondern einzelne Personen, Organisationen oder Institutionen. Da derartige Kontakte auf der ostdeutschen Seite, mehr als auf israelischer, der Rückendeckung bzw. der Genehmigung einzelner Ministerien bedurfte, wurden sie de facto auf eine staatliche Ebene gehoben.

Interessant gestalteten sich so z.B. die Kontakte hinsichtlich des Austausches von Archivalien zwischen der DDR und Israel. Auf Anfrage des Staatlichen Zentralarchivs Potsdam lehnte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 1961 den Antrag des israelischen Staatsarchivars, Dr. Bein, auf Austausch von Mikrofilmen und Dokumenten Theodor Herzls ab. Andererseits wurde Mitarbeitern des staatlichen Instituts für Dokumentation in Tel Aviv durch dieselbe Dienststelle im selben Jahr der Besuch des Staatlichen Zentralarchivs Potsdam gestattet. Die Gastfreundschaft der DDR stieß allerdings bereits bei eventuellen Kopierwünschen von Archivmaterial an ihre Grenzen, die nur bei vorliegender Sondergenehmigung durchführbar waren. Besuche israelischer Wissenschaftler in ostdeutschen Archiven oder aber Kontakte zwischen den Archiven beider Staaten und deren Mitarbeitern erfolgten auf der Seite der DDR stets unter Einschaltung der betreffenden Ministerien. 1963 leitete z.B. die staatliche Archivverwaltung der DDR einen Antrag des Direktors der Historical Society of Israel mit der Bitte um Fotokopien und Aufstellungen an das Landeshauptarchiv Dresden dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zum Entscheid weiter. Dieser Antrag wurde abgelehnt.²¹⁹¹

Doch zu den Interessen Israels an in der DDR lagerndem Archivmaterial besaß die DDR bereits 1950/51 eine klare Meinung. Im Oktober 1950 wurde mit Genehmigung des Ministers des Innern das Gesamtarchiv der deutschen Juden an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden der DDR in Berlin übergeben. Das Ministerium des Innern stimmte darüber hinaus einer Übergabe des Gesamtarchivs an das Jüdische Zentralarchiv in Jerusalem prinzipiell zu. Es verwies allerdings auf die Notwendigkeit eines offiziellen Ersuchens der israelischen Regierung an die DDR und stellte fest, dass der Landesverband nicht stellvertretend für den isra-

²¹⁹¹ Vgl.: Ministerium des Innern der DDR, Staatliche Archivverwaltung, an Historical Society of Israel am 20.2.1963, in: ISA/3398/41-37; Aufstellung über Schriftverkehr mit Israel der 3. Außereuropäischen Abteilung, Sektion Mittlerer Osten vom 25.1.1962, in: MfAA, A 13357, S.2. (enthält auf S.2 nachträglichen handschriftlichen Eintrag zum Jahr 1963).

elischen Staat handeln könne. Dieses Ersuchen wurde in der Folge durch das bei der AHK akkreditierte israelische Konsulat in München gestellt. Problematisch hinsichtlich einer eventuellen Überführung der Archivmaterialien erschien dabei keineswegs, eine durch die SKK zu erteilende Ausfuhrgenehmigung zu erhalten, sondern gestalteten sich die Eigeninteressen der DDR, die nicht im wissenschaftlichen Bereich lagen.²¹⁹² Eine Überführung der Materialien konnte nicht nur propagandistisch als Handlung angeblichen ostdeutschen Wiedergutmachungswillens instrumentalisiert werden – auch wenn dies nicht dem Kern der Angelegenheit entsprach – sondern sollte mit der Frage der diplomatischen Anerkennung der DDR verbunden werden. Die DDR, konkret das Ministerium für Auswärtig Angelegenheiten, lies im Laufe der bilateralen Diskussionen keinerlei Sensibilität für die historische Belastung der deutsch-jüdischen Beziehungen erkennen.²¹⁹³

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bezog im Frühjahr 1951 wie folgt Stellung gegenüber dem israelischen Ersuchen: „Unsererseits besteht zwar an den Archiven kein besonderes Interesse, doch sollte man die Archive nicht so ohne weiteres herausgeben. Wenn dem Staate Israel soviel daran liegt, soll er die DDR anerkennen und dann auf dem üblichen diplomatischen Wege seine Wünsche vorbringen.“²¹⁹⁴ Bereits zu diesem Zeitpunkt also ordnete das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die israelischen Wünsche hinsichtlich des Gesamtarchivs der deutschen Juden der Frage der internationalen Anerkennung der DDR mit aller Härte unter und vertrat somit eine dem Ministerium des Innern (hier konkret Dr. Korfes) entgegengesetzte Haltung. Zuvor war andererseits aber buchstäblich darauf verwiesen worden, „dass der Staat Israel oder irgendeine israelische Institution nicht als Rechtsnachfolger deutscher Juden oder ihrer Religionsgemeinschaften betrachtet werden kann.“²¹⁹⁵ Allerdings artikuliert das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Laufe des Verhandlungen auch Gründe, die keineswegs mehr mit konkreten außenpolitischen Interessen der DDR erklärt werden können: „Eine Bearbeitung [der Dokumente,²¹⁹⁶ C.L.] erscheint inopportun angesichts des überwiegend privat-kommerziellen Charakters der Papiere, die selbst historisch nur negativen Wert – u.a. zur Geschichte des Wucherkapitals – besitzen.“²¹⁹⁷

Dennoch existierten auch in den folgenden Jahren wissenschaftliche und kulturelle Belange betreffende Kontakte zwischen der DDR und Israel, die durch persönliches Engagement

²¹⁹² Vgl.: Scholem an Bein am 20.9.1950, in: ISA/2539/II-זח.

²¹⁹³ Vgl.: Bein an Korfes am 10.5.1951, in: ISA/2539/III-זח.

²¹⁹⁴ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.7, S.467.

²¹⁹⁵ Ebd.

²¹⁹⁶ Bei diesen handelte es sich um aus dem 17.-20. Jahrhundert stammende Familien- u.a. Dokumente.

²¹⁹⁷ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.7, S.468.

oder Interessen motiviert waren und die sich ab Mitte der fünfziger Jahre vermehrt nachweisen lassen.

So wandte sich 1957 z.B. das Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin an der Karl-Marx-Universität in Leipzig mit dem Angebot an den Direktor des Rothschild-Krankenhauses in Haifa, einen Beitrag zur althebräischen Medizin für einen zur Publikation vorgesehenen Sammelband zu schreiben. Das israelische Außenministerium hatte gegen eine derartige Publikation eines israelischen Wissenschaftlers in der DDR nichts einzuwenden, sondern sah hierin eine Möglichkeit der Wissensvermittlung in Ostdeutschland.²¹⁹⁸ Weiterhin bekundet z.B. die Chemische Gesellschaft der DDR Ende 1957 Interesse an Informationsmaterialien des Weizmann-Instituts.²¹⁹⁹ Zu einer Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der DDR und dem Weizmann-Institut kam es nicht, welche durch das israelische Außenministerium auch nicht befürwortet wurde.²²⁰⁰ Die Gründe hierfür lagen zum einen in den nicht bestehenden offiziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten sowie den staatlichen Zuwendungen für das Weizmann-Institut in Israel, dürften darüber hinaus aber auch in den sich zeitlich parallel initiierten und sich intensivierenden Kontakten zwischen Weizmann-Institut und der Bundesrepublik (v.a. den einzelnen Instituten der MPG) zu suchen sein.

In der Zeit von September 1957 bis einschließlich Februar 1963 entschied die Sektion Mittlerer Osten der 3. Außereuropäischen Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in zwölf einzelnen Fällen, über israelische Anliegen, die von unterschiedlichen Institutionen der DDR an diese weitergeleitet worden waren. Diese Ersuchen betrafen meistens kulturelle und wissenschaftliche Belange. So lehnte 1957 und 1958 das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten das Gesuch des israelischen Tanzlehrers Raffael Helf hinsichtlich eines Studiums in der DDR ebenso ab, wie den Antrag einer israelischen Schriftstellerin auf Überlassung neuer Publikationen aus der DDR. Als jedoch ein Filmklub aus Haifa den Antrag auf die Abgabe eines Exemplars des Films „Ein Tagebuch für Anne Frank“ stellte, wurde diesem Ersuchen 1959 stattgegeben. Dieser wurde dem Filmklub über die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Fédération Internationale des Résistants (FIR) zur Verfügung gestellt. Ebenfalls positiv entschied das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 1960 den Wunsch der Enzyklopädie Hebraica, Informationen über die DDR zu erhalten. Dieses Ersuchen leitete das Ministerium an den Enzyklopädie-Verlag in Leipzig weiter,

²¹⁹⁸ Vgl.: Sudhoff-Institut an Rothschild Spital am 6.6.1957, in: ISA/3099/21-37; Seide an den Generaldirektor des israelischen Außenministeriums am 14.6.1957, in: ISA/3099/21-37; Ilsar an Seide am 19.6.1957, in: ISA/3099/21-37.

²¹⁹⁹ Vgl.: Chemische Gesellschaft in der DDR an Weizmann-Institut am 25.11.1957, in: ISA/3099/21-37.

²²⁰⁰ Vgl.: Osteuropaabteilung des israelischen Außenministeriums an Weizmann-Institut am 31.1.1958, in: ISA/3099/21-37.

welcher das gewünschte Material direkt nach Israel versandte. Eine gewisse Eigenständigkeit trotz der Vorgaben des Ministeriums bewies die Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig im Falle von Dr. Simon aus Israel 1961. Dieser war Mitglied beim Weltrat für Körperkultur und Sport. Die Veröffentlichung eines Diskussionsbeitrages durch Simon wurde seitens des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten untersagt, jedoch trotzdem veröffentlicht.²²⁰¹

Im September 1960 besuchte der israelische Schriftsteller Mordechay Avi Shaul die DDR. Shaul hatte neben klassischen deutschen Werken u.a. auch Julius Fučík ins Hebräische übersetzt und war Mitarbeiter des Verlages der MAPAM. Dieser Verlag hatte neben marxistischen theoretischen Werken auch solche von Schriftstellern des Realismus herausgegeben, aus denen nach Ansicht der DDR, die israelische Partei allerdings nichts gelernt habe. Zudem veröffentlichten in diesem Verlag Mitglieder des ehemaligen „Club der progressiven Literatur“ – während des Krieges ein Zentrum für Antikriegsliteratur. Da sich die Rolle des Clubs infolge von Ereignissen, wie dem Slánský-Prozess, dem 17. Juni 1953 oder den Ereignissen in Ungarn verändert hatte und zunehmend auch kritische Stimmen gegenüber der Sowjetunion zu hören waren, während man von der DDR kaum Notiz nahm, diskreditierte dies den Club in den Augen der DDR. Deswegen charakterisierte diese den Club als nicht mehr „fortschrittlich“ im Sinne der eigenen Weltanschauung. Mit seinem Besuch in der DDR beabsichtigte Shaul in Weimar einen Essay mit dem Titel „Werther und seine Zeit“ zu schreiben. Im Rahmen seines Aufenthaltes in der DDR besuchte er am 11. September den Deutschen Schriftstellerverband und bekundete Interesse, den Ausschuss für Deutsche Einheit aufzusuchen. Dieser unter der Ägide Nordens stehende Ausschuss war für zahlreiche Propagandaschriften der DDR gegen die Bundesrepublik, z.B. im Kontext des Eichmannprozesses, verantwortlich. Im Ausschuss für Deutsche Einheit führte Shaul Gespräche zum „Fall Globke“.²²⁰²

Ob das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit ihren gemessen am Gegenstand manchmal fragwürdigen Entscheidungen ihrem Ansehen im Ausland, aber auch in der DDR selbst, möglicherweise mehr schadete als nutzte, kann anhand der Quellen nicht abschließend beantwortet, allerdings vermutet werden. So lehnte das Ministerium 1961 den Antrag der ehemaligen Hochschule für Verkehrswesen in Dresden auf Schriftenaustausch mit dem *Israel Institute of Technology* ab. Dabei bekundeten die Antragsteller aus Israel besonderes Interesse an Literatur zum Verkehrswesen der Sowjetunion.²²⁰³

²²⁰¹ Vgl.: Aufstellung über Schriftverkehr mit Israel der 3. Außereuropäischen Abteilung, Sektion Mittlerer Osten vom 25.1.1962, in: MfAA, A 13357, S.1f. (enthält auf S.2 nachträglichen Eintrag zum Jahr 1963).

²²⁰² Vgl.: Aktennotiz König vom 15.9.1960 betr. Besuch von Avi Shaul, in: MfAA, B 3021, S.109-111.

²²⁰³ Vgl.: Aufstellung über Schriftverkehr mit Israel der 3. Außereuropäischen Abteilung, Sektion Mittlerer Osten vom 25.1.1962, in: MfAA, A 13357, S.1f.

Übertroffen wurde diese Entscheidung allerdings noch, als das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten den Besuch des Direktors der Dresdner Oper aufgrund einer Einladung zu einem internationalen Treffen von Operndirektoren nach Israel 1962 ablehnte, da für eine solche Reise keinerlei außenpolitisches Interesse bestehe und der DDR zudem „nur Unannehmlichkeiten bereiten“²²⁰⁴ würde. Unter Unannehmlichkeiten verstand die DDR arabischen Protest, der sich angesichts des Ziels der diplomatischen Anerkennung Ostdeutschlands in der arabischen Welt nur kontraproduktiv auswirken würde. Außerdem handelte es sich aus Sicht des Ministeriums „lediglich um einen Versuch der israelischen Nationaloper, eine Weltversammlung aller Operndirektoren zustande zu bringen. Es scheint uns deshalb auch von der fachlichen Seite [sic!] kaum gerechtfertigt, eine solche Einladung anzunehmen.“²²⁰⁵

1962 sah sich der israelische Kultusminister Abba Eban anlässlich der Knessetdebatte am 9. Januar, in der eigentlich die kulturellen Beziehungen Israels zur Bundesrepublik zur Diskussion standen, aus Anlass der Rede Snehs (MAKI) zu Kritik an der DDR veranlasst. So war sich Eban zurecht nicht sicher darüber, „ob es unter den Pädagogen Ostdeutschlands, das sich nach seinen Worten [Snehs, C.L.] von allen Restbeständen des Nationalsozialismus gereinigt hat, viele gibt, die ihrer Öffentlichkeit und ihrer Regierung gegenüber auf der Notwendigkeit bestehen, die historische Verantwortung des deutschen Volkes für die Katastrophe des jüdischen Volkes zu demonstrieren.“²²⁰⁶

Obgleich nicht unmittelbar kulturellen oder wissenschaftlichen Kontakten der DDR zu Israel zuzuordnen, verdeutlicht das folgende Beispiel die Funktionalisierung von Journalisten – und damit eines durch die Regierung der DDR auch unabhängig von Israel im Sinne des Systems wohlbehüteten Berufszweiges – für politische und propagandistische Zwecke der DDR. Infolge einer Einladung des Verbandes der Anti-Nazi-Kämpfer in Tel Aviv an den Ausschuss für deutsche Einheit zur Teilnahme am Kongress anlässlich des 20. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto, wandte sich der Nationalrat der Nationalen Front an die 3. Außereuropäische Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. In dem Schreiben vom 1. April 1963 unterbreitete der Nationalrat dem Ministerium seinen Vorschlag hinsichtlich der nach Israel zu entsendenden Person, zumal Albert Norden die Auffassung vertrat, dass diese Gelegenheit für ein öffentliches Auftreten der DDR genutzt werden sollte. So sei es Aufgabe des Vertreters der DDR, sowohl auf dem Kongress, als auch in Pressekonferenzen und Presseinterviews die Standpunkte der DDR, insbesondere über „die Dokumentationen

²²⁰⁴ Brief der 3. Außereuropäischen Abteilung des MfAA vom 2.3.1962 an Ministerium für Kultur, Abteilung Kulturelle Beziehungen, in: MfAA, B 3021, S.165.

²²⁰⁵ Ebd.

²²⁰⁶ Vgl.: Jelinek, Y.A. (Hg.): Moral und Realpolitik, Dok.212, S.590.

über Globke, die Bonner Staatssekretäre u.a. Nazi-Aktivisten in Westdeutschland“²²⁰⁷ zu publizieren. Der Nationalrat der Nationalen Front schlug schließlich in Übereinstimmung mit dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR die Entsendung des Genossen Stillmann vor. Da Stillmann, Journalist und Abteilungsleiter der Redaktion der „Wochenpost“, zu Beginn der 50er Jahre aus Israel in die DDR gekommen war, kam er nach Ansicht des Nationalrats besonders für diese Mission in Frage, um die Politik und Entwicklung in der DDR, des „deutschen Friedensstaates“²²⁰⁸ überzeugend zu vertreten. Zudem konnte Israel einem jüdischen Bürger nicht die Einreise verweigern. Darüber hinaus begünstigten die politische Zuverlässigkeit Stillmanns und seine aufgrund dieser Eigenschaft häufigen Auslandsreisen, z.B. nach Österreich und Kuba, eine Zustimmung zu dessen Entsendung. Während seines Aufenthaltes in Israel verbreitete Stillmann das entsprechende Propagandamaterial der DDR über Globke und weitere „Nazi-Verbrecher“, die in der Bundesrepublik „wieder Funktionen bekleiden“.²²⁰⁹

Ein weiteres Beispiel zur politischen Instrumentalisierung von Journalisten, ist 1964 die Akkreditierung des israelischen Journalisten Yaakov Silber beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Als Mitglied des ZK der MAKI und Mitarbeiter der Parteizeitung Kol Ha'am, fungierte dieser als Verbindungsmann zur israelischen Kommunistischen Partei.²²¹⁰

Israelische Wissenschaftler erhielten, wenn auch selten, unter bestimmten Bedingungen Zugang zu entsprechenden Einrichtungen in der DDR. Nachdem der Professor für Tierzucht an der landwirtschaftlichen Fakultät der Hebräischen Universität Jerusalem, Epstein, durch die Botschaft der DDR in Peking (aufgrund seines viermonatigen Chinaaufenthaltes) eine Aufenthaltserlaubnis für einen zehntägigen Besuch in der DDR erteilt bekommen hatte, wandte er sich an den Präsidenten der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR. Dieser beabsichtigte während seines Aufenthaltes in der DDR einige staatliche Tierzuchtbetriebe und –institute und ein bis zwei landwirtschaftliche Genossenschaften besuchen zu dürfen. Weiterhin bekundete Epstein Interesse, Kontakt mit dem Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft aufzunehmen. Epstein betonte gegenüber der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften, dass er gern bereit sei, sofern dies gewünscht werde, über die Tierzucht in Israel sowie den damit zusammenhängenden großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und über die Haltung der Haustiere in China zu berichten. Zudem bedurfte

²²⁰⁷ Schreiben Denglers, Nationalrat der Nationalen Front der DDR, an Bierbach, 3. Außereuropäische Abteilung im MfAA am 1.4.1963, in: MfAA, A 13358, S.1f.

²²⁰⁸ Ebd.

²²⁰⁹ Ebd.

²²¹⁰ Vgl.: Aufzeichnung über Gespräch zwischen Vilner und Axen am 25.1.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.10

dessen Besuch in der DDR keinerlei finanzieller Aufwendungen durch diese, da Epstein „genügend Geld in amerikanischer Währung“²²¹¹ zur Verfügung stand. Da der israelische Professor zudem auf eine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Israels seit 1935 (vormals Palästinas) ver- sowie ein Empfehlungsschreiben seiner Partei aufweisen konnte, stand dem Besuch Epsteins in der DDR nichts mehr im Wege. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurde über den geplanten Besuch des Professors in der DDR durch die Akademie für Landwirtschaftswissenschaften informiert. Diese erklärte sich gern bereit, Epstein Institute der Akademie zu benennen, die er besuchen konnte. Auch sollten die Institute veranlasst werden, dem israelischen Gast einige volkseigene Güter bzw. LPGs, welche durch diese Institute betreut wurden und sich speziell mit Fragen der Tierzucht befassten, zu zeigen.²²¹²

Um die Motive der nur spärlichen Kontakte der DDR auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet in ihrem Kontext besser verstehen zu können, erscheint es interessant, einen Blick in die Sowjetunion zu werfen. Auch dort entwickelten sich die kulturellen Beziehungen zu Israel während der fünfziger Jahre nur langsam und fungierten als Funktion innen- und außenpolitischer Interessen der UdSSR. Der Umfang der sowjetisch-israelischen Wissenschafts- und Kulturbeziehungen war Anfang der 50er Jahre, zu spätstalinistischer Zeit und Höhepunkt der Repressalien gegenüber Juden äußerst gering. Erst zu Beginn der 60er Jahre weiteten sich diese Beziehungen aus, um 1963 bis 1966 schließlich in die fruchtbarste Phase der sowjetisch-israelischen Kulturbeziehungen eintreten zu können. Dieser Fortschritt fand seinen Ausdruck in zunehmenden Aufführungen sowjetischer Künstler in Israel und umgekehrt, der Übersetzung hebräischer Schriften ins Russische oder der israelischen Teilnahme an internationalen Ausstellungen und Festivals in der UdSSR. Trotzdem blieb die Sowjetunion den offiziellen Vorschlägen des israelischen Außenministeriums oder dessen Botschaft in Moskau hinsichtlich eines Kulturaustausches stets eine Antwort schuldig. Obgleich die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten zunächst so zwar nicht offiziell staatlich initiiert wurden, wurden sie auf israelischer Seite durch private Organisation und auf sowjetischer Seite durch „Goskonzert“ und andere Institutionen (autorisiert durch die Organe der UdSSR) unterstützt und gefördert. Auf diese Art und Weise blieben die staatlichen Stellen bei der Realisierung von Kontakten durchaus involviert, indem man diese von der offiziellen auf die Arbeitsebene verlagerte. Eine erste Ausweitung der Kulturbeziehungen beider Staaten bildete am 30. März 1963 die Gründung des Verbandes für israelisch-sowjetische Kulturbeziehun-

²²¹¹ Abschrift des Briefes von Epstein an den Präsidenten der Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften vom 9.7.1963, in: MfAA, A 13357, S.9.

²²¹² Ebd., S.9f. Weiterhin siehe: Morgenstern, Auslandsabteilung, Deutsche Akademie der Landwirtschaften zu Berlin, an 3. Außereuropäische Abteilung im MfAA am 1.8.1963, in: MfAA, A 13357, S.18.

gen. Diese erfolgte aufgrund einer Initiative der sowjetischen Botschaft in Israel. Die Mehrzahl ihrer israelischen Gründungsmitglieder gehörten der MAKI und der MAPAM an. Die israelische Präsenz und die entsprechenden Veranstaltungen in der UdSSR wurden durch die dortigen Juden mit großem Interesse wahrgenommen und waren für diese nicht selten Quelle nationalen Stolzes.²²¹³

Im Unterschied zur Sowjetunion besaß die DDR während des Untersuchungszeitraumes noch weniger Interesse an wissenschaftlichen oder kulturellen Kontakten auf der Arbeitsebene als diese. Dass solche Kontakte auf der offiziellen Ebene nicht erwünscht waren, mag angesichts der fehlenden diplomatischen Beziehungen, der Nichtanerkennung der israelischen Wiedergutmachungsansprüche erklärbar sein. Trotzdem lies sich die ablehnende Haltung gegenüber Kontakten zu Israel damit allein nicht erklären.

Den Vorschlag von Vertretern der MAKI zur Errichtung eines Kulturhauses 1963 inklusive Kinosaal in Tel Aviv, welches der Kampagne gegen westliche Staaten dienen konnte, lehnte die DDR aus ökonomischen Gründen ab, da dieses Kulturhaus durch Warenlieferungen aus der DDR nach Israel finanziert werden sollte.²²¹⁴ Angesichts des Arguments der DDR, dass Wiedergutmachungsleistungen wegen der beschränkten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht erbracht werden konnten, erübrigte sich somit auch die Verfahrensweise hinsichtlich der Errichtung eines Kulturhauses mit Kinosaal der DDR in Tel Aviv.

Doch wäre es für die DDR durchaus möglich gewesen, ihre Verbindungen zu israelischen Kommunisten und die auch in Israel selbst vorhandene sozialistische Tradition dahingehend zu nutzen, bedeutend mehr Kontakte auf wissenschaftlicher und kultureller Ebene aufzubauen, wenn man dies wirklich gewollt hätte. In dieser Hinsicht stand die DDR sogar der UdSSR nach. Mit der Zustimmung zu dem oben erwähnten geplanten Besuch des Dresdner Operndirektors in Israel hätte sich die DDR kaum etwas vergeben.

Die Außenpolitik der DDR ordnete auch die kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte zu Israel ihrem alles überragenden primären Ziel internationaler Anerkennung als zweitem deutschen Staat unter. Während man Israel weitestgehend mied, intensivierte die DDR ihre Kontakte gegenüber einzelnen arabischen Staaten auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen. Bereits im Juli 1956 schloss diese mit Syrien ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit.²²¹⁵ Im April 1959 folgte ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Irak, welches zwischen dem Staatssekretär für das Hoch- und Fachschul-

²²¹³ Vgl.: Govrin, Y.: *Israeli-Soviet Relations, 1953-1967. From Confrontation to Disruption*, London u.a. 1998, S.111-117.

²²¹⁴ Vgl.: Aufzeichnung über Gespräch zwischen Vilner und Axen am 25.1.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.7f.

²²¹⁵ Vgl.: DAPDDR, Bd.V, S.485.

wesen der DDR und dem irakischen Minister für Erziehung unterzeichnet wurde.²²¹⁶ In diesem Abkommen vereinbarten beide Seiten eine umfassende Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und künstlerischen Gebiet. Neben gegenseitigen Beziehungen, die z.B. Vorträge, Filme, Konzerte, die Zusammenarbeit der zugelassenen wissenschaftlich, technischen und literarischen Gesellschaften beider Staaten beinhalteten, sollte auch die Kooperation von Akademien, Universitäten, Hochschulen, Bibliotheken und Museen gefördert werden. Ebenso wurde der Austausch von Aspiranten, Absolventen und Studenten zum Studium an Hochschulen, Universitäten und Ingenieurschulen des jeweils anderen Landes vereinbart. Im Unterschied hierzu sah sich die DDR lediglich in der Lage, der MAKI, nicht Israel, eine begrenzte Anzahl von Studienplätzen zu Verfügung zu stellen. Dies allerdings auch nur deswegen, weil Vertreter der MAKI die SED darum gebeten hatten. 1964 stellte diese so z.B. insgesamt sechs Plätze, zwei davon für die Parteihochschule der SED zur Verfügung.²²¹⁷ Wenn allerdings einer der israelischen Studenten nicht den Anforderungen der SED-Richtlinien genügte, kannte deren Gastfreundschaft schnell ihre Grenzen. Als sich die Tochter des hochrangigen Repräsentanten der MAKI, Sneh, zum Zwecke ihres Studiums 1963 in der DDR aufhielt und sich weigerte ihre jüdische Nationalität zu verleugnen – diese Aufforderung trotz des Holocausts! – entledigte sich die DDR dieses Problems auf perfide Art und Weise. Gelegentlich entsprang die Privilegierung der arabischen Staaten und deren Bevölkerung gegenüber israelischen Staatsbürgern jüdischer Nationalität keineswegs nur politischen Erwägungen und Zielen, sondern einem in der DDR existenten und nicht zu leugnenden Antisemitismus.

Das Staatliche Rundfunkkomitee der DDR schloss mit dem Rundfunk und Fernsehen der VAR im August 1962 ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten des Rundfunks und Fernsehens. Beide Seiten vereinbarten in diesem den Austausch von z.B. Filmen, Programmmaterialien und Rundfunkkorrespondenzen in deutscher oder arabischer Sprache unter Beifügung eines englischsprachigen Manuskripts.

Die Kontakte der DDR zu Israel auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet blieben hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Intensität hinter denen der DDR zu den arabischen Staaten weit zurück. Letzten Endes dominierte in den Augen insbesondere des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten das Primat des Ziels internationaler Anerkennung der DDR gegenüber jeglichen anderen Interessen. Gleichwohl wurde aber in dem hier untersuchten Bereich bilateraler Kontakte anhand einzelner Entscheidungen und Aussagen sichtbar, dass das Außenministerium der DDR den Staat Israel auch unabhängig von wirtschaftlichen Be-

²²¹⁶ Vgl.: DAPDDR, Bd.VII, S.370-374.

²²¹⁷ Vgl.: Aufzeichnung über Gespräch zwischen Vilner und Axen am 25.1.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.10.

langen nicht als Rechtsnachfolger im o.g. Fall deutscher Juden anerkannte und keinerlei Bewusstsein für die historische Verantwortung auch der DDR gegenüber dem Holocaust erkennen lies. Dass selbst die Sowjetunion intensivere Kontakte auf kulturellem Gebiet zu Israel, gerade zu Beginn der 60er Jahre pflegte, erscheint dabei umso bemerkenswerter.

3.11. Die Beziehungen zwischen SED und Israelischen Kommunisten

3.11.1. Anfänge und Merkmale der Parteibeziehungen

Erste Kontakte zwischen der SED und der kommunistischen Partei Israels (MAKI²²¹⁸ – Miflaga Komunistit Yisra'elit) reichen bereits bis in das Jahr 1948 zurück. Bereits im Oktober 1948 verkündete die Kommunistische Partei Israels allen „Bruderparteien“ die Vereinigung der MAKI mit der Nationalen Befreiungsliga im Rahmen der Kommunistischen Partei Israels.²²¹⁹ Die Nationale Befreiungsliga stellte seit 1944 die Organisation der arabischen Kommunisten dar und trat der MAKI bei. Als Parteizeitungen fungierten u.a. sowohl die in hebräischer Sprache erscheinende Kol Ha'am (Volksstimme) als auch die arabischsprachige Wochenzeitung Al Ittihad (Die Einheit), welche nach dem Verbot durch die britische Mandatsverwaltung erstmals wieder erschien. Doch die Einheit der Partei konnte längerfristig nicht über grundlegend verschiedene Konzepte ihrer jüdischen und arabischen Mitglieder hinwegtäuschen, die ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zunehmend deutlicher sichtbar wurden. Die Bewertung der Suezkrise durch die MAKI als Aggression Israels, Großbritanniens und Frankreichs²²²⁰ trug zur Popularität der Partei in der arabischen Bevölkerung²²²¹ Israels bei.

Im Verlaufe der fünfziger Jahre beschränkte sich die „kommunistische Bruderhilfe“ zwischen der SED und der Kommunistischen Partei Israels im wesentlichen auf Sachgeschenke seitens der SED an die MAKI. Bereits im September 1951 beschloss das Sekretariat des ZK der SED, der Kommunistischen Partei Israels 1,5 t arabische Schriften zum Gesamtpreis von 16.000 DM kostenlos zu überlassen. Um welche Schriften es sich hierbei hinsichtlich ihrer

²²¹⁸ Zur Geschichte der MAKI während des Untersuchungszeitraumes siehe Bein, J.: Was the Red Flag Flying There? Marxist Politics and the Arab-Israeli Conflict in Egypt and Israel, 1948 –1965, Berkeley u.a. 1990; Nahas, D.H.: The Israeli Communist Party, London 1976. Die Beziehungen der MAKI zur SED während des Untersuchungszeitraumes finden in beiden Darstellungen keinerlei Behandlung. Die Partei erreichte bei den Knessetwahlen in dieser Zeit mit Ausnahme des Jahres 1959 durchschnittlich etwa 4% der Wählerstimmen. 1958 hatte die MAKI 1.288, 1961 1.440 Mitglieder Angaben nach Bein, J.: Red Flag, S.241.

²²¹⁹ Vgl.: Kommunistische Partei Israels an alle Bruderparteien, am 29.10.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4090, Bd.489, S.161ff.

²²²⁰ Vgl.: Nahas, D.H.: Israeli Communist Party, S.34.

²²²¹ Zum Verhältnis zwischen MAKI und der Al-Ard-Bewegung siehe Nahas, D.H.: Israeli Communist Party, S.49ff.

inhaltlichen Substanz handelte, ist nicht bekannt.²²²² 1954 schenkte die SED im Anschluss an einen Beschluss des Sekretariats des ZK, der MAKI eine Linotype-Maschine im Wert von 12.000 DM und eine Schnelldruckpresse im Werte von 30.000 DM.²²²³ Im Jahre 1961 folgte eine – wenn auch zurückhaltendere – Schenkung der SED an die Kommunistische Partei Israels. Dieser wurde eine gebrauchte Schnellpresse im Wert von ca. 15.000 DM überlassen. Die dabei durch den Transport nach Israel entstandenen Devisenkosten sollten durch die Kommunistische Partei Israels selbst getragen werden.²²²⁴ Weiterhin bezog die MAKI regelmäßig über die SED die sowjetische Zeitschrift „Presse der Sowjet-Union“.²²²⁵

Generell genossen die Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten und das damit in Verbindung stehende Ziel der internationalen Anerkennung der DDR Priorität gegenüber den Beziehungen zwischen den beiden Parteien. So unterstützte die MAKI die Anstrengungen Kauls im Zusammenhang des Eichmannprozesses, die allerdings gerade bei der israelischen Regierung auf entsprechenden Widerstand stießen. Taktische Erwägungen der SED-Führung sprachen in dieser Phase hinsichtlich öffentlicher Kontakte sicherlich für ein distanzierteres Verhältnis zur kommunistischen Partei Israels. In einer Zeit, in der die DDR versuchte, mittels des Eichmann-Prozesses die israelische Regierung für die eigenen Interessen hinsichtlich einer internationalen Bloßstellung der Bundesrepublik Deutschland zu instrumentalisieren, schien es ratsam, die Unterstützung, die der DDR durch die MAKI zuteil wurde, nicht zu publik werden zu lassen. In der Wahrnehmung der arabischen Staaten differenzierte man nicht zwischen Israel und MAKI. So beschloss das Sekretariat des ZK der SED Ende Mai 1961, keine Delegation der SED zum XIV. Parteitag der kommunistischen Partei Israels, welcher vom 31. Mai bis 3. Juni 1961 stattfand, zu entsenden. Allerdings verfolgte die SED mit diesem Schritt keineswegs eine Strategie, die den Abbruch der Kontakte zur MAKI zur Folge haben sollte. Deshalb entsandte das Sekretariat des ZK der SED den „Genossen“ Max Kahane als Beobachter zum XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei nach Israel.²²²⁶

Dass der Einfluss der DDR über die MAKI auf die Innenpolitik Israels letztlich begrenzt blieb, wurde ebenfalls im Zusammenhang des Eichmannprozesses deutlich. Der Sonderkorrespondent der ADN in Israel, Leo, würdigte in diesem Kontext einerseits die hervorragende

²²²² Vgl.: Protokoll Nr.106 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED an 24.9.1951, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/235, S.11.

²²²³ Vgl.: Protokoll Nr.10/54 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 16.6.1954, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/432, S.8.

²²²⁴ Vgl.: Protokoll Nr. 19/61 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 2.5.1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/ 3/736, S.7.

²²²⁵ Vgl.: Shomernik, Abteilung Internationale Verbindungen der MAKI, an das ZK der SED, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, am 23.2.1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/20/363, S.7.

²²²⁶ Vgl.: Protokoll Nr.22/61 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 24.5.1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/ 3/739, S.10.

Unterstützung der DDR durch die Abteilungen der MAKI in Tel Aviv und Jerusalem. Andererseits war man sich in Ostberlin durchaus über die begrenzten Einflussmöglichkeiten in Israel im Klaren. Demnach fehlte es der DDR „an jeder Popularisierungsarbeit“²²²⁷ in Israel.

Problematisch bleibt am Beispiel der israelischen kommunistischen Partei die Anwendung des Prinzips des sogenannten „proletarischen Internationalismus“.²²²⁸ Dieser beinhaltete den Kampf gegen „Kapitalismus und Imperialismus, für Sozialismus und Kommunismus, Frieden, nationale Befreiung und Demokratie“, welcher durch „die Aktionseinheit aller kommunistischen und Arbeiterparteien“²²²⁹ geführt werden sollte. Angeblich beruhte die Zusammenarbeit zwischen diesen Parteien auf Gleichberechtigung und wechselseitiger Achtung. Zudem grenzte er sich einerseits vom Nationalismus ab, beanspruchte aber andererseits mit „gesundem Nationalbewusstsein eine harmonische Einheit“.²²³⁰ Wo genau die Grenzlinie verlief, um ein Prinzip vor argumentativer Willkür zu schützen, blieb undefiniert. Während die SED die Nationalität insbesondere jüdischer Israelis auf dem Gebiet der DDR soweit einschränkte, dass diese ihre Staatsbürgerschaft verleugnen sollten, wurde dem arabischen Nationalismus nirgends entgegengetreten – im Gegenteil. Ein wesentliches Merkmal der DDR Israelpolitik blieb deren Zusammenhang mit der Frage der internationalen diplomatischen Anerkennung der DDR auch und gerade in den arabischen Staaten, die Israel ihrerseits die diplomatische Anerkennung verweigerten. In diesem Zusammenhang existierten während des gesamten Untersuchungszeitraumes einerseits zwar Kontakte zwischen SED und MAKI, die allerdings in den Augen der SED nicht zu publik werden sollten und in einzelnen konkreten Fällen nur über dritte Staaten realisiert wurden. Neben dem „Antikolonialismus“ diente der „Antizionismus“ als identitätsstiftendes Argument zwischen DDR und arabischen Staaten auf Kosten Israels und des Judentums. Mit Schlagwörtern von Sozialismus und Kommunismus war in den arabischen Staaten hingegen kein außenpolitischer Geländegewinn zu erwarten. Während die Sowjetunion den Zionismus während des Untersuchungszeitraumes zumindest in Israel duldete, war für diesen auf dem Gebiet der Sowjetunion kein Platz, zumal dieser mit der Nationalitätenpolitik Stalins inhaltlich nicht vereinbar war. Dennoch stellte er kein ausreichendes Argument dar, Israel die diplomatische Anerkennung zu verweigern.

Im Unterschied zum ostdeutschen Sozialismus, der auf die „Diktatur des Proletariats“ bei paralleler Enteignung von Privateigentum unter Führung der SED abzielte, sticht bei den isra-

²²²⁷ Bericht des Sonderkorrespondenten des ADN, Gerhard Leo, betr. Eichmannprozess, undatiert (anhand der Marginalien hinsichtlich der Rezeption auf etwa August 1961 zu datieren), in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/20/363, S.13.

²²²⁸ In den Beziehungen zu den Ostblockstaaten im Herrschaftsraum der Sowjetunion: sozialistischer Internationalismus.

²²²⁹ Vgl.: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1967, S.528f.

²²³⁰ Ebd.

elischen Kommunisten wohl der Grad der Freiwilligkeit und der Idealismus hervor, sich zu kommunistischen Überzeugungen zu bekennen, ohne die Freiheit Andersdenkender einzuschränken oder ggf. gewaltsam zu beseitigen. Der ostdeutsche Sozialismus war letztlich kein Kommunismus, die SED noch nicht einmal im Rahmen der Kominform voll anerkannte „Bruderpartei“.

3.11.2. Die Teilnahme israelischer Kommunisten am VI. Parteitag der SED

Infolge einer Einladung des ZK des SED bestätigte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Israels, Mikunis, am 28. November 1962, die Teilnahme des Mitglieds des Politischen Büros der MAKI, Meir Vilner, am sechsten Parteitag der SED.²²³¹ Dieser fand in der Zeit vom 15. bis 19. Januar 1963 in Berlin statt. Vilner wurde von Shimon Cohen, Leiter der israelischen Parteifirma in Wien, begleitet. Bereits im Vorfeld des Besuches vermerkte das Mitglied der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED, Röhner,²²³² dass mit einer Ansprache von Vilner auf dem Parteitag zu rechnen sei, da er dies seiner Partei und seinem Volke schuldig sei. Auf eine solche Ansprache würde Vilner nur verzichten, wenn Chruschtschow im Namen aller Parteien oder lediglich je ein Genosse für die sozialistischen und die kapitalistischen Länder sprechen würde. Angesichts der Teilnahme arabischer Vertretungen hätte die SED durchaus in eine prekäre Situation gebracht werden können, falls sich Vilner hinsichtlich des israelisch-arabischen Konfliktes möglicherweise auch kritisch gegenüber der Politik des einen oder anderen arabischen Staates geäußert hätte. Allerdings widmete sich die überlieferte Rede Vilners²²³³ eher den Beziehungen der israelischen Regierung zur Bundesrepublik Deutschland oder beschwörte die Waffenbrüderschaft zwischen der „marxistisch-leninistischen Partei“ der DDR und der MAKI. Anhand der heutigen Aktenlage ist allerdings nicht festzustellen, ob die vorliegende Korrekturfassung der Rede ggf. eine gewisse Formulierungshilfe seitens der SED erfahren hatte und somit Äußerungen enthielt, die nicht von Vilner selbst stammen. Entsprechend dieser Überlieferung begrüßte Vilner die „Erbauer des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden“ „als Antifaschisten, als deutsche Antinazis, als konsequente Kämpfer gegen den deutschen Militarismus“. Die Existenz zweier deutscher Staaten sei eine geschichtliche Tatsache. Auch solidarierte sich (ggf.) Vilner in dieser Rede mit den Kommunisten Westberlins, die durch Adenau-

²²³¹ Vgl.: Mikunis an das ZK der SED am 28.11.1962, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/ 20/18.

²²³² Vgl.: Handschriftliche Aufzeichnung Röhners vom 13.1.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/ 20/18.

²²³³ Rede Vilners in: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED. 15. bis 21. Januar 1963, Bd. II, Berlin 1963, S.410-415. Korrekturfassung im Vorfeld der Veröffentlichung: Genosse Meir Vilner, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Israels, Januar 1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/18.

er und dessen „Nazikomplicen“²²³⁴ Globke, Schröder, Heusinger, Förtsch, Speidel und anderen“, die das Blut von sechs Millionen Juden an den Händen kleben hätten, schwer verfolgt würden. Darüber hinaus bedrohte der „deutsche Militarismus“ gemeinsam mit dem „amerikanischen Imperialismus“ angeblich erneut den Weltfrieden. Die „Kollaboration“ zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion und „Adenauer – Globke“ sei zynisch und erniedrigend. So helfe diese Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Kampf gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion, welche „die Welt von der Nazipest gerettet“ habe. Auf die früheren Verfolgungen von Juden in der UdSSR ging die Rede allerdings mit keinem Wort ein. Zudem habe der Ausgang der Kubakrise die „Richtigkeit der Beschlüsse des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU und der Beratungen der Vertreter der kommunistischen Parteien in den Jahren 1957 und 1960“ bewiesen. Im Anschluss wurden die Ziele der Kommunistischen Partei Israels dargestellt. Diese wurden u.a. mit einer Regierungsumbildung in Israel, einer außenpolitischen Neutralität sowie der vollen Gleichberechtigung der arabischen Bevölkerung näher umrissen. Abschließend ließ man die SED sowie die DDR als „das Bollwerk des deutschen Volkes für Frieden und Sozialismus“ hochleben.²²³⁵

In der Folge des VI. Parteitages der SED in Berlin kam es zu zwei Treffen zwischen den Mitgliedern des ZK der SED Paul Verner,²²³⁶ Günter Kohrt²²³⁷ und Edmund Röhner sowie auf israelischer Seite den zum Parteitag entsandten Vilner und Cohen am 19. und 23. Januar 1963. Vilner erörterte gegenüber den Vertretern des ZK der SED zunächst die enge politische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel. Besonders verwies er in diesem Zusammenhang auch auf diejenige auf militärischem Gebiet. Vilner zufolge sei auch die Frage der „Atomaufrüstung“ in die Kooperation zwischen beiden Staaten einbezogen. Zu diesem Zwecke bestand nach Vilners Aussagen auch ein eigener israelischer Reaktor im Süden des Landes (Dimona). Über die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf diesem Gebiet hinaus, entwickelten sich auch die Beziehungen mit Frankreich und den USA. Durch die „Reparationslieferungen aus Westdeutschland“ würde hinsichtlich der in der Bundesrepublik herrschenden „faschistischen Kräfte“ zudem „tiefe Verwirrung“ gestiftet.²²³⁸

²²³⁴ Das ursprüngliche Wort „Nazikollegen“ wurde gestrichen.

²²³⁵ Vgl.: Genosse Meir Vilner, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Israels, Januar 1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/18.

²²³⁶ Paul Verner war neben Albert Norden für die Kommission Arbeit nach Westdeutschland im Rahmen des Politbüro der SED wie auch für die entsprechende ZK-Abteilung zuständig.

²²³⁷ Kohrt war zu dieser Zeit der stellvertretende Leiter der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED.

²²³⁸ Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen vom 22.1.1963 über Gespräch zwischen einer Delegation des ZK der SED und des ZK der MAKI, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

Im Anschluss schlugen die Vertreter der MAKI die Zusammenarbeit beider Parteien vor, um von Israel aus „eine Kampagne gegen den Faschismus in Westdeutschland zu organisieren, die nach allen westeuropäischen Ländern ausstrahlen könnte“. In diesem Sinne baten die israelischen Vertreter das ZK der SED um konkrete Unterstützung bei der Errichtung eines Kulturhauses „der antifaschistischen Organisationen“ in Tel Aviv sowie einer Druckerei. Die Errichtung dieses Kulturhauses sollte binnen zwei Jahren erfolgen, wobei sich der Kostenvoranschlag für Kulturhaus, inklusive Kinosaal, und Druckerei auf ca. 1,1 Mio. Dollar belief. Aus Anlass dieses Ersuchens verwiesen die „Genossen“ der SED zunächst prinzipiell auf die Haltung der DDR zu den Wiedergutmachungsansprüchen Israels. In diesem Sinne – Wiedergutmachungsleistungen konnten aus Sicht der DDR u.a. aus wirtschaftlichen Gründen nicht gezahlt werden – äußerten sich die Mitglieder des ZK der SED auch entsprechend zurückhaltend gegenüber dem israelischen Ersuchen. So konnte angeblich wegen der wirtschaftlichen Situation ein solches Projekt auch in den folgenden Jahren nicht verwirklicht werden. Die Finanzierung eines solchen Kulturhauses sollte durch Warenlieferungen aus der DDR erfolgen. In diesem Zusammenhang beanstandeten die israelischen Vertreter die Haltung der mit dem Außenhandel der DDR befassten Institutionen. So sei insbesondere die Haltung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gegenüber Geschäftsverbindungen mit israelischen Firmen „schlechter als neutral“ zu bezeichnen. Gerade dieses Ministerium förderte parallel dafür umso mehr keineswegs nur den Handel, sondern auch die politische Anerkennung der DDR in den arabischen Staaten.²²³⁹

Wenn auch die Errichtung eines Kulturhauses durch die SED abgelehnt wurde, lieferte man der MAKI doch zumindest eine „Druckereimaschine“. Zur besonderen Freude der Kommunistischen Partei Israels war diese jedoch für deren Verwendungszwecke völlig unbrauchbar, was zur späteren Beanstandung der MAKI gegenüber der SED führte.²²⁴⁰

3.11.3. Israelische Studenten in der DDR?

Ein weiteres Anliegen Vilners und Cohens bestand 1963 in der Bitte, zwei bis drei Studienplätze für israelische Kommunisten an der Parteihochschule der SED „Karl Marx“ für jährlich stattfindende sogenannte Einjahreslehrgänge sowie zwei bis drei weitere Studienplätze an Universitäten der DDR zu erhalten. Bereits im Juli 1961 hatten u.a. Ulbricht, Norden,

²²³⁹ Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen vom 7.2.1963 (das Datum ist fälschlicherweise als der 7.2.1962 angegeben) über Gespräch zwischen einer Delegation des ZK der SED und des ZK der MAKI, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.3-6; Weiterhin vgl.: Aufzeichnung der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen vom 22.1.1963 über Gespräch zwischen einer Delegation des ZK der SED und des ZK der MAKI, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁴⁰ Vgl.: Aufzeichnung über Gespräch zwischen Vilner und Axen am 25.1.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.10.

und Schön der Aufnahme von drei „Genossen“ der MAKI in den 12. Einjahreslehrgang der Parteihochschule „Karl Marx“ zugestimmt.²²⁴¹ Allerdings verstanden die Vertreter der MAKI 1963 verständlicherweise nicht, weswegen sich ein israelischer „Genosse“, der sich bereits seit einem Jahr an der Parteihochschule der SED aufhielt, als Iraker ausgeben sollte. Die israelischen Vertreter bemängelten, dass eine solche Haltung der DDR nicht mit einer kommunistischen und internationalistischen Grundeinstellung zu vereinbaren sei.²²⁴²

Von besonderem Interesse erscheint gerade der letzte Punkt, da er symptomatisch für die Behandlung der ohnehin nur sehr wenigen israelischen Studenten in der DDR gewesen ist. Das dieses Problem lediglich bei den israelisch-jüdischen und nicht bei den israelisch-arabischen Studenten aufgetreten ist, erscheint logisch. Noch bevor die israelische Studentin Tamara Sneh, Tochter des Mitgliedes des Politbüros der MAKI, Moshe Sneh, Ende Mai 1963 ihre Beschwerde bei dem Mitglied des Politbüro der SED, Verner, einreichte, bestätigte die MAKI die Entsendung von zwei israelischen Studenten. So benannte die Kommunistische Partei Israels die „Genossen“ Paul Beck und Ephraim Katzav für ein Studium in der DDR.²²⁴³

Allerdings wurde der israelischen Studentin Sneh, die seitens ihrer Partei zu einem Journalistik- bzw. Parteihochschulstudium in die DDR delegiert worden war, eine andere Art deutscher „Sonderbehandlung“ zuteil, die hinsichtlich ihrer Qualität und vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Judenvernichtung erschreckend ist, andererseits aber den Unrechtscharakter des SED-Regimes schlaglichtartig verdeutlicht. Nachdem ein dreistündiges Gespräch mit den Genossen Kohrt und Röhner der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen offensichtlich keine Klärung der Angelegenheit brachte, wandte sich Sneh mittels eines längeren Briefes am 21. Mai 1963 an Verner.²²⁴⁴

Sneh wurde am zweiten Tag nach ihrer Ankunft in der DDR 1962 durch niemand geringeren als durch das Mitglied der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen beim ZK der SED, Röhner, gebeten, ihre Nationalität zu verschweigen, unter anderer Identität aufzutreten und einen anderen Ausweis vorzuzeigen, auch in Leipzig, wo sie ursprünglich ein Journalistikstudium antreten sollte. Als Begründung diente das Argument, dass sich an selbiger Universität viele arabische Studenten aufhielten. Gegen die Leugnung und Fälschung ihrer eigenen Identität protestierte Sneh und negierte eine andere als die israelische Staatsange-

²²⁴¹ Vgl.: Umlauf-Protokoll Nr.40/61 vom 31.7.1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/3/757, S.1. Schön war Büroleiter des Politbüro des ZK der SED.

²²⁴² Vgl.: Aufzeichnung der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen vom 7.2.1963 (das Datum ist fälschlicherweise als der 7.2.1962 angegeben) über Gespräch zwischen einer Delegation des ZK der SED und des ZK der MAKI, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.4f.; Aufzeichnung der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen vom 22.1.1963 über Gespräch zwischen einer Delegation des ZK der SED und des ZK der MAKI, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁴³ Vgl.: Shomernik, an das ZK der SED vom 2.5.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁴⁴ Vgl.: T. Sneh an Verner am 21.5.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

hörigkeit bzw. jüdische Nationalität auch entsprechend. In Leipzig war Sneh ohne ihr Wissen und ihre Zustimmung als irakische Studentin eingeschrieben worden. Bis zum Mai 1963 konnte Sneh allerdings ihr eigentliches Studium nicht beginnen. Zudem wurde ihr mitgeteilt, dass nur noch Staatsbürger der DDR zum Journalistikstudium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig zugelassen wurden. Anstatt dessen wurde Sneh an das Herder-Institut in Leipzig verwiesen. Aufgabe des Herder-Instituts bildete die Gewährung eines Vorstudiums für ausländische Studenten, die ein Hochschulstudium in der DDR absolvieren wollten und insbesondere deutsche Sprachausbildung beinhaltete.²²⁴⁵ Dieses konnte für Sneh infolge ihrer bereits fließenden Deutschkenntnisse (auch schriftlich) und ursprünglich anderer Zusagen als Affront gewertet werden. Zudem wurde Sneh von Seiten des ZK der SED vorgeworfen, Leipzig verlassen zu haben, nachdem diese wegen dringender medizinischer Behandlung, welche sie in Leipzig nicht ausreichend erhalten hatte, in ein Berliner Krankenhaus eingeliefert worden war. Weiterhin sammelte der für Sneh zuständige „Genosse“ der Partei sieben Monate lang Informationen über die Unzufriedenheit der Studentin – soviel zur Bespitzelung israelischer Staatsbürger in der DDR, ohne allerdings mit ihr in einem einzigen Gespräch zu überprüfen, ob die ihm vorliegenden Informationen stimmten oder nicht. Der Rufmord an Sneh war dem Machtanspruch der SED willkommen. Ihr wurde schließlich in einer Vorlage für das Sekretariat der SED politische und moralische [!] Unaufrichtigkeit²²⁴⁶ vorgeworfen. Darüber hinaus erhielt sie keineswegs regelmäßig und vollständig das ihr während des Aufenthaltes zugesagte Stipendium.²²⁴⁷

Im Zusammenhang mit dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 hatte die Delegation der MAKI nochmals die Bitte ausgesprochen, Sneh die Möglichkeit eines Parteihochschulstudiums einzuräumen.²²⁴⁸ In einem Entwurf für das Sekretariat des ZK der SED sprachen sich im August 1963 die Abteilungen Internationale Verbindungen (Röhner), Agitation sowie Kaderfragen gegen eine Zulassung von „Genn.“ [sic] Sneh zum Studium an der Parteihochschule aus. Dafür sollte ihr die Möglichkeit einer einjährigen beruflichen Ausbildung in der DDR gegeben werden.²²⁴⁹ Die „Genossin“ Sneh wurde zum Sündenbock gestempelt, denn sie hatte sich die Freiheit genommen, sich erstens zu ihrer jüdischen Identität und dem Staat Israel zu bekennen und zweitens das ZK der SED an die eigenen durch dieses deklarierten, aber in der

²²⁴⁵ Vgl.: Lamm, H.S./ Kupper, S.: DDR und Dritte Welt, S.227.

²²⁴⁶ Vgl.: Entwurf einer Vorlage für das Sekretariat seitens der Abteilung Kaderfragen, Agitation sowie Internationale Verbindungen vom 9.8.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁴⁷ Vgl.: T. Sneh an Verner am 21.5.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁴⁸ Vgl.: Entwurf einer Vorlage für das Sekretariat seitens der Abteilung Kaderfragen, Agitation sowie Internationale Verbindungen vom 9.8.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁴⁹ Ebd.; Protokoll Nr.44/63 der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 14.8.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/904, S.13.

Praxis nicht eingehaltenen Grundsätze zu erinnern. So verwies sie darauf, dass die Fälschung ihrer Nationalität in einem sozialistischen Land auf sie schockierend gewirkt habe und die ihr zuteil gewordene Behandlung dem Prinzip des sozialistischen Internationalismus widerspreche. Zudem äußerte sie ihre Auffassung, wonach die „marxistisch-leninistischen Prinzipien auch bei der Behandlung des einzelnen gelten“. ²²⁵⁰ Ein nur ansatzweise vorhandenes historisches Bewusstsein gegenüber der Tatsache, dass hier zum wiederholten Male auf deutschem Boden v.a. die Würde eines jüdischen Menschen schlichtweg negiert wurde, suchte man im Apparat der SED vergebens. Die durch die SED verkündeten Prinzipien wurde auf die Willkür der Macht reduziert, dafür dem Nächsten, hier konkret Sneh, fehlende Moral unterstellt. Vor dem Hintergrund der Vorwürfe, welche die DDR gerade im Kontext des Eichmannprozesses gegenüber der Bundesrepublik erhob, wäre das Mittel der Selbstkritik, die leider nicht existierte, sehr heilsam gewesen.

Anlässlich des Aufenthaltes des Vaters von Sneh in der DDR waren diesem seitens der SED „die Schwierigkeiten und das unzulässige Verhalten seiner Tochter offen dargelegt“ ²²⁵¹ worden. Moshe Sneh besuchte die DDR in der Zeit vom 6.-13. Juli 1963 auf der Rückreise von Moskau nach Israel. Er hielt sich neben Berlin auch in Dresden und Eisenhüttenstadt auf und nahm an der Eröffnung des „Globke-Prozesses“ teil. Am 12. Juli führte er ein Gespräch mit Verner. Im Rahmen dieses Gesprächs führte Sneh gegenüber Verner aus, dass die MAKI in Israel erstmals ihre Isolation durchbrochen habe. Während der Demonstration anlässlich des Strauß-Besuchs in Jerusalem wurde ein Mitglied der MAKI zum „Vorsitzenden“ der Kundgebung gewählt. Hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung Israels sei zwischen der Gruppe unter Ben Gurion, der sich stärker an die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich anlehnte, und derjenigen zu unterscheiden, die sich „auf den US-Imperialismus“ konzentrierte. Sneh teilte die Auffassung, wonach Beziehungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder zu Israel die Beziehungen zu den arabischen Staaten gefährden würden, nicht. In dieser Einschätzung bestätigten ihn die realen Entwicklungen. Am Ende des Gesprächs wurde Sneh über das Verhalten seiner Tochter belehrt. ²²⁵²

Der Kommunistischen Partei Israels wurden im Januar 1964 weitere sechs Studienplätze in der DDR, davon zwei für die Parteihochschule sowie ein Urlaubsplatz „für einen führenden Genossen (mit Ehefrau)“ zugesagt. ²²⁵³

²²⁵⁰ T. Sneh an Verner am 21.5.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁵¹ Aufzeichnung Röhner/ Verner vom 26.7.1963 über den Besuch von Sneh in der DDR, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁵² Ebd.

²²⁵³ Vgl.: Aufzeichnung über Gespräch zwischen Vilner und Axen am 25.1.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.10.

3.11.4. Die israelischen Kommunisten – Partner oder nur Instrument der SED?

Im Anschluss an das Gespräch im Januar 1963 verhandelten am 5. August d.J. erneut Vilner als Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Israels und der Leiter der israelischen Partefirma in Wien, Cohen, sowie auf Seite der DDR der Leiter der Abteilung Handel - Versorgung Außenhandel im ZK der SED, Lange, Meyer vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel sowie Röhner als „Sektorleiter“ der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED. Gegenstand des Gesprächs waren die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der Partefirma der MAKI und den in der DDR mit Außenhandel befassten Institutionen, die weitere Auswertung des Globke-Prozesses sowie die Einladung der Kommunistischen Partei Israels zu deren XV. Parteitag. Während die israelische Seite großes Interesse an Handelsbeziehungen mit der DDR bekundete, verhielt sich diese demgegenüber eher reserviert. Lange versäumte es so auch nicht, gegenüber den israelischen Gesprächspartnern auf die größeren Schwierigkeiten des Außenhandels der DDR mit dem „kapitalistischen Ausland“ im Jahr 1963 zu verweisen. So werde von Seiten der Bundesrepublik Deutschland mit „Unterstützung aller NATO-Staaten ein erbitterter kalter Krieg auch auf dem Gebiet des Außenhandels gegen die DDR geführt.“²²⁵⁴ Allerdings sollten die wirtschaftlichen Kontakte zwischen der DDR und der MAKI über die Handelsvertretung der DDR in Wien aufrecht erhalten werden.

Vilner bemängelte zudem die Zusammenarbeit zwischen der SED und der MAKI hinsichtlich der Vorbereitung des Globke-Prozesses.²²⁵⁵ Anlässlich des VII. Parlaments der FDJ wurde neben anderen, auch die israelische Delegation bereits im Mai 1963 über den bevorstehenden Globke-Prozess informiert.²²⁵⁶ Der israelische Rechtsanwalt Landau traf im Vorfeld des Prozesses mit dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt der DDR in Belgrad zusammen und hatte dort die Anklageschrift erhalten. Landau fand in dieser allerdings einige Punkte, in denen die Formulierungen nicht exakt waren und das Risiko einer nachträglichen Diskreditierung des Prozesses in sich trugen. Infolge des Globke-Prozesses richtete die Fraktion der MAKI in der Knesset eine Anfrage an die israelische Regierung. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, weswegen die Unterlagen für den Eichmann-Prozess nicht für den Globke-Prozess zur Verfügung gestellt worden seien. Der israelische Justizminister begründete dies mit dem

²²⁵⁴ Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.30, S.514.

²²⁵⁵ Vilner hatte gegenüber dem ZK der SED bereits im Vorfeld des Globke-Prozesses den Versuch kritisiert, den Prozess „auf ein finanzielles Gleis zu schieben“ und sich geweigert, in diesem Zusammenhang SED-Material seitens der MAKI zu verschicken. Siehe Lemke, M.: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960-1963, in: VfZ 41 (1993), S.169f.

²²⁵⁶ Vgl.: Aktennotiz Rehahn vom 6.6.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.028/9. Zum Plan zur Durchführung des Globke-Prozesses in der Zeit vom 8.7.-23.7.1963 siehe: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.028/9.

Argument, dass die Regierung der DDR die Zusammenarbeit zum Eichmann-Prozess verweigert habe. Nachdem diese Aussage widerlegt worden war, musste sich der israelische Justizminister bei der MAKI entschuldigen.²²⁵⁷ Die israelischen Vertreter erwogen diese Angelegenheit weiter zu verfolgen, zumal Ben Gurion in Israel über die deutsche Frage gestürzt sei – was allerdings nicht den Tatsachen entsprach.

Die Vertreter der MAKI charakterisierten die neue israelische Regierung zwar auch als „reaktionär“, allerdings „mehr proamerikanisch und weniger pro-Bonn“.²²⁵⁸ Ob die eher pro-amerikanische Ausrichtung der neuen israelischen Regierung in der SED auf mehr Gegenliebe stieß, darf wohl eher bezweifelt werden. Von Seiten der MAKI wurde weiterhin vorgeschlagen, die Kontakte zwischen ADN und der nichtstaatlichen israelischen Nachrichtenagentur ITEM weiterzuentwickeln.

Aus einer Aufzeichnung zu den Parteibeziehungen zwischen der SED und der MAKI im Jahre 1964 ging allerdings hervor, dass die SED kein Interesse an einer Ausweitung ihrer Beziehungen zu Israel bekundete. Demnach würden sich derartige Beziehungen „sehr stark negativ“ auf die Beziehungen zu den arabischen Staaten auswirken. Deswegen betrachtete die SED die Entwicklung von Parteibeziehungen zur MAKI nicht als Schwerpunktaufgabe im Vergleich zu den „Bruderparteien der arabischen Staaten“.²²⁵⁹ Im Unterschied zu den meisten arabischen Staaten, wo die Kommunistische Partei verboten war, konnte sie in Israel legal arbeiten.²²⁶⁰ Weiterhin stellte nach Ansicht der SED die Entwicklung der Parteibeziehungen der Kommunistischen Partei Israels zur SED deren wichtigsten Schwerpunkt nach den Beziehungen zur KPdSU dar.²²⁶¹

Im Januar 1964 wurde im Rahmen eines Gesprächs zwischen Vilner und Axen die Akkreditierung des israelischen Journalisten Yaakov Silber beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vereinbart. Silber war Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Israels und Mitarbeiter der Parteizeitung Kol Ha'am. Silber sollte zugleich als Verbindungsperson zur MAKI fungieren.²²⁶² Bereits 1963 war dieser Vorschlag zwischen Verner und Albert Norden besprochen worden. Befürwortet wurde der Aufenthalt eines Korrespondenten der Parteizeitung der MAKI deswegen, da dieser „eine wirksame Unterstützung für den Kampf der KP

²²⁵⁷ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.30, S.514f.

²²⁵⁸ Ebd., S.515.

²²⁵⁹ Konzeption der Parteibeziehungen der SED zur MAKI im Jahre 1964 (anonym), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/826.

²²⁶⁰ Vgl.: Aufzeichnung von Leicht vom 3.9.1963 über Gespräch mit Jaron (israelische Mission Prag) vom 27.8.1963, in: MfAA, A 13356.

²²⁶¹ Vgl.: Konzeption der Parteibeziehungen der SED zur MAKI im Jahre 1964 (anonym), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/826.

²²⁶² Ebd.

Israels“ darstellen und dem „gemeinsamen Kampf“ beider Parteien „gegen den westdeutschen Militarismus“ dienen würde.²²⁶³

Innerhalb der MAKI beabsichtigte man aber keineswegs einheitlich und zu jedem Preis eine Intensivierung der Parteibeziehungen zur SED, was im Zuge der Spaltung der MAKI im Sommer 1965 schlaglichtartig verdeutlicht wurde. Die Kommunistische Partei Israels spaltete sich in einen Flügel, der weiterhin unter dem Namen MAKI von dem ehemaligen Generalsekretär Shmuel Mikunis sowie Moshe Sneh geleitet wurde und einem der unter dem Namen RAKACH (Reshimah Komunistit Chadashah), der unter der Führung von Meir Vilner und Tawfiq Toubi als ehemaligen Politbüromitgliedern der Partei, agierte.²²⁶⁴ Die KPdSU beargwöhnte diese Spaltung, zumal diese in ihren Augen längerfristig „der israelischen Großbourgeoisie“ zum Vorteil gereichen konnte. Während die Gruppe Mikunis/ Sneh eher durch jüdische Mitglieder geprägt war, dominierte in der Gruppe Vilner/ Toubi der arabische Einfluss. Der SED missfielen insbesondere die kritischen Äußerungen des MAKI-Flügels gegenüber der DDR im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Kommuniqué Ulbrichts und Nassers²²⁶⁵ sowie gegenüber der bulgarischen kommunistischen Partei im Zusammenhang mit dem Zhivkov/ Nasser Kommuniqué. Demgegenüber hob die SED die guten Beziehungen der Gruppe Vilner/ Toubi zur kommunistischen Partei Jordaniens und Iraks hervor. Die jahrelange Unterstützung des arabischen Flügels innerhalb der israelischen Kommunisten und die Diskriminierung jüdischer Kommunisten gegenüber arabischem Nationalismus durch die DDR hatte zur Spaltung der Partei beigetragen.²²⁶⁶

Meinungsverschiedenheiten zwischen MAKI und SED waren allerdings schon im Vorfeld der Spaltung sichtbar geworden. Nachdem die Übernahme der Kosten für die Errichtung eines Kulturhauses und einer Druckerei für die Kommunistische Partei Israels 1964 erneut durch die DDR aus Kostengründen abgelehnt worden war, erwartete nun auch die MAKI konstruktive Vorschläge von Seiten der SED, wie konkret die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien verstärkt werden könne. Die MAKI besaß nach eigener Ansicht ausreichend Möglichkeiten in Israel politische aktiv zu sein, wobei diese oftmals an den finanziellen Ressourcen der Partei scheiterten. So hatte die MAKI allein im Zusammenhang mit der Kampagne gegen

²²⁶³ Vgl.: Entwurf einer Vorlage für das Sekretariat seitens der Abteilung Kaderfragen sowie Internationale Verbindungen vom 9.8.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/826.

²²⁶⁴ Vgl.: Keßler, M.: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S.134.

²²⁶⁵ Dieses Kommuniqué verurteilte die „aggressiven Pläne der Imperialisten, die Israel gründeten, um als Pfeilspitze gegen die Rechte der arabischen Völker und ihren Kampf für Freiheit und Fortschritt zu dienen.“ Vgl.: Timm, A.: Hammer, Zirkel, Davidstern, Dok.31, S.516.

²²⁶⁶ Vgl.: SED-Hausmitteilung von Axen an Ulbricht infolge von Informationen des Genossen Korinov, Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen – Kapitalistische Länder – beim ZK der KPdSU vom 20.4.1966, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.47ff.

den Strauß-Besuch 1963 etwa 150.000 Pfund bezahlt – für eine kleine Partei wie die MAKI zur damaligen Zeit eine beachtliche Summe.²²⁶⁷ Die DDR ihrerseits fürchtete stets die negativen Auswirkungen auf die Beziehungen zu den arabischen Staaten mit entsprechenden Konsequenzen in der Anerkennungsfrage, falls eine direkte finanzielle Unterstützung der israelischen Kommunisten durch die SED bekannt würde.

Im Unterschied zur bisherigen Praxis entsandte das Politbüro des ZK der SED erstmalig im Juni 1965 eine Delegation der SED zum XV. Parteitag der Kommunistischen Partei Israels, der allerdings infolge der Spaltung der Partei nicht stattfinden sollte.²²⁶⁸ Zu diesem Parteitag war die Entsendung von Bruno Baum²²⁶⁹ und Otto Funke²²⁷⁰ vorgesehen. Der Abteilungsleiter Internationale Verbindungen im ZK der SED, Peter Florin, wurde mit dem Entwurf eines Grußschreibens an den XV. Parteitag sowie mit einer Argumentation zu einigen Fragen, die im Zusammenhang mit der Nasser/ Ulbricht Erklärung standen, beauftragt. Die Kosten für die Delegation der SED wären durch das ZK der SED getragen worden.²²⁷¹

Charakteristisch für die Beziehungen zwischen der SED und der MAKI während des Untersuchungszeitraumes war deren untergeordnete Bedeutung gegenüber den Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten und der Frage der diplomatischen Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat. Vor dem Hintergrund der angestrebten internationalen Anerkennung der DDR musste eine zu enge und offensichtliche Zusammenarbeit zwischen der SED und der MAKI störend wirken. Während sich die Kommunistische Partei Israels durchaus an intensiveren Beziehungen zur SED interessiert zeigte, v.a. weil sie die DDR zunächst als einen Staat wahrnahm, der an einer Vergangenheitsbewältigung hinsichtlich der Verbrechen am Judentum während des Nationalsozialismus interessiert war und die SED als Partei begriff, deren propagierte Ziele scheinbar denen der MAKI nahe standen, wurde mit zunehmender Zeit aber die Fehleinschätzung seitens der MAKI offensichtlich. So war die SED durchaus bereit, sozialistische Überzeugungen und „internationalistische“ Grundhaltungen sprichwörtlich über Bord zu werfen, wenn dies den politischen Interessen der DDR diene. Das ging, wie am Beispiel der israelischen Studentin Sneh gezeigt werden konnte, soweit, dass man ihr nicht einmal das Recht zugestand, sich als Staatsbürgerin Israels und Jüdin in der DDR frei bewegen zu dürfen, sondern sie zur Irakerin erklärte. Auch hinsichtlich der Beziehungen zwischen beiden Parteien, die wirtschaftliche Themen berührten, wurden die israelischen Kommunisten

²²⁶⁷ Vgl.: Aufzeichnung über Gespräch zwischen Vilner und Axen am 25.1.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Bd.1293, S.8.

²²⁶⁸ Anstelle des XV. Parteitages fanden im August 1965 getrennte Parteitage von MAKI und RAKACH statt.

²²⁶⁹ Bruno Baum war 1953 Gründungsmitglied des Antifa-Komitees.

²²⁷⁰ Otto Funke war 1965 Präsidiumsmitglied des Antifa-Komitees.

²²⁷¹ Vgl.: Protokoll Nr. 21/65 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 15./16.6.1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2/989, S.7.

von Seiten der SED sehr reserviert behandelt. Umgekehrt nahm die SED die Hilfe der MAKI wie zum Beispiel hinsichtlich des Strauß-Besuchs in Israel oder des Globke-Prozesses gern in Anspruch, diene diese Hilfe doch dem Ziel, das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland zu schädigen. In den Augen der SED war die MAKI willkommenes Instrument eigener Interessensdurchsetzung, aber niemals gleichberechtigter Partner, den man als solchen auch respektierte und behandelte.

4. Die Israelpolitik beider deutscher Staaten im Vergleich

4.1. Zielsetzungen der Israelpolitik beider deutscher Staaten

Bei einer Erörterung der Zielsetzungen der Israelpolitik beider deutscher Staaten erscheint eine zeitliche Differenzierung geboten, unterlag die Formulierung dieser Zielsetzungen dem Einfluss politischer Entwicklungen.

Im Falle beider deutscher Staaten gestaltete sich die Israelpolitik in der unmittelbaren Phase nach der Staatsgründung im wesentlichen passiv und stellte keinen Schwerpunkt auf der politischen Agenda, weder der Bundesrepublik noch der DDR dar. Dies änderte sich zum einen mit dem Abschluss des Luxemburger Abkommens, wobei selbst direkte Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Israel in der Frage bundesdeutscher Wiedergutmachungsleistungen nicht ohne vorherige Kontaktierung der Vier Mächte durch Israel zustande kamen. Ohne eine befriedigende Lösung in der Frage deutscher Wiedergutmachung konnte eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen einem der beiden deutschen Staaten und Israel vor dem Hintergrund des Holocaust und der bestehenden Aversion gegenüber Deutschland in Teilen der israelischen Bevölkerung nicht realisiert werden. Während die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel seitens ersterer nach Abschluss des Luxemburger Abkommens durchaus befürwortet wurde, war die politische Situation in Israel hierfür noch nicht gegeben. Nach Abschluss der Pariser Verträge und der sowjetischen Souveränitätserklärung für die DDR war der Weg frei für eine aktivere Israelpolitik beider deutscher Staaten.

Oberstes Ziel bundesdeutscher Israelpolitik war dabei eine „Normalisierung“ ihrer Beziehungen zu Israel. Unter Normalisierung verstanden die Zeitgenossen keine Normalität der deutsch-israelischen Beziehungen, die es vor dem Holocaust natürlich nicht geben konnte, sondern eine Formalisierung der bilateralen Beziehungen hin zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten. Doch wirkte sich der nach dem sowjetisch-bundesdeutschen Botschafteraustausch mit der Hallstein-Doktrin bekräftigte Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik in unvorhergesehener Weise indirekt insofern hinderlich auf dieses Ziel aus, als das einzelne arabische Staaten, allen voran Ägypten und Syrien, fortan mit der vollen diplomatischen Anerkennung der DDR im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel drohten, die mittlerweile auch von Israel angestrebt wurde. Zur zentralen Frage wurde nun nicht die Frage, dass eines Tages diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel aufgenommen werden sollten, sondern die Frage nach dem Zeitpunkt. Um Israel währenddessen im Vergleich zu anderen Staaten nicht zu diskriminieren, wurden die faktischen Beziehungen in der Folge der Suezkri-

se ab 1957 zunächst v.a. im militärischen Bereich zwischen der Bundesrepublik und Israel intensiviert und fortan stetig ausgebaut. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass sich einige ranghohe Politiker der Bundesrepublik, so z.B. Außenminister von Brentano persönlich (z.B. 1961!²²⁷²), von den arabischen Drohungen derart einschüchtern ließen, dass sie im Unterschied zu Bundeskanzler Adenauer die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten noch nicht einmal zum Zeitpunkt des Auslaufens des Luxemburger Abkommens befürworteten. Letztlich sollte sich aber der durch den damaligen deutschen Gesandten in Syrien, Walter M. Weber, bereits 1957 formulierte Gedanke, den *terminus technicus* des Auslaufens des Luxemburger Abkommens gleichzeitig als Zeitpunkt der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zu nutzen, durchsetzen. Auch er, als späterer deutscher Botschafter in Kairo, hielt trotz arabischer Proteste ein dauerhaftes Ausbleiben des Botschafteraustausches für unwürdig. Weber mahnte zudem an, sowohl Israel, als auch den arabischen Staaten klar diesen Zeitpunkt als den des Botschafteraustausches in Aussicht zu stellen. Dieser kluge Rat wurde bekanntermaßen weder durch von Brentano noch durch dessen Nachfolger Schröder aufgegriffen. Mit Blick auf die Frage des Botschafteraustausches sollte sich die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzleramts gerade mit Blick auf das Verhalten des Auswärtigen Amts im Frühjahr 1965 letztlich als entscheidend und positiv für die deutsch-israelischen Beziehungen auswirken.

Im Unterschied hierzu war im Falle der DDR nach deren letztmaliger und schroffer Zurückweisung des israelischen Wiedergutmachungsanspruches 1956 im Vorfeld der Suezkrise eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten während des Untersuchungszeitraumes kein Thema. Die Israelpolitik der DDR zielte auf deren Funktionalisierung zum Zwecke des obersten außenpolitischen Ziels dieser, international und so auch in der arabischen Welt als zweiter deutscher Staat auf der Ebene voller diplomatischer Beziehungen anerkannt zu werden. Diesem Ziel dienten die Denunziation der Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel ebenso, wie der arabisch-israelische Konflikt. Dieser wurde seitens der DDR glänzend genutzt, um bestehende Differenzen argumentativ aufzugreifen und zu schüren, auch wenn sich davon letztlich für die DDR keine Anerkennung ableiten ließ, ihr Einfluss im Nahen Osten und die hierfür vorhandenen Ressourcen gesamt betrachtet, einfach zu gering waren. Die Kontakte zur MAKI wurden denen der DDR zu den arabischen Staaten untergeordnet, die hinsichtlich ihres Umfanges ohnehin nur spärlichen Wirtschaftsbeziehungen nur

²²⁷² Vgl.: Bundesminister des Auswärtigen, von Brentano (MB-1125/61), an Bundeskanzler Adenauer am 10.8.1961, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961. Die durch Hansen beschriebene besonders positive Einstellung von Brentanos gegenüber Israel kannte offensichtlich ihre Grenzen. Vgl.: Hansen, N.: Schatten, S.395.

auf der Basis wechselseitigen Interesses und Konditionen weitgehender Anonymität befürwortet.

4.2. Außenpolitische Souveränität? Handlungsspielräume in der Israelpolitik beider deutscher Staaten vor dem Hintergrund des Einflusses der Vier Mächte auf die Außenpolitik der BRD und DDR und der Bipolarität des Staatensystems

Die Frage nach den Handlungsspielräumen der Israelpolitik beider deutscher Staaten, dem Grad ihrer Souveränität und dem Einfluss der Vier Mächte auf die Israelpolitik der Bundesrepublik und DDR ist zum einen in einer zeitlichen Abhängigkeit, zum anderen hinsichtlich struktureller und sachlicher Aspekte zu betrachten.

Bis 1954/1955 und der faktisch, d.h. vertraglich zementierten Spaltung Deutschlands, welche auch für die Masse der Bevölkerung beider Staaten spätestens im Sommer 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer sichtbar wurde, ist der Einfluss aller Vier Mächte auf die Israelpolitik der Bundesrepublik und DDR von grundlegend anderer Qualität und Reichweite, als in den Jahren danach. Kann man bis dahin noch eine bis zu einem gewissen Grad deutliche direkte Einflussnahme auf die Israelpolitik beider deutscher Staaten erkennen, ist das Ausmaß der Einflussnahme nach dieser Zeit im wesentlichen indirekter Natur. Bis Mitte der fünfziger Jahre behielten sich alle Vier Mächte einmal in Form der Alliierten Hohen Kommission (AHK) und dem Besatzungsstatut, zum anderen mit der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) bzw. dem nur kurze Zeit wirkenden sowjetischen Hochkommissar weitreichende Möglichkeiten der Beeinflussung deutscher Politik generell, wie auch der Außenpolitik im besonderen, vor. Zudem übernahmen beide deutsche Staaten in Grundzügen das politische System der jeweiligen Besatzungsmächte – in der Bundesrepublik wurde eine Demokratie und ein entsprechendes Mehrparteiensystem etabliert, in der DDR de facto die Herrschaft der SED. Zudem wurde das Außenministerium der DDR bis 1959 nach sowjetischem Vorbild umstrukturiert und die Ideologie des Marxismus-Leninismus ebenfalls in Anlehnung an die Sowjetunion bzw. KPdSU zur staatstragenden Ideologie der DDR. Während die DDR wenigstens formal bereits ab 1949 auf ein eigenes Außenministerium zurückgreifen konnte, ja sogar erste diplomatische Beziehungen mit einzelnen Staaten im Herrschaftsbereich der Sowjetunion aufnahm, wurde der Bundesrepublik das Recht, ein Außenministerium zu unterhalten, erst mit der Revision des Besatzungsstatuts im März 1951 zuteil, nachdem sie bis dahin infolge des Petersberger Abkommens 1949 lediglich ihre konsularischen und wirtschaftlichen Interessen im Ausland in einem gewissen Rahmen selbst wahrnehmen konnte.

Vor dem Hintergrund der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland wurde das israelische Konsulat in München bei der AHK akkreditiert, woran sich wegen der offenen Frage deutscher Wiedergutmachung zunächst auch nach Revision des Besatzungsstatuts nichts änderte. Nachdem keine Regierung der beiden deutschen Staaten bis zu Beginn des Jahres 1951 die Bereitschaft gezeigt hatte, öffentlich den eigenen Anteil für die Verantwortung für die in deutschem Namen während des Nationalsozialismus verübten Verbrechen an Juden zu übernehmen oder den moralischen Anspruch materieller Wiedergutmachung, soweit diese überhaupt möglich war, gegenüber den Juden der Welt bzw. an Israel ebenfalls öffentlich anzuerkennen, wandte sich Israel seit Januar 1951 in verschiedenen Noten an die Vier Mächte.

Mit Blick auf die Frage des direkten Einflusses der Vier Mächte auf die Israelpolitik beider deutscher Staaten bis Mitte der fünfziger Jahre lassen sich im wesentlichen zwei Themenbereiche herauskristallisieren, wo ein solcher nachweisbar ist:

- zum einen mit Blick auf die frühen wirtschaftlichen Kontakte zwischen der Bundesrepublik bzw. DDR und Israel sowie
- zum anderen in der Frage deutscher Wiedergutmachungsleistungen an Israel.

Hinsichtlich der frühen wirtschaftlichen Kontakte zu Israel wurden die hier bekannten Verbindungen im Falle der DDR, im wesentlichen Abkommen auf der Basis eines Warenaustausches oder für die DDR deviseneinträgliche Geschäfte, durch die Abteilung Wirtschaftsfragen der SKK befürwortet. Auf Seiten der Bundesrepublik erklärte sich die AHK im Oktober 1951 mit Blick auf die gültige Regelung zur Verwendung von DM-Sperrguthaben zu Exportzwecken zu einer Sondergenehmigung bereit, wonach die Bundesrepublik auf der Basis der der JRSO zugefallenen Gelder jährlich Waren in Höhe von maximal 20 Mio. DM nach Israel exportieren durfte. Keine der Vier Mächte stand diesen frühen wirtschaftlichen und hinsichtlich ihres Umfanges ohnehin begrenzten Kontakten hinderlich im Wege.

Mit Blick auf die Frage deutscher Wiedergutmachungsleistungen lassen sich unterschiedliche Reaktionsmuster der Vier Mächte auf die israelischen Noten feststellen. Die drei Westmächte, insbesondere die USA, zu einem geringeren Ausmaß auch Großbritannien und Frankreich erkannten die israelische Forderung nach deutschen materieller Wiedergutmachung wohlwollend unter der Bedingung an, dass eine Lösung dieser Frage in direkten Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Israel herbeigeführt werden musste. Die Rede Adenauers vor dem Deutschen Bundestag wurde dem amerikanischen Hochkommissar vorab vorgelegt. Während der Verhandlungen in Wassenaar machten die drei Westmächte gerade in stockenden Verhandlungsphasen mehrfach nachdrücklich deutlich, dass sie einen für beide Seiten, unter Berücksichtigung der deutschen Leistungsfähigkeit, befriedigenden Abschluss der

Verhandlungen wünschten. Prinzipiell betrachteten sie die Frage deutscher Wiedergutmachung, nicht zuletzt unter Berücksichtigung der eigenen Interessen im Rahmen ihrer Nahostpolitik, die zu erbringenden materiellen Leistungen, aber als ein in deutschem Zuständigkeitsbereich befindliches Problem, welches durch die Bundesrepublik selbst befriedigend gelöst werden sollte. Frankreich verhielt sich als einzige der drei Westmächte gegenüber der Frage deutscher materieller Wiedergutmachung an Israel zwar zustimmend, aber insgesamt doch deutlicher reserviert als die USA und Großbritannien. Dieser Umstand erscheint vor der Tatsache erklärbar, dass Frankreich selbst keine etwaigen Reparationsansprüche gegenüber Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkrieges durchsetzen konnte.

Demgegenüber ließ sich die Sowjetunion mit der Beantwortung der israelischen Noten ausgiebig Zeit. Im Unterschied zu den drei Westmächten betrachtete die Sowjetunion die Frage ostdeutscher Wiedergutmachung als Problem, welches sie erst im Zusammenhang eines abschließenden Friedensvertrages mit Deutschland behandelt wissen wollte. Insofern ist die Involvierung Gribanovs²²⁷³ in diese Fragestellung beim internen Meinungsbildungsprozess in Moskau, wie in die Formulierung der Stalinnoten kein Zufall, sondern logisch erklärbar. Über diese Grundbedingung hinaus betrachtete aber auch die Sowjetunion die Frage ostdeutscher Wiedergutmachung als ein Problem, welches mit der DDR direkt verhandelt werden sollte und in deren politischen Zuständigkeitsbereich fiel. Zudem mahnte auch und gerade die Sowjetunion, die ostdeutsche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Im Rahmen des amerikanischen wie des sowjetischen Außenministeriums wurde die Frage der israelischen Wiedergutmachungsansprüche nicht nur auf Arbeitsebene erörtert, sondern fand die Aufmerksamkeit des stellvertretenden bzw. des Außenministers.

Erst Mitte der fünfziger Jahre wurden beide Staaten um den Preis der deutschen Teilung und der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Integration in antagonistische Blöcke in ihre erweiterte, unter Berücksichtigung der in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin betreffenden Fragen bzw. der alliierten Vorbehaltsrechte, aber nicht vollständige Souveränität entlassen. Für die Bundesrepublik spiegelte sich diese Entwicklung im Abschluss der Pariser Verträge, dem Beitritt zu WEU und NATO, 1957 auch zur EWG wider, im Falle der DDR in der Souveränitätserklärung der Sowjetunion für den ostdeutschen Staat einmal im März 1954, ein zweites Mal im September 1955. Doch genau diese deutsche Teilung, die durch die Vier Mächte gegen den Willen der Masse der Deutschen vorgegeben war, ohne Hilfe der Vier Mächte nicht beseitigt werden konnte, erhob sich seither für viele Jahre wie ein Schatten über die Außenpolitik(en) zweier deutscher Staaten, von dem diese sich lange nicht

²²⁷³ Gribanov war 1947-1949 für die SMAD tätig und von 1949 bis 1955 stellvertretender bzw. im Anschluss Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums.

völlig loslösen konnten, vielleicht gerade deswegen, weil den Zeitgenossen die Hoffnung auf ein wiedervereinigtes Deutschland noch nicht begraben schien. Der deutsch-deutsche Konflikt fand seine Verlängerung über die nationale Grenze hinein in die auswärtigen Beziehungen, hinein in die Israelpolitik beider deutscher Staaten. Die durch Chruschtschow mit der Souveränitätserklärung vertretene „Zwei-Staaten-Theorie“ widersprach dem durch die drei Westmächte unterstützten Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und deren, insbesondere Adenauers, Zielvorstellung einer Vereinigung in Frieden und Freiheit. In diesem Sinne sollte mittels der nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Dezember 1955 formulierten, später als solche bezeichneten Hallstein-Doktrin, eine volle diplomatische Anerkennung der DDR als zweitem deutschem Staat außerhalb des Ostblocks verhindert werden. Von diesem Zeitpunkt an lag die Israelpolitik unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Determinanten von Kaltem Krieg und deutscher Teilung, Deutschlands Zugehörigkeit zu zwei antagonistischen Blöcken und dem Einfluss der Vier Mächte auf eine etwaige Wiedervereinigung – Rahmenbedingungen, die den Handlungsspielraum der Außenpolitik(en) beider deutscher Staaten auch unabhängig von ihrer Israelpolitik bestimmten - in der alleinigen Verantwortung beider deutscher Staaten ebenso, wie gerade im Falle der Bundesrepublik, der Entschluss darüber, ob man Israel relevante Entscheidungen eines Bündnisses, dem man angehörte, mitrug oder aber ablehnte. Zahlreiche Teilbereiche der deutsch-israelischen Beziehungen wie etwa die Wirtschaftsbeziehungen, die Durchführung des Luxemburger Abkommens, die sogenannte „Aktion Geschäftsfreund“, die Wissenschaftsbeziehungen oder die Kontakte zwischen SED und MAKI wurden durch die BRD bzw. die DDR ab Mitte der fünfziger Jahre souverän, ohne direkte Einflussnahme einer der Vier Mächte gestaltet. Auch im Bereich der politischen Beziehungen zu Israel wurde keiner der beiden deutschen Staaten direkt durch eine der Vier Mächte über die oben skizzierten prinzipiellen Determinanten deutscher Außenpolitik hinaus beeinflusst. Die gelegentlich durch Adenauer aufgestellte Behauptung, in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel durch die USA gebeten worden zu sein, diesen Schritt mit Rücksicht auf die Stellung des westlichen Bündnisses im Nahen Osten zu unterlassen, war nicht mehr als ein taktisches Manöver und eine argumentative Rechtfertigung seiner Politik. Es war das bundesdeutsche und nicht amerikanische Interesse, die DDR nicht als zweiten deutschen Staat anzuerkennen, eine Entwicklung, die man mit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel zumindest riskiert hätte. Auch im Bereich der militärischen Beziehungen zu Israel handelte die Bundesrepublik aus eigenem Interesse, auch wenn Beziehungen auf diesem Teilgebiet, deren Forcierung und Durchführung ohne eine Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der

NATO nicht denkbar gewesen wären. Gezwungen oder genötigt wurde die Bundesrepublik aber zu keinem Zeitpunkt zu irgend einer Art von Waffenlieferungen an Israel oder einer Stellvertreterrolle des Westens im Nahen Osten. Bei nicht vorhandenem Alleinvertretungsanspruch und Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik oder aber bei rigoroser Anwendung der Doktrin, wäre die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu einem früheren Zeitpunkt denkbar gewesen, auch wenn dies ggf. bedeutet hätte, dass die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten in einigen Teilbereichen der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht derart intensiviert worden wären, wie es letztlich geschah.

Auch die Sowjetunion enthielt sich ab Mitte der fünfziger Jahre den ohnehin spärlicheren Kontakten der DDR zu Israel. Im Unterschied zur Bundesrepublik ging es der DDR nicht darum, die internationale diplomatische Anerkennung der Bundesrepublik zu verhindern, sondern die eigene, auch unter Instrumentalisierung und später Forcierung des Nahostkonflikts, durchzusetzen. Die DDR strebte letztlich auch nach ihrer internationalen Anerkennung und der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO 1973, die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel nicht ernsthaft an. Die Lösung dieser Frage bedurfte zunächst einer grundlegenden Bewusstseinswandlung mit Blick auf die Frage der Übernahme historischer Verantwortung und ostdeutscher Wiedergutmachung für die während des Nationalsozialismus in deutschem Namen verübten Verbrechen an Juden. Im Unterschied zur Bundesrepublik, und hierin lag wohl der wichtigste qualitative Unterschied in der Israelpolitik beider deutscher Staaten, erkannte die DDR, von einzelnen Ausnahmen, die sich letztlich mit ihrer Auffassung im politischen System der DDR nicht durchsetzen konnten, abgesehen, während des Untersuchungszeitraumes nicht, dass ein souveränes Auftreten auf dem Parkett der internationalen Beziehungen nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, die Übernahme von Verantwortung implizierte.

Vor dem Hintergrund und unter Berücksichtigung des Kalten Krieges, der deutschen Teilung, der Integration beider deutscher Staaten in antagonistische Blöcke und der Rechte der Vier Mächte mit Blick auf Deutschland als Ganzes und den Status von Berlin betreffende Fragen, konnten sowohl die Bundesrepublik, als auch die DDR, ihre Israelpolitik eigenverantwortlich gestalten, soweit sie diese Chance nutzen und die Verantwortung hierfür übernehmen wollten.

4.3. Das außenpolitische Instrumentarium der Israelpolitik beider deutscher Staaten

Obgleich moderne Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nie völlig abgelöst von innenpolitischen Entwicklungen, auch wenn hier zwischen Demokratien und Diktaturen Unterschiede zu verzeichnen sind, und staatlichen Ressourcen betrieben werden kann, existiert auch und gerade hinsichtlich des Instrumentariums der Außen- und Innenpolitik ein signifikanter Unterschied. Außenpolitische Entscheidungen zeitigen zudem mit Blick auf das Gebiet, auf welches sie einwirken, wie hinsichtlich des Ausmaßes der ausgeübten Macht, eine andere Wirkung als innenpolitische Entscheidungen. Folgend soll das Instrumentarium ost- und bundesdeutscher Israelpolitik gegenübergestellt werden.

4.3.1. Diplomatie

Richtungsweisend blieben für die politischen Zielsetzungen der Israelpolitik beider deutscher Staaten zum einen das Bundeskanzleramt, zum anderen, auf Seiten der DDR, die SED. Dennoch waren die Außenministerien beider deutscher Staaten in die Analyse, Vorbereitung und Durchführung diplomatischer Schritte gegenüber Israel fast immer maßgeblich involviert.

Trotz der nicht existenten vollen diplomatischen Beziehungen zwischen einem der beiden deutschen Staaten und Israel bedienten sich beide deutsche Staaten trotz nicht existenter deutscher Vertretungen in Israel unterhalb der Ebene des nicht vollzogenen Botschafteraustausches einer ganze Reihe von im weitesten Sinne diplomatischen Mitteln in ihrer Israelpolitik, die sicherlich hinsichtlich des Ausmaßes und der Qualität, aber auch hinsichtlich ihres Wirkungsgrades unterschieden werden müssen.

Bilaterale Verträge

Im Unterschied zur DDR schlossen die Bundesrepublik und Israel mehr als nur ein Abkommen während des Untersuchungszeitraumes miteinander ab – auch ohne Existenz formaler diplomatischer Beziehungen. Genannt seien neben dem Luxemburger Abkommen 1952, z.B. das Abkommen über die Gewährung gegenseitiger Rechtshilfe 1957 oder das Abkommen über das deutsche weltliche Vermögen in Israel 1962. Das bekannteste und hinsichtlich seiner Wirkung auch bedeutendste Abkommen stellt dabei das Luxemburger Abkommen dar. Hierin erklärte sich die Bundesrepublik bereit, ihren Teil der deutschen Verantwortung für den Holocaust anzuerkennen und in diesem Bewusstsein mittels (hauptsächlich) Warenlieferungen zur Integrierung von ca. 500.000 Flüchtlingen in Israel und dem Aufbau des jungen Staates praktisch beizutragen.

Das Luxemburger Abkommen wurde als Staatsvertrag, im Unterschied zu Verwaltungsabkommen, abgeschlossen und bedurfte somit der Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat. Es implizierte, auch wenn dies insbesondere von den arabischen Staaten ignoriert wurde, die völkerrechtliche faktische Anerkennung des Staates Israel durch die Bundesrepublik Deutschland. Gerade in diesem Punkt ist, abgesehen von der unter Bezug auf den Holocaust getroffenen inhaltlichen Aussage des Luxemburger Abkommens, ein wesentlicher Unterschied ostdeutscher und bundesdeutscher Israelpolitik festzustellen.

Status der Israel-Mission bzw. dessen Leiter sowie Kontakte von deutschen und israelischen Politikern, Diplomaten und Beamten in Deutschland

Israel unterhielt nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens eine eigene Vertretung inklusive ihrer Außenstellen in der Bundesrepublik Deutschland bzw. Westberlin, der formal die Durchführung des Abkommens oblag, deren Status, Tätigkeit und ihr eingeräumten Rechte, aber genau genommen weit über dieses Tätigkeitsfeld hinausreichten und dem einer regulären diplomatischen Mission anderer Staaten in der Bundesrepublik sehr ähnelten. In diesem Sinne unterhielt der Leiter der Israel-Mission in Köln, Shinnar, über die im Zusammenhang des Luxemburger Abkommens stehenden Kontakte zu deutschen Behörden und Beamten hinaus auch solche, die inhaltlich z.B. im Zusammenhang mit der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder der Umsetzung der „Aktion Geschäftsfreund“ standen. Der Leiter der Israel-Mission, ab 1958 im persönlichen Rang eines Botschafters, wurde von deutscher Seite protokollarisch als reguläres Mitglied des diplomatischen Korps angesehen. In der Israel-Mission, der eine eigene Konsularabteilung angegliedert war, waren neben Vertretern des israelischen Finanz- und Außenministeriums auch solche des israelischen Verteidigungsministeriums tätig, die im Rahmen ihres Aufgabenbereiches auch Kontakte zu bundesdeutschen Institutionen, Politikern und Beamten unterhielten.²²⁷⁴ Im Artikel 12 des Luxemburger Abkommens wurden der Israel-Mission, deren Mitarbeitern, sofern die israelische Staatsangehörigkeit besitzend, und deren Geschäftsräumen besondere Rechte, Vorrechte, Vergünstigungen und Courtoisien eingeräumt. Zu solchen Rechten zählten z.B. das Recht der Mission, diplomatische Kuriere zu empfangen oder Verschlüsselungsmaterial zu benutzen.

Eine der Israel-Mission in Köln vergleichbare israelische Institution existierte auf dem Staatsterritorium der DDR nicht. Im Gegenteil verschlechterten sich die Gelegenheiten direkter Kontakte zwischen ostdeutschen und israelischen Politikern und Diplomaten auf dem Territorium der DDR mit der Schließung des bei der AHK akkreditierten Konsulats in München

²²⁷⁴ Vgl.: Jelinek, Y.A.: Deutschland und Israel, S.252-255.

1953. Zwar unterhielt die Israel-Mission genau wie das ehemalige Konsulat eine Außenstelle in Berlin, allerdings war es ein qualitativer Unterschied, ob man als Vertreter einer bei der AHK oder aber bei der Bundesregierung akkreditierten Vertretung in der DDR Politiker oder Vertreter des dortigen Staates kontaktierte. Diesem Unterschied wurde durch Israel Rechnung getragen. Direkte, halboffizielle Gespräche mit ostdeutschen Politikern und Mitarbeitern einzelner Ministerien, wie etwa das Gespräch zwischen Grotewohl und Yachil 1948 oder im Rahmen der späteren Mendelsohn-Mission auf dem Boden der SBZ/DDR, können nach Ratifizierung des Luxemburger Abkommens nicht nachgewiesen werden. Dafür existierten auch nach diesem Zeitpunkt Kontakte zwischen Vertretern der MAKI und der SED bzw. einzelnen Ministerien der DDR auf deren Staatsgebiet.

Konsularische Angelegenheiten beider deutscher Staaten

Da beide deutsche Staaten während des Untersuchungszeitraumes über keinerlei diplomatische Vertretung in Israel verfügten, stellte sich die rein technische Frage, welcher Staat die konsularischen Belange beider deutscher Staaten in Israel vertreten sollte. Im Falle der Bundesrepublik wurden diese Fragen prinzipiell stellvertretend durch das britische Konsulat in Haifa wahrgenommen. Eine Ausnahme stellte ab 1959 lediglich die Tätigkeit bundesdeutscher sogenannter Güteprüfer in Israel dar.²²⁷⁵ Diese wurden infolge einer Vereinbarung zwischen Auswärtigem Amt und Bundesverteidigungsministerium bis 1965 verwaltungsmäßig der Deutschen Botschaft in Athen zugeordnet, ohne dass beabsichtigt war, diese Personen im Gastland als Angehörige der Auslandsvertretung zu melden. Der teilweise zeitlich parallele Dienst an der Athener Botschaft als Stellvertreter des Botschafters durch den späteren ersten deutschen Botschafter in Israel, Rolf F. Pauls,²²⁷⁶ der später von Bonn aus auch an der Abwicklung der deutschen Finanzierungshilfe an Israel unter dem Namen „Aktion Geschäftsfreund“ federführend involviert gewesen ist, dürfte wohl vor diesem Hintergrund kein Zufall sein.

Demgegenüber wurden die konsularischen Belange der DDR in Israel stellvertretend durch die tschechoslowakische Vertretung vor Ort wahrgenommen bzw. im umgekehrten Fall infolge von Kontakten zwischen der israelischen und ostdeutschen Vertretung in Prag bearbeitet. Im Falle des Eichmannprozesses diente die tschechoslowakische Vertretung in Israel der DDR auch als Übermittler von Informationsmaterialien z.B. an den in Israel befindlichen Kaul.

²²⁷⁵ Vgl.: Aufzeichnung Jesser vom 29.9.1965 (ZB 1-83.05/8-92.19 VS-NfD), in: PA/AA, B 57, Bd.304.

²²⁷⁶ Pauls war zudem während des Krieges Ordonanzoffizier bei Speidel gewesen. General Hans Speidel war von April 1957 bis September 1963 Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der NATO in Mitteleuropa mit Sitz in Fontainebleau, fand allerdings in de Gaulle einen starken politischen Gegner. Angaben nach Munzinger 2002.

Hallstein-Doktrin

Deutsch-deutsche Außenpolitik blieb immer auch aufeinander bezogen, auch und gerade am Länderbeispiel Israel. Das größte Hindernis der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel stellte ab 1955 die von der Hallstein-Doktrin abgeleitete Drohung der arabischen Staaten dar, im Falle eines bundesdeutsch-israelischen Botschafteraustausches, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Während sich die Hallstein-Doktrin in ihrem Inhalt auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bezog und helfen sollte, diesen durchzusetzen, erteilte sie gleichsam der Zwei-Staaten-Theorie eine Absage. Dass der bundesdeutsche und deutlich artikulierte Grundsatz des Alleinvertretungsanspruches auch am Länderbeispiel Israel, selbst 1965, durchsetzbar war, war zu keinem geringen Teil auch der gleichzeitigen Verfügbarkeit weiterer außenpolitischer Mittel, allen voran dem Mittel einer funktionsfähigen und ressourcenstarken Außenwirtschaftspolitik bzw. Entwicklungshilfe zu verdanken. Ob die Doktrin in Anbetracht der deutschlandpolitischen Entwicklungen früher als geschehen einer Modifizierung bedurft hätte, erscheint zumindest im Vorfeld des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien diskutabel. Im Vergleich zu den arabischen Staaten stellte Israel den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik niemals in Frage und versuchte ebenso nicht, diesen wie etwa Nasser als Mittel der Erpressung zu funktionalisieren. Ohne eine befriedigende Lösung in der Frage ostdeutscher Wiedergutmachung stand von israelischer Seite die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR zudem ebenso nicht zur Debatte, wie vor dem Hintergrund der ostdeutschen außenpolitischen Zielsetzung der vollen diplomatischen Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat. Dieses Ziel suchte diese verstärkt in der arabischen Welt, insbesondere in Ägypten, zu erlangen.

Gipfeldiplomatie

Mit dem Treffen zwischen Adenauer und David Ben Gurion im Hotel Waldorf Astoria in New York wurde während des Untersuchungszeitraumes einmal die Möglichkeit eines deutsch-israelischen Gipfels und damit die Chance von politischen Absprachen auf höchster Ebene trotz nicht existenter diplomatischer Beziehungen genutzt. Bedeutsam hierbei erscheint die Absichtserklärung Adenauers, Israel mittels Kredithilfe in Höhe von 2 Milliarden DM über einen Zeitraum von zehn Jahren zu unterstützen. Über konkrete Absprachen hinaus war das Treffen vor den Augen der Weltöffentlichkeit aber v.a. von hohem symbolischen Wert. 15 Jahre nach Kriegsende und Holocaust verkörperte das Treffen beider einen historischen Moment der deutsch-jüdischen Beziehungen. Um des Lebens willen hatten beide Staatsmänner

die Zukunft im Visier gehabt, ohne die Vergangenheit zu vergessen, hatten sich über Proteste, Hindernisse und Widerstände hinweggesetzt, Aufbauarbeit geleistet und den Willen zum Ausbau des begonnen Verständigungsprozesses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel signalisiert. Vielleicht war es das größte Verdienst der beiden „Alten“, dass sie mit dem Treffen, welches ein zukünftiges *miteinander leben* signalisierte, die bestmögliche Antwort auf den Holocaust, auf die Idee der Vernichtung, die im Nichts mündete, gaben.

Von Seiten der Staats- und Parteiführung der DDR war ein solcher ostdeutsch-israelischer Gipfel nirgends angedacht. Vor dem Hintergrund der eigenen außenpolitischen Zielsetzungen sowie der eindeutigen Absage allein an den moralischen Anspruch Israels auf Wiedergutmachung erschien ein solcher auch absurd. Die Möglichkeit der Gipfeldiplomatie wurde hingegen z.B. in der arabischen Staatenwelt genutzt, um eine volle diplomatische Anerkennung der DDR zu erzielen oder zumindest zu beschleunigen – eine Hoffnung, die sich letztlich nicht erfüllte.

Sondermissionen

In politisch brisanten Situationen im unmittelbaren Zusammenhang der deutsch-israelischen Beziehungen nutzten Israel und die Bundesrepublik die Möglichkeit der Entsendung von Sondermissionen. Beispiele hierfür wären die inoffizielle Böker-Mission, die Westrick-Mission nach Ägypten im Zuge der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens, die Entsendung einer offiziellen Beobachterdelegation zum Eichmannprozess oder aber von israelischer Seite, die Entsendung von Maurice Fischer oder Giora Josephthal im Auftrag Ben Gurions zu Gesprächen nach Deutschland.

Von Seiten der DDR wurde in der Person des Rechtsanwalts Kaul nur einmal offiziell ein Sondergesandter nach Israel als Beobachter zum Eichmannprozess entsandt, nachdem der Versuch als Nebenkläger bzw. Assistent des israelischen Generalstaatsanwalts vor Gericht aufzutreten, gescheitert war.

„Reisediplomatie“

Ungeachtet der nichtexistenten diplomatischen Beziehungen verfügte die Bundesrepublik in bzw. zu Israel über Informationskanäle bzw. Informationsquellen aus erster Hand. Sie nutzte wiederholt die Gesprächsmöglichkeiten mit hochrangigen israelischen Politikern und Beamten in Israel zum Zwecke des politischen Gedankenaustausches, der wegen einer fehlenden deutschen diplomatischen Vertretung vor Ort nicht in demselben Umfang möglich war, wie die Gespräche zwischen dem Leiter und Mitarbeitern der Israel-Mission mit deutschen Politikern und Beamten in der Bundesrepublik. Das Bundeskanzleramt stimmte wie auch das Aus-

wärtige Amt oftmals Besuchsreisen deutscher Politiker und Beamter, entweder als Privatperson, in einzelnen Fällen auch in amtlicher Funktion, zu.

Brauchbare Informationen in und über Israel lieferten einerseits der Vertreter der *dpa* in Israel, Rudolf Küstermeier oder aber der Journalist Rolf Vogel, der außerordentlich häufig nach Israel reiste und gute Kontakte zu Politikern und den Administrationen beider Staaten besaß, obgleich er gerade in Israel nicht jede Information anvertraut bekam. Als Beispiele deutscher „Reisediplomatie“ dürfen die Israelbesuche von u.a. Theodor Heuss, Franz Böhm, Eugen Gerstenmaier, Carlo Schmid, Erich Ollenauer, des Ministerialdirektors im BKA, Janz, oder Abraham Frowein gelten, um nur einige zu nennen.

Auch im Falle der DDR sind – bei weitem nicht in dieser Häufung - Israelreisen einzelner Personen bekannt, die aber noch sehr viel mehr von konkreten Ausreisegenehmigungen, der Funktion der jeweiligen Person im politischen System der DDR und dem Nutzen einer solchen Israelreise abhängig waren und teilweise von z.T. verwandtschaftlichen Verbindungen nach Israel profitierten. Bekanntes Beispiel dürfte hier Helmut Eschwege sein, dessen Informationen aus erster Hand über Israel dankbare Verwendung im Rahmen des MfS fanden. Insofern spiegelt die bisherige Aktenlage nur unvollständig einen Teilaspekt ostdeutscher Israelpolitik wider. Darüber hinaus konnten natürlich auch die direkten Kontakte zu einzelnen Mitgliedern der israelischen Kommunisten als Informationsquelle dienen.

Botschafterkonferenzen

Mit Blick auf deren Rückwirkungen auf die bundesdeutsche Israelpolitik verdient die Botschafterkonferenz im Dezember 1955 in Bonn, auf der die Außenpolitik im Sinne der Hallstein-Doktrin problematisiert wurde, besondere Erwähnung. Zudem wurde das Mittel der Einberufung von Botschafterkonferenzen zum Zwecke des Gedankenaustausches der vor Ort präsenten Diplomaten und der Koordination der bundesdeutschen Außenpolitik mit Blick auf den Nahen Osten mit den Konferenzen in Istanbul (1956), Libanon (1959) und Rhodos (1962) genutzt.²²⁷⁷ Allerdings sollte gerade dieses diplomatische Mittel mit Blick auf die Formulierung der Israel betreffenden Richtlinien deutscher Außenpolitik keinesfalls überbewertet werden, da die richtungsweisenden Entscheidungen bundesdeutscher Israelpolitik im Bundeskanzleramt und soweit im Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amts, auf Minister-, Staatssekretärs- und Abteilungsleiterebene gefällt wurden. Das gilt auch trotz des zeitweise überproportionalen Einflusses einzelner Botschafter auf die Amtsführung des Auswärtigen Amts ab Ende der fünfziger Jahre, die diesen Einfluss allerdings nicht im Rahmen von Botschafterkonferenzen geltend machten.

²²⁷⁷ Hierzu siehe Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.196-200.

Kontakte von Diplomaten in dritten Staaten

Da keine offiziellen diplomatische Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und Israel existierten, schien es umso wichtiger, sich über erste emotionale Hemmschwellen hinwegzusetzen und Kontakte zu israelischen Diplomaten an anderem Ort, konkret in dritten Staaten zu pflegen. Durch beide deutsche Staaten wurde diese Möglichkeit der Kontaktpflege genutzt, wobei sicherlich Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes existierten. Zudem zeigte sich auf ostdeutscher Seite teilweise sehr deutlich, dass solche Kontakte seitens des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gerade ab Mitte der fünfziger Jahre eher mit einer gewissen Distanz betrachtet, wenn nicht sogar klar abgelehnt wurden und einzelne Diplomaten hier über bessere v.a. persönliche Kontakte (teilweise infolge entsprechender Kontakte in der Vorkriegszeit) verfügten, als teilweise angenommen wird.

Auf Seiten der Bundesrepublik diente diese Möglichkeit der Kontaktaufnahme in dritten Staaten, hier zunächst v.a. Paris aber auch in der Schweiz, zudem der Vorbereitung offizieller Verhandlungen in der Frage der Wiedergutmachung. Die Verhandlungen selbst wurden vor dem Hintergrund der emotionalen Belastung des deutsch-israelischen Verhältnisses infolge des Holocausts in den Niederlanden geführt, das ausgehandelte Abkommen in Luxemburg unterzeichnet. Nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens lässt sich ein zunehmender, teilweise sogar freundschaftlicher Kontakt zwischen bundesdeutschen und israelischen Diplomaten in dritten Staaten nachweisen, so z.B. in London, Washington, Rom, Paris und Ankara.

Im Falle der DDR konzentrierten sich die bilateralen Kontakte im Zusammenhang der Frage ostdeutscher Wiedergutmachung v.a. auf die ostdeutsche und israelische Botschaft in Moskau. Gerade die Kontakte der beiden Diplomaten Appelt und Eljashiv, nahm ein abruptes Ende mit dem zeitlich nahen und vorzeitigen Tod beider 1955.²²⁷⁸ In den folgenden Jahren lassen sich Kontakte zwischen ostdeutschen und israelischen Diplomaten v.a. in Prag, aber auch in Warschau oder Finnland nachweisen. Nichtsdestotrotz blieb der Umgang miteinander aber insbesondere seitens der israelischen Diplomaten wesentlich distanzierter.

Kontakte in internationalen Organisationen

Im Zusammenhang der deutsch-israelischen Beziehungen lassen sich für beide deutsche Staaten während des Untersuchungszeitraumes Kontakte mit israelischen Vertretern unter Zuhilfenahme von Kontakten im Rahmen bzw. mittels internationaler Organisationen nach-

²²⁷⁸ Zu den Ursachen des Todes beider Botschafter kann auf der Basis der bisher vorliegenden Akten keine Aussage getroffen werden.

weisen. Das gilt sowohl für den Bereich von Regierungs- als auch Nichtregierungsorganisationen. Auf Seiten der Bundesrepublik lassen sich z.B. Kontakte im Rahmen der Sozialistischen Internationale, des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der EWG oder der NATO, auf Seiten der DDR z.B. über bei der UNO akkreditierte Journalisten oder die *Fédération Internationale des Résistants* (FIR) nachweisen.

Dass die DDR auf internationaler Bühne, in internationalen Organisationen über bedeutend weniger Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten als die Bundesrepublik verfügte, wurde auch am Beispiel der Israelpolitik beider deutscher Staaten deutlich. Zum Teil erklärt sich diese Einseitigkeit auch aus der Tatsache, dass Organisationen, in denen zahlreiche Ostblockstaaten organisiert waren, sehr viel weniger attraktiv für Zielsetzungen israelischer Außenpolitik gewesen sind.

4.3.2. Wirtschaft

Ein wohl außerordentlich wirkungsvolles Instrument außenpolitischer Interessendurchsetzung, insbesondere bundesdeutscher Außenpolitik, stellte das der Wirtschaft, so konkret Kapitalhilfe, Exportkreditbürgschaften, technische Hilfe, Förderung des Absatzes im Ausland und der bi- bzw. multilateralen Wirtschaftsbeziehungen dar. Um dieses Instrument im Bereich der auswärtigen Beziehungen überhaupt erfolgreich nutzen zu können, bedurfte es einer leistungsfähigen Volkswirtschaft, auf die sich die bundesdeutsche im Unterschied zur ostdeutschen Außenpolitik ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stützen konnte.

Beinhaltete das Luxemburger Abkommen im wesentlichen Warenleistungen nach Israel, so doch in der Absicht, Grenzen deutscher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen, als Investition in den israelischen und deutschen Markt zu dienen und darauf basierend, als Möglichkeit weiterer Kontakthanbahnung und der weiteren Verflechtung deutscher und israelischer Unternehmen zu dienen. Nach Ablauf des Luxemburger Abkommens schien eine israelische Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen infolge der vorangegangenen deutschen Lieferungen und damit ein Absatzmarkt für die bundesdeutsche Wirtschaft in Israel wahrscheinlich. Neben der moralischen Aussage und vertrauensbildenden Wirkung des Luxemburger Abkommens wurde durch dieses auch die *de facto* Anerkennung Israels durch die Bundesrepublik vollzogen.

Im Unterschied hierzu konnte die DDR nach dem Krieg weder auf eine wie auch immer geartete Wiederaufbauhilfe zurückgreifen, sondern hatte, ebenfalls im Unterschied zur Bundesrepublik, Reparationsleistungen an die Sowjetunion und Polen zu entrichten. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR war zu Beginn der fünfziger Jahre noch begrenzter

als die der Bundesrepublik, was die ablehnende Haltung der DDR gegenüber Wiedergutmachungsleistungen an Israel teilweise aber eben nicht vollständig erklärt.

Interessanterweise unterhielten beide deutsche Staaten bis etwa zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens in qualitativer und quantitativer Hinsicht sehr ähnliche wirtschaftliche Beziehungen mit Israel, wobei hier die wirtschaftlichen Kontakte der DDR zu Israel denen der Bundesrepublik nicht nachstanden und sich keine der Vier Mächte diesen in behindernder Weise in den Weg stellte. Trotz nichtexistenter politischer Beziehungen existierten solche jedoch in geringem Umfang im Bereich der Wirtschaft nach der Gründung beider deutscher Staaten, nicht zuletzt, weil die Probleme des täglichen Überlebens zunächst dringender waren, als dass man hätte auf solche Kontakte ganz verzichten können.

Paradoxe Weise ersann ausgerechnet die DDR trotz begrenzterer wirtschaftlicher Ressourcen relativ frühzeitig die Idee, Außenwirtschaftspolitik im Sinne eigener außenpolitischer Interessendurchsetzung zu nutzen. In diesem Kontext fiel dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel eine besondere Bedeutung zu. Während die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Israel nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens gemessen am Außenhandelsvolumen beider Staaten nur in marginalem Umfang existierten, teilweise nur unter ominös wirkenden Bedingungen, über Drittstaaten oder mittels anonymer Verpackung realisiert wurden, intensivierten sich die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu einzelnen arabischen Staaten in einem Ausmaß, welches gemessen an der realen Leistungsfähigkeit der DDR enorm war. Geschuldet war dies dem Ziel der diplomatischen Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat. Der wirtschaftlichen Konkurrenz der Bundesrepublik in diesen Staaten war die DDR schlicht nicht gewachsen. Die wirtschaftlichen Beziehungen der DDR zu Israel basierten nicht auf politischen Überlegungen, sondern auf ganz konkreten wirtschaftlichen Interessen beider Staaten, die auf anderem Weg nicht oder nur ungenügend zu befriedigen waren.

Im Unterschied hierzu entwickelten sich auf Seiten der Bundesrepublik basierend auf dem Luxemburger Abkommen und über dieses hinausreichend zahlreiche Kontakte deutscher Unternehmen zu israelischen Institutionen und Firmen. Positiv sollte sich hier sicherlich auch einerseits die Hilfestellung auswirken, welche die Israel-Mission in Köln bei der Anbahnung konkreter Geschäftsbeziehungen gab, aber andererseits auch die Kontakte zwischen Histadrut und DGB, die letztlich teilweise auch politisch wirksam, aber nicht entscheidend wurden. Die Bundesrepublik Deutschland war 1963 drittwichtigster Handelspartner Israels nach den USA und Großbritannien – vor dem Hintergrund des Holocausts ein erstaunlich positives Ergebnis. Gerade eine solch beispielhaft positive Entwicklung diente dem Aufbau der bilateralen Bezie-

hungen über den rein wirtschaftlichen Wert hinaus möglicherweise zunächst sogar besser, als dies diplomatische Courtoisien je gekonnt hätten, denn verlässliches und ehrliches Verhalten schuf im Unterschied zu leeren Worten Vertrauen.

Erst der zu Beginn der fünfziger Jahre noch nicht voraussehbare Prozess des wirtschaftlichen Aufschwungs, ermöglichte der Bundesrepublik ab Ende der fünfziger Jahre den verstärkten Einsatz von Formen finanzieller Hilfe. Zu diesen zählten neben Kapitalhilfe, Exportkreditbürgschaften und Technische Hilfe.²²⁷⁹ Im Falle der Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel kam der Kapitalhilfe als außenpolitischem Instrument eine herausragende Bedeutung zu, wohingegen die beiden anderen Formen im Vergleich zu dieser sekundärer Natur waren. Kapitalhilfe bedeutete die Gewährung langfristiger Kredite, mittels derer Entwicklungsprogramme finanziert werden sollten. Eine solche Kapitalhilfe gewährte die Bundesrepublik Israel im Rahmen der sogenannten „Aktion Geschäftsfreund“. Unter diesem Namen, und nach dem Botschafteraustausch 1965 im Rahmen deutscher Entwicklungshilfe, wurden Israel Kredite in Höhe von insgesamt ca. 2 Milliarden DM für Entwicklungsvorhaben im Negev zur Verfügung gestellt. Die Kredite wurden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährt und unterlagen nicht der sonst üblichen Prüfung des Verwendungszwecks. Da diese Kapitalhilfe über den eigentlichen Botschafteraustausch hinausreichte, darf vermutet werden, dass sie im Unterschied zur „Aktion Frank/Kol“ nicht nur als Kompensation für die bis 1965 nicht existenten diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten diene, zumal sie streng geheimgehalten wurde, die Geheimhaltung auch gesichert war und sich öffentlich nicht als Argument politisch nutzen ließ. Kein Staat der Welt, auch die Bundesrepublik Deutschland nicht, gewährt eine Kapitalhilfe derartigen Umfangs, ohne hierfür eine gewisse Gegenleistung zu erwarten. Da die deutschen Akten zu diesem Bereich zu wissenschaftlichen Verwendungszwecken bisher mehr als dürftig zur Verfügung stehen, liegt die Antwort hierfür im Bereich der Spekulation, dürfte aber zweifellos eine gewisse Verbindung zum israelischen Nuklearprogramm, möglicherweise auch zu deutschen rüstungswirtschaftlichen Interessen aufweisen. Im Sinne einer wechselseitigen Abhängigkeit hatte diese Kapitalhilfe eine politisch stabilisierende Wirkung, so z.B. eine deeskalierende im Kontext der Krise um die Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler und Techniker für die ägyptische Rüstungsindustrie.

Im Unterschied hierzu zeitigte der Einsatz von Hermes-Bürgschaften im Bereich des Außenwirtschaftsverkehrs der BRD gerade mit Blick auf Ägypten und die Drohung, die DDR im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel anzuerkennen, seine Wirkung. Bereits 1959 hätten die Auslandsschulden Ägyptens gegenüber

²²⁷⁹ Zu deren Anwendung in den arabischen Staaten siehe Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S. 212-223.

der Bundesrepublik im Falle einer bundesdeutscher Beteiligung an der zweiten Baustufe des Assuan-Staudammes (in Höhe von 200-250 Millionen DM) 42,6 % (=1.340,6 Mio. DM) der gesamten Auslandsschulden der VAR und damit mehr als gegenüber dem gesamten Ostblock inklusive der Sowjetunion betragen.²²⁸⁰ Gerade dieser Fakt erklärt, weswegen die Bundesrepublik einerseits die Hallstein-Doktrin so lange erfolgreich durchsetzen konnte und selbst zum Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel 1965, abgesehen vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu einzelnen arabischen Staaten, keinen größeren Einflussverlust in der Region verbuchen musste. Vor diesem Hintergrund ist auch verständlich, weswegen sowohl einerseits die Grotewohlreise des Jahres 1959 sowie andererseits die Ulbrichts 1965 nach Ägypten keine Wirkung dahingehend zeitigte, dass hierauf der Durchbruch zur diplomatischen Anerkennung der DDR erzielt worden wäre. Ägypten hatte gegen „Liebesbezeugungen“ aus Ostberlin nichts einzuwenden, aber den politischen, insbesondere wirtschaftlichen Interessen Ägyptens wurde seitens der Bundesrepublik eben doch mehr Rechnung getragen, zumal diese im Vergleich zur DDR auf deutlich mehr Ressourcen zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Ziele zurückgreifen konnte.

Mit Blick auf die institutionelle Durchsetzbarkeit wirtschaftlicher oder finanzieller Maßnahmen zu außenpolitischen Zielen, schien die DDR im Vergleich der Bundesrepublik sogar im Vorteil. Mit der parteilichen und staatlichen Lenkung des Außenwirtschaftsverkehrs der DDR und dem Einfluss der ZK-Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel, dem gerade für die Nahostdiplomatie der DDR wichtigen Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel unter der Leitung von Heinrich Rau, zeitweise in Personalunion Leiter der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro oder den Außenhandelsunternehmen der DDR, war gerade dieses Instrument deutlich unkomplizierter zu nutzen als im Vergleich zur Bundesrepublik. Ohne Zustimmung der SED waren Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und der DDR nicht denkbar. In ihrer institutionellen außenwirtschaftlichen Organisation folgte die DDR dem sowjetischen Vorbild. Natürlich konnte kein Unternehmen der Bundesrepublik Außenwirtschaftsbeziehungen zu einem Staat unterhalten, wenn ernsthafte politische Gründe dagegen sprachen. Allerdings waren die Hürden, die internationalen Geschäftsbeziehungen von privaten Unternehmen seitens der Bundesregierung zu reglementieren, deutlich höher. Andererseits wirkten ebenfalls im Unterschied zur DDR auch mit wirtschaftlichen Fragen befasste Interessenverbände auf die Politik der Bundesregierung ein. Deutlich wurde dies z.B. am Beispiel des BDI infolge der Anregung des Berliner Senators, Paul Hertz, ein Komitee zur Förderung der deutsch-israelischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu bilden. Dennoch be-

²²⁸⁰ Vgl.: Berggötz, S.O.: Nahostpolitik, S.219.

diente sich auch und gerade Adenauer mit Blick auf wirtschaftliche und finanzpolitische Aspekte der deutsch-israelischen Beziehungen immer wieder einzelner Berater außerhalb des Bundeskanzleramts oder der Bundesministerien. Der diesbezüglich einflussreichste Berater Adenauers war mit Blick auf Israel Hermann J. Abs, nicht nur im Kontext der Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen, sondern auch in Bezug auf die sogenannte „Aktion Geschäftsfreund“. Mit deutlichem Abstand hinter Abs, wurden im Kontext der deutsch-israelischen Beziehungen z.B. auch Dannie N. Heineman oder Friedrich Spennrath beratend durch Adenauer herangezogen. Allerdings leitete sich das Ausmaß des persönlichen Einflusses der genannten Personen v.a. von der durch die jeweiligen Personen ausgeübten Stellung im deutschen Wirtschafts- und Finanzleben und/oder ihrer konkreten Relevanz für die deutsch-israelischen Beziehungen, zu einem sehr viel geringeren Teil von ihrer Bekanntschaft zu Adenauer ab. Dennoch verfügte auch die Bundesregierung gerade im Zusammenhang der Umsetzung des Luxemburger Abkommens oder der „Aktion Geschäftsfreund“ etwa mit dem Bundeswirtschaftsministerium unter Erhard, der diesem Ministerium zugehörigen Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft in Frankfurt a.M., dem Bundesfinanzministerium, dem Auswärtigen Amt, dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau über einen ausreichenden institutionellen Rahmen, um ihre außenwirtschaftlichen Interessen systematisch im Sinne ihrer politischen Ziele durchzusetzen.

Obgleich durch Bundeswirtschaftsminister Erhard persönlich befürwortet, war die Politik der Bundesrepublik mit Blick auf die Assoziierungswünsche Israels an die EWG von einer nicht zu übersehenden Ambivalenz gekennzeichnet, zumal ein deutsches Engagement zugunsten Israels in dieser Frage keinen unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Zugewinn für die Bundesrepublik bedeutete. Im Gegenteil, bei einer zu deutlichen Unterstützung Israels drohten vermeidbare arabische Proteste und unnötige politische Diskussionen mit diesen Staaten.

Die arabischen Boykottdrohungen²²⁸¹ sollten sich letztlich weder auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik noch auf die hinsichtlich ihres Handelsvolumens deutlich geringeren der DDR zu Israel nachhaltig negativ auswirken.

²²⁸¹ In diesem Kontext erscheint die Behauptung Seelbachs, wonach die Bundesregierung die Tätigkeit des Zentralbüros für den Boykott Israels der Arabischen Liga toleriert habe, völlig unverständlich, zumal dieser Boykott und damit eine Behinderung des freien internationalen Warenverkehrs seitens der Bundesregierung nicht begrüßt wurde. Vgl.: Seelbach, J.: Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, S.147ff.

4.3.3. Militärhilfe

Wenn Raymond Aron in seinem berühmten Werk *Frieden und Krieg* darauf verwies, dass eine Diplomatie eine ständig kampfbereite Armee benötigt, um wirkungsvoll handeln zu können,²²⁸² so ist diese Aussage prinzipiell völlig unstrittig. Im Falle der deutsch-israelischen Beziehungen, vor dem besonderen psychologischen Hintergrund des Holocausts und der gerade in sicherheitspolitischer Hinsicht beschränkten Souveränität Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, bedarf diese Aussage aber einer gewissen Modifizierung. Ein direktes Aufeinandertreffen deutscher und israelischer Kampfverbände im Kontext eines Krieges erschien dabei ebenso unwahrscheinlich, wie die Nutzung dieser (*Un*-)Möglichkeit zur Durchsetzung politischer Ziele. Nach der in deutschem Namen industriell betriebenen Vernichtung mehrerer Millionen Juden, der Vernichtung immaterieller und materieller Werte, stand eine solche Option nicht mehr ernsthaft, auch nicht vor den Augen der Weltgemeinschaft, die Deutschland misstraute, zur Diskussion. Stattdessen beinhalteten die Mittel von Militärhilfe und deutsch-israelischer Kooperation im Bereich der Rüstungswirtschaft die Möglichkeit, bei gleichzeitiger Wahrung der sicherheitspolitischen Interessen beider Seiten, diese zu politischen Zwecken zu nutzen. Gerade eine solche Kooperation in einem empfindlichen Bereich der Beziehungen konnte darüber hinaus vertrauensbildende Wirkung zeitigen.

Auch im Rahmen der deutsch-israelischen Beziehungen ist grundsätzlich zwischen den Begriffen Militärhilfe und Rüstungsexport zu unterscheiden. Dabei bezeichnet Militärhilfe „diejenigen Leistungen, welche die Lieferung von Waffen und Gerät sowie die für ihren Einsatz notwendige Ausbildung im Rahmen von Regierungsverträgen an andere Staaten vorsehen“.²²⁸³ Somit fallen militärische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe eindeutig unter diese Definition. Oftmals erfolgt Militärhilfe als Schenkung einer Regierung einer anderen gegenüber. Im Unterschied dazu erfolgen Rüstungsexporte vorwiegend aus kommerziellen Gesichtspunkten. Dabei sind die Vertragspartner „nationale Regierungen, private oder halbstaatliche Rüstungsproduzenten und Waffenhandelsfirmen“.²²⁸⁴ Militärhilfe wird einer anderen Regierung bzw. einem anderen Staat aus konkreten, nicht primär kommerziellen, Interessen heraus gewährt und dient als außenpolitisches Instrument.

Im Falle der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ist hier in erster Linie die im Rahmen der sogenannten „Aktion Frank/Kol“ (ohne der geplanten Lieferung von 150 Panzern des Typs M 48 A 1) von deutscher Seite gewährte Militärhilfe im Sinne einer Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe im Wert von ca. einer viertel Milliarde DM zu nennen. Dieser

²²⁸² Aron, R.: *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Frankfurt a.M. 1963, S.57.

²²⁸³ Haftendorn, H.: *Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD*, Düsseldorf 1971, S.8.

²²⁸⁴ Ebd., S.9.

Militärhilfe gingen israelische Waffenlieferungen bzw. Lieferungen von zur militärischen Verwendung bestimmter Waren ebenfalls in Höhe von ca. einer viertel Milliarde DM voraus bzw. wurden teilweise zeitlich parallel zu den deutschen Lieferungen abgewickelt.

Der Wille der Bundesrepublik Deutschland, Militärhilfe an Israel zu leisten, entsprang einem rein politischen Motiv, nämlich, die fehlenden diplomatischen Beziehungen und damit eine sonst vollzogene Diskriminierung Israels im Staatensystem dadurch zu kompensieren, dass man stattdessen die bilateralen Beziehungen auf einem anderen Teilgebiet forcierte. Zudem kam diese Politik der praktischen Unterstützung dem Sicherheitsbedürfnis Israels ebenso entgegen, wie der Suche Israels nach Absatzmöglichkeiten für eigene Waffenentwicklungen sowie nach Waffenlieferanten auf dem europäischen Kontinent, infolge einer abschlägigen Haltung Washingtons gegenüber einer Sicherheitsgarantie für Israel und direkten amerikanischen Waffenlieferungen. Zudem hatte Israel selbst in Europa mit Frankreich bis zum Ende des Algerienkrieges nur einen vorübergehenden Waffenlieferanten gefunden. Deswegen erscheint es keinesfalls als Zufall, dass die militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel 1957, auf Regierungsebene eingeleitet, in den folgenden Jahren, insbesondere 1962 mit dem Ende des Algerienkrieges intensiviert wurden, bevor sie just aus Anlass der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten 1965, nach der von deutscher Seite gezielten Bekanntgabe der geplanten Panzerlieferungen an Israel, eine gewisse Abkühlung erfuhren.

Ermöglicht wurde der Gebrauch dieses außenpolitischen Instruments erst durch den Beitritt der Bundesrepublik zu WEU und insbesondere NATO und der parallel hierzu vollzogenen Gründung eines Bundesverteidigungsministeriums. Ohne Zugriff auf die der Bundeswehr im Rahmen der NATO zur Verfügung gestellten, aufgestellten und erworbenen Waffen und Waffensysteme, ohne den deutschen auch finanziellen Beitrag zum Bündnis, wäre die Unterstützung Israels, so wie sie erfolgte, nicht denkbar gewesen. Weiterhin sollte sich als wichtig erweisen, dass die Bundeswehr infolge der vor dem Hintergrund des Kalten Krieges geostrategisch bedeutsamen Lage in der Mitte Europas ein Mindestmaß an militärischer Leistungsfähigkeit im Rahmen des westlichen Bündnisses aufweisen musste. Ohne diese zentrale Stellung und die damit verbundene notwendige militärische Leistungsfähigkeit wären militärische Beziehungen mit Israel im geschilderten Umfang zu solch früher Zeit nicht realisierbar gewesen. Zudem wirkte sich die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO für die militärischen Beziehungen zu Israel besonders im Bereich der Logistik positiv aus, da hier u.a. zumindest die wohlwollende Toleranz deutscher Lieferungen durch, teilweise auch eine darüber hinausreichende Kooperation mit Staaten wie v.a. Frankreich, Italien oder der Niederlande notwen-

dig war. Deutlich wurde dies am Beispiel der Ausbildung israelischer Offiziere zunächst bei in der Bundesrepublik stationierten französischen Einheiten mit Genehmigung der Bundesrepublik.

Die zentrale Frage, ob die Bundesrepublik in ihren militärischen Beziehungen zu Israel durch Eigeninteresse geleitet wurde oder sich lediglich, so z.B. bei der Abzweigung amerikanischer Hubschrauber, in einer Stellvertreterrolle der USA befand, kann klar zugunsten der ersten Variante beantwortet werden. Auch wenn die USA mehrfach zur argumentativen Rechtfertigung politischer Entwicklung auch und gerade durch Adenauer instrumentalisiert wurden, so erwuchs der Wille, mit Israel anstatt der fehlenden diplomatischen Beziehungen die militärischen Beziehungen zu forcieren, rein nationalem Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Die USA hatten nichts gegen eine solche Politik einzuwenden, wollten sie vor dem Hintergrund der Zielsetzungen ihrer Nahostpolitik direkte Waffenlieferungen genauso vermeiden wissen, wie ein offizielles Verteidigungsbündnis mit Israel oder dessen zu deutliche Annäherung an die NATO – trotz des Wissens um den geostrategischen Wert Israels. Auch die Bundesrepublik wurde seitens der USA relativ frühzeitig als potentieller Waffenlieferant Israels betrachtet. Gerade das Pentagon war z.B. im Unterschied zum State Department über die Abzweigung der Hubschrauber des Typs S 58 an Israel informiert. Gewisse Differenzen bei der Realisierung von Waffengeschäften zwischen Außen- und Verteidigungsministerium waren dabei in der Bundesrepublik genauso üblich, wie in Frankreich, den USA oder auch in Israel selbst. Der einzige Fall, wo die USA die Bundesrepublik mit Blick auf Israel um eine Stellvertreterrolle im Bereich der militärischen Beziehungen während des Untersuchungszeitraumes bat, war die Lieferung von 150 Panzern nach Israel. Allerdings wurde die Bundesrepublik zu keinem Zeitpunkt gezwungen, dieser Bitte zu entsprechen. Erhard sagte die deutsche Hilfe erst zu, nachdem sich Staatssekretär Carstens für ebendiese ausgesprochen hatte. Da die Panzerlieferungen aber bereits kurz nach deren Beginn von deutscher Seite eingestellt wurden, noch bevor diese infolge amtlicher Indiskretion, von der die USA ebenso wie Israel überrascht wurden, einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden, muss davon ausgegangen werden, dass Carstens diese Frage für ein gekonntes politisches Manöver instrumentalisierte, um sich der deutschen Waffenlieferungen an Israel, die durch das Auswärtige Amt und insbesondere Minister Schröder nicht befürwortet worden, zu entledigen. Als ein nur ausführender, unmündiger Zögling der USA kann die Bundesrepublik zumindest während des Untersuchungszeitraumes im Bereich ihrer militärischen Beziehungen zu Israel nicht charakterisiert werden, obgleich natürlich in bündnis- und rüstungspolitischer Sicht der prinzipiell bedeutende Einfluss der USA auf die bundesdeutschen Streitkräfte völlig unstrittig ist. Darüber

hinaus kann eine Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel im Bereich der Rüstungswirtschaft während des Untersuchungszeitraumes nicht ausgeschlossen werden. Zu einer abschließenden Beantwortung dieser Frage fehlt der Forschung bisher die hierfür notwendige Aktenlage.

Demgegenüber erschien der Einsatz des außenpolitischen Instruments der Militärhilfe für Israel durch die DDR vor dem Hintergrund ihrer außenpolitischen Zielsetzungen und insbesondere ihrer Israelpolitik von vornherein weniger wahrscheinlich und lässt sich anhand der bisher vorliegenden Akten nicht nachweisen. Gerade die bundesdeutsche Militärhilfe für Israel lies sich gerade propagandistisch in der arabischen Welt, erst recht nach der Suezkrise und dem arabischen Trauma zweier verlorener Kriege glänzend nutzen. Dennoch war dieses Instrument der Propaganda wiederum nicht so wirkungsmächtig, dass dieses der DDR letztlich die diplomatische Anerkennung in der arabischen Staatenwelt eingebracht hätte. Vor der abschreckenden Wirkung von Waffen hatte man auch in der arabischen Welt mehr Respekt als vor bloßen Reden. Zudem wurde die DDR durch die Sowjetunion während des Untersuchungszeitraumes nicht als stellvertretender potentieller Waffenlieferant für Käufer in außer-europäischen Regionen betrachtet. Obwohl einerseits die Bewaffnung, Aufstellung und Ausbildung ostdeutscher Streitkräfte, die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt, vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der geostrategischen Lage der DDR entlang des „Eisernen Vorhanges“ natürlich im Interesse der Sowjetunion und der Verteidigung des Ostblocks stand, so vertraute man der DDR in sicherheitsrelevanten Fragen nur bedingt. Nicht ohne Grund bezog Israel wie geschildert seine Waffen anfänglich aus der Tschechoslowakei, selbst wenn es sich hierbei um Flugzeuge des Typs Messerschmitt handelte. Nicht grundlos fungierte ebenfalls die Tschechoslowakei 1955 als Stellvertreter der Sowjetunion bei der Ausrüstung der ägyptischen Streitkräfte. Die DDR verfügte zudem weder über die finanziellen Ressourcen noch über eine, von sowjetischer Kontrolle unabhängige Rüstungsindustrie, um Militärhilfe größeren Maßstabes als außenpolitisches Instrument auch unabhängig vom Länderbeispiel Israel einsetzen zu können.

Nicht völlig auszuschließen sind letztlich aus kommerziellen oder, hinsichtlich der Produkte, technischen Gesichtspunkten durchgeführte Exporte der DDR von Gütern zur militärischen Weiterverwendung, gegebenenfalls über Firmen in Drittstaaten oder über die Möglichkeit des innerdeutschen Handels nach Israel. Allein z.B. die 1955 erfolgte israelische Bestellung von durch VEB Carl Zeiss Jena gefertigten Fernrohren im Wert von ca. 90.000 DM²²⁸⁵, beinhaltet eine solche Möglichkeit. Wegen der in den Akten nicht näher erfolgten Klassifizie-

²²⁸⁵ Vgl.: Kurzanalyse der Leipziger Herbstmesse (4.9.-9.9.1955) vom 22.9.1955, in: Carl-Zeiss-Archiv, BACZ 23315.

rung der Fernrohre, muss eine nähere Beschreibung ihres Verwendungszwecks nur fragmentarischer Natur bleiben.

4.3.4. Ideologie und Propaganda

Zhdanov postulierte bereits 1947, dass der durch ihn unterstellte amerikanische „Kreuzzug gegen den Kommunismus“²²⁸⁶ nicht nur mit militärischen oder wirtschaftlichen Mitteln geführt würde, sondern auch eine ideologische Auseinandersetzung beinhalte, wobei sich die westliche Welt unter Führung der USA selbst als demokratisch, den Kommunismus hingegen als totalitär beschreiben würde. Zhdanov begriff diese ideologische Auseinandersetzung als Bedrohung der nationalen Souveränität, vielleicht gerade deswegen, weil dem totalitären Herrschaftsanspruch der Kommunisten ein alternatives und überzeugendes Konzept gegenübergestellt wurde. Der totalitäre Herrschaftsanspruch hatte nicht automatisch immer eine totalitäre Herrschaft zur Folge, insbesondere dann nicht, wenn diese im wesentlichen auf Angst und Einschüchterung basierte und allein durch intelligente Fragen gefährdet werden konnte. Dass selbst Zhdanov sich der sowjetischen Herrschaft nicht sicher war, wurde in Unterstellungen deutlich, wonach der sozialdemokratische Kurt Schumacher bereits zu dieser Zeit als Träger eines angeblichen ideologischen Planes, des amerikanischen Imperialismus, denunziert wurde.

Der Begriff der Ideologie wurde erstmals 1796 durch den französischen Philosophen A.-L.-C. Destutt de Tracy in einer zunächst durchaus positiven Bedeutung verwendet. Die als seriös begriffene Wissenschaft erforschte die Ideen als Ausgangspunkt der Erkenntnis und daraus resultierenden Verhaltens. Die Funktion eines politischen Kampfbegriffs erfüllte die Ideologie erstmals während des Vormärz, als er der Diffamierung politischer Gegner, die liberalen Ideen im Sinne der Französischen Revolution nahe standen, diente.²²⁸⁷

In der Psychologie wird der Begriff der Ideologie²²⁸⁸ wertneutral als „Bezeichnung für ein System von Überzeugungen und Begriffen“ verwendet, „die auf Tatsachen und Normen bezogen sind und mit deren Hilfe komplexe soziale oder politische Gegebenheiten im Hinblick auf ihre oft idealtypischen Leitgedanken oder Eigenschaften beschrieben werden.“²²⁸⁹

²²⁸⁶ Carlyle, M. (Ed.): Documents on International Affairs 1947-1948, London u.a. 1952, S.126.

²²⁸⁷ Vgl.: Kuppe, J.L.: Zur Funktion des Marxismus Leninismus, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR (=Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Baden-Baden 1995, S.1371f.

²²⁸⁸ Nach Adomeit: Ideologie als ein Gesamtsystem politischer Überzeugungen, welches aus kognitiven, normativen und operationalen Komponenten besteht. Adomeit, H.: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews, Baden-Baden 1998 (=Internationale Politik und Sicherheit; Bd.48), S.52.

²²⁸⁹ Fröhlich, W.D.: dtv Wörterbuch zur Psychologie, 20. Aufl. München 1994, S.212.

Gerade das Beispiel des Marxismus-Leninismus als der staatstragenden Ideologie der DDR und deren Anwendung lässt hinsichtlich des Kriteriums des Bezugs von Überzeugungen auf Tatsachen einen eklatanten Realitätsverlust erkennen. Ob diese Tatsache rechtfertigt, in einer überspitzten Form dem Marxismus-Leninismus den Charakter einer Ideologie abzusprechen,²²⁹⁰ erscheint fragwürdig und irreführend. Wesentlicher erscheint hingegen die Frage, ob dieser Realitätsverlust nicht deutliches Zeichen für das faktische Siechtum des politischen Systems der DDR ist.

Beim Marxismus-Leninismus handelte es sich nach Ansicht der DDR um ein System von Theorien und Anschauungen von Marx (Engels) und Lenin, welche die theoretische Grundlage für die praktische Tätigkeit der „kommunistischen und Arbeiterparteien“ darstellte und als „Anleitung im Klassenkampf, in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus“²²⁹¹ diene. Während Marx noch vom Sieg der Revolution unter der Voraussetzung ausging, dass die Masse der Menschen von den revolutionären Ideen zu überzeugen sei, wurde bei Lenin die Revolution durch eine Diktatur des Proletariats, durch die Partei, geführt. Der Marxismus-Leninismus war bereits seit November 1938 infolge einer Resolution der KPdSU parteioffizielle Bezeichnung der kommunistischen Ideologie. Obwohl die SED diesen Entscheid nachträglich mittrug, wurde sie andererseits nie als volles Mitglied in das bis 1956 existierende Kominform aufgenommen.²²⁹²

Mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand ist v.a. die Schrift von Marx mit dem Titel „Zur Judenfrage“²²⁹³ (1843/44) relevant. Judentum wurde hier als „antisoziales Element“ bezeichnet, dessen Kultus der „Schacher“, dessen Gott das Geld, dessen Nationalität die des Kaufmanns sei.²²⁹⁴ „Das Geld ist der eifrige Gott Israels [...] Der Gott der Juden hat sich verweltlicht, er ist zum Weltgott geworden.“²²⁹⁵ Die gesellschaftliche Emanzipation des einzelnen Juden konnte nach Marx nur durch „die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum“²²⁹⁶ erzielt werden. Dass Marx wenig Kenntnis von den Lebensverhältnissen der Juden gerade in Ostmitteleuropa oder über deren soziale Diversifikation selbst in Westeuropa besaß, sticht ins Auge. Im Unterschied hierzu sprach sich Engels gegen eine Gleichsetzung von Juden und Kapital aus. Dennoch findet man die Charakterisierung des Judentums im Marxschen

²²⁹⁰ So etwa Kuppe, J.L.: Zur Funktion des Marxismus Leninismus, S.1379.

²²⁹¹ Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1967, S.394.

²²⁹² Vgl.: Haury, T.: Antisemitismus von links: Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S.228f.

²²⁹³ Hier handelt es sich um die Rezension zweier 1843/1844 publizierter Schriften des protestantischen Theologen und Junghegelianers Bruno Bauer zur Emanzipation der Juden. Siehe Marx, K.: Zur Judenfrage. Hg. u. eingeleitet von S. Grossmann, Berlin 1919.

²²⁹⁴ Marx, K.: Zur Judenfrage, S.42.

²²⁹⁵ Ebd., S.45.

²²⁹⁶ Ebd., S.49.

Sinn in verbalen Spielarten sowohl bei Albert Norden bereits 1926, als auch bei Adolf Hitler oder im späteren SED-Jargon aus Anlass z.B. des Slánský-Prozesses in der ČSR und der in der DDR gegen Paul Merker erhobenen Vorwürfe.

Lenins Äußerungen zu Antisemitismus und der sogenannten jüdischen Frage müssen im Zusammenhang seiner Auseinandersetzung mit dem 1897 gegründeten *BUND* (Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Russland und Polen) und der durch ihn antizipierten Gefahr der Zersplitterung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russland gesehen werden. Nationale Bestrebungen (so auch der Zionismus) hatten in Lenins Augen hinter sogenannte Klassenfragen zurückzutreten.

Marxismus-Leninismus fungierte als revolutionäre Ideologie, welche die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Frage stellte und sie im eigenen Sinne umzugestalten suchte und im Zweifelsfalle auch mit wenig zimperlichen Methoden im Sinne des totalitären Herrschaftsanspruches der SED umgestaltete. Insofern existierte - wie von Adomeit²²⁹⁷ mit Blick auf die Sowjetunion gezeigt wurde, aber auch am Beispiel der DDR sichtbar ist – nicht zwangsläufig ein Widerspruch zwischen außenpolitischem Interesse der DDR und staatstragender Ideologie. So wurden die Ziele und Prinzipien der DDR Israelpolitik nicht durch ein Außenministerium, sondern durch die SED formuliert. Anstatt einer Richtlinienkompetenz eines Bundeskanzleramts wie im Falle der Bundesrepublik existierte eine durch die SED, deren Organe und ZK-Abteilungen postulierte „Befehlskompetenz“ gegenüber im Falle ostdeutscher Israelpolitik dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Ostdeutsche Israelpolitik blieb zudem von innenpolitischen Entwicklungen weitestgehend unabhängig, abgesehen vielleicht von der indirekten Abhängigkeit von der desolaten wirtschaftlichen Situation und nur sehr begrenzter Ressourcen. Ein Spannungsverhältnis zwischen außenpolitischem Interesse und Ideologie manifestierte sich gerade dort, wo

1. die Herrschaft der SED an ihre – nicht nur regionalen, so z.B. ökonomischen – Grenzen gelangte,
2. die SED keine Unterstützung durch die Sowjetunion bzw. die KPdSU erhielt und
3. die DDR sich den mit ihrer Weltanschauung unvereinbaren Ideen und Entwicklungen im internationalen Staatensystem gegenübergestellt sah.

Als ideologische Vorgaben für den Bereich der Außenpolitik der DDR galten

1. der sogenannte proletarische bzw. sozialistische Internationalismus
2. antiimperialistische Solidarität

²²⁹⁷ Adomeit, H.: Imperial Overstretch, S.53.

3. friedliche Koexistenz.

Im Sinne der *antiimperialistischen Solidarität* wurden die arabischen Staaten in ihrem sogenannten Antimperialismus ungeachtet der Tatsache unterstützt, dass auch die Juden Palästinas ihre Konflikte mit der ehemaligen britischen Mandatsmacht ausgetragen hatten. Imperialismus galt in theoretische Anlehnung an Lenin als die höchste Stufe des Kapitalismus, dem Israel als der „Klassenfeind“ im Rahmen des Klassenkampfes auf internationaler Ebene im Sinne der *friedlichen Koexistenz* stets zugeordnet wurde. Israel und die Regierung Ben Gurions wurde zudem mit dem Verdikt des „*Militarismus*“ als angeblich typischem Merkmal des Imperialismus versehen. Einerseits wurden die arabischen Staaten mit diesem Argument zwar in ihrer gegen Israel gerichteten Propaganda unterstützt, andererseits aber weder die kommunistische Ideologie in diesen Staaten etabliert, noch die volle diplomatische Anerkennung der DDR durch diese erzielt. Im Sinne des *proletarischen Internationalismus* unterhielt die SED während des gesamten Untersuchungszeitraumes Kontakte zur israelischen kommunistischen Partei, auch wenn diese eher als Instrument eigener Interessendurchsetzung denn als gleichberechtigter Partner anerkannt wurde. Die gerade durch die DDR begrüßte Spaltung der MAKI 1965 und die im Anschluss fortgesetzten und sich intensivierenden Kontakte zum arabischen Flügel, wurden im Unterschied hierzu durch die KPdSU zunächst sehr viel kritischer betrachtet, ja ungern gesehen.²²⁹⁸

Im Unterschied zum Nationalsozialismus verwendete die DDR in ihrer gegen Israel oder Judentum gerichteten Propaganda im wesentlichen keine rassistische, sondern in Anlehnung an Marx eher eine materialistische Argumentation. Rassistische Komponenten traten dort zutage, wo man solche, gegen Israel und Juden gerichtete, Argumentationslinien in den arabischen Staaten unterstützte, wo Juden z.B. bildlich rassistisch und mit gewissen Ähnlichkeiten zu Zeiten des Nationalsozialismus in Stürmer-Manier stigmatisiert wurden.

Wo exakt die Ideologie des Marxismus-Leninismus Gültigkeit besaß und wo nicht, bestimmte die SED letztlich willkürlich im Sinne ihres totalitären Herrschaftsanspruches selbst, es sei denn, sie stieß an die Grenzen ihres eigenen Herrschaftseinflusses, außerhalb dieser auch sie sich der Macht des Faktischen zu fügen hatte. Natürlich spiegelte sich der ideologische Einfluss des Marxismus Leninismus spätestens seit 1953 im Aufbau und dem Agieren der SED, ab 1959 auch im Aufbau des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wider. Der Bedeutung der propagandistischen Tätigkeit für die Herrschaftsdurchsetzung der SED

²²⁹⁸ Während sich die Beziehungen zwischen ostdeutschen und insbesondere jüdischen israelischen Kommunisten zu diesem Zeitpunkt bereits abkühlten, trafen sich noch im Sommer 1964 Vertreter der MAKI, so auch Mikunis, und der jordanischen kommunistischen Partei unter Geheimhaltung in Moskau. Beinlin, J.: Red Flag, S.246.

wurde innerhalb des Parteiapparats z.B. mit dem sogenannten Ausschuss für Deutsche Einheit oder der ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda Rechnung getragen. Allerdings hatten die im Sinne der Ideologie vorgegebenen Prinzipien für den Bereich der Außenpolitik am Beispiel der DDR Israelpolitik und insbesondere am Beispiel der Parteibeziehungen zur MAKI im Zweifelsfalle stets dem obersten Primat ostdeutscher Außenpolitik – dem Ziel der internationalen Anerkennung als zweiter deutscher Staat – zu weichen. Dass sich die Absage allein an den moralischen Anspruch israelischer Wiedergutmachungsansprüche so passend, ja stringent in die antiisraelische, aber auch z.B. im Kontext des Eichmannprozesses gegen die Bundesrepublik gerichtete Propaganda sowie in die Unterstützung nationalistischer arabischer Politik einfügte, schien dabei umso bequemer.

Realpolitik und Ideologie waren am Beispiel der DDR Israelpolitik keine zwangsläufig gegensätzlichen, aber eben auch keine identischen Größen – zwischen ihnen herrschte ein letztlich nicht aufzulösendes Spannungsverhältnis. Das sich die ideologischen Postulate der DDR mit zunehmender Zeit immer mehr von realen Entwicklungen im internationalen Staatensystem entfernten, die DDR immer mehr an offensichtlicher Selbstüberschätzung litt, charakterisiert umso deutlicher die Defizite dieses politischen Systems und dessen Trägern.

Adenauer begegnete der kommunistischen Ideologie im allgemeinen und der DDR Propaganda im besonderen mit dem Postulat „Die Demokratie ist für uns Weltanschauung“.²²⁹⁹ In diesem Sinne war für Adenauer die Unterstützung Israels als der einzigen Demokratie im Nahen Osten selbstverständlich. Das bedeutete auch, dass er, trotz nicht existenter diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten, Israel auf andere Art und Weise, vornehmlich wirtschaftlich bzw. finanziell oder aber militärisch im Rahmen des Möglichen unterstützte. Gerade das Bekenntnis des ersten deutschen Bundeskanzlers zur freiheitlichen Grundordnung dieses deutschen Teilstaates, beinhaltete eine klare Absage an den totalitären Herrschaftsanspruch des Kommunismus und der Herrschaft nur einer Partei ebenso, wie die Übernahme historischer Verantwortung, wie dies durch das Luxemburger Abkommen schlaglichtartig verdeutlicht wurde. Infolge des politischen Systems der Bundesrepublik und der Freiheit der Presse bzw. der Medien waren die Öffentlichkeit und die gewählten Vertreter des Volkssouveräns, wie die westliche Welt überhaupt, natürlich prinzipiell leichter mittels Propaganda erreichbar. Gerade einzelne problematische oder Krisensituationen, wie z.B. die Suezkrise oder den Eichmann-Prozess, nutzte die DDR-Propaganda keineswegs ausschließlich nur zur Diffamierung Israels, sondern gleichsam der Bundesrepublik und des Westens. Erstaunlich erscheint auch im Nachhinein, wie sehr sich die Argumente der arabischen und ostdeutschen

²²⁹⁹ Adenauer, K.: „Die Demokratie ist für uns Weltanschauung“. Reden und Gespräche (1946-1967). Im Auftrag der Konrad Adenauer Stiftung hg. von Felix Becker, Köln u.a. 1998.

Propaganda teilweise ähnelten. Obgleich die ostdeutsche antiisraelische Propaganda (so z.B. im Sinne von: das Luxemburger Abkommen sei eine verschleierte Militärhilfe an Israel) über den Umweg der arabischen Länder gelegentlich den Anlass für Anfragen oder Memoranden dieser Staaten z.B. gegenüber dem Auswärtigen Amt bildeten, degradierte die Bundesrepublik ihre Israelpolitik jedoch nicht zum Vollstrecker derartiger arabischer Postulate. Zudem wurden abgesehen vom Luxemburger Abkommen weder die finanzielle Unterstützung Israels im Rahmen der sogenannten „Aktion Geschäftsfreund“ noch die „Aktion Frank/ Kol“ von der Unterstützung einer Mehrheit im Bundestag bzw. Bundesrat abhängig gemacht. Diese Entscheidungen wurden von einer etwaigen Manipulation des Volkssouveräns infolge von Propaganda relativ unabhängig getroffen. Einzig die Drohung einzelner arabischer Staaten, insbesondere Ägyptens, ihrerseits die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik abzubrechen, wenn diese ihrerseits solche zu Israel etablierte, wurde ernst genommen, da hier konkrete und auch realisierbare Schritte angedroht wurden. Im Bewusstsein, dass sich außenpolitische Entscheidungen gerade im Vorfeld von Wahlen auch propagandistisch jeweils für den Gegner nutzen ließen, wurde eine öffentliche Stellungnahme über die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im unmittelbaren Vorfeld von Wahlen sowohl in der Bundesrepublik, als auch in Israel trotz interner Diskussion der Frage weitestgehend vermieden.

Ideologie diente am Beispiel der Israelpolitik beider deutscher Staaten nur soweit als außenpolitisches Instrument, soweit die ihr zugrunde liegenden politischen Überzeugungen auch aufgrund und mittels anderer Ressourcen, so z.B. im militärischen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Bereich eine zusätzliche Unterstützung erfuhren oder aber im internationalen Rahmen betrachtet, konkrete politische Ziele, Überzeugungen oder reale Entwicklungen in anderen Staaten oder der Region des Nahen Ostens argumentativ aufgriff. Waren diese weiteren Ressourcen oder zusätzlichen Bedingungen nicht oder nur ungenügend verfügbar bzw. gegeben, gerieten ideologische Postulate an die Grenze ihrer Wirksamkeit.²³⁰⁰ Gerade weil die DDR nicht über ein reiches Repertoire an Ressourcen verfügte, maß sie der Propaganda als Mittel, um die eigene Ideologie gewinnbringend für eigene außenpolitische Ziele einzusetzen, so große Bedeutung bei. Sie investierte in ihre propagandistische Tätigkeit im Ausland sehr viel mehr als die Bundesrepublik, insbesondere in den arabischen Staaten, zu einem sehr viel geringeren Ausmaß auch in Israel selbst. Sie schöpfte die ihr mit der israelischen kommunisti-

²³⁰⁰ Deutlich wird dies z.B. an der sogenannten „Ideologisierung der Angst“ bzw. dem Phänomen der Abschreckung. Vgl.: Zuckermann, M.: Geschichte, Angst und Ideologie. Aspekte der politischen Kultur in Israel, in: Ders.: Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998, S.62. Zuckermann kann allerdings nur bedingt zugestimmt werden, wenn er eine übergreifende Ideologie als falsches Bewusstsein charakterisiert, da der Begriff der Ideologie keinesfalls automatisch einen Realitätsverlust impliziert, sondern im Normalfall Überzeugungen, wenngleich in oftmals idealisierter Weise, auf Tatsachen bezogen sein sollten.

schen Partei gegebenen Möglichkeiten der Propaganda in Israel selbst allerdings nicht aus, wohl nicht zuletzt deswegen, weil eine zu offensichtliche Zusammenarbeit mit den israelischen Kommunisten in den arabischen Staaten unnötiges Misstrauen erzeugt hätte, welches der Anerkennungspolitik der DDR nicht zuträglich war. Die DDR Propaganda stellte eines der wenigen Aktiva ostdeutscher Israelpolitik dar.

4.3.5. Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen

Im Falle der deutsch-israelischen Beziehungen können die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen nur begrenzt als außenpolitisches Instrument charakterisiert werden, wurden diese doch im Falle beider deutscher Staaten zunächst wesentlich durch persönliches Engagement einzelner Wissenschaftler und Künstler initiiert und vorangetrieben. Signifikant unterschiedlich blieb allerdings die Art und Weise sowie der Grad der Unterstützung der einmal initiierten Kontakte durch beide deutsche Regierungen und die dahinterstehende Motivation.

Gerade im Bereich der Kulturbeziehungen stand weder seitens der DDR noch seitens der Bundesrepublik zunächst der Abschluss eines bilateralen Kulturabkommens auf der Agenda. Vor dem Hintergrund des Holocausts, den Leichenbergen und psychischen Auswirkungen, der Nähe von Kultur und Kunst zu Emotionen, erscheint dies erklärbar. Zeit wurde benötigt, teilweise sogar erst Generationswechsel, bevor für bestimmte Fragen überhaupt Worte nach der Sprachlosigkeit gefunden werden konnten, bevor man sich nicht nur in Floskeln oder Mythen flüchtete, sondern den Tatsachen ins Angesicht sah. Dabei geschah dies im allgemeinen auf israelischer Seite gewiss frühzeitiger als in beiden deutschen Staaten, obgleich auch hier die interindividuellen Unterschiede nicht zu vernachlässigen sind. Dort wo Kontakte zwischen deutschen und israelischen Künstlern zustande kamen, dann in beiden deutschen Staaten tendenziell eher aus persönlicher Initiative von an Kunst interessierten Menschen, denn vor dem Hintergrund außenpolitischer Interessen eines der beiden deutschen Staaten.

Im Bereich der wissenschaftlichen Beziehungen gestaltete sich die Lage etwas differenzierter und zumindest auf der Seite der Bundesrepublik relativ frühzeitig erfolgversprechend. Auf Seiten der DDR wurden wissenschaftliche wie auch kulturelle Kontakte zu Israel quasi automatisch auf eine staatliche Ebene gehoben, indem solche zwischen Israelis, israelischen Institutionen und Bürgern und Institutionen der DDR ohne Einschaltung einzelner Ministerien nicht realisiert werden konnten und deren Genehmigung bedurften. Dabei zeigten sich diese häufig restriktiv und einem Ausbau der wissenschaftlichen wie auch kulturellen Beziehungen zu Israel ablehnend gegenüber, auch auf die Gefahr hin, die Glaubwürdigkeit auch bei den ostdeutschen Bittstellern zu riskieren. Diese Politik stand im Einklang der DDR Israelpolitik,

die auch im Bereich der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen Rücksicht auf ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten nahm, denen Priorität gegenüber den Beziehungen der DDR zu Israel eingeräumt wurde. Auch wenn gelegentlich im Bereich der kulturellen Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel eine gewisse Rücksichtnahme auf arabische Befindlichkeiten festzustellen ist, dann doch nie derart, dass ihnen eine Priorität gegenüber solchen zu Israel eingeräumt worden wäre.

Auf Seiten der Bundesrepublik stellt v.a. die ab 1957 zunächst durch persönliches Engagement herausragender Wissenschaftler und Persönlichkeiten initiierte und später durch Adenauer und einzelne Bundesministerien auch politisch und finanziell unterstützte Zusammenarbeit zwischen einzelnen Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und dem Weizmann Institute of Science eine Erfolgsgeschichte der deutsch-israelischen Beziehungen dar. Diese diente in erster Linie weniger als Instrument unmittelbarer außenpolitischer Interessendurchsetzung, sondern entwickelte sich zu einer wechselseitig befruchtenden Partnerschaft zweier herausragender Forschungseinrichtungen zum Zwecke wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns, die letztlich zwar auch den Interessen beider Staaten diente, aber nicht auf diese reduziert werden sollten.

Signifikante Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten lassen sich im Bereich des Studentenaustausches feststellen. Während sich im Falle der Bundesrepublik ab Ende der fünfziger Jahre hierfür ein wechselseitiges, zunehmendes Interesse verzeichnen lässt, beruhte der Wille einiger israelischer Studenten, die durch die MAKI delegiert wurden, zum Studium in der DDR, teilweise an der Parteihochschule der SED, im wesentlichen auf Einseitigkeit. Während um 1960 bereits etwa 160 israelische Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin studierten,²³⁰¹ konnte man diese in der DDR sprichwörtlich „an einer Hand abzählen“. Zudem waren israelische Studenten in der DDR gegenüber Schikanen des SED-Regimes nicht sicher, insbesondere dann nicht, wenn sie berechtigterweise ein Problem in der Forderung erkannten, ihre israelische Herkunft und jüdische Nationalität zu verleugnen, die wegen der parallelen Anwesenheit von Studenten aus arabischen Staaten in der DDR seitens der SED als nicht tolerierbar schien. Letzten Endes zeigte die SED hier bereits ihr wahres Gesicht, sollte die Zulassung israelischer Studenten in der DDR doch lediglich der Verbesserung der Beziehungen zur MAKI dienen, um deren Unterstützung im Sinne der eigenen politischen Zielsetzungen, in erster Linie einer gegen die Bundesrepublik gerichteten Propagandaarbeit in Israel, zu erhalten. Demgegenüber stellte der beginnende bundesdeutsch-israelische Studentenaus-

²³⁰¹ Vgl.: Beigefügte Liste zur Aufzeichnung der Israelmission vom 31.5.1960, in: ISA/3310/29-зп.

tausch vielmehr eine schwer messbare Investition in die Zukunft der bilateralen Beziehungen dar, weniger ein außenpolitisches Instrument zur unmittelbaren Interessendurchsetzung.

4.4. Deutsches Spezifikum und Gemeinsamkeiten in der Israelpolitik beider deutscher Staaten?

Im Unterschied zu allen Vier Mächten, die während des gesamten Untersuchungszeitraumes, von einer kurzen Unterbrechung im Falle der Sowjetunion abgesehen, diplomatische Beziehungen zu Israel unterhielten, im Falle gerade der USA und der Sowjetunion parallel hierzu auch zu den arabischen Staaten, trifft dieser Umstand für keinen der beiden deutschen Staaten zu. Die Bundesrepublik nahm 1965 volle diplomatische Beziehungen zu Israel auf, die DDR nie. Für den Untersuchungszeitraum jedoch spiegelt der fehlende, der nicht vollzogene Botschafteraustausch zwischen einem der beiden deutschen Staaten und Israel allerdings die Realität wider, auch wenn die Ursachen hierfür qualitativ unterschiedlicher Natur sind.

Deutsch-deutsche Israelpolitik blieb trotz vieler v.a. qualitativer Unterschiede immer auch aufeinander bezogen. Trotz zahlreicher Unterschiede im Detail, manifestierten sich am Länderbeispiel Israel, als eines keinem Block bündnispolitisch und vertragsgemäß angehörigen Staates, einige wesentliche Gemeinsamkeiten in der Israelpolitik der Bundesrepublik Deutschland und der der DDR. Diese lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. der gemeinsamen deutschen Vergangenheit und ihrer Relevanz für die Israelpolitik beider deutscher Staaten;
2. eines deutsch-deutschen Bezugs in der Israelpolitik der BRD und DDR;
3. Grenzen für die Israelpolitik beider deutscher Staaten, die sich aus einer spezifisch deutschen Konstellation im Staatensystem ableiteten und
4. dem Phänomen, dass beide deutsche Staaten Israelpolitik ab Mitte der fünfziger Jahre als primär eigene Interessenspolitik verfolgten.

Gemeinsame Vergangenheit

Der Holocaust, die in deutschem Namen, im Rahmen der nationalsozialistischen Judenverfolgung und industriellen Ermordung mehrerer Millionen Juden begangenen Verbrechen, wirkten über das Geschehene hinweg psychologisch in die Israelpolitik beider deutscher Staaten hinein. Keiner der beiden deutschen Staaten konnte - ob beabsichtigt oder nicht - diese Tatsache letztlich aus dem historischen Gedächtnis der Juden der Welt, des Staates Israel, der deutschen Nation und dem Teil der zivilisierten Welt streichen. Beiden deutschen Staaten wurde von Seiten Israels, aber auch der Welt, vor dem Hintergrund des unmittelbaren historischen Erfahrungshorizontes misstraut. Beide deutsche Staaten mussten beweisen, dass sie sich von

der durch den Nationalsozialismus gegenüber Juden betriebenen „Endlösung“ klar und deutlich distanzierten, in diesem Bewusstsein andererseits Verantwortung für die Toten übernahmen, um den Überlebenden soweit wie dies überhaupt möglich war, bei ihrem Weg zurück ins Leben zu unterstützen und für deren Probleme Verständnis zu haben. Vertrauen musste erarbeitet werden.

Dass der Holocaust, dass die Vergangenheit ihre Schatten auf zukünftige Entwicklungen warf, wurde am Beispiel der Verhandlungen um das Luxemburger Abkommen deutlich, die eben gerade nicht auf deutschem, sondern auf neutralem Boden, in den Niederlanden geführt, und das Abkommen selbst in Luxemburg unterzeichnet wurde. Dieser aus der Vergangenheit wirkende Einfluss wurde weiterhin z.B. im Kontext des Eichmann-Prozesses oder aber der Tätigkeit ost- wie westdeutscher Wissenschaftler und Techniker für die ägyptische Rüstungsindustrie sichtbar. Während sich beide deutsche Staaten diesem Einfluss, der Frage der Vergangenheit auf ihre Israelpolitik ausgesetzt sahen, blieb die Art und Weise, wie diese durch beide beantwortet wurde, qualitativ höchst unterschiedlich.

Deutsch-deutscher Bezug der Israelpolitik beider deutscher Staaten

Der aus der Teilung der deutschen Nation entsprungene deutsch-deutsche Bezug, die durch die Teilung geschaffene und über diese hinausreichende Beziehung beider deutscher Staaten zueinander, spiegelte sich in der Israelpolitik der BRD bzw. DDR wider. Besonders deutlich wurde dies am Beispiel der politischen Beziehungen zwischen einem der beiden Staaten und Israel oder aber am Beispiel der v.a. durch die DDR stark betriebenen Propaganda. So betrachtete die Bundesrepublik die Frage einer möglichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel hinsichtlich ihres Zeitpunktes immer unter dem Blickwinkel einer im Gegenzug zur Anwendung der Hallstein-Doktrin angedrohten und möglicherweise ausgeführten vollen diplomatischen Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten. Auch im umgekehrten Fall reagierte die DDR auf ein deutsch-deutsches Konkurrenzverhältnis, indem es ihre Israelpolitik immer mit Blick auf ihre Rückwirkungen in den arabischen Staaten betrieb, von denen sie sich ihre volle diplomatische Anerkennung erhoffte. Auch und gerade im Bereich der Propaganda der DDR z.B. im Kontext der Diffamierung des Luxemburger Abkommens sowie des Eichmannprozesses durfte der Bezug zur Bundesrepublik nie fehlen, sondern erschien der DDR im Falle dieser zwei Beispiele sogar noch wichtiger, als der Gegenstand und die Ursache des Luxemburger Abkommens oder des Eichmannprozesses selbst. Die DDR wollte die bundesdeutsche Israelpolitik nicht ignorieren, wie umgekehrt auch die bundesdeutsche Israelpolitik die für ihre Beziehungen zu Israel relevante Politik der DDR nie ignorierte. Keiner von beiden deutschen Staaten handelte in seiner Israelpolitik allein in psychologischer

Hinsicht völlig unabhängig und losgelöst vom anderen, was angesichts der erzwungenen Teilung der deutschen Nation auch erstaunlich gewesen wäre.

Grenzen für die Israelpolitik beider deutscher Staaten

Beide deutsche Staaten mussten hinsichtlich ihrer Israelpolitik grundlegende Rahmenbedingungen anerkennen, die sich aus der deutschen Teilung und der Formation des Staatensystems dieser Zeit ergaben. Sie konnten ihre Israelpolitik nur unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen, aber im Rahmen dieser ab Mitte der fünfziger Jahre weitestgehend souverän gestalten. Zu diesen Rahmenbedingungen gehörten:

- der Kalte Krieg und die Bipolarität des Staatensystems
- der arabisch-israelische Konflikt, wobei ab 1955 insbesondere Nasser seine führende Stellung (neben Nehru und Tito) im Rahmen der sogenannten Bewegung blockfreier Staaten hinsichtlich seiner politischen Strategie, die Interessen beider deutscher Staaten systematisch gegeneinander auszuspielen, sicherlich sehr zunutze kam, und
- insbesondere ab Mitte der fünfziger Jahre die faktische Anerkennung (nicht Zustimmung zu) der deutschen Teilung, der Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes (und Berlin) betreffende Fragen, der Integration beider deutscher Staaten in antagonistische Blöcke und die hiermit in Zusammenhang stehenden Auswirkungen auf das politische System in beiden deutschen Staaten, auf deren Ressourcen und auf das einsetzbare außenpolitische Instrumentarium.

Deutsche Israelpolitik als Interessenpolitik

In beiden deutschen Staaten wurde ab Mitte der fünfziger Jahre die Israelpolitik unter höherrangige außenpolitische Interessen beider Staaten subsumiert – entweder die Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik mittels Anwendung und Durchsetzung der Hallstein-Doktrin oder aber dem Ziel der internationalen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR als zweitem deutschem Staat. Die Israelpolitik beider deutscher Staaten wurde von deren außenpolitischem Eigeninteresse bestimmt und nicht den Interessen Israels untergeordnet, auch nicht trotz der durch den Holocaust bedingten psychologischen Rückwirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen.

Zusammenfassung

In der vorliegenden Dissertation wurden die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel unterhalb der Ebene förmlich etablierter diplomatischer Beziehungen während der Jahre 1949 bis 1963 quellengestützt analysiert und auf dieser Analyse aufbauend nach konkreten Kriterien verglichen. Dabei wurden die Rahmenbedingungen für die Israelpolitik beider deutscher Staaten, die sich aus Kaltem Krieg und machtpolitischer Bipolarität des Staatensystems sowie deutscher Teilung ergaben ebenso berücksichtigt, wie die spezifische Stellung Israels im Rahmen des Staatensystems des Nahen Ostens sowie die v.a. in psychologischer und menschlicher Hinsicht besondere Ausgangssituation für die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel als Folge des Holocausts. Im Rahmen der Dissertation konnten dabei die Israel betreffenden Entscheidungsprozesse, Entscheidungsträger und verantwortlichen Institutionen herausgearbeitet, das durch beide deutsche Staaten gegenüber Israel angewandte außenpolitische Instrumentarium verglichen, Handlungsspielräume und Grenzen deutsch-deutscher Israelpolitik sowie der Grad ihrer Souveränität aufgezeigt und schließlich eine deutsche Spezifität in der Israelpolitik sowohl der Bundesrepublik, als auch der DDR nachgezeichnet werden. Aufgrund der Fragestellung, die bisher ein Desiderat geschichtswissenschaftlicher Forschung darstellte, wurde diese um neue Erkenntnisse und Sichtweisen erweitert.

Mit dem Entschluss, sich bei der Auswahl der Quellen primär auf die Überlieferung beider deutscher Staaten und Israels (und damit die Parallelüberlieferung) zu stützen, konnten einige Überlieferungslücken geschlossen werden. Zudem wurde hiermit dem Gedanken Rechnung getragen, die Forschungsarbeit weniger anfällig für die Gefahr politischer Manipulation zu machen, die sich bei einer Arbeit, die sich primär auf Aussagen und die Wahrnehmung Dritter (konkret der Vier Mächte) stützen würde, zwangsläufig eher einstellt. Gerade diesem Entschluss ist es in Kombination mit dem methodischen Ansatz eines auf ausgiebiger quellengestützter Analyse der politischen, wirtschaftlichen, militärischen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel während der Jahre 1949 bis 1963 basierenden Vergleichs zu verdanken, dass durch die vorliegende Dissertation einige in der Forschung bisher unbekannte Fakten, Probleme und Entwicklungen herausgearbeitet, Ähnlichkeiten und Unterschiede der Israelpolitik beider deutscher Staaten deutlich gemacht und Alternativen historischer Entwicklungen aufgezeigt werden konnten, ohne dabei die Individualität der drei Staaten zu negieren.

Um die Ergebnisse der Arbeit zusammenzufassen, erscheint eine abschließende Betrachtung der Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel zunächst in Abhängigkeit von der Zeit sinnvoll.

Prinzipiell erscheint es sinnvoll, die deutsch-israelischen Beziehungen während des Untersuchungszeitraumes in drei Phasen zu unterscheiden, in denen sie einen qualitativ signifikanten Wandel durchliefen. Eine erste Phase der Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel stellt dabei der Zeitraum zwischen Gründung beider deutscher Staaten bis zur Ratifizierung des Luxemburger Abkommens im März 1953 dar. Obgleich beide Staaten in diesem Zeitraum in ihrer Außen- so auch Israelpolitik infolge von Besatzungsstatut, Tätigkeit von AHK bzw. SKK nur sehr eingeschränkt souverän handlungsfähig waren, unterhielten beide Staaten während dieser Phase in ihrem Ausmaß etwa vergleichbare wirtschaftliche Kontakte zu Israel, die von keiner der Vier Mächte behindert wurden. Während sich allerdings die Bundesrepublik mit dem Luxemburger Abkommen zu Wiedergutmachungsleistungen an Israel mit Zustimmung der drei Westmächte und erst nach deren Kontaktierung durch Israel bereit erklärte, zeigte sich die DDR zu solchen Leistungen nicht bereit. Die DDR konnte dabei das Einverständnis der Sowjetunion, welche die Frage einer Wiedergutmachung an Israel nur in Zusammenhang mit einem abschließenden Friedensvertrag mit Deutschland geregelt wissen wollte, sicher sein, obgleich es gerade bis zu den parteiinternen Säuberungen in dieser Frühphase noch einige herausragende ostdeutsche Kommunisten gegeben hatte, welche sich nachdrücklich für eine ostdeutsche Wiedergutmachung gegenüber Juden ausgesprochen hatten. Leider war dieser Personenkreis aber nie mehrheitsfähig, sondern stellte eher die Ausnahme dar.

Eine zweite Phase lässt sich nach Ratifizierung des Luxemburger Abkommens bis zur Suezkrise feststellen, die als Phase des Überganges hin zu einer qualitativen Neuorientierung in der Israelpolitik beider deutscher Staaten infolge der Suezkrise gekennzeichnet ist. Diese Übergangsphase in der Israelpolitik beider deutscher Staaten wurde nicht unwesentlich durch eine ganze Reihe deutschlandpolitischer Veränderungen für beide deutsche Staaten bedingt. Beide deutsche Staaten wurden in antagonistische Blöcke und entsprechende Organisationen integriert, die deutsche Teilung faktisch, d.h. vertraglich zementiert, obgleich nicht wenige Zeitgenossen während dieser Phase eine baldige Wiedervereinigung für wahrscheinlich hielten, die Hallstein-Doktrin, obgleich erst später unter diesem Namen, zur Durchsetzung des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs ersonnen und der Zwei-Staaten-Theorie gegenübergestellt. Zudem erhielt die Bundesrepublik erst während dieser Phase ein eigenes Verteidigungsministerium. Während dieser Phase stand die Frage ostdeutscher Wiedergutma-

chungsleistungen an Israel ebenso zum wiederholten Male auf der Agenda, wie andererseits, auf Seiten der Bundesrepublik, nicht ganz ohne formalen Anlass, die Frage nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. Obgleich beide Angelegenheiten letztlich keiner positiven Lösung zugeführt wurden, bewies die Bundesrepublik aus Anlass der Suezkrise Vertragstreue und Verlässlichkeit mit der ungeschmälerten und pünktlichen weiteren Umsetzung des Luxemburger Abkommens, während die DDR im Zuge der Suezkrise Israel in bisher nicht gekannter Schärfe mit propagandistischen Mitteln attackierte.

In der abschließenden dritten Phase während des Untersuchungszeitraumes entwickelte sich die Israelpolitik beider deutscher Staaten hinsichtlich ihres Ausmaßes, ihrer Intensität, aber auch ihrer Qualität immer mehr in entgegengesetzte Richtung. Obgleich die Bundesrepublik mit Israel vor dem Hintergrund arabischer Drohungen einer Anerkennung der DDR während des Untersuchungszeitraumes keine diplomatischen Beziehungen etablierte, intensivierte sie ihre faktischen Beziehungen mit Israel ab 1957 in bisher ungeahntem Ausmaß, v.a. auf militärischem Gebiet. Dennoch benötigte auch die Bundesrepublik 1965 einen terminus technicus und die Intervention Barzels infolge dessen durch General Klein vermittelten Gesprächs mit dem israelischen Botschafter in den USA, bevor sich Bundeskanzler Erhard entgegen der Auffassung Schröders und Carstens schließlich zur „einsamen Entscheidung“ durchringen konnte und dem deutsch-israelischen Botschafteraustausch zustimmte. Im Unterschied hierzu wurde DDR Israelpolitik in der Folge ihrer letztmalig postulierten Weigerung im unmittelbaren Vorfeld der Suezkrise, Wiedergutmachungsleistungen an Israel zu zahlen und ihrer antiisraelischen Haltung im Zuge der Suezkrise nur noch als Funktion eigener Anerkennungspolitik und Mittel angesehen, das Ziel der Anerkennung durch die arabischen Staaten möglichst schnell unter Anwendung und Unterstützung antiisraelischer Propaganda und Politik zu erlangen. Einzig zur MAKI unterhielt die SED während des gesamten Untersuchungszeitraumes Kontakte, wobei die israelischen Kommunisten eher als Instrument eigener Interessendurchsetzung benutzt, denn als gleichberechtigte Partner anerkannt wurden.

Ebenfalls in Abhängigkeit von zunehmender zeitlicher Entwicklung während des Untersuchungszeitraumes lässt sich ein signifikanter Rückgang des direkten aber auch indirekten Einflusses der Vier Mächte auf die Israelpolitik beider deutscher Staaten, insbesondere ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verzeichnen. Stattdessen gewann die Politik und die Drohungen der arabischen Staaten mit zunehmender Zeit immer mehr Einfluss auf die Israelpolitik beider deutscher Staaten. Diese lässt sich zum einen mit der wachsenden Bedeutung dieser im Rahmen der sogenannten Dritten Welt und der Blockfreien Bewegung im Kontext des Kalten Krieges erklären, auch und gerade vor dem Hintergrund der deutschlandpolitischen

Zielsetzungen beider deutscher Staaten, ist teilweise aber auch auf einen Generationswechsel deutscher Beamter und Politiker zurückzuführen. Diese ließen sich gerade zu Beginn fünfziger Jahre weit weniger von arabischen Drohungen beeindrucken, vielleicht gerade weil diese Generation die Konsequenzen solchen Verhaltens noch bewusster erinnerte, als diejenigen Personen, die Anfang der sechziger Jahre die Außenpolitik Deutschlands bestimmten.

Im Rahmen der Dissertation konnte nachgewiesen werden, dass der Einfluss der Vier Mächte, insbesondere der USA und der Sowjetunion auf die Israelpolitik beider deutscher Staaten gerade ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in der bisherigen Forschung überbewertet wurde. Natürlich behielten diese sich mit ihrem unverminderten Einfluss auf die Wiedervereinigungspolitik (einschließlich Berlin betreffender Fragen) und die bündnispolitische Ausrichtung beider deutscher Staaten einen unstrittig wichtigen Einfluss auf die Außenpolitik beider deutscher Staaten vor. Dennoch konnte an mehreren Beispielen wie z.B. der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel und dem Junktim zur bundesdeutschen Deutschlandpolitik, den militärischen Beziehungen zwischen beiden Staaten oder aber den wirtschaftlichen Kontakten zwischen DDR und Israel nachgewiesen werden, dass sich beide deutsche Staaten in ihrer Israelpolitik im wesentlichen von eigenen Interessen leiten ließen, für deren Realisierung auch nur sie verantwortlich gewesen sind. Demgegenüber erscheint der frühe Einfluss gerade der drei Westmächte auf die Bundesrepublik im Zusammenhang der Verhandlungen und den Abschluss des Luxemburger Abkommens im Nachhinein sicherlich wie ein Segen für die bilateralen Beziehungen. Auch die Israelpolitik der Sowjetunion lässt bei sicherlich existenten Differenzen beider Staaten während des Untersuchungszeitraumes noch keineswegs die antiisraelische Schärfe und moralische Überheblichkeit erkennen, wie diejenige der DDR.

Schlussendlich konnte im Rahmen der Dissertation nachgewiesen werden, dass die Israelpolitik beider deutscher Staaten immer auch einen deutsch-deutschen Bezug aufwies, dass darüber hinaus aber wichtige qualitative Unterschiede existierten. Diese manifestierten sich nicht nur in der Frage der Übernahme historischer Verantwortung, wie dies z.B. im Zusammenhang des Luxemburger Abkommens und der Frage deutscher Wiedergutmachung prinzipiell sichtbar wurde, sondern auch in Abhängigkeit von den unterschiedlich verfügbaren Ressourcen beider deutscher Staaten auf dem Gebiet der politischen, wirtschaftlichen, militärischen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Zudem implizierte das Luxemburger Abkommen völkerrechtlich die *de facto* Anerkennung des Staates Israel durch die Bundesrepublik. Trotz zahlreicher Unterschiede in den Entscheidungsprozessen in der Israelpolitik beider deutscher Staaten, die einerseits durch eine frei gewählte Regierung, andererseits durch

die Herrschaft einer Partei wesentlich bestimmt wurde, erwies sich der Einfluss beider deutscher Parlamente auf die Israelpolitik der DDR bzw. Bundesrepublik mit Ausnahme des Luxemburger Abkommens trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme als nicht entscheidend, obgleich die Israelpolitik der Bundesrepublik immerhin mehrfach im Rahmen des Bundestages intensiv debattiert wurde.

Abkürzungsverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
AASM	Assoziierte afrikanische Staaten und Madagaskar
ABC-Waffen	Atomare, Biologische und Chemische Waffen
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AdG	Archiv der Gegenwart
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdR	Akten der Reichskanzlei
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AEC	Atomic Energy Commission
AG	Aktiengesellschaft
AHK	Alliierte Hohe Kommission
AMPAL	American Israel Corporation
APN	Außenpolitischer Nachrichtendienst
APuZG	Aus Politik und Zeitgeschichte
B	Bestand
BA	Bundesarchiv
BA-MArch	Bundesarchiv-Militärarchiv
BASF	Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdL	Bank deutscher Länder
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BFM	Bundesfinanzministerium
BGA	Ben Gurion Archives
BJM	Bundesjustizministerium
BKA	Bundeskanzleramt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Bundespresseamt
BstU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BUND	Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Russland und Polen
BWM	Bundeswirtschaftsministerium
CC	Claims Conference
CDU	Christlich Demokratische Union
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire
CIA	Central Intelligence Agency
CSU	Christlich Soziale Union
CZA	Central Zionist Archives
DA	Deutschland Archiv
DAPDDR	Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
DBP	Deutsche Bauernpartei
DDR	Deutsche Demokratische Republik

DDRS	Declassified Documents Reference System
DEMAG	Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHfK	Deutsche Hochschule für Körperkultur und Sport
DIA	Deutscher Innen- und Außenhandel
DISR	Documents on Israeli-Soviet Relations
DP	Demokratische Partei
Dpa	Deutsche Presseagentur
DP's	Displaced Persons
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EA	Europa-Archiv
EEC	European Economic Community
EFTA	European Free Trade Area
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERP	European Recovery Program
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZU	Europäische Zahlungsunion
FDP	Freie Demokratische Partei
FIR	Fédération Internationale des Résistants
FLN	Front de Libération Nationale
FPI	Documents on the Foreign Policy of Israel
FRUS	Foreign Relations of the United States
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GG	Grundgesetz
GHH	Gutehoffnungshütte
HMRG	Historische Mitteilungen der Ranke Gesellschaft
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
HZ	Historische Zeitschrift
IDF	Israel Defence Forces
IISS	International Institute for Strategic Studies
IMEMO	Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen
INTRA	Internationale Raketen Handelsgesellschaft mbH.
IOME	Irgun Olej Merkaz Europa
ISA	Israel State Archives
ITU	Internationaler Fernmeldeverein
IWF	Internationaler Währungsfonds
J.A.	Jewish Agency
JAK	Jüdisches Antifaschistisches Komitee
JbAF	Jahrbuch für Antisemitismusforschung
JCSS	Jaffee Center for Strategic Studies
JEIA	Joint Export-Import Agency
JRSO	Jewish Restitution Successor Organization
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der ČS(S)R
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LBI	Leo Baeck Institute
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
M.I.T.	Massachusetts Institute of Technology
MAKI	Miflaga Komunistit Yisraelit
MAPAI	Mifleget Poalei Eretz Yisrael
MAPAM	Mifleget Ha'poalim Ha'me'uchedet
MB	Ministerbüro
MEDO	Middle East Defence Organization
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGIMO	Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen
MPG	Max Planck Gesellschaft
MPI	Max Planck Institut
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NEA	Near East and African Affairs
NEACC	Near East Arms Co-ordinating Committee
NL	Nachlass
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NPL	Neue Politische Literatur
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSAM	National Security Action Memorandum
NSC	National Security Council
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
OCB	Operations Coordinating Board
OdF	Opfer des Faschismus
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
OMGUS	Office of Military Government, US Army
PA/AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PHS	Parteihochschule
PLO	Palestine Liberation Organization
PSB	Psychological Planning Board
R.S.H.A.	Reichssicherheitshauptamt
RAKACH	Reshimah Komunistit Chadashah
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SCUA	Suez Canal User's Association
SD	Sicherheitsdienst
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SMATh	Sowjetische Militäradministration Thüringen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StS	Staatssekretär

TAJB	Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte
TBG	Tagebuch Ben Gurion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNEF	United Nations Emergency Forces
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
UNO	United Nations Organisation
UNSCOP	United Nations Special Committee on Palestine
USA	United States of America
USAEC	United States Atom Energy Commission
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VdN	Verfolgte des Naziregimes
VEB	Volkseigener Betrieb
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VN	Vereinte Nationen
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WEU	Westeuropäische Union
WMO	Weltorganisation für Meteorologie
WMW	Werkzeugmaschinen und Werkzeuge
WRB	War Refugee Board
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS²³⁰²

1. UNVERÖFFENTLICHTE QUELLEN

Archiv der Carl Zeiss Jena GmbH, Jena

- BACZ

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)

- Nachlass Altmaier
- Nachlass Ollenhauer
- Nachlass Ritzel

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP)

- I-028: Nachlass Heinrich Krone
- I-084: Nachlass Otto Küster
- I-200: Nachlass Franz Böhm
- I-433: Nachlass Kurt Birrenbach
- I-475: Nachlass Friedrich Karl Vialon

Archiv für Christlich-Soziale Politik, München (ACSP)

- Nachlass Franz Josef Strauß
- Nachlass Richard Jaeger
- Nachlass Josef Müller
- Nachlass Franz Elsen
- Akten der 1. bis 4. Wahlperiode der CSU Landesgruppe

Archiv zur Geschichte der Max Planck Gesellschaft, Berlin-Dahlem (MPG-Archiv)

- II. Abt., Rep. 1 A: Generalverwaltung
- II. Abt., Rep. 1 G: Minerva Stiftung Gesellschaft für die Forschung mbH
- III. Abt., Rep. 14 A: Nachlass Otto Hahn
- III. Abt., Rep. 68 A: Nachlass Wolfgang Gentner

Ben Gurion Archiv, Kiriat Sdeh Boker (BGA)

- Bestand Correspondence Files
- Bestand Ben Gurion Diary (TBG)
- Bestand Subject Files
- Bestand Oral History Collection

Bundesarchiv – Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), Berlin

- Bestand DL 2: Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel
- Bestand DY 30: Büro Walter Ulbricht
- Bestand DY 30/ IV 2/6.10: ZK-Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel
- Bestand DY 30/ IV 2/14: Arbeitsgruppe Kirchenfragen
- Bestand DY 30/ IV 2/20: ZK-Abteilung Internationale Verbindungen, 1947-1964
- Bestand DY 30/ IV 2/ 2.028: Büro Albert Norden
- Bestand DY 30/ IV 2/2.2115: Außenpolitische Kommission beim Politbüro

²³⁰² Im folgenden sind ausschließlich die Quellen und Literatur aufgelistet, die in den Fußnoten der Darstellung zitiert wurden.

- Bestand DY 30/ IV A 2/20: ZK-Abteilung Internationale Verbindungen, 1962-1971
- Bestand DY 30/ J IV 2/2: Sitzungen des Politbüros der SED
- Bestand DY 30/ J IV 2/3: Sitzungen des Sekretariats der SED
- Bestand DY 30/ J IV 2/ 2 J: ZK der SED Politbüro, Informationen 1953-1978
- Bestand NY 4090: Nachlass Otto Grotewohl
- Bestand NY 4182: Nachlass Walter Ulbricht
- Bestand NY 4217: Nachlass Albert Norden

Bundesarchiv, Koblenz (BA)

- B 102: Bundeswirtschaftsministerium
- B 122: Bundespräsidialamt
- B 126: Bundesfinanzministerium
- B 136: Bundeskanzleramt
- B 138: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
- B 257: Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen
- NL 221: Nachlass Theodor Heuss
- NL 239: Nachlass Heinrich von Brentano
- NL 266 Nachlass Walter Hallstein
- NL 337: Nachlass Karl Carstens
- NL 351: Nachlass Herbert Blankenhorn
- NL 388: Nachlass Erik Blumenfeld

Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg im Breisgau (BA-MArch)

- Bestand BL 1: Führungsstab der Luftwaffe
- Bestand BW 1: Bundesverteidigungsministerium

Central Zionist Archives, Jerusalem (CZA)

- Bestand A 140: Shalom Adler-Rudel Papers
- Bestand C 2: World Jewish Congress - Office in London
- Bestand C 10: World Jewish Congress - Office in Paris
- Bestand J 118: Council of Jews from Germany, Tel Aviv Secretariat
- Bestand S 35: The Department for Recovery of Property of German Jews
- Bestand Z 6: Bureau of Nahum Goldmann and Nahum Goldmann Papers

DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

- Bestand 5/DGAI: DGB-Bundesvorstand: Abteilung Vorsitzender
- Bestand 5/ DGCY: DGB-Bundesvorstand: Sekretariat

Historisches Archiv der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), Berlin

- Bestand GS 1862
- Bestand GS 1863

Israel State Archives, Jerusalem (ISA)

- Bestand Prime Minister's Office (א) (א)
- Bestand Foreign Ministry (אמ) (אמ)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA/AA)

- Bestand B 1: Ministerbüro
- Bestand B 2: Büro Staatssekretär
- Bestand B 10: Politische Abteilung
- Bestand B 11: Länderabteilung

- Bestand B 12: Ostabteilung
- Bestand B 36: Referat Naher Osten
- Bestand B 57: Referat 501
- Bestand B 62: Referat 412 (Handelspolitische Abteilung - Mittelmeerländer)
- Bestand B 66: Referat 416 (Handelspolitische Abteilung - Naher und Mittlerer Osten)
- Bestand B 81: Referat 506/507
- Bestand B 94: Kulturabteilung
- Bestand B 150: im Zuge der Publikation der AAPD herabgestufte Akten

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin

- Bestand des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA)

Staatsarchiv Bremen (StAB), Bremen

- StAB 3: Senatsregistratur

2. VERÖFFENTLICHTE QUELLEN

2.1. NACHSCHLAGEWERKE

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Band I: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben, hg. unter der wiss. Leitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss, München 1980.

Carlyle, Margaret (Hg.): Documents on International Affairs 1947-1948, London u.a. 1952.

Department of State (Hg.): United States Treaties and Other International Agreements, Bd.6, Teil 2 (1955), New York 1969.

Encyclopaedia Judaica – CD-ROM Edition (Stand 1996).

Fröhlich, Werner D.: dtv Wörterbuch zur Psychologie, 20. Aufl. München 1994.

Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1967.

Markert, Werner/ Geyer, Dietrich (Hg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Verträge und Abkommen, Köln u.a. 1967.

Munzinger CD-ROM Archiv 2002.

Siegler, Heinrich (Hg.): Archiv der Gegenwart 33 (1963), Bonn u.a. 1963.

Siegler, Heinrich (Hg.): Keesings Archiv der Gegenwart 20 (1950), Frauenfeld 1950.

2.2. EDITIONEN UND DOKUMENTATIONEN, AMTLICHE PERIODIKA UND PUBLIKATIONEN

Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961-1965, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.32).

Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1990 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.16).

Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938, hg. für die Historische Kommission der Bayrischen Akademie der Wissenschaften von Konrad Repgen, für das Bundesarchiv von Hans Booms, Teil I, Bd.1, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983.

Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1945, hg. für die Historische Kommission der Bayrischen Akademie der Wissenschaften von Hans Günter Hockerts, für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahlenberg, Bd.2, Teilband 2, bearb. von Friedrich Hartmannsgruber, München 1999.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Adenauer und die Hohen Kommissare 1949-1951. Hg. i.A. des Auswärtigen Amts von Hans Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin. Bearbeitet von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München 1989.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Hg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Hauptherausgeber Hans-Peter Schwarz.

1949-1950. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius. Bearb. von Daniel Kosthorst und Michael F. Feldkamp, München 1997.

1951. Wiss. Leiter Rainer A. Blasius. Bearb. von Matthias Jaroch, München 1999.

1952. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius. Bearb. von Martin Koopmann und Joachim Wintzer, München 2000.

1953. Wiss. Leiter: Ilse D. Pautsch. Bearb. von Matthias Jaroch und Mechthild Lindemann, München 2001.

1963. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius. Bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse D. Pautsch, München 1994.

1964. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius. Bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995.

1965. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius. Bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse D. Pautsch, München 1996.

1966. Wiss. Leiter Rainer A. Blasius. Bearb. von Matthias Peter und Harald Rosenbach, München 1997.

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Bd.V: Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten, Baden-Baden 1953.

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Bd.X: Die Kriegsjahre: 3.Band, Frankfurt a.M. 1963.

Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Der Eichmann-Prozess und die Eichmänner in Westdeutschland, Berlin 1961.

Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Eichmann – Henker, Handlanger, Hintermänner, Berlin 1961.

Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Korrekt und ohne Tadel. Porträt eines Massenmörders, Berlin 1961.

Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): Neue Beweise für Globkes Verbrechen gegen die Juden, Berlin 1960.

Auswärtiges Amt (Hg.): Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972.

Bator, Wolfgang und Angelika (Hg.): Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956-1982, Berlin (Ost) 1984.

Bundesminister der Justiz (Hg.): Bundesanzeiger Nr.12 vom 20.10.1949, Köln.

Bundesminister der Justiz (Hg.): Bundesanzeiger Nr.241 vom 14.12.1950, Köln.

Bundesminister der Justiz (Hg.): Bundesanzeiger Nr.115 vom 19.6.1953, Köln.

Bundesminister der Justiz (Hg.): Bundesanzeiger Nr.195 vom 12.10.1962, Köln.

Bundesminister der Justiz (Hg.): Bundesgesetzblatt 1953, II, Bonn u.a.

Dam, Hendrik van (Hg.): Die Haager Vertragswerke. Deutsch-englische Textausgabe mit der amtlichen Warenliste. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Staat Israel und den jüdischen Organisationen, Düsseldorf-Benrath 1952.

Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages, hg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

Sitzungsprotokolle 1949-1953. Bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1998 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4; Bd.13/I).

Sitzungsprotokolle 1953-1957. Bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 2002 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4; Bd.13/II).

Sitzungsprotokolle 1957-1961. Bearb. von Joachim Wintzer und Josef Boyer in Verb. mit Wolfgang Dierker, Düsseldorf 2003 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4; Bd.13/III).

Deutscher Bundestag (Hg.): Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksachen, IV. Wahlperiode, Bd.85, Bonn 1963.

Deutscher Bundestag (Hg.): Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, I. Wahlperiode, 1949, Bd.1, Bonn 1950.

Deutscher Bundestag (Hg.): Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, I. Wahlperiode, 1951, Bd.6, Bonn 1951.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd.2, 1950, hg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1984.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd.4, 1951, hg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, bearb. von Ursula Hüllbüsch, Boppard am Rhein 1988.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd.5, 1952, hg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, bearb. von Kai v. Jena, Boppard am Rhein 1989.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd.6, 1953, hg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1989.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd.9, 1956, hg. für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahlenberg, bearb. von Ursula Hüllbüsch, München 1998.

Die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearb. von Heinrich Potthoff, erster Halbband, Düsseldorf 1993 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4; Bd.8/III).

Documents on British Policy Overseas. Series II. Bd.: I: The Schuman Plan, The Council of Europe and Western European Integration May 1950-December 1952, hg. v. Roger Bullen u. M.E. Pelly, London 1986; Bd.: II: The London Conferences, Anglo-American Relations and Cold War Strategy, January-June 1950, hg. v. Roger Bullen u. M.E. Pelly, London 1987; Bd.: III: German Rearmament, hg. v. Roger Bullen u. M.E. Pelly, London 1989; Bd.: IV: Korea June 1950-April 1951, hg. v. H.J. Yasamee u. K.A. Hamilton, London 1991.

Documents Diplomatiques Français. Hg.: Ministère des Affaires Étrangères. Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, 1954 (Bd.2) ff., Paris 1987 ff.

Documents on Israeli-Soviet Relations 1941-1953 [DISR], Part II: May 1949-1953. Hg. für Israel State Archives/ Russian Federal Archives unter der Leitung von Eytan Bentsur und Boris L. Kolokolov, London 2000.

Documents on the Foreign Policy of Israel (hebr. Te'udot l'mediniut ha'hutz shel medinat Yisra'el), hg. durch Israel State Archives. [FPI]

- Band 5 (1950). Hg. von Yehoshua Freundlich, Jerusalem 1988.
 Band 5 (1950). Companion Volume. Hg. von Yehoshua Freundlich, Jerusalem 1988.
 Band 6 (1951). Hg. von Yemima Rosenthal, Jerusalem 1991.
 Band 6 (1951). Companion Volume. Hg. von Yemima Rosenthal, Jerusalem 1991.
 Band 7 (1952). Hg. von Yehoshua Freundlich, Jerusalem 1992.
 Band 7 (1952). Companion Volume. Hg. von Yehoshua Freundlich, Jerusalem 1992.
 Band 8 (1953). Hg. von Yemima Rosenthal, Jerusalem 1995.
 Band 8 (1953). Companion Volume. Hg. von Yemima Rosenthal, Jerusalem 1995.
 Band 13 (1958-1959). Bearb. von Baruch Gilead, Jerusalem 2001.
 Band 13 (1958-1959). Companion Volume. Bearb. von Baruch Gilead, Jerusalem 2001.
 Band 14 (1960). Bearb. von Baruch Gilead, Jerusalem 1997.
 Band 14 (1960). Companion Volume. Bearb. von Baruch Gilead, Jerusalem 1997.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik [DAPDDR].

- Band I: Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7.10.1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25.3.1954, Berlin (Ost) 1954.
 Band II: Von der Souveränitätserklärung am 25.3.1954 bis zur Warschauer Konferenz (11. bis 14.5.1955), Berlin (Ost) 1955.
 Band III: Vom 22.5.1955 bis zum 30.6.1956, Berlin (Ost) 1956.
 Band V: Vom 1.7.1956 bis 31.12.1957, Berlin (Ost) 1958.
 Band VI: Vom 1.1. bis zum 31.12.1958, Berlin (Ost) 1959.
 Band VII: Vom 1.1. bis zum 31.12.1959, Berlin (Ost) 1960.
 Band VIII: Vom 1.1. bis zum 31.12.1960, Berlin (Ost) 1961.
 Band IX: Vom 1.1. bis zum 31.12.1961, Berlin (Ost) 1962.
 Band XI: Vom 1.1. bis zum 31.12.1963, Berlin (Ost) 1965.

Domarus, Max: Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. II, Würzburg 1963.

Foreign Relations of the United States, 1952-1954. Bd. IX: The Near and Middle East. Bearb. von Paul Claussen, Joan M. Lee, Carl N. Raether, Washington 1986.

Foreign Relations of the United States, 1955-1957. Bd. XII: Near East Region; Iran; Iraq. Bearb. v. Paul Claussen, Edward C. Keefer, Will Klingaman, Nina J. Noring, Washington 1991. Bd. XIV: Arab-Israeli Dispute 1955. Bearb. von Carl N. Raether, Washington 1989; Bd. XV: Arab-Israeli Dispute, January 1- July 26, 1956. Bearb. von Carl N. Raether, Washington 1989; Bd. XVII: Arab-Israeli Dispute 1957. Bearb. von Nina J. Noring, Washington 1990.

Foreign Relations of the United States, 1958-1960. Bd. VIII: Berlin Crisis, 1958-1959. Bearb. von Charles S. Sampson, Washington 1993; Bd. XIII: Arab-Israeli Dispute; United Arab Republic; North Africa. Bearb. von Suzanne E. Coffman und Charles S. Sampson, Washington 1992.

Foreign Relations of the United States, 1961-1963. Bd. VII: Arms Control and Disarmament. Bearb. von David W. Mabon und David S. Patterson, Washington 1995. Bd. XVII: Near East 1961-1962. Bearb. von Glenn W. LaFantasie, Washington 1994.

Goebbels, Joseph: Die Tagebücher, hg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit der Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands, Teil 2, Diktate 1941-1945, Bd. 2: Oktober-Dezember 1941, München u.a. 1996.

Israel-Informationsdienst (=IID). Hg. von der Informationsabteilung der Israel-Mission, Köln.
 IID 2 (1954).
 IID 3 (1955).
 IID 6 (1958).

Jelinek, Yeshayahu A. (Hg.): Zwischen Moral und Realpolitik. Deutsch-israelische Beziehungen 1945-1965. Eine Dokumentensammlung, Gerlingen 1997 (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel-Aviv; Bd.16).

Kriegsbriefe gefallener deutscher Juden, mit einem Geleitwort von Franz Josef Strauß, Stuttgart 1961.

Kulka, Otto Dov (Hg.): Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus. Bd.1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997 (Schriftenreihe wissenschaftliche Abhandlungen des LBI; Bd.54).

Lang, Jochen von (Hg.): Das Eichmann Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Berlin 1982.

Longerich, Peter/ Pohl, Dieter (Hg.): Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945, 2. Aufl. München/Zürich 1990.

Pätzold, Kurt/ Schwarz, Erika (Hg.): Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee- Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“, 3.Aufl. Berlin 1992.

Presse- und Informationsamt (Hg.): Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 21.8.1956, Nr.155.

Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED. 15. bis 21. Januar 1963, Bd. II, Berlin 1963.

State of Israel (Ed.): Documents relating to the Agreement between the Government of Israel and the Government of the Federal Republic of Germany, Hakirya 1953.

Treue, Wolfgang (Hg.): Deutsche Parteiprogramme seit 1961, 3. Aufl. Göttingen 1961.

Vogel, Rolf (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil 1, Bd.1, München u.a. 1987.

Vogel, Rolf (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil III: Kultur, Bd.8, München u.a. 1990.

2.3. PERSÖNLICHE BERICHTE VON BETEILIGTEN, MEMOIREN, TAGEBÜCHER, BRIEFWECHSEL

Abs, Hermann J.: Außenpolitik und Auslandsschulden – Erinnerungen an das Jahr 1952, Konstanzer Universitätsreden Nr. 179, Konstanz 1990.

Adenauer, Konrad/ Heuss, Theodor: Unserem Vaterlande zugute. Der Briefwechsel 1948-1963, bearb. und hg. von Hans Peter Mensing, München 1992.

Adenauer, Konrad: „Die Demokratie ist für uns Weltanschauung“. Reden und Gespräche (1946-1967). Im Auftrag der Konrad Adenauer Stiftung hg. von Felix Becker, Köln u.a. 1998.

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1953-1955, Stuttgart 1966.

Adenauer, Konrad: Teegespräche 1955-1958, hg. von Rudolf Morsey u. Hans Peter Schwarz, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986.

Adenauer, Konrad: Briefe 1949-1951, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1985.

Adenauer, Konrad: Briefe 1951-1953, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1987.

Adenauer, Konrad: Briefe 1953-1955, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1995.

Adenauer, Konrad: Briefe 1957-1959, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans-Peter Mensing, Paderborn u.a. 2000.

Adenauer-Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1997.

Aharoni, Zvi/ Dietl, Wilhelm: Der Jäger: Operation Eichmann. Was wirklich geschah, Stuttgart 1996.

Arendt, Hannah/ Jaspers, Karl: Briefwechsel 1926-1969, 3. Aufl. München u.a. 1993.

Barzel, Rainer: Deutschland und Israel: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel im Jahre 1965 hatte eine dramatische Vorgeschichte; in den Bonner Akten ist der Vorgang nur kläglich beschrieben, in: Die Politische Meinung: Monatsschrift zu Fragen der Zeit 36/258 (1991), S.13-19.

Ben Gurion, David: Israel. Die Geschichte eines Staates, Frankfurt a.M. 1973.

Ben Natan, Asher/ Hansen, Niels (Hg.): Israel und Deutschland. Dorniger Weg zur Partnerschaft. Die Botschafter berichten über vier Jahrzehnte diplomatischer Beziehungen (1965-2005), Köln u.a. 2005.

Ben-Natan, Asher: Die Chuzpe zu leben. Stationen meines Lebens, Düsseldorf 2003.

Ben-Natan, Asher: Military and Diplomatic Relations between Israel and Germany, in: Sachar, Howard M. (Hg.): The Unlikely Partnership: Germany and Israel, Washington 1997, S.51-61.

Birrenbach, Kurt: Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf u.a. 1984.

Blankenhorn, Herbert: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt a.M. u.a. 1980.

Böhm, Franz: Das deutsch-israelische Abkommen 1952, in: Böhm, Franz: Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1980, S.613-646.

Böhm, Franz: Die deutsch-israelischen Beziehungen, in: Frankfurter Hefte 20 (1965), S.601-625.

Böhm, Franz: Die Luxemburger Wiedergutmachungsverträge und der arabische Einspruch gegen den Israelvertrag 1953, in: Böhm, Franz: Reden und Schriften. Über die Ordnung einer feien Gesellschaft, einer freien Wirtschaft und über die Wiedergutmachung, hg. v. Ernst-Joachim Mestmäcker, Karlsruhe 1960, S.216-240.

Böhm, Franz: Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1980.

Böhm, Franz: Reden und Schriften. Über die Ordnung einer feien Gesellschaft, einer freien Wirtschaft und über die Wiedergutmachung, hg. v. Ernst-Joachim Mestmäcker, Karlsruhe 1960.

Carstens, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen, hg. von Kai von Jena/ Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993 (Schriftenreihe des Bundesarchivs; Bd.44).

Dayan, Moshe: Die Geschichte meines Lebens, Wien u.a. 1976.

DeShalit, Amos: Die naturwissenschaftliche Forschung in kleinen Ländern. Das Beispiel Israels, Köln u.a. 1966.

- Dohrn, Klaus: Globkes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, in: Gotto, Klaus (Hg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S.172-183.
- Ebeling, Joachim: Bericht über die Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952, Bonn 1966.
- Eckardt, Felix von: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf u.a. 1967.
- Eschwege, Helmut: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991.
- Eytan, Walter: The First Ten Years, London 1958.
- Florin, Peter: Zur Außenpolitik der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967.
- Gerstenmaier, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a.M. u.a.1981.
- Goldmann, Nahum: Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler, Köln u.a. 1983.
- Goldmann, Nahum: Mein Leben als deutscher Jude, Frankfurt a.M. u.a. 1983.
- Goldmann, Nahum: Staatsmann ohne Staat. Autobiographie, Köln u.a. 1970.
- Grewe, Wilhelm G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960.
- Grewe, Wilhelm G.: Hallsteins deutschlandpolitische Konzeption, in: Loth, Wilfried/ Wallace, William/ Wessels, Wolfgang (Hg.): Walter Hallstein – Der vergessene Europäer? Bonn 1995 (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik; Bd.73), S.57-79.
- Grewe, Wilhelm G.: Rückblenden 1976-1951, Frankfurt a.M. u.a. 1979.
- Großmann, Kurt R.: Germany's Moral Debt. The German-Israel Agreement, Washington 1954.
- Grunert, Horst: Für Honecker auf glattem Parkett. Erinnerungen eines DDR-Diplomaten, 2. korrr. Aufl. Berlin 1995.
- Harel, Isser: Das Haus in der Garibaldistraße, Frankfurt a.M. 1975.
- Heuss, Theodor: Staat und Volk im Werden. Reden in und über Israel, München 1960.
- Horowitz, David: Statement of Mr. D. Horowitz before the United Special Committee on Palestine, Jerusalem 1947.
- Kaul, Friedrich Karl: Der Fall Eichmann, Berlin 1963.
- Kempner, Robert M.W.: Begegnungen mit Hans Globke: Berlin – Nürnberg – Bonn, in: Gotto, Klaus (Hg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S.213-229.
- Kollek, Teddy/ Kollek, Amos: Ein Leben für Jerusalem, Hamburg 1980.
- Lenz, Otto: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953, bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.11).
- Marx, Karl: Zur Judenfrage. Hg. u. eingeleitet von Stefan Grossmann, Berlin 1919.
- Meroz, Yohanan: In schwieriger Mission. Als Botschafter Israels in Bonn. Mit einem Geleitwort von Helmut Schmidt, Frankfurt a.M. 1986.

Moses, Siegfried: Die jüdischen Nachkriegsforderungen (Tel Aviv 1944). Mit Einleitungen von Paul Kirchhof und Rachel Heuberger. Herausgegeben von Wolf Dieter Barz, Münster 1998 (=IUS VIVENS, Abteilung A: Quellentexte zur Rechtsgeschichte; 4).

Osterheld, Horst: „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“: Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986.

Osterheld, Horst: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992 (=Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.23).

Pearlman, Moshe (Hg.): Gespräche mit Ben Gurion. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, München 1966.

Peres, Shimon: David's Sling, London 1970.

Peres, Shimon: Eine Schleuder für David. Wie die Deutschen den Israelis heimlich halfen, ihre Kriege zu gewinnen, dt. Ausg., in: LUI Aug. u. Sept. 1979, S.74-79, 80-84.

Rath, Ari: Die historischen Begegnungen der beiden großen Staatsmänner Konrad Adenauer und David Ben Gurion – New York, März 1960 und Israel, Mai 1966, in: Bahagon, Shmuel (Hg.): Recht und Wahrheit bringen Frieden. Festschrift aus Israel für Niels Hansen, Gerlingen 1994, S.214-219.

Schmid, Carlo: Erinnerungen, Bern u.a. 1980.

Shinnar, Felix E.: Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951-1966, Tübingen 1967.

Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.

Wiesenthal, Simon: Ich jagte Eichmann. Tatsachenbericht, Gütersloh 1961.

2.4. LITERATUR

Adomeit, Hannes: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews, Baden-Baden 1998 (Internationale Politik und Sicherheit; Bd.48).

Aharoni, Yair: The Israeli Economy. Dreams and Realities, London u.a. 1991.

Albrecht, Willy: Ein Wegbereiter: Jakob Altmaier und das Luxemburger Abkommen, in: Herbst, Ludolf/ Goschler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.205-213.

Albrecht, Willy: Jeanette Wolff – Jakob Altmaier – Peter Blachstein. Die drei Abgeordneten jüdischer Herkunft des Deutschen Bundestages in den 50er und zu Beginn der 60er Jahre, in: Menora: Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 6 (1995), S.267-299.

Alteras, Isaac: Eisenhower and Israel. U.S.-Israeli Relations, 1953-1960, Gainesville 1993.

Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.

Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Hamburg u.a. 2003 (Diktatur und Widerstand; Bd.4).

Aron, Raymond: Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt a.M. 1963.

Aronson, Shlomo/ Brosh, Oded: The Politics and Strategy of Nuclear Weapons in the Middle East. Opacity, Theory and Reality, 1960-1991. An Israeli Perspective, Albany 1992.

Aronson, Shlomo: Israelische Atomwaffen und der Sechs-Tage-Krieg von 1967, in: VfZ 52 (2004), S.245-279.

Assor, Reuven: Musik oder Weltanschauung? Weiterhin Boykott von Richard Wagner in Israel, in: Tribüne (31) 1992, S.47-52.

Bahagon, Shmuel (Hg.): Recht und Wahrheit bringen Frieden. Festschrift aus Israel für Niels Hansen, Gerlingen 1994.

Balabkins, Nicholas: West German Reparations to Israel, New Brunswick 1971.

Baring, Arnulf: Heinrich von Brentano und Konrad Adenauer, in: Koch, Roland (Hg.): Heinrich von Brentano, Redaktion Frank-Lothar Kroll, München 2004, S.109-124.

Baring, Arnulf: Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, 3. durchges. Aufl. München 1984.

Barkai, Abraham/ Mendes-Flohr, Paul/ Lowenstein, Steven M.: Aufbruch und Zerstörung: 1918-1945, München 1997 (Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit; Bd.4).

Bar-On, Mordechai: The Gates of Gaza: Israel's Road to Suez and Back, 1955-1957, New York 1994.

Barzel, Neima: The Attitude of Jews of German Origin in Israel to Germany and Germans after the Holocaust, 1945-1952, in: LBI Year-book 39 (1994), S.271-301.

Bar-Zohar, Michael: David Ben Gurion. Der Gründer des Staates Israel, Bergisch Gladbach 1992.

Bar-Zohar, Michael: Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler (1944-1960), Berlin 1966.

Bauerkämper, Arnd/ Sabrow, Martin/ Stöver, Bernd (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998.

Behr, Andreas: Deutsche Unternehmen und der Israel-Boykott, Heidelberg 1994.

Beinin, Joel: Was the Red Flag Flying There? Marxist Politics and the Arab-Israeli Conflict in Egypt and Israel, 1948-1965, Berkeley u.a. 1990.

Ben-Meir, Dov: Histadrut. Die israelische Gewerkschaft, Bonn 1982.

Ben-Meir, Yehuda: National Security Decision-making: The Israeli Case, Boulder 1986 (JCSS Study No.8).

Ben-Vered, Amos: Zur Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen, in: EA 22 (1967), S.233-242.

Ben-Zvi, Abraham: John F. Kennedy and the Politics of Arms Sales to Israel, London 2002.

Ben-Zvi, Abraham: The United States and Israel. The Limits of the Special Relationship, New York 1993.

Berg, Nicolas: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003 (Moderne Zeit: Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts; Bd.3).

Berggötz, Sven Olaf: Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949-1963, Düsseldorf 1998 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.33).

Besson, Waldemar: Zum Verhältnis von Zielen und Mitteln in Adenauers Außenpolitik, in: HZ 214 (1972), S.363-377.

- Beyme, Klaus von: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München 1983.
- Bialer, Uri: Between East and West: Israel's Foreign Policy Orientation 1948-1956, Cambridge 1990.
- Bingen, Dieter: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden 1998 (Schriftenreihe des Instituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien; Bd.33).
- Bird, Kai: The Chairman. John J. McCloy: The Making of the American Establishment, New York 1992.
- Black, Ian/ Morris, Benny: Mossad, Shin Bet, Aman. Die Geschichte der israelischen Geheimdienste, Heidelberg 1994.
- Blasius, Dirk/ Diner, Dan (Hg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt a.M. 1991.
- Blasius, Rainer A.: (Hg.): Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994 (Studien der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd.68).
- Blasius, Rainer A.: «Völkerfreundschaft» am Nil: Ägypten und die DDR im Februar 1965, in: VfZ 46 (1998), S.747-805.
- Blasius, Rainer A.: Geschäftsfreundschaft statt diplomatische Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63, in: Ders. (Hg.): Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994 (Studien der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd.68), S.154-210.
- Blum, Yehuda Z.: Grundzüge des arabisch-israelischen Konfliktes, in: APuZG B 17/1977, S.17-37.
- Booz, Rüdiger M.: „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995.
- Borowy, Iris: Deutsche Israelpolitik: Zwischen Transatlantischer Bindung und EPZ, in: König, Mareike (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag, Wiesbaden 2004, S.439-456.
- Borowy, Iris: Diplomatie als Balanceakt. Die Nahostpolitik der Eisenhoweradministration im Schatten der Suezkrise, 2 Bde., Rostock 1998 (Rostocker Beiträge zur Deutschen und Europäischen Geschichte; Bd.5).
- Bracher, Karl-Dietrich: Die Kanzlerdemokratie, in: Löwenthal, Richard/ Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Zweite Republik: 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, eine Bilanz, Stuttgart 1974, S.179-194.
- Braune-Steininger, Franz: Die Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU für die sowjetische Außenpolitik, München 1981.
- Brecher, Michael: Israels außenpolitisches System – die ersten zwanzig Jahre, in: APuZG B32/1971, S.3-19.
- Brecher, Michael: The Foreign Policy System of Israel. Setting, Images, Process, London u.a. 1972.
- Brechtken, Magnus: „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945, München 1997 (Studien zur Zeitgeschichte; Bd.53).
- Brenner, Michael: Geschichte des Zionismus, München 2002.

- Brenner, Michael: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945-1950, München 1995.
- Brenner, Michael: Warum man mit Finkelstein nicht diskutieren muss. Die neue Holocaust-Debatte und die deutsche Öffentlichkeit, in: Piper, Ernst (Hg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, 2. Aufl. Zürich u.a. 2001, S.201-207.
- Brod, Peter: Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklungen bis 1956, Baden-Baden 1980 (Osteuropa und der internationale Kommunismus; Bd.5).
- Broszat, Martin/ Jacobsen, Hans-Adolf/ Krausnick, Helmut: Anatomie des SS-Staates, Bd.2: Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung, 2. Aufl. München 1979.
- Browning, Christopher R.: Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998.
- Browning, Christopher R.: Referat Deutschland. Jewish Policy and the German Foreign Office (1933-1940), in: Yad Vashem Studies 12 (1978), S.37-77.
- Bruen, Hanan: Wagner in Israel: A Conflict among Aesthetic, Historical, Psychological, and Social Considerations, in: The Journal of Aesthetic Education 27 (1993), S.99-104.
- Bruns, Wilhelm: Die Außenpolitik der DDR, Berlin 1985 (Beiträge zur Zeitgeschichte; Bd.16).
- Bruns, Wilhelm: Sozialistische Außenpolitik oder Außenpolitik der DDR? Zu einigen Grundfragen der DDR-Außenpolitik, in: APuZG B19/1977, S.3-32.
- Bryson, Philipp J.: The Red Miracle in the International Arena: Economic Foundations of East German Foreign Policy, in: East Central Europe 3 (1976), S.84-96.
- Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995.
- Bührer, Werner: Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren, in: VfZ 40 (1992), S.241-261.
- Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 2. Aufl. Boulder 2000.
- Coburger, Dieter: Die Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Israel von 1949 bis 1961 unter besonderer Berücksichtigung des sogenannten Wiedergutmachungsabkommen, Diss. Karl Marx Universität, Leipzig 1964.
- Cochran, Edwin S.: Israel's Nuclear History, in: Karsh, Efraim (Hg.): Israel. The First Hundred Years, Bd.II. From War to Peace? London u.a. 2000, S.129-156.
- Cohen, Avner: Israel and the Bomb, New York 1998.
- Cohen, Avner: Israel's Nuclear History: The Untold Kennedy-Eshkol Dimona Correspondence, in: The Journal of Israeli History 16 (1995), Nr.2, S.159-194.
- Cohen, Avner: Recently Declassified 1963 Correspondence between President Kennedy and Prime Ministers Ben-Gurion and Eshkol, in: The Journal of Israeli History 16 (1995), Nr.2, S.195-207.
- Cohen, Michael J.: Truman and Israel, Oxford u.a. 1990.
- Cohen, Yaacov: Israel and the EEC, 1958-1978: Economic and Political Relations, in: Giersch, Herbert (Hg.): The Economic Integration of Israel in the EEC, Tübingen 1980, S.13-39.
- Confino, Michael/ Shamir, Shimon (Hg.): The U.S.S.R. and the Middle East, Jerusalem 1973.

Craig, Gordon A./ Loewenheim, Francis L. (Hg.): *The Diplomats, 1939-1979*, Princeton 1994.

Craig, Gordon A.: Konrad Adenauer and his Diplomats, in: Craig, Gordon A./ Loewenheim, Francis L. (Hg.): *The Diplomats, 1939-1979*, Princeton 1994, S.201-227.

Dagan, Avigdor: *Moscow and Jerusalem. Twenty Years of Relations between Israel and the Soviet Union*, London u.a.1970.

Damm, Ulrich: *Die Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklungsländer. Versuch einer Darstellung der politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Entwicklungsländern unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungshilfe*, Coburg 1965.

Dankwardt, Hans-Ludwig: *Israel als Störfaktor oder Instrument der spanisch-arabischen Beziehungen 1948 bis 1967*, München 2001.

Das Gupta, Amit: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die deutsche Südasienpolitik unter Adenauer und Erhard 1949-1966*, Husum 2004 (Historische Studien; Bd.479).

Das Gupta, Amit: Lob der Schwäche – Heroische Rhetorik zum Untergang der deutschen Scheckbuchdiplomatie, in: *Forschungsberichte aus dem Duitsland Instituut Amsterdam* 1 (2004), S.40-48.

Dasbach-Mallinckrodt, Anita M.: *Wer macht die Außenpolitik der DDR? Apparat, Methoden, Ziele*, Düsseldorf 1972.

Deligdisch, Jekutiel: *Die Einstellung der Bundesrepublik Deutschland zum Staate Israel. Eine Zusammenfassung der Entwicklungen seit 1949*, Bonn 1974.

Deutscher Bundestag (Hg.): *Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, Baden-Baden 1995.

Deutschkron, Inge: *Israel und die Deutschen. Das schwierige Verhältnis*, erw. Neuauflage Köln 1991.

Dietsch, Ulrich: *Außenwirtschaftliche Aktivitäten der DDR*, Hamburg 1976.

Diner, Dan (Hg.): *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a.M. 1993.

Diner, Dan: Die Katastrophe vor der Katastrophe: Auswanderung ohne Einwanderung, in: Blasius, Dirk/ Diner, Dan (Hg.): *Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1991, S.138-160.

Diner, Dan: Gedächtnis und Methode. Über den Holocaust in der Geschichtsschreibung, in: Fritz-Bauer-Institut (Hg.): *Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung*, 2. Aufl. Frankfurt a.M. u.a. 1997, S.11-22.

Diner, Dan: Hannah Arendt – jüdisches Selbstverständnis im Schatten der Eichmann-Kontroverse, in: Baule, Bernward (Hg.): *Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das Vereinigte Deutschland*, Berlin 1996, S.151-165.

Diner, Dan: Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: Diner, Dan (Hg.): *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zur Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a.M. 1993, S.185-197.

Diner, Dan: Rationalisierung und Methode. Zu einem neuen Erklärungsversuch der „Endlösung“, in: *VfZ* 40 (1992), S.359-382.

Dippmann, Klaus J.: Die Außenpolitik des Staates Israel 1948-1970. Eine politologisch-kritische Analyse, Braunschweig 1971.

Diskin, Abraham: Das politische System Israels: eine räumlich-zeitliche Untersuchung, 1949-1973, Köln 1980.

Dittmar, Peter: Die DDR und Israel, I und II (Ambivalenz einer Nichtbeziehung), in: DA 7/1977, S.736-754 und 8/1977, S.848-861.

Doering-Manteuffel, Anselm (Hg.): Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945-1967), Bonn 1993 (Rhöndorfer Gespräche; Bd.13).

Doering-Manteuffel, Anselm: Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklungen und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: VfZ 41 (1993), S.1-29.

Doering-Manteuffel, Anselm: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963, 2. Aufl. Darmstadt 1988.

Döscher, Hans-Jürgen: „Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938, 3. Aufl. München 2000.

Dresch, Paul: A History of Modern Yemen, Cambridge 2000.

Dubiel, Helmut: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München u.a. 1999.

Eck, Nathan: Hannah Arendt's Malicious Articles, in: Yad Vashem Bulletin 14 (March/1964), S.12-19.

Eibl, Franz: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966, München 2001 (Studien zur Zeitgeschichte; Bd.60).

End, Heinrich: Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts, 1949-1972, Köln 1973.

Essner, Cornelia: Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Wien 2002.

Eylon, Lili: Ein Weg zum gegenseitigen Verständnis. Kulturelle Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, in: Giordano, Ralph (Hg.): Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährung – Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen, Berlin 1992, S.104-115.

Fäßler, Peter E.: Im Spannungsfeld politischer und wirtschaftlicher Interessen: Die innerdeutschen Handelsbeziehungen (1949-1969), Dresden 2002.

Feilchenfeld, Werner/ Michaelis, Dolf/ Pinner, Ludwig: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972 (Schriftenreihe wissenschaftliche Abhandlungen des LBI; Bd.26).

Feinberg, Anat: Rays of Light and the Shadows of History, in: Modern Hebrew Literature No.4 (Fall/Winter) 1991, S.8-10.

Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, 6. Aufl. München 2001.

Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, Berlin 2003.

Frei, Norbert (Hg.): Karrieren im Zwielight. Hitlers Eliten nach 1945, 2. durchg. Aufl. Frankfurt a.M. u.a. 2002.

Frei, Norbert: Die deutsche Wiedergutmachungspolitik gegenüber Israel im Urteil der öffentlichen Meinung der USA, in: Herbst, Ludolf/ Goshler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.215-230.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Freimark, Peter/ Jankowski, Alice/ Lorenz, Ina S. (Hg.): Juden in Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung, Hamburg 1991.

Fritz-Bauer-Institut (Hg.): Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung, 2. Aufl. Frankfurt a.M. u.a. 1997.

Frohn, Axel (Hg.): Holocaust and Shilumim. The Policy of Wiedergutmachung in the Early 1950s, Washington 1991 (German Historical Institute Washington D.C., Occasional Paper No.2).

Frohn, Axel: Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: VfZ 44 (1996), S.485-525.

Gardner Feldman, Lily: The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston 1984.

Gazit, Mordechai: The Genesis of the US-Israeli Military-Strategic Relationship and the Dimona Issue, in: Journal of Contemporary History 35 (2000), S.413-422.

Gehler, Michael: Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung, in: APuZG B51-52/2002, S.23-35.

Geller, Jay Howard: Das Bild Konrad Adenauers vom Judentum und seine Beziehungen zu Vertretern jüdischer Organisationen, in: Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): Adenauer, Israel und das Judentum, Bonn 2004 (Rhöndorfer Gespräche; Bd.20), S.137-155.

Gensicke, Klaus: Der Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, und die Nationalsozialisten, Frankfurt a.M. u.a. 1988 (Ethnien-Regionen-Konflikte; Bd.1).

Gerlach, Christian: The Wannsee Conference, the Fate of German Jews, and Hitler's Decision in Principle to Exterminate All European Jews, in: The Journal of Modern History 70 (1998), S.759-812.

Gerlach, Frederick H.: The Tragic Triangle. Israel, Divided Germany, and the Arabs, 1956-1965, London u.a. 1971.

Gerwin, Robert: Wissenschaftler machten den Anfang. Eindrucksvolle Kooperationsprogramme, in: Tribüne 34 (1995), Heft 133, S.159-170.

Geyer, Dietrich: Die Sowjetunion und Iran. Eine Untersuchung zur Außenpolitik der UdSSR im Nahen Osten, Tübingen 1955.

Giersch, Herbert (Hg.): The Economic Integration of Israel in the EEC, Tübingen 1980.

Gillessen, Günther: Die Bundesrepublik und Israel. Wandlungen einer besonderen Beziehung, in: Kroneck, Friedrich J./ Oppermann, Thomas (Hg.): Im Dienste Deutschlands und des Rechts. Festschrift für Wilhelm G. Grewe zum 70. Geburtstag am 16. Oktober 1981, Baden-Baden 1981, S.59-81.

Ginor, Fanny: The Impact of German Reparations and Restitution Payments on the Israeli Economy, in: The Wiener Library Bulletin, London 26 (1972/1973), S.38-45.

Giordano, Ralph (Hg.): Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährung – Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen, Berlin 1992.

Glasneck, Johannes: Das sogenannte Wiedergutmachungsabkommen mit Israel – ein Instrument des Bonner Neokolonialismus, in: Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus. Referate und ausgewählte Beiträge, Berlin (Ost) 1962, S.343-348.

Golan, Galia: Soviet Policies in the Middle East from World War Two to Gorbachev, Cambridge u.a. 1990.

Golani, Motti: Chief of Staff in Quest of War: Moshe Dayan Leads Israel into War, in: The Journal of Strategic Studies 24 (2001), S.49-70.

Goldenbogen, Nora: „Säuberungen“ und Antisemitismus in Sachsen (1949-1953), in: Keßler, Mario (Hg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S.121-128.

Goldmann, Botho: Die Bedeutung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10.September 1952 für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Israels, dargestellt am Beispiel der Erfüllungsperiode 1952/53 bis 1955/56, Mainz 1956.

Goren, Haim (Hg.): Germany and the Middle East. Past, Present and Future, Jerusalem 2003.

Goschler, Constantin: Der Fall Philipp Auerbach, in: Herbst, Ludolf/ Goschler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.77-98.

Goschler, Constantin: Nicht bezahlt? Die Wiedergutmachung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in der SBZ/DDR, in: Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S.169-191.

Goschler, Constantin: Paternalismus und Verweigerung – Die DDR und die Wiedergutmachung für jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus, in: JbFAF 2 (1993), S.93-117.

Goschler, Constantin: The United States and Wiedergutmachung for Victims of Nazi Persecution: From Leadership to Disengagement, in: Frohn, Axel (Hg.): Holocaust and Shilumim. The Policy of Wiedergutmachung in the Early 1950s, Washington 1991 (German Historical Institute Washington D.C., Occasional Paper No.2), S.7-28.

Goschler, Constantin: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945-1954), München 1992 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd.34).

Gotto, Klaus (Hg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980.

Govrin, Yosef: Israel-Soviet Relations 1953-1957. From Confrontation to Disruption, London u.a.1998.

Graml, Hermann: Eine wichtige Quelle – aber missverstanden. Anmerkungen zu Wilfried Loth: „Die Entstehung der ‚Stalin-Note‘. Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952: neue Quellen und Analysen, München 2002 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd.84), S.117-137.

Graml, Hermann: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988.

Grobe, Stefan: Amerikas Weg nach Israel. Die Eisenhower-Administration und die amerikanisch-jüdische Lobby, 1953-1961, Münster u.a. 1995 (Nordamerika-Studien; Bd.5).

Groehler, Olaf: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: Keßler, Mario: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1995 (hefte zur ddr-geschichte; 26), S.5-31.

Groehler, Olaf: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Steininger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien u.a. 1994 (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems, Bd.1), S.233-245.

Groehler, Olaf: SED, VVN und Juden in der SBZ, in: JbAF 3 (1994), S.282-302.

Große, Christina: Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik, Frankfurt a.M. u.a. 1995 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft; Bd.1753).

Hafez, Kai: Von der nationalen Frage zur Systempolitik: Perioden der DDR-Nahostpolitik, 1949-1989, in: Orient 36 (1995), S.77-95.

Haftendorn, Helga/ Riecke, Henning (Hg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates ...“. Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingungen westdeutscher Außenpolitik 1949-1990, 2. Aufl. Baden-Baden 1999.

Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart u.a. 2001.

Haftendorn, Helga: Die Alliierten Vorbehaltsrechte und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, in: Haftendorn, Helga/ Riecke, Henning (Hg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates ...“. Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingungen westdeutscher Außenpolitik 1949-1990, 2. Aufl. Baden-Baden 1999, S.9-26.

Haftendorn, Helga: Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971.

Hänisch, Werner u.a.: Geschichte der Außenpolitik der DDR, Berlin (Ost) 1984.

Hanrieder, Wolfram F.: Deutschland, Amerika, Europa. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, 2. überarb. u. erw. Aufl. Paderborn u.a. 1995.

Hansen, Niels: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht, Düsseldorf 2002 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd. 38).

Hansen, Niels: Carl-Hermann Mueller-Graaf – ein Brückenbauer der ersten Stunde, in: Historische Mitteilungen 10 (1997), S.257-267.

Hansen, Niels: Geheimvorhaben „Frank/Kol“. Zur deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit 1957 bis 1965, in: Historisch-Politische Mitteilungen 6 (1999), S.229-264.

Hansen, Niels: Zusammenarbeit auf hohem Niveau. Die wissenschaftlich-technologische Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel, in: Giordano, Ralph (Hg.): Deutschland und Israel, Solidarität in der Bewährung. Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen, Gerlingen 1992, S.137-141.

Harrison, Hope M.: Ulbricht and the concrete “Rose”: New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958-1961, Washington 1993 (Cold War International History Project; Working Paper No.5).

Haumann, Heiko (Hg.): Der Traum von Israel. Die Ursprünge des modernen Zionismus, Weinheim 1998.

Haumann, Heiko: Zionismus und die Krise jüdischen Selbstverständnisses. Tradition und Veränderung im Judentum, in: Haumann, Heiko (Hg.): Der Traum von Israel. Die Ursprünge des modernen Zionismus, Weinheim 1998, S.9-64.

Haupt, Heinz-Gerhard/ Kocka, Jürgen (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M. u.a. 1996.

Haupt, Heinz-Gerhard/ Kocka, Jürgen: Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: Haupt, Heinz-Gerhard/ Kocka, Jürgen (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M. u.a. 1996, S.9-45.

Haury, Thomas: Antisemitismus von links: Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

Heimann, Horst: Die Wirtschaftsordnung, in: Sontheimer, Kurt (Hg.): Israel. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, München 1968, S.101-151.

Heinemann, Winfried/ Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999.

Heller, Mark A.: Continuity and Change in Israeli Security Policy, Oxford 2000 (IISS, Adelphi Paper 335).

Hentschel, Volker: Die Europäische Zahlungsunion und die Deutschen Devisenkrisen 1950/51, in: VfZ 37 (1989), S. S.715-758.

Herbert, Ulrich (Hg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a.M. 1998.

Herbert, Ulrich: Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des Holocaust, in: Herbert, Ulrich (Hg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a.M. 1998, S.9-66.

Herbert, Ulrich: Weltanschauung, Kalkül und „Sachzwang“: Ökonomische Aspekte der „Endlösung der Judenfrage“, in: Steininger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien u.a. 1994, (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems; Bd.1), S.45-59.

Herbst, Ludolf/ Goshler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).

Herf, Jeffrey: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: VfZ 42 (1994), S.635-667.

Herf, Jeffrey: East German Communists and the Jewish Question. The Case of Paul Merker, Washington 1994.

Herf, Jeffrey: The Holocaust and the Competition of Memories in Germany, 1945-1999, in: Michman, Dan (Hg.): Remembering the Holocaust in Germany, 1945-2000. German Strategies and Jewish Responses, New York u.a. 2002 (Studies in Modern European History, Bd.48), S.9-30.

Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.

Hildebrand, Klaus: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982, Bonn 1991.

Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, Stuttgart u.a. 1984 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Bd.4).

Hillgruber, Andreas: Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung. Eine Zusammenfassung, in: Jäckel, Eberhard/ Rohwer, Jürgen (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg: Entschlussbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985, S.213-224.

Hillgruber, Andreas: Deutsche Geschichte 1945-1986. Die »deutsche Frage« in der Weltpolitik, 7. Aufl. Stuttgart u.a. 1989.

Hillgruber, Andreas: Die ideologisch-dogmatische Grundlage der nationalsozialistischen Politik der Ausrottung der Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und ihre Durchführung 1941-1944, in: German Studies Review 2 (1979), S.263-296.

Hillgruber, Andreas: Politische Geschichte in moderner Sicht, in: HZ 216 (1973), S.529-552.

Hinrichsen, Hans-Peter E.: Kurt Birrenbach und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2002.

Hockerts, Hans Günter: Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz 1945-2000, in: VfZ 49 (2001), S.167-214.

Hockerts, Hans Günter: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: APuZG, B 29-30/1993, S.3-19.

Hodos, Georg Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954, Frankfurt a.M. u.a. 1988.

Horowitz, David (Hg.): Economy, Jerusalem 1973.

Horowitz, David (u.a.): Economic Development, in: Horowitz, David (Hg.): Economy, Jerusalem 1973, S.1-101.

Hottinger, Arnold: Die Hintergründe der Einladung Ulbrichts nach Kairo, in: EA 20 (1965), S.107-114.

Hubel, Helmut/ Kupper, Siegfried: Sowjetunion und Dritte Welt. Politische Beziehungen und Interessen, Bonn 1981 (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik; Bd.14).

Huhn, Rudolf: Die Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar, in: Herbst, Ludolf/ Goschler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.139-160.

Hünseler, Peter: Die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den arabischen Staaten von 1949-1980, Frankfurt a.M. u.a. 1990 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd.143).

Illichmann, Jutta: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt a.M. 1997.

Israel Academic Assistance Council (Hg.): Wissenschaftliche Institutionen in Israel, (ohne Ort) 1957.

Jabber, Fuad: Israel and Nuclear Weapons. Present Option and Future Strategies, London 1971.

Jacobsen, Hans-Adolf u.a. (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, 2. Aufl. München u.a. 1980 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der DGAP e.V., Bonn; Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft; Bd.44).

Jansen, Hans-Heinrich: Großbritannien, das Scheitern der EVG und der NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1992.

Jelinek, Yeshayahu A./ Blasius, Rainer A.: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom deutsch-israelischen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960, in: VfZ 45 (1997), S.309-344.

Jelinek, Yeshayahu A./ Wolffsohn, M.: Berührungängste und Rollenwechsel. Eine Miscelle zu den ersten deutsch-israelischen Diplomatentreffen, 1952-1955, in: *Orient* 29 (1988), S.282-293.

Jelinek, Yeshayahu A.: Deutschland und Israel 1945-1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004 (Studien zur Zeitgeschichte; Band 66).

Jelinek, Yeshayahu A.: Die Krise der Shilumim/Wiedergutmachtungsverhandlungen im Sommer 1952, in: *VfZ* 38 (1990), S.113-139.

Jelinek, Yeshayahu A.: Eine wechselvolle Reise. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1952-1965, in: Langguth, Gerd (Hg.): „Macht bedeutet Verantwortung“. Adenauers Weichenstellung für die heutige Politik, Köln 1994, S.115-140.

Jelinek, Yeshayahu A.: Implementing the Luxembourg Agreement: The Purchasing Mission and the Israeli Economy, in: *The Journal of Israeli History* 18 (1997), S.191-209.

Jelinek, Yeshayahu A.: John J. McCloy, Jacob Blaustein, and the Shilumim: A Chapter in American Foreign Affairs, in: Frohn, Axel (Hg.): Holocaust and Shilumim. The Policy of Wiedergutmachung in the Early 1950s, Washington 1991 (German Historical Institute Washington, D.C., Occasional Paper No.2), S.29-46.

Jelinek, Yeshayahu A.: Konrad Adenauer and the State of Israel: Between Friendship and Realpolitik, 1953-1963, in: *Orient* 43 (2002), S.41-57.

Jelinek, Yeshayahu A.: Leo Baeck, Nahum Goldmann and the Money from Germany (A Document), in: *Studies in Contemporary Jewry* 5 (1989), S.236-241.

Jelinek, Yeshayahu A.: Like an Oasis in the Desert. The Israeli Consulate in Munich, 1948-1953, in: *Studies in Zionism* 1 (1988), S.82-88.

Jelinek, Yeshayahu A.: Political Acumen, Altruism, Foreign Pressure or Moral Debt-Konrad Adenauer and the »Shilumim«, in: *TAJB* 19 (1990), S.77-102.

Jena, Kai v.: Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachtungsabkommen von 1952, in: *VfZ* 34 (1986), S.457-480.

Jetzlsperger, Christian: Die Emanzipation der Entwicklungspolitik von der Hallstein-Doktrin. Die Krise der deutschen Nahostpolitik von 1965, die Entwicklungspolitik und der Ost-West-Konflikt, in: *Historisches Jahrbuch* 121 (2001), S.320-366.

Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow, Paderborn u.a. 1996.

Kaelble, Hartmut: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. u.a. 1999.

Kafkafi, Eyal: Ben-Gurion, Sharett and the Johnston Plan, in: *Studies in Zionism* 13 (1992), S.165-186.

Kaiser, Monika: Wechsel von sowjetischer Besatzungspolitik zu sowjetischer Kontrolle? Sowjetische Einflussnahme und ostdeutsche Handlungsspielräume im Übergangsjahr von der SBZ zur DDR, in: Lemke, Michael: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/ DDR (1949-1953), Köln 1999 (Zeithistorische Studien; Bd.13), S.187-231.

Kaplan, Karel: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; Bd.48).

Kappeler, Rudolf: Die Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes durch die parlamentarische Kontrollkommission, in: Zoller, Manfred (Hg.): Auswärtige Sicherheit als nachrichtendienstliche Aufgabe. Herausforderungen in veränderter Globallage, Brühl 1999 (Beiträge zur Inneren Sicherheit; Bd.9), S.275-324.

Karlsch, Rainer: Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR 1945-1953. Stand und Probleme der Forschung, in: Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S.45-78.

Karsh, Efraim (Hg.): Israel. The First Hundred Years, Bd.II. From War to Peace? London u.a. 2000.

Kennedy-Pipe, Caroline: Stalin's Cold War. Soviet Strategies in Europe, 1943 to 1956, Manchester/ New York 1995.

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, vollständig überarb. und erw. Neuauflage Reinbek bei Hamburg 1995.

Keßler, Mario: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.

Keßler, Mario: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1995 (hefte zur ddr-geschichte; 26).

Keßler, Mario: Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949 bis 1967), in: Keßler, Mario: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1995 (hefte zur ddr-geschichte; 26), S.32-54.

Kieffer, Fritz: Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939, Stuttgart 2002 (HMRG Beiheft 44).

Kießling, Wolfgang: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, Berlin 1995 (hefte zur ddr-geschichte; 25).

Kilian, Werner: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973: aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001 (Zeitgeschichtliche Forschungen; Bd.7).

Kittel, Manfred: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin u.a. 1993.

Klinghoffer, Arthur J./ Apter, Judith: Israel and the Soviet Union. Alienation or Reconciliation? London u.a.1985.

Koch, Roland (Hg.): Heinrich von Brentano, Redaktion Frank-Lothar Kroll, München 2004.

Koerfer, Daniel: Zankapfel Europapolitik: Der Kompetenzstreit zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium 1957/58, in: Politische Vierteljahresschrift 29 (1988), S.553-568.

Köhler, Henning: Adenauer: eine politische Biographie, Frankfurt a.M. 1994.

Koltermann, Ulrike.: Päpste und Palästina: die Nahostpolitik des Vatikans von 1947 bis 1997, Münster 2001 (Jerusalem Theologisches Forum; Bd.2).

König, Mareike u.a. (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag, Wiesbaden 2004.

Könke, Günter: Wiedergutmachung und Modernisierung. Der Beitrag des Luxemburger Abkommens von 1952 zur wirtschaftlichen Entwicklung Israels, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 75 (1988), S.503-548.

Koszinowski, Thomas: Die israelische Atombombe und ihre Bedeutung für die nahöstliche Politik, in: Salewski, Michael (Hg.): Das nukleare Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart 1998 (HMRG, Beiheft 28), S.150-162.

- Krause, Peter: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen Presse, Frankfurt a.M. 2002.
- Kregel, B.: Außenpolitik und Systemstabilisierung in der DDR, Opladen 1979.
- Kreysler, Joachim/ Jungfer, Klaus: Deutsche Israel-Politik. Entwicklung oder politische Masche, Diessen 1965.
- Kroll, Frank-Lothar: Deutschlands Weg nach Europa. Der Wiederaufbau des Auswärtigen Dienstes und die Errichtung deutscher Generalkonsulate in Paris und London 1950, in: Historische Mitteilungen 3 (1990), S.161-180.
- Kroll, Frank-Lothar: Heinrich von Brentano. Ein biographisches Portrait, in: Koch, Roland (Hg.): Heinrich von Brentano, Redaktion Frank-Lothar Kroll, München 2004, S.25-65.
- Kroneck, Friedrich J./ Oppermann, Thomas (Hg.): Im Dienste Deutschlands und des Rechts. Festschrift für Wilhelm G. Grewe zum 70. Geburtstag am 16. Oktober 1981, Baden-Baden 1981.
- Krupp, Michael: Zionismus und Staat Israel. Ein geschichtlicher Abriss, 3. durchges. u. erw. Aufl. Gütersloh 1992.
- Kubovy, Aryeh L.: Criminal State vs. Moral Society. Bettelheim to Arendt's Rescue, in: Yad Vashem Bulletin 13 (Oct./1963), S.3-11.
- Kulow, Karin: Israel, SED und DDR. Zur Geschichte eines tragischen Beziehungskonflikts, in: Renger, Reinhard (Hg.): Die deutsche »Linke« und der Staat Israel, Leipzig 1994, S.183-196.
- Kuniholm, Bruce Robellet: The Origins of the Cold War in the Near East: Great Power Conflict and Diplomacy in Iran, Turkey and Greece, Princeton 1980.
- Kuperman, Ranan D.: The Impact of Internal Politics on Israel's Reprisal Policy during the 1950s, in: The Journal of Strategic Studies 24 (2001), S.1-28.
- Kuppe, Johannes L.: Zur Funktion des Marxismus Leninismus, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Baden-Baden 1995, S.1370-1395.
- Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): Adenauer, Israel und das Judentum, Bonn 2004 (Rhöndorfer Gespräche; Bd.20).
- Lamm, Hans Siegfried/ Kupper, Siegfried: DDR und Dritte Welt, München u.a. 1976 (Internationale Politik und Wirtschaft; Bd.39).
- Langguth, Gerd (Hg.): „Macht bedeutet Verantwortung“. Adenauers Weichenstellung für die heutige Politik, Köln 1994.
- Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, München 2001 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd.49).
- Laufer, Jochen: Die Stalin-Note vom 10. März 1952 im Lichte neuer Quellen, in: VfZ 52 (2004), S.99-118.
- Lavy, George: Germany and Israel. Moral Debt and National Interest, London 1996.
- Lemke, Michael (Hg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/ DDR (1949-1953), Köln 1999 (Zeithistorische Studien, Bd.13).

Lemke, Michael: Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise im Januar 1959. Zur Anerkennungspolitik der SED in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, in: *asien, afrika, lateinamerika* 20 (1993), S.1027-1042.

Lemke, Michael: Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966). Prinzipien, Grundlagen und Handlungsspielräume, in: Pfeil, Ulrich (Hg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001, S.63-80.

Lemke, Michael: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln u.a. 2001 (Zeithistorische Studien; Bd.17).

Lemke, Michael: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960-1963, in: *VfZ* 41 (1993), S.153-174.

Lemke, Michael: Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949-1951, in: Lemke, Michael (Hg.): *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/ DDR (1949-1953)*, Köln 1999 (Zeithistorische Studien; Bd.13), S.233-274.

Levey, Zach: *Israel and the Western Powers 1952-1962*, London u.a. 1997.

Levey, Zach: Israeli Foreign Policy and the Arms Race in the Middle East 1950-1960, in: *The Journal of Strategic Studies* 24 (2001), S.29-48.

Levy, Jack S./ Gochal, Joseph R.: Democracy and Preventive War: Israel and the 1956 Sinai Campaign, in: *Security Studies* 11 (2001), S.1-49.

Liemann, Jörg: Wiedergutmachung durch Konflikt? Die syrische Denkschrift zum deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: *asien, afrika, lateinamerika* 22 (1994), S.513-538.

Linde, Gerd: Sowjetische und chinesische Kontakte zu Israel, Köln 1988. (Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien; 24, 1988).

Lindemann, Mechthild: Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius, Rainer A. (Hg.): *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, München 1994 (Studien der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd.68), S.45-96.

Lindenberger, Thomas/ Sabrow, Martin: Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: *DA* 37 (2004), S.123-127.

Link, Werner: *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*. 2. überarb. u. erw. Aufl. Stuttgart u.a. 1988.

Linke, Horst G.: Der Weg nach Rapallo. Strategie und Taktik der deutschen und sowjetischen Außenpolitik, in: *HZ* 264 (1997), S.55-109.

Liverpool, Lord Russell of: *The Trial of Adolf Eichmann*, London u.a. 1962.

Loch, Theo M.: "Shilumim". Die deutsche Wiedergutmachung als Stimulanz der israelischen und der deutschen Wirtschaft, in: *EA* 1963, S.246-254.

Longerich, Peter: *Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“*, München 2001.

Lorenzen, Jan N.: Die Haltung der DDR zum Suez-Krieg. Das Jahr 1956 als Zäsur der Nahost-Politik der DDR, in: *DA* 28 (1995), S.278-285.

Loth, Wilfried/ Osterhammel, Jürgen (Hg.): *Internationale Geschichte. Themen - Ergebnisse - Aussichten*, München 2000 (Studien zur Internationalen Geschichte; Bd.10).

Loth, Wilfried/ Wallace, William/ Wessels, Wolfgang (Hg.): Walter Hallstein - Der vergessene Europäer? Bonn 1995 (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik; Bd.73).

Loth, Wilfried: Das Ende der Legende. Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung, in: VfZ 50 (2002), S.653-664.

Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.

Löwenthal, Richard/ Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Zweite Republik: 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, eine Bilanz, Stuttgart 1974.

Lustiger, Arno: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998.

Luttwak, Edward/ Horowitz, Dan: The Israeli Army, London 1975.

Mahnke, Hans Heinrich: Die auswärtige Gewalt der DDR, in: DA 2 (1969), S.1129-1151.

Mahr, Horst: Die Rolle Ägyptens in der amerikanischen und sowjetischen Außenpolitik. Von der Suezkrise bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967. Exkurs: Sadats Umkehr der Allianzen, Baden-Baden 1993 (Nomos Universitätsschriften: Politik; Bd.51).

Maier, Klaus A./ Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das Nordatlantische Bündnis 1949-1956, München 1993 (Beiträge zur Militärgeschichte; Bd.37).

Marcowitz, Reiner: Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958-1969, München 1996 (Studien zur Zeitgeschichte; Bd.49).

Maser, Peter: Juden und Jüdische Gemeinden in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. v. Deutschen Bundestag, Bd. III/3: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Baden-Baden 1995, S.1550-1597.

Maser, Peter: Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988, in: TAJB 20 (1991), S.393-426.

Mashberg, Michael: American Diplomacy and the Jewish Refugees, 1938-1939, in: Yivo Annual of Jewish Social Science 15 (1974), S.339-365.

Maurer, Trude: Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Pehle, Walter H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt a.M. 1992, S.52-73.

Meining, Stefan: Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel, Hamburg 2002 (Diktatur und Widerstand; Bd.2).

Meissner, Hans G.: Die Wirtschaft Israels. Aufbau – Struktur – Entwicklung, Köln 1962.

Mensing, Hans Peter: Amerika-Eindrücke Konrad Adenauers und Adenauer-Bilder in den USA, in: Schwabe, Klaus (Hg.): Adenauer und die USA, Bonn 1994 (Rhöndorfer Gespräche; Bd.14), S.241-263.

Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990, Hildesheim u.a.1997 (HASKALA – Wissenschaftliche Abhandlungen; Bd.18).

Michaelis, Dieter: Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Auswanderungs- und Transferfrage im nationalsozialistischen Deutschland, in: Feilchenfeld, Werner/ Michaelis, Dolf/ Pinner, Ludwig: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden

1933-1939, Tübingen 1972 (Schriftenreihe wissenschaftliche Abhandlungen des LBI; Bd.26), S.15-33.

Michman, Dan (Hg.): Remembering the Holocaust in Germany, 1945-2000. German Strategies and Jewish Responses, New York u.a. 2002 (Studies in Modern European History; Bd.48).

Minholz, Michael/ Stirnberg, Uwe: Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED, München u.a. 1995 (Kommunikation und Politik; Bd.27).

Möller, Horst: Theodor Heuss. Staatsmann und Schriftsteller, Bonn 1990.

Mommsen, Hans: Auschwitz, 17.Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“, München 2002.

Morris, Benny: Israel's Border Wars, 1949-1956: Arab Infiltration, Israeli Retaliation, and the Countdown to the Suez War, Oxford 1993.

Müller-Rommel, Ferdinand/ Pieper, Gabriele: Das Bundeskanzleramt als Regierungszentrale, in: APuZG B21-22/1991, S.3-13.

Münch, Peter L.: Israel als Störfaktor der westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen 1956-1982, München 1993.

Münch, Peter L.: Zwischen „Liquidation“ und Wiederaufbau. Die deutschen Juden, der Staat Israel und die internationalen jüdischen Organisationen in der Phase der Wiedergutmachungsverhandlungen, in: HMRG 10 (1997), S. S.81-111.

Mushkat, Marion: Reactions to the Eichmann Trial, in: Yad Vashem Bulletin 13 (Oct.1963), S.48-53.

Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen, 2. Aufl. Berlin 2001.

Nahas, Dunia Habib: The Israeli Communist Party, London 1976.

Nickel, Dietmar K.: Brückenpfeiler. Vierzig Jahre wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel, München 1998.

Nicosia, Francis R.: Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1939, in: VfZ 37 (1989), S.367-400.

Nicosia, Francis R.: Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich: Folgen für die Zeit nach dem Holocaust, in: Steininger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa - USA - Israel, Wien u.a. 1994 (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems; Bd.1), S.60-76.

Noh, Meung-Hoan: Westintegration versus Osthandel. Politik und Wirtschaft in den Ost-West-Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland 1949-1958, Frankfurt a.M. u.a. 1995.

Novick, Peter: Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord, Stuttgart u.a. 2001.

Oppelland, Torsten: Gerhard Schröder (1910-1989). Politiker zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.39).

Oren, Michael B.: Origins of the Second Arab - Israel War. Egypt, Israel and the Great Powers 1952-56, London 1992.

Orlow, Alexander: Die Suezkrise: Ihre Rolle in der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation, in: Heinemann, Winfried/ Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S.219-233.

Pack, Howard: Structural Change and Economic Policy in Israel, New Haven 1971.

- Pappé, Ilan: Moshe Sharett, David Ben-Gurion and the „Palestinian Option“, 1948-1956, in: *Studies in Zionism* 7 (1986), S.77-96.
- Patai, Raphael: Nahum Goldmann: His Missions to the Gentiles, Alabama 1987.
- Patel, Kiran Klaus: Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, in: *ZfG* 52 (2004), S.626-645.
- Paulmann, Johannes: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: *HZ* 267 (1998), S.649-685.
- Pearlman, Moshe: *The Capture and Trial of Adolf Eichmann*, London 1963.
- Pehle, Walter H. (Hg.): *Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord*, Frankfurt a.M. 1992.
- Petersen, Tore T.: *The Middle East between the Great Powers. Anglo-American Conflict and Co-operation, 1952-1957*, Basingstoke u.a. 2000.
- Pfahl-Traughber, Armin: Die Verbreitung der „Protokolle der Weisen von Zion“ nach 1945. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte einer antisemitischen Fälschung, in: *Judaica* 46 (1990), S.32-41.
- Pfeiffer, Rolf: Ein erfolgreiches Kapitel bundesdeutscher Außenpolitik: Die Adenauer-Regierung und die Suezkrise von 1956, in: *HMRG* 13 (2000), S.213-232.
- Pfeil, Burkhard: *Der Export des VEB Carl Zeiss Jena einschließlich der Ausfuhren im innerdeutschen Handel in den 50er Jahren*, Jena 1997 (unveröffentl. Diplomarbeit).
- Pfeil, Ulrich (Hg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001.
- Pfetsch, Frank R.: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992. Von der Spaltung zur Vereinigung*, 2. erw. u. verbesserte Auflage München 1993.
- Piper, Ernst (Hg.): *Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein*, 2. Aufl. Zürich u.a. 2001.
- Pohl, Dieter: *Holocaust. Die Ursachen – das Geschehen – die Folgen*, Freiburg u.a. 2000.
- Pommerin, Reiner: *Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937*, Düsseldorf 1979.
- Pross, Christian: *Wiedergutmachung: der Kleinkrieg gegen die Opfer*, Frankfurt a.M. 1988.
- Rafael, Gideon: *Der umkämpfte Frieden. Die Außenpolitik Israels von Ben Gurion bis Begin*, Frankfurt a.M. u.a.1984.
- Rapoport, Louis: *Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion*, Berlin 1992.
- Raviv, Dan/ Melman, Yossi: *Every Spy a Prince. The Complete History of Israel's Intelligence Community*, Boston u.a.1991.
- Renger, Reinhard (Hg.): *Die deutsche »Linke« und der Staat Israel*, Leipzig 1994.
- Reuter, Elke/ Hansel, Detlef: *Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR*, Berlin 1997.
- Riecke, Henning: Rechtliche und politische Rahmenbedingungen für den Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu den drei Mächten, in: Haftendorn, Helga/

Riecke, Henning (Hg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates ...“. Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingungen westdeutscher Außenpolitik 1949-1990, 2. Aufl., Baden-Baden 1999, S.243-258.

Ripper, Torsten: Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Die Entwicklung der wissenschaftlichen Debatte, in: Zeitgeschichte 26 (1999), S.372-396.

Ro'i, Yaakov: Soviet Decision Making in Practice. The USSR and Israel, 1947-1954, London u.a.1980.

Ro'i, Yaakov: Soviet-Israeli Relations, 1947-1954, in: Confino, Michael/ Shamir, Shimon (Hg.): The U.S.S.R. and the Middle East, Jerusalem 1973, S.123-146.

Rothfels, Hans: Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S.1-8.

Rusonik, Anthony: Israeli Defense Doctrine and US Middle East Diplomacy: From Suez to the Loan Guarantees/ Settlements Dispute, in: The Jerusalem Journal of International Relations 14 (1993), S.44-68.

Sagi, Nana: Die Rolle der jüdischen Organisationen in den USA und die Claims Conference, in: Herbst, Ludolf/ Goschler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S.99-118.

Sagi, Nana: Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen, Stuttgart 1981.

Salewski, Michael (Hg.): Das nukleare Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart 1998 (HMRG, Beiheft 28).

Scheffler, Thomas: The Power of Dependence: The Federal Republic of Germany and the Arab World, in: Journal of Arab Affairs 12 (1993), S.135-159.

Scherstjanoi, Elke (Hg.): Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation, München 1998 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte; Bd.11).

Schieder, Theodor: Geschichte als Wissenschaft, München u.a. 1965.

Schieder, Theodor: Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Methoden in der Geschichtswissenschaft, in: Schieder, Theodor: Geschichte als Wissenschaft, München u.a. 1965, S.187-211.

Schöllgen, Gregor: Außenpolitik als Ziel und Methode. Zum Stellenwert der Auswärtigen Beziehungen in der Ära Adenauer, in: Doering-Manteuffel, Anselm (Hg.): Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945-1967), Bonn 1993 (Rhöndorfer Gespräche; Bd.13), S.86-96.

Schöllgen, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow: 1941-1991, München 1996.

Scholtyssek, Joachim: Die Außenpolitik der DDR, München 2003 (Enzyklopädie deutscher Geschichte; Bd.69).

Schröder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.

Schüler, Thomas: Das Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945, in: JbAF 2 (1993), S.118-138.

Schuster, Rudolf: Die „Hallstein-Doktrin“. Ihre rechtliche und politische Bedeutung und die Grenzen ihrer Wirksamkeit, in: EA 1963, S.675-690.

Schwabe, Klaus (Hg.): Adenauer und die USA, Bonn 1994 (Rhöndorfer Gespräche; Bd.14).

Schwanitz, Wolfgang G.: „Cairo formula“: Akten über „doppelte“ deutsche Nahostgesandte 1950-1966 aus dem US-Nationalarchiv II, in: ZfG 45 (1997), S.413-441.

Schwanitz, Wolfgang G.: „Doppelte Deutsche“ in Nahost und das neue US-Nationalarchiv, in: Orient 40 (1999), S.267-299.

Schwanitz, Wolfgang G.: „Salami Tactics“: Akten über doppelte deutsche Nahost-Gesandte 1950-1966. Das Nationalarchiv II im College Park und die Quellenkritik, in: Orient 40 (1999), S.597-630.

Schwanitz, Wolfgang G.: Deutsche in Nahost. Band 1 und 2, Humboldt Universität Berlin, Habilitationsschrift 1992. (Berlin 1998 als Mikrofichesausgabe).

Schwanitz, Wolfgang G.: SED-Nahostpolitik als Chefsache. Die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen 1946-1970 sowie die Nachlässe von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, in: asien, afrika, lateinamerika 21 (1993), S.63-90.

Schwartz, Thomas A.: Die Atlantik Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a.M. 1992.

Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Wiederherstellung des Deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen, Stuttgart u.a. 1982 (Rhöndorfer Gespräche; Bd.4).

Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975.

Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1986-1952, 3. Aufl. Stuttgart 1991.

Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991.

Schwarz, Hans-Peter: Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, in: Adenauer Studien I, hg. v. Rudolf. Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1971 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 10), S.71-108.

Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957-1963, Stuttgart u.a. 1983 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Bd.3).

Schwarz, Hans-Peter: Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Löwenthal, Richard/ Schwarz, Hans- Peter (Hg.): Die Zweite Republik: 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, eine Bilanz, Stuttgart 1974, S.27-63.

Schwarz, Hans-Peter: Die Bundesrepublik und die Auswärtigen Beziehungen, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S.43-112.

Seelbach, Jörg: Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955, Meisenheim am Glan 1970 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft; Bd.19).

Segev, Tom: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek bei Hamburg 1995.

Segev, Tom: One Palestine, Complete. Jews and Arabs under the British Mandate, New York 2001.

Shafir, Shlomo: Ambiguous Relations: the American Jewish Community and Germany since 1945, Detroit 1999.

Shafir, Shlomo: Der Jüdische Weltkongreß und sein Verhältnis zu Nachkriegsdeutschland (1945-1967), in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 3 (1992), S.210-237.

- Shafir, Shlomo: Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel, in: Herbst, Ludolf/ Goschler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S.191-203.
- Shafir, Shlomo: The American Jewish Community's Attitude to Germany. The Impact of Israel, in: The Journal of Israeli History 18 (1997), S.191-211.
- Shalom, Zaki: Document: David Ben Gurion and Chancellor Adenauer at the Waldorf Astoria on 14 March 1960, in: Israel Studies 2 (1997), S.56-67.
- Sheffer, Gabriel: Moshe Sharett. Biography of a Political Moderate, Oxford 1996.
- Sheffer, Gabriel: Sharett's "Line", Struggles, and Legacy, in: Troen, Selwyn Ilan/ Lucas, Noah (Hg.): Israel. The First Decade of Independence, Albany 1995, S.143-169.
- Sheffi, Na'ama: Cultural Manipulation: Richard Wagner and Richard Strauss in Israel in the 1950s, in: Journal of Contemporary History 34 (1999), S.619-639.
- Sheffi, Na'ama: Rejecting the Other's Culture – Hebrew and German in Israel 1933-1965, in: TAJB 27 (1998), S.301-319.
- Sheffi, Na'ami: Who's Afraid of Richard Wagner. The Israeli Press, Politics and Music, 1938-1994, in: Patterns of Prejudice 31/4 (1997), S.35-52.
- Shpiro, Shlomo: Communicating Interests Across History: German-Israeli Security Cooperation, in: Goren, Haim (Hg.): Germany and the Middle East. Past, Present, and Future, Jerusalem 2003, S.305-330.
- Silber-Bonz, Christoph: Pferdenges und Adenauer. Der politische Einfluss des Kölner Bankiers, Bonn 1997.
- Šiška, M.: "Verschwörer, Spione, Staatsfeinde...". Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, Berlin 1991.
- Snetsinger, John: Truman, the Jewish Vote, and the Creation of Israel, Stanford 1974.
- Sontheimer, Kurt (Hg.): Israel. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, München 1968.
- Sontheimer, Kurt: Israel und die Großmächte, in: Sontheimer, Kurt: (Hg.): Israel. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, München 1968, S.217-235.
- Soutou, Georges-Henri: Die französische Schule der Geschichte der internationalen Beziehungen, in: Loth, Wilfried/ Osterhammel, Jürgen (Hg.): Internationale Geschichte. Themen - Ergebnisse - Aussichten, München 2000 (Studien zur Internationalen Geschichte; Bd.10), S.31-44.
- Steinberger, Petra (Hg.): Die Finkelstein-Debatte, München 2001.
- Steiner, John M./ Cornberg, Jobst Frhr. v.: Willkür in der Willkür. Hitler und die Befreiungen von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen, in: VfZ 46 (1998), S.143-187.
- Steinhoff, Johannes/ Pommerin, Reiner: Strategiewechsel: Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer-Kennedy. Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 1992 (Internationale Politik und Sicherheit; Bd.30,1).
- Steininger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien u.a. 1994 (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems, Bd.1).
- Sywottek, Arnold: Über die Anfänge der deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen. Eine erste Annäherung, in: Freimark, Peter/ Jankowski, Alice/ Lorenz, Ina S. (Hg.): Juden in

Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung, Hamburg 1991, S.450-465.

Tal, David: Symbol not Substance? Israel's Campaign to Acquire Hawk Missiles, 1960-1962, in: *The International History Review* 22 (2000), S.304-317.

Thompson, Jerry Eugene: *Jews, Zionism, and Israel. The Story of the Jews in the German Democratic Republic since 1945*, Washington 1978.

Timm, Angelika/ Glasneck, Johannes: *Israel. Geschichte des Staates seit seiner Gründung*, 3. durchg. u. erw. Aufl. Bonn 1998.

Timm, Angelika: Alles umsonst? Verhandlungen zwischen der Claims Conference und der DDR über „Wiedergutmachung“ und Entschädigung, Berlin 1996 (hefte zur ddr-geschichte; 32).

Timm, Angelika: Ein ambivalentes Verhältnis. Juden in der DDR und der Staat Israel, in: Zuckermann, M. (Hg.): *Zwischen Politik und Kultur. Juden in der DDR*, Göttingen 2002, S.17-33.

Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

Trimbur, Dominique: American Influence on the Federal Republic of Germany's Israel Policy, 1951-1956, in: Goren, Haim (Hg.): *Germany and the Middle East. Past, Present and Future*, Jerusalem 2003, S.263-289.

Trimbur, Dominique: *De la Shoah à la réconciliation? La question des relations RFA-Israël (1949-1956)*, Paris 2000.

Troche, Alexander: Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins „Kampf“ gegen die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung“, Erlangen u.a. 1996 (Erlanger Studien zur Geschichte, Bd.2).

Troen, Selwyn Ilan/ Lucas, Noah (Hg.): *Israel. The First Decade of Independence*, Albany 1995.

Volker, Erhard: Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte während der zweiten Berlin-Krise 1958-1962. Eine Studie aus den Akten der westlichen Diplomatie, Hamburg 2003 (Studien zur Zeitgeschichte; Bd.31).

Volkov, Shulamit: Antisemitismus und Anti-Zionismus: Unterschiede und Parallelen, in: Volkov, Shulamit: *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays*, München 1990, S.76-87.

Volkov, Shulamit: *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays*, München 1990.

Wagner, Wolfgang: Überprüfung des deutschen politischen Instrumentariums. Die Hallstein-Doktrin nach Ulbrichts Besuch in Ägypten, in: *EA* 1965, S.157-165.

Walichnowski, Tadeusz: *Israel und die Bundesrepublik*, Warszawa 1968.

Wallach, Jehuda L.: Das internationale Krisenjahr 1956 und der Nahe Osten. Die israelische Sicht, in: Heinemann, Winfried/ Wiggershaus, Norbert (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*, München 1999, S.181-195.

Weber, Hermann: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, in: *APuZG B* 26-27/1997, S.3-14.

Weingardt, Markus A.: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Frankfurt a.M. 2002.

Weingardt, Markus A.: Deutsch-israelische Beziehungen. Zur Genese bilateraler Verträge 1949-1996, Konstanz 1997 (Konstanzer Schriften zu Schoah und Judaica; Bd.2).

Weitz, Yechiam: „The Road to Wassenaar: How the Decision on Direct Negotiations Between Israel and Germany Was Approved“, in: Yad Vashem Studies 28 (2000), S.311-350.

Weitz, Yechiam: Ben-Gurions Weg zum „Anderen Deutschland“ 1952-1963, in: VfZ 48 (2000), S.255-279.

Weitz, Yechiam: Mapai and the „Kastner Trial“, in: Troen, Selwyn Ilan/ Lucas, Noah (Hg.): Israel. The First Decade of Independence, Albany 1995, S.195-210.

Wentker, Hermann: Die Außenpolitik der DDR, in: NPL 46 (2001), S.389-411.

Wettig, Gerhard: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums. Die Hypothese des Wiedervereinigungsangebots, in: DA 26 (1993), S.786-805.

Wettig, Gerhard: Die Stalin-Note vom 10. März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem. Ein gewandeltes Problemverständnis, in: DA 25 (1992), S.157-167.

Wettig, Gerhard: Stalin und die deutsche Frage, in: Osteuropa 47 (1997), S.1259-1273.

Winkler, Theodor: Die Nuklearpolitik der Schwellenmächte, Berlin 1980 (Studien zur Internationalen Sicherheit; Bd.4).

Winrow, Gareth: East Germany, Israel and the Reparations Issue, in: Soviet Jewish Affairs, 20 (1990), S.31-46.

Winters, Peter Jochen: Die Außenpolitik der DDR, in: Schwarz, Hans-Peter: Handbuch der deutschen Außenpolitik, München u.a. 1975, S. S.769-812.

Wippel, Steffen: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten. Einfluss und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Außenwirtschaft und Außenpolitik, Berlin 1996 (FU Berlin, FB Wirtschaftswissenschaft, Diskussionspapiere Nr.48).

Wiskirchen, Franz-Josef: Bundeskanzler Adenauer und die Alliierte Hohe Kommission, Köln 1988.

Wohlfahrt, Kirsten: „Ich erlaube mir, Ihnen nach dieser Richtung einige Gedanken zu unterbreiten, ...“. Friedrich Spennrath und Konrad Adenauer. Eine wirtschaftlich-politische Beziehung von der Weimarer Republik bis zum Kalten Krieg, Leipzig 2000 (unveröffentl. Masterarbeit).

Wolffsohn, Michael/Bokovoy, Douglas: Israel. Grundwissen – Länderkunde. Geschichte – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft (1882-1996), 5. erw. und überarb. Auflage Opladen 1996.

Wolffsohn, Michael: Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang, in: VfZ 36 (1988), S.691-731.

Wolffsohn, Michael: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, 2. Aufl. München 1996.

Wolffsohn, Michael: Die Spanienpolitik Israels: 1948-1963, in: Orient 31 (1990), S.415-429.

Wolffsohn, Michael: Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen, 3. Aufl. München 1989.

Wolffsohn, Michael: Ungeliebter Markt: Staat und Wirtschaft in Israel, Köln 1987.

Wüstenhagen, Jana: RGW und EWG: Die DDR zwischen Ost- und Westintegration, in: Pfeil, Ulrich (Hg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S.135-149.

Yablonka, Hanna: Der Staat Israel gegen Adolf Eichmann, Tel Aviv 2001 (hebr. Medinat Yisra'el neged Adolf Eikhman).

Yacub, Salim: No War, No Peace: Egypt and the Arab-Israeli Conflict, 1952-1973, in: Zeitgeschichte 31 (2004), S.64-87.

Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952: neue Quellen und Analysen, München 2002 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd.84).

Zimmermann, Moshe: Die deutschen Juden 1914-1945, München 1997 (Enzyklopädie deutscher Geschichte; Bd.43).

Zoller, Manfred (Hg.): Auswärtige Sicherheit als nachrichtendienstliche Aufgabe. Herausforderungen in veränderter Globallage, Brühl 1999 (Beiträge zur Inneren Sicherheit; Bd.9).

Zuckermann, Moshe (Hg.): Zwischen Politik und Kultur. Juden in der DDR, Göttingen 2002.

Zuckermann, Moshe: Geschichte, Angst und Ideologie. Aspekte der politischen Kultur in Israel, in: Zuckermann, Moshe: Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998, S.60-77.

Zuckermann, Moshe: Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998.

Zweig, Roland W.: German Reparations and the Jewish World. A History of the Claims Conference, London u.a. 1987.

LEBENS LAUF

Persönliche Daten

geboren am 25.03.1977
ledig
keine Kinder

Ausbildung

<i>1983-1987</i>	68. Polytechnische Oberschule Dresden
<i>1987-1991</i>	130. Polytechnische Oberschule Dresden
<i>1991-1995</i>	110. Oberschule Dresden-Zschertnitz (seit 1994 Vitzthum-Gymnasium)
<i>1995</i>	Abitur
<i>1996-2001</i>	Magisterstudium mit Hauptfach Neuere und Neueste Geschichte, Nebenfächer: Psychologie und Alte Geschichte
<i>April 2001</i>	Beendigung des Studiums als Magistra Artium (M.A.)
<i>seit 2001</i>	Promotionsstudium im Fach Neuere und Neueste Geschichte an der TU Dresden – Thema der Dissertation: Die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel, 1949 bis 1963
<i>1.4.2002-31.3.2005</i>	Stipendiatin der Friedrich Naumann Stiftung

Berufspraxis / Praktika / weiterbildende Veranstaltungen

<i>1999-2001</i>	Studentische Hilfskraft am Institut für Geschichte der TU Dresden bei Prof. Dr. Schlarp (Zeitgeschichte Osteuropas)
<i>1999-2002</i>	Tutorin bei Prof. Dr. Schlarp sowie im Rahmen des Studienganges Internationale Beziehungen (Lehre)
<i>Juli 2001-März 2003</i>	Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Rahmen des Studienganges Internationale Beziehungen
<i>April 2003</i>	Teilnahme an der 13. Frühjahrsakademie Sicherheitspolitik der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz e.V. einschließlich Zertifikat
<i>2004</i>	mehrmonatiger Auslandsaufenthalt in Israel (Archivstudien sowie Besuch eines durch den DAAD geförderten Sprachkurses und Zertifikat)

April 2005

Teilnahme am 4. International Seminar for Research Students on: German Jewish History and Culture in Modern Times, Leo Baeck Institute, Jerusalem

4.-15.9.2005

Teilnahme an der Sommerakademie des Herder Instituts, Marburg mit dem Titel: Jüdische Identitäten in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert im Wandel. Neue Perspektiven historisch-kulturwissenschaftlicher Forschung (inklusive Vortrag und Zertifikat).

Zweiter Bildungsweg

1986-1998

Unterricht im Fach Klassische Gitarre (während dieser Jahre mehrfache Wettbewerbsteilnahme auf Bezirks-, Regional-, Landes- und Bundesebene)

1994

Oberstufenabschluss an der Landesmusikschule Dresden

1998

Abschluss des Musikpädagogischen Lehrganges für Instrumental- und Gesangslehrer im Nebenberuf (Hauptfach Gitarre) am Heinrich Schütz Konservatorium Dresden